



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



FROM THE LIBRARY OF
Professor Karl Heinrich Rau
OF THE UNIVERSITY OF HEIDELBERG

PRESENTED TO THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN

BY
Mr. Philo Parsons

OF DETROIT

1871

Großherzoglich Badisches

Regierungsblatt.



Neunundvierzigster Jahrgang.

Nr. I. bis LXXII.



Carlsruhe.

Gedruckt und zu haben im Comptoir des Regierungsblattes.

(Malsch & Vogel.)

1851.

Sach-Register

zum

Regierungsblatt für das Jahr 1851.

A.

	Seite
Acetse vom Fleisch	705
Adressen der Landstände	69
Advokaten, die Gebühren derselben	229
Amortisationsklasse; Serienziehungen	70
— Gewinnziehungen	573. 589
— freiwilliges Anlehen von 1849	293
— Anlehen bis zu fünf Millionen Gulden	111—118
— Begebung des Betrages von 1½ Million Gulden desselben	182—185
Anwälte, deren Gebühren	229
— deren Disziplin in den Gerichtsstellungen	465
Arauer Tagblatt, dessen Verbot	571
Assisenpräsidenten der Schwurgerichtsstellungen	476. 684. 757

B.

Baden, weibliches Lehrinstitut	233
Belgien, Handels- und Schifffahrtsvertrag	139
Berichtigung von Druckfehlern im Regierungsblatte	28. 254. 760.
Besitzveränderungsabgaben, aufgehobene, Entschädigung dafür	169—172. 507—517
Bewässerungs- und Entwässerungsanlagen	159—168
Buch am Horn, Gemeinde, deren Zuteilung zu dem Bezirksamte Tauberbischofsheim	599
— — — — zur Obergemeinde Tauberbischofsheim	619

	Seite
Bürgerausschüsse, die großen	329—404
Bürgermeisterwahlen	577
Bürgerrechtsgesetz von 1831, dessen Abänderung	143 —149. 299—324
Bürgerwehrgesetz	219—222

C.

Classensteuer, deren Constatirung	390
Collecte für die Wasserbeschädigten	573
Conscriptionsgesetz, dessen Abänderung	115
Conscription, ordentliche für 1851	240
— Vorarbeiten für 1852	505
— ordentliche für 1852	703. 753. 754

D.

Disciplin, deren Handhabung gegen Anwälte in den Gerichtshöfen	465
--	-----

E.

Ehen von Staatswegen bei kirchlichen Hindernissen	410
Eisenbahnanlehen auf Obligationen, dessen Tilgung	6. 217. 758
Eisenbahnbetriebsverwaltungs-Organisation	700—701. 708
Eisenbahnschuldentilgungskasse, Gewinnziehung des Anlehens vom Jahr 1845	8. 242—248. 483—490. 659
— Serienzziehung des Anlehens vom Jahr 1845	181. 462. 463. 588. 759
Eisenbahnverbindung mit Württemberg	519—526
Eisenbahn, Gütertransporttare	65. 66. 527—530. 773
— Kartoffeltransporttare	67. 658
— Farbenhölzertransporttare	237
— Telegraphenanstalt	643—650
Emmenbitten, Stiftung der Magdalena-Scherberger	410
Eubigheim, Gemeinde, deren Zuthellung zu dem Bezirksamte Dorberg	141
— — — zur Obersinnemerei Krautheim	479
Exequatur für den Consul der freien Stadt Bremen, Handelsmann Stüber dahier	618

F.

Farbenhölzer, deren Transporttare auf der Eisenbahn	237
Ferdinandsdorf, Gemeinde, deren Auflösung	2
Feuerversicherungsanstalt der Gebäude, Uebersicht des Standes	252. 600
Feuerversicherungsumlage für 1850—51	68

	Seite
Finanzgesetz für 1850 und 1851 betreffend	47—62
Flachsaccise, deren Erhebung	705
Frachttaxe für den Gütertransport auf der Eisenbahn	85. 66. 527—530. 773
— für Farbenhölzer auf der Eisenbahn	237
— für Kartoffeln auf der Eisenbahn	67. 658
Freiplay in dem weiblichen Lehrinstitut zu Baden	233
— — — — — Offenburg	536

C.

Gebühren der Anwälte	229
— der Notare für Vollstreckungshandlungen	30
Gemeindeverfassung und Verwaltung	329—404
Gemeinbewahlordnung	342—400
Gerichtsboten, deren Aufstellung, Ernennung und Dienstverhältniß	466—472. 711
Gerichtsstände, befreite, deren Aufhebung	137
Gewinnziehungen der Amortisationskasse	573. 589—596
— Eisenbahnschuldbentilungskasse	8. 242—248. 483—490. 659
Gesetz, die Bewilligung von Unterstützungsbeiträgen für diejenigen Unteroffiziere und Soldaten der königlich preussischen und anderer Bundesstruppen, welche 1849 in Gefechten gegen die Revolution verstimmt oder ganz erwerbsunfähig geworden sind	1
— die Auflösung der Gemeinde Ferdinandsdorf	2
— den Hauptfinanzetat für 1850 und 1851 betreffend	47—62
— den Holzrös aus Staatsdomänenwaldungen betreffend	63
— die Wiederherstellung des hiesigen abgebrannten Theaters betreffend	64
— den Kriegszustand betreffend	39
— das Standrecht betreffend	43
— die Einführung des Strafgesetzbuches, des neuen Strafverfahrens, der Schwurgerichte betr. 73—108 b.	
— die Aufnahme eines Anlehens der Amortisationskasse bis zu 5 Millionen Gulden betr. 111—115	
— die Presse betreffend	119—134
— die Abänderung des Conscriptionsgesetzes betreffend	135
— die Aufhebung der befreiten Gerichtsstände betreffend	137
— das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend	143—149
— die Abänderung des Gesetzes von 1831 über die Rechte der Gemeindebürger und die Er- werbung des Bürgerrechts, betreffend	149—155. 299—324
— die Entschädigungspflicht der Gemeindeangehörigen wegen bei Zusammenrottungen verübten Verbrechen betreffend	155—157
— über Bewässerungs- und Entwässerungsanlagen	159—163
— die Entschädigung für die aufgehobenen Besitzveränderungsabgaben betreffend	169—172

	Seite
Gesetz , die Ernährung unehelicher Kinder betreffend	173
— die Bürgerwehr betreffend	219—222
— die Abänderung des Gesetzes von 1831 über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden	329—404
— die Abänderung des Gesetzes von 1837 über die großen Bürgerversammlungen	329—404
— die Einführung der neuen bürgerlichen Prozessordnung	409
— die Steuererhebung im Dezember 1851 und Januar, Februar und März 1852 betreffend	761
— provisorisches, die Abänderung der Zollsätze für Reis und Baumöl	445
— — die Abänderung verschiedener Bestimmungen im Vereinszolltarif	541—547
Gillmann'sche , v. (Kanzleiräthin), Stiftungen	702. 705
Gottschalk'sche , (Johanna) Schenkung in den Spitalfond zu Schopfheim	506
Grieshaber'sche Stiftung	598
Grundrechte des deutschen Volkes	406
Gütertransporttaxe der großherzoglichen Eisenbahn	65. 66. 527—530. 776
Gutmadingen , Gemeinde, Gründung eines Schulfonds	419

H.

Haltingen , Postexpedition	18
Handels- und Schiffsverkehrsvertrag mit Belgien	139
— — — — — und Additionalconvention mit Sardinien	655—658. 757
Handelsvertrag des Zollvereins mit der ottomanischen Pforte	705
Haslach , Pfarrer zu Langenrain, dessen Stipendienstiftung	455
Hauskollekte für die Wasserbeschädigten	573
Heidelberg , Waisenhaus	598
Herzogenweiler , Gemeinde, deren Zuthellung zum Bezirksamte Bisingen	109
Hoftheaterbau , den neuen betreffend	64
Holzerlös aus Staatsdomänenwäldungen betreffend	63

I.

Illenau , Heil- und Pflanzanstalt, Unterhaltungskostenbeiträge	709
Ilmspan , Gemeinde, deren Zuthellung zum Bezirksamt Gerlachshausen	599
Insinuationen , gerichtliche, deren wechselseitige Zustellung der bairischen und französischen Behörden	667

K.

Kapitalsteuer-Erhebung für 1851	249
Kartoffel-Transporttaxe auf der Eisenbahn	67. 658
Katholische Kirchenstellen , deren Besetzung	211
Kinder , uneheliche, deren Ernährung	173
Kirchenstellen , katholische, deren Besetzung	211

Militärsachen:

—	Portoermäßigung für Postsendungen der Unteroffiziere und Soldaten betreffend . . .	421
—	die Ergänzung des Offizierscorps betreffend	621—641
—	die ordentliche Conscription für 1852 betreffend	703
—	Konstituierung eines Armeecorps-Kommando's	769
Möskirch, Postdienst daselbst		229
Muser'sche Armenfondsstiftung in Nuggen		607

R.

Ramendänderungen	67. 454.	771
Redarzelle, deren Ermäßigung		608
Reibelsbach, Gemeinde, deren Zuteilung zum Amte Vorberg		141
— — zur Obergemeinde Kramheim		479

S.

Offenburg, weibliches Lehrinstitut		536
Offizierscorps, neue Bestimmungen über dessen Ergänzung		621—641
Ordenssachen:		

Ordens-Verleihungen.**Des Ordens vom Zähringer Löwen:****das Großkreuz:**

dem französischen Divisionsgeneral Jean François Bougenel	179
— — — Bernard Pierre Magnan	179
— königlich württembergischen Oberstallmeister Freiherrn von Taubenheim . . .	446
— großherzoglichen Staatsminister Freiherrn Rütz von Collenberg	606
— — — Präsidenten des Finanzministeriums, Staatsrath Regenauer . . .	606
— Generalleutnant Freiherrn von Gayling, Gouverneur der Bundesfestung Rastatt	180
— Departementschef des königlich württembergischen Ministeriums des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten, Staatsrath Freiherrn von Linden	180
— Departementschef des königlich württembergischen Ministeriums der Finanzen, Staatsrath von Knapp	180

das Kommandeurkreuz mit dem Stern:

dem französischen Brigadegeneral Louis Thouvenin, Kommandant der Artillerie in Straßburg	179
— — — Alfred de Rillet	179
— Freiherrn Louis v. Viel-Castel, Direktor der politischen Abtheilung im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in Paris	179
— Grafen Jules Edouard Fontaine v. Cramayel, Unterdirektor der politischen Abtheilung in gedachtem Ministerium	179

Ordenssache:

dem Polizeipräfekten der Stadt Paris, Pierre Carlier	179
— königlich württembergischen geheimen Kabinetdirektor, Freiherrn von Raucier	446

Zum bereits innehabenden Kommandeurekreuz das Eichenlaub:

dem Geh. Rath und Leibarzt Dr. Bils in Karlsruhe	291
--	-----

das Kommandeurekreuz:

dem französischen Oberstlieutenant im 4. Lancier-Regiment, Grafen Alphonse v. Drée	180
— Unterdirektor und Vorstand des Protokollbureau im französischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Feuillet de Conges	180
— Freiherrn Moriz von Bethmann in Frankfurt	180
— dem königlich württembergischen Kreisoberforstmeister Freiherrn von Gemmingen in Bonfeld	180
— großherzoglich hessischen Obersten und Flügeladjutanten Camessala	180
— königlich württembergischen Kammerherrn Freiherrn Otto von Thumb-Neuburg	180
— — — — — Geheimen Legationsrath und Kammerherrn Freiherrn von Wächter	180
— Geheimen Hofrath und Leibarzt Dr. Eugert in Baden	292
— Ministerresidenten, Legationsrath Freiherrn von Schweizer in Paris	473
— dem Regierungsdirektor Fromberg in Konstanz	585

das Ritterkreuz:

dem französischen Escadronschef im 4. Lancierregiment, Joseph Louis Aimé Bécquet	180
— — — — — Rittmeister — 4. — Pierre Paul Victor Lucas	180
— — — — — — 4. — Alexander Mallet de Chauny	180
— — — — — — 4. — Barthelemi Mouisse	180
— — — — — Lieutenant — 4. — Albéric de Gyemare	180
— — — — — Generalstabskapitän Thouand	180
— — — — — Hauptmann im 37. Linien-Infanterieregiment, Jean Jacques Jaquet	180
— — — — — Lieutenant — 37. — Pierre André Pichou	180
— — — — — Pfarrer l'Allemand in Lauterburg	180
— — — — — Bürgermeister Kieber in Freiburg	585
— — — — — Oberamtmann Bausch in Karlsruhe	585
— — — — — von Faber in Offenburg	585
— — — — — Stadtdirektor Freiherrn von Neubronn in Lahr	585
— — — — — Oberamtmann Fingado in Emmendingen	585
— — — — — Stadtdirektor von Uria in Freiburg	585
— — — — — Oberamtmann Winter in Lörrach	585
— — — — — Dekan und Stadtpfarrer Roth in Müllheim	585

Ordenssache:

dem erzbischöflichen Dekan und Pfarrer Eschbach in Hochsal	585
— Kammerherrn und Oberforstmeister Freiherrn Draß von Sauerbronn in Freiburg	585
— dem Obereinnehmer Klalber in Konstanz	585
— Oberzolinspektor Kengler in Kehl	585
— Oberzolinspektor Mader in Ludwigshafen	585
— Pfarrer Raupp zu Wollbach	291
— großherzoglich sachsen-weimarischen Bergrath Dr. Schüler in Jena	291
— Gartendirektor Megger in Heidelberg	291
— französischen Gesandtschaftssekretär Fournier	291
— Bürgermeister Reiß in Mannheim	291
— kaisert. königl. österreichischen Hauptmann Gruber	291
— Hofrath und Hofphysikus Dr. Schridel in Karlsruhe	292
— Hofrath Schmidt in Karlsruhe	473

Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen fremder Orden, nämlich:

des Kommandeurkreuzes des königl. niederländischen Ordens der Eichenkrone, dem Geheimen Rath und Hofmarschall Freiherrn von Schreckenstein in Mannheim	65
— königl. württembergischen Friedrichsordens, dem Staatsminister Freiherrn Rüdert von Tollenberg	137
desselben Ordens, dem Präsidenten des Ministeriums des Innern, Staatsrath Freiherrn Marschall von Bieberstein	137
des Ritterkreuzes des großherzoglich heßischen Verdienstordens Philipp's des Großmüthigen, dem Medizinalrath Dr. Wenneß in Baden	175
— Comthurskreuzes der württembergischen Krone, dem Geheimen Referendar Weigel	175
— Ritterkreuzes der württembergischen Krone, dem Ministerialrath Prestinari	175
desselben Ordens, dem Oberamtmanu Bausch in Karlsruhe	175
des königl. preussischen Rothen-Adlerordens dritter Klasse, dem Kommandeur der Gendarmerie, Obersten von Keng	228
desselben Ordens, dem Geheimen Rath und Stadtdirektor Stöffer	228
— — vierter Klasse, dem Regierungsrath Godel	228
— — — dem Kaufmann Röhl in Karlsruhe	228
des königl. preussischen Rothen-Adlerordens dritter Klasse, dem Obersten Gerber	252
desselben Ordens, dem Stadtdirektor Stephani in Mannheim	292
— — dem Oberbürgermeister Malsch in Karlsruhe	292
— — dem Geistlichen Rath Gass in Karlsruhe	292
— — dem Dekan Cnefeliuß in Karlsruhe	292
desselben Ordens vierter Klasse, dem Amtsphysikus Dr. Kreuzer in Durlach	292
— — — dem Kaplan Höll in Karlsruhe	292

Ordenssache:

des Ritterkreuzes des großherzoglich heffischen Verdienstordens Philipp's des Großmüthigen, dem Stabsarzt B o s c h	406
des kais. k. österr. Ordens zweiter Klasse der eisernen Krone, dem Generalmajor von Rottberg	406
desselben Ordens erster Klasse, dem Generalleutnant von Gayling	406
des Ritterkreuzes des Ordens der württembergischen Krone, dem Geheimen Kabinetsekretär G a d e r	416
— Ritterkreuzes des k. n. niederländischen Löwenordens, dem Bürgermeister R e i ß und dem Handelsmann Lauer in Mannheim	575
— k. preuss. Rothen-Adlerordens erster Klasse, dem Staatsminister Freiherrn R ü d t v o n C o l l e n b e r g	586
— k. preuss. Rothen-Adlerordens vierter Klasse, dem Geheimen Kabinetsekretär G a d e r	586
— k. preuss. Rothen-Adlerordens zweiter Klasse, dem Postdirektor Freiherrn v o n R e i z e n s t e i n	586
— k. preuss. Johanniterordens, dem Hofmarschall Freiherrn R ö d e r v o n D i e r s b u r g	597
— — — Rothen-Adlerordens vierter Klasse, dem Hauptmann H e i s l e r	597
desselben Ordens, dem Amtsassessor C h e l i u s in Baden	597
— — — dem Oberleutnant S a c h s	598
— — — dem Stadtpfarrer, Dekan Dr. M ü l l e r in Ueberlingen	606
— — — dem Postmeister B o s c h in Konstanz	617
des Ritterkreuzes des kais. k. österr. Franz-Joseph-Ordens, dem Oberleutnant L e b e a u	617
— k. preuss. Rothen-Adlerordens vierter Klasse, dem Hauptmann v o n L a r o c h e	704
— kais. k. österr. Ordens der eisernen Krone dritter Klasse, dem Oberleutnant Leopold v o n S e l d e n e d	755
— kais. russ. St. Anna-Ordens zweiter Klasse, dem Oberpostrath v o n K l e u b g e n	762

Organisation:

die Auflösung der Gemeinde Ferdinandsdorf	2
— Zuthellung der Gemeinde Herzogenweiler zu dem Bezirksamte Bissingen	109
— Zuthellung der Gemeinden Gubigheim und Reibelsbach zu dem Amte Borberg	141
eben so zur Uebereinnahme Krautheim	479
die Trennung des Brief- und Fahrpost-Expeditionsdienstes von dem Posthaltereiendienste zu Möskirch	229
— Errichtung einer Brief- und Fahrpostexpedition zu Uehlingen	408
— Aufhebung des Postamtes Börrach und die Errichtung eines solchen zu Haltingen	18
— Zuthellung der Gemeinde Buch am Horn zum Bezirksamt Tauberbischofsheim, und der Gemeinde Imspan zum Bezirksamt Geroltsheim	599

Organisation:

die Zutheilung der Gemeinde Buch am Horn zur Obereinnehmeri Tauberbischofsheim	619
— Zutheilung der durch den Meckersheimer Rheindurchschnitt an Baden gefallenem sogenannten Rheinschanzinsel und der Insel Corsika zum Bezirksamt Philippsburg	668
der Eisenbahnbetriebsverwaltung	700—701. 708

P.

Patentertheilung, siehe Privilegien.

Patronatspfarreien, Staatsgenehmigung zu deren Befegung 69. 231. 254. 411. 479. 536. 614. 682. 697	
Paulus, Dr., Geheimen Kirchenrath, dessen Stiftung zu Gunsten der höhern Bürgerschule in Heidelberg	669
Pforzheimer Einwohner, Schenkung an die dortige Waisen- und Kleinkinderbewahranstalt . . .	535
Polizei über den Rußlöcher und Wieslöcher Bergbau	772
Polytechnische Schule	231

Postfachen:

die Postentfernung zwischen Stocach und Ueberlingen	17
— Aufhebung des Postamts zu Lörrach und die Errichtung eines solchen zu Haltingen .	18
der Postdienst in Möskirch	229
— Postverkehr im Innern des Großherzogthums	255
— Anschluß an den deutsch-österreichischen Postverein (254.)	279—286
— Eintritt von Hannover in diesen Verein	296. 415
— — von Würtemberg in den deutsch-österreichischen Postverein	583
— — der beiden Hessen und Nassau in den deutsch-österreichischen Postverein . . .	606
— — von Braunschweig in den deutsch-österreichischen Postverein	770
— — des Herzogthums Oldenburg in den deutsch-österreichischen Postverein . . .	771
— — der freien Hansestadt Lübeck in den deutsch-österreichischen Postverein . . .	773
die Errichtung einer Brief- und Fahrpost zu Uehlingen	408
— Portomäßigung für Unteroffiziere und Soldaten	421

Preisvertheilung, akademische, in Heidelberg 32

Preßgesetz und dessen Vollzug 119—131. 176—178

Priesterweihe 687

Privilegienertheilung für neue Erfindungen 211. 253. 456. 536. 607. 765

Prozeßordnung, neue bürgerliche, deren Einführung 409

Prüfung der Forstkandidaten 31. 686

— — Rechtskandidaten 140. 476. 764

— — Postaspiranten 229. 416

— — Ingenieurkandidaten 231

— (Concurs-) der katholischen Geistlichen 409

— — Berg- und Hüttenkandidaten 419

— — Notariatskandidaten 476. 704. 705

	Seite
Prüfung der Kandidaten der Medizin, Chirurgie und Geburtshülfe	478—479. 766—767
— — evangelischen Theologen	482
— — Lehramtskandidaten	578. 695
— — Zahnärzte	599
— — Kammeralkandidaten	600. 767
— — Pharmazeuten	668. 710

N.

Rechnungen der Amortisations-, Zehnt- und Eisenbahnschuldentilgungskasse, deren Prüfung durch den landständischen Ausschuss	325
Rechnungsnachweisungen über den Staatshaushalt	69
Rechtspraktikanten, deren Strich aus der Liste	408
Regierungsblatt, dessen Preisbestimmung	142
Rheinschiffahrtzentralcommission	576
Rheinschiffahrtspolizei	18—28
Rheinzolltarif Ermäßigung	547—549
Riedböhringen, Armenfondsstiftung der Maria Rieger	232

O.

Sardinien, Handels- und Schifffahrtsvertrag	655—658
Schenkungen, siehe Stiftungen.	
Schifffahrts- und Handelsvertrag mit Belgien	139
— — — — — Sardinien	655—658
— — — — — Additionalvertrag	757
Schriftverfassungsrecht, Ertheilung	140. 693
— — — — — Entziehung	237. 416
Schulen (Gelehrten-)	224. 225. 254
Schulfond zu Nischen, dessen Gründung	32
— zu Altheim, dessen Gründung	296
— zu Giltmadingen, dessen Gründung	219
Schullehrerkonvente und Lesezirkel, die Aufhebung der beschlagnahmten Verordnung vom Jahr 1837	694
Schullehrerwitwen- und Waisenkasse	448—451
Schulwesen (Volks-), Abänderung der Verordnung vom Jahr 1834	651—653. 760
Schwurgerichte, deren Einführung	73—108b.
— die Ernennung der Präsidenten der Schwurgerichtssitzungen	476. 684. 757
— deren Sitzungsorte	327
Serienziehung der Amortisationskasse	71
— der Eisenbahnschuldentilgungskasse	181. 462—463. 588. 759
Sedel Levis'sche Mädchenstiftung	455

	Seite
Spottelansatz bei Vertreibung von Forderungen im Verwaltungswege	764
Staatsanwälte, deren Ernennung	448
Staatsprüfung, siehe Prüfung.	
Staatsrath, dessen Aufhebung, insbesondere die Belziehung von Mitgliedern der Gerichtshöfe bei Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten betreffend	407. 763
Staatsschuld papiere, deren Verbrennung	249
Staatsvertrag, die Verbindung der Eisenbahn mit Württemberg	519—526
— mit Frankreich über die wechselseitige Zustellung gerichtlicher Akte und Ersuchsschreiben	667
Standrecht und Kriegsjustiz	3. 37. 43
Steuern	109. 249. 390. 761
Stiftungen 32. 33—35. 141. 212. 213. 232. 233. 238. 253. 288. 289. 296. 410. 417. 418. 419. 455. 456. 479. 481. 482. 506. 534. 535. 572—573. 577. 598. 599. 607. 615. 669. 687—690. 702. 705. 765.	
Stipendium aus der Friedrich-Christiane-Louisen-Stiftung	685
Strafgesetzbuch	73—108 b.
Strafverfahren	73—108 b.
Strich mehrerer Rechtspraktikanten aus der Liste	408

I.

Tarif, siehe Taxen.

Taxen für Farbenhölzertransport auf der Eisenbahn	237
— für Kartoffeltransport auf der Eisenbahn	67. 658
— für Gütertransporte auf der Eisenbahn	65. 66. 527—530. 773
— der Medicamente	417
Telegraphenanstalt, deren Benützung	643—650
Theaterbau, den neuen betreffend	64
Tischtitularen, katholische	687
Trinkschulden	477

II.

Uebersicht der Studirenden auf den Universitäten Heidelberg und Freiburg 1850/51	31. 477
— des Standes der Zehntablösung	213—216
— des Standes der Gelehrtenschulen und der höheren Bürgerschulen 1849/50	224. 225. 254
— der Schülerzahl an der polytechnischen Schule 1850/51	231
— des Standes der Feuerversicherungsanstalt für 1849	252
— — — — — 1850	600
— — — — — allgemeinen Schullehrerwitwen- und Waisenkasse für 1850	448—451
— — — — — Zustandes der Wittwenkasse für Angestellte der Civilstaatsverwaltung	600—603
— — — — — Generalwittwenkasse im Jahr 1850	669—680
Universitäten	31. 477

	Seite
Unterstützung der Unteroffiziere und Soldaten königlich preussischer oder anderer Bundesstruppen	2
— der durch das Hochgewässer Beschädigten	573

B.

Verdienstmedaillen-Verleihungen:

die silberne Karl-Friedrich-Militärverdienst-Medaille:

dem Feldwebel und Schwimmschulaufseher Joseph Bronner	653
— Artillerie-Wachmeister Andreas Glod	653
— Oberfeldwebel Karl Friedrich Christian Glaser	683
— Soldaten Johann Leute von Nach	683

die große goldene Civilverdienst-Medaille:

dem Hauptzollamtsverwalter Schmied in Constanz	586
— Bürgermeister Steiner in Constanz	586
— Bürgermeister Wiedemer in Offenburg	586

die kleine goldene Civilverdienst-Medaille:

dem Bürgermeister Schmitt in Niederbühl	5
— Adersmann Johann Jakob Dubs in Mannheim	29
— Polizeiwachmeister Meckler in Freiburg	223
— Professor Karl Bles in Baden	239
— Dampfschiffskapitän Bruder in Constanz	586

die silberne Civilverdienst-Medaille:

dem Amortisationskassediener Lehmann von Carlsruhe	17
— Generalstaatskassediener Graf von Carlsruhe	17
— Verwaltungsbdiener und Mitterer Burkhard Item in Mannheim	138
— Bürgermeister Schlager zu Ronnenweiler	223
— Bürgermeister Meyer zu Ziel	223
— Gemeinderathsbdiener Adam Beierle zu Freiburg	223
— Steuererheber Christian Rheinberger in Freiburg	235
— Kanzleidiener Joh. Nep. Hübschle in Freiburg	235
— königlich bayerischen Grenzaufseher Mathias Mohr zu Neulautenburg	235
— Untererheber Thomas Müller zu Wornsdorf	239
— Bürgermeister Lorenz Kistner in Forchheim	292
— Hauptzollamtsdiener Philipp Lasch in Neufreistett	292
— Untererheber Schäfer in Bühl	413
den Untererhebern Jos. Dienger in Hausen (Amts Dreisach) und Schäfer in Rhein-	
bischofsheim	474
dem Bürgermeister Ferdinand Sohn von Zigenhausen	474
— Bürgermeister Schwab in Kollmarbreuthe	586
— Bürgermeister Maier in Wasenweiler	586

Verdienstmedaillen-Verleihungen:

dem Bürgermeister Koch in St. Georgen	586
— Bürgermeister Brüttsch in Randegg	586
— Bürgermeister von Briel in Drüngen	586
— Gendarmeriebrigadier Steigert in Donaueschingen	586
— Gendarmen Hollweger in Konstanz	586
— Bürgermeister Schwehr in Heuweiler	586
— Gendarmeriebrigadier Schägler in Freiburg	586
— Wachmeister Karl Lamp von der Pioniercompagnie	683
— Oberfeldwebel Andreas Dörschuld im fünften Infanterie-Bataillon	683
— Feldwebel Joseph Braun im siebenten Infanterie-Bataillon	683
— Corporal Martin Welschinger im zehnten Infanterie-Bataillon	683
— Oberwachmeister Valthasar Gnam im dritten Reiter-Regiment	683
— Wachmeister Georg Spath im dritten Reiter-Regiment	683
— Corporal Friedrich Schwan der im dritten Reiter-Regiment	683
— Regimentsfourier Karl Friedrich Hedmann im Artillerie-Regiment	683
— Wachmeister Johann Peter Weber vom Artillerie-Regiment	684
— Wachmeister Karl Batschari vom Artillerie-Regiment	684
— Gendarmen (früher Feldwebel im zweiten Infanterie-Regiment) Johann Holweger	684
— Grenzaufseher Anton Vogt (früher Fourrier im zweiten Infanterie-Regiment)	684
— Grenzaufseher Jakob Friedr. Becker (früher Feldwebel im zweiten Infanterie-Regiment)	684
den beiden Bürgern und Fischern Joh. Schwarz und Joh. Schilling von Rheinweiler	691
dem Zimmermeister Richard Leopold von Ruppenholm	691
— Bürgermeister König von Hohnhurf	691
— Untererheber Joseph Heizmann zu Langenbach	699
— Untererheber Gerber in Emdingen	699

Vermächtnisse, siehe Stiftungen.

Verordnung, den Vollzug des Gesetzes über die Militärarbeitsstrafe betreffend	71
— die Steuererhebung für 1850 und 1851 betreffend	109
— den Vollzug des Gesetzes wegen Aufnahme eines Anlehens der Amortisationskasse bis zu fünf Millionen Gulden betreffend	115—118
— den Vollzug des Pressegesetzes betreffend	176—178
— den Vollzug des Gesetzes wegen Abänderung des Conscriptionsgesetzes betr. 187—202. 225	
— den Vollzug des Gesetzes vom 5 Februar d. J., insbesondere die Bildung der Geschworenenlisten betreffend	205—210
— die Abänderung der Wirthschaftsordnung vom Jahr 1849 betreffend	251
— den Postverkehr im Innern des Großherzogthums betreffend	255—277
— den Anschluß des Großherzogthums an den deutsch-österreichischen Postverein betr. (254.) 279—286	
— die Erhebung der Kapitalsteuer für 1851 betreffend	249

	Seite
Verordnung, die Konstatirung der Klassensteuer betreffend	390
— die Gemeindevahlordnung betreffend	342—400
— die Bürgermeisterwahlen betreffend	577
— den Vollzug des Gesetzes, die Abänderung der Gemeindeordnung betreffend	401—404
— die Grundrechte des deutschen Volkes betreffend	405
— die Portovermäßigung für Unteroffiziere und Soldaten betreffend	421
— die Ausübung der Disziplin gegen Anwälte in den Gerichtssitzungen betreffend	465
— die Aufstellung und Ernennung der Vollstreckungsbeamten betreffend	466—472
— die polizeiliche Leichenschauordnung	493—504
— die gerichtliche Wund- und Leichenschauordnung	551—570
— den Vollzug des Gesetzes wegen Entschädigung für aufgehobene Besitzveränderungs- abgaben betreffend	507—517
— den zwischen der großherzoglich badischen und der königlich württembergischen Regierung abgeschlossenen Staatsvertrag über d. Verbindung d. beiderseitigen Eisenbahnen betr.	519—526
— die Aufhebung der im Verkehr mit der Schweiz bestandenen Zollbegünstigungen betr.	539
— den Vollzug des provisorischen Gesetzes über Abänderung des Vereinszolltarifs betr.	578—579
— die Erbschaftswahlen zur ersten Kammer betreffend	609—610
— die theilweise Erneuerung der zweiten Kammer betreffend	610—612
— die Ergänzung des Offiziercorps	621—641
— die Benützung der Telegraphenanstalt betreffend	643—650
— die Abänderung der Verordnung über das Volksschulwesen vom Jahr 1834 betr.	651—653
— die Fortbildung der Volksschullehrer betreffend	694
— die Ertheilung der Weinhandlungspatente betreffend	697
— die ordentliche Conscription für 1852 betreffend	703
— die Versteigerung von Kaufmannswaaren betreffend	708
— den Dienst der Gerichtsboten und Vollstreckungsbeamten betreffend	711. 799
— die dienstliche Stellung des Präsidenten des Kriegsministeriums und des Comman- danten des großherzoglichen Armeecorps betreffend	769
Vereins- und Versammlungsrecht	143—149
Vereinszolltarif, dessen Abänderung	541—549. 578—579
Verfügungen, gerichtliche, deren Zustellung an k. k. österreichische Behörden und Unterthanen	453
Vermächtnisse, siehe Stiftungen.	
Versteigerung von Kaufmannswaaren	708
Volksschullehrer, deren Fortbildung	694
Volksschulwesen, Abänderung der Verordnung vom Jahr 1834 über dasselbe	651—653
Vollstreckungsbeamte, deren Aufstellung, Ernennung und Dienst	466—472. 711
Vollstreckungsgebühren der Rotare	30
Vollzugsverordnungen, siehe Verordnung.	

23.

Wasserzölle	547—549. 579. 580
Weinhandlungspatente, deren Ertheilung	697
Widerseßlichkeit der Soldaten gegen die Gendarmen	141
Wirthschaftsordnung vom Jahr 1849, deren Abänderung	251
Wittwenkasse, allgemeine Schullehrerwitwen- und Waisenkasse	448—451
— für Angestellte der Civilstaatsverwaltung	600—603
— (General-)	669—680
Wund- und Leichenschauordnung (gerichtliche)	551—570

3.

Rehntablösungs-Uebersicht	213—216
Rehntschuldenstilgungskasse, Zinsfuß	35. 463
Zollfachen:	
die Aufhebung der Zollbegünstigung der Schweiz betreffend	539
die Abänderung der Zollsätze für Reis und Baumöl betreffend	415
die Abänderungen des Vereinszolltarifs betreffend	541—547. 578—579
die Ermäßigung des Rhein Zolltarifs betreffend	547—549. 579
den Vereinszolltarif betreffend (siehe Beilage S. 578).	
Wasserzölle von Gegenständen des freien Verkehrs	579
Mainzölle, deren Ermäßigung	580
Neckarzölle, deren Ermäßigung	608
den Handels- und Schiffahrtsvertrag des Zollvereins mit Sardinien betreffend	655—658. 757
— — — — — Belgien betreffend	139
Zustellung wechselseitige, badischer und französischer Akten und Ersuchschreiben	667

Personal-Register

zum

Regierungsblatt für das Jahr 1851.

	Seite		Seite
A.		Baron, Pfarrer	534
Adelmann, Postmeister	692	Bartholome, Pfarrer	447
Adelsheim, von, Major	138. 414	Bauer, Kanzleirath	654
Adelsheim, D. von, Hauptmann	464	Bauer, Major	692
Albert, Dekan und Pfarrer	447	Baumann, Pfarrer	763
Altmang, Pfarrer	447	Baumann, Beneficiat	412
Amann, Vikar	687	Baumbach, von, Notariatspraktikant	704
Ammann, Pfarrer	6	Baumgärtner, ehemaliger Rechtspraktikant	408
Ammann, Dr. Physikus	234	Baumüller, Geheimer Rath	604
Ammerongen, v., Oberstlieutenant	464	Bauschlischer, Staatsministerial-Registrator	587
Andlaw, von, Geheimer Rath und Gesandter	203	Bechtel, Pfarrer	534
Arnspurger, Oberforstmeister	181	Bechtold, von, Rechtspraktikant	476
Asal, Bezirksförster	234	Beck, Kirchenrath	236
Aschbrand, Hauptmann	532	Beck, Dr. Oberarzt	295
Aschbrand, Oberst	533	Beck, von, Major	532
		Becker, praktischer Arzt	766. (2) 767
B.		Behaghel, Regierungsassessor	223
Bach, Pfarrer	534	Behrle, Vikar	687
Bachmann, Pfarrer	326	Beff, Staatsrath und Hofgerichtspräsident	618
Bader, Dr. Geheimer Rath	587	Benig, Auditor	571
Bader, Chirurg	478. 479	Benkiser, Hofgerichtsrath	476
Bär, Major	533	Benz, Pfarrer	655
Bajer, Bezirksförster	475	Benz, Kameralpraktikant	767
Bannwarth, Oberlieutenant	533	Berckheim, Chr. von, Ministerresident	474
Barck, ehemaliger Bahningenieur	138	Beß, Hauptmann a. D.	506

III.

	Seite		Seite
Bilharz, Lieutenant	532	Burg, Postmeister und Inspektor	533. 699
Bilharz, Hofgerichtsrath	236	Burger, Vikar	687
Binkert, erzbischöflicher Sekretär	575	Burdhard, ehemaliger Rechtspraktikant	408
Birnkill, Pfarrer	475		
Bischoff, Bahningenieur und Inspektor	699	C.	
Blattmann, Amtmann	204	Cassinone, Fr., ehemaliger Oberlieutenant	407
Bleibimhaus, Bezirksförster	475	Chavoen, Eisenbahnamtsskaffier	533
Bleibtreu, Oberlieutenant	533	Christmar, von, Oberamtman	204
Blittersdorf, von, Hofjunker	203	Christophl, Dekan und Pfarrer	139
Blödt, Hauptzollamtskontroleur	700	Clausing, Rechnungsrath	654
Boch, Stabsarzt	181	Cloßmann, von, Rechtspraktikant	140
Boch, Rechtspraktikant	476	Cloßmann, von, Oberlieutenant	533
Bodenius, Physikus	406	Creuzbauer, ehemaliger Hauptmann	454
Böde, Amtsassessor	706	Creuzburg, Stiftungsrevisor	228
Börnfschein, Dr. Dekan	454		
Böttlin, Postoffizial	414	D.	
Böhliger, Dekan	620	Dahl, Vikar	687
Bopp, Konrad, Pfarrer	30	Dambacher, Kanzleirath	616
Bopp, praktischer Arzt	478	Davans, von, Bezirksförster	475
Bott, Stiftungsrevisor	693	Deetten, Pfarrer	475
Braun, Physikus	218	Degenfeld, von, Rittmeister	533
Braun, Oberarzt	295. 479	Deißler, Lieutenant	532
Braun, Pfarrer	576	Delaiti, von, Bezirksingenteur	654
Braunwarth, Lieutenant	532	Dettinger, Hauptzollamtskontroleur	700
Breitenstein, Pfarrer	655	Deuber, Hofrath und Professor	234
Brettle, Verwalter	587	Deurer, Dr. Professor	475
Brettle, Dekan	288	Diehl, Oberzollinspektor	582
Bretschger, Postkassier	6. 414	Dieffenhofer, Nachpräbikator	587
Brummer, Oberarzt	295	Dietrich, Amtsrevisor	239
Brunner, Oberzollinspektor	297	Dieß, Finanzrath	698
Brunner, Staatsrath	756	Dilger, Amtsphysikus	614
Bühler, ehemaliger Rechtspraktikant	408	Dischinger, praktischer Arzt	478
Bühler, Pfarrer	684	Dolletsched, Hüttenverwalter	756
Bührle, Vikar	687	Donsbach, Amtsrevisor	407
Bürklin, Bahningenieur und Inspektor	699	Dorner, Rechtspraktikant	764
Bürdel, Amtschirurg	534	Dorßch, Vikar	687
Buiffon, ehemaliger Rechtspraktikant	408	Dreyer, Oberst	138. 606
Buiffon, ehemaliger Hofgerichtsrath	415	Durban, Oberingenieur	654
Burg, ehemaliger Rechtspraktikant	408	Dyckerhoff, Baurath	181

E.

Eberlein, Domänenrath
Ebert, Pfarramtskandidat
Ebert, Pfarrer
Eccard, Pfarramtskandidat
Edert, Hofgerichtsrath
Eichrodt, Stadtdirektor
Eichrodt, Rechtspraktikant
Elmer, Dr. Assistent- und Wabarzt
Einhart, Kanzleirath
Eisenmann, Buchhalter
Eisner, Notariatspraktikant
Eisner, Rechtspraktikant
Engler, Lieutenant
Epple, Zeichenlehrer
Erggelet, Amtschirurg
Ernst, Math., Pfarrer
Ernst, Ludwig, Pfarrer
Eschbacher, Defan
Escher, Regierungskanzlist
Eyth, Hofgärtner

F.

Fabert, von, Oberlieutenant
Fackler, Defan
Falk, Vikar
Faller, Amtschirurg
Faller, Pfarrer
Faulhaber, Pfarrer
Fecht, Kirchenrath
Feder, von, Obergerichtsadvokat
Fesendeck, Pfarrer
Fesendeck, Kriegskommissär
Feser, Hofgerichtsrath
Feuerbach, Dr. Hofrath und Professor
Fidler, Professor
Fieser, Ministerialrath
Fink, Dr. Regimentsarzt
Finneisen, Regimentsarzt

Seite		Seite
	Finneisen, Vikar	687
181	Fischer, Joseph, Pfarrer	139
482	Fischer, von, Hauptmann	414
692	Fischer, Wund- und Hebarzt	766 (2)
482	Fischinger, Kameralpraktikant	767
236	Fischler, Rechtspraktikant	764
447	Fliegauß, Kaplan	454
477	Föhlisch, Forstpraktikant	31
576	Forster, Pfarrer	415
412	Forster, Lehramtspraktikant	695
475	Frech, Major,	706
705	Frei, Lieutenant	532
477	Frey, Otto, Rechtspraktikant	141
532	Frey, Lieutenant	532
534	Freyberg, Fr., Oberrechnungsath	587
139	Freydorf, von, Hofgerichtsassessor	448
6	Freystedt, von, Generallieutenant	604
655	Freystedt, von, Major	533
412	Friedeburg, von, Oberlieutenant	533
768	Friedrich, Vikar	687
756	Füßlin, praktischer Arzt und Vorsteher des Männerzuchthauses	326
	Füller, Amtsassessor	204
	Funk, Stiftungsrevisor	287
	G.	
	Gänseblum, Amtmann	204
	Gamber, Schriftverfasser	140
	Gangloff, Hauptzolamtskontroleur	700
	Gaum, Amtschirurg	139
	Gehe, Pfarrer	756
	Geiser, Kameralpraktikant	767
	Geismar, Rechtspraktikant	764
	Gerber, Oberamtman	706
	Gerber, Bezirksförster	475
	Geres, Oberlieutenant	446
	Gerlach, Ingenieur	654. 756
	Gerster, Revisionsadjunkt	452
	Gerstner, Registrator	223

	Seite		Seite
Holler, Pfarrer	692	Kamm, Hauptmann	756 (2)
Höllinger, Pfarrverweser	614	Kast, Chirurg	478
Holz, Oberst und Brigade-Commandeur	217. 414	Kas, Hauptmann	72
Holz, Obergrenzcontrolleur	692	Keller, ehemaliger Rechtspraktikant	408
Holzmänn, Hüttenverwalter	756	Keller, Kaplan	454
Hopfenstock, Defan	614	Keppner, Registrator	223
Horadam, von, Major	414	Kessler, Hauptmann	756
Horadam, von, Hauptmann	756	Ketterer, Dr. Physikus	420. 574
Hormuth, evangelischer Pfarrer	6. 700	Kettner, Bezirksförster	475
Hormuth, katholischer Pfarrer	288	Kieffer, Rittmeister	692
Hornstein, Jg. von, Oberleutenant	666	Kilian, R., Pfarrverweser	138
Hos, Gemeindebezirksförster	614	Kilian, Oberleutenant	533
Husschmidt, Hofgerichtsscretär	72	Kilian, C., Pfarrer	288
Husschmidt, Amtsassessor	447	Kinzingen, Bezirksförster	475
Hug, ehemaliger Ingenieurpraktikant	232	Kirn, Oberhofgerichtsvicekanzler	407
Hug, praktischer Arzt	766	Kirner, Fr., Pfarrer	223
Hugel, Pfarrer	534	Kirner, R., Pfarrer	234
Huggle, Pfarrer	763	Kirner, praktischer Arzt	766
Hüffel, Pfarrer	415	Kirner, Pfarrer	30
Hummel, A., königl. niederländischer Vizeconsul	415	Klauprecht, Dr., Forstrath	534
Hungerbieler, ehemaliger Rechtspraktikant	408	Klein, praktischer Arzt	766 (3)
Hunolstein, von, Oberamtmann	204	Kleudgen, von, Oberpostrath	203
J.		Klihr, Pfarrer	534
Jacobi, Oberleutenant	533	Klingel, Ingenieur und Inspector	699
Jäck, Pfarrer	326	Klingel, ehemaliger Rechtspraktikant	408
Jäger, Ordinariatskanzleibirector	415	Klingelhöfer, großh. Consul	406
Jägerschmid, Geheimrer Rath	203	Knecht, Pfarrer	36
Jilmensee, Pfarrer	236	Knittel, Oberleutenant	533. 692
Jrion, Pfarrer	138	Knoll, Major	414 (2).
K.		Koch, Lieutenant	532
Kärcher, Amtsassessor	139	Kochenburger, Pfarrer	447
Kärcher, ehemaliger Rechtspraktikant	408	Köhler, Vikar	687
Käpfe, Vikar	687	Köhler, Lehramtspraktikant	695
Kaiser, Oberamtmann	204	Könige, Forstmeister	239
Kaiser, Amtschirurg	228	Köster, Pfarrer	138
Kaiser, Postpraktikant	416	Kopp, Pfarrer	30
Kaiser, praktischer Arzt	764	Kraft, Pfarrer	616
Kamm, Pfarrer	534	Krapp, Postpraktikant	229
		Kratt, Postpraktikant	416
		Krauß, Physikus	223

	Seite		Seite
Nies, Geistlicher Rath und Dekan	475	Schaible, Oberamtmann	576
Nies, Eisenbahnamtskassier	533	Schaible, Amtsphysikus	755
Nind, evangelischer Vikar	30	Schellenberg, Pfarrer	700
Nind, von, Hauptmann	756	Schenkel, Dr., Direktor des evangel. Prediger-	
Nishaupt, Pfarramtskandidat	482	Seminars	204
Roß, Pfarrer	414	Scherer, Kameralpraktikant	767
Röder von Diersburg, Fehr., Ferd., Hofmarschall	5. 138	Schilling, von, Oberlieutenant	5
Röder von Diersburg, Fehr., Oberst und		Schilling, R. von, Hauptmann	447
Brigadecommandant	217. 414	Schilling, von, Lieutenant	532
Röther, Lehrer der höhern Bürgerschule	448	Schilling, Notariatspraktikant	704
Röther, Pfarrer	479	Schindler, Lehramtspraktikant	695
Roggenbach, C. von, Oberst	414	Schlerath, Notariatspraktikant	704
Roggenbach, von, Legationssekretär	326. 534	Schleyer, Pfarrer	763
Rolle, ehemaliger Rechtspraktikant	408	Schmid, Franz Sales, Domkapitular	203
Roller, Professor	684	Schmid, Pfarrer	204
Rost, Hauptzollamtsverwalter	700	Schmidt, Vorsteher der Strafanstalt	29
Roth, Forstrath	181	Schmidt, Joseph, Pfarrer	452
Roth, städtischer Bezirksförster	447	Schmidt, Amtsphysikus	587
Roth, Lehramtspraktikant	695	Schmidt, praktischer Arzt und Amtschirurg	692
Roth, Oberlieutenant	533	Schmidt, Lehramtspraktikant	696
Rothermel, Kameralpraktikant	767	Schmidt, Ubereinnehmer	700
Rottberg, von, Forstmeister	475	Schmidt, Joseph Anton, Pfarrer	756
Rottberg, von, Lieutenant	532	Schmug, Pfarrer	655
Rudmann, Pfarrer	36	Schneider, Stiftungsrevisor	693
Rückert, Oberlieutenant	453	Schnebler, Hauptmann	532
Rüttinger, Oberamtmann	223	Schöninger, Zahnarzt	599
Rummer, Professor	287	Scholz, großherzoglicher Konsul	406
Ruppert, Oberstallmeisteramtssekretär	6	Schreiber, Oberrechnungs Rath	452
Ruppert, Hauptzollamtscontroleur	139	Schreiber, Professor	700
Ruth, Hofgerichts Rath	236	Schuberg, praktischer Arzt	478. 479
C.		Schuh, Stadtpfarrer	288
Sachs, Lyceumsprofessor	326	Schuler, Geheimer Hofrath	186
Sachs, Carl, Oberlieutenant	446	Schuler, Major und Flügeladjutant	505
Sachs, Amtmann	447	Schupp, Notar	476
Salm-Reiferscheid-Krautheim, Altgraf Joseph zu	412	Schupp, Rechtspraktikant	764
Sartori, Vikar	687	Schusser, Pfarrer	30
Sauerbeck, Postpraktikant	229	Schwab, Expeditior	236
Sautier, Hauptmann	756	Schwarz, Pfarrer	30
Schaaff, Geheimerrath	446	Schwarz, Amtschirurg	36
Schäfer, Pfarrer	447	Schwarz, Schiffbesizer	72
Schäffer, Lieutenant	533	Schweigart, Hauptmann	447

	Seite		Seite
Schweig, Dr., Medizinalrath	228	Stephan, Lehramtspraktikant	695
Schweigert, Domänenverwalter	415	Stephani, praktischer Arzt	478. 766
Schweins, Dr., Geheimer Rath und Professor	684	Stern, von, Hauptmann	756
Seeger, Registrator	223	Stetten, R. von, Oberlieutenant	474
Seeger, Amtspophysikus	587	Stetten, von, Rechtspraktikant	764
Seegmüller, Revisor	223	Stiefvater, Pfarrer	538
Seiß, Dekan und Pfarrer	30	Stigler, ehemaliger Rechtspraktikant	408
Selbened, C. von, Major	414	Stimm, Bezirksingenieur	654
Seiger, von, Amtmann	205	Stoll, Physikus	204
Seubert, Dr., Physikus	763	Stolz, Pfarrer	614
Seutter, von, Major	413	Storzing, von, Kammerherr	692
Serauer, Kriegskommissär	412	Streicher, Oberamtman	204
Serauer, Ingenieur	756	Strider, Bezirksförster	238
Seybel, Georg, Rechtspraktikant	140	Stumpf, Professor	288
Seyfried, von, Hofgerichtsrath	236. 448	Süßle, Rechtspraktikant	764
Seyfried, Bezirksförster	475	Sulzer, Ingenieurpraktikant	231
Sickenberger, Domänenverwalter	464	Sulzer, Pfarrer	655
Siefert, Bezirksförster	475	Sulzmann, Amtschirurg	204
Sigel, ehemaliger Oberamtman	763	Szuhany, provisorischer Zuchthausvorsteher	326
Singer, Pfarrer	447	Szuhany, ehemaliger Rechtspraktikant	408
Sold, Obereinnehmer	700	I.	
Solwey, praktischer Arzt	478	Tannstein, von, Hauptmann	756
Spangenberg, Oberamtman	204- 447	Theobald, Ludwig von, Rechtspraktikant	140
Spangenberg, Pfarrer	138	Thomas, Pfarrer	415
Spath, Pfarramtskandidat	482	Thomann, Amtspophysikus	534
Speri, Amtschirurg	139	Thome, Lieutenant	532
Speyerer, Postpraktikant	416	Travers, kön. niederl. Vizekonsul	415
Springer, Lazarus, Pfarrer	236	Trefurt, Staatsrath	407. 618
Springer, Pfarrer	587	Trefzger, Amtsrevisor	407
Stabel, Geheimer Rath und Oberhofrichter	618	Tritschler, Oberarzt	295
Stabler, Major	414	Troß, praktischer Arzt	478. 766
Staiger, Amtschirurg	448	Truchseß, von, Oberforstmeister	186
Staiger, Pfarrer	655	Tschepp, Dr., Amtspophysikus	763
Stark, Amtspophysikus	614	Tschudi, von, Hofmusik- und Theaterintendant	760
Stehle, ehemaliger Oberamtman	763	Türckheim, von, Oberlieutenant	414. 533
Steiger, Amtmann	204	Turban, Ministerialsekretär	475
Stemmele, Pfarrer	538	II.	
Stemmermann, Pfarrer	700	Ulrich, Lieutenant	181
Stengel, von, Oberhofgerichtskanzler	186	Ungern-Sternberg, von, Amtsassessor	447
Stengel, von, Forstmeister	287	Unser, Pfarrer	223

	Seite		Seite
B.			
Bayhinger, Bezirksingenieur	654	Behnung, praktischer Arzt	479
Bicari, von, Erzbischof	770	Biegenhauser, Dr., Medicinalrath	576
Vincenti, von, Amtmann	204	Bill, Chirurg	478. 479
Bischer, Pfarrer	288	Wilhelmi, Amtmann	204
Bogel, von, Lieutenant	533	Wilhelmi, Pfarrer	236
Bogt, Wund- und Hebarzt	766. 767	Wilhelmi, Dr., Amtschirurg	415
Bolz, Dr., Medizinalrath	228. 762	Will, Ferdinand, Pfarrer	223
Bowinkel, Amtschirurg	228	Will, Kaplan	587
Bowinkel, Ohereinnehmer	420	Will, Pfarrer	587
		Will, Defan	415
B.		Willibald, Amtschirurg	139
Bänker, von, Hofgerichtsadvokat	448	Willibald, praktischer Arzt	766
Bagner, Wilhelm, ehemaliger Pfarrer	30	Winand, Lehramtspraktikant	695
Baldbart, Stadtpfarrer	36	Wind, Zollrevisor	700
Balli, Amtmann	204	Winter, Amtmann	204
Balter, Hofknechtseifer	412	Winterhalter, Amtschirurg	139
Balter, Beneficiat	684	Wiser, von, Kammerherr	692
Balz, Oberstlieutenant	413. 414	Wolf, Pfarrer	447
Balz, Ministerialrath	464	Wolf, praktischer Arzt	478
Weber, Postpraktikant	229	Wolff, Ingenieurpraktikant	231
Weber, Regimentsarzt	295	Wolff, Oberlieutenant	533
Weber, Pfarrer	464	Wolff, Hauptzollamtsverwalter	700
Weber, Oberlieutenant	533	Wolfsberger, praktischer Arzt	766
Weber, J., Pfarrer	576	Woll, Hofgerichtsdirektor	476
Weber, Lehramtspraktikant	695	Wucherer, Kriegeskassier	768
Wechmar, von, Präsident d. Justizministeriums	476. 618	Würth, Dr., Amtshauptmann	72
Wedekind, Amtmann	138. 204		
Wedekind, Hofgerichtsrath	476	B.	
Wehrle, P., Pfarrer	447	Zandt, Pfarrer	415
Wehrle, Vikar	687	Zehnder, Pfarrer	582
Weingierl, von, Chirurg	478. 479	Zell, Dr., Gehelmer Hofrath und Professor	138
Weingierl, von, Lieutenant	532	Zeller, Kaplan	758
Weis, Pfarrer	288	Zeller, Postrevisor	447
Weiser, Ludwig, Pfarrer	223	Zeuner, Diakon	447
Weis, Amtmann	204	Ziegenfuß, provisorischer Postkassier	414
Weis, Vikar	687	Ziegler, Pfarrer	614
Weltin, Pfarrer	204	Zimmermann, Pfarrer	756
Werner, Lieutenant	532	Zipf, Wundarzt	766
Wertheimer, Rechtspraktikant	476	Zipfel, Postpraktikant	229
Weg, Bezirksförster	475	Zipperlin, Ohereinnehmer	700
		Zutt, Rechtspraktikant	693

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Samstag den 4. Januar 1851.

Inhalt.

Gesetze, die Bewilligung von Unterstützungsbeiträgen für diejenigen Unteroffiziere und Soldaten der königlich preussischen und anderen Bundesstruppen, welche durch Verwundung verkrüppelt oder sonst ganz erwerbsunfähig geworden sind, betreffend; die Auflösung der Gemeinde Ferdinandsdorf betreffend.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: die Verlängerung des Kriegszustandes und des Standrechts betreffend. Dienstaufträge.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien: Bekanntmachungen des Ministeriums des Innern: die Schenkung des Spielpächters Benazet in Baden betreffend; die Stiftung des verstorbenen Delans und Stadtpfarrers Johann Michael Allgaier in Carlsruhe betreffend.

Diensterledigung. Berichtigung.

Gesetz, die Bewilligung von Unterstützungsbeiträgen für diejenigen Unteroffiziere und Soldaten der königlich preussischen und anderen Bundesstruppen, welche durch Verwundung verkrüppelt oder sonst ganz erwerbsunfähig geworden sind, betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

Art. 1.

Diejenigen Unteroffiziere und Soldaten der königlich preussischen und anderen Bundesstruppen, welche im Jahre 1849 bei der Niederkämpfung des Aufstandes im Großherzogthum durch Verwundung in Gefechten verkrüppelt oder ohne ein Glied zu verlieren, gänzlich erwerbsunfähig (ganz Invalide ersten Grades) geworden sind, erhalten lebenslänglich einen Unterstützungsbeitrag zu den von ihren Regierungen bewilligten Pensionen.

Art. 2.

Der Unterstützungsbeitrag wird für diejenigen Unteroffiziere und Soldaten, welche ein Glied (einen Fuß oder einen Arm) verloren haben, auf jährliche einhundert Gulden, und für

diejenigen, welche, ohne ein Glied zu verlieren, durch Verwundung gänzlich erwerbsunfähig geworden sind, auf jährlich fünfzig Gulden bestimmt.

Art. 3.

Sämmtliche Unterstützungsbeiträge beginnen mit dem 1. Januar 1851, und werden auf den Grund der von den betreffenden Regierungen aufgestellten und bereits vorliegenden Listen ausbezahlt.

Art. 4.

Unser Kriegsministerium ist mit dem Vollzuge beauftragt.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 27. Dezember 1850.

Leopold.

A. v. Roggenbach.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Gefes, die Auflösung der Gemeinde Ferdinandsdorf betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Wir haben mit Zustimmung Unserer getreuen Stände beschlossen und verordnen, wie folgt:

Einziger Artikel.

Die Gemeinde Ferdinandsdorf, Amts Oberbach, ist aufgelöst.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 28. Dezember 1850.

Leopold.

v. Marschall.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Die Verlängerung des Kriegszustandes und des Standrechts betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nach Anhörung Unseres Staatsministeriums haben Wir Uns bewogen gefunden, den Kriegszustand und das Standrecht, wie solche unter dem 27. Oktober 1849 (Regierungsblatt Nr. LXVIII.) und unter dem 16. Oktober v. J. (Regierungsblatt Nr. XLVIII.) verkündet worden sind, auf weitere vier Wochen zu verlängern.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 4. Januar 1851.

Leopold.

A. v. Roggenbach. Stabl.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich
unter dem 27. Dezember v. J.

allergnädigst bewogen gefunden,

den Hauptamtsverwalter Georg Cramer in Heidelberg zum Hauptsteueramt Lahr, und

den Hauptamtsverwalter Ernst Friedrich Kramer in Lahr zum Hauptsteueramt Heidelberg
zu versetzen;

die katholische Pfarrei Niederwühl, Bezirksamts Waldshut, dem Pfarrer Martin Kiehle
zu Steinach zu übertragen;

unter dem 28. Dezember v. J.

die Pensionirung des erzbischöflichen Kanzleidirectors und Domcapitelsyndikus Heller in
Freiburg allergnädigst zu genehmigen,

den geistlichen Verwalter Gabbum in Mosbach bis zur Wiederherstellung seiner Gesund-
heit in den Ruhestand zu versetzen;

dem Pfarrer Eichhorn in Rusploch die unterthänigst nachgesuchte Entlassung aus dem
Dienste der evangelischen Landeskirche zu erteilen;

die evangelische Pfarrei Eggenstein, Landdekanats Karlsruhe, dem Pfarrer Lammert in
Kirchen,

der katholische Pfarrei St. Ulrich, Bezirksamts Straßburg, dem Pfarrer Johann Wengelst
Hof zu München, und
dem Militärarzte Nebenius die erledigte Stelle eines Assistenz- und Badearztes zu
Langenbrücken zu übertragen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Schenkung des Spielpächters Benazet in Baden betreffend.

Spielpächter Benazet zu Baden hat der städtischen Krankenanstalt zu Baden 1,615 fl. 2 fr.
geschenkt.

Diese Schenkung hat die Staatsgenehmigung erhalten und wird hiermit zur öffentlichen
Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 19. Dezember 1850.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Sachs.

Die Stiftung des verstorbenen Dekans und Stadtpfarrers Johann Michael Allgaier in Carlsruhe betreffend.

Der verstorbene Dekan und Stadtpfarrer Johann Michael Allgaier dahier hat 2,127 fl.
10 fr. zur Errichtung einer Kleinkinderschule zu Umspan gestiftet, wozu die Staatsgenehmigung
ertheilt wird.

Es wird dies zum ehrenden Andenken des Stifters hiermit bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 21. Dezember 1850.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behagel.

Dienst erledigung.

Die katholische Pfarrei Rathaslach, Amts Stodach, mit einem beiläufigen Einkommen
von 750 fl., worauf die Verbindlichkeit ruht, eine Güterkaufschillingsschuld von etwa 150 fl. in
noch zu bestimmenden Jahresterminen abzutragen, ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um
dieselbe haben sich sowohl bei dem erzbischöflichen Ordinariate als bei dem katholischen Ober-
kirchenrath innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Berichtigung.

Im Regierungsblatt 1850, Nr. LIX. Seite 430 Zeile 13 von oben soll es heißen: die Bewerber
um diese Pfründe (Pfarrei Kirchhofen) haben sich „bei dem katholischen Oberkirchen-
rath und dem erzbischöflichen Ordinariate“ nach Vorschrift zu melden.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Samstag den 11. Januar 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Medaillenverleihung. Dienstaufträge.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien: Bekanntmachungen des Finanzministeriums: die Tilgung des auf Obligationen aufgenommenen Eisenbahnanlehens vom Jahr 1842 betreffend. Die vierte diesjährige Gewinnziehung des Anlehens der Eisenbahnschuldentilgungskasse vom Jahr 1845 betreffend.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Medaillenverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich
unter dem 1. Januar d. J.
allergnädigst bewogen gefunden,

dem Bürgermeister Schmitt in Niederbühl wegen seines unter besonders schwierigen Verhältnissen bethätigten Festhaltens an der gesetzlichen Ordnung die kleine goldene Civilverdienstmedaille zu verleihen.

Dienstaufträge.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, den Hofmarschall, Oberstlieutenant Freiherrn von Schilling, seiner Functionen als Hofmarschall und Mitglied des Oberhofverwaltungsraths zu entheben;

den Kammerherrn Freiherrn Ferdinand Röder von Diersburg in Dienst einzuberufen, und demselben die Leitung der Geschäfte des Oberhofmarschallamts mit Sitz und Stimme im Oberhofverwaltungsrathe provisorisch zu übertragen;

den Kammerier Heuber zum Kanzlisten bei der Intendanz der Hofdomänen zu ernennen;
den Oberstallmeisteramtssekretär Lauer, mit dem Charakter als Revisor, zur Hofrechnungs-
controllkammer zu versetzen;

den Sekretär Ruppert in seiner bisherigen Eigenschaft vom Oberhofmarschallamt zum
Oberstallmeisteramt zu versetzen, und

den bisherigen Revisor bei der Hofrechnungscontrollkammer, Carl Hacker, mit dem Charakter
als Sekretär, dem Oberhofmarschallamt beizugeben.

Allerhöchstdieselben haben ferner

unter dem 6. Januar d. J.

allergnädigst geruht:

die Stelle eines Vorstandes des in Haltingen zu errichtenden Post- und Eisenbahnamtes
dem bisherigen Fahrpostkassier Ferdinand Morstadt in Heidelberg,

die Stelle eines Kassiers und Expeditors bei demselben Post- und Eisenbahnamate dem bis-
herigen Expeditor Carl Bretschger in Efringen zu übertragen;

den Offizialen Wilhelm Petitjean in Freiburg zu dem Post- und Eisenbahnamate Heidel-
berg zu versetzen;

die evangelische Pfarrei Liedolsheim, Landamts Carlsruhe, dem Pfarrer Johannes Hor-
muth in Leutershausen,

das evangelische Stadtvikariat Heidelberg dem Pfarrer Carl Friedrich Mühlhäusser in
Wertheim,

die katholische Pfarrei Möggingen, Bezirksamts Constanz, dem Pfarrer Joseph Wilhelm
Ammann in Leibertingen,

die katholische Pfarrei Wagenstadt, Bezirksamts Renzingen, dem Pfarrverweser Mathias
Ernst in Mahlsbüren, zu übertragen,

den Amtschirurgen Ruffer in Achern wegen vorgerückten Alters in den Pensionsstand zu
versetzen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Tilgung des auf Obligationen ausgenommenen Eisenbahnanlehens vom Jahr 1842 betreffend.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß unter dem heutigen, in Gegenwart
einer großherzoglichen Commission, folgende Eisenbahnobligationen in Gemäßheit der diesseitigen
Bekanntmachung vom 22. v. M., Regierungsblatt Nr. LVI. gezogen worden sind.

von den Obligationen zu 1000 fl. die Nummern:

173	788	1554	2168	2493	2696	2797	3433	4109	4441
393	860	1718	2232	2499	2738	2996	3900	4112	4554
396	1107	2077	2389	2630	2790	3205	4014	4389	4762
614	1352	2152	2481	2647	2796	3332	4108		

von den Obligationen zu 500 fl. die Nummern:

79	1141	2453	3997	5990	7795	8520	9624	10626	11185
133	1340	2692	4010	6058	8054	8638	9661	10686	11208
576	1702	2998	4610	6440	8070	8768	9723	10689	11213
648	1723	3159	4919	6487	8080	8801	9780	10729	11234
709	1952	3220	4932	6525	8332	8855	10047	10778	11241
716	1994	3500	5330	6571	8414	9005	10062	10872	11254
807	2347	3504	5687	6824	8430	9184	10107	11010	11369
932	2353	3806	5711	7355	8473	9222	10195	11118	11544
935	2359	3856	5941	7432	8498	9230			

von den Obligationen zu 100 fl. die Nummern:

98	1790	3737	5857	7324	9376	11644	14177	15825	17469
180	1799	4178	5947	7392	9399	11751	14563	16020	17506
269	1899	4231	6007	7530	9573	11951	14823	16055	17551
549	2037	4332	6367	7643	9654	12237	14890	16149	17859
555	2060	4512	6441	7926	9859	12297	14981	16393	18178
688	2236	4521	6605	8023	9875	12428	15002	16399	18197
1023	2454	4759	6735	8075	10132	12431	15304	16405	18226
1125	2658	5324	6804	8357	10426	12860	15371	16414	18272
1278	2808	5403	6903	8595	10437	13460	15503	16553	18391
1344	2911	5421	6954	8642	10810	13930	15565	16695	18415
1384	3257	5502	6976	8813	10873	14042	15646	16757	18459
1481	3344	5653	6982	8946	11029	14149	15673	17151	18641
1650	3547	5656	7094	9167	11042	14152	15759	17197	18723
1716	3621	5775	7143	9309	11320	14154	15821	17425	18786
1776									

Vom 1. Juli 1851 an hört die Verzinsung dieser Obligationen auf.

Carlsruhe, den 17. Dezember 1850.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Probst.

Die vierte diesjährige Gewinnziehung des Anlehens der Eisenbahnschuldentilgungskasse zu vierzehn Millionen Gulden vom Jahr 1845 betreffend.

Das Resultat der heute stattgehabten vierten diesjährigen Gewinnziehung des obenbemerkten Anlehens wird durch die beifolgende Liste zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Die Gewinne werden planmäßig auf den 1. April 1851 durch die Eisenbahnschuldentilgungskasse bezahlt werden.

Carlsruhe, den 31. Dezember 1850.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.

Regenauer.

Vdt. Probst.

Liste

der zu dem Lotterieanlehen der großherzoglichen Eisenbahnschuldentilgungskasse
vom Jahr 1845 von vierzehn Millionen Gulden

gehörigen 1000 Stück Loose mit den darauf gefallenem Gewinnsten, welche bei der

Zwanzigsten Ziehung

am 30. Dezember 1850 unter Aufsicht der großherzoglichen Kommission und in Gegenwart der
Anlehens-Unternehmer gezogen wurden.

(Nach der Nummernfolge geordnet.)

Nummern der am 30. November 1850 gezogenen 20 Serien.

209. 1351. 1638. 1657. 3126. 3215. 3573. 3766. 3948. 4366. 4549. 4905. 4989. 5657. 5780. 5954.
6227. 7342. 7451. 7578.

| Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. |
|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|
| 10401 | 70 | 10417 | 42 | 10433 | 42 | 10449 | 70 | 67515 | 42 | 67531 | 70 |
| 10402 | 42 | 10418 | 42 | 10434 | 70 | 10450 | 42 | 67516 | 70 | 67532 | 42 |
| 10403 | 42 | 10419 | 70 | 10435 | 42 | 67501 | 42 | 67517 | 70 | 67533 | 70 |
| 10404 | 70 | 10420 | 42 | 10436 | 70 | 67502 | 70 | 67518 | 42 | 67534 | 42 |
| 10405 | 70 | 10421 | 70 | 10437 | 70 | 67503 | 70 | 67519 | 70 | 67535 | 70 |
| 10406 | 70 | 10422 | 42 | 10438 | 70 | 67504 | 42 | 67520 | 70 | 67536 | 42 |
| 10407 | 42 | 10423 | 42 | 10439 | 42 | 67505 | 42 | 67521 | 70 | 67537 | 70 |
| 10408 | 42 | 10424 | 70 | 10440 | 70 | 67506 | 42 | 67522 | 42 | 67538 | 42 |
| 10409 | 42 | 10425 | 70 | 10441 | 42 | 67507 | 70 | 67523 | 70 | 67539 | 42 |
| 10410 | 70 | 10426 | 70 | 10442 | 70 | 67508 | 42 | 67524 | 42 | 67540 | 70 |
| 10411 | 70 | 10427 | 42 | 10443 | 70 | 67509 | 42 | 67525 | 42 | 67541 | 70 |
| 10412 | 42 | 10428 | 42 | 10444 | 70 | 67510 | 42 | 67526 | 70 | 67542 | 70 |
| 10413 | 42 | 10429 | 42 | 10445 | 70 | 67511 | 42 | 67527 | 70 | 67543 | 1000 |
| 10414 | 70 | 10430 | 42 | 10446 | 42 | 67512 | 42 | 67528 | 42 | 67544 | 42 |
| 10415 | 42 | 10431 | 42 | 10447 | 42 | 67513 | 70 | 67529 | 42 | 67545 | 70 |
| 10416 | 42 | 10432 | 42 | 10448 | 42 | 67514 | 42 | 67530 | 70 | 67546 | 70 |

| Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. |
|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|
| 67547 | 70 | 82801 | 42 | 156255 | 42 | 160709 | 42 | 178613 | 42 | 188267 | 70 |
| 67548 | 42 | 82802 | 42 | 156256 | 70 | 160710 | 42 | 178614 | 42 | 188268 | 70 |
| 67549 | 42 | 82803 | 70 | 156257 | 70 | 160711 | 42 | 178615 | 70 | 188269 | 70 |
| 67550 | 70 | 82804 | 70 | 156258 | 42 | 160712 | 42 | 178616 | 42 | 188270 | 42 |
| 81851 | 70 | 82805 | 70 | 156259 | 42 | 160713 | 70 | 178617 | 70 | 188271 | 42 |
| 81852 | 42 | 82806 | 70 | 156260 | 70 | 160714 | 1000 | 178618 | 42 | 188272 | 42 |
| 81853 | 70 | 82807 | 42 | 156261 | 42 | 160715 | 42 | 178619 | 70 | 188273 | 42 |
| 81854 | 70 | 82808 | 42 | 156262 | 42 | 160716 | 42 | 178620 | 42 | 188274 | 70 |
| 81855 | 42 | 82809 | 70 | 156263 | 42 | 160717 | 70 | 178621 | 42 | 188275 | 42 |
| 81856 | 70 | 82810 | 70 | 156264 | 42 | 160718 | 42 | 178622 | 42 | 188276 | 42 |
| 81857 | 70 | 82811 | 70 | 156265 | 70 | 160719 | 42 | 178623 | 70 | 188277 | 42 |
| 81858 | 70 | 82812 | 70 | 156266 | 1000 | 160720 | 42 | 178624 | 70 | 188278 | 42 |
| 81859 | 42 | 82813 | 70 | 156267 | 70 | 160721 | 70 | 178625 | 42 | 188279 | 42 |
| 81860 | 42 | 82814 | 42 | 156268 | 42 | 160722 | 70 | 178626 | 70 | 188280 | 42 |
| 81861 | 70 | 82815 | 70 | 156269 | 70 | 160723 | 42 | 178627 | 70 | 188281 | 42 |
| 81862 | 70 | 82816 | 70 | 156270 | 70 | 160724 | 42 | 178628 | 70 | 188282 | 70 |
| 81863 | 42 | 82817 | 70 | 156271 | 70 | 160725 | 42 | 178629 | 42 | 188283 | 42 |
| 81864 | 42 | 82818 | 70 | 156272 | 42 | 160726 | 70 | 178630 | 42 | 188284 | 42 |
| 81865 | 42 | 82819 | 70 | 156273 | 1000 | 160727 | 70 | 178631 | 42 | 188285 | 42 |
| 81866 | 42 | 82820 | 42 | 156274 | 42 | 160728 | 70 | 178632 | 70 | 188286 | 70 |
| 81867 | 42 | 82821 | 70 | 156275 | 42 | 160729 | 42 | 178633 | 70 | 188287 | 70 |
| 81868 | 42 | 82822 | 42 | 156276 | 70 | 160730 | 42 | 178634 | 42 | 188288 | 70 |
| 81869 | 70 | 82823 | 42 | 156277 | 42 | 160731 | 70 | 178635 | 42 | 188289 | 70 |
| 81870 | 70 | 82824 | 42 | 156278 | 70 | 160732 | 70 | 178636 | 70 | 188290 | 70 |
| 81871 | 70 | 82825 | 42 | 156279 | 70 | 160733 | 70 | 178637 | 70 | 188291 | 70 |
| 81872 | 42 | 82826 | 42 | 156280 | 70 | 160734 | 42 | 178638 | 42 | 188292 | 70 |
| 81873 | 42 | 82827 | 70 | 156281 | 42 | 160735 | 70 | 178639 | 42 | 188293 | 70 |
| 81874 | 70 | 82828 | 70 | 156282 | 70 | 160736 | 42 | 178640 | 70 | 188294 | 70 |
| 81875 | 42 | 82829 | 70 | 156283 | 70 | 160737 | 70 | 178641 | 42 | 188295 | 42 |
| 81876 | 1000 | 82830 | 42 | 156284 | 42 | 160738 | 70 | 178642 | 70 | 188296 | 70 |
| 81877 | 1000 | 82831 | 42 | 156285 | 70 | 160739 | 70 | 178643 | 42 | 188297 | 70 |
| 81878 | 42 | 82832 | 70 | 156286 | 70 | 160740 | 70 | 178644 | 42 | 188298 | 42 |
| 81879 | 42 | 82833 | 70 | 156287 | 42 | 160741 | 42 | 178645 | 42 | 188299 | 70 |
| 81880 | 42 | 82834 | 70 | 156288 | 70 | 160742 | 70 | 178646 | 70 | 188300 | 70 |
| 81881 | 42 | 82835 | 70 | 156289 | 70 | 160743 | 42 | 178647 | 42 | 197351 | 70 |
| 81882 | 42 | 82836 | 42 | 156290 | 42 | 160744 | 70 | 178648 | 70 | 197352 | 70 |
| 81883 | 70 | 82837 | 42 | 156291 | 42 | 160745 | 70 | 178649 | 42 | 197353 | 70 |
| 81884 | 42 | 82838 | 42 | 156292 | 42 | 160746 | 70 | 178650 | 70 | 197354 | 42 |
| 81885 | 70 | 82839 | 42 | 156293 | 42 | 160747 | 70 | 188251 | 42 | 197355 | 70 |
| 81886 | 70 | 82840 | 42 | 156294 | 70 | 160748 | 70 | 188252 | 1000 | 197356 | 70 |
| 81887 | 42 | 82841 | 70 | 156295 | 70 | 160749 | 42 | 188253 | 42 | 197357 | 70 |
| 81888 | 42 | 82842 | 42 | 156296 | 42 | 160750 | 70 | 188254 | 70 | 197358 | 70 |
| 81889 | 70 | 82843 | 42 | 156297 | 70 | 178601 | 70 | 188255 | 42 | 197359 | 70 |
| 81890 | 70 | 82844 | 70 | 156298 | 42 | 178602 | 70 | 188256 | 42 | 197360 | 70 |
| 81891 | 70 | 82845 | 70 | 156299 | 42 | 178603 | 42 | 188257 | 70 | 197361 | 70 |
| 81892 | 42 | 82846 | 42 | 156300 | 42 | 178604 | 70 | 188258 | 42 | 197362 | 70 |
| 81893 | 42 | 82847 | 42 | 160701 | 70 | 178605 | 42 | 188259 | 70 | 197363 | 42 |
| 81894 | 70 | 82848 | 70 | 160702 | 42 | 178606 | 70 | 188260 | 70 | 197364 | 70 |
| 81895 | 70 | 82849 | 42 | 160703 | 70 | 178607 | 70 | 188261 | 42 | 197365 | 42 |
| 81896 | 70 | 82850 | 42 | 160704 | 42 | 178608 | 70 | 188262 | 42 | 197366 | 42 |
| 81897 | 70 | 156251 | 70 | 160705 | 42 | 178609 | 42 | 188263 | 42 | 197367 | 70 |
| 81898 | 70 | 156252 | 42 | 160706 | 42 | 178610 | 70 | 188264 | 42 | 197368 | 42 |
| 81899 | 42 | 156253 | 42 | 160707 | 70 | 178611 | 42 | 188265 | 42 | 197369 | 42 |
| 81900 | 70 | 156254 | 42 | 160708 | 70 | 178612 | 42 | 188266 | 70 | 197370 | 42 |

| Rummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Rummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Rummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Rummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Rummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Rummer
der Loose. | Gewinn.
fl. |
|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|
| 197371 | 42 | 218275 | 42 | 227429 | 70 | 245233 | 70 | 249437 | 70 | 282841 | 42 |
| 197372 | 70 | 218276 | 42 | 227430 | 42 | 245234 | 42 | 249438 | 70 | 282842 | 42 |
| 197373 | 42 | 218277 | 42 | 227431 | 70 | 245235 | 42 | 249439 | 42 | 282843 | 70 |
| 197374 | 42 | 218278 | 70 | 227432 | 42 | 245236 | 42 | 249440 | 42 | 282844 | 42 |
| 197375 | 42 | 218279 | 70 | 227433 | 70 | 245237 | 42 | 249441 | 70 | 282845 | 42 |
| 197376 | 42 | 218280 | 42 | 227434 | 42 | 245238 | 42 | 249442 | 70 | 282846 | 42 |
| 197377 | 42 | 218281 | 42 | 227435 | 70 | 245239 | 70 | 249443 | 42 | 282847 | 42 |
| 197378 | 70 | 218282 1000 | | 227436 | 70 | 245240 | 70 | 249444 | 42 | 282848 | 70 |
| 197379 | 42 | 218283 | 42 | 227437 | 42 | 245241 | 70 | 249445 | 70 | 282849 | 42 |
| 197380 | 42 | 218284 | 70 | 227438 | 42 | 245242 | 70 | 249446 | 70 | 282850 | 42 |
| 197381 | 70 | 218285 | 70 | 227439 | 70 | 245243 | 70 | 249447 | 42 | 288951 | 70 |
| 197382 | 70 | 218286 | 70 | 227440 | 42 | 245244 | 42 | 249448 | 42 | 288952 | 42 |
| 197383 | 70 | 218287 | 42 | 227441 | 42 | 245245 | 42 | 249449 | 70 | 288953 | 70 |
| 197384 | 70 | 218288 | 70 | 227442 | 70 | 245246 | 70 | 249450 | 70 | 288954 | 70 |
| 197385 | 42 | 218289 | 42 | 227443 | 42 | 245247 | 70 | 282801 | 70 | 288955 | 42 |
| 197386 | 42 | 218290 | 42 | 227444 | 70 | 245248 | 42 | 282802 | 70 | 288956 | 42 |
| 197387 | 42 | 218291 | 42 | 227445 | 70 | 245249 | 42 | 282803 | 42 | 288957 | 42 |
| 197388 | 70 | 218292 | 70 | 227446 | 70 | 245250 | 70 | 282804 | 42 | 288958 | 70 |
| 197389 1000 | | 218293 | 42 | 227447 | 70 | 249401 | 70 | 282805 | 70 | 288959 | 70 |
| 197390 | 70 | 218294 | 42 | 227448 | 42 | 249402 | 42 | 282806 | 42 | 288960 | 70 |
| 197391 | 70 | 218295 | 42 | 227449 | 42 | 249403 | 70 | 282807 | 70 | 288961 | 70 |
| 197392 1000 | | 218296 | 70 | 227450 | 70 | 249404 | 42 | 282808 | 42 | 288962 | 70 |
| 197393 | 70 | 218297 | 42 | 245201 | 42 | 249405 | 42 | 282809 | 42 | 288963 | 70 |
| 197394 | 70 | 218298 | 42 | 245202 | 70 | 249406 | 70 | 282810 | 70 | 288964 | 70 |
| 197395 | 70 | 218299 | 42 | 245203 | 42 | 249407 | 42 | 282811 | 70 | 288965 | 42 |
| 197396 | 70 | 218300 | 70 | 245204 | 42 | 249408 | 70 | 282812 | 42 | 288966 | 42 |
| 197397 | 70 | 227401 | 42 | 245205 | 42 | 249409 | 42 | 282813 | 42 | 288967 | 42 |
| 197398 | 42 | 227402 | 42 | 245206 | 42 | 249410 | 70 | 282814 | 70 | 288968 | 70 |
| 197399 | 42 | 227403 | 70 | 245207 | 42 | 249411 | 70 | 282815 | 70 | 288969 | 42 |
| 197400 | 42 | 227404 | 70 | 245208 | 70 | 249412 | 70 | 282816 | 42 | 288970 | 70 |
| 218251 | 70 | 227405 | 42 | 245209 | 70 | 249413 | 42 | 282817 | 70 | 288971 | 70 |
| 218252 | 70 | 227406 | 42 | 245210 | 70 | 249414 | 42 | 282818 | 70 | 288972 | 42 |
| 218253 | 42 | 227407 | 42 | 245211 | 70 | 249415 | 42 | 282819 | 70 | 288973 | 42 |
| 218254 | 42 | 227408 | 70 | 245212 | 70 | 249416 | 42 | 282820 | 70 | 288974 | 42 |
| 218255 | 42 | 227409 | 42 | 245213 | 70 | 249417 | 70 | 282821 | 70 | 288975 | 70 |
| 218256 1000 | | 227410 | 70 | 245214 | 70 | 249418 | 42 | 282822 | 42 | 288976 | 70 |
| 218257 | 42 | 227411 | 70 | 245215 | 70 | 249419 | 42 | 282823 | 42 | 288977 | 42 |
| 218258 | 42 | 227412 | 70 | 245216 | 70 | 249420 | 42 | 282824 | 70 | 288978 | 70 |
| 218259 | 42 | 227413 | 42 | 245217 | 70 | 249421 | 42 | 282825 | 42 | 288979 | 42 |
| 218260 | 70 | 227414 | 70 | 245218 | 70 | 249422 | 70 | 282826 | 70 | 288980 | 70 |
| 218261 | 70 | 227415 | 70 | 245219 1000 | | 249423 | 70 | 282827 | 42 | 288981 | 70 |
| 218262 | 42 | 227416 | 70 | 245220 | 70 | 249424 | 70 | 282828 1000 | | 288982 | 70 |
| 218263 | 70 | 227417 | 42 | 245221 | 70 | 249425 | 42 | 282829 | 70 | 288983 | 70 |
| 218264 | 42 | 227418 | 70 | 245222 | 42 | 249426 | 42 | 282830 | 70 | 288984 | 70 |
| 218265 | 42 | 227419 | 42 | 245223 | 42 | 249427 | 42 | 282831 | 70 | 288985 | 42 |
| 218266 | 70 | 227420 | 70 | 245224 | 42 | 249428 | 42 | 282832 | 42 | 288986 | 70 |
| 218267 | 70 | 227421 | 42 | 245225 | 42 | 249429 | 42 | 282833 | 42 | 288987 1000 | |
| 218268 | 70 | 227422 | 42 | 245226 | 70 | 249430 | 70 | 282834 | 42 | 288988 | 42 |
| 218269 | 70 | 227423 | 70 | 245227 | 70 | 249431 | 70 | 282835 | 70 | 288989 | 42 |
| 218270 | 42 | 227424 | 42 | 245228 | 42 | 249432 | 42 | 282836 | 70 | 288990 | 70 |
| 218271 | 70 | 227425 | 42 | 245229 | 42 | 249433 | 70 | 282837 | 42 | 288991 | 42 |
| 218272 | 70 | 227426 | 42 | 245230 | 70 | 249434 | 70 | 282838 | 70 | 288992 | 70 |
| 218273 | 42 | 227427 | 70 | 245231 | 70 | 249435 | 70 | 282839 | 70 | 288993 | 70 |
| 218274 1000 | | 227428 | 42 | 245232 | 42 | 249436 | 70 | 282840 | 70 | 288994 | 42 |

| Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. |
|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|
| 288995 | 42 | 297688 | 42 | 311331 | 42 | 367074 | 42 | 372517 | 70 | 378859 | 42 |
| 288996 | 70 | 297689 | 42 | 311332 | 70 | 367075 | 42 | 372518 | 70 | 378860 | 70 |
| 288997 | 70 | 297690 | 70 | 311333 | 70 | 367076 | 70 | 372519 | 42 | 378861 | 70 |
| 288998 | 42 | 297691 | 70 | 311334 | 42 | 367077 | 70 | 372520 | 70 | 378862 | 42 |
| 288999 | 42 | 297692 | 42 | 311335 | 42 | 367078 | 42 | 372521 | 42 | 378863 | 42 |
| 289000 | 70 | 297693 | 42 | 311336 | 42 | 367079 | 42 | 372522 | 42 | 378864 | 70 |
| 297651 | 42 | 297694 | 42 | 311337 | 42 | 367080 | 70 | 372523 | 42 | 378865 | 70 |
| 297652 | 42 | 297695 | 42 | 311338 | 42 | 367081 | 42 | 372524 | 42 | 378866 | 70 |
| 297653 | 42 | 297696 | 70 | 311339 | 42 | 367082 | 42 | 372525 | 70 | 378867 | 70 |
| 297654 | 70 | 297697 | 42 | 311340 | 70 | 367083 | 70 | 372526 | 42 | 378868 | 70 |
| 297655 | 70 | 297698 | 70 | 311341 | 42 | 367084 | 70 | 372527 | 42 | 378869 | 42 |
| 297656 | 42 | 297699 | 70 | 311342 | 70 | 367085 | 70 | 372528 | 42 | 378870 | 42 |
| 297657 | 42 | 297700 | 42 | 311343 | 70 | 367086 | 42 | 372529 | 70 | 378871 | 42 |
| 297658 | 42 | 311301 | 70 | 311344 | 42 | 367087 | 70 | 372530 | 42 | 378872 | 70 |
| 297659 | 42 | 311302 | 70 | 311345 | 42 | 367088 | 70 | 372531 | 70 | 378873 | 42 |
| 297660 | 70 | 311303 | 70 | 311346 | 42 | 367089 | 70 | 372532 | 70 | 378874 | 42 |
| 297661 | 70 | 311304 | 70 | 311347 | 1000 | 367090 | 42 | 372533 | 70 | 378875 | 42 |
| 297662 | 70 | 311305 | 70 | 311348 | 70 | 367091 | 70 | 372534 | 70 | 378876 | 1000 |
| 297663 | 42 | 311306 | 70 | 311349 | 70 | 367092 | 42 | 372535 | 70 | 378877 | 42 |
| 297664 | 70 | 311307 | 42 | 311350 | 42 | 367093 | 70 | 372536 | 42 | 378878 | 70 |
| 297665 | 42 | 311308 | 42 | 367051 | 70 | 367094 | 42 | 372537 | 42 | 378879 | 70 |
| 297666 | 42 | 311309 | 70 | 367052 | 70 | 367095 | 70 | 372538 | 70 | 378880 | 42 |
| 297667 | 42 | 311310 | 70 | 367053 | 70 | 367096 | 70 | 372539 | 42 | 378881 | 70 |
| 297668 | 42 | 311311 | 70 | 367054 | 70 | 367097 | 42 | 372540 | 42 | 378882 | 70 |
| 297669 | 42 | 311312 | 42 | 367055 | 42 | 367098 | 42 | 372541 | 42 | 378883 | 70 |
| 297670 | 42 | 311313 | 42 | 367056 | 42 | 367099 | 70 | 372542 | 42 | 378884 | 70 |
| 297671 | 70 | 311314 | 70 | 367057 | 42 | 367100 | 42 | 372543 | 70 | 378885 | 42 |
| 297672 | 42 | 311315 | 70 | 367058 | 1000 | 372501 | 70 | 372544 | 42 | 378886 | 70 |
| 297673 | 70 | 311316 | 42 | 367059 | 70 | 372502 | 70 | 372545 | 42 | 378887 | 42 |
| 297674 | 70 | 311317 | 70 | 367060 | 42 | 372503 | 42 | 372546 | 70 | 378888 | 42 |
| 297675 | 42 | 311318 | 70 | 367061 | 70 | 372504 | 42 | 372547 | 70 | 378889 | 42 |
| 297676 | 42 | 311319 | 42 | 367062 | 42 | 372505 | 70 | 372548 | 42 | 378890 | 42 |
| 297677 | 42 | 311320 | 42 | 367063 | 70 | 372506 | 70 | 372549 | 70 | 378891 | 42 |
| 297678 | 42 | 311321 | 42 | 367064 | 42 | 372507 | 70 | 372550 | 42 | 378892 | 70 |
| 297679 | 42 | 311322 | 42 | 367065 | 42 | 372508 | 42 | 378851 | 70 | 378893 | 42 |
| 297680 | 70 | 311323 | 42 | 367066 | 70 | 372509 | 70 | 378852 | 42 | 378894 | 42 |
| 297681 | 42 | 311324 | 42 | 367067 | 42 | 372510 | 42 | 378853 | 42 | 378895 | 70 |
| 297682 | 42 | 311325 | 42 | 367068 | 70 | 372511 | 70 | 378854 | 42 | 378896 | 42 |
| 297683 | 70 | 311326 | 70 | 367069 | 42 | 372512 | 42 | 378855 | 70 | 378897 | 70 |
| 297684 | 42 | 311327 | 70 | 367070 | 70 | 372513 | 42 | 378856 | 42 | 378898 | 70 |
| 297685 | 42 | 311328 | 70 | 367071 | 70 | 372514 | 70 | 378857 | 42 | 378899 | 42 |
| 297686 | 42 | 311329 | 42 | 367072 | 1000 | 372515 | 70 | 378858 | 1000 | 378900 | 70 |
| 297687 | 70 | 311330 | 42 | 367073 | 70 | 372516 | 42 | | | | |

Liste

der aus den früheren

achtzehn Ziehungen

noch uneingelöbten großherzoglich badischen Fünfunddreißig-Gulden=Loose

des Anlehens vom Jahre 1843,

deren Besitzer zur Erhebung der Gewinne hierdurch aufgefördert werden.

| Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. |
|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|
| 68 | 3358 | XIII. | fl. 42 | 374 | 18664 | XVII. | fl. 42 | 519 | 25908 | XVI. | fl. 42 | 616 | 30779 | XVIII. | fl. 42 |
| " | 3359 | " | 42 | " | 18666 | " | 42 | " | 25915 | " | 42 | " | 30780 | " | 42 |
| " | 3364 | " | 42 | " | 18667 | " | 42 | " | 25916 | " | 42 | 623 | 31111 | XVII. | 42 |
| " | 3365 | " | 50 | " | 18668 | " | 42 | 520 | 25993 | X. | 42 | " | 31113 | " | 50 |
| " | 3366 | " | 42 | " | 18671 | " | 42 | 546 | 27263 | XVI. | 42 | " | 31114 | " | 42 |
| " | 3369 | " | 42 | " | 18674 | " | 42 | " | 27264 | " | 70 | " | 31117 | " | 42 |
| " | 3370 | " | 42 | " | 18675 | " | 42 | " | 27265 | " | 70 | " | 31118 | " | 50 |
| " | 3372 | " | 42 | " | 18676 | " | 42 | " | 27266 | " | 70 | " | 31122 | " | 42 |
| " | 3374 | " | 42 | " | 18685 | " | 42 | " | 27267 | " | 70 | " | 31124 | " | 42 |
| " | 3397 | " | 50 | " | 18695 | " | 42 | " | 27268 | " | 42 | " | 31125 | " | 42 |
| 91 | 4503 | XI. | 50 | " | 18697 | " | 42 | " | 27269 | " | 42 | " | 31126 | " | 42 |
| " | 4504 | " | 42 | 402 | 20056 | " | 50 | " | 27270 | " | 70 | " | 31129 | " | 50 |
| " | 4505 | " | 42 | " | 20075 | " | 42 | " | 27271 | " | 42 | " | 31132 | " | 42 |
| " | 4506 | " | 42 | " | 20076 | " | 42 | " | 27272 | " | 42 | " | 31134 | " | 42 |
| " | 4539 | " | 42 | " | 20077 | " | 42 | " | 27275 | " | 70 | " | 31135 | " | 42 |
| " | 4540 | " | 42 | " | 20078 | " | 42 | " | 27284 | " | 42 | " | 31137 | " | 42 |
| 128 | 6360 | I. | 42 | " | 20079 | " | 50 | " | 27296 | " | 42 | " | 31138 | " | 42 |
| 199 | 9911 | XV. | 42 | " | 20080 | " | 42 | 573 | 28608 | VI. | 42 | 659 | 32908 | V. | 42 |
| " | 9926 | " | 42 | " | 20081 | " | 42 | " | 28609 | " | 42 | 678 | 33858 | XVI. | 70 |
| " | 9941 | " | 42 | " | 20082 | " | 42 | " | 28610 | " | 42 | " | 33859 | " | 70 |
| 215 | 10703 | X. | 42 | " | 20095 | " | 42 | " | 28611 | " | 42 | " | 33865 | " | 70 |
| 313 | 15601 | IV. | 70 | 403 | 20129 | III. | 42 | " | 28612 | " | 70 | " | 33868 | " | 42 |
| " | 15602 | " | 42 | " | 20130 | " | 42 | " | 28627 | " | 70 | " | 33872 | " | 70 |
| " | 15626 | " | 70 | 450 | 22456 | XII. | 70 | " | 28630 | " | 70 | " | 33876 | " | 42 |
| " | 15632 | " | 42 | " | 22457 | " | 70 | " | 28631 | " | 42 | " | 33885 | " | 1000 |
| 334 | 16657 | XVII. | 42 | " | 22458 | " | 42 | " | 28632 | " | 70 | " | 33896 | " | 70 |
| " | 16658 | " | 42 | " | 22462 | " | 70 | " | 28633 | " | 42 | " | 33899 | " | 42 |
| " | 16661 | " | 42 | " | 22500 | " | 42 | " | 28634 | " | 42 | " | 33900 | " | 42 |
| " | 16680 | " | 42 | 469 | 23406 | IV. | 42 | 616 | 30761 | XVIII. | 42 | 687 | +34312 | XIV. | + 70 |
| " | 16681 | " | 42 | 492 | 24538 | XVIII. | 70 | " | 30765 | " | 42 | " | 34324 | " | 42 |
| " | 16682 | " | 42 | " | 24578 | " | 1000 | " | 30773 | " | 70 | 699 | 34950 | VII. | 42 |
| " | 16683 | " | 50 | " | 24579 | " | 70 | " | 30774 | " | 42 | 755 | 37708 | VI. | 42 |
| " | 16684 | " | 42 | " | 24583 | " | 42 | " | 30776 | " | 70 | " | 37709 | " | 70 |
| 374 | 18656 | " | 42 | " | 24585 | " | 42 | " | 30777 | " | 42 | 771 | 38501 | XVII. | 42 |
| " | 18658 | " | 42 | " | 24586 | " | 70 | " | 30778 | " | 42 | " | 38502 | " | 42 |

| Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. |
|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|
| 771 | 38503 | XVII. | fl. 50 | 1047 | 52307 | V. | fl. 42 | 1385 | 69250 | XIV. | fl. 70 | 1799 | +89914 | XV. | + 42 |
| " | 38504 | " | 42 | " | 52308 | " | 42 | 1406 | 70274 | IX. | 42 | " | +89915 | " | + 42 |
| " | 38543 | " | 50 | 1086 | 54273 | XV. | 50 | 1409 | 70414 | III. | 250 | " | +89916 | " | + 42 |
| " | 38544 | " | 42 | " | 54274 | " | 50 | 1454 | 72673 | XIII. | 42 | " | 89923 | " | 42 |
| " | 38550 | " | 42 | " | 54283 | " | 42 | 1474 | 73662 | XVII. | 42 | " | 89924 | " | 42 |
| 773 | 38624 | VI. | 42 | 1136 | 56772 | X. | 42 | " | 73666 | " | 42 | 1800 | 89997 | " | 42 |
| 796 | 39775 | XI. | 50 | " | 56786 | " | 42 | " | 73668 | " | 42 | " | 89998 | " | 42 |
| " | 39776 | " | 42 | " | 56787 | " | 70 | " | 73671 | " | 42 | " | 89999 | " | 42 |
| " | 39777 | " | 42 | " | 56788 | " | 70 | " | 73672 | " | 42 | " | 90000 | " | 42 |
| " | 39778 | " | 42 | " | 56789 | " | 70 | " | 73682 | " | 42 | 1807 | 90338 | XIV. | 70 |
| " | 39784 | " | 42 | " | 56793 | " | 42 | " | 73683 | " | 42 | " | 90339 | " | 70 |
| " | 39785 | " | 42 | " | 56794 | " | 70 | " | 73684 | " | 42 | " | 90340 | " | 42 |
| " | 39786 | " | 50 | " | 56795 | " | 42 | " | 73690 | " | 42 | " | 90341 | " | 42 |
| 797 | 39809 | V. | 42 | 1161 | 58023 | XIV. | 70 | " | 73691 | " | 42 | " | 90342 | " | 42 |
| " | 39811 | " | 42 | " | 58031 | " | 70 | " | 73692 | " | 42 | " | 90343 | " | 70 |
| " | 39816 | " | 42 | " | 58032 | " | 42 | 1482 | 74051 | IX. | 42 | " | 90344 | " | 70 |
| " | 39817 | " | 42 | 1234 | 61655 | IX. | 42 | " | 74057 | " | 42 | " | 90345 | " | 42 |
| 831 | 41534 | XII. | 42 | " | 61673 | " | 50 | " | 74074 | " | 50 | " | 90346 | " | 70 |
| " | 41535 | " | 70 | " | 61678 | " | 42 | " | 74088 | " | 50 | " | 90347 | " | 70 |
| " | 41536 | " | 70 | " | 61679 | " | 42 | " | 74091 | " | 42 | " | 90348 | " | 42 |
| " | 41537 | " | 70 | " | 61680 | " | 42 | " | 74099 | " | 42 | " | 90349 | " | 42 |
| " | 41538 | " | 70 | 1255 | 62704 | " | 42 | 1559 | 77906 | XVII. | 42 | " | 90350 | " | 70 |
| " | 41539 | " | 42 | " | 62739 | " | 50 | " | 77909 | " | 42 | 1820 | 90951 | VIII. | 70 |
| " | 41540 | " | 42 | " | 62740 | " | 50 | " | 77910 | " | 42 | 1896 | 94759 | XVIII. | 42 |
| 855 | 42718 | XIII. | 42 | " | 62741 | " | 42 | " | 77917 | " | 42 | " | 94761 | " | 42 |
| " | 42723 | " | 42 | " | 62748 | " | 250 | " | 77924 | " | 42 | 2013 | 100624 | X. | 42 |
| " | 42724 | " | 42 | 1262 | 63098 | XII. | 42 | " | 77936 | " | 42 | 2054 | 102652 | XVIII. | 42 |
| 924 | 46182 | X. | 42 | 1309 | 65406 | XVII. | 42 | " | 77938 | " | 42 | " | 102653 | " | 42 |
| 925 | 46216 | III. | 42 | " | 65410 | " | 42 | " | 77940 | " | 5000 | " | 102654 | " | 42 |
| " | 46218 | " | 50 | 1314 | 65681 | IX. | 42 | " | 77941 | " | 42 | " | 102658 | " | 70 |
| 935 | 46701 | XV. | 50 | " | 65700 | " | 42 | " | 77942 | " | 42 | " | 102666 | " | 42 |
| " | 46702 | " | 42 | 1315 | 65705 | XVII. | 42 | 1567 | 78312 | VII. | 42 | " | 102667 | " | 42 |
| " | 46703 | " | 42 | " | 65718 | " | 42 | 1570 | 78475 | XV. | 50 | " | 102668 | " | 70 |
| " | 46705 | " | 42 | " | 65750 | " | 42 | " | 78476 | " | 42 | " | 102697 | " | 70 |
| " | 46743 | " | 50 | 1339 | 66903 | II. | 42 | 1686 | 84256 | " | 42 | 2188 | 109355 | VII. | 42 |
| 944 | 47151 | XIII. | 50 | " | 66904 | " | 42 | " | 84257 | " | 42 | 2232 | 111578 | III. | 42 |
| " | 47152 | " | 50 | 1361 | 68004 | XI. | 42 | " | 84296 | " | 42 | " | 111579 | " | 42 |
| " | 47153 | " | 42 | " | 68019 | " | 42 | 1745 | 87201 | " | 42 | " | 111580 | " | 42 |
| " | 47154 | " | 42 | " | 68025 | " | 42 | " | 87216 | " | 42 | 2261 | 113003 | IX. | 42 |
| " | 47155 | " | 42 | " | 68029 | " | 50 | " | 87224 | " | 42 | " | 113036 | " | 42 |
| " | 47156 | " | 42 | " | 68031 | " | 50 | " | 87234 | " | 42 | 2345 | 117201 | XV. | 42 |
| " | 47157 | " | 42 | " | 68042 | " | 42 | " | 87241 | " | 42 | " | 117235 | " | 42 |
| " | 47158 | " | 42 | " | 68044 | " | 42 | " | 87244 | " | 42 | " | 117236 | " | 50 |
| " | 47183 | " | 42 | 1378 | 68859 | XIV. | 70 | " | 87246 | " | 42 | " | 117243 | " | 42 |
| 1036 | 51751 | X. | 42 | " | 68862 | " | 70 | " | 87250 | " | 50 | " | 117250 | " | 42 |
| 1047 | 52301 | V. | 42 | " | 68871 | " | 42 | 1755 | 87709 | VII. | 42 | 2411 | 120532 | XIII. | 42 |
| " | 52302 | " | 42 | 1385 | 69228 | " | 42 | " | 87710 | " | 42 | " | 120537 | " | 42 |
| " | 52303 | " | 42 | " | 69229 | " | 1000 | " | 87711 | " | 42 | " | 120538 | " | 42 |
| " | 52304 | " | 50 | " | 69230 | " | 70 | 1799 | 89901 | XV. | 42 | 2479 | 123911 | XIV. | 42 |
| " | 52305 | " | 42 | " | 69248 | " | 70 | " | 89912 | " | 42 | " | 123924 | " | 42 |
| " | 52306 | " | 50 | " | 69249 | " | 70 | " | +89913 | " | + 42 | " | 123929 | " | 70 |

| Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. |
|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|
| 2479 | 123930 | XIV. | fl. 42 | 2599 | 129902 | XVI. | fl. 70 | 3023 | 151139 | XVII. | fl. 42 | 3569 | 178418 | XVII. | fl. 42 |
| " | 123931 | " | 70 | " | 129905 | " | 70 | " | 151140 | " | 50 | " | 178420 | " | 42 |
| " | 123935 | " | 70 | " | 129909 | " | 42 | " | 151141 | " | 42 | " | 178433 | " | 42 |
| " | 123937 | " | 42 | 2643 | 132117 | " | 70 | " | 151142 | " | 42 | 3640 | 181970 | XV. | 42 |
| " | 123938 | " | 42 | " | 132128 | " | 42 | " | 151143 | " | 50 | " | 181971 | " | 42 |
| " | 123940 | " | 70 | " | 132137 | " | 42 | 3108 | 155369 | VII. | 42 | 3709 | 185430 | " | 42 |
| " | 123941 | " | 70 | " | 132138 | " | 70 | 3143 | 157101 | XVII. | 42 | " | 185433 | " | 42 |
| " | 123942 | " | 70 | " | 132149 | " | 42 | " | 157102 | " | 42 | 3773 | 188621 | XI. | 50 |
| " | 123947 | " | 42 | " | 132150 | " | 70 | " | 157111 | " | 42 | " | 188622 | " | 42 |
| 2486 | 124293 | XIII. | 42 | 2667 | 133334 | VII. | 42 | " | 157140 | " | 42 | 3776 | 188751 | XVI. | 42 |
| " | 124299 | " | 42 | 2701 | 135008 | III. | 42 | " | 157141 | " | 42 | " | 188763 | " | 70 |
| 2494 | 124695 | III. | 42 | " | 135015 | " | 42 | " | 157144 | " | 50 | " | 188764 | " | 42 |
| 2496 | 124773 | XIII. | 42 | " | 135023 | " | 42 | " | 157145 | " | 42 | " | 188765 | " | 42 |
| 2528 | 126380 | XI. | 42 | " | 135024 | " | 42 | 3181 | 159017 | XII. | 42 | " | 188766 | " | 42 |
| " | 126381 | " | 42 | " | 135025 | " | 42 | " | 159023 | " | 70 | " | 188790 | " | 70 |
| " | 126382 | " | 42 | " | 135026 | " | 42 | " | 159039 | " | 70 | " | 188791 | " | 70 |
| " | 126383 | " | 42 | " | 135027 | " | 42 | " | 159040 | " | 70 | 3824 | 191191 | XIII. | 42 |
| 2532 | 126551 | XV. | 50 | " | 135028 | " | 42 | 3200 | 159976 | XVII. | 42 | " | 191192 | " | 42 |
| " | 126552 | " | 42 | " | 135029 | " | 42 | " | 160000 | " | 42 | 3827 | 191301 | XVII. | 42 |
| " | 126553 | " | 42 | " | 135030 | " | 50 | 3205 | 160209 | X | 42 | " | 191312 | " | 50 |
| 2585 | 129242 | II. | 42 | 2740 | 136970 | XVI. | 70 | 3207 | 160349 | XIII. | 42 | 3989 | 199437 | VII. | 42 |
| " | 129243 | " | 42 | " | 136971 | " | 70 | 3231 | 161512 | XIV. | 42 | " | 199443 | " | 42 |
| " | 129244 | " | 70 | " | 136973 | " | 42 | " | 161513 | " | 70 | 4081 | 204020 | XVII. | 42 |
| " | 129245 | " | 70 | " | 136974 | " | 42 | " | 161522 | " | 42 | " | 204033 | " | 42 |
| " | 129246 | " | 42 | " | 136976 | " | 70 | " | 161528 | " | 1000 | " | 204034 | " | 50 |
| " | 129247 | " | 70 | " | 136979 | " | 70 | " | 161529 | " | 70 | 4157 | 207846 | V. | 42 |
| " | 129248 | " | 70 | 2743 | 137131 | IX. | 42 | " | 161530 | " | 42 | 4197 | 209818 | XVII. | 42 |
| " | 129249 | " | 70 | " | 137133 | " | 50 | " | 161531 | " | 42 | " | 209819 | " | 42 |
| " | 129250 | " | 42 | 2801 | 140024 | VIII. | 42 | " | 161532 | " | 42 | " | 209820 | " | 42 |
| 2587 | 129321 | XI. | 50 | 2841 | 142004 | " | 1000 | " | 161536 | " | 70 | " | 209821 | " | 42 |
| " | 129322 | " | 42 | 2878 | 143897 | VI. | 42 | 3367 | 168306 | XVIII. | 70 | " | 209827 | " | 50 |
| " | 129323 | " | 42 | 2883 | 144124 | XV. | 42 | " | 168309 | " | 42 | " | 209830 | " | 42 |
| " | 129324 | " | 42 | " | 144131 | " | 42 | " | 168317 | " | 42 | " | 209831 | " | 42 |
| " | 129325 | " | 42 | " | 144139 | " | 42 | " | 168345 | " | 70 | " | 209832 | " | 42 |
| " | 129326 | " | 42 | " | 144144 | " | 42 | " | 168350 | " | 42 | " | 209834 | " | 42 |
| " | 129327 | " | 42 | " | 144145 | " | 42 | 3409 | 170401 | XVII. | 50 | 4285 | 214245 | XIII. | 42 |
| " | 129328 | " | 42 | " | 144146 | " | 42 | " | 170404 | " | 42 | 4429 | 221402 | IX. | 42 |
| " | 129329 | " | 42 | 2988 | 149387 | III. | 42 | " | 170408 | " | 42 | " | 221411 | " | 42 |
| " | 129330 | " | 50 | " | 149388 | " | 42 | 3456 | 172754 | " | 42 | 4433 | 221633 | XIV. | 70 |
| " | 129331 | " | 42 | " | 149389 | " | 42 | " | 172763 | " | 42 | " | 221649 | " | 70 |
| " | 129332 | " | 42 | " | 149390 | " | 42 | " | 172794 | " | 50 | " | 221650 | " | 70 |
| " | 129333 | " | 42 | " | 149391 | " | 50 | 3457 | 172803 | XVIII. | 70 | 4494 | 224668 | XV. | 42 |
| " | 129334 | " | 42 | " | 149392 | " | 42 | " | 172805 | " | 70 | " | 224673 | " | 50 |
| " | 129335 | " | 42 | " | 149393 | " | 42 | " | 172807 | " | 42 | " | 224689 | " | 42 |
| " | 129336 | " | 42 | " | 149394 | " | 42 | " | 172808 | " | 70 | " | 224690 | " | 42 |
| " | 129337 | " | 42 | " | 149395 | " | 42 | " | 172816 | " | 70 | " | 224691 | " | 42 |
| " | 129338 | " | 42 | " | 149396 | " | 50 | " | 172817 | " | 70 | 4500 | 224951 | XII. | 70 |
| " | 129339 | " | 42 | 3023 | 151102 | XVII. | 42 | " | 172818 | " | 70 | " | 224952 | " | 42 |
| " | 129340 | " | 50 | " | 151105 | " | 42 | " | 172839 | " | 42 | " | 224953 | " | 42 |
| " | 129348 | " | 42 | " | 151116 | " | 42 | " | 172845 | " | 42 | " | 224973 | " | 70 |
| " | 129349 | " | 42 | " | 151123 | " | 42 | 3473 | 173601 | VII. | 42 | " | 224974 | " | 70 |
| 2599 | 129901 | XVI. | 42 | " | 151137 | " | 42 | " | 173648 | " | 42 | " | 224975 | " | 70 |

| Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. |
|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|
| 4562 | 228051 | XVII. | fl. 42 | 4864 | 243157 | XIII. | fl. 42 | 5429 | 271409 | XVIII. | fl. 42 | 5782 | 289056 | I. | fl. 42 |
| " | 228052 | " | 50 | " | 243158 | " | 50 | " | 271413 | " | 70 | " | 289057 | " | 42 |
| " | 228053 | " | 42 | " | 243159 | " | 42 | " | 271414 | " | 70 | " | 289058 | " | 1000 |
| " | 228057 | " | 42 | " | 243160 | " | 42 | " | 271415 | " | 70 | " | 289059 | " | 50 |
| " | 228058 | " | 42 | " | 243161 | " | 42 | " | 271416 | " | 42 | 5787 | 289331 | X. | 42 |
| " | 228086 | " | 42 | " | 243162 | " | 42 | " | 271417 | " | 70 | " | 289332 | " | 42 |
| 4583 | 229107 | IX. | 42 | " | 243163 | " | 42 | " | 271427 | " | 42 | 6015 | 300707 | XIII. | 50 |
| " | 229108 | " | 42 | " | 243164 | " | 42 | " | 271428 | " | 42 | " | 300709 | " | 42 |
| 4617 | 230845 | XV. | 50 | " | 243165 | " | 42 | " | 271431 | " | 70 | " | 300720 | " | 42 |
| " | 230846 | " | 42 | " | 243166 | " | 42 | " | 271434 | " | 70 | " | 300721 | " | 50 |
| " | 230847 | " | 42 | " | 243167 | " | 42 | " | 271437 | " | 70 | " | 300722 | " | 42 |
| " | 230848 | " | 42 | " | 243168 | " | 42 | " | 271438 | " | 70 | " | 300723 | " | 50 |
| " | 230849 | " | 42 | " | 243169 | " | 42 | " | 271440 | " | 42 | " | 300724 | " | 42 |
| " | 230850 | " | 250 | " | 243170 | " | 42 | " | 271441 | " | 42 | 6074 | 303662 | XV. | 42 |
| 4624 | 231151 | XVII. | 42 | " | 243171 | " | 250 | 5436 | 271779 | XV. | 42 | " | 303691 | " | 42 |
| " | 231176 | " | 50 | " | 243172 | " | 42 | 5444 | 272153 | XVII. | 42 | " | 303699 | " | 42 |
| " | 231191 | " | 42 | " | 243173 | " | 42 | " | 272156 | " | 42 | 6090 | 304462 | XVII. | 42 |
| 4653 | 232611 | XIII. | 42 | " | 243174 | " | 42 | " | 272172 | " | 42 | " | 304463 | " | 42 |
| " | 232617 | " | 42 | " | 243175 | " | 42 | " | 272184 | " | 42 | " | 304465 | " | 42 |
| " | 232641 | " | 42 | " | 243176 | " | 42 | " | 272192 | " | 42 | " | 304466 | " | 42 |
| 4743 | 237108 | XI. | 50 | " | 243177 | " | 42 | " | 272193 | " | 42 | " | 304467 | " | 42 |
| 4748 | 237385 | V. | 42 | " | 243178 | " | 42 | 5488 | 274354 | XI. | 42 | " | 304473 | " | 42 |
| 4749 | 237402 | XVII. | 42 | " | 243200 | " | 42 | 5489 | 274401 | XIII. | 42 | " | 304482 | " | 42 |
| " | 237403 | " | 42 | 4878 | 243877 | XVII. | 42 | " | 274402 | " | 42 | " | 304483 | " | 42 |
| " | 237405 | " | 42 | " | 243881 | " | 42 | " | 274427 | " | 42 | " | 304485 | " | 42 |
| " | 237406 | " | 42 | " | 243882 | " | 42 | " | 274429 | " | 42 | " | 304489 | " | 42 |
| " | 237407 | " | 42 | 4981 | 249014 | XV. | 42 | 5544 | 277161 | XI. | 42 | " | 304493 | " | 42 |
| " | 237410 | " | 42 | " | 249050 | " | 42 | " | 277188 | " | 42 | " | 304494 | " | 42 |
| " | 237413 | " | 42 | 5015 | 250711 | XVI. | 42 | 5608 | 280375 | " | 42 | " | 304495 | " | 42 |
| " | 237414 | " | 42 | " | 250712 | " | 42 | " | 280376 | " | 42 | " | 304496 | " | 42 |
| " | 237415 | " | 42 | " | 250713 | " | 42 | " | 280377 | " | 50 | " | 304500 | " | 42 |
| " | 237429 | " | 42 | " | 250714 | " | 42 | " | 280378 | " | 42 | 6116 | 305768 | VII. | 42 |
| " | 237432 | " | 50 | " | 250715 | " | 70 | " | 280379 | " | 42 | 6165 | 308226 | XV. | 42 |
| " | 237441 | " | 42 | " | 250716 | " | 42 | " | 280380 | " | 42 | " | 308232 | " | 42 |
| " | 237442 | " | 42 | " | 250717 | " | 70 | " | 280381 | " | 42 | " | 308233 | " | 250 |
| " | 237443 | " | 42 | " | 250718 | " | 70 | " | 280382 | " | 42 | " | 308234 | " | 42 |
| 4786 | 239287 | XII. | 42 | " | 250719 | " | 70 | " | 280383 | " | 50 | " | 308235 | " | 42 |
| 4839 | 241917 | XVI. | 70 | " | 250720 | " | 70 | " | 280384 | " | 42 | " | 308239 | " | 42 |
| " | 241924 | " | 42 | " | 250724 | " | 42 | " | 280388 | " | 42 | 6371 | 318502 | XII. | 42 |
| " | 241931 | " | 70 | 5081 | 254015 | XVIII. | 42 | " | 280390 | " | 42 | " | 318503 | " | 42 |
| " | 241937 | " | 70 | " | 254016 | " | 70 | " | 280393 | " | 42 | " | 318527 | " | 70 |
| " | 241944 | " | 42 | " | 254019 | " | 42 | 5670 | 283495 | VII. | 42 | " | 318541 | " | 70 |
| 4847 | 242301 | XIV. | 42 | 5097 | 254801 | XVI. | 70 | 5697 | 284803 | XIII. | 42 | " | 318543 | " | 70 |
| " | 242302 | " | 42 | " | 254802 | " | 70 | " | 284840 | " | 42 | 6395 | 319741 | XIII. | 42 |
| " | 242342 | " | 42 | " | 254805 | " | 70 | " | 284842 | " | 42 | 6421 | 321017 | XVII. | 42 |
| 4849 | 242408 | III. | 42 | " | 254810 | " | 70 | " | 284843 | " | 42 | " | 321029 | " | 42 |
| 4864 | 243151 | XIII. | 42 | " | 254812 | " | 70 | " | 284849 | " | 42 | " | 321032 | " | 50 |
| " | 243152 | " | 42 | " | 254816 | " | 42 | 5782 | 289051 | I. | 42 | " | 321033 | " | 42 |
| " | 243153 | " | 42 | 5259 | 262932 | XV. | 42 | " | 289052 | " | 42 | " | 321035 | " | 42 |
| " | 243154 | " | 42 | 5429 | 271401 | XVIII. | 42 | " | 289053 | " | 42 | " | 321042 | " | 42 |
| " | 243155 | " | 42 | " | 271406 | " | 42 | " | 289054 | " | 42 | " | 321049 | " | 50 |
| " | 243156 | " | 42 | " | 271407 | " | 42 | " | 289055 | " | 42 | " | | | |

| Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. |
|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|
| 6422 | 321057 | XV. | fl. 42 | 7249 | 362430 | XI. | 42 | 7313 | 365642 | XVII. | 42 | 7522 | 376094 | XIV. | 42 |
| " | 321072 | " | 50 | " | 362431 | " | 42 | " | 365650 | " | 50 | " | 376095 | " | 70 |
| " | 321097 | " | 42 | " | 362432 | " | 42 | 7314 | 365653 | XVIII. | 70 | 7524 | 376172 | IX. | 42 |
| " | 321098 | " | 50 | " | 362433 | " | 42 | " | 365654 | " | 70 | 7525 | 376211 | XIII. | 42 |
| " | 321099 | " | 42 | " | 362434 | " | 42 | " | 365656 | " | 70 | 7588 | 379351 | XVII. | 42 |
| 6542 | 327055 | VII. | 50 | " | 362435 | " | 50 | " | 365660 | " | 42 | " | 379357 | " | 42 |
| 6770 | 338458 | XVI. | 42 | " | 362436 | " | 42 | " | 365670 | " | 42 | " | 379358 | " | 42 |
| " | 338459 | " | 70 | " | 362437 | " | 42 | " | 365692 | " | 42 | " | 379359 | " | 42 |
| 6898 | 344872 | IX. | 42 | " | 362438 | " | 42 | " | 365697 | " | 70 | " | 379360 | " | 42 |
| 7009 | 350404 | XII. | 42 | 7281 | 364003 | VI. | 42 | 7345 | 367232 | IX. | 42 | " | 379362 | " | 42 |
| " | 350408 | " | 42 | " | 364007 | " | 70 | 7363 | 368117 | XI. | 42 | " | 379366 | " | 42 |
| " | 350416 | " | 42 | " | 364014 | " | 70 | " | 368118 | " | 42 | " | 379367 | " | 42 |
| " | 350417 | " | 70 | " | 364019 | " | 42 | " | 368150 | " | 42 | " | 379380 | " | 50 |
| " | 350418 | " | 70 | " | 364048 | " | 42 | 7384 | 369170 | IX. | 42 | " | 379382 | " | 42 |
| " | 350419 | " | 42 | 7291 | 364506 | XVI. | 70 | " | 369192 | " | 42 | " | 379388 | " | 42 |
| 7073 | 353602 | XIV. | 70 | " | 364507 | " | 70 | 7394 | 369654 | XVIII. | 42 | " | 379395 | " | 42 |
| " | 353617 | " | 42 | " | 364508 | " | 70 | " | 369655 | " | 42 | " | 379396 | " | 42 |
| " | 353618 | " | 42 | " | 364509 | " | 70 | " | 369668 | " | 70 | " | 379400 | " | 42 |
| " | 353619 | " | 42 | " | 364510 | " | 70 | " | 369682 | " | 42 | 7602 | 380077 | XVIII. | 42 |
| " | 353620 | " | 42 | " | 364511 | " | 42 | " | 369687 | " | 42 | 7638 | 381859 | VII. | 42 |
| " | 353642 | " | 70 | " | 364512 | " | 70 | " | 369689 | " | 42 | " | 381860 | " | 42 |
| " | 353643 | " | 42 | " | 364513 | " | 42 | " | 369693 | " | 42 | 7641 | 382017 | XV. | 42 |
| 7104 | 355190 | IV. | 42 | " | 364514 | " | 42 | 7402 | 370064 | XIII. | 42 | " | 382033 | " | 42 |
| 7139 | 356918 | XVIII. | 42 | " | 364525 | " | 70 | " | 370065 | " | 42 | 7710 | 385484 | IV. | 70 |
| " | 356931 | " | 42 | " | 364528 | " | 70 | 7407 | 370317 | " | 42 | 7730 | 386481 | VIII. | 70 |
| " | 356932 | " | 42 | " | 364530 | " | 70 | " | 370341 | " | 42 | " | 386491 | " | 42 |
| " | 356933 | " | 42 | 7304 | 365188 | XV. | 42 | 7438 | 371898 | V. | 42 | 7811 | 390547 | " | 70 |
| " | 356935 | " | 70 | " | 365198 | " | 42 | 7447 | 372328 | XV. | 42 | " | 390548 | " | 42 |
| " | 356939 | " | 70 | 7307 | 365309 | " | 42 | " | 372339 | " | 42 | " | 390549 | " | 70 |
| 7231 | 361526 | XV. | 42 | " | 365317 | " | 42 | 7522 | 376059 | XIV. | 42 | 7828 | 391392 | V. | 42 |
| " | 361532 | " | 42 | 7313 | 365604 | XVII. | 42 | " | 376060 | " | 42 | " | 391393 | " | 50 |
| " | 361549 | " | 42 | " | 365607 | " | 42 | " | 376068 | " | 42 | " | 391394 | " | 42 |
| 7249 | 362428 | XI. | 42 | " | 365636 | " | 42 | " | 376075 | " | 70 | 7830 | 391499 | XI. | 42 |
| " | 362429 | " | 50 | | | | | | | | | | | | |

NB. Die mit + bezeichneten Loose Nr. 34312, 89913, 89914, 89915, 89916, 172794, 237441, 237442, 237443, 386481 sind mit Zahlungssperre belegt.

Carlsruhe, den 31. Dezember 1850.

Großherzoglich Badische Eisenbahnschuldentilgungs-Kasse.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Dienstag den 21. Januar 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsseungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Medaillenverleihungen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien: Bekanntmachungen des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: Die Postentfernung zwischen Stockach und Ueberlingen betreffend. Die Aufhebung des Postamtes zu Lörach und die Errichtung eines solchen in Hallingen betreffend. — Bekanntmachung des Ministeriums des Innern: Die polizeiliche Verordnung über das Befahren des Rheines von Basel bis in die See betreffend. Dienstverleigungen. Berichtung.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsseungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Medaillenverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst Allerhöchster Entschließung vom 7. d. M. dem Amortisationskassediener Christian Lehmann und dem Generalstaatskassediener Joseph Graf dahier in Anerkennung ihrer langjährigen, treuen Dienstführung die silberne Civilverdienstmedaille allergnädigst zu verleihen geruht.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Postentfernung zwischen Stockach und Ueberlingen betreffend.

Nachdem die zwischen Stockach und Ueberlingen über Ludwigshafen und Sipp-lingen hinziehende neue Straße dem öffentlichen Verkehre übergeben ist, wird die Extrapostentfernung zwischen den beiden erstgenannten Orten nach Maßgabe der Bestimmungen der Verordnung vom 9. Mai 1838 von 1½ auf 1¼ Post herabgesetzt, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Carlsruhe, den 11. Januar 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

J. A. d. M.
von Reitner.

Vdt. F. v. Dusch.

Die Aufhebung des Postamtes zu Lörrach und die Errichtung eines solchen zu Haltingen betreffend.

In Gemäßheit allerhöchster Entschliessung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 23. November 1849, Nr. 2463, wird mit dem 22. dieses Monats das zu Lörrach bestehende Postamt aufgehoben, statt dessen daselbst eine Postexpedition und an dem südlichen Endpunkte der großherzoglichen Eisenbahn — dermalen zu Haltingen — ein Post- und Eisenbahnamt errichtet, und diesem die Bahnstrecke von der Station Schliengen an als Bahnamtsdistrikt zuge-theilt, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Carlsruhe, den 11. Januar 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

J. A. v. M.
von Kettner.

Vdt. F. v. Dusch.

Die polizeiliche Verordnung über das Befahren des Rheines von Basel bis in die See betreffend.

Mit Ermächtigung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 3. Januar 1851, Nr. 26, wird die dieseitige Verordnung vom 14. April 1841, die Fahrt der Dampf- und Segelschiffe, so wie der Flöße auf dem Rheine betreffend, rücksichtlich der Stromstrecke von Basel abwärts außer Wirksamkeit gesetzt, und dagegen nachstehende unter den Rheinufestaaten vereinbarte polizeiliche Verordnung über das Befahren des Rheines von Basel bis in die See zur Nachachtung und zum Vollzuge verkündet.

Das Ufer, an welchem die fliegenden Brücken und Gierponten zur Nachtzeit ihren Landungsplatz haben und die Rheindurchstiche, welche für die Schifffahrt bereits eröffnet sind, werden durch die Kreisverordnungsblätter bekannt gemacht werden.

Carlsruhe, den 8. Januar 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Sachs.

Polizeiliche Verordnung über das Befahren des Rheines von Basel bis in die See.

Erste Abtheilung.

Allgemeine Bestimmungen für den ganzen Strom.

Artikel 1.

I. Allgemeine Verbindlichkeit zur Verhütung von Beschädigung.

1. Jeder Führer eines auf der Fahrt begriffenen oder vor Anker liegenden Segel- oder Dampfschiffes hat seine Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß das seiner Leitung anvertraute Schiff

weder andere Schiffe oder Schiffbrücken, Fahren, Rachen, Schiffmühlen, Badeanstalten oder sonstige an oder auf dem Rheine befindliche Anlagen beschädige, noch denselben hinderlich oder durch dieselben beschädigt werde.

2. Eine gleiche Verpflichtung liegt den Floßführern ob, desgleichen den zur Beaufsichtigung oder Doffnung von Schiffbrücken angenommenen Personen, so wie den Inhabern von Fahren, Rachen, Schiffmühlen und von sonstigen Anlagen der vorgedachten Art.

Artikel 2.

H. Verhalten während der Fahrt.

1. Im Allgemeinen.

1. Kein Schiff darf in den Fahrweg (Kurs) eines andern, im Fahren begriffenen Schiffes hinein-
einfahren und dasselbe in seinem Laufe stören.
2. An scharfen Strombiegungen, an denen sich keine Wahrschau befindet, muß jedes zu Thal
fahrende Dampfschiff mit verminderter Kraft so lange fahren, bis man vom Hintertheil des
Schiffes aus in das offene Neck hineinsehen kann.
3. Auf Strecken, wo Schiffe an Bohlwerken oder an festen Werften liegen, oder am Ufer im Ein-
oder Ausladen begriffen sind, dürfen die zwischen denselben und dem Thalwege fahrenden Dampf-
schiffe bei der Thalfahrt und beim Aufschlagen (Wenden) nur mit halber Kraft, bei der Berg-
fahrt aber nur mit derjenigen Kraft fahren, welche für den Fortgang und die sichere Steuerung
des Schiffes unumgänglich nöthig ist.

Artikel 3.

2. Vorbeifahren der Schiffe bei einander.

A. Allgemeine Bestimmungen.

1. Nur da, wo das Fahrwasser so breit ist, daß dasselbe ohne Zweifel hinreichenden Raum für
die gleichzeitige Durchfahrt dreier Schiffe gewährt, darf der Führer eines Schiffes es unternehmen,
an einem andern Schiffe in derselben oder in entgegengesetzter Richtung vorbeizufahren. Bei
einer geringeren Breite des Fahrwassers ist das Vorbeifahren nur da gestattet, wo solches, mit
Rücksicht auf die besonderen Stromverhältnisse einzelner Stellen, von den Regierungen für zu-
lässig erklärt wird.
2. Wo es an hinlänglichem Raum zum Vorbeifahren mangelt, hat das zu Berg fahrende Schiff,
wenn dasselbe voraussichtlich mit einem zu Thal fahrenden in der Enge zusammentreffen könnte,
unterhalb der Enge zu halten, bis das Thalschiff durch die letztere gefahren ist. Befindet sich
aber bereits ein Schiff in der Enge, dann muß das andere Schiff so lange vor der Enge halten,
bis das erstere dieselbe durchfahren hat.
3. Kein Dampfschiff darf sich einem, in einer Enge vorfahrenden Schiffe auf mehr als zwei Schiffslängen (80 Meter) nähern.

Artikel 4.

B. Vorbeifahren in entgegengesetzter Richtung.

1. Alle Dampfschiffe und mit günstigem Winde segelnde Schiffe, welche in entgegengesetzter Richtung fahrend, einander in eben dieser Richtung begegnen, sollen rechts (Steuerbordsseits) ausweichen, so weit dies zur Vermeidung des Aneinanderstoßens erforderlich ist.
2. Ist der Führer eines Schiffes durch besondere Umstände an der Befolgung dieser Vorschrift gehindert, so hat derselbe die im Artikel 5 vorgeschriebenen Zeichen zu geben.
3. Wenn die Führer zweier, in entgegengesetzter Richtung fahrender Dampfschiffe gleichzeitig zu erkennen geben, daß sie von der vorstehend zu 1 gegebenen Vorschrift abweichen müssen, so soll das auf dem zu Berg fahrenden Schiffe gegebene Zeichen maßgebend sein.

Artikel 5.

C. In derselben Richtung.

1. Erreicht ein Dampfschiff ein vorfahrendes bis zu einer Entfernung von zwei Schiffslängen (80 Meter), so darf es sich demselben nicht weiter nähern. Will jedoch der Führer des hinteren Schiffes vorbeifahren, so muß derselbe fünf Glockenschläge geben, und eine blaue Flagge (zur Nachtzeit, statt dieser, eine hellbrennende Laterne mit weißem Glase) auf halbem Mast aufziehen lassen. Dasjenige Schiff, welches vorbeifahren will, muß, sobald dieses Zeichen gegeben worden, nach der rechten Seite (Steuerbordsseite), das vorfahrende aber nach der linken (Backbordsseite) ausweichen.

Schiffer, welche auf den Stromstrecken unterhalb Spyk fahren, müssen zur Nachtzeit die Laterne nicht auf halbem Mast, sondern unter dem Bugspriet anhängen lassen.

2. Sobald das hintere Schiff mit dem vorfahrenden oder mit dem letzten, von diesem geschleppten Schiffe bis auf halbe Schiffslänge auf gleicher Höhe sich befindet, muß das vordere Schiff so lange mit verminderter Kraft fahren, bis jenes erstere vorbeigefahren ist.
3. Wenn ein besser segelndes Schiff ein vorfahrendes erreicht, und der Führer des erstern dem letzteren vorbeifahren will, so hat derselbe dies durch Ruf zeitig zu erkennen zu geben. Nachdem hat der Führer des vorfahrenden Schiffes so lange die Segel zu mindern, bis das andere Schiff vorbeigefahren ist.

Artikel 6.

D. Vorschriften in Betreff der Dampfschleppzüge.

1. Die Vorschriften der Art. 1 bis 5 sind von allen Schleppzugführern zu befolgen, sie mögen mit oder ohne Anhang fahren. Insbesondere ist beim Vorbeifahren von Schleppzügen aneinander den Art. 4 und 5 zu genügen und es dürfen, außer in dem Falle eines solchen Vorbeifahrens, Schleppzüge niemals nebeneinander in gleicher Höhe fahren.
2. Alle Dampfschiffe ohne Anhang und alle mit günstigem Winde segelnde Schiffe müssen den Schleppzügen in der Regel ausweichen. Mangelt der hierzu erforderliche Raum, so müssen

die Führer des Schleppzuges und der angehängten Schiffe, auch wenn ihnen kein Zeichen zum Ausweichen gegeben ist, nach Vorschrift der Art. 4 und 5 ausweichen, und dabei die angehängten Schiffe in Eine Linie hinter einander bringen.

3. Bei allen Vorbeifahrten anderer Schiffe haben die Führer des Schleppzuges und der angehängten Schiffe für das Zusammenziehen des Zuges in der Art zu sorgen, daß die vorbeifahrenden Schiffe den erforderlichen Raum finden.
4. Niemals dürfen mehr als je zwei Schiffe nebeneinander gekuppelt fahren.

Artikel 7.

E. In Betreff der Segelschiffe.

a) Wenn sie vom Ufer aus gezogen werden.

- 1) Allen vom Ufer aus gezogenen Schiffen darf nur auf der, diesem Ufer entgegengesetzten Seite vorbeigefahren werden. Die gezogenen Schiffe müssen auf das, im Art. 5, Nummer 1 vorgeschriebene Zeichen sich so weit als möglich diesem Ufer nähern.
2. Zwischen einem gezogenen Schiffe und dem Ufer, von welchem aus dasselbe gezogen wird, darf nur von einem zur Personenbeförderung dienenden Dampfschiffe, und zwar nur dann durchgefahren werden, wenn offenbare Gefahr Statt hat, wenn zuvor das Zeichen durch Anruf von dem Dampfschiffe aus gegeben worden, und wenn das gezogene Schiff sich außerhalb des gewöhnlichen Bergfahrwassers befindet. Der Führer des Segelschiffes muß auf den Anruf sogleich die Leine fallen lassen und das Dampfschiff muß so lange als möglich mit stillgestellten Rädern über die Leine forttreiben.

Artikel 8.

b) Wenn sie zu Thal treiben.

1. Einem, ohne Hülfe der Segel zu Thal treibenden Segelschiffe muß jedes Dampfschiff ausweichen. Mangelt es hierzu an Raum, so muß das Segelschiff auf das im Art. 5 vorgeschriebene Zeichen mit Hülfe von Rudern und Anker so weit als möglich zur Seite ausbiegen.
2. Das Quertreiben der Schiffe ist, den Fall höherer Gewalt ausgenommen, untersagt.

Artikel 9.

c) Wenn sie laviren.

Lavirende Schiffe dürfen nicht zwischen einem Dampfschiffe und dem von diesem gehaltenen Ufer fahren. Dieselben müssen daher wenden, bevor sie den Fahrweg (Kurs) eines sich nahenden Dampfschiffes durchkreuzen.

Artikel 10.

F. In Betreff der einzelnen Fahrzeuge.

1. In der Nähe tiefbeladener, so wie aller Fahrzeuge, deren Belastungsfähigkeit weniger als

600 Zentner beträgt, müssen die Dampfschiffe, sofern es ohne offenbare Gefahr für dieselben oder für die angehängten Güterschiffe geschehen kann, mit verminderter Kraft vorbeifahren, falls aber sonst für jene Fahrzeuge Gefahr entstände, zeitig stopfen.

2. Die Führer der vorstehend zu 1 genannten kleinen Fahrzeuge dürfen den Gang der Dampfschiffe nicht durch vermeidliche Annäherung stören; dieselben müssen vielmehr aus dem Fahrwege (Kurs) des Dampfschiffes sich entfernen.

Artikel 11.

3. Fahren der Schiffe durch Schiffbrücken und bei Fahren.

1. Alle Schiffsführer sind zur Befolgung der für Schiffbrücken und Fahren ertheilten besonderen Vorschriften verpflichtet.
2. Die Führer von fliegenden Brücken und Gierponten müssen den in der Fahrt begriffenen Dampf- und Segelschiffen ausweichen, und zwar den Dampfschiffen nach demjenigen Ufer, an welchem die Brücken oder Ponten zur Nachtzeit ihren Landungsplatz haben.
Die fliegende Ponte zu Kaiserswerth muß, wenn sich daselbst Dampfschleppzüge oder Segelschiffe bei kleinem Wasser begegnen, so lange in der Mitte des Stromes halten, bis die Schleppzüge oder Segelschiffe vorbeigefahren sind.
3. Solchen Schiffen, welche von Stellen ober- oder unterhalb einer fliegenden Brücke oder Gierponte abfahren (ablegen), müssen die Führer der letztern den Weg frei machen, und zwar den Dampfschiffen auf das im Art. 5 vorgeschriebene Zeichen, den Segelschiffen auf Anruf oder Aufhissen einer rothen Flagge.
4. Die Dampfschiffe dürfen, sofern nicht die volle Maschinenkraft zu deren sicheren Steuerung durch die Schiffbrücke erforderlich ist, durch eine solche nur mit verminderter Kraft fahren.
5. Zur Nachtzeit muß der Schiffsführer die Absicht, durch die Brücke zu fahren, mittelst eines Böllerschusses zu erkennen geben, und, bis die Signallaternen auf der Brücke aufgezo-gen sind, vor derselben warten.

Artikel 12.

4. Anhalten der Dampfschiffe zur Personenbeförderung.

1. Soll ein Personen-Dampfschiff an eine Landungs-Brücke anfahren, so ist vorher mit der Glocke zu läuten. Soll dasselbe an einer Nachenstation anhalten, so ist das Zeichen bei Tage durch Aufhissen einer Flagge, bei Nacht durch Aufhissen einer hellbrennenden Laterne mit weißem Glase zu geben. Gleicher Zeichen hat der Nachenführer, welcher an das Dampfschiff anfahren will, sich zu bedienen.
2. Bei Annäherung eines Nachens müssen die Räder des Dampfschiffes so zeitig still gestellt und bei der Abfahrt desselben so spät wieder in Umgang gesetzt werden, daß der Nachen keine gefährliche Schwankungen erleidet.

3. Die Nachenführer haben die eingestiegenen Personen aufzufordern, sich sogleich nieder zu setzen.
4. Der Nachen muß von zwei starken, schiffkundigen Männern von gutem Rufe geführt werden, in gutem Zustande, vollständig ausgerüstet, und mit der Bezeichnung seiner erlaubten Einsektungstiefe versehen sein.
5. Die Ortsbehörde hat darauf zu halten, daß den vorstehend zu 4 gedachten Erfordernissen stets genügt werde, nach Umständen sogleich Abhülfe anzuordnen und der Dampfschiffahrts-Verwaltung Mittheilung zu machen.
6. Niemand darf, ohne den unter 4 erwähnten Erfordernissen genügt zu haben, Personen oder Güter zu einem Dampfschiffe bringen oder von demselben abholen.
7. Die Führer von Dampfschiffen dürfen beim Abfahren von Landungsbrücken kein anderes, im Fahren begriffenes Schiff in seinem Fortgange hindern. Die Führer der zu Berg fahrenden Dampfschiffe sind verpflichtet, Thalschiffe in ihrer Wendung bei der An- und Abfahrt nicht zu stören. Wenn die Führer nahe hintereinander zu Thal fahrender Dampfschiffe aufdrehen wollen, so darf das zuletzt fahrende Schiff das vorfahrende in seiner Wendung nicht hindern.

Artikel 13.

5. Verhalten während des Fahrens zur Nachtzeit und bei Nebel.

1. Jedes Schiff, welches in der Zeit von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang fährt, muß
 - a. auf der Stromstrecke oberhalb Spyk auf der Bergfahrt mit zwei über einander angebrachten hellbrennenden Laternen am Mast, oder in Ermangelung des Mastes, am Kamine, auf der Thalfahrt außerdem mit einer dritten Laterne unter dem Bugspriet versehen sein. Eine der am Mast oder Kamine befindlichen Laternen muß bei Dampfschiffen, an welchen Schiffe oder Rähne angehängt sind, von grüner, bei anderen Dampfschiffen von rother Farbe, die übrigen Laternen können dagegen weiß sein. Geschleppte Fahrzeuge sind nur mit Einer weißen Laterne am Mast zu versehen;
 - b. auf den Stromstrecken unterhalb Spyk mit zwei hellbrennenden Laternen versehen sein, einer von rothem Glase am hinterem Mast, oder, in Ermangelung desselben, am Flaggenstocke, und einer von grünem Glase am vorderen Mast. Geschleppte Fahrzeuge sind nur mit Einer hellbrennenden Laterne von weißem Glase am Mast zu versehen.
2. Schleppzüge dürfen zur Nachtzeit nur bei Mond- oder Sternenhelle fahren.
3. Bei nebligem Wetter müssen alle Dampfschiffe mit verminderter Kraft fahren und deren Führer ununterbrochen die Glocke läuten lassen. Wird der Nebel so dicht, daß keines der Ufer mehr gesehen werden kann, so müssen die Dampfschiffe festgelegt werden.
4. Zur Nachtzeit darf beim Vorbeifahren niemals von der im Art. 4 Nummer 1 bezeichneten Richtung abgewichen werden.

Artikel 14.

6. Verhalten bei hohem Wasserstande.

1. Bei einem Wasserstande von mehr als 16 Fuß (5 Meter) über den mittleren Wasserstand an der Abfahrtsstation, ist die Fahrt von Dampfschiffen untersagt.
2. Bei einer Wasserhöhe von einschließlich 13 Fuß (4,08 Meter) bis einschließlich 16 Fuß (5 Meter) über den mittleren Wasserstand an der Abfahrtsstation, dürfen Dampfschiffe zur Nachtzeit überhaupt nicht, bei Tage nur in der Mitte des Stromes fahren; jedoch ist die zum Verkehr nothwendige Annäherung an die einzelnen Stationen gestattet. Die zu Thal fahrenden Dampfschiffe dürfen bei dem vorstehend zu 2 gedachten Wasserstande mit nicht größerer Kraft fahren, als zur sicheren Steuerung des Schiffes nöthig ist.
3. Bei einem Wasserstande von einschließlich 9 Fuß (2,825 Meter) bis zu 13 Fuß (4,08 Meter) über den mittleren Wasserstand an der Abfahrtsstation, müssen die Dampfschiffe zu Thal in der Mitte des Stromes, zu Berg in einer Entfernung von mindestens zwei Schiffslängen (80 Meter) vom gewöhnlichen Uferrande fahren.
4. Auf der Stromstrecke oberhalb der Lauter kommen die vorstehenden (Nr. 1—3) Bestimmungen nicht zur Anwendung. Es ist auf dieser Strecke, bei einem Wasserstande von mehr als 3,50 Meter (11 Fuß) über dem Nullpunkt des Straßburger Pegels, die Fahrt von Dampfschiffen untersagt.
5. Die Pegelstände, welche für die andern einzelnen Strecken maßgebend sein sollen, werden von den Regierungen nach dem Speyerer, Mannheimer, Mainzer, Gauber, Coblenzer, Kölner, Düsseldorfer und Emmericher Pegel bekannt gemacht werden.

Was die niederländischen Wasserstände betrifft, so wird der wagerechte Wasserstand gebildet für die Waal und Nerveede

| | | | |
|-------------------|---|------------------------|----------|
| nach den Pegeln | } von Nymwegen nach der Mittelanlage zu 2,88 Metres | } über dem Nullpunkte. | |
| " Bommel " " " | | | " 0,15 " |
| " Dordrecht " " " | | | " 1,09 " |

für den Nieder-Rhein und den Lech

| | | | | |
|-----------------|---|-----------------------------|---|--|
| nach den Pegeln | { | von Arnheim mit 2,04 Metres | { | über dem Nullpunkte. |
| | | " Bienen " 0,98 " | | |
| | | " Krimpen " 4,32 " | | unter dem Nullpunkte während der Ebbe. |

Artikel 15.

7. Verhalten beim Festfahren und Versinken.

1. Ist ein Schiff oder Floß irgendwo im Strome festgefahren, so hat dessen Führer an einer geeigneten, mindestens eine Stunde stromaufwärts gelegenen Stelle eine Wahrschau aufzustellen, welche andern Schiff- oder Floßführern zuruft, daß und wo ein Schiff oder Floß festgefahren ist. Diese Wahrschau muß daselbst so lange verweilen, bis sie durch eine zweite Wahrschau benachrichtigt ist, daß jenes Schiff oder Floß wieder flott geworden, oder daß,

auf die, der Polizeibehörde sofort zu machende Anzeige, eine öffentliche Bekanntmachung erfolgt ist.

2. An Stellen, wo ein Schiff festgelaufen oder gesunken ist, soll jedes Dampfschiff mit halber Kraft vorbeifahren.
3. An den Stellen, wo Schiffe gesunken sind, werden die erforderlichen Sicherheitszeichen durch die Ortsbehörde aufgestellt werden.

Artikel 16.

III. Verhalten während des Stillliegens.

1. Außerhalb den Häfen dürfen am Leinpfadufer nie mehr als drei Schiffe in der Breite des Stromes nebeneinander liegen. Beim Vorbeifahren der vom Ufer aus gezogenen Schiffe muß auf stillliegenden Segelschiffen, wenn es angeht, der Mast niedergelegt, sonst aber muß so weit vom Ufer abgelegt werden, daß das Zugseil unter den Schiffen durchgeführt werden kann. Bei Durchleitung des Seils muß die Besatzung des stillliegenden Schiffes beschäftigt sein.
2. Alle Floße, welche am Leinpfadufer liegen, müssen mit vollständigen Seilleitungen versehen sein. Auch dürfen diese Floße, sofern sie nicht auf der Reise begriffen sind, nicht über 250 Fuß (78,46 Meter) weit in den Strom reichen. Der Floßer ist verbunden, die Zangen (Windehölzer) gleichmäßig mit dem Floße abzuschneiden und die Anker so zu setzen, daß sie der Schifffahrt nicht hinderlich sind. Die Floßmannschaft muß die Schiffe, welche das Floß nicht umfassen können, an demselben vorbei fortziehen.
3. Sind Schiffe oder Floße bei nebligem Wetter an Stellen vor Anker gegangen, an welchen dies nicht zu geschehen pflegt, so ist auf den Dampfschiffen alle fünf Minuten die Glocke anzuschlagen, von andern Schiffen und von Floßen aus eben so oft durch das Sprachrohr zu rufen.
4. Alle Schiffe, welche bei Nacht auf dem Strome in der Nähe des Fahrwassers, oder außerhalb der Häfen in der Nähe der Landungsbrücken für Dampfschiffe, oder an Stellen liegen, an welchen sonst keine Schiffe anzulegen pflegen, müssen mit einer hellbrennenden Laterne am Mast an der Seite des Fahrwassers oder an einer sonstigen erhöhten Stelle und zwar dergestalt versehen sein, daß die Laternen von beiden Seiten aus, zu Berg und zu Thal, wahrgenommen werden können. In ähnlicher Weise sind zur Nachtzeit auch die Rheinumühlen und sonstigen im Rheine befindlichen Anlagen mit einer Laterne zu versehen. Wo mehrere Mühlen in einer Reihe aufgestellt sind, genügt die Anbringung einer Laterne auf den äußeren Mühlen an der, dem Fahrwasser zugekehrten Seite. Auf Floßen, welche vor Anker liegen, müssen zur Nachtzeit an jeder der beiden, dem Fahrwasser zugekehrten Enden, auf einer hohen, weit sichtbaren Stelle, zwei Laternen nebeneinander aufgerichtet werden.

Artikel 17.

IV. Bestimmungen in Betreff der fliegenden Brücken, Gierponten und sonstigen Anlagen.

1. Bei der Bestimmung des Ufers, an welchem fliegende Brücken oder Gierponten zur Nachtzeit ihren Landungsplatz haben sollen, ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß ihre Anker- und Buchtmachen nebst der Gierkette oder dem Seile nicht das Fahrwasser versperren.
2. Zur Nachtzeit ist auf den fliegenden Brücken und Gierponten an einer erhabenen Stelle, desgleichen auf dem ersten Ankernachen eine hellbrennende Laterne vom Inhaber zu halten.
3. Sollten besondere Umstände zur Nachtzeit es erforderlich machen, daß fliegende Brücken oder Gierponten an einem andern als dem für sie vorgeschriebenen Landungsplatze liegen, so muß bei Annäherung eines Dampfschiffes die Glocke auf der Brücke oder Ponte so lange dauernd geläutet werden, bis vom Dampfschiffe aus durch Glockenschläge die Wahrnehmung zu erkennen gegeben und die Geschwindigkeit des Dampfschiffes vermindert ist. Die Brücke oder Ponte muß dann sogleich das Fahrwasser frei machen.
4. Am Leinpfadufer befindliche Badanstalten oder sonstige Anlagen oder Gegenstände, welche den Leinizug hindern, müssen von den Inhabern mit vollständigen Seilleitungen versehen werden.

Zweite Abtheilung.

Besondere Bestimmungen.

Artikel 18.

I. Wahrschau.

Zur Sicherheit der Schifffahrt werden an folgenden Stellen Wahrschau-Stationen errichtet:

1. am Bingerloche,
2. an der Wirbelay und zwar auf der Ede derselben,
3. am Kammered,
4. am Ochsenthurm,
5. an der Bank bei St. Goar,
6. bei einem Wasserstande des Andernacher Pegels unter 10 Fuß (3,14 Meter), am Enger'schen Grunde,
7. bei einem Wasserstande des Bonner Pegels unter 11 Fuß (3,45 Meter), in der Rheindorfer Kehle.

Für diese Wahrschauen wird von allen, an den vorbezeichneten Punkten vorbeifahrenden Schiffen und Flößen, zur Deckung der Kosten, ein mäßiges Entgelt erhoben. In Betreff dieses Entgelts und des Wahrschaudienstes werden besondere Bestimmungen erlassen werden. Jeder Schiffs- und Floßführer hat die ihm durch die letzteren aufzuerlegenden Verbindlichkeiten pünktlich zu erfüllen.

Beilage

d

den Gebra

Unter Festhaltung der Bestimmungen und 10 des k. Erlasses vom 9. II
~~Licht des Schiffes gegen dasjenige gerichtet~~
in einem vertikalen Dreieck ges
sicheres Zeichen zu gelten, das
schiffes gegen dasjenige gerichte
wahrnimmt.

Ist bloss das rothe Licht d
zu sehen, so zeigt das an, dass
deren Schiffes gegen dasselbe g
dagegen mit dem grünen Licht
die Richtung des anderen Schi
gegen dasselbe.

Der Wechsel der Lichtfarbe
blick vorher beide Farben gesel
lich an, dass das entgegen fal
geändert hat.

1.

2.

3.

4.

rt

e
e
e
e

Artikel 19.

II. Besondere Bestimmungen.

1. Für die Stromstrecke von St. Goar bis Bingen.

1. Auf der Stromstrecke zwischen St. Goar und Bingen darf niemals ein Schiff an den Rad-
kasten eines Dampfschleppschiffes genommen werden.
2. In der Bergfahrt auf der gedachten Strecke müssen die, einem Schleppschiffe angehängten Fahr-
zeuge in Einer Linie hinter einander gehalten werden.
3. Einem zu Berg fahrenden Schleppschiffe dürfen auf der zu 1 bezeichneten Strecke höchstens drei
Schiffe angehängt werden, jedoch nur dann, wenn die Ladungsfähigkeit aller drei zusammen
250 Last (10,000 Zentner) oder weniger beträgt. Beläuft sich die Ladungsfähigkeit höher, so
dürfen nur zwei Schiffe in das Schlepptau genommen werden.
4. Einem zu Thal fahrenden Schleppschiffe dürfen auf der zu 1 bezeichneten Strecke höchstens vier
Schiffe angehängt werden.

Artikel 20.

2. Für die Rheindurchstiche.

Rheindurchstiche dürfen erst dann befahren werden, wenn die Schifffahrt durch dieselben von
der zuständigen Behörde mittelst öffentlicher Bekanntmachung für eröffnet erklärt sein wird.

Strafbestimmung.

Artikel 21.

Die Uebertretungen der in gegenwärtiger Verordnung gegebenen Vorschriften werden in jedem
Uferstaate nach den daselbst speziell bestehenden und zu erlassenden, oder mit andern Uferstaaten zu
vereinbarenden und gemeinschaftlich zu erlassenden Gesetzen geahndet.

Dienst erledigungen.

Die zweite evangelische Stadtpfarrei Bretten mit einem Competenzanschlag von 852 fl. 39 kr.
einschließlich einer neuerlichen Dotationserhöhung von 100 fl. ist in Erledigung gekommen. Die
Bewerber um dieselbe haben sich binnen sechs Wochen vorschriftsmäßig bei dem evangelischen Ober-
Kirchenrathe zu melden.

Die neu errichtete evangelische Pfarrei Remprechts hofen, Dekanats Rheinfischhofheim,
mit einem kompetenzmäßigen Einkommen von 806 fl. 12 kr., worunter der Wohnungsanschlag und
die Accidenzien begriffen sind, soll besetzt werden. Die Bewerber haben sich binnen sechs Wochen
bei dem evangelischen Oberkirchenrath zu melden.

Zum Ausschreiben der evangelischen Pfarrei ~~St. Jakob~~ Stetten wird nachträglich bemerkt, daß sich das zu 425 fl. 26 kr. angegebene kompetenzmäßige Einkommen dem wirklichen Ertrag nach ungefähr auf 700 fl. beläuft.

Die evangelische Pfarrei ~~St. Jakob~~ Stetten, deren kompetenzmäßiges Einkommen in 674 fl. 54 kr. besteht, ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen sechs Wochen vorschriftsgemäß bei dem evangelischen Oberkirchenrath zu melden.

Man sieht sich veranlaßt, die evangelische Pfarrei Kirnbach, Dekanats Hornberg, mit einem Kompetenzanschlage von 464 fl. 25 kr. und einem wirklichen Ertrage von circa 600 fl., worauf jedoch eine Schuld von 630 fl. haftet, zu deren Verzinsung und Tilgung der zu ernennende Pfarrer jährlich 100 fl. abzugeben hat, wiederholt mit dem Bemerken zur Bewerbung auszukündigen, daß die Meldungen binnen vier Wochen bei dem evangelischen Oberkirchenrathe einzureichen sind.

Durch die Zuruhelegung des Pfarrers Georg Philipp Krämer ist die katholische Pfarrei Bühlerthal, Amts Bühl, mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 1,100 fl. erledigt worden, worauf jedoch die Verbindlichkeit ruht,

- a. einen Vicar zu halten,
- b. alljährlich 200 fl. zum Ruhegehalt des Pfarrers Krämer für die Zeit seiner Pensionirung abzugeben, und
- c. eine zu 5 Prozent verzinsliche Schuld von 166 fl. 19 kr. in angemessenen Terminen heimzugahlen.

Die Competenten um diese Pfründe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrathe vorschriftsmäßig zu melden.

Das Prädikaturbeneficium zu Offenburg ist mit einem beiläufigen jährlichen Einkommen von 900 fl. in Erledigung gekommen. Der künftige Beneficiat hat an dem Gymnasium und der höheren Bürgerschule daselbst gegen eine angemessene Remuneration wöchentlich etwa 12 Stunden Unterricht, besonders in Religion zu erteilen. Die Bewerber um dieses Beneficium haben sich innerhalb vier Wochen unter Vorlage ihrer Zeugnisse, besonders über ihre Lehrfähigkeit, bei dem katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

Das Kaplaneibeneficium ad St. Corpus Christi zu Billingen ist mit einem beiläufigen Einkommen von 500 fl., womit die erste Lehrstelle an der höheren Bürgerschule mit einem Gehalte von 200 fl. verbunden ist, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich sowohl bei dem katholischen Oberkirchenrathe als bei dem erzbischöflichen Ordinariate innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Berichtigung.

In §. 1 Ziffer 3 der landesherrlichen Verordnung vom 21. Juni 1850 (Regierungsblatt vom 1850, Nr. XXXI. Seite 230) hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. In der zweiten Zeile nach dem Worte „und“ muß es heißen: „§. 11 Absatz 1 der Verordnung vom 17. März 1836 (Regierungsblatt Nr. XVII).“

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Donnerstag den 30. Januar 1851.

Unmittelbare allerhöchste Entschließung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Die Verlängerung des Kriegszustandes und des Standrechts betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nach Anhörung Unseres Staatsministeriums haben Wir Uns bewogen gefunden, den Kriegszustand und das Standrecht, wie solche unter dem 27. Oktober 1849 (Regierungsblatt Nr. LXVIII.) und unter dem 16. Oktober v. J. (Regierungsblatt Nr. XLVIII.) verkündet worden sind, bis auf Weiteres zu verlängern.

Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 29. Januar 1851.

Leopold.

A. v. Roggenbach. Stabel.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Dienstag den 28. Januar 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsseungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Medaillenverleihung. Dienstaufschriften.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien: Bekanntmachung des Justizministeriums: Die Gebühren der Notare für Vollstreckungshandlungen betreffend. — Des Ministeriums des Innern: Uebersicht der Studierenden auf den Universitäten Heidelberg und Freiburg. Die Staatsprüfung der Forstcandidaten für das Jahr 1850 betreffend. Die Preisvertheilung an der Universität Heidelberg betreffend. Die Gründung eines Schulfonds zu Aachen betreffend. Die Stiftung der Agathe Fuhrer von Reubingen betreffend. Die Staatsgenehmigung von Stiftungen im Seckreise betreffend. Die Staatsgenehmigung von Stiftungen im Oberrheinkreise betreffend. — Des Finanzministeriums: die Bestimmung des Zinsfußes bei Darlehen der Zehntschuldentilgungskasse für das Jahr 1851 betreffend.

Diensterledigungen. Todesfälle.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsseungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Medaillenverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben

unter dem 7. Januar d. J.

dem Ackermann Johann Jakob Dubs in Mannheim, aus Anlaß der Feier seines hundertsten Geburtstages, die kleine goldene Civilverdienstmedaille allergnädigst zu verleihen geruht.

Dienstaufschriften.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich

unter dem 14. Januar d. J.

allergnädigst bewogen gefunden:

dem Zuchthausverwalter Schmidt in Freiburg den Charakter als Vorsteher der Strafanstalt daselbst zu verleihen;

die evangelische Pfarrei Mühlbach, Dekanats Eppingen, dem Pfarrer H ö c h s t e t t e r in Deutschneureuth zu übertragen;

den Pfarrer Wilhelm W a g n e r von Brombach aus dem Dienste der evangelischen Landeskirche zu entlassen;

den Vikar K i n d dahier seiner Stelle als Hof- und Stadtvikar zu entheben und ihn wieder als Vikar oder Pfarrverweser verwenden zu lassen;

dem Pfarrverweser Jakob S c h l u s s e r in Michelsfeld den Titel und Rang als Pfarrer zu verleihen;

die neu errichtete katholische Pfarrei Käferthal, Bezirksamts Ladenburg, dem Pfarrverweser Konrad B o p p daselbst zu übertragen;

der von den Gemeindebehörden in Eppingen erfolgten Ernennung des Forstpraktikanten Hermann H o f m a n n von Wertheim zum städtischen Bezirksförster in Eppingen die höchste Bestätigung zu ertheilen;

unter dem 17. Januar d. J.

die katholische Pfarrei Mörsch, Bezirksamts Ettlingen, dem Pfarrverweser Ignaz R i s t n e r zu Nach,

die katholische Pfarrei Ortenberg, Oberamts Offenburg, dem Pfarrer Melchior M a d l e r in Wittenau,

die katholische Pfarrei Bonndorf, Bezirksamts Ueberlingen, dem Pfarrer Carl K o p p in Göndingen,

die katholische Pfarrei Petersthal, Bezirksamts Oberkirch, dem Dekan und Pfarrer Constantin S e i t z in Borberg zu übertragen;

den katholischen Pfarrer S c h w a r z in Schlierstadt in den Ruhestand zu versetzen;

den Verzicht des Pfarrers Dominik L a n g e r auf die katholische Pfarrei Achkarren und dessen Belassung auf der Pfarrei Schelingen zu genehmigen und zugleich die hierdurch wieder in Erledigung kommende katholische Pfarrei Achkarren dem Pfarrer Franz G r e i n e r in Gutmadingen zu übertragen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Gebühren der Notare für Vollstreckungshandlungen betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit Entschliebung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 8. d. M., Nr. 53—54, gnädigst genehmigt, daß zu den von den Gerichten an die Amtsrevisorate gewiesenen Vollstreckungshandlungen Notare verwendet und daß, statt des bisherigen Ansatzes von vier Gulden, dem Geschäftsfertiger zwei Gulden Taggebühr zum eigenen Bezuge bewilligt werden.

Carlsruhe, den 20. Januar 1851.

Großherzogliches Justizministerium.

Stabel.

Vdt. Ullmann.

Uebersicht der Studirenden auf den Universitäten Heidelberg und Freiburg.

Im Winterhalbjahre 1850/51 studiren:

A. auf der Universität Heidelberg:

| | Babener. | Nichtbabener. | Zusammen. |
|---|----------|---------------|-----------|
| 1. Theologen, immatriculirte und Seminaristen | 46 | 4 | 50 |
| 2. Juristen | 74 | 275 | 349 |
| 3. Mediciner, Chirurgen und Pharmaceuten | 40 | 48 | 88 |
| 4. Cameralisten | 26 | 8 | 34 |
| 5. Philosophen und Philologen | 22 | 14 | 36 |
| | 208 | 349 | 557 |
| Außerdem besuchen die academischen Vorlesungen noch | | | |
| Personen reiferen Alters | 4 | 6 | 10 |
| Conditionirende Chirurgen und Pharmaceuten | 6 | 7 | 13 |
| Gesammtzahl | — | — | 580 |

B. auf der Universität Freiburg:

| | | | |
|---|-----|----|-----|
| 1. Theologen | 119 | 49 | 168 |
| 2. Juristen und Notariatscandidaten | 75 | 1 | 76 |
| 3. Mediciner, Pharmaceuten und höhere Chirurgen | 55 | 9 | 64 |
| 4. Cameralisten, Philosophen und Philologen | 30 | 21 | 51 |
| zusammen | 279 | 80 | 359 |
| hiezur kommen noch: | | | |
| Hospitanten | — | — | 29 |
| Niedere Chirurgen | — | — | 17 |
| Gesammtzahl | — | — | 405 |

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 8. Januar 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Die Staatsprüfung der Forstcandidaten im Jahr 1850 betreffend.

Von sieben Forstcandidaten, welche sich der im letzten Spätjahr stattgehabten Staatsprüfung unterzogen haben, wurden

Constantin Föhlisch von Wertheim,

Wilhelm Meel von Badstagenbach, und
 Carl Asaf von Malsch
 unter die Zahl der Forstpraktikanten aufgenommen.

Carlsruhe, den 17. Januar 1851

Großherzogliches Ministerium des Innern.
 von Marschall.

Vdt. Casps.

Die Preisvertheilung an der Universität Heidelberg betreffend.

Bei der am 22. November v. J. zur Feier des Geburtstages Seiner Königlichen Hoheit des höchstseligen Großherzogs Carl Friedrich stattgehabten Vertheilung der Preise, die von Höchstselben im Jahre 1807 für diejenigen Studirenden der Universität Heidelberg gestiftet worden sind, welche die von den vier Fakultäten der Universität auszufehenden Preisfragen am Besten beantworten würden, ist die goldene Medaille:

1. von der medicinischen Fakultät, dem stud. med. Ludwig Lhuidichum aus Bidingen, im Großherzogthum Hessen,
2. von der philosophischen Fakultät, dem stud. philologiae Theodor Löhlein von Gernsbach zuerkannt worden.

Die von der juristischen und theologischen Fakultät gestellten Preisfragen blieben unbeantwortet.

Carlsruhe, den 7. Januar 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
 von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Die Gründung eines Schulfonds zu Aichen, Bezirksamts Bonndorf, betreffend.

Der verstorbene Gregor Eby von Aichen hat nach seinem Testamente vom 27. Januar 1836 zu Gründung eines Schulfonds daselbst Zwanzig Gulden vermacht, mit der Bestimmung, daß aus dem jährlichen Ertrage dieses Legats arme Schüler unterstützt werden sollen.

Dieser Stiftung wurde die Staatsgenehmigung erteilt, was zum ehrenden Andenken des Stifters hiermit bekannt gemacht wird.

Carlsruhe, den 7. Januar 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
 von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Die Stiftung der Agathe Fuhrer zu Neubingen betreffend.

Die verstorbene Agathe Fuhrer zu Neubingen hat durch letzte Willensverfügung zur Gründung eines Armenfonds zu Neubingen die Summe von 50 Gulden mit dem Beisatze gestiftet, daß der Zins daraus alle Jahre an die ärmsten Kranken vertheilt werden solle.

Diese Stiftung hat die Staatsgenehmigung erhalten und wird zum ehrenden Andenken der Stifterin hiermit bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 11. Januar 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Sachs.

Die Staatsgenehmigung von Stiftungen im Seckreise betreffend.

Nachstehende Stiftungen haben von der Regierung des Seckreises die Staatsgenehmigung erhalten und werden hiermit zum ehrenden Andenken der Stifter zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 14. Januar 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Buissou.

Es haben gestiftet:

Catharina Keller, Wittwe des Georg Stoffel von Weiler:

a. in den Kirchenfond allda 40 fl.

b. zum Schulfond allda 30 fl.;

Simon Futterer von Neustrach zum Kirchenfond in Leutkirch zur jährlichen Abhaltung einer stillen Messe und zu Brodspenden an die Armen 80 fl.;

Jakob Rohrer von Sunthausen im Jahr 1845 zum dortigen evangelischen Schulfond 11 fl.;

Johann Martin Barho von Sunthausen zum dortigen evangelischen Schulfond zur Anschaffung von Büchern und Papier für arme Schulkinder 6 fl.;

ein Ungenannter zur Kirche in Allensbach:

a. ein Altartuch im Werthe von 18 fl.,

b. einen Rosenkranz im Werthe von 12 fl.;

die verstorbene Spitalpründnerin Helena Wogg von Constanz, laut Testament vom 16. Januar 1849, zum Spital in Constanz 128 fl. 30 fr.

Unbenannte für die Kirche zu Unterfirmach:

a. zwei Weihwasserbeden à 5 fl. . . 10 fl.,

b. Conviptafeln auf zwei Seitenaltäre zu 2 fl. 24 fr.,

c. vier neue Lichtstöcke auf den Hochaltar zu 12 fl. 24 fr.,

d. ein Oelgemälde, das Lamm Gottes vorstellend, 40 fl.;

der badische Zweigverein der Gustav-Wolfsstiftung an die evangelische Kirchengemeinde zu Constanz, beziehungsweise den evangelischen Kirchenfond allda, zum Zwecke der Herstellung des evangelischen Gotteshauses 1,000 fl.;

der verstorbene Pfarrer Baptist Fink in Hagenau zum dortigen Spitalsfond 50 fl.;

ungenannte Personen zum Kirchenfond in Dürheim:

a. Leinwand zu einem Altartuche im Werthe von 6 fl. 36 fr.,

b. Leinwand sammt Spigen zu den Seitenaltären im Werthe von 7 fl. 36 fr.;

der Verwaltungsrath der Viehleihekasse in Sipplingen, gemäß §. 18 der Statuten, den Ueberschuß dieser aufgelösten Kasse mit 73 fl. 13 fr. zum dortigen Schul- und Armenfond, unter der Bedingung, daß dieses Geld, im Falle in diesem Orte wieder eine Viehleihekasse sich bilden würde, vom Schenknehmer unverzinslich an dieselbe zurückzuzahlen wäre;

Pfarrer Kirner in Riptingen zur Anschaffung von Paramenten in die Kirche zu Hemmenhofen 50 fl.;

die verstorbene Wittwe Agnes Fischer von Niedböhlingen laut Testament vom 5. November 1840 in den Armenfond in Hüfingen 10 fl.;

Lorenz Glunk, alt, von Mundelfingen, laut Testament vom 3. Mai 1844, für arme Schulkinder allda 20 fl.;

die Wittwe des Roman Brugger, Magdalena, geborene Bülle in Saig und Benedikt Siebler daselbst zum dortigen Kirchenfond je 14 fl., mit der Bestimmung, daß dem Stiftungs- vorstande überlassen werde, dieses Geld zur Verschönerung der Kirche oder anders zu verwenden.

Staatsgenehmigung von Stiftungen im Oberheinkreise betreffend.

Nachstehende Stiftungen haben von großherzoglicher Regierung des Oberheinkreises die Staatsgenehmigung erhalten und werden hiermit zum ehrenden Andenken der Stifter zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 23. Januar 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marshall.

Vdt. Behaghel.

Es haben nämlich gestiftet:

Maria Anna Gántert, Wittwe des Schreiners Mathä Gántert zu Säckingen, in den Armenfond zu Wehr 1,000 fl.;

ein Ungenannter zur Anschaffung einer Orgel in die Kirche zu Hödenschwand 1,150 fl.;

Ungenannte in die Pfarrkirche zu Kirchzarten:

2 Alben im Anschlage zu 20 fl.,

8 Humeralien im Anschlage zu 3 fl., und

6 Purifikationen im Anschlage zu 2 fl.;

die verstorbene Wittwe des Schneiders Joseph Stroh von Freiburg in das Blindeninstitut daselbst 50 fl.;

Therese Pfefferle, Wittwe des Jakob Sonner von Jegenwald, Gemeinde Obermünsterthal, in die Pfarrkirche zu St. Trutpert, mit der Verbindlichkeit zu Abhaltung eines Seelenamtes und einer Gedächtnismesse, 200 fl.;

die Wittwe des Alois Müller von Hohenthengen in den dortigen Kirchenfond 100 fl.;

Aron Heymann von Müllheim in den dortigen Spitalfond 100 fl.;

Joseph Zivi Jakobssohn eben dahin 50 fl.;

die verstorbene Wittwe des Schneiders Joseph Stroh von Freiburg in das dortige Waisenhaus 25 fl.;

ein Ungenannter in den Armenfond zu Herbolzheim 33 fl.;

die Steuerpflichtigen zu Herbolzheim die Steuernachlassgelder für den 1846 erlittenen Hagelschaden in den Armenfond zu Herbolzheim mit 229 fl. 29 kr.;

Schneidermeister Joseph Bleibel von Rusbach in den dortigen Armenfond 100 fl.;

Alois Schubnell von Todtnau in den Armenfond zu Todtnauberg mit Rütte 600 fl.,

in den Armenfond zu Todtnau 1,000 fl.,

in jenen zu Muggenbrunn 200 fl.,

in jenen zu Astersieg 200 fl.,

in jenen zu Schlechtenau 200 fl.,

in jenen zu Brandenburg 200 fl.,

in jenen zu Fahl 100 fl.

Die Bestimmung des Zinsfußes bei Darlehen der Zehntschuldentilgungskasse für das Jahr 1851 betreffend.

Unter Bezugnahme auf den §. 79 des Zehntablösungsgesetzes vom 15. November 1833, Regierungsblatt Nr. XLIX., und den §. 7 der dieseitigen Verordnung vom 27. Mai 1836, Regierungsblatt Nr. XXXI., wird andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der für die Jahre 1849 und 1850 auf 5 1/2 Prozent festgesetzte Zinsfuß auch für die im Laufe des Jahres 1851 von den Zehntpflichtigen verlangt werdenden Darlehen aus der Zehntschuldentilgungskasse beibehalten worden ist, vorbehaltlich jedoch der Abänderung für den Fall, daß im laufenden Jahre wesentliche Veränderungen in dem Zinsfuße, nach welchem die Zehntschuldentilgungskasse Anlehen machen kann, eintreten sollten.

Carlsruhe, den 20. Januar 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.

Regnauer.

Vdt. Probst.

Diensterledigungen

Die katholische Pfarrei Münchweier, Amts Ettenheim, mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 1,300 fl., ist erledigt worden, worauf jedoch außer der Verbindlichkeit, einen Vikar zu halten, noch die Verpflichtung ruht, zum Ruhegehalt des Pfarrers Blust alljährlich für dessen Lebensdauer den Betrag von 200 fl. abzugeben. Die Kompetenten um diese Pfründe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrathe vorschriftsmäßig zu melden.

Die katholische Pfarrei Nach, Amts Stodach, ist mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 1,300 fl. erledigt worden. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich innerhalb sechs Wochen sowohl bei dem katholischen Oberkirchenrathe als bei dem erzbischöflichen Ordinariate vorschriftsmäßig zu melden.

Die katholische Pfarrei Haueneberstein, Amts Baden, ist mit einem beiläufigen Einkommen von 900 fl. bis 1,000 fl. jährlich erledigt worden. Auf diesem Einkommen haftet jedoch eine jährliche 1856 letztmals zahlbare Provisoriumsabgabe von 20 fl. 40 fr., so wie ein weiterer in noch zu bestimmenden Terminen heimzuzahlender Betrag für Kriegskosten mit 79 fl. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath vorschriftsmäßig zu melden.

Die evangelische Pfarrei Kirchen, Dekanats Lörrach, mit einem Competenzanschlag von 721 fl. 39 fr., ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen sechs Wochen vorschriftsmäßig bei dem evangelischen Oberkirchenrathe zu melden.

Das Amtschirurgat Schöna u wird wiederholt zur Bewerbung ausgeschrieben. Die Bewerber haben sich binnen drei Wochen bei der Sanitätscommission zu melden.

Das Amtschirurgat Schöna u im Oberamtsbezirk Heidelberg ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dasselbe haben ihre Anmeldungen binnen vier Wochen bei der Sanitätscommission einzureichen.

Todesfälle.

Gestorben sind:

am 18. November 1850: der Amtskasserevisor Mößner in Freiburg;

am 3. Dezember 1850: der katholische Pfarrer Rudmann in Weilheim, desgl. Pfarrer von Haueneberstein;

am 17. Dezember 1850: der Regierungsregistrator Götz in Freiburg;

am 19. Dezember 1850: der katholische Pfarrer Konrad Knecht zu Nach;

am 22. Dezember 1850: der pensionirte Amtschirurg Schwarz in Mosbach;

am 23. Dezember 1850: der pensionirte Pfarrer Fridolin Lay von Gurtweil, und

am 4. Januar 1851: der katholische Stadtpfarrer Waldbart zu Pfullendorf.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Mittwoch den 5. Februar 1851.

Inhalt.

Gesetze: den Kriegszustand betreffend; das Staudrecht betreffend.

Unmittelbare allerhöchste Entschlieſung Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs: Die Verlängerung des Kriegszustandes betreffend.

Gesetze.

Gesetz, den Kriegszustand betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschloſsen und verordnen, wie folgt:

§. 1.

Wenn die Sicherheit des Staates dergestalt gefährdet ist, daß zu ihrer Aufrechthaltung die ordentlichen Gesetze nicht mehr ausreichen, so kann die Staatsregierung den Kriegszustand verkünden. Derselbe kann sich auch auf einen Ort, einen Bezirk oder einen Kreis beschränken, und dauert, wenn er nicht auf eine kürzere Zeit beschränkt oder früher aufgehoben wird, jeweils zwei Monate.

Der Commandant einer zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung bestimmten Truppenabtheilung kann, im Einverständniß mit dem ihm beigegebenen Civilcommissär, oder in Ermangelung eines solchen, mit dem Bezirksbeamten, jeweils auf acht Tage einzelne Orte oder Bezirke selbst in den Kriegszustand erklären, und hat diese Erklärung in einer den Umständen angemessenen Weise öffentlich bekannt zu machen.

§. 2.

Während die Stände versammelt sind, findet eine Verlängerung des Kriegszustandes nur mit deren Zustimmung statt.

§. 3.

Während der Dauer des Kriegszustandes sind in dem betreffenden Ort, Bezirk oder Kreis alle Bezirks- und Ortsbehörden, die sich mit der Sicherheitspolizei und überhaupt mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu befassen haben, dem Militärcommandanten untergeordnet, und auch die Bürgerwehr steht unter seinem Oberbefehle.

In allen in Kriegszustand erklärten Bezirken, in welchen sich Truppen befinden, können die Militärbehörden die Sicherheitspolizei auch unmittelbar selbst handhaben, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in Gemeinschaft mit den ihnen beigegebenen Civilcommissären auch Anordnungen und Verbote, so weit solche in das Gebiet der Polizeigewalt gehören, erlassen, die Uebertretungen mit Festnehmung und polizeilicher Strafe bis auf acht Wochen Gefängniß bedrohen, und diese durch die Civilbehörden vollziehen lassen oder nach Umständen selbst vollziehen.

Auch hinsichtlich des Rechtes der freien Presse und hinsichtlich des gesetzlichen Schutzes gegen Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen sind da, wo der Kriegszustand verkündet ist, Beschränkungen zulässig.

Alle von Militärpersonen in dem betreffenden Orte, Bezirk oder Kreise verübten gemeinen Verbrechen werden durch die Militärgerichte untersucht und abgeurtheilt werden.

§. 4.

Wer an einem im Kriegszustande befindlichen Orte:

1. das Verbrechen des Hochverrathes, des Landesverrathes, des Aufruhrs, der Majestätsbeleidigung, der öffentlichen Gewaltthätigkeit, Widerspenstigkeit oder eine Befreiung von Gefangenen oder eine als Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung mit Strafe bedrohte Handlung begeht, oder Andere zu einem dieser Verbrechen oder Vergehen auffordert, oder sich ein öffentliches Amt anmaßt, oder
2. die aufgebotene Mannschaft vom Einrücken abzuhalten oder die unter den Waffen stehende Mannschaft zum Ungehorsam oder zur Treulosigkeit zu verleiten sucht; wer
3. Waffen trägt, ohne dazu von der Militärbehörde ermächtigt zu sein, oder Andere zu einem öffentlichen Auftreten mit Waffen auffordert, oder
4. eine Volksversammlung oder eine politische Verbindung veranlaßt, daran Theil nimmt oder zur Theilnahme auffordert, oder
5. ein aus Veranlassung des Kriegszustandes im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenes oder erneuertes polizeiliches Verbot übertritt, oder zu solchen Uebertretungen Andere aufreizt, oder
6. öffentlich angeschlagene Plakate einer öffentlichen Behörde wegnimmt, beschädigt, zerstört oder unleserlich macht, oder den Anschlag solcher Plakate verhindert, oder
7. Anlagen macht oder bestehende Anlagen, namentlich die Eisenbahn zerstört oder beschädigt, so daß dadurch die militärischen Bewegungen gehindert werden könnten,

8. wer den Auführern als Spion dient, oder in Beziehung auf die Zahl, die Marschrichtung oder angeblichen Siege der Auführer falsche Gerüchte austreut oder verbreitet, welche geeignet sind, das Publikum zu beunruhigen, oder die Civil- oder Militärbehörden in Beziehung auf ihre Maaßregeln irre zu führen,

wird sofort verhaftet, um, so lange der Kriegszustand dauert, nach den Bestimmungen dieses Gesetzes als Gefangener behandelt zu werden.

§. 5.

Der nach §. 4 vom Militär oder von der Polizeibehörde Verhaftete wird nach §. 15 der Verfassungsurkunde innerhalb zwei Tagen von einem Beamten vernommen.

Von einem Civil- und zwei Militärbeamten (oder Offizieren), oder, wenn er eine Militärperson ist, von drei Militärbeamten (oder Offizieren) wird sofort, ohne Zulassung eines Rechtsmittels, entschieden, ob die Gefangenschaft fortzubauern habe.

§. 6.

Dem Militärcommandanten steht es zu, den Gefangenen an irgend einem sicheren Verwahrungsorte im Inlande oder einem andern Bundesstaate festzuhalten, oder auch schon vor Ablauf des im §. 4 erwähnten Termins an den wegen des verübten Verbrechens zuständigen Richter abzuliefern, oder denselben, in so fern es sich nur um ein polizeiliches Vergehen handelt, unter Anrechnung des erstandenen Verhaftes als Strafe zu entlassen.

§. 7.

Wenn die Handlung, wegen welcher nach §. 4 die Verhaftung erfolgt ist, an und für sich sonst mit keiner oder nur mit einer geringeren Strafe als mit Arbeitshaus von drei Monaten bedroht ist, so wird sie, als an einem im Kriegszustande befindlichen Orte verübt, jedenfalls mit einer Strafe von vierzehn Tagen Gefängniß bis zu drei Monaten Arbeitshaus getroffen.

Ist das Verbrechen an und für sich schon mit einer Strafe von drei Monaten Arbeitshaus oder mit einer höheren Strafe, jedoch nicht mit dem Tode oder mit lebenslänglicher Zuchthausstrafe bedroht, so wird ein Strafzusatz erkannt, der nicht weniger als einen Monat Arbeitshaus und nicht mehr als zwei Jahre Zuchthaus betragen darf.

Der §. 52 des Strafgesetzbuchs ist auch in diesem Falle anwendbar.

§. 8.

Gegen Denjenigen, welcher an einem im Kriegszustande befindlichen Orte eine Widerseßlichkeit oder Gewaltthätigkeit gegen die Civil- oder Militärdiener mit Waffen oder anderen gefährlichen Werkzeugen in der Hand verübt, ist die sofortige Anwendung der Waffengewalt ohne irgend eine Beschränkung zulässig.

§. 9.

Sind Bewaffnete bei einander, so wird gegen sie, wenn sie in bedrohlicher Stellung sind,

sofort, außerdem aber, wenn sie auf Anrufen nicht alsbald die Waffen niederlegen und sich ergeben, ohne allen Verzug die Waffengewalt unbeschränkt angewendet, und selbst die Fliehenden werden damit verfolgt.

§. 10.

Ist durch den in einer Gemeinde ausgebrochenen Aufruhr eine militärische Besetzung des Ortes nöthig geworden, so kann von Uns der Gemeinde, welche jedenfalls die Kosten der Besetzung zu tragen hat, zugleich eine Kriegsteuer auferlegt werden, die jedoch der nachträglichen ständischen Zustimmung unterliegt.

§. 11.

Die Kosten, welche einer Gemeinde durch die militärische Besetzung des Ortes oder die ihr auferlegte Kriegsteuer erwachsen (§. 10), können ganz oder theilweise Denjenigen zum Ersatze zugewiesen werden, welche durch Anstiftung des Aufruhrs (§. 10) oder durch Theilnahme an demselben die militärische Besetzung des Ortes veranlaßt haben. Zu diesem Zwecke ernennt das Ministerium des Innern eine Commission, welche über die Rückvergütung, ihre Größe und Vertheilung auf die Betheiligten zu erkennen hat.

Gegen ihr Erkenntniß findet der Refurs an das Ministerium des Innern statt, welches darüber endgültig entscheidet.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 29. Januar 1851.

Leopold.

A. v. Roggenbach. v. Marshall. Stabel.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Gesetz, das Standrecht betreffend.

**Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.**

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschloffen und verordnen, wie folgt:

Art. 1.

Wenn im Großherzogthum ein bewaffneter Aufruhr ausbricht, gegen welchen militärische Gewalt aufgeboten wird, so kann der großherzogliche Oberbefehlshaber, oder ein anderer, durch die Regierung besonders bevollmächtigter Befehlshaber das Standrecht verkünden.

Dasselbe tritt sofort in Wirksamkeit:

I. Gegen die Anstifter des Aufruhrs und die Theilnehmer an einer hierauf gerichteten Verbindung, so wie auch gegen Alle, welche mit der Absicht der Theilnahme an dem bewaffneten Aufruhr aus dem Auslande in das Großherzogthum übergetreten sind.

Den Anstiftern werden hierin Diejenigen gleich gestellt, welche andere Personen durch Gewalt oder Bedrohung zur Theilnahme an bewaffnetem Aufruhr genöthigt oder zu nöthigen versucht haben.

II. Gegen Alle, welche nach der Verkündung des Standrechtes

1. an der Ausführung des Aufruhrs, oder
2. an einem damit im Zusammenhang stehenden hoch- oder landesverrättherischen Unternehmen, oder
3. an damit im Zusammenhang stehenden Tödtungen, Beschädigungen von Eisenbahnen, Brandstiftungen oder Veraubungen, oder
4. an Errichtung oder Zerstörung von Anlagen, um militärische Bewegungen zu hindern, Theil nehmen;
5. welche den Aufrührern durch Herbeischaffung von Waffen oder Munition oder als Spione Beihilfe leisten;
6. welche Soldaten auf irgend eine Art zum Treubruch zu verleiten suchen;
7. welche zu einem der hier bezeichneten Verbrechen durch Wort oder Schrift auffordern.

Art. 2.

Die Verkündung des Standrechtes geschieht in der Form, welche nach den obwaltenden Umständen möglich und angemessen ist.

Art. 3.

Die rechtlichen Wirkungen des Standrechtes sind:

1. in Ansehung der dem Standrecht unterliegenden Verbrechen (Art. 1) tritt die ordentliche Strafgerichtsbarkeit außer Wirksamkeit;
2. über die wegen solcher Verbrechen Angeschuldigten wird innerhalb 24 Stunden, nachdem sie zum Verhöre vor das Standgericht gestellt worden sind, gerichtet.

Art. 4.

Das standrechtliche Verfahren findet vor einem außerordentlichen Kriegsgericht statt, welches der Commandant der zur Bekämpfung des Aufstands aufgegebenen Truppen oder Truppenabtheilung niederlegt, und welches aus sieben Personen besteht, nämlich:

1. einem Stabsoffizier, als Vorsitzender,
2. einem Hauptmann oder Rittmeister,
3. einem Oberlieutenant oder Lieutenant,
4. einem Feldwebel oder Oberfeldwebel, Wachmeister oder Oberwachmeister,
5. einem Corporal,
6. einem Soldaten.

Endlich ist dazu

7. ein richterlicher Beamter beizuziehen.

Der Letztere nimmt den übrigen Mitgliedern des außerordentlichen Kriegsgerichts beim Beginnen der Verhandlung den Richtereid dahin ab:

Daß sie die ihnen übergebenen Untersuchungen gewissenhaft erledigen und ihr Urtheil nach ihrer aus den vorgelegten Beweisen geschöpften Ueberzeugung ohne Haß, Gunst oder Ansehen der Person geben wollen.

Art. 5.

Das Amt des Anklägers wird einem Auditor, oder wenn ein solcher nicht augenblicklich zu Gebote steht, einem anderen Rechtsgelehrten oder einem Offizier übertragen.

Art. 6.

Das außerordentliche Kriegsgericht verhandelt in folgender Weise:

1. Das Verfahren ist mündlich und mit Ausnahme der Berathung und Abstimmung öffentlich und muß einschließlich der Urtheilsvollstreckung jedesmal innerhalb 24 Stunden beendet sein. Die Wahl des Ortes und Leitung der Verhandlung ist Sache des Vorsitzenden.
2. Nach Vernehmung der Anklage folgt durch das rechtsgelehrte Mitglied des Gerichtes das Verhör des Angeklagten und der sofort zu beeidigenden Zeugen, wobei nur auf die in der Anklage bezeichneten Verbrechen Rücksicht genommen wird.

3. Der Angeklagte kann aus der Zahl der am Orte anwesenden Militär- und Civilpersonen einen Vertheidiger wählen. Wählt er keinen, so bestellt ihm das Kriegsgericht einen solchen. Der Vertheidiger muß die ihm übertragene Vertheidigung übernehmen; er ist, so oft er es verlangt, zu hören. Das letzte Wort gebührt jedesmal dem Angeklagten.

Die Richter fällen das Urtheil nach ihrer aus den vorliegenden Beweisen geschöpften Ueberzeugung.

4. Untersuchung und Beweisführung ist an die Förmlichkeit des gewöhnlichen Strafverfahrens nicht gebunden.
5. Das Gericht kann auf keine höhere als die von dem Ankläger beantragte Strafe erkennen; es verurtheilt, spricht frei oder verweist die Sache, wenn sie durch Erhebung der zu Gebot stehenden Beweismittel nicht vollkommen klar geworden ist, oder die im Art. 7 bestimmte Strafe nach den obwaltenden Umständen dem Verschulden nicht entspricht, an das ordentliche Gericht.
6. Bei der Abstimmung, welche nach vorausgegangener Berathung stattfindet, gibt zuerst der Civilbeamte seine Stimme ab, sodann die Militärpersonen, vom untersten Range anfangend. Der Vorsitzende stimmt nur bei eintretender Stimmengleichheit der übrigen Richter mit. Zu einem Todesurtheil sind jedoch vier Stimmen, die des Vorsitzenden nicht gezählt, erforderlich.
7. Ueber den Hergang der Sache ist eine, mindestens summarische Aufzeichnung zu machen, das Urtheil muß wörtlich, wie es verkündet wird, niedergeschrieben und die Beurkundung des ganzen Vorgangs von wenigstens dreien Derjenigen, die dabei mitgewirkt haben, unterschrieben werden.

Art. 7.

Gegen jeden Schuldigbefundenen wird, ohne Rücksicht auf die Strafen, welche er nach allgemeinen Gesetzen verwirkt hätte, Todesstrafe oder, wofern derselbe weniger schwer belastet ist, zehnjährige Zuchthausstrafe ausgesprochen.

Die Todesstrafe wird innerhalb der im Art. 6, Ziffer 1, bestimmten Frist durch die Kugel vollzogen, wenn nicht die vorbehaltene Prüfung des Urtheils einen längeren Aufschub nöthig macht.

Art. 8.

Gegen standrechtliche Urtheile findet kein Rechtsmittel, weder Rechts- noch Gnadenrecurs, noch Revision oder Restitution statt.

Art. 9.

Der Commandant, welcher das außerordentliche Kriegsgericht niedergesetzt hat (Art. 4), kann die erkannte Todesstrafe in lebenslängliche Zuchthausstrafe verwandeln, und zu diesem Zwecke sich die Vorlage und Prüfung der Akten und des verurtheilenden Erkenntnisses überhaupt oder in Beziehung auf einzelne Angeklagte vorbehalten.

Art. 10.

Sobald die Gefahren, welche die Anordnung des Ständrechts veranlaßten, vorüber sind, hat der Commandant, welcher das ständrechtliche Verfahren angeordnet hat (Art. 1), dasselbe wieder einzustellen.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 29. Januar 1851.

Leopold.

A. v. Roggenbach. Stabel.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

**Unmittelbare allerhöchste Entschließung Seiner Königlichen Hoheit
des Großherzogs.**

Die Verlängerung des Kriegszustandes betreffend.

**Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.**

Nach Anhörung Unseres Staatsministeriums haben Wir Uns bewogen gefunden, zu bestimmen, daß der Kriegszustand nach Maßgabe des Gesetzes vom 29. v. M. einstweilen noch fortbauert.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 5. Februar 1851.

Leopold.

A. von Roggenbach. von Marshall. Stabel.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Donnerstag den 6. Februar 1851.

Inhalt.

Gesetze: den Hauptfinanzetat für die Jahre 1850 und 1851 betreffend; den Polzerlös aus Staatsdomänenwaldungen betreffend; die Wiederherstellung des hiesigen abgebrannten Theatergebäudes betreffend.

Gesetz, den Hauptfinanzetat für die Jahre 1850 und 1851 betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschloffen und verordnen, wie folgt:

Art. 1.

Für die ordentlichen Ausgaben der Jahre 1850 und 1851 werden der Staatsverwaltung nachstehende Kredite bewilligt, und zwar

für 1850:

| | |
|--|---------------|
| zur Bestreitung der Lasten und Verwaltungskosten | 4,861,242 fl. |
| zur Bestreitung des eigentlichen Staatsaufwandes | 9,564,794 „ |

zusammen 14,426,036 fl. •

für 1851:

| | |
|--|---------------|
| zur Bestreitung der Lasten und Verwaltungskosten | 4,876,184 fl. |
| zur Bestreitung des eigentlichen Staatsaufwandes | 9,434,887 „ |

zusammen 14,311,071 „

für beide Jahre 28,737,107 fl.

Die Verwendung dieser Kredite ist durch den unter 1 beiliegenden Etat festgesetzt.

Art. 2.

Für die außerordentlichen Ausgaben der Jahre 1850 und 1851 wird der Staatsverwaltung ein Kredit von 4,422,199 fl. 34 fr. eröffnet, dessen Verwendung der unter 2 beiliegende Etat regelt.

Art. 3.

Zur Deckung der eröffneten Kredite (Art. 1 und 2) werden nachstehende Einnahmen bestimmt, als

| | | |
|---|----------------|-----------------------|
| 1. die in der Beilage 3 verzeichneten ordentlichen Einnahmen | | |
| für 1850 zu | 14,799,860 fl. | |
| für 1851 zu | 14,934,087 " | |
| zusammen | | 29,733,947 fl. — fr. |
| 2. die in der Beilage 4 aufgeführten außerordentlichen Einnahmen zu | 2,503,247 | 33 " |
| 3. von dem durch Gesetz vom Heutigen bewilligten Staatsanlehen | 922,112 | 1 " |
| im Ganzen | | 33,159,306 fl. 34 fr. |

Art. 4.

Die unter den ordentlichen Ausgaben (Art. 1) vorgesehene Dotation der Amortisationskasse zur Schuldentilgung und zur Beförderung der Zehntablösung

| | |
|--------------|---------------|
| für 1850 mit | 1,174,400 fl. |
| für 1851 mit | 1,186,315 " |

zusammen mit 2,360,715 fl.

soll ebenso wie der 1851er Zinsbedarf für das nach dem Gesetze vom Heutigen aufzunehmende Staatsanlehen in monatlichen Raten aus den paratesten Staatseinkünften berichtigt werden.

Art. 5.

Ergibt sich ein Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben, so ist derselbe als Reservefond für außerordentliche Ausgaben der nächstkünftigen Budgetperiode in der Amortisationskasse niederzulegen.

Art. 6.

Ueber die Betriebsfonds der Finanzverwaltung, welche am letzten Dezember 1849 7,172,547 fl. 33 fr. betragen haben, wird nach der Beilage 5 verfügt.

Art. 7.

Aus dem Domanialgrundstocke sind im Laufe der Budgetperiode 61,721 fl. 26 fr. zu entnehmen und zu den in der Beilage 6 verzeichneten außerordentlichen Ausgaben zu verwenden.

In so weit diese Summe in der Budgetperiode zur Erreichung der Zwecke der Verwilligung nicht verwendet wird, verbleibt sie der Grundstockverwaltung.

Letztere leistet außerdem zum Bau des Hoftheaters dahier nach Maßgabe des hierüber erlassenen besonderen Gesetzes vom Heutigen die nöthigen Zuschüsse.

Art. 8.

Die Budgets der Postverwaltung, der Eisenbahnbetriebsverwaltung, des Eisenbahnbaues, der

Eisenbahnschuldentilgungskasse und der Badanstaltenverwaltung sind nach der Beilage 7 zu vollziehen.

Die Betriebsfonds der Post- und Eisenbahnbetriebsverwaltung verbleiben den betreffenden Verwaltungen bis zu dem in Beilage 7 angegebenen Betrage und der Betriebsfond der Badanstalten verbleibt diesen nach dem Bestande vom letzten Dezember 1849.

Art. 9.

Alle dormalen bestehenden Abgabengesetze bleiben in Kraft. Die Beförderungsteuer ist vom Anfange der Budgetperiode an von sechs auf elf Kreuzer jährlich von je hundert Gulden des betreffenden Waldsteuerkapitals erhöht.

Art. 10.

Aus den Ersparnissen des Besoldungsetats können mit Unserer speciellen Bewilligung Belohnungen für jene Diener geschöpft werden, welche bei der Behörde, wo die Ersparniß stattgefunden hat, angestellt sind und sich einer solchen Belohnung durch ihre Dienstleistung besonders würdig gemacht haben. Vergleichene Belohnungen dürfen aber keinenfalls die Hälfte der betreffenden Ersparniß überschreiten.

Art. 11.

Der Vorstand jeder Stelle ist befugt, über die Ersparnisse an den budgetmäßigen Gehältern und Bureaukosten zu Gunsten des Kanzleipersonals zu verfügen.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 6. Februar 1851.

Leopold.

Regenauer.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hohelt des Großherzogs:
Schunggart.

Etat der ordentlichen Ausgaben.

| Lasten und Verwaltungskosten. | 1850. | 1851. |
|---|-----------|-----------|
| Justizministerium. | fl. | fl. |
| Strafanstalten | 59,661 | 59 661 |
| B. Ministerium des Innern. | | |
| I. Amtskassenverwaltung | 8 745 | 8,745 |
| II. Stettenanstalt | 31,781 | 31,623 |
| III. Heil- und Pflanzanstalt Mennan | 57,556 | 56 063 |
| IV. Polizeiliche Verwahrungsanstalt | 8,117 | 8 117 |
| V. Wasser- und Straßendauerverwaltung | 2,021 | 2,021 |
| VI. Landesgestütsverwaltung | 472 | 472 |
| Summe B. | 108 695 | 110 041 |
| C. Finanzministerium. | | |
| I. Cameraldomänenverwaltung | 745 018 | 745 018 |
| II. Forstdomänenverwaltung | 745 703 | 745 703 |
| III. Berg- und Hüttenverwaltung | 533,352 | 533,352 |
| IV. Steuerverwaltung: | | |
| Lasten und Verwaltungskosten: | | |
| 1. der Grund-, Häuser- und Gewerbesteuer | 202 542 | 202 512 |
| 2. der Kapitalsteuer | 8 160 | 8 160 |
| 3. der Klassensteuer | 11,083 | 11,083 |
| 4. der Accise und des Ohmgeldes | 131,057 | 140,134 |
| 5. der Justiz- und Polizeigefälle | 151,469 | 151,469 |
| 6. der Forstprichsgefälle | 62,731 | 62,731 |
| 7. der Brückengefälle | 4 661 | 4,661 |
| 8. der verschiedenen Einnahmen | 7,647 | 7 966 |
| 9. Gemeinsumme Lasten und Verwaltungskosten | 212,131 | 212,134 |
| V. Salinenverwaltung | 791,484 | 800,881 |
| VI. Zollverwaltung: | 335 613 | 335 613 |
| 1. Specielle Lasten und Verwaltungskosten der Bezüge aus der Vereinskasse | 526 500 | 530 700 |
| 2. Zollrückvergütungen für Rechnung des Vereins | 49 818 | 49,818 |
| 3. Lasten und Verwaltungskosten der unmittelbaren Einnahmen | 150,429 | 150,429 |
| 4. Gemeinsumme Lasten und Verwaltungskosten | 196,128 | 196,128 |
| VII. Münzverwaltung | 922 875 | 927,075 |
| VIII. Allgemeine Kassenverwaltung | 419,906 | 449,906 |
| | 168,932 | 168,932 |
| Summe C. | 4,692 883 | 4,746 479 |
| D. Kriegsministerium. | | |
| Militärverwaltung | — | — |
| Summe der Lasten und Verwaltungskosten | 4,861,242 | 4,876,184 |

Eigentlicher Staatsaufwand.

I. Staatsministerium.

| | | |
|--|---------|---------|
| I. Großherzogliches Haus | 897 767 | 917,000 |
| II. Landstände | 41,260 | 41,260 |
| III. Großherzogliches Geheimen Cabinet | 7,200 | 7,200 |
| IV. Großherzogliches Staatsministerium | 10,300 | 10,300 |
| V. Verschiedene und zufällige Ausgaben | 2,000 | 2 000 |
| Summe I. | 961,527 | 990,760 |

II. Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

| | | |
|---|--------|--------|
| I. Ministerium | 33,500 | 33,500 |
| II. Gesandtschaften | 18,200 | 18,200 |
| III. Bundeskosten | 16 400 | 8,200 |
| IV. Verschiedene und zufällige Ausgaben | 8,000 | 8,000 |
| Summe II. | 76,100 | 67,900 |

III. Justizministerium.

| | | |
|---|---------|---------|
| I. Ministerium | 24,170 | 24,170 |
| II. Oberhofgericht | 51,400 | 51,400 |
| III. Hofgerichte | 141,510 | 148,050 |
| IV. Rechtspolizei | 384,162 | 384,162 |
| V. Strafanstalten | 149,960 | 149,960 |
| VI. Verschiedene und zufällige Ausgaben | 4,300 | 4,300 |
| Summe III. | 758 502 | 765,462 |

IV. Ministerium des Innern.

| | | |
|--|-----------|-----------|
| I. Ministerium | 43 390 | 48,090 |
| II. Evangelischer Oberkirchenrath | 18,085 | 18,085 |
| III. Katholischer Oberkirchenrath | 24 736 | 24,736 |
| IV. Sanitätscommission | 6,910 | 6,910 |
| V. Generallandesarchiv | 13,090 | 13 090 |
| VI. Kreisregierungen | 144,538 | 143,538 |
| VII. Bezirksjustiz und Polizei | 1,178 306 | 1,177,606 |
| VIII. Allgemeine Sicherheitspolizei | 24 237 | 225,681 |
| IX. Unterrichtsweisen | 375,856 | 375,856 |
| X. Wissenschaften, Künste und Gewerbe | 44 735 | 44,735 |
| XI. Cultus | 88,583 | 84,333 |
| XII. Witte Fonds und Armenanstalten | 109,601 | 109,601 |
| XIII. Siechenhaus | 42,457 | 47,481 |
| XIV. Heil- und Bäderanstalt Menau | 108 097 | 106,181 |
| XV. Volkzeitliche Erwerbsanstalt | 21,986 | 21,956 |
| XVI. Wasser- und Straßenbau | 1,141 818 | 1,141,818 |
| XVII. Land-Geistl. | 44,867 | 44,867 |
| XVIII. Verschiedene und zufällige Ausgaben | 18,540 | 18,540 |
| Summe IV. | 3,635,865 | 3,647,170 |
| Uebertrag I. bis IV. | 5,431,991 | 5,461,292 |

| | | 1850. | 1851. |
|---|---------------|---------------|------------|
| | | fl. | fl. |
| Eigentlicher Staatsaufwand. | | | |
| Uebertrag I. bis IV. . . | | 5,431,994 | 5,461,292 |
| V. Finanzministerium. | | | |
| I. Ministerium | | 32,250 | 32,250 |
| II. Centralkassen | | 15,305 | 15,305 |
| III. Oberrechnungskammer | | 30,272 | 30,072 |
| IV. Baubehörden | | 40,800 | 41,300 |
| V. Baukosten und sonstige Lasten der Centralstaatsgebäude | | 7,700 | 7,700 |
| VI. Beförderung des Bergbaues | | 300 | 300 |
| VII. Beförderung der Dampfschiffahrt auf dem Bodensee | | 7,300 | 7,300 |
| VIII. Schuldentilgung | | 1,174,400 | 1,186,315 |
| IX. Pensionen | | 659,700 | 652,800 |
| X. Verschiedene und zufällige Ausgaben | | 23,000 | 23,000 |
| Summe V. . . | | 1,991,027 | 1,996,342 |
| Schuldentilgung: | | | |
| | 1850. | 1851. | |
| Renten nach Abzug der Actvzinsen | 552,324 fl. | 533,671 fl. | |
| Tilgungsfond | 610,676 " | 641,244 " | |
| Besoldungen der Beamten | 6,300 " | 6,300 " | |
| Gehalte der Angestellten | 3,000 " | 3,000 " | |
| Bureauaufwand | 1,100 " | 1,100 " | |
| Verschiedene Ausgaben | 1,000 " | 1,000 " | |
| | 1,174,400 fl. | 1,186,315 fl. | |
| VI. Kriegsministerium. | | | |
| I. Für den laufenden Dienst | | 1,821,617 | 1,688,477 |
| II. Für früher geleistete Dienste | | 320,156 | 288,776 |
| Summe VI. . . | | 2,141,773 | 1,977,253 |
| Summe des eigentlichen Staatsaufwandes . . | | 9,584,794 | 9,434,887 |
| Summe der Lasten und Verwaltungskosten . . | | 4,861,242 | 4,876,184 |
| Summe der ordentlichen Ausgaben . . | | 14,426,036 | 14,311,071 |

Etat

der außerordentlichen Ausgaben für 1850 und 1851.

Für die allgemeine Staatsverwaltung.

| Budgetmäßige Bezeichnung. | Aufrecht
erhaltene
Kredite. | | Neue Ver-
willigungen. | | Summe. | |
|--|-----------------------------------|-----------|---------------------------|-----------|----------------|-----------|
| | fl. | fr. | fl. | fr. | fl. | fr. |
| I. Staatsministerium. | | | | | | |
| Großherzogliches Haus. | | | | | | |
| 5. | | | | | | |
| 1. Für die erste Einrichtung Seiner Großherzogl. Hoheit
des Prinzen Wilhelm | — | — | 6,666 | 40 | 6,666 | 40 |
| Beiträge zu Bundeslasten. | | | | | | |
| 2. Zu den Kosten der Bundesverwaltung | — | — | 11,325 | 36 | 11,325 | 36 |
| 3. Zu den Kosten der Bundesfestungen: | | | | | | |
| a. für den Ulm-Kastatter Festungsbau | — | — | 110,965 | 55 | 110,965 | 55 |
| b. zur Dotation für Mainz und Luxemburg | 2,088 | 16 | 8,353 | 4 | 10,441 | 20 |
| 4. Zu dem Aufwand für die Marine | 82,582 | 50 | 58,673 | 9 | 141,255 | 59 |
| 5. Für das Parlament und das Schiedsgericht der Union | — | — | 6,500 | — | 6,500 | — |
| Summe I. | 84,671 | 6 | 202,484 | 24 | 287,155 | 30 |
| II. Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der
außwärtigen Angelegenheiten. | | | | | | |
| 6. Urkundenammlung für die Haus- und Landesgeschichte | 158 | — | 1,042 | — | 1,200 | — |
| III. Justizministerium. | | | | | | |
| 7. Für Amtsgerichtsgebäude und Gefängnisse | 6,841 | 45 | 16,000 | — | 22,841 | 45 |
| 8. Für Gebäude der Kreisgerichte | 115,278 | 52 | — | — | 115,278 | 52 |
| 9. Für Einrichtung der Hofgerichtskanzleien zur Abhaltung
der Schwurgerichtssitzungen | — | — | 5,500 | — | 5,500 | — |
| 10. Für Amtsevisitorsregistratur-Einrichtung | 500 | 2 | — | — | 500 | 2 |
| 11. Für das neue Männerzuchthaus in Bruchsal (Vollendung
des Haupthauses und der Beamtenwohnungen) | 46,081 | — | 20,000 | — | 66,081 | — |
| 12. Für verschiedene bauliche Einrichtungen in dem Zucht-
und Arbeitshause in Bruchsal | 578 | — | — | — | 578 | — |
| 13. Für bauliche Herstellungen zur Unterbringung einer größeren
Zahl von Sträflingen in der Strafanstalt Freiburg | — | — | 576 | — | 576 | — |
| Summe III | 169,279 | 39 | 42,076 | — | 211,355 | 39 |
| Uebersicht I. bis III. | 254,108 | 45 | 245,602 | 24 | 499,711 | 9 |

| Budgetmäßige Bezeichnung. | Aufrecht
erhaltene
Kredite. | | Neue Ver-
willigungen. | | Summe. | |
|---|-----------------------------------|-----|---------------------------|-----|---------|-----|
| | fl. | fr. | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Uebertrag I. bis III. . | 254,108 | 15 | 245,602 | 24 | 499,711 | 9 |
| IV. Ministerium des Innern. | | | | | | |
| 8. Bezirksjustiz und Polizei. | | | | | | |
| 14. Für Einrichtung der Amtsregistraturen | — | — | 1,915 | — | 1,915 | — |
| 15. Zur Unterstützung der Auswanderung | — | — | 101,192 | — | 101,192 | — |
| 16. Kosten der Untersuchungen und Verurtheilungen wegen Theil-
nahme an der Revolution | — | — | 100,000 | — | 100,000 | — |
| Allgemeine Sicherheitspolizei. | — | — | 206,137 | — | 206,137 | — |
| 17. Für neue Gendarmenlegewehre | — | — | 5,754 | — | 5,754 | — |
| 18. Für außerordentliche Geldbelohnungen | — | — | 60,0 | — | 60,0 | — |
| 19. Wegen Vermehrung der Gendarmenmannschaft | — | — | 8,124 | — | 8,124 | — |
| Unterrichtswesen. | — | — | 14,778 | — | 14,778 | — |
| 20. Zur Vergrößerung des Gebäudes der polytechnischen Schule | — | — | 9,000 | — | 9,000 | — |
| 21. Zur Anschaffung von Betten für das Taubstummeninstitut | — | — | 1,444 | — | 1,444 | — |
| Wissenschaften, Künste und Gewerbe. | — | — | 10,414 | — | 10,414 | — |
| 22. Zur Errichtung einer Musterwerkstätte für Uhrenfabrikation
in Verbindung mit einer Gewerbschule auf dem Schwarz-
wald | 11,065 | — | — | — | 11,065 | — |
| 23. Zu einem Betriebsfond für die Uhrenmacherwerkstätte . | — | — | 4,000 | — | 4,000 | — |
| Kultus. | 11,065 | — | 4,000 | — | 15,065 | — |
| 24. Für Abhaltung einer evangelischen Generalsynode . . | — | — | 3,610 | — | 3,610 | — |
| Siechenanstalt. | — | — | — | — | — | — |
| 25. Wegen Vermehrung des Krankenstandes um 50 Köpfe . | — | — | 1,300 | — | 1,300 | — |
| Heil- und Pflgeanstalt Illenau. | — | — | — | — | — | — |
| 26. Für die Leitung des Bedarfs an Wasser in das Anstalts-
gebäude | — | — | 15,000 | — | 15,000 | — |
| Wasser- und Straßenbau. | — | — | — | — | — | — |
| 27. Straße von Dürtheim nach Donaueschingen | 8,900 | — | — | — | 8,900 | — |
| 28. Außerordentlicher Zuschuß zum Rheinaubau längs der fran-
zösischen Grenze | 19,057 | — | 76,000 | — | 95,057 | — |
| 29. Umgehung der Rothbacher Ertelge | — | — | 3,450 | — | 3,450 | — |
| 30. Straße vom Breisgau ins obere Wiesenthal | — | — | 17,400 | — | 17,400 | — |
| 31. Ueberschneidung der Rheindurchschnitte längs der bayerischen
Grenze | — | — | 80,000 | — | 80,000 | — |
| Erste | 27,957 | — | 176,850 | — | 204,807 | — |
| Uebertrag IV. | 11,065 | — | 255,249 | — | 266,314 | — |
| Uebertrag I. bis III. . | 254,108 | 15 | 245,602 | 24 | 499,711 | 9 |

| Budgetmäßige Bezeichnung. | Aufrecht
erhaltene
Kredite. | | Neue Ver-
willigungen. | | Summe. | |
|--|-----------------------------------|-----|---------------------------|-----|-----------|-----|
| | fl. | fr. | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Uebertrag I.—III. . . . | 254,108 | 45 | 245,602 | 24 | 499,711 | 9 |
| IV. Ministerium des Innern. | | | | | | |
| Uebertrag . . . | 11,065 | — | 255,299 | — | 266,364 | — |
| Wasser- und Straßenbau. | | | | | | |
| Uebertrag . . . | 27,957 | — | 176,850 | — | 204,807 | — |
| 32. Zuschuß zur Verzinsung der Schuld der Konkurrentenschaft
für die Dreisam- und Elz-Rektifikation | — | — | 9,020 | — | 9,020 | — |
| 33. Verbindungsstraße zwischen dem mittleren Neckar und
Main | 874 | — | 10,500 | — | 11,374 | — |
| 34. Verbindungsstraße über Mubau | 3,750 | — | — | — | 3,750 | — |
| 35. Straße von Ludwigshafen nach Ueberlingen | — | — | 24,000 | — | 24,000 | — |
| 36. Korrektur der Höllenseige | 14,698 | — | — | — | 14,698 | — |
| 37. Neubau der Tauberbrücke | — | — | 900 | — | 900 | — |
| 38. Korrektur der Elz von Kiegel aufwärts | 1,987 | — | — | — | 1,987 | — |
| 39. Straße von Walldürn nach Amorbach | 1,550 | — | — | — | 1,550 | — |
| 40. Vervollständigung der Korrektur an der Elz und Dreisam | — | — | 6,665 | — | 6,665 | — |
| 41. Verbindungsweg zwischen der Insel Reichenau und dem
Festlande | — | — | 5,000 | — | 5,000 | — |
| 42. Verbesserung der Jaritthalstraße | — | — | 3,000 | — | 3,000 | — |
| 43. Regulirung der Wuttach auf der Gemarkung Untereggingen | — | — | 3,000 | — | 3,000 | — |
| 44. Straße über den Altrhein u. das Binsfeld bei Blittersdorf | — | — | 12,000 | — | 12,000 | — |
| 45. Kolonnenstraße von dem Germerzheimer Brückenkopf bis
zu der von Rheinsheim nach Guttenheim führenden Straße | — | — | 5,000 | — | 5,000 | — |
| 46. Für Wiederherstellung der durch Hochgewässer beschädigten
Wasser- und Straßenbauten | — | — | 53,000 | — | 53,000 | — |
| | 50,816 | — | 308,935 | — | 359,751 | — |
| Summe IV. . . | 61,881 | — | 564,234 | — | 626,115 | — |
| V. Finanzministerium. . | | | | | | |
| Lasten und Verwaltungskosten. | | | | | | |
| Kameraldomänenverwaltung. | | | | | | |
| 47. Aufwand für die Zehntsektion: jährlich: | | | | | | |
| a. Besoldungen | 4,100 | fl. | | | | |
| b. Gehalte | 3,600 | " | | | | |
| c. Bureaukosten | 500 | " | | | | |
| d. Kosten der Abschätzungen und der Ausfer-
tigung der Ablösungsurkunden | 4,200 | " | | | | |
| | 12,400 | fl. | 24,900 | — | 24,800 | — |
| 48. Für Abhaltung einer evangelischen Generalynode | — | — | 5,442 | — | 5,442 | — |
| | — | — | 30,242 | — | 30,242 | — |
| | — | — | 30,242 | — | 30,242 | — |
| Seite . . . | — | — | — | — | — | — |
| Uebertrag I.—IV. . . | 315,989 | 45 | 809,836 | 24 | 1,125,826 | 9 |

| Budgetmäßige Bezeichnung. | Aufrecht
erhaltene
Kredite. | | Neue Ver-
willigungen | | Summe. | |
|--|-----------------------------------|-----|--------------------------|-----|-----------|-----|
| | fl. | fr. | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Uebertrag I.—IV. . . | 315,989 | 45 | 809,836 | 24 | 1,125,826 | 9 |
| V. Finanzministerium. | | | | | | |
| Laſten und Verwaltungskosten. | | | | | | |
| Uebertrag . . | — | — | 30,242 | — | 30,242 | — |
| §. Forſtdomänenverwaltung. | | | | | | |
| 49. Für Vermessung und Abſchätzung der Waldungen, ein-
ſchließlich der Beſoldung des Forſtgeometers von 1,000 fl.
jährlich 3,570 fl. . . | — | — | 7,140 | — | 7,140 | — |
| 50. Für das Kopiren der Waldpläne jährlich 3,560 fl. . . | — | — | 7,120 | — | 7,120 | — |
| Zollverwaltung. | — | — | 14,260 | — | 14,260 | — |
| 51. Für Wiederherſtellung der Mannheimer Rheinbrücke . . | — | — | 43,150 | — | 43,150 | — |
| 52. Zur Entſchädigung auswärtiger Baareneigenthümer für
die während der Revolution im Zollhof und im Eiſen-
bahnhof zu Mannheim zu Grund gegangene oder beſchä-
digte Baumwolle | — | — | 8,770 | — | 8,770 | — |
| | — | — | 51,920 | — | 51,920 | — |
| Summe Laſten und Verwaltungskosten . . | — | — | 96,422 | — | 96,422 | — |
| Eigentlicher Staatsaufwand. | | | | | | |
| 53. Zur Anfertigung des Papiergeldes | 5,000 | — | — | — | 5,000 | — |
| Summe V. . . | 5,000 | — | 96,422 | — | 101,422 | — |
| VI. Kriegsministerium. | | | | | | |
| 54. Für Ergänzung der Monturgegenſtände des großherzog-
lichen Armee-corps | — | — | 400,000 | — | 400,000 | — |
| 55. Für Ergänzung der Ausrüſtungsgegenſtände deſſelben . . | — | — | 260,663 | — | 260,663 | — |
| 56. Für außerordentliche Remontirung | — | — | 62,892 | — | 62,892 | — |
| 57. Für Ankauf und Einrichtung des Kloſters Petershausen
zur Kaſerne | — | — | 105,000 | — | 105,000 | — |
| 58. Für außerordentliche Baukoſten für die Militärgebäude zu
Karlsruhe, Gottesau und Bruchſal | — | — | 13,134 | — | 13,134 | — |
| 59. Für die Bureau der früheren Regimenter | — | — | 31,336 | — | 31,336 | — |
| 60. Für die Gedächtnismedaillen | — | — | 24,094 | — | 24,094 | — |
| 61. Mehraufwand für die in Preußen geſtandenen badiſchen
Truppen | — | — | 125,428 | — | 125,428 | — |
| 62. Für die preußiſchen Truppen im Großherzogthum | — | — | 1,770,829 | — | 1,770,829 | — |
| 63. Mehraufwand für die badiſchen Truppen, ſo lange ſie im
mobilen Stande erhalten werden müſſen | — | — | 92,314 | 50 | 92,314 | 50 |
| 64. Verpflegungs- u. Aufwand für die in Schleswig-Holſtein
geſtandenen badiſchen Truppen | — | — | 52,044 | 35 | 52,044 | 35 |
| 65. Wegen des erhöhten Dienſtſtandes der Infanterie für
1851 244,418 fl. | — | — | — | — | — | — |
| 66. Wegen des erhöhten Dienſtſtandes der Ar-
tillerie für 1851 12,798 „ | — | — | 257,216 | — | 257,216 | — |
| | — | — | 3,194,951 | 25 | 3,194,951 | 25 |
| Summe der außerordentlichen Ausgaben für die
allgemeine Staatsverwaltung | 320,989 | 45 | 4,401,209 | 49 | 4,422,199 | 34 |

Etat der ordentlichen Einnahmen.

| | 1850. | 1851. |
|--|------------|------------|
| | fl. | fl. |
| A. Justizministerium. | | |
| Strafanstalten | 101,448 | 101,948 |
| B. Ministerium des Innern. | | |
| I. Amtsfassenverwaltung | 146,346 | 146,346 |
| II. Siechenanstalt | 48,105 | 53,062 |
| III. Heil- und Pflanzanstalt Jfenau | 122,635 | 120,304 |
| IV. Polizeiliche Verwahrungsanstalt | 16,864 | 16,864 |
| V. Wasser- und Straßenbauverwaltung | 27,202 | 27,202 |
| VI. Landesgestütsverwaltung | 11,726 | 11,726 |
| Summe B. | 372,878 | 375,504 |
| C. Finanzministerium. | | |
| I. Kameraldomänenverwaltung | 1,337,981 | 1,337,981 |
| II. Forstdomänenverwaltung | 1,399,840 | 1,399,840 |
| III. Berg- und Hüttenverwaltung | 559,146 | 559,146 |
| IV. Steuerverwaltung: | | |
| 1. Grund-, Häuser- und Gewerbesteuer mit Einschluß der Beförste- | | |
| rungskosten und der Fluß- und Dammbaubeiträge | 2,775,767 | 2,775,767 |
| 2. Kapitalsteuer | 192,027 | 192,027 |
| 3. Klassensteuer | 152,482 | 152,482 |
| 4. Ersatz und Abgang an Passiven | 240 | 240 |
| 5. Accise und Ohngeld | 1,799,773 | 1,952,679 |
| 6. Justiz- und Polizeigefälle | 1,191,185 | 1,191,185 |
| 7. Forstgerichtsgefälle | 83,045 | 83,045 |
| 8. Brückengefälle | 3,600 | 3,600 |
| 9. Verschiedene Einnahmen | 52,207 | 52,902 |
| Summe IV. | 6,250,326 | 6,403,927 |
| V. Salinenverwaltung | 1,372,453 | 1,372,453 |
| VI. Zollverwaltung: | | |
| 1. Antheil an den gemeinschaftlichen Zollgefallen und an der Rüben- | | |
| zuckersteuer | 1,879,315 | 1,879,315 |
| 2. Ersatz der für Rechnung des Vereins bezahlten Zollrückvergütungen | 49,818 | 49,818 |
| 3. Beitrag des Vereins zu den Kosten der Grenz Zollverwaltung | 526,150 | 526,150 |
| 4. Ersatz der Kosten der Rübenzuckersteuer | 2,700 | 2,700 |
| 5. Unmittelbare Einnahmen | 412,053 | 412,053 |
| Summe VI. | 2,870,036 | 2,870,036 |
| VII. Münzverwaltung | 444,542 | 444,542 |
| VIII. Allgemeine Kassenverwaltung | 39,610 | 39,610 |
| Summe C. | 14,273,934 | 14,427,535 |
| D. Kriegsministerium. | | |
| Militärverwaltung | 51,600 | 29,100 |
| Summe der ordentlichen Einnahmen | 14,799,860 | 14,934,087 |

Etat

der außerordentlichen Einnahmen für 1850 und 1851.

| | |
|--|-----------------------------|
| 1. Die Kapitalsteuer für 1848 und 1849. An solcher sind 457,011 fl. 34 fr. constatirt, werden aber nach Abzug der Kosten der Constatirung und Erhebung, auch der Rückerlagposten und Abgänge an Reineinnahme nur bleiben | 420,000 fl. — fr. |
| 2. Von dem durch Gesetz vom 3. März 1849 geschaffenen Papiergeld im Gesamtbetrage von zwei Millionen Gulden sind 1,346,000 fl. im Jahre 1849 schon verausgabt worden und ist der Rest mit | 654,000 „ — „ |
| der Budgetperiode 1850/51 verblieben. | |
| 3. An Schadenersatz von Hochverräthern sind für die Jahre 1850 und 1851 beiläufig zu erlangen | 60,000 „ — „ |
| 4. An Betriebsfondsüberschuß nach Beilage 5 | 1,369,247 „ 33 „ |
| Summe der außerordentlichen Einnahmen | 2,503,247 fl. 33 fr. |

Etat

über den auf 1. Januar 1850 berechneten Betriebsfond und dessen Verwendung in den Jahren 1850 und 1851.

Stand der Betriebsfonds auf 1. Januar 1850.

| | |
|----------------------------|----------------------|
| Rassenreste | 1,786,923 fl. 3 fr. |
| Naturalvorräthe | 1,543,528 „ 38 „ |
| Activreste | 4,267,585 „ 14 „ |
| | <hr/> |
| zusammen | 7,598,036 fl. 55 fr. |
| Passiven | *) 425,489 „ 22 „ |
| | <hr/> |
| Rest der Activen | 7,172,547 fl. 33 „ |

Verwendung.

Der Finanzverwaltung werden für 1850 und 1851 nach dem angebogenen Voranschlag als Betriebsfond überwiesen 5,803,300 fl. — fr.
und der Rest von 1,369,247 „ 33 „
ist zur Deckung außerordentlicher Ausgaben (Beilage Nr. 4) bestimmt.

*) Hierunter ist die Schuld der Generalstaatskasse an die Amortisationskasse mit 2,500,300 fl. 8 fr. nicht begriffen. Sie bleibt vorerst unberichtigt.

Voranschlag

des umlaufenden Betriebsfonds für die Jahre 1850 und 1851.

| Namen der Verwaltungszweige. | Activen. | | | | | | | | Passiven. | | Rest der Activen. | |
|--|--------------|-----|----------------------|-----|-------------|-----|-----------|-----|-----------|-----|-------------------|-----|
| | Kassenreste. | | Naturalien-vorräthe. | | Activreste. | | Summe. | | | | | |
| | fl. | fr. | fl. | fr. | fl. | fr. | fl. | fr. | fl. | fr. | fl. | fr. |
| A. Justizministerium. | | | | | | | | | | | | |
| 1. Zucht- und Correctionsan-
stalten | | | 57,800 | — | 45,900 | — | | | 13,400 | — | | |
| 2. Zuchthausbaukasse | | | — | — | 2,000 | — | | | 1,000 | — | | |
| | | | 57,800 | — | 47,900 | — | | | 14,400 | — | | |
| B. Ministerium des Innern. | | | | | | | | | | | | |
| 3. Amtskassenverwaltung . . | | | — | — | 171,300 | — | | | 14,000 | — | | |
| 4. Siechenanstalt | | | 3,200 | — | 3,200 | — | | | 700 | — | | |
| 5. Heil- und Pflanzanstalt
Illenau | | | 21,200 | — | 27,500 | — | | | 1,800 | — | | |
| 6. Polizeiliche Verwahrungs-
anstalt | | | 6,700 | — | 900 | — | | | — | — | | |
| 7. Wasser- und Straßenbau-
verwaltung | | | 10,500 | — | 17,800 | — | | | 4,900 | — | | |
| 8. Landesgefängnisverwaltung . | | | — | — | 100 | — | | | 400 | — | | |
| | 1,300,000 | — | 41,600 | — | 220,800 | — | | | 21,800 | — | | |
| C. Finanzministerium. | | | | | | | | | | | | |
| 9. Kameraldomänenverwaltung | | | 30,900 | — | 455,600 | — | | | 46,400 | — | | |
| 10. Forstdomänenverwaltung . | | | 112,300 | — | 349,800 | — | | | 11,100 | — | | |
| 11. Berg- u. Hüttenverwaltung | | | 1,278,500 | — | 255,100 | — | | | 7,700 | — | | |
| 12. Steuerverwaltung | | | — | — | 280,400 | — | | | 46,300 | — | | |
| 13. Salinenverwaltung | | | 50,900 | — | 199,500 | — | | | — | — | | |
| 14. Zollverwaltung | | | — | — | 900,900 | — | | | 14,600 | — | | |
| 15. Münzverwaltung | | | 88,600 | — | 100 | — | | | — | — | | |
| 16. Allgemeine Kassenverwal-
tung | | | — | — | 291,200 | — | | | 6,900 | — | | |
| | | | 1,561,200 | — | 2,735,600 | — | | | 133,000 | — | | |
| D. Kriegsministerium. | | | | | | | | | | | | |
| 17. Militärverwaltung | | | — | — | 15,000 | — | | | 7,400 | — | | |
| Summe | 1,300,000 | — | 1,660,600 | — | 3,019,300 | — | 5,979,900 | — | 176,600 | — | 5,803,300 | — |

Etat

über die auf das Domänengrundstockvermögen in den Jahren 1850 und 1851 zu übernehmenden Ausgaben.

| Budgetmäßige Bezeichnung. | Betrag. | |
|---|---------|-----|
| | fl. | fr. |
| I. Neue Bewilligung. | | |
| Lasten und Verwaltungskosten. | | |
| Finanzministerium. | | |
| Kameraldomänenverwaltung. | | |
| §. 1. Für Umwandlung des ausgestockten Schutterwaldes in der Gemarkung Edartsweiler zu Wiesen und für Herstellung einer Wässerungseinrichtung auf diesen und anderen damit im Zusammenhang stehenden Domänenwiesen am Gesamtaufwande von 84,000 fl. . | 60,000 | — |
| II. Aufrecht erhaltener Kredit. | | |
| §. 2. Zur Anschaffung von Kunstgegenständen | 1,721 | 26 |
| Summe . | 61,721 | 26 |

Zusammenstellung

der Special-Etats für 1850 und 1851.

| Verwaltungs­zweige. | Einnahme. | | | | Ausgabe. | | | |
|--|-----------|-----|-----------|-----|-----------|-----|-----------|-----|
| | 1850. | | 1851. | | 1850. | | 1851. | |
| | fl. | fr. | fl. | fr. | fl. | fr. | fl. | fr. |
| I. Postverwaltung: | | | | | | | | |
| Ordentlicher Etat | 1,211,145 | — | 1,211,145 | — | 953,075 | — | 953,075 | — |
| Außerordentlicher Etat | — | — | — | — | 2,000 | — | 1,000 | — |
| | 1,211,145 | — | 1,211,145 | — | 955,075 | — | 954,075 | — |
| II. Eisenbahnbetriebsverwaltung: | | | | | | | | |
| Ordentlicher Etat | 1,877,831 | — | 1,877,831 | — | 876,259 | — | 876,259 | — |
| Außerordentlicher Etat | — | — | — | — | 20,540 | — | 27,815 | — |
| | 1,877,831 | — | 1,877,831 | — | 896,799 | — | 904,074 | — |
| III. Antheil am Reinertrag der Main-Neckar-Eisenbahn | 37,563 | — | 37,563 | — | — | — | — | — |
| IV. Eisenbahnbauverwaltung | — | — | — | — | 268,950 | 43 | 198,135 | — |
| V. Eisenbahnschuldentilgungskasse | 2,756,540 | 38 | 1,980,343 | 11 | 2,756,540 | 38 | 1,980,343 | 11 |
| VI. Badanstaltenverwaltung | 60,487 | — | 60,487 | — | 60,487 | — | 60,487 | — |

| Betriebsfond der Post- und Eisenbahnbetriebsverwaltung. | | | | | | |
|---|--------------|------------------|-------------|---------|-----------|-------------------|
| Verwaltungs­zweige. | Activen. | | | | Passiven. | Rest der Activen. |
| | Kassenreste. | Naturalvorräthe. | Activreste. | Summe. | | |
| | fl. | fl. | fl. | fl. | | fl. |
| Postverwaltung | 9,870 | 6,850 | 17,410 | 34,130 | 63,590 | — 29,460 |
| Eisenbahnbetriebsverwaltung | 36,560 | 600,000 | 44,140 | 680,700 | 27,660 | + 653,040 |
| Summe | 46,430 | 606,850 | 61,550 | 714,830 | 91,250 | + 623,580 |

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Mittwoch den 12. Februar 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschließung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Erlaubniß zur Annahme eines fremden Ordens.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien: Bekanntmachungen des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: Den Gütertransport auf der großherzoglichen Eisenbahn, hier insbesondere die Ermäßigung der Frachttaren betreffend. Den Gütertransport auf der großherzoglichen Eisenbahn, hier insbesondere die Ermäßigung der Frachttaren betreffend. Den Transport von Kartoffeln auf der großherzoglichen Eisenbahn betreffend. — Bekanntmachung des Justizministeriums: Die Namensänderung des Ludwig Ehrenfechter von Mosbach betreffend. — Bekanntmachungen des Ministeriums des Innern: Die Umlage der Beiträge zur Feuerversicherungsanstalt für 1850/51, betreffend. Die Staatsgenehmigung einer Präsentation auf eine Patronatspfarre betreffend. — Bekanntmachungen des Finanzministeriums: Die Rechnungsnachweisungen über den Staatshaushalt für 1846 und 1847 und die Hauptstaatsrechnungen für 1847 und 1848 (Adresse) betreffend. Die erste Serienzinsziehung für die fünfte Gewinnsziehung von dem Anlehen zu fünf Millionen Gulden vom Jahr 1840 betreffend. — Bekanntmachung des Kriegsministeriums: Die Abänderung des §. 1 der Vollzugsverordnung zum Gesetz über die Militärarbeitsstrafe betreffend.

Dienststerbedigungen. Todesfälle.

Unmittelbare allerhöchste Entschließung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Erlaubniß zur Annahme eines fremden Ordens.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben
unter dem 11. Januar d. J.

dem großherzoglichen Geheimenrath Freiherrn von Schreckenstein, Hofmarschall Ihrer Königlichen Hoheit der vermittelten Großherzogin von Baden, die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß erteilt, daß ihm von Seiner Majestät dem Könige der Niederlande verliehene Commandeurkreuz des Ordens der Eichenkrone anzunehmen und zu tragen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Den Gütertransport auf der großherzoglichen Eisenbahn, hier insbesondere die Ermäßigung der Frachttaren betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben zufolge höchster Entschließung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 22. d. M., Nr. 161 und 162, gnädigst zu be-

stimmen geruht, daß, vom 15. kommenden Monats beginnend, die Eisenbahntaxe für Güter, wenn sie die Eigenschaft von Durch- oder Ausgangsgut haben, und im Bahnhof zu Mannheim mit der Bestimmung nach Offenburg und von dort zum unmittelbaren Ausgang über das Nebenzollamt I. Blumberg aufgegeben werden, ohne Unterschied der Klasse auf fünfzehn Kreuzer vom Zollzentner festgesetzt werde.

Vorstehende höchste Verfügung, mit deren Vollzug die Direction der großherzoglichen Posten und Eisenbahnen beauftragt ist, wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 28. Januar 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

J. A. v. M.

von Aetner.

Vdt. F. v. Dusch.

Den Gütertransport auf der großherzoglichen Eisenbahn, hier insbesondere Ermäßigung der Frachttaren betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben zufolge höchster Entschließung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 6. d. M., Nr. 222, gnädigst zu beschließen geruht:

1. Die mit höchster Genehmigung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 23. März v. J., Nr. 546, im Regierungsblatt Nr. XVI., Seite 111, unter dem 26. desselben Monates verkündete Verordnung hat mit dem 15. laufenden Monates außer Wirksamkeit zu treten.

2. Vom gleichen Tage an kommen nachstehende Bestimmungen in Anwendung:

I. Die Eisenbahntaxe, einschließlich der Transporttare von Haltingen nach Basel, ist für nachstehend genannte Güter, wenn sie die Eigenschaft von Durch- oder Ausgangsgut haben, in Mannheim, Heidelberg oder Ludwigshafen am Rheine zu Wasser angekommen sind und im Bahnhofe zu Mannheim oder Heidelberg zur unmittelbaren Versendung nach Basel aufgegeben werden, auf die beigefügten Taxbeträge ermäßigt:

- a. auf die Taxe von vierzig Kreuzern vom Zollzentner: für Zucker aller Art, Kaffee, Fischthran, rohe Baumwolle, Eisen (geschmiedet, gewalzt), Blei, Zinn und Harz, gemeines amerikanisches;
- b. auf die Taxe von dreißig Kreuzern vom Zollzentner: Masseneisen.

II. Die Eisenbahntaxe für Wein- und Rübböl, welches die Eigenschaft von Durch- oder Ausgangsgut hat und im Bahnhofe zu Mannheim oder Heidelberg zur unmittelbaren Versendung nach Basel aufgegeben wird, ist auf vierzig Kreuzer vom Zollzentner ermäßigt.

III. Gütern der vorbezeichneten Art (I. und II.), welche in Mannheim oder Heidelberg mit der Bestimmung des unmittelbaren Ausganges über eine der zwischen Leopoldshöhe und Fahrhaus einschließlich gelegenen Zollstellen aufgegeben werden, wird eine Ermäßigung der Eisenbahntaxe von den bezeichneten Orten bis Haltingen, und zwar den unter I. a.

und II. genannten Gütern auf zweiunddreißig Kreuzer vom Zollzentner und den unter I. b. genannten auf zweiundzwanzig Kreuzer vom Zollzentner bewilligt.

IV. Die vorstehende Bestimmung (III.) findet bis zum 30. April des laufenden Jahres auch auf die nach Efringen gerichteten Versendungen Anwendung.

Vorstehende höchste Verfügung, mit deren Vollzug die Direction der großherzoglichen Posten und Eisenbahnen beauftragt ist, wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 10. Februar 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

J. A. d. M.

von Kettner.

Vdt. F. v. Dusch.

Den Transport von Kartoffeln auf der großherzoglichen Eisenbahn betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben zufolge höchster Entschließung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 6. d. M., Nr. 223, gnädigst zu bestimmen geruht, daß vom Heutigen beginnend bis zum 30. September d. J. die Eisenbahntare für Kartoffeln, welche landaufwärts befördert werden, auf einen Drittelskreuzer für den Zentner und die Wegstunde — unter Zuschlag von einem Kreuzer für den Zentner für das Auf- und Abladen — ermäßigt werde.

Vorstehende höchste Verfügung, mit deren Vollzug die Direction der großherzoglichen Posten und Eisenbahnen beauftragt ist, wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 10. Februar 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

J. A. d. M.

von Kettner.

Vdt. F. v. Dusch.

Die Namensänderung des Ludwig Ehrenfeuchter von Mosbach betreffend.

Kaminfegergeselle Ludwig Ehrenfeuchter von Mosbach hat gebeten, seinen Familiennamen in „Sidler“ umändern zu dürfen.

Dies wird unter Bezug auf die Verordnung vom 18. Januar 1838, Regierungsblatt Nr. V., mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß Diejenigen, welche gegen die Ertheilung der erbetenen Erlaubniß Einsprache machen wollen, solche

innerhalb drei Monaten

bei dem unterzeichneten Ministerium auszuführen haben, widrigenfalls der Bitte stattgegeben wird.

Carlsruhe, den 20. Januar 1851.

Großherzogliches Justizministerium.

Stabel.

Vdt. v. Göm.

Die Umlage der Beiträge zur Feuerversicherungsanstalt für 1850/51 betreffend.

Im Jahr 1850 haben die Brandentschädigungen betragen:

| | |
|------------------------------|--------------------|
| Im Seckreis | 184,804 fl. 21 fr. |
| „ Oberrheinkreis | 132,881 „ 41 „ |
| „ Mittelrheinkreis | 49,488 „ 6 „ |
| „ Unterrheinkreis | 51,831 „ 6 „ |
| | <hr/> |
| | 419,005 fl. 14 fr. |

Hiezu kommen:

| | |
|---------------------------------|---------------|
| Abschätzungsgebühren | 11,811 „ 50 „ |
| Passivzinsen | 7,000 „ 18 „ |
| Administrationskosten | 4,463 „ 20 „ |
| Abgang und Ersatz | 406 „ 50 „ |

zusammen . 442,687 fl. 32 fr.

welche nach §. 60 des Feuerversicherungsgesetzes durch die Umlage des Jahres 1851 zu decken sind. Die ordentliche Umlage für 1850/1851 wird deshalb auf

Acht Kreuzer

von 100 fl. Gebäudeanschlag bestimmt.

Dieser Umlage ist der Gebäudeanschlag für 1. Januar 1850, welcher durch die Ergebnisse des allgemeinen Umgangs im Dezember 1849 in Verbindung mit dem nach §. 25 der Instruction III. zum Feuerversicherungsgesetze am 30. November 1850 geschlossenen Nachtrage gebildet wird, zu Grunde zu legen.

Bei Berechnung der Beiträge sich ergebende Bruchtheile sind bis zu einem halben Kreuzer außer Ansatz zu lassen, wenn sie über einen halben Kreuzer betragen, dagegen für einen ganzen Kreuzer anzunehmen.

Die großherzoglichen Kreisregierungen werden nun beauftragt, die Spezialübersichtstabellen nach Anleitung der §§. 28 und 29 der Instruction III. zum Feuerversicherungsgesetz und der diesseitigen Verordnung vom 6. Februar 1846, Nr. 1510, durch die Gemeinderäthe unverzüglich fertigen, beziehungsweise die Rubriken 8, 9, 10 derselben ausfüllen, und durch die großherzoglichen Amtsrevisorate genau prüfen zu lassen.

Die summarischen Bezirkseinzugsregister sind nach Maßgabe des §. 30 der Instruction III. zum Feuerversicherungsgesetze durch die großherzoglichen Amtsrevisorate doppelt auszufertigen. Ein Exemplar derselben ist nebst den Spezialübersichtstabellen den betreffenden großherzoglichen Obergemeindeführern, beziehungsweise Hauptsteuerämtern, mitzutheilen, welche den Einzug nach §. 31 der Instruction III. durch die Ortssteuererheber sogleich zu bewirken, und die hiernach eingehenden Gelder für Rechnung der großherzoglichen Generalbrandkasse zu vereinnahmen haben. Das andere Exemplar des summarischen Bezirkseinzugsregisters ist der betreffenden großherzoglichen Kreisregierung zur Fertigung einer Kreisübersicht und unverzüglichen Mittheilung an den großherzoglichen Verwaltungsrath der Generalbrandkasse vorzulegen.

Die erforderlichen Vorarbeiten sind übrigens mit allem Nachdrucke zu betreiben, da auch dieses Jahr die Verhältnisse den schnelligsten Einzug der Umlage dringend gebieten.

Carlsruhe, den 1. Februar 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marshall.

Vdt. Sachs.

Staatsgenehmigung einer Präsentation auf eine Patronatspfarre betreffend.

Das Ministerium des Innern hat

unter dem 24. Januar d. J.

der von dem Freiherrn Karl von Racknitz, Grundherrn zu Heinsheim, erfolgten Präsentation des Pfarrverweisers Karl Ruhn von Neckargemünd auf die evangelische Pfarrei Heinsheim die Staatsgenehmigung erteilt.

Die Rechnungsnachweisungen über den Staatshaushalt für 1846 und 1847 und die Hauptstaatsrechnungen für 1847 und 1848 betreffend.

Gemäß der Entschließung großherzoglichen Staatsministeriums vom 22. d. M., Nr. 165, wird nachfolgende Adresse der beiden Kammern der Landstände über die Rechnungsnachweisungen des Staatshaushalts für 1846 und 1847, und über die Hauptstaatsrechnungen für 1847 und 1848 zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 27. Januar 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Probst.

Durchlauchtigster Großherzog!
Gnädigster Fürst und Herr!

Die zweite Kammer Eurer Königlich Hochheit getreuen Stände hat die ihr vorgelegten Rechnungsnachweisungen über den Vollzug der Budgets sämtlicher Ministerien für die Jahre 1846 und 1847, die Hauptstaatsrechnungen für die Jahre 1847 und 1848, so wie die Rechnungen der Amortisations- und Zehntschuldentilgungskasse, des Domonial- und Staatsgrundstocks, der Eisenbahnschuldentilgungskasse für 1847 und 1848 und endlich die Rechnungen der aus der Hauptstaatsrechnung ausgeschiedenen Verwaltungszweige, nämlich der Postverwaltung,

der Eisenbahnbetriebsverwaltung, der Eisenbahnbetriebsmaterialkasse, der Eisenbahnbauverwaltung der Hauptbahn, der Eisenbahnbauverwaltung der Main-Neckarbahn und der Badanstaltenverwaltung für 1847 und 1848 einer Prüfung unterworfen und als richtig, und die Darstellungen der umlaufenden und stehenden Betriebsfonds als mit den Rechnungen übereinstimmend anerkannt, vorbehaltlich der Prüfung der Hauptstaatsrechnung für 1848 im Einzelnen bei den nächsten Nachweisungen.

Diesen Beschluß legen wir in tiefster Ehrfurcht vor dem Throne Eurer Königlich hohen Hoheit nieder.

Carlsruhe, den 14. Januar 1851.

Im Namen der unterthänigst treuehorsaamsten zweiten Kammer der Ständeversammlung:

Der Präsident:

(gez.) Sekk.

Die Secretäre:

(gez.) Burger,
 „ Blankenhorn-Krafft,
 „ M. Huber,
 „ Maier-Kapferer.

Die erste Kammer tritt der vorstehenden ehrerbietigsten Adresse bei.

Carlsruhe, den 18. Januar 1851.

Im Namen der unterthänigst treuehorsaamsten ersten Kammer der Ständeversammlung:

Der erste Vicepräsident:

(gez.) Carl Egon Fürst zu Fürstenberg.

Die Secretäre:

(gez.) Carl Freiherr v. Göler,
 „ F. v. Kettner.

Die erste Serienziehung für die fünfzehnte Gewinnziehung von dem Anlehen zu fünf Millionen Gulden vom Jahr 1840 betreffend.

Bei der heute stattgehabten ersten Serienziehung für die fünfzehnte Gewinnziehung von dem Anlehen der Amortisationskasse von 1840 zu fünf Millionen Gulden sind die

| | | |
|---------------|------------|---------------------------|
| Serie-Nr. 311 | enthaltend | Loos-Nr. 31001 bis 31100. |
| " " 557 | " " " | 55601 — 55700. |
| " " 574 | " " " | 57301 — 57400. |
| " " 747 | " " " | 74601 — 74700. |
| " " 802 | " " " | 80101 — 80200. |
| " " 970 | " " " | 96901 — 97000. |

herausgekommen, was andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Carlsruhe, den 1. Februar 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Probst.

Die Abänderung des §. 1 der Vollzugsverordnung zum Gesetze über die Militärarbeitsstrafe betreffend.

Zufolge höchster Entschließung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 27. d. M., Nr. 2497, wird der §. 1 der höchsten Vollzugsverordnung vom 25. Januar d. J., zum Gesetze über die Militärarbeitsstrafe (Regierungsblatt Nr. IV.) in Uebereinstimmung mit dem §. 3 des Gesetzes vom 2. d. M. über die Militärarbeitsstrafe (Regierungsblatt Nr. LVIII.) dahin abgeändert:

„Wenn ein Soldat oder zu solchem degradirter Unteroffizier, nachdem bereits zweimal Disziplinarstrafen gegen ihn erkannt worden, sich eines weiteren nicht mit einer höheren Strafe bedrohten Vergehens gegen die Disziplin schuldig macht, so kann der ihm vorgesetzte Compagnie- (Schwadron-, Batterie-) Commandant, unter Anschluß einer Grund- und Strafliste des Soldaten den Antrag auf Versetzung des Schuldigen in die Strafcompagnie stellen, welcher dem Kriegsministerium auf dem Dienstwege mitgetheilt wird.“

Carlsruhe, den 31. Dezember 1850.

Großherzogliches Kriegsministerium.
A. von Roggenbach.

Vdt. Benz.

Dienst erledigungen.

Die Stelle eines Hof- und Stadtwirkars dahier mit einem Gehalte von 600 fl. ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber haben sich nach Vorschrift binnen sechs Wochen bei dem evangelischen Oberkirchenrath dahier zu melden.

Unter Bezug auf das in Nr. XIV. des Regierungsblattes vom 25. März 1850 erfolgte Ausschreiben der Pfarrei Walldorf, Amts Wiesloch, wird bemerkt, daß statt der dort bezeichneten jährlichen Abgabe von 1200 fl. nunmehr eine solche im Betrage von 800 fl. auf zehn Jahre von dem künftigen Pfründnießer an den Pfarrinterimsrevenueufond in Heidelberg zu entrichten ist. Die etwaigen weiteren Bewerber haben sich innerhalb drei Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrathe vorschriftsmäßig zu melden.

Man findet sich veranlaßt, das Frühmehrbenefizium ad St. Sebastianum in Messkirch mit einem heiläufigen Einkommen von 850 fl. nochmals zur Bewerbung auszuscheiden. Auf diesem Einkommen ruht jedoch die Last, ein seit dem Jahre 1839 laufendes zwölfjähriges zu 5 Prozent verzinsliches Provisorium von 91 fl. 5 fr. Gültablösungskapital, ferner ein seit Martini 1843 laufendes neunjähriges zu 5 Prozent verzinsliches Provisorium von 80 fl. 14 fr. und eine Kriegskostenschuld von 49 fl., so wie außer dem die Verbindlichkeit, in etwa 12 bis 15 Stunden wöchentlich zunächst in Sptachen Unterricht zu erteilen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe binnen sechs Wochen vorschriftsmäßig zu melden.

Die katholische Pfarrei Steinaach, Amts Haslach, mit einem Einkommen von 900 fl., worauf jedoch die Verbindlichkeit ruht, eine Provisoriumschuld von 584 fl. 51 fr. in angemessenen Jahresterminen heimzuzahlen, ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Brenden, Amts Bonndorf, mit einem Einkommen von 700 bis 800 fl. ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

Die Bewerber um das erledigte Amtspophysikat Stühlingen haben ihre Anmeldungen binnen vier Wochen bei der Sanitätscommission einzureichen.

Todesfälle.

Gestorben sind:

- am 15. Dezember 1850: der pensionirte Schiffsbefehrer Schwarz in Mannheim;
- am 29. Dezember 1850: der pensionirte Hofgerichtsscretär Hufschmidt in Meersburg;
- am 20. Januar 1851: der Amtspophysikus Dr. Joseph Anton Würtz in Stühlingen;
- am 21. Januar 1851: der Geh. Rath und Professor Dr. Franz Nagel zu Heidelberg;
- am 22. Januar 1851: der Vorstand des Garnisonbüreaus zu Karlsruhe, Hauptmann Kapf.

Gesetz, den Holzerlös aus Staatsdomänenverwaltungen betreffend.

**Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.**

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

Art. 1.

Der Holzerlös von Staatsdomänenverwaltungen, welche ausgestockt und der forstwirtschaftlichen Benutzung entzogen werden, bildet fortan einen Bestandtheil der laufenden Revenüen der Domänenverwaltung, ist aber, so weit das Holz nicht auch dann zum Hieb gekommen wäre, wenn man den Wald als solchen beibehalten hätte, in der Hauptrechnung derselben als außerordentliche Einnahme besonders nachzuweisen.

Art. 2.

Diese außerordentliche Einnahme ist zur Deckung des Aufwandes für Meliorationen von Domänengrundstücken bestimmt, so weit derselbe aus den im ordentlichen Budget für besonderen Verwaltungsaufwand ausgesetzten Mitteln nicht bestritten werden kann.

Was hiernach von der betreffenden Einnahme einer Budgetperiode nicht verwendet wird, geht als zu gleichem Zwecke forthin verfügbarer Rest auf folgende Budgetperioden über.

Art. 3.

Meliorationen, welche nicht aus den Mitteln für besonderen Verwaltungsaufwand bestritten werden können, sind jeweils in das außerordentliche Budget aufzunehmen. Aus dem Domänengrundstock darf der Aufwand hiefür nur dann geschöpft werden, wenn und so weit an der im Art. 2 bezeichneten außerordentlichen Einnahme aus Holzerlös nichts mehr verfügbar ist.

Art. 4.

Hinsichtlich der Theilnahme des Grundstockvermögens am Aufwande für Domänengebäude verbleibt es beim Art. 6 des Gesetzes vom 31. Dezember 1831 über Verfassung und Verwaltung der Amortisationskasse.

Art. 5.

Gegenwärtiges Gesetz tritt vom 1. Januar 1850 an in Wirksamkeit.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 6. Februar 1851.

Leopold.

Regenauer.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Gesetz, die Wiederherstellung des hiesigen abgebrannten Theatergebäudes betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

Art. 1.

Zur Wiederherstellung des hiesigen Theatergebäudes wird ein Baukostenbetrag von höchstens 228,000 fl. bestimmt.

Art. 2.

Zur Deckung dieser Baukosten wird die Entschädigungssumme von 46,450 fl., welche die Generalbrandkasse für das abgebrannte Theatergebäude noch zu entrichten hat, sodann der von der Stadt Karlsruhe vorbehaltlich einer Zinsvergütung während der nächsten zehn Jahre zugesicherte Baubeitrag von 40,000 fl. verwendet.

Art. 3.

Den Rest der Bausumme bis zu höchstens 141,550 fl. leistet — je nach Bedarf — der Domänengrundstock.

Er entrichtet überdies die der Stadt Karlsruhe nach Artikel 2 vorbehaltene zehnjährige Zinsvergütung.

Art. 4.

Nach Vollendung des Baues wird den Ständen in besonderer Nachweisung über den Bauaufwand Rechenschaft gegeben.

Art. 5.

Das neue Theatergebäude wird, gleich dem abgebrannten, Bestandtheil der durch das Gesetz vom 2. November 1831 für die Civilliste bezeichneten Hofausstattung, und die Bestimmungen dieses Gesetzes sind auf dasselbe anwendbar.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 6. Februar 1851.

Leopold.

Regenauer.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
 Schungart.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Samstag den 15. Februar 1851.

Inhalt.

Gesetz, die Einführung des Strafgesetzbuchs, des neuen Strafverfahrens und der Schwurgerichte betreffend.

Gesetz,

die Einführung des Strafgesetzbuchs, des neuen Strafverfahrens und der Schwurgerichte betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

I. Theil.

Von der Einführung des Strafgesetzbuchs.

§. 1.

Daß am 6. März 1845 verkündete Strafgesetzbuch und daß am gleichen Tage ver- Einführungstag.
kündete Gesetz über die privatrechtlichen Folgen der Verbrechen, ersteres jedoch mit den im
§. 2 enthaltenen Abänderungen, treten am 1. März 1851 in Wirksamkeit.

§. 2.

Daß Strafgesetzbuch erleidet folgende Abänderungen:

1. Die §§. 465 und 466 werden aufgehoben und es treten an deren Stelle folgende Änderungen
des Straf-
gesetzbuchs.
Bestimmungen:

§. 465. (Betrug gegen Gläubiger).

Ein Schuldner, der seine Gläubiger betrüglich verkürzt, namentlich dadurch, daß er

- 1) Vermögenstheile verheimlicht, auf die Seite schafft oder zum Schein veräußert,
Gegenstände von verhältnißmäßig bedeutendem Belange unentgeltlich weggibt,
oder um einen auffallend niederen Preis veräußert, oder

2) durch unrichtige Darstellung seiner Vermögensverhältnisse sich fälschlich für zahlungsunfähig erklärt, oder nach ausgebrochener Gant einzelne Gläubiger zum Nachtheil anderer begünstigt, ausstehende Forderungen verheimlicht, erdichtete Schulden aufstellt oder anerkennt, soll von der Strafe des Betruges (§. 450) getroffen werden.

§. 466. (Leichtsinrige und muthwillige Ueberschuldung).

Ein Schuldner, der sich durch übermäßigen Aufwand, unordentlichen Haushalt, Vernachlässigung seines Erwerbszweiges oder durch gewagte, mit seinem Vermögen in offenbarem Mißverhältniß stehende Unternehmungen außer Stand gesetzt hat, seine Gläubiger zu befriedigen, soll, wenn er bei seiner Handlungsweise die nach eröffneteter Gant eingetretene Verfürgung der Gläubiger als wahrscheinlich voraussehen konnte, mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft werden.

Der §. 470 erhält den Zusatz:

Werden im Falle des §. 466 die Gläubiger vor eingetretener Rechtskraft des Straf-erkenntnisses von dem Schuldigen oder von Anderen ganz oder zum Theil befriedigt, so fällt die gedrohte Strafe ganz oder theilweise weg.

2. Hinter den §. 594 ist einzuschalten:

§. 594 a. Von der gleichen Strafe wird Derjenige getroffen, welcher eine Mehrzahl Anderer, wenn auch einzeln und im Geheimen zu einem hochverrätherischen Unternehmen zu bestimmen sucht, wenn es weder zu einem solchen Unternehmen, noch zu einer darauf gerichteten Verschwörung wirklich gekommen ist.

3. Die §§. 630 und 631 werden aufgehoben und es treten an ihre Stelle folgende Bestimmungen:

§. 630. (Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung).

Wer durch Anschläge an öffentlichen Orten, durch Verbreitung vervielfältigter Schriften, Bildwerke und dergleichen, durch öffentliche Reden oder durch andere öffentliche Handlungen gegen die constitutionelle Monarchie, gegen die Unverletzlichkeit des Großherzogs oder die Thronfolge aufzureizen sucht, wird mit Kreis-gefängniß oder mit Arbeitshaus bis zu zwei Jahren bestraft.

§. 631.

Eben so wird bestraft, wer auf demselben Weg (§. 630) gegen die Unverletzbarkeit des Eigenthums und der Familie, oder gegen die Gebote der Sittlichkeit sich Angriffe erlaubt, welche die denselben schuldbige Achtung zu untergraben geeignet sind.

§. 631 a.

Wer auf eben demselben Wege (§. 630) durch Erdichtungen, durch Entstellungen der Wahrheit oder durch grobe Schmähungen zum Hass oder zur Verachtung gegen die Staatsregierung, gegen einzelne Staatsbehörden, gegen die Volksvertretung oder gegen einzelne Klassen, Stände oder Genossenschaften von Staatsbürgern aufzureizen oder auf diese Weise durch Erdichtungen oder Entstellungen der Wahr-

heit Unzufriedenheit mit den Verfügungen und Anordnungen der öffentlichen Behörden zu erregen sucht, wird mit Gefängniß nicht unter vier Wochen bestraft.

§. 631 b.

In die gleiche Strafe verfällt, wer auf demselben Wege (§. 630) unwahre That-
sachen, welche eine die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdende Aufregung
zu veranlassen geeignet sind, mit dem Bewußtsein ihrer Unwahrheit oder doch
ohne zureichende Gründe, sie für wahr zu halten, verbreitet.

§. 631 c.

Wer auf demselben Wege (§. 630) zur Begehung einer strafbaren Handlung, zum
Ungehorsam gegen Gesetze, Verfügungen und Anordnungen der zuständigen
öffentlichen Behörden oder gegen die zu ihrer Vollziehung berufenen Organe auf-
fordert, oder ein Verbrechen als verdienstliche Handlung darstellt, wer in gleichen
Feierlichkeiten für Verbrechen oder deren Urheber, oder Sammlungen von Bei-
trägen, um die wegen eines Verbrechens Angeschuldigten oder Verurtheilten für
die hieraus erwachsenen Kosten und andere Nachtheile zu entschädigen, veran-
staltet oder ankündigt, wird mit Gefängniß von vier Wochen bis zu sechs Mo-
naten bestraft.

Bei der Aufforderung zu Verbrechen kann die Strafe bis zu ein Jahr Arbeits-
haus ansteigen, vorbehaltlich noch höherer Strafe, wo das Gesetz eine solche be-
sonders androht (§. 594).

§. 631 d.

Wer auf demselben Wege (§. 630) Militärpersonen zur Verletzung ihrer Dienst-
pflichten zu verleiten sucht, wird mit Gefängniß von sechs Wochen oder mit
Arbeitshaus bis zu zwei Jahren, oder wenn es sich um eine Verleitung zur
Treulosigkeit handelt, mit Arbeitshaus oder Zuchthaus bis zu sechs Jahren bestraft.
Geschieht dies auf irgend eine andere Weise, so ist Gefängniß oder Arbeitshaus
bis zu sechs Monaten, oder wenn es sich um Verleitung zur Treulosigkeit han-
delt, Arbeitshaus bis zu zwei Jahren zu erkennen.

§. 631 e.

Die in den §§. 630 bis 631 d. angedrohten Strafen treffen auch die Theilnehmer
an Vereinen oder Verbindungen, deren Zweck oder Wirksamkeit auf derartige
Aufreizungen, Angriffe und Aufforderungen gerichtet ist, in so fern sie von diesem
Zwecke oder dieser Wirksamkeit Kenntniß haben.

Gegen die Anstifter oder Vorsteher solcher Verbindungen kann die Strafe bis zum
Doppelten erhöht werden.

§. 631 f.

Die in den §§. 630 bis 631 e. festgesetzten Strafen treten ein, wenn auch die damit
bedrohte Handlung keinen strafbaren Erfolg hatte. Geht die Handlung im ein-
zelnen Falle in ein bestimmtes schwereres Verbrechen über, so ist die diesem
schwereren Verbrechen angedrohte Strafe auszusprechen.

§. 631 g.

Die Gerichte können in den Fällen der §§. 630 bis 631 e. einschließlich statt eines Theiles der verurtheilten Freiheitsstrafe eine Geldstrafe von fünfzig bis zu fünfhundert Gulden erkennen.

Amtsverbrechen
der
Geschworenen.

4. Der §. 704 erhält folgenden Zusatz:

Insbefondere finden die Vorschriften über Verletzung der Amtsverschwiegenheit (§§. 660—661), über Bestechung (§§. 662, 664—666, 669, 670), wissentliche Verletzung der Richterpflicht (§. 673) und Unterdrückung von Urkunden (§. 679) und die im §. 169 festgesetzten stellvertretenden Strafen auch auf die Geschworenen und auf andere Personen Anwendung, die, ohne in einem öffentlichen Richterdienste zu stehen, vorübergehend zur Ausübung von Richterpflichten berufen sind.

§. 3.

Todesstrafe.

Das Gesetz vom 16. März 1849, die Abschaffung der Todesstrafe betreffend, ist aufgehoben.

§. 4.

Aufgehobene
ältere
Strafgesetze.

Mit dem im §. 1 bezeichneten Tage treten die peinliche Gerichtsordnung, das achte Organisationsedict vom 4. April 1803 und dessen Erläuterungen und Nachträge, so wie alle im folgenden Paragraphen nicht ausgenommenen Strafgesetze außer Wirksamkeit.

§. 5.

Beliebte
Strafgesetze.

Neben dem Strafgesetzbuch bleiben bestehen:

1. Die Militärstrafgesetze.
2. Das Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister und Mitglieder der obersten Staatsbehörde.
3. Die Bestimmungen des Conscriptionsgesetzes über Bestrafung der Refraction und des Gesetzes vom 4. October 1820 über Bestrafung der Deserteure und Refracteure.
4. Die Gesetze und Verordnungen über die Disziplinarstrafen gegen öffentliche Diener.
5. Die Gesetze und Verordnungen über Bestrafung der Postportofraudationen, so wie der Zoll-, Accis- und anderen Steuervergehen.
6. Die Gesetze über Bestrafung der Forstfrevel.
7. Die in bürgerlichen Gesetzen, insbesondere im Landrecht, im Handelsrecht, in den Gesetzen über Büchernachdruck, über Wandelflagen und in der bürgerlichen Prozeßordnung vorkommenden Strafbestimmungen, in so weit sie nicht, wie namentlich die Strafbestimmungen der Landrechtsätze 298 und 1907 f. und der Handelsrechtsätze 139 und 256 durch die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs ersetzt sind.
8. Die in der Rheinschiffahrtsakte vom 31. März 1831 oder in anderen Staatsverträgen vorkommenden Strafbestimmungen.
9. Die Strafbestimmungen des Gesetzes über Volksversammlungen und Vereine, so wie des

10. Bürgerwehrgesetzes und
11. des Preßgesetzes.
12. Die Verordnungen über Bestrafung von Disziplinarvergehen der Studirenden an den beiden Landesuniversitäten und der Zöglinge an anderen Lehranstalten.
13. Die Verordnungen über Bestrafung von Schulversäumnissen.
14. Das Gesetz über den Kriegszustand und jenes über das Standrecht.
15. Die Strafbestimmungen des Gesetzes über die Ausübung der Jagden.
16. Ueberhaupt alle Gesetze und Verordnungen in Polizei- und Verwaltungssachen, in so fern darüber das Strafgesetzbuch keine Bestimmungen enthält.

§. 6.

In Fällen, wo wegen eines der im Strafgesetzbuche nicht aufgeführten Vergehen (§. 5), namentlich wegen eines Zoll-, Accis- oder anderen Steuervergehens eine längere als einjährige Gefängnißstrafe einzutreten hätte, findet die Verwandlung derselben in Arbeitshausstrafe nach dem im §. 165 des Strafgesetzbuches festgesetzten Maßstabe statt.

Verwandlung
von Gefängniß
in Arbeitshaus-
strafe.

§. 7.

In so weit die Bestimmungen des Strafgesetzbuches milder, oder in Bezug auf die Verjährung oder auf die Nothwendigkeit einer Anklage oder Anzeige vom Betheiligten dem Schuldigen gegenüber günstiger sind, als die bisherigen Strafgesetze, finden sie auch auf die Verbrechen Anwendung, welche schon vor dem Eintritt der Wirksamkeit dieses Strafgesetzbuches verübt wurden, aber erst später in erster oder in der Recursinstanz zur Entscheidung kommen.

Anwendung auf
ältere Fälle.

§. 8.

Ist wegen eines Verbrechens, dessen Verfolgung nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches nur auf Anzeige oder Anklage des Betheiligten stattfindet, beim Eintritt der Wirksamkeit des Strafgesetzbuches ohne solche die Untersuchung schon von Amtswegen eingeleitet, aber ein Erkenntniß letzter Instanz noch nicht verkündet, so beruht das gerichtliche Verfahren auf sich, in so fern nicht der Betheiligte oder der Angeschuldigte selbst innerhalb einer zu bestimmenden Frist auf dessen Fortsetzung und Beendigung anträgt.

§. 9.

Vorbehaltlich fürsorglicher Maaßregeln in eilenden Fällen findet die strafgerichtliche Verfolgung eines öffentlichen Dieners wegen eines Amtsvergehens, sei es auf Anklage des Staatsanwalts oder eines Betheiligten, oder nach Maaßgabe der §§. 55, 67 und 328 der Strafprozeßordnung, in so fern nicht die zuständige Dienstbehörde selbst sie veranlaßt oder zugibt, nur mit Genehmigung des Staatsministeriums statt.

Verfolgung
wegen Amts-
vergehen.

§. 10.

Eben dasselbe gilt von bürgerlichen Klagen gegen öffentliche Diener wegen Amtsvergehen.

§. 11.

Strafgewalt
der Ver-
waltungsbe-
hörden.

Den Verwaltungsbehörden bleibt das Recht, gegen die ihnen untergebenen öffentlichen Diener im Wege der Dienstpolizei Geld- oder Arreststrafen zu erkennen.

Ebenso steht ihnen das Erkenntniß über Vergehen der Gefangenen gegen die Hausordnung oder die Disziplinarvorschriften der Strafanstalten (Strafgesetzbuch §§. 67 bis 69) zu.

II. Theil.

Von den Strafgerichten und dem Verfahren derselben.

I. Titel.

Von den Strafgerichten im Allgemeinen.

§. 12.

Strafgerichte.

Bis zur Einführung einer neuen Gerichtsverfassung wird die Strafgerichtsbarkeit durch die bisherigen Strafgerichte und durch Schwurgerichte ausgeübt.

§. 13.

Gerichtsbarkeit
der
Strafgerichte.

Der Umfang der Gerichtsbarkeit der einzelnen Strafgerichte wird durch die §§. 16, 17, 34 und 41 dieses Gesetzes bestimmt.

§. 14.

Zuständigkeit
der
Strafgerichte.

Für die Zuständigkeit der Strafgerichte ist der Titel II. der Strafprozeßordnung vom 6. März 1845 maßgebend.

§. 15.

Unfähigkeit
und Ablehnung
von Gerichts-
personen

Ueber die Unfähigkeit zur Ausübung des Richteramtes und über die Ablehnung der Gerichtspersonen treten die Vorschriften des Titel III. der Strafprozeßordnung in Wirksamkeit.

II. Titel.

Von den Straffachen, welche vor die Aemter gehören, und von der Untersuchungsführung.

§. 16.

Gerichtsbarkeit
der Aemter.

Den Bezirksämtern steht in gerichtlichen Straffachen das Erkenntniß zu:

1. wegen Bruch der Landesverweisung (§. 20 des Strafgesetzbuchs);
2. wegen Uebertretung der Vorschriften des §. 27 Nr. 1 des Strafgesetzbuchs, die polizeiliche Aufsicht betreffend;
3. wegen Körperverletzung in den Fällen der §§. 227, 232 Nr. 4 und §. 237 des Strafgesetzbuchs;

4. wegen unbefugter Ausübung der Heilkunde (§. 255);
5. wegen Gewaltthätigkeit (§. 278);
6. wegen Selbsthilfe (§. 279);
7. wegen falscher Beschuldigung, Verläumdung und Ehrenkränkung (Titel XIX. des Strafgesetzbuches), die Fälle der §§. 297, 298, 299, 302, 303 und 319 ausgenommen;
8. wegen Ehebruchs, in so fern nicht eine Ehescheidungsflage darauf gebaut ist;
9. wegen Erregung öffentlichen Aergernisses (§§. 358, 359), den Fall ausgenommen, wo ein Preßvergehen vorliegt;
10. wegen gemeinen Diebstahls bis zu 25 Gulden (§. 377 Nr. 1), in so fern er nicht unter erschwerenden Umständen der im §. 385 Nr. 1, 2, 3, 5 und Nr. 10 bis 14 bezeichneten Art verübt ist;
11. wegen Unterschlagung bis zu 25 Gulden (§. 403 Nr. 1 und §. 407), in so fern die That nicht unter erschwerenden Umständen (§. 404) verübt ist;
12. wegen Unterschlagung eines Schatzes (§§. 408, 409);
13. wegen Urkundenfälschung in den Fällen der §§. 428 und 429;
14. wegen Betrugs bis zu 25 Gulden (Titel XXXI. des Strafgesetzbuches), die Fälle der §§. 467 und 468 ausgenommen;
15. wegen Gebrauchs fremder Fabrikzeichen (§. 444);
16. wegen des im §. 527 mit Strafe bedrohten Ausgebens falscher oder verfälschter Münzen, oder falschen oder verfälschten Papiergeldes, in so fern die Beschädigung den Betrag von 25 fl. nicht übersteigt;
17. wegen Verraths von Fabrikgeheimnissen (§. 544);
18. wegen Eröffnung oder Wegnahme fremder Briefe oder anderer versiegelter Urkunden (§. 545);
19. wegen Beschädigung aus Bosheit, Rachsucht oder Eigennutz bis zu 25 Gulden (§. 570 Nr. 1), in so fern die That nicht unter erschwerenden Umständen der im §. 571 Nr. 1, 2, 12 und 13 oder der im §. 573 bezeichneten Art verübt ist;
20. wegen Beschädigung aus Muthwillen (§. 575), die Fälle des §. 573 ausgenommen;
21. wegen Störung des Gottesdienstes (§. 585), die Fälle ausgenommen, wo die That von einer Mehrheit von Theilnehmern, die sich dazu verbunden hatten, oder mit Anwendung oder Androhung von Gewalt gegen Personen, oder mit Beschädigung von Sachen verübt worden ist;
22. wegen Widerseßlichkeit in den Fällen des §. 615;
23. wegen Beschädigung öffentlicher Anschläge (§. 620);
24. wegen Verletzung obrigkeitlicher Siegel (§. 621);
25. wegen Wilderei in den Fällen des §. 643, Wilddieberei (§. 651) und Jagdfrevel (§. 644);
26. wegen Fischereifrevel (§. 653);

- 27. wegen Zoll-, Accis- und anderer Steuervergehen, die Fälle der §§. 34 bis 40 des Zollgesetzes vom 3. August 1837 ausgenommen;
- 28. in den Fällen des §. 27 der Eheordnung;
- 29. wegen anderer Vergehen, in Bezug auf welche die im §. 5 angeführten besonderen Gesetze und Verordnungen neben dem Strafgesetzbuch noch fortbestehen, so weit sie gerichtlich zu erlebigen sind, und diese Gesetze und Verordnungen das Erkenntniß nicht ausdrücklich einem andern Gerichte zuweisen.

§. 17.

Die Bezirksämter können nicht auf eine höhere Freiheitsstrafe als Amtsgefängniß bis zu acht Wochen, und nicht auf eine in unbestimmtem Betrage angedrohte Geldstrafe von mehr als 300 Gulden erkennen.

Ist ein nach §. 16 zur Gerichtsbarkeit der Bezirksämter gehöriges Vergehen mit einer festbestimmten Geldstrafe bedroht, so steht ihnen ohne Beschränkung auf eine Summe das Erkenntniß zu, auch wenn im einzelnen Falle nicht die festbestimmte, sondern wegen Milderungsgründen oder wegen des bloßen Versuches oder der bloßen Beihilfe eine mildere, aber gleichwohl über dreihundert Gulden ansteigende Strafe zu erkennen ist.

§. 18.

Entscheidung
bei zweifelhafter
Gerichtsbarkeit.

Hält das Bezirksamt in einer der im §. 16 aufgeführten Straffachen dafür, daß der Angeeschuldigte zu verurtheilen und eine seine Gerichtsbarkeit nach §. 17 übersteigende Strafe gegen denselben zu erkennen sei, so legt es mit kurzer Begründung seiner Ansicht die Akten dem Hofgericht vor, welches in einem solchen Falle das Erkenntniß auch dann zu geben hat, wenn es nur eine zur Gerichtsbarkeit des Bezirksamts gehörige Strafe für begründet erachtet.

§. 19.

Zusammentreffen
mehrerer
Vergehen.

Wenn ein Angeeschuldigter gleichzeitig wegen mehrerer Vergehen vor Gericht steht, welche sämmtlich zur Gerichtsbarkeit des Bezirksamtes gehören, so hat dasselbe über alle zu erkennen, wenn gleich durch die nach den Vorschriften der §§. 170 bis 179 des Strafgesetzbuches zu bewirkende Erhöhung oder Zusammenrechnung sich eine seine Zuständigkeit sonst übersteigende Strafe ergibt.

§. 20.

Wenn von mehreren Vergehen, wegen welcher dieselbe Person gleichzeitig vor Gericht steht, auch nur eines die Gerichtsbarkeit des Bezirksamts im Allgemeinen, oder wegen der nach seiner Ansicht zu erkennenden Strafe übersteigt, so erkennt das Hofgericht über alle. Dasselbe kann jedoch, wenn es hinsichtlich der Vergehen, durch welche seine Gerichtsbarkeit begründet ist, den Angeeschuldigten frei spricht, so wie zur Erzielung wesentlicher Erleichterung des Verfahrens, die Vergehen, für welche das Bezirksamt zuständig ist, an dieses zur Erledigung zurückweisen.

§. 21.

Hinsichtlich eines zur bezirksamtlichen Gerichtsbarkeit gehörigen Vergehens, dessen mehrere

Theilnehmer gleichzeitig angeschuldigt sind, kann der Umstand, daß einer derselben noch wegen eines anderen, zur Gerichtbarkeit des Hofgerichts gehörigen Verbrechens in Untersuchung steht, die Gerichtbarkeit des Letzteren nicht begründen.

§. 22.

Das Bezirksamt übersendet dem hofgerichtlichen Staatsanwalt monatlich ein Verzeichniß der von ihm entschiedenen Straffälle.

Ueberschreitung
der amtlichen
Strafgewalt.

Hat das Amt in einer Sache erkannt, welche nach dem thatsächlichen Verhältnisse, auf welches sich die Anschuldigung gründet, gar nicht unter die im §. 16 aufgeführten gehört, so kann der Staatsanwalt innerhalb acht Tagen, von der davon erhaltenen Kenntniß an gerechnet, bei dem Hofgerichte darauf antragen, daß das Urtheil des Amtes aufgehoben und die Sache vom Hofgerichte abgeurtheilt werde.

Das Hofgericht erkennt über diesen Antrag, nachdem der Angeschuldigte darüber gehört, oder auf eine zu diesem Behufe geschehene Vorladung nicht erschienen ist.

§. 23.

Der im vorigen Paragraphen erwähnte Antrag des Staatsanwaltes findet nicht mehr statt, wenn, von der dem Angeschuldigten geschehenen Verkündung des Urtheils an gerechnet, sechs Monate umlaufen sind.

Erfolgt die Aufhebung des amtlichen Erkenntnisses erst, wenn die darin ausgesprochene Strafe erstanden ist, so wird die Strafe nach ihrer ganzen Dauer bei Fällung eines neuen verurtheilenden Erkenntnisses in Abrechnung gebracht.

§. 24.

Die Aemter haben auch in denjenigen Strafsachen, welche ihre Gerichtbarkeit übersteigen, die Untersuchungen zu führen.

Führung der
Untersuchungen.

§. 25.

Für die Untersuchung gelten die Vorschriften der Tit. IX. bis XV., nebst den §§. 203 und 326 der Strafprozeßordnung.

Einstweilige
Einführung der
Strafprozeß-
ordnung.

Es bleiben jedoch diejenigen Bestimmungen, die sich auf die Mitwirkung der Staatsanwälte oder des Bezirksstrafgerichts bei der Untersuchung beziehen, einstweilen außer Wirksamkeit. Die dem Bezirksstrafgericht im Untersuchungsverfahren vorbehaltenen Befugnisse gehen auf den Untersuchungsrichter über.

§. 26.

Die Gesetze über Verhaftungen und Hausdurchsuchungen v. vom 10. März 1849 (Regierungsblatt S. 139 und 140) sind aufgehoben, jedoch unter Beibehaltung folgender zwei Bestimmungen:

Entschädigung
für widerrecht-
liche Haft.

1. Die Polizeibehörden sind gehalten, Jeden, welchen sie als eines Verbrechens verdächtig festgenommen haben (§§. 46 — 48 und 51 der Strafprozeßordnung), im

Laufe des folgenden Tages entweder frei zu lassen, oder an den zuständigen Untersuchungsrichter abzuliefern.

2. Im Falle einer aus Vorsatz oder grober Verschuldung widerrechtlich verfügten oder verlängerten Gefangenschaft ist der Schuldige und nöthigenfalls der Staat dem Verletzten zur Genugthuung und Entschädigung verpflichtet, welche nach Maßgabe des Landrechts und des Gesetzes vom 6. März 1845 über die privatrechtlichen Folgen von Verbrechen festzusetzen ist.

Im Falle der Unbeibringlichkeit der zuerkannten Entschädigungssumme ist die Staatskasse, vorbehaltlich ihres Rückgriffs auf den Schuldigen, dieselbe zu bezahlen verpflichtet.

Der Kläger, welcher die Staatskasse rechtzeitig zum Streite beiladen ließ, kann von derselben auf Vorlage des rechtskräftigen Urtheils und eines Zeugnisses über die Unbeibringlichkeit der Forderung, Zahlung verlangen.

§. 27.

Anklage und
Anschlußung.

Hinsichtlich der Anklage und der Anschlußung des Beschädigten tritt der Tit. XXII. der Strafprozeßordnung in Wirksamkeit.

Die im §. 328, in Verbindung mit den §§. 55 und 67, dem Bezirksstrafgerichte zugewiesene Entscheidung über die vom Beschädigten verlangte Einleitung einer Untersuchung steht dem Hofgerichte zu.

§. 28.

Einstellung der
Untersuchung.

Das Bezirksamt kann in den seine Gerichtsbarkeit übersteigenden Straffachen die Untersuchung nur mit Genehmigung des hofgerichtlichen Staatsanwalts einstellen.

§. 29.

Voruntersuchung
in schwurgericht-
lichen Sachen.

Die Voruntersuchung in Straffachen, welche vor die Schwurgerichte gehören, ist darauf zu beschränken, den Thatbestand des Verbrechens festzustellen und die Beweise so weit zu erforschen und zu erheben, als zur Begründung der Anklage und Vorbereitung der Schlußverhandlung erforderlich ist.

§. 30.

Schluß der
Untersuchung.

Am Schlusse jeder Untersuchung, ausgenommen wo das Amtsgericht nach §§. 16 und 17 selbst das Erkenntniß gibt, fertigt der Richter, der sie geführt, unverzüglich und längstens innerhalb acht Tagen sowohl in Bezug auf den Thatbestand des Verbrechens mit seinen erschwerenden oder mildernden Umständen, als in Bezug auf die Ueberführung des Angeeschuldigten eine Zusammenstellung aller Anschuldigungs- und Entlastungsbeweise, welche für die Urtheilsfällung irgend erheblich sind.

Er macht davon dem Angeeschuldigten mündliche Eröffnung und fragt ihn, ob und welche fernere Beweise er zu seiner Entlastung noch vorzuschlagen habe. Der Angeeschuldigte kann zu seiner Erklärung hierüber drei Tage Bedenkzeit verlangen.

§. 31.

Schlägt der Angeschuldigte keine zulässigen und erheblichen Beweise vor oder sind die vorgeschlagenen Beweise erhoben (§. 30), so hat das Amt die Akten dem Hofgericht oder in den Fällen des §. 41 Nr. 1 bis 42 dem hofgerichtlichen Staatsanwalt vorzulegen.

§. 32.

Die Anklagen wegen Ehrenkränkungen, ebenso die Anklagen wegen unerlaubter Selbsthilfe und die Anklagen wegen Körperverletzungen, die weder einen bleibenden Schaden, noch Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit zur Folge haben (§§. 227 und 232 Nr. 4 des Strafgesetzbuches), können von dem Gefränkten oder Verletzten, in so fern der Angeklagte der Gerichtsbarkeit des Bürgermeisters untergeben ist (§. 51 Absatz 3 der Gemeindeordnung), auch vor diesem erhoben werden.

Gerichtsbarkeit
der
Bürgermeister.

Der Bürgermeister kann in diesem Falle keine höhere Strafe erkennen, als einen Verweis oder eine Geldstrafe bis zu fünf Gulden oder eine Gefängnißstrafe bis zu achtundvierzig Stunden. Er hat das Erkenntniß schriftlich zu erlassen und es findet dagegen die Beschwerde innerhalb acht Tagen an das Amt statt.

§. 33.

Anklagen wegen Ehrenkränkungen sind, wenn beide Theile in der nämlichen Gemeinde wohnen, und unter der Gerichtsbarkeit des Bürgermeisters stehen (§. 51 der Gemeindeordnung), nur zulässig nach vorgängigem Versöhnungsversuch vor dem Bürgermeister.

Versöhnungs-
versuch in Ehren-
kränkungsachen.

III. Titel.

Von den Strafsachen, welche vor die Hofgerichte gehören.

§. 34.

Die Hofgerichte bilden in Versammlung dreier Mitglieder

1. die erste Instanz zur Aburtheilung der nicht unter die §§. 16 und 41 fallenden Strafsachen, so wie im Falle des §. 18 auch für die im §. 16 genannten;
2. die Rekursinstanz hinsichtlich der bezirksamtlichen Straferkenntnisse.

Gerichtsbarkeit
der Hofgerichte.

§. 35.

Sind die Akten zur Urtheilsfällung bei dem Hofgericht eingekommen, so wird auf den Vortrag eines Mitglieds, wenn sofort klar ist, daß, weil die That durch kein Strafgesetz bedroht ist oder wegen Unzulänglichkeit des Beweises keine Verurtheilung erfolgen könne, mit Angabe dieses Grundes ausgesprochen: daß kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung vorhanden sei.

Entscheidung
ohne
Schlußverhand-
lung.

In andern Fällen kann das Hofgericht wegen etwa erforderlicher besserer Aufklärung von Anschuldigungs- oder Entschuldigungsthatfachen eine mündliche Schlußverhandlung

anordnen. Wird mit Umgehung einer solchen das Urtheil auf die Grundlage der Akten in geheimer Sitzung gefällt, so hat der Vortragserstatter vorher eine übersichtliche Darstellung des wesentlichen Ergebnisses der Untersuchung zu fertigen, welche der Vorsitzende oder das dritte Gerichtsmitglied mit den Akten zu vergleichen und zu beurkunden oder zu ergänzen hat.

Das Hofgericht kann auch dem Untersuchungsgericht eine Ergänzung der Untersuchung auftragen.

§. 36.

Rechtsmittel
dagegen.

Gegen das Erkenntniß, daß kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung vorhanden sei, steht dem Staatsanwalt innerhalb acht Tagen das Rechtsmittel der Beschwerdeführung zu.

Wenn das Oberhofgericht die Beschwerde begründet findet, so weist es die Sache an das Hofgericht zurück, welches nach gepflogener mündlicher Schlußverhandlung, wobei keiner der früheren Richter mitzuwirken hat, ein Erkenntniß gibt.

§. 37.

Mündliche
Schlußverhandlung.

Die mündliche Schlußverhandlung richtet sich nach den Vorschriften, welche die Strafprozeßordnung für das mündliche Verfahren vor den Bezirksstrafgerichten enthält. Die Vorschrift des §. 93 des gegenwärtigen Gesetzes findet auch hier Anwendung.

An die Stelle der §§. 224—226 der Strafprozeßordnung tritt folgende Bestimmung:

Die Sitzung für die Schlußverhandlung ist öffentlich, in so fern nicht das Hofgericht aus Gründen der sittlichen Schicklichkeit eine geheime Sitzung anordnet.

§. 38.

Außerhalb des
Hofgerichtsbezirks.

Die Schlußverhandlungen können nicht bloß am Orte des Hofgerichts, sondern auch an anderen geeigneten Orten des Hofgerichtsbezirks abgehalten werden.

§. 39.

Bei auswärtigen Sitzungen (§. 38) genügt es, wenn der Vorsitzende ein Mitglied des Hofgerichts ist.

Die übrigen Stimmführer können von dem Hofgerichtspräsidenten aus den bei den untergebenen Bezirksamtern angestellten Richtern gewählt werden.

§. 40.

Strafgewalt der
Hofgerichte.

Das Hofgericht kann, die Fälle der dritten Diebstähle ausgenommen, keine höhere Strafe erkennen, als Zuchthaus unter drei Jahren, oder Arbeitshausstrafe bis zu sechs Jahren.

hält dasselbe dafür, daß eine Sache, sei es nach der Art des Verbrechens (§. 41, Nr. 1 bis 42), oder wegen der im einzelnen Falle zu erkennenden Strafe (§. 41, Nr. 43) an das Schwurgericht gehöre, so theilt es die Akten dem Staatsanwalt zur Stellung seiner Anträge bei der Anklagekammer mit.

IV. Titel.

Von den vor die Schwurgerichte gehörigen Strafsachen.

§. 41.

Von Schwurgerichten werden folgende Verbrechen abgeurtheilt:

Gerihtsbarkeit
der
Schwurgerichte.

1. Mord (§§. 205, 206 des Strafgesetzbuches);
2. Todtschlag in den Fällen der §§. 209 und 210 des Strafgesetzbuches;
3. Fahrlässige, durch vorsätzliche Körperverletzung verursachte Tödtung (Strafgesetzbuch §. 212);
4. Tödtung im Affekt (§§. 213 und 214);
5. Kindsmord (§§. 215 bis 217);
6. Anstiftung zum Kindsmord (§. 222);
7. Theilnahme und Beihilfe zum Kindsmord (§§. 222 bis 224);
8. Körperverletzung mit Vorbedacht in den Fällen des §. 225, Absatz 1, 2 und 3;
9. Tödtung bei Raufhändeln in den Fällen des §. 239, Absatz 1 bis 4 des Strafgesetzbuches;
10. Vergiftung in den Fällen der §§. 243, 244, 246 und 247;
11. Tödtung im Mutterleibe und Abtreibung der Leibesfrucht im Falle des §. 252, Nr. 1, wenn der Angeschuldigte das Verbrechen gewerbsmäßig verübt und in den Fällen des §. 254, Nr. 1 und 2;
12. Aussetzung hilfloser Personen in den Fällen des §. 263;
13. Menschenraub und Kinderdiebstahl in den Fällen der §§. 267, 268 und 270 des Strafgesetzbuches;
14. Widerrechtliches Gefangenhalten in den Fällen des §. 275, Nr. 3 und 4;
15. Tödtung oder schwere Verwundung im Zweikampf in den Fällen des §. 329;
16. Nothzucht in den Fällen des §. 335, Nr. I. bis IV. und, wenn die Genöthigte in Ansehung der Geschlechtslehre von unbefcholtenem Rufe ist, auch in den Fällen Nr. V. desselben Paragraphen;
17. Unzucht mit arglistig Betäubten oder mit Kindern (§. 336);
18. Gefährlicher Diebstahl (§. 381);
19. Raub (Titel XXVIII.);
20. Erpressung von Urkunden und anderen Rechtshandlungen in den Fällen der §§. 417 und 418;
21. Bedrohung mit Mord oder Brandlegung in den Fällen der §§. 420, 421;
22. Fälschung öffentlicher Urkunden aus Gewinnsucht in den Fällen der §§. 423 und 424;
23. Fälschung von Wechseeln, letzten Willen u. s. w. aus Gewinnsucht (§. 432);
24. Fälschung von Staatspapieren (§. 435);
25. Gebrauch falscher Urkunden (§§. 436 und 437) da, wo deren Fertigung mit Zucht-
hausstrafe bedroht war;
26. Fälschung von Gold- und Silberwaaren (§. 442);

27. Bosshafte Zahlungsflüchtigkeit (§. 467, Absatz 2 und §. 468);
28. Beeinträchtigung der Familienrechte in den Fällen der §§. 471 bis 473;
29. Verbindung zu Raub, Diebstahl und Fälschung oder Betrug (§. 482);
30. Meineid, falsches Zeugniß und falsches Gutachten in den Fällen der §§. 484 und 486;
31. Falsches Zeugniß in Strafsachen in den Fällen des §. 487, Nr. 1, wenn dafür ein Lohn gegeben oder versprochen war, und in den Fällen des §. 487, Nr. 2, des §. 488 und des §. 489;
32. Bruch des Verspruchs eides bei Sachverständigen und Zeugen (§§. 505 und 507), im Falle des §. 487 Nr. 1, ebenfalls unter der Voraussetzung, daß dafür ein Lohn gegeben oder versprochen war;
33. Fertigung falscher Münzen und Ausgeben von solchen in den Fällen der §§. 510 und 511;
34. Fälschung von fremdem Metallgeld, wenn der Fälscher davon als Geld bereits ausgegeben hat (§. 517);
35. Fälschung von Papiergeld in den Fällen der §§. 522, 523, und Ausgeben von falschem oder verfälschtem Papiergeld in den Fällen der §§. 525 und 526, bei §. 526 jedoch nur, wenn ein Wiederausgeben des Papiergeldes erfolgt ist;
36. Brandstiftung in den Fällen der §§. 546 bis 560;
37. Verursachte Ueberschwemmung und gefährliche Beschädigung von Eisenbahnen (§§. 563 bis 568);
38. Hochverrath (§§. 586 bis 596);
39. Landesverrath (§§. 597 bis 605);
40. Majestätsbeleidigung und Beleidigung von Mitgliedern des großherzoglichen Hauses in den Fällen der §§. 606, 610, 613;
41. Von Amtswegen zu verfolgende Preßvergehen, wenn der Staatsanwalt auf eine höhere Freiheitsstrafe, als von sechs Monaten Gefängniß angetragen hat;
42. Amtsverbrechen von Staatsdienern, welche mit Dienstentlassung oder Dienstentsetzung bedroht sind; endlich
43. mit Ausnahme der dritten Diebstähle alle Verbrechen, bei welchen nach dem Ermessen des Hofgerichts den Umständen des einzelnen Falles gemäß eine Zuchthausstrafe von wenigstens drei Jahren oder eine Arbeitshausstrafe von mehr als sechs Jahren zu erkennen ist.

§. 42.

**Zusammentreffen
verschiedener
Vergehen.**

Wenn von mehreren Vergehen, wegen deren derselbe Angeeschuldigte gleichzeitig in Untersuchung steht, nur eines oder einige vor das Schwurgericht gehören, so hat sich dieses mit Aburtheilung der übrigen nicht zu befassen. Diese geht vielmehr an das Amtsgericht oder, wenn auch nur in einem Falle dessen Zuständigkeit überschritten wird, nach §. 20 an das Hofgericht über.

§. 43.

Sind mehrere Personen der Theilnahme an demselben vor das Schwurgericht gewiesenen Verbrechen angeschuldigt, so entscheidet dieses Gericht über Alle, ohne Rücksicht auf den Grad ihrer Theilnahme. Zusammentreffen verschiedenartiger Theilnehmer.

V. Titel.

Von der Besetzung des Schwurgerichtshofes.

§. 44.

In allen vor das Schwurgericht gewiesenen Sachen urtheilt ein Schwurgerichtshof mit zwölf Geschworenen. Besetzung des Schwurgerichts.

§. 45.

Der Schwurgerichtshof besteht aus einem Vorsitzenden, welchen, so wie einen Stellvertreter desselben, das Justizministerium für jede Urtheilssitzung aus den Mitgliedern des Oberhofgerichts oder eines Hofgerichts und aus vier weiteren Richtern, welche der Präsident des betreffenden Hofgerichts ernennt. Besetzung des Schwurgerichtshofs.

Wenigstens zwei der Letztern müssen, die Fälle des §. 48 ausgenommen, Mitglieder des Hofgerichts sein, die beiden Anderen können aus den richterlichen Beamten der Bezirksamter ernannt werden.

§. 46.

Läßt eine Sache mehrtägige Verhandlungen vor dem Schwurgerichte voraussehen, so hat der Präsident des Hofgerichts einen oder zwei weitere Richter zu bestimmen, damit dieselben im Fall der Verhinderung eines oder zweier Mitglieder des Schwurgerichtshofes dieselben ersetzen.

§. 47.

Will der Angeeschuldigte ein Mitglied des Schwurgerichtshofes ablehnen (§§. 22, 24 bis 26 der Strafprozeßordnung), so hat er sein Gesuch diesem Gericht vor Beginn der zur Verhandlung der Sache anberaumten Sitzung zu überreichen. Ablehnung von Mitgliedern des Schwurgerichtshofs.

Dem Angeklagten werden die Mitglieder des Schwurgerichtshofes drei Tage vor der Verhandlung der ihn betreffenden Strafsache bekannt gemacht.

§. 48.

Nach Anhörung des Staatsanwaltes und des abgelehnten Richters entscheiden die übrigen Mitglieder über die Ablehnung, ohne daß ein weiteres Rechtsmittel zulässig wäre.

Wird der Ablehnung stattgegeben, so tritt für den Abgelehnten einer der Ergänzungsrichter (§. 46) ein. In Ermangelung eines solchen hat der Hofgerichtspräsident einen Richter zu ernennen, wenn die Schwurgerichtsverhandlungen am Sitz des Hofgerichts stattfinden, andernfalls zieht der Schwurgerichtshof ein Mitglied des nächstgelegenen Bezirksamts (Amtsrichter) bei.

VI. Titel.

Von den Geschworenenlisten und der Bildung des Schwurgerichts.

§. 49.

Fähigkeit zum
Geschworenen-
amte.

Zu dem Ehrenamte eines Geschworenen sind alle badischen Staatsbürger, welche das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt haben und unter keine der Ausnahmen der §§. 50 und 51 fallen, berechtigt und verpflichtet, wosern sie entweder

1. das Amt eines Mitglieds der Ständeversammlung, eines Bürgermeisters, oder eines Gemeinderathsmitgliedes begleiten;
2. oder auf einer Hochschule den Doktorgrad erlangt oder eine Staatsprüfung über ein Universitätsstudium oder über ein Fachstudium der polytechnischen Schule bestanden haben;
3. oder ohne diese Voraussetzungen einen jährlichen Betrag von wenigstens zwanzig Gulden an direkter ordentlicher Staatssteuer bezahlen.

§. 50.

Gründe der
bleibenden Un-
fähigkeit.

Geschworene können nicht sein:

1. Dienstboten;
2. Entmündigte oder Mundtote;
3. Diejenigen, gegen welche die Eant eröffnet ist, bis zu deren Beendigung;
4. Diejenigen, welche zu einer peinlichen oder zu einer Arbeitshausstrafe verurtheilt wurden, so wie Diejenigen, welche wegen eines die öffentliche Achtung ihnen entziehenden Verbrechens, z. B. wegen Diebstahls, Unterschlagung, Betrugs oder Zahlungsschuldigkeit mit einer Freiheitsstrafe belegt wurden, so lange sie nicht Wiederbefähigung erlangt haben;
5. Diejenigen, welche wegen körperlicher Gebrechen (wie z. B. Taube, Stumme oder Blinde) oder wegen geistiger Gebrechen zu den Verrichtungen von Geschworenen untauglich sind.

§. 51.

Gründe der
zeitweisen Un-
fähigkeit.

Geschworene können ferner für die Dauer ihres Dienstes nicht sein: Solche, welche ein ständiges Richteramt bekleiden; ferner andere Staatsbeamte, welche Mitglieder des Staatsministeriums oder von Ministerien oder politische Vorsteher der Kreise oder Bezirke sind; Staatsanwälte und deren Stellvertreter, vom Staate ernannte Polizeibeamte, Gendarmen.

§. 52.

Bildung der
Urtheile.

Für jede Gemeinde wird im Laufe des Monats September vom Bürgermeister oder seinem Stellvertreter eine Liste über alle Ortseinswohner gefertigt, welche zu dem Amte von Geschworenen befähigt sind.

Die auf abgesonderten Hofgütern (Gemeindeordnung §. 154) Wohnenden werden der

Gemeinde zugetheilt, welcher sie nach der Verordnung vom 13. Januar 1831 über Grund- und Unterpfandsbücher zugewiesen sind.

§. 53.

Die Urliste (§. 52) wird zu Jedermanns Einsicht während vierzehn Tagen auf dem Rathhause aufgelegt und öffentlich bekannt gemacht, daß die Liste zur Einsicht bereit liege.

Jeder Ortsbewohner, welcher zu dem Amte eines Geschworenen befähigt ist, kann innerhalb jener Frist wegen Uebergewalt befähigter oder Eintrags unbefähigter Personen Beschwerde erheben. Die Beschwerde wird im ersten Rechtszuge vom Gemeinderathe verbeschieden.

Der Rekurs gegen die Entscheidung geht an die Bezirksstaatsbehörde (Bezirksamt) und ist binnen acht Tagen bei dem Gemeinderathe auszuführen. Die Bezirksstaatsbehörde berichtet, wenn sie den Rekurs begründet findet, endgiltig die Liste.

§. 54.

Nach Ablauf der im §. 53 bestimmten Fristen sendet der Bürgermeister oder sein Stellvertreter die Liste der Bezirksstaatsbehörde. Der Urliste muß ein Gutachten des Gemeinderaths beigelegt werden, welches ohne Angabe von Gründen diejenigen Personen bezeichnet, welche der Gemeinderath für besonders befähigt (§. 56) zum Amte der Geschworenen erachtet.

§. 55.

Im Laufe des Monats November hat die Bezirksstaatsbehörde zehn Bürger, die in dem Bezirke am meisten bekannt sind, und darunter wenigstens vier Bürgermeister (in den Stadtämtern Mannheim und Karlsruhe die beiden Bürgermeister) um sich zu versammeln, um mit denselben aus den Urlisten des Bezirks die Geschworenen für das nächste Jahr auszuwählen. Auf je 500 Einwohner wird ein Geschworener gewählt. Ergibt sich bei Theilung der Zahl der Einwohner des Bezirks durch 500 ein Ueberschuß von 250 oder mehr Einwohnern, so wird ein weiterer Geschworener gewählt. Beträgt der Ueberschuß weniger als 250, so wird er außer Anschlag gelassen.

Bildung der
Bezirksliste.

§. 56.

Die Versammlung (§. 55) bildet die Bezirksliste der Geschworenen, indem sie aus den Urlisten Diejenigen in dieselbe einträgt, welche sie nach den, den Mitgliedern bekannten geistigen Fähigkeiten, Ehrenhaftigkeit und Charakterfestigkeit für die geeignetsten zum Amte der Geschworenen hält.

§. 57.

Die Versammlung (§. 55), zu deren Bezirk der Sitzungsort des Schwurgerichts gehört, hat aus den in der Urliste eingetragenen, am Sitzungsorte wohnenden Personen, zum Behufe der Bildung der Liste der Ersatzgeschworenen auf je 100 Einwohner des Sitzungsortes einen Geschworenen zu wählen, jedoch nur bis zur Zahl von 60.

Liste der Ersatz-
geschworenen.

Verfügt das Hofgericht nach §. 89, daß eine Urtheilssitzung an einem anderen, als

den zum Voraus bestimmten Orten abgehalten werden soll, so veranlaßt der betreffende Hofgerichtspräsident die betreffende Bezirksstaatsbehörde, durch die Versammlung (§. 55) aus der Urliste des von dem Hofgerichte bestimmten Ortes in vorgedachter Weise die Liste der Ersazmänner bilden zu lassen.

§. 58.

Kreisliste

Die Bezirksstaatsbehörde sendet die Bezirksliste an den Hofgerichtspräsidenten, welcher aus den verschiedenen Bezirkslisten die Kreisliste bilden läßt.

§. 59.

Die so gebildete Kreisliste wird durch das Kreisanzeigebblatt mit der Aufforderung an die darin genannten Personen bekannt gemacht, wenn sie nach §. 64 befreit werden wollen, ihre Ablehnungsgründe mit den nöthigen Nachweisungen dem Hofgericht unverzüglich anzuzeigen.

§. 60.

Minderung der
Kreisliste.

Wenigstens vierzehn Tage vor Eröffnung jeder Urtheilssitzung hat der Hofgerichtspräsident mit dem Vorstand der Kreisregierung und dem dienstältesten Mitgliede des Hofgerichtes die Kreisliste der Geschworenen durch weitere Auswahl auf 100 herabzusetzen.

§. 61.

Minderung der
Ersazgeschwore-
nen.

Auf gleiche Weise wird die Liste der Ersazgeschworenen auf 15 gemindert.

§. 62.

Ziehung der Ge-
schworenen.

Von dem Präsidenten des Hofgerichtes werden sodann in öffentlicher Gerichtssitzung in Gegenwart des Staatsanwalts und zweier beim Gericht angestellten Anwälte aus den in eine Urne zu legenden Namen der in die engere Liste (§. 60) eingetragenen Geschworenen 36 Hauptgeschworene und nach Beendigung dieser Ziehung aus der engeren Liste der Ersazgeschworenen (§. 61) acht Ersazmänner gezogen.

Werden in einem Hofgerichtsbezirke nach §. 89 an mehreren Orten Schwurgerichtssitzungen gehalten, so sind für jede derselben die Geschworenen besonders zu ziehen.

§. 63.

Wenn nach der Minderung der Kreisliste (§. 60 und 61) vor der Loosziehung (§. 62) Geschworene, die in der geminderten Liste vorkommen, auf nachgebrachte Ablehnungsgründe vom Dienste befreit werden, so sind für sie nach §§. 60 und 61 noch vor der Ziehung Andere auszuwählen.

§. 64.

Befreiung vom
Dienste eines Ge-
schworenen.

Auf ihr Verlangen werden von der Verpflichtung, Geschworene zu sein, befreit:

1. Diejenigen, welche das 65. Lebensjahr zurückgelegt haben;
2. Diejenigen, welche nach dem geringen Umfange ihres Einkommens die Kosten nicht

tragen können, welche der Dienst der Geschworenen ihnen auflegt, und darüber ein Zeugniß ihres Gemeinderaths vorlegen;

3. Mitglieder der Ständeversammlung während der Dauer der Sitzungen;
4. Staatsbeamte, Militärpersonen und Schullehrer, deren Unentbehrlichkeit im Dienste die vorgesetzte Dienstbehörde bezeugt;
5. Apotheker, welche keine Gehilfen haben;
6. Geistliche eines jeden Glaubensbekenntnisses;
7. die für eine Urtheilssitzung gezogenen Geschworenen (§. 62), wenn sie auf die erhaltene Aufforderung erschienen und ihren Verpflichtungen als Geschworene nachgekommen sind, für die nächsten sechs Sitzungen;
8. Ersatzgeschworene (§. 62) unter den gleichen Voraussetzungen (Ziffer 7) für die nächste Sitzung.

Den Geistlichen und den Personen, welche das 65. Lebensjahr zurückgelegt haben, ist gestattet, die Verrichtung als Geschworene für immer abzulehnen.

§. 65.

Die durch das Loos gezogenen Haupt- und Ersatzgeschworenen werden mindestens acht Tage vor Eröffnung der Sitzungen mittelst schriftlicher Fertigung vorgeladen. Vorladung der Geschworenen.

Die Ladung enthält Ort, Tag und Stunde für die Eröffnung der Sitzungen und die Angabe des Rechtsnachtheils, welcher den Ausbleibenden trifft.

Dem verhafteten Angeklagten läßt der Präsident des Schwurgerichtshofs drei Tage vor der Verhandlung der ihn betreffenden Strassache die Liste der einberufenen Haupt- und Ersatzgeschworenen bekannt machen.

Einem nicht verhafteten Angeklagten ist die Liste auf sein Verlangen mitzutheilen.

§. 66.

Die Geschworenen erhalten für die Hin- und Rückreise eine Vergütung, deren Betrag durch eine Verordnung bestimmt wird. Reisevergütung.

§. 67.

Der Geschworene, welcher auf die an ihn ergangene Ladung ohne genügende Entschuldigung (§. 68) ausbleibt, oder sich vor Beendigung der Sitzungen ohne genügende Entschuldigung entfernt, verfällt in eine Strafe von 25 bis 200 Gulden. Strafe des Ausbleibens.

Wer dreimal auf diese Weise ausgeblieben ist, verliert überdies die Fähigkeit, künftig das Amt eines Geschworenen zu versehen; auch wird dies durch das betreffende Kreisblatt bekannt gemacht.

§. 68.

Der Geschworene ist genügend entschuldigt (§. 67), wenn er nachweist, entweder Entschuldigung.

1. das ihm die Ladung nicht, oder nicht rechtzeitig (§. 65) zukam, oder
2. daß er durch Krankheit oder höhere Gewalt am Erscheinen gehindert war.

§. 69.

Ueber die Zulänglichkeit der Entschuldigung, über das unentschuldigte Ausbleiben und die Strafgröße entscheidet der Gerichtshof.

Gegen das Straferkenntniß steht dem unentschuldig Ausgebliebenen kein Recurs, sondern nur eine Wiederherstellungsbitte und gegen deren Verwerfung die Beschwerdeführung nach §. 223 der Strafprozeßordnung zu. Eben diese Beschwerdeführung kommt auch demjenigen zu, dessen Entschuldigung des Ausbleibens der Gerichtshof als ungenügend erkannte.

§. 70.

Aufruf der
Geschworenen.

Vor dem Beginn jeder Verhandlung werden sämtliche vorgeladene Geschworene in Gegenwart des Staatsanwalts und des Angeklagten aufgerufen.

§. 71.

Pflicht zur
Angabe von Un-
fähigkeit oder
Ablehnungs-
gründen.

Wer in der nämlichen Sache als Zeuge oder Sachverständiger, oder Dolmetscher, oder als Polizei- oder Untersuchungsbeamter, oder als Staatsanwalt thätig war, oder sich in einem Verhältnisse befindet, nach welchem er nach §. 20 der Strafprozeßordnung unfähig zum Richter- amte in der Sache sein würde, oder nach §. 22 der Strafprozeßordnung abgelehnt werden könnte, ist verpflichtet, dem Schwurgerichtshofe vor der Verloosung (§. 73) dieses Verhältniß anzuzeigen und nachzuweisen, und berechtigt, auf den Grund dieser Nachweisung die Befreiung von dem Dienste als Geschworener in der betreffenden Sache zu fordern.

Das Dasein eines Verhältnisses, welches nach §. 20 der Strafprozeßordnung unfähig zum Richteramte machen würde, begründet auch die Unfähigkeit zum Dienst als Geschworener.

Wird wegen eines solchen Unfähigkeitsgrundes das Erkenntniß des Schwurgerichts aufgehoben, so hat der Geschworene, welcher die Anzeige unterließ, die Kosten des dadurch veran- laßten weiteren Verfahrens zu tragen.

§. 72.

Ergänzung der
Geschworenen.

Wenn an dem zur Eröffnung der Sitzung bestimmten Tage sich nicht wenigstens dreißig Geschworene einfinden, so werden sie auf diese Zahl dadurch ergänzt, daß die Fehlenden aus den Ersatzmännern (§. 62) und zwar in der Reihenfolge genommen werden, wie dieselben aus der Urne gezogen wurden. Ist auf die angegebene Weise die Zahl der vorhandenen Ersatzmänner erschöpft, und die erforderliche Anzahl der 30 Geschworenen noch nicht vollzählig, so werden die zu deren Ergänzung Fehlenden aus der Liste der Ersatzgeschworenen (§. 61) von dem Präsi- denten des Schwurgerichtshofes in öffentlicher Sitzung gezogen und diese nachträglich sofort vorgeladen.

§. 73.

Bildung des
Schwurgerichts.

Die Namen der Geschworenen werden in eine Urne geworfen und hierauf einzeln gezogen. Bei jedem derselben hat zuerst der Staatsanwalt und sodann der Angeklagte zu erklären, ob er den Geschworenen annehme oder verwerfe.

Weder der Angeklagte, noch der Staatsanwalt dürfen die Gründe ihrer Ablehnung angeben.

Mehrere Mitangeklagte haben ihr Verwerfungsrecht gemeinschaftlich unter einander auszuüben. Kommen sie nicht über die Art der gemeinschaftlichen Ausübung ihres Rechtes überein, so wird die Reihenfolge, in welcher sie solches jedesmal ausüben, durch das Loos bestimmt.

Der von einem Angeklagten, an welchem die Reihe ist, Abgelehnte gilt auch als abgelehnt in Ansehung der übrigen Mitangeklagten.

§. 74.

Von der Zahl der Geschworenen, so weit sie zwölf übersteigt, kann der Staatsanwalt die Hälfte und der Angeklagte die Hälfte ablehnen.

Ist eine ungerade Zahl von Geschworenen vorhanden, so steht dem Angeklagten das Recht zu, einen mehr als der Staatsanwalt abzulehnen.

Sobald zwölf nicht abgelehnte Geschworene gezogen sind, ist das Schwurgericht gebildet.

§. 75.

Der Gerichtshof kann auch verfügen, daß außer der ordentlichen Zahl von Geschworenen (zwölf) noch ein oder zwei weitere gezogen werden, um den Verhandlungen anzuwohnen und an der Stelle des einen oder anderen Geschworenen, welcher die Sitzung auszuhalten gehindert ist, einzutreten. Es erhöht sich in diesem Falle die im §. 72 festgesetzte Zahl der Geschworenen auf 31, beziehungsweise 32. Als stellvertretende Geschworene gelten Diejenigen, deren Namen zuletzt aus der Urne gezogen wurden.

Stellvertretende
Geschworene.

§. 76.

Nach vollendeter Bildung des Schwurgerichts eröffnet der Präsident die Verhandlungen und beginnt mit der Beeidigung der Geschworenen. - Er fordert sie auf, zu schwören:

Beeidigung der
Geschworenen.

„daß sie in Anklagesachen gegen N. N. wegen u. den gerichtlichen Verhandlungen mit sorgfamer Aufmerksamkeit folgen, die vorgebrachten Anschuldigungs- und Entschuldigungsbeweise gewissenhaft prüfen und ihren Ausspruch nach Maßgabe der vorliegenden Beweise und ihrer innern Ueberzeugung, ohne Haß, Gunst oder Ansehen der Person abgeben wollen.“

Jeder Geschworene wird hierauf einzeln von dem Präsidenten aufgerufen, legt die linke Hand auf die Brust, hebt die rechte auf und antwortet:

„Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!“

VII. Titel.

Von der Anklagekammer und der Versetzung in den Anklagestand.

§. 77.

Die Anklagekammer wird aus einer Abtheilung des Hofgerichts von drei Richtern gebildet.

Besetzung der
Anklagekammer.

§. 78.

Anträge des
Staatsanwalts.

Der Staatsanwalt stellt innerhalb drei Wochen, nachdem ihm die Untersuchungsakten zugekommen sind, unter Vorlage derselben die geeigneten Anträge bei der Anklagekammer.

§. 79.

Einstellung des
Verfahrens.

Ist die That durch kein Strafgesetz verboten, oder sind Thatfachen, welche die Straflosigkeit des Angeeschuldigten begründen, unzweifelhaft als vorhanden anzunehmen, oder ist die Anklagekammer der Ansicht, daß wegen Unzulänglichkeit der Beweise keine Verurtheilung zu erwarten sei, so spricht dieselbe aus, es sei kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung vorhanden.

Sie kann aber auch vorher noch eine Ergänzung der Untersuchung anordnen.

§. 80.

Verweisung an's
Schwurgericht
oder Hofgericht.

Wenn Grund zur weitem gerichtlichen Verfolgung vorhanden ist und eine Ergänzung der Untersuchung nicht für nothwendig befunden wird, hat die Anklagekammer die Verweisung der Sache an das Schwurgericht auszusprechen, und dem hofgerichtlichen Staatsanwalt die Akten sogleich mitzutheilen.

Das Verweisungs Erkenntniß muß in diesem Falle das Verbrechen, worauf die Anschuldigung gerichtet ist, mit den die Gattung und Art desselben bestimmenden Umständen und das Gesetz bezeichnen, nach welchem solches zu bestrafen ist.

Hält die Anklagekammer dafür, daß die Sache nicht zur schwurgerichtlichen Gerichtsbarkeit gehöre, so spricht sie aus, daß die Sache nach §. 35, Absatz 2, vom Hofgericht zu erledigen sei.

§. 81.

Die in den §§. 79 und 80 erwähnten Beschlüsse werden dem Angeklagten eröffnet.

§. 82.

Rechtsmittel
hiergegen.

Gegen das Erkenntniß der Anklagekammer, daß kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung vorliege, hat der Staatsanwalt binnen acht Tagen das Rechtsmittel der Beschwerdeführung an das Oberhofgericht mit aufschiebender Wirkung.

Gegen den Ausspruch, daß die Sache nach §. 35, Absatz 2, vom Hofgerichte zu erledigen sei (§. 80, Absatz 3), steht sowohl dem Staatsanwalt als dem Angeeschuldigten binnen gleicher Frist das nämliche Rechtsmittel in so fern zu, als die Beschwerde darin besteht, daß die Sache nach §. 41, Nr. 1 bis 42 an das Schwurgericht zu verweisen gewesen wäre.

Gegen die Verweisung vor das Schwurgericht steht dagegen dem Angeklagten die Beschwerdeführung innerhalb acht Tagen nur dann zu, wenn entweder kein Gesetz die That mit Strafe bedroht, oder wenn die Verweisung von einer nicht zuständigen Anklagekammer ausgesprochen wurde, oder endlich, wenn da, wo ein Strafverfahren nur auf Anzeige oder Anklage der Betheiligten stattfinden kann, ohne eine solche die Untersuchung eingeleitet worden ist.

§. 83.

Nach Eröffnung des Erkenntnisses, wodurch die Sache an das Schwurgericht verwiesen ^{Vertheidigung} wurde, kann der Angeklagte sich mit seinem Vertheidiger ohne Beisein einer Gerichtsperson besprechen.

Die Einsicht der Akten ist dem Vertheidiger und, sofern nicht besondere Gründe entgegenstehen, auch dem Angeschuldigten unter Aufsicht zu gestatten.

Zu seinem Vertheidiger kann er jeden Rechtsgelehrten, einen Nichtrechtsgelehrten aber nur unter Beiehung eines Anwaltes ernennen. Oeffentliche Beamte können jedoch diesen Auftrag nur mit Genehmigung ihrer vorgesetzten Dienstbehörde annehmen, es sei denn, daß sie zu dem Angeschuldigten in einem der in dem §. 128 der bürgerlichen Prozeßordnung bezeichneten Verhältnisse stünden.

§. 84.

Der Staatsanwalt des Hofgerichts hat, wenn gegen die Verweisung vor das Schwur- ^{Anklageschrift} gericht keine Beschwerde erhoben wurde, binnen acht Tagen nach Ablauf der hierzu bestimmten Frist (§. 82), andernfalls binnen acht Tagen, nachdem ihm die Verwerfung der Beschwerde eröffnet worden, die Anklageschrift nebst den Akten bei dem Hofgerichte zu übergeben.

§. 85.

Die Anklageschrift enthält:

1. eine Darstellung derjenigen Thatfachen, worauf die Anklage zunächst beruht, mit allen erschwerenden oder mildernden und den für die Strafzumessung erheblichen Umständen;
2. die Anführung der sowohl für den Thatbestand, als für die Schuld des Angeklagten vorliegenden Beweise;
3. die Bezeichnung des Verbrechens, so wie des Gesetzes, wornach es zu bestrafen ist; und
4. die Anträge des Staatsanwaltes.

§. 86.

Die Anklageschrift nebst dem Verzeichniß derjenigen Zeugen und Sachverständigen, deren ^{Mittheilung an den Angeklagten} Vorladung zur Schlußverhandlung das Hofgericht beschloffen hat, wird dem Angeklagten mit der Aufforderung zugestellt, innerhalb acht Tagen diejenigen weiteren Auskunftspersonen, deren Vorladung in die Sitzung er wünsche, so wie den gewählten Vertheidiger zu benennen. Das Hofgericht entspricht der Vorladungsbitte, wenn es die Thatfachen, worüber die benannten Personen vernommen werden sollen, für erheblich hält.

Wenn der Angeklagte in der bestimmten Frist keinen Vertheidiger benennt, so wird ihm ein solcher von Amtswegen beigegeben.

Es können, vorbehaltlich der Bestimmung des §. 93, keine Zeugen zur Schlußverhandlung vorgeladen werden, die nicht schon in der Voruntersuchung, oder auf nachträglichen Vorschlag später noch durch den Untersuchungsrichter vernommen worden sind.

§. 87.

Erhebung auf die
Rolle.

Nach Ablauf der im vorigen Paragraphen bestimmten Frist verordnet das Hofgericht, wenn nicht etwa auf Ansuchen des Angeklagten weitere Erhebungen nothwendig sind, daß die Sache auf die Rolle der nächsten — oder, wenn dies wegen der Kürze der Zeit nicht möglich ist, der nächstfolgenden — Urtheilssitzung des Schwurgerichts gesetzt werde.

§. 88.

Vernehmung
durch den
Präsidenten.

Verhaftete Angeklagte werden vor dem Beginne der Verhandlungen in das Gefängniß des Ortes, in welchem die Sitzungen gehalten werden, verbracht. Der Präsident ist befugt, den Angeschuldigten zu vernehmen, neue Erhebungen anzuordnen, selbst Zeugen oder Sachverständige zu vernehmen, oder ihre Vernehmung zu verfügen.

VIII. Titel.

Von den Sitzungen der Schwurgerichte und den Verhandlungen vor denselben.

§. 89.

Zeit und Ort der
Sitzungen.

Alle drei Monate sind Urtheilssitzungen in jedem Hofgerichtsbezirke zu halten, wobei alle dort zur Untersuchung gekommenen, zur Zuständigkeit der Schwurgerichte gehörigen spruchreifen Strassachen abgeurtheilt werden. Die Orte, wo diese Sitzungen gehalten werden, bestimmt eine Regierungsverordnung.

Gleichwohl kann das Hofgericht in einzelnen Fällen auf Antrag des Staatsanwalts durch Beschluß seines vollen Rathes verfügen, daß Urtheilssitzungen an einem weiteren Orte oder an einem andern, als dem regelmäßig dazu bestimmten Orte seines Sprengels oder in kürzeren Zwischenräumen abzuhalten seien, wenn dies wegen der Zahl, Wichtigkeit oder Dringlichkeit der vorliegenden Untersuchungen oder wegen der großen Zahl der in der Gegend, in welcher das Verbrechen verübt worden ist, wohnenden Zeugen, oder aus Rücksicht auf die Gefährdung der Sicherheit oder Unabhängigkeit des Gerichts angemessen erscheint.

§. 90.

Verweisung an
ein anderes
Hofgericht.

Das Oberhofgericht hat die Befugniß, auf den Antrag des Staatsanwalts des zuständigen Hofgerichts, oder auch des Angeklagten, nach Vernehmung des Hofgerichts, Strassachen, deren Verhandlung an dem Orte oder auch in dem Sprengel des zuständigen Hofgerichtes die öffentliche Sicherheit gefährden, oder rücksichtlich deren die Beforgniß stattfinden kann, daß eine in jenem Sprengel vorherrschende Meinung nachtheilig auf die Unbefangenheit der Geschworenen einwirken könnte, an ein anderes Hofgericht zur Aburtheilung zu verweisen.

§. 91.

Verhandlung
vor dem
Schwurgericht.

Für die Verhandlung vor den Schwurgerichten gelten die Vorschriften des Titels XVII. der Strafprozeßordnung über die Schlußverhandlung vor den Hofgerichten, mit der oben im §. 37 bestimmten Aenderung, unter folgenden weiteren Bestimmungen:

1. die im zweiten Absatz des §. 236 bemerkten Vorgänge werden nicht in das Sitzungsprotokoll aufgenommen, und
2. die in §. 240 genannten Erkenntnisse von dem Schwurgerichtshof ohne Zuzug der Geschworenen erlassen;
3. die Vorschrift des §. 246 Absatz 1 findet auf die den Geschworenen zu stellenden Fragen Anwendung.

§. 92.

Der Präsident des Schwurgerichtshofes hat die Verhandlungen in der Sitzung zu leiten, den Angeklagten und die Auskunftspersonen zu vernehmen, auch die Ordnung, in welcher die einzelnen Beweismittel vorzubringen sind, zu bestimmen.

Amte des
Präsidenten.

§. 93.

Er kann alle Maßregeln ergreifen, die er zur Aufklärung der Sache (§. 92) für dienlich erachtet, insbesondere kann er im Laufe der Verhandlung, selbst durch Vorführungsbefehle, Jeden vorfordern und vernehmen oder sich alle neuen Beweisstücke beibringen lassen, welche ihm nach den in der öffentlichen Sitzung gegebenen neuen Aufschlüssen ein weiteres Licht über die streitige Sache verbreiten zu können scheinen.

Eine Beeidigung erfolgt in diesem Falle jedoch nur auf übereinstimmenden Antrag beider Parteien oder in Folge eines Beschlusses des Gerichts, nach Umständen vor oder nach der Vernehmung.

§. 94.

Er muß Alles beseitigen, was geeignet ist, die öffentlichen Verhandlungen ohne Aussicht auf größere Sicherheit der Ergebnisse in die Länge zu ziehen.

§. 95.

Jeder Geschworene ist befugt, während des Laufes der Verhandlungen an den Angeklagten, so wie an die Zeugen und Sachverständigen Fragen zu stellen, nachdem er sich hierzu das Wort von dem Präsidenten erbeten hat. Er kann auch an den Präsidenten den Antrag auf Vornahme von Handlungen stellen, welche die Aufklärung von Punkten bezwecken, die ihm für die Beurtheilung des Straffalles erheblich erscheinen.

Erläuterungs-
fragen der
Geschworenen.

Die stellvertretenden Geschworenen (§. 75) haben die nämlichen Befugnisse, wie die Hauptgeschworenen.

§. 96.

Nach geschlossener Verhandlung faßt der Gerichtspräsident den Inhalt derselben in mündlichem Vortrag kurz zusammen, macht die Geschworenen auf die einzelnen Thatfachen und auf die Ergebnisse des Anschuldigungs- und Entschuldigungsbeiwieses aufmerksam, wobei er sich jedoch jeder Aeußerung über seine Meinung für die Entscheidung im Einzelnen und im Allgemeinen zu enthalten hat und erinnert sie an ihre übernommenen Pflichten.

Schlussvortrag
des Präsidenten.
Fragestellung.

Er eröffnet ihnen:

1. daß es, um den Angeklagten für schuldig zu halten, nicht einer bestimmten Anzahl oder Beschaffenheit von Beweismitteln bedürfe, sondern lediglich einer auf gewissenhafte Prüfung aller für und gegen den Angeklagten vorgebrachten Beweise gestützten festen Ueberzeugung;
2. daß es nicht der Beruf der Geschworenen sei, über die Strafgesetze zu richten und Gnade zu üben;
3. daß es ihre Pflicht sei, über den Gang der Verathung und die Abstimmung ein unverbrüchliches Stillschweigen zu beobachten.

Sobann macht er nach vorheriger Verathung mit dem Gerichtshofe die an die Geschworenen zu stellenden Fragen bekannt, welche sich jedenfalls über die strafbare That mit ihren Erschwerungs- und Milderungsgründen, über den Antheil des Angeklagten an derselben und über die vorgebrachten Entschuldigungsbeweise zu erstrecken haben.

Sowohl die Geschworenen, als der Staatsanwalt und der Angeklagte, beziehungsweise sein Verteidiger, können Bemerkungen gegen die Fragestellung machen, worüber der Gerichtshof sofort entscheidet.

IX. Titel.

Von der Verathung und dem Wahrspruch der Geschworenen.

§. 97.

Verathung der
Geschworenen.

Wenn die Fragen festgestellt sind, so werden sie den Geschworenen schriftlich eingehändigt, die sich sofort in das Verathungszimmer zurückziehen und aus ihrer Mitte einen Obmann wählen.

Bei der Wahl entscheidet einfache Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit ist der älteste der beiden gewählten Geschworenen Obmann.

Den Geschworenen werden die Anklageschrift, so wie alle in der Sitzung vorgelesenen Aktenstücke und auf Verlangen auch die Beweisstücke mitgegeben.

Die Geschworenen berathen unter Leitung des Obmanns über die gestellten Fragen. Haben sie Zweifel über deren Sinn, so begibt sich der Obmann mit den Geschworenen in das Sitzungszimmer und verlangt von dem versammelten Gerichte die erforderliche Aufklärung.

Anderweiter Verkehr der Geschworenen findet nicht statt, und es ist ohne besondere Ermächtigung des Gerichtspräsidenten weder einem Geschworenen erlaubt, das Verathungszimmer zu verlassen, noch einem Dritten, sich in dasselbe zu begeben.

§. 98.

Stimmen-
mehrheit.

Die Frage, ob die That verübt worden, ob eine Thatfache, die als erschwerender Umstand gilt, dabei vorkomme, ob der Angeklagte als Urheber oder Gehilfe, und ob derselbe zurechnungsfähig erscheine, ist nur dann als bejaht zu betrachten, wenn mindestens zwei Drittel der Geschworenen sie bejahen.

• • • • •

IX.

§. 99.



Nach geschlossener Berathung erfolgt die Abstimmung schriftlich in der Art, daß jeder Geschworene seinen Stimmzettel, mit Namensunterschrift versehen, dem Obmann übergibt; der Obmann verliest hierauf die Stimmzettel mit den Namensunterschriften und zählt die Stimmen, die sich für und gegen jede Frage ergeben haben. Nach diesem Ergebnis wird von ihm unter die betreffende Frage „ja“ oder „nein“ geschrieben. Abstimmung-
Wahrspruch.

Bei einer theilweisen Bejahung einer Frage wird die Beschränkung mit kurzen Worten beigelegt. Sodann wird der Fragebogen vom Obmann und zwei Geschworenen unterschrieben und die Stimmzettel werden sogleich vernichtet.

§. 100.

Die Geschworenen begeben sich nach unterzeichnetem Fragebogen wieder in den Sitzungssaal und nehmen ihre Plätze ein. Verkündung des
Wahrspruchs.

Sobald die Geschworenen das Berathungszimmer verlassen haben, sind sie nicht mehr berechtigt, eine wiederholte Berathung zu fordern.

Der Obmann liest in Abwesenheit des Angeklagten stehend und mit der Einleitung:

„die Geschworenen haben nach Pflicht und Gewissen die an sie gestellten Fragen beantwortet, wie folgt“,

die einzelnen Fragen und die darauf gegebenen Antworten ab. Sodann übergibt er den Fragebogen dem Gerichtspräsidenten, welcher denselben durch den Gerichtsschreiber beglaubigen läßt.

Findet das Gericht wegen Dunkelheit, inneren Widerspruch oder Unvollständigkeit des Wahrspruchs einen Anstand bei der Beantwortung einzelner Fragen, so eröffnet der Gerichtspräsident dies den Geschworenen, ehe der Angeklagte wieder eingeführt ist und veranlaßt sie, sich wieder in das Berathungszimmer zurückzuziehen und eine verbesserte Antwort zu geben. Die verbesserte Antwort muß nach der Vorschrift des §. 99 beurkundet werden.

§. 101.

Nach Wiedereinführung des Angeklagten wird demselben der Wahrspruch der Geschworenen durch den Gerichtsschreiber vorgelesen und, wenn dieser Wahrspruch auf Schuldigerklärung lautet, der Ankläger durch den Gerichtspräsidenten aufgefordert, seinen Strafantrag zu stellen. Er hat hierbei das Gesetz, dessen Strafandrohung in Anwendung kommen soll, zu bezeichnen, wobei ihm überlassen bleibt, auch hinsichtlich der Strafmessung Anträge zu machen. Urtheil des
Schwurgerichtshofs.

Der Angeklagte oder sein Vertheidiger muß mit seinen etwaigen Bemerkungen über die Anträge des Anklägers gleichfalls gehört werden.

Hierauf tritt der Präsident mit den Richtern in Berathung, um die gesetzliche Strafe zu finden und das Urtheil zu fällen.

Gieng der Ausspruch der Geschworenen dahin, daß der Angeklagte des Verbrechens nicht schuldig sei, so verkündet der Gerichtspräsident, ohne weitere Berathung mit dem Gerichtshofe, sofort dessen Freisprechung.

§. 102.

Aufhebung des Urtheils.

Wenn das Gericht einstimmig der Ansicht ist, daß die Geschworenen durch die Schuldig-
erklärung sich in der Hauptsache geirrt haben, so kann dasselbe von der Erlassung des Urtheils
Umgang nehmen, und die Sache auf die nächstfolgenden Urtheilsitzungen zur wiederholten
Verhandlung verweisen. Bei der wiederholten Verhandlung kann keiner der Geschworenen,
welche an der früheren Theil nahmen, zugelassen werden.

Wenn das Gericht den Ausspruch der Geschworenen nur in Bezug auf einen der Ange-
klagten für irrig hält, so wird dadurch das Urtheil gegen die übrigen Mitangeklagten nicht auf-
gehoben. Das in einer späteren Sitzung gegen den Ersteren ergehende Urtheil hat keinen
Einfluß auf die Letzteren.

Bei der wiederholten Verhandlung gelten alle Fragen, wenn und in wie weit sie zu Gunsten
des Angeklagten beantwortet sind, für rechtskräftig entschieden, und können zum Nachtheil des
Angeklagten bei der neuen Anklage nicht mehr in Zweifel gezogen werden; wird bei der zweiten
Verhandlung der Geschworenen in gleichem Sinne, wie bei der ersten entschieden, so muß das
Gericht sogleich zum Urtheil schreiten.

§. 103.

Nachträgliche
Entscheidungen.

Wenn nach beendigten Schwurgerichtssitzungen noch nachträglich Entscheidungen vom
Schwurgerichtshof zu geben sind, wie in den Fällen des §. 123, des §. 69 Absatz 2 dieses
Gesetzes, oder nach §. 223 der Strafprozeßordnung, so vertritt dabei ein hofgerichtlicher
Senat von fünf Mitgliedern dessen Stelle.

Die Beschwerdeführung geht in solchen Fällen, wie gegen den Schwurgerichtshof selbst,
an das Oberhofgericht.

X. Titel.

Vom Beweise und von der Urtheilsfällung bei den Strafgerichten und
von der Vollstreckung.

§. 104.

Urtheil auf
innere Ueber-
zeugung.

Die Strafgerichte haben bei der Urtheilsfällung nur ihre durch die vorliegenden Beweise
gewonnene innere Ueberzeugung zur Richtschnur zu nehmen.

§. 105.

Form der
Freisprechung.

Ist nicht nach §. 35, Absatz 1 oder auch im Falle des §. 35, Absatz 2 oder nach §. 79
ausgesprochen worden, daß kein Grund zur weitem gerichtlichen Verfolgung vorhanden sei, so
ist überall, wo keine Strafe erkannt werden kann, das Endeckentniß dahin zu geben:

Daß der Angeschuldigte (N. N.) von der Anschuldigung (Bezeichnung des ihm
zur Last gelegten Verbrechens) freigesprochen werde.



§. 106.

Wenn das Amtsgericht in den zu seiner Gerichtsbarkeit gehörigen Strafsachen keine Strafe erkennt, so spricht es, in so fern es an einem Strafgesetze, oder an hinreichendem Beweise der Anschuldigung fehlt, aus, daß kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung vorhanden sei. In andern Fällen spricht es nach §. 105 den Angeschuldigten von der Anschuldigung frei.

§. 107.

Das verurtheilende Erkenntniß spricht aus:

1. welches Verbrechen der Angeschuldigte als Urheber oder Gehilfe begangen habe;
2. ob und mit welchen erschwerenden oder mildernden Umständen dies geschehen sei;
3. zu welcher Strafe er deshalb verurtheilt werde.

Inhalt des verurtheilenden Erkenntnisses.

§. 108.

Die Bestimmung über die Strafprozeßkosten und die Urtheilsvollstreckung richten sich nach den Titeln XXIII. und XXIV. der Strafprozeßordnung.

Kosten und Vollstreckung.

§. 109.

Wäre ein Angeschuldigter wegen mehrerer Verbrechen von verschiedenen Gerichten zu Freiheitsstrafen verurtheilt worden, so ist das Erkenntniß, welches die geringere Strafe ausspricht, dem Gericht, welches die höhere Strafe erkannte, vorzulegen, damit solches letztere nach Maaßgabe der §§. 170—179 des Strafgesetzbuches durch Hinzurechnung eines Theiles der nöthigenfalls zu verwandelnden geringeren Strafe (§. 172 des Strafgesetzbuches) erhöhe.

Zusammenzusetzende Freiheitsstrafen.

Wenn diese Erhöhung keinen nach den §§. 13, 34 oder 39 des Strafgesetzbuches noch zulässigen Strafzusatz ergibt, so bleibt die geringere Strafe unvollzogen.

XI. Titel.

Von den Rechtsmitteln.

§. 110.

Hinsichtlich des Rekursverfahrens gegen amtliche und hofgerichtliche Erkenntnisse bleibt es, vorbehaltlich der Bestimmung des §. 111 einstweilen noch bei den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen.

Bisheriges Rekursverfahren. Anschließungsrecht.

Bei Rekursen des Angeschuldigten gegen hofgerichtliche Erkenntnisse ist der Staatsanwalt zur Erklärung unter Anberaumung einer angemessenen Frist aufzufordern, und es steht ihm zugleich das Recht der Anschließung hinsichtlich der Theile des Erkenntnisses zu, wozegen der Rekurs ergriffen wurde.

Das gleiche Recht hat der Angeschuldigte im Falle eines Rekurses des Staatsanwalts.

§. 111.

Mündliche
Refursverhandlung.

Das Oberhofgericht kann jedoch, wo es ihm zur gehörigen Aufklärung wichtiger Anschuldigungs- oder Entschuldigungsthatfachen nöthig erscheint, eine mündliche Refursverhandlung anordnen und dazu außer dem Staatsanwalt und Angeeschuldigten auch diejenigen Zeugen und Sachverständigen, deren unmittelbare Vernehmung besonders wichtig ist, vorladen.

Auf den Refurs des Staatsanwaltes gegen ein freisprechendes Erkenntniß kann der Angeeschuldigte ohne eine vorherige mündliche Refursverhandlung nicht verurtheilt werden.

Auf Ansuchen des Angeeschuldigten kann ihm, wenn er vermögenslos ist, das Oberhofgericht je nach der Wichtigkeit und Verwickelung des Falles für die Refursverhandlung einen Armenanwalt bestellen.

§. 112.

Die Refurse gegen hofgerichtliche Erkenntnisse erledigt das Oberhofgericht in Versammlungen von fünf Mitgliedern.

§. 113.

Refurs gegen
amtsrichterliche
Erkenntnisse.

Der §. 111 Absatz 1 findet auch auf die Hofgerichte bei Erledigung der Refurse gegen amtsrichterliche Erkenntnisse Anwendung.

§. 114.

In Beziehung auf die Refurse gegen amtsgerichtliche Erkenntnisse treten die §§. 273 und 274 der Strafprozeßordnung in Wirksamkeit, und die Vorschrift des §. 274 kommt auch in dem Falle zur Anwendung, wo auf den Refurs eines Anklägers das Hofgericht eine nach §. 17 dieses Gesetzes das amtsrichterliche Strafmaaß übersteigende Strafe erkennt.

§. 115.

Nichtigkeitsbe-
schwerde gegen
hofgerichtliche
Erkenntnisse.

Die unter Mitwirkung von Geschworenen ergangenen Straferkenntnisse können, vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 119 und 122, nur im Wege der Nichtigkeitsbeschwerde angefochten werden, und zwar:

I. von dem Angeklagten:

1. wenn das Urtheil nicht von dem zuständigen oder nicht auf gesetzliche Weise besetzten Gericht ausgegangen ist;
2. wenn bei der Schlußverhandlung oder der Urtheilsfällung wesentliche Vorschriften des Verfahrens verletzt sind;
3. wenn der erkennende Richter das Gesetz unrichtig ausgelegt oder unrichtig auf die durch den Ausspruch der Geschworenen festgestellten Thatfachen angewendet hat.

II. Dem Staatsanwalt steht dieses Rechtsmittel nur zu, wenn die Geschworenen den Angeklagten des ihm angeschuldigten Verbrechens für schuldig erklärt haben, das erkennende Gericht aber den Angeeschuldigten aus dem unrichtigen Grunde freispricht, weil die den Grund der Anklage bildende Handlung des Angeeschuldigten durch kein Gesetz mit Strafe bedroht sei.

Die unrichtige Ausmessung der Strafe innerhalb der gesetzlichen Schranken und ebenso die Verletzung der Vorschrift des ersten Absatzes im §. 96 ist kein Nichtigkeitsgrund.

§. 116.

Das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde gegen Erkenntnisse des Schwurgerichts geht an das Oberhofgericht, welches darüber in Versammlung von sieben Richtern entscheidet. Auf dasselbe finden die Bestimmungen der Strafprozeßordnung über den Rekurs (§§. 277 bis 286 und §. 290) Anwendung, doch fällt die Befugniß, neue Thatfachen und Beweise vorzubringen (§. 282), hinweg.

§. 117.

Findet das Oberhofgericht die Nichtigkeitsbeschwerde gegründet, so gibt es unter Aufhebung des ergangenen Erkenntnisses:

1. im Falle der Unzuständigkeit des Richters die Sache an das zuständige, oder
2. im Falle der Verletzung wesentlicher Vorschriften des Verfahrens, oder wenn das Gericht nicht auf gesetzliche Weise besetzt war, an ein anderes, dem erkennenden Richter gleich stehendes Gericht zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung ab, dagegen
3. im Falle einer erst nach erfolgtem Ausspruch der Geschworenen vorkommenden Nichtigkeit, oder im Falle unrichtiger Auslegung oder Anwendung des Gesetzes selbst das Erkenntniß.

§. 118.

Ist das Verfahren eingestellt, oder ist wegen Unzulänglichkeit der Beweise verfügt worden, daß kein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung vorhanden sei, so kann die Wiederaufnahme des Verfahrens angeordnet werden, wenn neue erhebliche Beweise vorgefunden werden.

Wiederaufnahme
des Verfahrens.
a. Nach vor-
gängiger Ein-
stellung des
Verfahrens.

§. 119.

Der Verurtheilte kann die Wiederaufnahme des Verfahrens zu jeder Zeit, selbst nach erstandener Strafe, verlangen:

1. wenn er darthut, daß Urkunden, welche im früheren Verfahren gegen ihn vorgebracht wurden, falsch oder verfälscht, oder daß Sachverständige oder Zeugen, die zu seinem Nachtheile aussagten, meineidig, oder daß einer oder mehrere derselben, oder der urtheilenden Richter bestochen gewesen sind.
2. Die Wiederaufnahme hat ferner statt:
 - a. wenn zwei Personen wegen des nämlichen Verbrechens durch zwei verschiedene Erkenntnisse verurtheilt worden sind, und aus der Vergleichung beider Urtheile die Unschuld einer dieser Personen sich ergibt;
 - b. wenn eine Person wegen Tödtung verurtheilt wurde, später aber durch neue

b. Auf Antrag
des Verur-
theilten.

Beweise wahrscheinlich gemacht wird, daß Derjenige, wegen dessen Tödtung die Verurtheilung geschah, noch lebt oder wenigstens nach dem Zeitpunkte seines angeblich erfolgten Todes gelebt hat.

§. 120.

Wo die Verurtheilung nicht durch ein Schwurgericht erfolgt, kann der Verurtheilte außer den Fällen des §. 119 die Wiederaufnahme des Verfahrens auch dann verlangen, wenn er neue Beweismittel vorbringt, welche für sich allein oder in Verbindung mit den früher erhobenen Beweisen geeignet sind, seine Freisprechung herbeizuführen, oder wenn er neue Thatumstände nachweist, wornach die That nicht als strafbar oder als ein Verbrechen erscheint, welches mit einer geringeren Strafart bedroht ist, als das im Urtheil bezeichnete.

§. 121.

c. Nach dem Tode des Verurtheilten.

Auch nach dem Tode des Verurtheilten kann sein gesetzlicher Erbe oder sein Ehegatte die Wiederaufnahme des Verfahrens unter den Voraussetzungen der vorstehenden §§. 119 und 120 verlangen.

Kommen Beweise der in den §§. 119 oder 120 gedachten Art aus Anlaß einer anderen Untersuchung zur richterlichen Kenntniß, so wird dem Verurtheilten, wenn er noch lebt, davon Eröffnung gemacht.

Erklärt der Staatsanwalt, daß er die frühere Verurtheilung nun nicht mehr für begründet halte, so kann das Urtheil, der Verurtheilte mag inzwischen gestorben oder noch am Leben sein, auch von Amtswegen, und zwar ohne weiteres Verfahren, wieder aufgehoben werden.

§. 122.

d. Auf Antrag des Staatsanwaltes.

Ist der Angeschuldigte auf gepflogene Verhandlung frei gesprochen, so findet eine Wiederaufnahme des Verfahrens nur auf Antrag des Staatsanwaltes in folgenden Fällen statt:

1. wenn durch gerichtliches Strafurtheil festgestellt ist, daß in dem vorigen Verfahren falsche Urkunden oder falsche Zeugnisse vorgebracht wurden, oder Bestechung, oder eine andere strafbare Handlung vorkam, und nach den Umständen anzunehmen ist, daß diese Handlungen einen wesentlichen Einfluß auf die erfolgte Freisprechung hatten;
2. wenn der Freigesprochene später selbst gerichtlich ein Geständniß des Verbrechens abgelegt hat.

§. 123.

Erkenntniß über das Gesuch um Wiederaufnahme.

Ueber das Gesuch um Wiederaufnahme des Verfahrens erkennt dasjenige Gericht, von welchem das Urtheil in erster Instanz oder auf ergriffenen Rekurs erstmals erlassen ist. Wurde das Urtheil von einem Schwurgerichte erlassen, so erkennt über jenes Gesuch der Schwurgerichtshof ohne Beiziehung von Geschworenen. Das Erkenntniß wird in geheimer Sitzung nach Anhörung des Staatsanwaltes erlassen. Die vorgebrachten neuen Beweise

einige abwesend sind, so wird die Verhandlung über die Abwesenden und Anwesenden in der Regel gleichzeitig vorgenommen. Bei einer Verhandlung vor dem Schwurgericht wird, wenn über die Letztern auf den Grund des Wahrspruchs der Geschworenen geurtheilt ist, vom Schwurgerichtshof sofort auch über die Ersteren erkannt.

Würde jedoch durch das Ungehorsamsverfahren gegen die Abwesenden die Aburtheilung der Anwesenden ungebührlich aufgehalten, so kann, insbesondere, wo diese verhaftet sind, oder wo nach §. 35, Absatz 2 keine mündliche Verhandlung vorgenommen wird, die Erledigung der Sache gegen die Anwesenden zum Voraus besonders eintreten.

Vorübergehende Bestimmungen.

§. 143.

Der zweite Theil (Titel I. bis XII.) des gegenwärtigen Gesetzes tritt am 1. März 1851 Einführungstag. in Beziehung auf alle Straffachen, hinsichtlich welcher an diesem Tage das Urtheil erster Instanz noch nicht gefällt sein wird, in Wirksamkeit.

Die Aufstellung, Berichtigung und Minderung der Geschworenenlisten ist sogleich nach Verkündung des Gesetzes vorzunehmen. Diese Listen gelten erstmals bis zum Schlusse des Jahres 1851.

§. 144.

Das Gesetz vom 16. Mai 1848 (Regierungsblatt Nr. XXXIII.) mit allen dazu gehörigen Nachträgen, ferner die Gesetze vom 17. und 19. Februar 1849 (Regierungsblatt Nr. VII.) werden aufgehoben. Aufhebung älterer Gesetze.

Das provisorische Gesetz vom 1. August 1849 (Regierungsblatt Nr. XLVI.), das Verfahren gegen flüchtige und abwesende Verbrecher betreffend, tritt mit dem im §. 143 bestimmten Tage außer Wirksamkeit.

§. 145.

Die zur Gerichtsbarkeit der Schwurgerichte gehörigen Straffachen werden, so weit sie nach dem im §. 143 bestimmten Tage bis zum ersten Juli 1851 zur Aburtheilung kommen, in derselben Weise erledigt, wie die hofgerichtlichen Straffachen. Jedoch urtheilt darüber das Hofgericht in Versammlungen von fünf und das Oberhofgericht in Versammlungen von sieben Mitgliedern. Behandlung älterer Fälle.

Wenn von mehreren Theilnehmern des nämlichen Verbrechens an dem im §. 143 bestimmten Tage bereits einer oder einige abgeurtheilt sind, so findet das gegenwärtige Gesetz auch auf Diejenigen, welche erst später zur Aburtheilung kommen, keine Anwendung.

§. 146.

Die Straffachen, welche an dem im §. 143 bestimmten Tage in zweiter Instanz anhängig sind, werden nach den bisherigen Gesetzen erledigt.

§. 147.

Wenn in einer nach den bisherigen Gesetzen abgeurtheilten Sache dem Gesuche um Wiederaufnahme des Verfahrens stattgegeben wird, so ist die neuerliche Aburtheilung nach der bisherigen Verfahrensart und von dem nämlichen Gerichte vorzunehmen, welches das erste Urtheil gegeben hat.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 5. Februar 1851.

Leopold.

Stabel.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichcn Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

sind, so fern sie an und für sich erheblich wären, vor dem Erkenntnisse über die Zulassung der Wiederaufnahme vorläufig zu erheben.

Wird die Wiederaufnahme des Verfahrens beschlossen, so ist die ganze Sache von Neuem zu verhandeln.

§. 124.

Im Uebrigen treten die §§. 306 bis 309 der Strafprozeßordnung in Anwendung. In Beziehung auf die im §. 306 gegebene Befugniß, die Entlassung aus dem Verhafte gegen Sicherheitsleistung oder auch ohne solche zu bewilligen, tritt an die Stelle des Bezirksstrafgerichts das Hofgericht.

§. 125.

Wo die Strafprozeßordnung für eine Beschwerdeführung eine Frist bestimmt, wird dieselbe hiermit allgemein auf acht Tage festgesetzt und ebenso für den Fall des §. 38 der Strafprozeßordnung. Frist für Beschwerdeführung.

XII. Titel.

Von dem Verfahren gegen Abwesende und Flüchtige.

§. 126.

Ist der eines Verbrechens Verdächtige flüchtig oder treten im Falle sonstiger Abwesenheit die Voraussetzungen der Verhaftung bei ihm ein, so hat ihn das untersuchende Gericht öffentlich vorzuladen und zur Fahndung auszusprechen. Kann jedoch die Festnehmung und Einlieferung desselben durch Ersuchsschreiben an die Behörde seines bekannten oder muthmaßlichen Aufenthaltsortes alsbald bewirkt werden, so hängt es von dem Ermessen des Untersuchungsgerichtes ab, mit der öffentlichen Vorladung und dem Fahndungsausprechen vorläufig zurück zu halten. Fahndung. Vermögensbeschlagnahme.

Ist das Verbrechen mit Arbeitshaus- oder mit höherer Strafe bedroht, so ist zugleich das Vermögen des Abwesenden in Beschlag zu nehmen, und die Beschlagnahme öffentlich bekannt zu machen.

§. 127.

Fehlt es bei dem Verdächtigen, der abwesend, aber nicht flüchtig ist, an den Voraussetzungen der Verhaftung, so sind erst, wenn die persönliche Vorladung keinen Erfolg hat, die Maßregeln des §. 126 Absatz 1 zu ergreifen.

§. 128.

In der öffentlichen Vorladung wird der Abwesende unter kurzer Bezeichnung des ihm angeschuldigten Verbrechens aufgefordert, sich binnen einer angemessenen Frist zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnisse der Untersuchung das Erkenntniß werde gefällt werden. Im Uebrigen treten die §§. 313 und 314 der Strafprozeßordnung in Wirksamkeit. Öffentliche Vorladung.

§. 129.

Wirkung der
Vermögensbe-
schlagnahme.

Die Beschlagnahme (§. 126) hat die Wirkung, daß, auf Kosten des Abwesenden, dessen Vermögen — so weit thunlich unter Zugiehung seiner nächsten Angehörigen — verzeichnet, und seine Verwaltung einem Pfleger übertragen wird, der eidlich zu verpflichten ist, dem Abwesenden nichts zu verabsfolgen.

Sind Angehörige des Letzteren zurückgeblieben, welchen er nach dem bürgerlichen Recht den Unterhalt zu reichen verpflichtet ist, so ist solcher aus dem in Beschlag genommenen Vermögen zu bestreiten, so weit dieses ohne Nachtheil für liquide Ansprüche an das Vermögen des Flüchtligen geschehen kann.

Die Beschlagnahme wird wieder aufgehoben, wenn der Abwesende sich stellt, wenn er frei gesprochen wird oder stirbt, und wenn die Strafverfolgung oder die erkannte Strafe verjährt ist.

§. 130.

Sicherung der
Schadensan-
sprüche.

Der Beschlag gilt auch im Interesse der durch das Verbrechen Beschädigten für angelegt, wenn sie hierauf antragen, ehe das Erkenntniß erlassen ist.

In diesem Falle wird den Beschädigten, nachdem die in §. 129 Absatz 3 erwähnten Gründe zur Aufhebung des Beschlages eingetreten sind, hiervon Nachricht gegeben und ihnen überlassen, binnen einer zu bestimmenden kurzen Frist einen Beschlag im bürgerlichen Rechtswege oder geeigneten Falles im Wege der Anschließung zu erwirken.

Wird innerhalb dieser Frist eine bürgerliche Beschlagnahme nicht beigebracht, so ist der strafrechtliche Beschlag auch diesen Personen gegenüber aufzuheben.

§. 131.

Beschlagnahme
für Schaden und
Kosten.

Ist nach der Beschaffenheit des Verbrechens und den Umständen des einzelnen Falles nicht nach §. 126 Absatz 2 die Beschlagnahme des ganzen Vermögens begründet, so wird dieselbe gleichwohl gleichzeitig mit den im Absatz 1 des §. 126 bezeichneten Maßregeln für den Betrag des muthmaßlichen Schadens und der Strafprozeß- und Strafvollstreckungskosten verfügt.

Zugleich wird dem Beschädigten zur näheren Bestimmung und Begründung des Schadens im Wege der Anschließung an das Strafverfahren eine Frist anberaumt. Kommt der Beschädigte dieser Auflage nicht nach, so wird der Beschlag, so weit er für den Schaden angelegt ist, wieder aufgehoben; andernfalls wird derselbe je nach dem Stande der Sache bestätigt, ausgedehnt oder gemindert.

§. 132.

Weiteres Unter-
suchungsver-
fahren.

Während der Maßregeln zur Stellung des Angeeschuldigten vor Gericht wird die Untersuchung fortgesetzt, so weit es ohne Vernehmung des Angeeschuldigten geschehen kann.

Handelt es sich um eines der im §. 16 genannten, zur amtsgerichtlichen Gerichtsbarkeit gehörigen Verbrechen, so kann die Vorladung des Angeeschuldigten und der Schluß der Untersuchung bis auf Betreten desselben beruhen, so fern nicht besondere Gründe die alsbaldige Erledigung erheischen.

§. 133.

Ist die Untersuchung geschlossen und die in der öffentlichen Vorladung bestimmte Frist Erkenntniß. abgelaufen, so ist das Erkenntniß von dem zuständigen Gerichte zu fällen.

Eignet sich die Sache zur hofgerichtlichen Aburtheilung, so kann, in so fern nicht schon von dem Angeschuldigten, dessen Ehegatten, dem Vormunde, von Verwandten in auf- und absteigender Linie und Geschwistern ein Bertheidiger bestellt wurde, je nach der Wichtigkeit und Verwicklung des Falles ein solcher auf Kosten des Angeschuldigten oder bei dessen Vermögenslosigkeit ein Armenanwalt von Amtswegen bestellt werden. In schwurgerichtlichen Strafsachen hat dieß, wo nicht schon die Angehörigen einen Bertheidiger ernannt haben, jedes Mal zu geschehen.

§. 134.

Kann der Angeschuldigte wegen Unzulänglichkeit der Beweise der Anschuldigungsthatsachen Verfügung bei mangelhaftem Beweise. nicht verurtheilt werden, und eignet sich die Sache doch nicht zur Einstellung des Verfahrens, so wird erkannt, daß die Untersuchung bis auf das Betreten des Angeschuldigten auf sich zu beruhen habe.

Gegen diese Verfügung steht dem Staatsanwälte innerhalb acht Tagen die Beschwerdeführung zu, dem Angeschuldigten oder den im §. 133 Absatz 2 genannten Personen aber nur in so fern, als die Beschwerde dahin geht, daß die dem Angeschuldigten zur Last gelegte That durch kein Strafgesetz bedroht sei.

§. 135.

Sind bei schwurgerichtlichen Strafsachen die Beweise nicht so erheblich, daß sie die Ver- Verfahren in schwurgerichtlichen Sachen. setzung in Anklagestand rechtfertigen, so beschließt die Anklagekammer, die Sache habe bis auf Betreten des Angeklagten zu beruhen.

Die Versetzung in den Anklagestand und die Ladung zur Schwurgerichtssitzung wird durch Anschlag am Orte des untersuchenden Gerichts und des Schwurgerichts und nebstdem durch einmalige Einrückung in die Zeitung der Residenz bekannt gemacht, mit dem Anhange, daß der Angeklagte vierzehn Tage vor der Schwurgerichtssitzung sich bei dem Untersuchungsrichter zu stellen habe.

Nach seinem Erscheinen wird er verhaftet und vernommen und es tritt das ordentliche Verfahren ein.

Stellt er sich nicht, so wird vom Schwurgerichtshof ohne Beizug von Geschworenen in gleicher Weise, wie vom Hofgerichte (Tit. III.) das Urtheil gegeben.

Auch hier wird, wenn wegen Unzulänglichkeit der Beweise keine Verurtheilung erfolgen kann, nur ausgesprochen, daß die Untersuchung bis auf Betreten des Angeschuldigten zu beruhen habe, und es findet die Vorschrift des §. 134 Absatz 2 Anwendung.

§. 136.

Ueberall, wo eine öffentliche Vorladung statt hatte, ist auch das verurtheilende Er- Verkündung des Urth. 116. kenntniß, jedoch ohne die Entscheidungsgründe, öffentlich bekannt zu machen.

Am dreißigsten Tage nach dem Einrücken in die Zeitung der Residenz gilt es als dem Angeeschuldigten eröffnet.

Dem etwa ernannten Vertheidiger wird das verurtheilende Erkenntniß mit den Entscheidungsründen in allen Fällen zugestellt.

§. 137.

Rekursrecht

Außer dem Angeeschuldigten und dem Staatsanwälte können auch die im §. 133 genannten Personen, jedoch mit Ausnahme des Vertheidigers, gegen das Urtheil den Rekurs ergreifen.

§. 138.

Vollzug der Verurtheilung.

Ist das verurtheilende Erkenntniß vollzugsreif oder von dem Rekursgericht bestätigt, so wird dasselbe vollzogen, so weit in Abwesenheit des Verurtheilten der Vollzug möglich ist.

§. 139.

Aussetzung des Erkenntnisses.

So lange das Erkenntniß der ersten Instanz nicht erfolgt ist, können sowohl der Angeeschuldigte oder sein Vertheidiger, als auch die im §. 133, Absatz 2 genannten Personen, eine Aussetzung desselben beantragen, wenn sie beweisen, daß dem Angeklagten wegen Krankheit oder höherer Gewalt das Erscheinen unmöglich sei.

§. 140.

Verfahren nach Sifirung des Verurtheilten. Wiederaufnahme des Verfahrens.

Wird der Verurtheilte betreten oder stellt er sich freiwillig, so ist ihm das Erkenntniß nochmals zu verkünden.

Innerhalb vierzehn Tagen von dieser Verkündung an kann er, auch ohne die Voraussetzungen der §§. 119 und 120, mit aufschiebender Wirkung die Wiederaufnahme des Verfahrens nachsuchen:

1. wenn er beweist, daß ihm wegen Krankheit oder höherer Gewalt zu erscheinen unmöglich war, oder
2. wenn er zur Zeit seiner Entfernung als Angeeschuldigter noch nicht vernommen war und zugleich wahrscheinlich ist, daß er wegen des Verbrechens, wegen dessen er verurtheilt ist, nicht geflohen sei, auch von der gegen ihn eingeleiteten Untersuchung erst nach seiner Verurtheilung Kenntniß erhalten habe.

Wird dieses Gesuch gegründet befunden, so wird, mit einstweiliger Aussetzung des Vollzugs des ergangenen Erkenntnisses, das ordentliche Verfahren eingeleitet.

§. 141.

Gegen die Verwerfung der Bitte um Wiederaufnahme des Verfahrens steht dem Verurtheilten die Beschwerdeführung an das Oberhofgericht binnen acht Tagen zu.

§. 142.

Verfahren bei Abwesenheit eines Theils der Angeeschuldigten.

Sind wegen desselben Vergehens mehrere Personen angeschuldigt, von denen einer oder

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Donnerstag den 13. Februar 1851.

Inhalt.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des großherzogl. Ministeriums des Innern: die Zuteilung der Gemeinde Herzogenweiler zu dem Bezirksamte Billingen betreffend. Bekanntmachung des großh. Finanzministeriums: die Steuererhebung für die Jahre 1850 und 1851 betreffend.
Dienstverleumdung.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Zuteilung der Gemeinde Herzogenweiler zu dem Bezirksamte Billingen betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben die bisher zu dem Bezirksamte Donaueschingen gehörige Gemeinde Herzogenweiler dem Bezirksamte Billingen zuzuteilen geruht.
Carlsruhe, den 6. Februar 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Die Steuererhebung für die Jahre 1850 und 1851 betreffend.

Nach Ansicht des Art. 9 des Finanzgesetzes vom 6. d. M. wird auf den Grund des genehmigten Budgets anmit verordnet, was folgt:

§. 1.

Für jedes der Jahre 1850 und 1851 werden zur Bestreitung der allgemeinen Landes- und der besonderen Bezirksbedürfnisse erhoben:

1. an Staatssteuer:

- a. Grund-, Häuser- und Gefällsteuer von 100 fl. Steuerkapital
Neunzehn Kreuzer;

- b. Gewerbesteuer von 100 fl. Steuerkapital
Drei und zwanzig Kreuzer;
- c. Kapitalsteuer von 100 fl. Steuerkapital
Sechs Kreuzer;
- d. Klassensteuer von 100 fl. Steuerkapital
Drei und zwanzig Kreuzer;
- e. Zusatzsteuer von Waldungen der Gemeinden und Körperschaften, welche durch die Bezirksförster des Staates befördert werden, von 100 fl. Waldsteuerkapital
Elf Kreuzer.

2. Zu besonderen Bezirksbedürfnissen:

- a. Flußbaugeld der beitragspflichtigen Rheinorte von 100 fl. Steuerkapital
Vier Kreuzer;
- b. Flußbaugeld der beitragspflichtigen Orte an Nebenflüssen von 100 fl. Steuerkapital
Zwei Kreuzer;
- c. Dammbaubeiträge nach den von den großherzoglichen Kreisregierungen genehmigten Anschlägen.

§. 2.

So weit der Steuereinzug auf den Grund des Gesetzes vom 30. November 1849 (Regierungsblatt von 1849, Nr. LXXVI. und Regierungsblatt von 1850, Nr. XIX.), des Gesetzes vom 30. März 1850 (Regierungsblatt Nr. XVII.), der landesherrlichen Verordnung vom 30. Mai 1850 (Regierungsblatt Nr. XXVIII.), der landesherrlichen Verordnung vom 1. August 1850 (Regierungsblatt Nr. XXXVII.), des Gesetzes vom 5. Oktober 1850 (Regierungsblatt Nr. XLV.), des Gesetzes vom 2. Dezember 1850 (Regierungsblatt Nr. LV.), endlich des Gesetzes vom 23. Dezember 1850 (Regierungsblatt Nr. LX.) nicht schon erfolgt ist, hat derselbe auf die geordneten Verfalltermine zu geschehen.

§. 3.

Die großherzogliche Steuerdirektion ist mit dem weiteren Vollzuge beauftragt.
Carlsruhe, den 10. Februar 1851.

Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Probst.

Diensterledigung.

Das Physikat Neckargemünd ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dasselbe haben sich binnen vier Wochen bei der großh. Sanitätscommission vorschriftsmäßig zu melden.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Montag den 17. Februar 1851.

Inhalt.

Gesetz: Die Aufnahme eines Anlehens der Amortisationskasse bis zu fünf Millionen Gulden betreffend.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien: Vollzugsverordnung des Finanzministeriums, die Aufnahme eines Anlehens der Amortisationskasse betreffend.

Gesetz, die Aufnahme eines Anlehens der Amortisationskasse bis zu fünf Millionen Gulden betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

Art. 1.

Die Amortisationskasse ist ermächtigt, unter Aufsicht und Leitung des Finanzministeriums ein Staatsanlehen nach Bedarf und bis zum Betrage von fünf Millionen Gulden aufzunehmen und sich dasselbe durch den Verkauf 4½- oder 5prozentiger, von Seiten der Gläubiger unaufkündbarer Partialobligationen zu verschaffen.

Art. 2.

Die Partialobligationen werden auf den Inhaber ausgefertigt; dieser kann sie jedoch bei der Amortisationskasse auf seinen Namen einschreiben lassen.

Art. 3.

Die Kennwerthe, auf welche die Partialobligationen auszufertigen sind, und die Stückzahl einer jeden Gattung derselben bestimmt das Finanzministerium. Ist das Anlehen an einen Unternehmer gegeben (Art. 15 und 19), so wird hierbei auf dessen Wünsche billige Rücksicht genommen.

Art. 4.

Der Zins der Partialobligationen, mit dem 1. Februar 1851 beginnend, wird halbjährlich bezahlt. Er kann nach Belieben jedes einzelnen Gläubigers bei einer der großherzoglichen Staats-

kassen oder auch bei den vom Finanzministerium mit der Zinszahlung beauftragten auswärtigen Bankhäusern gegen Ablieferung der betreffenden, jeder Partialobligation beigelegten Zinsanweisungen (Coupons) kostenfrei und ohne Abzug erhoben werden.

Art. 5.

Das ganze Anlehen soll vom 1. Februar 1854 an in dreißig Jahren durch Einlösung der Partialobligationen im Nennwerthe getilgt, und es soll zu dem Ende während dieser Zeit Jahr für Jahr eine gleich große Summe zur Verzinsung und Tilgung ausgesetzt werden. Was von dieser Summe nicht zur Zinszahlung erfordert wird, ist jeweils zur Einlösung von Partialobligationen zu verwenden.

Art. 6.

Die Amortisationskasse behält sich vor, alle Partialobligationen oder einen beliebigen Theil derselben auch früher einzulösen, als dies nach Art. 5 geschehen würde. Von diesem Vorbehalt darf jedoch, wenn 4½-prozentige Obligationen ausgegeben werden, nicht vor dem 1. Februar 1858 und, wenn 5-prozentige Obligationen ausgegeben werden, nicht vor dem 1. Februar 1856 Gebrauch gemacht werden.

Art. 7.

Jeder Einlösung hat eine sechsmonatliche durch das großherzogliche Regierungsblatt zu erlassende Kündigung voranzugehen.

Soll nach Art. 5 oder 6 nur ein Theil der ausgegebenen Partialobligationen eingelöst werden, so nehmen hieran die verschiedenen Gattungen je nach Verhältniß ihrer Gesamtsumme Antheil. Welche einzelne Obligationen zur Einlösung gekündigt werden sollen, wird alsdann durch eine öffentliche Verloosung bestimmt.

Art. 8.

Der Nennwerth der zur Einlösung gekündigten Partialobligationen kann mit Ablauf der Kündigungsfrist nach Wahl der Gläubiger entweder unmittelbar bei der Amortisationskasse oder bei den Kreiskassen in Freiburg und Mannheim oder auch bei den vom Finanzministerium mit der Zinszahlung beauftragten auswärtigen Bankhäusern erhoben werden.

Mit Ablauf der sechsmonatlichen Kündigungsfrist hört die Verzinsung der gekündigten Partialobligationen auf.

Art. 9.

Die Zahlung des Zinses der Obligationen (Art. 4) und die Einlösung letzterer (Art. 8) geschieht in grober süddeutscher Silbermünze. Werthzeichen statt derselben können nur mit Einwilligung des Gläubigers verabfolgt werden.

Art. 10.

Die Begebung des Anlehens an Unternehmer findet im Wege der Concurrenz und Publizität statt, wenn annehmbare Gebote erfolgen.

Die Concurrenzen haben ihre Gebote durch Soumissionen abzugeben, die nach Vorschrift des Finanzministeriums abzufassen und verschlossen einzureichen sind.

Die Gebote müssen auf eine bestimmte Summe für je hundert Gulden in $4\frac{1}{2}\%$ oder 5prozentigen Partialobligationen lauten und können nur angenommen werden, wenn der betreffende Concurrent die im Art. 12 festgesetzte Caution noch vor Eröffnung der Soumissionen gestellt hat.

Art. 11.

Der Anlehensunternehmer macht sich durch seine Soumission verbindlich, die Anlehenssumme in den durch die Soumissionsbedingungen festgesetzten monatlichen Zielern, jeweils gegen Verabfolgung einer entsprechenden Stückzahl von Obligationen, kostenfrei der Amortisationskasse zu bezahlen.

Die Zinsraten, welche auf den Obligationen, die er für jede Ratenzahlung ausgefolgt erhält, am Tage der Zahlung haften, hat er der Amortisationskasse gleichzeitig mit dem Kaufpreise für das Kapital zu vergüten. Eben so hat die Amortisationskasse dem Anlehensunternehmer von Partialobligationen, deren Zinsenlauf erst nach der Einzahlung des Kapitals beginnt, die Zinsraten von da an bis zum Anfange des Zinsenlaufs zu ersetzen.

Art. 12.

Wer als Anlehensunternehmer auftreten will, hat zur Sicherheit für den Vollzug des Geschäftes eine Caution von dreimalhunderttausend Gulden einzulegen. Dieselbe wird nach Einzahlung der Hälfte der Anlehenssumme auf zweimalhunderttausend Gulden und nach Einzahlung von drei Vierteln derselben auf einmalhunderttausend Gulden beschränkt.

Der Anlehensunternehmer haftet für Erfüllung der eingegangenen Verbindlichkeiten nur bis zum Betrage der eingelegten Caution.

Art. 13.

Die Soumissionen müssen an dem vom Finanzministerium anberaumten Tag und vor Ablauf der hierzu festgesetzten Stunde übergeben werden. Die Uebergabe geschieht in einer Sitzung des Finanzministeriums, zu welcher der Director der Amortisationskasse beizuziehen ist.

In Gegenwart sämtlicher Soumittenten werden sodann die abgegebenen Soumissionen unter gemeinschaftliche Siegel gelegt.

Art. 14.

Binnen 24 Stunden vom Schlußtermin zur Uebergabe der Soumissionen an sind diese in einer Sitzung des Finanzministeriums, zu welcher der Director der Amortisationskasse beizuziehen ist, in Gegenwart sämtlicher Concurrenten oder ihrer Bevollmächtigten zu eröffnen, nachdem vorher der Präsident des Finanzministeriums das niederste Gebot, um welches der Zuschlag in $4\frac{1}{2}\%$, beziehungsweise 5prozentigen Obligationen erfolgen kann, versiegelt auf den Sitzungstisch gelegt hat.

Art. 15.

Nach Eröffnung der Soumissionen wird der Präsident des Finanzministeriums erklären, ob annehmbare Gebote vorliegen oder nicht.

Liegen annehmbare Gebote vor, so wird er demjenigen der Concurrenten, welcher das höchste Gebot hat, bei gleichen Geboten aber Demjenigen, für welchen das Loos entscheidet, den Zuschlag erteilen.

Liegen keine annehmbaren Gebote vor, so wird der Präsident des Finanzministeriums die von ihm versiegelt niedergelegte Angabe der niedersten annehmbaren Gebote eröffnen und sämtlichen Soumittenten zur Einsicht mittheilen.

Art. 16.

Innerhalb des zwischen der Niederlegung und der Eröffnung der Soumissionen befindlichen Zeitraums bleiben die Soumittenten für die gemachten Angebote verbindlich.

Art. 17.

Das niederste Gebot, um welches das Anlehen in $4\frac{1}{2}\%$, beziehungsweise 5prozentigen Partialobligationen begeben werden darf, bestimmt das Staatsministerium nach Vernehmung des Finanzministeriums, zu dessen Berathung der Director der Amortisationskasse mit konsultativer Stimme beizuziehen ist.

Die Berathung des Finanzministeriums über das niederste annehmbare Gebot für jede der beiden Gattungen von Partialobligationen kann erst statt finden, nachdem die Soumissionen nach Art. 13 unter gemeinschaftliche Siegel gelegt worden sind.

Art. 18.

Das Verhältniß, nach welchem ein Gebot auf $4\frac{1}{2}\%$ prozentige Obligationen einem solchen auf 5prozentige Obligationen gleich geachtet werden soll, wird vom Staatsministerium auf das Gutachten des Finanzministeriums festgesetzt. Den Concurrenten wird hievon vor Einreichung ihrer Soumissionen durch die Amortisationskasse Kenntniß gegeben.

Art. 19.

Ist nach Ablauf des Schlußtermins zur Einreichung der Soumissionen kein Gebot für Uebernahme der ganzen Anlehenssumme geschehen, oder wird keines der eingelaufenen Gebote annehmbar gefunden, so kann das Finanzministerium über die Begebung des Anlehens nach Maßgabe der Art. 1 bis 9 mit Bankhäusern Unterhandlung pflegen, und es hat alsdann auf dessen Vortrag das Staatsministerium zu entscheiden, ob und an welches Bankhaus das Anlehen auf den Grund der vorliegenden Vertragsentwürfe begeben werden soll.

Art. 20.

Wird auf diesem Wege (Art. 10 bis 19) ein annehmbares Gebot nicht erzielt, oder wird die Begebung des Anlehens an Unternehmer nach Lage der Umstände nicht für angemessen erachtet, so

ist die Amortisationskasse ermächtigt, unter Aufsicht und Leitung des Finanzministeriums 5prozentige Obligationen nach Maßgabe der Art. 2 bis 9 bis zu dem im Art. 1 bestimmten Betrage zu verkaufen.

Art. 21.

Das Finanzministerium ist mit dem Vollzuge beauftragt.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 6. Februar 1851.

Leopold.

Argenauer.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Den Vollzug des vorstehenden Gesetzes betreffend.

Unter Hinweisung auf das vorstehende Gesetz, welches die Amortisationskasse ermächtigt, sich ein Anlehen bis zu fünf Millionen Gulden unter Aufsicht und Leitung des Finanzministeriums zu verschaffen, wird Nachstehendes bekannt gemacht:

1. Von dem durch das Gesetz genehmigten Staatsanlehen soll vorläufig ein Betrag von anderthalb Millionen Gulden aufgenommen und zu dem Ende zunächst der durch die Artikel 10 bis 17 des Gesetzes vorgezeichnete Weg der Soumission betreten werden.

2. Die Concurrenten für die Uebernahme dieses Anlehens werden eingeladen, Montag den 3. des nächstkünftigen Monats März, Vormittags 10 Uhr, persönlich oder durch Bevollmächtigte in dem SitzungsSaale des Finanzministeriums ihre Soumissionen verschlossen einzureichen.

Nach 11 Uhr wird keine Soumission mehr angenommen.

Die Soumissionen müssen nach anliegendem Formulare verfaßt sein. Sie werden nicht berücksichtigt, wenn sie davon abweichen. Ob dies der Fall sei, hat das Finanzministerium allein zu entscheiden.

3. Die eingekommenen Soumissionen werden in ein Paquet gebracht, welches, mit dem Siegel des Finanzministeriums und den Siegeln der Concurrenten oder ihrer Bevollmächtigten verschlossen, der Registratur des Finanzministeriums zur Aufbewahrung zugestellt wird.

Der Präsident des Finanzministeriums bestimmt sodann die Stunde zur Eröffnung der Soumissionen und zur Erklärung, ob ein annehmbares Gebot vorliege oder nicht.

4. Auf die hiernach anberaumte Stunde haben sich die Concurrenten oder ihre Bevollmächtigten abermals im Sitzungssaale des Finanzministeriums einzufinden.

Für diejenigen Concurrenten, welche nach Ablauf einer halben Stunde noch nicht erschienen sind, kann der Präsident des Finanzministeriums einen Stellvertreter zur Anwesenheit bei der bevorstehenden Handlung ernennen.

Sind sämmtliche Concurrenten oder ihre Bevollmächtigten und Stellvertreter anwesend, so wird der Präsident des Finanzministeriums die niedersten Gebote, um welche der Zuschlag erfolgen kann, versiegelt auf den Sitzungstisch legen, sofort das die Soumissionen enthaltende Paquet, nachdem der Verschuß als unverletzt anerkannt worden ist, eröffnen, und eben so die einzelnen Soumissionen selbst.

Sind die Gebote zu Protokoll gebracht, so wird dem Artikel 15 des Gesetzes gemäß weiter verfahren.

5. Wenn mehrere Personen zur Abgabe einer Soumission sich vereinigen, so sind sie für die Erfüllung der durch dieselbe eingegangenen Verpflichtungen sammtverbindlich und haben für die Besorgung aller auf das Anlehen bezüglichen Geschäfte einen Bevollmächtigten dahier aufzustellen.

Die Aufstellung eines solchen Bevollmächtigten kann von der Amortisationskasse auch dann gefordert werden, wenn der Unternehmer eine einzelne Person, aber nicht dahier wohnhaft ist.

Karlsruhe gilt im Sinne des §. 19 der Prozeßordnung als erwählter Wohnsitz zum Vollzuge des Anlehensvertrags.

6. Die nach Artikel 12 des Gesetzes von Seite des Anlehensunternehmers zu leistende Caution wird auf 100,000 fl. bestimmt. Die als Caution faustpfändlich bei der Amortisationskasse zu hinterlegenden Schuldscheine müssen auf den Inhaber gestellt sein und können in badischen Staatspapieren, Staatspapieren anderer deutschen Bundesstaaten, russischen, holländischen und belgischen Staatspapieren, Schuldpapieren badischer Stände- und Grundherren

bestehen.

Alle diese Papiere werden in dem zur Zeit der Hinterlegung in Frankfurt am Main bestehenden Kurse nach Abzug von zehn Prozent berechnet.

Wenn der Kurs der hinterlegten Papiere um fünf oder mehr Procente sinkt, so muß die Caution sogleich ergänzt werden.

Die Cautionspapiere müssen spätestens am 2. künftigen Monats mit einem doppelt ausgefertigten Verzeichnisse übergeben werden.

7. Der Zins der Partialobligationen beginnt mit dem 1. dieses Monats.

Wegen Berechnung der Zinsraten zwischen dem Unternehmer und der Amortisationskasse kommt der Artikel 11 des Gesetzes zur Anwendung.

8. Der Anlehensunternehmer hat die volle Summe von 1½ Millionen Gulden in grober süddeutscher Silbermünze kostenfrei an die Amortisationskasse zu bezahlen.

Die Zahlung dieser Summe kann in sechs gleichen Theilen, je am Ersten der Monate April, Mai, Juni, Juli, August und September dieses Jahrs geschehen. Sie kann aber auch früher — ganz nach Belieben des Anlehensunternehmers — geleistet werden.

Zielerzahlungen, welche bis mit dem 6. des betreffenden Monats eingehen; werden so behandelt, als wären sie am ersten desselben Monats geleistet worden.

Wird eine Zielerzahlung über den 15. des betreffenden Monats verzögert, so steht der Amortisationskasse ohne vorgängige Aufforderung zur Zahlung die Befugniß zu, die Partialobligationen, welche der Anlehensunternehmer hätte in Empfang nehmen sollen, auf Rechnung desselben in beliebiger Weise zu verwerthen und, in so weit der Erlös für Kapital, Zinsen, Kosten und Schaden nicht zureicht, sich an das Hauptpfand zu halten.

Die Amortisationskasse kann diese Handlungen ohne Beobachtung der Formen des L.R.G. 2078 vornehmen.

9. Mit der Zahlung des Zinses der von der Amortisationskasse ausgegebenen Partialobligationen und mit Einlösung dieser Partialobligationen selbst (Artikel 4 und 8 des Gesetzes) wird jedenfalls auch ein Bankhaus in Frankfurt am Main beauftragt werden.

Carlsruhe, den 10. Februar 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Pfeilschier.

Formular für eine Submission.

Der Unterzeichnete *
 macht sich verbindlich, das Ansehen von 1½ Millionen Gulden, welches die großherzoglich badische Amortisationskasse nach dem Gesetze vom 6. Februar d. J. (verkündet durch das großherzogliche Regierungsblatt Nr. XI.) aufzunehmen ermächtigt ist, zum Preise von fl. fr.
 sage Gulden . . . Kreuzer für je 100 fl. in 4½ = (5) ** prozentigen Partialobligationen zu übernehmen und allen Bestimmungen des vorerwähnten Gesetzes, so wie der Bekanntmachung des großherzoglichen Finanzministeriums vom 10. Februar 1851 (Regierungsblatt Nr. XI.) zu genügen.

*** den 1851.

* Hier ist der Vorname, Familienname, Stand und Wohnort des (der) Bietenden oder die Handlungsfirma einzurücken.

** Wer auf 4½ und auf 5prozentige Obligationen bietet, hat für jede Gattung eine besondere Submission einzureichen.

*** Ort und Datum.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Samstag den 22. Februar 1851.

Inhalt.

Gesetz: die Presse betreffend.

Gesetz, die Presse betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen,
wie folgt:

I. Titel.

Von der Polizei der Presse.

§. 1.

(Keine Zensur). Alle Zensur der Druckschriften, welche im Großherzogthum heraus kommen oder verbreitet werden, bleibt aufgehoben.

§. 2.

Was in diesem Gesetz von Druckschriften verordnet ist, gilt von allen durch mechanische oder chemische Mittel vervielfältigten Schriften oder Bildwerken.

§. 3.

(Keine Anonymität). Keine Druckschrift darf im Großherzogthum gedruckt oder verbreitet werden, welcher nicht, mit oder ohne Nennung des Verfassers, der Name des Verlegers oder Druckers, ferner die Angabe des Ortes und die übliche Bezeichnung der Zeit des Druckes beigelegt ist.

Jedem Hefte einer Zeitschrift und jedem Blatte einer Zeitung muß außerdem der Name des verantwortlichen Redakteurs beigelegt sein.

§. 4.

(Redakteur). Zur Herausgabe einer Zeitschrift oder Zeitung im Großherzogthum ist eine besondere obrigkeitliche Erlaubniß nicht erforderlich. Jedoch ist für dieselbe ein verantwortlicher Redakteur zu bestellen und der Polizeibehörde zu benennen.

Der Redakteur muß badischer Staatsbürger sein, das dreißigste Jahr zurück gelegt und im Lande seinen ständigen Wohnsitz haben.

§. 5.

Wer zu einer peinlichen Strafe, oder wegen eines Verbrechens aus Eigennutz, oder wegen eines der im Tit. XXIV. oder in den §§. 284, 285, 287, 288, 535 bis 539, 570, 673, 681, 682 des Strafgesetzbuches genannten Verbrechen zu bürgerlicher Strafe verurtheilt worden ist, kann die Redaktion einer Zeitung oder Zeitschrift nicht übernehmen oder fortführen, so lange er nicht durch Begnadigung ausdrücklich für wiederbefähigt erklärt worden ist.

Wer wegen durch die Presse verübter Vergehen (Tit. II.) bereits mehr als einmal verurtheilt worden und binnen sechs Monaten, von Verkündung des letzten Urtheils an gerechnet, sich abermals eines solchen Vergehens schuldig macht, ist für die Dauer von zwei Jahren von der Redaktion einer Zeitschrift oder Zeitung ausgeschlossen.

§. 6.

(Kaution). Der verantwortliche Redakteur hat vor der Herausgabe der Zeitschrift oder Zeitung, wenn diese nicht mehr als drei Mal in der Woche erscheint, eine Sicherheit von zwei Tausend Gulden, und wenn sie öfter erscheint, von vier Tausend Gulden in Geld, welches mit $3\frac{1}{2}$ Prozent verzinst wird, oder in inländischen Staatspapieren (nach dem zur Zeit der Hinterlegung geltenden Coursverthe) zu stellen.

Die im Landrechtsatz 2074 vorgeschriebenen Förmlichkeiten sind zur Gültigkeit der Bestellung nicht erforderlich.

Aus der Sicherheitssumme werden, auch wenn der Redakteur für seine Person nicht strafbar befunden wurde, die Kosten, Entschädigungen und Geldstrafen, die durch eine bei Herausgabe der Zeitschrift oder Zeitung, oder in derselben, begangene Gesetzesübertretung veranlaßt sind, auf richterliche Verfügung unmittelbar entnommen. Hinterlegte Staatspapiere werden zu diesem Zwecke ohne die in Landrechtsatz 2078 vorgeschriebenen Förmlichkeiten, so weit nöthig, veräußert.

Binnen acht Tagen nach eingetretener Rechtskraft des verurtheilenden Erkenntnisses muß die hierdurch bewirkte Minderung der Sicherheitssumme ergänzt werden, widrigenfalls die Herausgabe der Zeitschrift oder Zeitung von der Polizeibehörde bis zur Ergänzung eingestellt wird.

Im Falle der Unzulänglichkeit der Sicherheitssumme und beim Abgange anderen Vermögens des Schuldigen gehen die Kosten den Entschädigungsansprüchen vor und diese den Geldstrafen.

§. 7.

(Hinterlegung der Druckschrift bei der Polizeibehörde). Von jedem einzelnen Hefte einer Zeitschrift, so wie von jeder Schrift, die nicht über fünf Bogen im Druck beträgt, ist ein

Exemplar 24 Stunden vor der Austheilung oder Versendung, von jedem Blatte einer Zeitung aber unverzüglich das erste abgezogene Exemplar durch den Verleger bei der Polizeibehörde zu hinterlegen, welche auf Verlangen hierüber eine Bescheinigung mit Angabe des Tags und der Stunde der Hinterlegung ausstellt.

Das hinterlegte Exemplar muß bei Zeitschriften und Zeitungen mit der eigenhändigen Unterschrift des Redakteurs oder des von ihm hiezu besonders aufgestellten und der Polizei benannten Bevollmächtigten versehen sein.

Die Verantwortlichkeit derjenigen Personen, welche für den Inhalt der Druckschrift haften, wird durch die Beobachtung dieser Vorschrift nicht aufgehoben.

§. 8.

(Nicht bei wissenschaftlichen u. Schriften). Ausgenommen von den Bestimmungen der §§. 4, 6 und 7 sind die Blätter oder Schriften rein wissenschaftlichen, artistischen oder technischen Inhalts und amtlich herausgegebene Blätter.

Für Zeitschriften oder Zeitungen rein wissenschaftlichen, artistischen oder technischen Inhalts gilt jedoch ebenfalls die Vorschrift, daß der Polizeibehörde ein verantwortlicher Redakteur, auf welchen aber die Vorschriften des §. 4 keine Anwendung finden, zu benennen ist.

§. 9.

(Berichtigende Entgegnung). Der Herausgeber einer Zeitung oder Zeitschrift ist schuldig, die Entgegnung zur Berichtigung der in derselben erwähnten Thatfachen, zu welcher sich die betheiligten öffentlichen Behörden, Beamten oder Privatpersonen veranlaßt finden, in den nächsten drei Tagen nach dem Empfange der Entgegnung oder, falls in dieser Zeit kein Blatt oder Heft der Zeitung oder Zeitschrift erscheint, in das nächstfolgende wortgetreu, ohne irgend eine Aenderung oder Weglassung und ohne Zusätze oder Anmerkungen, in der gleichen Abtheilung des Blattes oder Heftes, in welcher der zu berichtigende Aufsatz stand, und mit der gleichen Schrift aufzunehmen.

Jede derartige Berichtigung muß von dem Einsender, beziehungsweise der betreffenden amtlichen Stelle unterzeichnet sein.

Die Aufnahme amtlicher Berichtigungen muß unentgeltlich geschehen, ebenso die von Privatberichtigungen, so fern diese nicht den Umfang des Artikels oder desjenigen Abschnitts desselben, welcher dazu Veranlassung gab, übersteigen. Für die weiteren Zeilen sind die gewöhnlichen Einrückungsgebühren zu bezahlen.

§. 10.

(Strafbare Entgegnung). Hält der Herausgeber im Falle des §. 9 dafür, daß die Entgegnung selbst einen strafbaren Inhalt habe, so hat er dieselbe innerhalb 24 Stunden dem Amtsgerichte vorzulegen, welches, wenn es im Inhalte der Entgegnung kein Vergehen erkennt, unverzüglich die Aufnahme derselben verfügt, oder andernfalls den Herausgeber zur Ablehnung der Entgegnung ermächtigt.

Im ersten Falle ist dieselbe in das nächste Blatt aufzunehmen, und der Verfasser der Ent-

gegnung bleibt für deren Inhalt allein verantwortlich. Auch findet die Bestimmung des §. 6 Absatz 3 in diesem Falle keine Anwendung.

§. 11.

(Einrückung eines Urtheils). Ebenso ist der Herausgeber einer Zeitung oder Zeitschrift verbunden, jedes wegen des Inhalts derselben ergehende Urtheil auf Anordnung des Gerichts ohne Zusätze, Weglassungen oder Bemerkungen unentgeltlich einzurücken.

§. 12.

(Verbot der Verbreitung einer mit Beschlag belegten Druckschrift). Eine noch mit Beschlag belegte oder durch richterliches Urtheil als sträflich erkannte Druckschrift darf nach geschehener Bekanntmachung des Beschlags oder Urtheils weder verbreitet noch durch einen vollständigen oder theilweisen Abdruck oder Auszug veröffentlicht werden.

§. 13.

(Des Hausirens etc.). Das Hausiren mit Druckschriften, das Anbieten, Vertheilen und Anschlagen derselben an öffentlichen Orten ist verboten. Der Polizeibehörde bleibt vorbehalten, für bestimmte Schriften besondere Erlaubniß zu erteilen.

Das Verbot des Anschlagens bezieht sich nicht auf Kundmachungen zu amtlichen, privatrechtlichen, gewerblichen oder erlaubten geselligen und ähnlichen Zwecken, wie Ankündigungen von öffentlichen Belustigungen, von Verkäufen, Vermietungen und dergleichen.

§. 14.

(Strafe preßpolizeilicher Uebertretungen). Die Uebertreter der in den §§. 3—13 enthaltenen preßpolizeilichen Vorschriften sind, vorbehaltlich ihrer etwaigen Verantwortlichkeit für den Inhalt der Schrift, mit einer Strafe von fünf bis einhundert Gulden zu belegen. Sind die im §. 3 geforderten, der Druckschrift beigefügten Angaben falsch, so ist überdies eine Gefängnißstrafe von drei bis vierzehn Tagen zu erkennen.

Bei Zahlungsunfähigkeit ist die Geldstrafe in eine entsprechende Gefängnißstrafe zu verwandeln.

§. 15.

(Zuständigkeit der Amtsgerichte). Die Erkennung der in diesem Titel angedrohten Strafen steht den Amtsgerichten auf den Antrag des Staatsanwalts oder der Polizeibehörde zu. Das Verfahren bei dem Ausbleiben des Angeeschuldigten (§§. 42 und 44) und bei dem Rekurse, der an das Hofgericht geht (§§. 56—63), richtet sich nach den Bestimmungen des Titels III.

Hinsichtlich der Verjährung gilt auch bei diesen Uebertretungen die Vorschrift des §. 27.

II. Titel.

Von den Strafen der durch die Presse begangenen Verbrechen und Vergehen.

§. 16.

(Strafe der Preßvergehen). Wer durch den Inhalt oder die Darstellung einer Druckschrift oder eines den Druckschriften gleichgestellten Bildwerkes (§. 2) sich eines Verbrechens oder Vergehens schuldig macht, verfällt zunächst in diejenige Strafe, womit die bestehende Gesetzgebung dasselbe Verbrechen oder Vergehen überhaupt bedroht.

§. 17.

Die Verübung durch den Druck oder eine andere, dem Druck gleichgestellte, Vervielfältigungsart (§. 2) ist jedoch ein Straferhöhungsgrund, wo dieselbe nicht bei einem Verbrechen in der Strafbestimmung selbst schon berücksichtigt ist.

§. 18.

(Unterdrückung u. der Schrift). Jedes verurtheilende Erkenntniß kann zugleich die Unterdrückung oder Vernichtung der für strafbar erklärten Schrift oder des für strafbar erklärten Theils derselben in Bezug auf alle mit Beschlag belegten so wie diejenigen Exemplare aussprechen, welche sich an Orten, die dem Publikum zugänglich sind, oder noch im Besitze des Verfassers, Herausgebers, Verlegers, Buchhändlers oder Druckers vorfinden, oder von diesen sonst hinterlegt worden sind. Diese Anordnung kann wegen des sträflichen Inhalts einer Druckschrift von dem Gerichte auch dann verfügt werden, wenn eine hiefür haftbare Person nicht bekannt oder nicht im Bereich der richterlichen Gewalt des Staats ist.

Eben so kann auch erkannt werden, daß die Platten oder Formen, welche zur Vervielfältigung strafbarer Schriften oder Darstellungen bestimmt sind, hierzu unbrauchbar gemacht werden.

§. 19.

(Successive Haftbarkeit). Die Personen, welche zum Erscheinen einer sträflichen Druckschrift mitgewirkt haben, sind in folgender Ordnung und zwar als Urheber oder Miturheber verantwortlich:

1. zuvörderst der Verfasser, in so fern Druck und Herausgabe mit seinem Wissen und Willen erfolgt sind;
2. der Herausgeber,
3. der Verleger,
4. der Drucker (b. h. Geschäftsleiter der Druckerei) und zuletzt
5. der Verbreiter.

Das strafrechtliche Verfahren kann sowohl anfänglich als in seinem weiteren Verlaufe, so lange ein Urtheil nicht ergangen ist, gegen mehrere der verantwortlichen Personen oder gegen eine in späterer Reihe verantwortliche gerichtet werden.

Gegen die in der Reihenfolge nachstehende Person wird aber das Verfahren nicht weiter fortgesetzt, wenn sie vor erlassenen Urtheil das Vorhandensein einer vor ihr verantwortlichen und im Bereiche der richterlichen Gewalt des Staats befindlichen Person nachweist. Ist die vorausverantwortliche Person nach dem Erscheinen der Druckschrift gestorben, so wird dadurch die Befreiung eines in der Reihenfolge Nachstehenden nicht ausgeschlossen.

Wenn mehrere Personen, welche auf der nämlichen Stufe der Verantwortlichkeit stehen, zum Erscheinen der Schrift zusammengewirkt haben, so sind alle gleichzeitig haftbar.

§. 20.

(Des Buchhändlers). Als Verbreiter einer Druckschrift im Sinne des §. 19 ist der Buchhändler nur dann verantwortlich, wenn dieselbe

1. außer dem Wege des ordentlichen Buchhandels ihm zugekommen ist, oder
2. gegen die Bestimmung des §. 3 verstößt, oder
3. rücksichtlich deren eine Beschlagnahme oder richterliche Verurtheilung erfolgt und amtlich bekannt gemacht worden ist.

§. 21.

(Vorsätzliche Mitwirkung). Die in §. 19 bestimmte Reihenfolge steht der gleichzeitigen Bestrafung der darin benannten, so wie auch anderer Personen dann nicht entgegen, wenn sie nach besonders vorhandenen Thatumständen zur Verübung des im Inhalte der Druckschrift liegenden Verbrechens vorsätzlich mitgewirkt haben.

§. 22.

(Des Verbreiters). Bei denjenigen, welche bei Verbreitung einer Druckschrift die Vorschrift des §. 13 übertreten, oder welche auch sonst, ohne daß sie im Auftrag einer Verlags- oder Buchhandlung oder der Post handeln, eine Druckschrift an eine größere Anzahl von Personen unentgeltlich austheilen, wird die im §. 21 erwähnte vorsätzliche Mitwirkung zum Verbrechen angenommen, in so fern nicht das Gegentheil aus den Umständen hervorgeht.

§. 23.

(Des Redakteurs). Für den Inhalt einer Zeitung oder Zeitschrift haftet unter allen Umständen nebst dem Verfasser der verantwortliche Redakteur, wenn er nicht beweist, daß die Aufnahme eines Aufsatzes strafbaren Inhalts ohne sein Wissen und Verschulden erfolgte.

Bei verhüllten Ehrenkränkungen wird letzterer von Strafe frei, wenn er die strafbare Eigenschaft eines aufgenommenen Aufsatzes aus dessen Inhalt weder erkennen konnte, noch auch sonst gekannt, und nebstdem den Verfasser nachgewiesen hat.

Er haftet auch dann, wenn er durch Abwesenheit oder andere Gründe an Besorgung der Re-

daktion gehindert ist, so lange nicht ein anderer verantwortlicher Redakteur nach den Bestimmungen des §. 4 bestellt ist. Ein solcher muß bestellt werden, wenn und so lange der erstere eine Freiheitsstrafe zu erleiden hat; bis dies geschehen ist, darf das Blatt nicht erscheinen.

§. 24.

(Vollendung der Preßvergehen). Die Uebertretungen der Strafgesetze durch die Presse sind dann als vollendet anzusehen, wenn die sträfliche Schrift in Verkehr gesetzt, oder auf anderem Wege in Umlauf gebracht worden ist.

Wurde die Vollendung des Druckes oder die Verbreitung der Druckschrift nur durch Umstände verhindert, die nicht von dem Willen des Angeschuldigten herrühren, so ist die Strafe nach den allgemeinen Grundsätzen über den Versuch auszumessen.

In allen Fällen wird verfügt, daß die zu einer sträflichen Schrift oder Darstellung gefertigten Platten und Formen (§. 18) unbrauchbar gemacht werden, und wenn im Falle des §. 28, Ziffer 5, oder des §. 30 eine Handschrift vor dem Drucke mit Beschlagnahme belegt worden ist, so wird auf Vernichtung derselben oder ihres sträflichen Theiles erkannt.

§. 25.

(Auswärtige Verfasser etc.). Auch der auswärtige Verfasser, Redakteur, Verleger und Drucker einer Schrift sträflichen Inhalts kann vor die badiſchen Gerichte gezogen werden, wenn dieselbe im Inlande verbreitet wurde, oder einen sträflichen Angriff gegen das Inland oder gegen dessen Behörden oder gegen eine Person im Inlande enthält.

§. 26.

(Verbot auswärtiger Zeitungen). Wenn der Herausgeber einer auswärtigen Zeitung oder Zeitschrift dem wider ihn ergangenen Urtheile nicht genügt, so kann die Verbreitung der Zeitung oder Zeitschrift, bis dies geschieht, durch das Ministerium des Innern verboten werden. Die Uebertreter dieses durch das Regierungsblatt bekannt zu machenden Verbots unterliegen der im §. 14 bestimmten Strafe, und sind für das im Inhalte eines solchen von ihnen verbreiteten Blattes liegende Verbrechen verantwortlich.

§. 27.

(Verjährung). Das Recht auf Verurtheilung ist durch Verjährung erloschen, wenn sechs Monate von dem Zeitpunkte an abgelaufen sind, wo das Vergehen oder Verbrechen begangen, oder seitdem das eingeleitete strafrechtliche Verfahren nicht weiter fortgesetzt und auch vom Ankläger nicht weiter betrieben worden ist. Nach ergangenem Urtheile tritt diese Verjährung nur in so weit ein, als der Ankläger selbst eine Abänderung des Urtheils erster Instanz verlangt.

Ist auf einer Druckschrift weder der Verfasser, noch der Herausgeber, Verleger oder Drucker genannt, so dauert die Frist zur Erhebung der Klage gegen eine bestimmte Person ein Jahr.

Durch Verfolgung eines Urhebers oder Theilnehmers wird die Verjährung auch gegen die übrigen unterbrochen.

III. Titel.

Von dem Proceßverfahren bei Preßvergehen.

Erstes Kapitel.

Von der Beschlagnahme von Druckschriften.

§. 28.

(Durch den Staatsanwalt oder die Polizeibehörde). Der Staatsanwalt oder die Polizeibehörde ist ermächtigt, jede Druckschrift mit Beschlagnahme zu belegen:

1. wenn es der Schrift an der im §. 3 geforderten Benennung oder Bezeichnung fehlt, oder wenn diese Benennung oder Bezeichnung falsch ist;
2. wenn für eine Zeitung oder Zeitschrift ein mit den gesetzlichen Erfordernissen versehener Redakteur (§§. 4 und 8) der Polizeibehörde nicht benannt ist;
3. wenn die erforderliche Kaution nicht gestellt, oder im Falle eingetretener Minderung nicht innerhalb der gesetzlichen Frist (§. 6) ergänzt worden ist;
4. wenn eine Druckschrift auf die im §. 19 untersagte Weise verbreitet wird;
5. wenn der Inhalt der Schrift ein im öffentlichen Interesse von Amtswegen zu verfolgendes Vergehen oder Verbrechen begründet, und zwar selbst dann, wenn die Druckschrift noch nicht ausgegeben, oder die Handschrift erst zum Drucke abgegeben ist, vorausgesetzt, daß dringender Verdacht vorliegt, daß der Inhalt der Schrift ein Vergehen oder Verbrechen der bezeichneten Art begründe.

Im Falle Ziffer 5 sind auch die etwa vorhandenen zur Vervielfältigung dienenden Platten oder Formen mit Beschlagnahme zu belegen.

§. 29.

(Durch das Gericht). In den nämlichen Fällen kann die Beschlagnahme auch vom Gerichte auf Antrag des Staatsanwalts verfügt werden.

Sowohl in diesem Falle, als im Falle des §. 28 ist in der Verfügung, welche den Beschlagnahme anlegt, anzugeben, auf welchen der in §. 28 Ziffer 1 bis 5 aufgeführten Gründe derselbe gestützt sei.

§. 30.

(Auf Antrag des Privatklägers). Der Antrag eines Privatklägers auf Beschlagnahme einer Druckschrift vor oder nach ihrem Ausgeben, oder einer zum Drucke abgegebenen Handschrift ist statthaft, wenn er genügend bescheinigt, daß ihm durch Verbreitung der Schrift eine Rechtsverletzung zugehe, und wenn er zugleich, wo solches erforderlich erscheint, für etwaigen Schaden und Kosten Sicherheit leistet.

§. 31.

(Gerichtliche Verfügung). Das Gericht verfügt über das Beschlagnahmegesuch sogleich nach dessen Empfang.

§. 32.

(Gerichtliche Bestätigung). Der Staatsanwalt oder die Polizeibehörde hat, wenn die Beschlagnahme nach §. 28 Ziffer 1 bis 4 erfolgte, innerhalb der nächsten 24 Stunden die Akten dem Gerichte vorzulegen, welches binnen drei Tagen von der Beschlagnahme an dieselbe bestätigt oder aufhebt, und im ersten Falle die Untersuchung einleitet.

Hat die Polizeibehörde eine Beschlagnahme auf den Grund des §. 28 Ziffer 5 angeordnet, so legt sie in derselben Frist die Akten dem Staatsanwälte vor, welcher, wenn er Grund dazu findet, binnen zehn Tagen von der Beschlagnahme an die Anklage bei dem Gerichte einreicht, und auf Bestätigung des Beschlags anträgt. Ist der Beschlagnahme (§. 28 Ziffer 5) von dem Staatsanwalt angelegt, so hat er die Anklage (§. 41) mit dem Antrage auf Bestätigung des Beschlags innerhalb drei Tagen zu übergeben. Binnen weiterer drei Tage erkennt das Gericht, ob der Beschlagnahme wieder aufzuheben sei, oder fortzubestehen habe.

Hat das Gericht selbst nach §. 29 oder 30 die Beschlagnahme verfügt, so hat der Kläger die Anklage, in so fern diese nicht schon mit dem Beschlagnahme gesuche verbunden war, innerhalb drei Tagen nachträglich einzureichen, widrigenfalls der Beschlagnahme sofort wieder aufgehoben wird.

§. 33.

(Erlöschen des Beschlags). Wird in den Fällen, wo der Staatsanwalt oder die Polizeibehörde den Beschlagnahme auf den Grund des §. 28 Ziffer 1 bis 4 verfügt hat, Demjenigen, gegen welchen derselbe verfügt wurde, die richterliche Bestätigung oder Aufhebung des Beschlages (§. 32) nicht innerhalb drei Tagen, von der polizeilichen Beschlagnahme an gerechnet, eröffnet, so verliert der Beschlagnahme ohne weitere Verfügung von Rechtswegen seine rechtliche Wirksamkeit, und dem durch den Beschlagnahme Beschädigten gebührt der Ersatz des Schadens und der Kosten aus der Staatskasse.

War der Beschlagnahme auf den Grund des §. 28 Ziffer 5 verfügt, so verliert derselbe seine Wirksamkeit mit Ablauf von vierzehn Tagen, wenn die Bestätigung desselben Demjenigen, gegen den der Beschlagnahme verfügt ist, nicht früher eröffnet wird.

Wenn Derjenige, gegen welchen der Beschlagnahme verfügt wurde, abwesend oder nicht aufzufinden ist, so gilt der Anschlag der Verfügung am Gerichtsort als Eröffnung. Wohnt er nicht am Orte des Gerichts, so erhöht sich die dreitägige Frist auf acht Tage.

Die Erlöschen oder Aufhebung des Beschlages, so wie der Verzicht des Anklägers auf denselben hindert nicht die weitere Verfolgung des Schuldigen.

§. 34.

(Wiederaufhebung). In den Fällen, wo das Gericht, ohne schon ein Exemplar der mit Beschlagnahme zu belegenden Schrift vor sich zu haben, die Beschlagnahme auf andere Bescheinigung hin erkannt oder bestätigt hat, kann dasselbe später, wenn es sich im Laufe der Untersuchung bei der Einsicht der Schrift von dem Nichtdasein des angegebenen Inhalts oder der angegebenen Form derselben überzeugt, den Beschlagnahme gleichzeitig mit der Untersuchung selbst wieder aufheben.

Zweites Kapitel.

Von dem Strafverfahren.

§. 35.

(Verechtigung zur Anklage). Die Staatsanwälte verfolgen die durch den Inhalt von Druckschriften begangenen Vergehen, so fern diese nicht bloß die Ehrenkränkung oder Verläumdung einer Privatperson enthalten.

Das Strafgesetzbuch bestimmt die Fälle, in welchen der Staatsanwalt einer Ermächtigung des Justizministeriums bedarf.

§. 36.

(Zuständigkeit des Untersuchungsrichters). Zur Führung der Untersuchung ist jedes Gericht zuständig, in dessen Bezirk das Preßvergehen begangen wurde, oder der Angeklagte seinen Wohnsitz hat.

Unter mehreren zuständigen Gerichten entscheidet das Zuvorkommen und in zweifelhaften Fällen bestimmt das Hofgericht oder, wenn die betreffenden Gerichte verschiedenen Kreisen angehören, das Oberhofgericht, welches Gericht die Untersuchung zu führen habe.

Zur Beschlagnahme und anderen eilenden Maßregeln ist jedes Gericht befugt.

§. 37.

(Konkurrenz der Preßvergehen mit gemeinen). Hat sich die wegen eines Preßvergehens zu verfolgende Person des nämlichen Vergehens auch in anderer Form schuldig gemacht, so können die verschiedenen Handlungen auf Antrag des Staatsanwalts in den Formen des Preßverfahrens, oder wenn die andere That die strafbarere ist, in den Formen des gewöhnlichen Verfahrens mit einander erledigt werden.

§. 38.

(Zuständigkeit des urtheilenden Gerichtes). Die Preßvergehen werden, so weit sie nicht vor Schwurgerichte gewiesen sind, von den Hofgerichten in Versammlungen von drei Richtern abgeurtheilt.

Bei Ehrenkränkungen oder Verläumdungen, welche von einem Privatkläger verfolgt werden, fällt jedoch nach geschlossener Untersuchung der Amtsrichter selbst das Erkenntniß, in so fern der Fall nicht nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen seine Gerichtsbarkeit übersteigt, in welchem Falle das weitere Verfahren nach Vorschrift des gegenwärtigen Kapitels eintritt.

§. 39.

(Unverschiebliche Maßregeln). Ist ein Verbrechen durch die Presse begangen worden, welches die Verhaftung des Thäters, schleunige Hausdurchsuchung oder andere unverschiebliche Maßregeln rechtfertigt, so sind diese auch ohne vorausgegangene Anklage anzuordnen.

Der Staatsanwalt ist, so fern die Maßregel nicht von ihm selbst ausging, davon sogleich in Kenntniß zu setzen, und hat binnen zehn Tagen von der verfügten Maßregel an, oder, wenn die letztere von ihm selbst ausging, binnen drei Tagen die Anklage zu erheben, widrigenfalls die fürsorglich ergriffenen Maßregeln unverzüglich wieder aufzuheben sind.

§. 40.

(Beschwerdeführung und Suspendireffekt). Gegen das Erkenntniß, welches die Beschlagnahme oder einen Verhaft verfügt, versagt oder wieder aufhebt, findet binnen drei Tagen Beschwerdeführung an das Hofgericht statt.

Der Vollzug des unterrichterlichen Erkenntnisses, welches die Beschlagnahme oder den persönlichen Verhaft verfügt, wird durch die Beschwerdeführung nicht aufgehalten.

§. 41.

(Anklage). Vorbehaltlich der Bestimmung des §. 39, Absatz 1 beginnt das Strafverfahren nur auf die bei dem zuständigen Untersuchungsgericht eingereichte Anklage des Staatsanwalts oder Privatklägers.

Die Anklage muß enthalten:

1. die genaue Bezeichnung der Druckschrift und der Stellen, auf welche die Anklage gegründet wird;
2. die Benennung des Vergehens, wegen dessen die Anklage erhoben wird;
3. die Benennung der angeschuldigten Personen;
4. den Antrag auf Schuldigerklärung und das Maaß der Strafe.

§. 42.

(Verfügung darauf und Refurs gegen eine Ladungsverfügung). Das Gericht verfügt sofort, wenn Grund zur gerichtlichen Verfolgung vorhanden ist, die Vorladung des Angeklagten zum persönlichen Erscheinen unter Mittheilung der Anklageschrift und mit dem Bedrohen, daß bei seinem Ausbleiben oder bei verweigerter Antwort die in der Anklageschrift vorgetragenen Thatfachen für zugestanden angesehen und weitere Vertheidigungsmittel nicht mehr zugelassen werden sollen.

Gegen die Verfügung der Ladung steht dem Ankläger der Refurs zu.

§. 43.

(Untersuchung). Läßt sich der Angeklagte vernehmen, so ist die Sache durch eine Untersuchung, so weit sie nöthig ist, in spruchreifen Stand zu setzen und sodann (vorbehaltlich der Fälle des §. 38, Absatz 2) dem Hofgerichte vorzulegen.

Beiden Theilen wird am Schlusse der Untersuchung Einsicht der Akten gestattet, und eine Frist von acht Tagen anberaumt, binnen welcher dem Ankläger die Einreichung eines Nachtrags zur Anklage, beiden Theilen die Stellung von Anträgen auf Ergänzung der Untersuchung gestattet ist. Diesen Anträgen hat das Gericht, wenn sie auf erhebliche Thatfachen gerichtet sind, zu entsprechen.

In gleicher Frist haben beide Theile diejenigen Zeugen oder Sachverständigen zu benennen, deren nochmalige Vernehmung vor dem Hofgerichte sie verlangen.

§. 44.

(Ausbleiben des Angeklagten). Erscheint oder antwortet der Angeklagte nicht, so wird der angedrohte Rechtsnachtheil ausgesprochen und, wenn er sich innerhalb acht Tagen nach der Er-

Öffnung dieses Beschlusses nicht vor Gericht stellt, um sich nachträglich zu vertheidigen, werden die Akten dem Hofgerichte vorgelegt.

Ist der Angeklagte abwesend oder flüchtig, so wird die Vorladung durch Anschlag am Orte des untersuchenden Gerichts, und nebstdem durch einmalige Einrückung in die Zeitung der Residenz bekannt gemacht. Auf gleiche Weise wird auch das verurtheilende Erkenntniß, jedoch ohne die Entscheidungsgründe, öffentlich verkündet; es gilt am dreißigsten Tage nach dem Einrücken in die Zeitung als dem Angeklagten eröffnet.

§. 45.

(Wiederherstellung, Wiederaufnahme). Für die Wiederaufnahme des Verfahrens und für die Wiederherstellung gegen die Versäumung von Fristen oder von Tagfahrten sind die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen maßgebend.

§. 46.

(Schlußverhandlung beim Hofgerichte). Wenn bei dem Hofgerichte eine geschlossene Untersuchung einkommt, so ordnet es, sofern die Sache zu seiner Zuständigkeit gehört, sogleich einen Gerichtstag zur mündlichen Verhandlung an. Dieser Gerichtstag darf nicht über vier Wochen hinausgesetzt werden. Der Ankläger, der Angeklagte und ihre Vertreter, wenn sie solche aufgestellt haben, werden dazu unter Androhung des Ausschlusses mit ihrer Rechtsausführung vorgeladen.

Ferner werden diejenigen Zeugen oder Sachverständige vorgeladen, deren nochmalige Vernehmung in der Schlußverhandlung (§. 43) von einer Partei beantragt ist und von dem Hofgerichte für erheblich erachtet wird.

Für die Fälle, wo der Angeklagte nicht erscheint, ist der §. 321 der Strafprozeßordnung maßgebend, und beim Ausbleiben von Zeugen und Sachverständigen kommen die §§. 220 bis 223 zur Anwendung.

Neue Thatfachen und Beweise können bei der Verhandlung, vorbehaltlich der Bestimmung des §. 237 der Strafprozeßordnung, nicht vorgebracht werden.

Der Präsident des Gerichtshofs läßt diejenigen Aktenstücke in der Sitzung verlesen, deren Kenntniß zum besseren Verständniß der mündlichen Vorträge als nöthig erscheint.

§. 47.

(Directe Vorladung). Handelt es sich um eine Anklage gegen einen Verfasser, der sich auf der Druckschrift selbst genannt hat, oder gegen den verantwortlichen Herausgeber einer Zeitschrift oder Zeitung, so kann mit Umgehung einer gerichtlichen Voruntersuchung der Ankläger dem Hofgerichte sogleich eine Anklageschrift übergeben.

In diesem Falle stellt das Hofgericht, wenn es die Anklage für begründet hält, dem Angeklagten die Anklageschrift zu und ladet ihn unter dem Rechtsnachtheile des §. 42 in eine, nicht über drei Wochen hinausgehende Sitzung zur Verhandlung und Aburtheilung vor, mit dem Beisatze, daß er, in so fern er Entschuldigungs-thatfachen vorzubringen gedenke, dieselben spätestens

drei Tage vor dem Sitzungstage vorzutragen und den Beweis dafür anzutreten habe, widrigenfalls er damit nicht mehr gehört werde.

Erfolgt ein solcher Vortrag und hält das Hofgericht die vorgebrachten Thatfachen für erheblich, so ordnet es unter Zurücknahme der Ladung eine Voruntersuchung an, worauf das gewöhnliche Verfahren eintritt. Das Hofgericht kann jedoch auch hier in einfachen Fällen die Voruntersuchung umgehen und nöthigenfalls unter Verlegung der Tagfahrt die Erhebung der Beweise in der Sitzung selbst anordnen.

§. 48.

(Aburtheilung durch das Schwurgericht). Eignet sich die Sache zur Aburtheilung durch das Schwurgericht, so treten nach geschlossener Voruntersuchung die für dieses Verfahren gegebenen besonderen Bestimmungen ein.

In den Fällen des §. 47 kann jedoch, wenn der Staatsanwalt mit Umgehung einer gerichtlichen Voruntersuchung die Anklageschrift übergibt, das Hofgericht, sofern es die Anklage für begründet hält, den Angeklagten über die Anklageschrift durch den Untersuchungsrichter vernehmen lassen, und in so fern derselbe keine erhebliche Entschuldigungsthatfachen vorbrachte, ihn ohne weitere Formen in die nächste Schwurgerichtssitzung, selbst noch in eine Sitzung des schon versammelten Schwurgerichts vorladen.

§. 49.

(Verteidiger). Da wo der Staatsanwalt auf peinliche Strafe anträgt, wird ein Verteidiger von Amtswegen bestellt, wenn der Angeklagte einen solchen zu wählen unterläßt.

In andern Fällen ist ohne Unterschied, ob die Sache vor dem Hofgericht oder vor dem Schwurgericht verhandelt werde, die Vorschrift des §. 214, Absatz 4 der Strafprozeßordnung maßgebend.

§. 50.

(Oeffentlichkeit). Die Verhandlungen vor dem Hofgericht oder vor dem Schwurgerichte sind öffentlich, so fern nicht das Hofgericht, beziehungsweise der Schwurgerichtshof, aus Gründen der sittlichen Schicklichkeit eine geheime Sitzung im Sinne des §. 227 der Strafprozeßordnung anordnet.

§. 51.

(Beiladung des Staatsanwalts). Der Staatsanwalt ist, auch wenn er die Anklage nicht erhoben hat, zu der Verhandlung zu laden, und mit seinen etwaigen Bemerkungen zu hören.

§. 52.

(Leitung u. der Schlußverhandlung). Bezüglich auf die Leitung der Verhandlung, die Beschlüsse des Präsidenten, der Richter und des Staatsanwaltes, und den Inhalt des Sitzungsprotokolls treten die Bestimmungen des XVII. Titels der Strafprozeßordnung in Anwendung.

§. 53.

(Urtheil). Ebenso ist die Berathung, die Fassung und Verkündung des Urtheils nach den §§. 241 und 243 bis 246 der Strafprozeßordnung vorzunehmen.

§. 54.

(Beschränkung und Verzicht). Das Gericht kann auf keine höhere Strafe erkennen, als auf diejenige, welche vom Staatsanwalt oder vom Privatankläger in Antrag gebracht wurde.

So lange das Urtheil nicht verkündet ist, kann der Kläger in jeder Lage des Verfahrens gegen Vergütung aller Kosten und des Schadens die Klage wieder zurücknehmen und ebenso kann der Staatsanwalt mit rechtlicher Gültigkeit gegen den Angeklagten die gerichtliche Verfolgung wieder aufgeben, in welchem Falle die Staatskasse die Kosten trägt.

§. 55.

(Nach Stimmenmehrheit). Das Hofgericht, so wie der Schwurgerichtshof, faßt das Urtheil nach Stimmenmehrheit, einschließlich der Stimme des Präsidenten.

§. 56.

(Rekurs. Anschließung). Der Rekurs gegen Erkenntnisse des Amtsgerichts (§. 38 Absatz 2) an das Hofgericht, und gegen erstinstanzliche Erkenntnisse des Hofgerichts an das Oberhofgericht, steht sowohl dem Ankläger als dem Angeklagten zu, und ebenso das Recht der Anschließung an den vom Gegentheile ergriffenen Rekurs.

Die Rechtsmittel gegen Erkenntnisse der Schwurgerichte richten sich nach den besonderen Bestimmungen des Schwurgerichtsgesetzes.

§. 57.

(Förmlichkeiten). Der Rekurs (§. 42 Absatz 2 und §. 56 Absatz 1) ist innerhalb einer Nothfrist von acht Tagen mit Bezeichnung der Beschwerdepunkte und Stellung der Anträge bei dem urtheilenden Gerichte anzuzeigen.

Sind die Beschwerdepunkte nicht bezeichnet, so wird angenommen, daß der Rekurs gegen alle Theile des Erkenntnisses gerichtet sei.

§. 58.

(Der Anschließung). In Bezug auf die Anschließung treten die Bestimmungen des §. 281 der Strafprozeßordnung in Anwendung.

§. 59.

(Keine Neuheiten). Die Anführung neuer Thatfachen oder Beweise findet in der Rekursinstanz nicht statt.

§. 60.

(Suspensivseffekt). Bis zum Ablaufe der achttägigen Nothfrist (§. 57) ist mit dem Urtheils-

vollzug einzuhalten, und die innerhalb dieser Frist geschehene Refursanzeige bewirkt den fernern Aufschub des Vollzugs.

§. 61.

(Schlußverhandlung beim Refursgericht). Die Anzeige des Refurses so wie der Anschließung wird dem Gegentheile sogleich mitgetheilt.

Ist eine Anschließungsanzeige eingekommen, oder die dazu bestimmte Frist von acht Tagen (§. 58) abgelaufen, so werden die Akten dem Refursgerichte unverzüglich vorgelegt, welches hier, wie in den Fällen des §. 15, zur mündlichen Rechtsausführung einen, nicht über vier Wochen hinauszuführenden Gerichtstag bestimmt, wozu der Staatsanwalt, der Privatkläger, der Angeklagte und ihre Vertreter, wo sie solche aufgestellt haben, vorgeladen werden.

Handelt es sich um den Refurs gegen ein Erkenntniß, welches die Ladung auf eine Anklage versagt hat, so wird nur der Ankläger in die Sitzung vorgeladen.

§. 62.

(Vertheidiger). In Beziehung auf die Aufstellung eines Vertheidigers kommt bei dem Refursgericht stets die Vorschrift des §. 214, Absatz 4 der Strafprozeßordnung zur Anwendung.

§. 63.

(Verfahren beim Refursgericht). Die Vorschriften der §§. 50 bis 55 finden auch bei dem Refursverfahren Anwendung.

§. 64.

(Stimmenzahl beim Oberhofgericht). Zur Verhandlung und Entscheidung bei dem Oberhofgerichte sind fünf Richter mit Einschluß des Präsidenten nöthig.

§. 65.

Dieses Gesetz tritt an die Stelle der hiermit aufgehobenen, die Presse betreffenden Gesetze vom 28. Dezember 1831, Regierungsblatt 1832, Nr. II., vom 1. März 1848, Regierungsblatt Nr. X., und vom 10. April 1849, Regierungsblatt Nr. XXIII.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 15. Februar 1851.

Leopold.

v. Marschall. Stabel.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Vorliegendes Gesetz über die Presse tritt mit dem 1. März d. J. in Wirksamkeit.

Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 15. Februar 1851.

Leopold.

v. Marshall. Stabel.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs:
Schungart.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Montag den 24. Februar 1851.

Inhalt.

Gesetze: die Abänderung des Conscriptionsgesetzes betreffend; die Aufhebung der befreiten Gerichtsstände betreffend.
Unmittelbare allerhöchste Entschlüsse Seiner Königlich hohen Hoheit des Großherzogs: Erlaubnis zur Annahme fremder Orden. Medaillenverleihung. Dienstaufträge.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien: Bekanntmachung des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: Die einstweilige Fortdauer des Handels- und Schiffahrtsvertrags mit dem Königreiche Belgien betreffend. — Bekanntmachungen des Justizministeriums: Die Verleihung des Schriftverfassungsrechts an den früheren Obergerichtsadvocaten von Feter betreffend. Die Verleihung des Schriftverfassungsrechts an den Rechtspraktikanten Gamber betreffend. Das Ergebnis der letzten Prüfung der Rechtscandidates betreffend. — Bekanntmachungen des Ministeriums des Innern: Die Zuteilung der Gemeinden Euligheim und Reibelsbach zu dem Amte Borberg betreffend. Die Stiftung des verstorbenen Oberraths David Zimmern von Heidelberg zu Gunsten der Armen der israelitischen Gemeinde daselbst betreffend. — Bekanntmachung des Kriegeministeriums: Die Widersetzlichkeit gegen die Gendarmen betreffend. — Bekanntmachung: Die Preisbestimmung des großherzoglichen Regierungsblattes für das Jahr 1850 betreffend.

Dienstverordnungen.

Gesetz, die Abänderung des Conscriptionsgesetzes betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

§. 1.

An die Stelle des Gesetzes vom 12. Februar 1849 (Regierungsblatt Nr. VI.) tritt das Conscriptionsgesetz vom 14. Mai 1825 (Regierungsblatt Nr. X.) mit den Nachträgen zu demselben wieder in volle Kraft, mit folgenden Aenderungen:

§. 2.

Denjenigen jungen Männern, welche sich den Wissenschaften, Künsten oder höheren Gewerben widmen und bereits einen solchen Grad wissenschaftlicher oder künstlerischer Bildung erworben haben, der ihre Fähigkeit zu einer höheren Ausbildung bekundet, soll es im Frieden gestattet sein, ihre Verpflichtung zum Kriegsdienste in der Linie durch eine fortlaufende einjährige Dienstzeit zu lösen, in der Weise, daß sie die übrige Dienstzeit, außerordentliche Fälle abgerechnet, in Urlaub zu verbleiben haben.

Die Wahl der Waffe und des Regiments steht ihnen frei, in so fern sie von der Kriegsbehörde als zu der gewählten Waffe für tauglich erklärt werden.

§. 3.

Diese freiwillig Eintretenden sind jedoch verpflichtet, die Kosten ihrer Unterhaltung und Kleidung, so wie, bei den berittenen Waffen, die Anschaffung ihres Pferdes und dessen Unterhaltung aus eigenen Mitteln zu bestreiten, es sei denn, daß sie darthun, daß sie eine ausgezeichnete wissenschaftliche oder Kunstbildung oder Gewerbsgeschicklichkeit sich erworben haben und dabei nachweisen, daß sie nicht genügendes Vermögen besitzen, um jenen Aufwand bestreiten zu können.

§. 4.

Jedem jungen Manne bleibt es überlassen, nach vollendetem siebenzehnten Lebensjahre, wenn er die nöthige körperliche Stärke hat, sich zum Kriegsdienste zu melden, wodurch er sodann um eben so viel Jahre früher aus den verschiedenen Verpflichtungen tritt.

§. 5.

Während der Jahre 1851 und 1852 können als Einsteher nur solche zugelassen werden, welche von dem Kriegsministerium als dazu geeignet erklärt werden.

Das Kriegsministerium wird eine Liste zu empfehlender Einsteher aufstellen, und in dieselbe nur solche Personen eintragen, welche für einen Einstand bei der Infanterie nicht über 450 fl. und bei den übrigen Waffengattungen nicht über 500 fl. fordern.

§. 6.

Während der Jahre 1851 und 1852 kann das Kriegsministerium auch an die Stelle eines Einsteher's einen Andern aufnehmen, wenn derselbe unter den nämlichen Bedingungen, wie der erstere, zum Einstehen bereit ist. Der abberufte Theil wird dem vom Pflichtigen gestellten Einsteher ausbezahlt.

In einem solchen Fall hat der Einsteller für den vom Kriegsministerium aufgenommenen Einsteher nicht zu haften.

§. 7.

So lange die Haftungsverbindlichkeit des Einstellers besteht, können Einstandskapitalien und deren nicht verfallene Zinsen weder Gegenstand eines Vertrages noch einer gerichtlichen Beschlagnahme sein.

Ausnahmsweise kann das Kriegsministerium, vorbehaltlich der Rechte des Einstellers, solche Verträge gestatten.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 13. Februar 1851.

Leopold.

A. v. Hogenbach. v. Marschall.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Gesetz, die Aufhebung der befreiten Gerichtsstände betreffend.

**Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.**

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschloffen und verordnen, wie folgt:

Art. 1.

Die befreiten Gerichtsstände in bürgerlichen Streitigkeiten, in Strafsachen und in Sachen der nicht freitigen Gerichtsbarkeit sind aufgehoben, jedoch bleibt es in Bezug auf den Gerichtsstand der Mitglieder der großherzoglichen Familie, ihre bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten mit dritten Personen ausgenommen, bei den bisherigen Rechten.

Art. 2.

Die Gerichtsbarkeit über Militärpersonen und über die Studirenden an den beiden Landesuniversitäten ist durch besondere Gesetze bestimmt.

Art. 3.

Auf bereits anhängige Rechtsangelegenheiten findet der Art. 1 keine Anwendung.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 15. Februar 1851.

Leopold.

Stabel.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

**Unmittelbare allerhöchste Entschliefungen Seiner Königlichen Hoheit
des Großherzogs.**

Erlaubniß zur Annahme fremder Orden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben
unter dem 16. d. M.

dem Staatsminister Höchstihres Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherrn Rüd von Collenberg, so wie dem Präsidenten des großherzoglichen Ministeriums des Innern, Staatsrath Freiherrn Marschall von Bieberstein die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß gnädigst ertheilt, die ihnen von Seiner Majestät dem Könige von Württemberg verliehenen Friedrichsorden anzunehmen und zu tragen.

Medaillenverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit höchster Entschliebung vom 12. d. M. dem Verwaltungsdienner und Mittlerer Burkard Item in Mannheim, in Anerkennung seiner langjährigen Dienstzeit und stets bewährten Dienstreue, die silberne Civilverdienstmedaille allergnädigst zu verleihen geruht.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben
unter dem 11. Februar d. J.

den dermaligen Vorstand des großherzoglichen Oberhofmarschallamts, Kammerherren Freiherrn Ferdinand Röder von Diersburg, zum Hofmarschall gnädigst zu ernennen, und in Folge der Versetzung des bisherigen Commandanten des großherzoglichen Contingents in der Bundesfestung Rastatt, Oberstlieutenant und Commandanten des 5. Infanterie-Bataillons Dreyer nach Mannheim, die gedachte Function dem Major und Commandanten des 7. Infanterie-Bataillons von Adelsheim zu übertragen geruht.

Allerhöchstdieselben haben Sich ferner gnädigst bewogen gefunden:
unter dem 12. Februar d. J.

in Folge anderweitiger Besetzung der Stelle des Geniedirectors der Bundesfestung Rastatt den Hauptmann und Adjutanten Heusch von dieser demselben provisorisch übertragenen Function unter Anerkennung seiner guten Dienstführung zu entheben;

unter dem 13. Februar d. J.

die auf den Geheimen Hofrath Professor Dr. Zell gefallene Wahl zum Prorector der Universität Heidelberg für das Studienjahr 1851 bis 1852 zu bestätigen;

die Verwaltung des Universitätsamtes Heidelberg auf Widerruf dem Assessor Wedekind bei dem dortigen Oberamte zu übertragen;

den Bahningenieur Bark zu Dos aus dem Staatsdienste zu entlassen;

den evangelischen Pfarrer Röster in Schatthausen auf sein unterthänigstes Ansuchen in den Ruhestand zu versetzen;

den Verzicht des Pfarrverwesers Karl Kilian von Grombach auf die evangelische Pfarrei Ittersbach zu genehmigen;

die evangelische Pfarrei Sulzburg, Bezirksamts Müllheim, dem Pfarrer Spangenberg in Wies zu übertragen;

den Pfarrer Trion in Randern, seinem unterthänigsten Ansuchen gemäß, in den Ruhestand zu versetzen;

den Verzicht des Pfarrers Joseph Fischer in Fischbach auf die katholische Pfarrei Dachingen, Bezirksamts Willingen, zu genehmigen, und diese Pfarrei dem Kaplaneiverweser und Lehrer an der höheren Bürgerschule zu Willingen, Johann Nepomuk Oberle daselbst zu übertragen;

die katholische Pfarrei Neudenu, Bezirksamts Mosbach, dem Dekan und Pfarrer Johann Michael Christophel in Hardheim, und

die katholische Pfarrei Oberspigenbach, Bezirksamts Waldbirch, dem Kaplaneiverweser Heinrich Mergel in Waldbirch zu übertragen;

unter dem 14. Februar d. J.

den Obergrenzcontroleur Ruppert in Nonnenweier zum Hauptamtscontroleur bei dem Hauptzollamt bei Rheinfelden zu ernennen, und den dortigen Hauptamtscontroleur Olinger in gleicher Eigenschaft zu dem Hauptsteueramt Thingen zu versetzen;

den Bezirksförster von Lindenberg in Geisingen aus dem Staatsdienste zu entlassen;

unter dem 15. Februar d. J.

den Rechtspraktikanten Karl Rärcher von Karlsruhe zum Assessor bei dem Bezirksamte Achern zu ernennen;

den Amtschirurgen Eduard Willibald zu Stühlingen auf das Amtschirurgat Schönau im Oberrheinkreise zu versetzen;

das erledigte Amtschirurgat Jetteten in Griesen dem praktischen Arzte Ferdinand Speri von Freiburg, unter Ernennung desselben zum Amtschirurgen,

das erledigte Amtschirurgat Engen dem praktischen Arzte Gervas Faller in Geisingen, unter Ernennung desselben zum Amtschirurgen,

das erledigte Amtschirurgat Stockach dem praktischen Arzte August Mayer daselbst, unter Ernennung desselben zum Amtschirurgen,

das erledigte Amtschirurgat Reuzingen dem provisorischen Verwalter desselben, praktischen Arzte Ignaz Winterhalter daselbst, unter Ernennung desselben zum Amtschirurgen,

das erledigte Amtschirurgat Durlach dem praktischen Arzte Baum daselbst, unter Ernennung desselben zum Amtschirurgen,

das erledigte Amtschirurgat Ladenburg dem praktischen Arzte Heinrich von Bigage in Schriesheim, unter Ernennung desselben zum Amtschirurgen, und

dem Assistenzarzte Ergglet in Schiltach, unter Ernennung desselben zum Amtschirurgen, das Amtschirurgat Bretten zu übertragen;

den evangelischen Pfarrer Grohe in Weingarten in den Ruhestand zu versetzen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die einstweilige Fortdauer des Handels- und Schifffahrtsvertrags mit dem Königreiche Belgien betreffend.

Nach einer zwischen den Regierungen der Zollvereinsstaaten getroffenen Verabredung soll der bereits gekündigte Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Belgien vom 1. September 1844, so wie

die Uebereinkunft zur Unterdrückung des Schleichhandels vom 26. Juni 1846, vom 1. Januar 1851 an einstweilen noch auf ein Jahr fortbauern.

Diese Bestimmung wird in Folge höchster Entschließung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 6. dieses, Nr. 221, hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 11. Februar 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

J. A. v. M.
von Actuer.

Vdt. F. v. Dusch.

Die Verleihung des Schriftverfassungsrechts an den bisherigen Obergerichtsadvokaten von Feder betreffend.

Durch dieseitigen Beschluß vom Heutigen, Nr. 1522, wurde dem bisherigen Obergerichtsadvokaten von Feder in Bruchsal gestattet, zur Ausübung des Schriftverfassungsrechts in gerichtlichen Angelegenheiten seinen Wohnsitz in Offenburg zu nehmen.

Carlsruhe, den 15. Februar 1851.

Großherzogliches Justizministerium.

Stabel.

Vdt. Ullmann.

Die Verleihung des Schriftverfassungsrechts an den Rechtspraktikanten Gamber betreffend.

Durch dieseitigen Beschluß vom Heutigen, Nr. 1523, wurde dem Rechtspraktikanten Gamber von Säckingen gestattet, zur Ausübung des Schriftverfassungsrechts in gerichtlichen Angelegenheiten seinen Wohnsitz in Bühl zu nehmen.

Carlsruhe, den 15. Februar 1851.

Großherzogliches Justizministerium.

Stabel.

Vdt. Ullmann.

Das Ergebniß der letzten Prüfung der Rechtscandidateu betreffend.

Von vierzehn Rechtscandidateu, welche sich der letzten Prüfung unterzogen haben, sind durch Beschluß vom Heutigen, Nr. 1718, folgende neun unter die Zahl der Rechtspraktikanten aufgenommen worden:

Julius von Gloßmann von Baden,
Georg Seybel von Offenburg,
Johann Valentin Hörst von Wallbüren,
Ludwig von Theobald von Gernsbach,
Oskar Regener von Carlsruhe,

Otto Frey von Rastatt,
 Belda Heimerdinger von Karlsruhe,
 Eberhard Pahl von Wertheim, und
 Adrian Pfaff von Heidelberg.

Karlsruhe, den 20. Februar 1851.

Großherzogliches Justizministerium.

Stabel.

Vdt. Ullmann.

Die Zuteilung der Gemeinden Cubigheim und Reibelsbach zu dem Amte Borberg betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben allergnädigst auszusprechen geruht, daß die bisher zu dem Bezirksamte Adelsheim gehörigen Gemeinden Cubigheim und Reibelsbach dem Bezirksamte Borberg zuzuteilen seien.

Karlsruhe, den 6. Februar 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Die Stiftung des verstorbenen Oberraths David Zimmern von Heidelberg zu Gunsten der Armen der israelitischen Gemeinde daselbst betreffend.

Der verstorbene Oberrath David Zimmern zu Heidelberg hat der dortigen israelitischen Gemeinde den Betrag von 500 fl. unter der Bedingung vermacht, daß die Zinsen hieraus alljährlich den zwei ältesten Armen gegeben werden, und die Stiftung seinen Namen führe. Diese Stiftung hat die Staatsgenehmigung erhalten, und wird zum ehrenden Andenken des Stifters hiermit veröffentlicht.

Karlsruhe, den 12. Februar 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Die Widerseßlichkeit der Soldaten gegen die Gendarmen betreffend.

In Gemäßheit höchster Entschließung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 14. d. M., Nr. 322, 323, wird hiermit verordnet:

Gendarmen sind bei Ausübung ihres Dienstes als Patrouillen zu betrachten, daher Soldaten, welche sich ihnen widersetzen, nach Kriegsartikel 6 sich einer Insubordination schuldig machen.

Soldaten, welche von einem im Dienste befindlichen Gendarmen zur Hülfe gerufen werden, haben der Aufforderung unweigerlich Folge zu leisten.

Carlsruhe, den 18. Februar 1851.

Großherzogliches Kriegsministerium.

A. von Roggenbach.

Vdt. Wenz.

Die Preisbestimmung des großherzoglichen Regierungsblattes für das Jahr 1850 betreffend.

Der Preis des vorjährigen Regierungsblattes wird bei einer Bogenzahl von 72 auf

Fünzig vier Kreuzer

per Exemplar vertragsmäßig bestimmt, und bemerkt, daß für die auswärtige Versendung eine Expeditionsgebühr von

Dreißig Kreuzern

für jedes Exemplar gleichzeitig zu berichtigen, und die Buchdruckerei von Malisch und Vogel durch Beschluß großherzoglichen Staatsministeriums vom 3. Januar d. J., Nr. 23, ermächtigt ist vom Jahre 1851 an statt bisherigen 27 fr. für die Zukunft den vertragsmäßigen Preis für 56 Bogen, à ¼ fr. per Bogen mit

Bierzig zwei Kreuzern

von den Abonnenten voraus zu erheben.

Carlsruhe, den 19. Februar 1851.

Secretariat des großherzoglichen Staatsministeriums, als Redaction des großherzoglichen Regierungsblattes.

Schunggart.

Dienst erledigungen.

Die evangelische Pfarrei Brombach, Dekanats Lörrach, mit einem Competenzanschlag von 834 fl. 22 fr. ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber haben sich binnen sechs Wochen durch ihre Dekanate bei dem evangelischen Oberkirchenrathe zu melden.

Durch das am 4. August v. J. erfolgte Ableben des Pfarrers Sartori ist die katholische Pfarrei Mosbach mit einem beiläufigen Jahresertrag von 11—1200 fl. in Erledigung gekommen. Auf diesem Einkommen haftet die Verbindlichkeit, einen Vikar zu halten, den Rest eines Kapitalbetrages von 52 fl. 39 fr. für Prozeßkosten zu bezahlen, und einen Vorschuß von 456 fl. 55 fr. für Herstellung des Pfarrgartens mittelst eines noch zu bestimmenden Provisoriums zu tilgen. Außer dem genannten Einkommen befand sich die Pfarrei bisher im Bezuge einer Holzcompetenz, welche jedoch in neuester Zeit von der fürstlich leiningenschen Generalverwaltung bestritten worden ist. Die Bewerber um diese Pfarrei haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrath binnen sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Mittwoch den 26. Februar 1851.

Inhalt.

Gesetze: Das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend. Die Abänderung verschiedener Bestimmungen des Gesetzes vom 31. Dezember 1831 über die Rechte der Gemeindeglieder und die Erwerbung des Bürgerrechts betreffend. Die Entschädigungspflicht der Gemeindeglieder wegen der bei Zusammenrottungen verübten Verbrechen betreffend.

Gesetz, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen,
wie folgt:

Abschnitt I.

Von den Vereinen und Versammlungen im Allgemeinen.

§. 1.

Die Staatsangehörigen haben das Recht, zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwider laufen, Vereine zu gründen und sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

Die Ausübung dieses Rechts unterliegt den nachstehenden Bestimmungen.

§. 2.

Der Staatsbehörde steht das Recht zu, jene Vereine aufzulösen und jene Versammlungen im Voraus zu verbieten, welche die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wohl gefährden.

Die Auflösung eines Vereins auf den Grund dieser Bestimmung erfordert einen Beschluß des Ministeriums des Innern, welcher öffentlich bekannt gemacht werden muß.

Eine einstweilige vorsorgliche Schließung eines solchen Vereins und die Versiegelung seiner Papiere steht auch der Bezirkspolizeibehörde zu, wenn Gefahr auf dem Verzug ist.

Erfolgt hierauf nicht innerhalb vierzehn Tagen entweder die definitive Auflösung des Vereins durch Beschluß des Ministeriums des Innern, oder ein Einschreiten der Gerichte, so gilt die vorsorgliche Verfügung der Bezirkspolizeibehörde in jeder Hinsicht als nicht erlassen.

Die Staatsregierung kann auch die Theilnahme an auswärtigen, die Sicherheit des Staats oder das öffentliche Wohl gefährdenden Vereinen verbieten.

Abschnitt II.

Von den Vereinen.

1. Von politischen Vereinen.

§. 3.

Vereine, welche eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecken, haben die Verpflichtung, aus den Vereinsgliedern Vorsteher zu wählen und Statuten aufzusetzen, welche den Zweck und die Wirksamkeit des Vereins genau bezeichnen. Das Verzeichniß der Vorsteher und Mitglieder, so wie die Statuten, sind binnen drei Tagen nach der Gründung — und etwaige Aenderungen derselben oder der Vereinsvorsteher, binnen drei Tagen, nachdem sie eingetreten — der Bezirkspolizeibehörde vorzulegen; auch ist derselben jede auf den Verein bezügliche Auskunft auf Verlangen zu erteilen. Ueber diese Anzeige hat die Bezirkspolizeibehörde sofort eine Bescheinigung auszustellen.

Die Aenderungen im Stande der Mitglieder sind jährlich zur Anzeige zu bringen, wenn dies nicht früher verlangt wird.

§. 4.

Nichtdeutsche können nicht Mitglieder politischer Vereine im Großherzogthum sein.

§. 5.

Minderjährige können weder Mitglieder politischer Vereine sein, noch an den Verhandlungen in den Versammlungen derselben Theil nehmen.

§. 6.

Politischen Vereinen ist nicht gestattet, mit anderen politischen Vereinen zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung zu treten, insbesondere nicht in der Art, daß entweder die einen den Beschlüssen und Organen des andern unterworfen, oder mehrere solche Vereine unter einem gemeinsamen Organe zu einem gegliederten Ganzen vereinigt werden.

Auch ist ihnen untersagt, Beschlüsse in der Form von Gesetzen, Verordnungen, Rechtssprüchen oder anderen Erlassen der öffentlichen Behörden zu fassen.

§. 7.

Kein Staatsgebäude oder Gemeindehaus oder zum Gottesdienst bestimmtes Gebäude darf, selbst nicht vorübergehend, oder für einzelne Fälle, zur Abhaltung von Versammlungen eines politischen Vereins benützt werden.

§. 8.

In so weit nicht Ort und Zeit der jeweiligen Versammlungen eines politischen Vereins durch die Statuten oder sonst der Bezirkspolizeibehörde im Allgemeinen zum Voraus angezeigt sind,

ist jede einzelne Versammlung desselben, und andernfalls jede (unregelmäßig) zu einer andern Zeit oder an einem andern Orte abzuhalten, wenigstens vierundzwanzig Stunden vorher der Bezirkspolizeibehörde zur Kenntniß zu bringen, welche darüber sofort eine Bescheinigung zu erteilen hat.

Beginnt die Versammlung nicht spätestens eine Stunde nach der in der Anzeige angegebenen Zeit, so ist die später beginnende Versammlung als vorschriftsmäßig angezeigt nicht anzusehen. Dasselbe gilt, wenn eine Versammlung die länger als eine Stunde ausgesetzte Verhandlung wieder aufnimmt.

Die Einladungen zu den nicht regelmäßigen Versammlungen müssen immer mit den Unterschriften derjenigen, welche sie ergehen lassen, versehen sein.

§. 9.

Zu solchen Versammlungen (§. 8) kann die Polizeibehörde einen oder zwei öffentliche Beamte oder andere Bevollmächtigte abordnen. Dieselben müssen, so weit sie nicht eine Dienstkleidung tragen, durch ein besonderes Abzeichen kenntlich und jedenfalls mit einer Vollmachtsurkunde versehen sein. Es ist ihnen in der Versammlung der von ihnen verlangte Platz einzuräumen.

Sie können vom Vorstande verlangen, daß ihnen Name, Stand und Wohnort der aufgetretenen Redner angegeben werden.

§. 10.

Den Vorsitzenden, Vorstehern und Schriftführern dieser Versammlungen liegt es ob, für Aufrechterhaltung der Ordnung und des Gesetzes Sorge zu tragen.

Sie sind verpflichtet, den Rednern, welche durch ihren Vortrag die Gesetze verletzen, oder zu strafbaren Handlungen auffordern oder anreizen, das Wort zu entziehen, und wenn ihren Anordnungen nicht sofort Folge geleistet wird, die Versammlung aufzulösen.

Das Gleiche hat zu geschehen, wenn überhaupt durch die Fortsetzung der Versammlung in irgend einer Weise die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wohl als bedroht erscheint.

§. 11.

Die Abgeordneten der Polizeibehörden können, vorbehaltlich des gegen die Betheiligten einzuleitenden Strafverfahrens, den Vorstand zur Auflösung der Versammlung auffordern, oder nach Umständen diese Auflösung selbst aussprechen, wenn

1. Vorträge gehalten, Anträge oder Vorschläge erörtert, oder Äußerungen gethan werden, die zu Gesetzesübertretungen auffordern oder anreizen, oder überhaupt geeignet sind, die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wohl zu bedrohen;
2. die Bescheinigung über die vorgeschriebene Anzeige (§. 8) nicht vorgelegt werden kann, oder sonst die Anzeige nach den Bestimmungen des §. 8 nicht als vorschriftsmäßig gemacht anzusehen ist;
3. Personen, welche bewaffnet erscheinen, der Aufforderung der obrigkeitlichen Personen ungeachtet nicht entfernt werden.

§. 12.

Nach ausgesprochener Auflösung (§§. 10 und 11) sind alle Anwesenden verpflichtet, sogleich sich zu entfernen. Geschieht dies auf die erste Aufforderung nicht, so kann die Auflösung durch die bewaffnete Macht zur Ausführung gebracht werden.

§. 13.

Vereine, welche den Bestimmungen der §§. 3, 7 und 8 entgegen handeln oder die Zulassung der Abgeordneten der Polizeibehörde zu ihren Versammlungen verweigern oder vereiteln (§. 9), können sogleich von der Polizeibehörde geschlossen werden.

2. Von nicht politischen Vereinen.

§. 14.

Vereine, die nicht unter die Bestimmung des §. 3 fallen, sind verpflichtet, wenn sie Vorsteher und Satzungen haben, die letzteren, so wie das Verzeichniß der ersteren, den Polizeibehörden binnen drei Tagen, von ihrer Gründung an gerechnet, vorzulegen, auch jede Veränderung der Vorstandschaft oder der Satzungen innerhalb der gleichen Frist, von ihrer Vornahme an gerechnet, anzuzeigen.

§. 15.

Sobald ein nicht politischer Verein Zwecke der im §. 3 bezeichneten Art in den Bereich seiner Verhandlungen zieht, unterliegt er allen Anordnungen und Strafbestimmungen über politische Vereine.

Abschnitt III.**Von den Volksversammlungen.**

§. 16.

Wenn eine Volksversammlung zusammen berufen werden will, in welcher öffentliche Angelegenheiten besprochen werden sollen, so sind die Veranstalter verpflichtet, wenigstens 24 Stunden vor dem Beginne der Versammlung, unter Angabe des Zweckes, Ortes und der Zeit ihrer Abhaltung, bei der Bezirkspolizeibehörde die Anzeige zu machen, welche darüber sofort eine Bescheinigung erteilt.

Würde durch die Abhaltung der Versammlung die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wohl gefährdet, so hat die Bezirkspolizeibehörde das Recht und die Pflicht, sie auf die erhaltene Anzeige zum Voraus alsbald zu verbieten.

§. 17.

Reiter einer Volksversammlung können nur badische Staatsbürger sein.

§. 18.

Auf die Volksversammlungen finden außer den allgemeinen Vorschriften über Vereine und Versammlungen (§§. 1 und 2) die Bestimmungen der §§. 7, 8, 9, 10, 11 und 12 ebenfalls Anwendung.

§. 19.

Soll eine solche Volksversammlung (§. 16) unter freiem Himmel abgehalten werden, so ist dazu die vorgängige schriftliche Erlaubniß der Bezirkspolizeibehörde erforderlich.

Die Erlaubniß ist von den Unternehmern, Vorstehern oder Leitern derselben vor Veranstaltung der Versammlung nachzusuchen. Die Bezirkspolizeibehörde hat das Recht und die Pflicht, die Erlaubniß zu versagen, wenn aus der Abhaltung der Versammlung Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder für das öffentliche Wohl zu befürchten ist.

Im Uebrigen gelten auch bei diesen Versammlungen die Bestimmungen der §§. 17 und 18.

§. 20.

Zu öffentlichen Aufzügen und Volksversammlungen unter freiem Himmel, welche keine Besprechung öffentlicher Angelegenheiten bezwecken, ist die vorgängige Erlaubniß der Orts- oder Bezirkspolizeibehörde einzuholen.

Es finden hier die Vorschriften der §§. 10, 11 und 12 ebenfalls Anwendung.

§. 21.

Den Versammlungen ist nicht gestattet, Adressen oder Petitionen in Masse zu überbringen oder durch Abordnung von mehr als zehn Personen zu übersenden.

Abschnitt IV.**Strafbestimmungen.**

§. 22.

Die Uebertreter der Bestimmungen dieses Gesetzes werden — in so fern nach den Strafgesetzen oder den nachfolgenden Bestimmungen keine höheren Strafen eintreten — mit einer Geldstrafe bis zu fünf und zwanzig Gulden, oder bei Zahlungsunfähigkeit mit der entsprechenden Gefängnißstrafe belegt.

§. 23.

Mit folgenden Strafen werden belegt, und zwar:

- I. Mit einer Geldstrafe bis zu fünfzig Gulden oder Gefängniß bis zu vier Wochen:

1. die Vorsteher der im §. 3 bezeichneten Vereine, wenn sie die in diesem Paragraphen und im §. 8, Absatz 1 und 2 enthaltenen Vorschriften nicht befolgen oder der Vorschrift des §. 5 zuwider Minderjährige zulassen;
 2. die Theilnehmer an einem politischen Vereine, welche mit Fortsetzung ihrer Thätigkeit die Vorschrift des §. 3 umgehen, um den Verein geheim zu halten;
 3. die Unternehmer und Leiter einer Volksversammlung bei Uebertretung der Vorschriften des §. 16, Absatz 1.
- II. Mit einer Geldstrafe bis zu 300 fl. oder Gefängnißstrafe bis zu sechs Monaten:**
1. diejenigen Vorsteher und Mitglieder von Vereinen, welche den Bestimmungen des §. 6 zuwiderhandeln;
 2. in den Fällen unter I., Nr. 2, die Vorstände und Leiter;
 3. die Vorsteher und Leiter einer Versammlung, in welcher den Abgeordneten der Polizeibehörde (§. 9) die Anwohnung verweigert, oder der verlangte Platz nicht eingeräumt, oder die verlangte Auskunft nicht, oder wissentlich falsch ertheilt wird;
 4. Diejenigen, welche nach erfolgter Auflösung der Versammlung eines politischen Vereins oder einer Volksversammlung sich nicht sofort entfernen oder an einer durch die Staatsbehörde verbotenen Volksversammlung oder an einem aufgelösten oder verbotenen Vereine, der Verkündung der Auflösung und des Verbots der Theilnahme daran ungeachtet, Theil nehmen;
 5. Diejenigen, welche nach Auflösung eines Vereins eine Fortsetzung desselben durch Gründung eines neuen Vereines mit verändertem Zweck und Namen oder Wohnsitz veranstalten, wenn sich aus den Umständen ergibt, daß diese Veränderungen nur zum Schein vorgenommen wurden;
 6. die Vorsteher und Leiter einer Versammlung, welche die Wahl von Deputationen von mehr als zehn Personen zur Ueberbringung von Adressen oder Petitionen (§. 21) zulassen, so wie Diejenigen, welche an einer solchen Deputation von mehr als zehn Personen theilnehmen.
- III. Mit Gefängnißstrafe von vier Wochen bis zu einem Jahr:**
1. in den Fällen unter II., Nr. 3 und 4 die Vorstände und Leiter;
 2. Diejenigen, welche ohne obrigkeitliche Erlaubniß eine Versammlung der im §. 19 bezeichneten Art veranstalten, oder in derselben als Leiter, Ordner oder Redner auftreten;
 3. Diejenigen, welche in einer Versammlung bewaffnet erscheinen, ohne durch ihre Dienstleistungen in ihrem Amte hiezu berechtigt zu sein, oder welche als Leiter der Versammlung Bewaffnete zu derselben zulassen;
 4. Diejenigen, welche Andere auffordern, mit Waffen in einer Volksversammlung zu erscheinen, oder eine solche Aufforderung verbreiten lassen, oder in der Versammlung Waffen austheilen.

§. 24.

Die Untersuchung und Bestrafung der Uebertretungen des gegenwärtigen Gesetzes steht den ordentlichen Strafgerichten zu.

Abschnitt V.**Schlußbestimmungen.****§. 25.**

Wenn sich Wähler zur Besprechung über eine vom Gesetz ihnen vorgeschriebene Wahl versammeln, so kann eine solche Versammlung, so groß auch die Zahl der Betheiligten sei, nie als eine Volksversammlung betrachtet, und den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht unterworfen werden.

§. 26.

Auf das Militär, welches in Bezug auf Vereins- und Versammlungsrecht ausschließlich den militärischen Dienstvorschriften unterworfen ist, findet das Gesetz keine Anwendung.

Ebenso bleiben die Dienstvorschriften für öffentliche Diener und die Disziplinarvorschriften für die öffentlichen Lehranstalten unabhängig von demselben.

§. 27.

Die Gesetze vom 26. Oktober 1833 über Vereine, und vom 15. November 1833 über Volksversammlungen sind aufgehoben.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 14. Februar 1851.

Leopold.

v. Marshall.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schuttgart.

Gesetz, die Abänderung verschiedener Bestimmungen des Gesetzes vom 31. Dezember 1831 über die Rechte der Gemeindebürger und die Erwerbung des Bürgerrechts.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

Art. 1.

Die Ziffer 6 des §. 1 des Gesetzes über die Rechte der Gemeindebürger wird aufgehoben und die Ziffer 7 erhält folgende Fassung:

7. das Recht, in der Gemeinde, deren Bürger Jemand ist, unter der Beschränkung des §. 44 Absatz 2 (Artikel 10 des gegenwärtigen Gesetzes) durch Heirath eine Familie zu gründen.

Art. 2.

Der §. 10 des Bürgerrechtsgesetzes erhält nachstehende veränderte Fassung und folgenden Zusatzparagraphen:

§. 10. Zu dem Antritt des angeborenen Bürgerrechts wird erfordert:

1. das zurückgelegte fünfundzwanzigste Lebensjahr;
2. der Besitz eines den Unterhalt einer Familie sichernden Vermögens oder Nahrungszweiges und neben dem letzteren jedenfalls der Besitz des in §. 10 a. festgesetzten Vermögens;
3. in so fern die Ausübung des Nahrungszweiges an gesetzliche Bedingungen geknüpft ist, die Nachweisung, daß solchen Genüge gethan sei.

§. 10 a. Daß zum Antritte des angeborenen Bürgerrechtes erforderliche Vermögen besteht:

1. in den Städten von mehr als dreitausend Einwohnern in zweihundert Gulden,
2. in kleineren Städten und in Landgemeinden in einhundert Gulden.

Hinsichtlich der Nachweisung des Vermögens kommen die §§. 25 und 26 auch hier zur Anwendung.

Art. 3.

Der §. 11 wird gestrichen und statt desselben folgender Paragraph eingeschaltet:

- §. 11. Wer wegen eines Verbrechens zu einer peinlichen Strafe oder zu einer Arbeitshausstrafe von wenigstens sechs Monaten, oder zur Dienstentlassung, oder wegen Diebstahls, Unterschlagung, Fälschung, Betrugs, Landstreicherei oder Bettels zu irgend einer andern Strafe richterlich verurtheilt worden ist, kann vom Gemeinderath bis nach Ablauf von zwei Jahren, von der erstandenen Strafe an gerechnet, vom Antritt des angeborenen Bürgerrechts zurückgewiesen werden.

Ebenso können offenkundig schlechte Haushälter und Trunkenbolde jeweils auf zwei Jahre zurückgewiesen werden.

Denjenigen, welche wegen eines Verbrechens, das nach Absatz 1 ihre Zurückweisung zur Folge haben kann, in gerichtlicher Untersuchung stehen, kann bis zu erfolgendem Erkenntniß der Antritt des angeborenen Bürgerrechts versagt werden.

Art. 4.

Der §. 14 erhält folgende beide Zusatzparagraphen:

- §. 14 a. Gemeinderath und Ausschuß können Den, der das angeborene Bürgerrecht hat, aus dringenden Gründen auch schon vor zurückgelegtem fünfundzwanzigsten Lebensjahre zum Antritte desselben zulassen. Auch können sie das im §. 10 a. festgesetzte Vermögen ganz oder theilweise nachsehen.

Die Zulassung zum Antritte des angeborenen Bürgerrechts vor zurückgelegtem fünfundzwanzigsten Lebensjahre bedarf der Staatsgenehmigung.

- §. 14. h. Wer schon vor gänzlichem fünfundzwanzigsten Lebensjahre zum Austritte des angeborenen Bürgerrechts zugelassen wird, erwirbt gleichwohl erst mit zurückgelegtem fünfundzwanzigsten Lebensjahre die im §. 1 Ziffer 2 und 3 bezeichneten Rechte, und den Rang zum Altmannsgenuß.

Art. 5.

Der §. 15 wird dahin abgeändert:

- §. 15. Dem Gemeinderath und Bürgerausschuß steht allein das Recht der Bürgeraufnahme zu, nach Vorschrift dieses Gesetzes.

Dieselben haben in gemeinschaftlicher Berathung und mit Durchzählung der Stimmen ihre Beschlüsse zu fassen, wobei die Bestimmung des §. 41 Absatz 7 des Gemeindegesetzes ebenfalls Anwendung findet.

Art. 6.

An die Stelle der §§. 17 bis 21 treten folgende Bestimmungen:

- §. 17. Jeder badische Staatsbürger, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat, hat das Recht, die bürgerliche Aufnahme in jede Gemeinde des Großherzogthums für sich und seine der Gewalt noch nicht entlassene Kinder zu verlangen, wenn er sich in keinem der Fälle des §. 18 befindet und die gesetzlichen Bedingungen erfüllt. Die noch unter elterlicher Gewalt stehenden Kinder des Ausgenommenen erwerben das Bürgerrecht durch die Aufnahme des Vaters, verlieren aber das bisher in einer anderen Gemeinde ihnen zugestandene Bürgerrecht.
- §. 18. Die Aufnahme in eine Gemeinde können nicht verlangen:
1. offenkundig schlechte Haushälter oder Trunkenbolde, oder solche, welche offenkundig einen ausschweifenden Lebenswandel führen;
 2. Entmündigte und Mundtödt;
 3. Diejenigen, welche zu einer peinlichen Strafe verurtheilt wurden;
 4. Diejenigen, welche zu einer Arbeitshausstrafe von wenigstens sechs Monaten, oder zur Dienstentlassung oder wegen Diebstahls, Unterschlagung, Fälschung, Betrugs, Landstreicherei oder Bettels zu irgend einer andern Strafe gerichtlich verurtheilt wurden, während der ersten fünf Jahre von erstandener Strafe an;
 5. Diejenigen, welche sich wegen eines Verbrechens, das nach Nr. 3 und 4 einen bleibenden oder zeitlichen Verlust des Anspruchs der Aufnahme zur Folge hat, in gerichtlicher Untersuchung befinden, bis zu erfolgreichem richterlichen Erkenntnisse;
 6. Diejenigen, welche sich als Pfleglinge in der polizeilichen Verwahrungsanstalt befunden haben, während der ersten fünf Jahre nach ihrer Entlassung aus derselben.
- §. 19. Der Nachsuchende hat das Zeugniß, daß er in keinem der Fälle des §. 18 sich befindet, von der Bezirkspolizeibehörde seiner Heimath, welche zu diesem Behufe den Gemeinderath und das Pfarramt der Heimathsgemeinde vernahmen wird, und, wenn derselbe sich in den letzten fünf Jahren auswärts aufgehalten hat, auch von dem Gemeinderath oder der Polizeibehörde dieser Aufenthaltsorte beizubringen.

§. 20. Der Gemeinderath und Ausschuss derselben Gemeinde, in welche die Aufnahme nachgesucht wird, können die Verbringung dieser Zeugnisse ganz oder theilweise nachsehen, wenn der Nachsuchende sich über eine tadellose Aufführung während des letzten Jahres ausweist, oder kurze Zeit vor seinem Ansuchen mit guten Zeugnissen aus der Fremde zurückgekehrt ist, oder wenn überall kein Verdacht eines schlechten Leumundes vorliegt.

§. 21. Hinsichtlich der Rücksicht des in §. 17 vorgeschriebenen Alters kommen die §§. 14 a. und 14 b. auch bei der Aufnahme zur Anwendung.

Der §. 22 erhält folgenden Zusatz:

Der Gemeinderath und Bürgerausschuss können Demjenigen die Aufnahme versagen, der seinen Nahrungszweig nicht in der Gemeinde, in welcher er die Aufnahme sucht, betreiben will, oder ihn dort nicht betreiben kann.

Art. 7.

Die §§. 23, 25, 26 und 27 werden dahin abgeändert:

§. 23. Das Vermögen muß bestehen:

1. in den Städten Karlsruhe, Mannheim, Freiburg, Heidelberg, Baden und Rastatt in eintausend Gulden;
2. in andern Städten über dreitausend Seelen in siebenhundert Gulden;
3. in den kleineren Städten und in Landgemeinden in fünfhundert Gulden.

Der §. 25 erhält den Zusatz:

Die bloße Nachweisung des gegenwärtigen Besizes des Vermögens genügt nicht, wenn der Besizende nicht auf Verlangen zugleich glaubhaft macht, daß und wie er dasselbe eigenthümlich erworben habe.

§. 26. Ausgenommen von der Vermögensberechnung sind und kommen bei solcher nicht in Anschlag: Luxusgegenstände, das nothwendige Hausgeräthe, die Kleider, das Leibweißzeug.

Auf Verlangen des Gemeinderaths hat der Aufzunehmende den Besiz der nothwendigen Gegenstände der häuslichen Einrichtung oder der Mittel zu den nothwendigen Anschaffungen dieser Art neben dem im §. 23 festgesetzten Vermögen darzuthun.

§. 27. Als nachgewiesenes Vermögen wird nur dasjenige angesehen, was nach Abzug des von dem Bewerber sofort bei der Aufnahme zu entrichtenden Einkaufsgeldes (§. 30) übrig bleibt.

Art. 8.

Die §§. 34 und 36 erhalten folgende veränderte Fassung:

§. 34. Befinden sich in einer Gemeinde Allmendnutzungen, so wird der zehnjährige Durchschnittswerth derselben festgestellt, und berechnet, wie viel davon, wenn die Nutzungen unter alle Bürger gleichmäßig vertheilt wären, auf jeden derselben jährlich fallen würde.

Das Dreifache des berechneten Betrags hat der Aufzunehmende noch außer dem Einkaufsgelde sogleich bei seiner Aufnahme und ferner den zweifachen Betrag bei seinem Einrücken in den Bürgergenuß zu bezahlen. Statt der baaren Zahlung des letzteren kann er jedoch das ihm zugefallene Allmendstück durch die Gemeinde so lange verpachten lassen, bis durch den Pachtzins jener zweifache Betrag getilgt ist.

§. 34 a. So oft eine Veräußerung von Allmendgut eintritt, jedenfalls aber so nach Ablauf von zehn Jahren, ist die im §. 34, Absatz 1 erwähnte Berechnung nach der Veränderung der Bürgerzahl oder des Werths der Nutzungen wieder zu berichtigen.

Sind in einer Gemeinde die Allmendnutzungen nach dem Besitze von Gütern verschieden vertheilt, so ist die Berechnung (§. 34, Absatz 1) für jede Klasse besonders aufzustellen, und wenn ein Bürger, welcher nach seinem Besitze zur Zeit der Aufnahme in eine geringere Klasse gehörte, später durch Veränderungen in seinem Besitze Ansprüche auf die Nutzungen der höhern Klasse erwirbt, so hat er das, was er für die Aufnahme in diese höhere Klasse mehr zu entrichten gehabt hätte, nachzubegahlen.

§. 36. Außer der vorgeschriebenen Einkaufssumme und, in dem vorkommenden Falle, dem festgestellten mehrfachen Jahresbetrage der Bürgernutzungen, hat der Neuaufgenommene keine weitere Abgabe in die Gemeindefasse und für den Gemeinderath zu entrichten, unter welchem Namen solche seither auch gefordert worden sein mag.

Art. 9.

Der §. 42 erhält folgende Fassung:

§. 42. Dem Gemeinderath und Ausschuss steht in Städten, in Landgemeinden dagegen nur unter Zustimmung der Gemeinde, beziehungsweise des großen Ausschusses, das Recht zu, das einzubringende Vermögen ganz oder theilweise nachzusehen, das Einkaufsgeld theilweise oder ganz nachzulassen.

Die Gemeinde, beziehungsweise der große Ausschuss, kann auch Nachsicht eintreten lassen, wenn sich der Bewerber in einem der Fälle des §. 18 befindet.

Art. 10.

Der §. 44 erhält folgenden Zusatz:

Das Recht zur Verehelichung (§. 1, Ziffer 7) hängt von der Zustimmung des Gemeinderathes ab, welche nicht versagt werden kann, wenn zur Zeit der Anbringung des Gesuchs die Erfordernisse, welche dieses Gesetz für den Antritt des angeborenen Bürgerrechts vorschreibt, bei dem Nachsuchenden noch sämmtlich vorhanden sind.

Der §. 11, Absatz 2, findet auch auf die Gesuche um Verehelichung Anwendung.

Art. 11.

Die §§. 55 bis 58 erhalten folgende Fassung:

§. 55. Die Kinder, Wittwen und geschiedenen Ehefrauen der Staatsdiener, Offiziere und die mit Offiziersrang Angestellten mit eingeschlossen, der Geistlichen und Schullehrer haben in derjenigen Gemeinde das angeborene Bürgerrecht, wo ihr Vater oder Ehemann angestellt ist, oder angestellt war, in so fern dieser nicht in einer Gemeinde des Landes Bürger ist, oder zur Zeit seines Todes Bürger war, in welchem Falle sein Bürgerrecht nach §. 5 und 6 auf seine Kinder und Ehefrau übergeht.

§. 56. War der Vater, der nirgends Bürger war, in mehreren Gemeinden angestellt, so verlieren die Kinder durch ihre Niederlassung in einer dieser Gemeinden, sofern diese Nieder-

fassung nach erreichten Volljährigkeitsalter erfolgt, das Recht, ihr Bürgerrecht in der äußern anzutreten.

Die Wittve oder geschiedene Ehefrau eines der im §. 55 genannten öffentlichen Diener, deren Ehemann in mehreren Gemeinden angestellt war, hat sich innerhalb eines Jahres vom Todestag des Mannes, beziehungsweise von eingetretener Rechtskraft der Ehescheidung an gerechnet, zu erklären, in welcher jener Gemeinden sie das Bürgerrecht behalten wolle, widrigenfalls ihr dasselbe nur noch in der Gemeinde verbleibt, in welcher ihr Mann zuletzt, beziehungsweise zur Zeit der Ehescheidung angestellt war.

§. 57. Die im vorigen Paragraphen genannten Eöhne sind, um das ihnen zustehende angeborene Bürgerrecht anzutreten, an die in §§. 10 bis 13 vorgeschriebenen Erfordernisse gebunden und müssen, wenn sie in den Bürgergenuß einrücken wollen, die in §§. 34, 34 a. und 35 vorgeschriebene Einkaufssumme bezahlen. Die Wittwen und geschiedenen Ehefrauen der im §. 55 bezeichneten Personen haben an dem Orte, wo sie nur Kraft der Anstellung ihres Ehemannes Bürgerrecht besitzen, keinen Anspruch auf Bürgernutzen.

§. 58. Die Pflicht, die im §. 55 bezeichneten Wittwen, geschiedenen Ehefrauen und Kinder, letztere, so lange sie ihr angeborenes Bürgerrecht nicht angetreten haben, im Falle der Dürftigkeit zu unterstützen, liegt dem Staate ob.

Art. 12.

Die §§. 81 und 82 werden wie folgt, abgeändert:

§. 81. Alle Gesuche um Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht, um Zulassung zum Antritt des angeborenen Bürgerrechts und um Verehelichung sind mit allen erforderlichen Zeugnissen dem Gemeinderathe vorzulegen, welcher, und zwar wo es sich um eine Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht oder um einen Fall des §. 14 a. handelt, unter Zuziehung des Ausschusses zu entscheiden hat, ob nach Vorschrift dieses Gesetzes das Gesuch zu bewilligen oder abzuschlagen sei. Nach erfolgter Entschliebung ist, im Falle des §. 42 die Gemeinde, beziehungsweise der große Ausschuß, über seine Zustimmung zu vernehmen, sofort das Gesuch abzuweisen oder zu bewilligen.

In allen Fällen, in welchen das Gesetz von der Zustimmung oder Mitwirkung des Ausschusses spricht, sind die Stimmen des Gemeinderathes und Bürgerausschusses durchzuzählen.

§. 82. Jeder Betheiligte kann den Refurs gegen die Entschliebung der Gemeindebehörden einlegen, in so fern nicht das Gesetz einzelne Befugnisse ausschließlich in das Ermessen der letzteren stellt.

Einzelnen Mitgliedern der Gemeinde steht eben so wenig ein Refurs zu, als der Gemeinde selbst oder einer Junta.

Art. 13.

Der §. 88 erhält folgenden Zusatz:

Mitglieder der Gemeinderäthe, welche, ohne daß ihnen das Verbrechen der Fälschung zur Last

fällt, leichtfertig unrichtige Zeugnisse ausstellen oder dazu mitwirken, sind von den Verwaltungsbehörden in eine Disziplinarstrafe von zehn bis fünfzig Gulden zu verfallen.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 15. Februar 1851.

Leopold.

v. Marschall.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schuggart.

Gefetz, die Entschädigungspflicht der Gemeindeangehörigen wegen der bei Zusammenrottungen verübten Verbrechen betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

§. 1.

Die Gesamtheit der Bewohner einer Gemeinde (§. 2 der Gemeindeordnung), in deren Bezirk von einer größeren zusammengerotteten Menge, oder von einer bewaffneten oder unbewaffneten Vereinigung Mehrerer mit offener Gewalt Verbrechen gegen Personen oder das Eigenthum verübt werden, ist verbunden, den dadurch verursachten Schaden zu ersetzen.

Für jenen Betrag des Schadens, welcher den Beschädigten aus Versicherungsanstalten ersetzt wird, haftet die Gesamtheit der Bewohner einer Gemeinde weder den Beschädigten, noch der betreffenden Anstalt.

§. 2.

Haben die Bewohner mehrerer Gemeinden zur Verübung solcher Verbrechen sich zusammengerottet, so sind die sämmtlichen Bewohner aller dieser Gemeinden zum Schadenersatz verpflichtet. Jedoch wird bei der Vertheilung des Schadens unter die einzelnen Gemeinden auf das Maas der Betheiligung ihrer Angehörigen Rücksicht genommen.

Waren die Thäter, welche die Verbrechen verübten, nicht Bewohner der Gemeinde, in deren Bezirk dieselben begangen wurden, sondern kamen sie aus andern Gemeinden, und waren die Bewohner der Gemeinde, in deren Bezirk das Verbrechen verübt war, außer Stande, die Verbrecher zu hindern, so trifft sie keine Verpflichtung zum Schadenersatz.

Hätte die Verübung des Verbrechens verhindert werden können, so haften die Bewohner der Gemeinde, in deren Bezirk das Verbrechen verübt wurde, mit jenen der andern Gemeinden, welche nach §§. 2 und 4 verantwortlich sind, gemeinschaftlich.

§. 4.

Die Bewohner derjenigen Gemeinde, aus deren Mitte Diejenigen kamen, welche die Verbrechen in einer andern Gemeinde verübten, sind zum Schadenersatz nur dann verpflichtet, wenn Diejenigen, welche die Verbrechen verübten, in einer so großen Zahl und auf eine solche Weise sich aus der Gemeinde entfernten, daß die Bewohner der Gemeinde bei gehöriger Aufmerksamkeit (Landrechtssatz 1150 a. bis c.) vorhersehen konnten, daß die Entfernung in verbrecherischer Absicht geschehe.

§. 5.

Wenn die zusammengerottete Menge, welche die Beschädigung verübte, überwiegend aus nicht beurlaubten Soldaten bestand, so geht die Verpflichtung zum Schadenersatz auf den Staat über.

§. 6.

Diejenigen, welche durch Verbrechen der im §. 1 bezeichneten Art Schaden gelitten haben, sind berechtigt, nach Maassgabe der §§. 1 bis 5 die Vergütung desselben von der Gesamtheit der Bewohner einer Gemeinde, beziehungsweise vom Staate zu fordern. Das Klagrecht erlöscht mit Ablauf eines Jahres.

In Bezug auf die Begründung der Entschädigungspflicht und die Rücksichten, nach welchen der Schadenersatz zu beurtheilen ist, entscheiden die Vorschriften des Gesetzes vom 6. März 1845 über die privatrechtlichen Folgen von Verbrechen.

§. 7.

Die Untersuchungsgerichte sind verpflichtet, sobald sie von einer in ihrem Bezirke vorgefallenen Beschädigung der in §§. 1 bis 5 genannten Art Kenntniß erhalten, sich unverzüglich an Ort und Stelle zu begeben und unter Beiziehung der Bethelligten und Sachverständigen die Größe des Schadens und die Umstände, unter welchen die Beschädigung statt fand, zu ermitteln.

§. 8.

Ueber die Verbindlichkeit zur Entschädigung und die Größe derselben, so wie über die Vertheilung unter die einzelnen Gemeinden (§. 2), entscheiden die Gerichte.

§. 9.

Der einer Gemeinde zugewiesene Schadenersatz wird aus der Gemeindefasse bezahlt und von dieser zum Theil nach Köpfen, zum Theil nach dem Steuerkapitale umgelegt.

Wie viel auf die eine oder andere Art aufgebracht werden, und wie die Vertheilung der Umlagen geschehen soll, wird nach Anhörung des Gemeinderaths, Bürgerausschusses und eines von den nicht gemeindebürgerlichen Bewohnern des Orts zu wählenden Ausschusses von den Verwaltungsbehörden entschieden.

§. 10.

In dem nach §§. 7 und 8 eintretenden Verfahren vertritt der betreffende Gemeinderath die in Anspruch genommene Gesamtheit der Bewohner der Gemeinde.

§. 11.

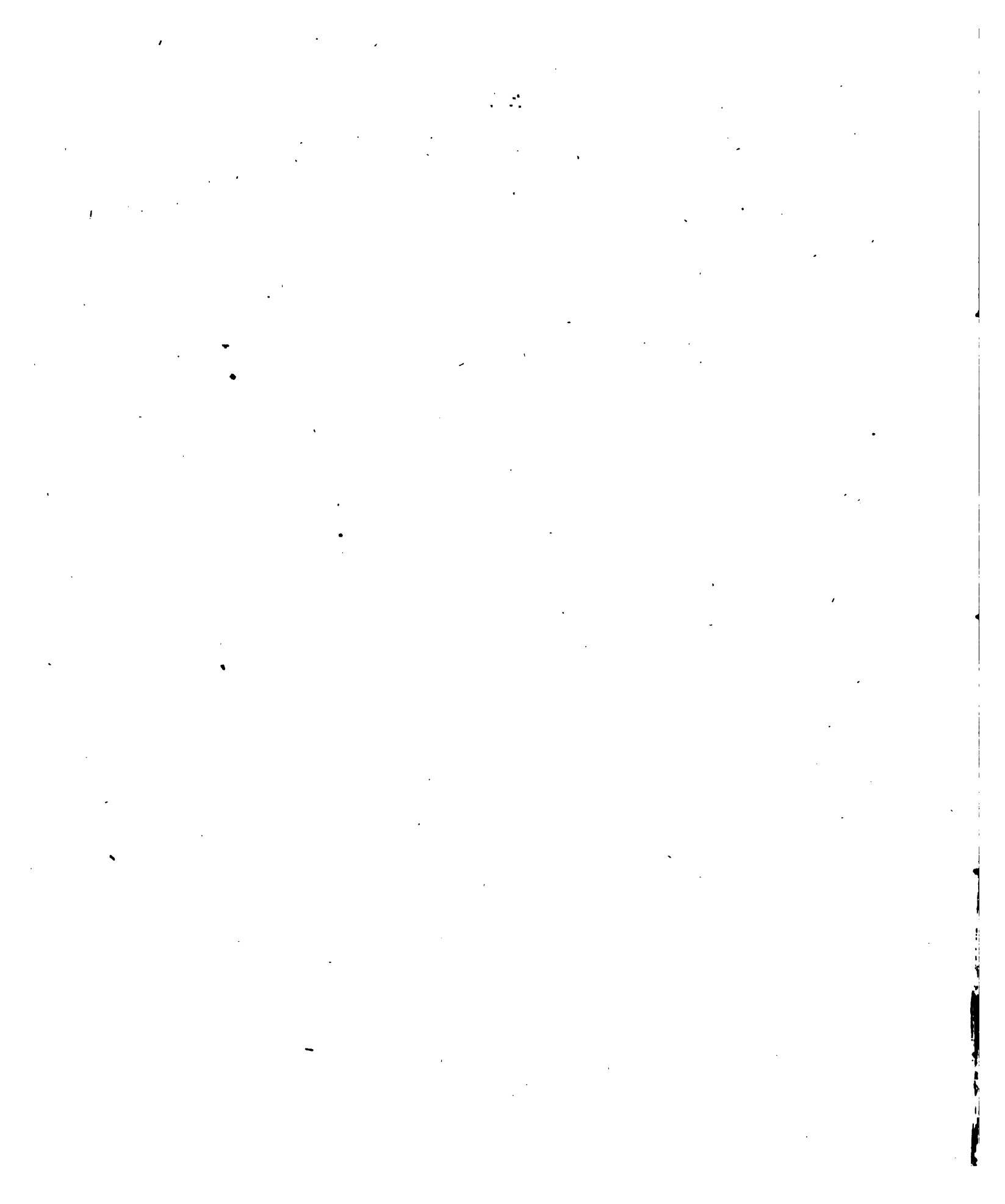
Diejenigen Bürger und Bewohner einer Gemeinde, welche Entschädigung bezahlten, und keinen Antheil an dem verübten Verbrechen als Thäter, Anstifter oder Gehilfen nahmen, und, im Falle des §. 5, die Staatskasse haben ihren Rückgriff gegen die Urheber, Anstifter und Theilnehmer an den verübten Verbrechen und gegen Diejenigen, welche mit Verletzung ihrer Amtspflicht durch grobe Fahrlässigkeit die Maafregeln unterließen, welche dem Ausbruche der Verbrechen zuvor kommen oder den eingetretenen Erfolg hindern konnten. Sie können im Rechtsstreite vom Gemeinderathe auf Kosten der Gemeindefasse vertreten werden. Lehnt der Gemeinderath dies ab, so können sie unter sich zur gemeinschaftlichen Führung des Rechtsstreites auf ihre Kosten einen Ausschufs bestellen.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 13. Februar 1851.

Leopold.

v. Marschall.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.



Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Freitag den 28. Februar 1851.

Inhalt.

Gesetze: Die Bewässerungs- und Entwässerungsanlagen betreffend. Die Entschädigung für die aufgehobenen Besitzveränderungsabgaben betreffend. Die Ernährung unehelicher, nicht anerkannter Kinder betreffend.

Gesetz über Bewässerungs- und Entwässerungsanlagen.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

Erster Titel.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Kann die Einrichtung einer Bewässerungs- oder Entwässerungsanlage nur durch ihre Ausdehnung über eine in dem Eigenthume mehrerer Personen befindliche Grundfläche auf zweckmäßige Weise bewirkt werden, so findet gegen diejenigen Eigenthümer, welche dem Unternehmen beizutreten sich weigern, ein Zwang zur Theilnahme statt, wenn

1. die Eigenthümer von zwei Dritttheilen der zu verbessernden Grundfläche sich für das Unternehmen erklärt haben, und
2. durch dasselbe ein überwiegender Nutzen erreicht wird.

§. 2.

Wo in diesem Gesetze von einer (einfachen, oder größeren, oder nur relativen) Mehrheit der Grundeigenthümer die Rede ist, wird dieselbe nach der Größe ihres Antheils an der zu verbessernden Grundfläche berechnet.

§. 3.

Ist zur Einrichtung einer Bewässerungs- oder Entwässerungsanlage

1. die Abtretung der einem Dritten zustehenden Eigenthums-, Dienstbarkeits- oder anderer Benutzungsrechte, welche landrechtlich oder an öffentlichen Gewässern auch durch Verleihung erworben sind, oder

2. die Belastung fremden Eigenthums mit einer Dienstbarkeit
nothwendig, so können die Betheiligten hiezu gezwungen werden, jedoch nur nach vorausgegangener vollständiger Entschädigung und nach geliefertem Nachweis, daß ein überwiegender Nutzen aus der Unternehmung entsteht.

§. 4.

Wird insbesondere zur Ausführung eines solchen Unternehmens die Entziehung oder Verminderung des Wassers nöthig, dessen Eigenthum oder dessen Benutzung (§. 3, Ziffer 1) einem Dritten zusteht und von ihm zu einem Gewerbsbetriebe benützt wird, so findet dieselbe auch gegen vollständige Entschädigung nur in so weit statt, als der Berechtigte sein Gewerbe etwa mit Verbesserung seiner Einrichtungen in gleichem Umfang, wie bisher, dennoch betreiben kann.

Ist das Letztere nicht möglich, so kann dem Berechtigten das zu seinem Gewerbe benutzte Wasser weder ganz, noch theilweise entzogen, wohl aber die Abtretung der ganzen Gewerbsanlage aufgegeben werden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß der Gewerbsbetrieb von weit geringerer Wichtigkeit als das Culturunternehmen ist.

§. 5.

Ueber die Verbindlichkeit zur Theilnahme an einer solchen Unternehmung (§. 1), so wie zur Abtretung von Eigenthums-, Dienstbarkeits- oder andern Benutzungsrechten, eben so zur Belastung fremden Eigenthums mit einer Dienstbarkeit (§. 3 und 4) entscheidet das Staatsministerium auf den Grund von Verhandlungen, welche sich nach den Vorschriften dieses Gesetzes richten.

Ueber die Rechte und deren Umfang (§. 3), so wie über die Entschädigung der Berechtigten erkennt der Richter.

Zweiter Titel.

Von den Vorbereitungsarbeiten.

§. 6.

Wer die Einrichtung einer Bewässerungs- oder Entwässerungsanlage auf den Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes beabsichtigt — seien es einzelne Grundeigenthümer, eine Gemeinde oder eine Behörde — hat der Bezirksverwaltungsbehörde, in deren Bezirk die zu verbessernde Grundfläche oder der größere Theil derselben sich befindet, vorzulegen:

1. einen genauen Plan derselben, welcher das Maß der einzelnen Grundstücke, die Namen der einzelnen Eigenthümer und Nuzeigenthümer, wie sie nach dem beizulegenden beglau-

- bigten Auszug aus dem Grundbuch sich ergeben, den beiläufigen Werth und die Art der Benützung der Grundstücke enthält;
2. eine genaue Darstellung der beabsichtigten Einrichtungen und — so weit dies jetzt schon möglich ist — der dazu erforderlichen Abtretung der Rechte Dritter oder Belastung fremden Grundeigenthums mit Dienstbarkeiten;
 3. einen Voranschlag der wahrscheinlichen Kosten der ersten Einrichtung und der künftigen Unterhaltung;
 4. die Aufzählung der aus dem Unternehmen wahrscheinlich hervorgehenden wirtschaftlichen Vortheile;
 5. ein Verzeichniß derjenigen Grundeigenthümer, welche sich etwa schon für die Ausführung des Unternehmens erklärt haben, mit der Angabe, wer die Kosten der Vorbereitungsarbeiten übernehmen werde.

Befindet sich die zu verbessernde Grundfläche in mehreren Verwaltungsbezirken, so beauftragt das Ministerium des Innern eine Bezirksverwaltungsbehörde oder einen besonderen Commissär mit der Besorgung der einschlägigen Geschäfte.

§. 7.

Die Bezirksverwaltungsbehörde gibt diese Vorlagen, wenn sie den Vorschriften des §. 6 nicht entsprechen, zur Verbesserung zurück.

Ist diese bewirkt, oder bedarf es einer solchen nicht, so ordnet dieselbe eine Tagfahrt an, zu welcher sämmtliche bei dem Unternehmen theilhaftige Grundeigenthümer, so weit sie bis jetzt zu ermitteln waren (§. 6, Ziffer 1 und 5), vorgeladen werden, mit dem Anhang, daß die Nichterscheinenden als der Mehrheit der Erschienenen zustimmend angesehen werden.

§. 8.

Ist bei dieser Tagfahrt die Mehrheit der Grundbesitzer erschienen, und hat sich eine solche Mehrheit der Erschienenen, welche einschließlich der Nichterscheinenden zwei Drittel des Grundbesitzes hat, für die Ausführung oder doch für die nähere Prüfung des Unternehmens erklärt, und sind die Erschienenen oder doch ein Theil derselben zur Uebernahme der Kosten der Vorbereitungsarbeiten bereit, so werden die sämmtlichen bei der Tagfahrt anwesenden Grundbesitzer zur Ernennung der mit den Vorbereitungsarbeiten zu beauftragenden Sachverständigen veranlaßt.

Können sie sich in der Tagfahrt über die Person derselben nicht vereinigen, und erklären sie sich auch nicht dahin, daß den einschlägigen technischen Staatsbehörden die Vornahme oder Vervollständigung der Vorbereitungsarbeiten überlassen werden soll, so ernennt die Bezirksverwaltungsbehörde die Sachverständigen, oder veranlaßt die technische Staatsbehörde zur Vornahme oder Vervollständigung der Vorbereitungsarbeiten.

§. 9.

Die Bezirksverwaltungsbehörde veranlaßt sofort die Sachverständigen, beziehungsweise die technische Staatsbehörde, daß sie

1. die gemachten Vorschläge in ihrem ganzen Umfange rücksichtlich der zu erwartenden Vortheile und Nachtheile und ihrer Ausführbarkeit prüfen; daß sie
2. das Maaß des Wasserbedarfes erheben und die Art seiner Befriedigung bezeichnen, unter Anschluß der erforderlichen Gefällmessungen, daß sie ferner
3. einen genauen Kostenüberschlag und
4. auf den Grund dieser Vervollständigung der Vorbereitungsarbeiten ein Verzeichniß sämmtlicher bei dem Unternehmen theilhabenden Grundbesitzer,
5. ein solches über die nothwendig abzutretenden Eigenthums-, Dienstbarkeits- oder andere Benutzungsrechte Dritter, ebenso über die nothwendige Belastung fremden Eigenthums mit Dienstbarkeitsrechten anfertigen und vorlegen.

Hierbei sind die Sachverständigen durch die Bezirksverwaltungsbehörde auf die zu berücksichtigenden öffentlichen Interessen aufmerksam zu machen.

Das Gutachten der Sachverständigen ist den einschlägigen technischen Staatsbehörden, so fern diese die Vorbereitungsarbeiten nicht selbst besorgt haben (§. 8) zur Aeußerung zuzustellen.

Dritter Titel.

Verfahren über den Zwang zum Beitritt zu einem Cultur-Unternehmen.

§. 10.

Sind die Vorbereitungsarbeiten vollendet, so werden alle auf dieselben sich beziehenden Aktenstücke (§§. 6 bis 9) vierzehn Tage an einem geeigneten Orte zur Einsicht der Theilhabenden aufgelegt.

Sämmtliche bei dem Unternehmen theilhabende Grundeigenthümer, sowohl diejenigen, welche zu demselben ihre Zustimmung gegeben haben, als auch die Widersprechenden, werden nun von der Bezirksverwaltungsbehörde behufs der Verhandlung der Sache zu einer Tagfahrt vorgeladen, und zwar mit dem ausdrücklichen Bemerken, wo die Vorbereitungsarbeiten zur Einsicht aufliegen, und mit Androhung des Rechtsnachtheils, daß die Nichterscheinenden hinsichtlich der Ausführung des Unternehmens überhaupt als der Mehrheit der Erschienenen beitreten betrachtet und mit ihren Einwendungen gegen die Art der Ausführung später nicht mehr gehört werden.

Die Bescheinigungen über die Vorladung müssen zu den Akten gebracht werden.

§. 11.

In dieser Tagfahrt, zu welcher auch die Sachverständigen (§. 8) und geeigneten Falls Beamte der einschlägigen technischen Staatsbehörden (§. 9) einzuladen sind, — werden die Erklärungen der theilhabenden Grundbesitzer über den Beitritt zu dem beabsichtigten Cultur-Unternehmen, so wie hinsichtlich der Uebernahme der Verpflichtung zur Zahlung der entstehenden Kosten zu Protokoll genommen, und ebenso die Einwendungen Derjenigen, welche dem Unternehmen überhaupt, oder der vorgeschlagenen Art seiner Ausführung widersprechen. Kommt eine gütliche Vereinbarung hierüber, welche vor Allem zu versuchen ist, nicht zu Stande, so werden, in so fern sich eine Mehrheit der Erschienenen, welche einschließlich der Nichterscheinenden zwei Drittel ausmacht, für die Ausführung

des Unternehmens überhaupt erklärt haben, die Verhandlungen über die erhobenen Einwendungen gepflogen, damit auf den Grund derselben durch das Staatsministerium entschieden werden kann:

1. ob das beabsichtigte Unternehmen einen überwiegenden Nutzen gewähre;
2. ob die den Beitritt zu demselben verweigernden Grundeigenthümer hiezu gezwungen werden können, und
3. nach welchem Plane dasselbe auszuführen sei.

§. 12.

Ist wegen des Verhältnisses zu Dritten das im Titel V. bezeichnete Verfahren einzuleiten, so erfolgt die Vorlage an das Staatsministerium erst nach Beendigung dieses Verfahrens.

§. 13.

Für die bei dem Unternehmen theiligten Minderjährigen oder Mundlosen werden zu allen Verhandlungen die Vormünder vorgeladen, welche hier überall selbstständig ohne weitere Ermächtigung zu handeln befugt sind.

Vierter Titel.

Von der Genossenschaft.

§. 14.

Sind sämtliche theiligte Grundeigenthümer dem Unternehmen im Wege gütlicher Vereinbarung beigetreten, oder besitzen die ausdrücklich oder stillschweigend (§. 10) Beigetretenen wenigstens zwei Dritttheile der zu verbessernden Grundfläche, und sind letzternfalls die Verhandlungen über den Beitritt bis zum Schlusse geführt, so haben die Grundeigenthümer, wenn ihre Zahl sechs übersteigt, noch ehe die etwa nöthige Vorlage an das Staatsministerium (§. 11) erfolgt, oder das Verfahren gegen Dritte (Titel V.) eingeleitet wird, unter der Leitung der Bezirksverwaltungsbehörde zur Vertretung der Genossenschaft wenigstens drei Bevollmächtigte zu wählen. Einer derselben ist insbesondere zur Empfangnahme sämtlicher Verfügungen der Behörden an die Genossenschaft zu bestellen.

Bei der Wahl entscheidet die relative Stimmenmehrheit.

§. 15.

Auf gleiche Weise wird ein Verrechner gewählt.

Die Wahl der Bevollmächtigten und des Verrechners geschieht, wenn sie nicht schon in der in §§. 10 und 11 erwähnten Tagfahrt statt hatte, in einer dazu von der Bezirksverwaltungsbehörde besonders anzuberaumenden Tagfahrt.

§. 16.

Die erwählten Bevollmächtigten, welche unter sich nach Stimmenmehrheit beschließen, vertreten die Genossenschaft in dem ganzen Verfahren, sowohl in Beziehung auf die Ausführung

des Unternehmens, als auch gegenüber den dritten Personen wegen Abtretung der Rechte derselben oder Belastung ihres Eigenthums mit Dienstbarkeiten; insbesondere sind sie auch zum Abschlusse von Vergleichen ermächtigt.

Die Genossenschaft kann sich jedoch hinsichtlich einzelner Punkte auch die Zustimmung vorbehalten.

§. 17.

Die Genossenschaft ist verpflichtet, jedes benachbarte Grundstück auf Verlangen des Eigenthümers in den Verband aufzunehmen, wenn dasselbe hierdurch seine Bewässerung oder Entwässerung auf die zweckmäßigste Weise erhalten kann, und die Anlagen der Genossenschaft hinreichen, um ohne Nachtheil für die bereits vorhandenen Betheiligten dem gemeinsamen Bedürfnisse zu entsprechen.

Für das neu hinzugekommene Grundstück ist jedoch der Genossenschaft der dem Maasstabe des §. 35 entsprechende Antheil an den Anlagekosten zu ersetzen.

Kann die Aufnahme eines solchen Grundstücks in den Genossenschaftsverband auf zweckmäßige Weise nur mittelst besonderer Einrichtungen oder Abänderungen der Anlage bewirkt werden, so sind auch die hierzu erforderlichen Kosten von dem Beitretenden zu erlegen.

§. 18.

Wenn ein gütliches Uebereinkommen über die Größe des Kostenbeitrags nicht zu Stand kommt, so entscheidet darüber unter der Leitung der Bezirksverwaltungsbehörde ein Schiedsgericht, ohne Zulassung eines Rekurses.

Vereinigen sich die Betheiligten nicht über die Zahl und Personen der Schiedsrichter, so stellt die Bezirksverwaltungsbehörde ein Verzeichniß von sieben Sachverständigen auf, wovon jeder Theil zwei auszuscheiden hat, so daß die übrigen drei das Schiedsgericht bilden.

Weigert sich ein Theil, zwei Sachverständige auszuscheiden, so scheidet die Bezirksverwaltungsbehörde dieselben nach dem Loose aus.

§. 19.

Die Ausscheidung einzelner zur Genossenschaft gehörigen Grundstücke gegen den Willen der Mehrheit ist alsdann zulässig, wenn das ausscheidende Grundstück die unumgänglich erforderliche Bewässerung oder Entwässerung bei der Anlage der Genossenschaft nicht erhält, oder durch die Aufnahme in eine benachbarte Genossenschaft oder durch eine besondere Anlage ohne wesentliche Gefährdung der zu verlassenden Genossenschaft zweckmäßiger erhalten kann.

§. 20.

Ist die Ausscheidung einzelner Grundstücke im Interesse der Genossenschaft nothwendig, und können die auszuscheidenden Grundstücke entweder einer benachbarten Genossenschaft füglich einverleibt oder mit einer besondern Anlage zweckmäßig versehen werden, so findet die Ausscheidung auf das Verlangen der Genossenschaft statt, welche letztere den durch die Aufnahme dieser Grund-

stücke in eine andere Genossenschaft oder durch die Ausführung einer besondern Anlage entstehenden Kostenaufwand zu tragen hat.

Auch hier ist der §. 18 maßgebend.

§. 21.

Die Auflösung einer Genossenschaft tritt nach Erfüllung aller ihrer Verbindlichkeiten gegen Dritte ein, wenn zwei Dritttheile der Theilnehmer, nach der Größe des theilhaftigen Grundeigenthums bemessen, die Auflösung beschließen oder wenn die Anlage, für welche die Genossenschaft gegründet wurde, zu bestehen aufhört.

Fünfter Titel.

Von den Einsprachen Dritter gegen das Unternehmen.

§. 22.

Soll das Unternehmen gegen zu besorgende Einsprachen Dritter gesichert werden, so werden sämtliche Akten über die Vorbereitungsarbeiten bei der Bezirksverwaltungsbehörde sechs Wochen lang zur Einsicht aller Betheiligten aufgelegt. Zugleich macht die Bezirksverwaltungsbehörde das beabsichtigte Unternehmen durch öffentlichen Anschlag an der Verkündigungstafel und durch dreimaliges Einrücken in das Verkündigungsblatt des Bezirks bekannt, und fordert alle diejenigen Personen, welche gegen die Ausführung des Planes Einsprache erheben wollen, auf, innerhalb der obigen, vom Tage der Verkündung an laufenden unersprechlichen Frist von sechs Wochen den Plan einzusehen, und ihre etwaigen Einsprachen zu begründen, widrigenfalls sie damit, vorbehaltlich etwaiger Entschädigungsansprüche, nach Ablauf der Frist nicht mehr gehört werden.

Wird innerhalb der festgesetzten Frist Einsprache erhoben, so wird zur Verhandlung darüber eine Tagfahrt angeordnet.

§. 23.

Sind der Bezirksverwaltungsbehörde aus den Verhandlungen solche Personen schon bekannt geworden, deren Rechte in der angegebenen Weise durch das Unternehmen berührt werden, so sind dieselben unter Androhung des obigen Rechtsnachtheils, jede besonders, zur Einsicht der Pläne und Begründung ihrer Einsprachen vorzuladen. Die Bescheinigungen über das öffentliche Ausschreiben und die besondern Aufforderungen sind zu den Akten zu nehmen.

§. 24.

Auch die Mitglieder der Genossenschaft müssen als dritte zur Einsprache berechnete Personen betrachtet werden, so weit eine Abtretung von Rechten oder die Belastung ihres Eigenthums mit einer Dienstbarkeit (§. 3) von ihnen verlangt wird.

§. 25.

Wird zum Zwecke eines Unternehmens die Abtretung der einem Dritten zustehenden Eigenthums-, Dienstbarkeits- oder sonstiger Rechte oder die Belastung eines fremden Grundstücks mit

einer Dienstbarkeit in Anspruch genommen, so hat die Bezirksverwaltungsbehörde über die Abtretung und Entschädigung ein gütliches Uebereinkommen unter den Betheiligten zu versuchen.

§. 26.

Sind die Verhandlungen über die Einsprachen Dritter gegen das beabsichtigte Kulturunternehmen und über die verlangte Abtretung von Rechten oder Belastung fremden Eigenthums mit Dienstbarkeiten bis zum Schlusse gepflogen, so werden die Akten, in so fern eine gütliche Vereinbarung (§§. 11 und 25) nicht zu Stande gekommen ist, dem Ministerium des Innern eingesendet, welches nach vorausgegangener Prüfung die Vorlage an das Staatsministerium bewirkt, damit dieses über die im §. 11 erwähnten drei Fragen und darüber entscheide, ob der von der Genossenschaft verlangten Abtretung der Rechte Dritter oder Belastung fremden Eigenthums mit Dienstbarkeiten Statt zu geben sei.

§. 27.

In allen Fällen ist das Erkenntniß des Staatsministeriums, wodurch die Verbindlichkeit zu Abtretungen ausgesprochen wird, oder das an die Stelle desselben tretende Uebereinkommen durch das Verkündigungsblatt des Bezirks bekannt zu machen.

§. 28.

Die Entschädigung des Dritten, das Verfahren zur Bestimmung dieser Entschädigung, die Zahlung derselben, und der Uebergang des abzutretenden Rechtes richtet sich nach den Titeln III. bis VI. (§§. 24 bis 93) des Gesetzes vom 28. August 1835 über die zwangsweise Abtretung zum öffentlichen Nutzen.

§. 29.

Die Vorschriften dieses Titels der §§. 22 bis 28 finden auch Anwendung, wenn nur ein Einzelner auf seinem Gute eine Bewässerungs- oder Entwässerungsanlage einrichten will, und dadurch ein überwiegender Nutzen (§. 1, Nr. 2) erreicht wird.

Sechster Titel.

Ausführung des Cultur-Unternehmens.

§. 30.

Wird innerhalb acht Monaten von der Verkündung der im §. 26 bezeichneten Staatsministerialverfügung, oder der Vereinbarung an gerechnet, nicht zur Ausführung geschritten, so können die einzelnen Genossen die Auflösung der Genossenschaft verlangen, in so fern nicht die Uebrigen eine neue Staatsministerialverfügung erwirken, daß die Unternehmung gleichwohl noch auszuführen sei, in welchem Falle diese Staatsministerialverfügung zugleich eine weitere Frist bestimmt, innerhalb welcher zur Ausführung zu schreiten sei.

Wird auch diese Frist nicht eingehalten, so gilt die Genossenschaft als aufgelöst.

Auch die Unternehmer einer anderweitigen Kulturanlage, deren Verwirklichung durch die

ertheilte Bewilligung gehindert ist, sind berechtigt ein solches Verlangen zu stellen, und auf Ablauf der weiteren Frist mit den Vorbereitungsarbeiten (§. 6 u.) zu beginnen.

§. 31.

Ueber die Benützung und Erhaltung der Bewässerungs- oder Entwässerungs-Anlage muß von den Betheiligten unter Staatsgenehmigung eine Ordnung aufgestellt werden.

Wenn die Betheiligten sich über die Ordnung überhaupt nicht vereinigen können, oder es sonst verlangen, verfügt darüber nach Benehmen mit Sachverständigen die Staatsbehörde, welche den Vollzug dieser Ordnung überwachen läßt.

In derselben können zu Gunsten der Genossenschaftskasse von der Polizeibehörde zu erkennende Geldstrafen wegen Uebertretung der Ordnung bis zu Einhundert Gulden festgesetzt werden, vorbehaltlich der Vergütung des durch die Uebertretung etwa verursachten Schadens.

§. 32.

Die in dem §. 31 enthaltenen Bestimmungen finden auch Anwendung auf die schon vor Erlassung dieses Gesetzes eingerichteten Bewässerungs- und Entwässerungs-Anstalten.

§. 33.

Wiesen, welche mit einer Wässerungseinrichtung versehen sind, dürfen für die gemeine Weide und Trift nicht benützt werden. Auch Einzelne dürfen ohne die Zustimmung aller Betheiligten auf ihren eigenen Wiesen nicht weiden lassen, wenn diese in dem Umfange der gemeinschaftlichen Wässerungseinrichtung liegen.

Weidrechte Dritter müssen nach dem Gesetze vom 31. Juli 1848 (Regierungsblatt Nr. LV.) abgelöst werden.

§. 34.

Auf die Beschädigung von Bewässerungs- und Entwässerungs-Anlagen finden die Bestimmungen des §. 571 Absatz 4 des Strafgesetzbuchs Anwendung.

Siebenter Titel.

Von der Zahlung der Kosten.

§. 35.

Sämmtliche Kosten der Vorbereitungsarbeiten, so wie der Anlage und Unterhaltung der Bewässerungs- oder Entwässerungs-Einrichtung werden nach dem Flächengehalte des durch das Unternehmen verbesserten Grundeigenthums ausgeschlagen und durch den bestellten Verrechner erhoben.

Wenn jedoch Einzelne aus dem Unternehmen verhältnißmäßig einen weit bedeutenderen Vortheil ziehen, so wird ihr Antheil an den Kosten auf den Antrag anderer Betheiligter erhöht und der Antheil Derjenigen, welche nach besondern Umständen verhältnißmäßig einen viel geringeren Nutzen ziehen, auf ihr Verlangen herabgesetzt.

Hierüber wird nach §. 18 entschieden.

§. 36.

Der Aufwand für das Umbauen und Einsäen der Wiesen wird nicht zu den im vorhergehenden Paragraphen angeführten Anlagekosten gerechnet, derselbe wird vielmehr von jedem Grundeigenthümer besonders bestritten, so weit diese Arbeiten nicht zur gemeinschaftlichen Einrichtung nöthig sind, und ohne Nachtheil für die Unternehmung leicht gesondert werden können, oder die Genossenschaft durch einen Beschluß, wozu die Zustimmung von zwei Dritttheilen der Betheiligten, nach der zu verbessernden Grundfläche bemessen, erforderlich ist, ihn nicht vollständig übernimmt.

Der Umbau der einzelnen Stücke darf nur nach dem für das Ganze festgestellten Plane und unter der gemeinschaftlichen Leitung geschehen.

§. 37.

Für die Beiträge zu den Kosten der Vorbereitungsarbeiten, der Anlage und Unterhaltung des Unternehmens hat die Genossenschaft ein innerhalb zwei Monaten von der Verkündung der Staatsministerialverfügung oder der zu Stand gekommenen allseitigen Vereinbarung an einzutragendes Vorzugsrecht auf den Mehrwerth des Gutes, und ferner für die einzelnen Beitragsrückstände ein Vorzugsrecht auf den Ernteertrag der zu dem Unternehmen gehörigen Grundstücke gleich dem des Bestandgebers für den Pachtshilling auf den Erwaß der verpachteten Güter.

§. 38.

Alle für den Zweck der Ausführung von Bewässerungs- oder Entwässerungs-Anlagen stattfindenden Verhandlungen der Verwaltungsbehörden sind tax-, sportel- und stempelfrei.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 13. Februar 1851.

Leopold.

v. Marshall.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Gesetz, die Entschädigung für die aufgehobenen Besitzveränderungsabgaben betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Behufs der Entschädigung, welche der Art. 3 des Gesetzes vom 10. April 1848 für die in den Sätzen 3, 4 und 5 des Art. 1 dieses Gesetzes aufgehobenen Besitzveränderungsabgaben in Aussicht stellt, haben Wir unter Zustimmung Unserer getreuen Stände beschlossen und verordnen, wie folgt:

§. 1.

Die Entschädigung für die durch das Gesetz vom 10. April 1848 aufgehobenen Besitzveränderungsabgaben wird von der Staatskasse geleistet, vorbehaltlich des Rückgriffs der Letztern auf die Inhaber der ehemals pflichtigen Besitzungen, wo ein privatrechtlicher Entstehungsgrund der Abgaben nachgewiesen werden kann.

Auch im letzteren Falle behält die Staatskasse ein Fünftheil der Entschädigung und Zinse auf sich und sie kann nur die übrigen vier Fünftheile von den Pflichtigen zurückfordern.

§. 2.

Die Entschädigungsrente wird entweder gemarkungsweise im Ganzen oder sie wird im Einzelnen, von jeder der Fallgebühr unterliegenden Besitzung einer Gemarkung besonders, ermittelt.

Die Ermittlung im Ganzen tritt ein, wenn die Fallpflicht eine ganze Gemarkung ergreift, oder doch die Anzahl der verschiedenen Eigenthümer fallpflichtiger Liegenschaften — von etwa vorhandenen geschlossenen Hofgütern abgesehen — mindestens dreißig beträgt; wo dagegen diese Anzahl geringer ist, ferner bei allen geschlossenen Hofgütern, findet die Ermittlung im Einzelnen statt.

§. 3.

Bei der Ermittlung im Ganzen besteht die Entschädigungsrente im rechnungsmäßigen durchschnittlichen Jahresertrag der in den Jahren 1827 bis mit 1836 vorgekommenen Besitzveränderungen.

Konnten die Abgaben von den in jenen Jahren vorgekommenen Besitzveränderungen oder von einem Theile derselben aus dem Grunde nicht erhoben werden, weil darüber ein Rechtsstreit anhängig war, der später durch Urtheil oder Vergleich zu Gunsten des Berechtigten erledigt wurde, so wird der Betrag, welcher zu entrichten gewesen wäre, in die Durchschnittsberechnung aufgenommen.

Fehlen einzelne Jahresrechnungen der Durchschnittsperiode, so ist der Gefällertrag dieser Jahre in anderer Weise durch Untersuchung der in diesen Jahren vorgekommenen Besitzveränderungen und der davon entrichteten Gebühren zu ermitteln.

Hat sich die Pflichtigkeit seit 1827 geändert, so ist der Durchschnittsertrag der stattgehabten Bezüge darnach zu berücksichtigen.

§. 4.

Bei der Ermittlung im Einzelnen besteht die Entschädigungsrente

- a. im dreißigsten Theil der Fallgebühr, wenn die Fallpflicht bei jedem Wechsel des Eigenthümers eintrat,
- b. im fünfundvierzigsten, wenn sie nur bei dem Wechsel durch Erbgang oder Vermögensübergabe eintrat, endlich
- c. im neunzigsten, wenn sie nur bei dem Wechsel durch Veräußerung unter Lebenden stattfand.

Wird die Abgabe je nach Verschiedenheit des Eigenthumsübergangs (lit. b. und c.) in verschiedenen Beträgen entrichtet, so besteht die Entschädigungsrente im neunzigsten Theil der Summe des doppelten Betrags der Fallgebühr lit. b. und des einfachen Betrags der Fallgebühr lit. c.

§. 5.

Nur wenn die Fallgebühr bei der dem 10. April 1848 zuletzt vorausgegangenen Besitzveränderung wirklich entrichtet wurde, oder damals wegen eines anhängig gewesenen und später zu Gunsten des Berechtigten erledigten Rechtsstreites über die Pflichtigkeit selbst nicht erhoben werden konnte, findet eine Entschädigung statt.

Im Uebrigen wird bei Berechnung der Rente der Durchschnitt der Fallgebühren von den beiden letzten Besitzveränderungen zu Grunde gelegt und wenn der bei der vorletzten Veränderung stattgehabte Bezug nicht mehr nachgewiesen werden kann, so wird derselbe, wo nicht die Fallgebühr in einer festen Summe besteht, nach den Preisen der Zeit, in welche er nach §. 4 fällt, durch Schätzung ermittelt.

Hat sich da, wo die Entschädigungsrente im Einzelnen ermittelt wird, später die Fallpflicht geändert, so wird jener Durchschnitt darnach berichtigt.

§. 6.

Naturalien werden nach den Zehntablösungspreisen angenommen.

Wo die Fallgebühr in andern Fahrnißstücken bestand, wird der Werth der letztern nach den zur Zeit der Besitzveränderung bestandenen Preisen durch Schätzung ermittelt, so weit er nicht aus den in Urkunden über die Besitzveränderung (z. B. in Erbtheilungen oder Vermögensübergaben) enthaltenen Anschlägen derselben erhoben werden kann.

Auf gleiche Weise wird auch die in einem bestimmten Theile des Kaufpreises von Gebäuden oder Gütern bestehende Fallgebühr ermittelt, wo dieselbe nach §. 3, Absatz 2 und §. 5, Absatz 1, ohne wirklich entrichtet worden zu sein, bei der Entschädigung in Anschlag kommt.

§. 7.

Jährliche, zur Anerkennung der Besitzveränderungsabgaben entrichtete Leistungen sind nach der Vorschrift des §. 3 zu berechnen und der Entschädigungsrente beizuschlagen.

§. 8.

Der zwölfwache Betrag der ermittelten Entschädigungsrente bildet das Entschädigungskapital, welches vom 10. April 1848 an mit fünf vom Hundert zu verzinsen ist.

Die Staatskasse entrichtet diese Entschädigung sogleich baar oder in fünfprozentigen auf den Inhaber gestellten Schuldscheinen.

Wo nach §. 1 der Staatskasse der Rückgriff gegen die Pflichtigen auch bei geschעהner Ermittlung im Ganzen (§. 2) zusteht, wird die Entschädigung nach dem Steuerkapital der ehemals fallpflichtigen Güter vertheilt.

§. 9.

Die Berechtigten sind schuldig, ihre Urkunden über ihre Berechtigungen an die Finanzbehörde abzugeben, um davon Behuf des etwaigen Rückgriffs gegen die Pflichtigen Gebrauch zu machen.

§. 10.

Die Staatskasse ist, wo ihr der Rückgriff zusteht (§. 1), zu verlangen befugt, daß ihr die Betreffnisse der Pflichtigen in höchstens zehn Jahresterminen, von denen keiner unter 10 fl. betragen darf, entrichtet werden.

§. 11.

Wo der Staatskasse der Rückgriff auf die Pflichtigen zusteht (§. 1) genießt das Entschädigungskapital sammt den vom 10. April 1848 an laufenden Zinsen mit den Ablösungskapitalien der Zehnten, Zinsen und Gülden u. ein feiner Eintragung bedürftendes Vorzugsrecht auf die pflichtigen Liegenschaften.

Innerhalb drei Jahren, von der rechtskräftigen Feststellung des Entschädigungskapitals an gerechnet, ist jedoch das Vorzugsrecht auf den Grund des Erkenntnisses über die Entschädigungssumme einzutragen.

§. 12.

Alle Streitigkeiten über Ausmittlung und Maaß der Entschädigung, so wie über die Art der Verichtigung derselben gehören zur Entscheidung der Verwaltungsbehörden.

In erster Instanz entscheidet eine besonders zu bestellende Commission Unserer Ministerien des Innern und der Finanzen, und in zweiter Instanz Unser Staatsministerium.

Die Entschädigungsgesuche sind bei der Kreisregierung einzureichen, welche darüber nach gepflogenen Verhandlungen an die erwähnte Commission Vorlage macht.

Zur richterlichen Entscheidung eignet sich die Sache, außer dem Falle einer Rückgriffsklage gegen die Pflichtigen, nur dann, wenn die Berechtigung selbst oder das Maaß derselben streitig ist.

§. 13.

In dem Verfahren über Feststellung der Entschädigung sind neben den Berechtigten und der Staatskasse wegen des möglichen Rückgriffs (§. 1) auch die Pflichtigen als theilhaftig zu betrachten.

Die Entscheidung über das Entschädigungskapital ist, wenn die Pflichtigen nach §. 1 zum Ersatze verurtheilt werden, auch ihnen gegenüber maaßgebend.

Für die Pflichtigen handelt, wenn die Entschädigung im Ganzen ermittelt wird (§. 2), sowohl im Verfahren über Feststellung der Entschädigung, als in dem etwaigen Rückgriffsverfahren ein von ihnen gewählter Ausschuß.

§. 14.

Die Ernennung der Schärer und das Verfahren bei Vornahme der Schätzung richtet sich nach dem vierundzwanzigsten Titel der Prozeßordnung.

§. 15.

Alle Verhandlungen sind tar-, sportel- und stempelfrei.

Die Kosten der Abschätzung tragen beide Theile gemeinschaftlich. Wird jedoch auf Antrag des einen Theils eine zweite Schätzung vorgenommen, so entscheidet über den Kostenpunkt die in der Hauptsache erkennende Behörde.

§. 16.

Meldet der Berechtigte seinen Entschädigungsanspruch nicht im Laufe des Jahres 1851 an, so findet die Verzinsung seines Entschädigungskapitals erst vom 1. Januar des Jahres der Anmeldung an statt.

Der Entschädigungsanspruch erlischt, wenn die Anmeldung nicht innerhalb drei Jahren nach Verkündung dieses Gesetzes erfolgt.

§. 17.

In so weit eine Berechtigung durch richterliches Erkenntniß aberkannt ist oder aberkannt wird, findet, der nach §. 3 oder §. 5 stattgehabten Bezüge ohnerachtet, keine Entschädigung dafür statt.

§. 18.

Die vor dem 10. April 1848 abgeschlossenen rechtsgültigen Ablösungsverträge, mag die Ablösungssumme schon bezahlt sein oder nicht, oder auch die Bezahlung erst angefangen haben, sollen durch dieses Gesetz keine Aenderung erleiden.

§. 19.

Die Ministerien des Innern und der Finanzen sind mit dem Vollzug dieses Gesetzes beauftragt.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 13. Februar 1851.

Leopold.

Regenauer. v. Marschall.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Gesetz, die Ernährung unehelicher, nicht anerkannter Kinder betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschloffen und verordnen, wie folgt:

An die Stelle der Landrechtsätze 908 und 762 a., so wie der Verordnungen vom 10. Juni 1809 (Regierungsblatt Nr. XXVII.) und vom 27. Juni 1812 (Regierungsblatt Nr. XXI.), welche andurch aufgehoben werden, treten folgende Bestimmungen:

§. 1.

Kinder aus Ehebruch oder Blutschande erzeugt, können weder durch Schenkung unter Lebenden, noch durch letzten Willen mehr empfangen, als ihnen unter dem Titel: von Erbschaften — zugestanden ist.

Dieses gilt auch von andern natürlichen Kindern hinsichtlich desjenigen Elternteils, welcher ein oder mehrere eheliche Kinder hinterlassen hat.

§. 2.

Die Ernährung eines unehelichen, vom Vater nicht anerkannten Kindes liegt der Mutter und im Falle ihrer Unvermöglichkeit Demjenigen ob, welcher die Mutter in der Zeit vom dreihundertsten bis zum hundertachtzigsten Tage vor der Geburt des Kindes beschlafen hat.

Aushilfsweise kommen die allgemeinen Bestimmungen über die Unterstützung der Ortsarmen zur Anwendung.

§. 3.

Die Ernährungspflicht des Beischläfers umfaßt den nothdürftigen Unterhalt bis zum vollendeten vierzehnten Jahre des Kindes.

Der Ernährungsbeitrag des Beischläfers soll, je nach dessen und der Mutter Standes-, Vermögens- und Erwerbsverhältnissen, nicht unter zwanzig Kreuzer und nicht über einen Gulden wöchentlich ermessen werden.

§. 4.

Die Klage auf Unterhalt ist von einem besonders zu ernennenden Vormunde zu erheben. Sie steht aber auch den hilfsweise eintretenden Rassen zu. Die Mutter kann jedenfalls dem Prozesse beitreten.

Die Klage kann schon vor eingetretener Unvermöglichkeit der Mutter dahin erhoben werden, daß für den Fall ihres Eintretens die Ernährungspflicht des Schwängerers anerkannt werde.

§. 5.

Die Einrede der Zeugungsunfähigkeit findet nur nach Maafgabe des Landrechtsatzes 312 und die Einrede einer Mehrheit von Beischläfern findet gar nicht statt.

Dagegen erlöscht das Klagrecht durch Erhebung der Klage gegen eine bestimmte Mannsperson nach deren Einlassung auf die Klage gegen jede andere.

Ebenso erlöscht das Klagrecht in allen Fällen mit Ablauf eines Jahres, von der Geburt des Kindes an gerechnet.

§. 6.

Zum Beweise des Beischlafs ist mit Ausnahme der Eideszuschreibung jedes Beweismittel, auch die Auferlegung des Notheides an den Beklagten, oder an die dem Streite beigetretene oder dazu beigeladene Mutter zulässig.

§. 7.

Die Bestimmungen der §§. 2 bis 6 finden nur Anwendung auf die nach der Verkündung dieses Gesetzes zur Welt kommenden Kinder.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 21. Februar 1851.

Leopold.

Stabel.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Samstag den 1. März 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Erlaubniß zur Annahme fremder Orden.

Den Vollzug des Pressgesetzes betreffend.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Erlaubniß zur Annahme fremder Orden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben
unter dem 18. Dezember v. J.

dem Physikus, Medizinalrath Dr. Wenneis in Baden die allergnädigste Erlaubniß erteilt, daß ihm von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Hessen und bei Rhein verliehene Ritterkreuz des Verdienstordens Philipps des Großmüthigen anzunehmen und zu tragen.

Die gleiche allerhöchste Erlaubniß erhielt:

unter dem 10. Januar d. J.

der Oberamtmann Bausch dahier für das ihm von Seiner Majestät dem Könige von Württemberg verliehene Ritterkreuz des Ordens der Württembergischen Krone;

unter dem 16. Februar d. J.

der Gehobnte Referendar Weipel für das ihm von Seiner Majestät dem Könige von Württemberg verliehene Comthurkreuz, und

unter dem 24. Februar d. J.

der Ministerialrath Prestinari, für das ihm von Seiner Majestät dem Könige von Württemberg verliehene Ritterkreuz desselben Ordens.

Den Vollzug des Pressgesetzes betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Zum Vollzuge des Pressgesetzes vom 15. Februar d. J., Regierungsblatt Nr. XII., haben Wir beschloffen und verordnen, wie folgt:

§. 1.

Die Bezirkspolizeibehörde des Ortes, in dem eine Zeitung oder Zeitschrift erscheint, ist diejenige Behörde, bei welcher die gesetzlichen Erfordernisse zur Uebernahme einer Redaction nachzuweisen sind. Sie hat, vorbehaltlich des Rekurses an die höhere Polizeibehörde, über das Dasein dieser Eigenschaften, so wie in den Fällen des §. 5 des Gesetzes über die Ausschließung eines Redacteurs zu erkennen, und zu diesem Behufe die nöthigen Erkundigungen einzuziehen. Wenn der Redacteur eine Freiheitsstrafe erleiden muß (§. 23 des Gesetzes), so hat sie die Herausgabe des Blattes einzustellen, sofern nicht für die Dauer derselben ein anderer Redacteur mit den gesetzlichen Eigenschaften bestellt wird.

§. 2.

Von jedem Strafurtheile, welches gegen einen Redacteur wegen eines der im §. 5 bezeichneten Verbrechen ergeht, hat das betreffende Untersuchungsgericht der Polizeibehörde Nachricht zu geben.

§. 3.

Die Sicherheit ist auf Verfügung der Polizeibehörde, wenn sie in Geld (Metall- oder inländischem Papiergeld) gestellt wird, bei der Uebereinkunft nach Maßgabe des Gesetzes vom 3. August 1837 (Regierungsblatt Nr. XXVI.) und der hiezu ergangenen Vollzugsverordnung vom 28. Dezember 1837 (Regierungsblatt 1838, Nr. I.), wenn sie in inländischen Staatspapieren gestellt wird, bei dem Generallandesarchiv zu hinterlegen.

Die Polizeibehörde läßt sich letzteren Falls die zur Hinterlegung bestimmten Staatspapiere einzeln nach Gattung, Betrag und Nummer bezeichnen und ersucht das Generallandesarchiv, dieselben vom Redacteur gegen Bescheinigung in Empfang zu nehmen, welche sofort der Polizeibehörde vorzuzeigen ist.

§. 4.

Der Zins aus der in Geld gestellten Sicherheit läuft vom ersten des auf die Hinterlegung folgenden bis zum letzten des der Rückzahlung vorangegangenen Monats und wird jährlich bezahlt. Coupons hinterlegter Staatspapiere werden nach der Verfallzeit verabsolgt.

§. 5.

Die Ausfolgung der hinterlegten Sicherheit oder eines Theils derselben geschieht nach Verfügung der Polizeibehörde, welche die Hinterlegung angeordnet hat.

§. 6.

Sobald ein Straferkenntniß wegen einer bei Herausgabe einer Zeitung oder Zeitschrift oder in derselben begangenen Gesetzesübertretung rechtskräftig geworden ist, hat das Untersuchungsgericht unverzüglich die Polizeibehörde von dem Betrage der erkannten Geldstrafe in Kenntniß

zu setzen. Die Polizeibehörde verfügt sofort, daß dieser Betrag aus der hinterlegten Sicherheit entnommen werde.

§. 7.

Von dem Betrage der Kosten und Entschädigungen ist die Polizeibehörde sogleich, nachdem derselbe festgestellt worden, in Kenntniß zu setzen und sie hat dann auf gleiche Weise für dessen Berichtigung aus der Sicherheit zu sorgen.

§. 8.

Ist die Sicherheit, auf welche wegen der Kosten, Entschädigungen und Geldstrafen gegriffen werden soll, in Staatspapieren geleistet, so wird deren Verwerthung durch die Generalstaatskasse besorgt, welcher zu diesem Zweck vom Generallandesarchiv die von der Polizeibehörde bezeichneten einzelnen Stücke ausgefolgt werden. Die Generalstaatskasse übermittelt den Erlös über Abzug der Verkaufskosten der Obergemeinde und gibt der Polizeibehörde unter Angabe des Betrages davon Nachricht. Die Polizeibehörde hat die Hinterlegung des etwaigen Ueberschusses anzuordnen.

§. 9.

Das Untersuchungsgericht benachrichtigt von der erkannten Geldstrafe gleichzeitig mit der Polizeibehörde (§. 6) auch die Steuerdirection und die Obergemeinde, welche Letztere sofort den Betrag zu erheben und in Einnahme zu verrechnen hat. In die Gebrolle sind diese Geldstrafen nicht aufzunehmen.

§. 10.

Der Redacteur hat zufolge §. 6 des Gesetzes binnen acht Tagen nach eingetretener Rechtskraft des Erkenntnisses ohne weitere Aufforderung die durch Geldstrafen, Kosten oder Entschädigungen eingetretene Minderung der Sicherheitssumme zu ergänzen, widrigenfalls die Herausgabe der Zeitung oder Zeitschrift von der Polizeibehörde bis zur Ergänzung einzustellen ist. In Betreff der Kosten und Entschädigungen läuft diese Frist von dem Tage, an welchem dem Redacteur der festgestellte Betrag derselben eröffnet worden ist.

§. 11.

Er kann die polizeiliche Anordnung des Zugriffs auf die Sicherheit (§. 6) dadurch abwenden, daß er binnen drei Tagen den schuldigen Betrag baar an die Obergemeinde entrichtet, und dies durch Vorlage der Bescheinigung bei der Polizeibehörde nachweist.

§. 12.

Die Ergänzung der Sicherheit ist nach Vorschrift des §. 3 zu hinterlegen.

§. 13.

Die Rückgabe der Sicherheit darf nicht früher erfolgen, als nach Ablauf von sechs Monaten nach Erscheinen des letzten Blattes oder Heftes der Zeitung oder Zeitschrift und nur gegen Bescheinigung des Staatsanwalts, in dessen Bezirk letztere herausgegeben wurde, daß ein gerichtliches Verfahren wegen derselben nicht anhängig sei.

§. 14.

Den Redacturen der gegenwärtig im Großherzogthum erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften wird zur Stellung der Sicherheit eine Frist bis zum 31. März l. J. bewilligt.

§. 15.

Die Polizeibehörde hat zu ermitteln, wann der Druck einer Zeitung regelmäßig beginnt, und hat hiernach darüber zu wachen, daß ihr nach Vorschrift des Gesetzes (§. 7) das erste abgezogene Exemplar jeder Nummer vorgelegt wird.

Die hinterlegten Druckschriften werden mit Tag und Stunde der Hinterlegung und dem Handzuge des Beamten bezeichnet und ein Jahr lang zum Gebrauche der mit Vollziehung des Gesetzes beauftragten Behörden aufbewahrt.

§. 16.

Unter amtlich herausgegebenen Blättern (§. 8 des Gesetzes) sind nur diejenigen zu verstehen welche auf Anordnung und unter Leitung einer Staatsbehörde erscheinen.

§. 17.

Jede gerichtliche Anlegung oder Bestätigung des Beschlages auf eine Druckschrift und jedes wegen einer solchen ergehende verurtheilende Erkenntniß (§§. 12 und 18 des Gesetzes) ist durch das Bezirksverkündigungsblatt und durch die vier Kreisanzeigebblätter zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Nebstdem sind die Buchhändler des Orts noch besonders hievon zu benachrichtigen, ohne daß jedoch dadurch die gesetzliche Verantwortlichkeit derselben im Falle der Verbreitung einer solchen Druckschrift bedingt wäre.

Die Bekanntmachung hat sich auf den wesentlichen Inhalt der Beschlagsverfügung oder des Urtheils zu beschränken.

§. 18.

Die Polizeibehörden haben, jede in ihrem Bezirke, den Vollzug der Beschlagnahme oder der verfügten Vernichtung anzuordnen und namentlich die Wegnahme der sträflichen Druckschrift an allen Orten, die dem Publikum zugänglich sind (§. 18 des Gesetzes), zu verfügen.

§. 19.

Die Aufhebung oder Erlöschung des Beschlages wird auf gleiche Weise (§. 17) bekannt gemacht.

§. 20.

Die Erlaubniß zum Hausiren mit Druckschriften (§. 13 des Gesetzes) ertheilt das Ministerium des Innern, jene zum Anbieten, Vertheilen und Anschlagen derselben an öffentlichen Orten die betreffende Bezirkspolizeibehörde.

§. 21.

Im Falle des §. 26 des Gesetzes hat das Untersuchungsgericht nach fruchtlosem Ablauf der dem verurtheilten Herausgeber zum Urtheilsvollzug gesetzten Frist die Akten dem Ministerium des Innern vorzulegen.

§. 22.

Die Vollzugsverordnung vom 13. Februar 1832, Regierungsblatt Seite 136, nebst allen weiteren Vollzugsverfügungen zu dem Preßgesetz vom 28. Dezember 1831 treten außer Wirksamkeit.
Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 27. Februar 1851.

Leopold.

v. Marshall. Stabl.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Freitag den 7. März 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlich hohen des Großherzogs: Ordensverleihungen. Dienstaufsichten.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien: Bekanntmachungen des Finanzministeriums: Die Serienziehung für die erste diesjährige Gewinnziehung des Anlehens zu vierzehn Millionen Gulden vom Jahr 1845 betreffend. Die Begebung des Betrags von anderthalb Millionen Gulden an dem durch das Gesetz vom 6. v. M. genehmigten Anlehen der Amortisationskasse betreffend. — Bekanntmachung des Kriegsministeriums: Die Adressirung der Berichte oder Ansuchen an großh. Kriegsministerium in Rekrutirungssachen betreffend.

Dienstentlassungen. Todesfälle.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlich hohen des Großherzogs.

Ordensverleihungen.

Seine Königlich hohe der Großherzog haben nachstehenden Personen den
Bähringer Löwenorden gnädigst zu verleihen geruht, und zwar

unter dem 12. Dezember 1850.

das Großkreuz:

dem französischen Divisionsgeneral Jean François Bougenel,

" " " Bernard Pierre Magnau;

das Commandeurkreuz mit dem Stern:

dem französischen Brigadegeneral Louis Thouvenin, Commandant der Artillerie in
Straßburg,

dem französischen Brigadegeneral Alfred de Rillet,

dem Freiherrn Louis v. Viel-Castel, Director der politischen Abtheilung im Ministerium
der auswärtigen Angelegenheiten in Paris,

dem Grafen Jules Eduard Fontaine von Cramayel, Unterdirector der politischen Abthei-
lung in gedachtem Ministerium,

dem Polizeipräsidenten der Stadt Paris, Pierre Carlier;

das Commandeurekreuz:

dem französischen Oberstlieutenant im 4. Lancier-Regiment, Grafen Alphonse von Drée,
dem Unterdirector und Vorstand des Protokoll-Bureaus im französischen Ministerium der
auswärtigen Angelegenheiten, Feuillet de Conges;

das Ritterkreuz:

dem französischen Escadronschef im 4. Lancier-Regiment, Joseph Louis Aimé Becquet,
dem französischen Rittmeister im 4. Lancier-Regiment, Pierre Paul Victor Lucas,
dem französischen Rittmeister im 4. Lancier-Regiment, Alexander Mallet de Chauny,
dem französischen Rittmeister im 4. Lancier-Regiment, Barthelemi Mouisse,
dem französischen Lieutenant im 4. Lancier-Regiment, Albéric de Gyemare,
dem französischen Generalstabscapitän, Thouand,
dem französischen Hauptmann im 37. Linien-Infanterie-Regiment, Jean Jacques Jaquet,
dem französischen Lieutenant im 37. Linien-Infanterie-Regiment, Pierre André Pichou,
dem französischen Pfarrer, l'Allemand in Lauterburg;

unter dem 23. Dezember 1850

das Großkreuz:

dem Generallieutenant Freiherrn von Gayling, Gouverneur der Bundesfestung Rastatt;
unter dem 29. Dezember 1850.

das Commandeurekreuz:

dem Freiherrn Moriz von Bethmann in Frankfurt,
dem königlich württembergischen Kreisoberforstmeister Freiherrn von Gemmingen in
Bonfeld;

unter dem 19. Januar 1851.

das Commandeurekreuz:

dem großherzoglich hessischen Obersten und Flügeladjutanten Camessaka;

unter dem 7. Februar d. J.

das Großkreuz:

dem Departementschef des königlich württembergischen Ministeriums des Innern und der
auswärtigen Angelegenheiten, Staatsrath Freiherrn von Linden,
dem Departementschef des königlich württembergischen Ministeriums der Finanzen, Staats-
rath von Knapp;

das Commandeurekreuz:

dem königlich württembergischen Kammerherrn Freiherrn Otto von Thumb-Neuburg;

unter dem 19. Februar d. J.

das Commandeurekreuz:

dem königlich württembergischen Geheimen Legationsrath und Kammerherrn Freiherrn von
Wächter.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich allergnädigst bewogen gefunden :

unter dem 14. Februar d. J.

den Oberforstmeister Arnspurger in Heidelberg wegen Kränklichkeit, vorbehaltlich seiner Wiederanstellung im Falle seiner Genesung, in den Pensionsstand zu versetzen;

unter dem 18. Februar d. J.

den Stabsarzt Carl Boch wegen vorgerückten Alters und leidender Gesundheit in den Ruhestand zu versetzen;

unter dem 24. Februar d. J.

dem Lieutenant vom 2. Infanterie-Bataillon Eugen Ulrich, und

unter dem 27. Februar d. J.

dem Oberlieutenant von der Suite Johann van der Hoeven die unterthänigst nachgesuchte Entlassung aus dem Armeecorps, ersterem mit der Erlaubniß in fremde Dienste treten zu dürfen, zu ertheilen;

dem Domänenrath Glockner, bei der Hofdomänenkammer und Zehntsection, und dem Finanzrath Matthes, bei der Zolldirection, den Charakter eines geheimen Finanzrathes zu verleihen;

die Domänenassessoren Munde und Eberlein zu Domänenrathen und die Forstassessoren Roth und Lehbach zu Forstrathen zu befördern;

dem Bezirksbaumeister Dyckerhoff in Mannheim den Charakter eines Baurathes zu verleihen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Serienzichung für die erste diesjährige Gewinnziehung des Anlehens zu vierzehn Millionen Gulden vom Jahr 1845 betreffend.

Bei der heute stattgehabten Serienzichung des Anlehens der Eisenbahnschuldentilgungskasse von 1845 zu vierzehn Millionen Gulden sind die

| Serie-Nr. | enthaltend Loos-Nr. | Serie-Nr. | enthaltend Loos-Nr. |
|-----------|---------------------|-----------|---------------------|
| 19 | 901 — 950. | 4043 | 202101 — 202150. |
| 43 | 2101 — 2150. | 4302 | 215051 — 215100. |
| 109 | 5401 — 5450. | 4349 | 217401 — 217450. |
| 365 | 18201 — 18250. | 4511 | 225501 — 225550. |
| 441 | 22001 — 22050. | 4818 | 240851 — 240900. |
| 887 | 44301 — 44350. | 5132 | 256551 — 256600. |
| 956 | 47751 — 47800. | 5440 | 271951 — 272000. |
| 1126 | 56251 — 56300. | 5756 | 287751 — 287800. |
| 1545 | 77201 — 77250. | 5771 | 288501 — 288550. |
| 1582 | 79051 — 79100. | 6140 | 306951 — 307000. |
| 1640 | 81951 — 82000. | 6180 | 308951 — 309000. |
| 1826 | 91251 — 91300. | 6467 | 323301 — 323350. |
| 2158 | 107851 — 107900. | 6492 | 324551 — 324600. |
| 2920 | 145951 — 146000. | 6809 | 340401 — 340450. |
| 2952 | 147551 — 147600. | 7029 | 351401 — 351450. |
| 2994 | 149651 — 149700. | 7164 | 358151 — 358200. |
| 3030 | 151451 — 151500. | 7521 | 376001 — 376050. |
| 3349 | 167401 — 167450. | 7595 | 379701 — 379750. |
| 3777 | 188801 — 188850. | 7906 | 395251 — 395300. |
| 3982 | 199051 — 199100. | 7937 | 396801 — 396850. |

herausgegeben, was andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Carlsruhe, den 28. Februar 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.

Regenauer.

Vdt. Probst.

Die Begebung des Betrags von anderthalb Millionen Gulden an dem durch das Gesetz vom 6. v. M. genehmigten Anlehen der Amortisationskasse betreffend.

Bezüglich auf das Gesetz vom 6. v. M. und die dieseitige Bekanntmachung vom 10. v. M. (Regierungsblatt Nr. XI.), wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der der Soumission ausgesetzte Anlehensbetrag von anderthalb Millionen Gulden dem Meistbietenden, Herrn Banquier François Blanc von Homburg vor der Höhe in 4½prozentigen Obligationen zugeschlagen worden ist, welche — verzinslich vom 1. v. M. an — in Stücken von 1,000 fl., 500 fl. und 100 fl. nach anliegendem Formulare von großherzoglicher Amortisationskasse werden ausgefertigt werden.

Carlsruhe, den 3. März 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.

Regenauer.

Vdt. Probst.

Lit.

fl.

Großherzogthum Baden.**Partial-Obligation**

über

Gulden Kapital

als Antheil an dem nach dem Gesetze vom 6. Februar 1851 (siehe die Rückseite!) aufgenommenen Staatsanlehen.

Dieses Anlehen wird mit vier und ein halb vom Hundert fürs Jahr halbjährlich verzinst und es sind jeder Partial-Obligation zwanzig halbjährige Zinsanweisungen (Coupons) beigelegt, nebst einem Talon, gegen welchen nach Ablauf der ersten zehn Jahre von der unterzeichneten Kasse weitere Zinsanweisungen ausgegeben werden.

Gegenwärtige Partial-Obligation ist für jeden Inhaber gültig. Sie wird jedoch von der Amortisationskasse auf Verlangen des zeitlichen Inhabers auf dessen Namen eingetragen, auch durch Aufhebung dieses Eintrags wieder auf den Inhaber gestellt, und es wird, daß dies geschehen, auf dem zweiten Blatte der Obligation bemerkt. Der Eintrag des Namens hat zur Folge, daß das Kapital nur an die zuletzt eingetragene Person rechtsgültig bezahlt werden kann.

Carlsruhe, den 3. März 1851.

Großherzoglich Badische Amortisationskasse.

Director:

C. Scholl.

Controleur:

Großmüller.

Zahlmeister:

Schmittbaur.

(Stempel.)

(Stempel.)

Nr.

| Gulden | | Coupon. |
|--|--|---------|
| | | Lit. |
| halbjähriger Zins aus fl. Kapital | | Nr. |
| vom Anlehen des Jahrs 1851. | | fl. |
| Auf Verfallzeit zahlbar in grober süddeutscher Silber- | | Zins |
| münze bei allen großh. Staatskassen, und in Frankfurt | | auf |
| am Main bei R. R. | | 1. |
| Carlsruhe, den 3. März 1851. | | 18 |
| Großh. Bad. Amortisationskasse. | | |
| (Stempel.) | | |
| C. Scholl. | | |

Auszug

aus dem Erseße vom 6. Februar 1851.

(Regierungsblatt 1851, Nr. XI., Seite 111).

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

Art. 1. Die Amortisationskasse ist ermächtigt, unter Aufsicht und Leitung des Finanzministeriums ein Staatsanlehen nach Bedarf und bis zum Betrage von fünf Millionen Gulden aufzunehmen und sich dasselbe durch den Verkauf $4\frac{1}{2}\%$ oder 5prozentiger, von Seiten der Gläubiger unaufkündbarer Partialobligationen zu verschaffen.

Art. 2. Die Partial-Obligationen werden auf den Inhaber ausgefertigt; dieser kann sie jedoch bei der Amortisationskasse auf seinen Namen einschreiben lassen.

Art. 4. Der Zins der Partial-Obligationen, mit dem 1. Februar 1851 beginnend, wird halbjährlich bezahlt. Er kann nach Belieben jedes einzelnen Gläubigers bei einer der großherzoglichen Staatskassen oder auch bei den vom Finanzministerium mit der Zinszahlung beauftragten auswärtigen Bankhäusern gegen Ablieferung der betreffenden, jeder Partial-Obligation beigefügten Zinsanweisungen (Coupons) kostenfrei und ohne Abzug erhoben werden.

Art. 5. Das ganze Anlehen soll vom 1. Februar 1854 an in dreißig Jahren durch Einlösung der Partial-Obligationen im Nennwerthe getilgt, und es soll zu dem Ende während dieser Zeit Jahr für Jahr eine gleich große Summe zur Verzinsung und Tilgung ausgesetzt werden. Was von dieser Summe nicht zur Zinszahlung erfordert wird, ist jeweils zur Einlösung von Partial-Obligationen zu verwenden.

Art. 6. Die Amortisationskasse behält sich vor, alle Partial-Obligationen oder einen beliebigen Theil derselben auch früher einzulösen, als dies nach Art. 5 geschehen würde. Von diesem Vorbehalt darf jedoch, wenn $4\frac{1}{2}\%$ prozentige Obligationen ausgegeben werden, nicht vor dem 1. Februar 1858 und, wenn 5prozentige Obligationen ausgegeben werden, nicht vor dem 1. Februar 1856 Gebrauch gemacht werden.

Art. 7. Jeder Einlösung hat eine sechsmonatliche durch das großherzogliche Regierungsblatt zu erlassende Kündigung voranzugehen.

Soll nach Artikel 5 oder 6 nur ein Theil der ausgegebenen Partial-Obligationen eingelöst werden, so nehmen hieran die verschiedenen Gattungen je nach Verhältniß ihrer Gesamtsumme Antheil. Welche einzelne Obligationen zur Einlösung gekündigt werden sollen, wird alsdann durch eine öffentliche Verloosung bestimmt.

Art. 8. Der Nennwerth der zur Einlösung gekündigten Partial-Obligationen kann mit Ablauf der Kündigungsfrist nach Wahl der Gläubiger entweder unmittelbar bei der Amorti-

fationskaffe oder bei den Kreiskassen in Freiburg und Mannheim oder auch bei den vom Finanzministerium mit der Zinszahlung beauftragten auswärtigen Bankhäusern erhoben werden.

Mit Ablauf der sechsmonatlichen Kündigungsfrist hört die Verzinsung der gekündigten Partial-Obligationen auf.

Art. 9. Die Zahlung des Zinses der Obligationen (Art. 4) und die Einlösung letzterer (Art. 8) geschieht in grober süddeutscher Silbermünze. Werthzeichen statt derselben können nur mit Einwilligung des Gläubigers verabfolgt werden.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 6. Februar 1851.

Leopold.

Hegenauer.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Die Adressirung der Berichte oder Ansuchen an großh. Kriegsministerium in Rekrutirungssachen betreffend.

Bei den von großherzoglichen Dienststellen, so wie von Privaten an das Kriegsministerium gerichteten Berichten oder Ansuchen, welche die Rekrutirung oder das Einstandswesen betreffen, ist auf dem Umschlag der Adresse: „An das großherzogliche Kriegsministerium“ immer beizusetzen: „I. Section, Rekrutirung betreffend.“

Karlsruhe, den 1. März 1851.

Großherzogliches Kriegsministerium.

A. von Roggenbach.

Vdt. Ripp.

Dienst erledigungen.

Die katholische Pfarrei Gondingen, Amts Donaueschingen, mit einem beiläufigen Jahreserträgniß von 700 bis 800 fl. ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Das Nachpräbikaturbeneficium zu Pfullendorf mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 600 fl. ist erledigt worden. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich binnen sechs Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrathe vorschriftsmäßig zu melden.

Durch das Ableben des Pfarrers Vogelbacher ist die katholische Pfarrei Zell im Wiesenthal mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 2000 fl., auf welchem jedoch außer der Verbindlichkeit, einen Vikar zu halten, ein Provisorium von 62 fl. 47 kr. zu fünf Prozent verzinslich, für

Abfchätzungskosten von Zehntbaulaften ruht, erledigt worden. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich binnen sechs Wochen sowohl bei dem katholischen Oberkirchenrathe als dem erzbischöflichen Ordinariate vorschriftsmäßig zu melden.

Die katholische Pfarrei Waldfirch, Amts Waldbhut, mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 2800 fl., worauf jedoch außer der Verpflichtung, einen Vikar zu halten, die weitere Last ruht, auf die Dauer von zehn Jahren den Betrag von 800 fl. jährlich an den oberrheinischen Pfarrinterims-Revenüenhauptfond zu entrichten, ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich sowohl bei dem katholischen Oberkirchenrathe als bei dem erzbischöflichen Ordinariate binnen sechs Wochen vorschriftsmäßig zu melden.

Die katholische Pfarrei Schweighausen, Amts Ettenheim, mit einem Jahreseinkommen von 1300 bis 1400 fl., worauf jedoch außer der Verbindlichkeit, einen Vikar zu halten, die weitere Verpflichtung ruht, zur Pfarrei Seelbach jährlich 50 fl. und auf die Dauer von acht Jahren jährlich zweihundert Gulden an den oberrheinischen Pfarrinterims-Revenüenhauptfond abzugeben, ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen vorschriftsmäßig zu melden.

Man sieht sich veranlaßt, die katholische Pfarrei Karlsdorf, Oberamts Bruchsal, mit einem Jahreseinkommen von 600 fl. nochmals zur Bewerbung auszuschreiben. Die Competenten haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrathe vorschriftsmäßig zu melden.

Die katholische Pfarrei Schenkenzell, Amts Wolfach, mit einem Einkommen von 600 fl. ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

An der höhern Bürgerschule in Ettlingen ist eine mit einem katholischen Lehrer zu besetzende Lehrstelle mit einem Einkommen von 700 bis 800 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber, unter denen besonders auf einen katholischen Geistlichen wird Rücksicht genommen werden, haben sich unter Vorlage der Zeugnisse über ihre Lehrfähigkeit und bisheriges dienstliches Wirken innerhalb sechs Wochen bei dem großh. Oberstudienrathe zu melden.

Die Bewerber um das erledigte Amtschirurgat Achern haben sich binnen vier Wochen bei der großh. Sanitätscommission zu melden.

Todesfälle.

Gestorben sind:

- Am 21. November 1850 der pensionirte Oberforstmeister von Truchseß in Neckargemünd,
 „ 12. Dezember „ der pensionirte Geh. Hofrath Schuler in Mannheim,
 „ 27. Januar 1851 der Physikus Himmelseher in Neckargemünd, und
 „ 29. „ „ der pensionirte Oberhofgerichtskanzler, Frhr. von Stengel in Mannheim.
-

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Dienstag den 11. März 1851.

Inhalt.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien: Bekanntmachung des Kriegsministeriums: den Vollzug des Gesetzes vom 13. Februar 1851, die Abänderungen des Conscriptionsgesetzes betreffend.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Den Vollzug des Gesetzes vom 13. Februar 1851, die Abänderungen des Conscriptionsgesetzes betreffend.

Zur gleichheitlichen Behandlung der Gesuche um Aufnahme als Freiwillige und als Einsteher, so wie zur Belehrung der Pflchtigen, welche einstellen wollen, werden im Einverständniß mit dem großherzoglichen Ministerium des Innern folgende Bestimmungen bekannt gegeben:

Artikel I. zu §§. 2 und 3.

1. Der Zugang auf einjährige Dienstleistung mit Selbstverpflegung kann von vollendetem siebenzehnten Lebensjahr an geschehen, derselbe gilt dann als früherer Antritt der Conscriptionspflicht (Art. 5 des Gesetzes). Der Conscriptionspflichtige, welcher auf Selbstverpflegung dienen will, muß dieses aber spätestens vierzehn Tage nach der Aushebung erklären.

2. Diejenigen, welche vor erreichtem Conscriptionsalter auf Selbstverpflegung zugehen wollen, haben sich bei dem Truppentheile, in welchen sie einzutreten wünschen, zu melden.

3. Diejenigen, welche erst bei oder nach der Aushebung erklären, auf Selbstverpflegung dienen zu wollen, haben diese Erklärung bei dem Conscriptionssamt abzugeben und zugleich die Truppenabtheilung zu bezeichnen, in welche sie einzutreten wünschen. Das Conscriptionssamt hat diese Erklärung dem Kriegsministerium vorzulegen.

4. Mit der Anmeldung oder Erklärung, auf einjährige Dienstleistung zugehen zu wollen, muß zugleich der Nachweis

- a. über das Alter,
- b. über gute Aufführung,
- c. über die gesetzliche Qualifikation nach Art. 2 oder 3 des Gesetzes,
- d. über die Einwilligung der Eltern oder des Vormundes zur Anmeldung, und
- e. über die Mittel zur Selbstverpflegung während eines Jahres

beigebracht werden.

Dieser Nachweis ist in einem Erkundigungsbogen nach Formular, Anlage I., beizubringen.

5. Conscriptionspflichtigen, welche ihrer Dienstpflicht durch einjährige Dienstleistung mit Selbstverpflegung genügen wollen, welche aber durch den alsbaldigen Eintritt in Fortsetzung der Ausbildung in ihrem Lebensberuf allzusehr gehemmt werden, kann durch das Kriegsministerium ein, jedoch nur auf den Frieden beschränkter, Urlaub zur spätern Erfüllung ihrer Dienstpflicht bewilligt werden. Der Conscriptionspflichtige hat das Gesuch um Urlaubsertheilung behufs des spätern Dienstantritts, sogleich bei seiner Anmeldung, bei dem Conscriptionsamt einzureichen, und für diesen Fall zur Sicherstellung eine Summe von Vierhundert Fünzig Gulden bei der Hinterlegungskasse zu deponiren und Bescheinigung, daß dieses geschehen, zu den Akten zu geben.

6. Die einjährige freiwillige Dienstzeit darf nicht durch Urlaub unterbrochen werden, sondern es bleibt der Freiwillige ohne Unterbrechung ein Jahr anhaltend im Dienst, wird nach Ablauf dieses Jahres als Soldat der Linie beurlaubt und darf nur auf Anweisung des Kriegsministeriums zum Dienst eingezogen werden.

7. Wenn ein Conscriptirter, welcher auf Selbstverpflegung dient, wegen Nachlieferung eines Vormannes dem Amt zurückgegeben oder in die Rekrutenreserve versetzt wird, so ist er nach Maassgabe des §. 56 des Conscriptionsgesetzes von 1825 aus dem Dienste zu entlassen.

Wird ein vor erreichtem Conscriptionsalter auf Selbstverpflegung Zugangener in seiner Altersklasse nicht zum Liniendienst berufen, so ist derselbe bei dem Eintritt seiner Altersklasse zu entlassen.

8. Das Recht zur einjährigen Dienstleistung erlischt, und der Conscriptirte tritt in die Verhältnisse eines gewöhnlichen Pflichtigen:

- a. wenn Derjenige, welcher behufs späteren Dienstantritts einen Urlaub erhält, auf geschehene Einberufung sich nicht stellt. Aus der deponirten Summe von 450 fl. wird durch das Kriegsministerium ein Mann für denselben gestellt und dessen Bestrafung nach Maassgabe der Gesetze bleibt vorbehalten. Stellt sich der Pflichtige bevor ein Mann für denselben gestellt ist, und will derselbe selbst dienen, so erhält er die Caution zurück, seine Dienstzeit von sechs Jahren berechnet sich aber dann erst von seinem wirklichen Dienstseintritt an;
- b. wenn ein solcher seiner Verpflichtung zur Selbstverpflegung und Selbstbekleidung nicht nachkömmt;
- c. wenn ein auf Selbstverpflegung Dienender in die Strafcompagnie versetzt wird.

In den Fällen b. und c. wird ein vor erreichtem Conscriptionsalter auf Selbstverpflegung Zugangener aus dem Militär entlassen, und die im Dienst zugebrachte Zeit an seiner etwaigen künftigen Conscriptions-Capitulation nicht in Anrechnung gebracht.

9. Die bei den berittenen Waffen zugehenden einjährigen Freiwilligen haben nach §. 3 des Gesetzes die Anschaffung ihres Pferdes und dessen Unterhaltung aus eigenen Mitteln zu bestreiten, dies kann in zweierlei Art ausgeführt werden:

- a. der Freiwillige bringt ein zum Dienst in der Schwadron vollkommen geeignetes Pferd mit.

In diesem Falle entscheidet der Verwaltungsrath des Regiments über die Brauchbarkeit des Pferdes.

b. Der Freiwillige hinterlegt den Remontepreis.

In diesem Falle erhält der Freiwillige zum Reitunterricht und zum Dienst ein ärarisches Pferd.

Von dem hinterlegten Remontepreis wird nach Ablauf der freiwilligen Dienstzeit ein Neuntel als Remontebetrag für ein Jahr abgezogen.

Außerdem wird abgezogen: der Betrag der Fourage nach dem Lieferungspreis, die Medizin und übrigen Unterhaltungskosten nach den Etatsätzen. Den Rest erhält der Freiwillige nach Ablauf des Jahres zurück.

Artikel II. zu §. 4.

1. Nachdem durch die Bestimmung dieses Paragraphen jedem jungen Manne gesetzlich gestattet ist, nach vollendetem siebenzehnten Lebensjahre seine Militärdienstpflicht zu beginnen, so kann ein zu diesem Zweck sich Anmeldender nicht zurückgewiesen werden, wenn derselbe:

- a. im Allgemeinen tauglich ist und die nöthige körperliche Stärke und Entwicklung hat, welche zu der Waffe erforderlich ist, zu welcher sich derselbe meldet;
- b. Zeugnisse über bisherige gute Aufführung beibringt;
- c. sich gleichzeitig mit einem Rekrutenzugang meldet, und
- d. sich verpflichtet, so lange als Freiwilliger fortzudienen, bis seine Altersklasse in Dienst gezogen wird.

2. Bei dem Eintritt vor zurückgelegtem achtzehnten Lebensjahre kann die Militärbehörde einen Freiwilligen nur dann annehmen, wenn die Einwilligung des Vaters, und wenn dieser nicht mehr vorhanden, der Mutter, und wenn auch diese nicht mehr vorhanden, des Pflegers vor der zuständigen bürgerlichen Behörde erklärt ist, und der Militärbehörde vorgelegt wird.

3. Jeder freiwillig Zugehende, und da das Fortdienen nach erfüllter Kriegsdienst- oder Einstandspflicht immer ein neuer freiwilliger Zugang ist, auch jeder nach erfüllter Dienstpflicht Fortdienende, hat sich für eine bestimmte Dienstzeit verbindlich zu machen, welche jedoch das Recht der Militärbehörde zu jederzeitiger Entlassung nicht aufhebt. Die zu übernehmende Dienstzeit wird wie folgt, bestimmt:

- a. ein solcher, welcher vor erreichtem Alter der Conscriptionspflicht zugeht, hat sich zu einer Dienstzeit zu verpflichten, welche mit dem Tage des Eintritts seiner Altersklasse in den Dienst endigt;
- b. ein solcher, welcher vor erreichtem Conscriptionsalter als Tambour, Trompeter, Hornist, Hoboist oder Zeughaushandwerkerlehrling zugeht, auf dessen Anlernung besondere Mühe verwendet werden muß, hat sich mindestens zu einer sechsjährigen Dienstzeit zu verpflichten. Wird ein solcher in seiner Altersklasse zum Dienst in die Linie berufen, so hört damit die Verpflichtung zu anderweitiger Dienstzeit, wenn die freiwillige Verpflichtung nicht über diese sechs Jahre geht, auf, mit der Beschränkung, daß er, bevor die ursprünglich eingegangene sechs- (8—10-) jährige Dienstzeit umlaufen ist, keinen Mann für sich einstellen darf, wenn nicht die Militärbehörde denselben seiner übernommenen Verpflichtung entbindet. Bei guter Aufführung und dem Vorhandensein der sonst von einem Einsteher geforderten Eigen-

schaften kann einem solchen freiwillig Dienenden während seiner übernommenen Dienstzeit die Erlaubniß zum Einstehen erteilt werden und es rechnet die als Einstehender im Dienst zugebrachte Zeit zu der durch besondere Verpflichtung übernommenen Dienstzeit, allein derselbe kann immer während der freiwillig übernommenen Dienstzeit weder einen andern Mann einstellen, noch sonst seine Entlassung verlangen.

- c. Ungebediente, welche der Conscriptiionspflicht nicht mehr unterliegen, haben sich auf sechs Jahre verbindlich zu machen, sie können in dieser Zeit die Einstands-Erlaubniß erhalten, aber weder als Einstehender (beziehungsweise Einsteller) noch sonst die Entlassung vor Ablauf dieser sechs Jahre verlangen.

Solche Ungebediente dürfen nur bis zu vollendetem sechsundzwanzigsten Lebensjahre von den Commandostellen (Regiments- oder Bataillons-Commandos) als Freiwillige angenommen werden, bei weiter vorgerücktem Alter ist die Ermächtigung der höheren Commandostellen einzuholen.

Leute über dreißig Jahre dürfen nicht ohne Ermächtigung des Kriegsministeriums angenommen werden. Solche welche in fremden Kriegsdiensten standen, sind als ungebedient zu betrachten.

- d. Gebiente, welche nach Beendigung ihrer Conscriptiions- oder Einstandsdienstzeit oder der Dienstzeit als Freiwillige fortbienen wollen, so wie solche, welche entlassen waren und wieder freiwillig zugehen wollen, haben sich:

Unterofficiere und Spielleute in deren Rang auf ein Jahr,

Soldaten und Spielleute in deren Rang auf zwei Jahre

zu verpflichten.

- e. Bei Kriegsbedrohung und im Kriege ist auch freiwilliger Zugang auf Kriegsdauer zulässig.

4. Freiwillig Zugehende und Fortbienende haben folgenden Nachweis beizubringen:

- a. Der ungebediente Freiwillige, siehe die Anlage II.

- b. Gebiente Freiwillige, welche einige Zeit aus dem Armeecorps ausgetreten waren, haben den Abschied vorzulegen und ein Zeugniß über ihren Aufenthalt, Beschäftigung und Aufführung seit ihrer Entlassung (die Form und Inhalt von Nr. 2 in Anlage I. ist auch bei diesen Zeugnissen einzuhalten).

Solche Leute dürfen nur von den Commandostellen angenommen werden, unter welchen sie früher gedient haben, scheint es einer Commandostelle im Interesse, einen solchen Mann anzunehmen, wenn er auch früher nicht in dem Regiment (Bataillon) gedient hat, so kann dieses nur mit Genehmigung des Brigade-Commando's geschehen, nachdem vorher die Grundliste und das Aufführungszeugniß von dem Commando des Regiments (Bataillons), in welchem der Betreffende früher diente, erhoben ist.

Gleiches gilt für Leute, welche in einer andern Waffe als der, in welcher sie früher dienten, freiwillig zugehen wollen.

5. Gebiente, welche ohne ihre Entlassung zu nehmen, freiwillig fortbienen wollen, haben:

- a. wenn sie sich in Dienst befinden, keine Zeugnisse vorzulegen;

b. wenn sie über ein halbes Jahr beurlaubt waren, ein Ausführungszeugniß, wie in Anlage I. Nr. 2 vorgeschrieben, beizubringen.

6. Die Entlassung von freiwillig Dienenden vor Ablauf der übernommenen Dienstzeit, mit Ausnahme der auf Selbstverpflegung oder zu früherer Ableistung ihrer Dienstpflicht Dienenden, kann und soll geschehen:

- a. auf ihr Ansuchen, wenn sie während der Dauer ihrer Dienstzeit eine Civilversorgung erhalten können, zu welcher sie nach ihrer Dienstzeit Anspruch haben, oder wenn sie sonst in vortheilhafter Weise sich eine bürgerliche Existenz gründen können, oder sonst dringende Verhältnisse ihre Entlassung wünschenswerth machen. Bevor die Entlassung ertheilt wird, muß aber das Bestehen solcher Verhältnisse amtlich nachgewiesen sein;
- b. gegen ihren Willen, wenn sie dem Dienst nicht entsprechen, sei es aus Mangel an Geschick und Fähigkeit oder wegen übler Aufführung.

Artikel III. zu §§. 5 und 6.

1. Die Anmeldungen der Einsitzer haben bei dem Kriegsministerium zu geschehen und dieses weist denselben die Einsitzer nach der Reihenfolge der aufgestellten Liste zu.

2. In der aufzustellenden Liste wird folgende Reihenfolge eingehalten werden:

- a. die zur Zeit in dem Armeecorps dienenden Unteroffiziere und Spielleute nach ihren Chargen und in diesen nach der Zeit, welche sie die Charge bekleiden;
- b. die zur Zeit in dem Armeecorps dienenden Soldaten und deren Rang habende Spielleute nach der Dienstzeit,
- c. die früher in dem Armeecorps gestandenen aber entlassenen Unteroffiziere, Spielleute und Soldaten;
- d. die Nichtgeübten und zwar diejenigen zuerst, welche der außerordentlichen Conscription nicht mehr unterworfen sind.

Wünscht ein Unteroffizier oder Soldat als Einsitzer in einer andern Waffe einzutreten, so ist dieses zulässig, wenn derselbe zu dieser Waffe geeignet ist, er steht aber dann in der Reihenfolge allen Dienenden dieser Waffe nach.

3. Die Anmeldung zum Einsitzen hat zu geschehen:

- a. von zur Zeit der Anmeldung noch Dienenden bei ihrem Regiment = (Bataillon =) Commando;
- b. von solchen, welche in dem Militär gedient haben, aber entlassen sind:
 - a. von Denjenigen, welche einem der derzeit bestehenden Regimenter oder Bataillone zugetheilt waren und aus diesen entlassen worden sind, bei dem Regiment oder Bataillon, in welchem sie zuletzt gestanden sind;
 - β. von Denjenigen, welche früher in dem Militär dienten, bei Auflösung des Armeecorps aber nicht mehr im Dienst standen oder bei der Neubildung des Armeecorps nicht wieder in die neu aufgestellten Regimenter und Bataillone eingetheilt wurden, bei dem Amt in welchem dieselben ihren Wohnort oder Aufenthalt haben;

- c. von solchen, welche noch nicht gedient haben, bei ihrem Conscriptionsamt.
4. Die Gesuche, welche bei den Aemtern eingereicht werden, sind in folgender Weise zu behandeln:
- a. Gesuche solcher, welche der Conscription noch nicht genügt haben;
 - b. Gesuche solcher, welche das dreißigste Lebensjahr überschritten haben, und
 - c. Gesuche solcher, welche notorisch einen schlechten Reumund haben oder augenscheinlich körperlich nicht zum Militärdienst geeignet sind,
- hat das Amt ohne alle weitere Rücksicht als gesetzlich unstatthaft zurückzuweisen;
- d. bei Denen, welche das Amt als würdig und gesetzlich geeigenschaftet zum Einstehen erachtet, hat dasselbe sodann den in Anlage III. enthaltenen Erkundigungsbogen aufzustellen, beziehungsweise aufstellen zu lassen. Ist der Erkundigungsbogen von 1 bis 4 vollständig aufgestellt, so sendet das Bezirksamt den die Einstands-Erlaubniß nachsuchenden Mann mit den verschlossenen Akten an das nächste Garnisons- oder Stations-Commando, wo sich ein Militärarzt befindet, mit auf den Erkundigungsbogen zu sendendem Ersuchsschreiben, den Mann bezüglich seiner Tauglichkeit untersuchen zu lassen.

Solche Stellen sind zur Zeit: die Garnisons-Commandantschaft Mannheim, das Stations-Commando Mosbach, die Garnisons-Commandantschaft Bruchsal, die Garnisons-Commandantschaft Karlsruhe, das Garnisons-Bureau Rastatt, die Garnisons-Commandantschaft Freiburg, die Garnisons-Commandantschaft Lörrach, das Stations-Commando Bellingen, die Garnisons-Commandantschaft Constanz.

5. Das Maximum der Summe einschließlich des Handgeldes für Einstände, welche das Kriegsministerium vermittelt, beträgt:
- a. für eine volle Capitulation von sechs Jahren:
 - für die Infanterie: Vierhundert fünfzig Gulden;
 - für die andern Waffen: Fünfhundert Gulden;
 - b. für Restdienstzeiten vermittelt das Kriegsministerium in Betracht der den Einstehern dadurch entgehenden Zinsen noch Einstände zu folgenden höchsten Preisen:

| | Infanterie. | andere Waffen. |
|---------------------|-------------|----------------|
| für 5 Jahre | 390 fl. | 440 fl. |
| " 4 " | 320 " | 350 " |
| " 3 " | 250 " | 280 " |
| " 2 " | 170 " | 190 " |
| " 1 " | 90 " | 100 " |

An Handgeld darf nur verlangt werden:

Fünfzig Gulden von ganz zuverlässigen Unteroffizieren und Spielleuten im Rang der Oberfeldwebel, Oberwachmeister, Feldwebel und Wachmeister.

Zwanzig Gulden von Corporalen und Soldaten, welche in letzter Zeit in Dienst waren.

Zehn Gulden von Unteroffizieren und Soldaten, welche längere Zeit beurlaubt oder entlassen waren und von Ungebienten.

Machen dringende Verhältnisse, z. B. Unterstützung der Familie, die Bewilligung eines höheren Handgeldes wünschenswerth, so ist ein besonderer Antrag — jedoch nie auf mehr als 50 fl. — an das Kriegsministerium zu stellen, unter Vorlage der die Dringlichkeit und Zweckmäßigkeit amtlich nachweisenden Aktenstücke.

6. Die freie Uebereinkunft zwischen Einsteller und Einstehrer, welche §. 49 des Conscriptionsgesetzes vom 14. Mai 1825 bezüglich der Einstandssumme gestattet, ist durch den §. 5 und 6 des vorstehenden Gesetzes nur dahin beschränkt, daß das Kriegsministerium zu entscheiden hat, ob ihm der präsentirte Einstehrer, auch wenn er körperlich tauglich ist, zur Annahme geeignet erscheint, und daß das Kriegsministerium statt des Einstehers, mit welchem der Einsteller bereits abgeschlossen hat, einen andern Mann an dessen Stelle als Einstehrer setzen kann, wenn ein solcher um dieselbe Summe einzustehen bereit ist, wie der von dem Einsteller präsentirte Einstehrer.

Das vorwiegende Interesse des Dienstes erfordert aber, daß immer die Geeignetsten vor allen Andern als Einstehrer in das Armeecorps eingestellt werden, es sind dies aber die im Dienst erprobten und noch in dem Armeecorps dienenden Unteroffiziere und Soldaten, und sodann die früher in dem Armeecorps Gestandenen, welche während ihrer Dienstzeit und durch die nachfolgende Aufführung sich der Vergünstigung der Annahme als bevorzugte Einstehrer würdig gemacht haben und erst wenn diese Classen von Einstehern erschöpft sind, könnten Ungediente angenommen werden.

7. Es steht somit jedem Conscriptionspflichtigen, nach dem derselbe einem Regiment oder Bataillon zugetheilt ist, frei, einen Einstandsvertrag mit einem zu der betreffenden Waffe tauglichen Mann abzuschließen, und zwar zu einer beliebigen Summe.

Nebenverträge und nicht in den vorzulegenden Vertrag aufgenommene geheime Bedingungen sind nach §. 49 des Gesetzes vom 14. Mai 1825 verboten, bei Strafe der Confiscation des geheim bedungenen Geldes oder Geldwerthes und den Einsteller trifft außerdem eine Geldstrafe von gleichem Betrage.

So lange jedoch bevorzugte Einstehrer, das heißt, dienende und früher gut gediente Militärs vorhanden sind, welche um den gleichen Preis eintreten wollen, wird das Kriegsministerium Verträgen mit Ungedienten die Genehmigung nicht ertheilen, sondern andere Einstehrer dafür einstellen. Damit aber die Conscriptionspflichtigen durch die dadurch entstehende Verzögerung, während welcher sie vielleicht in den Dienst gezogen werden müßten, nicht belästigt werden, wird bestimmt:

- a. das Kriegsministerium vermittelt die Einstandsverträge für diejenigen Conscriptionspflichtigen, welche dieses wünschen;
- b. der Conscriptionspflichtige, welcher diese Vermittlung wünscht, hat bei seinem Conscriptionsamt, unter Vorzeigung seines Einberufungsbefehls, anzuzeigen, daß er um Zuweisung eines Einstehers durch das Kriegsministerium nachsuche, und zugleich zu bestimmen für welche Summe;
- c. das Amt hat hierauf dem Conscriptionspflichtigen aufzugeben, die bestimmte Summe an die Amortisationskasse abzusenden, und sobald dieses geschehen, die Quittung der

Amortisationskasse, oder den Postschein über die Absendung des Geldes an dieselbe dem Amt vorzulegen;

- d. das Amt zeigt sofort dem Kriegsministerium an, daß der Conscriptionspflichtige um Stellung eines Mannes für seine Dienstzeit nachsuche und daß die bestimmte Summe nach vorgelegtem Postschein, oder nach Quittung der Amortisationskasse an diese Kasse abgegangen sei.

Diese Anzeige hat zu enthalten:

Vor- und Zunamen, Loosnummer, Conscriptionsamt des Pflichtigen und die Truppenabtheilung, welcher derselbe zugetheilt ist; ferner beglaubigte Abschrift der Quittung oder des Postscheins über die Summe, welche deponirt ist.

- e. Auf diese Anzeige ordnet das Kriegsministerium bei denjenigen Pflichtigen, welche die in Nr. 5 dieses festgestellte Summe für die ganze oder Residienstzeit zur Einstellung bestimmt und deponirt haben, alsbaldigst die Nichteinberufung oder, wenn der Pflichtige schon im Dienst ist, die sofortige Beurlaubung desselben an.

Bei Angeboten unter diesen Summen, wo die Auffindung eines geeigneten Einstehers zweifelhaft ist, kann eine Beurlaubung nicht stattfinden, das Kriegsministerium wird aber innerhalb vierzehn Tagen den Einsteller durch das Conscriptionsamt oder das Regiments- (Bataillons-) Commando in Kenntniß setzen, ob sich für die angebotene Summe ein Einsteher gefunden hat oder nicht, und in letzterem Falle dem Einsteller anheim geben, selbst einen geeigneten Einsteher aufzusuchen und bei seinem Regiments- (Bataillons-) Commando zu präsentiren.

- f. Stellt das Kriegsministerium einen Einsteher, so läßt dasselbe einen Einstandsvertrag dreifach ausfertigen und solchen dem Einsteller und Einsteher zur Unterschrift zugehen. Der Einsteller hat dafür eine Schreibgebühr von Einem Gulden 12 fr. zu entrichten, welche mit dem unterschriebenen Einstandsvertrag an das Kriegsministerium einzusenden ist.

Hiernach ordnet das Kriegsministerium die verzinsliche Anlegung des Einstandskapitals bei der Amortisationskasse an, läßt dem Einsteher ein Exemplar des Einstandsvertrages und dem Einsteller eben ein solches nebst dem Entlassungsschein zustellen.

- g. Conscriptionspflichtige, welche nicht durch Vermittlung des Kriegsministeriums einstellen, haben den Einstandsvertrag entweder bei Amt oder bei dem Regiments- (Bataillons-) Commando protokolliren zu lassen und den Einsteller, welcher mit den in Anlage III. 1, 2 und 3 aufgeführten Nachweisen und Zeugnissen versehen sein muß, dem betreffenden Regiments- (Bataillons-) Commando vorzustellen. Das Commando prüft die Zeugnisse (Reute, welche nicht mit den vorgeschriebenen Zeugnissen versehen sind, müssen sogleich zurückgewiesen werden), läßt den Einsteher ärztlich untersuchen, und wenn er für tauglich zu der betreffenden Waffe befunden worden ist, legt dasselbe den Einstandsvertrag, die Zeugnisse und das ärztliche Gutachten, nebst Antrag über die Zulässigkeit des Einstehers dem Kriegsministerium vor, welches sofort weiter entscheidet.

- h. schon Dienende, welche für Restkapitulation einstellen wollen, können mit Leuten derselben Waffe, welche die Einstands-Erlaubniß haben, jederzeit Verträge abschließen, welche von den Commando's dem Kriegsministerium nur zur Vollzugsanordnung vorzulegen sind. Für Restdienstzeiten können aber ohne besondere Ermächtigung des Kriegsministeriums nur solche Leute einstellen, welche ausgebildet sind, das heißt mindestens sechs Monate gedient haben.

Artikel IV. Vorübergehende Bestimmungen.

In Berücksichtigung der nahen Einberufung der Rekruten wird für dieses Jahr:

1. der Zugang auf Selbstverpflegung, beziehungsweise die Anzeige der Absicht auf Selbstverpflegung zu dienen, bis zum 15. Mai, und
2. den bis zum 1. Juni freiwillig Zugegangenen, die Berechnung der Dienstzeit vom 1. April an, gestattet.

Carlsruhe, den 1. März 1851.

Großherzogliches Kriegsministerium.
A. von Roggenbach.

Vdt. von Stetten.

Conscriptionsamt Ettlingen.**Gesuch**

um Zulassung zur einjährigen Dienstleistung mit Selbstverpflegung auf den Grund
des §. 2 des Gesetzes vom 13. Februar 1851

des
Conscriptionspflichtigen der Altersklasse 1829 Johann Friedrich Berg von Malsch, Loos-Nr. 36
oder
zur Altersklasse 1832 gehörenden Friedrich Ruf von Ettlingenweiler.

**I. Pfarramtliches Zeugniß über Jahr und Tag der Geburt, oder amtlicher
Auszug aus einem vorgelegten Tauffchein. (Bei Conscriptionspflichtigen ist ein solcher
Nachweis nicht erforderlich.)**

Nach dem Taufbuche hiesiger Gemeinde ist Friedrich Ruf am 13. März 1832 geboren.
Ettlingen, den

Pfarramt.

oder:

Nach vorgelegtem Tauffchein ist Friedrich Ruf am 13. März 1832 in Ettlingenweiler
geboren.

Ettlingen, den

Großherzogl. Bezirksamt.

oder:

Gehört zur laufenden Conscription Altersklasse 1829, und ist nach der Conscriptionsliste
am 17. Mai 1829 geboren.

**II. Aufführungs=Zeugniß. (Das Bürgermeisteramt hat in diesem Zeugniß sich bestimmt
über die Aufführung des Betreffenden auszusprechen und insbesondere folgende Fragen zu beant-
worten, ob derselbe a. schon in gerichtlicher oder b. in polizeilicher Untersuchung stand, c. schon
gerichtlich oder d. polizeilich bestraft wurde. Ist der Betreffende über sechs Monate aus seinem
Heimathsort entfernt, so hat das Bürgermeisteramt sich über dessen frühere Aufführung auszu-
sprechen, und ist das gleiche Aufführungs=Zeugniß von dem letzten Aufenthaltsort zu erheben und
als Anlage beizufügen; war der Betreffende auf der Wanderschaft, so ist das Wanderbuch anzu-
schließen. Das Bezirksamt hat die Angaben a. bis d. zu bestätigen.)**

Friedrich Ruf ist seit zwei Jahren von hier abwesend, seine Aufführung war immer
gut und ist insbesondere bezüglich der Fragen a. bis d. nichts zu bemerken. Seit zwei
Jahren besucht derselbe die polytechnische Schule in Karlsruhe und es sind die Zeugnisse
über dessen Aufführung unter Anlage I. angeschlossen.

Ettlingenweiler, den

Bürgermeisteramt.

III. Nachweis über die wissenschaftliche oder künstlerische Ausbildung. (Dieser Nachweis ist zu liefern, durch Vorlage der Zeugnisse über den letzten Schulbesuch und durch Zeugnisse über die Beschäftigung bis zur Zeit der Anmeldung.)

Die Zeugnisse unter Anlage II. und III. weisen nach, daß Friedrich Ruß seit November 1849 die polytechnische Schule (Baufachschule) besucht hat und noch besucht.

IV. Anmeldung zu welcher Truppe der Betreffende einzutreten wünscht; Zeit des Eintritts; Genehmigung der Eltern oder des Vormundes; Nachweis des Vermögens oder der Cautionsstellung; Eröffnung der Bedingungen zum Eintritt auf einjährige Dienstleistung mit Selbstverpflegung.

- a. Anmeldung: Friedrich Ruß wünscht bei dem 7. Infanterie-Bataillon einzutreten.
- b. Zeit des Eintritts: Derselbe wünscht mit dem nächsten Rekrutenzugang am 1. April d. J. einzutreten.

oder:

Da Friedrich Ruß noch ein halbes Jahr die polytechnische Schule bis zur Entlassung zu besuchen hat, und sich sodann zum Staatsexamen melden will, dieses aber vor dem Februar 1853 nicht beendet sein wird, so bittet derselbe um Urlaub bis zum 1. April 1853 und will zu diesem Behufe die vorgeschriebene Caution von 450 fl. stellen.

- c. Genehmigung der Eltern oder des Vormundes.

Der Vater (Vormund) des Friedrich Ruß gibt seine Einwilligung zum Eintritt auf einjährige Dienstleistung und bekräftigt dieses durch seine Unterschrift am Schlusse dieses Protokolls.

- d. Vermögensnachweis oder Cautionsstellung.

Der Vater (Vormund) des Friedrich Ruß verpflichtet sich, die Kosten für die einjährige Dienstleistung des Friedrich Ruß zu tragen und legt über die Befähigung dazu das gemeinberäthliche Zeugniß (Anlage V.) vor;

oder:

Unter Bezug auf die Erklärung unter 4 b. legt der Vater (Vormund) des Friedrich Ruß Bescheinigung über die Hinterlegung von Vierhundert fünfzig Gulden bei der Obereinnehmeri qua Hinterlegungskasse vor und ist solche als Beilage Nr. IV. angeschlossen.

- e. Eröffnung der Bedingungen u. s. w.

Dem Friedrich Ruß und dessen Vater (Vormund) ist die Bekanntmachung des großh. Kriegsministeriums zu §. 2 und 3 des Gesetzes vom 13. Februar 1851, Regierungsblatt Nr. XIII., eröffnet worden, und dieselben verpflichten sich zu deren Nachachtung, beziehungsweise unterwerfen sich den vorgeschriebenen Bedingungen.

Die Unterzeichneten bestätigen vorstehende unter 4 a. bis e. enthaltene Aufnahmen mit ihren Unterschriften.

Ettlingen, den

18

Unterschrift des Pflchtigen.

Unterschrift des Vaters (Vormundes).

Für Beglaubigung des Ganzen.

Ettlingen, den

Das großb. Bezirksamt.

Unterschrift des Beamten.

Anlage II.

Oberamt Durlach.

Gesuch

um Aufnahme als Freiwilligdienender in das Großherzogliche Armeecorps
des

Johann Jakob Müller von Grözingen.

1. Pfarramtliches Zeugniß über das Jahr und den Tag der Geburt oder amtlicher Auszug aus einem vorgelegten Tauffchein (bei solchen, welche schon in der Conscription waren, genügt der amtliche Auszug aus der Conscriptionsliste).

Johann Jakob Müller ist nach dem Taufbuch hiesiger Gemeinde am 7. April 1832 geboren.

Grözingen n.

Pfarramt.

oder:

Nach vorgelegtem Tauffchein ist Johann Jakob Müller am 7. April 1832 geboren.

Grözingen n.

Gemeinderath.

oder:

Nach der Uebergabsliste der Conscription 1849 ist Johann Jakob Müller am 10. September 1828 geboren.

Durlach n.

Großherzogl. Oberamt.

2. Einwilligung der Eltern oder des Pflegers.

Der Vater (Mutter, Pflieger) gibt hiermit durch seine Unterschrift die Einwilligung, daß sein Sohn Johann Jakob Müller als Freiwilliger in das Armee-corps trete.

Grödingen (Durlach) x.

Unterschrift.

Vorstehende Unterschrift wird als ächt beglaubigt.

oder:

Johann Jakob Müller ist über achtzehn Jahre alt, bedarf daher der elterlichen Einwilligung nicht.

Grödingen, den x.

Durlach, den x.

oder:

Gemeinderath
N. N.

Großh. Oberamt
N. N.

3. Aufführungs-Zeugniß. (Das Bürgermeiſteramt hat in dieſem Zeugniß ſich beſtimmt über die Aufführung des Betreffenden auszusprechen und insbeſondere folgende Fragen zu beantworten: a. ob der Betreffende ſchon in polizeilicher oder b. gerichtlicher Unterſuchung ſtand oder noch ſteht, oder c. ob derſelbe polizeilich oder d. gerichtlich beſtraft wurde, wann, weßhalb und wie derſelbe beſtraft worden iſt, e. ob derſelbe der Umſturzpartei zugethan war. Iſt der Betreffende über ſechs Monate von ſeiner Heimath entfernt, ſo iſt gleiches Zeugniß von der Gemeinde- und Amtsbehörde des letzten Aufenthaltsortes zu erheben und als Beilage anzuhängen, der Gemeinderath hat ſich aber immer über die Aufführung bis zu der Entfernung aus der Heimath auszusprechen. War der Betreffende auf der Wanderschaft, ſo iſt das Wanderbuch anzuschließen. Das Bezirksamt hat die Angaben unter a. bis e. zu beſtätigen und das ihm ſonſt Bekannte beizufügen).

Johann Jakob Müller hat ſich immer in dieſſeitiger Gemeinde aufgehalten, und im Allgemeinen gut und ſittlich betragen, wurde jedoch einmal wegen Nachſchwärmerei mit 24 Stunden Gefängniß beſtraft; während des Aufſtandes hat ſich derſelbe ruhig dahier verhalten.

oder:

Johann Jakob Müller hat ſich bis vor einem Jahr in hieſiger Gemeinde aufgehalten und ſteht ſeit letzterer Zeit als Knecht in Berghauſen in Dienſt. Derſelbe zeigte ſich als händeliſüchtig und zum Trunke geneigt, wurde jedoch weder polizeilich noch gerichtlich in Unterſuchung genommen oder beſtraft; das Zeugniß über deſſen Aufführung in Berghauſen iſt angeſchloſſen. Während des Aufſtandes mußte derſelbe mit dem erſten Aufgebot ausmarſchiren, folgte aber nur dem Zwang und kehrte andern Tags heimlich wieder hierher zurück. War der Umſturzpartei nicht zugethan.

oder:

Johann Jakob Müller kam nach der Entlassung aus der Schule zu einem Schuhmacher in Durlach in die Lehre und war seit einem Jahre auf der Wanderschaft. Ueber dessen Aufführung kann daher nichts von hier aus angegeben werden.

Das Zeugniß des Gemeinderaths Durlach und das Wanderbuch sind angeschlossen.

Grödingen, den

Der Gemeinderath.

4. Conscriptions-Verhältnisse.

Johann Jakob Müller hatte in der Conscription 1850 (Alters-Classe 1829) die Loos-Nummer 279 gezogen, war für tauglich erkannt, fiel aber außer die Quote (oder) war wegen mangelnder Körperstärke als untauglich erkannt u. s. w.

5. Personalbeschrieb des Johann Jakob Müller.

Größe: 5' 5" 2". Körperbau: schlank. Gesicht lang und blaß. Augen: braun. Haare: dunkelblond. Nase: groß und gebogen. Besondere Kennzeichen: eine Narbe über dem rechten Auge.

Unterschrift: Johann Jakob Müller.

Durlach, den

Das Großh. Oberamt.

Großherzogliches Bezirksamt Adelsheim.

Gesuch

um

Einstands-Erlaubniß des Johann Jakob Müller von Sennfeld.

Personal-Beschrieb.

Größe: 5' 5" 3'''.

Körperbau: kräftig.

Gesicht: rund.

Farbe: sehr gebräunt.

Nase: mittelmäßig.

Augen: grau und klein.

Mund: aufgeworfen.

Haare: braun und kraus.

Bart: feinen.

Besondere Merkmale:

Ein braunes Muttermal in der
Größe eines Sechfers unter
dem rechten Mundwinkel.

Unterschrift:

Johann Jakob Müller.

1. Namen, Geburtsort und Zeit, Heimathsberechtigung.

Johann Jakob Müller, geboren zu Diettigheim, Amt
Lauberbischofsheim am 17. November 18 . . (laut vorgelegtem
Taufschein, oder nach der Conscriptionsliste der Altersklasse 18 . .)
(oder nach angeschlossenem Taufschein); derselbe ist heimaths-
berechtigt und conscriptionspflichtig zu Sennfeld, diesseitigen
Amtes (laut angeschlossenem Heimathsscheins oder nach Angabe
des mitunterzeichneten Gemeinderaths).

2. Conscriptions-Verhältnisse, etwaige frühere Militär-
dienstzeit, wo, wie lange, in welcher Abtheilung, in
welcher Charge, Abschied.

Müller war bei der ordentlichen Conscription der Alters-
klasse 1826 mit Loos-Nummer 137 über der Quote, bei der
außerordentlichen Conscription 1849 war derselbe für tauglich
zur Infanterie befunden, wurde aber nicht zur Linie berufen.

oder:

Müller wurde in der Conscription 1843 zur Linie berufen
und diente bis 1. April 1849 im früheren 2. Infanterie-Regi-
ment dritte Compagnie, zuletzt in der Charge als Gefreiter,
dessen Abschiedsurkunde vom 31. März 1850 ist angeschlossen.

3. Bei welcher Waffe wünscht der Betreffende einzustehen, und welches ist das
Niederste seiner Forderung, wünscht derselbe Handgeld?

Müller wünscht zur Artillerie, dessen niederste Forderung ist 400 fl., derselbe wünscht
Handgeld.

4. Ausführungs-Zeugniß. (Das Bürgermeisteramt (Gemeinderath) hat in diesem Zeugniß
sich bestimmt über die Ausführung des Betreffenden auszusprechen und insbesondere folgende
Fragen zu beantworten: a. ob der Betreffende in polizeilicher oder b. in gerichtlicher Untersuchung

stund, c. ob er polizeilich oder d. gerichtlich bestraft wurde, wann, weshalb und wie derselbe bestraft worden ist, e. ob derselbe der Umsturzpartei zugethan war. Ist der Betreffende über sechs Monate von seiner Heimath entfernt, so ist gleiches Zeugniß von der Gemeinde und Amtsbehörde seines letzten Aufenthaltsortes zu erheben und als Beilage anzuhängen. War der Betreffende auf der Wanderschaft, so ist das Wanderbuch anzuschließen. Der Gemeinderath hat sich aber immer über die Aufführung bis zur Zeit der Entfernung auszusprechen. Das Bezirksamt hat die Angaben unter a. bis e. zu bestätigen und das ihm sonst Bekannte anzufügen.

Beispiele von Zeugnissen, siehe Anlage Nr. II.

Unterschrift des Gemeinderaths.

Beglaubigung und Bemerkungen des Bezirksamtes.

Das Großherzogliche Bezirksamt Adelsheim

an das

Großherzogliche Stations-Commando Mosbach.

Großherzoglichem Stations-Commando übersenden wir durch den Johann Jakob Müller, welcher um die Einstands-Erlaubniß bittet, die auf sein Gesuch bezüglichen Akten, mit dem Ersuchen, denselben bezüglich der Tauglichkeit zum Militärdienst untersuchen zu lassen und im Fall der Tauglichkeit sodann die Akten dem Großherzoglichen Kriegsministerium einzubefördern.

Adelsheim, den

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Donnerstag den 13. März 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Dienstnachrichten.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien: Verordnung des großherzoglichen Justizministeriums: die Bildung der Geschworenenlisten betreffend.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben

mittelft höchster geheimen Kabinettsentschließung vom 21. Februar d. J.

den Oberpostrath Friedrich von Kleudgen und

den Freiherrn Gallus von Glaubitz dahier zu AllerhöchstIhren Kammerherren, sodann

den Freiherrn Ludwig Georg Maximilian von Bittersdorff zum Hofjunker gnädigst zu ernennen geruht;

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich

unter dem 7. März d. J.

allergnädigst bewogen gefunden:

den Kammerherrn und Geheimen Legationsrath Freiherrn Franz von Andlaw, unter Beförderung desselben zum Geheimen Rath zweiter Classe, zu HöchstIhrem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am kaiserlich königlich österreichischen Hofe zu ernennen;

unter dem 8. März d. J.

der durch Wahl des erzbischöflichen Domkapitels zu Freiburg geschehenen Ernennung des Pfarrers Franz Sales Schmid von Schwerzen zum Domkapitular bei der Metropolitankirche zu Freiburg die höchstlandesherrliche Bestätigung zu ertheilen;

den Vorstand des Landamtes Freiburg, Geheimen Rath Jägerschmid, wegen vorgerückten

Alters in den Ruhestand zu versetzen, und die Verwaltung dieses Amtes dem Regierungsrath von Chrismar in Mannheim, unter Ernennung desselben zum Oberamtmann, zu übertragen;

definitiv zu Amtsvorständen zu ernennen:

den Amtmann Wilhelm in Sinsheim,
den Amtmann Camill Winter in Müllheim,
den Amtmann Weiß in Blumenfeld;
dem Oberamtmann Kunz in Baden den Charakter eines Stadtdirectors zu verleihen;

zu Oberamtmännern zu ernennen:

die Amtmänner Streicher in Schönau,
Kaiser in Pfullendorf,
von Hunoltstein in Rork,
Leers in Adelsheim,
Spangenberg in Neckargemünd;

zu Amtmännern zu ernennen:

die Assessoren Heil in Bühl,
von Senger in Bruchsal,
von Vincenti in Baden,
Walli in Buchen,
Gänseblum in Schönau,
Steiger in Sinsheim,
Blattmann in Donaueschingen,
Wefend in Heidelberg;

den Rechtspraktikanten Anton Füller zum Assessor bei dem Bezirksamte Mößkirch zu ernennen;

den Professor Dr. Schenkel in Basel zum Professor der Philosophie und Theologie, Director des evangelisch-protestantischen Predigersseminars und ersten Universitätsprediger an der Universität Heidelberg zu ernennen;

das erledigte Physikats Rork dem Physikus Stoll in Meersburg,
das erledigte Amtschirurgat Philippsburg dem Amtschirurgen Sulzmann in Herrischried,
die katholische Stadtpfarrei Buchen dem Pfarrer Ignaz Lauter in Herbolzheim,
die katholische Pfarrei Göttingen, Bezirksamts Engen, dem Pfarrer Johann Baptist Schmid in Gallmannsweil, und

die katholische Pfarrei Mainwangen, Amts Stockach, dem Pfarrer Karl Weltin in Dillendorf zu übertragen, so wie

der unter dem 20. Januar d. J. erfolgten Uebertragung der Gemeindebezirksforstrei Lobdtau an den Forstpraktikanten Maier von Kirchen die höchste Bestätigung zu ertheilen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Bildung der Geschworenenlisten betreffend.

Zum Vollzuge des Gesetzes vom 5. Februar l. J. (Regierungsblatt Nr. IX.) wird verordnet:

I. Bestimmungen für die regelmäßige Bildung der Listen.

§. 1.

Die Bürgermeister (oder bei etwaiger Verhinderung ihre Stellvertreter) haben alljährlich im Monat September eine Liste über alle Ortseinwohner aufzustellen, welche nach den folgenden Bestimmungen zu dem Amte von Geschworenen befähigt sind.

§. 2.

In diese Liste werden auch die zu Geschworenen befähigten Einwohner derjenigen abgesonderten Hofgüter (Gemeindeordnung §. 154) eingetragen, welche der Gemeinde zur Führung der Grund- und Unterpfandsbücher zugewiesen sind.

Befinden sich auf solchen Hofgütern Stabhalter, so haben diese dem Bürgermeister das Verzeichniß der Einwohner zuzustellen und die erforderliche Auskunft zu ertheilen.

§. 3.

In diese Liste sind alle badiſchen Staatsbürger aufzunehmen, welche das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt und in dem Orte ihren Wohnſitz oder ständigen Aufenthalt haben, ohne Rücksicht darauf, ob sie in einer Gemeinde des Großherzogthums auch das Ortsbürgerrecht haben oder nicht, sofern sie

1. entweder zur Zeit der Aufstellung der Liste das Amt eines Mitglieds der Ständeversammlung, eines Bürgermeisters oder eines Gemeinderathsmitglieds bekleiden; oder
2. auf einer Hochschule die Doktorwürde erlangt oder die Staatsprüfung als:

Theologen,

Juristen,

Mediciner,

Cameralisten,

Philosophen,

Philologen (Lehramtspraktikanten),

Notare oder Notariatspraktikanten (nach der Verordnung vom 18. September 1849, Regierungsblatt Nr. LXII., S. 495);

oder ferner als:

Architekten,

Ingenieure,

Forstpraktikanten,

Berg- und Hüttenpraktikanten, oder
Postpraktikanten

bestanden haben, ohne Rücksicht darauf, ob sie ein Staatsamt bekleiden oder nicht; —
oder sofern sie

3. zwar nicht in eine der beiden ersten Klassen fallen, aber einen jährlichen Betrag von wenigstens zwanzig Gulden an directer ordentlicher Staatssteuer (d. h. Grund-, Häuser- und Gefällsteuer, Gewerbesteuer, Klassensteuer oder Kapitalsteuer) entrichten.

§. 4.

In die Liste sind folgende Personen nicht aufzunehmen, auch wenn sie sonst die im §. 3 bezeichneten Eigenschaften besitzen sollten:

1. Diensthoten;
2. Entmündigte oder Mundtobte;
3. Diejenigen, gegen welche die Sant eröffnet und noch nicht wieder beendet ist;
4. Diejenigen, welche
 - a. wegen irgend eines Verbrechens zu einer peinlichen Strafe (d. h. zur Todesstrafe, Zuchthausstrafe oder Dienstentsetzung) oder zu einer Arbeitshausstrafe verurtheilt oder
 - b. wegen eines die öffentliche Achtung ihnen entziehenden Verbrechens (z. B. wegen Diebstahls, Unterschlagung, Betrugs oder Zahlungsflüchtigkeit) mit irgend einer Freiheitsstrafe belegt wurden,
so lange sie nicht Wiederbefähigung erlangt haben;
5. Diejenigen, welche wegen körperlicher Gebrechen (wie z. B. Taube, Stumme, Blinde), oder wegen geistiger Gebrechen zu den Verrichtungen von Geschworenen untauglich sind.

§. 5.

Ferner sind in die Liste nicht aufzunehmen:

Personen, welche ein ständiges Richteramt bekleiden;
die Mitglieder des Staatsministeriums oder der Ministerien;
die politischen Vorsteher der Kreise oder Bezirke (d. h. die Vorsteher der Kreisregierungen und der Bezirksämter);
Staatsanwälte und deren Stellvertreter;
vom Staate ernannte Polizeibeamte;
Gendarmen;

alle diese Personen jedoch nur so lange, als ihr bezeichneter Dienst dauert.

§. 6.

Der Bürgermeister hat den Steuerbetrag derjenigen Ortsbewohner, welche nicht in die erste, oder zweite Klasse des §. 3 gehören, aus den neuesten Steuerregistern des Orts zu entnehmen, von welchem ihm zu diesem Zweck Einsicht zu nehmen zusteht.

Der Klassensteuerbetrag derjenigen Personen, welche eine Besoldung oder einen Gehalt aus

einer der im §. 10 der Verordnung des großherzoglichen Finanzministeriums vom 2. Juni 1838 (Regierungsblatt Nr. XXIV.) benannten öffentlichen Kassen beziehen, ist von der Kasse, welche die Befoldung u. auszahlt, zu erheben.

Sollte bei einem Standes- oder Grundherrn der gesetzliche Steuerbetrag nicht aus den Steuerregistern des Orts zu entnehmen sein, so hat der Bürgermeister die nöthige Auskunft bei der Ober-einnahmerei zu erheben.

§. 7.

Der Bürgermeister hat beim Beginne des Geschäfts einen öffentlichen Aufruf (§. 11) zu erlassen, worin

alle Ortseinswohner, welche zum Amte von Geschworenen befähigt sind und deren Steuer nur durch Zusammenrechnung der in verschiedenen Gemeinden des Großherzogthums zu entrichtenden Steuerbeträge die Summe von zwanzig Gulden erreicht, aufgefordert werden, binnen acht Tagen die Nachweisung hierüber durch Vorlage der Steuerforderungszettel, beziehungsweise Quittungen zu liefern, widrigenfalls sie bei Aufstellung der Ortsliste der Geschworenen übergangen würden.

Diesjenigen, welche die Anmeldung und Nachweisung innerhalb dieser acht Tage unterlassen, können das Versäumte auch noch innerhalb der in §. 11 bestimmten Frist nachholen, und eben so kann dann jeder andere zum Geschworenenamte befähigte Ortseinswohner die nachträgliche Aufnahme eines solchen mit Unrecht übergangenen Staatsbürgers in die Liste durch Nachweisung der gesetzlichen Eigenschaften desselben veranlassen.

Dem Bürgermeister ist überlassen, von Amtswegen über einzelne Ortseinswohner Erkundigung einzuziehen, ob sie nach der in andern Gemeinden zu entrichtenden Steuer zur Aufnahme in die Geschworenenliste berechtigt und verpflichtet sind.

§. 8.

Die Ermittlung des Steuerbetrags beschränkt sich in allen Fällen darauf, ob dieser die Summe von wenigstens zwanzig Gulden beträgt. In der Liste wird nur bemerkt, ob dieses der Fall ist, ohne Angabe des etwaigen höhern Betrags.

§. 9.

Wenn der Bürgermeister darüber in Zweifel ist, ob Jemand, der sonst die gesetzlichen Eigenschaften (§. 3) hat, entmündigt, muntodt, vergantet oder durch eine Bestrafung unfähig zum Amte eines Geschworenen geworden sei, oder ob einer dieser Unfähigkeitsgünde später wieder aufgehört habe, so hat er die nöthige Auskunft bei dem betreffenden Amte zu erheben.

§. 10.

Die Ortsliste (Urliste) enthält nach beifolgendem Formular folgende Felder:

1. Vor- und Zunamen des Geschworenen;
2. Alter;
3. Beruf;
4. Angabe, ob er den gesetzlichen Steuerbetrag entrichte;

5. andere Gründe der Aufnahme;

6. Bemerkungen.

Die Namen sind in alphabetischer Ordnung aufzuführen.

§. 11.

Sobald die Urliste fertig ist, wird sie vierzehn Tage lang zu Jedermanns Einsicht auf dem Rathhause aufgelegt.

Durch Anschlag am Rathhause, durch die Schelle und durch das etwa im Ort erscheinende Blatt wird bekannt gemacht:

daß die Urliste der Geschworenen während vierzehn Tagen zu Jedermanns Einsicht auf dem Rathhause bereit liege, und daß jedem Ortseinwohner, welcher zu dem Amte eines Geschworenen befähigt sei, frei stehe, innerhalb dieser Frist bei dem Gemeinderath Beschwerde zu erheben, wenn ein zum Amte eines Geschworenen gesetzlich befähigter Ortseinwohner übergangen oder ein Unbefähigter eingetragen worden sein sollte.

§. 12.

Nach Ablauf der vierzehn Tage und Erledigung der etwa vorgebrachten Beschwerden hat der Gemeinderath darüber Berathung zu pflegen, welche der in die Urliste eingetragenen Personen nach ihrer geistigen Fähigkeit, Ehrenhaftigkeit und Charakterfestigkeit zum Amte von Geschworenen besonders befähigt zu erachten seien.

Auf den Grund dieser Berathung ist im sechsten Felde der Urliste entweder der Beisatz „besonders befähigt“ zu machen, oder andernfalls der leer bleibende Raum zu durchstreichen.

Die Liste ist, von dem Bürgermeister und den zwei dienstältesten Gemeinderäthen unterzeichnet, dem Bezirksamte vorzulegen.

§. 13.

Die Bezirksamter haben darüber zu wachen, daß die Fertigung und Berichtigung der Listen in der gesetzlich bestimmten Zeit vorgenommen wird, so daß ihnen sämtliche Listen ihres Bezirks spätestens in der zweiten Hälfte des Monats Oktober zukommen.

§. 14.

Sobald das Bezirksamt im Besitze sämtlicher Urlisten ist, hat der Amtsvorstand die in §. 55 des Gesetzes bezeichnete Versammlung zu berufen und mit ihr die Geschworenen für das nächste Jahr auszuwählen.

Die Zahl der zu wählenden Geschworenen richtet sich nach der bei der letzten (vom Ministerium des Innern geprüften) ordentlichen Volkszählung ermittelten Seelenzahl des ganzen Amtsbezirks, ohne daß gerade aus jeder Gemeinde eine verhältnißmäßige Zahl von Geschworenen genommen werden müßte.

§. 15.

Die bürgerlichen Mitglieder der Versammlung (§. 14) erhalten aus der Amtskasse die Gebühr eines Gemeinderaths, wenn sie nicht vermöge ihres Amtes eine höhere anzusprechen haben.

§. 16.

Die Bezirksliste führt die zum Geschworenenamt Ausgewählten nach den einzelnen Gemeinden und bei jeder Gemeinde in alphabetischer Ordnung auf; sie hat die nämlichen Felder, wie die Urliste (§. 10).

Sämmtliche Bezirkslisten und die Liste der Ersatzgeschworenen (§. 57 des Gesetzes) müssen am 15. November dem Hofgerichtspräsidenten eingesendet sein.

§. 17.

Die genaue Einhaltung der vorgeschriebenen Termine (§§. 13 und 16) wird allen hierbei theilhaftigen Behörden zur strengsten Pflicht gemacht. Die Säumigen sind nöthigenfalls durch Geldstrafen oder durch Absendung von Warthoten zur ungesäumten Pflichterfüllung anzuhalten.

II. Bestimmungen für die erstmalige Aufstellung der Listen.**§. 18.**

Die erstmalige Aufstellung der Listen, welche bis zum Schlusse des laufenden Jahres gelten, (§. 143 des Gesetzes) ist unverzüglich vorzunehmen. Die Urlisten müssen in der zweiten Hälfte des Monats April bei den Bezirksamtern, die Bezirkslisten spätestens am 15. Mai bei den Hofgerichtspräsidenten eintreffen.

Carlruhe, den 7. März 1851.

Großherzogliches Justizministerium.
Stabel.

Vdt. Ullmann.

Bezirksamt Gemeinde

Urliste der Geschworenen.

| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | |
|---------------|----------------------|--------------------|---------------------------|--|--|--------------|
| Ordnungszahl. | Vor- und Zunamen. | Alter.
(Jahre). | Beruf. | Grund der Aufnahme in die Liste. | | Bemerkungen. |
| | | | | a.
Zahlung
des gesetzl.
Steuerbe-
trags. | b.
Andere Gründe. | |
| 1. | Adam, Michael. | 36 | Landwirth. | Ja. | — | |
| 2. | Bader, Ernst. | 62 | Pensionirter Staatsrath. | — | Hat die Staatsprüfung
bestanden. | |
| 3. | Dietrich, Wilhelm. | 50 | Kanzleirath, Registrator. | Ja. | — | |
| 4. | Ebel, Heinrich. | 33 | Arzt. | — | Hat die Staatsprüfung
als praktischer Arzt
bestanden. | |
| 5. | Fink, Friedrich. | 40 | Gastwirth. | — | Ist Gemeinderath. | |
| 6. | Groll, Joachim. | 34 | Notar. | — | Hat die Prüfung nach
Verordnung vom 18.
September 1849 be-
standen. | |
| 7. | Graf, Georg. | 48 | Amtsrevisor. | Ja. | — | |
| 8. | v. Mayer, Ferdinand. | 44 | Major. | Ja. | — | |
| 9. | Schmidt, Karl. | 31 | Secretär. | — | Hat die Prüfung als
Rechtspraktikant be-
standen. | |
| 10. | Stein, Gregor. | 40 | Wundarzt. | Ja. | — | |

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Samstag den 15. März 1851.

Inhalt.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien: Bekanntmachungen des großh. Ministeriums des Innern: die Besetzung der katholischen Kirchenstellen betreffend; die Ertheilung eines Patents an Friedrich Gemeiner von Nürnberg für Herstellung von rohen und emailirten Zimmeröfen mit Thonfutter betreffend; die Staatsgenehmigung von Eittungen im Unterheinreise betreffend. Bekanntmachungen des großh. Finanzministeriums: den Stand der Zehntablösung betreffend; die Tilgung des auf Obligationen aufgenommenen Eisenbahnanlehens von 1842 betreffend. Bekanntmachung des großh. Kriegsministeriums: die Formation der Infanterie in Bezug auf die höhere Befehlsgebung betreffend.

Diensterledigungen. Todesfall.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Besetzung der katholischen Kirchenstellen betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach höchster Entschliessung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 13. d. M., Nr. 287, allergnädigst zu bestimmen geruht, daß in Zukunft der Regel nach kein katholischer Pfarrer oder Beneficiat zu einer andern Pfründe vorgeschlagen werden soll, wenn er nicht wenigstens fünf Jahre auf der Stelle, welche er zur Zeit inne hat, gewesen ist.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 21. Februar 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Buiffon.

Die Ertheilung eines Patents an Friedrich Gemeiner von Nürnberg für Herstellung von rohen und emailirten Zimmeröfen mit Thonfutter betreffend.

Dem Kaufmann und Eisenhändler Friedrich Gemeiner von Nürnberg wird auf sein Ansuchen ein Patent bis zum 8. Dezember 1854 auf die Herstellung von rohen und emailirten gußeisernen Zimmeröfen in beliebiger Form mit Thonfutter nach der von ihm erfundenen Construction hiermit ertheilt, jedoch unter Vorbehalt der Rechte Dritter, welche die Priorität der Erfindung nachzuweisen vermögen, oder letztere künftig verbessern werden, und unter Festsetzung einer Strafe von

Einhundert fünfzig Gulden nebst Confecration des nachgefertigten Gegenstandes auf den Fall der Verletzung des Privilegiums.

Carlsruhe, den 27. Februar 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Die Staatsgenehmigung von Stiftungen im Unterrheinkreise betreffend.

Nachstehende Stiftungen haben von der Regierung des Unterrheinkreises die Staatsgenehmigung erhalten und werden hiermit zum ehrenden Andenken der Stifter zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 20. Februar 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Es hat gestiftet:

Stadtpfarrer Diemer in Neudenau 25 fl. zur Unterstützung der Ortsarmen.

In die katholische Kirche zu Wieblingen:

A. Freifrau von Laroche-Starkenfeld d. d. daselbst:

a. ein Altartuch im Werthe von 8 fl.,

b. ein Marienkleid im Werthe von 11 fl.;

B. Babette Hartmann von da, ein Communiontuch im Werthe von 5 fl. 24 fr.;

C. einige Bürger zu Wieblingen und Eppelheim, vier Standarten und vier Fähnchen im Werthe von 28 fl. und

D. Freifräulein von Laroche-Starkenfeld in Wieblingen, die Verzierungen zu den Standarten und Fähnchen im Werthe von 5 fl.;

Christoph Reichert von Ruchsen 25 fl. in den dortigen Almosensfond;

Ein Ungenannter in die evangelische Kirche zu Walldorf ein Tauf Tuch im Werthe von 5 fl.

Georg Schlegel in New-York 51 fl. 29 fr. in den Heiligen- und Almosensfond in Bobstadt.

Freiherr Maximilian von Herding in Mannheim 1000 fl. zum Grundstock der Armenanstalt daselbst.

Die Bürger von Unterkessach und Volkshausen in die evangelische Kirche des ersteren Orts, zwei neu silberne Kelche im Werthe von 36 fl.

Pfarrer Römig in Eiersheim 50 fl. in den Armenfond zu Oberlauda.

Freiherr Johann Heinrich Groß von Trockau zu Mannheim 50 fl. in die Armenanstalt daselbst;

Pfarrer Brugger in Hochenheim 80 fl. zur Unterstützung der dortigen Ortsarmen.

Andreas Georg Schön in Fliedbach in die evangelische Kirche daselbst:

a. zur Bekleidung des Altars 20 fl. und

b. für die dortigen Ortsarmen 10 fl.

Ein Bürger von Mannheim 40 fl. in den evangelischen Kirchen- und Hospitalfond daselbst;

Maria Anna Wirth in Bamberg 50 fl. in den Armenfond zu Stein a. R.

Ein Ungenannter 150 fl. als unangreifbarer Fond für das allgemeine Krankenhaus in Mannheim.

Mehrere Ungenannte in die Kirche zu Krautheim:

- a. eine Fahne im Werthe von 72 fl. und
- b. einen Traghimmel im Werthe von 116 fl.

Balthasar Vogelmanns Eheleute in Hüffenhardt in die evangelische Kirche daselbst ein silbernes Taufgeschloß im Werthe von 160 fl.

Ein Ungenannter 400 fl. in den Armenfond zu Unterballbach.

Maria Anna Gaud zu Königheim in die Kirche daselbst ein Messgewand im Werthe von 99 fl.

Die 12. Compagnie des königlich preussischen Füßilier-Bataillons vom 30. Regiment in die katholische Kirche zu Wertheim einen Aufsatz zum Taufstein im Werthe von 48 fl.

Mehrere Einwohner zu Messelhausen in die dortige Kirche einen Rauchmantel und ein Messgewand zusammen im Werthe von 168 fl.

Die Wilhelm Reperischen Eheleute zu Freinsheim 800 fl. in den Armenfond zu Mannheim.

Ein Ungenannter 10 fl. in die Kirche zu Königheim.

Mehrere Ungenannte in die katholische Kirche zu Wiesloch:

- a. ein Missale Defunctorum im Werthe von 8 fl.,
- b. einen Weihwasserkessel im Werthe von 8 fl.,
- c. zwei silberplattirte Altarleuchter im Werthe von 10 fl.,
- d. vier Vasen mit Blumen und Glasglocken im Werthe von 12 fl. und
- e. silberne heil. Oelfläschchen mit Futteralen im Werthe von 22 fl.

Freifrau von Benningen zu Eichersheim in die katholische Kirche daselbst:

- a. ein Altartuch im Werthe von 11 fl.,
- b. sechs Handtüchlein im Werthe von 1 fl.,
- c. vier Corporalien im Werthe von 12 fr.,
- d. zwei Communikantentücher im Werthe von 12 fl.,
- e. ein Belum im Werthe von 25 fl.,
- f. zwei silberne Leuchter im Werthe von 15 fl.,
- g. zwei Blumentöpfe mit gemachten Blumen im Werthe von 5 fl. 24 fr.,
- h. zwei Glasfästchen mit Wachsfiguren im Werthe von 2 fl. und
- i. einen Klingelbeutel im Werthe von 8 fl. 6 fr.

Den Stand der Zehntablösung betreffend.

Nachstehende Uebersicht über den Stand der Zehntablösung auf den ersten Januar dieses Jahres wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 8. Februar 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.

Regenauer.

Vdt. Pfeilsticker.

Uebersicht
über den Stand der Zehntablösung auf den 1. Januar 1851.

| Ordnungszahl. | Bezeichnung der Zehnten. | Anzahl | | | Von den abgelösten Zehnten betragen | | | | |
|-----------------------|--|----------------|--|--------------------------------|-------------------------------------|-----|----------------------------------|-----|--|
| | | aller Zehnten. | der bis 1. Jan. 1851 abgelösten Zehnten. | der noch abzulösenden Zehnten. | die Ablösungs-Kapitalien. | | die angewiesenen Staatsbeiträge. | | |
| | | | | | fl. | fr. | fl. | fr. | |
| A. Im Saarkreis. | | | | | | | | | |
| 1 | Zehnten von Mitgliedern des großh. Hauses | 58 | 57 | 1 | 435,512 | 29 | 74,682 | 55 | |
| 2 | " " auswärtigen Staaten | 25 | 23 | 2 | 126,728 | 52 | 7,085 | 50 | |
| 3 | " " Standesherrn | 190 | 158 | 32 | 1,917,573 | 11 | 235,052 | — | |
| 4 | " " Grundherren | 64 | 41 | 23 | 278,044 | 35 | 39,436 | 25 | |
| 5 | " " Privatpersonen | 212 | 124 | 88 | 147,085 | 18 | 4,400 | 14 | |
| 6 | " " Pfarndiensten | 571 | 388 | 183 | 1,294,395 | 37 | 117,968 | 6 | |
| 7 | " " Schuldiensten | 33 | 27 | 6 | 31,003 | 34 | 4,027 | 59 | |
| 8 | " " kirchlichen Recepturen und Benefizstiftungen | 41 | 26 | 15 | 174,254 | 20 | 6,234 | 24 | |
| 9 | " " Localstiftungen | 275 | 216 | 59 | 476,141 | 53 | 59,174 | 59 | |
| 10 | " " Gemeinden | 31 | 18 | 13 | 99,479 | 35 | 9,567 | 44 | |
| 11 | " " dem großh. Forstdomänenärar | 4 | 4 | — | 162 | 54 | 32 | 35 | |
| 12 | " " dem großh. Domänenärar | 356 | 354 | 2 | 2,161,928 | 28 | 289,942 | 53 | |
| Summe A. | | 1,860 | 1,436 | 424 | 7,142,310 | 46 | 847,606 | 4 | |
| B. Im Oberrheinkreis. | | | | | | | | | |
| 1 | Zehnten von Mitgliedern des großh. Hauses | 1 | — | 1 | — | — | — | — | |
| 2 | " " auswärtigen Staaten | — | — | — | — | — | — | — | |
| 3 | " " Standesherrn | 9 | 7 | 2 | 26,410 | 55 | 5,191 | 43 | |
| 4 | " " Grundherren | 88 | 57 | 31 | 399,939 | 29 | 70,380 | 43 | |
| 5 | " " Privatpersonen | 60 | 31 | 29 | 85,547 | 59 | 9,073 | 11 | |
| 6 | " " Pfarndiensten | 509 | 418 | 91 | 1,980,821 | 49 | 278,614 | 23 | |
| 7 | " " Schuldiensten | 64 | 58 | 6 | 59,018 | 48 | 10,513 | 11 | |
| 8 | " " kirchlichen Recepturen und Benefizstiftungen | 38 | 31 | 7 | 324,457 | 5 | 403 | 1 | |
| 9 | " " Localstiftungen | 63 | 44 | 19 | 111,866 | 31 | 9,854 | 47 | |
| 10 | " " Gemeinden | 46 | 30 | 16 | 182,303 | 43 | 12,552 | 9 | |
| 11 | " " dem großh. Forstdomänenärar | — | — | — | — | — | — | — | |
| 12 | " " dem großh. Domänenärar | 588 | 587 | 1 | 5,384,703 | 50 | 854,280 | 36 | |
| Summe B. | | 1,466 | 1,263 | 203 | 8,555,070 | 9 | 1,250,883 | 44 | |

| Ordnungs-
zahl. | Bezeichnung der Zehnten. | Anzahl | | | Von den abgelösten Zehnten
betrugen | | | | |
|-------------------------|---|-------------------|--|---|--|-----|---|-----|---|
| | | aller
Zehnten. | der bis
1. Jan.
1851 ab-
gelösten
Zehnten. | der noch
abzu-
lösenden
Zehnten. | die Ablösungs-
Kapitalien. | | die angewie-
senen
Staatsbei-
träge. | | |
| | | | | | fl. | fr. | fl. | fr. | |
| C. Im Mittelrheinkreis. | | | | | | | | | |
| 1 | Zehnten von Mitgliedern des großh. Hauses | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 2 | " " auswärtigen Staaten | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 3 | " " Standesherrn | 36 | 36 | — | 415,802 | 58 | 47,454 | 1 | — |
| 4 | " " Grundherren | 87 | 73 | 14 | 953,327 | 39 | 118,911 | 18 | — |
| 5 | " " Privatpersonen | 43 | 32 | 11 | 123,519 | 53 | 21,496 | 35 | — |
| 6 | " " Pfarrdiensten | 289 | 269 | 20 | 2,151,739 | 55 | 373,953 | 4 | — |
| 7 | " " Schuldiensten | 96 | 91 | 5 | 191,410 | 2 | 36,139 | 4 | — |
| 8 | " " kirchlichen Recepturen und Be-
zirksstiftungen | 65 | 63 | 2 | 529,640 | 46 | 83,761 | 39 | — |
| 9 | " " Localstiftungen | 44 | 32 | 12 | 140,546 | 4 | 22,941 | 20 | — |
| 10 | " " Gemeinden | 14 | 11 | 3 | 32,864 | 56 | 4,145 | 59 | — |
| 11 | " " dem großh. Forstdomänenärar . | 1 | 1 | — | 671 | 2 | 134 | 12 | — |
| 12 | " " dem großh. Domänenärar . . | 403 | 403 | — | 7,703,206 | 30 | 1,245,341 | 14 | — |
| Summe C. . | | 1,078 | 1,011 | 67 | 12,242,729 | 45 | 1,987,278 | 26 | — |
| D. Im Unterrheinkreis. | | | | | | | | | |
| 1 | Zehnten von Mitgliedern des großh. Hauses | 11 | 11 | — | 38,008 | 2 | 7,563 | 17 | — |
| 2 | " " auswärtigen Staaten | 9 | 5 | 4 | 11,540 | 21 | 3,912 | 16 | — |
| 3 | " " Standesherrn | 283 | 250 | 33 | 2,031,609 | 44 | 322,881 | 56 | — |
| 4 | " " Grundherren | 179 | 153 | 26 | 1,429,269 | — | 222,341 | 42 | — |
| 5 | " " Privatpersonen | 86 | 71 | 15 | 459,099 | 6 | 72,933 | 51 | — |
| 6 | " " Pfarrdiensten | 447 | 396 | 51 | 2,063,836 | 51 | 349,648 | — | — |
| 7 | " " Schuldiensten | 110 | 101 | 9 | 267,321 | 26 | 51,700 | 24 | — |
| 8 | " " kirchlichen Recepturen und Be-
zirksstiftungen | 161 | 127 | 34 | 1,316,723 | 53 | 252,434 | 2 | — |
| 9 | " " Localstiftungen | 36 | 28 | 8 | 64,794 | 42 | 9,361 | 4 | — |
| 10 | " " Gemeinden | 31 | 23 | 8 | 92,245 | 15 | 16,413 | 16 | — |
| 11 | " " dem großh. Forstdomänenärar . | — | — | — | — | — | — | — | — |
| 12 | " " dem großh. Domänenärar . . | 181 | 181 | — | 2,290,827 | 27 | 394,636 | 45 | — |
| Summe D. . | | 1,534 | 1,346 | 188 | 10,068,275 | 47 | 1,703,857 | 12 | — |

| Ordnungs-
zahl. | Bezeichnung der Zehnten. | Anzahl | | | Von den abgelösten Zehnten
betragen. | | | |
|--------------------|---|-------------------|--|---|---|-----------|---|-----------|
| | | aller
Zehnten. | der bis
1. Jan.
1851 ab-
gelösten
Zehnten. | der noch
abzu-
lösenden
Zehnten. | die Ablösungs-
Kapitalien. | | die angewie-
senen
Staatsbei-
träge. | |
| | | | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| | Wiederholung. | | | | | | | |
| 1 | Zehnten von Mitgliedern des großh. Hauses | 70 | 68 | 2 | 473,520 | 31 | 82,246 | 12 |
| 2 | " " auswärtigen Staaten . . . | 34 | 28 | 6 | 138,269 | 13 | 11,028 | 6 |
| 3 | " " Standesherrn | 518 | 451 | 67 | 4,394,396 | 18 | 610,579 | 40 |
| 4 | " " Grundherren | 418 | 324 | 94 | 3,060,580 | 13 | 481,070 | 8 |
| 5 | " " Privatpersonen | 401 | 258 | 143 | 815,252 | 16 | 110,903 | 51 |
| 6 | " " Pfarrdiensten | 1,816 | 1,471 | 345 | 7,490,794 | 12 | 1,120,203 | 33 |
| 7 | " " Schuldiensten | 303 | 277 | 26 | 548,753 | 50 | 102,380 | 38 |
| 8 | " " kirchlichen Recepturen und Be-
zirksstiftungen | 305 | 247 | 58 | 2,345,076 | 4 | 342,833 | 6 |
| 9 | " " Localstiftungen | 418 | 320 | 98 | 793,349 | 10 | 101,332 | 49 |
| 10 | " " Gemeinden | 122 | 82 | 40 | 406,893 | 29 | 42,679 | 8 |
| 11 | " " dem großh. Forstdomänenrath . | 5 | 5 | — | 833 | 56 | 166 | 47 |
| 12 | " " dem großh. Domänenrath . . | 1,528 | 1,525 | 3 | 17,540,666 | 15 | 2,784,201 | 28 |
| | Haupt-Summe . | 5,938 | 5,056 | 882 | 38,008,386 | 27 | 5,789,625 | 26 |

Anmerkungen: 1. Das Steuerkapital aller bis zum 1. Januar 1851 abgelösten Zehnten belief sich auf 48,679,453 fl. 32 fr., das der abgelösten Domanielzehnten insbesondere auf 26,296,015 fl. 41 fr. Zur Zeit, als das Zehntablösungsgesetz ertheilt ward (im Jahre 1833), waren in dem Steuerkataster nur 5627 Zehnten mit einem Steueranschlage von 2,103,496 fl. 50 fr. und demnach mit einem Steuerkapital von $25 \times 2,103,496$ fl. 50 fr. = 52,587,420 fl. 50 fr. verzeichnet.

2. In der Uebersicht auf 1. Januar 1849 ist die Gesamtzahl der Zehnten auf 5860 angegeben. In den Jahren 1849 und 1850 sind weitere 78 zum Vorschein gekommen. In eben diesen beiden Jahren sind trotz der mancherlei störenden Zeitereignisse 350 Zehnten mit einem Kapitale von 1,605,300 fl. 24 fr. abgelöst worden.

3. Von den auf den Zehnten des großh. Domänenraths haftenden Baulasten waren am 1. Januar 1849 die für 341 Kirchen, 298 Pfarrhäuser und 6 Schulhäuser abgeschätzt und in den verflossenen zwei Jahren sind weiter die Baulasten für 61 Kirchen, 42 Pfarrhäuser und 2 Schulhäuser zur Abschätzung gekommen. Am 1. Januar 1851 waren die Baulastenabschätzungen in 380 Orten von der großh. Zehntsection und hievon in 316 Orten auch von den großh. Oberkirchenrathen genehmigt.

Die Tilgung des auf Obligationen aufgenommenen Eisenbahnanlehens von 1842 betreffend.

Bezüglich auf die diesseitige Bekanntmachung vom 17. Dezember v. J. (Regierungsblatt von 1851, Seite 6 und 7) wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die großherzogliche Eisenbahnschuldentilgungskasse ermächtigt ist, die durch die Ziehung vom nämlichen Tage zur Einlösung auf 1. Juli d. J. bestimmten 3½prozentigen Obligationen des Eisenbahnanlehens von zwölf Millionen Gulden jetzt schon mit Zins bis zum Zahlungstage abzutragen.

Carlsruhe, den 6. März 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.

Regenauer.

Vdt. Probst.

Die Formation der Infanterie in Bezug auf die höhere Befehlsgebung betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 26. vorigen Monats Sich allergnädigst bewogen gefunden, die Formation der Infanterie in Bezug auf die höhere Befehlsgebung auf folgende Weise zu ordnen:

1. Die gesammte Infanterie steht unter dem Commando der Infanterie, dessen Befehlsgebung vorerst noch vorbehalten bleibt.
2. Die zehn Infanterie-Bataillone werden in zwei Brigaden formirt und diese haben zu bestehen:
 - die erste Brigade aus:
dem I., II., III., IV. und V. Bataillon;
 - die zweite Brigade aus:
dem VI., VII., VIII., IX. und X. Bataillon.
3. Zu Brigade-Commandeuren wurden für die erste Brigade Oberst von Röder, für die zweite Brigade Oberst Holz ernannt.

Der Dienstgang der Brigade-Commandos geht einstweilen bis über die Befehlsgebung des Infanterie-Commandos verfügt sein wird, unmittelbar an das Kriegsministerium.

Carlsruhe, den 6. März 1851.

Großherzogliches Kriegsministerium.

A. von Roggenbach.

Vdt. von Stetten.

Dienst erledigungen.

Die evangelische Pfarrei Wies, Dekanats Schoppsheim, mit einem Competenzanschlag von 539 fl. 15 fr., worauf jedoch eine Schuld von 27 fl. 25 fr. ruht, welche der neu zu ernennende Pfarrer zu übernehmen und zu bezahlen hat, ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber haben sich binnen sechs Wochen nach Vorschrift bei dem großh. evangelischen Oberkirchenrathe zu melden.

Man sieht sich veranlaßt, die evangelische Pfarrei Adelsheim nochmals zur Bewerbung auszukündigen, wobei mit Hinweisung auf das frühere Ausschreiben, Regierungsblatt vom 27. November v. J., Nr. LIV., bemerkt wird, daß sich der wirkliche Ertrag auf 1000 bis 1100 fl. beläuft, und die Schuld von 185 fl. durch die Zwischengefälle gedeckt wird.

Die katholische Pfarrei Aichen, Amts Bonndorf, mit einem beiläufigen Jahresertragniß von 1000 fl. ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Kappelrodeck, Amts Achern, wird mit einem beiläufigen Einkommen von 2000 fl., worauf die Verbindlichkeit ruht, einen Vikar zu halten, und zur Besserstellung der Pfarrei Kapplerthal jährlich 81 fl. abzugeben, zur Wiederbesetzung ausgeschrieben. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Gutmadingen, Amts Donaueschingen, mit einem beiläufigen Einkommen von 1000 fl. ist in Erledigung gekommen, worauf die Verbindlichkeit ruht, eine Schuldenlast von beiläufig 230 fl., vorbehaltlich etwaiger weiterer Zehntablösungskosten in den noch bestimmt werdenden Zahlungsterminen zu tilgen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Horn, Amts Radolphzell, ist mit einem Einkommen von 600 bis 700 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Das Amtschirurgat Stühlingen ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dasselbe haben ihre Anmeldungen binnen vier Wochen bei der großh. Sanitätscommission einzureichen.

Todesfall.

Gestorben ist:

Am 24. Januar d. J. der pensionirte Physikus Ignaz Braun zu Freiburg.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Mittwoch den 19. März 1851.

Inhalt.

Gesetz: die Bürgerwehr betreffend.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsse Seine Königlich Hoheit des Großherzogs: Medaillenverleihungen. Dienstaufsichten.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien: Bekanntmachungen des großherzogl. Ministeriums des Innern: den Bestand der Ehrentschulen und der höheren Bürgerschulen im Schuljahr 1849/50 betreffend. Bekanntmachung des großh. Kriegsministeriums: den Vollzug des Gesetzes vom 13. Februar d. J., die Abänderung des Conscriptionsgesetzes betreffend.

Diensterledigungen.

Gesetz, die Bürgerwehr betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

§. 1.

Das Gesetz vom 1. April 1848, die Errichtung einer Bürgerwehr im Großherzogthum betreffend, ist aufgehoben.

§. 2.

Zur Aufrechthaltung der Sicherheit und Ordnung in den einzelnen Gemeinden kann eine Bürgerwehr errichtet werden, wenn in den Gemeinden, die keinen großen Ausschuss haben, die Gemeindebürger und die staatsbürgerlichen Einwohner, in den übrigen Gemeinden aber der große Bürgerausschuss und ein Ausschuss der staatsbürgerlichen Einwohner nach gemeinsamer Berathung mit Stimmenmehrheit die Errichtung beschließen und die Staatsregierung diesen Beschluss genehmigt.

Der Ausschuss der staatsbürgerlichen Einwohner wird von ihnen mit relativer Stimmenmehrheit gewählt. Die Zahl seiner Mitglieder soll sich zur Zahl der Mitglieder des großen Bürgerausschusses so verhalten, wie die Zahl der staatsbürgerlichen Einwohner zu jener der Gemeindebürger.

§. 3.

Die Staatsregierung kann auch ohne die Voraussetzung des §. 2 die Errichtung einer Bürgerwehr in einer Gemeinde auf so lange anordnen, als sie es zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung für nöthig erachtet.

§. 4.

Wird in einer Gemeinde eine Bürgerwehr errichtet, so haben die Gemeindebürger und die in öffentlichem Dienste stehenden staatsbürgerlichen Einwohner in dieselbe einzutreten, sofern sie das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt und das fünfundvierzigste noch nicht überschritten haben, waffenfähig sind und nicht in der Linie dienen.

§. 5.

Diejenigen Gemeindebürger und in öffentlichem Dienste stehenden staatsbürgerlichen Einwohner, welche das fünfundvierzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, sind zum Eintritt in die Bürgerwehr berechtigt, aber nicht verpflichtet.

§. 6.

Ausgeschlossen sind:

1. Alle, die zu einer peinlichen Strafe verurtheilt worden sind.
2. Diejenigen, welche zu einer Arbeitshausstrafe von mindestens sechs Monaten oder zur Dienstentlassung oder wegen Diebstahls, Unterschlagung, Fälschung oder Betrugs zu irgend einer Strafe verurtheilt worden sind, in den nächsten fünf Jahren nach erstandener Strafe.
3. Diejenigen, welche wegen eines politischen Vergehens zu einer geringeren Strafe als Arbeitshaus von sechs Monaten verurtheilt worden sind, in den nächsten drei Jahren nach erstandener Strafe.
4. Diejenigen, welche sich in der polizeilichen Verwahrungsanstalt befunden haben.
5. Die Entmündigten und Mundtoten.
6. Auch kann eine aus der Mitte des Gemeinderathes und Ausschusses zu bildende Commission aus andern Ursachen vom Eintritte in die Bürgerwehr ausschließen.

§. 7.

Den Eintritt in die Bürgerwehr können ablehnen:

1. Diejenigen, welche die Kosten ihrer Bewaffnung aus eigenen Mitteln nicht zu bestreiten vermögen, so fern nicht die Gemeinde die Waffen anschafft (§. 9);
2. Die Mitglieder der versammelten Stände;
3. Die Geistlichen und Lehrer;
4. Die Staatspolizeibeamten und die Bürgermeister;
5. Diejenigen, welche durch Staatsgeschäfte, Berufs- oder andere persönliche Verhältnisse verhindert sind.

§. 8.

Solche, die nach §. 4 wehrpflichtig wären, aber nach §. 6 ausgeschlossen sind, so wie

Diejenigen, welche aus der Bürgerwehr ausgestoßen werden, zahlen einen jährlichen Beitrag zur Corpsskaffe, der von dem Gemeinderath mit Rücksicht auf ihre Vermögensverhältnisse festgestellt wird, jedoch nicht über ein Prozent ihres jährlichen Einkommens und nicht über zwanzig Gulden ansteigen darf.

Zu dem gleichen Beitrag können auch die im §. 7 Nr. 5 bezeichneten Personen, so wie die durch Krankheit oder Gebrechlichkeit zum Dienst Untauglichen von dem Gemeinderath gehalten werden.

§. 9.

In den Städten, die mehr als 3000 Einwohner haben, trägt jeder Wehrmann die Kosten seiner Bewaffnung und Ausrüstung, so fern nicht die Gemeinde die Anschaffung der Waffen für die gesammte Bürgerwehr auf die Gemeindefasse übernimmt.

In den Städten mit weniger als 3000 Einwohnern und in Landgemeinden sind die für die Bürgerwehr erforderlichen Waffen stets aus der Gemeindefasse anzuschaffen.

§. 10.

Den obersten Befehlshaber der Bürgerwehr einer Gemeinde ernennt die Staatsregierung.

Die übrigen Offiziere werden von der Wehrmannschaft, vorbehaltlich der Bestätigung durch die Staatsregierung, gewählt.

§. 11.

Die Einübung ausgenommen, tritt die Bürgerwehr nur in Folge einer Aufforderung der Gerichts- oder Polizeibehörde in Dienstthätigkeit.

In den Städten, wo die Ortspolizei von einer Staatsbehörde verwaltet wird, erläßt diese, dringende Fälle ausgenommen, die Aufforderung nach Benehmen mit dem Bürgermeister.

Dieselbe soll nur ergehen, wenn die gewöhnliche Polizeigewalt mit Einschluß der Gendarmerie nicht hinreichend erscheint.

§. 12.

Zur Einübung, so wie zur Berathung von Wehrangelegenheiten und zu Wahlen wird die Bürgerwehr durch ihren Befehlshaber berufen.

Ueber das Maaß der Einübungen kann der Gemeinderath unter Benehmen mit dem Befehlshaber allgemeine Anordnungen treffen.

§. 13.

Andere Versammlungen der Bürgerwehr oder einzelner Abtheilungen derselben sind verboten.

Ebenso ist jede Berathung oder Kundgebung der Bürgerwehr oder einzelner Abtheilungen derselben über Staats-, Bezirks- oder Gemeindeangelegenheiten untersagt.

§. 14.

Vereinigungen zwischen Bürgerwehren verschiedener Gemeinden dürfen nur mit besonderer Staatsverlaubniß statt finden.

§. 15.

Der Befehlshaber einer Bürgerwehr, welcher einer nach §. 11 an ihn ergehenden Aufforderung nicht unverzüglich Folge leistet oder, Nothfälle ausgenommen, mit Ueberschreitung seiner Befugnisse die Dienstthätigkeit der Wehrmannschaft aufbietet, wird sofort vom Dienste enthoben und vor den Richter gestellt. Er verfällt, wenn er nicht eine höhere Strafe nach anderen gesetzlichen Bestimmungen verwirkt hat, in eine Gefängnißstrafe bis zu sechs Monaten.

§. 16.

Wenn Bürgerwehren oder Abtheilungen derselben eigenmächtig ausdrücken oder den Befehlen der Vorgesetzten im Dienste den Gehorsam verweigern oder unter den Waffen eine Eigenmacht ausüben, so werden die Betheiligten sofort entwaffnet, des Dienstes enthoben und gerichtlich mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft.

§. 17.

Uebertretungen der in den §§. 13 und 14 enthaltenen Vorschriften werden mit Geldstrafen bis zu fünfzig Gulden oder mit Gefängniß bis zu vier Wochen gerichtlich geahndet.

§. 18.

Andere Uebertretungen der Dienstvorschriften werden dienstpolizeilich, in schwereren Fällen mit Entziehung des Grades oder mit Ausstoßung bestraft.

Auf diese schwereren Strafen erkennt ein aus Wehrmännern zu bildendes Wehrgericht, auf die leichteren der Befehlshaber.

§. 19.

Wegen pflichtwidrigen Benehmens, so wie im Interesse der öffentlichen Sicherheit oder des allgemeinen Wohles kann eine Bürgerwehr von der Staatsregierung aufgelöst werden.

§. 20.

Die zum Vollzuge der obigen Bestimmungen (§§. 4 bis 15) dienlichen Anordnungen, so wie alle weiter erforderlichen Vorschriften bleiben den für die Bürgerwehren der einzelnen Gemeinden zu errichtenden Statuten vorbehalten, welche der Staatsgenehmigung bedürfen.

§. 21.

Die allgemeine Errichtung einer Bürgerwehr im Großherzogthume bleibt von den Bestimmungen der künftigen Wehrverfassung abhängig.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 14. März 1851.

Leopold.

v. Marshall.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs:
Schunngart.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Medaillenverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unterm 7. März d. J. gnädigst bewogen gefunden,

dem Polizeiwachmeister Mechler in Freiburg wegen seiner ausgezeichneten Dienstthätigkeit die kleine goldene Civilverdienstmedaille und

dem Bürgermeister Schläger zu Nounenweier in Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienstverwaltung,

dem Bürgermeister Meyer zu Liel in Anerkennung der vielfachen Verdienste, welche er sich um die Gemeinde Liel erworben hat,

dem Gemeinderathsdieners Adam Weierle zu Freiburg in Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste im großh. Militär und niedern Civildienste, die silberne Civilverdienstmedaille zu verleihen.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich
unter dem 14. März d. J.

allergnädigst bewogen gefunden:

den Oberamtmann Rüttinger bei der Kreisregierung zu Freiburg in den Ruhestand zu versetzen;

den Cameralpraktikant Behaghel zum Regierungsassessor bei der Regierung des Unter-rheinkreises zu ernennen;

den Revisionsgehilfen Seegmüller bei derselben Regierung zum Revisor zu befördern;

die Registratoren Keppner und Seeger bei der Regierung des Mittelrheinkreises in den Ruhestand zu versetzen, und

den Expediturverweser Gerstner bei der Regierung des Seekreises zum Registrator bei der Regierung des Mittelrheinkreises zu ernennen;

dem Physikus Heinrich Krauß in Mosbach, seiner unterthänigsten Bitte entsprechend, die Entlassung aus dem großh. Staatsdienste zu ertheilen;

die Resignation des Pfarrers Friedrich Kirner auf die katholische Pfarrei Espasingen, Amts Stodach, zu genehmigen;

die katholische Pfarrei Neckarau, Amts Schwellingen, dem Pfarrer Joseph Unser in Schöllbronn,

die katholische Pfarrei Wintersdorf, Oberamts Rastatt, dem Pfarrverweser Ferdinand Will daselbst,

die katholische Pfarrei Honau, Amts Rheinfischhofshaus, dem Pfarrverweser Ludwig Weiser in Stadt Rehl zu übertragen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Den Bestand der Gelehrtenschulen und der höheren Bürgerschulen im Schuljahr 1849/50 betreffend.

In dem Schuljahre 1849/50 wurden die Gelehrtenschulen und die höheren Bürgerschulen von der nachverzeichneten Anzahl von Schülern besucht:

| | Gesamt-
schülerzahl. | | | Gesamt-
schülerzahl. | | |
|---------------------------------|-------------------------|--------------------------------|--------------------------|-------------------------|------|--|
| A. Lyceen. | | | | | | |
| Carlsruhe | 283 | 1837 | Emmendingen | 38 | | |
| In der Vorschule | 220 | | Eppingen | 37 | | |
| Constanz | 150 | | Ettlingen | 32 | | |
| Freiburg | 470 | | Ettenheim | 61 | | |
| Heidelberg | 189 | | Freiburg | 85 | | |
| Mannheim | 239 | | Gernsbach | 13 | | |
| Rastatt | 146 | | Heidelberg | 177 | | |
| Wertheim | 140 | | Hornberg | 14 | | |
| B. Gymnasien. | | | | | | |
| Bruchsal | 149 | 515 | Kork | 18 | | |
| Donaueschingen | 79 | | Mannheim | 168 | | |
| Lahr | 95 | | Mosbach | 86 | | |
| Offenburg | 70 | | Müllheim | 71 | | |
| Sauberbischofsheim | 122 | | Schwezingen | 51 | | |
| | | | Sinsheim | 73 | | |
| | | | Schoppsheim | 74 | | |
| | | | Ueberlingen | 26 | | |
| C. Pädagogien. | | | | | | |
| Durlach | 66 | 276 | Villingen | 36 | | |
| Ebrach | 100 | | Waldshut | 23 | | |
| Pforzheim | 110 | | Weinheim | 43 | 1364 | |
| D. Höhere Bürgerschulen. | | | | | | |
| Baden | 113 | | Zusammenstellung. | | | |
| Bischofsheim am Rhein | 11 | | Lyceen | .. | 1837 | |
| Bretten | 32 | | Gymnasien | .. | 515 | |
| Buchen | 62 | | Pädagogien | .. | 276 | |
| Eberbach | 20 | Höhere Bürgerschulen | .. | 1364 | | |
| | | | | | 3992 | |

Im Spätjahr 1850 wurden von den Lyceen und auf den Grund der bei dem Oberstudienrath erstandenen Maturitätsprüfung zum Studium der beigesehten Berufsfächer auf die Universität entlassen:

| Von dem Lyceum zu | Zahl der entlassenen Schüler. | Davon widmen sich dem Berufsfache | | | | | | | | |
|--|-------------------------------|-----------------------------------|----------|------|----------|----------|-------------|----------------------|--------------------|-------------------|
| | | Theologie | | Jus. | Medicin. | General. | Philologie. | Naturwissenschaften. | Rechts-
religi. | Handels-
hand. |
| | | kathol. | evangel. | | | | | | | |
| Carlsruhe | 15 | 1 | 4 | 4 | 2 | 3 | — | — | — | 1 |
| Constanz | 11 | 5 | — | 2 | 1 | — | 2 | 1 | — | — |
| Freiburg | 42 | 22 | 1 | 8 | 6 | 2 | 2 | — | 1 | — |
| Heidelberg | 15 | — | 6 | 3 | — | 2 | 4 | — | — | — |
| Mannheim | 16 | 3 | 5 | 5 | 2 | — | 1 | — | — | — |
| Rastatt | 16 | 9 | — | 3 | 2 | — | 2 | — | — | — |
| Wertheim | 9 | 3 | — | 2 | 2 | 1 | 1 | — | — | — |
| Nach beim großherzogl. Ober-
studienrath erstandener Ma-
turitätsprüfung | 10 | 2 | 3 | — | 4 | — | — | — | 1 | — |
| | 134 | 45 | 19 | 27 | 19 | 8 | 12 | 1 | 2 | 1 |

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 18. Februar 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Duiffon.

Den Vollzug des Gesetzes vom 13. Februar d. J., die Abänderung des Conscriptionsgesetzes betreffend.

Die in der diesseitigen Bekanntmachung vom 1. d. M., Regierungsblatt vom 11. März d. J., Nr. XVII. in Artikel III. zu §. 5 und 6 des Gesetzes vom 13. Februar d. J., die Abänderung des Conscriptionsgesetzes betreffend, unter Nummer 7 von a. bis f. gegebenen Vorschriften, werden hiermit aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

- a. Das Kriegsministerium vermittelt die Einstandsverträge für diejenigen Conscriptionspflichtigen und Soldaten, welche dieses wünschen.
- b. Der Conscriptionspflichtige, welcher diese Vermittlung wünscht, hat durch das Amt oder sein Regiments- (Bataillons-) Commando dem Kriegsministerium hiervon die Anzeige zu erstatten, ein Zeugniß des Gemeinderathes anzuschließen, daß er hinreichendes Vermögen zur Einstellung eines Mannes besitze, und anzugeben, welche Summe er hiefür bestimme.
- c. Soldaten haben die Absicht, durch das Kriegsministerium einzustellen, bei ihrem Commando anzumelden, Zeugniß wie unter b. demselben vorzulegen und die Summe anzugeben.

- d. Auf die Anzeige des Amtes oder Commandos ordnet das Kriegsministerium bei Denjenigen, welche die unter Nummer 5 dieses festgestellte Summe für die Einstellung eines Mannes bestimmten, die alsbaldige Beurlaubung oder die Nichteinberufung an. Bei Angeboten unter dieser Summe kann eine Beurlaubung nicht eintreten, da die Auffindung eines Einsteher's zweifelhaft ist, dagegen wird das Kriegsministerium dem Betreffenden innerhalb 14 Tagen durch das Amt oder sein Commando Kenntniß geben, ob sich für die angebotene Summe ein Einsteher gefunden hat oder nicht, und in letzterem Falle dem Einsteller anheim geben, selbst einen geeigneten Einsteher aufzusuchen und bei seinem Regiments- (Bataillons-) Commando zu präsentiren.
- e. Stellt das Kriegsministerium einen Einsteller, so läßt dasselbe einen Vertrag dreifach anfertigen und dem Einsteller und Einsteher zur Genehmigung und Unterschrift vorlegen. Die Schreibgebühr mit Ein Gulden zwölf Kreuzer hat der Einsteller zu entrichten und mit dem unterschriebenen Einstandsvertrag an das Kriegsministerium einzusenden.
- f. Sind die unterzeichneten Einstandsverträge zurück, so ordnet das Kriegsministerium den Vollzug an und der Einsteller hat, sobald ihm das für ihn bestimmte Exemplar des Einstandsvertrags zugestellt und die Vollzugsanordnung eröffnet ist, das Einstandskapital an die großherzogliche Amortisationskasse, und das bedungene Handgeld an das Commando des Regiments oder Bataillons, in welchem der Einsteher diente, einzusenden.

Carlsruhe, den 16. März 1851.

Großherzogliches Kriegsministerium.

H. H.

von Fabert.

Vdt. von Stetten.

Diensterledigungen.

Man sieht sich veranlaßt, die evangelische Pfarrei Ittersbach, Dekanats Pforzheim, mit einem Competenzanschlag von 527 fl. 17 kr. wiederholt zur Bewerbung auszuscheiden. Die Bewerber haben sich binnen sechs Wochen bei dem großh. evangelischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

Nach erfolgter Trennung des Filials Guttenbach von Breitenbronn ist diese letztere Pfarrei, Dekanats Neckargemünd, mit einem Competenzanschlage von 642 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber haben sich binnen sechs Wochen durch ihre Dekanate nach Vorschrift bei dem großh. evangelischen Oberkirchenrathe zu melden.

Die evangelische Pfarrei Weingarten, Dekanats Durlach, mit welcher dormalen ein fixes Einkommen von 700 fl., freie Wohnung und der Bezug der Accidentien verbunden, ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen sechs Wochen vorschriftsgemäß bei dem großh. evangelischen Oberkirchenrathe zu melden.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Donnerstag den 3. April 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs: Die Verlängerung des Kriegszustandes betreffend. Erlaubniß zur Annahme fremder Orden. Dienstaufsichten.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien: Bekanntmachungen des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: den Postdienst in Möstkirch betreffend; das Ergebnis der Prüfung der Postaspiranten betreffend. Verordnung des großherzogl. Justizministeriums: die Gebühren der Anwälte betreffend. Bekanntmachungen des großherzogl. Ministeriums des Innern: die Staatsgenehmigung einer Präsentation auf die Patronatspfarre in Mellingen betreffend; Uebersicht der Schülerzahl an der polytechnischen Schule zu Carlsruhe und der damit in Verbindung stehenden Vorschule im Studienjahr 1850/51; die Prüfung der Ingenieurcandidaten betreffend; die Staatsgenehmigung der Stiftung der Orden des Alois Blaser von Seefeld zur Gründung eines Armenfonds in Oberuhldingen betreffend; den Etich des Ingenieurpraktikanten Herrmann Hug von Carlsruhe aus der Liste der Ingenieurpraktikanten betreffend; die Stiftung der Familie des verstorbenen Dr. jur. Daniel Eidemann aus Bremen zur Gründung eines Waisenhauses in Heidelberg betreffend; die Stiftung der verstorbenen Maria Kieger von Niedböhlingen betreffend; die Genehmigung von Stiftungen zur Gründung eines Armenfonds in Gottmadingen betreffend; die Erledigung eines Freiplatzes in dem weiblichen Lehr- und Erziehungsinstitut in Baden betreffend.

Dienstverledigungen. Todesfälle.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs.

Die Verlängerung des Kriegszustandes betreffend.

**Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.**

Nach Anhörung Unseres Staatsministeriums haben Wir Uns bewogen gefunden, zu bestimmen, daß der Kriegszustand nach Maassgabe des Gesetzes vom 29. Januar d. J. einstellend noch fortzubestehen habe.

Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 2. April 1851.

Leopold.

A von Roggenbach. von Marschall. Stabel.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Erlaubniß zur Annahme fremder Orden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben
unter dem 17. März d. J.

dem Commandeur der Gendarmerie, Obersten von Kenz, die allergnädigste Erlaubniß erteilt, den ihm von Seiner Majestät dem Könige von Preußen verliehenen Rothen Adlerorden dritter Klasse anzunehmen und zu tragen.

Die gleiche allerhöchste Erlaubniß erhielten:

unter dem 19. März d. J.

der Geheime Rath und Stadtdirector Stöffer dahier für den ihm von Seiner Majestät dem Könige von Preußen verliehenen Rothen Adlerorden dritter Klasse, der Regierungsrath Godel und der Adjutant des Commandos der Carlsruher Bürgerwehr, Kaufmann Külle, für jenen vierten Klasse.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich
unter dem 24. März d. J.

allergnädigst bewogen gefunden;

den Stiftungsrevisor Prinz bei der Regierung des Mittelrheinkreises in den Ruhestand zu versetzen;

den Revisionsgehilfen Kreuzburg bei der Regierung des Saarkreises zum Stiftungsrevisor zu ernennen;

den praktischen Arzt Dr. Schweg in Karlsruhe, unter Verleihung des Charakters als Medizinalrath, zum Mitglied der Sanitätscommission zu ernennen;

dem Medizinalreferenten bei der Regierung des Mittelrheinkreises, Physikus Dr. Volz in Karlsruhe, den Charakter als Medizinalrath zu verleihen;

das erledigte Physikats Wolsach dem Amtschirurgen Rasina in Birkenhof,

das erledigte Amtschirurgat Weinheim dem praktischen Arzte Otto Bownkel in Schwellingen,

das erledigte Amtschirurgat Bühl dem Amtschirurgen Jakob Kaiser in Staufen,

die erledigte Münsterpfarre zu Reichenau, Amts Constanx, dem Pfarrer Johann Nepomuk Reff in Blumberg,

die katholische Pfarrei Grünigen, Amts Willingen, dem Amtsverweser Ludwig Reibhard daselbst, und

die katholische Pfarrei Niedereschach, Amts Willingen, dem Pfarrer Jakob Matt in Goppetenzell zu übertragen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Den Postdienst in Rösskirch betreffend.

Nachdem die bereits seit längerer Zeit fürsorglich angeordnete Trennung des Brief- und Fahrpostexpeditionsdienstes von dem Posthaltereidienste zu Rösskirch durch Entschliebung großherzoglichen Staatsministeriums vom 27. Februar d. J., Nr. 423, die allerhöchste Genehmigung erhalten hat, so wird dieses hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 8. März 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Schr. von Rädt.

Vdt. Barbiche.

Das Ergebnis der Prüfung der Postaspiranten betreffend.

Nach erstandener vorschriftsmäßiger Prüfung sind nachgenannte Postaspiranten

Carl Weber von Carlsruhe,

Friedrich Sauerbeck von Carlsruhe,

Albert Krapp von Rehl,

Carl Nowack von Carlsruhe und

Joseph Zippel von Freiburg

unter die Zahl der Postpraktikanten aufgenommen worden.

Carlsruhe, den 25. März 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Schr. von Rädt.

Vdt. G. v. Dusch.

Die Gebühren der Anwälte betreffend.

In Folge höchsten Erlasses aus großherzoglichem Staatsministerium vom 8. d. M., Nr. 521 wird zur Ergänzung und theilweisen Abänderung der für Anwälte bestehenden Gebührenordnung Folgendes bestimmt:

I. Für Strafsachen.

§. 1.

Wenn ein Angeeschuldigter selbst einen Vertheidiger wählt, so kann die Größe des Honorars für Letzteren durch Uebereinkunft bestimmt werden.

§. 2.

Gedinge, welche ein offenbar übertriebenes Honorar für den Anwalt festsetzen, können, vorbehaltlich des dienstpolizeilichen Einschreitens im geeigneten Falle, auf Antrag des Schuldners von dem betreffenden Strafgericht auf ein billiges Maaß herabgesetzt werden.

§. 3.

Beim Mangel eines Vertrags haben die Gerichte:

1. bei einer Verhandlung vor den Hofgerichten und dem Oberhofgericht eine Gebühr von drei bis sieben Gulden für einen Sitzungstag oder für eine schriftliche Vertbeidigung oder Refursausführung,
2. bei einer Verhandlung vor dem Geschworenengericht eine Gebühr von fünf bis zehn Gulden für einen Sitzungstag, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit und Schwierigkeit der Sache und die Dauer der Verhandlung zu genehmigen.

§. 4.

Bei mehreren durch den nämlichen Anwalt vertretenen Angeeschuldigten oder bei Vertagungen der Sache darf nur die einfache Gebühr des §. 3 in Ansatz gebracht, bei ihrer Bestimmung jedoch auf diese Verhältnisse Rücksicht genommen werden.

§. 5.

Neben diesen Gebühren dürfen nur die nothwendigen baaren Auslagen und die Vergütungen für nothwendige Reisen nach dem hiefür bestehenden Tarif in Ansatz gebracht werden.

§. 6.

Hat die Staatskasse nach den Bestimmungen der Strafprozeßordnung die Kosten der Vertbeidigung zu bestreiten, so werden dem Anwalte, ohne Rücksicht auf die nach §. 1 etwa abgeschlossenen Verträge, die nach §. 3 genehmigten Gebühren und die nothwendigen Auslagen bezahlt.

II. Für bürgerliche Streitigkeiten.

§. 7.

Werden beim mündlichen Verfahren Parteivorträge, namentlich der im §. 218 der Prozeßordnung bezeichneten Art, schriftlich eingereicht, so erhält der Anwalt für dieselben neben den nothwendigen Auslagen in keinem Falle mehr als die Rezeßgebühr. Werden sie von einem auswärtigen Anwalt zu Protokoll gegeben, so findet für die Reise keinerlei Vergütung statt, ausgenommen, wenn dieselbe aus besondern Gründen als unumgänglich nothwendig dargestellt werden kann.

§. 8.

In Rechtsstreitigkeiten, welche die Appellationssumme nicht erreichen, beträgt die Rezeßgebühr einen Gulden und es dürfen darin neben den Auslagen keine anderen Arten von Gebühren aufgerechnet werden, als die in den §§. II., III., IV. und X. der Beilage zur Obergerichtsordnung bezeichneten.

§. 9.

Appellationsverhandlungen vor dem Untergerichte werden gleich andern Verhandlungen vor dem Untergerichte belohnt.

Carlsruhe, den 17. März 1851.

Großherzogliches Justizministerium.

Stabel.

Vdt. Ullmann.

Die Staatsgenehmigung der Stiftung der Erben des Alois Blaser von Seefeld zu Gründung eines Armenfonds in Oberuhldingen betreffend.

Die Erben des Alois Blaser von Seefeld, Anton Blaser in Weildorf, Joseph Blaser in Reichenbrunn und Mathias Egler in Neuren haben zur Gründung eines Armenfonds in Oberuhldingen 60 fl. gestiftet. Diese Stiftung hat die Staatsgenehmigung erhalten und wird hiermit zum ehrenden Andenken der Stifter öffentlich bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 26. Februar 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behagel.

Den Strich des Ingenieurpraktikanten Herrmann Hug von Carlsruhe aus der Liste der Ingenieurpraktikanten betreffend.

Wegen Vetheiligung an den hochverrätherischen Unternehmungen wurde Ingenieurpraktikant Herrmann Hug von Carlsruhe aus der Liste der Ingenieurpraktikanten gestrichen.

Carlsruhe, den 28. Februar 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. L. Stöffer.

Die Stiftung der Familie des verstorbenen Dr. jur. Daniel Tidemann aus Bremen zur Gründung eines Waisenhauses in Heidelberg betreffend.

Die Familie des im November 1849 zu Heidelberg verstorbenen Dr. jur. Daniel Tidemann von Bremen hat an die Stadt Heidelberg eine Stiftung im Betrage von 300 fl. zum Zwecke der Errichtung eines Waisenhauses dasselbst gemacht.

Diese Stiftung hat die Staatsgenehmigung erhalten und wird zur Ehre der Stifterin anmit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 1. März 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Buiffon.

Die Stiftung der verstorbenen Maria Kieger von Kiebböhringen betreffend.

Die verstorbene Maria Kieger von Kiebböhringen hat dem dortigen Armenfond die Summe von Dreitausend Gulden unter der Bedingung vermacht, daß die Zinsen hieraus zunächst für arme Kranke verwendet und wenn keine solche vorhanden sind, unter die Ortsarmen und vor allen unter die armen Verwandten der Stifterin im Orte vertheilt werden sollen.

Diese Stiftung hat die Staatsgenehmigung erhalten und wird zum ehrenden Andenken der Stifterin zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 5. März 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Die Genehmigung von Stiftungen zur Gründung eines Armenfonds in Gottmadingen betreffend.

Zur Gründung eines Armenfonds in Gottmadingen haben gestiftet:

| | | |
|--|--------|-------|
| Pfarrer Hummel von da | 50 fl. | — fr. |
| Bürgermeister Anton Wildi von da | 5 " | 24 " |
| Joh. Nepomuk Brachat von da | 4 " | — " |
| Clemens Fahr von da | 5 " | — " |
| Franz Joseph Markgraf von da | 3 " | — " |
| Johann Singer, Wagner von da | 2 " | 42 " |
| Maria Schill von da | 10 " | — " |
| Sternenwirth Johann Gafner Wittwe von da | 5 " | — " |
| Pfarrer Koch von Dehnungen | 25 " | — " |

110 fl. 6 fr.

Diese Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten und werden zum ehrenden Andenken der Stifter hierdurch veröffentlicht.

Carlsruhe, den 5. März 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Die Erledigung eines Freiplazes in dem weiblichen Lehr- und Erziehungsinstitut in Baden betreffend.

In dem weiblichen Lehr- und Erziehungsinstitute zu Baden ist ein Freiplatz für badenbadische Mädchen offen. Die Bewerberinnen haben ihre Gesuche unter Vorlage der betreffenden Zeugnisse über Alter, Herkunft, Vermögensverhältnisse, Aufführung und Fähigkeiten binnen vier Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrathe einzureichen.

Carlsruhe, den 29. März 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Diensterledigungen.

Die evangelische Pfarrei zu Baden, mit welcher ein jährliches Einkommen von 750 fl. an fixer Geldbesoldung, der Bezug der Accidentien, eine freie Pfarrwohnung und der Genus eines Gartens verbunden ist, soll wieder besetzt werden.

Die Bewerber haben sich binnen sechs Wochen vorschriftsgemäß bei dem großh. evangelischen Oberkirchenrathe zu melden.

Die katholische Pfarrei Ringolsheim, Oberamts Bruchsal, ist mit einem beiläufigen Jahresertragniß von 2,500 fl., worauf die Verbindlichkeit ruht, einen Vikar zu halten, und zehn Jahre lang jährlich 1,000 fl. an den mittelhheinischen Pfarrinterims-Revenüenhauptfond abzuliefern, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfarrei haben sich bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Neckargerauch, Amts Eberbach, ist mit einem beiläufigen Jahresertragniß von 1000 fl., worauf die Verbindlichkeit ruht, den Rest eines Provisoriums von 400 fl. mit jährlich 25 fl. 37 fr. bis 1858 und ein mit 4 Prozent verzinsliches Provisorium von 82 fl. 52 fr. in den Jahren 1858 und 1859 abzutragen, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfarrei haben sich bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Man sieht sich veranlaßt, die katholische Pfarrei Rohrbach, Oberamts Heidelberg, mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 700 fl. wiederholt zur Bewerbung auszuscheiden. Die Bewerber um diese Pfarrei haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

Das Physikate Ueberlingen ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dasselbe haben sich binnen vier Wochen bei der großh. Sanitätscommission vorschriftsmäßig zu melden.

Das Physikate Bretten ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dasselbe haben sich binnen vier Wochen bei der großh. Sanitätscommission vorschriftsmäßig zu melden.

Das Amtschirurgat Staufeu ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dasselbe haben sich binnen vier Wochen vorschriftsmäßig bei der großh. Sanitätscommission zu melden.

Das Amtschirurgat Bonndorf mit dem Sitze in Birkendorf ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dasselbe haben sich binnen vier Wochen vorschriftsmäßig bei der großh. Sanitätscommission zu melden.

Das Amtschirurgat Herrischried ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dasselbe haben sich binnen vier Wochen bei der großh. Sanitätscommission zu melden.

Todesfälle.

Gestorben sind:

- Am 24. November 1850: der Professor an der Universität Freiburg, Hofrath Deuber.
- „ 4. Januar 1851: der pensionirte Rheingollamts-Controleur Haas in Hornberg.
- „ 22. Februar 1851: der resignirte katholische Stadtpfarrer Johann Baptist Hahn zu Markdorf.
- „ 26. Februar 1851: der katholische Pfarrer Karl Kirner zu Eptingen, Amts Stodach.
- „ 2. März 1851: der Bezirksförster Asaß in Ettlingen.
- „ 3. März 1851: Physikus Dr. Paul Ammann in Ueberlingen.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Samstag den 5. April 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Medaillenverleihungen. Dienstaufschriften.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien: Bekanntmachung des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: den Transport von Karböhlyern auf der Eisenbahn betreffend. Bekanntmachung des großh. Justizministeriums: das dem L. Martin entzogene Schriftverfassungsrecht etc. betreffend. Bekanntmachung des großh. Ministeriums des Innern: die Stiftung der Magdalena Fröhner von Hürllingen betreffend.

Dienstverordnungen. Todesfall.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Medaillenverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit höchster Entschliessung
vom 19. v. M.

dem Steuererheber Christian Rheinberger in Freiburg in Anerkennung seiner lang-
jährigen Militär- und Civildienstleistungen,

unter dem 26. v. M.

dem Kanzleidner Johann Nepomuk Hübschle in Freiburg für seine bei nahe vierzigjährigen
treuen Dienste, und

unter dem 31. v. M.

dem königlich bayerischen Grenzüberwacher Mathias Mohr zu Neulauterburg, in Aner-
kennung seines braven Verhaltens im Mai 1849, die silberne Civilverdienstmedaille allergnädigst
zu verleihen geruht.

Die Stiftung der Magdalena Fröhner von Hürllingen betreffend.

Magdalena Fröhner von Hürllingen, jetzt in Neu-Orleans, hat in die Kirche Niedern 120 fl. gestiftet, damit aus den Zinsen Messen gelesen werden. Diese Stiftung hat die Staatsgenehmigung erhalten.

Carlsruhe, den 28. Februar 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marshall.

Vdt. Sachs.

Dienstverledigungen.

Man sieht sich veranlaßt, folgende Pfarreien nochmals zur Bewerbung auszusprechen, nämlich:

die katholische Pfarrei Neudorf, Amts Philippsburg,
die katholische Pfarrei Lippertsreuth, Amts Ueberlingen,
die katholische Pfarrecuratie Stetten, Amts Engen, jede mit einem jährlichen Einkommen von 600 fl.;

die katholische Pfarrei Döggingen, Amts Donaueschingen, mit einem Einkommen von 700 fl., worauf ein von Martini 1849 laufendes dreijähriges Provisorium von 28 fl. 30 kr. für Zehntablösungskosten ruht.

Die Competenten um dieselben haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe vorschriftsmäßig zu melden.

Todesfall.

Gestorben ist:

Am 26. März 1851: Bezirksförster Stricker in Bretten.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Samstag den 12. April 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Medaillenverleihungen. Dienstaufschriften.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien: Bekanntmachung des großherzogl. Ministeriums des Innern: die ordentliche Conscription für das Jahr 1851 betreffend. — Bekanntmachungen des großherzogl. Finanzministeriums: die diesjährige erste Gewinnziehung des Anlehens der Eisenbahnschuldentilgungskasse zu vierzehn Millionen Gulden vom Jahr 1845 betreffend; die Verbrennung eingelöster Staatsschuldpapiere betreffend; Verordnung desselben: die Erhebung der Kapitalsteuer für 1851 betreffend.

Dienstverleihungen. Todesfall.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Medaillenverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich
unter dem 2. April d. J.

allergnädigst bewogen gefunden, dem Professor Karl Bleß an der höhern Bürgerschule zu Baden in Anerkennung seiner langjährigen und treuen Dienste die kleine goldene Civilverdienstmedaille, und

unter dem 31. v. M.

dem Untererheber Thomas Müller zu Wornsdorf in Anerkennung seiner vierzigjährigen treu geleisteten Dienste die silberne Civilverdienstmedaille zu verleihen.

Dienstaufschriften.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben

mittels höchster Geheimer Kabinettsentschließung vom 19. März d. J.

dem Hofbaumeister Künzle den Charakter eines Bauraths gnädigst zu ertheilen geruht.

Allerhöchstdieselben haben Sich ferner

unter dem 4. April d. J.

bewogen gefunden:

die Forstinspektion Heidelberg dem Forstmeister Könige in Freiburg gnädigst zu übertragen;
den Amtsrevisor Dietrich in Schönau wegen körperlicher Leiden bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand zu versetzen, und

den Pfarrer Otto in Mühlburg aus dem Kirchendienste zu entlassen.

Die ordentliche Conscription für das Jahr 1851 betreffend.

Auf Vorlage der Auszüge aus den Ziehungslisten sämtlicher Conscriptionsämter, in Gemäßheit der §§. 7 und 21 des Conscriptionsgesetzes und der höchsten Verordnung vom 14. September v. J., Regierungsblatt Nr. XLII., wird nachstehende Uebersicht der Vertheilung der für das Jahr 1851 zur Ergänzung der Linie einzuberufenden Mannschaft auf die Conscriptionsbezirke des Landes hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 3. April 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. L. Stöffer.

Uebersicht

der Vertheilung der für das Jahr 1851 auszuhebenden Ergänzungsmannschaft, bestehend nach allerhöchster Verordnung vom 14. September 1850 (Regierungsblatt Nr. XLII. von 1850, Seite 299) in 2861 Mann.

| Conscriptions-
Bezirke. | Zahl der
conscrip-
tionspflich-
tigen Mann-
schaft. | Hat zu stellen | | Conscriptions-
Bezirke. | Zahl der
conscrip-
tionspflich-
tigen Mann-
schaft. | Hat zu stellen | |
|----------------------------|---|--|----------------------|----------------------------|---|---|----------------------|
| | | in Bruch-
theilen. | in
Rund-
zahl. | | | in Bruch-
theilen. | in
Rund-
zahl. |
| Sectreis. | | | | Oberheinfeldreis. | | | |
| Blumenfeld . . . | 94 | 21 ⁶⁷⁴⁹ / ₁₂₄₈₅ | 22 | Breisach . . . | 241 | 55 ²⁸²⁶ / ₁₂₄₈₅ | 55 |
| Bonnndorf . . . | 125 | 28 ⁸⁰⁴⁵ / ₁₂₄₈₅ | 29 | Emmendingen . . | 272 | 62 ⁴¹²² / ₁₂₄₈₅ | 62 |
| Constanz . . . | 92 | 21 ¹⁰²⁷ / ₁₂₄₈₅ | 21 | Ettenheim . . . | 189 | 43 ³³⁷⁴ / ₁₂₄₈₅ | 43 |
| Donaueschingen . | 216 | 49 ⁶²¹¹ / ₁₂₄₈₅ | 50 | Freiburg, Stadtamt | 127 | 29 ¹²⁸² / ₁₂₄₈₅ | 29 |
| Engen . . . | 128 | 29 ⁴¹⁴³ / ₁₂₄₈₅ | 29 | „ Landamt | 268 | 61 ⁵¹⁶³ / ₁₂₄₈₅ | 61 |
| Meersburg . . . | 53 | 12 ¹⁸¹³ / ₁₂₄₈₅ | 12 | Hornberg . . . | 103 | 23 ⁷⁵²⁸ / ₁₂₄₈₅ | 24 |
| Möskirch . . . | 149 | 34 ¹⁷⁹⁹ / ₁₂₄₈₅ | 34 | Jestetten . . . | 68 | 15 ⁷²⁷³ / ₁₂₄₈₅ | 16 |
| Neustadt . . . | 135 | 30 ¹¹⁶⁸⁵ / ₁₂₄₈₅ | 31 | Kenzingen . . . | 193 | 44 ²⁸³⁷ / ₁₂₄₈₅ | 44 |
| Pfullendorf . . . | 79 | 18 ¹²⁸⁹ / ₁₂₄₈₅ | 18 | Lörrach . . . | 220 | 50 ⁵¹⁷⁰ / ₁₂₄₈₅ | 50 |
| Radolfzell . . . | 135 | 30 ¹¹⁶⁸⁵ / ₁₂₄₈₅ | 31 | Müllheim . . . | 198 | 45 ⁴⁶⁵³ / ₁₂₄₈₅ | 45 |
| Salem . . . | 76 | 17 ⁵¹⁹¹ / ₁₂₄₈₅ | 17 | Säckingen . . . | 228 | 52 ³⁰⁸⁸ / ₁₂₄₈₅ | 52 |
| Stockach . . . | 180 | 41 ³⁰⁹⁵ / ₁₂₄₈₅ | 41 | St. Blasien . . . | 134 | 30 ⁸⁸²⁴ / ₁₂₄₈₅ | 31 |
| Stühlingen . . . | 52 | 11 ¹¹⁴³⁷ / ₁₂₄₈₅ | 12 | Schöndau . . . | 141 | 32 ³⁸⁸¹ / ₁₂₄₈₅ | 32 |
| Ueberlingen . . . | 61 | 13 ¹²²¹⁶ / ₁₂₄₈₅ | 14 | Schopfheim . . . | 163 | 37 ⁴³⁹⁵ / ₁₂₄₈₅ | 37 |
| Willingen . . . | 167 | 38 ³³⁵⁷ / ₁₂₄₈₅ | 38 | Staufen . . . | 176 | 40 ⁴¹³⁶ / ₁₂₄₈₅ | 40 |
| S u m m e . | 1742 | 399 ²³⁴⁷ / ₁₂₄₈₅ | 399 | Triberg . . . | 120 | 27 ⁶⁸²⁵ / ₁₂₄₈₅ | 28 |
| | | | | Waldkirch . . . | 245 | 56 ¹⁷⁸⁵ / ₁₂₄₈₅ | 56 |
| | | | | Waldshut . . . | 269 | 61 ⁸⁰²⁴ / ₁₂₄₈₅ | 62 |
| | | | | S u m m e . | 3355 | 768 ¹⁰¹⁷⁵ / ₁₂₄₈₅ | 767 |

| Conscriptions-
Bezirke. | Zahl der
conscrip-
tionspflich-
tigen Mann-
schaft. | Hat zu stellen | | Conscriptions-
Bezirke. | Zahl der
conscrip-
tionspflich-
tigen Mann-
schaft. | Hat zu stellen | |
|----------------------------|---|--|----------------------|----------------------------|---|--|----------------------|
| | | in Bruch-
theilen. | in
Rund-
zahl. | | | in Bruch-
theilen. | in
Rund-
zahl. |
| Mittelrheinkreis. | | | | Unterrheinkreis. | | | |
| Achern | 181 | 41 ⁵⁸⁵⁶ / ₁₂₄₈₅ | 42 | Abelsheim | 143 | 32 ⁹⁶⁰⁸ / ₁₂₄₈₅ | 33 |
| Baden | 127 | 29 ¹²⁸² / ₁₂₄₈₅ | 29 | Borberg | 78 | 17 ¹⁰⁹¹³ / ₁₂₄₈₅ | 18 |
| Bischofsheim a. Rh. | 149 | 34 ¹⁷⁹⁹ / ₁₂₄₈₅ | 34 | Buchen | 150 | 34 ⁴⁶⁶⁰ / ₁₂₄₈₅ | 34 |
| Bretten | 235 | 53 ¹⁰⁶³⁰ / ₁₂₄₈₅ | 54 | Eberbach | 111 | 25 ⁵¹⁴⁶ / ₁₂₄₈₅ | 25 |
| Bruchsal | 347 | 79 ⁶⁴⁵² / ₁₂₄₈₅ | 80 | Gerlachsheim . . | 115 | 26 ⁴⁴⁰⁵ / ₁₂₄₈₅ | 26 |
| Bühl | 274 | 62 ⁹⁸⁴⁴ / ₁₂₄₈₅ | 63 | Heidelberg . . . | 327 | 74 ¹¹⁶⁵⁷ / ₁₂₄₈₅ | 75 |
| Carlsruhe, St. Amt | 141 | 32 ³⁹⁸¹ / ₁₂₄₈₅ | 32 | Krauthheim . . . | 53 | 12 ¹⁸¹⁸ / ₁₂₄₈₅ | 12 |
| " Landamt | 234 | 53 ⁷⁷⁶⁹ / ₁₂₄₈₅ | 54 | Ladenburg | 145 | 33 ²⁸⁴⁷ / ₁₂₄₈₅ | 33 |
| Durlach | 258 | 59 ¹⁵²⁸ / ₁₂₄₈₅ | 59 | Mannheim | 134 | 30 ⁸⁹²⁴ / ₁₂₄₈₅ | 31 |
| Eppingen | 161 | 36 ¹¹¹⁶¹ / ₁₂₄₈₅ | 37 | Mosbach | 286 | 65 ⁶⁷²¹ / ₁₂₄₈₅ | 66 |
| Ettlingen | 164 | 37 ⁷²³⁹ / ₁₂₄₈₅ | 38 | Neckarbischofsheim | 146 | 33 ⁵⁷⁰¹ / ₁₂₄₈₅ | 33 |
| Gengenbach . . . | 151 | 34 ⁷⁵²¹ / ₁₂₄₈₅ | 35 | Neckargemünd . . | 132 | 30 ⁸¹⁰² / ₁₂₄₈₅ | 30 |
| Gernsbach | 162 | 37 ¹⁵³⁷ / ₁₂₄₈₅ | 37 | Philippsburg . . . | 149 | 34 ¹⁷⁹⁹ / ₁₂₄₈₅ | 34 |
| Haslach | 103 | 23 ⁷⁵²⁸ / ₁₂₄₈₅ | 24 | Schwezingen . . . | 205 | 46 ¹²¹⁹⁵ / ₁₂₄₈₅ | 47 |
| Kork | 97 | 22 ²⁸⁴⁷ / ₁₂₄₈₅ | 22 | Sinsheim | 230 | 52 ⁸⁸¹⁰ / ₁₂₄₈₅ | 53 |
| Lahr | 275 | 63 ⁷²²⁰ / ₁₂₄₈₅ | 63 | Tauberbischofsheim | 174 | 39 ¹⁰⁸⁹⁹ / ₁₂₄₈₅ | 40 |
| Oberkirch | 217 | 49 ⁹⁰⁷² / ₁₂₄₈₅ | 50 | Wallbüren | 134 | 30 ⁸⁹²⁴ / ₁₂₄₈₅ | 31 |
| Offenburg | 235 | 53 ¹⁰⁶³⁰ / ₁₂₄₈₅ | 54 | Weinheim | 156 | 35 ⁹³⁴¹ / ₁₂₄₈₅ | 36 |
| Pforzheim | 295 | 67 ⁷⁵⁰⁰ / ₁₂₄₈₅ | 68 | Wertheim | 149 | 34 ¹⁷⁹⁹ / ₁₂₄₈₅ | 34 |
| Rastatt | 311 | 71 ³³³⁶ / ₁₂₄₈₅ | 71 | Wiesloch | 154 | 35 ³⁸¹⁹ / ₁₂₄₈₅ | 35 |
| Wolfach | 100 | 22 ¹¹⁴³⁰ / ₁₂₄₈₅ | 23 | | | | |
| Summe | 4217 | 966 ⁴³²⁷ / ₁₂₄₈₅ | 969 | Summe | 3171 | 726 ⁸¹²¹ / ₁₂₄₈₅ | 726 |

Zusammenstellung.

| | | | |
|--------------------|-------|---|------|
| Seefreis | 1742 | 399 ²³⁴⁷ / ₁₂₄₈₅ | 399 |
| Oberheinkreis . . | 3355 | 768 ¹⁰¹⁷⁵ / ₁₂₄₈₅ | 767 |
| Mittelrheinkreis . | 4217 | 966 ⁴³²⁷ / ₁₂₄₈₅ | 969 |
| Unterrheinkreis . | 3171 | 726 ⁸¹²¹ / ₁₂₄₈₅ | 726 |
| im Ganzen | 12485 | 2861 | 2861 |

Die diesjährige erste Gewinnziehung des Anlehens der Eisenbahnschuldentilgungskasse zu vierzehn Millionen Gulden vom Jahr 1845 betreffend.

Das Resultat der am 31. vorigen Monats stattgehabten ersten diesjährigen Gewinnziehung des obenbemerkten Anlehens wird durch die beifolgende Liste zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Die Gewinne werden planmäßig auf den 1. October d. J. durch die Eisenbahnschuldentilgungskasse bezahlt werden. Die Erhebung derselben kann aber auch früher geschehen gegen einen Abzug von einem Kreuzer am Gulden in den Monaten April, Mai und Juni, und von einem halben Kreuzer am Gulden in den Monaten Juli, August und September.

Carlsruhe, den 2. April 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Probst.

Liste

der zu dem Lotterieanlehen der großherzoglichen Eisenbahnschuldentilgungskasse vom Jahr 1845 von vierzehn Millionen Gulden

gehörigen 2000 Stück Loose mit den darauf gefallenen Gewinnsten, welche bei der

Einundzwanzigsten Ziehung

am 31. März 1851 unter Aufsicht der großherzoglichen Kommission und in Gegenwart der Anlehens-Unternehmer gezogen wurden.

(Nach der Nummernfolge geordnet.)

Nummern der am 28. Februar 1851 gezogenen 40 Serien.

19. 43. 109. 365. 441. 887. 958. 1128. 1545. 1582. 1640. 1826. 2158. 2920. 2952. 2994. 3030. 3349. 3777. 3982. 4043. 4302. 4349. 4511. 4818. 5132. 5440. 5758. 5771. 6140. 6180. 6467. 6492. 6809. 7029. 7164. 7521. 7595. 7906. 7937.

| Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. |
|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|
| 901 | 42 | 917 | 42 | 933 | 50 | 949 | 1000 | 2115 | 42 | 2131 | 42 |
| 902 | 42 | 918 | 42 | 934 | 42 | 950 | 42 | 2116 | 42 | 2132 | 42 |
| 903 | 42 | 919 | 42 | 935 | 42 | 2101 | 42 | 2117 | 42 | 2133 | 42 |
| 904 | 42 | 920 | 42 | 936 | 50 | 2102 | 1000 | 2118 | 42 | 2134 | 42 |
| 905 | 42 | 921 | 42 | 937 | 42 | 2103 | 42 | 2119 | 50 | 2135 | 50 |
| 906 | 42 | 922 | 42 | 938 | 50 | 2104 | 42 | 2120 | 42 | 2136 | 50 |
| 907 | 42 | 923 | 42 | 939 | 42 | 2105 | 42 | 2121 | 42 | 2137 | 42 |
| 908 | 42 | 924 | 42 | 940 | 42 | 2106 | 42 | 2122 | 42 | 2138 | 42 |
| 909 | 42 | 925 | 42 | 941 | 42 | 2107 | 42 | 2123 | 42 | 2139 | 42 |
| 910 | 50 | 926 | 42 | 942 | 42 | 2108 | 42 | 2124 | 42 | 2140 | 42 |
| 911 | 50 | 927 | 42 | 943 | 42 | 2109 | 42 | 2125 | 42 | 2141 | 50 |
| 912 | 50 | 928 | 42 | 944 | 42 | 2110 | 42 | 2126 | 42 | 2142 | 42 |
| 913 | 42 | 929 | 42 | 945 | 42 | 2111 | 50 | 2127 | 250 | 2143 | 50 |
| 914 | 42 | 930 | 42 | 946 | 42 | 2112 | 42 | 2128 | 42 | 2144 | 42 |
| 915 | 42 | 931 | 50 | 947 | 42 | 2113 | 42 | 2129 | 42 | 2145 | 50 |
| 916 | 42 | 932 | 50 | 948 | 42 | 2114 | 42 | 2130 | 42 | 2146 | 1000 |

| Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. |
|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|
| 2147 | 42 | 18201 | 42 | 22005 | 42 | 44309 | 42 | 47763 | 42 | 56267 | 42 |
| 2148 | 42 | 18202 | 50 | 22006 | 42 | 44310 | 50 | 47764 | 42 | 56268 | 50 |
| 2149 | 42 | 18203 | 50 | 22007 | 42 | 44311 | 42 | 47765 | 42 | 56269 | 250 |
| 2150 | 42 | 18204 | 42 | 22008 | 42 | 44312 | 42 | 47766 | 42 | 56270 | 42 |
| 5401 | 42 | 18205 | 42 | 22009 | 42 | 44313 | 42 | 47767 | 50 | 56271 | 42 |
| 5402 | 42 | 18206 | 42 | 22010 | 42 | 44314 | 42 | 47768 | 42 | 56272 | 42 |
| 5403 | 42 | 18207 | 1000 | 22011 | 42 | 44315 | 42 | 47769 | 42 | 56273 | 42 |
| 5404 | 42 | 18208 | 42 | 22012 | 42 | 44316 | 42 | 47770 | 42 | 56274 | 42 |
| 5405 | 42 | 18209 | 42 | 22013 | 42 | 44317 | 42 | 47771 | 42 | 56275 | 42 |
| 5406 | 42 | 18210 | 42 | 22014 | 42 | 44318 | 42 | 47772 | 42 | 56276 | 50 |
| 5407 | 42 | 18211 | 42 | 22015 | 42 | 44319 | 42 | 47773 | 42 | 56277 | 42 |
| 5408 | 42 | 18212 | 42 | 22016 | 50 | 44320 | 42 | 47774 | 50 | 56278 | 42 |
| 5409 | 42 | 18213 | 42 | 22017 | 42 | 44321 | 42 | 47775 | 42 | 56279 | 42 |
| 5410 | 42 | 18214 | 42 | 22018 | 42 | 44322 | 42 | 47776 | 42 | 56280 | 42 |
| 5411 | 42 | 18215 | 42 | 22019 | 42 | 44323 | 42 | 47777 | 42 | 56281 | 42 |
| 5412 | 42 | 18216 | 42 | 22020 | 42 | 44324 | 42 | 47778 | 42 | 56282 | 42 |
| 5413 | 42 | 18217 | 42 | 22021 | 42 | 44325 | 42 | 47779 | 42 | 56283 | 42 |
| 5414 | 50 | 18218 | 42 | 22022 | 42 | 44326 | 42 | 47780 | 42 | 56284 | 42 |
| 5415 | 42 | 18219 | 50 | 22023 | 42 | 44327 | 42 | 47781 | 42 | 56285 | 42 |
| 5416 | 42 | 18220 | 42 | 22024 | 42 | 44328 | 42 | 47782 | 42 | 56286 | 42 |
| 5417 | 42 | 18221 | 42 | 22025 | 50 | 44329 | 42 | 47783 | 42 | 56287 | 42 |
| 5418 | 42 | 18222 | 42 | 22026 | 42 | 44330 | 42 | 47784 | 50 | 56288 | 50 |
| 5419 | 42 | 18223 | 42 | 22027 | 42 | 44331 | 42 | 47785 | 42 | 56289 | 42 |
| 5420 | 50 | 18224 | 50 | 22028 | 50 | 44332 | 42 | 47786 | 42 | 56290 | 42 |
| 5421 | 42 | 18225 | 42 | 22029 | 42 | 44333 | 50 | 47787 | 42 | 56291 | 42 |
| 5422 | 2000 | 18226 | 42 | 22030 | 42 | 44334 | 42 | 47788 | 42 | 56292 | 50 |
| 5423 | 42 | 18227 | 50 | 22031 | 50 | 44335 | 42 | 47789 | 2000 | 56293 | 42 |
| 5424 | 42 | 18228 | 42 | 22032 | 42 | 44336 | 50 | 47790 | 42 | 56294 | 42 |
| 5425 | 42 | 18229 | 42 | 22033 | 42 | 44337 | 42 | 47791 | 42 | 56295 | 42 |
| 5426 | 250 | 18230 | 42 | 22034 | 42 | 44338 | 42 | 47792 | 50 | 56296 | 42 |
| 5427 | 42 | 18231 | 42 | 22035 | 50 | 44339 | 42 | 47793 | 42 | 56297 | 50 |
| 5428 | 42 | 18232 | 42 | 22036 | 42 | 44340 | 42 | 47794 | 42 | 56298 | 250 |
| 5429 | 42 | 18233 | 42 | 22037 | 42 | 44341 | 50 | 47795 | 42 | 56299 | 42 |
| 5430 | 50 | 18234 | 42 | 22038 | 42 | 44342 | 50 | 47796 | 42 | 56300 | 50 |
| 5431 | 42 | 18235 | 42 | 22039 | 42 | 44343 | 42 | 47797 | 42 | 77201 | 42 |
| 5432 | 50 | 18236 | 42 | 22040 | 250 | 44344 | 42 | 47798 | 42 | 77202 | 42 |
| 5433 | 42 | 18237 | 42 | 22041 | 42 | 44345 | 42 | 47799 | 42 | 77203 | 42 |
| 5434 | 42 | 18238 | 42 | 22042 | 42 | 44346 | 42 | 47800 | 42 | 77204 | 42 |
| 5435 | 42 | 18239 | 42 | 22043 | 42 | 44347 | 42 | 56251 | 42 | 77205 | 42 |
| 5436 | 42 | 18240 | 42 | 22044 | 42 | 44348 | 42 | 56252 | 250 | 77206 | 42 |
| 5437 | 42 | 18241 | 42 | 22045 | 50 | 44349 | 42 | 56253 | 42 | 77207 | 42 |
| 5438 | 42 | 18242 | 42 | 22046 | 42 | 44350 | 42 | 56254 | 42 | 77208 | 42 |
| 5439 | 42 | 18243 | 42 | 22047 | 42 | 47751 | 42 | 56255 | 42 | 77209 | 42 |
| 5440 | 42 | 18244 | 42 | 22048 | 42 | 47752 | 42 | 56256 | 42 | 77210 | 50 |
| 5441 | 42 | 18245 | 42 | 22049 | 42 | 47753 | 42 | 56257 | 50 | 77211 | 42 |
| 5442 | 42 | 18246 | 42 | 22050 | 42 | 47754 | 42 | 56258 | 42 | 77212 | 50 |
| 5443 | 42 | 18247 | 42 | 44301 | 42 | 47755 | 42 | 56259 | 42 | 77213 | 42 |
| 5444 | 42 | 18248 | 42 | 44302 | 42 | 47756 | 42 | 56260 | 50 | 77214 | 42 |
| 5445 | 42 | 18249 | 42 | 44303 | 42 | 47757 | 42 | 56261 | 42 | 77215 | 42 |
| 5446 | 42 | 18250 | 250 | 44304 | 42 | 47758 | 42 | 56262 | 42 | 77216 | 50 |
| 5447 | 42 | 22001 | 42 | 44305 | 42 | 47759 | 42 | 56263 | 42 | 77217 | 42 |
| 5448 | 42 | 22002 | 42 | 44306 | 42 | 47760 | 50 | 56264 | 42 | 77218 | 50 |
| 5449 | 42 | 22003 | 42 | 44307 | 50 | 47761 | 42 | 56265 | 42 | 77219 | 42 |
| 5450 | 42 | 22004 | 42 | 44308 | 42 | 47762 | 42 | 56266 | 42 | 77220 | 42 |

| Nummer
der Loofe. | Gewinn
fl. | Nummer
der Loofe. | Gewinn
fl. | Nummer
der Loofe. | Gewinn
fl. | Nummer
der Loofe. | Gewinn
fl. | Nummer
der Loofe. | Gewinn
fl. | Nummer
der Loofe. | Gewinn
fl. |
|----------------------|---------------|----------------------|---------------|----------------------|---------------|----------------------|---------------|----------------------|---------------|----------------------|---------------|
| 77221 | 42 | 79075 | 50 | 81979 | 42 | 91283 | 42 | 107887 | 42 | 145991 | 42 |
| 77222 | 42 | 79076 | 42 | 81980 | 50 | 91284 | 50 | 107888 | 42 | 145992 | 50 |
| 77223 | 42 | 79077 | 42 | 81981 | 42 | 91285 | 42 | 107889 | 50 | 145993 | 42 |
| 77224 | 42 | 79078 | 42 | 81982 | 42 | 91286 | 42 | 107890 | 42 | 145994 | 42 |
| 77225 | 42 | 79079 | 42 | 81983 | 42 | 91287 | 42 | 107891 | 42 | 145995 | 42 |
| 77226 | 42 | 79080 | 42 | 81984 | 42 | 91288 | 42 | 107892 | 42 | 145996 | 42 |
| 77227 | 42 | 79081 | 42 | 81985 | 42 | 91289 | 42 | 107893 | 42 | 145997 | 42 |
| 77228 | 42 | 79082 | 42 | 81986 | 42 | 91290 | 42 | 107894 | 42 | 145998 | 50 |
| 77229 | 42 | 79083 | 42 | 81987 | 42 | 91291 | 42 | 107895 | 42 | 145999 | 42 |
| 77230 | 42 | 79084 | 42 | 81988 | 42 | 91292 | 42 | 107896 | 42 | 146000 | 42 |
| 77231 | 42 | 79085 | 42 | 81989 | 42 | 91293 | 42 | 107897 | 42 | 147551 | 50 |
| 77232 | 42 | 79086 | 42 | 81990 | 42 | 91294 | 42 | 107898 | 42 | 147552 | 42 |
| 77233 | 42 | 79087 | 42 | 81991 | 42 | 91295 | 42 | 107899 | 42 | 147553 | 42 |
| 77234 | 42 | 79088 | 42 | 81992 | 42 | 91296 | 42 | 107900 | 42 | 147554 | 42 |
| 77235 | 42 | 79089 | 42 | 81993 | 42 | 91297 | 42 | 145951 | 42 | 147555 | 42 |
| 77236 | 42 | 79090 | 42 | 81994 | 42 | 91298 | 42 | 145952 | 50 | 147556 | 42 |
| 77237 | 42 | 79091 | 50 | 81995 | 50 | 91299 | 50 | 145953 | 42 | 147557 | 42 |
| 77238 | 42 | 79092 | 42 | 81996 | 42 | 91300 | 50 | 145954 | 42 | 147558 | 42 |
| 77239 | 42 | 79093 | 50 | 81997 | 42 | 107851 | 42 | 145955 | 42 | 147559 | 42 |
| 77240 | 42 | 79094 | 42 | 81998 | 42 | 107852 | 42 | 145956 | 50 | 147560 | 42 |
| 77241 | 42 | 79095 | 42 | 81999 | 42 | 107853 | 50 | 145957 | 250 | 147561 | 42 |
| 77242 | 42 | 79096 | 42 | 82000 | 42 | 107854 | 42 | 145958 | 42 | 147562 | 42 |
| 77243 | 42 | 79097 | 42 | 91251 | 50 | 107855 | 42 | 145959 | 42 | 147563 | 42 |
| 77244 | 42 | 79098 | 42 | 91252 | 42 | 107856 | 1000 | 145960 | 42 | 147564 | 42 |
| 77245 | 50 | 79099 | 42 | 91253 | 42 | 107857 | 42 | 145961 | 42 | 147565 | 42 |
| 77246 | 42 | 79100 | 42 | 91254 | 42 | 107858 | 42 | 145962 | 42 | 147566 | 42 |
| 77247 | 42 | 81951 | 42 | 91255 | 42 | 107859 | 250 | 145963 | 42 | 147567 | 42 |
| 77248 | 42 | 81952 | 42 | 91256 | 42 | 107860 | 42 | 145964 | 250 | 147568 | 42 |
| 77249 | 42 | 81953 | 42 | 91257 | 50 | 107861 | 42 | 145965 | 42 | 147569 | 42 |
| 77250 | 42 | 81954 | 50 | 91258 | 42 | 107862 | 42 | 145966 | 42 | 147570 | 42 |
| 79051 | 42 | 81955 | 50 | 91259 | 1000 | 107863 | 42 | 145967 | 42 | 147571 | 42 |
| 79052 | 42 | 81956 | 50 | 91260 | 42 | 107864 | 42 | 145968 | 42 | 147572 | 42 |
| 79053 | 42 | 81957 | 42 | 91261 | 42 | 107865 | 42 | 145969 | 42 | 147573 | 42 |
| 79054 | 42 | 81958 | 42 | 91262 | 42 | 107866 | 42 | 145970 | 42 | 147574 | 50 |
| 79055 | 42 | 81959 | 42 | 91263 | 50 | 107867 | 42 | 145971 | 42 | 147575 | 1000 |
| 79056 | 42 | 81960 | 42 | 91264 | 42 | 107868 | 42 | 145972 | 42 | 147576 | 42 |
| 79057 | 42 | 81961 | 42 | 91265 | 5000 | 107869 | 42 | 145973 | 42 | 147577 | 42 |
| 79058 | 50 | 81962 | 42 | 91266 | 42 | 107870 | 42 | 145974 | 42 | 147578 | 42 |
| 79059 | 50 | 81963 | 42 | 91267 | 42 | 107871 | 42 | 145975 | 42 | 147579 | 42 |
| 79060 | 42 | 81964 | 42 | 91268 | 50 | 107872 | 42 | 145976 | 42 | 147580 | 42 |
| 79061 | 42 | 81965 | 50 | 91269 | 42 | 107873 | 42 | 145977 | 42 | 147581 | 42 |
| 79062 | 42 | 81966 | 42 | 91270 | 50 | 107874 | 42 | 145978 | 42 | 147582 | 42 |
| 79063 | 50 | 81967 | 42 | 91271 | 42 | 107875 | 42 | 145979 | 42 | 147583 | 50 |
| 79064 | 50 | 81968 | 42 | 91272 | 50 | 107876 | 42 | 145980 | 42 | 147584 | 42 |
| 79065 | 42 | 81969 | 42 | 91273 | 42 | 107877 | 50 | 145981 | 42 | 147585 | 42 |
| 79066 | 50 | 81970 | 42 | 91274 | 42 | 107878 | 42 | 145982 | 42 | 147586 | 42 |
| 79067 | 42 | 81971 | 50 | 91275 | 42 | 107879 | 42 | 145983 | 42 | 147587 | 42 |
| 79068 | 42 | 81972 | 50 | 91276 | 42 | 107880 | 42 | 145984 | 42 | 147588 | 42 |
| 79069 | 42 | 81973 | 50 | 91277 | 42 | 107881 | 42 | 145985 | 42 | 147589 | 42 |
| 79070 | 42 | 81974 | 42 | 91278 | 42 | 107882 | 42 | 145986 | 42 | 147590 | 42 |
| 79071 | 42 | 81975 | 42 | 91279 | 42 | 107883 | 50 | 145987 | 42 | 147591 | 42 |
| 79072 | 50 | 81976 | 42 | 91280 | 42 | 107884 | 50 | 145988 | 42 | 147592 | 42 |
| 79073 | 42 | 81977 | 42 | 91281 | 42 | 107885 | 42 | 145989 | 42 | 147593 | 42 |
| 79074 | 42 | 81978 | 42 | 91282 | 42 | 107886 | 50 | 145990 | 42 | 147594 | 42 |

| Nummer
der Lose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Lose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Lose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Lose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Lose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Lose. | Gewinn.
fl. |
|---------------------|----------------|---------------------|----------------|---------------------|----------------|---------------------|----------------|---------------------|----------------|---------------------|----------------|
| 147595 | 42 | 149699 | 42 | 167403 | 50 | 188807 | 42 | 199061 | 42 | 202115 | 42 |
| 147596 | 42 | 149700 | 42 | 167404 | 42 | 188808 | 42 | 199062 | 42 | 202116 | 42 |
| 147597 | 42 | 151451 | 42 | 167405 | 42 | 188809 | 42 | 199063 | 42 | 202117 | 42 |
| 147598 | 42 | 151452 | 42 | 167406 | 42 | 188810 | 42 | 199064 | 50 | 202118 | 42 |
| 147599 | 42 | 151453 | 42 | 167407 | 42 | 188811 | 42 | 199065 | 42 | 202119 | 50 |
| 147600 | 42 | 151454 | 42 | 167408 | 50 | 188812 | 42 | 199066 | 42 | 202120 | 42 |
| 149651 | 50 | 151455 | 42 | 167409 | 42 | 188813 | 42 | 199067 | 42 | 202121 | 42 |
| 149652 | 42 | 151456 | 42 | 167410 | 42 | 188814 | 50 | 199068 | 42 | 202122 | 42 |
| 149653 | 42 | 151457 | 50 | 167411 | 42 | 188815 | 42 | 199069 | 50 | 202123 | 42 |
| 149654 | 42 | 151458 | 42 | 167412 | 42 | 188816 | 42 | 199070 | 42 | 202124 | 50 |
| 149655 | 42 | 151459 | 42 | 167413 | 42 | 188817 | 42 | 199071 | 42 | 202125 | 42 |
| 149656 | 50 | 151460 | 42 | 167414 | 42 | 188818 | 42 | 199072 | 42 | 202126 | 42 |
| 149657 | 42 | 151461 | 42 | 167415 | 42 | 188819 | 42 | 199073 | 42 | 202127 | 42 |
| 149658 | 42 | 151462 | 42 | 167416 | 42 | 188820 | 42 | 199074 | 42 | 202128 | 250 |
| 149659 | 42 | 151463 | 42 | 167417 | 50 | 188821 | 42 | 199075 | 42 | 202129 | 42 |
| 149660 | 42 | 151464 | 42 | 167418 | 42 | 188822 | 42 | 199076 | 42 | 202130 | 50 |
| 149661 | 42 | 151465 | 42 | 167419 | 42 | 188823 | 42 | 199077 | 42 | 202131 | 42 |
| 149662 | 42 | 151466 | 42 | 167420 | 42 | 188824 | 42 | 199078 | 42 | 202132 | 42 |
| 149663 | 42 | 151467 | 50 | 167421 | 42 | 188825 | 42 | 199079 | 42 | 202133 | 42 |
| 149664 | 42 | 151468 | 42 | 167422 | 42 | 188826 | 42 | 199080 | 42 | 202134 | 42 |
| 149665 | 42 | 151469 | 42 | 167423 | 42 | 188827 | 42 | 199081 | 42 | 202135 | 42 |
| 149666 | 42 | 151470 | 42 | 167424 | 42 | 188828 | 42 | 199082 | 42 | 202136 | 42 |
| 149667 | 42 | 151471 | 42 | 167425 | 42 | 188829 | 42 | 199083 | 42 | 202137 | 42 |
| 149668 | 42 | 151472 | 50 | 167426 | 42 | 188830 | 42 | 199084 | 42 | 202138 | 42 |
| 149669 | 42 | 151473 | 42 | 167427 | 42 | 188831 | 42 | 199085 | 42 | 202139 | 42 |
| 149670 | 42 | 151474 | 42 | 167428 | 50 | 188832 | 42 | 199086 | 42 | 202140 | 42 |
| 149671 | 42 | 151475 | 42 | 167429 | 42 | 188833 | 42 | 199087 | 42 | 202141 | 42 |
| 149672 | 42 | 151476 | 42 | 167430 | 42 | 188834 | 42 | 199088 | 50 | 202142 | 42 |
| 149673 | 42 | 151477 | 42 | 167431 | 42 | 188835 | 42 | 199089 | 42 | 202143 | 50 |
| 149674 | 42 | 151478 | 42 | 167432 | 42 | 188836 | 42 | 199090 | 42 | 202144 | 42 |
| 149675 | 42 | 151479 | 42 | 167433 | 42 | 188837 | 42 | 199091 | 50 | 202145 | 42 |
| 149676 | 42 | 151480 | 42 | 167434 | 42 | 188838 | 42 | 199092 | 42 | 202146 | 42 |
| 149677 | 42 | 151481 | 42 | 167435 | 42 | 188839 | 42 | 199093 | 42 | 202147 | 42 |
| 149678 | 50 | 151482 | 42 | 167436 | 42 | 188840 | 42 | 199094 | 42 | 202148 | 42 |
| 149679 | 42 | 151483 | 42 | 167437 | 42 | 188841 | 42 | 199095 | 42 | 202149 | 42 |
| 149680 | 42 | 151484 | 42 | 167438 | 42 | 188842 | 42 | 199096 | 42 | 202150 | 42 |
| 149681 | 42 | 151485 | 42 | 167439 | 42 | 188843 | 42 | 199097 | 42 | 215051 | 42 |
| 149682 | 42 | 151486 | 42 | 167440 | 42 | 188844 | 42 | 199098 | 42 | 215052 | 50 |
| 149683 | 42 | 151487 | 42 | 167441 | 42 | 188845 | 42 | 199099 | 42 | 215053 | 50 |
| 149684 | 42 | 151488 | 42 | 167442 | 42 | 188846 | 50 | 199100 | 42 | 215054 | 42 |
| 149685 | 42 | 151489 | 42 | 167443 | 42 | 188847 | 42 | 202101 | 50 | 215055 | 42 |
| 149686 | 42 | 151490 | 42 | 167444 | 42 | 188848 | 42 | 202102 | 42 | 215056 | 42 |
| 149687 | 42 | 151491 | 42 | 167445 | 42 | 188849 | 42 | 202103 | 42 | 215057 | 42 |
| 149688 | 42 | 151492 | 42 | 167446 | 42 | 188850 | 42 | 202104 | 42 | 215058 | 42 |
| 149689 | 42 | 151493 | 50 | 167447 | 42 | 199051 | 50 | 202105 | 42 | 215059 | 42 |
| 149690 | 42 | 151494 | 50 | 167448 | 42 | 199052 | 42 | 202106 | 42 | 215060 | 42 |
| 149691 | 42 | 151495 | 42 | 167449 | 42 | 199053 | 50 | 202107 | 42 | 215061 | 42 |
| 149692 | 50 | 151496 | 42 | 167450 | 42 | 199054 | 42 | 202108 | 42 | 215062 | 42 |
| 149693 | 42 | 151497 | 42 | 188801 | 42 | 199055 | 42 | 202109 | 42 | 215063 | 42 |
| 149694 | 42 | 151498 | 50 | 188802 | 50 | 199056 | 42 | 202110 | 42 | 215064 | 42 |
| 149695 | 42 | 151499 | 42 | 188803 | 42 | 199057 | 42 | 202111 | 42 | 215065 | 42 |
| 149696 | 42 | 151500 | 42 | 188804 | 42 | 199058 | 42 | 202112 | 42 | 215066 | 42 |
| 149697 | 42 | 167401 | 42 | 188805 | 42 | 199059 | 50 | 202113 | 42 | 215067 | 42 |
| 149698 | 42 | 167402 | 42 | 188806 | 42 | 199060 | 42 | 202114 | 42 | 215068 | 42 |

| Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. |
|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|
| 215069 | 42 | 217423 | 42 | 225527 | 42 | 240881 | 42 | 256585 | 42 | 271989 | 42 |
| 215070 | 42 | 217424 | 42 | 225528 | 50 | 240882 | 42 | 256586 | 42 | 271990 | 42 |
| 215071 | 42 | 217425 | 42 | 225529 | 42 | 240883 | 250 | 256587 | 42 | 271991 | 42 |
| 215072 | 42 | 217426 | 50 | 225530 | 42 | 240884 | 42 | 256588 | 42 | 271992 | 42 |
| 215073 | 42 | 217427 | 42 | 225531 | 42 | 240885 | 42 | 256589 | 50 | 271993 | 42 |
| 215074 | 50 | 217428 | 50 | 225532 | 42 | 240886 | 42 | 256590 | 42 | 271994 | 42 |
| 215075 | 42 | 217429 | 42 | 225533 | 42 | 240887 | 42 | 256591 | 42 | 271995 | 42 |
| 215076 | 42 | 217430 | 42 | 225534 | 42 | 240888 | 42 | 256592 | 42 | 271996 | 42 |
| 215077 | 42 | 217431 | 42 | 225535 | 42 | 240889 | 42 | 256593 | 42 | 271997 | 50 |
| 215078 | 42 | 217432 | 42 | 225536 | 42 | 240890 | 42 | 256594 | 42 | 271998 | 42 |
| 215079 | 42 | 217433 | 50 | 225537 | 250 | 240891 | 42 | 256595 | 50 | 271999 | 42 |
| 215080 | 42 | 217434 | 42 | 225538 | 42 | 240892 | 42 | 256596 | 42 | 272000 | 42 |
| 215081 | 42 | 217435 | 42 | 225539 | 42 | 240893 | 50 | 256597 | 42 | 287751 | 42 |
| 215082 | 42 | 217436 | 42 | 225540 | 42 | 240894 | 42 | 256598 | 42 | 287752 | 42 |
| 215083 | 42 | 217437 | 42 | 225541 | 42 | 240895 | 42 | 256599 | 42 | 287753 | 42 |
| 215084 | 50 | 217438 | 50 | 225542 | 50 | 240896 | 50 | 256600 | 42 | 287754 | 42 |
| 215085 | 42 | 217439 | 42 | 225543 | 42 | 240897 | 42 | 271951 | 42 | 287755 | 42 |
| 215086 | 42 | 217440 | 42 | 225544 | 42 | 240898 | 42 | 271952 | 42 | 287756 | 42 |
| 215087 | 42 | 217441 | 42 | 225545 | 50 | 240899 | 42 | 271953 | 42 | 287757 | 50 |
| 215088 | 250 | 217442 | 42 | 225546 | 42 | 240900 | 42 | 271954 | 50 | 287758 | 42 |
| 215089 | 42 | 217443 | 42 | 225547 | 50 | 256551 | 50 | 271955 | 50 | 287759 | 42 |
| 215090 | 42 | 217444 | 42 | 225548 | 42 | 256552 | 42 | 271956 | 42 | 287760 | 50 |
| 215091 | 42 | 217445 | 42 | 225549 | 42 | 256553 | 42 | 271957 | 42 | 287761 | 42 |
| 215092 | 250 | 217446 | 42 | 225550 | 42 | 256554 | 42 | 271958 | 1000 | 287762 | 42 |
| 215093 | 42 | 217447 | 42 | 240851 | 42 | 256555 | 42 | 271959 | 50 | 287763 | 42 |
| 215094 | 42 | 217448 | 42 | 240852 | 50 | 256556 | 42 | 271960 | 42 | 287764 | 42 |
| 215095 | 42 | 217449 | 42 | 240853 | 42 | 256557 | 42 | 271961 | 1000 | 287765 | 1000 |
| 215096 | 42 | 217450 | 42 | 240854 | 50 | 256558 | 42 | 271962 | 42 | 287766 | 42 |
| 215097 | 42 | 225501 | 42 | 240855 | 42 | 256559 | 42 | 271963 | 42 | 287767 | 42 |
| 215098 | 42 | 225502 | 42 | 240856 | 42 | 256560 | 42 | 271964 | 2000 | 287768 | 42 |
| 215099 | 42 | 225503 | 42 | 240857 | 42 | 256561 | 42 | 271965 | 42 | 287769 | 42 |
| 215100 | 42 | 225504 | 42 | 240858 | 42 | 256562 | 42 | 271966 | 42 | 287770 | 42 |
| 217401 | 42 | 225505 | 42 | 240859 | 50 | 256563 | 42 | 271967 | 42 | 287771 | 42 |
| 217402 | 42 | 225506 | 42 | 240860 | 42 | 256564 | 42 | 271968 | 42 | 287772 | 42 |
| 217403 | 42 | 225507 | 42 | 240861 | 50 | 256565 | 42 | 271969 | 50 | 287773 | 50 |
| 217404 | 42 | 225508 | 42 | 240862 | 42 | 256566 | 42 | 271970 | 42 | 287774 | 50 |
| 217405 | 42 | 225509 | 42 | 240863 | 42 | 256567 | 42 | 271971 | 42 | 287775 | 50 |
| 217406 | 42 | 225510 | 42 | 240864 | 42 | 256568 | 50 | 271972 | 42 | 287776 | 42 |
| 217407 | 42 | 225511 | 42 | 240865 | 42 | 256569 | 42 | 271973 | 42 | 287777 | 42 |
| 217408 | 42 | 225512 | 42 | 240866 | 42 | 256570 | 42 | 271974 | 42 | 287778 | 42 |
| 217409 | 42 | 225513 | 42 | 240867 | 50 | 256571 | 50 | 271975 | 42 | 287779 | 50 |
| 217410 | 50 | 225514 | 42 | 240868 | 42 | 256572 | 42 | 271976 | 42 | 287780 | 42 |
| 217411 | 42 | 225515 | 42 | 240869 | 42 | 256573 | 50 | 271977 | 42 | 287781 | 42 |
| 217412 | 42 | 225516 | 42 | 240870 | 42 | 256574 | 42 | 271978 | 42 | 287782 | 42 |
| 217413 | 50000 | 225517 | 42 | 240871 | 42 | 256575 | 42 | 271979 | 42 | 287783 | 42 |
| 217414 | 50 | 225518 | 50 | 240872 | 50 | 256576 | 42 | 271980 | 42 | 287784 | 42 |
| 217415 | 1000 | 225519 | 50 | 240873 | 50 | 256577 | 42 | 271981 | 42 | 287785 | 42 |
| 217416 | 42 | 225520 | 42 | 240874 | 42 | 256578 | 42 | 271982 | 50 | 287786 | 42 |
| 217417 | 42 | 225521 | 42 | 240875 | 42 | 256579 | 50 | 271983 | 50 | 287787 | 42 |
| 217418 | 50 | 225522 | 42 | 240876 | 42 | 256580 | 50 | 271984 | 42 | 287788 | 50 |
| 217419 | 42 | 225523 | 42 | 240877 | 42 | 256581 | 50 | 271985 | 250 | 287789 | 50 |
| 217420 | 42 | 225524 | 50 | 240878 | 42 | 256582 | 42 | 271986 | 42 | 287790 | 50 |
| 217421 | 50 | 225525 | 42 | 240879 | 42 | 256583 | 42 | 271987 | 42 | 287791 | 42 |
| 217422 | 42 | 225526 | 42 | 240880 | 42 | 256584 | 42 | 271988 | 42 | 287792 | 15000 |

| Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. |
|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|
| 287793 | 42 | 288547 | 42 | 308951 | 42 | 323305 | 42 | 324559 | 42 | 340413 | 42 |
| 287794 | 42 | 288548 | 42 | 308952 | 42 | 323306 | 42 | 324560 | 42 | 340414 | 42 |
| 287795 | 42 | 288549 | 42 | 308953 | 42 | 323307 | 42 | 324561 | 42 | 340415 | 42 |
| 287796 | 42 | 288550 | 42 | 308954 | 42 | 323308 | 42 | 324562 | 42 | 340416 | 50 |
| 287797 | 42 | 306951 | 42 | 308955 | 42 | 323309 | 42 | 324563 | 42 | 340417 | 42 |
| 287798 | 42 | 306952 | 50 | 308956 | 42 | 323310 | 42 | 324564 | 42 | 340418 | 42 |
| 287799 | 42 | 306953 | 42 | 308957 | 42 | 323311 | 42 | 324565 | 42 | 340419 | 42 |
| 287800 | 42 | 306954 | 42 | 308958 | 42 | 323312 | 42 | 324566 | 42 | 340420 | 42 |
| 288501 | 42 | 306955 | 42 | 308959 | 42 | 323313 | 42 | 324567 | 42 | 340421 | 42 |
| 288502 | 42 | 306956 | 42 | 308960 | 42 | 323314 | 42 | 324568 | 50 | 340422 | 42 |
| 288503 | 42 | 306957 | 50 | 308961 | 42 | 323315 | 42 | 324569 | 42 | 340423 | 42 |
| 288504 | 42 | 306958 | 42 | 308962 | 50 | 323316 | 42 | 324570 | 42 | 340424 | 42 |
| 288505 | 42 | 306959 | 42 | 308963 | 42 | 323317 | 42 | 324571 | 42 | 340425 | 42 |
| 288506 | 42 | 306960 | 42 | 308964 | 42 | 323318 | 42 | 324572 | 42 | 340426 | 42 |
| 288507 | 42 | 306961 | 50 | 308965 | 42 | 323319 | 42 | 324573 | 42 | 340427 | 42 |
| 288508 | 42 | 306962 | 42 | 308966 | 42 | 323320 | 42 | 324574 | 42 | 340428 | 50 |
| 288509 | 42 | 306963 | 42 | 308967 | 42 | 323321 | 50 | 324575 | 42 | 340429 | 42 |
| 288510 | 50 | 306964 | 42 | 308968 | 42 | 323322 | 42 | 324576 | 42 | 340430 | 42 |
| 288511 | 42 | 306965 | 42 | 308969 | 42 | 323323 | 42 | 324577 | 50 | 340431 | 42 |
| 288512 | 42 | 306966 | 42 | 308970 | 42 | 323324 | 42 | 324578 | 42 | 340432 | 42 |
| 288513 | 42 | 306967 | 42 | 308971 | 42 | 323325 | 50 | 324579 | 42 | 340433 | 42 |
| 288514 | 42 | 306968 | 42 | 308972 | 42 | 323326 | 50 | 324580 | 50 | 340434 | 42 |
| 288515 | 42 | 306969 | 42 | 308973 | 42 | 323327 | 42 | 324581 | 42 | 340435 | 42 |
| 288516 | 42 | 306970 | 42 | 308974 | 42 | 323328 | 42 | 324582 | 42 | 340436 | 42 |
| 288517 | 42 | 306971 | 42 | 308975 | 42 | 323329 | 42 | 324583 | 42 | 340437 | 42 |
| 288518 | 42 | 306972 | 42 | 308976 | 50 | 323330 | 42 | 324584 | 42 | 340438 | 42 |
| 288519 | 42 | 306973 | 42 | 308977 | 42 | 323331 | 42 | 324585 | 42 | 340439 | 42 |
| 288520 | 42 | 306974 1000 | | 308978 | 42 | 323332 | 250 | 324586 | 42 | 340440 | 42 |
| 288521 | 42 | 306975 | 42 | 308979 | 42 | 323333 | 50 | 324587 | 42 | 340441 | 42 |
| 288522 | 42 | 306976 | 42 | 308980 | 42 | 323334 1000 | | 324588 | 42 | 340442 | 42 |
| 288523 | 42 | 306977 | 42 | 308981 | 42 | 323335 | 42 | 324589 | 42 | 340443 | 42 |
| 288524 | 42 | 306978 | 42 | 308982 | 42 | 323336 | 42 | 324590 | 42 | 340444 | 42 |
| 288525 | 42 | 306979 | 42 | 308983 | 42 | 323337 | 42 | 324591 | 50 | 340445 | 42 |
| 288526 | 42 | 306980 | 50 | 308984 | 50 | 323338 | 42 | 324592 2000 | | 340446 | 42 |
| 288527 | 42 | 306981 | 42 | 308985 | 42 | 323339 | 42 | 324593 | 42 | 340447 | 42 |
| 288528 | 42 | 306982 | 42 | 308986 | 42 | 323340 | 42 | 324594 | 42 | 340448 | 42 |
| 288529 | 42 | 306983 | 42 | 308987 | 42 | 323341 | 42 | 324595 | 42 | 340449 | 50 |
| 288530 | 42 | 306984 | 42 | 308988 | 50 | 323342 | 50 | 324596 | 42 | 340450 | 42 |
| 288531 | 42 | 306985 | 42 | 308989 | 50 | 323343 | 42 | 324597 | 42 | 351401 | 42 |
| 288532 | 42 | 306986 | 50 | 308990 | 42 | 323344 | 42 | 324598 | 42 | 351402 | 42 |
| 288533 | 42 | 306987 | 42 | 308991 | 42 | 323345 | 42 | 324599 | 42 | 351403 | 42 |
| 288534 | 42 | 306988 | 42 | 308992 | 42 | 323346 | 42 | 324600 | 42 | 351404 | 42 |
| 288535 | 50 | 306989 | 42 | 308993 | 42 | 323347 | 50 | 340401 | 42 | 351405 | 42 |
| 288536 | 42 | 306990 | 50 | 308994 | 42 | 323348 | 42 | 340402 | 50 | 351406 | 42 |
| 288537 | 42 | 306991 | 42 | 308995 | 42 | 323349 | 42 | 340403 | 42 | 351407 | 42 |
| 288538 | 50 | 306992 | 42 | 308996 | 42 | 323350 | 50 | 340404 | 42 | 351408 | 42 |
| 288539 | 42 | 306993 | 42 | 308997 | 50 | 324551 | 42 | 340405 | 42 | 351409 | 50 |
| 288540 | 42 | 306994 | 42 | 308998 | 42 | 324552 | 42 | 340406 | 42 | 351410 | 42 |
| 288541 | 42 | 306995 | 42 | 308999 | 42 | 324553 | 50 | 340407 | 50 | 351411 | 50 |
| 288542 | 42 | 306996 | 42 | 309000 | 42 | 324554 | 42 | 340408 | 42 | 351412 | 42 |
| 288543 | 42 | 306997 | 42 | 323301 | 42 | 324555 | 42 | 340409 | 42 | 351413 | 42 |
| 288544 | 42 | 306998 | 50 | 323302 | 42 | 324556 | 42 | 340410 | 42 | 351414 | 42 |
| 288545 | 50 | 306999 | 42 | 323303 | 42 | 324557 | 42 | 340411 | 42 | 351415 | 42 |
| 288546 | 42 | 307000 | 42 | 323304 | 42 | 324558 | 42 | 340412 | 42 | 351416 | 42 |

| Nummer
der Loofe. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loofe. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loofe. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loofe. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loofe. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loofe. | Gewinn.
fl. |
|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|
| 351417 | 42 | 358165 | 42 | 376013 | 42 | 379710 | 42 | 395257 | 42 | 396804 | 42 |
| 351418 | 42 | 358166 | 42 | 376014 | 42 | 379711 | 50 | 395258 | 42 | 396805 | 42 |
| 351419 | 42 | 358167 | 42 | 376015 | 42 | 379712 | 42 | 395259 | 42 | 396806 | 50 |
| 351420 | 42 | 358168 | 42 | 376016 | 42 | 379713 | 42 | 395260 | 50 | 396807 | 42 |
| 351421 | 50 | 358169 | 42 | 376017 | 42 | 379714 | 42 | 395261 | 50 | 396808 | 42 |
| 351422 | 42 | 358170 | 250 | 376018 | 42 | 379715 | 50 | 395262 | 42 | 396809 | 42 |
| 351423 | 42 | 358171 | 50 | 376019 | 42 | 379716 | 42 | 395263 | 42 | 396810 | 250 |
| 351424 | 50 | 358172 | 42 | 376020 | 42 | 379717 | 42 | 395264 | 42 | 396811 | 42 |
| 351425 | 42 | 358173 | 42 | 376021 | 42 | 379718 | 50 | 395265 | 42 | 396812 | 42 |
| 351426 | 42 | 358174 | 50 | 376022 | 42 | 379719 | 42 | 395266 | 42 | 396813 | 42 |
| 351427 | 42 | 358175 | 42 | 376023 | 42 | 379720 | 50 | 395267 | 42 | 396814 | 250 |
| 351428 | 42 | 358176 | 42 | 376024 | 42 | 379721 | 42 | 395268 | 42 | 396815 | 42 |
| 351429 | 42 | 358177 | 42 | 376025 | 42 | 379722 | 42 | 395269 | 42 | 396816 | 50 |
| 351430 | 42 | 358178 | 42 | 376026 | 42 | 379723 | 42 | 395270 | 50 | 396817 | 42 |
| 351431 | 42 | 358179 | 42 | 376027 | 42 | 379724 | 42 | 395271 | 42 | 396818 | 42 |
| 351432 | 42 | 358180 | 42 | 376028 | 42 | 379725 | 42 | 395272 | 42 | 396819 | 50 |
| 351433 | 42 | 358181 | 42 | 376029 | 50 | 379726 | 42 | 395273 | 50 | 396820 | 42 |
| 351434 | 42 | 358182 | 42 | 376030 | 42 | 379727 | 42 | 395274 | 42 | 396821 | 42 |
| 351435 | 42 | 358183 | 42 | 376031 | 42 | 379728 | 42 | 395275 | 42 | 396822 | 42 |
| 351436 | 42 | 358184 | 42 | 376032 | 42 | 379729 | 42 | 395276 | 42 | 396823 | 42 |
| 351437 | 50 | 358185 | 42 | 376033 | 42 | 379730 | 42 | 395277 | 42 | 396824 | 42 |
| 351438 | 42 | 358186 | 42 | 376034 | 42 | 379731 | 42 | 395278 | 42 | 396825 | 42 |
| 351439 | 42 | 358187 | 42 | 376035 | 42 | 379732 | 42 | 395279 | 42 | 396826 | 42 |
| 351440 | 42 | 358188 | 42 | 376036 | 42 | 379733 | 42 | 395280 | 42 | 396827 | 42 |
| 351441 | 50 | 358189 | 42 | 376037 | 42 | 379734 | 42 | 395281 | 50 | 396828 | 42 |
| 351442 | 42 | 358190 | 42 | 376038 | 42 | 379735 | 42 | 395282 | 42 | 396829 | 42 |
| 351443 | 42 | 358191 | 42 | 376039 | 42 | 379736 | 42 | 395283 | 42 | 396830 | 50 |
| 351444 | 42 | 358192 | 42 | 376040 | 42 | 379737 | 42 | 395284 | 42 | 396831 | 50 |
| 351445 | 42 | 358193 | 42 | 376041 | 42 | 379738 | 42 | 395285 | 42 | 396832 | 42 |
| 351446 | 42 | 358194 | 42 | 376042 | 42 | 379739 | 50 | 395286 | 42 | 396833 | 42 |
| 351447 | 50 | 358195 | 42 | 376043 | 42 | 379740 | 50 | 395287 | 42 | 396834 | 42 |
| 351448 | 50 | 358196 | 50 | 376044 | 42 | 379741 | 42 | 395288 | 50 | 396835 | 42 |
| 351449 | 42 | 358197 | 42 | 376045 | 42 | 379742 | 50 | 395289 | 42 | 396836 | 42 |
| 351450 | 42 | 358198 | 42 | 376046 | 50 | 379743 | 50 | 395290 | 50 | 396837 | 42 |
| 358151 | 42 | 358199 | 42 | 376047 | 42 | 379744 | 42 | 395291 | 42 | 396838 | 42 |
| 358152 | 42 | 358200 | 42 | 376048 | 42 | 379745 | 42 | 395292 | 42 | 396839 | 42 |
| 358153 | 42 | 376001 | 42 | 376049 | 42 | 379746 | 42 | 395293 | 42 | 396840 | 42 |
| 358154 | 42 | 376002 | 42 | 376050 | 42 | 379747 | 42 | 395294 | 42 | 396841 | 42 |
| 358155 | 42 | 376003 | 42 | 379701 | 42 | 379748 | 42 | 395295 | 42 | 396842 | 42 |
| 358156 | 42 | 376004 | 42 | 379702 | 50 | 379749 | 42 | 395296 | 42 | 396843 | 42 |
| 358157 | 42 | 376005 | 42 | 379703 | 42 | 379750 | 42 | 395297 | 42 | 396844 | 42 |
| 358158 | 42 | 376006 | 42 | 379704 | 50 | 395251 | 42 | 395298 | 42 | 396845 | 42 |
| 358159 | 42 | 376007 | 42 | 379705 | 42 | 395252 | 42 | 395299 | 42 | 396846 | 50 |
| 358160 | 50 | 376008 | 42 | 379706 | 42 | 395253 | 42 | 395300 | 42 | 396847 | 42 |
| 358161 | 42 | 376009 | 50 | 379707 | 42 | 395254 | 42 | 396801 | 42 | 396848 | 42 |
| 358162 | 42 | 376010 | 42 | 379708 | 42 | 395255 | 42 | 396802 | 42 | 396849 | 42 |
| 358163 | 42 | 376011 | 50 | 379709 | 50 | 395256 | 42 | 396803 | 42 | 396850 | 42 |
| 358164 | 42 | 376012 | 42 | | | | | | | | |

Die Verbrennung eingeldster Staatsschuldpapiere betreffend.

In Gegenwart der Commissäre des großherzoglichen Staatsministeriums und der großherzoglichen Oberrechnungskammer, so wie des Direktors der großherzoglichen Amortisationskasse sind am 28. v. M. nachbenannte im Jahr 1849 eingeldste Staatsschuldpapiere urkundlich verbrannt worden.

I. Papiere der Amortisationskasse:

| | |
|--|--------------------|
| a. Partiallose vom Goll und von Haber'schen Anlehen von 1820 | 3,731 fl. — fr. |
| b. Partiallose vom von Haber, Goll und Rothschild'schen Anlehen von 1840 | 171,810 " — " |
| c. Zinscoupons der 3½prozentigen Rentenscheine von 1834 | 95,742 " 30 " |
| | <hr/> |
| | 271,283 fl. 30 fr. |

II. Papiere der Eisenbahnschuldentilgungskasse:

| | |
|--|---------------------|
| a. Drei und ein halb prozentige Obligationen von 1842 | |
| 32 Stück à 1,000 fl. | 32,000 fl. — fr. |
| 84 " à 500 fl. | 42,000 " — " |
| 118 " à 100 fl. | 11,800 " — " |
| Zinscoupons derselben | 443,856 " — " |
| b. Fünfunddreißig Gulden Loose vom Anlehen von 1845 | 551,316 " — " |
| c. Zinscoupons der fünfprozentigen Obligationen von 1848 | 123,252 " 30 " |
| d. Zinscoupons des fünfprozentigen Anlehens von 1849 | 9,727 " 30 " |
| | <hr/> |
| | 1,213,952 fl. — fr. |

Dies wird anmit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 5. April 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Probst.

Die Erhebung der Kapitalsteuer für 1851 betreffend.

Nach dem Finanzgesetz vom 6. Februar d. J. und der Vollzugsverordnung dazu vom 10. des nämlichen Monats (Regierungsblatt Nr. VII. und X.) sind für 1850 und 1851 an Kapitalsteuer je sechs Kreuzer von Hundert Gulden Steuerkapital zu erheben. Der Einzug der Kapitalsteuer für 1850 ist bereits bewirkt, daher nur noch wegen Erhebung der Steuer für 1851 Anordnung zu treffen.

Zu diesem Zwecke wird verfügt:

§. 1.

Die Feststellung und der Einzug der Kapitalsteuer für 1851 hat nach den in der Verordnung vom 13. Mai v. J. (Regierungsblatt Nr. XXVI.) gegebenen Vorschriften zu geschehen.

§. 2.

Die großherzogliche Steuerdirektion wird mit dem weiteren Vollzuge beauftragt.
 Karlsruhe, den 5. April 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
 Regener.

Vdt. Probst.

D i e n s t e r l e d i g u n g e n .

Die katholische Pfarrei Böhlingen, Amts Radolphzell, ist mit einem beiläufigen Jahresertragnisse von 700 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Thennenbronn, Amts Hornberg, wird mit einem Einkommen von 850 fl. zur Besetzung ausgeschrieben. Die Bewerber um dieselbe haben sich sowohl bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrath als bei dem erzbischöflichen Ordinariat innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Das erledigte Amtschirurgat Buchen wird anmit nochmals zur Bewerbung ausgeschrieben. Die Bewerber haben sich binnen drei Wochen bei der großherzoglichen Sanitätscommission vorschriftsmäßig zu melden.

T o d e s f a l l .

Gestorben ist:

am 16. März d. J.: der katholische Pfarrer Joseph Anton Meßmer zu Böhlingen, Amts Radolphzell.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Dienstag den 15. April 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Höchst-landesherrliche Verordnung: die Abänderung der Wirthschaftsordnung vom Jahr 1834 betreffend. Erlaßniß zur Annahme eines fremden Ordens.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien: Bekanntmachungen des großh. Ministeriums des Innern: die Uebersicht über den Stand der Feuerversicherungsanstalt für 1849 betreffend; die Ertheilung eines Patents an Emil Kessler dahier auf neue Dampffesselconstructionen betreffend; die Patentertheilung an den Fabrikanten J. B. Krumeloh in Freiburg betreffend; die Stiftung der Wittve des Georg Rohrwasser, Wdes, geborene Käßle, zu Grafenhausen betreffend; die Staatsgenehmigung einer Präsentation auf die Kaplaneipfründe in Ruzingen betreffend.

Dienst erledigungen. Berichtigungen.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Höchstlandesherrliche Verordnung, die Abänderung der Wirthschaftsordnung vom Jahr 1834 betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nach Anhörung Unseres Staatsministeriums finden Wir Uns veranlaßt, an der Verordnung vom 16. Oktober 1834 über das Verfahren bei Verleihung und Entziehung der Wirthschaftsrechte (Regierungsblatt Nr. XLIX.) eine Abänderung dahin zu treffen, daß der §. 23 nachstehende Fassung erhält:

Personalwirthschaftsrechte erlöschen ferner wegen Mißbrauchs der Concession. Macht sich ein Wirthschaftsberechtigter eines Mißbrauchs seiner Berechtigung dadurch schuldig, daß er die polizeilichen Gesetze oder Verordnungen verlegt, oder die Verletzung in seiner Wirthschaft huldet, oder auch den besonderen Anordnungen der Polizeibehörde keine Folge leistet, so hat das Bezirksamt, unabhängig von der etwa zu erkennenden Strafe — sofern diese oder eine Warnung je nach der Schwere des Falles nicht genügt — entweder die Einstellung des Wirthschaftsbetriebs, vorbehaltlich des Rekurses an die endgültig entscheidende Kreisregierung, bis auf drei Monate selbst auszusprechen, oder die längere oder gänzliche Entziehung der

Concession bei der Kreisregierung zu beantragen, gegen deren Erkenntniß dießfalls ein Recurs an das Ministerium des Innern, welches in letzter Instanz verfügt, zulässig ist.

Ist es der Pächter einer Personal- oder Realwirthschaft, der sich eines derartigen Mißbrauchs seiner Berechtigung schuldig macht, so findet gegen ihn das gleiche Verfahren statt, mit dem Unterschied, daß statt der längeren oder gänzlichen Entziehung der Concession, die längere oder gänzliche Untersagung des Betriebes einer Wirthschaft eintritt.

Dem gegen solche Verfügungen der Bezirksämter, beziehungsweise der Kreisregierungen angezeigten Recurse kann, wenn es im öffentlichen Interesse als nothwendig erscheint, die aufschiebende Wirkung versagt werden.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 4. April 1851.

Leopold.

v. Marschall.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Erlaubniß zur Annahme eines fremden Ordens.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben
unter dem 27. März d. J.

dem Oberst Gerber von der Suite auf dessen unterthänigstes Ansuchen die Erlaubniß gnädigst zu ertheilen geruht, den demselben von Seiner Majestät dem Könige von Preußen verliehenen rothen Adlerorden dritter Klasse annehmen und tragen zu dürfen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Uebersicht über den Stand der Feuerversicherungsanstalt für 1849 betreffend.

Die Uebersicht über den Stand der allgemeinen Gebäudeversicherungsanstalt im Großherzogthum Baden vom 1. Januar bis letzten Dezember 1849 wird in der Anlage zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Karlsruhe, den 29. Januar 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Sachs.

Die Erhaltung eines Patents an Emil Reßler dahier auf neue Dampfkeßelconstruktionen betreffend.

Dem Director der Maschinenfabriken zu Karlsruhe und Esslingen, Emil Reßler, wird auf sein Ansuchen für die von ihm gemachten Erfindungen neuer Construktionen:

1. zur Vergrößerung der Heizfläche an den Röhrenkeßeln, Locomotiven, Schiffs- und Land-Maschinen durch beliebige Verbindung von zwei oder mehreren cylindrischen Keßeln,
2. zur Anbringung eines Dampf trockenapparats im Innern der Dampfkeßel

auf die Dauer von fünfzehn Jahren ein Patent hiermit erteilt, jedoch unter Vorbehalt der Rechte Dritter, welche die Priorität der Erfindung nachzuweisen vermögen oder letztere künftig verbessern werden, und unter Festsetzung einer Strafe von Einhundert fünfzig Gulden nebst Confiskation der nachgefertigten Maschinen auf den Fall der Verletzung des Privilegiums.

Karlsruhe, den 28. März 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Buisson.

Die Patentertheilung an den Fabrikanten J. B. Krumeich in Freiburg betreffend.

Dem Fabrikanten J. B. Krumeich in Freiburg wird auf sein Ansuchen ein Patent für die von ihm gemachte Erfindung einer Appreturmaschine für Nähgarne oder sogenannten Glanzzwirn auf die Dauer von fünf Jahren hiermit erteilt, jedoch unter Vorbehalt der Rechte Dritter, welche die Priorität der Erfindung nachzuweisen vermögen oder letztere künftig verbessern werden, und unter Festsetzung einer Strafe von Einhundert und fünfzig Gulden nebst Confiskation der nachgefertigten Maschine auf den Fall der Verletzung des Privilegiums.

Karlsruhe, den 28. März 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Buisson.

Die Stiftung der Wittwe des Georg Rohrwasser, Eides, geborene Nüsse, zu Grafenhausen betreffend.

Die Wittwe des Georg Rohrwasser von Grafenhausen hat zur Gründung eines Armenfonds für die zur Bürgermeisterei Mettenberg gehörigen Orte Geroldshoffstetten, Rippoldsbried und Rothenberg die Summe von

Dreihundert Gulden

unter der Bedingung gestiftet, daß die Zinsen hieraus alljährlich zur Anschaffung von Kleidungsstücken für arme Schulkinder aus den genannten Orten verwendet werden.

Diese Stiftung hat die Staatsgenehmigung erhalten und wird zum ehrenden Andenken der Stifterin hiermit bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 29. März 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Als Stellengenerierung einer Präsentation auf die Kaplanseipfunde in Muzingen betragend.

Das Ministerium des Innern hat

unter dem 5. April d. J.

der grundherrlich von Rageneßschen Präsentation des Präbikaturverwesers Lupp zu Offenburg auf die erledigte Kaplanseipfunde in Muzingen, Landamts Freiburg, die Staatsgenehmigung ertheilt.

Dienst erledigungen.

Die katholische Pfarrei Weilersbach, Amts Willingen, ist mit einem beiläufigen Jahresertragniß von 1,000 fl., worauf jedoch die Verbindlichkeit ruht, entweder binando oder durch einen Vikar im Filialort Kappel vollständigen Gottesdienst zu halten, bis 1862 eine jährliche Abgabe von 40 bis 50 fl. für Pfarrhausbaukosten und bis 1860 eine jährliche Abgabe von 16 fl. 18 kr. für eine Brunnenanlage zu leisten, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Herbolzheim, Amts Mosbach, mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 900 fl., worauf die Verbindlichkeit ruht, eine Provisoriumsabgabe im jährlichen Betrage von 16 fl. 15 kr. bis zum Jahre 1858 einschließlich zu leisten, ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

Durch Ableben des Pfarrers Roth ist die katholische Pfarrei Nauenberg, Amts Wiesloch, mit einem Jahreseinkommen von 800 fl. erledigt worden. Die Bewerber haben sich binnen sechs Wochen bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe vorschriftsmäßig zu melden.

Berichtigungen.

Im Regierungsblatt 1851, Nr. XXI., Seite 224 ist zu lesen:

Lyceum Karlsruhe „382 Schüler“ statt: 283;

Höhere Bürgerschule Constanz „61 Schüler“;

Höhere Bürgerschule Schopfheim „34 Schüler“ statt: 74.

Im Regierungsblatt Nr. XXVI., Seite 280, Zeile 11 v. o. ist zu lesen: „Schaumburg-Lippe“ statt Schwarzburg-Lippe.

Beilage zum Regierungsblatt Nr. XXV. vom Jahre 1851.

**Uebersicht des Zustandes der Gebäudeversicherungs-Anstalt
im Großherzogthum Baden
vom 1. Januar bis letzten Dezember 1849.**

| Soll. | | Einnahme. | Haben. | | Rest. | |
|-----------|-----|---|----------------------|----------|---------------|-----------|
| fl. | fr. | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| | | I. Rückstandsrechnung: | | | | |
| | | 1. Einnahmsreste aus voriger Rechnung: | | | | |
| 9,424 | 37 | a. Beitragsreste | 9,424 | 37 | — | — |
| 3,754 | 42 | b. andere Reste | 94 | 46 | 3,659 | 56 |
| — | — | 2. Abgang an Ausgabestreken | — | — | — | — |
| — | — | II. Rechnung von früheren Jahren | — | — | — | — |
| | | III. Rechnung vom laufenden Jahr: | | | | |
| | | 1. Beiträge fürs Jahr 1848 von 12 Kreuzern ordentlicher Umlage
von 100 fl. Brandversicherungsansatz der Gebäude: | | | | |
| | | Ertrag von Ansatz | | | | |
| | | 134,257 fl. 29 fr. im Seekreis | 67,087,450 | fl. | | |
| | | 191,178 „ 56 „ im Oberheinkreis | 95,590,050 | „ | | |
| | | 197,342 „ 57 „ im Mittelhainkreis | 98,666,400 | „ | | |
| | | 153,323 „ 45 „ im Unterheinkreis | 76,656,900 | „ | | |
| 676,103 | 7 | zusammen auf 10. Januar 1848 | 338,000,800 | fl. | | |
| | | vom vorgehenden Jahre | 333,787,600 | „ | | |
| | | Bermehrung | 4,213,200 fl. | | | |
| 101,000 | — | 2. aufgenommene Kapitalien (Passiva) | 101,000 | — | — | — |
| 6,876 | 30 | 3. ausgeliehene Kapitalien (Activa) | — | — | 6,876 | 30 |
| 238 | 47 | Zinse hievon | 238 | 47 | — | — |
| 1,400 | 14 | 4. Ersatz | 378 | 44 | 1,021 | 30 |
| 352 | 30 | 5. Hauszins vom Diensthaus zur Hälfte | 352 | 28 | — | 2 |
| 2,500 | — | 6. vom früheren Diensthaus zur Hälfte Kapital | 2,500 | — | — | — |
| 60 | 33 | Zins hievon | 60 | 33 | — | — |
| — | — | 7. Geldstrafen | — | — | — | — |
| 1 | — | 8. außerordentlich | 1 | — | — | — |
| | | IV. Rechnung der uneigentlichen Einnahmen: | | | | |
| 538 | 24 | 1. Kassenrest aus voriger Rechnung | 538 | 24 | — | — |
| — | — | 2. von und für fremde Kassen: | | | | |
| | | a. von früheren Jahren | — | — | — | — |
| 586,756 | 33 | b. vom laufenden Jahr | 586,738 | 23 | 18 | 10 |
| | | 3. von und für Privatpersonen: | | | | |
| 839 | 56 | a. von früheren Jahren | 120 | — | 719 | 56 |
| — | — | b. vom laufenden Jahr | — | — | — | — |
| 1,389,846 | 53 | Summe | 1,359,807 | 5 | 30,039 | 48 |

| Soll. | | Ausgabe. | | | | Hat. | | Rest. | |
|-----------|-----|--|--|-------------------------------|------------|---------|-----|---------|-----|
| fl. | fr. | | | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| | | I. Rückstandsrechnung: | | | | | | | |
| | | 1. Ausgabe Reste aus voriger Rechnung: | | | | | | | |
| | | a. Brandentschädigungen: | | | | | | | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. | fl. | fr. | | |
| | | 156,286 | 16 | im Seekreis | 80,069 39 | 76,216 | 37 | | |
| | | 126,597 | 11 | im Oberrheinkreis | 89,123 3 | 37,474 | 8 | | |
| | | 132,838 | 55 | im Mittelrheinkreis | 52,444 28 | 80,394 | 27 | | |
| | | 71,104 | 29 | im Unterrheinkreis | 46,686 27 | 24,418 | 2 | | |
| 486,826 | 51 | zusammen | | | | 268,323 | 37 | 218,503 | 14 |
| 50 | 31 | b. andere Reste | | | | 47 | 40 | 2 | 51 |
| — | — | 2. Abgang an Einnahme Resten | | | | — | — | — | — |
| — | — | II. Rechnung von früheren Jahren | | | | — | — | — | — |
| | | III. Rechnung vom laufenden Jahr: | | | | | | | |
| | | 1. Brandentschädigungen: | | | | | | | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. | fl. | fr. | | |
| | | 316,888 | 59 | im Seekreis | 140,776 18 | 176,112 | 41 | | |
| | | 145,317 | 7 | im Oberrheinkreis | 42,397 22 | 102,919 | 45 | | |
| | | 154,068 | 49 | im Mittelrheinkreis | 78,777 24 | 75,291 | 25 | | |
| | | 132,501 | 46 | im Unterrheinkreis | 32,512 53 | 99,988 | 53 | | |
| 748,776 | 41 | zusammen | | | | 294,463 | 57 | 454,312 | 44 |
| — | — | 2. allgemeine Kosten | | | | — | — | — | — |
| 2,890 | 57 | 3. Abschätzungsgebühren von Brandschäden | | | | 2,877 | 57 | 13 | — |
| 9,865 | 50 | 4. Gebäudeentschätzungsgebühren | | | | 9,865 | 50 | — | — |
| 11,135 | 41 | 5. Einzugsgebühren von Beiträgen | | | | 10,963 | 17 | 172 | 24 |
| 218,100 | — | 6. Passivkapitalien | | | | 119,000 | — | 99,100 | — |
| 7,968 | 14 | Zinse davon | | | | 7,968 | 14 | — | — |
| — | — | 7. Aktivkapitalien, bis zur Verwendung verzinslich untergebrachter Geldvorrath | | | | — | — | — | — |
| | | 8. Besoldungen und Bureaukosten: | | | | | | | |
| | | a. für den großherzoglichen Verwaltungsrath: | | | | | | | |
| | | 900 fl. | Besoldungen | 900 fl. | | | | | |
| | | 374 „ | Bureauaversen | 374 „ | | | | | |
| 1,274 | — | zusammen | | | | 1,274 | — | — | — |
| | | b. für die Kassenverwaltung: | | | | | | | |
| | | 2,550 fl. | — fr. Besoldungen | 2,550 fl. | — fr. | | | | |
| | | 37 „ | 30 „ Remunerationen dem Diener | 37 „ | 30 „ | | | | |
| | | 521 „ | 3 „ Bureaukosten | 521 „ | 3 „ | | | | |
| 3,108 | 33 | zusammen | | | | 3,108 | 33 | — | — |
| 1,489,997 | 18 | Uebertrag | | | | 717,893 | 5 | 772,104 | 13 |

| Soll. | | Ausgabe. | | Hat. | | Rest. | |
|-----------|-----|--|--------------------|------------|-----|---------|-----|
| fl. | fr. | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| 1,489,997 | 18 | Uebertrag | | 717,893 | 5 | 772,104 | 13 |
| | | 9. fürs Diensthaus zur Hälfte: | | | | | |
| | | fl. fr. | fl. fr. fl. fr. | | | | |
| | | 28 44 a. für bauliche Unterhaltung und Reinigung | 28 44 — — | | | | |
| | | 64 17 b. Staats- und andere Steuern | 64 17 — — | | | | |
| 93 | 1 | zusammen | | 93 | 1 | — | — |
| 146 | 11 | 10. Ertrag | | 146 | 11 | — | — |
| 252 | 55 | 11. Abgang | | 252 | 55 | — | — |
| 27 | — | 12. außerordentlich | | 27 | — | — | — |
| — | — | 13. Projektkosten | | — | — | — | — |
| | | IV. Rechnung der uneigentlichen Ausgaben: | | | | | |
| | | 1. an und für fremde Kassen: | | | | | |
| | | fl. fr. | fl. fr. fl. fr. | | | | |
| | | 21 10 a. von früheren Jahren | 21 6 — 4 | | | | |
| 586,756 | 33 | b. vom laufenden Jahr | 586,749 55 6 38 | | | | |
| 586,777 | 43 | zusammen | | 586,771 | 1 | 6 42 | |
| | | 2. an und für Privatpersonen: | | | | | |
| | | fl. fr. | fl. fr. fl. fr. | | | | |
| — | — | a. von früheren Jahren | — — — — | | | | |
| — | — | b. vom laufenden Jahr | — — — — | | | | |
| 2,077,294 | 8 | Summe | | 1,305,183 | 13 | 772,110 | 55 |
| 1,389,846 | 53 | Betrag der Einnahme | | 1,359,807 | 5 | 30,039 | 48 |
| 687,447 | 15 | bleiben | | 54,623 | 52 | 742,021 | 7 |
| | | | | Kassenrest | | | |
| | | Die Ausgabreste betragen | 772,110 fl. 55 fr. | | | | |
| | | über Abzug | | | | | |
| | | der Einnahmreste | 30,039 fl. 48 fr. | | | | |
| | | und des Kassenrests | 54,623 „ 52 „ | | | | |
| | | | 84,663 „ 40 „ | | | | |
| | | Deficit | 687,447 fl. 15 fr. | | | | |
| | | wovon noch der hälftige Antheil am Diensthaus | | | | | |
| | | und Werth der Mobilien im Bureau der Kassen- | | | | | |
| | | verwaltung abgehen | 16,069 „ 52 „ | | | | |
| | | bleiben | 671,377 fl. 23 fr. | | | | |

Brandentschädigungen.

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|-------------|--|----------|-----|--------|-----|
| | | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| See-
kreis. | Ueberlingen | I. Aus früheren Jahren. | | | | |
| | | Für Pfarrsteuer in Bonndorf | — | — | 700 | — |
| | | Jakob Beurer zu Goldbach | 800 | — | | |
| | Konstanz | Für Bierbrauerei des Freiherrn v. Bodmann zu
Ueberlingen | — | — | 176 | 19 |
| | | Alois Lorenz zu Ragenstein, Gemeinde Hattenweiler | 1,642 | — | | |
| | | Magnus Gundelschweiler zu Kesselwangen . . | 1,336 | 36 | | |
| | | Franz Schrott Wittwe zu Allmanskopf . . . | — | — | 50 | — |
| | | Ulrich Meerhard zu Konstanz | — | — | 8 | 53 |
| | | Mathias Junftmeister zu Mögglingen | — | — | 16 | 55 |
| | | Wolfgang Vogelbacher zu Eigglingen | — | — | 400 | — |
| | | Anton Conradi zu Konstanz | 3,052 | 47 | | |
| | | Lorenz Büchele allda | 23 | — | | |
| | Stodach | Kaspar Müller zu Oberschwandorf | — | — | 50 | — |
| | | Für Pfarrsteuer zu Nach | — | — | 200 | — |
| | | Senes Mathes und Faver Ragg zu Ludwigshafen | — | — | 5,531 | 42 |
| | | Karl Schafhäute zu Nellenburg | — | — | 101 | 33 |
| | | Johann Münch zu Münchhof | — | — | 650 | — |
| | | Für gräflich von Langensteinische Papierfabrik zu
Volkartshausen | — | — | 16,925 | — |
| | | Für dieselbe | — | — | 131 | 18 |
| | | Wilhelm Bauer allda | — | — | 111 | 11 |
| | | Ludwig Eichenhofer zu Beuren | 336 | — | | |
| | | Johann Nepomuk Winkler zu Stodach | 1,825 | 23 | | |
| | Hüfingen | Albert Fischele allda | 6,000 | — | | |
| | | Joseph Kempter zu Worndorf | 1,100 | — | | |
| | | Moriz Schüle Kind allda | 15 | — | | |
| | | Faver Kiene zu Nach | 33 | — | | |
| | | Beit Dold Wittwe nun Johann Baumeister zu
Bräunlingen | — | — | 300 | — |
| | | Kastellan der St. Antoniskapelle zu Neuenburg . | — | — | 200 | — |
| | | Mathä Hölzlerle zu Unabingen | — | — | 3 | — |
| | | Joseph Limberger zu Hüfingen | 145 | 15 | | |
| | | Mathä Winterhalter zu Bräunlingen | 733 | 30 | | |
| | | Rupert Held Wittwe allda, jetzt Kronenwirth
Bauer zu Donaueschingen | 5,200 | — | 672 | — |
| | | Johann Nepomuk Bauer zu Bräunlingen . . . | 1,489 | — | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|----------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| See-
kreis. | Hüfingen | Martin Fuhrer zu Riedböschingen | 2,500 | — | 1,416 | — |
| | | Bartholmä Simon zu Bräunlingen | 5,400 | — | 900 | — |
| | | Johann Kuttruf zu Neubingen, nun Andreas
Engesser zu Hondingen | 900 | — | | |
| | | Stadtgemeinde Bräunlingen für Ziegelhütte . . | 750 | — | 750 | — |
| | | Joseph Binninger zu Riedböschingen | 885 | — | | |
| | | Karl Straub zu Unadingen | 500 | — | | |
| | | Lorenz Stamler zu Riedböschingen | 300 | — | | |
| | | Johann Frei zu Bräunlingen | 300 | — | | |
| | | Lorenz Müller allda | 115 | — | | |
| | | Anton Hofmann zu Hondingen | 10 | — | | |
| | Neustadt | Joseph Hogg und Comp. zu Rössingen für Brand-
schaden in Unadingen | 2,600 | — | 480 | — |
| | | Baltasar Pfahl allda | 1,757 | — | | |
| | | Karl Rothweiler allda | 18 | — | | |
| | | Gemeinde Unadingen | 5 | — | | |
| | | Bartholmä Wiehl allda | 10 | — | | |
| | | Andreas Heer allda | 10 | — | | |
| | | Johann Ehrath allda | 10 | — | | |
| | | Johann Dury zu Dittishausen | 90 | 37 | | |
| | | Georg Wessl zu Schollach | 814 | 22 | | |
| | | Johann Bregger, jetzt Joseph Thoma zu Kappel
Benedikt Frei, jetzt Fridolin Strittmatter allda . | 963 | — | 132 | 18 |
| Donndorf | | Anton Diersold zu Unterlenzkirch | — | — | 1,900 | — |
| | | Fürstlich fürstbergische Standesherrschaft für
Bierbrauerei zu Friedweiler | 471 | 26 | | |
| | | Matthä Tritschler zu Dittishausen | — | — | 2,885 | 33 |
| | | Johann und Joseph Roth allda | 3,200 | — | 2,255 | — |
| | | Johann Roth allda | — | — | 705 | — |
| | | Domänenverwaltung für Kirche sammt Thurm
zu Donndorf | — | — | 5,000 | — |
| | | Dieselbe fürs Pfarrhaus | — | — | 6,588 | 15 |
| | | Konrad Ragg auf der Glashütte | — | — | 650 | — |
| | | Franz Anton Wächter zu Riedern, jetzt Georg
Müller zu Hürllingen | 1,625 | — | | |
| | | Joseph Alblter zu Igelschlatt | 500 | — | | |
| | | Augustin Schniger allda, jetzt Georg Rägele zu
Grafenhausen | 1,100 | — | | |
| | | Franz Jos. Ragg zu Bräunlingen, Gem. Grafenh.
Joseph Bärklin zu Donndorf | 625 | — | 908 | 20 |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
welcher die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|---|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Seckreis. Bonndorf | Joseph Bed Notar allda | — | — | 3,150 | — |
| | Gregor Wette allda | 1,150 | — | | |
| Billingen | Lorenz Rendler allda | 1,800 | — | | |
| | Verwaltung Rothweil | — | — | 1,000 | — |
| | Joseph Grieser, Jakob Kirchensels und Ferdinand
Schaaf zu Kappel | — | — | 1,435 | — |
| | Kepomuk Hammerle zu Billingen | — | — | 300 | — |
| | Fidel Kehl zu Dürheim | — | — | 700 | — |
| | Michael Schleicher allda | — | — | 1,100 | — |
| | Gemeinde Burgberg | — | — | 290 | — |
| | Joseph Hirth zu Billingen | 1,859 | — | — | — |
| | Fidel Weber allda | 122 | 30 | 30 | 40 |
| | Kaspar Baumann allda | — | — | 49 | 27 |
| | Jakob Burgbacher zu Mönchweiler, jetzt Christian
Maier und Kepomuk Oberle zu Billingen . . | 1,200 | — | | |
| | Johann Georg Maier zu Mönchweiler | 45 | — | | |
| | Johann Meber zu Schwabenhäusen, jetzt Christian
Maier | 1,443 | 54 | | |
| | Gottfried Breig allda | 184 | — | | |
| | Christian Kamerer zu Nordstetten | 450 | — | | |
| | Johann Rapp zu Stodburg | 485 | — | | |
| | Binzens Sättle zu Billingen | 1,413 | 30 | | |
| | Jakob Rieger Tambour allda | 400 | — | | |
| | Jakob Rieger Tagelöhner allda | 400 | — | | |
| | Johann Binder allda | 91 | — | | |
| | Mois Wölfe allda | 77 | — | | |
| | Konrad Andre allda | 1,010 | — | | |
| | Anton Kamerer zu Weilersbach | 76 | 20 | | |
| Radolphzell | Heinrich Pfander zu Billingen | — | — | 54 | — |
| | Joseph Sauter zu Singen | — | — | 12 | 30 |
| Engen | Gemeinde Emmingen | — | — | 100 | — |
| | Johann Sauter zu Engen | — | — | 1,000 | — |
| | Anton Roth allda | — | — | 1,210 | 12 |
| | Joseph Bilger zu Dietingen | — | — | 150 | — |
| | Gemeinde Aulfingen fürs Armenhaus | 400 | — | | |
| | Joseph Ruß zu Hausen | 300 | — | | |
| | Elestin Dusch und Mathias Engesser zu Zimmern | 600 | — | | |
| | Bernhard Fehringer zu Mittelbronn | 1,050 | — | | |
| | Salomon Neuburger zu Gailingen | — | — | 300 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Deßjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Seckreis. Blumenfeld | Ignaz v. Hornstein zu Weiler | — | — | 16 | 54 |
| | Sebastian Schmidt zu Mühlhausen | 450 | — | | |
| | Mathä Rehm und Clemens Reuter allda | 375 | — | 187 | 30 |
| | Joseph Weber und Lorenz Schönlé zu Uttenhofen | 100 | — | | |
| | Martin Schultheiß, jetzt Lorenz Scheu zu Wies | 400 | — | 400 | — |
| | Gemeinde Sauldorf, jetzt Kirchenfabrik daselbst | 700 | — | | |
| | Joseph Schwander und Stephan Glöcker zu Kreen-
heinstetten | 225 | — | | |
| | Joseph Walter zu Mößkirch | 4500 | — | 4745 | — |
| | Ignaz Hafner zu Leibertingen | 800 | — | 144 | 42 |
| | Joseph Rießer zu Rohrdorf | 1199 | 59 | 179 | 32 |
| Donau-
eschingen | Fürstlich fürstenbergische Standesherrschaft für's
Pfarrhaus zu Fürstenberg | — | — | 2800 | — |
| | Die Fabrik für die Kirche allda | — | — | 3100 | — |
| | Johann Heizman zu Donaueschingen | — | — | 12 | 53 |
| | Augustin Hölzle zu Thannheim | — | — | 1350 | — |
| | Bernhard Heine allda | 525 | — | | |
| | Johann Zimmermann allda | 1050 | — | 1050 | — |
| | Franz Joseph Hauger allda | 1700 | — | | |
| | Kaver Rebmann, jetzt Nepomud Nadler zu Eber-
fingen | 1800 | — | | |
| | Johann Schlude zu Hausen | 400 | — | | |
| | Karl Matheis zu Pfullendorf | 1046 | 30 | | |
| Stühlingen | Nepomud Jäger zu Lehn, Gemeinde Deggenhausen | 550 | — | 550 | — |
| | Stephan Friedrich zu Lembach | 500 | — | | |
| | Jakob Gottstein zu Grünholz | — | — | 100 | — |
| | Für die Kirche zu Ödswihl | — | — | 1864 | — |
| | Dominik Schauble und Jak. Eschbach zu Strittmat | 625 | — | | |
| | Jakob Dörflinger zu Unteralpfen | 900 | — | | |
| | Joseph Stübli zu Lienheim | 90 | — | | |
| | Joseph Mutter zu Brunnadern | 100 | — | | |
| | Johann Maier zu Rösingen | 2850 | — | | |
| | Johann Albiez allda | 56 | — | | |
| Ober:
rheinkreis. | Johann und Joseph Baumgartner allda | 80 | — | | |
| | Kaver Bögle Wittwe zu Hauenshein | — | — | 750 | — |
| | Joseph Scholer allda | — | — | 750 | — |
| | Blasie Bögle allda | — | — | 1050 | — |
| | Karl Schmid Wittwe allda | — | — | 700 | — |
| | Lorenz Bögle allda | — | — | 1550 | — |
| | | | | | |
| | | | | | |
| | | | | | |
| | | | | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|---|--------------|---------|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Ober- Waldshut
rheinkreis. | Anton Stiegle Wittwe zu Hauenstein | — | — | 800 | — |
| | Augustin Dreher allda | — | — | 500 | — |
| | Joseph Scholer allda | — | — | 300 | — |
| | Secunda Schmid Wittwe allda | — | — | 300 | — |
| | Wittwe Roginger allda | — | — | 600 | — |
| | Wittwe Schächter, Johann Ebner Wittwe und
Andreas Ebner Wittwe allda | — | — | 293 | 36 |
| | Mathä Diefert zu Oberalpfen | 1750 | — | | |
| | Joseph Tröndle allda | 68 | — | | |
| | Konrad Tröndle zu Hochsaal | 2000 | — | | |
| | Johann Huber allda, jetzt Leodegar Laber zu
Hauenstein | 1200 | — | | |
| | Johann Weber Wittwe allda | 1450 | — | | |
| | Die Kirchengemeinde allda | 904 | 42 | | |
| | Fridolin Zoos zu Rogel | 1100 | — | | |
| | Thomas Zoos allda, nun Fridolin Zoos allda.
Giriat Gerteiser allda | 1200
3564 | —
21 | | |
| | Joseph Ufer zu Hottingen, wegen Brand zu
Segeten | 700 | — | | |
| | Jakob Schlageter allda | 15 | — | | |
| | Peter Konrad, Anna Maria Hug und Wittwe
Gäng zu Hauenstein | — | — | 50 | 26 |
| | Friedrich Kleis zu Eichen | — | — | 100 | — |
| | Fritz Strütt zu Enkenstein | — | — | 740 | — |
| | Johann Jakob Treffer zu Tegernau | — | — | 600 | — |
| Schopfheim | Johann Friedrich Beuger allda | — | — | 700 | — |
| | Michel Leifinger und Johann Jakob Bürger zu
Stodmatt | 150 | — | | |
| | Jakob Dertlins Erben zu Hausen | — | — | 81 | 55 |
| | Waisenrichter Bartlin Jost allda | — | — | 1239 | — |
| | Martin und Moriz Banwart zu Nordschwaben | 1400 | — | | |
| | Joseph Bärenbach allda | 350 | — | 350 | — |
| | Anton Brugger allda | 950 | — | | |
| | Meier Maier zu Müllheim | — | — | 1100 | — |
| | Kaver Banwart und Georg Schlageter zu Nord-
schwaben | 862 | 30 | 287 | 30 |
| | Franz Joseph Banwart allda | 1100 | — | 100 | — |
| Schönau | Anton Banwart allda | 46 | — | | |
| | Blasi und Georg Dietsche, nun Gemeinde Gschwend | 1750 | — | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | | |
|---|--|--|------|-------|-----|---|
| | | Zahlung | | Rest. | | |
| | | fl. | kr. | fl. | kr. | |
| Ober-
rheinkreis. | Schönau | Johann Steinbrunner, Johann Hartmann und | | | | |
| | | Nathias Ruch zu Windbollen | — | — | 150 | — |
| | | Bartholomä Maier allda | — | — | 150 | — |
| | | Jakob Mang, jetzt Hugo Böhler zu Gschwend . | 748 | 30 | | |
| | | Gemeinde allda fürs Schulhaus | 450 | — | | |
| | | Wilhelm Blasi Erben zu Holzimhaus | 237 | 30 | | |
| | | Ignaz Schlageter zu Schöneberg | — | — | 100 | — |
| | | Blasi Maier zu Räsern, Gemeinde Pfaffenberg, | | | | |
| | | jetzt Albert Rümle zu Bollbach und Joseph | | | | |
| | | Frei zu Pfaffenberg | 1235 | — | | |
| | | Lorenz Fieger zu Tobinau | 950 | — | | |
| | | Karl Scheerers Wittwe, jetzt Lorenz Fieger allda | 800 | — | | |
| | | Bonaventura Kunz allda | — | — | 850 | — |
| | | Johann Steinbrunner allda | — | — | 550 | — |
| | | Bernhard Hugelmann allda | — | — | 800 | — |
| | | Franz Anton Maier allda | — | — | 800 | — |
| | | Martin Klingele allda | — | — | 650 | — |
| | | Lorenz Sonner allda | — | — | 300 | — |
| | | Jakob Fieger allda | — | — | 400 | — |
| | | Johann Michel Thoma allda | 33 | 20 | | |
| | | Augustin Fieger Wittwe allda | 16 | 40 | | |
| | | Konrad Thoma allda | 30 | — | | |
| | | Konrad Gleisner allda | 11 | — | | |
| | Müllheim | Wassenschmied Eberhard zu Niederweiler . . . | — | — | 100 | — |
| Augustin Schweiger, jetzt Jakob Friedrich Edert | | | | | | |
| zu Schweighof | | — | — | 380 | — | |
| Franz Anton Zeller, jetzt Louis Grether zu | | | | | | |
| | Sulzburg | 4150 | — | | | |
| | Fridolin Däslar zu Rheinweiler | 350 | — | | | |
| Staufen | Gemeinde Münsterthal für die Kapelle auf Berg | | | | | |
| | Belchen | — | — | 200 | — | |
| | Michel Wiesler zu Staufen | 989 | 14 | | | |
| | Joseph Stoll allda | 323 | 18 | 323 | 19 | |
| | Johann Klefer allda | 550 | 6 | | | |
| | Jakob Kreis allda | 316 | 19 | 316 | 18 | |
| Landamt
Freiburg | Stabhalter Wäsin Relikten zu Mengen . . . | — | — | 190 | — | |
| | Martin Schorp ober das Mörchische Rind zu | | | | | |
| | Opfingen | — | — | 200 | — | |
| | Nathias Schlegel zu Unteribenthal | — | — | 150 | — | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|---|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Ober-
rheinkreis. | Landamt
Freiburg | | | | |
| | Joseph Tritschler allda | — | — | 600 | — |
| | Joseph Helmle zu Wertheim | — | — | 100 | — |
| | Bezirksförster Bathiani zu Rechtenbach, jetzt
Kaufmann Bougine zu Freiburg | 1350 | — | | |
| | Georg Rees zu Aue, jetzt Joseph Binder | 1700 | — | | |
| | Andreas Klingele zu St. Wilhelm | — | — | 50 | — |
| | Joseph Steinhard zu Unteridenhal | 1000 | — | | |
| | Matthias Hog aufm Kesselbacherhof, Gemeinde
Buchenbach | 675 | — | | |
| | Georg Gremelsbacher Wittwe aufm Fahrenberg,
Gemeinde Staig | 275 | — | 275 | — |
| | Johann Kuhn zu Ebringen | 1750 | — | | |
| | Johann Georg Pfaff zu Kirchgarten | 15 | 42 | | |
| | Johann Georg Böhrenbach zu Reustadt für den
Brand zu Kirchgarten | 550 | — | 50 | — |
| | Großh. Domänenfiskus für den Kirchthurm zu
Wolfenweiler | 60 | 40 | | |
| | Hammerschmied Maier zu Murg | — | — | 115 | — |
| | Anton Mutter zu Gersbach | — | — | 3 | 39 |
| Säckingen | Ignaz Reimann, jetzt Theres Gottstein, Blasius
Hunkellers Frau zu Herrischried | — | — | 300 | — |
| | Friedolin und Johann Köhle zu Säckingen | — | — | 450 | — |
| | Johann Baumle allda | — | — | 1107 | — |
| | Wittwe Kuhle allda | — | — | 300 | — |
| | Karl Bölle allda | — | — | 250 | — |
| | Augustin Albiez zu Lochmat | — | — | 400 | — |
| | Magdalena und Theres Albiez allda | — | — | 150 | — |
| | Vinzenz Nebelhard zu Säckingen | 380 | 49 | | |
| | Konrad, jetzt Martin Sibold zu Murg | 695 | — | | |
| | Magdalena Köhle zu Säckingen | 450 | — | | |
| | Wendel Gersbach allda | 500 | — | | |
| | Alois Begle allda | — | — | 150 | — |
| | Joseph Bollmer allda | — | — | 38 | — |
| | Adam Arzner Wittwe zu Herrischried | 475 | — | | |
| | Jakob Kaiser allda | 300 | — | | |
| | Theres Berger zu Kistenbach | — | — | 774 | — |
| | Johann Seifmutter, jetzt Martha Matzacher zu
Kippolingen | 590 | — | | |
| | Martha Matzacher allda | 400 | — | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Ober- Säckingen
rheinkreis. | Martin Baumgartner, jetzt Joseph Strittmatter zu Rippolingen | 500 | — | | |
| | Joseph Strittmatter allda | 1250 | — | | |
| | Anton Malzacher allda | 400 | — | | |
| | Martin Huber Wittwe allda | 237 | — | | |
| | Konrad Albiez allda | 300 | — | | |
| | Lorenz Hofmann zu Hütten | 2600 | — | | |
| | Michel Baumgartner zu Giersbach | 950 | — | | |
| | Joseph Anton Streule Wittwe zu Nollingen | 1050 | — | | |
| | Georg Romiger allda | 779 | — | | |
| | Franz Sales Sigrift allda | 679 | — | | |
| | Fidel Huber zu Hornberg | — | — | 2100 | — |
| | Dominik Kaiser allda | 12 | 11 | | |
| | Simon Schlageter allda | 18 | — | | |
| | Fridolin Jegglin zu Säckingen | 46 | — | | |
| St. Blasien | Joseph Tritschler zu Todtmoos | — | — | 100 | — |
| | Leonhard Kopfer zu Bernaudorf | — | — | 250 | — |
| | Jacob und Agatha Maier, jetzt Michel Feist zu Bernauhof | 387 | 30 | | |
| | Die Spinnerei zu St. Blasien wegen der Koh-
lenscheuer | — | — | 64 | — |
| | Liberata Schauble Wittwe zu Amrigschwand | 300 | — | | |
| | Johann Schloffer allda | — | — | 200 | — |
| | Fridolin Tritschler zu Unteribach | — | — | 550 | — |
| | Joseph Wild zu Unterfischbach | — | — | 180 | 37 |
| | Maria Kunzmann zu Unterfütterau | 1358 | 41 | | |
| | Maria Basmer allda, jetzt Johann Kaiser zu Häusern | 400 | — | | |
| Dreisach | Pankraz Meber zu Burgheim | — | — | 50 | — |
| | Martin Bechtold zu Wasenweiler | 1224 | — | | |
| | Gervas Bueb zu Dreisach | 656 | 47 | | |
| | Dominik Kunle allda | 519 | 35 | | |
| | Gustav Kunzmann allda | 1034 | 58 | | |
| | Simon Böhler allda | 7 | — | | |
| | Franz Hunn zu Gottenheim | 1100 | — | | |
| | Martin Schreiber allda | 17 | — | | |
| | Balthas Willot allda | 12 | — | | |
| | Johann Jakob Kramer zu Hertingen | — | — | 50 | — |
| Bretsch | Friedrich Eisenreich zu Herten | — | — | 78 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Ober-
rheinkreis. | Lörrach | — | — | 50 | — |
| | Hornberg | — | — | 600 | — |
| | | — | — | 25 | — |
| | Johann Jakob Klefer Wittve zu Bingen . . | 1000 | — | | |
| | Anton Kunz, jetzt Alois Winkler zu Schwörstetten | 800 | — | | |
| | und Joseph Ueberlin Erben zu Wormbach . | 1050 | — | | |
| | Gemeinde St. Georgen für die Waschküche . . | 1200 | — | | |
| | Matthias Schondelmeier allda mit Bürgermeister | 1544 | 30 | | |
| | Müller und Berrechner Zwiß zu Königsfeld . | 800 | — | | |
| | Adam Brustle allda | 300 | — | | |
| | Johann Michel Weiser allda | 500 | — | | |
| | Johann Georg Weiser allda | 3267 | — | | |
| | Bartholomä Kaiser allda | 651 | 3 | | |
| | Johann Georg Müller allda | 13 | — | | |
| | Christian Müller allda | 6 | 30 | | |
| | Andreas Rosenfelder allda | — | — | 2 | 22 |
| | Johann Schondelmeier zu Hornberg | — | — | 28 | 56 |
| | Matthias Allgaier zu Evangelisch-Thennenbrunn | — | — | 350 | — |
| | Adam Moser Wittve zu Gutach | 1350 | — | | |
| | Konrad Lauble Wittve allda | 80 | — | | |
| | Hürs Scharfrichterhaus zu Triberg | — | — | 36 | — |
| | Hürs Amthaus über die bezahlten Reparations- | — | — | 194 | — |
| | kosten allda | 650 | — | | |
| | Franz Joseph Schädle zu Schonach | 591 | — | | |
| | Joseph Kuhner, jetzt Schwanenwirth Haberstroß | 1197 | — | | |
| | allda | 150 | — | | |
| | Benedikt Merg allda | 64 | 12 | | |
| | Für die Kirche zu Biehre | 1000 | — | | |
| | Joseph Anton Bruder, Gemeinderath Trenkle, | 26 | — | | |
| | Granatschleifer Esch und Kaufmann Hobapp | | | | |
| | zu Walbkirch | | | | |
| | Christian Häringer, jetzt Benedikt Trenkle zu Iach | | | | |
| | Andreas Reichenbach zu Buchholz | | | | |
| | Joseph Ruf zu Walbkirch mit Maurer Jäger | | | | |
| | und Zimmermann Weeber | | | | |
| | Fridolin Würmler aufm Randel, Gemeinde | | | | |
| | Simonswald | | | | |
| | Anton Wangler zu Untersimonswald | | | | |
| | Anton Ropper, nun Altbürgermeister Schindler | | | | |
| | allda | | | | |
| | Kaufmann Hobapp zu Wolfach, Joseph Hettich | | | | |
| | und Georg Beiter zu Walbkirch | | | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|----------------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Ober-
rheinkreis. | Waldfisch | Johann Seng zu Unterfimonswald | 14 | — | | |
| | | Anton Wangler allda | 2 | 15 | | |
| | | Matthias Kaspar Wittwe allda | 7 | — | | |
| | | Georg Jörger zu Waldfisch | 400 | — | | |
| | Stadtamt
Freiburg | Joseph Hummel allda | 1,037 | 32 | | |
| | | Zuchthausverwaltung Freiburg | — | — | 13 | 20 |
| | | Lorenz Weissenberger zu Weisweil | 350 | — | | |
| | | Joseph Weissenberger allda | — | — | 250 | — |
| | Jesetten | Johann Georg Güntert zu Hohentengen | — | — | 844 | — |
| | | Johann Baumgartner allda | 372 | 30 | 372 | 30 |
| | | Johann Georg Güntert allda | — | 45 | | |
| | | Gottlieb Bucherer zu Altmansberg | — | — | 250 | — |
| | Eimen-
dingen | Gottlieb Blum auf dem Amselhof, Gemeinde
Rundlingen | 1,025 | — | | |
| | | Matthias Wench zu Obersexau | 2,358 | — | | |
| | | Andreas und Gottlieb Holzer zu Sexau | — | — | 1,750 | — |
| | | Andreas Roser zu Ottoschwanden | 35 | 10 | | |
| | Ettlenheim | Andreas Möhringer zu Altdorf | 101 | 50 | | |
| | | Samuel Hirsch allda | 573 | 14 | | |
| | | Joseph Dürse allda | 1,850 | 29 | | |
| | | Franz Anton Kopf und Anton Binz zu Mahlsberg
Landolin Nieder allda | 431 | 40 | 331 | 20 |
| | | Marzell Trotter zu Kappel | 100 | — | | |
| | | Franz Armbruster Wittve zu Staab Kaltenbrunn
Johann Dieterle und Vinzens Armbruster zu
Schappach | — | — | 500 | — |
| | | Philipp Letz zu Wolfach | 600 | — | | |
| | | Florian Peter allda | 1,118 | 30 | 1,118 | 30 |
| | | Joseph Bühler allda | 1,326 | 30 | | |
| | | Joseph Bühler allda | 1,224 | 30 | | |
| | | Wolfgang Armbruster allda | 28 | — | | |
| | | Pius Armbruster allda | 28 | — | | |
| Mittel-
rheinkreis. | Wolfach | Ignaz Schöttger allda | 17 | — | | |
| | | Johann Armbruster allda | 71 | — | | |
| | | Johann Armbruster Schiffer allda | 7 | 30 | | |
| | | Rochus Baumann allda | 4 | — | | |
| | Sengenbach | Andreas Rühle zu Grimbach | — | — | 50 | — |
| | | Franz Anton Dam zu Flagggen | — | — | 100 | — |
| | | Joseph Smelner zu Nordrach | 50 | — | | |
| | | Bernhard Röss zu Berghaupten | 170 | — | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|-----------------------------------|--|----------|-----|------|-----|
| | | Zahlung. | | Ref. | |
| | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Mittel- Gengenbach
rheinfreis. | Joseph Langenbacher zu Bergshaupten | 170 | — | | |
| | Franz Dehler zu Nordrach, jetzt Stadthalter | | | | |
| | Bollmer zu Oberentenbuch und Bärenwirth | | | | |
| | Bollmer zu Zell | 825 | — | | |
| | Andreas Rühle zu Nordrach | 150 | — | | |
| | Anton Bruder allda | 175 | — | | |
| | Michael Bollmer allda | 1,250 | — | | |
| | Anton Sohler zu Dieberach | 650 | — | | |
| | Marr Armbruster allda | 18 | 30 | | |
| | Michael Zehle zu Entersbach | 49 | — | | |
| | Gemeinde Schwarzbach für den Hansblaul | — | — | 50 | — |
| | Eaver Eberle zu Bühl | — | — | 280 | — |
| | Anton Ederle allda | — | — | 145 | — |
| | Bonifaz Gallert zu Lauf | — | — | 494 | — |
| | Martin Striebig zu Moos | 715 | — | | |
| Gernsbach | Joseph Gumpf zu Lautenbach | — | — | 100 | — |
| | Anton Gerstner zu Weisenbach | — | — | 200 | — |
| | Johann Rutenbrod zu Michelbach | 989 | 42 | | |
| | Clemenz Barth und Raimund Wunsch zu Ber-
mersbach | 800 | — | | |
| Bretten | David Rübenacker zu Flehingen | — | — | 2 | 45 |
| | Abraham Elpinger allda | — | — | 150 | — |
| | Das katholische Kirchenrath zu Bretten | — | — | 100 | — |
| | Friedrich Wille zu Sickingen | 359 | 22 | 359 | 23 |
| | Georg Kögel zu Zaisenhäusen | 839 | — | | |
| | Michael Rühle allda | 623 | — | | |
| | Wilhelm Rühle allda | 789 | — | | |
| | Georg Friedrich Kögel allda | 467 | 29 | | |
| | Franz Dehn allda | 167 | 29 | | |
| | Andreas Schäußle, Georg Knobler, Wilhelm | | | | |
| | Ruz und Michael Weiß allda | 575 | 45 | | |
| | Johann Kull allda | 787 | 51 | | |
| | Michael Bauer allda | 476 | — | | |
| | Wilhelm App allda | 630 | — | | |
| | Jakob App allda | 576 | 12 | | |
| | Michael Bauer, Ferdinand Sohn allda | 788 | 56 | | |
| Bruchsal | Mar App allda | 661 | 21 | | |
| | Georg Bauer allda | 33 | 19 | | |
| | Georg Fessler zu Unteröwisheim | — | — | 250 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|------------------------|--|----------|-----|--------|-----|
| | | | Zahlung. | | Kst. | |
| | | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Mittel-
rheinkreis. | Bruchsal | Die Verwaltung wegen der Zehntscheuer | — | — | 10 | — |
| | Ettlingen | Adolph Ladinger und Ignaz Förderer zu Schöll-
brunn | — | — | 25 | 2 |
| | Stadtsamt
Carlsruhe | Kaufmann Knecht zu Carlsruhe | — | — | 1 | 30 |
| | | Fürs großherzogliche Hoftheater | — | — | 61,450 | — |
| | | Großherzoglicher Domänenfiskus fürs Gebäude
des Ministeriums der auswärtigen Angelegen-
heiten | 16,620 | 18 | | |
| | | Fürstlich fürstbergische Ständesherrschaft fürs
Palais | 240 | 10 | | |
| | Haslach | Andres Burger zu Hoffstett | — | — | 100 | — |
| | | Mathias Lebig allda | — | — | 100 | — |
| | | Pfarrer Wisert für den Kirchensond zu Hausach | — | — | 50 | — |
| | Oberkirch | Michael Eppe zu Fischerbach | 550 | — | | |
| | | Joseph Brauer Wittwe zu Döttelbach | — | — | 350 | — |
| | | Mathias Huber in Walben, Gemeinde Döhlbach | 400 | — | | |
| | | Großherzoglicher Domänenfiskus fürs Pfarrhaus
zu Dypenau | — | — | 1,000 | — |
| | | Franz Feger allda | — | — | 6,346 | — |
| | | Georg Lehmann allda | — | — | 590 | — |
| | | Georg Huber im Grund zu Freiersbach | — | — | 642 | 24 |
| | | Joseph Wiegeler zu Döhlbach | 550 | — | | |
| | | Jakob Kaufeisen allda | 350 | — | | |
| | Achern | Bernhard Strank zu Sasbachried | — | — | 65 | 32 |
| | | Édille Deder zu Sasbachwalden | 288 | — | | |
| | | Mathä Kopp Wittwe und Sebastian Huber zu
Seebach | 700 | — | | |
| | | Kaver Deibelbohrer zu Großweier | 148 | 40 | 100 | — |
| | | Anton Schay zu Heitenbach, Gemeinde Dittenhöfen | — | — | 600 | — |
| | | Sebastian Schmid zu Kappel | — | — | 595 | — |
| | | Christina Geiser zu Dittenhöfen | 256 | 47 | | |
| | | Franz Anton Fallert zu Sasbachwalden | 527 | 16 | | |
| | | Karl Zimmermann zu Oberachern | 431 | 44 | | |
| | Durlach | Moses Bachmann und Esajas Stengel zu Wein-
garten | — | — | 150 | — |
| | | Jakob Wader Wittwe zu Hohenwettersbach | 157 | — | | |
| | Lahr | Michael Himmelsbach zu Ruhbach | 607 | — | | |
| | Kork | Joseph Friedrich Rösch zu Sünthelmer | — | — | 1,375 | — |
| | | Georg Friedrich Kiebig zu Rehl | 637 | 30 | 637 | 30 |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--|--|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Ref. | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Mittel-
rheinkreis. | Kort | Faver Sailer zu Kehl | 4 | 15 | | |
| | | Andreas Uri zu Auenheim | 700 | — | | |
| | | Johann Heibt allda | 6 | — | | |
| | Rastatt | Deswald Fütterer und Louise Vogel, jetzt Pro-
tastus Friz zu Gaggenau | 375 | — | | |
| | | Anton Mauserer zu Detigheim | 181 | — | | |
| | Offenburg | Simon Bürt zu Durbach | — | — | 700 | — |
| | | Heinrich Serrer Wittwe allda | 1,690 | — | | |
| | | Joseph Tritschler zu Offenburg | 200 | — | | |
| | | Alois Weißburger allda | 63 | 18 | | |
| | | Alois Vogt allda | 500 | — | | |
| | Eppingen | Philipp Geiler zu Walterstweier | 389 | 31 | | |
| | | Heinrich Bellhauer zu Eppingen | — | — | 1,217 | 53 |
| | | Johann Holzwart, jetzt Moses Löw Regens-
burger allda | 1,300 | — | | |
| | | Martin Geiger zu Beertwangen | 52 | — | | |
| | | Johann Friedrich Göler von Ravensburg zu
Sulzfeld | 12 | — | | |
| | Baden | Joseph Maier zu Gerolsau | — | — | 50 | — |
| | | Anton Rah zu Baden | 2 | — | | |
| | Pforzheim | Michael Zwing und Konrad Rainer zu Steinegg | 483 | — | | |
| | | Joseph Baumeister und Dietrich Dohs allda | 347 | — | | |
| | Bernhard Schwahl Wittwe und Wilhelm Leicht
zu Neuhausen | 286 | — | 239 | — | |
| | Bernhard Schwahl Wittwe allda | — | — | 100 | — | |
| | Johann Mößner und Friedrich Stemmler zu
Ispringen | 379 | — | | | |
| | Karl Kauser zu Pforzheim | 4,860 | — | | | |
| Unter-
rheinkreis. | Ladenburg | Melchior Blas zu Heddesheim | — | — | 1 | — |
| | | Georg Scheffelmeier zu Neckarhausen | — | — | 50 | — |
| | | Jakob Herrmann zu Wallstadt | 50 | — | | |
| | Heidelberg | Fuhrmann Panzer zu Heidelberg | — | — | 6 | 13 |
| | | Michael Hertel zu Handschuhsheim | — | — | 50 | — |
| | | Leonhard Bruder zu Wilhelmsfeld | — | — | 11 | — |
| | | Johann Georg Fieg zu Leimen, jetzt Werkmeister
Stodinger zu Wiesloch | 1,256 | — | | |
| | | Peter Lehn und Johann Haut zu Brombach | 171 | — | | |
| | | Jakob Holls Wittwe zu Eiterbach | 708 | — | | |
| | Adam Jöst zu Wilhelmsfeld | 246 | — | | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat.. | Betrag | | | |
|---------------------------------|---|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Unter-
rheinkreis. | Gemeinde Altnendorf wegen Gemeindehaus | 243 | — | | |
| | Christian Weber zu Schönau | 103 | 58 | | |
| | Georg Jakob Dausel allda | 217 | 13 | | |
| | Martin Ebert allda | 480 | — | | |
| | Friedrich Kern allda | 288 | — | | |
| | Adam Krug zu Altnendorf | 378 | 48 | | |
| | Nikolaus Dauder Wittwe zu Vorderheubach | — | — | 591 | — |
| | Karl Wächter zu Heidelberg | 26 | — | | |
| | Nikolaus Kuhn zu Schönau | 1,105 | 17 | | |
| | Georg Stumpf zu Kirchheim | 1,659 | 50 | | |
| | Johann Spieß allda | 411 | — | | |
| | Jakob Baumann allda | 536 | — | | |
| | Heinrich Ziegler allda | 450 | — | 26 | 20 |
| | Friedrich Ziegler allda | 467 | 15 | | |
| | Ernst Ziegler allda | 306 | 54 | | |
| | Adam Helmking allda | 1,211 | 21 | | |
| | Johann Lechner Wittwe allda | 584 | 20 | | |
| | Peter Windisch allda | 158 | 38 | | |
| | Johann Lauer allda | 153 | 37 | | |
| | Christoph und Anna Maria Lauer allda | 44 | 36 | | |
| | Georg Schwebler allda | 28 | 41 | | |
| | Michael Pattler allda | 2 | — | | |
| | Christoph Lauer allda | — | 30 | | |
| | Johann Michael Frei zu Rohrbach | 970 | 42 | | |
| | Andreas Kriechbaum allda | 15 | — | | |
| | Andreas Engelof zu Großscholzheim | — | — | 50 | — |
| | Heinrich Schifferdedder zu Unterschöfenz | — | — | 2 | — |
| | Andreas Ernst allda | — | — | 4 | 24 |
| | Johann Georg Frei und Sebastian Kühne allda | — | — | 50 | — |
| | Christoph Brodbeck Wittwe zu Sattelbach | — | — | 300 | — |
| | Georg Heinrich und Jakob Kiebel zu Mosbach | — | — | 830 | — |
| | Fürs Pfarrhaus zu Königshofen | — | — | 9 | — |
| | Für die Kirche zu Gerlachsheim | — | — | 622 | 11 |
| | Die israelitische Gemeinde zu Impfingen | — | — | 295 | — |
| | Nikolaus Sturm allda | 32 | — | | |
| | Andreas Reinhard zu Unterwittighausen | 30 | — | | |
| | Nicolas Blank zu Rinsheim | — | — | 2,050 | — |
| | Balentin Grimmer zu Zimmern | — | — | 50 | — |
| | Franz Ripperger zu Dumbach | 237 | 30 | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|------------------|---|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Unter-
rheinkreis. | Buchen | Fürstlich leiningensche Standesherrschaft für die
Domäne Marienhof, Gemeinde Osterburken | 7,372 | 23 | 7,372 | 23 |
| | | Lorenz Knaus zu Leinbach | 920 | — | — | — |
| | Adelsheim | Joseph Luz zu Rosenberg | — | — | 16 | 40 |
| | | Die israelitische Gemeinde allda | 15 | — | — | — |
| | Borberg | Die katholische Gemeinde Ueffingen | — | — | 375 | — |
| | | Philipp Gerner allda | — | — | 1,500 | — |
| | | Baltasar Michelbach zu Königshofen | 175 | — | 175 | — |
| | | Veit Kamberer allda | 50 | — | 50 | — |
| | | Martin Sack Erben allda | 50 | — | 50 | — |
| | | Johann Wendelin Sack allda | 41 | 2 | — | — |
| | | Melchior Michelbach allda | 18 | — | — | — |
| | Krautheim | Fürstlich Krautheimsche Standesherrschaft | — | — | 25 | — |
| | | Philipp Gräber zu Weinheim | 354 | 40 | — | — |
| | Weinheim | Adam Laib zu Hemsbach | — | — | 13 | 20 |
| | | Peter Sallinger zu Großsachsen | — | — | 450 | — |
| | Eberbach | Franz Wehrauch, jetzt Johann und Jakob Deschner
zu Eberbach | 125 | — | — | — |
| | | Dieselben für Baltas Wehrauch allda | 125 | — | — | — |
| | | Nikolaus Ihrig allda | — | — | 475 | — |
| | | Johann Emig, jetzt Peter Kerler, Daniel Raab,
Gios Müller und Johann Rohn allda | — | — | 190 | — |
| | | Johann Georg Reiz allda | — | — | 194 | — |
| | | Gios Jöhle, jetzt Peter Kerler u. allda | — | — | 194 | — |
| | | Franz Joseph Brauch zu Wagenschwand | — | — | 420 | — |
| | | Gemeinde allda wegen Armenhaus | 53 | 42 | — | — |
| | | Karl Busamer zu Eberbach | 260 | — | — | — |
| | Nedarge-
münd | Kaspar Hess Wittwe zu Wiesenbach, jetzt Franz
Bernhard Zitt zu Weiskardt | 900 | — | — | — |
| | | Georg Kraus zu Wiesenbach | 900 | — | — | — |
| | | Heinrich Halter zu Lobensfeld | 450 | — | — | — |
| | | Jakob Ludwig zu Haag, jetzt Georg Peter Schmid | 526 | 19 | — | — |
| | Hoffenheim | Gemeinde Hoffenheim fürs Rathhaus | — | — | 2,165 | — |
| | | Friedrich Schuchmann zu Zugenhäusen | — | — | 1,257 | 30 |
| | | Dietrich Gramlich allda | — | — | 961 | — |
| | | Philipp Jakob Schmid und Jakob Weßlein allda | — | — | 172 | — |
| | | Ernst Doll zu Rohrbach, jetzt Zimmermann Rister
zu Einsheim | 260 | — | — | — |
| | Wiesloch | Franz Leier zu Dielheim | — | — | 416 | 53 |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|-------------------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Rück. | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Unter-
rheinfreis. | Wiesloch | Jakob Kattermann zu Michelsfeld | 114 | 19 | | |
| | | Baruch und Abraham Lang allda | — | — | 94 | — |
| | | Johann Stang zu Mühlhausen | 613 | 6 | 613 | 6 |
| | | Sebastian Hoz allda | 292 | 56 | 125 | — |
| | | Sebastian Rittel allda | 57 | 50 | | |
| | | Johann Seiferling allda | 7 | 10 | | |
| | | Kaspar Schur allda | 14 | — | | |
| | | Sebastian Fellhauer allda | 4 | — | | |
| | | Heinrich Krug zu Altwiesloch | 274 | — | | |
| | | Johann Schäfer zu Walldorf | 350 | — | | |
| | Neckar-
bischofsheim | Johann Joseph Spiegel allda | 375 | — | | |
| | | Jakob Bodenheimer, jetzt Salomon und Joseph
Glantz zu Walldorf | 400 | — | | |
| | | Dominik Zeit, jetzt Philipp Anton Meierhöfer,
Karl Joseph Berger und Peter Götz allda | 1,500 | — | | |
| | | Der katholische Kirchenfond allda | — | — | 500 | 16 |
| | | Franz Bernhard Zitt, jetzt Georg Philipp Böcker
Wittwe, Joseph Rümig und Reinhold Dopper
allda | 1,850 | — | | |
| | | Baruch Bodenheimer und Anton Kreth, jetzt Paul
Vertani, Peter Klaus und Felix Reichenbach allda | 2,450 | — | | |
| | | Franz Jos. Kaiser, jetzt Philipp Ant. Kreth allda | 650 | — | | |
| | | Paul Ziegler zu Siegelbach | 404 | 55 | | |
| | | Tobias Jörg allda | — | — | 440 | 55 |
| | | Ziriad Jörg allda | 700 | — | | |
| | Walldorf | Joseph Felix und Bernhard Hottenbach zu Har-
heim | — | — | 104 | — |
| | | Joseph Bischoff zu Rüdenhal | 20 | 10 | | |
| | | Uhrenmacher Irshlinger zu Mannheim | — | — | 69 | — |
| | | Das allgemeine Krankenhaus allda | — | — | 68 | 42 |
| | | Rathschreiber Robert Pfeiffer allda | 2,128 | 5 | 932 | 9 |
| | | Valentin Fichter allda | 1,114 | 33 | | |
| | | Konrad Geber allda | 438 | 10 | | |
| | | Georg Müller allda | 4 | 50 | | |
| | | Bayinspektor Dierhof allda | 2 | 30 | | |
| | | Jakob Scheurich und Sebastian Dösch zu Raffig
allda | 250 | — | | |
| | Berthel-
heim | Jakob Haberland und Katharina Maier zu Eins-
heim | 183 | — | | |
| | | Johann Holzwart zu Hilsbach | 550 | — | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---|---|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Unter-
rheinkreis.
Reudenu
Tauber-
bischofsheim

Philipp-
burg

Schweßin-
gen | Jakob Bär Wertheimer zu Billigheim | 844 | 3 | | |
| | Katharina Haut zu Königheim | 100 | — | | |
| | Anton Häfner zu Dienstadt | 800 | — | | |
| | Leonhard Weingig und Ambros Kohler allda | 1,093 | — | | |
| | Johann Adam Häfner allda | 200 | — | | |
| | Johann Schmitt, jetzt Joseph Drengele zu Wiesenthal | 164 | — | | |
| | Franz Anton Ziegler zu Oberhausen | 487 | 26 | | |
| | Johann Bahdauß allda | 250 | — | | |
| | Kilian Rißel allda | 278 | — | | |
| | Johann Adam Kamerer allda | 250 | — | | |
| | Joseph Maier allda | 450 | — | | |
| | Philipp Klein allda | 5 | — | | |
| | Valentin Müller allda | 23 | 9 | | |
| | Joseph Reif allda | 410 | — | | |
| | Johann Dör zu Retsch | 650 | — | | |
| | Heinrich Mutschler zu Allusheim | 773 | 51 | | |
| | II. Vom laufenden Jahr. | | | | |
| Seekreis.
Donau-
eschingen
mit
Hüfingen | Johann Fritsche Wittve zu Zindelstein | 1,100 | — | | |
| | Martin Heizmann zu Hüfingen | 900 | — | 650 | 56 |
| | Franz Joseph Albert allda | — | — | 109 | 15 |
| | Johann Riegger allda | — | — | 150 | — |
| | Joseph Herrmann allda | 597 | — | 597 | — |
| | Johann Fürst allda | 448 | — | 448 | — |
| | Johann Reichlin allda | 1,110 | 30 | 910 | 30 |
| | Thomas Haller allda | — | — | 57 | — |
| | Thomas Kramer allda | — | — | 116 | 32 |
| | Barbara Haller allda | — | — | 57 | — |
| | Karl Revellio allda | — | — | 140 | 26 |
| | Anton Rosenfiel zu Bräunlingen | 2,150 | — | 2,990 | — |
| | Johann Müller allda | 123 | 6 | | |
| | Matthias Späth allda | 129 | 6 | | |
| | Johann Georg Scherrer Wittve allda | 60 | — | | |
| | Donat Schmitz allda | 20 | — | | |
| | Matthä Bürer allda | 30 | — | | |
| | Johann Brugger allda | 15 | — | | |
| | Ferdinand Blesing allda | 20 | — | | |
| | Johann Georg Blesing zu Thannheim | 15 | 20 | | |
| | Johann Georg Engesser zu Hondingen | 375 | — | 375 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--|---|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Seckreis. | Donau-
schingen
mit
Hüfingen. | Mathias Schall zu Hondingen | 200 | — | 200 | — |
| | | Martin Binninger allda | 350 | — | 350 | — |
| | | Blasius Straub allda | 350 | — | 350 | — |
| | | Joseph Rothermund allda | 485 | — | 485 | — |
| | | Johann Laufer alt zu Sumpfsöhren | — | — | 597 | — |
| | | Wendelin Hirth allda | 896 | — | — | — |
| | | Johann Laufer jung allda | 1,393 | — | — | — |
| | | Baptist Merz allda | 745 | — | 745 | — |
| | | Silvester Maier allda | 1,954 | — | — | — |
| | | Joseph Preis allda | 1,690 | — | — | — |
| | | Joseph Stark Wittwe allda | — | — | 118 | 10 |
| | | Juliana Sulzmann zu Neubingen | 400 | — | — | — |
| | | Paul Koch allda | 750 | — | — | — |
| | | Wendelin Bauer allda | 550 | — | — | — |
| | | Benedikt Geiger allda | 85 | 1 | — | — |
| | | Martin Preis allda | 10 | — | — | — |
| | | Ferdinand Engesser zu Hüfingen | 840 | — | 840 | — |
| | | Karl Faller allda | 787 | 30 | 787 | 30 |
| | | Joseph Grieshaber allda | 787 | 30 | 787 | 30 |
| | | Kaver Götz allda | — | — | 169 | 46 |
| | | Gebhard von Schneider Wittwe allda | 14 | — | — | — |
| | | Johann Gringer allda | 9 | — | — | — |
| | | Maria Ambros allda | 2 | — | — | — |
| | | Johann Hirth zu Donaueschingen | 650 | — | 650 | — |
| | | Georg Hauser allda | 650 | — | 650 | — |
| | | Joseph Romer, jetzt Joseph Käfer Wittwe allda | 725 | — | 725 | — |
| | | Joseph Käfer Wittwe allda | 703 | — | 700 | — |
| | | Joseph Baier allda | 605 | — | 600 | — |
| | | Jakob Müller Wittwe, jetzt Joseph Baier allda | 300 | — | 300 | — |
| | | Stephan Duri allda | 716 | — | 712 | — |
| | | Mathias Rothweiler allda | 850 | — | 850 | — |
| | | Remigius Basler allda | — | — | 500 | — |
| | | Kaver Schneider allda | — | — | 1,050 | — |
| | | Joseph Butsch allda | 162 | 2 | — | — |
| | | Stadtgemeinde Donaueschingen | 65 | — | — | — |
| | | Johann Käfer Wittwe allda | 20 | — | — | — |
| | | Joseph Rottler allda | 10 | — | — | — |
| | | Martin Rottler allda | 6 | — | — | — |
| | | Andreas Gottsabend allda | 1 | 30 | — | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|--|---|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Secfreis. Donau-
eschingen
mit
Hüfingen | Matthias Fischerkeller zu Donauesschingen . . . | 5 | — | | |
| | Joseph Butsch allda | 3 | — | | |
| | Georg Rottler allda | 4 | — | | |
| | Anton Rottler allda | 1 | 30 | | |
| | Johann Merk, jetzt Konrad Behinger Wittwe
zu Döggingen | 988 | — | | |
| | Konrad Behinger Wittwe allda | 1,435 | — | | |
| | Bernhard Gelb allda | 50 | — | | |
| | Valentin Buri allda | 27 | — | | |
| | Repomut Faller zu Hüfingen | 346 | — | 346 | — |
| | Joseph Spiegelhalter allda | 692 | — | 692 | — |
| | Joseph Hafner allda | 346 | — | 346 | — |
| | Fürstlich fürstenbergische Standesherrschaft . . | — | — | 150 | 18 |
| | Bingen Dächler zu Blumberg | 311 | 30 | 311 | 30 |
| | Johann Laufer zu Sumpfohren | 297 | — | | |
| | Stadtgemeinde Geislingen | — | — | 3,150 | — |
| | Altdöwenwirth Dächler allda | — | — | 2,850 | — |
| | Gregor Münzer allda | 400 | — | | |
| | Nikolaus Volkert allda | 400 | — | | |
| | Karl Brunner allda | — | — | 1,200 | — |
| | Joseph Maier allda | 590 | — | 590 | — |
| | Heinrich Münzer allda | 2,550 | — | 40 | — |
| | Joseph Klegger Wittwe allda | 44 | 38 | | |
| | Valentin Fuhrer zu Aufen | — | — | 800 | — |
| | Georg Zirkewagen und Alois Kaiser zu Bräun-
lingen | 132 | — | | |
| | Martin Benz, Joseph Sorg und Joseph Schmid
allda | 1,250 | — | 750 | — |
| | Johann Bausch allda | 130 | 19 | | |
| | Christian Kleinhans zu Oberbaldingen . . . | — | — | 700 | — |
| | Johann Kleinhans allda | — | — | 700 | — |
| | Philipp Gög allda | — | — | 700 | — |
| | Johann Martin Wenzler allda | — | — | 700 | — |
| | Martin Hengstler allda | — | — | 600 | — |
| | Ursula Schnedenburger allda | — | — | 1,500 | — |
| | Johann Jakob Lohrer allda | — | — | 1,150 | — |
| | Johann Martin Kleinhans allda | — | — | 850 | — |
| | Christian Künzle, Uhrenhändler allda . . . | — | — | 1,450 | — |
| | Anna Künzle allda | — | — | 550 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|--|---|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Seckreis. Donau-
eschingen
mit
Hüfingen | Christian Kienzle, Altvogt zu Oberbaldingen . | — | — | 500 | — |
| | Johann Kienzle allda | — | — | 500 | — |
| | Andreas Kienzle allda | — | — | 650 | — |
| | Konrad Lehrer, Schreiner, allda | — | — | 1,053 | 20 |
| | Johann Jakob Hengstler allda | — | — | 800 | — |
| | Lehrer Straßer allda | — | — | 120 | — |
| | Johann Martin Hengstler allda | — | — | 1,365 | — |
| | Jakob Lehrer allda | — | — | 1,900 | — |
| | Konrad Lehrer allda | — | — | 1,900 | — |
| | Jakob Hengstler allda | — | — | 50 | — |
| | Georg Straßer und Joh. Wenzlers Kinder allda . | — | — | 10 | — |
| | Johann Wenzler, Schäfer | — | — | 10 | — |
| | Johann Münzer, Mathias Münzer und Thomas
Münzer Wittve allda | — | — | 15 | — |
| | Johann Michel Büche zu Mundelfingen | — | — | 1,400 | — |
| | Rupert Rauch zu Fürstenberg | — | — | 2,210 | — |
| | Baptist Gapple zu Hüfingen | 568 | — | 568 | — |
| | Johann Kuttruf Wittve zu Donaueschingen . . | — | — | 1,888 | 30 |
| | Stadtverrechner Kuttruf allda | — | — | 12 | 30 |
| | Konrad Bechtler allda | — | — | 7 | 30 |
| | Benedikt Geiser zu Hüfingen | — | — | 1,012 | 53 |
| | Urban Meier zu Blumberg | — | — | 1,635 | — |
| | Stephan Geberle allda | — | — | 1,440 | — |
| | Peter Rothmund allda | — | — | 15 | — |
| | Bonaventura Bader allda | — | — | 10 | — |
| | Andreas Tritschler allda | — | — | 30 | — |
| | Ignaz Murr allda | — | — | 8 | — |
| | Johann Hinterkirch allda | — | — | 5 | — |
| | Benedikt Martis allda | — | — | 10 | — |
| Stöckach | Hugo Leis zu Zigenhausen | 181 | 35 | | |
| | Joseph Schrott zu Nenzingen | 27 | 53 | | |
| | Wolfgang Gollrad zu Schlatt | 666 | 40 | 333 | 20 |
| | Johann Rehmann allda | 672 | 40 | 336 | 20 |
| | Mathias Mosbrugger allda | 5 | — | | |
| | Nikolai Mosbrugger allda | 9 | — | | |
| | Oswald Herrman Wittve und Zimmermann
Gehlinger allda | 2,377 | — | | |
| | Thomas Renner zu Winterspüren | 2,895 | — | | |
| | Johann Hofmann zu Eigeltingen | — | — | 200 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---|---------|---|----------|-----|--------|-----|
| | | | Zahlung. | | Ref. | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Seckreis. | Stodach | Georg Döser zu Zihenhausen | — | — | 250 | — |
| | | Franz Blaz allba | — | — | 400 | — |
| | | Joseph Delzer allba | — | — | 250 | — |
| Möskirch
mit
Stetten | | Josua Bad zu Sauldorf | 850 | — | | |
| | | Joseph Lorenzer zu Engelwies | 650 | — | | |
| | | Joseph Loser allba | 1,900 | — | 70 | — |
| | | Joseph Gäng allba | 1,276 | — | | |
| | | Kaver Buhl allba | 5 | — | | |
| | | Balentin Bauer allba | 782 | — | | |
| | | Joseph Krager zu Boll, jetzt Joh. Raut allba | 1,476 | — | | |
| | | Konrad Widmer zu Lenknetten | 900 | 30 | 900 | 30 |
| | | Mathä Reichle zu Herdwangen | 950 | — | | |
| | | Johann Baptist Hofmann Wittwe zu Straß,
Gemeinde Denkingen | 175 | — | 175 | — |
| Pfullendorf
mit
Hölligen-
berg | | Johann Ott zu Pfullendorf | 6 | — | | |
| | | Ignaz Hartmann zu Fridingen | 500 | — | | |
| | | Joseph Stöhrer allba | 850 | — | | |
| | | Anselm Hina allba | 798 | — | | |
| | | Kaver Schweikart zu Pfullendorf | 15 | — | | |
| | | Kaver Kaiser zu Billingen | 750 | — | | |
| | | Anton Ruth Wittwe allba | 357 | 21 | | |
| | | Kaufmann Rod allba | 159 | 10 | | |
| | | Johann Schabets Wittwe allba | 376 | — | | |
| | | Mathias Reber Wittwe allba | 144 | — | | |
| Billingen | | Adlerwirth Häuger allba | 84 | — | | |
| | | Franz Kornhas allba | 18 | — | | |
| | | Repomuk Maier allba | 45 | — | | |
| | | Kaver Oberle allba | 11 | — | | |
| | | Das Ursulinerinnen-Institut allba | 15 | — | | |
| | | Christian Rinninger zu Oberkirnach | 1,650 | — | | |
| | | Karl Berger zu Billingen und Notar Bezold zu
Oppenau | — | — | 10,598 | — |
| | | Flaschenwirth Dold allba | 7,494 | — | | |
| | | Johann Häfner allba | — | — | 3,650 | — |
| | | Bürgermeister Stern allba | 2,500 | — | 500 | — |
| | | Balentin Bär allba | 4,400 | — | | |
| | | Benedikt Meier Wittwe allba und Andreas Eisen-
mann zu Nordknetten | 1,400 | — | 1,350 | — |
| | | Jakob Fischer zu Billingen | 1,375 | — | 375 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Seckreis. Billingen | Karl Oberle zu Billingen | 2,211 | 9 | | |
| | Gregor Binder allda | 636 | 5 | | |
| | Andreas Reichert allda | — | — | 93 | — |
| | Michel Hagios allda | 50 | — | | |
| | Kaspar Zeig allda | 220 | 37 | | |
| | Matthä Pfündner allda | 35 | — | | |
| | Jakob Gerlach allda | 39 | — | | |
| | Konrad Bauer allda | 10 | — | | |
| | Franz Wittmann allda | 15 | — | | |
| | Joseph Buri allda | 25 | — | | |
| | Johann Ummenhofer allda | 10 | — | | |
| | Nepomuk Jäger allda | 24 | 30 | | |
| | Rosine Engeffer und Leopold Gisele allda | 16 | — | | |
| | Christoph Barthäuser allda | 26 | — | | |
| | Nepomuk Kammerer allda | 10 | — | | |
| | Baptist Kreuzer allda | 16 | — | | |
| | Joseph Oberle allda | 11 | 30 | | |
| | Johann Weinmann allda | 12 | 40 | | |
| | Andreas Obergfell allda | 4 | 30 | | |
| | Franz Joseph Dold allda | 14 | — | | |
| | Alexander Dorer allda | 16 | — | | |
| | Albert Dold allda | 21 | — | | |
| | Apotheker Salzer allda | 14 | — | | |
| | Rathschreiber Schupp allda | 13 | — | | |
| | Münzmühlbesitzer Schönacker allda | 10 | — | | |
| | Benedikt Duttlinger zu Dürrehelm | 67 | — | | |
| | Johann Peter Schrentz zu Niedereschach | 1,700 | — | 2,100 | — |
| | Alois Rottler Wittwe allda | 425 | — | 425 | — |
| | Joseph Keller allda | 175 | — | 175 | — |
| | Magdalena Rottler, jetzt Wolfgang Nieblinger
allda | 150 | — | 150 | — |
| | Franz Maier allda | 275 | — | 275 | — |
| | Franz Simon allda | 1,300 | — | 1,300 | — |
| | Johann Niebel allda, jetzt Andreas Eisenmann
in Nordstetten | 2,400 | — | | |
| | Theodor, jetzt Isidor Rapp allda | 85 | — | | |
| | Johann Niebel allda | 53 | — | | |
| | Joseph Ring allda | 26 | — | | |
| | Johann Georg Rapp zu Schwabenhausen | 1,395 | — | 1,395 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | | |
|--|-----------|---|---|-------------------------------|-------|-----|----|
| | | | Zahlung. | | Rest. | | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. | |
| See-
kreis. | Billingen | Johann Oß zu Schwabenhausen | 1,992 | — | | | |
| | | Felix Käfer zu Weilersbach | — | — | 1,349 | 12 | |
| | | Katharina Eigeltinger allda | 20 | 12 | | | |
| | | Franz Fleig allda | 18 | — | | | |
| | | Gemeinde Kappel fürs Armenhaus | — | — | 66 | 52 | |
| | | Johann Kolb allda | 31 | 48 | | | |
| | | Kaspar Heim zu Schwabenhausen, jetzt Joseph
Kaufer zu Dauchingen | 850 | — | | | |
| | | Christian Storz zu Fischbach | 457 | 30 | 457 | 30 | |
| | | Ignaz Emminger allda | — | — | 600 | — | |
| | | Joseph Wittum Wittwe zu Billingen | 17 | 52 | | | |
| | | Edlestin Beha zu Unterkirnach | — | — | 5,396 | — | |
| | | Die Pfarrgemeinde allda | — | — | 54 | — | |
| | | Müller Schenzinger zu Billingen | 15 | — | 7,999 | 30 | |
| | | Mathes Heini allda | — | — | 247 | 3 | |
| | | Johann Lorch allda | 15 | 12 | | | |
| | | Michael Maler allda | 18 | 48 | | | |
| | | Johann Seiger allda | — | — | 1,150 | — | |
| | | Martin Ummenhofer allda | — | — | 1,950 | — | |
| | | Michael Storz allda | — | — | 99 | — | |
| | | Johann Weber allda | — | — | 28 | — | |
| | | Franz Joseph Rieger allda | — | — | 6 | — | |
| | | Blumensfeld | Joseph Keller zu Thalheim | 2,450 | — | 350 | — |
| | | | Johann Fiens zu Watterdingen | 900 | — | | |
| | | | Martin Ruß allda | 1,000 | — | | |
| | | | Clemenz Huber zu Leipsferdingen | — | — | 415 | — |
| | | | Engen | Stadtgemeinde Engen | — | — | 90 |
| Bernhard Schellhammer und Jakob Gut zu
Möhlingen | 750 | | | — | 700 | — | |
| Johann Nepple allda | 1,400 | | | — | | | |
| Konrad Müller und Max Gut allda | 1,000 | | | — | | | |
| Joseph Weiß und Leonhard Fischler allda | 1,200 | | | — | | | |
| Joseph Röhrenbach und Georg, nun Karl Gi-
tenbenz allda | 1,625 | | | — | 425 | — | |
| Johann Nepomuk Beck allda | 1,550 | — | | | | | |
| Lehrer Gitenbenz allda | 6 | — | | | | | |
| Martin Rem allda | 1 | 30 | | | | | |
| Joseph Röhrenbach allda | 4 | 30 | | | | | |
| Joseph Anton Furter allda | 1 | 30 | | | | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Desjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Seckreis. Engen | Wilhelm Keen zu Möhringen | 4 | — | | |
| | Georg Eitenbenz allda | 1 | — | | |
| | Franz Joseph Martin allda | 1 | — | | |
| | Anton Huber allda | — | 30 | | |
| | Bernhard Fischler allda | 2 | — | | |
| | Fürs Pfarrhaus allda | 3 | — | | |
| | Mathä Münzer zu Zimmern | 1,650 | — | 1,650 | — |
| | Johann Heizmann allda | 30 | — | | |
| | Markus Heizmann allda | 12 | — | | |
| | Gabriel Schmid zu Rauenheim | 600 | — | 85 | — |
| | Mathä Heizmann zu Hintschingen | 588 | — | 588 | — |
| | Ulrich Raus zu Kirchen | 1,200 | — | 1,200 | — |
| | Matheus Engesser allda | 1,000 | — | 1,000 | — |
| | Januarius Wegler zu Emmingen | 9 | — | | |
| | Johann Pfanz zu Immenzingen | 8 | — | | |
| | Johann Straub zu Amselfingen | 24 | 18 | | |
| | Franz Anton Bürstner Erben zu Borgen | — | — | 1,300 | — |
| | Georg Schmid zu Amselfingen | 1,950 | — | | |
| | Mathä Dietrich zu Neuhausen | 550 | — | | |
| | Paul Trunz zu Zimmerholz | — | — | 600 | 42 |
| | Konrad Mecheler zu Immenzingen | — | — | 1,889 | — |
| Rudolphzell | Gemeinde Ueberlingen | 500 | — | | |
| | Remigius Brutsch zu Randegg | 1,112 | 30 | | |
| | Christof Brutsch allda | 24 | — | | |
| | Fridolin Brutsch allda | 5 | — | | |
| | Heinrich Weil allda | 7 | 30 | | |
| | David Wieler allda | 9 | — | | |
| | Peter Schmid allda | 2 | 30 | | |
| | Konrad Auer zu Gellingen | — | — | 4,480 | — |
| | Johann Hany allda | — | — | 1,805 | — |
| | Samuel Bloch allda | 83 | 20 | | |
| | Heinrich Rosenthal allda | 24 | — | | |
| | Moses Ullmann allda | 46 | 40 | | |
| | Johann Schnebele allda | 40 | — | | |
| | Joseph Guggenheimer allda | 3 | — | | |
| | Franz Welte zu Dehningen | — | — | 1,825 | — |
| Reußabt | Kaspar Berger zu Tynang | — | — | 1,000 | — |
| | Fidel Wieder allda | — | — | 150 | — |
| | Johann Bürrmann zu Urach | 525 | — | 525 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|----------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Gemeinde. | Neustadt | Kaspar Schwörer zu Siebelbach | — | — | 100 | — |
| | | Anton Schlegel zu Neustadt | 1,075 | — | 1,075 | — |
| | | Joseph Lachenmeier allda | 825 | — | 825 | — |
| | | Wendelin Vogt allda | — | — | 74 | — |
| | | Konrad Hofmeier zu Böfingen | — | — | 88 | 29 |
| | | Jakob Münzer auf der Schwende, Gemeinde
Fischbach | — | — | 901 | 30 |
| | | Lorenz Spiegelhalter zu Altglashütte | 1,500 | — | 1,500 | — |
| | | Anton Heizmann zu Neustadt | — | — | 2,350 | — |
| | | Baptist Bernauer allda | — | — | 1,950 | — |
| | | Mathä Schwörer Wittwe allda | — | — | 1,642 | 13 |
| | | Joseph Kamberer zu Dittishausen | — | — | 900 | — |
| | | Fidel Wehrle allda | — | — | 1,000 | — |
| | | Johann Hasenfranz allda | — | — | 850 | — |
| | | Michael Hofmann allda | — | — | 13 | — |
| | | Mathä Merk zu Eysenhofen | 2,360 | — | 490 | — |
| Donndorf | Donndorf | Joseph Rösch allda | 2,750 | — | 300 | — |
| | | Peter Merk allda | 2,350 | — | — | — |
| | | Joachim Merk allda | 1,600 | — | — | — |
| | | Sebastian Stamm zu Lausheim | 1,650 | — | — | — |
| | | Johann Zehle allda | 1,250 | — | — | — |
| | | Silvester Rändler allda | 66 | 37 | — | — |
| | | Bonaventura Färber, jetzt dessen Ehefrau Maria
Kaiser allda | 1,950 | — | — | — |
| | | Johann Korhummel allda | 1,500 | — | — | — |
| | | Girard Herzog zu Gündelwangen | 76 | 53 | — | — |
| | | Andreas Isele zu Eberbach, Gem. Grafenhausen | 1,100 | — | 1,100 | — |
| | | Anselm Morat zu Ewatingen | 1,175 | — | 1,175 | — |
| | | Johann Welte zu Boll | — | — | 100 | — |
| | | Johann Kaiser zu Blumegg | — | — | 1,780 | — |
| | | Johann Probst zu Wellendingen | 1,435 | — | 1,435 | — |
| | | Philipp Färber zu Ewatingen | 20 | — | — | — |
| Salem | Salem | Willibald Fehrig zu Duggenried | 2,019 | — | 2,019 | — |
| | | Gregor Welte zu Donndorf | 50 | 48 | — | — |
| | | Franz Werner allda | — | — | 50 | — |
| | | Gregor Welte allda | 100 | — | — | — |
| | | Nikolaus Mehler allda | 29 | — | — | — |
| | | Alcis Nüsse zu Horben, Gemeinde Birkendorf | — | — | 1,315 | — |
| | | Posthalter Nüsse zu Salem | — | — | 94 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------------|--|----------|-----|--------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Seckreis. Konstanz | Sebastian Deggelmann zu Bollmatingen . . . | 700 | — | 741 | — |
| | Clemenz Amann zu Konstanz | — | — | 66 | 37 |
| | Markgräfl. badische Standesherrschaft wegen
Schloß Petershausen | — | — | 24,077 | — |
| | Dieselbe ferner | — | — | 55 | 45 |
| | Martin Seisried zu Konstanz | 20 | — | — | — |
| | Johann Nepomuk Wahlbacher zu Allensbach . | — | — | 1,000 | — |
| | Urban Waldele allda | — | — | 1,050 | — |
| | Ueberlingen | | | | |
| | Franz Martin zu Bonndorf | 1,453 | 38 | — | — |
| | Martin Hahn zu Hohenbodman | 1,050 | — | — | — |
| Stühlingen | Martin Lorenz zu Lippertsreute | 1,500 | — | — | — |
| | Georg Schellhammer zu Seelsingen | — | — | 1,750 | — |
| | Joseph Schnell allda | 30 | — | — | — |
| | Franz Keller allda | 20 | — | — | — |
| | Karl Hofacker zu Stühlingen | — | — | 111 | 48 |
| | Fürstlich fürstenbergische Standesherrschaft allda | — | — | 1,436 | 14 |
| | Georg Friedrich Serauer zu Bödingen . . . | 640 | — | — | — |
| | Johann Georg Höflin zu Theningen | — | — | 65 | 7 |
| | Johann Jakob Bollweider zu Eichstetten . . | 3 | — | 469 | 18 |
| | Martin Dreher allda | 43 | 26 | — | — |
| Ober-
rheinkreis. Emmen-
dingen | Mathias Bühler auf dem Glasig, Gemeinde
Freiamt | — | — | 700 | — |
| | Johann Georg Mack allda | — | — | 500 | — |
| | Salomon Levi Bornheimer zu Eichstett . . | 563 | 30 | 556 | — |
| | Georg Jakob Biesele allda | 5 | — | — | — |
| | Adlerwirth Trummer allda | 25 | — | — | — |
| | Jestetten | | | | |
| | Johann Barfuß zu Bühl | 448 | — | — | — |
| | Altbürgermeister Maier zu Stetten, jetzt großh.
Militärwittwenkasse | — | — | 787 | — |
| | Hornberg | | | | |
| | Georg Baumann zu Gutach | 821 | 5 | — | — |
| Jestetten | Mathias Schandelmeier, jetzt Andreas Rosensfelder
zu St. Georgen | 2,300 | — | 275 | 48 |
| | Georg Steiger zu Reichenbach | 500 | — | 500 | — |
| | Mathias Dörner Wittwe zu Hornberg . . . | 11 | — | — | — |
| | Karl Eduard Armbruster zu Schiltach . . . | — | — | 6,407 | — |
| | Kronenwirth Trautwein allda | — | — | 136 | — |
| | Johann Wolber allda | — | — | 169 | 6 |
| | Gemeinde Schiltach | — | — | 66 | — |
| | Christian Bühler allda | 17 | — | — | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--|---|-------|-------|---------|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Ober-
rheinkreis. | Hornberg | Jakob Bernh. Zoos und Christ. Wolber zu Schiltach | 13 | — | |
| | | Jakob Friedrich Baumanns Frau zu Hornberg | — | — | 2,324 7 |
| | | Friedrich Aberle allda | — | — | 241 17 |
| | | Friedrich Obergsehl allda | — | — | 86 31 |
| | | Christoph Schweidert zu Hornberg | — | — | 3 — |
| | Schönan | Gemeinde Akerkeg für die Sägmühl | — | — | 500 — |
| | | Bernhard Meier zu Zell | — | — | 800 — |
| | | Sebastian Albrecht Erben allda | — | — | 250 — |
| | | Kaver Späth allda | — | — | 897 — |
| | | Joseph Anton Hamerer | — | — | 897 — |
| | | Johann Kiefer Sohn allda | — | — | 1,197 — |
| | | Jakob Meier allda | — | — | 399 — |
| | | Michael Rümlele allda | — | — | 748 — |
| | | Franz Joseph Leberer allda | — | — | 698 — |
| | | Jakob Fris allda | — | — | 646 — |
| Staufen | | Johann Kiefer jun. allda | — | — | 646 — |
| | | Kaspar Wittin allda | — | — | 600 — |
| | | Anton Rümlele allda | — | — | 692 — |
| | | Sebastian Gastiger auf dem Kastelhof, Gemeinde
Dottingen | 803 | 54 | 300 — |
| | | Kaver Alber zu Kropfingen | 33 | 48 | |
| | | Kaver Thoma zu Griesheim | — | — | 557 39 |
| | | Großherzoglicher Domänenfiskus allda | 7 | 11 | |
| | | Lehrer Böhringer allda | 2 | 50 | |
| | Landamt
Freiburg | Joseph Walz zu Unteribenthal | 675 | — | 675 — |
| | | Philipp Hepp zu St. Peter | 1,100 | — | |
| Stadtamt
Freiburg | | Stephan Schillinger zu Horben | 2,217 | 40 | |
| | | Johann Kabis zu Wolfenweiler | — | — | 384 34 |
| | | Christian Albrecht zu Zastler in zwei Posten | 119 | 16 | |
| | | Bernhard Sonder zu Umkirch | 43 | 8 | |
| | | Johann Danner zu Wolfenweiler | 42 | 58 | |
| | | Lorenz Falk zu Wiehre | — | — | 403 22 |
| | | Johann Maier Wittwe allda | 25 | — | |
| | | Jeremias Rißler allda | — | — | 395 — |
| | | Zimmermeister Albrecht allda | 5 | 45 | |
| | | Alexander Föhrenbach zu Freiburg | — | — | 148 30 |
| Triberg | | Anton Föhrenbach zu Nordwasser | 2,844 | — | |
| | | Sebastian Klenzle zu Gremelsbach | — | — | 950 — |
| | | Magnus Dold zu Triberg | 6 | — | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--|---|-------|-------|--------|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Ober-
rheinkreis. | Eriberg | Cälestin Vogel zu Eriberg | — | 1,100 | — |
| | | Anton Föhrenbach allda | — | 600 | — |
| | | Karl Scherer allda | — | 450 | — |
| | Waldbhut | Cälestin Dold allda | 11 | 808 | — |
| | | Peter Vanholzer zu Görtwühl | 900 | — | — |
| | | Fridolin Schmid Wittwe allda | 10 | — | — |
| | | Fridolin Dör und Lorenz Ruch allda | 20 | — | — |
| | | Joseph Hoggemüller zu Ny | 400 | 400 | — |
| | | Konrad Boll allda | 30 | — | — |
| | | Joseph Gerteis zu Hochsal | 800 | — | — |
| | | Anselm Eschbach allda | 400 | — | — |
| | | Mathias Bartholmä allda | 1,000 | — | — |
| | | Viktor Lay allda | 400 | — | — |
| | | Fridolin Eschbach allda | — | 400 | — |
| | | Mathias Gersbach allda | — | 63 | — |
| | | Joseph Baumgartner Wittwe allda | 38 | — | — |
| | | Mathä Hierholzer allda | — | 26 | 49 |
| | | Johann Scheuble zu Unteralspsen | 350 | 350 | — |
| | | Joseph Kunzelmann allda | — | 600 | — |
| | | Katharina Fromherz, jetzt Johann Scheuble allda | 200 | 200 | — |
| | | Fridolin Ebner allda | 250 | 250 | — |
| | | Fidel Berger allda | 26 | — | — |
| | | Felix Strittmatter zu Albert | — | 1,000 | — |
| | | Franz Rünze allda | — | 1,000 | — |
| | | Fridolin Strittmatter allda | — | 794 | 3 |
| | | Lorenz Meier zu Unteralspsen | — | 400 | — |
| | | Jacob Strittmatter zu Tiefenstein | — | 350 | — |
| | Walbkirch | Joseph Burger zu Brechtthal | 1,100 | — | — |
| | | Johann Dörr zu Heuweller | 900 | — | — |
| | | Joseph Dörr allda | 10 | — | — |
| | | Philipp Herbstreit Wittwe allda | 4 | — | — |
| | | Joseph Selter allda | 14 | 29 | — |
| | | Andreas Dürr Wittwe allda | 9 | — | — |
| | | Johann Ruf zu Elzach | 11 | — | — |
| | | Nikolaus Kammerer zu Kapfenmoos | 190 | 30 | 190 30 |
| | | Georg Schöpke zu Niederbach | — | 1,086 | — |
| | | Leonhard Fahreländer zu Siegelau | 17 | 2,583 | — |
| | Säckingen | Titus Schill und Joseph Ruf allda | 8 | — | — |
| | | Michel Frei Wittwe zu Wehr | 712 | 34 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|---|----------|-----|--------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Ober-
rheinkreis. | Basil Ganter zu Wehr | 1,913 | 30 | | |
| | Joseph Büche allda | 994 | 30 | | |
| | Großherzogl. Domänenfiskus fürs Pfarrhaus zu
Rickenbach | 90 | — | | |
| | Fridolin Probst zu Binzen | 575 | — | 575 | — |
| | Martin Dietsche zu Herrischried | — | — | 700 | — |
| | Michel Gottstein und Anton Ebert allda | 16 | — | | |
| | Karl Sibold allda | 25 | — | | |
| | Martin Stark allda | — | — | 1,100 | — |
| | Klemens Edart und Lorenz Sibold allda | — | — | 900 | — |
| | Kaver Blum allda | — | — | 1,124 | — |
| | Ochsenwirth Strittmatter allda | — | — | 3,930 | — |
| | Fridolin Hofmann allda | — | — | 1,100 | — |
| | Rudolph Edert jung allda | — | — | 2,300 | — |
| | Marzel Merkfe, Ferdinand Hosp, Fridolin Sibold
und Mathias Gottstein allda | — | — | 2,630 | — |
| | Rudolph Edert alt allda | — | — | 2,350 | — |
| | Franz Zehle, Dominik Gottstein und Peter
Scheuble allda | — | — | 2,850 | — |
| | Willibald Huber und Joseph Scheuble allda | — | — | 1,778 | — |
| | Kaver Hosp allda | — | — | 2,154 | — |
| | Adlerwirth Blasius Zunkeller allda | — | — | 2,870 | — |
| | Herrmann Göttinger allda | — | — | 1,420 | — |
| | Otilia Blum allda | — | — | 718 | — |
| | Augustin Kohlbrenner allda | — | — | 1,600 | — |
| | Kaver Kohlbrenner allda | — | — | 1,130 | — |
| | Jakob Sibold, Simon Bernauer und Peter
Bernauer allda | — | — | 1,400 | — |
| | Die Pfarrgemeinde allda | — | — | 10,100 | — |
| | Jakob Edert allda | 36 | — | | |
| | Paul Schneider allda | 10 | — | | |
| | Martin Sibold allda | 10 | — | | |
| | Fridolin Ronn Wittwe allda | 8 | — | | |
| | Wendelin Schlachter allda | 4 | — | | |
| | Blasius Kaiser allda | 5 | — | | |
| | Fridolin und Anton Edert allda | 10 | — | | |
| | Johann Strittmatter allda | 25 | — | | |
| | Franz Joseph Edert allda | 24 | — | | |
| | Binzens Matt allda | 6 | — | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|---|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Ober- Sickingen
rheinkreis. | Anton Gdert zu Herrischried | 6 | — | | |
| | Kaver Spiz allda | 20 | — | | |
| | Urban Schlachter allda | 4 | — | | |
| | Johann Kaiser und Gemeinde Bieladingen | — | — | 900 | — |
| St. Blasien | Johann Senger zu Nollingen | — | — | 300 | — |
| | Fridolin Konrad allda | — | — | 300 | — |
| | Dominik Kaiser zu Höschenschwand | 234 | 21 | | |
| | Franz Joseph Schlachter zu Ruchenschwand | 21 | — | | |
| Schopfheim | Fidel Ebner zu Wolpadingen | 2,100 | — | | |
| | Gemeinde Menzenschwand, Vorderdorf | 60 | — | | |
| | Joseph Schupp zu Wilsingen | 900 | — | | |
| | Fridolin Freudig allda | — | — | 850 | — |
| Ettenheim | Fidel Baumeister zu Schwarzhalden, Gemeinde
Häusern | 400 | — | 50 | — |
| | Joseph Bruder zu Höschenschwand | 1,800 | — | | |
| | Johann Zehle zu Ellmenegg | 350 | — | 350 | — |
| | Joseph Malzacher und Joseph Burger zu Finster-
lingen | — | — | 750 | — |
| Vörrach | Johann Schwörter zu Eichen | 1,849 | — | | |
| | Johann Georg Eichen und Kaspar Schöne zu
Gresgen | 1,775 | — | | |
| | Philipp Reinhard und Johann Dswald zu
Wambach, Gemeinde Wies | 450 | — | 450 | — |
| | Johann Georg Sutter zu Weitenau | 645 | — | | |
| | Johann Bollmer zu Raich | 800 | — | | |
| | Friedrich Forsthuber allda | — | — | 300 | — |
| | Johann Eichen zu Wies | — | — | 1,800 | — |
| | Fritz Grether allda | — | — | 450 | — |
| | Adam Afal, jetzt Fritz Grether allda | — | — | 550 | — |
| | Johann Graß Wittwe und Johann Georg
Hamberger allda | — | — | 1,000 | — |
| | Karl Kienzle zu Wallburg | 260 | 29 | | |
| | Lorenz Braig allda | 3 | — | | |
| | Joseph Herbstreit zu Drschweiler | — | — | 1,029 | 37 |
| | Landolin Baumann zu Rust | — | — | 700 | — |
| | Joseph Baumann, jetzt Mathias Uß allda | — | — | 7 | 18 |
| | Johann Karlin zu Tüllingen | 39 | 22 | 39 | 22 |
| | Johann Röll Wittwe, jetzt Jakob Brehm allda | 483 | 40 | | |
| | Johann Georg Gdenstein, jetzt Jakob Brehm allda | 404 | 30 | 404 | 30 |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|-----------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Ober-
rheinkreis. | Lörrach | Christian Reinhard zu Tüllingen | 5 | 10 | | |
| | | Wittwe Hofferlin allda | 10 | 30 | | |
| | | Schmied Otto allda | 1 | — | | |
| | | Johann Betsch zu Weil | — | — | 64 | 30 |
| | | Johann Friedrich Heckenroth allda | 200 | — | | |
| | Müllheim | Altvogt Rupp zu Etten | 19 | 30 | | |
| | | Anton Gräulein zu Bamlach | — | — | 200 | — |
| | | Johann Friedrich Pfunder zu Muggen | — | — | 4,135 | — |
| | | Joseph Anton Mehr zu Neuenburg | 12 | — | | |
| | | Rebstockwirth Grether Wittwe zu Sulzburg | — | — | 4,296 | — |
| Mittel-
rheinkreis. | Breisach | Johann Jakob Grether allda | — | — | 15 | — |
| | | Georg Glubach im Mühlenthal, Gemeinde Ihringen | — | — | 550 | — |
| | | Freiherr von Falkenstein zu Hausen | 3,300 | — | | |
| | | Joseph Blaile allda | 1,357 | 46 | 1,357 | 46 |
| | | Matthias Beischel zu Gottenheim | — | — | 600 | — |
| | Kenzingen | Kaver Hölbin zu Oberhausen | 6 | — | | |
| | | Joseph Spielmann zu Steinach | — | — | 100 | — |
| | | Matthias Bollmer zu Mühlbach | 200 | — | | |
| | | Michel Dirhold zu Fischerbach | 750 | — | | |
| | | Anton Kemler allda | 700 | — | | |
| | Haslach | Jakob Bühler allda | 350 | — | | |
| | | Sebastian Uhl allda | 350 | — | | |
| | | Joseph Wellert zu Welschsteinach | 450 | — | 450 | — |
| | | Joseph Gir zu Mühlbach | 2,350 | — | | |
| | | Stadtgemeinde Haslach für die Sägmühle | 39 | 50 | | |
| | Wolsach | Anton Göringer zu Mühlbach | 1,000 | — | | |
| | | Joseph Volk allda | 1,000 | — | | |
| | | Lorenz Herrmann zu Kniebis | 250 | — | | |
| | | Rochus Baumann zu Wolsach | 16 | — | | |
| | | Joseph Moser allda | 11 | — | | |
| | | Florian Peter allda | 16 | 30 | | |
| | | Stanislaus Maier allda | 437 | 42 | | |
| | | Jakob Gschle allda | — | — | 55 | — |
| | | Jakob Schwarz allda | 196 | 3 | | |
| | | Joseph Wivell Wittwe allda | 2,106 | — | | |
| | | Konrad Sandhaas allda | 67 | — | | |
| | | Jakob Armbruster allda | 4,000 | — | 3,250 | — |
| | | Jakob Schnezler Wittwe allda | 4,500 | — | | |
| | | Philipp Wittum und Kandolin Beh allda | 2,120 | 30 | 729 | 30 |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | | |
|---------------------------------|---------|---|-------------------------------------|-------|-------|-----|---|
| | | | Zahlung. | | Rest. | | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. | |
| Mittel-
rheinkreis. | Wolfach | Edmund Hobapp, Gantmasse, zu Wolfach . . | 1,850 | — | 1,800 | — | |
| | | Apellonia Sandhaas und Franz Meier allda . | 890 | — | 1,410 | — | |
| | | Karl Seiter allda | 4,158 | — | 1,892 | — | |
| | | Joseph Anton Kaspar, Joseph Moser und Wendel
Armbruster allda | 978 | 30 | 1,671 | 30 | |
| | | Joseph Moser und Wendel Armbruster allda . | 1,460 | — | 740 | — | |
| | | Anton Pfeiffer allda | 1,000 | — | 100 | — | |
| | | Johann Wettstein Wittwe und Roman Pfeiffer
allda | 949 | — | 601 | — | |
| | | Moriz Armbruster allda | — | — | 1,950 | — | |
| | | Karl Baier und Joseph Armbruster allda . . | 513 | — | 2,487 | — | |
| | | Georg Keller allda | 4,566 | — | 1,728 | — | |
| | | Kochus Baumann Erben allda | 575 | — | 575 | — | |
| | | Joseph Armbruster allda | 450 | — | 450 | — | |
| | | Georg Pfeiffer allda | 1,025 | — | 1,025 | — | |
| | | Edmund Hobapp allda | — | — | 3,250 | — | |
| | | Isak Eckerle allda | 1,050 | — | — | — | |
| | | Ludwig Reef allda | 2,050 | — | 1,300 | — | |
| | | Joseph Belz allda | 1,750 | — | — | — | |
| | | Roman Lorenz allda | 1,600 | — | — | — | |
| | | Andreas Armbruster allda | 1,900 | — | — | — | |
| | | Philipp Schuler allda | — | — | 1,650 | — | |
| | | Johann Pfeiffer und Jakob Oberle allda . . | 18 | — | — | — | |
| | | Bernhard Harter allda | 12 | — | — | — | |
| | | Georg Keller allda | 8 | — | — | — | |
| | | Albert Leicht zu Schiltach | — | — | 920 | — | |
| | | Johann Christian Armbruster allda mit Alois
Harter zu Kaltbronn und Johann Waidele
zu Schonach für den Schmiedberger Hof, Ge-
meinde Schappach | — | — | 4,315 | — | |
| | | Franz Joseph Waidele zu Schappach | — | — | 36 | — | |
| | | Gengenbach | Joseph Bau zu Gengenbach | 471 | 51 | — | — |
| | | | Leopold Fritsch allda | 704 | 24 | — | — |
| | | | Ignaz Bühler allda | 1,760 | 30 | — | — |
| | | | Anton Littert allda | 149 | 25 | — | — |
| | | | Ludwig Rehm allda | 26 | 30 | — | — |
| | | | Fidel Wieland allda | 13 | — | — | — |
| | | | Gemeinderath Wolf allda | 3 | 30 | — | — |
| | | | Joachim Rehm Wittwe allda | 2 | 30 | — | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|---|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Mittel-
rheinfreis. | Paul Späth zu Reichenbach | — | — | 800 | — |
| | Kaver Bollmer zu Nordrach | 11 | 30 | | |
| | Sebastian Schilli zu Unterharmeröbach | 614 | — | | |
| | Johann Herrmann zu Nordrach | 2,914 | 37 | | |
| | Johann Borho zu Kirnbach, Gemeinde Unterhar-
meröbach | 300 | — | | |
| | Leopold Ilg allda | 21 | — | | |
| | Fabian Sebastian Harter allda | 3 | — | | |
| | Karl Hafer zu Biberach | 948 | — | | |
| | Christian Armbruster allda | 5 | — | | |
| | Mansuet Mathis alda | 6 | — | | |
| | Anton Rauer zu Oberharmeröbach | 700 | — | | |
| | Michel Lehmann allda | 3 | — | | |
| | Ludwig Dehler, Kilian Hügler, Georg Müller
und Jakob Ficht zu Nordrach | — | — | 4,300 | — |
| | August Mang allda | 109 | 43 | | |
| | Augustin Rothmann zu Entersbach | — | — | 2,200 | — |
| | Jakob Eisenmann zu Hügelsheim | 217 | — | | |
| | Ferdinand Kühn zu Waldprechtsweiler | — | — | 1,514 | 21 |
| | Nikolaus Moß zu Dietigheim | — | — | 755 | 34 |
| | Franz Joseph Berth allda | 4 | — | | |
| | Georg Kalkbrenner zu Dietigheim | 7 | 30 | 589 | 30 |
| Raftatt | Valentin Kühn allda | 8 | — | | |
| | Kasimir Schäfer zu Iffezheim | — | — | 663 | — |
| | Karl Gräß allda | — | — | 613 | 57 |
| | Valentin Gräß allda | — | — | 10 | — |
| | Thaddäus Lorenz allda | — | — | 4 | — |
| | Benedikt Weiler zu Ruppenheim | — | — | 675 | — |
| | Bartholomä Schaaf zu Wintersdorf | — | — | 294 | — |
| | Joseph Vogel zu Raftatt | — | — | 197 | 1 |
| | Christian Sauter allda | — | — | 49 | — |
| | Maier Bodenheimer Wittwe allda | — | — | 255 | — |
| Oberkirch | Nikolaus Rausch Wittwe allda | — | — | 87 | 20 |
| | Daniel Edelschild allda | — | — | 86 | 5 |
| | Philipp Rabenberger Wittwe allda | — | — | 2 | 30 |
| | Johann Wilhelm II. zu Rösbach | — | — | 1,991 | 34 |
| | Georg Biegele zu Oppenau | 1,050 | — | 100 | — |
| | Georg Kimmig zu Döttelbach | 2,800 | — | | |
| | Friedrich Graf zu Ulm | 19 | 23 | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|-----------------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Mittel-
rheinkreis. | Oberkirch | Anton Braun zu Oppenau | 567 | 27 | | |
| | | Lorenz Roth allda | — | — | 508 | 9 |
| | | Mathias Bohnert allda | — | — | 827 | 32 |
| | | Michael Lehmann zu Blankenloch | 268 | 45 | | |
| | | Gottlob Seiz allda | 250 | — | | |
| | | Joachim Nagel allda | 22 | 41 | | |
| | | Friedrich Graf zu Rüppurr | 1,155 | — | | |
| | | Heinrich Bauer allda | 36 | 57 | | |
| | | Jakob Fischer allda | 33 | 45 | | |
| | | Philipp Winnert zu Staffort | 27 | 53 | | |
| | | Lorenz Feininger Wittwe zu Bulach | 378 | — | | |
| | | Peter Lahr zu Mühlburg | 170 | 13 | | |
| | | Daniel Knobloch allda | 191 | 18 | | |
| | | Johann Gramlich allda | 29 | 10 | | |
| | Landamt
Carlsruhe | Bäcker Köppler zu Carlsruhe | 599 | 42 | | |
| | | Amalie Maler allda | 44 | — | | |
| | | Kaufmann Steurer allda | 7 | 54 | | |
| | | Schuhmacher Baumann allda | 1 | 48 | | |
| | | Die katholische Kirchenverrechnung wegen des
Brandes im Gebäude des groß. Ministeriums
der auswärtigen Angelegenheiten | 24 | 48 | | |
| | Stadtamt
Carlsruhe | Friedrich Wörner zu Unteröwisheim | 1,350 | — | | |
| | | Michael Oberst allda | 438 | 12 | | |
| | | Johann Lautenschläger allda | 16 | 51 | | |
| | | Philipp Wagner und Valentin Gramlich Wittwe
zu Destrigen | 359 | 55 | 359 | 55 |
| | | Wendelin Stork zu Neudhart | 62 | 30 | | |
| | | Ferdinand Loes zu Untergrombach | — | — | 762 | 11 |
| | | Johann Stephan Hoß zu Destrigen | — | — | 300 | — |
| | | Mathes Hoß allda | — | — | 150 | — |
| | | Franz Joseph Esert allda | — | — | 153 | 30 |
| | | Franz Joseph Destrach allda | — | — | 173 | 30 |
| | Bruchsal | Martin Sched allda | 4 | 12 | | |
| | | Georg Holzmann allda | 20 | — | | |
| | | Johann Stephan und Mathes Hoß allda | 2 | 15 | | |
| | Lahr | Michel Koch zu Dinglingen | — | — | 245 | — |
| | | Georg Leur allda | 9 | 1 | | |
| | | Joseph Gfeller zu Schutterthal | 1,400 | — | 550 | — |
| | | Georg Heimbürger VII. zu Dittenheim | 44 | 59 | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|-----------|---|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Mittel-
rheinkreis. | Lahr | Heinrich Wittenbring zu Lahr | 28 | — | | |
| | | Anton Schaubrunner zu Oberschopfheim . . . | — | — | 505 | 30 |
| | | Johann Kopf allda | — | — | 2 | 57 |
| | | Johann Friest Wittwe allda | — | — | 3 | — |
| | | Andreas Hänle zu Lahr | — | — | 135 | 48 |
| | | Friedrich Müller allda | — | — | 882 | 12 |
| | Pforzheim | Andreas Bauer und Johann Eberle zu Brödingen | 195 | 15 | | |
| | | Christoph Klittich allda | 1 | 30 | | |
| | | Johann Eberle und Adam Kiefer allda . . . | — | 45 | | |
| | | Adam Kiefer und Johann Pfisterer allda . . | 2 | — | | |
| | | Andreas Bauer, Johann Eberle, Johann Pfisterer
und Adam Kiefer allda | 4 | — | | |
| | | Stadtgemeinde Pforzheim wegen Holzzgarten . . | 62 | — | 650 | — |
| | | Heinrich Herz allda | — | — | 988 | 39 |
| | | Georg Raß allda | — | — | 94 | — |
| | | Friedrich Eberle allda | — | — | 20 | — |
| | | Simon Siebler zu Malsch | — | — | 233 | 27 |
| | Ettlingen | Johann Ziegler zu Mörsch | — | — | 24 | — |
| | Eppingen | Karl Sprecher Wittwe zu Rohrbach | 750 | — | | |
| | | Michael Leinz und Franz Joseph Geiger allda . | 250 | — | 200 | — |
| | | Jakob Hofmeier allda | 200 | — | | |
| | | Johann Fischer allda | 700 | — | | |
| | | Georg Joseph Kuhn allda | 14 | — | | |
| | | Anton Rupp allda | 3 | 39 | | |
| | | Franz Joseph Fischer, Jakob Giermann und Va-
lentin Leinz allda | 250 | — | 350 | 52 |
| | | Franz Joseph Fischer allda | — | — | 250 | — |
| | | Jakob Giermann allda | — | — | 200 | — |
| | | Bürgermeister Rupp allda | 18 | — | | |
| | Durlach | Franz Joseph Rupp allda | 15 | — | | |
| | | Friedrich Sulzer zu Durlach | 1,093 | 10 | | |
| | | Die Stadtgemeinde allda | 43 | — | | |
| | | Johann Dehm zu Böschbach | — | — | 537 | 33 |
| | | Elias Bär zu Weingarten | — | — | 1,137 | 15 |
| | | Johann Adam und Lorenz Nikolaus allda . . | — | — | 1,317 | 1 |
| | | Karl Kanzler Wittwe allda | — | — | 635 | 55 |
| | | Johann Martin Siegrist allda | — | — | 360 | 14 |
| | | Johann Bögele und Johann Nikolaus allda . | — | — | 71 | 8 |
| | | Friedrich Schaufelberger allda | — | — | 36 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|---------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Mittel-
rheinfreis. | Durlach | Joseph Fricker und Adam Baumgartner zu Wein-
garten | — | — | 49 | 15 |
| | | Friedrich Gablenz allda | — | — | 39 | 11 |
| | Bretten | Fabrikant Engler und Comp. zu Durlach | — | — | 507 | 27 |
| | | Jakob Muckensfuß Wittve zu Bretten | 300 | — | | |
| | | Alexander Aron und Nathan Weist allda | 459 | 6 | | |
| | | Jakob Fr. Koch, Jakob Hölzle und Daniel Reut-
linger, jetzt Sebastian Martin allda | 436 | — | | |
| | | Christ. Herzer, Kath. Elis. Herzer und Leonhard
Darwarth allda | 412 | — | | |
| | | Johann Jäger allda | 312 | — | | |
| | | Georg Jakob Leonhard allda | 197 | 8 | | |
| | | Stephan Kümlich, Lorenz Luz Wittve und
Kath. Magd. Luz allda | 24 | — | | |
| | | Die Judenschaft allda | 42 | — | | |
| | | Gottfried Handel allda | 3 | — | | |
| | | Daniel Reutlinger und Jakob Hölzle allda | 26 | 25 | | |
| | | Friedrich Freund allda | 7 | — | | |
| | | Karl Schäfer allda | 37 | 44 | | |
| | | Großherzoglicher Domänenfiskus wegen Forst-
haus zu Stein | 451 | 17 | | |
| | | Jakob Zipse allda | 23 | — | | |
| | | Abolon Morlock allda | 2 | — | | |
| | | Heinrich Weigel und Christoph Keller zu Gochsheim
Christian Petri allda | 825 | — | 825 | — |
| | | Jg. Johann Hemmer allda | 2,000 | — | | |
| | | Juda Wallerstein allda | 84 | — | | |
| | | Juda Wallerstein allda | 113 | 20 | | |
| | | Friedrich Gaubel allda | 16 | — | | |
| | | Jakob Neubold, Johann Peig und Marr Roth allda
Wilhelm Dehn Kinder und Ludwig Samuel zu
Kirnbach | 6 | — | | |
| | | Johann Kerer allda | — | — | 500 | — |
| | | Samuel Schmid allda | — | — | 9 | — |
| | | Samuel Weis allda | — | — | 1 | 15 |
| | | Erhard Schnur im Zinken Gottschlag, Gemeinde
Ottenhöfen | — | — | 2 | 30 |
| | Achern | Joseph Huber zu Achern | — | — | 350 | — |
| | | Karl Schneider zu Furschenbach | — | — | 59 | — |
| | | Joseph Kösch zu Sackbachwalden | — | — | 100 | — |
| | | | — | — | 342 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | | |
|---------------------------------|--|--|-------|-------|-------|----|
| | | Zahlung. | | Rest. | | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. | |
| Mittel-
rheinkreis. | Achern | Georg Schmider zu Ottenhöfen | — | — | 47 | — |
| | | Marr Huber zu Oberachern | — | — | 392 | — |
| | | Michael Schad zu Ottenhöfen | — | — | 350 | — |
| | Offenburg | Matthias Schad und Johann Blust allda | — | — | 400 | — |
| | | Joseph Wagner zu Offenburg | 22 | — | — | — |
| | | Julius Gäßler zu Käfersberg, Gem. Ortenberg | — | — | 4,790 | — |
| | | Anton Meiers Wittve zu Zimmern | 88 | — | — | — |
| | Gernsbach | Gemeinde Marlen fürs Pfarrhaus | — | — | 2,629 | 12 |
| | | Wendelin Streb zu Hörden | 885 | — | — | — |
| | | Heinrich Lang allda | 7 | 30 | — | — |
| | | Die Gemeinde allda | 16 | — | — | — |
| | | Karl Kumm zu Gernsbach | 99 | 46 | — | — |
| | | Friedrich Hasenpflug allda | — | — | 550 | — |
| | | Die Stadtgemeinde allda | 8 | 57 | 74 | 25 |
| | | Philipp Jakob Schwenk allda | 25 | — | — | — |
| | | Wilhelm Motsch allda | 10 | — | — | — |
| | Kork | Michael Clemenz IV. zu Auenheim | 24 | — | — | — |
| | | Johann Georg Jockers II. zu Zegelschurst | 77 | 8 | — | — |
| | | Johann Rehme zu Edartsweiler | — | — | 445 | — |
| | Bühl | Michael Herrmann zu Herrenwies | — | — | 750 | — |
| | | Leopold Meier allda | — | — | 600 | — |
| | | Lukas Herrmann allda | — | — | 550 | — |
| | | Daniel Bäuerle allda | — | — | 600 | — |
| Unter-
rheinkreis. | Heidelberg | Nikolaus Bedenbach zu Wilhelmsfeld | 433 | — | — | — |
| | | Nikolaus Fizer Wittve auf dem Hof Riegers,
Gemeinde Altenbach | — | — | 627 | — |
| | | Gebrüder Kolligs zu Schönnau | 4 | 30 | — | — |
| | | Heinrich Justus Blume zu Heidelberg | 36 | — | — | — |
| | | Lehmann Marr Wittve zu Sandhausen | 1,273 | — | — | — |
| | | Jakob Trotter allda | 61 | 58 | — | — |
| | | Leonhard Weeber zu Ziegelhausen | 500 | — | — | — |
| | | Johann Ries Wittve zu Doffenheim | 3 | — | — | — |
| | | C. Th. Schnerr zu Heidelberg | 3,501 | 15 | — | — |
| | | Ignaz Fedel allda | 80 | — | — | — |
| | | Anton Bedenbach allda | 73 | — | — | — |
| | | Adam Friedrich Beck allda | 25 | — | — | — |
| | | Georg Klingel allda | 12 | — | — | — |
| | | Ludwig Ambel allda | 2 | 30 | — | — |
| | | Johann Georg Daub zu Heddesbach | — | — | 353 | — |

| Namen
des
Kreises, Untes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|----------------------------------|---|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Unter- Heidelberg
rheinkreis. | Peter Haas zu Heddesbach | 7 | — | | |
| | Jakob Trotter zu Sandhausen | 6 | — | | |
| | Adam Herlig zu Altneudorf | 591 | 54 | | |
| | Michael Ewald zu Doffenheim | 45 | — | | |
| | Adam Moras zu Hilsenheim | 500 | — | | |
| | Philipp Weissbrod zu Schöna | 133 | 57 | | |
| | Georg Adam Münch zu Wilhelmsfeld | 218 | — | 218 | — |
| | Martin Pfisterer zu Kirchheim | 639 | — | | |
| | Johann Goll allda | — | — | 410 | — |
| | Michael Spieß allda | 14 | — | | |
| | Johann Philipp Wittmann zu Eppelheim | 14 | 17 | | |
| | Georg Höhr zu Altenbach | 415 | — | | |
| | Georg Peter Bänder allda | — | — | 410 | — |
| | Ludwig Schmid zu Sandhausen | 26 | 3 | | |
| | Leonhard und Nikolaus Sommer zu Heiligkreuz-
steinach | — | — | 658 | 42 |
| | Johann Wagner zu Heidelberg | — | — | 824 | 17 |
| | Jakob Hutt allda | — | — | 55 | 34 |
| | Barbara Bräunig allda | 5 | — | | |
| | Christian Graternicht Wittwe allda | 45 | — | | |
| | Die Stadtgemeinde allda | 9 | — | | |
| | Die Gemeinde Kufloch wegen Armenhaus | — | — | 371 | 33 |
| | Ludwig Weil Wittwe allda | 7 | 30 | | |
| | Johann Zieglmüller Wittwe allda | 5 | — | | |
| | Nikolaus Schork zu Wilhelmsfeld | — | — | 191 | — |
| | Sebastian Reinhard allda | — | — | 146 | — |
| | Michael Ewald zu Altneudorf | — | — | 1,025 | — |
| | Michael Leyer allda | — | — | 12 | 48 |
| | Adam Schäfer zu Altenbach | — | — | 208 | — |
| | Heinrich Müller zu Dilsberg | 36 | 29 | | |
| | Pfarrer Ahles Wittwe zu Heidelberg für Brand-
schaden zu Gaiberg | — | — | 200 | — |
| | Adam Fromm zu Gaiberg | 7 | — | | |
| | Georg Jakob Mallenwein allda | — | — | 238 | — |
| | Georg Sauter allda | — | — | 330 | — |
| | Friedrich Eller allda | 32 | 36 | | |
| | Franz Hild zu Dilsberg | 543 | — | | |
| | Georg Fischer allda | 205 | 13 | | |
| | Leonhard Kellermann zu Baldhillsbach | 600 | — | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|------------------------|---|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Unter-
rheinkreis. | Nedar-
gemünd | Zacharias Morsch zu Kleingemünd | — | — | 115 | — |
| | Welsheim | Georg Eype allda | — | — | 300 | — |
| | | August Bienger zu Welsheim | 8 | — | | |
| | | Friedrich Merkes zu Sennfeld | 45 | — | | |
| | | Die Hofgemeinde Wimmersbach | — | — | 400 | — |
| | Welsch | Georg Zuber zu Baiertal | 538 | — | | |
| | | Johann Wipfler zu Rauenberg | 239 | 47 | | |
| | | Anna Maria Funkert allda | 250 | 57 | | |
| | | Constantin Zachmann u. o. Christoph Löffler allda | — | — | 200 | — |
| | Nedar-
bischöfsheim | Kosina Prior zu Untergimpeln | 150 | — | 150 | — |
| | | Joseph Singer allda | 150 | — | 150 | — |
| | | Gemeinde Rappennau für das Rath- und Schulhaus | 25 | — | | |
| | Krautheim | Joel Hirsch Rothschild zu Krautheim | 558 | 10 | | |
| | | Philipp Krieser allda | 87 | 31 | | |
| | | Franz Anton Hügel allda | 63 | 20 | | |
| | | Michael Wittmann, jetzt Andreas Reppbach | 350 | — | | |
| | | Joseph Reichert allda | 600 | — | | |
| | | Georg Schiener allda | 250 | — | | |
| | | Dominik Rauch allda | 138 | 48 | | |
| | | Adam Müller allda | 12 | — | | |
| | | Michael Wittmann allda | — | 45 | | |
| | | Heinrich Herrmann allda | 1 | 15 | | |
| | Reudenau | Joseph Ringwald zu Hochhausen | 314 | 18 | | |
| | | Wolf Reuter allda | 5 | — | | |
| | | Gemeinde Stein für die katholische Kirche | 89 | 26 | | |
| | | Joseph Peter Löffler zu Friedrichsfeld | 21 | 21 | | |
| | | Wilhelm Beisel allda | 8 | — | | |
| | Reosbach | Peter Holzschu zu Reosbach | — | — | 454 | 50 |
| | | Adam Wolf allda | 3 | — | | |
| | | Augustin Henninger allda | 19 | 30 | | |
| | | Philipp Eisenhuth und Christoph Seeberger allda | 28 | — | | |
| | | Martin Eckerts Frau allda | 3 | — | | |
| | | Anna Maria Bundschu zu Auerbach | 5 | 30 | | |
| | | Bonifaz Walter zu Rudenthal | 467 | 30 | 467 | 30 |
| | | Martin Klingmann zu Unterscheffenz | — | — | 950 | — |
| | | Andreas Bender Wittwe allda | — | — | 83 | 40 |
| | | Johann Georg Ernst zu Obrißheim | — | — | 525 | — |
| | | Franz Edelblut und Peter Baumeister allda | 15 | — | | |
| | | Johann Hermann Wittwe zu Hochhausen | — | — | 48 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|-----------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Unter-
rheinfreis. | Eberbach | Jakob Waldenberger zu Wagenschwand | — | — | 7 | — |
| | | Adam Gramlich's Erben allda und Amalie Klose
zu Heidelberg | — | — | 16 | 4 |
| | Sinsheim | Johann Brenneis allda | 7 | — | | |
| | | Michel und Jakob Müller zu Grombach | 985 | — | | |
| | | Johann Bink allda | 51 | 30 | | |
| | | Sebastian Dief und Friedrich Hornberger allda | 8 | — | | |
| | | Johann Deß und Christian Zyprian zu Weller | 10 | 18 | | |
| | | Thomas Specht Wittwe zu Dühren | 1,097 | — | | |
| | | Leonhard Specht und Martin Streng allda | 535 | — | | |
| | | Gemeinde Gramlich | — | — | 650 | — |
| | | Nathan Stein allda | 1,900 | — | | |
| | | Peter Gruber allda | 148 | — | | |
| | Weinheim | Joseph Laub, Philipp Schillmann und Bingen
Schillmann allda | 46 | — | | |
| | | Franz Spengler und Franz Anton Horner allda | 9 | 38 | | |
| | | Ludwig Huber zu Eschelbrunn | — | — | 376 | — |
| | | Georg Altbach allda | — | — | 188 | — |
| | | Friedrich Huber allda | 9 | — | | |
| | | Friedrich Knell zu Weinheim | 250 | — | 247 | — |
| | | Georg Adam Randell allda | 5 | — | | |
| | | Johann Beckel Wittwe, jetzt Stephan Hartmann
zu Laudenbach | 234 | 30 | | |
| | | Lorenz Krämer allda | 143 | 45 | | |
| | | Georg Gfstein allda | — | — | 93 | 45 |
| | Schwey-
ngen | Christoph Streckfuß allda | 278 | — | | |
| | | Johann Hoppmann allda | 288 | — | | |
| | | Konrad Karl allda | — | — | 245 | — |
| | | Konrad Windisch allda | 42 | 47 | | |
| | | Heinrich Münch zu Brühl | 399 | 34 | | |
| | | Heinrich Schub allda | 3,155 | — | | |
| | | Anton Faulhaber allda | 51 | 40 | | |
| | | Mathias Bader zu Edingen | 1,476 | 27 | | |
| | | Wilhelm Schäfer allda | 771 | 31 | | |
| | | Gemeinde Edingen | 18 | — | | |
| | | Franz Sponnagel zu Seckenheim | — | — | 804 | 35 |
| | | Adam Kraft allda | 3 | 58 | | |
| | | Peter Bobis zu Ostersheim | — | — | 18 | — |
| | | Peter Oster zu Reilingen | — | — | 602 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Unter- Mannheim
rheinkreis. | Christoph Schäuße zu Mannheim | 1,298 | 34 | | |
| | Julius Lehmann Maier und Abraham Rauer allda | 18 | — | | |
| | Maier und Alexander Kister allda | 23 | — | | |
| | Stadtgemeinde allda | 17 | 51 | | |
| | Julius Hobbach allda | 9 | — | | |
| | G. H. Spieß allda | 9 | 19 | | |
| | Stabsarzt Dr. Voß allda | — | — | 112 | 29 |
| | Mathias Ööring allda | — | — | 87 | — |
| | Anton Karl zu Oberwittighausen | 1,013 | 15 | | |
| | Michel Konrad allda | 164 | 15 | | |
| Gerlachs-
heim | Valentin Gürgel zu Grünsfeld | — | — | 1,125 | — |
| | Nikolaus Hammer und Franz Hahn allda | 15 | — | 89 | 35 |
| | Nikolaus Hammer allda | — | — | 56 | — |
| | Nikolaus Bamberger und Martin Lang allda | — | — | 55 | 30 |
| | Franz Hahn allda | 3 | — | | |
| | Die Gemeinde allda | 12 | — | | |
| | Johann Baumann zu Gerichtstetten | 106 | 41 | 106 | 41 |
| | Anna Maria Reubhard zu Heddesheim | 792 | — | | |
| | Johann Klemm Wittwe allda | 2 | — | | |
| | Johann Wiederhold zu Ladenburg | — | — | 788 | 36 |
| Walldürn
Ladenburg | Johann Lösch allda | — | — | 1,316 | 42 |
| | Freiherr von Babo allda | 2 | 45 | 50 | 17 |
| | Joseph Wolf allda | 23 | — | | |
| | Peter Anton Weibinger allda | 38 | 53 | | |
| | Israelitische Gemeinde allda | 7 | — | | |
| | Heinrich Krausmann allda | 3 | 22 | | |
| | Jakob Müller Wittwe zu Schriesheim | — | — | 504 | 20 |
| | Peter Wilhelm Bauer allda | — | — | 1,434 | 52 |
| | Friedrich Spönnagel zu Heddesheim | — | — | 335 | — |
| | Johann Benzinger Wittwe zu Feudenheim | — | — | 402 | 45 |
| Tauberbischofsheim
Buchern | Philipp Ludwig Ueberrhein allda | — | — | 5 | — |
| | Georg Fied zu Redarhausen | — | — | 3 | — |
| | Daniel Heichel zu Wallstadt | — | — | 924 | — |
| | Friedrich Hecker allda | — | — | 8 | — |
| | Stadtgemeinde Tauberbischofsheim wegen Amthaus | — | — | 131 | — |
| | Andreas Schnelzer zu Reisenbach | — | — | 100 | — |
| | Johann Joseph Münch zu Unterscheidenthal | 750 | — | | |
| | Franz Galm zu Mubau | 1,100 | — | | |
| | Franz Jos Rottermann und David Birkenstock allda | 400 | — | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--------|---|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Unter-
rheinkreis. | Buchen | Johann Schmitt Wittve zu Mubau | 150 | — | | |
| | | Joseph Bender allda | 60 | — | | |
| | | Hesklas Kaufmann allda | 10 | — | | |
| | | Fürstliche Standesherrschaft Leiningen allda | — | — | 966 | — |
| | | Michel Link allda | — | — | 500 | — |
| | | Konrad Konn allda | — | — | 450 | — |
| | | Georg Joseph Gög allda | — | — | 800 | — |
| | | Anton Schmitt und Joseph Hertert allda | — | — | 1,200 | — |
| | | Joseph Ghemann allda | — | — | 500 | — |
| | | Heinrich Ghemann allda | — | — | 500 | — |
| | | Karl Stalf allda | — | — | 2,000 | — |
| | | Johann Joseph Schnorr allda | — | — | 750 | — |
| | | Kaspar Scheuermann allda | — | — | 750 | — |
| | | Valentin Kehl allda | — | — | 3,850 | — |
| | | Kosina Englert allda | — | — | 700 | — |
| | | Oswald Sachs allda | — | — | 3,150 | — |
| | | Alois Heilig allda | — | — | 1,150 | — |
| | | Adam Hörst allda | — | — | 700 | — |
| | | Franz Sachs allda | — | — | 2,350 | — |
| | | Johann Repp allda | — | — | 4,550 | — |
| | | Joseph Link allda | — | — | 4,153 | — |
| | | Franz Pfeiffenberger Wittve allda | — | — | 1,250 | — |
| | | Karl Walter allda | — | — | 1,250 | — |
| | | Franz Peter Hauck und Joh. Michel Ziegler allda | — | — | 1,150 | — |
| | | Johann Deber allda | — | — | 1,250 | — |
| | | Karl Deber allda | — | — | 1,100 | — |
| | | Nathias Ziegler allda | — | — | 1,300 | — |
| | | Franz Peter Hauck allda | — | — | 1,500 | — |
| | | Franz Joseph Deber allda | — | — | 550 | — |
| | | Pankraz Link allda | — | — | 500 | — |
| | | Franz Aug allda | — | — | 750 | — |
| | | Franz Joseph Bucher allda | — | — | 1,500 | — |
| | | Franz Math. König allda | — | — | 800 | — |
| | | Franz Bucher allda | — | — | 1,100 | — |
| | | Andreas Köhler allda | — | — | 1,300 | — |
| | | Johann Georg Huberthal allda | — | — | 300 | — |
| | | Michel Anton Gög allda | — | — | 500 | — |
| | | Michel Schäfer allda | — | — | 650 | — |
| | | Peter Elter allda | — | — | 1,200 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Unter-
rheintreis. | Buchen | Johann Joseph Pfaff zu Mudau | — | — | 1,693 | — |
| | | Franz Wolfgang Büchler allda | — | — | 1,060 | — |
| | | Franz Schnorr allda | — | — | 400 | — |
| | | Joseph Pfaff allda | — | — | 1,100 | — |
| | | Martin Henn allda | — | — | 750 | — |
| | | Joseph Meier allda | — | — | 300 | — |
| | | Johann Schwarz allda | — | — | 1,350 | — |
| | | Die Kirche zu Eichelheim, Gemeinde Mudau . | — | — | 250 | — |
| | | Anselm Edelmann allda | — | — | 500 | — |
| | | Michael Schwab allda | — | — | 500 | — |
| | | Sebastian Roe allda | — | — | 1,000 | — |
| | | Kaspar Andreas Schlär allda | — | — | 450 | — |
| | | Johann Zink allda | — | — | 800 | — |
| | | Michael Schwarz allda | — | — | 350 | — |
| | | Joseph Anton Göß allda | — | — | 450 | — |
| | | Sebastian Körber allda | — | — | 1,050 | — |
| | | Martin Mörch allda | — | — | 400 | — |
| | | Karl Rottermann allda | — | — | 1,700 | — |
| | | Sebastian Roe allda | — | — | 850 | — |
| | | Georg Barth Grünwald allda | — | — | 1,400 | — |
| | | Franz Göß allda | — | — | 500 | — |
| | | Adam Roe allda | — | — | 350 | — |
| | | Die Kirche zu Waldburn | — | — | 200 | — |
| | | Wendelin Kiefer zu Mudau | — | — | 350 | — |
| | | Karl Berberich allda | — | — | 106 | — |
| | | Joseph Berberich allda | — | — | 100 | — |
| | | Michael und Joseph Ott allda | — | — | 106 | — |
| | | Simon Schreier und Joseph Wittmann allda . | — | — | 500 | — |
| | | Isaak Hofmann von Hainstadt | — | — | 650 | — |
| | | Franz Paul Glachs zu Mudau | — | — | 450 | — |
| | | Michael Ehrmann allda | — | — | 400 | — |
| | | Franz Würst allda | — | — | 450 | — |
| | | Johann Roth allda | — | — | 800 | — |
| | | Franz Anton Bleß allda | — | — | 1,200 | — |
| | | Michael Auß allda | — | — | 57 | — |
| | | Franz Kaiser allda | — | — | 581 | 37 |
| | | Joseph Scheuermann allda | — | — | 190 | 58 |
| | | Michael Kerber allda | — | — | 302 | 16 |
| | | Simon Schwab allda | — | — | 664 | 5 |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Desjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Unter-
rheinkreis. | Buchen | | | | |
| | Franz Joseph Pfaff zu Mubau | — | — | 1,167 | 27 |
| | Michael Link jun. allda | — | — | 3,533 | 28 |
| | Karl Welz allda | — | — | 2,225 | 28 |
| | Karl Pfeiffenberger allda | — | — | 798 | 24 |
| | Andreas Soß allda | — | — | 28 | 45 |
| | Valentin Schmitz allda | — | — | 10 | — |
| | Franz Schnorr allda | — | — | 18 | — |
| | Valentin Dietrich allda | — | — | 7 | — |
| | M. A. Herfs Wittwe | — | — | 5 | — |
| | Karl Ziegler und Silvester Blank allda | — | — | 18 | — |
| | Karl Seier, Rasp. Pfaff und Augustin Ziegler allda | — | — | 13 | 20 |

Carlsruhe im Mai 1850.

Durch den General-Kassier
C. G. Eisenlohr.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Mittwoch den 16. April 1851.

Inhalt.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien: Verordnungen des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: den Postverkehr im Innern des Großherzogthums betreffend; den Anschluß des Großherzogthums an den deutsch-österreichischen Postverein betreffend.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Verordnung, den Postverkehr im Innern des Großherzogthums betreffend.

Nachdem zum Vollzug des Gesetzes vom 11. November v. J., Regierungsblatt Nr. LIII., und in Folge anderweitiger eingetretener Aenderungen eine neue Ordnung des Postverkehrs im Innern des Großherzogthums nothwendig geworden ist, so wird mit allerhöchster Genehmigung vom 4. d. M., Nr. 683 unter Aufhebung der entgegenstehenden früheren Vorschriften hiermit verordnet, wie folgt:

I. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Entfernungsmaaß.

Den nach der Entfernung zu bemessenden Tarbestimmungen ist die geographische Meile (1 = 24691 badische Fuße, wovon 1 = 3 Decimetres), deren 15 auf einen Aequatorgrad gerechnet werden, zu Grund zu legen.

§. 2.

Gewicht.

Alle Gewichtsermittlungen erfolgen in dem auch vom Postverein angenommenen und im Großherzogthum längst gesetzlich eingeführten Zollgewicht, wovon 1 Pfund = 500 Grammes, mit der Einteilung in 32 Lothe.

§. 3.

Münzwährung.

Alle von den großherzoglichen Postanstalten unmittelbar zu erhebenden oder denselben zum Einzug zugewiesenen Taxbeträge und Auslagen sind in der im Großherzogthum gesetzlich bestehenden süddeutschen Währung (die feine Mark kölnisch = $24\frac{1}{2}$ fl.) zu berechnen, und in Gulden und ganzen Kreuzern zu erheben. In diese Währung sind auch alle in einer anderen Währung angesetzten Portobeträge und Auslagen zu übertragen. Ergeben sich bei der Ausrechnung der Taxbeträge oder bei der Uebertragung aus einer anderen Münzwährung Bruchkreuzer, so ist dafür je ein weiterer ganzer Kreuzer zu erheben.

Die zu erhebenden Beträge sind auf den Adressen auszusagen.

II. Briefpost.

§. 4.

Gegenstand der Beförderung.

Mittels der Briefposten werden befördert und unterliegen im Falle der Portopflichtigkeit den unten folgenden Taxbestimmungen:

1. alle Brieffschaften ohne Werthdeclaration bis zum Gewicht von 4 Loth einschließlich;
2. schwerere Briefe und Aktenpakete bis zum Gewicht von 16 Loth, aber nur dann, wenn die Beförderung mittels der Briefpost auf der Adresse ausdrücklich verlangt ist, oder wenn dieselben auch ohne diese Bezeichnung in die verschlossenen Brieffammlungskästen eingelegt werden, in welchem Falle die Postbehörde dieß auf der Adresse zu bemerken hat.

Portofreie Schriftenpakete (Dienstfachen) bedürfen dieses Beisatzes nicht und werden bis zu einem Gewichte von 1 Pfund mit der Briefpost befördert;

3. Briefe mit angehängten Waarenproben (Mustern) auf Verlangen (Ziffer 2) bis zum Gewicht von 16 Loth einschließlich;
4. Kreuzbandsendungen bis zum Gewicht von 4 Loth einschließlich;
5. Zeitungen, vorbehaltlich der unter III. folgenden Taxbestimmungen.

§. 5.

Briefportotaxe.

Die Briefportotaxe richtet sich nach der in gerader Linie gemessenen Entfernung zwischen der Postanstalt, bei welcher die Aufgabe geschieht und jener, in deren Bestellungsbezirk der Bestimmungsort liegt. Sie beträgt im einfachen Satze:

bei einer Entfernung bis zu 10 Meilen einschließlich 3 Kreuzer,
 bis zu 20 Meilen einschließlich 6 Kreuzer,
 über 20 Meilen 9 Kreuzer.

Die innerhalb eines Umkreises von 10, beziehungsweise 20, Meilen liegenden Postanstalten sollen bei jeder Postanstalt durch Anschlag zur Kenntniß des Publikums gebracht werden.

§. 6.

Tarprogression.

Sowohl die Briefportotaxe (§. 5) als der Zuschlag für unfrankirte Correspondenz (unten §. 8) ist nach folgender Gewichtsprogression zu bemessen und zu erheben:

bis zu 1 Loth einschließlich einfach,
 über 1 Loth bis zu 2 Loth einschließlich zweifach,
 über 2 Loth bis zu 3 Loth einschließlich dreifach,
 über 3 Loth bis zu 4 Loth einschließlich vierfach,
 über 4 Loth bis zu 5 Loth einschließlich fünffach

n. s. w. für jedes weitere Loth Gewicht der Betrag der einfachen Portotaxe, beziehungsweise des Zuschlags, mehr.

Hierbei entscheidet lediglich das Gesamtgewicht des Briefes oder der Sendung, ohne Unterschied, ob solche Einlagen enthält oder nicht, und bei Briefen, ohne Rücksicht, ob die Einlagen versiegelt sind oder nicht.

§. 7.

Frankirung.

Bei allen mittelst der Briefpost nach einem inländischen Bestimmungsort zu versendenden Gegenständen bildet die Vorauszahlung der Portotaxe (Frankirung) mittelst Freimarken oder gestempelter Couverten die Regel.

Die den einfachen Tarstufen entsprechenden Freimarken sind auch für die höheren Tarstufen, jedoch im entsprechenden Werthsbetrage, zu verwenden und können bei jeder Briefpostanstalt des Landes einzeln oder in beliebiger größerer Anzahl angekauft werden.

Solcher Freimarken sind auf der Adressseite des Briefes am oberen Rande mittelst Benennung des auf der Rückseite der Marke aufgetragenen Klebestoffes eine oder so viele haltbar zu befestigen, als nöthig sind, um durch ihren Gesamtwertb die nach Entfernung und Gewicht bemessene Frankogebühr darzustellen.

Der großherzoglichen Direction der Posten und Eisenbahnen bleibt überlassen, wo sich örtlich das Bedürfnis hierzu zeigt, den Verkauf gestempelter Couverten anzuordnen.

Zur Frankirung der bei den großherzoglichen Postanstalten aufzugebenden Briefe können nur badische Freimarken oder Couverten verwendet werden. Die Anwendung von Freimarken anderer Staaten oder Postverwaltungen ist unzulässig und damit versehene Briefe u. sind als unfrankirt zu behandeln. Das Gleiche gilt von schon gebrauchten badischen Freimarken.

§. 8.

Unfrankirte Briefe.

Unfrankirte oder mit unzureichenden Marken versehene Briefe und sonstige zur Beförderung mit der Briefpost gehörende Sendungen (§. 4) sind zwar, gleich den vollständig frankirten, unaufgehalten zu befördern. Es wird aber außer dem Porto oder jenem Betrag,

welcher am Porto fehlt, von dem Adressaten ein Zuschlag erhoben, welcher für jede Stufe des einfachen Portofages (§. 5) drei Kreuzer beträgt und nach der im §. 6 festgesetzten Gewichtsprogression steigt.

Werden Briefpostsendungen, für welche im §. 9 eine Ermäßigung der Portotaxe zugestanden ist, unfrankirt oder ungenügend frankirt aufgegeben, so kommt der Zuschlag neben der ermäßigten Taxe oder dem hieran fehlenden Betrag in Ansatz; werden dieselben aber den im §. 9 bezeichneten Voraussetzungen und Bedingungen nicht entsprechend befunden, so verlieren sie die Begünstigung der Portoermäßigung und werden überdies wie gar nicht oder ungenügend frankirte Briefe behandelt.

Schreiben der Staatsbehörden in Partiesachen an portopflichtige Adressaten sind jedoch nur mit der tarifmäßigen Briefportotaxe ohne Anrechnung des Zuschlags zu belegen.

§. 9.

Ermäßigung der Portotaxe.

Nachstehende Gegenstände werden unter den beigefügten Voraussetzungen und Bedingungen zu einer ermäßigten Portotaxe befördert:

1. Kreuzbandsendungen. Solche können jedoch nur bis zum Gewicht von 4 Loth mit der Briefpost versendet werden und unterliegen, wenn sie außer der Adresse, dem Datum und der Namensunterschrift, nichts Geschriebenes enthalten, und bei der Aufgabe (mittels Freimarken) frankirt werden, ohne Rücksicht auf die Entfernung nur einer gleichmäßigen Taxe von 1 Kreuzer für das Loth.

Hierher gehören: Druckschriften (Brochüren und sonstige Drucksachen aller Art), Zeitungen und Journale außer dem Abonnement, oder welche sich Abonnenten nachsenden lassen, gedruckte, lithographirte oder sonst auf mechanischem Wege vervielfachte Zirkulare, Preiscourante, Anzeigen und Empfehlungsschreiben, auch Correcturbogen ohne das Manuscript und nur mit den die Correctur bildenden Abänderungen.

Die Kreuz- oder Streifbänder müssen schmal und in der Art angelegt sein, daß sich die Postbeamten von Einhaltung der vorstehenden Vorschriften leicht überzeugen können.

2. Waarenproben und Muster, welche jedoch nur bis zum Gewicht von 16 Loth mit der Briefpost befördert werden, entrichten, wenn sie in der Art verwahrt aufgegeben werden, daß die Beschränkung des Inhalts auf diese Gegenstände leicht ersichtlich ist, bis zu einem Gewicht von 2 Loth die einfache Briefportotaxe nach der Entfernung und für je weitere 2 Loth den Betrag der einfachen Taxe mehr.

Diesen Sendungen darf, wenn vorstehende Ermäßigung zur Anwendung kommen soll, nur ein einfacher Brief angehängt werden, welcher bei der Austaxirung mit der Waarenprobe oder dem Muster zusammenzuwiegen ist.

3. Briefe, welche innerhalb des Bestellungsbezirktes ein und derselben Postanstalt aufgegeben und bestellt werden, entrichten nur eine ermäßigte Taxe

von 1 Kreuzer für den einfachen Brief, jedoch unter Anwendung der im §. 6 bestimmten Gewichtsprogression.

Werden die unter 1, 2 und 3 genannten Gegenstände den dort bezeichneten Voraussetzungen und Bedingungen nicht entsprechend befunden, so verlieren sie die Begünstigung der Ermäßigung und sind wie gewöhnliche Briefe zu behandeln.

Im Fall unterlassener oder ungenügender Frankirung finden die im dritten Absatz des §. 8 enthaltenen Vorschriften Anwendung.

Sendungen von höherem als dem unter 1 und 2 angegebenen Gewicht sind mittelst der Fahrpost zu versenden und den hierfür bestimmten Taxen unterworfen.

§. 10.

Recommandirte Briefe.

Recommandirte Briefe, d. h. Briefe, welche auf der Adresse ausdrücklich mit „empfohlen,“ „recommandirt“ oder „chargé“ bezeichnet sind, werden als solche nur frankirt abgesendet, und dürfen nicht in die Brieflade gelegt, sondern müssen am Schalter abgegeben werden. Dieselben dürfen keine Werthdeclaration enthalten.

Der Aufgeber eines solchen Briefes hat, außer der in Freimarken zu entrichtenden tarifmäßigen Briefportotaxe, an Schein- und Recommandationsgebühr — ohne Rücksicht auf Gewicht und Entfernung — 6 Kreuzer baar zu entrichten.

Werden gleichwohl Briefe mit der oben bemerkten Bezeichnung in der Brieflade vorgefunden, so werden dieselben zwar befördert, die Postbehörde ist jedoch befugt, das Wort „recommandirt“ u. s. w., unter Beifügung der Bemerkung „aus der Brieflade“ zu streichen, und den Brief als einen gewöhnlichen Brief zu behandeln.

Verlangt der Aufgeber außer der ihm bei der Aufgabe des Briefes gegen obige Gebühr auszufertigenden Bescheinigung (Recepisse) ausdrücklich auch noch eine Empfangsbescheinigung des Adressaten (Retour-Recepisse), so hat derselbe hierfür eine weitere Gebühr von 6 Kreuzern bei der Aufgabe baar zu entrichten.

Der Empfänger eines recommandirten Briefes ist gehalten, der Postverwaltung bei dessen Auslieferung Empfangsbescheinigung zu erteilen, hat jedoch außer der Bestellgebühr und etwaigem Botenlohn hierfür nichts weiter zu entrichten.

§. 11.

Ersatzleistung.

Für den Verlust nicht recommandirter Briefe leistet die Postverwaltung keine Vergütung oder Entschädigung.

Die Versendung von Papiergeld, Staatspapieren und anderen werthvollen Papieren mittelst der Briefpost ist, wenn auf der Adresse kein Werth angegeben ist, zwar nicht untersagt; allein die Postverwaltung übernimmt für diese Beförderung keinerlei Haftbarkeit.

Das Gleiche ist der Fall, wenn Briefe oder sonstige Briefpostsendungen mit einer Werthangabe versehen in die Briefladen eingelegt werden. Solche Briefe werden mittelst der Fahrpost befördert.

Gelt ein bei den großherzoglichen Postanstalten aufgegebenener recommandirter Brief verloren, und ist dieser Verlust nicht einer außer der Schuld der Postverwaltung liegenden Ursache zuzuschreiben, so ist dem Reclamanten, sobald der Verlust genügend hergestellt ist, gegen Rückgabe des Postscheines, ohne Rücksicht auf den etwaigen wirklichen Werth, eine Entschädigung von vier und zwanzig Gulden aus der Postkasse zu verabsolgen. Dieser Ersatzanspruch erlischt jedoch nach Ablauf von sechs Monaten, vom Tag der Aufgabe an gerechnet.

§. 12.

Portofreiheiten.

Frei von der Briefportotaxe werden befördert:

1. Die Correspondenz sämmtlicher Mitglieder der Regentenfamilien der Postvereinsstaaten unter Sich.
2. Die Correspondenz in reinen Staatsdienst-Angelegenheiten (Offizialsachen) von Staats- und andern öffentlichen Behörden.

Hierher gehören auch solche Briefpostsendungen, welchen vermöge ausdrücklicher Bestimmungen in Gesetzen und Verordnungen über spezielle Gegenstände die Portofreiheit dauernd oder vorübergehend zugesichert ist, wie den in der Verordnung des großherzoglichen Justizministeriums vom 8. Februar 1845, Regierungsblatt Seite 37, §§. 2 bis 5, bezeichneten Sendungen in Justiz-Sachen.

Alle derartige Briefpostsendungen müssen mit dem Dienstiegel verschlossen und auf der Adresse ausdrücklich als „Staats-Dienstsache“ bezeichnet sein.

Ausgeschlossen von der Portofreiheit, somit portopflichtig, sind alle Correspondenzen der Behörden in Partie-Sachen und Privat-Angelegenheiten.

Dieselben sind als solche auf der Adresse zu bezeichnen, und richten sich nach den im §. 13 folgenden Vorschriften.

3. Die dienstlichen Correspondenzen der Postbehörden und Postanstalten unter sich und an Privatpersonen, ferner die amtlichen Laufschriften der Postanstalten.

Laufschriften, deren Absendung von Privaten aus Anlaß bloß vermutheter Verspätung in der Ankunft einer Brief- oder Fahrpostsendung begehrt wird, müssen nach dem Briefportotarif frankirt werden. Ergibt sich, daß die Reklamation durch das Versehen eines Postbeamten herbeigeführt worden ist, so muß der Schuldige auf Begehren das Porto erstatten.

4. Mit Ausnahme der im Art. 2 des Gesetzes vom 28. Dezember 1831 (Regierungsblatt 1832, Seite 17) erwähnten, auf Verträgen mit anderen Postverwaltungen gegründeten oder auf Staatsverträgen beruhenden Portofreiheiten, sollen alle andere vorstehend nicht genannte Portofreiheiten aufgehoben, oder doch so viel als möglich beschränkt

werden. Es bleiben jedoch die, einzelnen Anstalten, Stiftungen, Verwaltungen, Vereinen u. s. w. beim Postverkehre im Innern des Großherzogthums dormalen noch zustehenden, Portofreiheiten bis auf weitere Verfügung einstweilen noch in Kraft.

§. 13.

Behandlung der Partie=Sachen.

1. Bezüglich der Behandlung der Postsendungen der großherzoglichen Justizbehörden und Amtsrevisorate in Partie=Sachen bleiben die Verordnungen des großherzoglichen Justizministeriums vom 8. Februar 1845, Regierungsblatt Seite 37 und vom 23. August 1845, Regierungsblatt Seite 211, fernerhin in Kraft.

Wo hiernach dem absendenden Privaten die Frankirung obliegt, hat solche in Freimarken zu geschehen.

2. Für alle übrigen Fälle, in welchen Staatsbehörden in Partie=Sachen oder in Privat=Angelegenheiten, sei es unter sich oder mit Privaten, in Correspondenz treten, haben, vorbehaltlich etwa nachfolgender Spezialvorschriften, nachstehende Bestimmungen in Anwendung zu kommen:

- a. Die Eingaben von Privaten an Staatsbehörden sind mittelst Freimarken zu frankiren.

Sind derartige Eingaben gleichwohl unfrankirt oder unvollständig frankirt zur Post gegeben worden, so sind solche von der Postanstalt nicht zu befördern, sondern wie unbestellbare Briefe zu behandeln. Die Rückgabe an den Aufgeber hat jedoch ohne einen Portoanfaß zu erfolgen.

- b. Die Briefpostsendungen der Staatsbehörden an Privaten sind, wo nicht ein Anderes ausdrücklich vorgeschrieben ist, unfrankirt zur Post zu geben, und von der Postbehörde mit dem tarifmäßigen Porto, jedoch ohne Zuschlag (§. 8) zu taxiren.

- c. Für den Schriftwechsel der Staatsbehörden unter sich in Partie=Sachen gilt, sofern nicht etwas Anderes ausdrücklich vorgeschrieben ist, als Regel, daß die Aufgaben der untergeordneten an höhere Behörden frankirt, jene der höheren an untergeordnete Behörden unfrankirt zur Post gegeben werden und daß von coordinirten Stellen jene die Briefposttare mittelst Frankirung oder Portozahlung zu entrichten hat, bei welcher die Parteisache anhängig ist. Ist der Gegenstand nicht unter den correspondirenden Behörden, sondern bei einer dritten anhängig, so hat die absendende Behörde das Porto zu entrichten.

Unfrankirte Schreiben dieser Art werden mit dem tarifmäßigen Porto, jedoch ohne Zuschlag (§. 8) taxirt.

In wiefern die durch Staatsbehörden zu bewirkende Frankirung durch Freimarken zu geschehen hat, bleibt späterer Vorschrift vorbehalten.

§. 14.

Äußere Beschaffenheit der Briefpoststücke.

Alle zur Briefpost aufgegebenen Briefe und sonstige Sendungen müssen gehörig versiegelt und mit einer deutlichen Adresse, unter möglichst genauer Bezeichnung der Wohnung des Adressaten, versehen sein. Sind solche an kleinere, wenig bekannte oder an solche Orte bestimmt, deren es mehrere mit gleichen Namen gibt, so muß außerdem der Name der Provinz oder Gegend, die nächste Stadt oder Poststation, der Fluß u., bei welchem der Bestimmungsort liegt, beigefügt sein.

§. 15.

Zurücknahme aufgebener Briefe.

Wird eine der Post zur Beförderung übergebene Briefpostsendung noch vor dem Packetschluß zurückverlangt, so kann die Rückgabe nur geschehen, wenn über die Befugniß zur Empfangnahme des Briefes ein der Postbehörde genügender Nachweis geliefert wird, erforderlichen Falls durch Uebergabe eines von der Hand, mit welcher die Adresse geschrieben ist, unter genauer Bezeichnung der letzteren ausgestellten schriftlichen Begehrens, Vorweisung des Siegels, womit der Brief verschlossen ist u. s. w.

Eine Erstattung des Werthes der verwendeten Freimarken, so wie ein Rückersatz der etwa baar entrichteten Beträge für Franko, Recommandations-Gebühr und Retour-Recepiße findet nicht statt.

§. 16.

Unrichtig geleitete Briefe.

Briefe, welche irrig instradirt worden, sind ohne Verzug an den wahren Bestimmungsort zu befördern.

Eine höhere Briefportotaxe als diejenige, welche sich bei gleich anfänglich richtiger Instradierung ergeben hätte, darf von der Postanstalt nicht gefordert werden.

§. 17.

Bestellung der Briefe, Bestellgebühr.

Die Postverwaltung ist verpflichtet, alle ankommenden Briefe dem im Orte wohnenden Adressaten in seine Wohnung zu senden. Dafür ist sowohl bei frankirten als unfrankirten Briefen oder Sendungen eine Bestellgebühr von 1 Kreuzer für jedes Stück zu entrichten.

Die Abholung der Briefe von Seite des Adressaten entbindet in der Regel nicht von der Verpflichtung zur Entrichtung der Bestellgebühr.

In wie weit portofreie Briefpostsendungen der Bestellgebühr unterworfen sind, ist durch besondere Verfügungen bestimmt.

Für frankirte Briefe kann von dem Absender auch die Bestellgebühr durch Marken berichtigt werden. Zur Berichtigung dieser Gebühr ist stets eine besondere, auf der Siegelseite des Briefes zu befestigende Marke zu einem Kreuzer zu verwenden.

Unter welchen Bedingungen einzelnen Adressaten auf Ansuchen die für sie ankommenden Correspondenzen zur eigenen Abholung in besonderen Fächern bereit gehalten werden, richtet sich nach den Anordnungen der großherzoglichen Direction der Posten und Eisenbahnen und ist bei den betreffenden Postanstalten zu erfahren.

§. 18.

Ausfolgung an den Adressaten. Poste-restante-Briefe.

Die Postverwaltung ist nicht verbunden, die ankommenden Briefpostsendungen dem Adressaten anders, als gegen gleich baare Bezahlung der darauf haftenden Gebühren und Auslagen zu verabfolgen.

Die Bedingungen, unter welchen einzelnen Fachinhabern (Schlussatz des §. 17) die Abkondition der schuldigen Gebühren zugelassen wird, werden durch die großherzogliche Direction der Posten und Eisenbahnen besonders geregelt.

Die Postanstalten haben auf Verlangen hierüber Auskunft zu ertheilen.

Die mit „poste restante“ bezeichneten Sendungen dürfen an fremde oder unbekannte Adressaten nur gegen Vorzeigung ihres Passes, oder wenn sie sich auf sonstige Art über die Identität ihrer Person genügend ausweisen, abgegeben werden.

§. 19.

Unbestellbare Briefe.

Briefpostsendungen, deren Annahme von dem Adressaten verweigert wird, sind ohne Verzug an das Aufgabepostamt zurückzusenden.

Dieselben dürfen jedoch, wenn sie zurückgenommen werden sollen, nicht eröffnet und müssen vielmehr noch mit dem vom Aufgeber aufgedruckten Siegel verschlossen sein. Eine Ausnahme von letzterer Bestimmung tritt nur ein bezüglich der Briefe, welche wegen gleichlautenden Namens auf der Adresse von Jemand, dem das Schreiben nicht gehört, geöffnet wurden, und bezüglich der Briefe, welche Loose zu verbotenen Spielen enthalten, die von den Adressaten nach den für sie geltenden Landesgesetzen nicht benützt werden dürfen.

Sendungen, deren Adressat nicht ausgemittelt oder deren Bestellung sonst nicht bewirkt werden kann, sollen, wenn sie als offenbar unbestellbar erkannt sind, ohne Verzug, die übrigen unbestellbar gebliebenen aber längstens nach Ablauf zweier Monate, vom Tage des Einlangens an, nach dem Aufgabeort zurückgesendet werden.

Die mit „poste restante“ bezeichneten Sendungen, welche nicht abgeholt worden, sind, wenn nicht von Seiten des Aufgebers oder des Adressaten eine andere Verfügung darüber in Anspruch genommen wird, nach Ablauf dreier Monate, vom Tage des Einlangens an, nach dem Aufgabeort zurückzusenden.

In allen vorgedachten Fällen ist der Grund der Zurücksendung auf dem Briefe anzugeben.

Bei den vorstehend bezeichneten unanbringlichen Briefen ist für die Rücksendung kein Porto anzusetzen und werden dieselben, wenn sie bei der Aufgabe frankirt worden sind, ohne Anrechnung eines Porto zurückgesandt. Ist der Aufgeber eines unanbringlichen Briefes bekannt, so ist derselbe gehalten, gegen Rückempfang des Briefes die etwa auf demselben haftenden Gebühren zu entrichten.

§. 20.

Reclamirte Briefe.

Briefe, welche dem Adressaten an einen anderen als den ursprünglich auf der Adresse bezeichneten Bestimmungsort nachgesendet werden sollen (reclamirte Briefe), werden wie solche behandelt und tarirt, die an dem Orte, von wo die Nachsendung erfolgt, nach dem neuen Bestimmungsorte aufgegeben werden. Hierfür ist jedoch nur die Taxe für frankirte Briefe (d. h. ohne den Zuschlag, §. 8) in Anwendung zu bringen und dem etwa früher schuldig gewordenen Porto beizuschlagen. Eine Ausnahme hiervon tritt alsdann ein, wenn die Nachsendung vom ersten Bestimmungsorte unmittelbar nach dem Aufgabeort erfolgt, in welchem Falle die gleiche Behandlung, wie bei unanbringlichen Briefen einzutreten hat.

Für einen reclamirten Brief, dessen Zustellung an den Adressaten nicht bewirkt werden kann, und der daher an den Aufgabeort zurückgeleitet wird, sollen dem Aufgeber nur die bis zum letzten Bestimmungsorte erwachsenen Gebühren, für den Rückweg soll dagegen nichts angerechnet werden.

§. 21.

Geldvorschüsse (Nachnahmen).

Die Bedingungen, unter welchen Geldvorschüsse (sogenannte Nachnahmen) auf Briefpostsendungen von den großherzoglichen Postanstalten geleistet werden, bilden den Gegenstand besonderer Verordnungen. Einstweilen bleiben die bisherigen Vorschriften in Kraft.

§. 22.

Rückerstattung und Macherhebung.

Für verlorene oder sonst zu Grund gegangene, für beim Gebrauch verdorbene, so wie für irrthümlich oder zu viel verwendete Freimarken leistet die Postverwaltung keinen Ersatz.

Durch Zufall unbrauchbar gewordene Freimarken ist die großherzogliche Direction der Posten und Eisenbahnen ermächtigt, im Wege des Umtausches alsdann zu ersetzen, wenn dieselben noch unabgeschnitten bei den Neun- und Sechskreuzermarken mindestens einen Achtelbogen, bei Drei- und Einkreuzermarken mindestens einen Viertelbogen betragen und unzweifelhafte Merkmale erkennen lassen, daß der Versuch einer Verwendung oder eines Mißbrauches nicht stattgefunden hat.

Ist an Porto, an baar zu bezahlendem Franko oder an sonstigen Postgebühren durch Schuld der Postbeamten zu viel angesetzt und erhoben worden, so kann der ungebührlich erhobene

Betrag ohne Beschränkung auf ein Minimum im Falle genügenden Nachweises binnen Jahresfrist zurückgefordert werden.

Ist dagegen durch Schuld der Postbeamten zu wenig angesetzt und erhoben worden, und wird der Fehler erst nach Ausfolgung des Briefes u. entdeckt, so ist der Aufgeber, beziehungsweise Empfänger, zu einer Nachzahlung nur dann verbunden, wenn der von einer Sendung herrührende Gesamtbetrag mindestens einen Gulden beträgt und die Nachforderung innerhalb eines Jahres geltend gemacht wird.

§. 23.

Briefverkehr mit anderen Ländern.

Bei Briefpostsendungen nach und von anderen Ländern kommen diejenigen Bestimmungen in Anwendung, welche in den betreffenden Staaten vorschriftsmäßig bestehen, oder mit denselben vertragsmäßig festgestellt sind.

III. Behandlung der Zeitungen.

§. 24.

Bezug und Versendung der Zeitungen durch die Briefpostanstalten.

Durch die Briefpostanstalten des Landes können sowohl die im Großherzogthum als die in anderen Ländern erscheinenden Zeitungen, Journale und öffentlichen Blätter, so wie andere periodisch und bogenweise erscheinende Druckschriften, auf vorgängige Bestellung und gegen Vorausbezahlung des Postpreises, d. h. des Bezugspreises, so wie der Speditions- und der Bestellungsgebühr (Trägerlohn) bezogen werden.

Dieselben haben auch auf von auswärtigen Postanstalten bei ihnen eingegangene Bestellung die im Lande erscheinenden oben bemerkten Blätter von den Verlagshandlungen zu beziehen und an das bestellende Postamt zu versenden.

Bestellungen aus früheren Jahrgängen als vom laufenden Jahr werden von Seiten der Postverwaltung nicht angenommen.

§. 25.

Abonnement.

Die Bestellung kann in der Regel nicht auf einen kürzeren Zeitraum als ein Vierteljahr erfolgen.

Die üblichen Abonnementstermine sind bei vierteljährigen Abonnements der 1. Januar, 1. April, 1. Juli und 1. October; bei halbjährigen Abonnements der 1. Januar und der 1. Juli; bei Jahresabonnements der 1. Januar. In wie weit die einen oder anderen Termine Platz greifen, hängt von den Verlagsbedingungen ab, worüber nöthigenfalls die Postbehörden Auskunft erteilen. Ausnahmsweise kann jedoch in besonderen Fällen auch auf eine kürzere Zeit, so wie auf eine bestimmte Reihe von Nummern abonniert werden. Uebrigens sind auch hierbei die Verlagsbedingungen zunächst maßgebend.

Um auf den Empfang aller vom Beginne des Pränumerationstermins an erscheinenden Blätter rechnen zu können, haben die Bestellungen so zeitig zu erfolgen, daß das Postamt des Absendungsortes dieselben vor dem gedachten Termine erhält.

Erfolgt eine Bestellung auf ein bereits begonnenes Viertel- oder Halbjahr, so ist gleichwohl der volle Betrag des Postpreises für dieses Vierteljahr oder Halbjahr zu entrichten. Die früher erschienenen Blätter werden jedoch dem Abonnenten nachgeliefert, so weit sie von der Verlags-handlung ausgefolgt werden und nicht etwa von Seite auswärtiger Postanstalten Anstände obwalten.

Mit Ablauf der Abonnementszeit hört die Bestellung stillschweigend auf, wenn solche nicht vorher durch weitere Vorausbezahlung erneuert wird.

§. 26.

Fehlende Nummern.

Ausbleibende einzelne Nummern sind, so fern dieselben nicht etwa notorisch von einer in- oder ausländischen Behörde mit Beschlagnahme belegt sind, jeweils sogleich nach Empfang der folgenden Nummer schriftlich zu reclamiren.

Erfolgt die Reclamation später, so geschieht die Nachlieferung nur gegen Ersatz der vom Verleger in Anspruch genommenen Vergütung.

§. 27.

Expeditionsgebühr.

A. Im Allgemeinen.

Die dem inländischen Abonnenten von Seiten der Postverwaltung unter dem Postpreise (§. 24) in Anrechnung zu bringende Expeditionsgebühr richtet sich bei allen Blättern, welche im Gebiet des deutsch-österreichischen Postvereins, so wie in den Ländern der übrigen, der Uebereinkunft vom 30. November 1849 über die Expedition der Zeitschriften beigetretenen deutschen Postverwaltungen erscheinen, nach dem Preise, zu welchem die Postanstalt des Verlagsortes die Zeitung u. von dem Verleger empfängt (Nettopreis).

Sie beträgt ohne Rücksicht auf das Format, auf die Zahl der Bogen, so wie auf die Entfernung, in welcher die Versendung erfolgt:

1. für politische Zeitungen, d. h. für solche, welche für die Mittheilung politischer Neuigkeiten bestimmt sind, fünfzig Prozent vom Nettopreis, jedoch soll die Expeditionsgebühr
 - a. bei Zeitungen, welche wöchentlich sechs oder sieben Mal erscheinen wenigstens drei Gulden dreißig Kreuzer und höchstens zehn Gulden dreißig Kreuzer,
 - b. bei Zeitungen aber, welche weniger als sechs Mal in der Woche erscheinen, wenigstens zwei Gulden zwanzig Kreuzer und höchstens sieben Gulden für's Jahr betragen.

2. Für nicht politische Zeitungen und Journale beträgt die Expeditionsgebühr durchweg und ohne Beschränkung auf ein Minimum oder Maximum fünf und zwanzig Prozent vom Nettopreis.

Für Zeitungen, welche außerhalb der Postgebiete des Postvereins und beziehungsweise der der Uebereinkunft vom 30. November 1849 beigetretenen übrigen deutschen Postverwaltungen erscheinen und für inländische Abonnenten bezogen werden, kommen die vorstehenden Bestimmungen mit der Maassgabe in Anwendung, daß der Preis, um welchen die betreffende Vereins- oder andere deutsche Grenzpostanstalt die Zeitung u. von der nächstgelegenen ausländischen Postanstalt geliefert erhält, also einschließlich der ausländischen Expeditionsgebühr, als Nettopreis angesehen und behandelt wird.

§. 28.

B. Von inländischen Blättern beim Debit innerhalb Landes.

Auf Blätter, welche im Großherzogthum erscheinen und durch Vermittlung der großherzoglichen Posten innerhalb desselben abgesetzt werden, finden die Bestimmungen des vorhergehenden Paragraphen ebenfalls, jedoch mit nachstehenden Aenderungen Anwendung:

Zu 1. Die in fünfzig Prozent des Nettopreises bestehende Expeditionsgebühr von politischen Zeitungen und Journalen soll, unter Ausserachtlassung der unter a. und b. enthaltenen Unterscheidungen und Bestimmungen, wenigstens einen Gulden und höchstens sechs Gulden fürs Jahr betragen.

Zu 2. Die Expeditionsgebühr für das großherzogliche Regierungsblatt, so wie für die Kreis- und Bezirksanzeig-Blätter, die Verordnungsblätter der Centralstellen und das landwirthschaftliche Wochenblatt soll nicht unter 12 Kreuzer und nicht über 30 Kreuzer fürs Jahr betragen.

§. 29.

C. Von inländischen Blättern beim Absatz außer Landes.

Auf diejenigen Zeitungen und Journale, welche im Großherzogthum erscheinen und durch Vermittlung der Postanstalten an Abonnenten im übrigen Gebiet des deutsch-österreichischen Postvereins, im Gebiete der der Uebereinkunft vom 30. November 1849 über die Expedition der Zeitschriften beigetretenen übrigen deutschen Postverwaltungen, so wie in das nicht-deutsche Ausland versendet werden, finden die im §. 27 enthaltenen Bestimmungen unbeschränkte Anwendung.

§. 30.

Ermäßigung der Expeditionsgebühr.

Eine Ermäßigung der in den vorstehenden §§. 27 bis 29 festgesetzten Expeditionsgebühren kann, wenn im einzelnen Falle besondere Gründe dafür sprechen, in Folge eines Uebereinkommens unter den theilhaftigen Postverwaltungen eintreten. Bezüglich der im Großherzogthum

erscheinenden innerhalb Landes bleibenden Blätter bleibt der besonderen Entschließung des diesseitigen Ministeriums vorbehalten, im einzelnen Falle, mit Rücksicht auf spezielle gemeinnützige Zwecke, eine Ermäßigung eintreten zu lassen.

§. 31.

Rückersatz.

Wenn eine Zeitschrift vor Ablauf der Zeit, für welche pränumerirt wurde, zu erscheinen aufhört oder verboten wird, so ist dem Abonnenten für die Zeit, in welcher die Lieferung nicht erfolgt, neben der entsprechenden Rate der Expeditionsgebühr, der vorausbezahlte Preis, so weit er von dem Verleger zum Ersatz gebracht werden kann, zurückzuerstatten.

§. 32.

Nachgeschickte Zeitungen.

Verlangt ein Abonnent, welcher seinen Wohnort nur vorübergehend verändert, um innerhalb der Dauer des laufenden Abonnements zurückzukehren, die Nachsendung einer Zeitschrift an einen andern, als den Ort, für welchen er die Bestellung gemacht hat, so hat diese Nachsendung (nach der Wahl des Abonnenten) von dem Postamte des Bestellungs- oder des Verlagsortes, unter Ansatz der für Kreuzbandsendungen festgesetzten Gebühr, welche der Adressat zu bezahlen hat, zu erfolgen, weshalb derlei Sendungen von der absendenden Postanstalt besonders als nachgeschickte Zeitungen zu bezeichnen sind.

Der für unfrankirte Sendungen eintretende Zuschlag (§. 8) kommt dabei nicht in Ansatz, dagegen hat der Empfänger den gewöhnlichen Trägerlohn nach der im §. 33 folgenden Bestimmung zu entrichten.

Verläßt ein Abonnent vor dem Ablauf des Abonnements seinen Wohnort bleibend, so finden die voranstehenden Bestimmungen gleichfalls Anwendung. Hat jedoch der Abonnent in diesem Falle verlangt, daß die betreffende Zeitung von der Postanstalt des Verlagsortes unmittelbar an jene des neuen Wohnortes gesendet werde und liegen sowohl der Verlagsort als der neue Bestimmungsort innerhalb des Großherzogthums, so soll außer dem vorausbezahlten Postpreis von Seiten der großherzoglichen Postanstalten eine weitere Gebühr nicht in Ansatz kommen.

§. 33.

Bestellgebühr. (Trägerlohn).

Für jede Zeitung u., welche von Seiten der Post dem Abonnenten im Bestimmungsort in seine Wohnung gebracht wird, ist, wenn die Zeitung wöchentlich ein- oder zweimal erscheint, eine Bestellgebühr (ein Trägerlohn) von Zehn Kreuzern, und wenn sie öfter oder täglich erscheint, von Fünfzehn Kreuzern vierteljährlich zu entrichten, und jeweils mit dem Bezugspreis und der Expeditionsgebühr vorauszubezahlen.

§. 34.

Zeitungen u. unter Kreuzband.

Zeitungen und Journale, welche unter Kreuzband versendet werden, unterliegen den gewöhnlichen Portotaxen für dergleichen Sendungen (§. 9).

Ausnahmsweise ist jedoch den Verlegern inländischer Zeitungen gestattet, sogenannte Frei-exemplare an inländische Behörden und Privatpersonen, so wie sogenannte Tauschblätter, welche inländische Verleger unter sich oder mit Verlegern im Ausland gegenseitig austauschen, gegen Entrichtung der für Abonnements bestimmten Expeditionsgebühr und des Trägerlohnes, sofern dieser nicht etwa vom Empfänger entrichtet wird, unter Kreuzband zu versenden.

Der im vorhergehenden Paragraphen bestimmte Trägerlohn ist auch von denjenigen Zeitungen u. zu entrichten, welche Abonnenten der Verlags-handlung fortwährend unter Kreuzband und eigener Adresse mittelst der Post empfangen.

IV. Fahrpost.

§. 35.

Gegenstand der Beförderung.

Mit den großherzoglichen Fahrposten sind gegen die unten festgesetzten Taxen und Gebühren alle Gegenstände zu befördern, welche ihrer Natur nach zur Verpackung geeignet sind, nach den Verordnungen vom 13. Juli 1807 — Regierungsblatt Nr. XXVII., Seite 133 — und vom 1. Dezember 1808 — Regierungsblatt Nr. XLI., Seite 321 — dem Postzwang unterliegen, nicht in die Kategorie des Reisegepäcks gehören und nicht nach den Bestimmungen unter Ziffer II. und III. gegenwärtiger Verordnung den dort festgesetzten Taxen unterworfen sind. Gegenstände mit einer Werth'sdeclaration sind nur mittelst der Fahrpost zu befördern.

In wie weit die Versendung von Paketen unter 25 Pfund, so wie von Gegenständen mit einer Werth'sdeclaration mittelst der großherzoglichen Eisenbahnen geschehen kann, bestimmen die jeweiligen Gütertransportreglements.

Gegenstände, deren Beförderung nach den unten folgenden Bestimmungen überhaupt nicht mit der Post geschehen soll, oder im einzelnen Fall von der Postverwaltung abgelehnt wird (§. 37), sind als vom Postzwang entlassen zu betrachten.

§. 36.

Von der Fahrpost unbedingt ausgeschlossen.

Zur Beförderung mittelst der Fahrpost sollen nicht angenommen werden:

1. die unter §. 4 oben Ziffer 1 und 3 bezeichneten Gegenstände bis zum Gewicht von 4 Loth, auch wenn dieselben zu Paketen von höherem Gewicht formirt sind.

Liegt begründete Vermuthung vor, daß ein Paket aus Gegenständen der oben genannten Art zusammengesetzt sei, so ist das Paket, vorbehaltlich der Inhaltsnachweisung am Bestimmungsort, mit der nach Gewicht und Entfernung entfallenden Briefportotaxe zu belegen.

Zeigt sich der Verdacht begründet, so ist überdies das Strafverfahren einzuleiten; andernfalls kommt nur das tarifmäßige Fahrpostporto zur Erhebung.

2. Alle durch Reibung oder Luftzudrang leicht entzündbaren Gegenstände, als Schießpulver, Schießbaumwolle, Zündhölzchen, Vitriolöl, chemische Präparate, Wachstaffett u. s. w.
3. Frachtstücke, welche einzeln gewogen das Gewicht von 125 Pfund überschreiten.

Geschieht die Versendung jedoch nur zwischen zwei an der Eisenbahn liegenden Postorten, so kann von der Postanstalt des Aufgabeortes ein höheres Gewicht alsdann zugelassen werden, wenn die weitere Behandlung und die Bestellung solcher schwererer Frachtstücke keinem Anstande unterliegt.

4. Gegenstände, deren Beförderung polizeilich untersagt ist oder welche im Falle des Ueberganges über die Grenze einem Ein- oder Ausfuhrverbot unterliegen.
5. Lebende Thiere.

§. 37.

Gegenstände, deren Beförderung nur bedingt übernommen oder verweigert werden kann.

In nachstehenden Fällen kann die Beförderung von der Postbehörde abgelehnt werden:

1. Wenn die zu versendenden Gegenstände in unförmlich großen Kisten oder Ballots, in Säumen, Gestrüchen u. s. w. bestehen.
2. Waaren in Schachteln verpackt, flüssige Waaren, leicht zerbrechliche Gegenstände, so wie dem schnellen Verderben oder der Fäulniß ausgesetzte Sachen sollen in der Regel nur in Collis unter 25 Pfund angenommen werden. Ueberdies geschieht deren Beförderung, selbst den Fall guter Verpackung vorausgesetzt, in Bezug auf mögliche Beschädigung stets nur auf Gefahr des Aufgebers.

Bezüglich der Gewichtsgrenze kann eine Ausnahme alsdann gemacht werden, wenn der zu versendende Gegenstand in einem nicht wohl theilbaren Stück (z. B. einem größeren Fisch, Stück Wildpret u.) mit seiner nothwendigen Verpackung besteht.

Für das Verderben von Victualien kann Ersatz gefordert werden, wenn nachgewiesen ist, daß die Sendung durch Verschulden der Post länger unterwegs gewesen, als sie es nach dem Postcurs hätte sein sollen, und dem Versender kein Mangel in der Adressirung zur Last fällt.

§. 38.

Fahrpostportotaxe.

Für jede Fahrpostsendung wird ein Gewichtsporto berechnet. Neben diesem kommt ein Werthporto (die Versicherungsstaxe) jedoch nur dann in Ansatz, wenn auf der Sendung ein Werth declarirt ist.

Das Gewichtsporto richtet sich nach der in gerader Linie gemessenen Entfernung zwischen der Postanstalt, bei welcher die Aufgabe geschieht und jener, in deren Bestellungsbezirk der Bestimmungsort liegt. Ueberschreitet die Sendung die Landesgrenze, so bildet die zwischen dem inländischen Auf= beziehungsweise Abgabeort und dem mit der angrenzenden Postverwaltung verabredeten Grenztarxpunkte oder Ausgangspunkte den Maßstab des für die großherzogliche Postkasse anzusetzenden Gewichtsporto. Durchschneidet eine von Inland zu Inland bestimmte Sendung auf ihrem Weg zwischenliegendes Gebiet einer andern Postverwaltung, so bilden die zwischen dem inländischen Auf= beziehungsweise Abgabeort und den betreffenden Grenztar= beziehungsweise Ausgangspunkten liegenden directen Entfernungen zusammen gerechnet, den Maßstab für das inländische Gewichtsporto, so fern die Verträge mit den benachbarten Postverwaltungen nicht etwas Anderes bestimmen.

Das Werthporto oder die Versicherungstaxe ist für alle inländischen Entfernungen gleich und richtet sich daher lediglich nach der Höhe des declarirten Werths.

Jedem Absender bleibt es freigestellt, die von ihm abzusendenden einzelnen Fahrpoststücke ohne oder mit einer Werthdeclaration aufzugeben und letztern Falls den zu versichernden Werth nach eigenem Ermessen zu bestimmen.

§. 39.

Tarif.

Das Gewichtsporto beträgt für je Ein Pfund Bruttogewicht auf je fünf Meilen Entfernung $\frac{1}{10}$ Kreuzer. Dabei werden Gewichtsbeträge unter einem Pfund gleich einem vollen Pfund und Entfernungen unter 5 Meilen gleich 5 Meilen gerechnet. Der aus dieser Targrundlage zu berechnende Tarif soll jedoch, wo sich Abweichungen ergeben, mit den für Sendungen aus und nach Postvereinsstaaten mit anderer Münzwährung in Anwendung kommenden Portosätzen in Uebereinstimmung gesetzt werden, in der Art, daß die Tarirung sowohl der im Großherzogthum, als der nach andern Postvereinsstaaten versendeten Fahrpostgegenstände nach ein und demselben Tarif geschieht.

Erreichen hiernach die tarismäßig berechneten Beträge nicht mindestens nachstehende Sätze in rheinischer Währung (im $24\frac{1}{2}$ Guldenfuß),

| | |
|--|-----------|
| nämlich bei einer Entfernung bis zu 10 Meilen einschließlich | 4 Kreuzer |
| über 10 und bis zu 20 Meilen einschließlich | 8 „ |
| über 20 Meilen | 11 „ |

so kommen statt der tarismäßig berechneten Beträge die oben erwähnten Minimalsätze als Gewichtsporto in Ansatz.

Das Werthporto (die Versicherungstaxe) beträgt für alle inländischen Entfernungen ohne Unterschied auf je 100 fl. declarirten Werths 2 Kreuzer. Dabei kommen Werthsbeträge unter 100 fl. gleich vollen 100 fl. in Berechnung.

§. 40.

Mehrere Pakete an eine Adresse.

Gehören mehrere Pakete zu Einer Adresse, so findet, auch wenn sie von demselben Aufgeber gleichzeitig aufgegeben sind, gleichwohl eine Zusammenrechnung nicht statt. Es ist vielmehr sowohl das Gewichtsporto als auch im Fall einer Werthsdeclaration das Werthporto für jedes Stück gesondert in Ansatz zu bringen.

§. 41.

Adreßbriefe, Frachtbriefe, Inhaltsdeclarationen.

Der zu einer Fahrpostsendung gehörende Adreßbrief, gleichviel ob versiegelt oder nicht, bleibt alsdann portofrei, wenn derselbe das Gewicht von 1 Loth nicht überschreitet, auch nicht mit einer eigenen Werthsdeclaration versehen ist.

Uebersteigt das Gewicht eines ohne eigene Werthsdeclaration beigegebenen Adreßbriefes 1 Loth, so ist er bis zum Gewicht von 4 Loth mit der tarifmäßigen Briefportotaxe, im Fall eines höhern Gewichts aber mit der Fahrposttaxe zu belegen. Enthält der Adreßbrief eine eigene Werthsangabe, so ist er gleich anderen Fahrpoststücken der Fahrpostportotaxe unterworfen.

Anderer in vorgeschriebener Weise die Sendung begleitende offene Papiere, wie: der Frachtbrief, die Inhaltsdeclaration, die Zolldeclaration, der Begleitschein u. s. w. bleiben jedenfalls tarxfrei.

§. 42.

Frankirung.

Es steht jedem Versender frei, seine Fahrpostsendungen entweder unfrankirt aufzugeben, oder dieselben vollständig bis zum Bestimmungsort zu frankiren.

Letzteren Falls ist dieß auf der Adresse zu bemerken und das Porto sogleich bei der Aufgabe baar zu bezahlen.

Die Frankirung mittelst Freimarken findet bis auf Weiteres bei der Fahrpost nicht statt.

§. 43.

Haftbarkeit der Postverwaltung.

In Beschädigungs- und Verlustfällen, welche sich innerhalb des Bereichs der großherzoglichen Posten ereignen, wird die Entschädigung nach Maßgabe des declarirten Werthes geleistet, mit alleiniger Ausnahme des durch Krieg oder unabwendbare Naturereignisse herbeigeführten Schadens.

Auch bei Sendungen, für welche ein bestimmter Werth nicht angegeben ist, wird — die am Schluß des voranstehenden Satzes genannten Fälle ausgenommen — Gewähr geleistet. Dieselbe erstreckt sich jedoch nur bis zu höchstens dreißig Kreuzern für jedes Pfund

der Sendung oder den Theil eines Pfundes und kann bei vorkommenden bloßen Beschädigungen innerhalb dieser Grenze nur bis zum Belaufe des wirklich erlittenen Schadens in Anspruch genommen werden.

Die Entschädigung muß innerhalb dreier Monate, vom Tag der Aufgabe an gerechnet, unter Vorlage des Postscheines in Anspruch genommen werden, widrigenfalls dieselbe als erloschen betrachtet wird.

Fahrpoststücke, deren äußere Verpackung in der Art beschädigt ist, daß auch eine Beschädigung des Inhalts zu besorgen steht, sind auf Verlangen und in Gegenwart der Adressaten auf der Post zu eröffnen und es ist der Erfund urkundlich aufzunehmen. Die Postverwaltung hat den durch Experten abzuschätzenden Schaden, bei versicherten Sendungen im Verhältniß des declarirten Werthes, bei unversicherten Sendungen höchstens bis zum Belauf von dreißig Kreuzern für's Pfund, sofort zu vergüten. Die Postverwaltung ist befugt, anstatt der Entrichtung der so ermittelten Entschädigung, gegen Erlegung des durch Factura nachzuweisenden wirklichen Werthes, welchen das Poststück vor der Beschädigung hatte, dasselbe zu übernehmen.

Nach der geschehenen Uebernahme und Empfangsbesccheinigung eines dem Empfänger in äußerlich unverletztem Zustande übergebenen Fahrpoststücks hört die Haftbarkeit der Postverwaltung auf.

§. 44.

Portoermäßigungen.

Eine Ermäßigung der Fahrpostportotaxe tritt, außer der nach Art. 9 des Gesetzes vom 3. März 1849, über die Ausgabe von 2½ Millionen Papiergeld festgesetzten, nur noch ein für Bücher, gedruckte Schriften und Impressen aller Art, Musikalien, Kupferstiche, Lithographien und Landkarten, welche von inländischen Buchdruckereien, Buch- und Kunsthandlungen an wen immer frankirt oder unfrankirt versendet werden, oder an dieselben unfrankirt ankommen, wenn im erstern Fall die Sendungen mit der eigenhändigen Aufschrift der Firma auf der Adresse und mit dem bekannten Petchast derselben versehen sind. Die Ermäßigung wird jedoch nur für 10 Pfund überschreitende und größere Entfernungen durchlaufende Sendungen mittelst eines Rabatts am Gewichtsporto gewährt und es kann der dessfallsige Tarif bei den betreffenden Postanstalten eingesehen werden.

Eine Ermäßigung des Werthportos findet in keinem Falle statt.

§. 45.

Portofreiheiten.

Eine Befreiung von der Fahrpostportotaxe genießen nur die Fahrpostsendungen in reinen Staatsdienst-Angelegenheiten und die dienstlichen Sendungen der Postbehörden nach Maassgabe der im §. 12 unter Ziffer 2 und 3 enthaltenen Bestimmungen, welche auch auf die Fahrpostsendungen Anwendung finden. Alle andere dormalen noch bestehende

Befreiungen sollen möglichst beschränkt und so weit thunlich ganz aufgehoben werden, bleiben jedoch bis auf weitere Verfügung einstweilen noch in Kraft.

§. 46.

Behandlung der Partiesachen.

Auf die Fahrpostsendungen in Partiesachen und Privatangelegenheiten finden die im §. 13 enthaltenen Vorschriften, jedoch mit nachstehenden Abänderungen, gleichfalls Anwendung:

1. Die Frankirung hat nicht mittelst Freimarken, sondern bei der Aufgabe baar zu geschehen.
2. Wo die Frankirung vorgeschrieben ist, muß immer auch die Bestellgebühr mit voraus entrichtet werden.

§. 47.

Verpackung.

Alle zur Fahrpost aufzugebenden Versendungen müssen nach Maaßgabe der von großherzoglicher Direction der Posten und Eisenbahnen hierüber besonders zu erlassenden Reglements mit Rücksicht auf Größe, Werth, Inhalt und Entfernung des Bestimmungsorts gut und fest verpackt, mit einer lesbaren deutlichen Adresse versehen und in der Art verschlossen sein, daß eine Eröffnung oder ein Herausnehmen von Gegenständen ohne Verletzung des angebrachten Siegels oder der äußern Umschließung nicht geschehen kann. Sie müssen überdies von den wegen der Zoll- oder Steuerbehandlung, so wie mit den beim Uebergang in andere Staaten etwa weiter erforderlichen Papieren begleitet sein.

§. 48.

Postschein.

Für jedes aufzugebene Fahrpoststück wird von der Postanstalt auf Verlangen ein Postschein ausgestellt.

Die vom Aufgeber für diesen Schein zu entrichtende Gebühr beträgt:

- a. Für alle Pakete, deren Gewicht 2 Pfund nicht überschreitet, sofern der etwa declarirte Werth nicht über 50 Gulden beträgt 2 Kreuzer;
- b. in allen anderen Fällen 4 „

Werden von demselben Aufgeber unter der nämlichen Adresse gleichzeitig mehrere Fahrpoststücke aufgegeben, so steht es demselben frei, über alle oder einige derselben nur einen oder für jedes einen besonderen Postschein zu erheben. Im erstern Fall wird auf den Grund des beizugebenden Frachtbriefes die Scheingebühr nur nach dem Gesamtbetrag des Gewichts, beziehungsweise Werths, bemessen. Im letztern Falle kommt die Gebühr für jeden Postschein besonders in Anschlag.

§. 49.

Zurücknahme aufgegebenen Fahrpostsendungen.

Die Rückgabe einer zur Beförderung aufgegebenen Fahrpostsendung geschieht nur unter den im ersten Absatz des §. 15 bezeichneten Voraussetzungen und gegen Empfangsbcheinigung, so wie gegen Rückgabe des etwa erhobenen Postscheins.

Die etwa bezahlte Frankogebühr wird zurückerstattet, nicht aber die Gebühr für den Postschein.

§. 50.

Irrig geleitete Sendungen.

Fahrpostsendungen, welche irrig instradirt worden, sind ohne Verzug an den wahren Bestimmungsort zu befördern.

Eine höhere Fahrpostportotaxe als diejenige, welche sich bei gleich anfänglich richtiger Instradierung ergeben hätte, darf von der Postanstalt nicht gefordert werden.

§. 51.

Bestellung; Bestellgebühr.

Die Postanstalt hat die Obliegenheit, die ankommenden Fahrpoststücke dem im Ort der Postanstalt wohnenden Adressaten in seine Wohnung zu überliefern, wofür Letzterer außer dem darauf haftenden Porto u. nachstehende Bestellgebühr zu entrichten hat, nämlich:

- a. Für Fahrpostsendungen, deren Gewicht 2 Pfund nicht übersteigt, sofern der etwa declarirte Werth nicht über 50 Gulden beträgt 2 Kreuzer;
- b. für Fahrpostsendungen bis zu 50 Pfund, sofern der etwa declarirte Werth die Summe von 1000 Gulden nicht übersteigt (die unter a. bezeichneten Fälle ausgenommen) 4 "
- c. In allen andern Fällen 6 "

Für mehrere zu einer Adresse gehörende und zusammen eingeschriebene Fahrpoststücke (§. 48) kommt die Bestellgebühr nur einmal, jedoch nach dem Gesamtgewicht und beziehungsweise Gesamtwert in Ansatz.

Für portofreie Fracht- und Adressbriefe, Zollnoten, Nachnahmescheine, so wie für alle eine Fahrpostsendung begleitende Ausweis-papiere (§. 41) darf keine Bestellgebühr erhoben werden.

Die Bestellgebühr muß in dem Bestellungsbuch vom Porto und von den Auslagen getrennt angesetzt sein.

§. 52.

Ausfolgung an den Adressaten.

Die angekommenen Fahrpostsendungen dürfen dem Adressaten nur gegen gleich baare Zahlung der darauf haftenden und im Bestellungsbuch bemerkten Portobeträge, Zölle und sonstigen Auslagen und gegen gehörige Bescheinigung im Bestellungsbuch verabfolgt werden.

Fremde oder unbekannte Personen haben sich vor der Abgabe der an sie adressirten Fahrpoststücke nöthigenfalls durch Vorzeigung ihrer Pässe oder auf sonstige Art über die Identität ihrer Person auszuweisen.

§. 53.

Unbestellbare, weiter oder zurückgesendete Fahrpoststücke.

Die Annahme eines Fahrpoststückes kann von dem Adressaten verweigert werden; ist sie aber erfolgt oder das Stück oder auch nur der etwa dazu gehörige versiegelte Adressbrief bereits eröffnet worden, so ist eine nachherige Zurückgabe oder die Zurückforderung des bezahlten Portos u. s. w. nicht mehr zulässig.

Fahrpostsendungen, welche sich aus andern Gründen unbestellbar zeigen, sind, sobald sie als offenbar unbestellbar erkannt worden, alsbald, außerdem aber, wenn von dem Versender oder Adressaten in der Zwischenzeit keine andere Verfügung darüber getroffen worden, binnen längstens zwei Monaten an den Ort der Aufgabe zurückzusenden.

Fahrpoststücke, welche mit „poste restante“ bezeichnet ankommen, werden in postamtliche Verwahrung genommen, und, wenn sie innerhalb dreier Monate nicht abverlangt werden oder darüber von Seiten des Adressaten oder durch Vermittlung des Aufgabepostamts von Seiten des Versenders keine anderweite Bestimmung erfolgt, dahin zurückgesendet, woher sie gekommen sind.

Weitergehende und an den Aufgabeort zurückgehende Fahrpostsendungen unterliegen der ganzen Gebühr für die von ihnen auf dem Hin- und beziehungsweise Rückweg zurückgelegten Transportstrecken.

Der Aufgeber ist verbunden, ein von ihm aufgegebenes Poststück gegen Zahlung aller darauf haftenden Gebühren und Auslagen zurückzunehmen.

§. 54.

Geldvorschüsse. (Nachnahmen).

Die Bedingungen, unter welchen Geldvorschüsse (sogenannte Nachnahmen) auf Fahrpostsendungen von den großherzoglichen Postanstalten geleistet werden, bilden den Gegenstand besonderer Verordnungen. Einstweilen bleiben die bisherigen Vorschriften in Kraft.

§. 55.

Nachforderung, Rückerstattung.

Nachforderungen von Seiten der Post für zu wenig erhobene Fahrpostgebühren ist der Adressat oder Versender nur dann zu berichtigen verbunden, wenn solche innerhalb Jahresfrist geltend gemacht und gehörig nachgewiesen werden und der nachgeforderte Betrag wenigstens 12 Kreuzer beträgt.

Dagegen wird der Rückerlass zu viel erhobener Gebühren unter der gleichen Voraussetzung, jedoch ohne Beschränkung auf ein Minimum geleistet.

§. 56.

Fahrpostverkehr mit andern Postbezirken.

Hinsichtlich der nach andern Ländern bestimmten und daher kommenden Fahrpoststücke kommen diejenigen Bestimmungen in Anwendung, welche in den betreffenden Staaten verordnungsmäßig bestehen oder mit denselben vertragsmäßig festgesetzt sind.

V. Personenpost. Extrapost-, Kurier- und Stafettendienst.

§. 57.

Fortdauer der bisherigen Vorschriften.

Bezüglich der Personenposten, des Extrapost-, Kurier- und Stafettendienstes finden die bisherigen Vorschriften fernerhin Anwendung.

VI. Schlußbestimmung.

§. 58.

Vollzugstermin.

Gegenwärtige Verordnung tritt, so weit es den Postverkehr im Innern des Großherzogthums betrifft, mit dem 1. kommenden Monats Mai in Anwendung.

Alle Brief- und Fahrpostsendungen, welche nach dem regelmäßigen Lauf des Dienstes am 30. April vor Mitternacht zur Kartirung kommen, sind nach den bisherigen, die später zu kartirenden dagegen nach den neuen Bestimmungen zu behandeln.

Die Vorschriften über den inländischen Absatz inländischer Zeitungen und Journale treten, in so weit sie für einzelne Blätter eine Erhöhung der bisherigen Provision zur Folge haben, erst mit dem ersten Juli d. J. in Kraft.

Bezüglich des Verkehrs mit dem Postverein ergeht eine besondere Verordnung.

Die großherzogliche Direction der Posten und Eisenbahnen ist mit dem Vollzug beauftragt. Karlsruhe, den 12. April 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Schr. von Rüd..

Vdt. Barbiche.

Verordnung, den Anschluß des Großherzogthums an den Deutsch-Oesterreichischen Postverein betreffend.

Nachdem zufolge der durch das Gesetz vom 11. November v. J. (Regierungsblatt Nr. LIII.) gegebenen Ermächtigung der Anschluß des Großherzogthums an den Deutsch-Oesterreichischen Postverein auf den 1. Mai d. J. bestimmt worden ist, wird hiermit verordnet, wie folgt:

I. Postverkehr mit den Postgebieten des Deutsch-Oesterreichischen Postvereins.

§. 1.

Dermaliger Umfang des Postvereins.

Mit dem 1. Mai d. J. haben die Vorschriften des Postvereinsvertrags, verkündet im Regierungsblatt Nr. LIII. von 1850, im Wechselverkehr zwischen dem Großherzogthum mit den Ländern des Deutsch-Oesterreichischen Postvereins nach Maassgabe der unten folgenden näheren Bestimmungen in Vollzug zu treten.

Zum Deutsch-Oesterreichischen Postverein gehören dormalen:

1. Die kaiserlich königlich österreichische Gesamtmonarchie, einschließlich des lombardisch-venetianischen Königreiches.

Sodann das Fürstenthum Liechtenstein.

2. Die königlich preussische Gesamtmonarchie.

Sodann nachstehende Länder und Landestheile, in welchen königlich preussische Postanstalten bestehen:

Das Herzogthum Anhalt-Deßau,
 " " Anhalt-Bernburg,
 " " Anhalt-Cöthen,
 " Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen,
 " " Waldeck mit Pyrmont.

3. das Königreich Bayern,
4. das Königreich Sachsen mit dem Herzogthum Sachsen-Altenburg,
5. das Königreich Hannover,
6. das dermalige Postgebiet der herzoglich schleswig-holsteinischen Postverwaltung,
7. das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin,
8. das Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz,

9. endlich aus dem Postgebiet der fürstlich Thurn- und Taxischen Postverwaltung nachstehende Länder und Landestheile, in welchen sich fürstlich Thurn- und Taxische Postanstalten befinden:

- a. das Großherzogthum Sachsen-Weimar,
- b. das Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha,
- c. das Herzogthum Sachsen-Meiningen,
- d. das Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt,
- e. das Fürstenthum Reuß-Greiz (ältere Linie),
- f. die Fürstenthümer Reuß-Schleiz, Reuß-Robenstein und Ochersdorf, und Reuß-Gera (jüngere Linie),
- g. das Fürstenthum Schwarzburg-Rippe,
- h. das Fürstenthum Lippe-Detmold,
- i. die Landgrafschaft Hessen-Homburg,
- k. die freie Stadt Lübeck,
- l. " " " Frankfurt,
- m. " " " Bremen,
- n. " " " Hamburg.

§. 2.

Vollziehungstermin.

Vom gleichen Tage an treten an die Stelle der Postverträge, welche mit den im §. 1 unter 1, 2, 3 und 4 bezeichneten Postverwaltungen bisher bestanden haben — bei der fürstlich Thurn- und Taxischen Postverwaltung so weit es die im §. 1 bezeichneten Theile ihres Postgebietes betrifft — die mit den betreffenden Postverwaltungen zum Vollzug des Postvereinsvertrages getroffenen Verabredungen.

Die im §. 58 der voranstehenden Verordnung über den Postverkehr im Innern des Großherzogthums, Absatz 1 und 2, enthaltenen Vorschriften finden auch hier Anwendung.

§. 3.

Postcurs.

Alle zur Verbindung mit den Vereinsgebieten dormalen bestehenden Postcurs und Instradierungen sind bis zur Verständigung mit den betreffenden Postverwaltungen über angemessene Abänderungen aufrecht zu halten.

§. 4.

Briefpostverkehr.

Die in der Verordnung vom Heutigen — den Postverkehr im Innern des Großherzogthums

betreffend — in den §§. 4 bis einschließlich 22 enthaltenen Vorschriften über Beschaffenheit, Aufgabe, Tarirung, Frankirung, Recommandation, über die postmäßige Behandlung, Bestellung und Ausfolgung der Briefpostsendungen, so wie über Ersatzansprüche, Rückforderungen und Nachforderungen, finden, so weit sie nicht ausschließlich den Verkehr im Innern betreffen, nach Maafgabe des Postvereinsvertrages und der in den §§. 5 bis 7 unten folgenden Bestimmungen auf die nach den Postvereinsgebieten aufzugebenden, beziehungsweise von da einlangenden Briefpostsendungen ebenmäßig Anwendung. Jedoch ist die Vorausbezahlung der Bestellgebühr nicht zulässig.

Hierbei ist zu beachten, daß in denjenigen Vereinsgebieten, in welchen das Zollpfund in 30 Loth eingetheilt ist, der einfache Brief bis zu 1 Loth ($\frac{1}{30}$ Zollpfund) ausschließlich, da wo das Zollpfund in 32 Lothe eingetheilt ist, bis zu 1 Loth ($\frac{1}{32}$ Zollpfund) einschließlich gerechnet und nach dem ersten Progressionsfaz taxirt wird; endlich daß da, wo die Auswiegung noch mit kölnischem Gewicht stattfindet, in der Regel $1\frac{1}{2}$ Loth kölnisch einem Loth ($\frac{1}{32}$ Pfund) Zollgewicht gleich gerechnet wird.

§. 5.

Unfrankirte Briefe.

Unfrankirte Briefe nach Vereinsgebieten mit anderer Münzwährung sind nach Maafgabe der Art. 8 und 15 des Postvereinsvertrags von den großherzoglichen Postanstalten je in der Münzwährung und nach den Tariffätzen desjenigen Vereinsgebietes auszutariren, in welchem der Bestimmungsort liegt; in der Art also, daß ein einfacher Brief nach Preußen, Sachsen u. s. w. mit Einrechnung des Portozuschlags mit 2, 3, 4 Silber- oder Neugroschen, nach Oesterreich mit 6, 9, 12 Kreuzer Conventionsmünze zu tariren ist, wogegen Briefe aus jenen Ländern mit 6, 9, 12 Kreuzer rheinisch (im $24\frac{1}{2}$ Guldenfuß) taxirt einlangen.

Bei jeder Briefpostanstalt des Landes sollen die innerhalb eines Umkreises von 10, beziehungsweise 20, Meilen fallenden Briefpostanstalten anderer Vereinsgebiete mittelst Anschlag zur Kenntniß des Publikums gebracht werden.

§. 6.

Briefportofreiheit im Vereinsverkehr.

Anspruch auf Portofreiheit im internationalen Briefpostverkehr mit den Ländern des Postvereinsgebietes haben nur die in den Artikeln 24, 25 und 26 des Postvereinsvertrags ausdrücklich erwähnten Briefpostsendungen.

Hierbei ist zu beachten:

1. daß die im Art. 24 erwähnte Portofreiheit nach den Vollzugsbestimmungen nur die Correspondenz der Mitglieder der allerhöchsten Regentenfamilien der Postvereinsstaaten unter sich begreift und deshalb Schreiben nicht befreiter Absender an diese allerhöchsten und höchsten Personen in Staaten, in welchen für derartige Eingaben die Frankirung vorgeschrieben ist, schon bei der Aufgabe zu frankiren sind;

2. daß die Correspondenzen in reinen Staatsdienstsangelegenheiten nur von solchen öffentlichen Behörden oder Beamten ausgehen, und beziehungsweise von diesen an solche öffentliche Behörden oder Beamte gerichtet sein können, welchen die Besorgung von Staatsdienstsangelegenheiten obliegt; daß diese Sendungen nicht nur mit einem Dienstfiegel verschlossen, sondern auf der Adresse entweder nach dem speziellen Gegenstand mit „Zollvereins-Sache,“ „Steuer-Sache,“ „Forstpolizei-Sache“ u. s. w. oder, wo dieß nicht angeht, mit dem allgemeinen Ausdruck „Staatsdienst-Sache“ ausdrücklich zu bezeichnen sind, und daß endlich der Name der absendenden Behörde auf der Adressseite angegeben sein muß.

Hiernach sind von den großherzoglichen Postanstalten im Verkehr mit einzelnen Vereinsstaaten auch diejenigen weiteren Gegenstände zu behandeln, deren portofreie Beförderung auf besonderen Uebereinkünften beruht, wie z. B. im Verkehr mit Preußen für gerichtliche Ladungen und Insinuationen nach der Uebereinkunft vom 14. Dezember 1819 (Regierungsblatt von 1820, Nr. II., Seite 13).

Im Gleichen bleiben nach Maafgabe der Verordnung großherzoglichen Justizministeriums vom 8. Februar 1845 (Regierungsblatt Seite 37) im Wechselverkehr mit den Behörden anderer Vereinsstaaten Sendungen in Justiz-Sachen — im Fall das Porto einer Staatskasse zur Last fallen würde — auch in Ermangelung besonderer Verabredungen alsdann vom Briefporto frei, wenn und so lange von dem betreffenden Vereinsstaat die Reciprocität beobachtet wird.

§. 7.

Transitporto von Briefpostsendungen.

Der Ansaß und die Erhebung eines Transitporto von den Correspondenten wegen des Durchgangs der Correspondenz durch Vereinsgebiet findet nach Artikel 12 des Postvereinsvertrags nicht statt.

Die Erhebung eines Transitporto von den Correspondenten unterbleibt — jedoch vorbehaltlich später etwa eintretender Aenderungen — vorläufig auch beim Durchgang durch das Postgebiet solcher deutscher Postverwaltungen, welche dem Postverein zur Zeit noch nicht angehören.

Beim Durchgang durch nicht-deutsche Postgebiete kann dagegen ein Transitporto vom vereinsländischen Correspondenten neben dem Vereinsporto erhoben werden. Dermalen ist dieß der Fall beim Durchgang aus dem Großherzogthum nach den kaiserlich königlich österreichischen Staaten und umgekehrt durch die Schweiz.

Das hierfür neben dem Vereinsporto in Ansaß kommende Transitporto beträgt für den einfachen Brief:

1. für die Route über Basel, beziehungsweise Schaffhausen und Chiasso, so wie umgekehrt, 6 Kreuzer;
 2. für die Route über Constanz und Chiavenna, so wie für die Route von Constanz nach Bregenz, beziehungsweise Feldkirch, über St. Gallen und umgekehrt 3 Kreuzer.
- Im Fall der Frankirung ist auch das Transitporto mittelst Freimarken voraus zu entrichten.

§. 8.

Zeitungsverkehr.

Die in Folge der Uebereinkunft vom 30. November 1849 bereits mit dem 1. Januar 1850 auch im Großherzogthum in Vollzug getretenen, den Inhalt der Art. 38 bis mit 49 des Postvereinsvertrags bildenden, Vorschriften über den internationalen deutschen Zeitungsverkehr bleiben auch fernerhin in Kraft.

Mit dem 1. Mai d. J. beziehungsweise mit dem demselben zunächst folgenden Abonnementstermine tritt auch der Art. 50 des Postvereinsvertrags in Vollzug, so weit die zwischen der großherzoglichen Postverwaltung mit den Postverwaltungen nicht-deutscher Staaten bestehenden Verträge nicht ein Anderes bestimmen.

Die in der Verordnung vom Heutigen über den Postverkehr im Innern des Großherzogthums in den §§. 24, 25, 26, 27, 29, 30, 31, 32, 33 und 34 über Bezug und Versendung der Zeitungen, Abonnement, fehlende Nummern, Expeditionsgebühr, Rückersatz, nachgeschickte Zeitungen, Bestellungsgebühr und Zeitungen unter Kreuzband enthaltenen Vollzugsvorschriften finden, so weit sie nicht ausschließlich den inländischen Verkehr betreffen, oder so fern nicht der Postvereinsvertrag ausdrücklich etwas Anderes festsetzt, auch auf den Zeitungsverkehr mit den Gebieten der Postvereinsstaaten Anwendung.

§. 9.

Fahrpost.

Die in den Artikeln 51 bis mit 66 des Postvereinsvertrags bezüglich der Fahrpost enthaltenen Vorschriften für den Wechselverkehr mit den Postgebieten des Postvereins finden vom 1. Mai d. J. an vorerst nur in so weit unbeschränkte Anwendung, als die Versendung nach dem vereinsländischen Bestimmungsort, beziehungsweise von dem vereinsländischen Absendungsort aus, ohne Durchschneidung des Gebietes einer dem Postverein nicht angehörenden Postverwaltung geschehen kann.

In denjenigen Fällen, in welchen die Fahrpostsendung das Gebiet einer dem Deutsch-Oesterreichischen Postverein nicht angehörenden Postverwaltung durchschneidet, ist zwar für die inländische Transportstrecke das badische Fahrpostporto nach den neuen Tarifsvorschriften anzusetzen und zu erheben; für die zwischenliegende nicht-vereinsländische Transportstrecke kommen jedoch die in dem betreffenden Postgebiet vorschriftsmäßig oder vertragsmäßig bestehenden Portobeträge in Ansatz.

Diesen Fall einer Abweichung von den allgemeinen Vorschriften ausgenommen, finden die in der Verordnung vom Heutigen — den Postverkehr im Innern des Großherzogthums betreffend — in den §§. 35 bis mit 43 und 47 bis mit 55 enthaltenen Vollzugsvorschriften, so weit sie nicht ausschließlich den Postverkehr im Innern betreffen, auch auf den Fahrpostverkehr mit den Gebieten der Postvereinsstaaten Anwendung.

Das Letztere gilt insbesondere auch vom Fahrposttarife, nach welchem im Fall der Frankirung die Portoantheile anderer Vereinsstaaten nach Maßgabe des Art. 63 des Postvereinsvertrags für das Postgebiet jeder einzelnen Vereinsverwaltung gesondert in Ansatz zu bringen sind.

So weit hierbei der Verkehr durch ein angrenzendes nicht = vereinsländisches Gebiet geht, dienen die mit der Verwaltung des Letzteren vertragsmäßig bestehenden Grenztar =, beziehungsweise Ausgangspunkte, und deren Entfernung vom inländischen Abgangs =, beziehungsweise Bestimmungsort, zur Bemessung des inländischen Fahrpostporto.

§. 10.

Portofreiheit bei der Fahrpost.

Eine Befreiung vom Fahrpostporto findet im internationalen Postverkehr mit den Postvereinsstaaten nur in so fern und in so weit statt, als dieselbe auf besondere Vereinbarungen gegründet ist, wie z. B. in Zollvereinsachen.

Fahrpostsendungen in Justizsachen, welche großherzogliche Justizbehörden an öffentliche Behörden in einem anderen Vereinsstaat absenden oder von daher empfangen, bleiben — in so fern das Porto einer Staatskasse zur Last fallen würde — vom inländischen Fahrpostporto befreit, wenn und so weit der betreffende Vereinsstaat die Reciprocität beobachtet.

§. 11.

Erleichterungen im Fahrpostverkehr mit Bayern.

Im unmittelbaren Fahrpostverkehr zwischen Baden und Bayern, d. h. wenn die Versendung ohne Vermittlung einer dritten Postverwaltung erfolgt, wird das Porto von Fahrpostsendungen zwischen Postanstalten des beiderseitigen Gebiets, welche in gerader Linie nicht über 20 Meilen von einander entfernt sind, nicht nach deren Entfernung vom gemeinschaftlichen Grenztarpunkt (Art. 53 des Postvereinsvertrags), sondern nach der Entfernung in gerader Linie bemessen, in der Art jedoch

1. daß bei einer Entfernung bis zu 10 Meilen einschließlich für jede der beiden Postverwaltungen der erste Progressionsfuß (1 bis 5 Meilen),
2. bei einer Entfernung über 10 und bis zu 20 Meilen einschließlich für jede der beiden Postverwaltungen der zweite Progressionsfuß (über 5 bis 10 Meilen),
3. bei unmittelbar einander gegenüber liegenden Grenzstationen aber nur der erste Progressionsfuß (bis 5 Meilen) und zwar zu Gunsten der absendenden Postanstalt in Ansatz kommt.

II. Postverkehr mit den Postgebieten der dem deutsch = österreichischen Postverein zur Zeit noch nicht angehörenden deutschen Postverwaltungen.

§. 12.

Im Allgemeinen:

Im Postverkehr mit den Gebieten der dem deutsch = österreichischen Postverein zur Zeit noch nicht angehörenden deutschen Postverwaltungen treten in Folge des Anschlusses des Großherzog-

thums an den deutsch-österreichischen Postverein keine Aenderungen ein und es finden die unter Ziffer I. oben gegebenen Vorschriften im Allgemeinen auf diesen Verkehr keine Anwendung.

Die dem deutsch-österreichischen Postverein dermalen noch nicht angehörnden deutschen Länder sind:

1. das Königreich Württemberg,
2. das Großherzogthum Luxemburg,
3. das Herzogthum Braunschweig,
4. das Großherzogthum Oldenburg;
sodann
5. aus dem Postgebiet der fürstlich Thurn- und Taxis'schen Postverwaltung nachstehende Länder:
 - a. das Kurfürstenthum Hessen,
 - b. das Großherzogthum Hessen,
 - c. das Herzogthum Nassau,
 - d. und e. die vormaligen Fürstenthümer Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen.

§. 13.

Im Besondern:

a. Briefpostverkehr.

Beim Briefpostverkehr mit den im vorhergehenden Paragraphen genannten Ländern bleiben die mit den betreffenden Postverwaltungen bestehenden Verträge und die in den Beilagen A, B, C und D der diesseitigen Verordnung vom 22. October 1841 (Regierungsblatt Seite 349) enthaltenen Tarife und Vorschriften in Wirksamkeit.

Die Verwendung von Freimarken im Fall der Frankirung ist unzulässig.

b. Zeitungsverkehr.

Auf den Grund der Uebereinkunft vom 30. November 1849, deren Inhalt die Art. 38 bis mit 49 des Postvereinsvertrages bildet, bleiben die obengenannten, bereits seit dem 1. Jan. 1850 im Großherzogthum in Vollzug gesetzten Vorschriften des Letzteren auch bezüglich des Zeitungsverkehrs mit den nicht vereinsländischen deutschen Postgebieten ferner in Anwendung. Hierbei treten die in den §§. 24 bis mit 27 und 29 bis mit 34 der Verordnung vom Heutigen über den Postverkehr im Innern des Großherzogthums enthaltenen Vollzugsvorschriften, so weit sie nicht ausschließlich den Zeitungsverkehr im Innern betreffen, ebenmäßig in Wirksamkeit.

c. Fahrpostverkehr.

Beim Fahrpostverkehr finden die in der Verordnung vom Heutigen für den Fahrpostverkehr im Innern des Großherzogthums gegebenen Vorschriften mit den oben in den §§. 9 und 10 in Beziehung auf den Durchgang enthaltenen Abänderungen und nähern Bestimmungen auch Anwendung auf solche Fahrpostsendungen, welche aus dem Großherzogthum nach einem nicht zum Postverein gehörenden deutschen Postgebiet bestimmt sind oder von da einlangen.

III. Postverkehr mit dem nicht-deutschen Ausland.**§. 14.**

Auf den Postverkehr mit dem nicht-deutschen Ausland finden die im Postvereinsvertrag enthaltenen Bestimmungen, ferner die in der Verordnung vom Heutigen über den Postverkehr im Innern des Großherzogthums enthaltenen Vorschriften, vorerst nur in so weit Anwendung, als die zwischen der großherzoglichen Postverwaltung, beziehungsweise zwischen einer anderen, die Beförderung nach dem Ausland besorgenden deutschen Postverwaltung, mit den betreffenden fremden Ländern dormalen bestehenden Postverträge nicht ein Anderes vorschreiben.

Insbsondere verbleiben

- a. beim Briefpostverkehr die zwischen den großherzoglichen und den fremdländischen Postanstalten dormalen vertragsmäßig bestehenden Portotaxen, einschließlich der Bestimmungen über Briefgewicht u. s. w., bis auf Weiteres gänzlich unverändert.

Die Verwendung von Freimarken zur Frankirung ist — auch für die vereinsländische Transportstrecke bis zur fremdländischen Grenze — unzulässig.

- b. Der Zeitungsverkehr mit fremden Ländern richtet sich nach den im Art. 50 des Postvereinsvertrags, in den §§. 8 und 14 gegenwärtiger Verordnung, so wie in Abschnitt III, §§. 24, 25, 26, 27, 29, 30, 31, 32, 33, 34 der Verordnung vom Heutigen über den Postverkehr im Innern des Großherzogthums enthaltenen Vorschriften, so weit sich diese auf den Zeitungsverkehr mit fremden Ländern anwenden lassen.

- c. Beim Fahrpostverkehr kommen bezüglich der badischen Transportstrecke die in der Verordnung vom Heutigen über den Postverkehr im Innern des Großherzogthums im IV. Abschnitt (§. 35 bis mit 55) enthaltenen Vorschriften, soweit dieselben auf den Verkehr mit fremden Ländern angewendet werden können, unbeschränkt in Anwendung, sofern nicht die mit den betreffenden fremden Postverwaltungen bestehenden Postverträge etwas Anderes festsetzen.

Die nach fremden Ländern bestimmten Fahrpoststücke müssen in solcher Verpackung und mit denjenigen Deklarationen und Ausweispapieren versehen aufgegeben werden, welche für den Eintritt oder Durchgang in den betreffenden Ländern vorgeschrieben sind.

Findet der Durchgang nach fremden Ländern durch Postvereinsgebiet statt, so kommen die im §. 9, geschieht der Durchgang durch nicht-vereinsländische deutsche Postgebiete, so kommen die im §. 13. c. gegenwärtiger Verordnung enthaltenen Vorschriften überdies in Anwendung.

In wie weit durch neue Postverträge der großherzoglichen oder einer andern vereinsländischen Postverwaltung die vorstehenden Vorschriften für den Postverkehr mit dem nicht-deutschen Ausland eine Aenderung erleiden, wird seiner Zeit jedesmal besonders bekannt gemacht werden.

Die großherzogliche Direction der Posten und Eisenbahnen ist mit dem weitem Vollzug beauftragt.

Karlsruhe, den 12. April 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Schr. von Müdt.

Vdt. F. v. Dusch.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Donnerstag den 24. April 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Dienstaufträge.

Befehlungen und Bekanntmachungen der Ministerien: Bekanntmachungen des großherzogl. Ministeriums des Innern: die Staatsgenehmigung von Stiftungen im Sektreis betreffend; die Staatsgenehmigung von Stiftungen im Oberheinkreis betreffend. Verordnung des großherzogl. Finanzministeriums: die Konstatirung der Classensteuer betreffend.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Dienstaufträge.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich
unter dem 12. April d. J.

gnädigst bewogen gefunden:

die auf den Geistlichen Rath, Professor Dr. Maier gefallene Wahl zum Prorector der Universität Freiburg für das Studienjahr 1851/52 zu bestätigen;

den Professor der Chemie und Director der chemischen Anstalt an der Universität Heidelberg, Geheimen Hofrath Dr. Gmelin — auf sein unterthänigstes Ansuchen — wegen vorgerückten Alters, unter Anerkennung seiner ausgezeichneten Verdienste um die Wissenschaft und seiner langjährigen treu geleisteten Dienste, unter Verleihung des Charakters als Geheimer Rath zweiter Classe, in den Ruhestand zu versetzen;

den Forstmeister von Stengel von der Bezirksforstrei Stockach auf die Bezirksforstrei Ettlingen zu versetzen;

dem Lehrer Friedrich Nummer, unter Beibehaltung seiner Funktion an der Gewerbschule zu Heidelberg und unter Ernennung zum Professor, die zweite Hauptlehrerstelle an der höheren Bürgerschule daselbst zu übertragen;

zu genehmigen, daß der unter dem 17. Januar d. J. bereits provisorisch in Ruhestand versetzte Postverwalter Johann Mayer zu Laß, bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit, im Pensionsstand zu verbleiben habe;

den Stiftungsrevisor Funke in Constanz zur Stiftungsrevision bei der Regierung des Mittelrheinkreises zu versetzen;

die evangelische Stadtpfarrei Hornberg dem Pfarrer Adolph Vischer in Gersbach,
 das Diakonat Hornberg, womit die erste Lehrerstelle an der höheren Bürgerschule daselbst
 verbunden ist, dem provisorischen Verwalter desselben, Vikar Eduard Christian Martini,
 die katholische Stadtpfarrei Pforzheim dem Stadtkaplan Alois Schuh in Mannheim,
 das erledigte Präbikaturbenefizium und die damit verbundene Lehrstelle an dem Gymnasium
 zu Offenburg dem Professor Stumpf in Baden, unter Belassung seines Charakters als
 Professor,
 die katholische Pfarrei Kirchhofen, Amts Stausen, dem Dekan und Pfarrer Martin Hor-
 muth in Strümpfelbronn,
 die katholische Pfarrei Bühlerthal, Amts Bühl, dem Pfarrer Eugen Kilian in Witzgenhofen,
 die katholische Pfarrei Walldorf, Amts Wiesloch, dem Dekan Peter Brettle in Wies-
 loch, und
 die katholische Pfarrei Windischbuch, Amts Vörsberg, dem Kaplanetverweiser Joseph Weiss
 in Triberg, — zu übertragen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Staatsgenehmigung von Stiftungen im Seekreise betreffend.

Nachstehende Stiftungen haben von der Regierung des Seekreises die Staatsgenehmigung
 erhalten und werden hiermit zum ehrenden Andenken der Stifter zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
 Karlsruhe, den 14. April 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
 von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Es haben gestiftet:

- mehrere Ungenannte zum Bruderschaftsfond in Büßlingen 80 fl.;
- der ledig verstorbene Landwirth Johann Limberger von Hüfingen zum Armenfond allda 1000 fl.;
- die Wittwe Anna Maria Dreher von Bermatingen zum Kirchenfond allda zur Abhaltung
 eines Seelenamtes für ihre beiden verstorbenen Ehemänner und zur Vertheilung des Zinsrestes als
 Spendalmosen unter die Armen 100 fl.;
- die verstorbene Wittwe Theresia Weber von Singen in den dortigen Kirchenfond behufs der
 Abhaltung jährlicher zweier stillen Messen 80 fl.;
- ein Ungenannter zur Kirche in Hausen an der Aach ein neues Missale im Werthe von 23 fl.;
- die Erben des am 30. September 1850 verstorbenen Anton Reißlin von Sunthausen zum
 katholischen Armenfond allda 20 fl.;
- der ledig verstorbene Landwirth Johann Limberger von Hüfingen zum dortigen Schulfond
 mit der Bestimmung, daß die Zinse für arme Schulkinder verwendet werden sollen, 200 fl.;
- Ungenannte in die Kirche zu Unterfirnach ein Velum humerale im Werthe von 40 fl.;
- der verstorbene Ochsenwirth Anton Egalt von Unabingen zum dortigen Armenfond 50 fl.;
- mehrere Ungenannte zur Kirche in Altglashütte ein Velum im Werthe von 30 fl.;

ein Ungenannter durch Vermittelung des Joh. Baptist Koch zu Neuenburg in der Schweiz zum Armenfond in Bärenthal, mit der Bedingung, daß die Zinse alljährlich durch den Gemeinderath unter alle nothdürftigen Armen dieser Gemeinde vertheilt werden sollen, 200 fl.;

die verstorbene Wittwe Müller, geborene Gäng von Mauchen, zum dortigen Schul- und Armenfond, unter der Bedingung, daß für sie alljährlich eine stille heilige Messe abgehalten werde, 50 fl.;

die verstorbene Wittwe des Kreidrevisors Manz, Josepha, geborene Lender zu Constanz:

a. dem Verein für sittlich verwahrloste Kinder, mit der Bedingung, daß die jährlichen Zinse auf verwahrloste Kinder aus der ehemaligen Dom- (jetzigen Münster-) Pfarrei in Constanz verwendet werden sollen, 120 fl.;

b. für arme Waisen aus der nämlichen Pfarrei 120 fl.;

der verstorbene Conrad Frei von Frenkenbach in den Armenfond zu Rippenhausen 20 fl.;

die Ehefrau des Papierfabrikanten Andreas Briemeier zu Nach, Maria Anna Kiene, in die Gottesackerkirche allda:

ein Oelgemälde, die heilige Familie darstellend, im Werthe von 30 fl.;

ein Cruzifix im Werthe von 12 fl.;

ein Altartuch, Handtücher und Messpult im Werthe von 4 fl.;

Barbara Schelle von Unterhallau, Kantons Schaffhausen, zum Armenfond in Eberfingen, mit der Auflage, alljährlich in der Filialkirche zu Eberfingen eine stille heilige Messe lesen zu lassen, 50 fl.

Die Staatsgenehmigung von Stiftungen im Oberrheinkreise betreffend.

Nachstehende Stiftungen haben von der Regierung des Oberrheinkreises die Staatsgenehmigung erhalten und werden hiemit zum ehrenden Andenken der Stifter zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
Carlsruhe, den 14. April 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Es haben nämlich gestiftet:

die verstorbene Frau Gräfin von Hennin zu Heddingen in den dortigen Armenfond 200 fl.;

die Wittwe des Johann Rappes, Ursula Jähringer von Ottenheim, in den Kirchenfond daselbst, mit der Verbindlichkeit zu Abhaltung eines Seelenamtes, 100 fl.;

Domdekan und Generalvikar Dr. Johann Adam Martin von Freiburg in den Rettungsfond sittlich verwahrloster Kinder, respektive in den Armenfond daselbst 132 fl.;

Martin Fuchs von Lannenkirch in das dortige Almosen 8 fl.;

mehrere Bürger von St. Georgen, Amts Hornberg, in den Almosenfond daselbst 22 fl.;

die verstorbene Wittwe Maria Anna Schandelmair von Schönwald in den dortigen Armenfond 50 fl.;

der ledige Simon Pflüger von Steinen in den Almosenfond zu Weitenau 20 fl.;

Sakristan Xaver Rixinger von Freiburg in den St. Martins Pfarr- und Kirchenfond daselbst, mit der Verbindlichkeit zu Abhaltung eines Seelenamtes, 100 fl.;

die Kaiser Bogt'sche Ehefrau von Freiburg in den Münsterfabrikfond von da zu Abhaltung eines Seelenamtes und Unterhaltung des steinernen Christusbildes und Kreuzes auf dem Schloßberge 350 fl.;

Anna, Viktoria und Maria Spränge von Waldbau in den dortigen Schul- und Armenfond 25 fl.;

zwei Ungenannte in den Armen- und Schulfond zu Dangstetten je 100 fl., 200 fl.;

Karl Willins Wittwe von Müllheim in den Spitalfond daselbst 1000 fl.;

die Fabrikanten Ernst Friedrich Gottschalk und Karl Wilhelm Grether von Schopfheim in den Kirchspielalmosenfond daselbst 300 fl.;

der verstorbene Handelsmann Dominik Gäß von Freiburg in den dortigen Heiliggeistspitalfond 100 fl.;

derselbe in den dasigen Waisenhausfond 100 fl.;

der verstorbene Sakristan Xaver Rixinger von Freiburg in den Kranken-, Sterbe- und Wittwenkassenverein daselbst 100 fl.;

der Wittwer Fridolin Gäng von Eschbach, Bezirksamts Waldbüh, in den Kapellenfond zu Oberwiesli 100 fl., mit der Verbindlichkeit zu Abhaltung zweier Gedächtnismessen.

Verordnung, die Constatirung der Classensteuer betreffend.

Nachdem sich als nothwendig erwiesen hat, daß die Steuerperäquatoren bei Prüfung der Classensteuererklärungen, welche nach §. 2, 3 und 4 der Verordnung vom 16. August 1849 (Regierungsblatt Nr. LI.) den Schatzungsräthen obliegt, persönlich mitwirken und daher den Sitzungen der letzteren anwohnen, und in Betracht, daß es zur Ersparung von Zeit und Kosten angemessen erscheint, dieses Geschäft mit dem ordentlichen Steuer-Ab- und Zuschreiben zu verbinden, wird verordnet, wie folgt:

§. 1.

Die Classensteuererklärungen sind künftighin und in diesem Jahre erstmals statt in der ersten Hälfte des Monats September in der zweiten Hälfte des Monats April einzureichen.

Die nach §. 3 und 4 der Verordnung vom 16. August 1849 dem Schatzungsrath in der zweiten Hälfte des Monats September mitzutheilenden Verzeichnisse nebst Classensteuererklärungen sind demselben von den betreffenden Behörden in den ersten Tagen des Monats Mai zu übersenden.

§. 2.

Die Prüfung und etwaige Berichtigung der Classensteuererklärungen wird bei dem ordentlichen Ab- und Zuschreiben der Gewerbesteuer unter Mitwirkung des Steuerperäquators fortan durch den Schatzungsrath vorgenommen und bleiben auch im Uebrigen die bestehenden Vorschriften in Kraft.

§. 3.

Die großherzogliche Steuerdirection wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.
Carlsruhe, den 12. April 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Probst.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Montag den 28. April 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Ordens-
verleihungen. Erlaubniß zur Annahme fremder Orden.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien: Bekanntmachung des großherzoglichen Finanzmini-
steriums: die Ausföndigung des freiwilligen Anlehens von 1849 betreffend.
Dienstverordnungen.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Ordensverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben allergnädigst geruht,
unter dem 7. März d. J.

dem Pfarrer R a u p p zu Wollbach,

unter dem 9. März d. J.

dem großherzoglich Sachsen-Weimar'schen Bergsrath Dr. S c h ü l e r in Jena,

unter dem 12. März d. J.

dem Gartendirector M e z g e r in Heidelberg,

unter dem 14. März d. J.

dem bisherigen Legationssecretär der französischen Gesandtschaft an Höchstihrem Hofe, Fournier,

unter dem 20. März d. J.

dem Bürgermeister R e i ß in Mannheim, so wie

unter dem 26. März d. J.

dem kaiserlich königlich österreichischen Hauptmann G r u b e r, vom 42. Infanterie-Regiment,
das Ritterkreuz des Ordens vom Jähringer Löwen, und

unter dem 29. März d. J.

dem Geheimen Rath und Leibarzt Dr. W i l s, Director der Sanitätscommission, zum inne-
habenden Commandeurkreuze des Ordens vom Jähringer Löwen die Auszeichnung des Eichenlaubs,

dem Geheimen Hofrath und Leibarzt Dr. Eugert in Baden das Commandeurkreuz, und dem Hofrath und Hofphysikus Dr. Schridel dahier das Ritterkreuz desselben Ordens zu verleihen.

Medaillenverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich
unter dem 9. April d. J.

allergnädigst bewogen gefunden,

dem Bürgermeister Lorenz Ristner in Forchheim in Anerkennung seiner langjährigen treuen und wirksamen Dienste, und

unter dem 16. April d. J.

dem Hauptzollamtsdiener Philipp Lasch in Neufreistett, in Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienstleistungen, die silberne Civilverdienstmedaille allergnädigst zu verleihen.

Erlaubniß zur Annahme fremder Orden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben
unter dem 20. März d. J.

dem Amtsphysikus Fr. W. Kreuzer in Durlach die allergnädigste Erlaubniß ertheilt, den ihm von Seiner Majestät dem Könige von Preußen verliehenen Rothen Adlerorden vierter Classe anzunehmen und zu tragen.

Die gleiche allerhöchste Erlaubniß erhielten:

unter dem 21. März d. J.

der Stadtdirector Stephan i in Mannheim und der Oberbürgermeister Malsch dahier für den ihnen von Seiner Majestät dem Könige von Preußen verliehenen Rothen Adlerorden dritter Classe;

unter dem 22. März d. J.

der Decan, Hof- und Stadtdiaconus Gnefeliu s dahier für den ihm von Seiner Majestät dem Könige von Preußen verliehenen Rothen Adlerorden dritter Classe;

unter dem 26. März d. J.

der Geistliche Rath, Decan und Stadtpfarrer Gass dahier für den ihm von Seiner Majestät dem Könige von Preußen verliehenen Rothen Adlerorden dritter Classe, und der Kaplan Höll dahier für jenen vierter Classe.

Die Aufkündigung des freiwilligen Anlehens von 1849 betreffend.

Da es den Umständen nach angemessen erscheint, das im Jahre 1849 von der Amortisationskasse aufgenommene freiwillige Anlehen zu kündigen, so wird verordnet, wie folgt:

§. 1.

Das nach dem Gesetze vom 14. Juli 1849 aufgenommene zu fünf Prozent verzinsliche freiwillige Anlehen im Gesamtbetrage von 776,100 fl. wird in Gemäßheit des Artikels 3 des gedachten Gesetzes zur Rückzahlung auf den 1. August dieses Jahres gekündigt.

Von diesem Tage an hört die Verzinsung auf.

Zur Rückzahlung sind neben der Amortisationskasse die Kreiskassen Freiburg und Mannheim, sämtliche Domänenverwaltungen, Obergemeindeverwaltungen, Hauptsteuer- und Hauptzollämter angewiesen.

§. 2.

Gläubiger, die ihr Kapital vor dem 1. August dieses Jahres zu beziehen wünschen, können solches mit Zins bis zum Zahlungstage jederzeit in Empfang nehmen.

§. 3.

Gläubigern, welche den Umtausch ihrer Schuldscheine in 4½prozentige, nach dem Gesetze vom 6. Februar d. J. ausfertigte Amortisationskasse-Obligationen dem Rückempfang ihres Kapitals vorziehen, wird dieser Umtausch — für je 100 fl. des freiwilligen Anlehens 100 fl. in 4½prozentigen Obligationen — zugestanden, wenn sie sich hierfür längstens bis zum 15. Mai dieses Jahres schriftlich oder mündlich bei der Amortisationskasse, entweder unmittelbar, oder durch eine der übrigen im §. 1 genannten Kassen, erklären. Dieß hat unter Angabe des Buchstaben, der Nummer und des Betrags jedes zu vertauschenden Schuldscheins des freiwilligen Anlehens zu geschehen; und wenn gewünscht wird, daß die 4½prozentigen Obligationen auf den Namen des Gläubigers eingetragen werden, so ist dieß zugleich zu bemerken.

Der Zins von fünf Prozent wird im Falle des Umtauschs bis zum 1. August d. J. bezahlt und es werden auf diesen Termin gegen Rückgabe der Schuldscheine des freiwilligen Anlehens nebst Coupons die 4½prozentigen Obligationen mit Zinsanweisungen vom 1. August an verabsolgt.

§. 4.

Die Amortisationskasse ist mit dem Vollzuge beauftragt.

Carlsruhe, den 24. April 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Probst.

Dienstverlebung

Die erledigten Bezirksforstereien Stockach, Geislingen, Bonndorf, Zell im Wiesenthal, Petersthal, Bretten, und die voraussichtlich bei diesem Anlaß zur Verlebung kommende Bezirksforsterei Randern werden zur Bewerbung mit einer Frist von drei Wochen ausgeschrieben, innerhalb welcher die Gesuche bei der großh. Direction der Forste, Berg- und Hüttenwerke einzureichen sind.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Dienstag den 29. April 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsse Seine Königl. Hoheit des Großherzogs: Dienstnachrichten.

Befehle und Bekanntmachungen der Ministerien: Bekanntmachung des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: den Eintritt von Hannover in den deutsch-österreichischen Postverein betreffend. Bekanntmachungen des großherzoglichen Ministeriums des Innern: die Gründung eines Schulvereins zu Altheim betreffend; die Stiftung des Johann Banert von Oberflonow betreffend.

Dienstverordnungen. Todesfälle.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsse Seine Königl. Hoheit des Großherzogs.

Dienstnachrichten.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben

unter dem 9. April d. J.

per unter dem 8. Februar dieses Jahres von dem Kriegsministerium verfügten Zuteilung des Regimentsarztes Finneisen zum siebenten Infanterie-Bataillon,

„ „ Dr. Fink zum ersten Infanterie-Bataillon,

„ „ Mayer zum dritten Reiter-Regiment,

„ „ Weber zum zweiten Reiter-Regiment,

„ Oberarzt Dr. Beck zum vierten Infanterie-Bataillon,

„ „ Brummer zum fünften Infanterie-Bataillon,

„ „ Braun zum neunten Infanterie-Bataillon,

„ „ Tritschler zum sechsten Infanterie-Bataillon,

„ „ Panther zum zweiten Reiter-Regiment,

„ „ Guttenberg zum fünften Infanterie-Bataillon,

nachträglich die allerhöchste Genehmigung zu ertheilen geruht.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Den Eintritt von Hannover in den deutsch-österreichischen Postverein betreffend.

Nachdem es der königlich hannoverschen Postverwaltung wegen Kürze der Zeit nicht möglich geworden ist, ihren auf den 1. i. M. Mai beabsichtigten Anschluß an den deutsch-österreichischen Postverein bis dahin in Vollzug zu setzen und hiezu ein späterer Termin anberaumt worden wird, so bleiben bezüglich des Postverkehrs zwischen Baden und Hannover die Vorschriften des Postvereinsvertrages vorerst noch außer Anwendung.

Dies wird mit dem Anhang bekannt gemacht, daß nunmehr bis auf weiteres der eben erwähnte Postverkehr nach den im Abschnitt II. der Verordnung vom 12. d. M., den Anschluß des Großherzogthums an den deutsch-österreichischen Postverein betreffend (Regierungsblatt S. 279 und folg.) §§. 12 und 13 enthaltenen Vorschriften zu behandeln ist.

Carlsruhe, den 26. April 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Schr. Rdt.

Vdt. F. v. Dusch.

Die Gründung eines Schulfonds zu Altheim betreffend.

Der am 1. September 1846 verstorbene Eusebius Knoll von Altheim hat in seinem letzten Willen zur Gründung eines Schulfonds in Altheim die Summe von zweihundert Gulden unter der Bestimmung ausgesetzt, daß die Zinsen hievon jährlich zur Anschaffung von Schreibmaterialien und Büchern, so wie zur Bezahlung des Schulgeldes vorzugsweise für arme Kinder von Rickertsweiler verwendet werden.

Diese Stiftung hat die Staatsgenehmigung erhalten, und wird zum ehrenden Andenken des Stifters hierdurch veröffentlicht.

Carlsruhe, den 7. April 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Die Stiftung des Johann Gantert von Obersimonswald betreffend.

Johann Gantert von Obersimonswald hat zur Gründung eines Armenfonds daselbst die Summe von fünfhundert Gulden mit der Bestimmung gestiftet, daß die Zinsen hieraus alljährlich unter die Ortsarmen vertheilt werden.

Diese Stiftung hat die Staatsgenehmigung erhalten, und wird zum ehrenden Andenken des Stifters hierdurch bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 7. April 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marshall.

Vdt. Behaghel.

Dienst erledigungen.

Die katholische Pfarrei Dillendorf, Amts Bonndorf, mit einem beiläufigen Jahreserträgniß von 800 fl. ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großh. katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

Eine evangelische Pfarrei zu Durlach, welche nach Staatsministerialerlaß vom 28. v. M., Nr. 641, mit einem fixen Einkommen von 650 fl. nebst freier Wohnung und den Accidentien wieder besetzt werden soll, ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber haben sich binnen sechs Wochen nach Vorschrift bei großh. evangelischen Oberkirchenrathe zu melden.

Die katholische Pfarrei Gündelwangen, Amts Bonndorf, mit einem beiläufigen Jahreserträgniß von 800 fl. ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Blumberg, Amts Donaueschingen, mit einem beiläufigen Jahreserträgniß von 900 fl. ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

An der höheren Bürgerschule zu Heidelberg ist die Stelle eines Lehrers mit einem jährlichen Gehalte von 600 bis 800 fl. erledigt. Die Bewerber um dieselbe, mit welcher hauptsächlich der französische Unterricht verbunden ist, haben sich binnen drei Wochen bei dem großh. Oberstudienrathe zu melden.

Bei der großh. Regierung des Kreises ist die Stelle eines Stiftungsrevisors in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen vier Wochen bei der genannten Kreisregierung zu melden.

Todesfälle.

Gestorben sind:

am 12. März 1851: der pensionirte Physikus Dr. Panther in Gengenbach;
" 20. " 1851: " " Oberzollinspektor Brunner in Emmendingen.

I. Titel.**Allgemeine Bestimmungen.****Von den Rechten der Gemeindebürger.****§. 1.**

Die Rechte der Gemeindebürger sind:

1. das Recht des ständigen Aufenthalts in der Gemeinde und der Benutzung aller Gemeindeanstalten;
2. der Stimmgebung bei Gemeindeversammlungen;
3. der Wahlfähigkeit und Wählbarkeit zu allen Gemeindegätern;
4. der Theilnahme an dem Gemeinde- und Almsgut, und zwar die unter Nr. 2, 3, 4 bezeichneten Rechte nach Vorschrift des Gesetzes über Verfassung und Verwaltung der Gemeinden;
5. des Betriebes eines jeden Gewerbes nach Vorschrift der Gesetze;
6. das Recht, in der Gemeinde, deren Bürger Jemand ist, unter der Beschränkung des §. 44, Absatz 2, durch Heirath eine Familie zu gründen;
7. das Recht des Anspruches auf Unterstützung aus den Gemeindemitteln in Fällen der Dürftigkeit.

Denjenigen, die ein angeborenes Bürgerrecht besitzen, das Bürgerrecht aber noch nicht angetreten haben, stehen die unter Nr. 1 und 7 genannten Rechte zu.

§. 2.

Die Rechte aller Gemeindebürger sind gleich, wo nicht das Gesetz über Verfassung der Gemeinden und das gegenwärtige einen Unterschied machen.

§. 3.

Niemand kann in Zukunft das Bürgerrecht in mehr als einer Gemeinde besitzen.

II. Titel.**Von der Erwerbung des Bürgerrechts.****§. 4.**

Das Bürgerrecht wird erlangt:

1. durch Geburt;
2. durch Annahme.

§. 5.

Bürgerstöchter haben ein angeborenes Bürgerrecht, können aber dasselbe erst antreten, wenn sie sich mit einem Gemeindebürger verheirathen.

Andere Frauenspersonen erlangen das Bürgerrecht nur durch Verehelichung mit einem Gemeindebürger oder durch Aufnahme ihres Ehemannes in das Bürgerrecht.

Auch nach getrennter oder nichtig erklärter Ehe behält die Ehefrau ihr Bürgerrecht in der Gemeinde, in welcher ihr Ehemann dasselbe zur Zeit der Auflösung der Ehe hatte. Sie hat jedoch, so lange ihr Ehemann lebt, keinen Anspruch an die Bürgernutzungen.

1. Kapitel.

Von der Erwerbung des Bürgerrechts durch Geburt.

§. 6.

Alle ehelichen Kinder haben das angeborene Bürgerrecht in der Gemeinde, in welcher ihr Vater zur Zeit der Geburt, oder wenn er früher gestorben sein sollte, zur Zeit seines Absterbens Bürger gewesen ist.

§. 7.

Uneheliche Kinder erlangen das Bürgerrecht in der Gemeinde, in welcher die Mutter zur Zeit der Entbindung das angeborene Bürgerrecht hatte.

§. 8.

Durch nachgefolgte Ehe der Eltern erwerben die der elterlichen Gewalt noch nicht entlassenen, im Ehevertrage oder vorher gesetzlich von dem Vater anerkannten Kinder das Bürgerrecht in der Gemeinde, in welcher der Vater zur Zeit der Verehelichung solches hatte; das frühere durch die Mutter erworbene hört auf.

§. 9.

War das Kind zur Zeit der Verehelichung seiner Eltern der elterlichen Gewalt bereits entlassen, so behält es sein bisheriges Bürgerrecht.

§. 10.

Zu dem Antritt des angeborenen Bürgerrechts wird erfordert:

1. das zurückgelegte fünfundzwanzigste Lebensjahr;
2. der Besitz eines den Unterhalt einer Familie sichernden Vermögens oder Nahrungszweiges und neben dem letzteren jedenfalls der Besitz des in §. 10 a. festgesetzten Vermögens;
3. in so fern die Ausübung des Nahrungszweiges an gesetzliche Bedingungen geknüpft ist, die Nachweisung, daß solchen Genüge gethan sei.

§. 10 a.

Das zum Antritte des angeborenen Bürgerrechts erforderliche Vermögen besteht:

1. in den Städten von mehr als dreitausend Einwohnern in zweihundert Gulden,
2. in kleineren Städten und in Landgemeinden in einhundert Gulden.

Hinsichtlich der Nachweisung des Vermögens kommen die §§. 25 und 26 auch hier zur Anwendung.

§. 11.

Wer wegen eines Verbrechens zu einer peinlichen Strafe oder zu einer Arbeitshausstrafe von wenigstens sechs Monaten, oder zur Dienstentlassung, oder wegen Diebstahls, Unterschlagung, Fälschung, Betrugs, Landstreicherei oder Bettels zu irgend einer andern Strafe richterlich verurtheilt worden ist, kann vom Gemeinderath bis nach Ablauf von zwei Jahren, von der erstandenen Strafe an gerechnet, vom Antritt des angeborenen Bürgerrechts zurückgewiesen werden.

Eben so können offenkundig schlechte Haushälter und Trunkenbolde jeweils auf zwei Jahre zurückgewiesen werden.

Denjenigen, welche wegen eines Verbrechens, das nach Absatz 1 ihre Zurückweisung zur Folge haben kann, in gerichtlicher Untersuchung stehen, kann bis zu erfolgendem Erkenntniß der Antritt des angeborenen Bürgerrechts versagt werden.

§. 12.

Für den Eintritt in das angeborene Bürgerrecht ist zu entrichten:

| | |
|---|--------|
| in den Städten Karlsruhe, Mannheim, Freiburg und Heidelberg | 10 fl. |
| in den übrigen Städten über dreitausend Seelen | 8 " |
| in allen übrigen Städten | 5 " |
| in den Landgemeinden | 3 " |

Der Gemeinderath kann unter Zustimmung des Ausschusses den Unvermöglichen diese Gebühren ganz oder theilweise nachlassen. Frauenpersonen haben für den Antritt ihres angeborenen Bürgerrechts (§. 5) die obigen Gebühren nicht zu bezahlen.

§. 13.

Außer diesen Gebühren dürfen keine weiteren, unter welchem Namen es auch sei, weder für die Gemeindekasse, noch für den Gemeinderath, gefordert werden.

§. 14.

Wo in einer Gemeinde von einem neu aufgenommenen Bürger (§. 38) besondere Beiträge für gemeinnützige Lokalanstalten gefordert werden dürfen, können solche Beiträge auch für den Antritt des angeborenen Bürgerrechts bezogen werden.

§. 14 a.

Gemeinderath und Ausschuss können Den, der das angeborene Bürgerrecht hat, aus dringenden Gründen auch schon vor zurückgelegtem fünfundzwanzigsten Lebensjahre zum Antritte desselben zulassen. Auch können sie das im §. 10 a. festgesetzte Vermögen ganz oder theilweise nachsehen.

Die Zulassung zum Antritte des angeborenen Bürgerrechts vor zurückgelegtem fünfundzwanzigsten Lebensjahre bedarf der Staatsgenehmigung.

§. 14 b.

Wer schon vor zurückgelegtem fünfundzwanzigsten Lebensjahre zum Antritte des angeborenen

Bürgerrechts zugelassen wird, erwirbt gleichwohl erst mit zurückgelegtem fünfundzwanzigsten Lebensjahre die im §. 1, Ziffer 2 und 3 bezeichneten Rechte, und den Rang zum Almendgenuß.

2. Kapitel.

Von der Erwerbung des Bürgerrechts durch Aufnahme.

§. 15.

Dem Gemeinderath und Bürgerausschuß steht allein das Recht der Bürgeraufnahme zu, nach Vorschrift dieses Gesetzes.

Dieselben haben in gemeinschaftlicher Berathung und mit Durchzählung der Stimmen ihre Beschlüsse zu fassen, wobei die Bestimmung des §. 41 Absatz 7 des Gemeindegesetzes ebenfalls Anwendung findet.

§. 16.

Die Bürgeraufnahme darf weder auf eine bestimmte Zeit, noch unter einer, die gesetzlichen Rechte des Gemeindebürgers beschränkenden, Bedingung erteilt werden.

§. 17.

Jeder badische Staatsbürger, welcher das fünfundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat, hat das Recht, die bürgerliche Aufnahme in jede Gemeinde des Großherzogthums für sich und seine der Gewalt noch nicht entlassenen Kinder zu verlangen, wenn er sich in keinem der Fälle des §. 18 befindet und die gesetzlichen Bedingungen erfüllt. Die noch unter elterlicher Gewalt stehenden Kinder des Aufgenommenen erwerben das Bürgerrecht durch die Aufnahme des Vaters, verlieren aber das bisher in einer anderen Gemeinde ihnen zugestandene Bürgerrecht.

§. 18.

Die Aufnahme in eine Gemeinde können nicht verlangen:

1. offenkundig schlechte Haushälter oder Trunkenbolde, oder solche, welche offenkundig einen ausschweifenden Lebenswandel führen;
2. Entmündigte und Mundtode;
3. Diejenigen, welche zu einer peinlichen Strafe verurtheilt wurden;
4. Diejenigen, welche zu einer Arbeitshausstrafe von wenigstens sechs Monaten, oder zur Dienstentlassung oder wegen Diebstahls, Unterschlagung, Fälschung, Betrugs, Landstreicherei oder Bettels zu irgend einer andern Strafe gerichtlich verurtheilt wurden, während der ersten fünf Jahre von erstandener Strafe an;
5. Diejenigen, welche sich wegen eines Verbrechens, das nach Nr. 3 und 4 einen bleibenden oder zeitlichen Verlust des Anspruchs der Aufnahme zur Folge hat, in gerichtlicher Untersuchung befinden, bis zu erfolgndem richterlichen Erkenntnisse;
6. Diejenigen, welche sich als Pfleglinge in der polizeilichen Verwahrungsanstalt befunden haben, während der ersten fünf Jahre nach ihrer Entlassung aus derselben.

§. 19.

Der Nachsuchende hat das Zeugniß, daß er in keinem der Fälle des §. 18 sich befindet, von der Bezirkspolizeibehörde seiner Heimath, welche zu diesem Behufe den Gemeinderath und das Pfarramt der Heimathsgemeinde vernehmen wird, und, wenn derselbe sich in den letzten fünf Jahren auswärts aufgehalten hat, auch von dem Gemeinderath oder der Polizeibehörde dieser Aufenthaltsorte beizubringen.

§. 20.

Der Gemeinderath und Ausschuß derjenigen Gemeinde, in welche die Aufnahme nachgesucht wird, können die Beibringung dieser Zeugnisse ganz oder theilweise nachsehen, wenn der Nachsuchende sich über eine tadellose Aufführung während des letzten Jahres ausweist, oder kurze Zeit vor seinem Ansuchen mit guten Zeugnissen aus der Fremde zurückgekehrt ist, oder wenn überall kein Verdacht eines schlechten Leumundes vorliegt.

§. 21.

Hinsichtlich der Rücksicht des in §. 17 vorgeschriebenen Alters kommen die §§. 14 a. und 14 b. auch bei der Aufnahme zur Anwendung.

§. 22.

Die gesetzlichen Bedingungen der Bürgeraufnahme sind:

1. die Nachweisung eines bestimmten Nahrungszweigs nach Vorschrift des §. 10 Nr. 2 und 3;
2. der Besitz des in §. 23 festgesetzten Vermögens.

Der Gemeinderath und Bürgerausschuß können Demjenigen die Aufnahme versagen, der seinen Nahrungszweig nicht in der Gemeinde, in welcher er die Aufnahme sucht, betreiben will, oder ihn dort nicht betreiben kann.

§. 23.

Das Vermögen muß bestehen:

1. in den Städten Karlsruhe, Mannheim, Freiburg, Heidelberg, Baden und Rastatt in eintausend Gulden;
2. in andern Städten über dreitausend Seelen in siebenhundert Gulden;
3. in den kleineren Städten und in Landgemeinden in fünfhundert Gulden;

§. 24.

Von jeder fremden Frauensperson, welche mit einem Gemeindegürger sich verehelicht, so wie von der Ehefrau des in eine Gemeinde aufzunehmenden Bürgers, muß ein Vermögen von 150 fl. nachgewiesen werden.

§. 25.

Nur dasjenige Vermögen kommt in Berechnung, welches der um die Bürgerannahme Nachsuchende eigenthümlich und nach Abzug der Schulden in Besitz hat.

Die bloße Nachweisung des gegenwärtigen Besizes des Vermögens genügt nicht, wenn der Besizende nicht auf Verlangen zugleich glaubhaft macht, daß und wie er dasselbe eigenthümlich erworben habe.

§. 26.

Ausgenommen von der Vermögensberechnung sind und kommen bei solcher nicht in Anschlag: Luxusgegenstände, das nothwendige Hausgeräthe, die Kleider, das Leibweißzeug.

Auf Verlangen des Gemeinderaths hat der Aufzunehmende den Besiz der nothwendigen Gegenstände der häuslichen Einrichtung oder der Mittel zu den nothwendigen Anschaffungen dieser Art neben dem im §. 23 festgesetzten Vermögen darzuthun.

§. 27.

Als nachgewiesenes Vermögen wird nur dasjenige angesehen, was nach Abzug des von dem Bewerber sofort bei der Aufnahme zu entrichtenden Einkaufsgeldes (§. 30) übrig bleibt.

§. 28.

Wird die Aufnahme zum Behuf der Verheirathung mit einer Bürgerstochter oder Bürgerwittve nachgesucht, so ist das eigenthümliche schuldenfreie Vermögen beider Verlobten zusammen zu rechnen.

§. 29.

In diesem Falle kann dem Bewerber nur die vorläufige Versicherung gegeben werden, daß ihm, wenn die angegebene Heirath zu Stande komme, das Bürgerrecht ertheilt werde; die Bürgeraufnahme tritt dann erst in Wirksamkeit, wenn die Ehe geschlossen ist.

§. 30.

Zu den gesetzlichen Bedingungen gehört die baare Entrichtung eines Einkaufsgeldes vor der Aufnahme.

Der Betrag des Einkaufsgeldes wird festgesetzt:

- a. in den Städten Karlsruhe, Mannheim, Freiburg und Heidelberg auf Einhundert und zwanzig Gulden;
- b. in allen übrigen Städten über 3000 Seelen auf zehn Procent von der Summe, welche sich ergibt, wenn das Gesamtsteuerkapital des Orts durch dessen Seelenzahl, ohne Einrechnung der staatsbürgerlichen Einwohner, getheilt wird;
- c. in Städten unter 3000 Seelen auf acht Procent, in den Landgemeinden auf fünf Procent von der Summe, welche durch die vorgebadhte Theilung des Gesamtsteuerkapitals auf den Kopf fällt.

Uebersteigt jedoch in beiden letztgedachten Fällen der Kopftheil von dem Gesamtsteuerkapitale den Betrag von 1000 fl., so können von dem höheren Betrage keine Procente gerechnet werden.

§. 31.

Für die Frau des Bewerbers, welche keine Bürgerstochter oder Bürgerwitwe der Gemeinde ist, in welche die Aufnahme gesucht wird, so wie für die fremde Frauensperson, welche einen Gemeindegänger heirathet, ist die Hälfte des Einkaufsgeldes, welches die aufzunehmende fremde Mannsperson nach diesem Gesetze zu bezahlen hat, zu entrichten.

§. 32.

Für Kinder des Bewerbers, die noch unter väterlicher Gewalt zur Zeit seiner Aufnahme stehen, wird kein besonderes Einkaufsgeld bezahlt.

§. 33.

Wird die Aufnahme in das Bürgerrecht in der Absicht nachgesucht, um sich mit einer Bürgerstochter oder Bürgerwitwe zu verehelichen, so ist nur die Hälfte des Einkaufsgeldes zu entrichten; zerfällt sich die Heirath nach der Aufnahme, so ist, in so fern nicht der Fall des §. 29 eintritt, der Aufgenommene die andere Hälfte nachzuzahlen verpflichtet, er mag später eine Bürgerstochter heirathen oder nicht.

Hat der Tod die Verehelichung unmöglich gemacht, so ist die andere Hälfte nicht mehr zu entrichten.

§. 34.

Befinden sich in einer Gemeinde Allmendnutzungen, so wird der zehnjährige Durchschnittswert derselben festgestellt, und berechnet, wie viel davon, wenn die Nutzungen unter alle Bürger gleichmäßig vertheilt wären, auf jeden derselben jährlich fallen würde.

Das Dreifache des berechneten Betrags hat der Aufzunehmende noch außer dem Einkaufsgelde sogleich bei seiner Aufnahme und ferner den zweifachen Betrag bei seinem Einrücken in den Bürgergenuss zu bezahlen. Statt der baaren Zahlung des letzteren kann er jedoch das ihm zugefallene Allmendstück durch die Gemeinde so lange verpachten lassen, bis durch den Pachtzins jener zweifache Betrag getilgt ist.

§. 34 a.

So oft eine Veräußerung von Allmendgut eintritt, jedenfalls aber je nach Ablauf von zehn Jahren, ist die im §. 34, Absatz 1 erwähnte Berechnung nach der Veränderung der Bürgerzahl oder des Werths der Nutzungen wieder zu berichtigen.

Sind in einer Gemeinde die Allmendnutzungen nach dem Besitze von Gütern verschieden vertheilt, so ist die Berechnung (§. 34, Absatz 1) für jede Klasse besonders aufzustellen, und wenn ein Bürger, welcher nach seinem Besitze zur Zeit der Aufnahme in eine geringere Klasse gehörte, später durch Veränderungen in seinem Besitze Ansprüche auf die Nutzungen der höheren Klasse erwirbt, so hat er das, was er für die Aufnahme in diese höhere Klasse mehr zu entrichten gehabt hätte, nachzubezahlen.

§. 35.

Bestehen in einer Gemeinde Bürgerholzgaben, so ist auch dafür ein, nach den oben angegebenen Vorschriften zu entrichtender, Betrag zu bezahlen.

§. 36.

Außer der vorgeschriebenen Einkaufssumme und, in dem vorkommenden Falle, dem festgestellten mehrfachen Jahresbetrage der Bürgernutzungen, hat der Neuaufgenommene keine weitere Abgabe in die Gemeindeskasse und für den Gemeinderath zu entrichten, unter welchem Namen solche seither auch gefordert worden sein mag.

§. 37.

Ueber Bürgereinkaufsgelder, welche seither von anderen, als von den Gemeinden, in welche die Aufnahme geschieht, bezogen wurden, wird die nähere Bestimmung einem besonderen Gesetze vorbehalten.

Der Betrag des seitherigen Bezugs kann nie erhöht werden, auch nie in einem Antheil an dem Einkaufsgeld bestehen, welches in die Gemeindeskasse fällt.

§. 38.

Wo bisher herkömmlich besondere Beiträge der neu eintretenden Bürger zu Armen- oder Verpflegungs- oder anderen Localanstalten bezahlt werden mußten, sollen diese Beiträge auch noch ferner bezahlt werden. Auch in anderen Gemeinden können durch den Gemeinderath, mit Zustimmung des Bürgerausschusses und mit Genehmigung der Staatsbehörde solche Beiträge zu Localanstalten eingeführt werden.

§. 39.

Einer Frauensperson, die sich mit einem Gemeindebürger verehelicht, kann, wenn sie den im §. 24 und 31 enthaltenen Vorschriften Genüge leistet, und wenn gegen ihren Leumund im Sinn des §. 19 nichts einzuwenden ist, die Aufnahme nicht verweigert werden.

§. 40.

Einem Ausländer können der Gemeinderath und Ausschuß nur die vorläufige Versicherung ertheilen, daß er nach erlangtem Indigenat das Bürgerrecht erhalten werde.

Die Aufnahme tritt erst in Wirksamkeit, wenn der Ausländer das Indigenat von der Staatsbehörde erhalten hat.

Ein Ausländer hat das Doppelte des Vermögens eines Inländers nachzuweisen, und das doppelte Einkaufsgeld (§. 30) zu entrichten. Ein Ausländer, der Unterthan eines deutschen Bundesstaates ist, hat nur das einfache Vermögen, gleich einem Inländer, nachzuweisen, aber das Doppelte, im §. 30 bestimmte Einkaufsgeld zu erlegen.

Die in §. 28 und 33 enthaltenen Bestimmungen kommen einem solchen nur dann zu Statten, wenn er sich mit einer Bürgerstochter oder Bürgerwitwe verheirathet.

§. 41.

Wenn der aufzunehmende Inländer die gesetzlichen Eigenschaften hat, so darf ihm die Aufnahme aus dem Grunde nicht versagt werden, daß die Einwohnerschaft oder das Gewerbe, welches der Aufzunehmende treiben will, überseht sei.

§. 42.

Dem Gemeinderath und Ausschuss steht in Städten, in Landgemeinden dagegen nur unter Zustimmung der Gemeinde, beziehungsweise des großen Ausschusses, das Recht zu, das einzubringende Vermögen ganz oder theilweise nachzusehen, das Einkaufsgeld theilweise oder ganz nachzulassen.

Die Gemeinde, beziehungsweise der große Ausschuss, kann auch Nachsicht eintreten lassen, wenn sich der Bewerber in einem der Fälle des §. 18 befindet.

§. 43.

Die Einkaufssumme und Alles, was für den Antheil an dem Bürgergenuss entrichtet wird, ist zum Grundstockvermögen zu ziehen. Das Kapital darf nicht zu laufenden Ausgaben verwendet werden.

3. Kapitel.**Wirkungen des angetretenen Bürgerrechts.**

§. 44.

Von dem Tage des angetretenen Bürgerrechts erwirbt der neue Bürger die im §. 1 aufgezählten Rechte. In Bezug auf das Recht zu dem Allmendgenuss und zu den Bürgerholzgaben entscheidet die Vorschrift des §. 87 des Gesetzes über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden.

Das Recht zur Verehelichung (§. 1, Ziffer 6) hängt von der Zustimmung des Gemeinderathes ab, welche nicht versagt werden kann, wenn zur Zeit der Anbringung des Gesuchs die Erfordernisse, welche dieses Gesetz für den Antritt des angeborenen Bürgerrechts vorschreibt, bei dem Nachsuchenden noch sämmtlich vorhanden sind.

Der §. 11, Absatz 2, findet auch auf die Gesuche um Verehelichung Anwendung.

§. 45.

Von dem nämlichen Tag des Antritts des Bürgerrechts an tritt er auch in alle Pflichten ein, die der Gemeindeverband auflegt, und übernimmt alle Gemeindefasten.

§. 46.

Frei von persönlichen Lasten, so weit sie noch statt finden, sind:

1. die Gemeindebürger, die zugleich Staatsdiener, standes- und grundherrliche Beamte, Geistliche und Schullehrer sind, die Accisoren und Förster;
2. der Bürgermeister;

3. die Wewdamer der Gebammen;
4. die Soldaten, Zollgardisten und Gendarmen in activem Dienst, Amts- und Gemeindevdiener;
5. Invaliden;
6. Diejenigen, welche das fünfundschrzigste Jahr ihres Alters erreicht haben.

§. 47.

Von Geldleistungen, welche für Gemeindevdienste umgelegt werden, finden in der Regel keine Ausnahmen Statt; es kann jedoch der Gemeinderath mit Zustimmung des Bürgerausschusses einzelnen Klassen von Bürgern diese Leistung nachlassen, oder weitere Befreiungen vom persönlichen Dienste, als das gegenwärtige Gesetz erkennt, bewilligen.

§. 48.

Die Lasten, die auf dem Bezug des Allmendgenusses und der Bürgerholzzgaben liegen, hat jeder erst von der Zeit an zu tragen, in welcher er in den Genuß einrückt.

§. 49.

Wenn Naturaldienste geleistet werden, so steht es Jedem frei, solche selbst oder durch einen tauglichen Stellvertreter versehen zu lassen.

Ein Bürger, der wegen Krankheit, Gebrechlichkeit oder Abwesenheit, oder aus andern erheblichen Verhinderungsurachen, im einzelnen Fall den Dienst nicht selbst versehen kann, ist zur Stellung eines Stellvertreters nicht, wohl aber zur Nachholung des Dienstes verpflichtet, wenn ihm solcher nicht von dem Gemeinderath nachgelassen wird.

A. Kapitel.

Von den Ortsabwesenden.

§. 50.

Von der Zeit an, als ein Gemeindevbürger seinen ständigen Wohnsitz in einer anderen inländischen oder ausländischen Gemeinde aufschlägt, und so lange er in dieser anderen Gemeinde seinen Wohnsitz hat, ruhen sein Recht der Stimmgebung bei Gemeindeversammlungen, die Wahlsfähigkeit zu Gemeindevämtern und die Theilnahme am Allmendgenuß.

§. 51.

Der Gemeindevbürger, welcher, ohne seinen ständigen Wohnsitz in einer anderen Gemeinde aufzuschlagen, ein Jahr lang in einer anderen Gemeinde sich aufhält, verliert nach Ablauf dieses Jahres während der Dauer der Abwesenheit, das Recht zum Bürgergenuß; er wird aber auch auf eben so lange von der Entrichtung der darauf ruhenden Lasten befreit. Nach seiner Rückkehr rückt er jedoch bei der ersten Eröffnung von Genußtheilen wieder ein.

Er hat ferner keine persönlichen Gemeindebienste zu leisten, wohnt aber des Laßes zu tragen, zu welchen die Verpflichtung auf dem Besitze von Liegenschaften jeder Art ruht.

Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf Denjenigen, der seine, eine eigene Haushaltung bildende, Familie in der Gemeinde zurückläßt.

Der Gemeinderath kann auch anderen Ortsabwesenden, welche einen Stellvertreter zur Erfüllung ihrer gemeindebürgerlichen Verpflichtungen bestellt haben, den Bürgergenuß zukommen lassen.

§. 52.

Die nämlichen Bestimmungen treten bei der Wittwe eines Gemeindebürgers ein.

Ausgenommen von dem Verluste des Bürgergenusses für die Dauer ihrer Abwesenheit sind die Bürgerwittwen, welche außer dem Ort auf längere oder kürzere Zeit in Dienste treten.

§. 53.

Wer seinen ständigen Wohnsitz außer der Gemeinde verlegt, ist gehalten, jährlich eine Bürgerrechts-Recognition, welche die Summe von zwei Gulden nicht übersteigen darf, zu entrichten.

5. Kapitel.

Von dem Bürgerrecht der Israeliten.

§. 54.

In Bezug auf die bürgerlichen Rechte der Israeliten findet weder das gegenwärtige, noch das Gesetz über Verfassung der Gemeinden eine Anwendung. Es bleiben daher die bestehenden Gesetze hinsichtlich ihres Rechtsverhältnisses zu den Gemeinden in Kraft.

6. Kapitel.

Von dem Bürgerrechte der Kinder der Staatsdiener.

§. 55.

Die Kinder, Wittwen und geschiedenen Ehefrauen der Staatsdiener, Offiziere und die mit Offiziersrang Angestellten mit eingeschlossen, der Geistlichen und Schullehrer haben in derjenigen Gemeinde das angeborene Bürgerrecht, wo ihr Vater oder Ehemann angestellt ist, oder angestellt war, in so fern dieser nicht in einer Gemeinde des Landes Bürger ist, oder zur Zeit seines Todes Bürger war, in welchem Falle sein Bürgerrecht nach §. 5 und 6 auf seine Kinder und Ehefrau übergeht.

§. 56.

War der Vater, der nirgends Bürger war, in mehreren Gemeinden angestellt, so verlieren die Kinder durch ihre Niederlassung in einer dieser Gemeinden, sofern diese Niederlassung nach erreichtem Volljährigkeitsalter erfolgt, das Recht, ihr Bürgerrecht in der andern anzutreten.

Die Wittwe oder geschiedene Ehefrau eines der im §. 55 genannten öffentlichen Diener, deren Ehemann in mehreren Gemeinden angestellt war, hat sich innerhalb eines Jahres vom Todestag des Mannes, beziehungsweise von eingetretener Rechtskraft der Ehescheidung an gerechnet, zu erklären, in welcher jener Gemeinden sie das Bürgerrecht behalten wolle, widrigenfalls ihr dasselbe nur noch in der Gemeinde verbleibt, in welcher ihr Mann zuletzt, beziehungsweise zur Zeit der Scheidung angestellt war.

§. 57.

Die im vorigen Paragraphen genannten Söhne sind, um das ihnen zustehende angeborene Bürgerrecht anzutreten, an die in §§. 10 bis 13 vorgeschriebenen Erfordernisse gebunden und müssen, wenn sie in den Bürgergenuß einrücken wollen, die in den §§. 34, 34 a. und 35 vorgeschriebene Einkaufssumme bezahlen. Die Wittwen und geschiedenen Ehefrauen der im §. 55 bezeichneten Personen haben an dem Orte, wo sie nur Kraft der Anstellung ihres Ehemannes Bürgerrecht besitzen, keinen Anspruch auf Bürgergenuß.

§. 58.

Die Pflicht, die im §. 55 bezeichneten Wittwen, geschiedenen Ehefrauen und Kinder, letztere, so lange sie ihr angeborenes Bürgerrecht nicht angetreten haben, im Falle der Dürftigkeit zu unterstützen, liegt dem Staate ob.

§. 59.

Die Kinder anderer vom Staate Angestellten haben das Bürgerrecht nur da, wo solches ihrem Vater kraft seiner Geburt oder der Aufnahme zusteht, oder zur Zeit seines Todes zugestanden ist.

7. Kapitel.

Von dem Bürgerrecht in Gemeinden, die aus verschiedenen Orten zusammengesetzt sind.

§. 60.

In Gemeinden, die aus mehreren Orten zusammengesetzt sind, und die eine gemeinschaftliche Gemarkung haben, kann jeder in solchen befindliche Bürger aus dem einen Orte in den andern frei überziehen und daselbst sein Gewerbe treiben.

§. 61.

Jeder, der in eine solche Gemeinde gesetzlich neu aufgenommen werden muß, kann in jedem der zu der Gemeinde gehörigen Orte seinen Wohnsitz nehmen.

§. 62.

Haben die Orte, oder haben einige derselben, aus welchen die Gemeinde zusammengesetzt ist, verschiedene Gemarkungen, und es hat seither ein freier Ueberzug aus einem Ort in den anderen stattgefunden, so behält es dabei sein Bewenden.

§. 63.

Im anderen Fall ist der Ueberzug von einem Ort, der eine eigene Gemarkung hat, in einen anderen, wie der Ueberzug aus einer Gemeinde in eine andere in so fern anzusehen, daß der Ueberziehende sich in den Bürgergenuß der Gemeinde, in welche er zieht, einkaufen muß. Das Nämliche tritt ein, wenn die sämtlichen Orte zwar eine gemeinschaftliche Gemarkung, aber abgesondertes Allmendvermögen haben.

§. 64.

In zwei Orten kann keiner den Allmendgenuß und die Bürgerholzgaben zu gleicher Zeit beziehen.

§. 65.

Jeder, der in eine zusammengesetzte Gemeinde aufgenommen werden will, in welcher einer oder mehrere Orte eine abgesonderte Gemarkung haben, hat sich zu erklären, in welchem er seinen Wohnsitz zu nehmen gedenkt, und solcher das Einkaufsgeld und den Betrag des Bürgergenußes zu entrichten, so fern letzterer zu bezahlen ist.

8. Kapitel.

Von dem ruhenden Bürgerrechte und dem Verlust des Bürgerrechts.

§. 66.

Das Bürgerrecht ruht:

1. bei den Ortsabwesenden, nach Vorschrift der §§. 50 und 51;
2. bei den Bürgern, welche ihren Lebensunterhalt Armuths halber aus öffentlichen Kassen oder Lokalanstalten erhalten, und zwar in der Art, daß diese Bürger, so lange sie diese Unterstützung genießen, von Theilnahmen an Gemeinbewahlen ausgeschlossen sind;
3. bei den Entmündigten und Mundtoten.

Bei den unter Nummer 3 Genannten ruht das Recht der Stimmgebung bei Gemeindeversammlungen, die Wahlfähigkeit und die Wählbarkeit.

§. 67.

Das Gemeindebürgerrecht geht verloren:

1. durch den Verlust des Staatsbürgerrechts.

Die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches über den bürgerlichen Tod und seine Rechtswirkungen bleiben bei Kräften. Jedoch kann der bürgerlich Todte an dem Orte, wo er

ein Bürgerrecht hatte, sich aufhalten, und auf Unterstützung aus öffentlichen Mitteln Anspruch machen.

Anmerkung. Der letzte Absatz dieses Paragraphen ist durch §. 21 des Gesetzes vom 6. März 1845, die privatrechtlichen Folgen von Verbrechen betreffend (Regierungsblatt Nr. XV. Beilage) aufgehoben.

§. 68.

Die Berechtigung der Ehefrau des bürgerlich Todten zum Allmendgenuß, in welchem sich der Verurtheilte vor der Verurtheilung befand, richtet sich nach den Grundsätzen, welche für die Wittwe eines Bürgers gelten.

§. 69.

Das Gemeindebürgerrecht geht ferner verloren:

2. durch die definitive Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht einer andern Gemeinde;
3. durch Aufkündigung zum Behufe der Auswanderung oder des Eintritts in den Staatsdienst, und während desselben.

III. Titel.

Von dem Einsassenrechte.

§. 70.

Jeder Staatsangehörige, der nicht vermöge seines Standes oder Berufs, oder des angeborenen oder durch Aufnahme erlangten Bürgerrechts einen ständigen Wohnsitz hat, kann von einer Gemeinde des Großherzogthums freiwillig aufgenommen, oder einer solchen zugewiesen werden.

§. 71.

Ein derartiger Heimathloser erhält durch diese Aufnahme oder Zuweisung für sich und seine Familie in solcher Gemeinde das Einsassenrecht.

Ob eine solche Zuweisung erfolgen kann, muß vorher ausgemittelt sein, ob der Zugewiesene als badischer Staatsangehöriger betrachtet werden muß.

§. 72.

Das Einsassenrecht gibt die Befugniß, einen jeden erlaubten Nahrungszweig, nach Vorschrift der Gesetze, in der Gemeinde zu treiben, die öffentlichen Gemeindeanstalten zu benutzen, und endlich den Anspruch an die Gemeinde auf die Unterstützung in Fällen der Dürftigkeit; ausgenommen, wo der Staat die Verbindlichkeit der Unterstützung hat.

§. 73.

Wenn keine Gemeinde einen heimathlosen Staatsangehörigen freiwillig aufnehmen will, so ist er einer solchen von den Staatsbehörden unter Beobachtung folgender Vorschriften zuzuwiesen:

1. Diejenigen, welche ihr angeborenes oder durch Aufnahme erlangtes Bürgerrecht in der Absicht auszuwandern, aufgegeben haben, auch wirklich ausgewandert, und, ohne ein anderes Heimathrecht zu erlangen, zurückgekehrt sind, werden der Gemeinde zugewiesen, in welcher sie früher Bürgerrecht hatten.
2. Derjenige Heimathlose, der sich fünf Jahre in einer Gemeinde ununterbrochen für sich oder mit seiner Familie aufgehalten hat, ist der Gemeinde des Aufenthalts zuzuweisen. Hat er sich in mehreren Gemeinden fünf Jahre lang aufgehalten, so wird er der Gemeinde des letzten fünfjährigen Aufenthaltes zugewiesen.
3. Ist ein fünfjähriger Aufenthalt in einer Gemeinde nicht darzuthun, so wird er der Gemeinde zugewiesen, in welcher er gesetzlich getraut worden ist, und zwar, wenn mehrere Gemeinden zu einer Pfarrei gehören, derjenigen Gemeinde, in welcher die Trauung vorgenommen wurde.
Findet auch diese Bestimmung keine Anwendung, so ist
4. der Heimathlose derjenigen Gemeinde zuzuweisen, in welcher er sich zwar nicht fünf Jahre, aber doch mehr als drei Monate zuletzt aufgehalten hat, und wenn dies nicht anwendbar ist, so kommt
5. die Reihe an die Gemeinde, wo er geboren, oder als Findling aufgefunden worden ist.
Auf Kinder, welche in Gebärdhäusern, Strafanstalten oder anderen Gefängnissen geboren wurden, findet diese Vorschrift keine Anwendung.
6. Ist der Geburtsort nicht auszumitteln, so ist der Heimathlose derjenigen Gemeinde zuzuweisen, in welcher er sich zuletzt aufgehalten hat, oder in welcher er aufgegriffen worden ist.
7. Die Ehefrauen der Heimathlosen, deren Ehe vom Staate als bürgerlich gültig erklärt wird, erhalten in dem Orte das Einsassenrecht, welchem ihr Ehegatte zugetheilt worden ist.

§. 74.

Die Zuweisung der Wittwen von Heimathlosen ist nach den obengedachten Bestimmungen im §. 73 1 bis 6 zu entscheiden.

Können solche nicht in Anwendung kommen, so sind dieselben der Gemeinde zuzutheilen, in welche ihr Ehemann hätte gewiesen werden müssen, wenn er am Leben gewesen wäre.

§. 75.

Werden Heimathlose in Waldungen, die eine abgesonderte Gemarkung haben, aufgegriffen, so sind sie der nächsten Gemeinde zuzuweisen, welcher die polizeiliche Aufsicht nach §. 153 des Gesetzes über Gemeindeverfassung zusteht.

§. 76.

Die Kinder der Heimathlosen, die noch unter der väterlichen Gewalt sind, erhalten das Einsassenrecht in der Gemeinde, welcher ihr Vater, oder bei unehelichen Kindern die Mutter

zugewiesen worden ist, oder zugewiesen worden wäre, wenn die Eltern sich noch am Leben befunden hätten.

§. 77.

Die Einsassenverhältnisse der der elterlichen Gewalt zur Zeit der Zuweisung der Eltern in eine Gemeinde bereits entlassenen Kinder werden nach den Vorschriften des §. 73 1 bis 6 beurtheilt.

§. 78.

Bei denjenigen Heimathlosen, welche einer Gemeinde aus dem Grunde der Trauung in derselben, oder weil sie in solcher geboren, oder in Waldungen, die eine abgesonderte Gemarkung haben, aufgegriffen worden sind, zugewiesen wurden, liegt in Fällen des Nothstandes dem Staate die Unterhaltspflicht ob, und ebenso nach ihrem Absterben hinsichtlich ihrer Kinder.

§. 79.

Einsassen, die sich zehn Jahre in der Gemeinde, welcher sie zugewiesen worden sind, klaglos betragen, und ihren Unterhalt durch Fleiß und Thätigkeit sich erworben haben, kann der Gemeinderath, mit Zustimmung des Bürgerausschusses, das Bürgerrecht erteilen.

§. 80.

Den Söhnen der Einsassen muß, wenn sie das fünfundzwanzigste Lebensjahr erreicht, einen guten Leumund haben, die in den §§. 10 bis 13 vorgeschriebenen Bedingungen erfüllen und zehn Jahre bereits in der Gemeinde sich klaglos aufgehalten haben, das Bürgerrecht erteilt werden. Sie sind jedoch schuldig, sich nach den Vorschriften der §§. 34 und 35 in den Bürgergenuß einzukaufen.

IV. Titel.

Von dem Verfahren in Bürgerannahmesachen.

§. 81.

Alle Gesuche um Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht, um Zulassung zum Antritt des angeborenen Bürgerrechts und um Verehelichung sind mit allen erforderlichen Zeugnissen dem Gemeinderathe vorzulegen, welcher, und zwar wo es sich um eine Aufnahme in das Gemeindebürgerrecht oder um einen Fall des §. 14 a. handelt, unter Zuziehung des Ausschusses zu entscheiden hat, ob nach Vorschrift dieses Gesetzes das Gesuch zu bewilligen oder abzuschlagen sei. Nach erfolgter Entschließung ist, im Falle des §. 42 die Gemeinde, beziehungsweise der große Ausschuß, über seine Zustimmung zu vernehmen, sofort das Gesuch abzuweisen oder zu bewilligen.

In allen Fällen, in welchen das Gesetz von der Zustimmung oder Mitwirkung des Ausschusses spricht, sind die Stimmen des Gemeinderathes und Bürgerausschusses durchzuzählen.

§. 82.

Jeder Betheiligte kann den Rekurs gegen die Entschließung der Gemeindebehörden einlegen, in so fern nicht das Gesetz einzelne Befugnisse ausschließlich in das Ermessen der letzteren stellt.

Einzelnen Mitgliedern der Gemeinde steht eben so wenig ein Rekurs zu, als der Gemeinde selbst oder einer Junta.

§. 83.

Die Stelle, an welche der Rekurs ergriffen wird, hat immer nur darüber zu entscheiden, ob die Vorschriften des Gesetzes in richtige Anwendung gekommen seien oder nicht, und ob hiernach die abweisende Verfügung zu bestätigen, oder die Gemeinde zur Aufnahme verpflichtet sei. Die Gründe eines abändernden Erkenntnisses sind jedesmal kurz anzugeben.

Der Gemeinderath ist ebenfalls zum Rekurs gegen abändernde Entschliessungen der Staatsverwaltungsstellen, oder wegen Zutheilung von Heimathlosen berechtigt, nach den obgedachten Vorschriften über Rekurse.

§. 84.

Jedem, der durch betrüglische Angabe oder auf falsche Urkunden, oder auf Urkunden, welche unrichtige Angaben enthalten, deren Unrichtigkeit er gewußt hat, um die Bürgeraufnahme nachsucht, kann von dem Gemeinderathe die Aufnahme als Bürger versagt werden. Er leidet außerdem die gesetzliche Strafe seines Verbrechens.

§. 85.

Der gesetzlichen Strafe unterliegt ebenso Derjenige, der auf solche Urkunden oder betrüglische Angaben das Bürgerrecht erschlichen hat. Außer diesem ist demselben, wenn er ein badischer Staatsangehöriger ist, auf Klage des Gemeinderathes von den Staatsverwaltungsstellen das Bürgerrecht wieder zu entziehen, und derselbe in seine frühere Heimathsgemeinde zurückzuweisen, wenn der Gemeinderath dieser Gemeinde wissentlich, oder durch grobes Verschulden, ein falsches Zeugniß ausgestellt hat, durch welches die Aufnahme in der andern Gemeinde veranlaßt wurde.

Das bezahlte Einkaufsgeld wird Demjenigen, dessen Bürgerrecht als nichtig erklärt worden ist, nicht zurückgegeben.

§. 86.

Wird im Falle des §. 85 der Aufgenommene auch nicht zurückgewiesen, so verliert er dennoch, und zwar der Inländer auf drei Jahre, der Ausländer aber auf sechs Jahre, den Bürgergenuß.

§. 87.

Diese Klage kann jedoch nur ein Jahr lang, vom Tage der Aufnahme an gerechnet, angestellt werden.

§. 88.

Der gesetzlichen Strafe *) unterliegen ferner die Eltern, Vormünder, obrigkeitliche Personen,

*) Das Strafgesetzbuch setzt hierüber fest:

§. 423.

(Fälschung öffentlicher Urkunden: 1. aus Gewinnsucht.) Wer zum Zwecke der Verübung eines Betrugs in gewinnsüchtiger Absicht, insbesondere zur betrüglischen Begründung,

und alle, welche an der Ausstellung falscher oder unrichtiger Urkunden oder Zeugnisse Theil genommen haben.

Mitglieder der Gemeinderäthe, welche, ohne daß ihnen das Verbrechen der Fälschung zur Last fällt, leichtfertig unrichtige Zeugnisse ausstellen oder dazu mitwirken, sind von den Verwaltungsbehörden in eine Disciplinarstrafe von zehn bis fünfzig Gulden zu verfallen.

oder Entkräftung von Rechtsansprüchen, eine falsche öffentliche Urkunde fertigt, oder eine ächte öffentliche Urkunde verfälscht, und davon, als von einer ächten, zum vorgesezten Zwecke Gebrauch macht, wird wegen Fälschung mit Zuchthaus von einem Jahre bis zu sechs Jahren, in leichteren Fällen mit Arbeitshaus bis zu zwei Jahren bestraft.

§. 425.

(2. zur Beschädigung ohne Gewinnsucht.) Wer zur Beschädigung eines Anderen ohne gewinnstüchtige Absicht eine falsche öffentliche Urkunde fertigt, oder eine ächte öffentliche Urkunde verfälscht, und davon, als von einer ächten, Gebrauch macht, wird mit Kreisgefängnis nicht unter drei Monaten, oder Arbeitshaus bis zu drei Jahren bestraft.

§. 427.

Die in den vorhergehenden §§. 423 und 425 gedrohten Strafen treffen auch Denjenigen, der durch wissentlich falsche Erklärungen die Errichtung von ächten öffentlichen Urkunden mit unwahrem Inhalt bewirkt, und zu einem der dort bezeichneten Zwecke davon Gebrauch gemacht hat.

§. 484.

(Meineid.) Wer in einer bürgerlichen Streitsache einen zugeschobenen, oder einen vom Richter auferlegten Eid wissentlich falsch schwört, wird wegen Meineids mit Zuchthaus von einem Jahr bis zu acht Jahren bestraft.

§. 486.

(Falsches Zeugnis und Gutachten in bürgerlichen Rechts- und in Verwaltungssachen.) Die in dem §. 484 gedrohte Strafe trifft auch Denjenigen, der, in einer bürgerlichen Rechts-, oder einer Verwaltungssache, als Zeuge, oder als Sachverständiger beedigt, wissentlich ein falsches Zeugnis ablegt, oder wissentlich ein falsches Gutachten abgibt, oder ein wissentlich falsch abgelegtes Zeugnis, oder ein wissentlich falsch abgegebenes Gutachten durch einen Eid bestätigt.

§. 676.

(Fälschung behufs ungerechter Entscheidung.) Von den in den §§ 486 bis 490, 674 und 675 gedrohten Strafen wird auch derjenige öffentliche Diener getroffen, welcher in der Absicht, eine ungerechte Entscheidung herbeizuführen, in Vorträgen, Protokollen, Berichten, oder anderen Acten wissentlich etwas Unwahres beurfundet.

§. 677.

(Fälschung mit Mißbrauch des amtlichen Beurkundungsrechts.) Der öffentliche Diener, welcher, mit Mißbrauch seines amtlichen Beurkundungsrechts, zu den in den §§. 423, 425, 428 und 429 bezeichneten Zwecken, öffentliche Urkunden mit unwahrem Inhalte fertigt, und davon entweder Gebrauch macht, oder sie an Andere abgibt, oder absendet, oder ihrer Bestimmung gemäß in Ver-

Transitorische Bestimmungen.

Den Uebergang der Schutzbürger in das Gemeindebürgerrecht betreffend.

§. 89.

Von dem Tage an, an welchem dieses Gesetz in Wirksamkeit tritt, erhalten die seitherigen Schutzbürger das Gemeindebürgerrecht, mit Ausnahme des Bürgernuzens, wo sie solchen seither nicht bezogen haben, und sie übernehmen zugleich alle Pflichten und Lasten der Gemeindebürger.

Von dem nämlichen Zeitpunkt an hören auch alle besonderen persönlichen Gemeindebienste auf, welche die Schutzbürger seither als solche zu leisten hatten.

Die besonderen Gemeindeabgaben, die die Schutzbürger seither als solche zu entrichten hatten, hören erst am nächsten Verfalltag auf; bis dahin sind solche zu bezahlen.

§. 90.

In Gemeinden, in welchen seither für den Antritt des angeborenen Bürgerrechts eine besondere Gebühr bezahlt wurde, haben die Schutzbürger für das durch das gegenwärtige Gesetz ihnen verliehene Gemeindebürgerrecht die im §. 12 bestimmten Antrittsgebühren, nach Abzug dessen, was sie für ihre Aufnahme als Schutzbürger bezahlten, zu entrichten.

§. 91.

In den Gemeinden, in welchen Bürgergenuß besteht, hat der seitherige Schutzbürger nach den Vorschriften der §§. 34 und 35 den dreifachen Jahresbetrag der Bürgernuzungen in die Gemeindefasse zu entrichten. Ihm gehen alle Gemeindebürger vor, welche an dem Tage, an welchem das Gesetz in Wirksamkeit tritt, zum Bürgergenuß berechtigt und befähigt waren, und alle, welche sich bis zu dem Tage, an welchem er obgedachte Beiträge in die Gemeindefasse entrichtet, befähigt haben.

§. 92.

Durch die Aufnahme der seitherigen Schutzbürger zu Gemeindebürgern können die Genußtheile der jetzt in Besiz von Bürgergenüssen befindlichen Ortsbürger, so lange diese leben, nicht geschmälert werden.

wahrung nimmt, wird von der Strafe der Fälschung, und in den Fällen der §§. 423, 425 und 428 zugleich von der Strafe der Dienstentlassung, oder Dienstentsetzung getroffen.

§. 678.

Hat ein öffentlicher Diener zum Behufe einer Fälschung, die mit einer geringeren, als der im §. 446 festgesetzten, Strafe bedroht ist, eine öffentliche Urkunde mit unwahrem Inhalte, oder ein mit den äußeren Erfordernissen einer öffentlichen Urkunde versehenes Blankett gefertigt, und an Andere abgegeben, so wird er, in so fern die Urkunde, oder das Blankett zu einem schwereren Verbrechen gebraucht wurde, nebst Dienstentlassung, oder Dienstentsetzung, von der Strafe dieses Verbrechens getroffen, die jedoch das höchste Maß der im §. 446 gedrohten Strafe niemals übersteigen darf.

§. 93.

So weit die vorhandenen Genußtheile nicht für alle seitherige Schutzbürger hinreichen, rücken diese nach der Reihe, nach der sie in das Schutzbürgerrecht aufgenommen wurden, in die künftig offen werdenden Genußtheile ein. Sind, ehe diese Genußtheile offen werden, andere Bürger aufgenommen worden, oder haben Diejenigen, welche ein angeborenes Bürgerrecht hatten, dasselbe angetreten, so concurriren diese mit den seitherigen, noch mit keinen Genußtheilen versehenen Schutzbürgern hinsichtlich des Eintückens nach dem Verhältniß ihrer Anzahl zur Zahl aller vorhandenen früheren Ortsbürger.

§. 94.

In den Gemeinden, in welchen die seitherigen Schutzbürger Antheil an dem Bürgergenuß hatten, verbleibt er denselben in der bisherigen Art und Größe.

Bei dem Anschlage des vorgedachten dreijährigen Werthes des Bürgergenusses ist der nach gleichem Maaße zu berechnende Betrag des Antheils, den die Schutzbürger seither zu beziehen hatten, in Abrechnung zu bringen, und nur der Rest in die Gemeindefasse zu bezahlen.

§. 95.

Die Söhne der seitherigen Schutzbürger, welche an dem Tage, an welchem dieses Gesetz in Wirksamkeit tritt, noch nicht volljährig sind, werden von da an so angesehen, als wenn ihnen das Bürgerrecht angeboren wäre.

§. 96.

Die Töchter der seitherigen Schutzbürger werden, wenn sie sich mit einem Gemeindebürger verheirathen, in Bezug auf Vermögensnachweisungen und Einkaufsgelder, wie die Töchter der Ortsbürger behandelt.

Vorstehendes Gesetz (Gesetz vom 31. Dezember 1831) tritt mit dem 23. April 1832 in Wirksamkeit.

Carlsruhe, den 31. Dezember 1831.

15. Februar 1851.

Die Ausstellung von Zeugnissen zum Behufe bürgerlicher Annahme betreffend.

In der Absicht, eine gleichmäßige Behandlung und sorgfältigere Prüfung in Betreff der Vermögens- und Leumunds-Zeugnisse herbeizuführen, welche zum Zweck bürgerlicher Annahme nach dem Gesetz vom 15. Februar d. J. (Reg.-Blatt Nr. XIV.) nachgesucht werden, sieht man sich veranlaßt, den Bezirksamtern, Pfarrämtern und Gemeindevorständen für die Ausstellung solcher Zeugnisse das nachstehende Formular vorzuschreiben, unbeschadet jedoch des Rechts der Gemeinden, in welche die Aufnahme nachgesucht wird, unter Umständen noch weitere Beweise zu verlangen.

Carlsruhe, den 9. April 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. von Freydorf.

Großherzogthum Baden.

Vermögens- und Leumunds-Zeugniß zum Behufe bürgerlicher Annahme.

. von

hat um Ausstellung eines Vermögens- und Leumundszeugnisses zum Behufe seiner bürgerlichen Annahme in dahier nachgesucht. Das Pfarramt und der Gemeinderath von werden daher aufgefordert, die untenstehenden Fragen nach genauer Prüfung gewissenhaft zu beantworten, und dieses innerhalb acht Tagen wieder hierher einzusenden.

. den 18 . . .

Großherzogl. Amt.

I. Das Vermögen betreffend.

1. Welches Vermögen besitzt der Bewerber als Eigenthum:

1. An Liegenschaften:

a. auf der Ortsgemarkung nach anliegendem speziellen Verzeichniß, im

A. Steueranschlag

B. gegenwärtigen Schätzungswerth

b. auswärts nach anliegender Beurkundung des Gemeinderaths von

2. An Fahrnissen, ohne Einrechnung der Luxusgegenstände, des nothwendigen Hausgeräthes, der Kleider und des Leibweißzeugs, nach anliegendem speziellen Verzeichniß, im Werthe von

3. An Forderungen:

a. auf Unterpfand:

b. auf Handschrift:

2. Welche Schulden sind auf obige Liegenschaften eingetragen?

3. Welche uneingetragene Schäden des Bewerbers sind dem Gemeinderathe bekannt?

4. Besitzt derselbe das zur Führung einer Haushaltung nothwendige Hausgeräthe, oder welche Mittel besitzt er, sich dasselbe anzuschaffen?

5. Was ist dem Gemeinderath darüber bekannt, auf welche Weise der Bewerber die obigen Vermögensstücke eigenthümlich erworben habe?

II. Den Leumund betreffend.

1. Befindet sich der Bewerber in einem der Fälle des §. 18 Ziffer 2 bis 6 des Bürgerrechtsgesetzes?

2. Seit wann hat er die hiernach etwa gegen ihn erkannten Strafen erstanden?

3. Ist der Bewerber ein ordentlicher Haushälter und führt er überhaupt einen geregelten Lebenswandel?

4. Besonderes Zeugniß des Pfarramts.

Vorstehende Fragen wurden sorgfältig geprüft und beantwortet, was hiermit pflichthaft beurkundet.

. den 18 . . .

Das Pfarramt.

Der Gemeinderath.

Beurkundung und weitere Bemerkungen des Bezirksamtes.

Die Festsetzung des Betrages der Bürgereinkaufsgelder und der bei der Bürgeraufnahme zu zahlenden Bürgernutzungen betreffend.

In Betracht, daß die Abänderungen, welche das Gesetz vom 15. Februar d. J., Regierungsblatt Nr. XIV., hinsichtlich der bei der Bürgeraufnahme zu zahlenden Bürgernutzungen eingeführt hat, eine Revision der diesseitigen zum Vollzuge der §§. 30, 34 und 35 des Bürgerrechtsgesetzes erlassenen Verordnung vom 25. April 1833, Regierungsblatt Nr. XVII., nothwendig machen, sieht man sich veranlaßt, diese Verordnung durch die nachfolgende zu ersetzen:

§. 1.

In den Gemeinden, in welchen der Betrag des Einkaufsgeldes nach den im §. 30, lit. b. und c. des Bürgerrechtsgesetzes vom 31. Dezember 1831 angegebenen Prozenten festzusetzen ist, hat der Gemeinderath die Berechnung dieses Einkaufsgeldes aufzustellen und solche, nach eingeholter Zustimmung des Ausschusses mit einem beglaubigten Auszug aus dem Steuerkataster über das Gesamtsteuercapital der Gemarkung, nebst einem Verzeichnisse der Gemeindeglieder und ihrer Angehörigen und Anderer, welche angeborenes Bürgerrecht besitzen, welches aber noch nicht angetreten haben, dem Bezirksamt zur Prüfung und Bestätigung vorzulegen.

§. 2.

Da, wo Allmendnutzungen und Bürgerholzabgaben bestehen, haben der Gemeinderath und Ausschuss gemäß den §§. 34, Absatz 1 (Art. 8 des Gesetzes vom 15. Februar d. J.) und 35 des Bürgerrechtsgesetzes

1. eine mit Abschätzungen, beziehungsweise Rechnungsauszügen belegte Berechnung des zehnjährigen Durchschnittswerthes jener Genüsse nach Abzug der darauf ruhenden Lasten (wozu die nach §. 58 der Gemeindeordnung auf den Bürgernutzen gemachten Auflagen nicht gehören),
2. eine Berechnung desjenigen Anthells dieses Durchschnittswerthes, welcher davon auf jeden der zur Zeit der Aufstellung dieser Berechnung vorhandenen Gemeindeglieder jährlich fallen würde, wenn sämmtliche Nutzungen unter alle Bürger gleichmäßig vertheilt wären, dem Bezirksamte zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen.

§. 3.

Derjenige Allmendgenuß, welcher nach §. 85, Absatz 2 der Gemeindeordnung unwiderruflich kraft eines privatrechtlichen Titels auf dem Besitze bestimmter Güter oder Häuser haftet, ist bei Aufstellung der Berechnung unter §. 2, Ziffer 1 außer Anschlag zu lassen.

§. 4.

Ist der Allmendgenuß in verschiedene Classen von verschiedenem Werthe getheilt, so kommt es darauf an, ob das Vorrücken in die höheren Classen des Genußes nur nach dem Alter des Bürgerrechts statt findet, oder ob die Bürgernutzungen nach dem Besitze von Gütern verschieden vertheilt sind.

Im erstern Falle ist bei Aufstellung der Berechnung unter §. 2, Ziffer 1 der Durchschnittswerth sämmtlicher Classen zusammengenommen zu Grund zu legen. Im letztern Falle dagegen ist nach §. 34 a., Absatz 2 des Bürgerrechtsgesetzes die Berechnung für jede Classe besonders aufzustellen.

§. 5.

Wo bei zusammengefügten Gemeinden Orte mit abgesonderten Gemarkungen nach dem §. 65 des Bürgerrechtsgesetzes das Einkaufsgeld, und nach den §§. 63 und 65 den mehrfachen Betrag des Bürgernutzens zu beziehen haben, ist die in den §§. 1 und 2 erwähnte belegte Berechnung durch den nach §. 147 der Gemeindeordnung im Orte bestehenden Verwaltungsrath dem Bezirksamt zu übergeben.

§. 6.

Das Bezirksamt bestätigt oder berichtigt die Berechnungen (§. 1 bis 5) und setzt den Betrag des Einkaufsgeldes und der, bei der Aufnahme sowohl, als bei dem Einrücken in den Genuß nach §. 34, Absatz 2 des Bürgerrechtsgesetzes zu bezahlenden mehrfachen Jahresnutzungen — und zwar, wenn der Fall des §. 34 a., Absatz 2 eintritt, für jede Classe der Nutzungen besonders — fest, vorbehaltlich des Recurses an die Kreisregierung.

§. 7.

Die Kreisregierungen und Bezirksamter haben darüber zu wachen, daß, so oft eine Veräusserung von Allmendgut eintritt, jedenfalls aber je nach Ablauf von zehn Jahren, in Gemäßheit des §. 34 a., Absatz 1 des Bürgerrechtsgesetzes die obige Berechnung (§. 2 bis 5) nach der Veränderung der Bürgerzahl oder des Werthes der Nutzungen berichtigt werde, wobei das oben vorgeschriebene Verfahren gleichfalls einzuhalten ist.

§. 8.

Die Kreisregierung kann auch, wenn sie durch Beschwerden oder auf andere Weise zur Kenntniß kommt, daß das Einkaufsgeld oder der Nutzungsbetrag in einer Gemeinde nicht vorschriftsmäßig berechnet sei, der erfolgten amtlichen Bestätigung ungeachtet, selbst wieder eine Prüfung vornehmen, und die Ansätze für künftige Fälle berichtigen.

§. 9.

In den Gemeinden, in welchen Allmendnutzungen oder Bürgerholzabgaben bestehen, haben der Gemeinderath und Ausschuß alsbald nach Erscheinen dieser Verordnung dem Bezirksamte die im §. 2 vorgeschriebenen Berechnungen vorzulegen.

§. 10.

Der erhöhte Betrag der zu zahlenden Bürgernutzungen nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Februar d. J. ist von denjenigen Bürgern nicht zu entrichten, welche das Bürgerrecht schon vor Verkündung dieses Gesetzes erworben hatten, auch wenn sie erst später in den wirklichen Genuß einrücken. Dagegen haben dieselben den dreifachen Jahresbetrag der Nutzungen nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 31. Dezember 1831 auch dann zu entrichten, beziehungsweise der Gemeinde zu überlassen, wenn deren Werth den nach den Bestimmungen des neueren Gesetzes berechneten fünffachen Durchschnittsertrag übersteigt.

Carlsruhe, den 9. April 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. v. Freydorf.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Montag den 5. Mai 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Die Einberufung des landständischen Ausschusses zur Prüfung der Amortisations-, Zehntschuldentilgungs- und Eisenbahnschuldentilgungskasse-Rechnung für 1850 betreffend. Dienstaufschriften.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des großh. Justizministeriums: die Bestimmung der Orte für die Schwurgerichtssitzungen betreffend.

Dienstentlassungen. Todesfälle.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Die Einberufung des landständischen Ausschusses zur Prüfung der Amortisations-, Zehntschuldentilgungs- und Eisenbahnschuldentilgungskasse-Rechnung für 1850 betreffend.

**Leopold, von Gottes Gnaden,
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.**

In Gemäßheit des Artikels 4 des unterm 31. Dezember 1831 verkündeten Gesetzes über die Verfassung und Verwaltung der Amortisationskasse, des §. 78 des Zehntablösungsgesetzes vom 15. November 1833 und des Artikels 5 des Gesetzes vom 10. September 1842, die Errichtung der Eisenbahnschuldentilgungskasse betreffend, laden Wir den Präsidenten und die gewählten Mitglieder des ständischen Ausschusses ein, sich am 14. dieses Monats dahier einzufinden, bei der ernannten großherzoglichen Regierungskommission, Unserem Präsidenten des Finanzministeriums, — Staatsrath Regenauer und Unserem Staatsrathe Freiherrn von Stengel, — zu melden und die gesetzlich vorgeschriebene Prüfung der Rechnung der Amorti-

sationskaffe, der Zehntschuldentilgungskaffe und der Eisenbahnschuldentilgungskaffe für 1850 vorzunehmen.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 3. Mai 1851.

Leopold.

Regenauer.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich
unter dem 28. März d. J.

allergnädigst bewogen gefunden:

den bisherigen Hausarzt F ü e ß l i n zum Vorsteher des neuen Männerzuchthauses zu Bruchsal zu ernennen, und

die erledigte Vorsteherstelle beim Zucht- und Correctionshause in Bruchsal dem Sportel-
visitator S z u h a n y, einstweilen in provisorischer Eigenschaft, zu übertragen;

unter dem 25. April d. J.

den bisherigen Director der Regierung des Oberrheinkreises und Ministerresidenten bei der
schweizerischen Eidgenossenschaft, Geheimen Rath dritter Classe, Freiherrn von Marshall,
unter Beförderung zum Geheimen Rath zweiter Classe zu Höchstihrem Gesandten am deutschen
Bundestage zu ernennen;

dem Legationssecretär Franz von Roggenbach die unterthänigst nachgesuchte Entlassung
aus dem großh. Staatsdienste in Gnaden zu ertheilen;

den Professor Karl Sachs an dem Lyceum in Mannheim, unter Anerkennung seiner
langjährigen treuen Dienste, in den Ruhestand zu versetzen;

den Lehrer Dr. Laun an der höheren Bürgerschule in Mannheim auf sein unterthänigstes
Ansuchen aus dem großh. Staatsdienste zu entlassen, und

die dadurch erledigte Lehrstelle an der höheren Bürgerschule zu Mannheim dem Dr. R. A.
Mayer am Gymnasium und der Militärschule in Oldenburg zu übertragen;

den Verzicht des Pfarrers Adalbert Bachmann auf die katholische Pfarrei Ubstadt und
dessen Versetzung in den Ruhestand zu genehmigen, und

die katholische Pfarrei Nach, Bezirksamts Stodach, dem Pfarrer Friedrich Jädl von Merz-
hausen zu übertragen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Bestimmung der Orte für die Schwurgerichtssitzungen betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit allerhöchster Entschliessung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 12. d. M., Nr. 761, auszusprechen geruht, daß die Städte Mannheim, Bruchsal, Freiburg und Constanz in Gemäßheit des §. 89 des Gesetzes vom 5. Februar 1851, Regierungsblatt Nr. IX., als diejenigen Orte bestimmt werden, an welchen in der Regel und mit Vorbehalt der nach demselben Paragraphen zu treffenden Ausnahmen, die Schwurgerichtssitzungen abzuhalten sind.

Carlsruhe, den 19. April 1851.

Großherzogliches Justizministerium.
Stabel.

Vdt. v. Göler.

Diensterledigungen.

Man sieht sich veranlaßt, die katholische Stadtkaplanei Triberg mit einem jährlichen Ertragnisse von 457 fl. und einer Zulage von 100 fl., so lange kein Vikar daselbst angestellt ist, so wie mit der Verbindlichkeit, Aushilfe in der Seelsorge zu leisten, nochmals zur Bewerbung auszuscheiden. Die Competenten haben sich sowohl bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe als dem erzbischöflichen Ordinariate innerhalb sechs Wochen vorschriftsmäßig zu melden.

Die katholische Pfarrei Schlierstadt, Amts Buchen, ist mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 1000 bis 1100 fl., worauf jedoch die Verbindlichkeit ruht, einen Vikar zu halten und 29 fl. 45 kr. Zehntablösungskosten in noch zu bestimmenden Terminen abzubehalten, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

Die evangelische Pfarrei Mühlburg, Landdekanats Carlsruhe, mit einem Competenzanschlag von 533 fl. 40 kr. ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber haben sich binnen sechs Wochen nach Vorschrift bei dem großh. evangelischen Oberkirchenrathe zu melden.

Todesfälle.

Verstorben sind:

- Am 4. Januar 1851: der pensionirte Secretär Dr. Lauter in Karlsruhe;
" 18. " 1851: " " Geh. Archivrath v. Hillern in Karlsruhe;
" 29. März 1851: " " Regierungs-Secretär, Ranzleirath Einhardt in
Constanz;
" 10. April 1851: " " Hofgerichtsrath Bordoio in Offenburg.
-

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Dienstag den 20. Mai 1851.

Inhalt.

Gesetz, die Abänderung verschiedener Bestimmungen des Gesetzes über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden vom 31. Dezember 1831 und des Gesetzes über die großen Bürgerausschüsse vom 3. August 1837 betreffend.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien: des großb. Ministeriums des Innern: Gemeinde-
wahlordnung. Vollzugsverordnung zu dem Gesetze vom 25. April 1851, die Abänderung verschiedener Bestimmungen des
Gesetzes über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden vom 31. Dezember 1831 und des Gesetzes über die großen
Bürgerausschüsse vom 3. August 1837 betreffend.

Gesetz, die Abänderung verschiedener Bestimmungen des Gesetzes über die Verfassung und Verwaltung der
Gemeinden vom 31. Dezember 1831 und des Gesetzes über die großen Bürgerausschüsse vom 3. August
1837 betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie
folgt:

Artikel I.

An die Stelle des Titel II. (§§. 8 bis 40) des Gesetzes über die Verfassung und Ver-
waltung der Gemeinden vom 31. Dezember 1831, und der §§. 1 bis 8 des Gesetzes vom
3. August 1837 über die großen Bürgerausschüsse treten folgende Bestimmungen:

Titel II.

Von den Verwaltungsstellen und deren Bildung.

§. 8.

Die Verwaltung in jeder Gemeinde ist dem Gemeinderath anvertraut. Er besteht aus dem
Bürgermeister und den Gemeinderäthen. Jeder Gemeinderath soll einen Rathschreiber haben.

§. 9.

Neben dem Gemeinderath besteht in jeder Gemeinde ein kleinerer Bürgerausschuß und die
Gemeindeversammlung, beziehungsweise der große Ausschuß.

Erstes Kapitel.**Von der Gemeindeversammlung.****§. 10.**

Zum Erscheinen bei der Gemeindeversammlung sind alle stimmfähigen Gemeindebürger berechtigt und verpflichtet, die in der Gemeinde ihren ständigen Wohnsitz haben.

Die Stimmfähigkeit ruht bei allen, welchen die Wahlberechtigung entzogen ist.

Der Gemeinderath kann, mit Zustimmung des Bürgerausschusses, Strafen des nicht gerechtfertigten Ausbleibens festsetzen, deren Betrag nicht einen Gulden übersteigen darf.

Jeder muß in Person erscheinen; Abwesende können durch Bevollmächtigte nicht vertreten werden.

§. 11.

Zu der Gültigkeit eines Gemeindebeschlusses wird erfordert:

1. daß sämtliche stimmfähige Gemeindebürger zeitig zu der Gemeindeversammlung eingeladen werden. Die Art der öffentlichen Vorladung wird durch eine Instruction bestimmt.

Die Vorladung nach Zünften ist unzulässig.

2. daß wenigstens zwei Drittheile davon erschienen sind.
3. daß mehr als die Hälfte der Stimmen aller stimmfähigen Bürger sich für eine Meinung entschieden habe.

Ausgenommen von der obgedachten Mehrheit sind die Fälle, in welchen das Gesetz eine größere oder kleinere Stimmenzahl festsetzt.

§. 12.

Eine Gemeindeversammlung muß stattfinden:

1. wenn kraft Gesetzes oder Verordnung eine öffentliche Verkündigung an die Gemeinde zu geschehen hat, in so fern nicht durch die an einem Orte erscheinenden Wochenblätter, oder auf andere in der Gemeinde übliche Weise die Bekanntmachung eben so gut geschehen kann;
2. wenn die Vornahme einer Handlung an die Einwilligung einer Gemeinde gesetzlich gebunden ist;
3. wenn von den Staatsbehörden die Vernehmung der Gemeinde befohlen wird;
4. wenn von dem Bürgermeister bei Meinungsverschiedenheit des Gemeinderathes und des Bürgerausschusses der Gegenstand der Gemeinde zur Entscheidung vorgelegt werden muß;
5. auf den Antrag des Gemeinderathes oder des Bürgerausschusses, oder einer Anzahl von Bürgern, die der Zahl der Mitglieder des Gemeinderathes und des Ausschusses zusammen genommen gleich kommt, wenn im Namen und aus Auftrag der Gemeinde eine Vorstellung an Uns, an die Ständeversammlung, oder die Staatsbehörden gerichtet,

und die Gemeinde um ihre Zustimmung vernommen werden soll. In der beschlossenen Vorstellung oder Beschwerde muß ausdrücklich des Gemeindebeschlusses gedacht sein, um als eine Bitte der Gesamtheit angesehen werden zu können;

6. auf die schriftliche, von wenigstens eben so viel Mitgliedern der Gemeinde, als der Gemeinderath und Ausschuß stark sind, unterzeichnete Anzeige bei der Staatsverwaltungsstelle, daß sie Beschwerden gegen die Amtsführung und Verwaltung des Bürgermeisters oder des Gemeinderaths, oder des Ausschusses zu führen hätten, und auf ihre Bitte die Gemeinde zu vernehmen, ob sie diese Beschwerden als Gemeindebeschwerden untersucht wissen wolle, hat die Verwaltungsstelle die Gemeinde zu versammeln, und in Abwesenheit Derjenigen, gegen welche die Beschwerde gerichtet ist, zu vernehmen. Wird durch die Gemeindeversammlung die Beschwerde nicht als Gemeindebeschwerde erkannt, so haben Diejenigen, welche die Versammlung veranlaßten, die Kosten derselben zu tragen.

Eine von einzelnen Bürgern bei Staatsstellen eingereichte, nicht auf die in Nr. 5 und 6 bezeichnete Art zu Stande gekommene Vorstellung wird als Sache der Einzelnen, welche die Vorstellung unterzeichneten, behandelt.

§. 13.

Die Versammlung der Gemeinde kann stattfinden, wenn der Bürgermeister, oder der Gemeinderath, oder der Bürgerausschuß solche in irgend einer Angelegenheit für rathlich erachtet.

Zweites Kapitel.

Von dem großen Ausschuß.

§. 14.

In allen Gemeinden von achtzig und mehr Bürgern wird ein großer Ausschuß gewählt.

Die Zahl der Mitglieder des großen Ausschusses soll außer den dazu gehörigen Mitgliedern des Gemeinderaths und kleinen Ausschusses in Gemeinden

| | | | | | |
|-----|------|-----|------|---------|----|
| von | 80 | bis | 150 | Bürgern | 18 |
| " | 151 | " | 300 | " | 24 |
| " | 301 | " | 500 | " | 36 |
| " | 501 | " | 1000 | " | 48 |
| " | 1001 | " | 1500 | " | 60 |
| " | 1501 | " | 2000 | " | 72 |

und in Gemeinden von mehr als 2000 Bürgern 96 betragen.

§. 15.

Wahlberechtigt sind alle Gemeindebürger; ausgenommen sind:

1. die wegen eines Verbrechens zu einer peinlichen Strafe, oder
2. welche innerhalb der letzten fünf Jahre zu einer Arbeitshausstrafe von wenigstens sechs Monaten, oder durch richterliches Erkenntniß zur Dienstentlassung, oder wegen Dieb-

3. Welche uneingetragene Schäden des Bewerbers sind dem Gemeinderathe bekannt?
4. Besitzt derselbe das zur Führung einer Haushaltung nothwendige Hausgeräthe, oder welche Mittel besitzt er, sich dasselbe anzuschaffen?
5. Was ist dem Gemeinderath darüber bekannt, auf welche Weise der Bewerber die obigen Vermögensgegenstände eigenthümlich erworben habe?

II. Den Leumund betreffend.

1. Befindet sich der Bewerber in einem der Fälle des §. 18 Ziffer 2 bis 6 des Bürgerrechtsgesetzes?
2. Seit wann hat er die hiernach etwa gegen ihn erkannten Strafen erstanden?
3. Ist der Bewerber ein ordentlicher Haushälter und führt er überhaupt einen geregelten Lebenswandel?
4. Besonderes Zeugniß des Pfarramts.

Vorstehende Fragen wurden sorgfältig geprüft und beantwortet, was hiermit pflichthaft beurfunden.

. den 18 . . .

Das Pfarramt.

Der Gemeinderath.

Beurfundung und weitere Bemerkungen des Bezirksamtes.

Die Festsetzung des Betrages der Bürgereinkaufsgelder und der bei der Bürgeraufnahme zu zahlenden Bürgernutzungen betreffend.

In Betracht, daß die Abänderungen, welche das Gesetz vom 15. Februar d. J., Regierungsblatt Nr. XIV., hinsichtlich der bei der Bürgeraufnahme zu zahlenden Bürgernutzungen eingeführt hat, eine Revision der diesseitigen zum Vollzuge der §§. 30, 34 und 35 des Bürgerrechtsgesetzes erlassenen Verordnung vom 25. April 1833, Regierungsblatt Nr. XVII., nothwendig machen, sieht man sich veranlaßt, diese Verordnung durch die nachfolgende zu ersetzen:

§. 1.

In den Gemeinden, in welchen der Betrag des Einkaufsgeldes nach den im §. 30, lit. b. und c. des Bürgerrechtsgesetzes vom 31. Dezember 1831 angegebenen Prozentsen festzusetzen ist, hat der Gemeinderath die Berechnung dieses Einkaufsgeldes aufzustellen und solche, nach eingeholter Zustimmung des Ausschusses mit einem beglaubigten Auszug aus dem Steuerkataster über das Gesamtsteuereapital der Gemarkung, nebst einem Verzeichnisse der Gemeindebürger und ihrer Angehörigen und Anderer, welche angeborenes Bürgerrecht besitzen, solches aber noch nicht angetreten haben, dem Bezirksamt zur Prüfung und Bestätigung vorzulegen.

§. 2.

Da, wo Allmendnutzungen und Bürgerholzabgaben bestehen, haben der Gemeinderath und Ausschuss gemäß den §§. 34, Absatz 1 (Art. 8. des Gesetzes vom 15. Februar d. J.) und 35 des Bürgerrechtsgesetzes

1. eine mit Abschätzungen, beziehungsweise Rechnungsauszügen belegte Berechnung des zehnjährigen Durchschnittswerthes jener Genüsse nach Abzug der darauf ruhenden Lasten (wozu die nach §. 58 der Gemeindeordnung auf den Bürgernutzen gemachten Auflagen nicht gehören),
 2. eine Berechnung desjenigen Anthells dieses Durchschnittswerthes, welcher davon auf jeden der zur Zeit der Aufstellung dieser Berechnung vorhandenen Gemeindebürger jährlich fallen würde, wenn sämtliche Nutzungen unter alle Bürger gleichmäßig vertheilt wären,
- dem Bezirksamte zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen.

§. 3.

Derjenige Allmendgenuß, welcher nach §. 85, Absatz 2 der Gemeindeordnung unwiderruflich kraft eines privatrechtlichen Titels auf dem Besitze bestimmter Güter oder Häuser haftet, ist bei Aufstellung der Berechnung unter §. 2, Ziffer 1 außer Anschlag zu lassen.

§. 4.

Ist der Allmendgenuß in verschiedene Classen von verschiedenem Werthe getheilt, so kommt es darauf an, ob das Vorrücken in die höheren Classen des Genusses nur nach dem Alter des Bürgerrechts statt findet, oder ob die Bürgernutzungen nach dem Besitze von Gütern verschieden vertheilt sind.

Im erstern Falle ist bei Aufstellung der Berechnung unter §. 2, Ziffer 1 der Durchschnittswerth sämtlicher Classen zusammen genommen zu Grund zu legen. Im letztern Falle dagegen ist nach §. 34 a., Absatz 2 des Bürgerrechtsgesetzes die Berechnung für jede Classe besonders aufzustellen.

Drittes Kapitel.

Von dem Gemeinderath.

§. 26.

Die Zahl der Mitglieder des Gemeinderaths soll außer dem Bürgermeister nicht unter drei und nicht über fünfzehn sein.

Die Bestimmungen, die in der Mitte liegen, richten sich nach der Zahl der Einwohner und nach dem Verhältnisse der Dertlichkeit. Durch Gemeindebeschluß wird die Zahl der Gemeinderäthe festgesetzt und von der Staatsbehörde bestätigt.

§. 27.

Der Bürgermeister und die Gemeinderäthe werden von der Gemeindeversammlung, beziehungsweise von dem großen Ausschusse, gewählt und der Erstere bedarf der Bestätigung der Staatsbehörde.

Die Versagung der Bestätigung kann nur von der Mittelbehörde nach kollegialischer Berathung beschloffen werden.

Zur Gültigkeit der Wahl wird erfordert, daß sämtliche Wahlberechtigte dazu eingeladen werden. In dem Einladungsschreiben muß die Zeit bestimmt werden, innerhalb welcher die Abstimmung zu geschehen hat. Nach Ablauf der bestimmten Frist wird die Wahlhandlung geschlossen.

Bei Wahlen, welche der große Ausschuß vornimmt, müssen drei Vierteltheile der Mitglieder desselben, einschließlich der Mitglieder des Gemeinderaths und Bürgerausschusses, mitstimmen.

Bei Wahlen, welche die Gemeindeversammlung vornimmt, genügt es, wenn nur wenigstens die Hälfte der Wahlberechtigten die Stimme abgibt. Nimmt der große Ausschuß die Wahl eines Bürgermeisters vor, so ist absolute Stimmenmehrheit der anwesenden Wähler erforderlich. Wählt die Gemeindeversammlung den Bürgermeister, so gilt Derjenige für erwählt, auf welchen die meisten Stimmen gefallen sind, vorausgesetzt, daß er wenigstens ein Dritteltheil der Stimmen aller Wahlberechtigten erhalten hat.

Läßt sich die Zahl der Wahlberechtigten nicht durch Drei theilen, so werden eine, oder nach Erforderniß zwei Stimmen von der Gesamtzahl abgezogen. Erhalten Mehrere gleiche Stimmenzahl, so entscheidet das Loos.

Wenn bei der ersten Abstimmung Keiner die erforderliche Stimmenzahl in sich vereinigt, oder wenn der Gewählte von der Regierung nicht bestätigt wird, so muß zu einer zweiten, und wenn auch diese einen solchen Ausgang hat, zur dritten Wahl geschritten werden, wozu jedesmal die Einladung auf die vorgeschriebene Weise zu geschehen hat.

Wenn auch bei der dritten Wahl Keiner die erforderliche Stimmenzahl erhält, oder der Gewählte nicht bestätigt wird, so wird mit Umgehung einer weiteren Wahl von der Staatsbehörde der Bürgermeister auf höchstens drei Jahre ernannt.

Bei der Wahl der Gemeinderäthe entscheidet immer relative Stimmenmehrheit der erschienenen Wahlberechtigten.

Haben Mehrere gleiche Stimmen, so entscheidet das Loos.

Die Wahl des Bürgermeisters leitet die ihm zunächst vorgesetzte Staatsverwaltungsstelle mit Zuziehung von zwei Urkundspersonen, welche der Gemeinderath und Bürgerausschuß aus der Mitte der Bürger wählt, die nicht in dem Gemeinderath und Bürgerausschuß sich befinden.

Die Wahl der Gemeinderäthe leitet der Bürgermeister mit Zuziehung des Rathschreibers und des ältesten und jüngsten Mitglieds des Gemeinderaths als Urkundspersonen.

Die Wahl geschieht mittelst geheimer Stimmgebung.

Die Form derselben wird durch Verordnung der Regierung bestimmt.

§. 28.

Wahlberechtigt sind, wenn die Gemeindeversammlung wählt, mit Ausnahme der im §. 15 bezeichneten, sämtliche Gemeindebürger.

§. 29.

Wählbar sind sämtliche Gemeindebürger.

Ausgenommen sind und können nicht gewählt werden:

1. die nicht wählbar in den großen Ausschuß sind;
2. die nicht wenigstens ein Jahr in der Gemeinde das Bürgerrecht angetreten haben;
3. die mit dem Bürgermeister oder einem andern Mitgliede des Gemeinderaths in auf- oder absteigender Linie oder im zweiten oder dritten Grad der Seitenlinie verwandt oder verschwägert sind. Hiernach können Vater und Sohn, Großvater und Enkel, Schwiegervater und Tochtermann, Großschwiegervater und Großtochtermann, Bruder und Schwäger, Oheim und Nefte nicht zu gleicher Zeit im Gemeinderath sitzen, ebenso auch nicht die Ehemänner noch lebender Schwestern. Wird ein Bürger, der mit einem Mitgliede des Gemeinderaths auf die vorbezeichnete Weise verwandt oder verschwägert ist, als Bürgermeister gewählt, so muß der Verwandte oder Verschwägte aus dem Gemeinderath austreten.
4. Wenn ein als Bürgermeister Gewählter das Wirthschaftsgewerbe treibt, so kann er nur bestätigt werden, wenn er sein Gewerbe niederlegt. In höchst dringenden Fällen kann jedoch Staatsnachsicht eintreten, wenn der Gewählte zwei Drittheile der Stimmen aller Wahlberechtigten vereinigt hat. Gemeindebürger, die zugleich als Staatsdiener, oder standes- oder grundherrliche Beamte, als Ortsgeistliche oder Schullehrer angestellt sind, können die auf sie gefallene Wahl alsdann annehmen, wenn sie ihre Stellen niederlegen.

§. 30.

Das Amt des Bürgermeisters dauert neun, jenes der Gemeinderäthe sechs Jahre. Jedoch ist der Austretende wieder wählbar.

Der Gemeinderath erneuert sich alle drei Jahre zur Hälfte.

Wird in einer Gemeinde, welche nicht durch einen großen Ausschuß vertreten ist, die Stelle eines Gemeinderaths durch Tod oder Austritt sechs Monate vor dem Ablauf der gesetzlichen Dienstzeit

erledigt, so haben der Gemeinderath und kleine Bürgerschaft zusammen einen Stellvertreter zu wählen, dessen Stellvertretung nur bis zur nächsten regelmäßigen, bei der Erneuerung des Gemeinderaths eintretenden Wahl dauert, wo dann die Gemeinde selbst für die noch übrige Zeit die Wahl vorzunehmen hat.

Erfolgt die Erledigung später, so ist eine Stellvertretung nicht erforderlich.

Tritt dagegen die Erledigung der Stelle eines Gemeinderaths in einer durch den großen Ausschuss vertretenen Gemeinde ein, so wird von diesem sofort die Ergänzungswahl für die ganze noch übrige Amtsdauer des Abgegangenen vorgenommen.

§. 31.

Jeder Gewählte muß die auf ihn gefallene Wahl annehmen. Ausgenommen sind, und können solche ablehnen diejenigen Gemeindebürger:

1. welche als Staatsdiener, als Geistliche oder Schullehrer in Ruhestand versetzt sind;
2. welche das sechszigste Lebensjahr zurückgelegt;
3. welche das Bürgermeisteramt schon neun Jahre versehen, oder
4. die Stelle eines Gemeinderaths sechs Jahre verwaltet haben.

Jedoch steht den in Nr. 4 erwähnten Personen die Befugniß, die Wahl aus diesem Grund abzulehnen, nur sechs Jahre von der Zeit ihres Austritts an zu; nachher tritt die Pflicht zur Annahme wieder ein;

5. diejenigen Bürger, welche zur Zeit der Wahl Gemeinderichter sind und dieses Amt in den letzten drei Jahren unmittelbar vor der Wahl verwaltet haben.

Endlich

6. diejenigen, welche andere erhebliche Entschuldigungsgründe vorbringen, worüber der Gemeinderath und kleine Ausschuss entscheidet, unter Vorbehalt der Genehmigung der Staatsbehörde, wenn es sich um die Wahl des Bürgermeisters handelt. Gegen die abweisende Entscheidung der Gemeindebehörde, beziehungsweise gegen die verfasste Genehmigung der Staatsbehörde findet der Rekurs an die nächst obere Stelle statt.

Die Verweigerung der Annahme der auf einen Gemeindebürger gefallenen Wahl, selbst wenn er nur als Stellvertreter gewählt worden ist, ohne genügende Entschuldigungsgründe zieht die Erlegung eines Beitrages von 25 bis 150 fl. in die Ortsarmenkasse nach sich.

Hinsichtlich des Austritts vor gesetzlich abgelaufener Dienstzeit findet das Gleiche statt.

§. 32.

In den Städten über 3000 Seelen kann auf den Vorschlag des Gemeinderaths von dem großen Ausschuss neben dem ersten Bürgermeister ein zweiter Bürgermeister als dessen Stellvertreter und zu seiner Unterstützung gewählt werden.

Er ist Mitglied des Gemeinderaths, und wird in die festgesetzte Zahl der Gemeinderäthe eingerechnet, die durch ihn nicht überschritten werden darf.

Hinsichtlich der Wählbarkeit, Wahlart, des Gehalts, der Entlassbarkeit und der Befähigung

kommen die Bestimmungen der §§. 27, 28, 29, 35, 36, 37, 38, 39, 40 und 40 a. in Anwendung.

Das Amt des zweiten Bürgermeisters dauert sechs Jahre; der Ausretende ist wieder wählbar.

§. 33.

Wird die Stelle des Bürgermeisters durch Tod oder Austritt erledigt, so muß binnen vier Wochen zu einer neuen Wahl geschritten werden. Das Nämlche tritt auf Antrag des Gemeinderaths oder Bürgerausschusses ein, wenn die Krankheit des Bürgermeisters ein Jahr dauert.

Bleibt der Bürgermeister über die von der Staatsbehörde und dem Gemeinderath ihm bewilligte Urlaubszeit aus, und kehrt er in dem weiter ihm zur Rückkehr anberaumten Termin nicht zurück, so hat der Gemeinderath nach Vernehmung der Gemeinde bei der Staatsbehörde den Antrag zu stellen, daß der Dienst als erledigt erklärt, und eine neue Wahl angeordnet werde.

Auf den im öffentlichen Dienst Abwesenden findet diese Vorschrift keine Anwendung.

In der Zwischenzeit, wenn kein zweiter Bürgermeister da ist, versteht der dienstälteste Gemeinderath die Stelle des Bürgermeisters.

§. 34.

Der Rathschreiber wird von dem Gemeinderath, unter Zustimmung des kleinen Ausschusses, aus der Zahl der Gemeindebürger, auf eine bestimmte Zeit ernannt. Nach Ablauf dieser Zeit kann der Abtretende wieder angestellt werden. Ist kein Gemeindebürger zu finden, der zur Uebernahme der Rathschreiberstelle tauglich und bereit wäre, so kann dieselbe mit Einwilligung der Gemeinde, beziehungsweise des großen Ausschusses auch einem Inländer, der nicht Gemeindebürger ist, übertragen werden.

Schullehrer können nur in Landgemeinden und nur nach zuvor von der Oberschulbehörde erlangter Erlaubniß, welche jederzeit widerruflich ist, die Rathschreiberstelle erhalten.

§. 35.

Die gegenwärtigen Gehalte der Bürgermeister, Gemeinderäthe und Rathschreiber können durch einen Beschluß der Gemeinde erhöht, vermindert und umgewandelt, auch können auf gleiche Weise da, wo noch keine Gehalte bestanden haben, solche eingeführt, nie aber während der durch das Gesetz oder durch die Ernennung bestimmten Dienstzeit die eingeführten Gehalte vermindert werden.

§. 36.

Für Dienstverrichtungen innerhalb des Orts erhalten der Bürgermeister, die Mitglieder des Gemeinderaths und der Rathschreiber keine Belohnung, für Dienstverrichtungen in der Gemarkung aber die gesetzlichen Gebühren.

Statt dieser letztern können jedoch für einzelne, jährlich wiederkehrende bestimmte Verrichtungen bestimmte Belohnungen von der Gemeinde angeordnet werden.

Auch für auswärtige Verrichtungen, so wie für Dienstgeschäfte bei Privaten, können die gesetzlichen Gebühren gefordert werden.

§. 37.

Die einstweilige Enthebung des Bürgermeisters, der Gemeinderäthe und des Rathsschreibers vom Dienst kann von den Staatsverwaltungsstellen erkannt werden, wenn sich gegen sie im Laufe einer Untersuchung nahe Verdachtsgründe eines solchen Verbrechens an den Tag legen, das, wenn es erwiesen wäre, die Entlassung zur Folge haben würde, oder wenn die Untersuchung durch die fernere Dienstführung des Angeeschuldigten sehr erschwert oder verhindert würde.

Auf Antrag des Gemeinderaths und des Bürgerausschusses kann wegen Beschuldigungen, auf deren Grund die Dienstentlassung eintreten kann, die einstweilige Enthebung vom Dienst erkannt werden.

§. 38.

Die Dienstentlassung der vorgedachten Personen muß im Wege der Verwaltung ausgesprochen werden:

1. wegen erwiesener Dienstunfähigkeit,
2. wegen jeder peinlichen Strafe, wenn die Entlassung nicht schon im Urtheil ausgedrückt ist,
3. wegen einer die öffentliche Achtung ihnen entziehenden bürgerlichen Strafe, worunter insbesondere die Strafe des Ehebruchs begriffen ist, und
4. wenn durch Unsittlichkeit ein solches Aergerniß gegeben wird, daß eine wirksame Dienstführung nicht mehr zu erwarten ist.

§. 39.

Wegen Willkürlichkeiten im Dienst, in so fern sie nicht zu einer peinlichen Untersuchung sich eignen; wegen Dienstmachlässigkeiten und Ungehorsam gegen zuständige Verfügungen und Anordnungen der Staatsbehörden müssen Warnungen zum Zweck der Besserung in nachfolgender Ordnung ergehen:

1. Verweise,
2. Androhung der Dienstentlassung.

Die Betheiligten müssen, wenn die Warnung als ein gesetzlicher Besserungsversuch gelten soll, jedesmal vorher vernommen, sodann muß das Protokoll von ihnen unterzeichnet, und das Erkenntniß unter Beziehung auf diese Gesetzstelle ertheilt werden. Auf den zweiten Verweis ist zur Androhung der Dienstentlassung zu schreiten, und wenn diese nicht fruchtet, in dem weiteren Falle die Entlassung auszusprechen.

§. 40.

Auch aus andern Gründen, welche die Dienstführung sehr erschweren oder vereiteln, kann die Dienstentlassung gegen den Bürgermeister nach Einvernahme des Gemeinderaths und Bürgersausschusses, gegen die übrigen Gemeindebeamten aber nur auf den Antrag dieser Gemeindefollegien, ausgesprochen werden; die Ursachen müssen nach gepflogener Untersuchung in dem Erkenntniß angegeben und der Gemeinde und den Betheiligten eröffnet werden. Der in diesem Fall Entlassene kann erst nach Verfluß einer gesetzlichen Dienstperiode wieder gewählt werden.

§. 40 a.

Wenn gegen den Bürgermeister oder einzelne Gemeinderäthe wegen Schulden die Vollstreckung vollzogen werden muß, so findet die Dienstentlassung statt, in so fern sie nicht nachweisen, daß ihre Vermögensumstände nicht zerrüttet sind.

§. 40 b.

In allen in §. 37 bis 40 a. erwähnten Fällen führt die nächst vorgesetzte Staatsverwaltungsstelle die Untersuchung, und die nächst höhere fällt das Erkenntniß in collegialer Form.

Viertes Kapitel.

Von dem (kleinen) Bürgerausschuß.

§. 40 c.

Die Zahl der Mitglieder des Bürgerausschusses ist der Zahl der Gemeinderäthe, mit Einschluß des Bürgermeisters, gleich.

Sie werden von der Gemeinde, beziehungsweise dem großen Ausschusse gewählt.

Die Leitung der Wahlhandlung geschieht von dem Bürgermeister, unter Zuzug des Rathschreibers und des ältesten und jüngsten Mitglieds des Ausschusses, der letzteren als Urkundspersonen.

§. 40 d.

Die Mitglieder des kleinen Ausschusses müssen in den Gemeinden, welche nicht durch einen großen Ausschuss vertreten sind, zu einem Drittel aus dem höchst besteuerten Drittel der Bürgerschaft nach dem Ortskataster, zu einem Drittel aus dem niedrigst besteuerten Drittel und zu einem Drittel aus jenen gewählt werden, welche sich zwischen dem ersten und letzten Drittel in der Mitte befinden.

In allen Gemeinden dagegen, in welchen ein großer Ausschuss gewählt wird, ist die für die Wahl desselben vorgeschriebene Classeneintheilung auch für die Wählbarkeit zum kleinen Bürgerausschusse maßgebend.

Ist die Zahl der Mitglieder des kleinen Ausschusses nicht durch Drei theilbar, so wird, wenn nur Einer übrig bleibt, dieser aus der mittleren Classe, wenn dagegen Zwei übrig bleiben, der eine aus der höchst besteuerten und der andere aus der niederst besteuerten Classe gewählt.

§. 40 e.

Hinsichtlich der Wahlberechtigung kommt auch hier, wenn die Gemeindeversammlung wählt, die Bestimmung des §. 28 zur Anwendung.

§. 40 f.

Wählbar sind alle Gemeindebürger, jedoch jeder nur für diejenige der obgedachten Klassen, zu welcher er gehört.

Ausgenommen sind und können nicht gewählt werden:

1. Vorgesetzte Staatsverwaltungsbeamte. Andere Staatsdiener können nur mit Erlaubniß ihrer vorgesetzten Stellen das Amt annehmen.

2. Die Gemeinderäthe.

3. Die Gemeindebürger, die nicht zu Gemeinderäthen wählbar sind.

Doch sind verwandtschaftliche Verhältnisse zu dem Bürgermeister und den Gemeinderäthen, oder unter sich selbst, kein Hinderniß der Wählbarkeit.

§. 40 g.

Das Amt eines Mitgliedes des kleinen Ausschusses dauert sechs Jahre. Jedoch ist der Aus tretende wieder wählbar.

Der Ausschuß erneuert sich alle drei Jahre zur Hälfte in der Art, daß die Ersazmänner je aus den Steuerclassen zu wählen sind, welchen die Aus tretenden angehört haben.

Wird in einer Gemeinde, welche nicht durch einen großen Ausschuß vertreten ist, die Stelle eines Mitgliedes des kleinen Ausschusses durch Tod oder Austritt sechs Monate vor dem Ablauf der gesetzlichen Dienstzeit erledigt, so haben der Gemeinderath und kleine Ausschuß zusammen einen Stellvertreter zu wählen, dessen Stellvertretung nur bis zur nächsten regelmäßigen, bei der Erneuerung des kleinen Ausschusses eintretenden Wahl dauert, wo dann die Gemeinde selbst für die noch übrige Zeit die Wahl vorzunehmen hat.

Erfolgt die Erledigung später, so ist eine Stellvertretung nicht erforderlich.

Tritt dagegen die Erledigung der Stelle eines Mitgliedes des kleinen Ausschusses in einer durch einen großen Ausschuß vertretenen Gemeinde ein, so wird von diesem sofort die Ergänzungswahl für die ganze noch übrige Amtsdauer des Abgegangenen vorgenommen.

§. 40 h.

Jeder Gewählte muß die auf ihn gefallene Wahl eines Ausschußmannes annehmen, und nur derjenige kann solche ablehnen, der diese Stelle, oder die eines Bürgermeisters oder Gemeinderaths, die gesetzliche Zeit schon versehen hat.

Die Verpflichtung zur Annahme tritt jedoch nach Verlauf von sechs Jahren, von der Zeit seines Austritts von einer der obgedachten Stellen an gerechnet, wieder ein.

Wegen grundloser Verweigerung der Annahme einer auf einen Bürger gefallenen Wahl tritt der im §. 31 bestimmte Nachtheil ein.

§. 40 i.

Der Ausschuß wählt unter sich nach Stimmenmehrheit einen Obmann. Sein Amt dauert drei Jahre, er ist nach deren Ablauf wieder wählbar.

§. 40 k.

Die Mitglieder des Ausschusses erhalten weder Gehalt noch Gebühren.

Bei Gemeindeangelegenheiten außerhalb Orts, wobei der Bürgerausschuß, aus Auftrag des Gemeinderaths oder vermöge Vorladung einer Staatsstelle, zu erscheinen hat, sind die Erschienenen berechtigt, die gesetzlichen Gebühren aus der Gemeindefasse, gleich den Gemeinderäthen, zu fordern. In solchen Fällen hat nur der Obmann mit höchstens zwei Mitgliedern des Bürgerausschusses zu erscheinen.

§. 40 I.

Landgemeinden unter sechszig Bürgern können, mittelst eines Beschlusses der Gemeindeversammlung, bis auf Widerruf auf das Institut des Bürgerausschusses verzichten, und in diesem Falle tritt die Gemeindeversammlung an seine Stelle.

Artikel II.

Uebergangsbestimmungen.

Gegenwärtiges Gesetz soll binnen Jahresfrist vom Tage der Verkündigung an in Vollzug gesetzt werden.

Zuerst werden in den betreffenden Gemeinden die großen Ausschüsse gewählt, sodann die Bürgermeister und nach diesen die Mitglieder der Gemeinderäthe und der kleinen Ausschüsse.

Außer der im §. 14 festgesetzten Zahl werden noch so viele weitere Mitglieder des großen Ausschusses gewählt, als sich in der betreffenden Gemeinde Mitglieder des Gemeinderaths und kleinen Bürgerausschusses befinden.

Ergibt sich nach der Wahl des Bürgermeisters, des Gemeinderaths und des kleinen Bürgerausschusses, daß der große Ausschuss einschließlich der Mitglieder des Gemeinderaths und des kleinen Bürgerausschusses mehr Mitglieder zählt, als nach dem Gesetz zulässig ist, so müssen die überzähligen Mitglieder bei der nächsten Erneuerungswahl wieder austreten. Diesenigen, welche auszutreten haben, werden durch das Loos bestimmt. Von dieser Ausloosung bleiben jedoch die Mitglieder des Gemeinderaths und die Mitglieder des kleinen Bürgerausschusses ausgenommen.

Die gegenwärtig im Amte befindlichen Gemeindebeamten haben, ohne daß inzwischen eine Erneuerungswahl stattfindet, den Dienst fortzuversetzen, bis die neuen Wahlen stattfinden und die Neugewählten eingetreten sind.

Wird eine einzelne Stelle vor dieser Zeit durch Tod oder Austritt erledigt, so wird ein Stellvertreter bestellt, der die Stelle bis zur Neuwahl zu verwalten hat.

Sobald die neuen Gemeinderäthe und Ausschüsse gewählt sind, wird durch das Loos bestimmt, welche Mitglieder derselben nach drei und welche nach sechs Jahren auszutreten haben.

In Gemeinden, in welchen die Gemeindeversammlung bestehen bleibt, werden die gegenwärtigen Gemeinderäthe und Bürgerausschüsse aufgelöst und neu gewählt, sobald nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen eine Erneuerungswahl stattfinden muß.

Nachdem die neue Wahl stattgefunden hat, wird durch das Loos bestimmt, welche Mitglieder nach drei und welche nach sechs Jahren auszutreten haben.

Sind in diesen Gemeinden in Folge der Verordnung vom 26. Juni 1849 und des provi-

fortschien Gesetz vom 27. des nämlichen Monats, Regierungsblatt Nr. XXXV., Bürgermeister eingesetzt worden, so muß binnen Jahresfrist eine neue Bürgermeisterwahl vorgenommen werden.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 25. April 1851.

Leopold.

von Marschall.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Gemeindevahlordnung.

Nachdem in Folge des Gesetzes vom 25. April 1851, wodurch der Titel II. des Gesetzes vom 31. Dezember 1831 über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden mehrfache Abänderungen erlitten hat, andere Bestimmungen über die Formen der Wahlen zu den verschiedenen Gemeinde-Collegien und Aemtern nöthig geworden sind, wird hierdurch mit allerhöchster Ermächtigung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs aus großherzogl. Staatsministerium vom 25. April l. J. verordnet wie folgt:

I. Wahl des großen Ausschusses.

§. 1.

Bildung der
Wähler-
klassen.

Die Wahlberechtigten werden nach Maaßgabe des §. 16 des Gemeindegesetzes in drei Classen getheilt.

Nur die in das Gemeindefataster eingetragenen Steuerkapitalien dürfen dieser Classeneintheilung zu Grunde gelegt werden.

Ausgeschlossen bleiben also alle Steuerkapitalien der Wahlberechtigten, mit welchen solche außerdem noch in dem Staatssteuerkataster eingetragen sind.

§. 2.

Diejenigen wahlberechtigten Gemeindebürger, welche zusammen die höchsten Steuerkapitalien bis zum Betrag eines Dritttheils der in den Gemeindefataster eingetragenen Steuerkapitalien aller Gemeindebürger besitzen, bilden die erste Classe oder die Classe der Höchstbesteuerten.; diejenigen,

welche zusammen die nächst niederen Steuerkapitalien bis zum Betrag des zweiten Dritttheils besitzen, die zweite Classe oder die Classe der Mittelbesteuerten; alle übrigen wahlberechtigten Bürger, d. i. diejenigen, welche zusammen das letzte Dritttheil der erwähnten Steuerkapitalien besitzen, und die wahlberechtigten Gemeindebürger, welche mit gar keinem Steuerkapital in das Gemeindefataster aufgenommen sind, bilden die dritte Classe oder die Classe der Niederstbesteuerten.

§. 3.

Wenn die wahlberechtigten Gemeindebürger, welche zusammen das erste Dritttheil der in den Gemeindefataster eingetragenen Steuerkapitalien aller Gemeindebürger besitzen, und also die Classe der Höchstbesteuerten bilden, nicht wenigstens den zwanzigsten Theil der Bürger der Gemeinde ausmachen, so muß jedenfalls dieser zwanzigste Theil der Gemeindebürger in die erste Classe gezogen, d. i. es müssen aus der zweiten nächstkommenen Classe der Mittelbesteuerten nach Maassgabe und in der Reihenfolge der Grösse der Steuerkapitalien der Einzelnen so viele Wahlberechtigte in die erste Classe herüber genommen werden, bis die Besitzer des ersten Dritttheils der Steuerkapitalien und die so aus der Classe der Mittelbesteuerten beigezogenen zusammen den zwanzigsten Theil der Gesamtzahl der Gemeindebürger erfüllen.

Ergibt sich bei der Theilung der Gesamtzahl der Bürger durch zwanzig ein Rest, so ist solcher, wenn er nur 1 bis 10 Bürger beträgt, unberücksichtigt zu lassen; beträgt er aber 11 bis 19 Bürger, so ist dafür ein weiterer Bürger in die Classe der Höchstbesteuerten zu ziehen.

Sobald die Classe der Höchstbesteuerten, sei es, daß sie an sich schon den zwanzigsten Theil der Gemeindebürger erreicht oder übersteigt, oder nach Obigem bis zu diesem Theil aus der Classe der Mittelbesteuerten vervollständigt werden mußte, gleichwohl auch alsdann noch nicht wenigstens doppelt so viele Wahlberechtigte in sich fassen würde, als die Classe Mitglieder in den großen Ausschuss zu wählen hat, so muß sie bis zu dieser letzteren Zahl aus der Classe der Mittelbesteuerten ergänzt werden, die Classe der Höchstbesteuerten muß also wenigstens — je nachdem die eine oder die andere Zahl die größere ist, — entweder den zwanzigsten Theil aller Gemeindebürger oder aber zwei Dritttheile der Gesamtzahl der in der einzelnen Gemeinde in den großen Ausschuss zu wählenden Mitglieder umfassen.

Wenn in einem oder dem andern Falle die Classe der Höchstbesteuerten durch Herüberziehen von Wahlberechtigten aus der Classe der Mittelbesteuerten vervollständigt werden muß, so werden alsdann die zweite und dritte Classe in der Art gebildet, daß die Steuerkapitalien aller nicht in die erste Classe gezogenen Gemeindebürger zusammen genommen in zwei gleiche Theile geschieden und diejenigen, welche als die höher Besteuerten die eine dieser Hälften besitzen, in die zweite Classe, die sämtlichen übrigen wahlberechtigten Bürger aber in die dritte Classe aufgenommen werden.

Auch die Classe der Mittelbesteuerten muß unter allen Umständen wenigstens doppelt so viele Wahlberechtigte, als die Classe Mitglieder in den großen Ausschuss zu wählen hat oder zwei Dritttheile der Gesamtzahl der von der Gemeinde in den großen Ausschuss zu wählenden Mitglieder, in sich fassen, so daß wenn sie in irgend einem Falle diese Zahl nicht erreichen sollte, aus der nächstkommenen dritten Classe nach Maassgabe und in der Reihenfolge der Grösse

der Steuerkapitalien der Einzelnen so viele Wahlberechtigte in die zweite Classe herüberzunehmen sind, bis sie mit den schon in dieser Classe befindlichen Wahlberechtigten zusammen die obenbezeichnete Zahl ausmachen.

Aus der unter Ziffer I. anliegenden Tabelle ist zu ersehen, aus wie viel Mitgliedern in jeder Gemeinde die Classe der Höchstbesteuerten und jene der Mittelbesteuerten wenigstens bestehen muß.

§. 4.

Wenn bei der Einteilung der Bürger in die vorgeschriebenen Classen bei dem Uebergang von der höheren zur nächstfolgenden niederen Classe mehrere gleich hoch besteuerte Bürger zusammentreffen, so tritt derjenige oder treten diejenigen, welche die im Bürgerrecht älteren sind, in die höhere, der andere oder die andern dagegen in die niedere Classe ein.

Eben so ist, wenn eine Ergänzung einer Wählerclasse auf die durch das Gesetz vorgeschriebene Zahl von Mitgliedern stattfindet, und die Höchstbesteuerten der nächst niederen Classe, aus welchen die Ergänzung bewirkt werden soll, mit gleich großen Steuerkapitalien eingetragen sind, auf die im Bürgerrecht älteren zu greifen.

Wenn dagegen in irgend einem Falle die behufs der Bildung der Wählerclassen erforderliche Theilung der Steuerkapitalien sich nicht bewirken läßt, ohne daß das Steuerkapital eines einzelnen Bürgers geschieden werden müßte, so ist dieser derjenigen höheren oder niederen Classe beizuzählen, für welche sein Steuerkapital dem größeren Theil nach beigezogen werden müßte. Würde dagegen das zu scheidende einzelne Steuerkapital in zwei gleiche Theile zerfallen, so tritt der Betheiligte jeweils in die höher besteuerte Classe ein.

§. 5.

Aufstellung
und Revision
der Wahl-
listen.

Ueber jede der drei Wählerclassen wird eine besondere Liste, über die sämmtlichen wählbaren Bürger der Gemeinde dagegen eine gemeinschaftliche Liste aufgestellt.

Vor jeder nach §. 25 des Gemeindegesetzes vorzunehmenden Erneuerungs- und Ersatzwahl des großen Ausschusses hat der Gemeinderath die Listen der drei Wählerclassen auf den Grund des neuesten Gemeindefatasters, und die Liste der wählbaren Gemeindebürger nach Maassgabe des §. 21 beziehungsweise §. 15 des Gemeindegesetzes zu prüfen und so weit erforderlich zu berichtigen.

§. 6.

Die Listen der Wählerclassen und die Liste der wählbaren Gemeindebürger sollen vierzehn Tage vor Beginn der Wahl auf dem Gemeindehause aufgelegt und es soll die Auflegung sogleich öffentlich bekannt gemacht werden.

Von dieser Bekanntmachung an bleiben die Listen drei Tage lang unter Aufsicht aufgelegt und es kann während dieser Zeit jeder Gemeindebürger Einsicht davon nehmen.

§. 7.

Rechnung zur
Wahl.

Nach Ablauf der Frist, in welcher die vorgeschriebenen Wahllisten öffentlich aufgelegt sind, beziehungsweise, wenn Einsprachen oder Beschwerden wegen dieser Listen erhoben werden, nach

Erledigung dieser Einsprachen oder Beschwerden, und wenigstens vier Tage vor dem Tage, an welchem die Wahl beginnt, hat der Gemeinderath eine Einladung zur Wahl an das Gemeindehaus, so wie an andere geeignete öffentliche Orte anschlagen, und wo ein Lokalblatt besteht, sie in dieses einrücken zu lassen.

Diese Einladung soll enthalten:

1. den Anlaß derselben und die namentliche Anführung der aus dem Ausschuß austretenden Mitglieder;
2. die Angabe, wie viele Mitglieder durch die betreffende Classe zur Erneuerung des Ausschusses und wie viele als Ersatzmänner von Ausgefallenen zu wählen sind;
3. die Bezeichnung des Lokals, in welchem die Wahl stattfindet;
4. die genaue Angabe der Zeit, innerhalb welcher die Abstimmung einer jeden der betreffenden Classen, beziehungsweise Abtheilung der Wahlberechtigten zu geschehen hat;
5. die Angabe der gesetzlichen Erfordernisse der Wahlberechtigung und der Wählbarkeit, insbesondere den Inhalt der §§. 15 und 21 des Gemeindegesetzes;
6. die Bekanntmachung, daß die Listen der Wählerklassen und die Liste der wählbaren Gemeindebürger auf dem Gemeindehaus zur Einsicht aufliegen.

Ein Formular zu einer solchen Einladung befindet sich unter Ziffer II.

§. 8.

Außerdem ist jeder Wahlberechtigte persönlich zu der Wahl einzuladen.

Diese persönliche Einladung erfolgt klassenweise, so wie jede Klasse zur Wahl kommt, und ist nicht an die in §. 7 bestimmte Frist gebunden.

Der Gemeinderath kann hierbei auch Abdrücke der im §. 7 vorgeschriebenen Einladung an die einzelnen Wahlberechtigten vertheilen lassen; geschieht dieß nicht, so ist dem Wahlberechtigten bei der Einladung wenigstens Ort und Zeit der Wahl anzufagen.

Denjenigen, welche mit dem Vollzug der persönlichen Einladung beauftragt werden, ist ein Verzeichniß der Wahlberechtigten der betreffenden Classe einzuhändigen.

Bei jedem Namen ist zu bemerken, ob die Einladung dem Wahlberechtigten selbst oder wenn von seiner Familie solche zugestellt worden und am Ende des Verzeichnisses von dem Beauftragten zu bezeugen, daß er seinen Auftrag gehörig vollzogen habe.

Diese so beurkundeten Verzeichnisse sind der Wahlcommission zuzustellen, welche dieselben zu den Wahlakten zu nehmen hat.

§. 9.

Am Vormittag des Tages, welcher der Wahlhandlung unmittelbar vorhergeht, hat der Bürgermeister die Vornahme der Wahl mit dem Anfügen öffentlich durch Ausschellen verkünden zu lassen, daß wenn einem oder dem andern Wahlberechtigten die Einladung nicht zugekommen sein sollte, diese Verkündung als solche anzusehen sei.

§. 10.

Wenn der große Ausschuß nach Ablauf von drei Jahren zur Hälfte erneuert wird, so treten

nach Maßgabe der ursprünglichen Loosziehung von den durch jede Classe Gewählten je die Hälfte aus, d. h. diejenigen, welche die gesetzliche sechsjährige Dienstzeit zurückgelegt haben, und es werden je durch die nämliche Classe eben so viele Mitglieder neu für eine sechsjährige Dienstzeit gewählt.

Zugleich damit treten auch die vom Ausschuss selbst fürsorglich gewählten Stellvertreter aller derjenigen Ausschussmitglieder aus, welche vor Ablauf der gesetzlichen Dienstzeit aus dem Ausschuss durch Tod, Austritt u. ausgefallen sind.

Für diese austretenden Stellvertreter sind aber nur in so weit als die Dienstzeit der ausgefallenen und fürsorglich ersetzt gewesenem Mitglieder nicht bei dieser Erneuerungswahl abläuft, andere und zwar auf die Dauer von drei Jahren durch die Wählerclasse oder Wählerclassen, durch welche die früher ausgefallenen Mitglieder ernannt waren, zu wählen.

Beispiel: In einer Gemeinde, deren großer Ausschuss 48 Mitglieder zählt, beträgt von den durch jede Classe Gewählten die Hälfte, welche bei der jeweiligen Erneuerung des Ausschusses austreten muß: 8.

Jede der drei Classen hat also acht Mitglieder für eine sechsjährige Amtsdauer neu zu wählen.

Dazu kommen alsdann noch weiter die etwaigen Ersatzmänner derjenigen Mitglieder, die nicht bei dieser Erneuerung, sondern erst drei Jahre später an der Reihe zum Austritt gewesen wären, aber schon im Laufe der ersten drei Jahre ihrer Dienstzeit durch Tod oder Austritt aus dem Ausschuss ausgefallen sind, und für welche der große Ausschuss Stellvertreter bis zur nächsten Erneuerungswahl gewählt hatte. Wenn demnach von denjenigen durch eine Wählerclasse gewählten Mitgliedern, die auch nach der Erneuerungswahl noch drei Jahre im Dienst zu bleiben hatten, innerhalb der ersten drei Jahre eines gestorben und eines ausgetreten ist, so sind durch die betreffende Classe bei der Erneuerungswahl

acht Mitglieder für die gesetzlich Austretenden auf die Dauer von sechs Jahren
und

zwei Ersatzmänner für die Ausgefallenen auf die Dauer von drei Jahren zu wählen.

§. 11.

Art der Wahl.

Die Wahlen in den großen Ausschuss geschehen mittelst offener Stimmgebung.

§. 12.

Verfahren bei der Wahl und Beurkundung derselben.

Der Wahlberechtigte gibt der Wahlcommission, welche aus dem Bürgermeister, dem Rathschreiber, dem ältesten und jüngsten Mitglied des großen Ausschusses, den letzteren als Urkundspersonen, besteht, die Namen derjenigen, die er in Vorschlag bringt, mündlich an und diese werden alsdann, als von ihm vorgeschlagen, einzeln in das Protokoll eingetragen und der Antrag vom Abstimmenden unterzeichnet.

§. 13.

Statt dieses Verfahrens kann in Gemeinden über 3000 Seelen der Bürgermeister auch eine schriftliche Abstimmung zulassen.

Diese geschieht entweder durch gedruckte Wahlzettel, welche nach Formular Ziffer III. aufzufassen sind, oder durch gedruckte Listen, in welchen sämmtliche wählbare Gemeindebürger unter fortlaufenden Ordnungszahlen enthalten sind.

Die einen oder die andern werden den Wahlberechtigten zugestellt, welche ihre Vorschläge darin eintragen und sie hierauf offen der Wahlcommission persönlich übergeben. Im Protokoll werden alsdann unter fortlaufenden Ordnungszahlen nur die Namen der erschienenen Abstimmenden von diesen selbst, nicht aber auch jene der Vorgesetzten eingetragen.

§. 14.

Wird mit Wahlzetteln abgestimmt, so hat der Wahlberechtigte die Namen derjenigen, welche er vorschlagen will, eigenhändig in den Wahlzettel einzutragen und diesen überdies noch selbst zu unterschreiben. Hat der Wahlberechtigte den Wahlzettel nicht auf solche Weise eigenhändig ausgefüllt, sondern die Namen der Vorgesetzten durch einen Andern eintragen lassen, so ist ihm der Wahlzettel vor der Wahlcommission vorzulesen und daß dies geschehen, durch ein Mitglied dieser Commission unten auf dem Wahlzettel zu bezeugen.

Wird mit gedruckten Bürgerlisten abgestimmt, so haben die Wahlberechtigten die Namen derjenigen, welche sie vorschlagen wollen, darin zu unterstreichen und müssen am Schlusse der Liste mit ihrer Unterschrift folgende Erklärung beifügen:

Ich wähle die unter Ziffer

Ziffer

Ziffer

und so weiter
genannten Bürger, deren Namen unterstrichen sind.

N. N. den (Datum).

N. N. (Unterschrift des Stimmgebers).

Diese Listen werden alsdann durchgängig wie Wahlzettel behandelt.

§. 15.

Die Wahlzettel werden nach der Reihenfolge der Wählenden mit denselben Ordnungszahlen, welche die letzteren im Protokoll haben, versehen und gesammelt.

§. 16.

Die Erneuerungs- und die Ersatzwahlen in den großen Ausschuss geschehen classenweise.

Jede Classe der Wahlberechtigten wählt je für sich in einer getrennten Wahlhandlung die zu wählenden Mitglieder und Ersatzmänner, ohne dabei irgendwie an die Classeneintheilung gebunden zu sein, beliebig aus der Gesamtzahl der wählbaren Gemeindebürger. Zuerst wählt die Classe der Niederstbesteuerten, dann die Classe der Mittelbesteuerten, und zuletzt jene der Höchstbesteuerten.

§. 17.

Das Ergebnis der Wahl einer jeden Classe ist jeweils bekannt zu machen, ehe die nächstfolgende Classe zur Wahlhandlung kommt.

Diese Bekanntmachung hat durch Anschlag am Gemeindehaus und an andern geeigneten öffentlichen Orten, wo ein Localblatt besteht, auch durch dieses oder durch besondere Zustellung an die in der Wahl nachkommende Classe der Wahlberechtigten zu geschehen; überdies ist die Liste der bereits Gewählten im Wahllocale aufzulegen.

Die von einer Classe Ernannten können alsdann von der folgenden Classe nicht in Vorschlag gebracht werden.

§. 18.

Ist die Zahl der Wahlberechtigten in einer Classe so groß, daß nicht alle in einer halben Tagesitzung der Wahlcommission ihre Stimmen abgeben können, so werden sie nach alphabetischer Ordnung in zwei oder mehrere Abtheilungen geschieden, und jede Abtheilung auf einen besonderen halben Tag zur Stimmenabgebung eingeladen.

Jede einzelne Sitzung der Wahlcommission ist aber vorschriftsmäßig im Protokoll abzuschließen, und wenn mit Wahlzetteln abgestimmt wird, sind diese nach jeder Sitzung zusammenzuheften und an die beiden Ende des Bandes das Gemeindefiegel und das Privatsiegel einer Urkundsperson zu legen.

Auch in dem Falle einer solchen Abtheilung der Wahlhandlung werden aber die Stimmen aller Wahlberechtigten einer und derselben Classe durchgezählt und das Ergebnis der Wahl erst bekannt gemacht, wenn alle Abtheilungen abgestimmt haben.

Dagegen kann die Wahlcommission zu ihrer Geschäfts erleichterung am Schlusse jeder einzelnen Sitzung das Ergebnis derselben für sich ermitteln, so daß beim Endabschluß nur die Zusammenstellung aller Einzelergebnisse zu fertigen ist.

§. 19.

Die Wahl einer Classe ist nur gültig, wenn wenigstens die Hälfte aller Wahlberechtigten derselben abgestimmt hat.

Diejenigen, welche nach Ablauf des Abstimmungstermins unter allen übrigen die meisten Stimmen erhalten haben, sind als Mitglieder des Ausschusses ernannt.

§. 20.

Ist am Ende der für eine Classe zur Stimmenabgebung anberaumten Frist nicht wenigstens die Hälfte aller Wahlberechtigten dieser Classe erschienen, so sind, ohne daß das Ergebnis der bereits abgegebenen Stimmen bekannt gemacht wird, die Nichterschiedenen unter Androhung einer Geldstrafe von Einem Gulden für jeden und mit dem weitem Anfügen sogleich nochmals vorzuladen, daß, wenn die zur Ergänzung der vorgeschriebenen Stimmen erforderliche Anzahl derselben wieder nicht erscheine, die Wahl als nicht zu Stande gekommen betrachtet, und der große Ausschluß am Schlusse des ganzen Wahlgeschäfts nach Vorschrift des §. 21 gegenwärtiger Verordnung ergänzt werde.

§. 21.

Erscheint die vorgeschriebene Zahl wieder nicht, so wird, wenn vorerst die etwa noch rück-

mündigen Wahlen der andern Classen ebenfalls vorgenommen sind, die erforderliche Zahl von Stellvertretern durch den Gemeinderath und kleinen Ausschuss und die bereits vorhandenen oder neu gewählten Mitglieder des großen Ausschusses ernannt, und zwar für jede Classe so viel, als bei der nicht zu Stande gekommenen Wahl durch diese Classe hätten gewählt werden sollen, und je für die Zeitdauer, während welcher die zu Wählenden im Amt zu bleiben gehabt hätten.

§. 22.

Während der zur Abstimmung anberaumten Zeit bleibt die Wahlcommission in dem Wahlzimmer versammelt.

Der Rathschreiber führt das Protokoll, welches nach jedem geschlossenen Act von ihm und den übrigen Mitgliedern der Wahlcommission zu unterschreiben ist.

Wird mündlich zu Protokoll abgestimmt (§. 12 gegenwärtiger Verordnung), so hat gleichzeitig während der Abstimmende seine Vorschläge zu Protokoll gibt, jede der beiden Urkundspersonen eine besondere Stimmenaufzeichnung zu führen.

Wird mit Wahlzetteln oder gedruckten Bürgerlisten abgestimmt (§§. 13 und 14 gegenwärtiger Verordnung), so hat nach Beendigung der Abstimmung einer Classe der Bürgermeister die einzelnen Abstimmungen abzulesen, und es hat die eine der beiden Urkundspersonen das richtige Ablesen zu überwachen. Von dem Rathschreiber und der andern Urkundsperson wird gleichzeitig während dieses Ablesens je eine besondere Stimmenaufzeichnung geführt.

Die Stimmenaufzeichnung besteht in dem einen wie dem anderen Falle darin, daß Jeder, auf welchen ein Vorschlag fällt, einmal mit seinem Namen in ein Verzeichniß eingetragen und hinter dem Namen so viele Striche gemacht werden, als derselbe Stimmen erhalten hat.

Wenn von einer Wählerclasse zugleich Mitglieder für eine sechsjährige und Mitglieder für eine dreijährige Amtsdauer zu wählen sind, so ist die Stimmenaufzeichnung mit Rücksicht hierauf gehörig abzutheilen.

Die ganze Verhandlung wird nach Vorschrift und Anleitung des Formulars Ziffer IV. geführt.

§. 23.

Die Listen der drei Wählerclassen und die Liste der wählbaren Gemeindebürger bleiben während der ganzen Dauer der Wahlhandlung im Wahllokale zur Einsicht der Abstimmenden aufgelegt.

§. 24.

Die Wahlcommission darf weder durch Empfehlung oder Vorschläge, noch auf sonst irgend eine Weise sich erlauben, die Wahlfreiheit der Abstimmenden zu beeinträchtigen.

Wenn aber ein Wahlvorschlag zu Mißverständnissen oder Zweifeln Anlaß gibt, oder wenn der Wahlberechtigte nicht so viele oder wenn er mehr Personen vorschlägt, als von ihm vorzuschlagen sind, oder wenn ein nicht Wählbarer vorgeschlagen wird, so hat die Wahlcommission den Abstimmenden darauf aufmerksam zu machen und ihm die betreffende gesetzliche Bestimmung anzugeben, damit er seine Abstimmung berichtige, beziehungsweise vervollständige oder beschränke.

Gibt der Wahlberechtigte dieser Erinnerung keine Folge, so ist seine Abstimmung, so weit sie zweifelhaft oder mangelhaft oder ungesetzlich ist, bei der Ermittlung des Wahlergebnisses als ungültig zu übergehen, im Falle dagegen mehr Personen als zu wählen sind, vorgeschlagen werden, sind von unten herauf so viele Namen als erforderlich zu streichen.

II. Wahl des kleinen Ausschusses.

§. 25.

Bildung der
Classen der
Wahlbaren.

Die in den kleinen Ausschuss wählbaren Gemeindeglieder werden nach Maßgabe des §. 40 d. des Gemeindegesetzes und auf den Grund des Gemeindekatasters in drei Steuerclassen, Höchstbesteuerte, Mittelbesteuerte und Niederstbesteuerte geschieden und aus jeder dieser Classen wird ein Drittel der Ausschussmitglieder gewählt.

§. 26.

In den Gemeinden, in welchen ein großer Ausschuss besteht, werden die Listen der drei Steuerclassen, aus deren jeder ein Drittel des kleinen Ausschusses zu wählen ist, nach Maßgabe des §. 2 — 4 gegenwärtiger Verordnung gebildet, beziehungsweise es werden die hiernach aufgestellten Classenlisten als die Classeneintheilung für die Wahlen in den kleinen Ausschuss benutzt.

§. 27.

In den Gemeinden dagegen, welche durch keinen großen Ausschuss, sondern durch die Gemeindeversammlung vertreten sind, besteht

die Classe der Höchstbesteuerten aus demjenigen Drittel der Gesamtzahl aller Gemeindeglieder, welcher zusammen die höchsten, —

die Classe der Mittelbesteuerten aus demjenigen Drittel der Bürger, welcher zusammen die nächst niederern, —

die Classe der Niederstbesteuerten endlich aus demjenigen Drittel der Bürger, welcher zusammen die übrigen im Gemeindekataster eingetragenen Steuerkapitalien besitzt, —

und die Classenlisten werden hiernach und ohne Rücksicht darauf aufgestellt, welcher Theil aller im Gemeindekataster eingetragenen Steuerkapitalien auf jede einzelne dieser Classen fällt.

§. 28.

Läßt sich die Zahl der im Ganzen in den kleinen Ausschuss zu wählenden Mitglieder nicht in drei Theile scheiden, so wird, wenn bei der Theilung durch drei nur Einer übrig bleibt, dieser aus der Classe der Mittelbesteuerten, wenn dagegen Zwei übrig bleiben, so wird der eine aus der Classe der Höchstbesteuerten und der andere aus der Classe der Niederstbesteuerten gewählt.

§. 29.

Aufstellung
und Revision
der Wahl-
listen.

Ueber jede der drei Steuerclassen der in den kleinen Ausschuss wählbaren Gemeindeglieder wird eine besondere Liste, — in den Gemeinden, in welchen ein großer Ausschuss besteht, nach Vorschrift

des §. 26, — in den Gemeinden, welche nicht durch einen großen Ausschuss vertreten sind, nach Vorschrift des §. 27 gegenwärtiger Verordnung, — aufgestellt, und in den letztgenannten Gemeinden noch außerdem eine allgemeine Liste über die wahlberechtigten Gemeindebürger.

Vor jeder nach §. 40 g. des Gemeindegesetzes vorzunehmenden Erneuerungs- und Ersatzwahl des kleinen Ausschusses hat der Gemeinderath die Listen der drei Steuerclassen der wählbaren Gemeindebürger, auf den Grund des neuesten Gemeindefatasters und nach Maaßgabe des §. 40 f. beziehungsweise §. 29 und 21 des Gemeindegesetzes, und in den Gemeinden, in welchen kein großer Ausschuss besteht, die Liste der wahlberechtigten Bürger nach Maaßgabe des §. 15 des Gemeindegesetzes zu prüfen und so weit erforderlich zu berichtigen.

§. 30.

Die Listen der drei Steuerclassen der wählbaren Gemeindebürger und in Gemeinden, welche nicht durch einen großen Ausschuss vertreten sind, die Liste der wahlberechtigten Bürger sollen vierzehn Tage vor Beginn der Wahl auf dem Gemeindehause aufgelegt und es soll die Auflegung sogleich öffentlich bekannt gemacht werden.

Von dieser Bekanntmachung an bleiben die Listen drei Tage lang unter Aufsicht aufgelegt und es kann während dieser Zeit jeder Gemeindebürger Einsicht davon nehmen.

§. 31.

Nach Ablauf der Frist, in welcher die vorgeschriebenen Wahllisten öffentlich aufgelegt sind, beziehungsweise wenn Einsprachen oder Beschwerden wegen dieser Listen erhoben werden, nach Beendigung dieser Einsprachen oder Beschwerden und wenigstens vier Tage vor dem Tage, an welchem die Wahl beginnt, hat der Gemeinderath eine Einladung zur Wahl an das Gemeindehaus, so wie an andere geeignete öffentliche Orte anschlagen und wo ein Lokalblatt besteht, sie in dieses einrücken zu lassen.

Einladung zur
Wahl.

Diese Einladung soll enthalten:

1. den Anlaß derselben und die namentliche Aufzählung der aus dem Ausschuss austretenden Mitglieder;
2. die Angabe, aus welcher der drei Steuerclassen jeder einzelne Austretende gewählt war und wie viel Mitglieder also aus jeder dieser Steuerclassen neu zu wählen sind, sodann die Angabe, in wie weit die vorzuschlagenden Mitglieder zur Erneuerung des Ausschusses für eine sechsjährige Amtsdauer zu wählen sind und in wie weit es sich nur um die Wahl von Ersatzmännern für Mitglieder handelt, welche vor Beendigung der gesetzlichen Amtsdauer durch Tod, Austritt u. aus dem kleinen Ausschuss ausgefallen sind;
3. die Bezeichnung des Locals, in welchem die Wahl Statt findet;
4. die genaue Angabe der Zeit, innerhalb welcher die Abstimmung der Wahlberechtigten, beziehungsweise der betreffenden Abtheilung derselben zu geschehen hat;
5. die Angabe der gesetzlichen Erfordernisse der Wahlbarkeit, insbesondere den Inhalt des §. 40 f., beziehungsweise 29, 21 des Gemeindegesetzes, in Gemeinden, in welchen kein großer Ausschuss besteht, auch die Angabe der gesetzlichen Erfordernisse der Wahlberechtigung, insbesondere den Inhalt des §. 15 des Gemeindegesetzes;

6. die Bekanntmachung, daß die Listen der Steuerclassen der wählbaren Bürger, wozu in den Gemeinden, in welchen kein großer Ausschuß besteht, noch die Liste der wahlberechtigten Bürger kommt, auf dem Gemeindehaus zur Einsicht ausliegen.

Ein Formular zu einer solchen Einladung befindet sich unter Ziffer V.

§. 32.

Außerdem ist jeder Wahlberechtigte (in Gemeinden, in welchen ein großer Ausschuß besteht, alle Mitglieder desselben und der übrigen Gemeindecolliegen, in Gemeinden, in welchen kein großer Ausschuß besteht, jeder wahlberechtigte Gemeindebürger) persönlich zu der Wahl einzuladen.

Diese persönliche Einladung ist nicht an die im §. 31 vorgeschriebene Frist gebunden.

Der Gemeinderath kann hiebei Abdrücke der im §. 31 vorgeschriebenen Einladung an die einzelnen Wahlberechtigten vertheilen lassen; geschieht dies nicht, so ist dem Wahlberechtigten bei der Einladung wenigstens Ort und Zeit der Wahl anzufagen.

Denjenigen, welche mit dem Vollzug der persönlichen Einladung beauftragt werden, ist ein Verzeichniß der einzuladenden Wahlberechtigten einzuhändigen.

Bei jedem Namen ist zu bemerken, ob die Einladung dem Wahlberechtigten selbst oder wem von seiner Familie solche zugestellt worden, und am Ende des Verzeichnisses von dem Beauftragten zu bezeugen, daß er seinen Auftrag gehörig vollzogen habe.

Diese so beurkundeten Verzeichnisse sind der Wahlcommission zuzustellen, welche dieselben zu den Wahlacten zu nehmen hat.

§. 33.

An dem Vormittag des Tages, welcher der Wahlhandlung unmittelbar vorhergeht, hat der Bürgermeister die Vornahme der Wahl mit dem Anfügen öffentlich durch Ausschellen verkünden zu lassen, daß, wenn einem oder dem andern Wahlberechtigten die Einladung nicht zugekommen sein sollte, diese Verkündung als solche anzusehen sei.

§. 34.

Art der Erneuerung und Ergänzung des kleinen Ausschusses durch Wahl.

Wenn der kleine Ausschuß nach Ablauf von drei Jahren zur Hälfte erneuert wird, so tritt nach Maafgabe der ursprünglichen Loosziehung die Hälfte desselben aus, d. h. diejenigen Mitglieder, welche die gesetzliche sechsjährige Dienstzeit zurückgelegt haben, und es werden eben so viele Mitglieder neu für eine sechsjährige Dienstzeit gewählt. Die für die Aus tretenden zu wählenden Mitglieder müssen je aus derjenigen Steuerklasse genommen werden, welcher die Aus tretenden angehören.

Zugleich damit treten in Gemeinden, in welchen kein großer Ausschuß besteht, die vom Gemeinderath und kleinen Ausschuß fürsorglich gewählten Stellvertreter derjenigen Mitglieder des kleinen Ausschusses aus, welche vor Ablauf der gesetzlichen Dienstzeit aus dem Ausschuß durch Tod, Austritt u. ausgefallen sind.

Für diese austretenden Stellvertreter sind aber nur in so weit als die Dienstzeit der ausgefallenen und fürsorglich ersetzt gewesenen Mitglieder nicht bei dieser Erneuerungswahl abläuft, andere und zwar auf die Dauer von drei Jahren zu wählen.

Auch die fürsorglich vom Gemeinderath und kleinen Ausschuss zu wählenden Stellvertreter, so wie die von dem großen Ausschuss, beziehungsweise den wahlberechtigten Gemeindebürgern zu wählenden Ersazmänner müssen je aus der Steuerklasse genommen werden, welcher die durch Tod, Austritt u. vor Beendigung der gesetzlichen Dienstzeit ausgefallenen Mitglieder angehört haben.

Beispiel. Der kleine Ausschuss besteht in einer Gemeinde aus zwölf Mitgliedern. Von diesen haben bei der theilweisen Erneuerung sechs auszutreten, und zwar zwei von denjenigen, welche aus der Klasse der Höchstebesteuerten, zwei von denjenigen, welche aus der Klasse der Mittelbesteuerten, und zwei von denjenigen, welche aus der Klasse der Niederstebesteuerten gewählt sind.

In Gemeinden, in welchen kein großer Ausschuss besteht, kommen alsdann noch weiter die etwaigen Ersazmänner derjenigen Mitglieder, die nicht bei dieser Erneuerung, sondern erst drei Jahre später an der Reihe zum Austritt gewesen wären, aber schon im Laufe der ersten drei Jahre ihrer Dienstzeit durch Tod oder Austritt aus dem Ausschuss ausgefallen sind und für welche der Gemeinderath und kleine Ausschuss Stellvertreter bis zur nächsten Erneuerungswahl gewählt hatte. Wenn demnach von denjenigen aus einer der drei Steuerklassen gewählten Mitgliedern, die auch nach der Erneuerungswahl noch drei Jahre im Dienst zu bleiben hätten, innerhalb der ersten drei Jahre eines gestorben oder ausgetreten ist, so sind aus der betreffenden Steuerklasse bei der Erneuerungswahl

zwei Mitglieder für die gesetzlich Ausgetretenen auf die Dauer von sechs Jahren und
ein Ersazmann für den Ausgefallenen auf die Dauer von drei Jahren zu wählen.

§. 35.

Die Wahlen in den kleinen Ausschuss geschehen mittelst offener Stimmgebung.

Art der Wahl.

§. 36.

Der Wahlberechtigte gibt der Wahlcommission, welche aus dem Bürgermeister, dem Rathschreiber, dem ältesten und jüngsten Mitglied des kleinen Ausschusses, den letzteren als Urkundspersonen besteht, die Namen Derjenigen, die er in Vorschlag bringt, mündlich an, und diese werden alsdann, als von ihm vorgeschlagen, einzeln in das Protokoll eingetragen und der Antrag vom Abstimmenden unterzeichnet.

Verfahren bei der Wahl und Beurkundung derselben.

Eine schriftliche Abstimmung mit Wahlzetteln oder gedruckten Bürgerlisten findet nicht Statt.

§. 37.

Hinsichtlich der Wahlberechtigung zu Wahlen in den kleinen Ausschuss besteht überall keine Classeneintheilung, sondern die aus den drei Steuerklassen je zu einem Drittel zu wählenden Mitglieder werden in Gemeinden, in welchen ein großer Ausschuss besteht, durch diesen, und in Gemeinden, welche nicht durch einen großen Ausschuss vertreten sind, von den sämtlichen wahl-

berechtigten Gemeindebürgern, in einem und dem andern Falle, in einer gemeinsamen Wahlhandlung gewählt.

§. 38.

Ist die Zahl der Wahlberechtigten (d. i. in Gemeinden, wo kein großer Ausschuss besteht, der wahlberechtigten Gemeindebürger, in Gemeinden, die durch einen großen Ausschuss vertreten werden, der Mitglieder des großen Ausschusses und jener der übrigen Gemeindecolliegen) so groß, daß nicht alle in einer halben Tagessitzung der Wahlcommission ihre Stimmen abgeben können, so werden sie nach alphabetischer Ordnung in zwei oder mehrere Abtheilungen geschieden, und jede Abtheilung auf einen besonderen halben Tag zur Abstimmung eingeladen.

Jede einzelne Sitzung der Wahlcommission ist aber vorschriftsmäßig im Protokoll abzuschließen; die Stimmen aller Wahlberechtigten aber werden am Ende der gesammten Wahlhandlung durchgezählt.

§. 39.

In Gemeinden, in welchen kein großer Ausschuss besteht, ist die Wahl nur gültig, wenn wenigstens die Hälfte aller wahlberechtigten Gemeindebürger abgestimmt hat; in Gemeinden dagegen, in welchen ein großer Ausschuss besteht und wählt, müssen drei Viertheile der Mitglieder desselben, einschließlich der Mitglieder des Gemeinderathes und kleinen Ausschusses, mitstimmen.

In einem wie dem andern Falle sind Diejenigen, welche nach Beendigung der ganzen Wahlhandlung unter allen übrigen die meisten Stimmen erhalten haben, als Mitglieder des kleinen Ausschusses ernannt.

§. 40.

Ist am Ende der für die gesammte Wahlhandlung anberaumten Frist die nach §. 39 gegenwärtiger Verordnung zur Gültigkeit der Wahl erforderliche Zahl der Wahlberechtigten nicht erschienen, so sind, ohne daß das Ergebnis der bereits abgegebenen Stimmen bekannt gemacht wird, die Nichterschiedenen unter Androhung einer Geldstrafe von Einem Gulden für Jeden und mit dem weiteren Anfügen sogleich nochmals vorzuladen, daß, wenn die zur Ergänzung der vorgeschriebenen Stimmen erforderliche Anzahl derselben wieder nicht erscheine, die Wahl als nicht zu Stande gekommen betrachtet und der kleine Ausschuss nach Vorschrift des §. 41 gegenwärtiger Verordnung ergänzt werde.

§. 41.

Erscheint die vorgeschriebene Zahl der Wahlberechtigten wieder nicht, so wird von dem Gemeinderath und den vorhandenen Mitgliedern des kleinen Ausschusses die erforderliche Zahl von Stellvertretern ernannt, und zwar werden aus jeder einzelnen Steuerklasse so viele Mitglieder ernannt, als bei der nicht zu Stande gekommenen Wahl hätten gewählt werden sollen, und je für die Zeitdauer, während welcher die zu Wählenden im Amt zu bleiben gehabt hätten.

§. 42.

Während der zur Abstimmung anberaumten Zeit bleibt die Wahlcommission in dem Wahlzimmer versammelt.

Der Rathschreiber führt das Protokoll, welches nach jedem geschlossenen Act von ihm und den übrigen Mitgliedern der Wahlcommission zu unterschreiben ist.

Zu gleicher Zeit, während welcher der Abstimmende seine Vorschläge zu Protokoll gibt, hat jede der beiden Urkundspersonen eine besondere Stimmenaufzeichnung nach Vorschrift des §. 22 gegenwärtiger Verordnung zu führen.

Diese Stimmenaufzeichnung ist nach den verschiedenen Steuerclassen, aus welchen die Mitglieder des kleinen Ausschusses gewählt werden, und wenn zugleich Mitglieder für eine sechsjährige und Mitglieder für eine dreijährige Amtsdauer zu wählen sind, noch weiter mit Rücksicht hierauf gehörig abzutheilen.

Die ganze Verhandlung wird nach Vorschrift und Anleitung des Formulars Ziffer VI. geführt.

§. 43.

Die Liste der Wahlberechtigten und die Listen der wählbaren Gemeindebürger, letztere geschieden nach den drei Steuerclassen, bleiben während der ganzen Dauer der Wahlhandlung im Wahl-locale zur Einsicht der Abstimmenden aufgelegt.

§. 44.

Der §. 24 gegenwärtiger Verordnung findet auch bei der Wahl des kleinen Ausschusses Anwendung.

III. Wahl des Gemeinderaths.

§. 45.

Vor jeder nach §. 30 des Gemeindegesetzes vorzunehmenden Erneuerungs- und Ersatzwahl des Gemeinderaths, hat der Gemeinderath die Liste der in denselben wählbaren Gemeindebürger nach Maaßgabe des §. 29 Ziffer 1—3, beziehungsweise §. 21 des Gemeindegesetzes, und in den Gemeinden, in welchen kein großer Ausschuss besteht, die Liste der wahlberechtigten Bürger nach Maaßgabe des §. 15 des Gemeindegesetzes zu prüfen und so weit erforderlich zu berichtigen.

Ausstellung
und Revision
der Wahl-
listen.

Beiderlei Listen werden ohne irgend eine Einteilung in Steuerclassen in alphabetischer Ordnung aufgestellt.

§. 46.

Die Liste der wählbaren Gemeindebürger, und in Gemeinden, welche nicht durch einen großen Ausschuss vertreten sind, die Liste der wahlberechtigten Bürger soll vierzehn Tage vor Beginn der Wahl auf dem Gemeindehause aufgelegt, und es soll die Auflegung sogleich öffentlich bekannt gemacht werden.

Von dieser Bekanntmachung an bleiben die Listen drei Tage lang unter Aufsicht aufgelegt und es kann während dieser Zeit jeder Gemeindebürger Einsicht davon nehmen.

§. 47.

Nach Ablauf der Frist, in welcher die vorgeschriebenen Wahllisten öffentlich aufgelegt sind,

Sabung zur
Wahl.

beziehungsweise, wenn Einsprachen oder Beschwerden wegen dieser Listen erhoben werden, nach Erledigung dieser Einsprachen oder Beschwerden, und wenigstens vier Tage vor dem Tage, an welchem die Wahl beginnt, hat der Gemeinderath eine Einladung zur Wahl an das Gemeindehaus so wie an andere geeignete öffentliche Orte anzuheften, und wo ein Localblatt besteht, sie in dieses einrücken zu lassen.

Diese Einladung soll enthalten:

1. den Anlaß derselben und die namentliche Aufzählung der aus dem Gemeinderath austretenden Mitglieder;
2. die Bezeichnung des Locals, in welchem die Wahl Statt findet;
3. die genaue Angabe der Zeit, innerhalb welcher die Abgabe der Stimmzettel zu geschehen hat, und wann die Wahlzettel eröffnet werden;
4. die Angabe der gesetzlichen Erfordernisse der Wählbarkeit, insbesondere den Inhalt des §. 29 Ziffer 1—3, beziehungsweise §. 21 des Gemeindegesetzes, in Gemeinden, in welchen kein großer Ausschuß besteht, auch die Angabe der gesetzlichen Erfordernisse der Wahlberechtigung, insbesondere den Inhalt des §. 15 des Gemeindegesetzes;
5. eine Hinweisung auf den §. 50 gegenwärtiger Verordnung;
6. die Bekanntmachung, daß die Liste der wählbaren Bürger, wozu in den Gemeinden, in welchen kein großer Ausschuß besteht, noch die Liste der wahlberechtigten Bürger kommt, auf dem Gemeindehaus zur Einsicht auflicge.

Ein Formular zu einer solchen Einladung befindet sich unter Ziffer VII.

§. 48.

Die §§. 32 und 33 gegenwärtiger Verordnung finden auch auf die Wahlen in den Gemeinderath Anwendung.

§. 49.

Nach der Erneuerung und Ergänzung des Gemeinderaths durch Wahl.

Wenn der Gemeinderath nach Ablauf von drei Jahren zur Hälfte erneuert wird, so tritt nach Maßgabe der ursprünglichen Loosziehung die Hälfte derselben aus, d. h. diejenigen Mitglieder, welche die gesetzliche sechsjährige Dienstzeit zurückgelegt haben, und es werden eben so viele Mitglieder neu für eine sechsjährige Dienstzeit gewählt.

Zugleich damit treten in Gemeinden, in welchen kein großer Ausschuß besteht, die vom Gemeinderath und kleinen Ausschuß fürsorglich gewählten Stellvertreter derjenigen Mitglieder des Gemeinderaths aus, welche vor Ablauf der gesetzlichen Dienstzeit aus dem Gemeinderath durch Tod, Austritt u. ausgefallen sind.

Für diese austretenden Stellvertreter sind aber nur in so weit, als die Dienstzeit der ausgefallenen und fürsorglich ersetzt gewesenen Mitglieder nicht bei dieser Erneuerungswahl abläuft, andere und zwar auf die Dauer von drei Jahren zu wählen.

Die Wahlen in den Gemeinderath geschehen ohne alle Unterscheidung in Steuerclassen, von allen Wahlberechtigten aus allen Wählbaren.

§. 50.

Da die Gemeinderäthe auch die Mündgerichte bilden, und als solche haftbar sind, so sind

die Wahlberechtigten besonders darauf aufmerksam zu machen, daß es im Interesse der Gemeinden zur Erhaltung ihres Credits liegt, ihr Augenmerk bei der Wahl auf solche Bürger zu richten, die in dieser Beziehung neben den übrigen Erfordernissen durch ihre persönlichen und Vermögensverhältnisse hinlängliche Gewähr geben.

§. 51.

Die Wahlen in den Gemeinderath geschehen mittelst geheimer Stimmgebung, das ist durch Wahlzettel, welche die Wahlberechtigten mit dem (den) Namen Dessen (Derjenigen), welchen (welche) sie in Vorschlag bringen, ausfüllen und verschließen.

Der Wahlzettel wird nirgends mit dem Namen des Abstimmenenden versehen.

Ein Formular eines solchen Wahlzettels befindet sich unter Ziffer IX.

§. 52.

Die Wahlzettel werden den Wahlberechtigten am Wahltag und im Wahllocale zugestellt.

Die Wahlberechtigten füllen sie hierauf aus, verschließen und übergeben sie persönlich der Wahlcommission, welche aus dem Bürgermeister, dem Rathschreiber, dem ältesten und jüngsten Mitglied des Gemeinderaths, den letzteren als Urkundspersonen, besteht.

Der Rathschreiber trägt die Namen Derjenigen, welche die Wahlzettel übergeben, unter fortlaufenden Nummern in das Protokoll ein.

Die Wahlzettel werden so wie sie übergeben wurden in einem dazu passenden Gefäß gesammelt.

§. 53.

In Gemeinden, in welchen kein großer Ausschuss besteht, ist die Wahl nur gültig, wenn wenigstens die Hälfte aller wahlberechtigten Gemeindeglieder abgestimmt hat; in Gemeinden dagegen, in welchen ein großer Ausschuss besteht, und wählt, müssen drei Viertheile der Mitglieder desselben, einschließlich der Mitglieder des Gemeinderaths und kleinen Ausschusses, mitgestimmt haben.

§. 54.

Hat die vorgeschriebene Zahl von Wahlberechtigten abgestimmt, so wird von dem Bürgermeister, welcher die Wahl leitet, ein Wahlzettel nach dem andern aus dem Gefäß herausgenommen, eröffnet, dessen Inhalt vorgelesen, den Urkundspersonen zur Einsicht vorgelegt, und von dem Protokollführer in das Protokoll eingetragen. Von einer der Urkundspersonen wird die Gegenliste, von der andern die Stimmenaufzeichnung geführt.

Die Gegenliste besteht in einem Verzeichniß, in welches der Inhalt der Wahlzettel, d. h. die Namen der Gewählten unter fortlaufenden Nummern eingetragen werden.

Erhält der Nämliche mehrere Stimmen, so ist der Name desselben jedesmal sowohl im Protokoll als in der Gegenliste wieder einzutragen und nicht durch andere Bezeichnungen oder Beziehungen, wie z. B. derselbe, der nämliche, der obige, ditto und dergleichen zu ersetzen.

Die Stimmenaufzeichnung wird nach Vorschrift des §. 22 geführt.

Wenn zugleich Mitglieder für eine sechsjährige und Mitglieder für eine dreijährige Amtsdauer zu wählen sind, so ist die Gegenliste sowohl als die Stimmenaufzeichnung mit Rücksicht hierauf gehörig abzutheilen.

§. 55.

Diejenigen, welche nach Beendigung der Abstimmung unter allen übrigen die meisten Stimmen erhalten haben, sind als Mitglieder des Gemeinderaths ernannt.

§. 56.

Ist am Ende der für die Wahlhandlung anberaumten Frist die nach §. 53 gegenwärtiger Verordnung zur Gültigkeit der Wahl erforderliche Zahl der Wahlberechtigten nicht erschienen, so sind die Nichterschiedenen unter Androhung einer Geldstrafe von Einem Gulden für Jeden und mit dem weiteren Anfügen sogleich nochmals vorzuladen, daß, wenn die zur Ergänzung der vorgeschriebenen Stimmen erforderliche Anzahl derselben wieder nicht erscheine, die Wahl als nicht zu Stande gekommen betrachtet, und der Gemeinderath nach Vorschrift des §. 58 gegenwärtiger Verordnung ergänzt werde.

§. 57.

Die abgegebenen Wahlzettel werden in einem solchen Fall inzwischen nicht eröffnet, sondern es wird das Gefäß, in welchem dieselben gesammelt sind, mittelst Papierstreifen über das Kreuz durch Aufdrücken des Gemeindefiegels und des Privatfiegels der beiden Urkundspersonen versiegelt und wohlverschlossen aufbewahrt.

Bei der Entsiegelung des Gefäßes ist zu bemerken, ob die Siegel unversehrt gefunden worden sind.

Sollten die Siegel so verletzt sein, daß das Gefäß füglich geöffnet werden konnte, so ist das seitherige Wahlgeschäft für ungültig zu erklären, und eine neue Wahl vorzunehmen, die bereits abgegebenen Wahlzettel aber sind uneröffnet zu vertilgen.

Sollte nur eines oder das andere Siegel verletzt sein, und sich ergeben, daß das Gefäß nicht geöffnet werden konnte, ohne auch die übrigen noch unversehrt gefundenen Siegel zu verletzen, so ist der Vorgang nur im Protokoll genau zu bemerken, und in der Wahlhandlung fortzufahren.

Sollte endlich eine Untersuchung wegen Verletzung der Siegel als Vergehen nöthig werden, so ist das Erforderliche abgesondert von dem Wahlacte aufzunehmen.

§. 58.

Erscheint die vorgeschriebene Zahl der Wahlberechtigten wieder nicht, so wird von den vorhandenen Mitgliedern des Gemeinderaths und dem kleinen Ausschuss die erforderliche Zahl von Stellvertretern ernannt und zwar je für die Zeitdauer, während welcher die zu Wählenden im Amt zu bleiben gehabt hätten.

§. 59.

Während der zur Abgabe der Wahlzettel anberaumten Zeit bleibt die Wahlcommission in dem Wahlzimmer versammelt.

Die Wahlzettel werden nach geschlossener Wahlhandlung vertilgt, mit Ausnahme der beanstandeten, die dem Protokoll beigeheftet werden. Das Protokoll, welches der Rathschreiber führt, ist von ihm und den übrigen Mitgliedern der Wahlcommission zu unterschreiben.

Die Verhandlung wird nach Vorschrift des Formulars Ziffer VIII. geführt.

§. 60.

Die Liste der Wahlberechtigten und die Liste der wählbaren Gemeindebürger bleiben während der ganzen Dauer der Wahlhandlung im Wahllocale zur Einsicht der Abstimmenden aufgelegt.

IV. Verfahren bei Ablehnung der Wahl in den Gemeinderath auf den Grund des §. 31 Ziffer 5 des Gemeindegesetzes.

§. 61.

Wenn ein in den Gemeinderath gewählter Gemeindebürger die Wahl auf den Grund des §. 31 Ziffer 5 des Gemeindegesetzes aus erheblichen Entschuldigungsgründen abzulehnen gedenkt, so hat er diese Gründe sogleich nach der ihm bekannt gemachten Wahl vor versammeltem Gemeinderath und kleinen Ausschuss vorzutragen und nachzuweisen.

§. 62.

Der Rathschreiber nimmt ein Protokoll darüber auf.

Der Gemeinderath und kleine Ausschuss kann die vorgetragenen Gründe mündlich näher mit den Betheiligten erörtern und kurzer Hand weitere Erhebungen darüber machen; er entscheidet, nachdem er den Betheiligten hat abtreten lassen, sofort in der nämlichen Sitzung, ob die Ablehnung für erheblich oder für nicht erheblich zu erachten sei. Die Stimmen beider Gemeindecollegien werden dabei durchgezählt.

§. 63.

Der Beschluss wird dem Betheiligten alsbald gegen Bescheinigung zu Protokoll eröffnet.

Gegen eine abweisliche Verbescheidung findet eine Berufung des Betheiligten an das Bezirksamt statt.

§. 64.

Die Berufung muß binnen einer, unersetzlichen Frist von drei Tagen, vom Tage nach Verkündung des Beschlusses des Gemeinderaths und kleinen Ausschusses bei dem Bezirksamt angezeigt und ausgeführt werden.

§. 65.

Das Bezirksamt hat seine Entscheidung innerhalb acht Tagen von Einkunft der Beschwerdeausführung an zu geben.

Die Entscheidung des Bezirksamts ist endgültig.

§. 66.

Wird die Ablehnung für nicht erheblich erkannt, der Betheiligte weigert sich aber gleichwohl, die Stelle anzunehmen, oder wird die Ablehnung für erheblich erkannt, so wird eine

neue Wahl vorgenommen; im ersten Fall werden die Akten überdies dem Bezirksamt zum Erkenntniß nach §. 31 des Gemeindegesetzes vorgelegt.

Der Gemeinderath und Ausschuß haben dabei einen bestimmten Antrag auf das zu erkennende Strafmaaß zu stellen.

Stimmt das bezirksamtliche Straferkenntniß mit dem Antrag des Gemeinderaths und kleinen Ausschusses überein, so findet eine Berufung dagegen nicht statt; weicht dieses Erkenntniß dagegen von dem Antrag ab, so steht dem Gemeinderath mit dem kleinen Ausschuß und dem Betheiligten die Berufung an die Mittelbehörde nach Maaßgabe der Verordnung vom 14. März 1833, Reglerungsblatt Nr. XIII. zu.

Das Erkenntniß der Mittelbehörde ist endgültig.

§. 67.

Das gleiche Verfahren (§. 61—66) findet statt, wenn ein Mitglied des Gemeinderaths vor beendigter gesetzlicher Dienstzeit aus dem Dienst austreten will.

V. Wahl des Bürgermeisters.

§. 68.

Einlaß zur Wahl.

Wird in einer Gemeinde die Stelle eines Bürgermeisters durch Tod, gesetzlichen Austritt, Entfernung oder Entlassung des bisherigen Bürgermeisters vom Dienst, erledigt, so ist binnen vier Wochen vom Tage der Dienst erledigung an eine neue Wahl vorzunehmen.

§. 69.

Ausstellung und Revision der Wahllisten.

Sogleich nach eingetretener Erledigung der Bürgermeisterstelle hat der Gemeinderath die Liste der zu diesem Amte wählbaren Gemeindebürger nach Maaßgabe des §. 29 beziehungsweise §. 21 des Gemeindegesetzes, und in Gemeinden, welche nicht durch einen großen Ausschuß vertreten sind, auch die Liste der wahlberechtigten Gemeindebürger nach Maaßgabe des §. 15 des Gemeindegesetzes zu prüfen und zu berichtigen.

§. 70.

Die Liste der wählbaren Gemeindebürger und in Gemeinden, welche nicht durch einen großen Ausschuß vertreten sind, die Liste der wahlberechtigten Bürger soll vierzehn Tage vor Beginn der Wahl auf dem Gemeindehause aufgelegt und es soll die Auflegung sogleich öffentlich bekannt gemacht werden.

Von dieser Bekanntmachung an bleiben die Listen drei Tage lang unter Aufsicht aufgelegt und es kann während dieser Zeit jeder Gemeindebürger Einsicht davon nehmen.

Ueber den Vollzug der im gegenwärtigen und vorangehenden Paragraphen enthaltenen Vorschriften hat der Gemeinderath dem Bezirksamte Bescheinigung vorzulegen.

Ein Formular zu dieser Bescheinigung befindet sich in Ziffer X. Mt. A.

§. 71.

Nach Ablauf der Frist, in welcher die vorgeschriebenen Wahllisten öffentlich aufgelegt sind, beziehungsweise, wenn Einsprachen oder Beschwerden wegen dieser Listen erhoben werden, nach Erledigung dieser Einsprachen oder Beschwerden, und wenigstens vier Tage vor dem Tage, an welchem die Wahl beginnt, hat das (Ober-, Stadt-, Bezirks-) Amt durch den Gemeinderath eine Einladung zur Wahl an das Gemeindehaus so wie an andere geeignete öffentliche Orte anschlagern, und wo ein Lokalblatt besteht, sie in dieses einrücken zu lassen. Einladung zur Wahl.

Diese Einladung soll enthalten:

1. den Anlaß derselben;
2. die Bezeichnung des Locals, in welchem die Wahl statt findet;
3. die genaue Angabe der Zeit, innerhalb welcher die Wahl statt findet und binnen welcher die Wahlberechtigten versammelt zu bleiben haben;
4. die Angabe der gesetzlichen Erfordernisse der Wählbarkeit, insbesondere den Inhalt des §. 29, beziehungsweise §. 21 des Gemeindegesetzes, in Gemeinden, in welchen kein großer Ausschuß besteht, auch die Angabe der gesetzlichen Erfordernisse der Wahlberechtigung, insbesondere den Inhalt des §. 15 des Gemeindegesetzes;
5. Eine kurze Schilderung der Eigenschaften, die ein Bürgermeister überhaupt, und in der Gemeinde, in welcher die Wahl vorgeht, insbesondere haben soll, und eine Hinweisung auf den §. 50 gegenwärtiger Verordnung;
6. die Bekanntmachung, daß die Liste der wählbaren Bürger, wozu in den Gemeinden, in welchen kein großer Ausschuß besteht, noch die Liste der wahlberechtigten Bürger kommt, auf dem Gemeindehaus zur Einsicht auflicge.

Die Einladung zur Vornahme einer zweiten Wahl im Fall des §. 79 und einer dritten Wahl im Fall des §. 80 gegenwärtiger Verordnung muß außerdem die dort vorgeschriebene Androhung enthalten.

§. 72.

Außerdem ist jeder Wahlberechtigte (in Gemeinden, in welchen ein großer Ausschuß besteht, alle Mitglieder desselben und der übrigen Gemeindecolliegen, in Gemeinden, in welchen kein großer Ausschuß besteht, jeder wahlberechtigte Gemeindebürger) persönlich zu der Wahl einzuladen.

Diese Einladung besorgt der Gemeinderath, indem derselbe Abdrücke der ihm nach §. 71 mitgetheilten Einladung veranstalten und an die einzelnen Wahlberechtigten vertheilen läßt.

Denjenigen, welche mit dem Vollzug der persönlichen Einladung beauftragt werden, ist ein Verzeichniß der einzuladenden Wahlberechtigten einzuhändigen.

Bei jedem Namen ist zu bemerken, ob die Einladung dem Wahlberechtigten selbst oder wem von seiner Familie solche zugestellt worden, und am Ende des Verzeichnisses von dem Beauftragten zu bezeugen, daß er seinen Auftrag gehörig vollzogen habe.

Diese so beurkundeten Verzeichnisse sind dem Amt vorzulegen, welches dieselben zu den Wahlacten zu nehmen hat.

§. 73.

An dem Vormittag des Tages, welcher der Wahlhandlung unmittelbar vorhergeht, hat der Bürgermeister oder sein Stellvertreter die Vornahme der Wahl mit dem Anfügen öffentlich durch Ausschellen verkünden zu lassen, daß wenn einem oder dem andern Wahlberechtigten die Einladung nicht zugekommen sein sollte, diese Verkündung als solche anzusehen sei.

Eine Bescheinigung über diese Verkündung nach Formular X. B. ist dem Bezirksamt vorzulegen.

§. 74.

Art der Wahl.

Die Wahl des Bürgermeisters geschieht wie die der Gemeinderäthe (§. 51, 52 gegenwärtiger Verordnung) mittelst geheimer Stimmgebung, mit dem Unterschiede, daß die Wahlberechtigten sich zur Wahl versammeln, und während derselben versammelt bleiben.

Der Bürgermeister hat vor Beginn der Wahlhandlung durch Ablesung der Liste der Wahlberechtigten, wobei jeder der Versammelten seine Anwesenheit zu erkennen gibt, zu erheben, ob die gesetzlich vorgeschriebene Zahl erschienen ist, und hierüber dem Wahlcommissär eine Bescheinigung nach Formular X. C. zuzustellen.

§. 75.

Verfahren bei der Wahl und Beurkundung derselben.

Der Wahlberechtigte übergibt persönlich der Wahlcommission seinen ausgefüllten verschlossenen Wahlzettel. Die Wahlcommission besteht aus dem die Wahl leitenden Staatsbeamten, aus den beiden vom Gemeinderath und kleinen Ausschuss aus der Zahl der Bürger gewählten Urkundspersonen, die nicht in dem Gemeinderath und kleinen Ausschuss sich befinden, und aus einem verpflichteten Amtsaktuar als Protokollführer.

Die beiden Urkundspersonen werden vor Beginn der Wahl zur vorschriftsmäßigen Besorgung ihres Geschäfts vom Wahlcommissär handgelüblich verpflichtet.

Der Protokollführer trägt die Namen Derjenigen, welche die Wahlzettel übergeben, unter fortlaufenden Nummern in das Protokoll ein.

§. 76.

In Gemeinden, in welchen kein großer Ausschuss besteht, ist die Wahl nur gültig, wenn wenigstens die Hälfte aller wahlberechtigten Gemeindeglieder abgestimmt hat; in Gemeinden, in welchen ein großer Ausschuss besteht, ist die Wahl dagegen nur gültig, wenn wenigstens drei Viertel der Mitglieder desselben, einschließlich der Mitglieder des Gemeinderaths und kleinen Ausschusses mitgestimmt haben.

§. 77.

Hat die vorgeschriebene Zahl von Wahlberechtigten abgestimmt, so werden von dem Staatsbeamten, welcher die Wahl leitet, die Wahlzettel eröffnet und es wird sofort nach Vorschrift des §. 54 gegenwärtiger Verordnung verfahren.

§. 78.

In Gemeinden, in welchen kein großer Ausschuss besteht, gilt Derjenige für erwählt, auf welchen nach Beendigung der Abstimmung unter allen übrigen die meisten Stimmen gefallen sind, voraus-

gesetzt, daß er wenigstens ein Drittel der Stimmen aller Wahlberechtigten erhalten. Läßt sich die Zahl der Wahlberechtigten nicht durch Drei theilen, so werden eine oder nach Erforderniß zwei Stimmen von der Gesamtzahl abgezogen.

In Gemeinden, in welchen ein großer Ausschuß besteht und wählt, ist zur Gültigkeit der Wahl absolute Stimmenmehrheit der anwesenden Wähler erforderlich, d. i. es müssen mehr als die Hälfte der Stimmen aller anwesenden Wähler sich auf Einen vereinigen.

§. 79.

Ist zu der Wahl nicht die vorgeschriebene Anzahl von Wahlberechtigten erschienen, so werden die ungerechtfertigt Ausgebliebenen in die Kosten der Tagfahrt verfällt, und es wird eine zweite Wahl anberaumt, wozu die sämtlichen Wahlberechtigten auf die vorgeschriebene Weise mit dem Anfügen einzuladen sind, daß wenn auch bei dieser Wahl wieder nicht die vorgeschriebene Zahl von Wahlberechtigten erscheint, der Bürgermeister von der Staatsbehörde auf höchstens drei Jahre ernannt werde. Die Kosten dieser zweiten Tagfahrt haben die dabel ungerechtfertigt Ausgebliebenen zu tragen.

§. 80.

Wenn dagegen zu der Wahlhandlung zwar die vorgeschriebene Zahl von Wahlberechtigten erschienen ist, aber keiner die vorgeschriebene Stimmenzahl in sich vereinigt oder der mit den meisten Stimmen Vorgeschlagene gesetzlich nicht wählbar ist, oder aus einem im Gesetz (§. 31 Ziffer 1—5 des Gemeindegesetzes) bezeichneten Grunde die Wahl ablehnt, so kann vor Aufhebung der Wahlversammlung sofort zu einer nochmaligen Abstimmung geschritten werden.

Tritt auch bei dieser zweiten Abstimmung einer der oben bezeichneten drei Fälle ein, oder erscheint jetzt erst nicht die vorgeschriebene Zahl von Wahlberechtigten, so wird eine dritte Wahl anberaumt, zu welcher die Einladung wieder auf die vorgeschriebene Weise zu geschehen hat. Eben so sind jedesmal die Wahlberechtigten zu einer neuen Wahl einzuladen, wenn der Gewählte die Befähigung nicht erhält.

Muß zu einer dritten Wahl geschritten werden, so ist in der Einladung ausdrücklich zu bemerken, daß wenn auch diese Wahl nicht zum Ziele führt, sei es, daß wieder Keiner die vorgeschriebene Stimmenzahl in sich vereinigt, oder daß der mit den meisten Stimmen Vorgeschlagene gesetzlich nicht wählbar ist, oder nicht bestätigt wird, oder daß die vorgeschriebene Anzahl von Wahlberechtigten nicht erscheint, alsdann mit einstweiliger Umgehung einer weiteren Wahl von der Staatsbehörde der Bürgermeister auf höchstens drei Jahre ernannt werde.

§. 81.

Während der ganzen Wahlhandlung bleibt die Wahlcommission in dem Wahlzimmer versammelt.

Die Wahlzettel werden nach geschlossener Wahlhandlung vertilgt, mit Ausnahme der beanstandeten, die dem Protokoll angeheftet werden.

Das Protokoll wird von der gesammten Wahlcommission unterzeichnet.

Die Verhandlung wird nach Vorschrift des Formulars Ziffer XI. geführt.

§. 82.

Die Liste der Wahlberechtigten und die Liste der wählbaren Gemeindebürger bleiben während der ganzen Dauer der Wahlhandlung im Wahllocale zur Einsicht der Abstimmenden aufgelegt.

§. 83.

Bei der Wahl des zweiten Bürgermeisters nach §. 32 des Gemeindegesetzes wird wie bei jener des ersten verfahren.

VI. Allgemeine Bestimmungen.

§. 84.

Zusammen-
treffen ver-
schiedener
Wahlen

Wenn die Wahlen zur theilweisen Erneuerung der verschiedenen Gemeindecolliegen zusammen-
treffen, so finden zuerst die Wahlen in den Gemeinderath, sodann jene in den kleinen Ausschuß
und zuletzt jene in den großen Ausschuß statt.

§. 85.

Ununter-
brochener Be-
stand der
Gemeinde-
colliegen.

Die am Austritt stehenden Mitglieder der Gemeindecolliegen bleiben bis zu der Beendigung
der neuen Wahlen und dem Eintritt der Gewählten im Amt.

§. 86.

Wählbarkeit
der Aus-
tretenden.

Die Austretenden sind, so fern sie nicht aus einem die Nichtwählbarkeit mit sich führenden
Grunde ausscheiden, wieder wählbar, und daher, wenn kein solcher Grund vorliegt, stets in die
Liste der Wählbaren aufzunehmen.

§. 87.

Austritt der
Nichtwähl-
baren.

Sobald bei einem in eines der verschiedenen Gemeindecolliegen gewählten Gemeindebürger
ein Verhältniß eintritt, das, wenn es gleich anfänglich bei der Wahl desselben vorhanden gewesen
wäre, diese ungültig gemacht haben würde, hat der Betheiligte auszutreten und es ist sofort nach
Maafgabe der §§. 25, 30, 40 g. des Gemeindegesetzes für denselben ein Stellvertreter zu wählen.

Tritt ein solcher Fall bei dem Bürgermeister ein, so hat die zuständige Staatsbehörde dessen
Entlassung und eine neue Wahl anzuordnen.

§. 88.

Beurkundung
der Wahl-
listen.

Der Gemeinderath hat die Listen der Wahlberechtigten und der wählbaren Gemeindebürger
jeweils nach bewirkter Prüfung und Berichtigung zu unterzeichnen und dabei zu beurkunden, daß
sich in denselben keine befinden, welche nach irgend einer gesetzlichen Bestimmung nicht wahl-
berechtigt, beziehungsweise nicht wählbar sind, wobei alle einzelnen gesetzlichen Ausschließungs-
gründe, die bei der Wahlberechtigung oder Wählbarkeit zu der vorliegenden Wahl in Frage kommen,
zu durchgehen und namentlich aufzuführen sind.

Ein Formular einer solchen Beurkundung befindet sich unter Ziffer XII.

§. 89.

Einsprachen oder Beschwerden gegen die verschiedenen Listen der wahlberechtigten und wahlbaren Gemeindeglieder (I. §. 1—5, II. §. 25—29, III. §. 45, V. §. 69) sind nur zulässig, in so fern sie binnen drei Tagen vom Tage des Ablaufs der zur öffentlichen Auflegung der Listen bestimmten dreitägigen Frist an gerechnet (I. §. 6, II. §. 30, III. §. 46, V. §. 70) bei dem Gemeinderath angebracht und ausgeführt werden.

Beschwerden
gegen die
Wahllisten.

Der Gemeinderath hat solche rechtzeitig angebrachte Einsprachen und Beschwerden sofort zu prüfen, darüber binnen drei Tagen Beschluß zu fassen und diesen den Betheiligten gegen Bescheinigung unverweilt zu eröffnen.

Gegen den Beschluß des Gemeinderaths findet eine Berufung an die nächst vorgesetzte Staatsbehörde statt, welche endgültig darüber entscheidet.

Die Berufung muß binnen einer unersprechlichen Frist von drei Tagen bei der zur Entscheidung zuständigen Behörde angezeigt und ausgeführt werden.

Die Verhandlung über solche Einsprachen und Beschwerden ist summarisch, die Entscheidung darüber soll binnen drei Tagen nach Einkunft der Acten erfolgen.

§. 90.

Es darf kein Wahlberechtigter von der Wahl ausgeschlossen werden. Eine Beschwerde wegen nicht erhaltener Einladung zur Wahl hat dagegen auf die Gültigkeit der Wahl keinen Einfluß.

Labung zur
Wahl.

§. 91.

Keine Gemeinde ist befugt, die durch das Gesetz und durch gegenwärtige Verordnung bestimmte Wahlart abzuändern.

Art der Wahl.

§. 92.

Ein wesentliches Erforderniß zur Gültigkeit der Abstimmung ist, daß der Wahlberechtigte dieselbe in Person vollzieht, d. i. seinen Wahlvorschlag selbst zu Protokoll erklärt, oder wenn schriftlich abgestimmt wird, seine schriftliche Abstimmung selbst übergibt.

Verfahren bei
der Wahl und
Beurkundung
derselben.

Daß eine und das andere darf, was auch der Grund der Verhinderung des Wahlberechtigten sein mag, durch keinen Andern geschehen, selbst wenn dieser mit einer besondern Vollmacht dazu versehen wäre.

§. 93.

Der Abstimmende hat Jeden, den er vorschlägt, so zu bezeichnen, daß kein Mißverständnis entsteht, und ihn daher mit seinem Familien- und mit seinem Vornamen oder mit der Benennung, durch welche er von Andern gleichen Namens in der Gemeinde unterschieden wird, anzugeben, beziehungsweise in den Wahlzettel einzutragen.

So weit die Abstimmung eines Wahlberechtigten unbestimmt ist und Mißverständnisse veranlaßt, wird dieselbe bei Ermittlung der Stimmenmehrheit nicht berücksichtigt.

§. 94.

Bei jeder Wahl ist in dem Wahllocale die Einrichtung zu treffen, daß die Wahlberechtigten

Ihre Wahlzettel daselbst unbehelligt und ohne daß ein Anderer sieht was sie schreiben, ausfüllen können.

§. 95.

Stellver-
treter der
Wahl-
beamten.

Wenn der nach dem Gesetz zur Leitung einer Gemeindevahl berufene Gemeindebeamte gleich anfänglich verhindert ist oder im Laufe der Wahlhandlung verhindert wird, so übernimmt sein Stellvertreter die Geschäftsleitung.

Ergibt sich ein solcher Fall bei einer für die Wahl in ein Gemeindecollégium bestimmten Urkundsperson, so tritt das im Dienstatler aufwärts, beziehungsweise abwärts nächste Mitglied des betreffenden Gemeindecollégiums ein.

Wenn dagegen bei einer für die Bürgermeisterwahl gewählten Urkundsperson im Laufe der Wahlhandlung eine Verhinderung eintritt, so wird sogleich ein anderer Gemeindebürger als Urkundsperson gewählt und verpflichtet.

§. 96.

Stimmrecht
der Wahl-
beamten.

Die Mitwirkung eines Gemeindebürgers bei einer Wahl, sei es daß er als Gemeindebeamter die Wahl leitet oder das Protokoll führt, oder als Urkundsperson aufgestellt ist, geschieht unbeschadet seines Stimmrechts.

§. 97.

Schluss und
Veräumung
der Abstim-
mung.

Sobald die zur Abstimmung der Wahlberechtigten, beziehungsweise einer Classe derselben festgesetzte Zeit umlaufen ist, darf keine Abstimmung Einzelner derselben mehr angenommen werden.

Wenn jedoch die Wahlberechtigten, beziehungsweise eine Classe derselben wegen ihrer großen Anzahl alphabetisch in Abtheilungen geschieden zur Wahl geladen werden, so sind einzelne Wahlberechtigten, welche verhindert waren, in der für ihre Abtheilung festgesetzten Zeit abzustimmen, auch nachher noch bei der Abstimmung einer andern Abtheilung, so lange überhaupt die für die Wahlberechtigten, beziehungsweise die betreffende ganze Classe derselben anberaumte Zeit dauert, mit ihrer Abstimmung zuzulassen.

§. 98.

Ermittlung
des Wahl-
ergebnisses.

Das Wahlergebnis ist bei allen Wahlen nur auf so viele mit den meisten Stimmen Vorgeslagene zu beschränken, als Stellen durch Wahl zu besetzen sind, und wenn sich unter diesen ein oder mehrere nicht Wählbare befinden, so darf statt derselben nicht um eben so viel weiter auf solche, die in der Stimmenmehrheit nachfolgen und wählbar sind, gegriffen, sondern es muß für dieselben eine neue Wahl vorgenommen werden.

Beispiel. Wenn sechs Mitglieder zu wählen sind, unter den sechs mit den meisten Stimmen Vorgesetzten aber sich ein gesetzlich nicht Wählbarer befindet, so darf nicht auf den, welcher als siebenter die meisten Stimmen erhalten hat, und so weiter gegriffen werden, sondern es muß die Wahl eines anderen Mitgliedes statt finden.

Wenn mehrere gleich viel Stimmen erhalten haben, nach dem Erforderniß aber diese nicht sämmtlich eintreten können, so entscheidet das Loos, dessen Ziehung die Wahlcommission anordnet, indem sie die Betheiligten dazu aufruft und für die Abwesenden oder nicht Erscheinenden Stellvertreter aufstellt. Ein freiwilliges Zurücktreten eines oder des andern Betheiligten findet nicht statt.

§. 99.

Das Mitstimmen von einzelnen nicht wahlberechtigten Personen hat die Folge, daß ihre Stimmen als nicht abgegeben betrachtet werden.

Bei geheimer Wahl werden in diesem Falle so viele Stimmen als von nicht Wahlberechtigten abgegeben wurden, dem oder denen abgezogen, welche die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei offener Abstimmung findet der Abzug der Stimmen nicht Wahlberechtigter bei denjenigen statt, welche die Stimmen erhalten haben.

Ist nach Abzug der Stimmen nicht Wahlberechtigter die erforderliche Zahl der Abstimmenden nicht mehr vorhanden, oder ist die für eine Wahl vorgeschriebene Stimmenzahl nicht mehr auf den Betreffenden gefallen, so ist die Wahl ungültig.

§. 100.

Nach Beendigung einer Wahl ist das Ergebniß derselben öffentlich mit dem Anfügen bekannt zu machen, daß die Wahlacten unter Aufsicht drei Tage lang, vom nächstfolgenden Tag an gerechnet, zu jedes Wahlberechtigten Einsichtnahme auf dem Gemeindehause aufliegen.

Verkündung
des Wahl-
ergebnisses.

§. 101.

Beschwerden gegen eine Wahl und Anfechtungen ihrer Gültigkeit müssen binnen einer unersprechlichen Frist von acht Tagen vom Tag nach Verkündung des Wahlergebnisses an gerechnet, bei dem (Ober-, Stadt-, Bezirks-) Amt angezeigt und ausgeführt werden.

Beschwerden
gegen
Wahlen.

Die Verhandlungen über solche Beschwerden und Anfechtungen sind summarisch. Die Entscheidung darüber soll binnen drei Tagen nach Einkunft der Acten erfolgen.

Das Bezirksamt entscheidet endgültig darüber.

Ueber Beschwerden und Anfechtungen, die gegen eine Bürgermeisterwahl erhoben werden, entscheidet die Mittelbehörde endgültig.

§. 102.

Die Entscheidung über eine Wahlanfechtung hat keine Rückwirkung auf die Gültigkeit früherer Wahlen.

§. 103.

Die gegenwärtiger Verordnung beigelegten Formulare sind als Bestandtheile und Vorschriften der Verordnung selbst zu betrachten.

Formulare.

Schlußbestimmung.

§. 104.

Aufhebung
früherer
Vorschriften.

Durch gegenwärtige Verordnung werden außer Wirksamkeit gesetzt:

1. die Verordnung vom 1. Juni 1832, Regierungsblatt Nr. XXXIII. sammt den dazu gehörigen Formularen;
2. die Verordnung vom 4. Dezember 1833 (Nr. II.) Regierungsblatt Nr. XLVIII., Seite 260 und 261;
3. die Verordnung vom 6. März 1834, Regierungsblatt Nr. XI.;
4. die Verordnung vom 15. September 1837, Regierungsblatt Nr. XXXIV.

Carlsruhe, den 30. April 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Sachs.

Note 4. Wenn dagegen schriftlich abgestimmt wird, so schreibt jeder Abstimmende nach der Reihenfolge seines Eintritts unter fortlaufenden Ordnungszahlen seinen Namen selbst in das Protokoll in nachstehender Weise:

- 1: R. R.
- 2: R. R.
- 3: R. R.
- 4: R. R.

und übergibt seine schriftliche Abstimmung der Wahlcommission. Hat der Abstimmende die Abstimmung nicht eigenhändig geschrieben, so wird sie ihm vor der Wahlcommission vorgelesen und daß dies geschieht, durch ein Mitglied derselben unten auf der Abstimmung in nachstehender Weise bekrundet:

Wurde dem R. R. vor der Wahlcommission vorgelesen und von ihm bestätigt. R. den (18.) (Mai) (1851.)
R. R. (Unterschrift des Abstimmenden).

Die schriftliche Abstimmung eines jeden Abstimmenden wird mit derselben Ordnungszahl, welche dieser letztere selbst im Protokoll hat, versehen und alle Abstimmungen werden nach ihrer Reihenfolge gesammelt.

Note 5. Wenn ein Abstimmender

- a. einen nicht Wählbaren vorschlägt,
oder
- b. wenn ein Vorschlag zu Mißverständnissen Anlaß gibt,
oder
- c. wenn ein Wahlberechtigter zu viel —
oder
- d. wenn er zu wenig Personen vorschlägt,

so haben folgende Beurkundungen unmittelbar hinter der Abstimmung des betreffenden Abstimmenden zu geschehen: Man hat diesen Abstimmenden darauf aufmerksam gemacht:

zu a.:

daß der von ihm unter Ziffer 2 vorgeschlagene Gemeindegürger R. R. nach §. 21 des Gemeindegesetzes nicht wählbar ist, indem derselbe 1c.

Der Abstimmende hat hierauf erklärt: Unter diesen Verhältnissen schlage er den Gemeindegürger R. R. vor.
R. R. (Unterschrift des Abstimmenden).

Der Ausfallende ist alsdann im Protokoll, beziehungsweise in der schriftlichen Abstimmung lesbar zu durchstreichen, und wenn schriftlich abgestimmt wird, der neu vorgeschlagene in der schriftlichen Abstimmung nachzutragen.

zu b.:

daß sein unter Ziffer 5 enthaltener Wahlvorschlag zu Mißverständnissen Anlaß geben könne, indem 1c. (3. B. zwei Bürger in der Gemeinde die nämlichen Namen führen).

Der Abstimmende erklärt hierauf: Mit seinem Vorschlage sei der Gemeindegürger R. R. der Webermeister gemeint.

R. R. (Unterschrift des Abstimmenden).

Wenn schriftlich abgestimmt wird, so ist diese nähere Bezeichnung alsdann in der schriftlichen Abstimmung nachzutragen.

zu c.:

daß er nicht, wie geschehen (12), sondern nur (11) vorzuschlagen habe. Der Abstimmende erklärt hierauf: daß der unter Ziffer . . vorgeschlagene R. R. aus seiner Abstimmung auszufallen habe.

R. R. (Unterschrift des Abstimmenden).

Der Ausfallende ist alsdann im Protokoll, beziehungsweise in der schriftlichen Abstimmung lesbar zu durchstreichen.

zu d.:

daß in seiner Abstimmung nur (9) vorgeschlagen seien, während er (11) vorzuschlagen habe.

Der Abstimmende schlägt hierauf weiter vor:

- 1: den Gemeindegürger R. R.
- 2: den Gemeindegürger R. R.

R. R. (Unterschrift des Abstimmenden).

Wenn schriftlich abgestimmt wird, so sind die neu hinzugefügten vorgeschlagenen in der schriftlichen Abstimmung nachzutragen.

Note 6. Wenn eine Wählerklasse wegen der großen Anzahl der Wahlberechtigten in einzelnen Abtheilungen nach dem Alphabet abstimmt, so geschieht nach Beendigung der Abstimmung einer Abtheilung die Beurkundung in nachstehender Weise, und zwar:

a. wenn mündlich abgestimmt wird:

Nachdem hierauf bis 12 Uhr weiter Niemand erschienen ist, wurde das Protokoll geschlossen und von den Mitgliedern der Wahlcommission unterzeichnet. Die Stimmenaufzeichnungen wurden gehörig verwahrt.

b. wenn schriftlich abgestimmt wird:

Nachdem hierauf bis 12 Uhr weiter Niemand erschienen ist, wurde das Protokoll geschlossen und von den Mitgliedern der Wahlcommission unterzeichnet. Die gesammelten schriftlichen Abstimmungen wurden zusammengeheftet und an die beiden Ende des Bandes das Gemeindefiegel und das Privatfiegel der Urkundsperson, des Gemeindebürgers R. R. gelegt.

In einem wie dem andern Fall ist:

Beschluß

Heute Nachmittags 3 Uhr mit der Abstimmung dieser Classe und zwar der Abtheilung derjenigen Bürger derselben, deren Namen mit einem Buchstaben von P. bis R. einschließlich anfängt, fortzufahren und sich zu diesem Zweck um die bestimmte Zeit wieder zu versammeln.

Unterschriften: R. R. Bürgermeister.

R. R. } als Urkundspersonen.
R. R. }

R. R. Rathschreiber.

Note 7. Die Wahlhandlung der anderen Abtheilungen wird alsdann ebenso, jedoch mit Weglassung des §. 1 und 2 im Eingang des Protokolls, vorgenommen und beurkundet.

Note 8. Wenn der Wahltermin abgelaufen ist und nicht die vorgeschriebene Zahl von wenigstens der Hälfte der Wahlberechtigten in der betreffenden Wählerclasse abgestimmt hat, so lautet die Beurkundung:

Nachdem bis 5 Uhr des Nachmittags Niemand weiter erschienen ist, von der Classe der Niederstbesteuerten aber, welche 600 wahlberechtigte Gemeindebürger zählt, nur 280, somit nicht die vorgeschriebene Hälfte derselben abgestimmt haben, so ist

Beschluß.

Dies sofort öffentlich bekannt zu machen, dabei zur Fortsetzung der Wahl dieser Classe nächsten (Montag) (19.) (Mai) von 9 Uhr bis 12 Uhr des Vormittags zu bestimmen und die nicht erschienenen Wahlberechtigten aus der Classe der Niederstbesteuerten mit dem Anfügen zur Abstimmung einzuladen, daß jeder Ausbleibende in eine Geldstrafe von Einem Gulden verfällt und wenn wieder nicht die gesetzlich erforderliche Zahl der Wahlberechtigten zur Wahl erscheinen würde, nach §§. 20 und 21 der Gemeindevahlordnung für alle von der Classe der Niederstbesteuerten zu wählenden Ausschussmitglieder Stellvertreter ernannt werden.

R. R. (Unterschriften der Wahlcommission wie Note 6.)

Note 9. Wenn in der hierauf anberaumten Tagfahrt wieder nicht so viele Wahlberechtigte abstimmen, daß im Ganzen mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten der Classe die Stimmen abgegeben hat, so wird einstweilen mit der Wahl der andern Wählerclassen fortgefahren und es werden erst am Schlusse des ganzen Wahlgeschäftes die Stellvertreter nach Maßgabe des §. 21 der Gemeindevahlordnung ernannt.

Note 10. Wenn dagegen der Wahltermin abgelaufen ist und mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten in der betreffenden Wählerclasse abgestimmt hat, so lautet die Beurkundung:

§. 5. Nachdem hierauf bis 5 Uhr Nachmittags weiter Niemand erschienen ist, im Ganzen aber von der 600 wahlberechtigten Gemeindebürger zählenden Classe der Niederstbesteuerten 560, mithin mehr als die erforderliche Hälfte derselben, abgestimmt haben, so ist man zur Ermittlung des Wahlergebnisses geschritten.

Note 11. Wenn mündlich abgestimmt wurde, so wurde zu der gleichen Zeit, während der Abstimmende seine Abstimmung zu Protokoll gegeben hat, von den beiden Urkundspersonen je eine Stimmenaufzeichnung geführt; es bedarf also jetzt nur noch der Vergleichung des Protokolls mit den Stimmenaufzeichnungen. Wenn dagegen schriftlich abgestimmt wurde, so werden nach Beendigung der Abstimmung der Wählerclasse vom Bürgermeister die einzelnen Abstimmungen abgelesen und es wird das richtige Ablesen von einer der beiden Urkundspersonen überwacht. Während dieses Ablesens wird vom Rathschreiber und der andern Urkundsperson je eine Stimmenaufzeichnung geführt und alsdann das Protokoll mit diesen Stimmenaufzeichnungen verglichen.

§. 6. Aus der Vergleichung des Protokolls mit den Stimmenaufzeichnungen, welche mit einander übereinstimmen, ergibt sich, daß Stimmen erhalten haben:

a.: zur Erneuerung des Ausschusses für eine sechsjährige Amtsdauer:

- | | | | | |
|----|--------------------|-------|-------|----------|
| 1. | der Gemeindegürger | N. N. | 430 | Stimmen, |
| 2. | " | " | N. N. | 260 " |
| 3. | " | " | N. N. | 192 " |
| 4. | " | " | N. N. | 67 " |

b. als Ersatzmänner, für eine dreijährige Amtsdauer:

- | | | | | |
|----|--------------------|-------|-------|----------|
| 1. | der Gemeindegürger | N. N. | 516 | Stimmen. |
| 2. | " | " | N. N. | 492 " |
| 3. | " | " | N. N. | 48 " |
| 4. | " | " | N. N. | 30 " |

u. f. w.

Auf Andere sind keine Stimmen gefallen; die meisten Stimmen haben also erhalten:

a. zur Erneuerung des Ausschusses, für eine sechsjährige Amtsdauer:

- | | | | | |
|----|--------------------|-------|-------|----------|
| 1. | der Gemeindegürger | N. N. | 430 | Stimmen. |
| 2. | " | " | N. N. | 260 " |
| 3. | " | " | N. N. | 192 " |
| 4. | " | " | N. N. | 67 " |

u. f. w.

b. als Ersatzmänner, für eine dreijährige Amtsdauer:

- | | | | | |
|----|--------------------|-------|-------|----------|
| 1. | der Gemeindegürger | N. N. | 516 | Stimmen. |
| 2. | " | " | N. N. | 492 " |
| 3. | " | " | N. N. | 48 " |

Note 12. Wenn zwischen mehreren mit den meisten Stimmen vorgeschlagenen Wählbaren Stimmengleichheit vorhanden ist, so wird wie folgt verfahren und beurkundet:

Es haben hiernach Stimmen erhalten:

a. zur Erneuerung des Ausschusses, für eine sechsjährige Amtsdauer:
(es sind d. B. 8 Mitglieder zu wählen)

- | | | | | |
|-----|--------------------|-------|-------|----------|
| 1. | der Gemeindegürger | N. N. | 430 | Stimmen. |
| 2. | " | " | N. N. | 260 " |
| 3. | " | " | N. N. | 260 " |
| 4. | " | " | N. N. | 192 " |
| 5. | " | " | N. N. | 180 " |
| 6. | " | " | N. N. | 180 " |
| 7. | " | " | N. N. | 165 " |
| 8. | " | " | N. N. | 93 " |
| 9. | " | " | N. N. | 93 " |
| 10. | " | " | N. N. | 80 " |

u. f. w.

Da auf die Gemeindegürger N. N. und N. N. (Ziffer 8 und 9) eine gleiche Zahl von Stimmen gefallen ist, und nur Einer von ihnen in den Ausschuss eintreten kann, so hat man dieselben alsbald vorgerufen (oder: für den Abwesenden Gemeindegürger N. N. den Gemeindegürger N. N. als Stellvertreter aufgestellt) und von ihnen das Loos ziehen lassen. Dieses hat für den Eintritt des Gemeindegürgers N. N. (Ziffer 9) entschieden.

§. 7. Hiernach erscheint die Wahl der Classe der Niederstbesteuerten als beendet und ist

Beschluß.

Das Protokoll abzuschließen und zu unterzeichnen.

Das Ergebniß der Wahl alsbald öffentlich bekannt zu machen.

N. N. (Unterschriften der Wahlcommission, wie oben Note 6.)

Note 13. Wenn unter Denjenigen, die für die zu besetzenden Stellen mit den meisten Stimmen vorgeschlagen werden, sich Einer oder Mehrere, die gesetzlich nicht wählbar sind, befinden, so darf nicht um so viele weiter auf solche, die in der Stimmenmehrheit nachfolgen und wählbar sind, gegriffen werden, sondern es muß für dieselben eine neue Wahl durch die theilhaftigen Wahlberechtigten statt finden.

In einem solchen Fall lautet die Beurkundung:

(Es sind z. B. 8 Mitglieder zu wählen.)

Da unter den 8 mit den meisten Stimmen Vorgeschlagenen sich 2, nämlich Ziffer 3 und 7 befinden, welche gesetzlich nicht wählbar sind, indem Ziffer 3 u. . . . Ziffer 7 aber u. . . . so ist

Beschluß.

Das Protokoll abzuschließen und zu unterzeichnen. Das Ergebniß der Wahl alsbald öffentlich bekannt zu machen und die Wahlberechtigten sofort auf morgen von 9 Uhr bis 12 Uhr des Vormittags zu einer neuerlichen Abstimmung beauftragt der Wahl zweier Mitglieder des großen Ausschusses (für eine . . . jährige Amtsdauer) einzuladen.

N. N. (Unterschriften der Wahlcommission, wie Note 6.)

Note 14. Die Wahlhandlungen der beiden anderen Wählerclassen werden in gleicher Weise wie nach Obigem die Wahlhandlung der Classe der Niederstbesteuerten vorgenommen und beurkundet.

Note 15. Wenn hiernach in jeder der drei Classen mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten derselben abgestimmt hat, so erfolgt nachstehende Schlußbeurkundung:

§. 8. Nachdem nunmehr alle drei Wählerclassen, und zwar in jeder derselben die gesetzlich vorgeschriebene Zahl der Wahlberechtigten abgestimmt haben, so ist

Beschluß.

Die Wahlhandlung für geschlossen zu erklären und das Gesamtergebniß der Wahl aller drei Wählerclassen alsbald mit dem Anfügen öffentlich bekannt zu machen, daß die Wahlacten von morgen an drei Tage lang zu jedes Wahlberechtigten Einsicht auf dem Gemeindehaus ausliegen.

N. N. (Unterschriften der Wahlcommission, wie Note 6.)

Note 16. Wenn dagegen in der einen oder andern oder in allen drei Wählerclassen ungeachtet des Verfahrens nach Note 8 und 9 nicht wenigstens die Hälfte der in die Classe gehörigen Wahlberechtigten abgestimmt hat, so erfolgt nachstehende Beurkundung:

Nachdem nunmehr alle drei Wählerclassen abgestimmt haben, in der Classe der besteuerten (in allen drei Classen) aber nicht die Hälfte der Wahlberechtigten die Stimme abgegeben hat, so ist

Beschluß.

Die Wahlhandlung für geschlossen zu erklären, das Gesamtergebniß alsbald mit dem Anfügen bekannt zu machen, daß die Wahlacten von morgen an drei Tage lang zu jedes Wahlberechtigten Einsicht auf dem Gemeindehaus ausliegen, hiernächst aber dem Gemeinderath zur Einleitung des Weiteren wegen Ernennung der Stellvertreter nach §. 21 der Gemeindevahlordnung übergeben werden.

N. N. (Unterschriften der Wahlcommission, wie oben Note 6.)

Ziffer V.

Formular für die

Einladung

zu

Wahlen in den kleinen Ausschuss.

In Gemäßheit des §. 40 g. des Gesetzes über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden ist eine Erneuerungs- (und Ersatz-) Wahl des kleinen Ausschusses vorzunehmen.

Der kleine Ausschuss der Gemeinde N. besteht aus (4) Mitgliedern. Hievon treten nun der regelmäßigen Erneuerung wegen (2) Mitglieder aus, und zwar:

1. aus der Classe der Niederstbesteuerten:
der Gemeindegürger N. N.

2. aus der Classe der Mittelbesteuerten:
der Gemeindegürger N. N.

Außerdem ist vor beendigter gesetzlicher Dienstzeit durch Tod, Austritt u. aus dem kleinen Ausschuss ausgefallen:

aus der Classe der Mittelbesteuerten:
der Gemeindegürger N. N.

Es sind also zu wählen:

1. aus der Classe der Niederstbesteuerten 1 Mitglied,
 2. aus der Classe der Mittelbesteuerten 2 Mitglieder,
- und zwar hievon 1 für eine sechsjährige, 1 für eine dreijährige Amtsdauer.

Note 1. Wenn in einer Gemeinde, welche durch einen großen Ausschuss vertreten ist, ein Mitglied des kleinen Ausschusses vor beendigter Dienstzeit durch Tod, Austritt u. ausfällt, so wird alsbald für die ganze übrige gesetzliche Dienstzeit des Ausgefallenen ein anderes Mitglied statt desselben aus der nämlichen Steuerklasse gewählt. In diesem Fall lautet der bisherige Theil der Einladung wie folgt:

Nachdem der aus der Classe der (Höchst-) Besteueren in den kleinen Ausschuss gewählte Gemeindegürger N. N. gestorben ist, so ist die Stelle desselben und zwar für den Rest seiner gesetzlichen Dienstzeit durch Wahl eines Anderen aus der Classe der (Höchst-) Besteueren zu besetzen.

Die Wahl findet im hiesigen Gemeindehause statt:

Als Wahltag wird bestimmt:

(Montag) den (20.) (Juni)

von 9 Uhr bis 12 Uhr des Vormittags:

für die Abtheilung der Wahlberechtigten, deren Namen mit einem Buchstaben von A bis R einschließlich anfängt.

Von 3 Uhr bis 5 Uhr des Nachmittags:

für die Abtheilung der Wahlberechtigten, deren Namen mit einem Buchstaben von S bis Z anfängt.

Jeder Wahlberechtigte hat seine Abstimmung in der bestimmten Zeit persönlich vor der versammelten Wahlcommission zu vollziehen. Nach Ablauf der dafür bestimmten Zeit werden keine Abstimmungen mehr angenommen.

Wahlberechtigt sind x.

Note 2. Wenn ein großer Ausschuß in der Gemeinde besteht, so wird fortgefahren:
sämmliche Mitglieder des großen Ausschusses, des Gemeinderaths und des kleinen Ausschusses.

Note 3. Wenn dagegen die Gemeinde nicht durch einen großen Ausschuß vertreten ist, so wird fortgefahren:
alle Gemeindebürger; ausgenommen x.

(Der Inhalt des §. 15 des Gemeindegesetzes ist alsdann vollständig einzurücken).

Wählbar in den kleinen Ausschuß sind: alle Gemeindebürger x.

(Hier sind die §§. 40 f., 29, 21 des Gemeindegesetzes vollständig einzurücken).

Die Austretenden sind (der Austretende ist) wieder wählbar.

Die Listen der Steuerclassen der wählbaren Bürger (in den Gemeinden, in welchen kein großer Ausschuß besteht, ist hier beizusetzen: und die Liste der wahlberechtigten Gemeindebürger) liegen auf dem Gemeindehaus fezt und während der ganzen Dauer der Wahlhandlung zur Einsicht der Gemeindebürger auf.

Die Wahlberechtigten werden eingeladen, zahlreich zur Wahl zu erscheinen, damit nicht das in §. 40 und 41 der Gemeindewahlordnung vorgeschriebene Verfahren eintreten muß.

N. N. den

Gemeinderath.

N. N. Bürgermeister.

Ziffer VI.

Formular eines

Protokoll

über

die Wahlen in den kleinen Ausschuss.

Geschehen auf dem Gemeindehause zu N. den (15.) (Juni) (1851).

Gegenwärtig:

der Bürgermeister N. N.

Als Urkundspersonen:

Gemeindebürger N. N.

Gemeindebürger N. N.

Der mitunterzeichnete Rathschreiber N. N. als Protokollführer.

§. 1. Nach der Bekanntmachung und Einladung des Gemeinderaths vom (Datum), welche diesem Protokoll unter Ziffer I. beiliegt, sind (3) Stellen des kleinen Ausschusses der Gemeinde N. durch Wahl neu zu besetzen.

Hiefür sind zu wählen:

1. aus der Classe der Niederstbesteuerten 1 Ausschussmitglied,
und zwar für eine sechsjährige Amtsdauer;
2. aus der Classe der Mittelbesteuerten 2 Ausschussmitglieder,
und zwar 1 für eine sechsjährige, 1 für eine dreijährige Amtsdauer.

Note 1. Wenn in einer Gemeinde, welche durch einen großen Ausschuss vertreten ist, ein Mitglied des kleinen Ausschusses vor beendigter Dienstzeit durch Tod, Austritt u. ausfällt, so wird alsbald für die ganze übrige gesetzliche Dienstzeit des Ausgefallenen ein anderes Mitglied statt desselben aus der nämlichen Steuerklasse gewählt. In diesem Falle lautet der bisherige Theil des Protokolls wie folgt:

Nach der Bekanntmachung und Einladung des Gemeinderaths vom . . (Datum), welche diesem Protokoll unter Ziffer I. beiliegt, ist für das durch (Tod, Austritt u.) ausgefallene Mitglied des kleinen Ausschusses, den Gemeindebürger N. N. für den Rest seiner gesetzlichen Dienstzeit ein anderes Mitglied und zwar aus der Classe der Besteuerten, welcher der Ausgefallene angehörte, zu wählen.

§. 2. Laut den unter Ziffer II. a. bis d. anliegenden Bescheinigungen ist die Einladung der Wahlberechtigten ordnungsmäßig bewirkt worden.

Note 2. Hier sind dieselben Bescheinigungen beizulegen, wie sie in Formular Ziffer IV. Note 1 bezeichnet sind.

§. 3. Auf heute von 9 Uhr bis 12 Uhr des Vormittags war die Wahl anberaumt, and zwar für die Abtheilung der Wahlberechtigten, deren Namen mit einem Buchstaben von A bis R einschließlich anfängt.

§. 4. Es sind von denselben folgende erschienen und haben abgestimmt:

1. N. N. schlägt vor:

a. aus der Classe der Niederstbesteuerten:
den Gemeindebürger N. N.

b. aus der Classe der Mittelbesteuerten:
für eine sechsjährige Amtsdauer den Gemeindebürger N. N.
für eine dreijährige " " " N. N.

N. N. (Unterschrift des Abstimmenden).

2. N. N. schlägt vor:

a. aus der Classe der Niederstbesteuerten:
den Gemeindebürger N. N.

b. aus der Classe der Mittelbesteuerten:
für eine sechsjährige Amtsdauer den Gemeindebürger N. N.
für eine dreijährige Amtsdauer den Gemeindebürger N. N.

N. N. (Unterschrift des Abstimmenden).

3. und so weiter.

Note 3. Statt dieser Form des Eintrags der Abstimmungen kann auch der Abkürzung und leichteren Uebersicht wegen der Eintrag in tabellarischer Form im Protokoll in nachstehender Weise geschehen:

| Ordnungszahl. | Namen der abstimmenden Gemeindebürger. | Erwählte Mitglieder in den kleinen Ausschuss. | | | | | |
|---------------|--|---|----------------------------|--------------------------------------|----------------------------|--------------------------------------|----------------------------|
| | | Aus der Classe der Niederstbesteuerten | | Aus der Classe der Mittelbesteuerten | | Aus der Classe der Höchstbesteuerten | |
| | | für sechsjährige Amtsdauer. | für dreijährige Amtsdauer. | für sechsjährige Amtsdauer. | für dreijährige Amtsdauer. | für sechsjährige Amtsdauer. | für dreijährige Amtsdauer. |
| 1. | N. N. | N. N. | N. N. | N. N. | N. N. | N. N. | N. N. |
| | | T. N. N. (Unterschrift des Abstimmenden). | | | | | |
| 2. | N. N. | ic. ic. | | | | | |

Note 4. Zu der gleichen Zeit, während welcher der Abstimmende seine Abstimmung zu Protokoll gibt, wird von jeder der beiden Urkundspersonen eine besondere nach den Steuerclassen, aus welchen die Mitglieder des kleinen Ausschusses zu wählen sind, abgetheilte Stimmenaufzeichnung geführt.

Note 5. Wenn ein Abstimmender einen gesetzlich nicht wählbaren oder einen Gemeinbedürger vorschlägt, der nicht zu der Steuerklasse, aus welcher die Wahl statt finden soll, gehört, oder wenn ein Vorschlag zu Mißverständnissen Anlaß gibt, oder wenn ein Wahlberechtigter zu viel oder wenn er zu wenig Personen vorschlägt, so ist ähnlich wie nach Formular Ziffer IV. Note 5 zu verfahren.

Note 6. Wenn die Wahlberechtigten in Abtheilungen nach dem Alphabet abstimmen, so geschieht nach Beendigung der Abstimmung einer Abtheilung die Beurkundung in nachstehender Weise:

Nachdem hierauf bis 12 Uhr weiter Niemand erschienen ist, wurde das Protokoll geschlossen und von den Mitgliedern der Wahlcommission unterzeichnet. Die Stimmenaufzeichnungen wurden gehörig verwahrt.

Beschluß.

Heute Nachmittags 3 Uhr mit der Abstimmung der Wahlberechtigten und zwar der Abtheilung derjenigen, deren Namen mit einem Buchstaben von S. bis Z. anfängt, fortzufahren und sich zu diesem Zweck um die bestimmte Zeit wieder zu versammeln.

Unterschriften: R. R. Bürgermeister.

R. R. } als Urkundspersonen.
R. R. }

R. R. Rathschreiber.

Note 7. Die Wahlhandlung der anderen Abtheilungen wird alsdann eben so, jedoch mit Weglassung des S. 1 und 2 im Eingang des Protokolls, vorgenommen und beurkundet.

Note 8. Wenn der Wahltermin abgelaufen ist und nicht die vorgeschriebene Zahl der Wahlberechtigten abgestimmt hat, so lautet die Beurkundung:

Nachdem bis 5 Uhr des Nachmittags Niemand weiter erschienen ist, von den Wahlberechtigten aber, deren es . . . (Zahl) sind, nur . . . (Zahl), somit nicht die vorgeschriebene Zahl derselben, abgestimmt haben, so ist

Beschluß.

Dies sofort öffentlich bekannt zu machen, dabei zur Fortsetzung der Wahl nächsten (Montag) (17.) (Juni) von 9 bis 12 Uhr des Vormittags zu bestimmen und die nicht erschienenen Wahlberechtigten mit dem Anfügen zur Abstimmung einzuladen, daß jeder Ausbleibende in eine Geldstrafe von einem Gulden verfällt und wenn wieder nicht die gesetzlich erforderliche Zahl der Wahlberechtigten zur Wahl erscheinen würde, nach S. 41 der Gemeindevahlordnung Stellvertreter und zwar aus jeder Steuerklasse so viel, als bei der nicht zu Stande gekommenen Wahl hätten gewählt werden sollen, ernannt werden.

R. R. (Unterschriften der Wahlcommission, wie oben Note 6.)

Note 9. Wenn in der hierauf anberaumten Tagfahrt wieder nicht so viele Wahlberechtigte abstimmen, daß im Ganzen die gesetzlich vorgeschriebene Zahl die Stimmen abgegeben hat, so wird die Wahlhandlung für geschlossen erklärt, dieser Schluß mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß die Wahllisten von morgen an drei Tage lang zu jedes Wahlberechtigten Einsicht auf dem Gemeindefaß ausliegen, hiernächst aber dem Gemeinderath zur Einleitung des Welteren wegen Ernennung der Stellvertreter nach S. 41 der Gemeindevahlordnung übergeben werden.

R. R. (Unterschriften der Wahlcommission, wie oben in Note 6.)

Note 10. Wenn dagegen der Wahltermin abgelaufen ist und die gesetzlich vorgeschriebene Zahl der Wahlberechtigten abgestimmt hat, so lautet die Beurkundung:

§. 5. Es ist hierauf bis 5 Uhr Nachmittags weiter Niemand erschienen. Im Ganzen haben von den . . . (Zahl) Wahlberechtigten . . . (Zahl), mithin die gesetzlich erforderliche Zahl derselben abgestimmt.

Note 11. Wenn sich die Zahl der Wahlberechtigten nicht nach Erforderniß theilen läßt, so werden so viele als nöthig davon abgezogen.

§. 6. Man ist nun zur Ermittlung des Wahlergebnisses geschritten. Aus der Vergleichung

des Protokolls mit den Stimmenaufzeichnungen, welche mit einander übereinstimmen, ergibt sich, daß Stimmen erhalten haben:

I. aus der Classe der Niederstbesteuerten:

für eine sechsjährige Amtsdauer

1. der Gemeindegürger N. N. . . Stimmen.

2. u. f. w.

II. aus der Classe der Mittelbesteuerten:

a. für eine sechsjährige Amtsdauer

1. der Gemeindegürger N. N. . . Stimmen.

2. u. f. w.

b. für eine dreijährige Amtsdauer

1. der Gemeindegürger N. N. . . Stimmen.

2. u. f. w.

Auf Andere sind keine Stimmen gefallen; die meisten Stimmen haben also erhalten:

I. aus der Classe der Niederstbesteuerten:

für eine sechsjährige Amtsdauer

der Gemeindegürger N. N.

II. aus der Classe der Mittelbesteuerten:

a. für eine sechsjährige Amtsdauer

der Gemeindegürger N. N.

b. für eine dreijährige Amtsdauer

der Gemeindegürger N. N.

Note 12. Die Note 12. des Formulars Ziffer IV. findet im vorkommenden Falle auch bei Wahlen in den kleinen Ausschuss Anwendung.

§. 7. Hiernach erscheint die Wahl als beendet und ist

Beschluß.

Die Wahlhandlung für geschlossen zu erklären, das Protokoll zu unterzeichnen, und das Ergebniss der Wahl alsbald mit dem Anfügen öffentlich bekannt zu machen, daß die Wahllisten von morgen an drei Tage lang zu jedes Wahlberechtigten Einsicht auf dem Gemeindehaus auf-
liegen.

N. N. (Unterschriften der Wahlcommission, wie oben Note 6.)

Note 13. Die Note 13 des Formulars Ziffer IV. findet in vorkommendem Falle auch bei Wahlen in den kleinen Ausschuss Anwendung und wenn in diesem Fall oder weil ein Gewählter die Wahl aus einem gesetzlichen Grunde (§. 40 h. des Gemeindegesetzes) ablehnt, eine neue Wahl statt findet, so wird solche alsdann nach Maßgabe des gegenwärtigen Formulars mit geeigneter Abänderung des Eingangs im §. 1 vorgenommen und beurkundet.

Ziffer VII.

Formular für die

Einladung

zu

Wahlen in den Gemeinderath.

In Gemäßheit des §. 30 des Gesetzes über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden ist eine Erneuerungs- (und Ersatz-) Wahl des Gemeinderaths vorzunehmen.

Der Gemeinderath der Gemeinde N. besteht aus (4) Mitgliedern.

Hievon treten nun der regelmäßigen Erneuerung wegen (2) Mitglieder aus, und zwar:

1. der Gemeinderath N. N.

2. der Gemeinderath N. N.

Außerdem ist vor beendigter gesetzlicher Dienstzeit durch Tod, Austritt u. aus dem Gemeinderath ausgefallen:

3. der Gemeinderath N. N.

Es sind also 3 Gemeinderathsmitglieder neu zu wählen, und zwar 2 für eine sechsjährige, 1 für eine dreijährige Amtsdauer.

Note 1. Wenn in einer Gemeinde, welche durch einen großen Ausschuss vertreten ist, ein Mitglied des Gemeinderaths vor beendigter Dienstzeit durch Tod, Austritt u. ausfällt, so wird alsbald für die ganze übrige gesetzliche Dienstzeit des Ausgefallenen ein anderes Mitglied statt desselben gewählt. In diesem Fall lautet der bisherige Theil der Einladung wie folgt:

Nachdem der Gemeinderath N. N. gestorben ist, so ist die Stelle desselben und zwar für den Rest seiner gesetzlichen Dienstzeit durch Wahl eines Anderen zu besetzen.

Die Wahl findet im hiesigen Gemeindehaus (Donnerstag) den (15.) (Juli) statt.

Die Wahl geschieht mittelst geheimer Stimmgebung, und es werden die Wahlzettel, welche die Wahlberechtigten auszufüllen und verschlossen der Wahlcommission persönlich zu übergeben haben, vorher am Wahltag ausgehellt. Die Uebergabe der ausgefüllten Wahlzettel hat von 9 Uhr bis 11 Uhr des Vormittags zu geschehen. Nach Ablauf dieser Zeit werden keine Abstimmungen mehr angenommen.

Wahlberechtigt sind u.

Note 2. Wenn ein großer Ausschuss in der Gemeinde besteht, so wird fortgefahren: sämtliche Mitglieder des großen Ausschusses, des Gemeinderaths und des kleinen Ausschusses.

Note 3. Wenn dagegen die Gemeinde nicht durch einen großen Ausschuss vertreten ist, so wird fortgefahren: alle Gemeindebürger; ausgenommen u.

(Der Inhalt des §. 15 des Gemeindegesetzes ist alsdann vollständig einzurücken).

Wählbar in den Gemeinderath sind sämmtliche Gemeindebürger. Ausgenommen zc.

(Hier sind die §§. 29 Ziffer 1 bis 3 und 21 des Gemeindegesetzes vollständig einzurücken).

Die Austretenden sind (der Austretende ist) wieder wählbar.

Die Wahlberechtigten werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Gemeinderäthe auch die Pfandgerichte bilden und als solche haftbar sind, daher es im Interesse der Gemeinden zur Erhaltung ihres Credits liegt, ihr Augenmerk bei der Wahl auf solche Bürger zu richten, die neben den übrigen Erfordernissen durch ihre persönlichen und Vermögensverhältnisse hinlängliche Gewähr geben.

Die Liste der wählbaren Bürger (in den Gemeinden, in welchen kein großer Ausschuß besteht, ist hier beizusetzen: und die Liste der wahlberechtigten Bürger) liegt auf dem Gemeindehaus jetzt und während der ganzen Dauer der Wahlhandlung zur Einsicht der Gemeindebürger auf.

Die Wahlberechtigten werden eingeladen, zahlreich zur Wahl zu erscheinen, damit nicht das im §. 56 und 58 der Gemeindevahlordnung vorgeschriebene Verfahren eintreten muß.

N. N. den

Der Gemeinderath.
N. N. Bürgermeister.

Ziffer VIII.

Formular eines

Protokoll

zu

Wahlen in den Gemeinderath.

Geschehen auf dem Gemeindehause zu N. den (13.) (Juli) (1851).

Gegenwärtig:

der Bürgermeister N. N.

Als Urkundspersonen:

der Gemeinderath N. N.

der Gemeinderath N. N.

Der mitunterzeichnete Rathschreiber, als Protokollführer.

§. 1. Nach der Bekanntmachung und Einladung des Gemeinderaths vom . . . (Datum), welche diesem Protokoll unter Ziffer I. beiliegt, sind . . (3) Stellen im Gemeinderath der Gemeinde N. durch Wahl neu zu besetzen, und zwar sind (2) Mitglieder für eine sechsjährige und (1) für eine dreijährige Amtsdauer zu wählen.

Note 1. Wenn in einer Gemeinde, welche durch einen großen Ausschuss vertreten ist, ein Mitglied des Gemeinderaths vor beendigter Dienstzeit durch Tod, Austritt u. ausfällt, so wird alsbald für die ganze übrige Dienstzeit des Ausgefallenen ein anderes Mitglied statt desselben gewählt. In diesem Fall lautet der bisherige Theil des Protokolls wie folgt:

Nach der Bekanntmachung und Einladung des Gemeinderaths vom . . . (Datum), welche diesem Protokoll unter Ziffer I. beiliegt, ist für das durch (Tod, Austritt u.) ausgefallene Mitglied des Gemeinderaths, den Gemeinderath N. N., für den Rest seiner gesetzlichen Dienstzeit ein anderes Mitglied zu wählen.

§. 2. Laut den unter Ziffer II. a.—d. anliegenden Bescheinigungen ist die Einladung der Wahlberechtigten auf heute von 9 bis 11 Uhr des Vormittags ordnungsmäßig bewirkt worden.

Note 2. Hier sind die nämlichen Bescheinigungen beizubringen, wie nach Formular Ziffer IV. Note 2.

§. 3. Auch ist jedem erschienenen Wahlberechtigten ein gedruckter Wahlzettel zugestellt worden und es ist in dem Gemeindehause die Einrichtung getroffen, daß die Wahlberechtigten daselbst ihre Zettel geheim ausfüllen können.

Die Liste der Wahlberechtigten und der Wählbaren liegt zur Einsicht der Abstimmenden auf.

§. 4. Es erschienen und legten ihre Wahlzettel in das zu diesem Zweck bereit stehende Gefäß:

1: N. N.

2: N. N.

3: N. N.

u. s. w.

§. 5. Weiter ist bis 11 Uhr des Vormittags Niemand erschienen. Hiernach haben von den (Zahl) Wahlberechtigten (Zahl), mithin die gesetzlich vorgeschriebene Zahl abgestimmt.

Note 3. Wenn sich die Zahl der Wahlberechtigten nicht nach Erforderniß theilen läßt, so werden 1 oder 2 davon abgezogen.

Man hat nun angefangen, einen Wahlzettel nach dem andern aus dem aufgestellten Gefäß herauszunehmen; jeder Wahlzettel wurde sofort von dem Bürgermeister eröffnet, und dessen Inhalt mit lauter Stimme von ihm vorgelesen, den Urkundspersonen zur Einsicht vorgelegt, von dem Protokollführer in das Protokoll, von dem Gemeinderath N. N. aber, der mit Führung der Gegenliste beauftragt worden ist, in solche eingetragen; nicht weniger hat man die Zahl der Stimmen, die auf jeden gefallen sind, durch die andere Urkundsperson, den Gemeinderath N. N. mit Strichen aufzeichnen lassen. Die Wahlzettel wurden gesammelt.

§. 6. Es erhielten darnach folgende Gemeindebürger Wahlstimmen:

I. für eine sechsjährige Amtsdauer:

1: N. N.

2: N. N.

3: N. N.

u. s. w.

II. für eine dreijährige Amtsdauer:

1: N. N.

2: N. N.

u. s. w.

Note 4. Statt dieser Form des Eintrags der Abstimmungen kann auch der Abkürzung und leichteren Uebersicht wegen der Eintrag in tabellarischer Form im Protokoll in nachstehender Weise geschehen:

| Ord.-Zahl. | für sechsjährige Amtsdauer | für dreijährige Amtsdauer |
|------------|----------------------------|---------------------------|
| 1. | N. N.
N. N. | N. N. |
| 2. | N. N.
N. N. | N. N. |
| 3. | N. N.
N. N. | N. N. |

§. 7. Nachdem die sämtlichen Wahlzettel eröffnet, vorgelesen und die Namen eingetragen worden, hat man die in das Protokoll eingetragenen mit denen in der Gegenliste, ferner die Aufzeichnung der Stimmzahl, die auf jeden gefallen ist, gegen einander verglichen.

Das Ergebnis aller dieser richtig befundenen Aufzeichnungen ist folgendes:

Es habet Stimmen erhalten:

I. für eine sechsjährige Amtsdauer:

1: N. N. . . . (Zahl) Stimmen.

2: N. N. . . . (Zahl) Stimmen.

u. f. w.

II. für eine dreijährige Amtsdauer:

1: N. N. . . . (Zahl) Stimmen.

2: N. N. . . . (Zahl) Stimmen.

u. f. w.

§. 8. Man hat hierauf untersucht, ob gesetzliche Anstände gegen die Wählbarkeit der mit den meisten Stimmen Vorgesetzten vorhanden sind und da dieß nicht der Fall ist, die Gewählten einzeln befragt, ob sie die auf sie gefallene Wahl annehmen, worauf dieselben erklären:

1: N. N.

u. f. w.

N. N. (Unterschrift des Gewählten.)

2: N. N.

u. f. w.

N. N. (Unterschrift des Gewählten.)

Note 5. Die Note 11 des Formulars Ziffer IV. findet im vorkommenden Fall auch bei Wahlen in den Gemeinderath Anwendung.

Beschluß.

1. Sämtliche Wahlzettel in Gegenwart der Urkundspersonen zu vertilgen, was auch sogleich vollzogen wurde.
2. Die Gegenliste und die Stimmenaufzeichnung zu den Acten zu nehmen.
3. Das Protokoll abzuschließen und zu unterzeichnen.
4. Das Wahlergebnis bekannt zu machen, mit dem Bemerken, daß die Wahllisten von morgen an binnen drei Tagen zu jedes Wahlberechtigten Einsicht auf dem Gemeindehaus ausliegen.
5. Mit Vorlage der Wahllisten Anzeige an das Großherzogliche Amt Behufs der Verpflichtung der Gewählten zu erstatten.

Unterschriften N. N. Bürgermeister.

N. N. { Gemeinderäthe als Urkundspersonen.

N. N.

N. N. Rathschreiber.

Note 6. Wenn der Wahltermin abgelaufen ist und nicht die gesetzlich vorgeschriebene Zahl der Wahlberechtigten abgestimmt hat, so wird statt wie in §. 5 verfahren und beurkundet wie folgt:

Weiter ist bis 11 Uhr des Vormittags Niemand erschienen. Hiernach haben von den . . . (Zahl) Wahlberechtigten nur . . . (Zahl), mithin nicht die gesetzlich vorgeschriebene Zahl abgestimmt. Es ist daher:

Beschl.

1. Das Gefäß, in welchem die Wahlzettel gesammelt sind, mittelst Papierstreifen über das Kreuz durch Aufdrückung des Gemeindefiegels und des Privatfiegels der beiden Urkundspersonen zu versiegeln und wohlverschlossen aufzubewahren, was auch sogleich vollzogen wurde.
2. Das Protokoll abzuschließen und zu unterzeichnen.
3. Sofort öffentlich bekannt zu machen, daß nicht die erforderliche Zahl von Wahlberechtigten erschienen ist, zur Fortsetzung der Wahl nächsten den . . . (Datum) von 9 bis 11 Uhr Vormittags zu bestimmen und dazu die nicht erschienenen Wahlberechtigten mit dem Aufügen einzuladen, daß jeder Ausbleibende in eine Geldstrafe von Einem Gulden verfällt und wenn wieder nicht die gesetzlich erforderliche Zahl der Wahlberechtigten zur Wahl erscheinen würde, nach §. 58 der Gemeindevahlordnung Stellvertreter für die zu wählenden Gemeinderathsmitglieder ernannt werden.

R. R. (Unterschriften der Wahlcommission.)

Note 7. Wenn in der hierauf anberaumten Tagfahrt wieder nicht so viele Wahlberechtigte abstimmen, daß im Ganzen die gesetzlich vorgeschriebene Zahl die Stimme abgegeben hat, so wird jeder nicht Erschienene in die angedrohte Strafe von Einem Gulden verfällt, die Wahlhandlung für geschlossen erklärt, dieser Schluß mit dem Aufügen bekannt gemacht, daß die Wahlacten von morgen an drei Tage lang zu jedes Wahlberechtigten Einsicht auf dem Gemeindehaus auflegen, hiernächst aber dem Gemeinderath zur Einleitung des Weiteren wegen Ernennung der Stellvertreter nach §. 58 der Gemeindevahlordnung übergeben werden.

Die gesammelten Wahlzettel werden uneröffnet vertilgt.

R. R. (Unterschriften der Wahlcommission.)

Note 8. Wenn dagegen in der anberaumten zweiten Tagfahrt so viele Wahlberechtigte abstimmen, daß im Ganzen die gesetzlich vorgeschriebene Zahl die Stimmen abgegeben hat, so wird nach §. 5 bis Ende des gegenwärtigen Formulars verfahren.

Note 9. Sobald das Gefäß, in welchem die Wahlzettel aufbewahrt sind, zu entriegeln ist, so ist dieser Act mit dem Bemerken, wie die Siegel befunden worden sind, in dem Protokoll anzuführen.

Note 10. Die Note 12 des Formulars Ziffer IV. findet in vorkommendem Falle auch bei Wahlen in den Gemeinderath Anwendung, und wenn in diesem Falle oder weil ein Gewählter die Wahl nach §. 31 Ziff. 1—5 des Gemeindegesetzes aus einem gesetzlichen Grunde ablehnt oder von der Annahme derselben nach §. 31 Ziff. 6 des erwähnten Gesetzes entbunden wird, eine neue Wahl statt findet, so wird solche nach Maßgabe des gegenwärtigen Formulars mit geeigneter Abänderung des Eingangs im §. 1 vorgenommen und beurkundet.

Stück IX.

Formular der

Wahlzettel

zu

Wahlen in den Gemeinderath.

1. Wenn allein eine Erneuerungswahl oder wenn allein eine Ersatzwahl des Gemeinderaths statt findet:

Zu der Stelle eines Gemeinderaths wird in Vorschlag gebracht:

1. der Gemeindegewählter N. N.
2. der Gemeindegewählter N. N.

u. f. w.

N. N. (Tag, Monat und Jahr). Ohne Unterschrift.

2. Wenn eine Erneuerungswahl und eine Ersatzwahl zusammenkommt:

Zu der Stelle eines Gemeinderaths wird in Vorschlag gebracht:

a. für eine sechsjährige Amtsdauer:

1. der Gemeindegewählter N. N.
2. u. f. w.

b. als Ersatzmann für eine dreijährige Amtsdauer:

1. der Gemeindegewählter N. N.
- u. f. w.

N. N. (Tag, Monat und Jahr). Ohne Unterschrift.

Ziffer X.

Formulare für die bei

Bürgermeisterwahlen erforderlichen Bescheinigungen.**A.**

Der Gemeinderath der Gemeinde N. beurfundet hiermit:

1. daß die Liste der zum Bürgermeisteramt wählbaren (und — in Gemeinden, in welchen kein großer Ausschuß besteht — die Liste der wahlberechtigten) Gemeindebürger von ihm geprüft und berichtigt, sodann vierzehn Tage vor der Wahl auf dem Gemeindehause aufgelegt worden, drei Tage lang aufgelegt geblieben und daß dies öffentlich bekannt gemacht worden ist;
2. daß die Einladung zu der auf den (12.) (August) (1851) anberaumten Bürgermeisterwahl vom . . . (Datum) an am Gemeindehaus und am . . . (Schulhause u.) angeschlagen war. (Auch wird die Nummer . . . des hiesigen Tageblatts beigelegt, in welchem die Einladung eingerückt ist).

N. N. den (Datum).

N. N. (Unterschrift des Gemeinderaths).

B.

Der unterzeichnete Ortsdiener bescheinigt hiermit, daß er die Bornahme der morgen den (Datum) stattfindenden Bürgermeisterwahl heute Vormittags durch Ausschellen in der Gemeinde mit dem Anfügen bekannt gemacht hat, daß wenn einem Wahlberechtigten die Einladung nicht zugekommen sein sollte, diese Verkündung als solche anzusehen sei.

N. den (Datum).

N. N. (Unterschrift des Ortsdieners).

Gesehen: N. N. (Unterschrift des Bürgermeisters oder seines Stellvertreters).

C.

Der Unterzeichnete bescheinigt hiermit, daß er die Namen der Wahlberechtigten nach der aufgestellten Liste in deren Versammlung vor Beginn der heutigen Wahlhandlung abgelesen hat, und daß dabei (Zahl) Wahlberechtigte anwesend waren.

N. N. (12.) (August) (1851).

N. N. (Unterschrift des Bürgermeisters oder seines Stellvertreters).

Ziffer XI.

Formular eines

Protokoll

zu

der Wahl eines Bürgermeisters.

Geschehen auf dem Gemeindehause zu N. den (12.) (August) (1851).

Gegenwärtig:

der Amtsvorstand, . . . Amtmann N. N.

Die beiden Urkundspersonen: Gemeindebürger N. N. und N. N.

und der mitunterzeichnete verpflichtete Amtsaktuar N. N. als Protokollführer.

§. 1. Nachdem am . . . (Datum) die Stelle des Bürgermeisters in der Gemeinde N. durch (den Tod, den gesetzlichen Austritt, die Dienstentlassung) des seitherigen Bürgermeisters N. N. erledigt worden ist, so haben wir von Seite des Amtes unter dem . . . (Datum) die Wahlberechtigten zur Vornahme einer neuen Wahl einladen lassen.

§. 2. Diese Einladung, von welcher eine Ausfertigung unter Ziffer I. beiliegt, ist nach dem unter Ziffer II. angeschlossenen Zeugnisse des Gemeinderaths am . . . (Datum) an dem Gemeindehaus so wie an anderen geeigneten öffentlichen Orten angeschlagen (und wie aus der Beilage Ziffer II. a. hervorgeht, in das dahier erscheinende Tagblatt eingerückt) worden.

Ueberdies ist nach den unter Ziffer II. b. bis d. angehefteten bescheinigten Verzeichnissen jeder Wahlberechtigte persönlich zur Wahl eingeladen und es ist nach der Anzeige unter Ziffer II. e. noch gestern Vormittag durch Ausschellen öffentlich bekannt gemacht worden, daß die Wahl heute Vormittags um . . . Uhr beginnen werde.

Nach dem Zeugnisse des Gemeinderaths, Ziffer III., hat derselbe die Liste der zu dem Bürgermeisteramt wählbaren (und in Gemeinden, welche nicht durch einen großen Ausschuss vertreten sind, die Liste der wahlberechtigten) Gemeindebürger geprüft und berichtigt, diese Liste (Listen) auch vierzehn Tage vor der heutigen Tagfahrt zu jedes Gemeindebürgers Einsicht drei Tage lang auf dem Gemeindehaus aufgelegt und die Tage, an welchen die Liste (Listen) aufgelegt war (waren), öffentlich bekannt machen lassen.

§. 3. Daß weitere, unter Ziffer IV. anliegende Zeugniß beurfundet, daß der Bürgermeisteramtsverweser vor Beginn der Wahlhandlung die Liste der Wahlberechtigten vor den Versammelten abgelesen, woraus sich ergeben hat, daß von den . . . (Zahl) Wahlberechtigten . . . (Zahl) mithin die gesetzlich vorgeschriebene Zahl erschienen sind (nicht erschienen sind).

Note 1. Wenn sich die Zahl der Wahlberechtigten nicht nach Erforderniß theilen läßt, so werden 1 oder 2 davon abgezogen.

Note 2. Wenn nicht die gesetzlich vorgeschriebene Zahl von Wahlberechtigten erschienen ist, so wird nach §. 3 beurkundet wie folgt:

Es ist daher

Beschluß.

1. Die nicht erschienenen Wahlberechtigten in die Kosten der Tagfahrt zu verfallen.
2. Eine neue Wahl in der vorgeschriebenen Weise anzuberaumen und dazu die sämmtlichen Wahlberechtigten mit dem Anfügen einzuladen, daß wenn auch alsdann wieder nicht die vorgeschriebene Zahl von Wahlberechtigten erscheint, der Bürgermeister von der Staatsbehörde auf höchstens drei Jahre ernannt werde.

Note 3. Wenn dagegen die vorgeschriebene Zahl von Wahlberechtigten erschienen ist, so wird verfahren und beurkundet wie folgt:

§. 4. Man hat die Wahlberechtigten eintreten lassen, sofort der ganzen Versammlung die Eigenschaften, die ein tüchtiger Bürgermeister im Allgemeinen und insbesondere in Bezug auf die hiesige Gemeinde haben soll, auseinander gesetzt, ihnen auch die Gründe, welche der Wahlbarkeit entgegenstehen, und die Wahl, wenn sie dessenungeachtet auf einen von dem Gesetz für unfähig Erklärten fallen sollte, ungültig machen, nach §. 29 Ziffer 1 bis 3 und 21 des Gemeindegesetzes, auch weiter die Ziffer 4 des §. 29 worin bestimmt ist, in wie fern Einer gewählt werden kann, der das Wirthschaftsgewerbe betreibt, und ferner den Inhalt des §. 50 der Gemeindevahlordnung erklärt und sie endlich aufgefordert, ihre Stimmen nach bestem Wissen und Gewissen abzugeben. Sodann hat man die zwei Urkundspersonen, welche dem Wahlgeschäft anzuwohnen haben, und welche von dem Gemeinderath und Bürgerausschuß aus den Wahlberechtigten, die aber nicht Mitglieder des Gemeinderaths oder kleinen Ausschusses sind, gewählt wurden, nämlich die beiden Gemeindebürger M. M. und N. N. vortreten lassen, sie zur vorschriftsmäßigen Besorgung ihres Geschäfts in Pflichten genommen, und sie eingeladen, an dem Tische Platz zu nehmen.

§. 5. Hierauf hat man die Wahlhandlung für eröffnet erklärt, und jedem Wahlberechtigten einen gedruckten Wahlzettel zustellen lassen, um den Namen des zu Wählenden darin einzutragen, und den ausgefüllten Wahlzettel binnen einer halben Stunde abzugeben, indem nach Verlauf dieser Zeit kein Wahlzettel mehr angenommen werde. Dabei wurden die Wahlberechtigten erinnert, den Vorzuschlagenden deutlich und so zu bezeichnen, daß kein Zweifel entstehen kann, auch den Wahlzettel nicht eher zusammenzulegen und zu verschließen, als bis die Schrift trocken geworden ist, damit dieselbe nicht dadurch undeutlich oder unleserlich werde. Auch hat man die Wahlberechtigten aufgefordert, sich nicht vor Beendigung des Wahlgeschäfts zu entfernen, damit wenn eine zweite Abstimmung stattfinden muß, sogleich zu solcher geschritten werden kann. In dem Gemeindehaus ist die Einrichtung getroffen worden, daß jeder Wahlberechtigte geheim schreiben kann; auch liegt die Liste der wahlberechtigten und der wählbaren Gemeindebürger zur Einsicht der Abstimmenden auf.

§. 6. Nachdem man eine halbe Stunde zugewartet, ließ man die Wahlberechtigten einzeln vortreten, den Namen eines Jeden von dem Protokollführer nach fortlaufenden Nummern in das Protokoll eintragen, sofort seinen Wahlzettel abgeben.

§. 7. Es erschienen und legten ihre Wahlzettel in ein zu diesem Zweck bereit stehendes Gefäß:

1: N. N.

2: N. N.

u. s. w.

Note 4. Wenn zwar die gesetzlich vorgeschriebene Zahl von Wahlberechtigten erschienen ist, aber nicht so viele wirklich abgestimmt haben, so wird verfahren und beurkundet wie folgt:

§. 8. Da Niemand weiter erschienen ist und die zur Abgabe der Wahlzettel festgesetzte Zeit umlaufen war, aber nicht die gesetzlich vorgeschriebene Zahl von Wahlberechtigten abgestimmt hat, so ist

Beschluß.

1. Die Wahlberechtigten, welche nicht abgestimmt haben, in die Kosten der Tagfahrt zu verurtheilen.

2. Eine neue Wahl in der vorgeschriebenen Weise anzuberaumen und dazu die sämtlichen Wahlberechtigten mit dem Anfügen einzuladen, daß wenn auch alsdann wieder nicht die vorgeschriebene Zahl von Wahlberechtigten abstimmt, der Bürgermeister von der Staatsbehörde auf höchstens drei Jahre ernannt werde.

Note 5. Wenn dagegen die vorgeschriebene Zahl von Wahlberechtigten abgestimmt hat, so wird verfahren und beurkundet wie folgt:

§. 8. Da Niemand weiter erschienen und die zur Abgabe der Wahlzettel festgesetzte Zeit umlaufen war, hat man angefangen, einen Wahlzettel nach dem anderen aus dem aufgestellten Gefäß herauszunehmen; jeder Wahlzettel wurde sofort von dem Wahlcommissär eröffnet und dessen Inhalt mit lauter Stimme von ihm vorgelesen, den Urkundspersonen zur Einsicht vorgelegt, von dem Protokollführer in das Protokoll, von dem Gemeindebürger N. N. aber, der mit der Führung der Gegenliste beauftragt worden ist, in solche eingetragen; nicht weniger hat man die Zahl der Stimmen, die auf jeden gefallen sind, durch die andere Urkundsperson, den Gemeindebürger N. N. mit Strichen aufzeichnen lassen. Die Wahlzettel wurden gesammelt.

§. 9. Es erhielten darnach folgende Gemeindebürger Wahlstimmen:

1: N. N.

2: N. N.

3: N. N.

4: leerer Zettel.

5: N. N.

6: N. N.

7: unleserlicher Zettel.

u. s. w.

§. 10. Nachdem die sämtlichen Wahlzettel eröffnet, vorgelesen, und die Namen eingetragen waren, hat man die in das Protokoll eingetragenen mit denen in der Gegenliste, ferner die Aufzeichnung der Stimmengahl, die auf jeden gefallen ist, gegen einander verglichen. Das Ergebnis aller dieser richtig befundenen Aufzeichnungen ist folgendes:

die Zahl der Wahlberechtigten der Gemeinde ist (Zahl); davon haben (Zahl) also die gesetzlich vorgeschriebene Zahl ihre Stimmen abgegeben; die zur Gültigkeit der Wahl erforderliche Stimmengahl beträgt (Zahl).

Note 6. In Gemeinden, in welchen der große Ausschuß wählt, wird gesagt:
die Zahl der anwesenden Wähler ist (Zahl), die absolute Stimmenmehrheit beträgt (Zahl).

Note 7. Wenn sich die Zahl nicht nach Erforderniß theilen läßt, so werden 1 oder 2 davon abgezogen.

Es haben Stimmen erhalten:

1: N. N. . . . Stimmen.

2: N. N. . . . Stimmen.

u. f. w.

ein Zettel war leer, ein anderer unleserlich geschrieben; beide sind im Protokoll angegeschlossen.

§. 11. Hiernach hat N. N. die meisten Stimmen und zwar (Zahl) über die in jedem Fall erforderliche Zahl erhalten.

Man hat hierauf mit dem Gemeinderath und kleinen Ausschuß untersucht, ob gesetzliche Anstände gegen die Wählbarkeit des mit den meisten Stimmen Vorgesetzten vorhanden sind, und da dieß nicht der Fall ist, den Gewählten befragt, ob er die auf ihn gefallene Wahl annehme, worauf derselbe erklärt: u. f. w.

N. N. (Unterschrift des Gewählten.)

Note 8. Wenn zwei mit der gleichen Stimmenmehrheit gewählt werden und es ist der eine davon gesetzlich nicht wählbar, so wird der letztere nicht berücksichtigt und der andere als gewählt betrachtet; wenn dagegen mehrere mit der gleichen Stimmenzahl gewählt werden und alle wählbar sind, so wird wie folgt verfahren und beurkundet:
Hiernach haben N. N. und N. N. die meisten und zwar (Zahl) über die in jedem Fall erforderliche Zahl, beide aber gleiche Stimmen erhalten. Man hat daher dieselben alsbald vorgerufen (oder: für den abwesenden Gemeindegänger N. N. den Gemeindegänger N. N. als Stellvertreter aufgestellt) und von ihnen das Loos ziehen lassen. Dieses hat für den Gemeindegänger N. N. entschieden.

Beschluß.

1. Sämmtliche Wahlzettel — mit Ausnahme der beiden dem Protokoll angehefteten — in Gegenwart des anwesenden Gemeinderaths und kleinen Ausschusses so wie der beiden Urkundspersonen zu vertilgen, was auch sogleich vollzogen wurde.
2. Die Gegenliste und die Stimmenaufzeichnung zu den Acten zu nehmen.
3. Das Protokoll abzuschließen und zu unterzeichnen.
4. Das Wahlergebniß den Wahlberechtigten sofort mit dem Bemerkten zu verkünden, daß die Entschließung hinsichtlich der Staatsbestätigung des Gewählten nachfolgen werde, und daß inzwischen die Wahlacten von morgen an binnen drei Tagen zu jedes Wahlberechtigten Einsicht auf dem Gemeindehaus aufliegen, nach Ablauf dieser Frist aber an das Amt eingesendet werden.
5. Den bisherigen Bürgermeister oder den gesetzlichen Stellvertreter N. N. anzuweisen, den Dienst bis auf weiter erfolgende Entschließung fortzuversetzen.

Unterschriften:

N. N. (Amtsvorstand.)

N. N. u. f. w. Mitglieder des Gemeinderaths.

N. N. N. N. u. f. w. Mitglieder des kleinen Ausschusses.

N. N. N. N. Urkundspersonen.

N. N. Protokollführer.

Note 9. Wenn:

- a. zu der Wahlhandlung zwar die erforderliche Zahl von Wahlberechtigten erschienen ist, aber in der ersten Abstimmung keiner die vorgeschriebene Stimmenzahl in sich vereintigt,
oder
 - b. wenn der mit den meisten Stimmen Vorgeschlagene gesetzlich nicht wählbar ist,
oder
 - c. wenn der Gewählte aus einem im Gesetz (§. 31 Ziffer 1—5 des Gemeindegesetzes) bezeichneten Grunde die Wahl ablehnt —
und in Folge davon vor Aufhebung der Wahlversammlung sogleich zu einer nochmaligen Abstimmung geschritten wird, so wird statt nach §. 11 verfahren und beurkundet, wie folgt:
- zu a. hiernach hat R. R. zwar die meisten Stimmen, aber nicht die gesetzlich vorgeschriebene Stimmenzahl erhalten;
oder
- zu b. hiernach hat R. R. die meisten Stimmen und zwar (Zahl) über die in jedem Fall erforderliche Zahl erhalten.
- Man hat hierauf mit dem Gemeinderath und kleinen Ausschuss untersucht, ob gesetzliche Anstände gegen die Wählbarkeit desselben vorhanden sind. Es hat sich ergeben, daß dieß allerdings der Fall ist, indem zc.
- oder
- zu c. hiernach hat R. R. die meisten Stimmen und zwar (Zahl) über die in jedem Fall erforderliche Zahl erhalten.

Man hat hierauf mit dem Gemeinderath und kleinen Ausschuss untersucht, ob gesetzliche Anstände gegen die Wählbarkeit desselben vorhanden sind, und da dieß nicht der Fall ist, den Gewählten befragt, ob er die auf ihn gefallene Wahl annehme, worauf derselbe erklärt: er habe das . . . Lebensjahr zurückgelegt und müsse bei diesem seinem hohen Alter nach reiflicher Erwägung die auf ihn gefallene Wahl ablehnen.

Der von dem Gewählten angegebene Ablehnungsgrund ist nach der Erklärung des Gemeinderaths und kleinen Ausschusses in Wahrheit vorhanden (und der Gewählte konnte auf erfolgte Aufforderung, dem Vertrauen der Wähler zu entsprechen, zu Annahme der Wahl nicht bewogen werden).

Hierauf ist in allen drei Fällen, so fern die gesetzlich vorgeschriebene Zahl der Wahlberechtigten noch anwesend ist, oder sofort wieder versammelt werden kann, fortzufahren, wie folgt:

Man hat daher unter die noch in der gesetzlich vorgeschriebenen Zahl anwesenden Wahlberechtigten neue Wahlzettel ausgetheilt und sie zur neuerlichen Abstimmung aufgefordert.

Nachdem man eine halbe Stunde zugewartet, ließ man zc. und nun ist wieder fortzufahren wie von §. 8 an bis zu Ende.

Note 10. Wenn dagegen aus irgend einem Grunde eine neue Wahl anberaumt wird, so wird solche nach Maßgabe des gegenwärtigen Formulars, mit geeigneter Abänderung des Eingangs in §. 1 vorgenommen und beurkundet.

Note 11. Nach jeder Bürgermeisterwahl, beziehungsweise nach Bestätigung derselben ist zu untersuchen, ob sich nicht ein Verwandter des Gewählten im Gemeinderath befindet, der nach §. 29 Ziffer 3 des Gemeindegesetzes nicht zugleich mit demselben im Gemeinderath sitzen kann und daher austreten muß.

Ziffer XII.

Formular einer

Beurkundung der Liste (der zum Bürgermeisteramt wählbaren Gemeindebürger) der Gemeinde N.

Der unterzeichnete Gemeinderath hat die voranstehende Liste geprüft, in derselben alle diejenigen, welche nach dem §. 29 des Gemeindegesetzes zum Bürgermeisteramt nicht wählbar sind, gestrichen, und bekrundet hiermit, daß sich in derselben keine Bürger befinden:

1. welche wegen eines Verbrechens zu einer peinlichen Strafe, oder
2. welche innerhalb der letzten fünf Jahre zu einer Arbeitshausstrafe von wenigstens sechs Monaten, oder durch richterliches Erkenntniß zur Dienstentlassung, oder wegen Diebstahls, Unterschlagung, Fälschung oder Betrugs zu irgend einer anderen Strafe verurtheilt worden sind;
3. welchen die Wählbarkeit durch ein anderes Gesetz entzogen ist (namentlich nach §. 66 des Bürgerrechtsgesetzes welche entmündigt oder mundtobt sind);
4. welche im Falle einer Sant nach §. 21 Ziffer 3 des Gemeindegesetzes sind;
5. welche das fünfundzwanzigste Lebensjahr nicht zurückgelegt haben;
6. welche nicht wenigstens ein Jahr in der Gemeinde das Bürgerrecht angetreten haben;
7. welche als Soldaten im wirklichen Dienste stehen.

N. N. den . . . (Datum).

N. N. (Unterschriften des Gemeinderaths).

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Mittwoch den 21. Mai 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsseungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Die Grundrechte des deutschen Volkes betreffend. Erlaubniß zur Annahme eines fremden Ordens. Diensta Nachrichten.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des großh. Staatsministeriums: die Aufhebung des Staatsrathes, insbesondere die Beziehung von Mitgliedern der Gerichtshöfe bei Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten betreffend. Bekanntmachung des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: die Errichtung einer Brief- und Fahrpostexpedition in Uehlingen betreffend. Bekanntmachungen des großh. Justizministeriums: den Strich derjenigen Rechtspraktikanten, welche sich an den hochverräterischen Unternehmungen im Jahr 1849 theilhaftig haben, betreffend; die Einführung der neuen bürgerlichen Prozeßordnung betreffend. Bekanntmachungen des großh. Ministeriums des Innern: die Dienstprüfung der katholischen Geistlichen betreffend; die Eingehung einer Ehe von Staatswegen bei einem vorhandenen anerkannten kirchlichen Hindernisse betreffend; die Staatsgenehmigung einer Schenkung an den Orden der barmherzigen Schwestern betreffend; die Stiftung der verstorbenen Magdalena Scherberger von Emmendingen betreffend; die Staatsgenehmigung der Präsentation des Vikars Wilhelm Maurer von Carlsruhe auf die evangelische Hospitalpfarrei Berthheim und die Pfarrei Baldenhausen betreffend.

Dienstereledigungen. Todesfälle.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsseungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Die Grundrechte des deutschen Volkes betreffend.

**Leopold, von Gottes Gnaden,
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.**

In Erwägung, daß über die Gesetzeskraft der deutschen Grundrechte bei Unseren Staatsbehörden verschiedene Ansichten bestehen, und dadurch eine Bestimmung hierüber geboten ist, — haben Wir nach Anhörung Unseres Staatsministeriums beschlossen und verordnen, wie folgt:

den in Unseren Regierungsblättern Nr. II. und XXIX. vom Jahr 1849 zur Kenntniß gebrachten deutschen Grundrechten ist keine rechtliche Wirksamkeit beizulegen.

Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 5. Mai 1851.

Leopold.

Frhr. Rdt. von Marschall. Stabel.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Erlaubniß zur Annahme fremder Orden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben dem pensionirten Stabsarzt **Boch** die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß gnädigst zu ertheilen geruht, daß demselben von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Hessen verliehene Ritterkreuz des Verdienstordens **Philipp** des Großmüthigen annehmen und tragen zu dürfen;

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich ferner gnädigst bewogen gefunden:

unter dem 5. Mai l. J.

dem Generalmajor von **Rotberg** von der Suite der Reiterei die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zu ertheilen, den demselben von Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich verliehenen Orden zweiter Classe der eisernen Krone annehmen und tragen zu dürfen;

dessgleichen haben Seine Königliche Hoheit der Großherzog

unter dem 10. d. M.

dem Generallieutenant und Gouverneur der Bundesfestung **Rastatt**, von **Gayling**, die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des demselben von Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich verliehenen Ordens erster Classe der eisernen Krone gnädigst zu ertheilen geruht.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden:

unter dem 29. April d. J.

den Oberstlieutenant und Commandanten des Artillerie-Regiments **Ludwig** der demselben provisorisch übertragenen Function eines Commandanten der Bundesfestung **Rastatt**, unter Bezeugung der allerhöchsten Zufriedenheit mit dessen Dienstführung, zu entheben, und den in zeitweisem Ruhestand befindlichen Oberst von **Hinkeldey** unter Reaktivirung und Versetzung in die aktive Suite, zum Commandanten der Bundesfestung **Rastatt** zu ernennen;

unter dem 3. Mai d. J.

den Physikus **Bodenius** in **Salem** auf das Physikat **Neckargemünd** zu versetzen;

unter dem 5. Mai d. J.

den seitherigen großherzogl. Consul **Klingelhöfer** in **Lissabon** auf sein unterthänigstes Ansuchen, unter Bezeugung der höchsten Zufriedenheit mit seinen Dienstleistungen, von der Stelle eines großherzogl. Consuls in **Lissabon** zu entlassen und solche dem königlich hannoverschen Generalconsul **Scholz** daselbst zu übertragen;

unter dem 6. Mai d. J.

den Oberleutnant Friedrich Cassinone vom zweiten Reiter-Regiment auf dessen unterthänigstes Ansuchen aus dem Armee-corps zu entlassen ;

unter dem 10. Mai d. J.

den Amtsrevisor Trefzger in Gengenbach auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen Krankheit in den Ruhestand zu versetzen ;

den Amtsrevisor Donsbach von Triberg nach Rheinbischofsheim, und

den Amtsrevisor Müller von St. Blasien auf das dadurch erledigte Amtsrevisorat Triberg zu versetzen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Aufhebung des Staatsrathes, insbesondere die Beziehung von Mitgliedern der Gerichtshöfe bei Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten betreffend.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden :

den Oberhofgerichtskanzler, Staatsrath Trefurt,

den Hofgerichtspräsidenten Obkircher,

den Hofgerichtspräsidenten Litschgi,

den Oberhofgerichtsvizekanzler Kirn und

den Oberhofgerichtsrath Lauchhard

als diejenigen Mitglieder der Gerichtshöfe zu bezeichnen, welche bei Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten während der gegenwärtigen Landtagsperiode im großh. Staatsministerium beizuziehen sind, was in Bezug auf die höchste Verordnung vom 20. Oktober 1849, Regierungsblatt Nr. LXVIII. hierdurch bekannt gemacht wird.

Carlsruhe, den 10. Mai 1851.

Großherzogliches Staatsministerium.
von Stengel.

Vdt. Schünggart.

Die Errichtung einer großh. Brief- und Fahrpostexpedition in Uehlingen betreffend.

In Gemäßheit höchster Entschliessung aus großherzogl. Staatsministerium vom 14. März d. J., Nr. 544, wird mit dem 1. f. M. Juni in dem Marktflecken Uehlingen eine Brief- und Fahrpostexpedition errichtet, was hierdurch bekannt gemacht wird.

Carlsruhe, den 3. Mai 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Frhr. Müdt.

Vdt. F. v. Dusch.

Den Strich derjenigen Rechtspraktikanten, welche sich an den hochverrätherischen Unternehmungen im Jahre 1849 theilgehabt haben, betreffend.

Folgende Rechtspraktikanten, nämlich:

Johann Baumgärtner von Mundelfingen,
Fidel Bühler von Offenburg,
Alexander Buisson von Freiburg,
Joseph Burg von Waldbkirch,
Heinrich Burkhard von Freiburg,
Ernst Grether von Gischstetten,
Karl Hamma von Ludwigshafen,
Clemens Hungerbieler von Radolphyzell,
Gustav Kärcher von Carlsruhe,
Joseph Keller von Krautheim,
Karl Ludwig Klingel von Heidelberg,
Titus Mader von Kirchhofen,
Karl Osner von Ettenheim,
Franz Rolle von Constanz,
Albert Stigler von Kropfingen, und
Adolph Szuhany von Rastatt

sind auf den Grund der wegen Theilnahme an den hochverrätherischen Unternehmungen im Jahre 1849 gegen sie ergangenen gerichtlichen Urtheile aus der Liste der Rechtspraktikanten gestrichen und damit der durch die Prüfung erlangten Befähigung zur Praxis und Anstellung verlustig erklärt worden.

Carlsruhe, den 8. Mai 1851.

Großherzogliches Justizministerium.

Stabel.

Vdt. Ullmann.

Die Einführung der neuen bürgerlichen Prozeßordnung betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach allerhöchster Entschließung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 12. April l. J., Nr. 762, dem von beiden Kammern der Landstände angenommenen Entwurfe eines Gesetzes zur Abänderung der bürgerlichen Prozeßordnung die allerhöchste landesherrliche Befätigung zu erteilen und die Verkündung dieses Gesetzes durch amtliche Ausgabe einer hiernach abgeänderten bürgerlichen Prozeßordnung mit folgender Einführungsverordnung zu befehlen geruht:

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir nachstehende neue Abfassung der bürgerlichen Prozeßordnung vom 31. Dezember 1831 und des Gesetzes vom 3. August 1837 (Regierungsblatt Nr. XXVII. jenes Jahres) beschlossen und verordnen hiermit unter Verkündung dieses Gesetzes, daß dessen verbindende Kraft mit dem ersten Juli 1851 eintritt.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 12. April 1851.

Leopold.

Stabel.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Dies wird hierdurch mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß die amtliche Ausgabe der bürgerlichen Prozeßordnung im Verlage der Chr. Fr. Müller'schen Hofbuchhandlung dahier erschienen ist.

Karlsruhe, den 13. Mai 1851.

Großherzogliches Justizministerium.

Stabel.

Vdt. v. Göler.

Die Dienstprüfung der katholischen Geistlichen für 1851 betreffend.

Diejenigen Geistlichen, welche sich in Gemäßheit der höchsten Verordnung vom 10. April 1840, Regierungsblatt Nr. X. behufs ihrer definitiven Anstellung der am Montag den 28. Juli d. J. und den folgenden Tagen in Freiburg stattfindenden Concursprüfung unterziehen wollen, haben sich wenigstens sechs Wochen vorher, und zwar bei Vermeidung der Zurückweisung ihrer

Späteren Gesuche, unter Vorlage der erforderlichen Zeugnisse, namentlich über die Zeit ihrer Ordination, ferner über eine wenigstens zweijährige Uebung in der Seelsorge und über ihren sittlichen Wandel bei dem katholischen Oberkirchenrathe zu melden.

Carlsruhe, den 7. Mai 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. v. Freydorf.

Die Eingehung einer Ehe von Staatswegen bei einem vorhandenen anerkannten kirchlichen Hindernisse betreffend.

Zufolge höchster Entschließung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 12. d. M., Nr. 737, wird hiemit bekannt gemacht, daß das provisorische Gesetz vom 6. November 1846, die Eingehung einer Ehe von Staatswegen bei einem vorhandenen anerkannten kirchlichen Hindernisse betreffend (Regierungsblatt Nr. XLVIII.) außer Wirksamkeit getreten sei.

Carlsruhe, den 16. April 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. von Freydorf.

Die Staatsgenehmigung einer Schenkung an den Orden der barmherzigen Schwestern betreffend.

Die Schenkung einer Ungenannten zu Freiburg an den Orden der barmherzigen Schwestern im Betrag von fünfzig Gulden hat durch den katholischen Oberkirchenrath die Staatsgenehmigung erhalten, und wird diese Stiftung hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 28. April 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Die Stiftung der verstorbenen Magdalena Scherberger von Emmendingen betreffend.

Magdalena Scherberger von Emmendingen hat durch letztwillige Verfügung die Summe von 1267 fl. 37 kr. der Gründung eines Fonds gewidmet, aus welchem Lehrgeld für die armen ehelichen Bürgersöhne von Emmendingen bezahlt werden soll.

Diese Stiftung hat die Staatsgenehmigung erhalten und wird zum ehrenden Andenken der Stifterin hiermit bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 3. Mai 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Staatsgenehmigung der Präsentation des Vikars Wilhelm Maurer von Carlsruhe auf die evangelische Hospitalpfarrei Wertheim und die Pfarrei Waldenhausen betreffend.

Das großherzogliche Ministerium des Innern hat
unter dem 12. Mai d. J.

der von der fürstlich Löwensteinischen Gesamtherrschaft erfolgten Präsentation des Vikars Wilhelm Maurer von Carlsruhe auf die evangelische Hospitalpfarrei Wertheim und die Pfarrei Waldenhausen (Dekanats Wertheim) die Staatsgenehmigung ertheilt.

D i e n s t e r l e b i g u n g e n .

Die katholische Pfarrei Mühlhausen, Oberamts Pforzheim, ist mit einem beiläufigen jährlichen Einkommen von 700 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großh. katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Schöllbronn, Oberamts Pforzheim, ist mit einem jährlichen Einkommen von 700 fl., worauf 10 fl. Zehntablösungskosten ruhen, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großherzogl. katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Mauer, Amts Neckargemünd, ist mit einem Einkommen von 600 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Thunfel, Amts Staufien, mit einem Jahreseinkommen von 1600 bis 1700 fl., ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber haben sich sowohl bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe als dem erzbischöflichen Ordinariate binnen sechs Wochen vorschriftsmäßig zu melden.

Das Frühmessbenefizium zu Lauda, Amts Gerlachsheim, mit einem Jahreseinkommen von etwa 600 fl., worauf jedoch außer der Verpflichtung zur Aushülfe in der Seelsorge die Verbindlichkeit ruht, ein 1852 letztmal fälliges Provisorium von jährlich 32 fl. 31 kr. zur Tilgung einer Bauschuld heimzuzahlen, ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich binnen sechs Wochen bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe vorschriftsmäßig zu melden.

Die katholische Pfarrei Neuhausen, Amts Willingen, ist mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 800 fl., worauf die Verbindlichkeit ruht, das Filial Obereßbach binando zu versehen oder einen Vicar zu halten, und eine Zehntablösungskostenschuld im Betrag von 120 fl. mit 4 Prozent zu verzinsen und in noch zu bestimmenden Terminen heimzuzahlen, vorbehaltlich weiterer derartiger Kosten, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großh. katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

Die evangelische Pfarrei Bauschlott, Dekanats Pforzheim, ist mit einem Competenzanschlage von 995 fl. 2 kr. in Erledigung gekommen. Die Bewerber haben sich binnen sechs Wochen nach Vorschrift bei dem großh. evangelischen Oberkirchenrathe zu melden.

Die katholische Pfarrei Scherzen, Amts Waldbhut, ist mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 1200 fl., worauf ein 1853 letztmals fälliges Provisorium von 17 fl. 22 kr. zur Heimzahlung einer Kriegskostenschuld ruht, erledigt worden. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich binnen sechs Wochen bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe vorschriftsmäßig zu melden.

Man sieht sich veranlaßt, das erledigte Nachprädicaturbenefizium zu Pfullendorf mit einem Jahreseinkommen von beiläufig 600 fl. nochmals zur Bewerbung auszuscheiden. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich binnen sechs Wochen bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe vorschriftsmäßig zu melden.

Das Pfyffat Meersburg ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dasselbe haben sich binnen vier Wochen vorschriftsmäßig bei der großh. Sanitätscommission zu melden.

Das Pfyffat Salem ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dasselbe haben sich binnen vierzehn Tagen bei der großh. Sanitätscommission zu melden.

Todesfälle.

Gestorben sind:

- Am 27. Februar 1851: der pensionirte Hofsteinschleifer Walter in Mannheim.
 „ 22. März 1851: der Frühmessbenefiziat Martin Baumann in Lauda.
 „ 29. März 1851: der pensionirte Kanzleirath Einhart in Constanz.
 „ 23. April 1851: der katholische Pfarrer und landesherrliche Dekan Karl Eschbacher zu Altheim, Amts Ueberlingen.
 „ 23. April 1851: der katholische Pfarrer Maurus Ortlieb in Thunfel.
 „ 5. Mai 1851: der pensionirte Kriegskommissär Johann Sexauer in Carlsruhe;
 „ 10. Mai 1851: der großh. Major von der Suite der Reiterei, Altgraf Joseph zu Salm-Reiferscheid-Krauthelm zu Mannheim.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Freitag den 30. Mai 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsse seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Medaillenverleihung. Dienstaufträge.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachungen des großherzoglichen Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: den Eintritt von Hannover in den deutsch-österreichischen Postverein betreffend; das Ergebnis der Prüfung der Postaspiranten betreffend. Bekanntmachung des großherzoglichen Justizministeriums: das Schriftverfassungsrecht des Rechtspraktikanten Joseph Fischer von Donaueschingen betreffend. Bekanntmachungen des großherzoglichen Ministeriums des Innern: die Revision der Medicamententaxe betreffend; die Staatsgenehmigung von Stiftungen im Mittelrheinkreise betreffend; die Gründung eines Schulfonds zu Gutmadingen betreffend; die Aussteuer eines in das weibliche Lehrinstitut zu Baden, in das der Ursulinerinnen zu Freiburg oder in das Lehrinstitut zu Rastatt als künftige Lehrfrau aufzunehmenden mittellosen Mädchens betreffend. Bekanntmachung des großherzoglichen Finanzministeriums: das Ergebnis der letzten Staatsprüfung im Verg- und Pflanzfach betreffend.

Dienstverordnungen. Todesfälle.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsse seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Medaillenverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich
unter dem 20. Mai d. J.

gnädigst bewogen gefunden:

dem Untererheber Schäfer in Bühl, in Anerkennung seiner langjährigen treu geleisteten Dienste, die silberne Civilverdienstmedaille zu verleihen.

Dienstaufträge.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich auf den unterthänigsten Antrag des Kriegsministeriums gnädigst bewogen gefunden

unter dem 10. Mai d. J.

den Hauptmann von Seutter, Mitglied des Kriegsministeriums zum Major,
den Major Ludwig, Commandanten des VI. Infanteriebataillons, und den Major Walz,
Commandanten des VIII. Infanteriebataillons zu Oberstleutenanten,

den Leutenant von Lürchheim im I. Reiterregiment zum Oberleutenant zu befördern;
den Hauptmännern von der Suite Knoll, Ludwig, Stadler, von Horadam und dem Rittmeister von der Suite Ludwig von Selbeneck den Charakter als Major zu ertheilen;

nachstehende Offiziere zu Garnisonscommandanten zu ernennen:

in Carlsruhe: den Commandanten der Reiterei Oberst von Roggenbach;

in Mannheim: den Commandanten der I. Infanteriebrigade Oberst von Röder;

in Freiburg: den Commandanten der II. Infanteriebrigade Oberst Holz;

in Bruchsal: den Commandanten des II. Reiterregiments Oberst Hilpert;

in Rastatt: — bezüglich der besondern Verhältnisse der in dieser Bundesfestung liegenden badischen Truppen, so weit sie nicht das Festungsgouvernement berühren und des nicht dem Bunde gehörenden kriegsärarischen Eigenthums — den Commandanten des VII. Infanteriebataillons und Contingentscommandanten Major von Adelsheim;

in Lörrach: den Commandanten des VIII. Infanteriebataillons Oberstleutenant Walz;

in Constanz: den Commandanten des VI. Infanteriebataillons Oberstleutenant Ludwig;

die Funktionen als Garnisonsverwaltungsbeamte nachstehenden Offizieren der Suite, unter Versetzung in die aktive Suite zu übertragen:

in Carlsruhe: dem Major Knoll;

in Mannheim: dem Major Ludwig;

in Rastatt: dem Hauptmann Eduard von Fischer; und

den Major von Reithaler von der aktiven Suite auf dessen unterthänigstes Ansuchen der Funktion eines Vorstandes des Garnisonsbureaus zu Rastatt, unter Bezeugung der Zufriedenheit mit dessen Dienstführung, zu entheben und in die nicht aktive Suite zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich

unter dem 17. Mai d. J.

allergnädigst bewogen gefunden:

dem Offizialen Franz von Lamezan die ihm bereits provisorisch übertragene Postverwaltung Lahr, unter Ernennung desselben zum Postverwalter definitiv zu verleihen;

die erledigte Offizialenstelle bei dem Postamt Constanz dem bisher mit der provisorischen Führung der Eisenbahnnamtskasse Kehl beauftragt gewesenen Offizialen Carl Eichtenauer zu übertragen;

den Eisenbahnnamtskassier Carl Bretschger zu Haltingen in gleicher Eigenschaft zu dem Eisenbahnnamte Kehl zu versetzen;

den Offizialen Gustav Ziegenfuß in Carlsruhe zum provisorischen Expeditor und Kassier des Post- und Eisenbahnnamts Haltingen zu befördern;

den Postpraktikanten Conrad Böttlin zum Offizialen bei dem Post- und Eisenbahnnamt Carlsruhe zu ernennen;

den Verzicht des Pfarrers Rodt auf die katholische Pfarrei Gerichtstetten zu genehmigen;

die katholische Pfarrei Burbach, Bezirksamts Ettlingen, dem Pfarrer Sebastian Forster in Neckargemünd zu verleihen;

daß erledigte Amtschirurgat Baden dem praktischen Arzte Dr. Wilhelmi daselbst zu übertragen; und

zu beschließen, daß der frühere Hofgerichtsrath Buiffon in Freiburg als aus dem großherzoglichen Staatsdienste ausgetreten anzusehen sei.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich
unter dem 26. Mai d. J.

gnädigst bewogen gefunden:

dem Domänenverwalter Schweigert in Neckargemünd die Domänenverwaltung Durlach zu übertragen und den Domänenverwalter Oberrechnungsrath Lang in Durlach auf die Domänenverwaltung Neckargemünd zu versetzen;

den Professor Dr. Renaud in Gießen zum Professor des deutschen Privatrechts, bürgerlichen Prozesses, badischen Landrechts (code civil) und des Kirchenrechts an der Universität Heidelberg zu ernennen;

die evangelische Pfarrei Mernprechts Hofen, Dekanats Rheinbischofsheim, dem Pfarrer Zandt in Leibenstadt,

die evangelische zweite Pfarrei Bretten dem Vikar Franz Hüffel in Unterbörsheim,

die katholische Pfarrei Steinbach, Bezirksamts Bühl, dem Dekan und Stadtpfarrer Will in Triberg,

die katholische Pfarrei Ottersweier, Bezirksamts Bühl, dem Dekan und Pfarrer Kürzl in Bettmaringen,

die katholische Pfarrei Leimen, Oberamts Heidelberg, dem Pfarrer Thomas in Schefflenz zu übertragen;

der von dem erzbischöflichen Ordinariate geschehenen Ernennung des bisherigen Secretärs Carl Jäger von Freiburg zum Ordinariats-Kanzleidirector und Domcapitelsyndicus die höchstlandesherrliche Bestätigung zu ertheilen;

dem an die Stelle des seitherigen königlich niederländischen Viceconsuls W. A. Travers in Mannheim zum Viceconsul daselbst ernannten A. Hummel das Exequatur für diese Functionen zu ertheilen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Den Eintritt von Hannover in den deutsch-österreichischen Postverein betreffend.

Mit Bezugnahme auf die diesseitige Bekanntmachung vom 26. vorigen Monats, Regierungsblatt Seite 296, wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Anschluß der königlich hannoverschen Postverwaltung an den deutsch-österreichischen Postverein mit dem 1. f. M.

Juni in Vollzug gesetzt werden wird und von diesem Tage an der Postverkehr zwischen Baden und Hannover nach den im Abschnitt I. der Verordnung vom 12. v. M., den Anschluß des Großherzogthums an den deutsch-österreichischen Postverein betreffend — Regierungsblatt Seite 279 und folgende — §§. 4 bis 11 enthaltenen Vorschriften zu behandeln ist.

Carlsruhe, den 20. Mai 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

J. M. v. M.

von Artner.

Vdt. H. v. Dusch.

Das Ergebnis der Prüfung der Postaspiranten betreffend.

Nach erstandener vorschriftsmäßiger Prüfung sind nachgenannte Postaspiranten:

Wilhelm Kratt von Rork,

Ernst Kaiser von Carlsruhe,

Ludwig Holderbach von Grödingen,

Wilhelm Malzacher von Södingen,

Wilhelm Speyerer von Carlsruhe

unter die Zahl der Postpraktikanten aufgenommen worden.

Carlsruhe, den 24. Mai 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Jchr. Müdt.

Vdt. Barbiche.

Das Schriftverfassungsrecht des Rechtspraktikanten Joseph Fischer von Donaueschingen betreffend.

Durch dieseitige Verfügung vom 8. Februar d. J., Nr. 1243, wurde dem Rechtspraktikanten Joseph Fischer von Donaueschingen das Schriftverfassungsrecht in gerichtlichen Angelegenheiten entzogen.

Carlsruhe, den 19. Mai 1851.

Großherzogliches Justizministerium.

Stabl.

Vdt. v. Oler.

Die Revision der Medicamententaxe betreffend.

In Gemäßheit des §. 6 der dieseitigen Verordnung vom 24. Januar 1842 (Regierungsblatt Nr. VI., die neue Medicamententaxe betreffend) wird hiermit das Ergebnis der von großherzog-

Nach Sanitätscommission vorgenommenen und dießseits genehmigten Revision der Medicamententaxe mit dem Bemerkten zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß sich die Apotheker vom Tage der Bekanntmachung an darnach zu richten haben.

Carlsruhe, den 8. Mai 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Aqua chlorata 1 Unze 4 fr. statt 3 fr.

Chloroformium 1 Unze 40 fr. und 1 Drachme 6 fr., statt 1 Unze 1 fl. 20 fr. und 1 Drachme 12 fr.

Collodium 1 Unze 30 fr.

Conium 1 gtt. 6 fr.

Cortex chinæ regiæ 1 Unze 32 fr. statt 24 fr.

„ „ pulv. gross. 1 Unze 36 fr. und 1 Drachme 5 fr. statt 27 fr. und 3 fr.

„ „ pulv. subt. 1 Unze 40 fr. und 1 Drachme 6 fr. statt 32 fr. und 4 fr.

Herba Lobeliæ inflatæ 1 Unze 12 fr.

Herba Menthæ piperitæ 1 Pfund 1 fl., 1 Unze 5 fr. statt 36 fr. und 3 fr.

„ „ concisa 1 Unze 6 fr. statt 4 fr.

Aqua menthæ pip. 1 Pfund 18 fr. 1 Unze 2 fr. statt 9 fr. und 1 Unze 1 fr.

Herba Melissæ 1 Unze 4 fr. statt 3 fr.

„ „ concis. 1 Unze 5 fr. statt 4 fr.

Plumbum tannicum 1 Pfund 3 fl. statt 3 fl. 36 fr.

Radix Ipecacuanhæ 1 Unze 24 fr. statt 14 fr.

„ „ pulv. gross. 1 Unze 28 fr. statt 18 fr. und 1 Drachme 4 fr. statt 3 fr.

„ „ subt. 1 Unze 48 fr. statt 32 fr. und 1 Drachme 6 fr. statt 5 fr.

Radix Jalappæ 1 Unze 18 fr. statt 11 fr.

„ „ pulv. subt. 1 Unze 24 fr. statt 18 fr. und 1 Drachme 4 fr. statt 3 fr.

Resina Jalappæ 1 Drachme 24 fr. statt 20 fr.

Tartarus stibiatus 1 Unze 18 fr. statt 24 fr., 1 Drachme 3 fr. statt 4 fr. und 1 Scrupel 1 fr. statt 2 fr.

Staatsgenehmigung von Stiftungen im Mittelrheinkreise betreffend.

Nachstehende Stiftungen haben von der Regierung des Mittelrheinkreises die Staatsgenehmigung erhalten, und werden hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 15. Mai 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Es haben gestiftet:

Marianna Braun zu Beierthelm in den dortigen Kirchenfond ein Rauchfaß im Anschlag zu 35 fl. und einen blauen Mantel für das Marienbild im Anschlag zu 10 fl.;

ein Ungenannter in den Armenfond zu Urloffen 110 fl.;

Augustin Gatty in Appenweier in den dortigen Armenfond 15 fl.;

Mathäus Rant in Lehengericht und ein Ungenannter in den Waisenfond daselbst 45 fl. ohne Angabe einer näheren Bestimmung;

der Ausschuss für das Denkmal des verstorbenen Gemeinderath Baug hier, in die hiesige Armencasse 100 fl. zur Verwendung der Zinse hieraus zur Anschaffung von Prämien für Schüler und Schülerinnen der zweiten Stadtschule dahier; mit der Bezeichnung „Baug'sche Stiftung“;

Altbürgermeister Bohnert in Bulach in den Armenfond daselbst 15 fl. Schenkung ohne nähere Bestimmung;

Christine Schläger von Willstett in den dortigen Kirchenfond 1000 fl. zur Verwendung der jährlichen Zinse unter würdige Arme;

zu Offenburg in den evangelischen Kirchenfond daselbst

| | |
|--|---------------|
| a. vom königlich preussischen V. Jägerbataillon | 29 fl. 11 fr. |
| b. von einer Schwadron des königl. preussischen III. Husarenregiments 10 „ — „ | |
| c. von einer Protestantin in Gernsbach | 11 „ — „ |
| d. von einer solchen in Straßburg | 84 „ — „ |
| e. von einigen Ungenannten | 12 „ 18 „ |

zusammen . . 146 fl. 29 fr.

ohne Zweckangabe;

ein Ungenannter in den Kirchenfond zu Obersteinburg einen silbernen Pokal, angeschlagen zu 36 fl.;

eine ungenannte Familie in die katholische Kirche zu Lahr ein Velum über das Ciborium im Anschlage zu 33 fl.;

Müllermeister Johann Philipp Böhner zu Brödingen der Kleinkinderbewahranstalt daselbst 50 fl.;

Regierungsrath Ludwig Jacob Hallwachs'sche Reliquien, dem gemeinschaftlichen Heiligenfond zu Kürnbach 300 fl. ohne Angabe des Zwecks;

Caroline Roth von Pforzheim dem Carl-Friedrich-Leopold-Hospital daselbst 50 fl. ohne nähere Bestimmung;

ein Ungenannter in den evangelischen Pfarrhausbau fond in Baden 1000 fl.;

mehrere Einwohner zu Wolsach in den dortigen Kirchenfond zur Anschaffung eines Rauchmantels 104 fl. 31 fr.;

Regina Weller zu Altschweier dem Pfarrfond daselbst zum Ankauf und zur Anlegung eines Friedhofes 214 fl. 3 fr.;

Gertrud Reck, geborne Zbach zu Weitenung, in die dortige Kapelle eine Monstranz, taxirt zu 55 fl.;

mehrere Kirchspielsgenossen zu Oberkirch der Pfarrkirche daselbst ein Marienbild, taxirt zu 150 fl.;

Franz Carl Klopffmüller, Kaufmann zu Oberachern, dem dortigen Armenfond 150 fl.;

Thomas Häuslers Wittwe, geborne Werner zu Achern, in den Armenfond daselbst 50 fl., und

Abbe Franz Fischer zu Offenburg dem dortigen Armenfond 1000 fl.

Die Gründung eines Schulfonds zu Gutmadingen betreffend.

Die Gemeinde Gutmadingen hat von den für die Zutheilung von Almendgütern zu Eigenthum zu leistenden Beiträgen die Summe von 1,760 fl. ausgeschieden und zur Gründung eines Schulfonds bestimmt.

Diese Stiftung hat die Staatsgenehmigung erhalten und wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 20. Mai 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marshall.

Vdt. Behaghel.

Die Aussteuer eines in das weibliche Lehrinstitut zu Baden, in das der Ursulinerinnen zu Freiburg oder in das Lehrinstitut zu Rastatt als künftige Lehrfrau aufzunehmenden mittellosen Mädchens betreffend.

Der zur Aussteuer eines in die gedachten drei Lehrinstitute als künftige Lehrfrau eintretenden mittellosen Mädchens bestimmte vierjährige Stiftungsgenuß von jährlichen 280 fl. (Regierungsblatt vom 10. August 1833, Nr. XXXI.) ist seit dem 20. Februar v. J. erledigt. Diejenigen Mädchen, welche sich um denselben, d. i. um die Aufnahme in eines der gedachten Institute zur Ausbildung und Aufnahme als Lehrerinnen bewerben wollen, haben sich bei dem landesherrlichen Commissär, nämlich dem großherzoglichen Regierungsrathe Barck zu Baden (für Baden und Rastatt) und dem Geheimen Regierungsrathe Mors zu Freiburg unter Vorlage ihrer Geburts-, Fähigkeits-, Sitten- und Vermögenszeugnisse binnen sechs Wochen zu melden.

Carlsruhe, den 21. Mai 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marshall.

Vdt. Behaghel.

Das Ergebnis der letzten Staatsprüfung im Berg- und Hüttenfach betreffend.

Der Berg- und Hütten Candidat Otto Hoffinger von Carlsruhe wurde unterm Heutigen nach ordnungsmäßig erstandener Prüfung unter die Zahl der Berg- und Hüttenpraktikanten aufgenommen.

Carlsruhe, den 17. Mai 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Argenauer.

Vdt. Probst.

Dienstverlebigungen.

Die katholische Stadtpfarrei Wiesloch ist mit einem jährlichen Einkommen von 600 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei großherzoglichem katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Strümpfelbrunn, Amts Eberbach, ist mit einem beiläufigen Jahreserträgniß von 1100 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei großherzoglichem katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

Man sieht sich veranlaßt, die Pfarrei Wies, Dekanats Schoppsheim, nochmals unter Hinweisung auf die frühere Auskündigung zur Bewerbung auszuscheiden. Die Competenten haben sich binnen sechs Wochen beim großherzoglichen evangelischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

Die vereinigten Pfarreien Deutsch- und Welschneureuth, Landdekanats Carlsruhe, sollen wieder getrennt besetzt werden. Der Competenzanschlag Ersterer beträgt 502 fl. 30 kr. und jener der Letzteren, einschließlich einer hinzugekommenen Dotationserhöhung von 100 fl., 580 fl. 28 kr. Die Bewerber um diese Pfarreien haben sich binnen sechs Wochen vorschriftsgemäß bei dem großherzoglichen evangelischen Oberkirchenrath zu melden.

Man sieht sich veranlaßt, die katholische Pfarrei Niedern, Amts Bonndorf, mit einem beiläufigen Jahreserträgniß von 1,400 fl., worauf die Verbindlichkeit ruht, einen Vikar zu halten und mit 100 fl. jährlich zu salariren und in dem Filiale Uehlingen vollständigen pfarrlichen Gottesdienst abzuhalten, wofür diese Gemeinde dem excurrirenden Vikar eine besondere Remuneration von 50 fl. 16 kr. jährlich verabreicht, nochmals zur Bewerbung auszuscheiden. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich bei großherzoglichem katholischen Oberkirchenrath innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

An der höhern Bürgerschule in Baden ist eine mit einem wissenschaftlich gebildeten katholischen Lehrer zu besetzende Lehrstelle für deutsche, lateinische und griechische Sprache und Geschichte mit einem Einkommen von 700 bis 800 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber haben sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse innerhalb sechs Wochen bei dem großherzoglichen Oberstudienrath zu melden.

Todesfälle.

Gestorben sind:

am 4. Mai d. J.: der pensionirte Obergewerbetreibender Bawinkel in Schwellingen;

am 10. Mai d. J.: der pensionirte Physikus Dr. Joseph Ketterer in Eriberg.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Montag den 2. Juni 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsseungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Allerhöchstlandesherrliche Verordnungen: die Portuermäßigung für die im Dienst befindlichen Unteroffiziere und Soldaten betreffend; die Fortdauer des Kriegszustandes betreffend.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsseungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Allerhöchstlandesherrliche Verordnang, die Portuermäßigung für die im Dienst befindlichen Unteroffiziere und Soldaten betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Auf die übereinstimmenden Anträge Unserer Ministerien des Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten so wie des Kriegs haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

Art. 1.

Unsere landesherrliche Verordnung vom 24. April 1834, Regierungsblatt Nr. XX., so wie die Staatsministerialverfügung vom 6. Mai 1848, Regierungsblatt Nr. XXXIV., sind aufgehoben.

Art. 2.

Im Dienst befindliche Unteroffiziere (Oberfeldweibel und Oberwachmeister eingeschlossen) und Soldaten genießen beim Postverkehr innerhalb des Landes nachstehende Portuermäßigungen:

1. Alle unbeschwerten Briefe bis zum Gewicht von 1 Loth Zollgewicht, welche dieselben absenden oder empfangen, sind ohne Unterschied der Entfernung nur der ersten Tarstufe des Briefportotarifs mit drei Kreuzern für den frankirten, beziehungsweise sechs Kreuzern für den unfrankirten Brief unterworfen.
2. Geldbriefe und Geldpakete bis zu zehn Gulden Werth, welche dieselben empfangen, sind, so fern nicht andere Gegenstände beige packt sind, ohne Unterschied der Entfernung, nur dem ersten Progressionsatz des Gewichtsportotarifs mit vier Kreuzern unterworfen.
Ein Werthporto kommt hierbei nicht in Anschlag.
3. Die Erhebung einer Bestellgebühr unterbleibt bei den unter 1 und 2 genannten Gegenständen, welche Unteroffiziere und Soldaten an solchen Orten empfangen, in welchen die Briefträger, beziehungsweise die Postpächter von der Direction der Posten und Eisenbahnen angestellt sind.

In allen anderen Fällen finden die Vorschriften über den Postverkehr im Innern des Großherzogthums unbeschränkt Anwendung.

Art. 3.

Die von Unteroffizieren und Soldaten zur Post aufgegebenen Briefe müssen, wenn der unter Art. 2, Ziffer 1 bestimmte Portosatz Anwendung finden soll, unten auf der linken Seite der Adresse mit dem Wort: „Soldatenbrief“ bezeichnet und auf der Rückseite mit einem besonderen Militärstempel bezeichnet sein.

Solche Briefe werden durch die Oberfeldwebel oder Oberwachmeister dem Adjutanten des betreffenden Truppentheils überbracht, von diesem gestempelt und sofort in einem verschlossenen Paket der Postanstalt zur Beförderung übergeben.

Art. 4.

Die an Unteroffiziere und Soldaten adressirten Briefe und Pakete müssen, wenn die Anwendung der im Art. 2, Ziffer 1 und 2 bezeichneten Portosätze und die Befreiung von der Bestellgebühr eintreten soll, auf der unteren linken Seite der Adresse mit dem Wort „Soldatenbrief“ oder „Soldatensache“ bezeichnet und auf der Rückseite mit dem Gemeindefiegel gestempelt sein.

Die Commando's der betreffenden Truppentheile am Abgabsort haben dieselben täglich auf der Post abholen, an die Adressaten abgeben, und die Erhebung des etwaigen Porto's, so wie dessen Ablieferung an die Post besorgen zu lassen.

Art. 5.

Die betreffenden Militär-, Post- und Gemeindebehörden haben darüber zu wachen, daß die in den Art. 3 und 4 vorgeschriebene Bezeichnung und Stempelung der Briefe und Pakete nicht zu Unterschleifen und Portofraudationen mißbraucht werde.

Art. 6.

Bei entdecktem Mißbrauch wird der Versender neben Entrichtung des vollen tarifmäßigen Porto's in die Strafe des zwanzigfachen Betrags derselben verfällt, welche Strafe bei Militärpersonen in eine angemessene Militärstrafe verwandelt werden kann.

Unsere Ministerien des Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten so wie des Kriegs sind mit dem Vollzug beauftragt.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 26. Mai 1851.

Leopold.

Frhr. Rdt.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Die Fortdauer des Kriegszustandes betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nach Anhörung Unseres Staatsministeriums haben Wir Uns bewogen gefunden, zu bestimmen, daß der Kriegszustand nach Maassgabe des Gesetzes vom 29. Januar d. J. noch fortzubauern hat.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 2. Juni 1851.

Leopold.

A. von Roggenbach. von Marschall. Stabel.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Samstag den 14. Juni 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Provisorisches Gesetz, die Abänderung der Zollsätze für Reis und Baumöl betreffend. Ordensverleihungen. Erlaubniß zur Annahme fremder Orden. Dienstaufsichten.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des großherzoglichen Justizministeriums: die Ernennung von Staatsanwälten betreffend. Bekanntmachung des großherzoglichen Ministeriums des Innern: die Uebersicht des Standes der allgemeinen Schullehrer-Wittven- und Waisenkasse für das Jahr 1850 betreffend.

Dienstentlassungen. Todesfälle.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Provisorisches Gesetz, die Abänderung der Zollsätze für Reis und Baumöl betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

In Folge der unter den Zollvereinsregierungen getroffenen Vereinbarung über Abänderung der Zollsätze für Reis und Baumöl haben Wir nach Anhörung Unseres Staatsministeriums beschlossen und verordnen provisorisch, wie folgt:

Art. 1.

Die Bestimmungen, welche der nach dem Gesetze vom 4. November 1848 zur Zeit noch in Kraft befindliche Zolltarif für die Jahre 1846—1848 über die Ein- und Ausgangszollsätze für Reis und Baumöl in der zweiten Abtheilung des Tarifs, Nr. 25, s. und Nr. 26, Anmerkung 1 enthält, treten mit dem letzten Juli dieses Jahres außer Wirksamkeit.

Art. 2.

An ihre Stelle kommen vom 1. August dieses Jahres an folgende Abgabensätze in Anwendung:
beim Eingange: beim Ausgange:

1. für Reis, und zwar:

| | | | |
|--------------|-------------------------------|--------------|---|
| geschälten | } vom Zentner Brutto-Gewicht. | 1 fl. 45 fr. | — |
| ungeschälten | | 1 fl. 10 fr. | — |

2. für Baumöl in Fässern eingehend, wenn bei der Abfertigung auf den Zentner ein Pfund Terpentinöl zugelegt worden ist

frei 17 1/2 fr.

Art. 3.

Unser Finanzministerium hat für den Vollzug zu sorgen.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 14. Juni 1864.

Leopold.

Regenauer.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Ordensverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben allergnädigst geruht,
unter dem 5. Juni d. J.

dem Freiherrn von Laubenheim, Oberstallmeister Seiner Majestät des Königs von
Württemberg, das Großkreuz, und

dem königlich württembergischen Geheimen Rabinettsdirektor, Kammerherrn Freiherrn von
Maucier, das Commandeurkreuz mit dem Stern des Ordens vom Rähringer Löwen zu verleihen.

Erlaubniß zur Annahme fremder Orden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben
unter dem 7. Juni d. J.

dem Geheimen Rabinettssekretär Hacker die allergnädigste Erlaubniß ertheilt, daß ihm von
Seiner Majestät dem Könige von Württemberg verliehene Ritterkreuz des Ordens der württem-
bergischen Krone anzunehmen und zu tragen.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich allergnädigst bewogen
gefunden

unter dem 30. Mai d. J.

den Oberleutenant Carl Sachs vom X. zum V. Infanteriebataillon zu versetzen und als
Adjutanten zu dem Commando der I. Infanteriebrigade zu befehligen; und den Adjutanten der
II. Infanteriebrigade Oberleutenant Geres vom II. zum X. Infanteriebataillon zu versetzen;

unter dem 2. Juni d. J.

den Geheimen Rath Schaaff, unter Enthebung von seinen Funktionen als General-

kommissär, zum Direktor der Regierung des Oberrheinkreises und zugleich zum Landeskommissär für diesen Kreis zu ernennen;

den Oberamtmann Eichrodt in Durlach zum Stadtdirektor in Heidelberg zu ernennen; sodann zu versetzen:

den Oberamtmann Spangenberg in Neckargemünd nach Durlach als Vorstand des dortigen Oberamts,

den Oberamtmann Leers von Adelsheim als Amtsvorstand nach Neckargemünd,

den Amtmann Lindemann von Hornberg als Amtsvorstand nach Adelsheim,

den Amtsassessor Ludwig Sachs in Mannheim, unter Ernennung zum Amtmann, nach Hornberg,

den Amtsassessor Hufschmidt von Sinsheim zu dem Stadtamte Mannheim, und

den Amtsassessor von Ungern-Sternberg von Stockach zu dem Bezirksamte Wertheim; endlich zu ernennen:

den Rechtspraktikanten Eduard Montfort in Oberkirch zum Amtsassessor in Donaueschingen, und

den Rechtspraktikanten Maximilian Nork in Engen zum Amtsassessor in Stockach;

den Pfarrer Allmang in Dossenheim auf die evangelische Pfarrei Heddesheim,

den Pfarrer Kochenburger in Heddesheim auf die evangelische Pfarrei Alsbach, und

den Pfarrer Wolf in Weinheim auf die evangelische Pfarrei Dossenheim zu versetzen;

den Vikar Heinrich Zeuner in Emmendingen zum Diaconus und Lehrer der höheren Bürgerschule daselbst zu ernennen;

die katholische Pfarrei Raithauslach, Amts Stockach, dem Pfarrer Marquard Reiner zu Tübingen,

die katholische Pfarrei Gutmadingen, Amts Donaueschingen, dem Pfarrer Michael Wehrle zu Dettingen,

die katholische Pfarrei Lauf, Amts Bühl, dem Pfarrverweser Singer in Riegel,

die katholische Pfarrei Carlsdorf, Oberamts Bruchsal, dem Pfarrverweser Albin Bartholme in Dielheim, und

die katholische Pfarrei Krautheim dem Dekan und Pfarrer Peter Joseph Albert in Zimmern zu übertragen; endlich

die Errichtung einer städtischen Bezirksforstrei Bretten aus den Waldungen dieser Stadtgemeinde zu genehmigen und den Forstpraktikanten August Roth von Lohrbach als Bezirksförster für diese Stelle zu bestätigen; ferner

unter dem 7. Juni d. J.

den bisherigen Geheimen Kabinetsexpeditior Adolph Hafer zum großherzoglichen Geheimen Kabinetsssekretär zu ernennen;

dem bisherigen Revidenten Friedrich Zeller die Stelle eines Revisors bei dem Controlbureau der großherzoglichen Direktion der Posten und Eisenbahnen zu übertragen;

die evangelische Pfarrei Eimeldingen, Dekanats Lörrach, dem Pfarrer Schäfer in Gallenweiler,

das erledigte Amtschirurgat Staufen dem praktischen Arzte Carl Friedrich Lederle daselbst,
das Amtschirurgat Schönau bei Heidelberg dem praktischen Arzte, Wund- und Gebärzt
Anton Staiger in Bruchsal, und
die zweite Lehrstelle an der höheren Bürgerschule zu Weinheim dem Vikar Julius Röther
daselbst zu übertragen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Ernennung von Staatsanwälten betreffend.

Nach höchster Entschliehung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 26. v. M., Nr. 969,
wurde die Vertretung der Staatsbehörde bei dem Oberhofgericht dem Oberhofgerichtsrath Bohm,
bei dem Hofgericht des Oberrheinkreises dem Hofgerichtsassessor Bachelin provisorisch verliehen.

Mit der aushilfsweisen Vertretung der Staatsbehörde, neben den schon ernannten Vertretern,
wurden beauftragt:

bei dem Hofgericht des Seekreises, Hofgerichtsassessor Dr. Buchelt;
" " " " Oberrheinkreises, Hofgerichtsassessor von Freydorf und Hofge-
richtsadvokat von Wänker;
" " " " Mittelrheinkreises, Hofgerichtsadvokat Kufel;
" " " " Unterrheinkreises, Hofgerichtsassessor von Hillern;
" " Oberhofgericht, der Staatsanwalt am Hofgericht des Unterrheinkreises, Hofgerichts-
rath von Seyfried und dessen Stellvertreter.

Carlsruhe, den 6. Juni 1851.

Großherzogliches Justizministerium.
Stabel.

Vdt. Ullmann.

Die Uebersicht des Standes der allgemeinen Schullehrer-Wittwen- und Waisenkasse für das Jahr 1850 betr.

Die auf den Grund der Rechnungen vom 1. Januar bis mit 31. Dezember 1850 gefertigte
Uebersicht des Standes der allgemeinen Schullehrer-Wittwen- und Waisenkasse wird in der Anlage
zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 6. Juni 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. von Freydorf.

Summarische Uebersicht

der Einnahmen und Ausgaben, so wie des Vermögens- und Personalstandes des allgemeinen
Schullehrer-Wittwen- und Waisenfonds vom Jahr 1850.

| Rubrik. | Betrag. | |
|---|---------|-----|
| | fl. | fr. |
| A. Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben. | | |
| Einnahmen. | | |
| 1. Jahresbeiträge der Mitglieder | 9,606 | 53 |
| 2. Aufnahme- und Verbesserungsstaren | 2,229 | 27 |
| 3. Güterbestandzinse | 238 | 45 |
| 4. Kapitalzinse | 10,407 | 2 |
| 5. Staatszuschuß | 8,330 | 9 |
| 6. Beiträge von Orts- und Bezirksstiftungen | — | — |
| 7. Sonstige Einnahmen | 54 | 4 |
| Summe | 30,866 | 20 |
| Ausgaben. | | |
| 1. Wittwengehälte | 21,342 | 3 |
| 2. Erziehungsbeiträge | 3,421 | 17 |
| 3. Nahrungsgehälte | 1,063 | 21 |
| 4. Staats- und Gemeindeabgaben | 44 | 33 |
| 5. Nachlaß und Verlust an Gefällen | 455 | 48 |
| 6. Gehälte der Kreisverrechner | 1,488 | — |
| 7. Gebühren der Bezirksverheber | 397 | 42 |
| 8. Bureaukosten der Kreisverrechnungen | 141 | 36 |
| 9. Revisionskostenbeiträge | 430 | 8 |
| 10. Sonstige Ausgaben | 324 | 36 |
| Summe | 29,109 | 4 |
| Abschluß. | | |
| Die Einnahmen betragen | 30,866 | 20 |
| Die Ausgaben betragen | 29,109 | 4 |
| Ueberschuß | 1,757 | 16 |

| Rubrik. | | Betrag. | |
|---------|--|---------|-----|
| | | fl. | fr. |
| | B. Darstellung des Vermögensstandes. | | |
| | Rentirendes Vermögen. | | |
| 1. | Liegenschaften | 720 | 15 |
| 2. | Activkapitalien | 228,446 | 23 |
| | Nicht rentirendes Vermögen. | | |
| 3. | Fahrnisse | 184 | 26 |
| 4. | Gefällrückstände | 9,044 | — |
| 5. | Vorschüsse | 293 | 52 |
| 6. | Kassenvorrath | 8,358 | 36 |
| | zusammen | 247,047 | 32 |
| | Hievon sind abzuziehen | | |
| | Schulden. | | |
| | Ausgabreste | 649 | 11 |
| | Rest reines Vermögen auf 31. Dezember 1850 | 246,398 | 21 |
| | am 31. Dezember 1849 betrug dasselbe | 244,663 | 57 |
| | mithin hat sich solches im Jahr 1850 vermehrt um | 1,734 | 24 |
| | Diese Vermehrung ist entstanden durch den Einnahmsüberschuß von mit Zurechnung: | 1,757 | 16 |
| | a. des Werthes der im Laufe des Jahres Statt gehabten Vermehrung des Inventars von | 7 | 16 |
| | b. eines Abgangspostens an den Ausgabresten früherer Jahre von | 22 | 52 |
| | mit Abrechnung dagegen eines Verlustes am Grundstock von | 1,787 | 24 |
| | Rest wieder | 53 | — |
| | | 1,734 | 24 |
| | Unter obigem Vermögen ist begriffen: | | |
| | a. das eingeworfene Vermögen der ehemaligen evangelischen Schullehrer-Wittwenfisci-Fonds mit | 46,241 | 17 |
| | b. das Vermögen des früheren katholischen althadischen Schullehrer-Wittwenfisci-Fonds mit | 44,134 | 53 |
| | zusammen | 90,376 | 10 |

| | | Zahl. |
|---|------------------|-------|
| C. Darstellung des Personalstandes am 31. Dezember 1850. | | |
| 1. Beitragspflichtige Mitglieder | | 2,189 |
| Stand am 31. Dezember 1849 | | 2,202 |
| | Verminderung . . | 13 |
| 2. Bezugsberechtigte Wittwen | | 442 |
| Stand am 31. Dezember 1849 | | 415 |
| | Vermehrung . . | 27 |
| 3. Zum Erziehungsbeitrage berechnigte Kinder | | 367 |
| Stand am 31. Dezember 1849 | | 336 |
| | Vermehrung . . | 31 |
| 4. Zum Nahrungsgehalte berechnigte Kinder | | 71 |
| Stand am 31. Dezember 1849 | | 74 |
| | Verminderung . . | 3 |
| Carlsruhe, den 22. April 1851. | | |

Dienst erledigungen

Die katholische Pfarrei Hardheim, Amts Walldürn, ist mit einem beiläufigen Jahresertragniß von 2,000 fl. in Erledigung gekommen. Auf demselben ruht jedoch die Verbindlichkeit, zwei Vikare zu halten und etwa 1,200 fl. Gültprozeß- und Zehntablösungskosten in noch zu bestimmenden Terminen heimzubezahlen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

Durch das Ableben des Stadtpfarrers Waldbart ist die katholische Stadtpfarrei Pfullendorf mit einem beiläufigen Jahresertragniß von 2,200 fl., worauf jedoch die Verbindlichkeit ruht, einen Vikar zu halten und 183 fl. 45 fr. Zehntablösungskosten in noch zu bestimmenden Terminen abzutragen, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

Man sieht sich veranlaßt die katholische Pfarrei Horn, Amts Radolphyzell, mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 700 fl. wiederholt zur Bewerbung auszuscheiden. Die Competenten um diese Pfründe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrathe vorschriftsmäßig zu melden.

Man sieht sich veranlaßt, die neu errichtete katholische Pfarrei Engelwies, Amts Mespelbrunn, mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 600 fl. nochmals zur Bewerbung auszuscheiden. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe binnen sechs Wochen vorschriftsmäßig zu melden.

Todesfälle.

Gestorben sind:

- am 21. Februar d. J.: der pensionirte Physikus Dr. Meißner in Engen;
 - am 17. März d. J.: der pensionirte Oberrechnungsrath Schreiber in Freiburg;
 - am 20. April d. J.: der pensionirte katholische Pfarrer Joseph Schmidt in Freiburg; und
 - am 25. Mai d. J.: der pensionirte Revisionsadjunct Gerster in Freiburg.
-

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Samstag den 28. Juni 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Diensta Nachrichten.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachungen des großherzoglichen Justizministeriums: die Zustellung gerichtlicher Verfügungen an l. l. österreichische Behörden und Unterthanen betreffend; die Namensänderung des Rechtspraktikanten Fridolin Hasenfratz in Donaueschingen betreffend. Bekanntmachungen des großh. Ministeriums des Innern: die Stiftung des verstorbenen Pfarrers Alexander Haslach zu Langenrain betreffend; die Edtel Levis'sche Adoptionsstiftung betreffend; die Ertheilung eines Patents an den Maschinenfabrikanten Karl Reß zu Heidelberg betreffend; die Stiftung eines Armen- und Krankenfonds in Eberbach betreffend; die Stiftung der Ehefrau des Pfarrers Köster zu Schatthausen betreffend; die Stiftung der Maria Bromberger von Unterweisknecht betreffend. Verordnung, die polizeilichen Maassregeln gegen die Verbreitung der Krätze nebst Belehrung. Bekanntmachungen des großh. Finanzministeriums: die Serienziehung für die zweite vierjährige Gewinnziehung des Anlehens zu 14 Millionen Gulden vom Jahr 1845 betreffend; den Zinsfuß für Darlehen der Judenthumsrentenklasse betreffend.

Dienstereignisse. Todesfälle.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Dienst n a c h r i c h t e n.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden:

unter dem 30. Mai d. J.

den dem Kriegsministerium zur Dienstleistung zugetheilten charakterisirten Hauptmann Leopold von Neubronn, zum etatmäßigen Hauptmann bei der Zeughausdirection zu befördern, demselben — unter Beibehaltung der Uniform der Artillerie — das Commando der Zeughaushandwerker-Compagnie zu übertragen, und den bisherigen Commandanten der Zeughaushandwerker-Compagnie, Oberlieutenant Rückert, in das Artillerie-Regiment einzutheilen;

unter dem 12. Juni d. J.

den im zeitweisen Ruhestand befindlichen Hauptmann von Molitor aus dem Armeecorps zu entlassen; ferner

unter dem 14. Juni d. J.

den früheren Militär-Oberarzt und seitherigen Assistenz- und Badearzt Nebelius in Langenbrücken auf dessen unterthänigstes Ansuchen in den Militärverband wieder aufzunehmen und als Oberarzt dem 8. Infanterie-Bataillon zuzutheilen, und

den Hauptmann Kreuzbauer aus der Suite des Armee-corps zu entlassen;

unter dem 14. Juni d. J.

die katholische Pfarrei Kappelrodt, Amts Achern, dem landesherrlichen und erzbischöflichen Dekan, Pfarrer Dr. Bönschein in Mallsch, und

die evangelische Pfarrei Kirchen, Dekanats Brrach, dem Pfarrer Sch in Mönchweiler zu übertragen;

das Vorrücken des zweiten Kaplans Keller zu Waldkirch auf das erledigte erste Kaplanen-benefizium daselbst zu genehmigen, und das zweite Kaplanenbenefizium Waldkirch dem Kuraten Felixian Flegauf in Bürgeln zu verleihen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Zustellung gerichtlicher Verfügungen an k. k. österreichische Behörden und Unterthanen betreffend.

Zufolge einer zwischen der großherzoglich badischen und der k. k. österreichischen Regierung getroffenen Uebereinkunft wird den großherzoglichen Gerichtsbehörden der unmittelbare Schriftenwechsel mit den Behörden gleichen oder höheren Ranges in den neu organisirten Kronländern des österreichischen Kaiserreichs gestattet.

Die neu organisirten Kronländer sind bis jetzt: Oesterreich unter und ober der Enns, Salzburg, Böhmen, Mähren, Schlesien, Tyrol und Vorarlberg, Steiermark, Kärnthen, Krain, Görz mit Gradiska, Istrien und Triest.

Was den Verkehr mit den Behörden derjenigen k. k. österreichischen Kronländer betrifft, in welchen die neue Justizorganisation noch nicht vollständig durchgeführt ist, so wird den diesseitigen Gerichten frei gestellt, ihren Schriftenwechsel mit jenen Behörden unmittelbar oder durch diplomatische Vermittelung zu führen.

Carlsruhe, den 5. Juni 1851.

Großherzogliches Justizministerium.

Stabel.

Vdt. Ullmann.

Die Namensänderung des Rechtspraktikanten Fridolin Hasenfranz in Donaueschingen betreffend.

Rechtspraktikant Fridolin Hasenfranz von Donaueschingen hat gebeten, seinen Familiennamen in den Namen „Harden“ umändern zu dürfen. Dieß wird unter Bezug auf die Verordnung vom 18. Januar 1838, Regierungsblatt Nr. V. mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß Diejenigen, welche gegen die Ertheilung der erbetenen Erlaubniß Einsprache machen wollen, solche

Innerhalb drei Monaten
bei dem unterzeichneten Ministerium auszuführen haben, widrigenfalls der Bitte statt gegeben
wird.

Carlsruhe, den 17. Juni 1851.

Großherzogliches Justizministerium.

Stabel.

Vdt. v. Öbler.

Die Stiftungen des verstorbenen Pfarrers Alexander Haslach zu Langenrain betreffend.

Der verstorbene Pfarrer Alexander Haslach zu Langenrain hat dieser Gemeinde den Betrag von 6,000 fl. unter der Bedingung gestiftet, daß die Zinsen hiervon mit 300 fl. zu zwei Stipendien für solche Knaben oder Jünglinge aus der Pfarrgemeinde Langenrain mit Einschluß von Freudenthal, und wenn keine aus dieser Pfarrgemeinde vorhanden sind, aus der seßigen Grundherrschaft Bodmann zu Bodmann, verwendet werden sollen, welche sich dem katholischen Priesterstande widmen wollen, und auf Lyceen, Gymnasien oder bei einzelnen Lehrhern und auf der Universität bis zur Priesterweihe sich befinden.

Diese Stiftung hat die höchste Genehmigung erhalten und wird hierdurch zum ehrenden Andenken des Stifters zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 30. Mai 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Die Sedel Lewis'sche Mädchenstiftung betreffend.

Der im Jahr 1832 verstorbene Handelsmann Sedel Lewis dahier hat den Betrag von 3,000 fl. mit der Bedingung gestiftet, daß die Zinsen hieraus zur Aussteuer seiner weiblichen Nachkommen verwendet werden. Dieser Stiftung haben die Erben des S. Lewis den Betrag von 500 fl., deren Zinsen nach Bestreitung der Verwaltungskosten für die ganze Stiftung jährlich zur Unterstützung des ältesten Ortsarmen israelitischer Confession verwendet werden sollen, beigelegt.

Diese Stiftungen haben unter dem Namen der „Sedel Lewis'schen Mädchenstiftung“ die Staatsgenehmigung erhalten, und werden hierdurch bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 5. Juni 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

von Marschall.

Vdt. Sachs.

Die Ertheilung eines Patents an den Maschinenfabrikanten Karl Mez in Heidelberg betreffend.

Dem Maschinenfabrikanten Karl Mez zu Heidelberg wird auf sein Ansuchen ein Patent für den von ihm erfundenen Apparat, um Baumwolle auf kaltem Wege zum Färben und Bleichen vorzubereiten, auf zehn Jahre hiermit ertheilt, unter Vorbehalt der Rechte Dritter, welche die Priorität der Erfindung nachzuweisen vermögen oder letztere künftig verbessern werden, und unter Festsetzung einer Strafe von Einhundert fünfzig Gulden nebst Confiskation des nachgefertigten Gegenstandes auf den Fall der Verletzung des Privilegiums.

Carlsruhe, den 6. Juni 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Die Stiftung eines Armen- und Krankenfonds in Eberbach betreffend.

Zur Gründung eines Armen- und Krankenfonds in Eberbach haben verschiedene Ungenannte die Beträge von 50 fl., 136 fl. 43 fr. und 7 fl. 30 fr., zusammen 194 fl. 13 fr. gestiftet.

Diese Stiftung hat die Staatsgenehmigung erhalten und wird hierdurch bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 10. Juni 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Die Stiftung der Ehefrau des Pfarrers Köster zu Schatthausen betreffend.

Die verstorbene Ehefrau des Pfarrers Köster zu Schatthausen hat in ihrem letzten Willen dem Lyceum zu Heidelberg den Betrag von 1,000 fl. mit der Bestimmung vermacht, daß die Zinsen hieraus jährlich an zwei Schüler aus der genannten Anstalt in der vierten und fünften Classe derselben, welche sich durch Fleiß und gute Aufführung auszeichnen, vertheilt werden sollen.

Diese Stiftung hat die Staatsgenehmigung erhalten und wird zum ehrenden Andenken der Stifterin hierdurch bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 10. Juni 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Die Stiftung der Maria Bromberger von Unterwiesnegg betreffend.

Maria Bromberger von Unterwiesnegg hat dem Orden der barmherzigen Schwestern ein Legat von Einhundert Gulden vermacht. Diese Stiftung hat durch den großh. katholischen Okerkirchenrath die Staatsgenehmigung erhalten und wird zur Ehre der Geschenkgeberin hiemit bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 21. Juni 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Buiffon.

Die polizeilichen Maßregeln gegen die Verbreitung der Krätze betreffend.

Die Krätze hat in mehreren Gegenden des Landes wieder eine sehr große Verbreitung gewonnen.

Da diese eckelhafte und lästige Krankheit nicht allein in ihren Folgen häufig gefährlich, sondern auch im höchsten Grade ansteckend ist, so erscheint aus Rücksicht für die Kranken nicht minder, als zum Schutz der mit der Ansteckung Bedrohten, das Einschreiten und die Vorsorge der Behörden fortwährend nothwendig.

Man hat deshalb auf den Vortrag der großherzoglichen Sanitätscommission die angehängte Belehrung erlassen, damit Jedermann das Uebel und seine Folgen kennen lerne, und sich um so mehr aufgefordert fühle, sich vor Ansteckung zu bewahren, wenn er aber von der Krankheit befallen wird, alsbald ärztliche Hülfe nachzusuchen, und hat die bestehenden Verordnungen mit Rücksicht auf die Ergebnisse neuerer Erfahrungen einer Uebersarbeitung unterworfen.

Es wird hiernach, unter Aufhebung der älteren Bestimmungen, verordnet, wie folgt:

§. 1.

Jeder Krätzfranke, der nicht darthun kann, daß und wie in genügender Weise für seine Heilung gesorgt wird, ist in das nächstgelegene Spital oder in die hiezu eingerichtete Anstalt zu verbringen und daselbst bis zu seiner vollständigen Herstellung zu verpflegen und ärztlich zu behandeln.

§. 2.

Zu diesem Behufe sind in jedem Spital je nach Bedürfniß ein oder mehrere Zimmer ausschließlich für Krätzfranke zu bestimmen, und ist in denselbigen Amtsbezirken, in welchen sich kein Spital befindet, am Amtssitze, oder an einem anderen passenden Orte, mindestens ein Zimmer mit 2 bis 3 Betten und den nöthigen Erfordernissen zur Aufnahme von Krätzfranken herzurichten und zugleich Vorsorge zu treffen, daß darin eine spitalähnliche Verpflegung stattfinden kann.

§. 3.

Hinsichtlich der Kosten ist, wenn der Verpflegte dieselben nicht selbst zu bestreiten vermag, die Verordnung vom 16. Februar 1838, Regierungsblatt Seite 86 ff. maßgebend, doch bedarf es einer vorgängigen Benachrichtigung der Heimathsbehörde nicht.

§. 4.

Es darf keinem Handwerksgehilfen ein Wanderbuch, keinem herumziehenden Krämer oder Gewerbsmann ein Patent oder ein Paß ausgestellt, oder erneuert, oder nach Ablauf von vier Wochen von der letzten Untersuchung an visirt, keinem Diensthoten die Erlaubniß zum Eintritt in den Dienst ertheilt, kein in Arbeit Tretender eingeschrieben werden, bevor durch ärztliche Untersuchung seine Hautreinheit dargethan ist.

Die aus dem Ausland kommenden Gewerbsgehilfen, Diensthoten u. sind bei ihrem Eintritt in das Land vor Visirung des Reise- oder Heimathsausweises auf Krätze zu untersuchen.

§. 5.

Die ärztliche Untersuchung geschieht von Amtswegen durch den Amtschirurgen, welcher sich zu diesem Zweck jeden Vormittag zu einer mit dem Amtsvorstande zu verabredenden Stunde auf dem Paßbureau des Amtes einzufinden hat, in so fern nicht vorgezogen wird, die zu Untersuchenden in seine Wohnung zu weisen. Ueber das Ergebniß der Untersuchung hat er ein schriftliches Zeugniß auszustellen.

Einer besonderen Untersuchung durch den Amtschirurgen bedarf es jedoch bei dem nicht, welcher ein vor Kurzem ausgestelltes Zeugniß eines inländischen lizenzierten Arztes oder Wundarztes, daß er nach genauer Befichtigung kräftig befunden worden ist, beibringt.

§. 6.

Wird der Untersuchte kräftig befunden, so ist dies in dem Wanderbuch, dem Paß, dem Heimathsschein, oder dem Dienstbuch kurz zu bemerken. Die schriftlichen Zeugnisse sind von der Polizeibehörde aufzubewahren. Ist derselbe kräftig, so wird nach der Bestimmung in §. 1 für seine Heilung gesorgt, und wenn er vollständig geheilt ist, hierüber eine Bescheinigung in die Reise- oder Heimathsurkunde von dem behandelnden Arzte oder Wundarzte eingetragen.

Ausländer, welche bei ihrem Eintritt in das Land kräftig befunden werden, sind sofort über die Grenze zurückzuweisen, so fern sie nicht aus einem Staate kommen, oder Angehörige eines Staates sind, mit welchem durch besonderen Vertrag ein anderes Verfahren vereinbart ist. Nach den zur Zeit bestehenden Staatsverträgen dürfen kräftige Handwerksbursche, welche Staatsangehörige des Königreichs Bayern oder des Großherzogthums Hessen sind, nicht über die Grenze gewiesen werden, und dürfen Handwerksgehilfen und herumziehende Gewerbsleute, welche Staatsangehörige des Königreichs Württemberg sind, oder aus Württemberg in das Land gekommen sind, nur dann zurückgewiesen werden, wenn ihr Wanderbuch noch kein Visa einer badischen Polizeibehörde erhalten hat und wenn sie ihre Heimath noch an dem nämlichen Tage erreichen können, d. h. nicht weiter als acht Stunden davon entfernt sind.

§. 7.

Der Inhaber oder Aufseher einer Fabrik, der Handwerker oder Arbeitgeber und der Dienstherr sind verbunden, bei jedem Arbeiter, Gehilfen oder Dienstboten, vor dessen Aufnahme sich zu verlässigen, daß derselbe nach ärztlicher Untersuchung kräftig befunden worden ist.

Sie haben ferner, sobald sie bei einem ihrer Arbeiter, Gehilfen oder Dienstboten Spuren von einem Ausschlag wahrnehmen, wie er in der angehängten Belehrung beschrieben ist, sogleich die Einleitung zu treffen, daß eine ärztliche Untersuchung stattfindet und der kräftig Befundene ärztlich behandelt oder in ein Spital verbracht wird.

Der Zuwiderhandelnde verfällt in eine Strafe bis zu 1 fl. 30 kr. und hat eintretenden Falles die Kosten der Heilung zu tragen.

§. 8.

In den Schulen haben die Lehrer darauf zu achten, daß Kinder, bei welchen ein Hautaus-

Schlag wahrgenommen wird, wie er in der angehängten Belehrung beschrieben ist, sogleich aus der Schule entfernt und ärztlicher Behandlung übergeben werden.

Sie haben zu dem Ende nebst den Eltern oder Vormündern, sogleich den Bürgermeister von der Krankheit zu benachrichtigen und das Kind nicht wieder in der Schule zuzulassen, bis es durch ärztliches Zeugniß seine vollständige Wiederherstellung darthut.

Der Bürgermeister hat auf die Anzeige des Schullehrers dafür Sorge zu tragen, daß das Kind in ärztliche Behandlung genommen wird.

§. 9.

Die Besitzer von Herbergen und Schlafstätten für Handwerksgehilfen und Arbeiter sollen die Stuben und Betten stets in reinlichem Zustande erhalten.

Nehmen sie bei einem ihrer Gäste die Kröpfkrankheit wahr, so haben sie alsbald Anzeige zu machen, damit die schützenden Maßregeln gegen deren Weiterverbreitung ergriffen werden können.

Der Zuwiderhandelnde verfällt in eine Geldstrafe von 1 fl. 30 kr. bis 5 fl. und es ist erforderlichen Falles nach §. 23 der Wirthschaftsordnung gegen denselben einzuschreiten.

§. 10.

Die Polizeibehörden und Physikate haben darüber zu wachen, daß die Bestimmungen dieser Verordnung streng eingehalten werden und sie haben von Zeit zu Zeit eine Visitation in Fabriken, Schulen, Herbergen und Schlafstätten für Handwerksgehilfen und Arbeiter vornehmen zu lassen.

Eine ärztliche Untersuchung der sämmtlichen Besucher solcher Anstalten hat alsbald stattzufinden, wenn ein Kröpfcase zur Anzeige kommt, und es ist in diesem Falle dafür zu sorgen, daß das Bett und Weißzeug der Kröpfkranken gehörig gereinigt wird.

Die Vornahme solcher Untersuchungen und Visitationen gehört zu der besonderen Dienstobliegenheit der Amtschirurgen und es hat dieselbe bei gelegentlicher Anwesenheit an dem Orte oder auf besonderen Auftrag zu geschehen.

Es kann jedoch auch ein an dem Orte wohnender Arzt, Wundarzt oder Wundarzneidiener damit beauftragt werden.

Carlsruhe, den 12. Juni 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Duiffon.

Belehrung über die Kennzeichen, Ursachen, Verwahrungsmittel und Heilung der Kröpfe.

§. 1.

Die Kröpfe ist ein ansteckender, fieberloser, meist sehr langsam verlaufender Hautausschlag, der den Menschen zu wiederholten Malen befallen kann, und insbesondere unter den niederen Volksklassen sehr häufig vorzukommen pflegt. Sie beginnt mit einem mehr oder weniger heftigen Jucken in der Haut, das bei großer Hitze, nach dem Genuße geistiger Getränke und besonders in der Bett-

wärme noch lästiger wird, worauf an verschiedenen Stellen des Körpers, vorzugsweise aber an den zarteren Hautstellen der Gliedmaßen, den Handgelenken und zwischen den Fingern, im Ellenbuge und in der Kniekehle, seltener an den übrigen Theilen des Leibes, kegelförmige oder halbkugelige Lymphbläschen (Erfudatbläschen) erscheinen, die bisweilen sehr klein bleiben und bloße Knötchen darstellen, bisweilen aber auch in wirkliche kleine Eiterbläschen, die sogenannten Krätzpusteln, übergehen. Den schon mehr ausgebildeten Ausschlag findet man besonders häufig an den Hinterbacken, um die Gelenke und auf den Fußrücken. Diese Bläschen, welche nicht in einander fließen, schuppen sich entweder ganz trocken ab, indem sie sich mit kleinen Schorfen bedecken, oder sie ergießen Feuchtigkeit, und machen dann zuweilen die Haut in ihrer Umgebung wund und geschwürig.

Besteht die Krätze schon längere Zeit, so sieht man meist keine Bläschen mehr zwischen oder an den Fingern, und auch auf den übrigen Körpertheilen bemerkt man deren nur hie und da noch einzelne, während die ganze Haut vielfache Spuren zertragter Pusteln zeigt.

Diese bestehen in kleinen rundlichen, braunrothen Vorken, von denen aus gleich gefärbte, rötliche Streifen gehen. Bei schon älterer und allgemein über den Körper verbreiteter Krätze ist die Haut gelb, trocken, oft runzelig. Während das durch den Krätzeausschlag verursachte Jucken am Tage, und besonders beim Aufenthalte in der Kälte, meist kaum gefühlt wird, so wird es in den Abendstunden, in der Bettwärme, nach Erhitzung des Körpers, so wie nach dem Genuße geistiger Getränke und gewürzhafter, scharfer Speisen heftiger, und das Bedürfniß, sich zu kratzen, fast unwiderstehlich, wiewohl es rathsam ist, sich dessen möglichst zu enthalten, da die Ausbreitung des Uebels dadurch befördert wird.

Die Krätze ist an sich eine gefahrlose Krankheit, und wird, wenn sie nicht veraltet ist, leicht geheilt; sie kann aber auch, wenn sie vernachlässiget wird, eine allgemeine Verderbniß der Säftenmasse, allgemeine Abmagerung, LungenSchwindsucht, Wassersucht, Fallsucht, Lähmung, verschiedene andere Nervenleiden und sonstige Krankheiten zur Folge haben.

§. 2.

Die Ursache der Krätze ist nicht in einem besonderen Ansteckungsstoffe, sondern in einem eigenthümlichen, sehr kleinen Insekte, der sogenannten Krätzmilbe, begründet, welche sich in die Haut einbohrt, und dadurch diese Krankheit hervorbringt.

Die Krätze ist in hohem Grade ansteckend. Die Ansteckung derselben erfolgt in der Regel nur durch Uebertragung der Krätzmilbe oder deren Eier von einem Individuum auf das andere, sei es durch unmittelbare Berührung eines Krätzigen, oder durch Benützung von Geräthschaften, Kleidern, Betten u. d. m., welche von Krätzigen gebraucht worden, in so fern dieselben noch mit Krätzmilben verunreiniget sind.

Begünstigende Umstände für die Entstehung dieser Krankheit und ihre Verbreitung durch Ansteckung sind: Mangel an Reinlichkeit überhaupt, insbesondere aber der des Körpers, der Kleider, der Bett- und Leibwäsche, anhaltende Beschäftigung mit Wolle und Baumwolle, Genuß schlechter, schwer verdaulicher Nahrungsmittel, Mißbrauch geistiger Getränke, insbesondere des Branntweins und dergleichen mehr.

§. 3.

Um sich vor der Krätze zu schützen, ist es daher nöthig:

daß man jeden Umgang mit Krätzkranken, und jede Berührung solcher Gegenstände, deren sie sich kurz zuvor bedient haben, vermeide;

daß man Handwerksgehilfen, Gesinde jeder Art, und Arbeiter in Fabriken nicht eher einstelle, bis man sich zuvor genau überzeugt hat, daß sie nicht krätzig seien;

daß man sich fleißig wasche und bade, Bett- und Leibweißzeug öfters wechsle, sich ohne Noth keiner von Andern getragenen Kleidungsstücke irgend einer Art bediene, oder ohne dieselben doch vorher durch Auslaugen und Waschen mit kochendem Wasser, oder wo dieses wegen der Beschaffenheit der Stoffe nicht geschehen kann, dadurch zu reinigen, daß sie, wo thunlich, vorerst einige Stunden lang einer Backofenhitze oder sehr heißen Wasserdämpfen ausgesetzt, und sodann geraume Zeit in starken Luftzug verbracht werden;

daß man auf Reisen sich in kein Bett lege, welches man nicht vorher untersucht hat, um sich zu überzeugen, daß dasselbe nach allen seinen Theilen mit frisch gewaschener reiner Leinwand überzogen sei;

daß man sich der Mäßigkeit in Speise und Trank befleißige, und besonders sich des Mißbrauchs geistiger Getränke, namentlich des Branntweins, enthalte.

§. 4.

Wird ein Mitglied einer Familie von der Krätze befallen, so ist dasselbe sogleich außer allem Verkehr mit den übrigen Familienmitgliedern zu bringen, ihm eigenes Ess- und Trinkgeschirr, Handtücher, Bett- und Leibweißzeug zu geben, und sämtliche Gegenstände, womit dasselbe etwa in Berührung kommt, wie Thüren, Schösser, Handgriffe und dergleichen mehr, täglich mit heißem Seifenwasser zu waschen, und wenn die vollkommene Wiederherstellung erfolgt ist, Alles, was nicht durch Waschen verdorben oder zerstört wird, mit Aschenlauge oder Seifenwasser zu reinigen; diejenigen Kleidungsstücke aber, bei denen dieß nicht geschehen kann, so fern sie nicht gänzlich vertilgt werden wollen, auf oben (§. 3) angegebene Weise zu behandeln.

§. 5.

Leichtsinn und Sorglosigkeit bei Behandlung der Krätze durch Anwendung unzumessiger Mittel hat meistens die nachtheiligsten Folgen, indem dadurch die oben (§. 1) bezeichneten Krankheiten herbeigeführt werden können, welche gewöhnlich nicht sogleich, sondern erst geraume Zeit nach dem Verschwinden der Krätze sich einzustellen pflegen. Man enthalte sich daher aller sogenannten Haus- und Geheimmittel zur Heilung der Krätze, und suche, sobald man dieselbe an sich wahrnimmt, bei einem geordneten Arzte Hülfe dagegen. Dieser wird die Krätze, wenn sie noch frisch ist, in kurzer Zeit sicher und ohne Nachtheil zu heilen im Stande sein, was aber nicht so leicht möglich ist, wenn sie bereits schon lange gedauert hat.

§. 6.

Es fehlt keineswegs an sichern und leichten Methoden, die Krätze gründlich zu heilen, es muß jedoch die Wahl der einen oder der andern dem behandelnden Arzte anheimgestellt bleiben.

Da die wahre Krätze, in welcher Gestalt sie auch auftrate, immer nur durch das Vorhandensein

der Kratzmilbe auf und unter der Haut hervorgebracht wird, so ist im Allgemeinen auch dasjenige Kurverfahren das beste, durch welches dieses Insect möglichst schnell getödtet wird, ohne dabei das Allgemeinbefinden des Kratzkranken zu benachtheiligen.

Der Gebrauch innerlicher Arzneimittel ist in der Regel zur Heilung der Krätze nicht nöthig, sofern diese die Constitution noch nicht angegriffen hat, noch nicht veraltet, und nicht mit andern Krankheiten complicirt ist.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Behandlung der Krätze mit der sogenannten „grünen“ oder „Schmier-Seife“ neben dem, daß sie bei gehöriger Anwendung niemals nachtheilige Folgen hat, mit dem geringsten Zeit- und Kostenaufwand verbunden ist. Sie kann daher mit allem Rechte den Hospital- und Armenärzten empfohlen werden, und eignet sich — ihrer großen Vortheile und Sicherheit wegen — wohl in den meisten Fällen auch zur Anwendung in Privathäusern.

Mit Krätze behaftete Dienstleute und Gewerbsgehilfen, denen zur Heilung dieser Krankheit nicht ein besonderes, geeignetes Zimmer zu Gebot steht, werden zu diesem Behufe wohl immer am besten in ein Hospital aufgenommen.

Nach erfolgter Heilung von der Krätze dürfen Personen, welche damit behaftet gewesen, von den Kleidern, dem Bett- und Leibweißzeuge, welche sie zuvor getragen und gebraucht haben, nicht eher wieder Anwendung machen, bis diese auf die oben angegebene Art gereinigt, beziehungsweise die darin etwa noch vorhandenen Kratzmilben mit ihrer Brut zerstört worden sind, da außerdem die fragliche Krankheit alsbald wieder entsteht.

Die Serienzziehung für die zweite diesjährige Gewinnziehung des Anlehens zu 14 Millionen Gulden vom Jahr 1845 betreffend.

Bei der heute stattgehabten Serienzziehung des Anlehens der Eisenbahnschuldentilgungskasse von 1845 zu vierzehn Millionen Gulden sind die

| Serie-Nr. | 451 | enthaltend | Loos-Nr. | 22501 | bis | 22550. |
|-----------|------|------------|----------|--------|-----|---------|
| " " | 639 | " | " " | 31901 | — | 31950. |
| " " | 683 | " | " " | 34101 | — | 34150. |
| " " | 875 | " | " " | 43701 | — | 43750. |
| " " | 1000 | " | " " | 49951 | — | 50000. |
| " " | 1043 | " | " " | 52101 | — | 52150. |
| " " | 1451 | " | " " | 72501 | — | 72550. |
| " " | 1708 | " | " " | 85351 | — | 85400. |
| " " | 2465 | " | " " | 123201 | — | 123250. |
| " " | 3159 | " | " " | 157901 | — | 157950. |
| " " | 3514 | " | " " | 175651 | — | 175700. |
| " " | 4642 | " | " " | 232051 | — | 232100. |
| " " | 4712 | " | " " | 235551 | — | 235600. |
| " " | 5148 | " | " " | 257351 | — | 257400. |
| " " | 5308 | " | " " | 265351 | — | 265400. |

Serie-Nr. 5438 enthaltend Loos-Nr. 271851 bis 271900.

| | | | | | | |
|---|---|------|---|---|---|------------------|
| " | " | 6091 | " | " | " | 304301 — 304550. |
| " | " | 6798 | " | " | " | 339851 — 339900. |
| " | " | 6806 | " | " | " | 340251 — 340300. |
| " | " | 7553 | " | " | " | 377601 — 377650. |

Herausgegeben, was andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Carlsruhe, den 31. Mai 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.

Regenauer.

Vdt. Probst.

Dem Zinsfuß für Darlehen der Zehntschulden Tilgungskasse betreffend.

Nach Ansicht des §. 79 des Zehntablösungsgesetzes vom 15. November 1833 (Regierungsblatt. Nr. XLIX. und der §§. 7 und 8 der diesseitigen Verordnung vom 27. Mai 1836, Regierungsblatt. Nr. XXXI.) wird hiermit verfügt:

1. der bisher auf 5½ Prozent festgesetzte Zinsfuß für Darlehen der Zehntschulden Tilgungskasse wird, vorbehaltlich anderweiter Bestimmung im Falle eintretender erheblicher Veränderungen im Zinsfuße, überhaupt auf fünf Prozent ermäßigt;

2. diese Zinsermäßigung kommt bei allen Darlehen, die von nun an neu verabsolgt werden, alsbald, bei allen Darlehen aber, die bereits zu 5½ Prozent verabsolgt sind, vom 1. Juli d. J. an zur Anwendung. Im letzteren Falle wächst, was an Zinsen erlassen wird, nach §. 8 der Verordnung vom 27. Mai 1836 der Tilgungsquote zu;

3. die Zinsermäßigung auf fünf Prozent für noch zu verabsolgende wie für bereits verabsolgte Darlehen ist an die unerläßliche Bedingung pünktlicher Einhaltung der jährlichen Zins- und Kapitalzahlungen geknüpft. Ist diese binnen sechs Wochen nach dem Verfalltermine noch nicht vollständig geschehen, so sind für das betreffende Jahr fünf und ein viertel Prozent an Zins zu entrichten.

Carlsruhe, den 14. Juni 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.

Regenauer.

Vdt. Pfeilsticker.

Dienst erledigungen.

Die katholische Pfarrei Oberweiler, Oberamts Rastatt, ist mit einem Einkommen von 1,200 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich bei dem großkatholischen Oberkirchenrathe binnen sechs Wochen vorschriftsmäßig zu melden.

Die katholische Stadtpfarrei Sinsheim, mit der man das landesherrliche Dekanat und die Bezirksschulvisitation zu verbinden gedenkt und auf der die Verbindlichkeit ruht, den Religionsunterricht an der höheren Bürgerschule daselbst zu erteilen, ist mit einem beiläufigen Jahreserträgniß von 900 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

Die evangelische Pfarrei der Altstadt Weinheim ist mit einem Competenzanschlag von 903 fl. 20 kr. und einem wirklichen Einkommen von circa 1,300 fl., worauf jedoch eine von dem neu zu ernennenden Pfarrer zu übernehmende Schuld von circa 89 fl. 34 kr. ruht, in Erledigung gekommen. Die Bewerber haben sich binnen sechs Wochen nach Vorschrift bei dem großh. evangelischen Oberkirchenrathe zu melden.

Durch das Ableben des Pfarrers Fesenbech ist die von großh. badischer Präsentation abhängige evangelische Pfarrei Kirnbach, einem mit dem Großherzogthum Hessen gemeinschaftlichen Orte, Dekanats Bretten, mit einem Competenzanschlag von 896 fl. 23 kr. erledigt worden. Die Bewerber um dieselbe haben sich vorschriftsmäßig durch ihre Dekanate binnen sechs Wochen bei dem großh. bad. evangelischen Oberkirchenrathe zu melden.

Die evangelische Pfarrei Leibenstadt, Dekanats Adelsheim, ist mit einem Competenzanschlage von 513 fl. 30 kr. und einem wirklichen Ertrage von ungefähr 700 fl., worauf jedoch eine vom neu zu ernennenden Pfarrer zu übernehmende, und so weit dies nicht durch die Zwischengefälle geschehen kann, abzutragende Schuld von 90 fl. ruht, in Erledigung gekommen. Die Bewerber haben sich binnen sechs Wochen bei der Patronats Herrschaft von Gemmingen Hornberg zu melden.

Todesfälle.

Gestorben sind:

- Am 20. Mai d. J.: der katholische Pfarrer Peter Weber zu Oberweiler, Oberamts Rastatt.
 „ 21. „ „ „ der pensionirte Domänenverwalter Sickenberger in Krautheim.
 „ 28. „ „ „ der pensionirte Ministerialrath Walz in Carlsruhe.
 „ 6. Juni „ „ der pensionirte Hauptmann Otto von Adelsheim in Carlsruhe.
 „ 10. „ „ „ der pensionirte Oberstlieutenant von Amerongen in Carlsruhe.
-

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Mittwoch den 9. Juli 1851.

Inhalt,

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Allerhöchst-landesherrliche Verordnungen: die Ausübung der Disciplin gegen Anwälte in den Gerichtssitzungen betreffend; die Aufstellung und Ernennung der Polizeibeamten betreffend.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Allerhöchstlandesherrliche Verordnungen.

Die Ausübung der Disciplin gegen Anwälte in Gerichtssitzungen betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Auf den unterthänigsten Vortrag Unseres Justizministeriums haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

§. 1.

Sollte ein Anwalt wegen eines in der Gerichtssitzung verübten Vergehens in Gemäßheit des §. 240 der Strafprozeßordnung bestraft werden, so ist das darüber aufgenommene Protokoll sofort dem Justizministerium vorzulegen.

§. 2.

Wenn ein Anwalt in anderer Weise sich ordnungswidrig in der Gerichtssitzung benimmt, insbesondere die dem Gesetze und dem Gerichte schuldige Achtung verletzt, sich offenbar grundlose oder zur Sache nicht gehörige Beschuldigungen gegen öffentliche Beamte bezüglich ihres Dienstes, gegen Geschworene, Ankläger, Zeugen oder Sachverständige erlaubt, so verfährt der Vorsitzende gegen ihn nach der Verordnung vom 10. März 1849, Regierungsblatt Nr. XIII. und läßt davon im Protokoll Erwähnung thun.

Außerdem kann das Gericht in schwereren oder Wiederholungsfällen auf zeitliche oder bleibende Entziehung der Anwaltschaft antragen und dem Anwalt das fernere Auftreten in den Gerichtssitzungen einstweilen untersagen.

§. 3.

Kann, wo dieses nöthig fällt, nicht sogleich für anderweite genügende Vertretung des Klienten gesorgt werden, so ist die Verhandlung auf Kosten des Anwalts zu vertagen.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 2. Juli 1851.

Leopold.

Stabel.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Die Aufstellung und Ernennung der Vollstreckungsbeamten betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

In Folge der Bestimmung des §. 937 der bürgerlichen Prozeßordnung und auf den unterthänigsten Antrag Unseres Justizministeriums haben Wir beschloffen und verordnen, wie folgt:

Erster Abschnitt.

Bestimmung der Vollstreckungsbeamten und ihres Geschäftskreises.

§. 1.

Die Hilfspollstreckungen sind vorzunehmen:

1. durch die Distriktsnotare,
2. durch Gerichtsvollzieher.

§. 2.

Die Distriktsnotare besorgen:

1. die Zwangsversteigerungen unbeweglicher Güter,
2. die Versteigerung von Forderungen und Staatspapieren oder Papieren auf Inhaber,
3. ausnahmsweise und auf besondere richterliche Anordnung die Versteigerung gepfändeter Fahrnisse.

§. 3.

Zu diesen Verrichtungen (§. 2) können die Gerichte Amtsrevisoratsassistenten ausbilsweise verwenden.

Auch ist das Justizministerium ermächtigt, zur Vornahme dieser Geschäfte in bestimmten Bezirken besondere Vollstreckungsbeamte mit den in §. 5 bezeichneten Rechten aufzustellen.

§. 4.

Den Gerichtsvollziehern wird übertragen:

1. die Wegnahme beweglicher Sachen im Falle des §. 939 der Prozeßordnung,
2. die Ausweisung aus Gebäuden oder andern liegenden Gütern,
3. die Pfändung der Fahrnisse, einschließlich der Versteigerung, den Fall des §. 2 Absatz 3 (oben) ausgenommen,
4. die Pfändung der Früchte auf dem Falm,
5. die persönliche Verhaftung.

§. 5.

Die Gerichtsvollzieher und deren Stellvertreter werden vom Justizministerium, nach deren vorheriger Prüfung bei Amt, für bestimmte Distrikte ernannt und die Ernennung wird öffentlich bekannt gemacht.

Die Ersteren erhalten eine Anstellungsurkunde im Sinne der Verordnung vom 25. November 1841, Regierungsblatt Nr. 40 und werden in die Wittwenkasse für die Angestellten der Civilstaatsverwaltung aufgenommen.

Für die Berechnung des Ruhegehaltes oder der Sustentation und für die Aufnahme in die Wittwenkasse wird ihr Dienst Einkommen auf 400 fl. angeschlagen, so fern sie nicht nach früheren Dienstverhältnissen Anspruch auf einen höheren Anschlag haben.

§. 6.

Die Gerichtsvollzieher müssen wenigstens sechsundzwanzig Jahre alt, von rüstiger Körperbeschaffenheit, Bürger in einer Gemeinde des Großherzogthums und vom Militärdienst befreit sein.

Sie müssen ferner einen guten Leumund und Gewandtheit im Lesen, Schreiben und Rechnen besitzen.

Unter Voraussetzung dieser Eigenschaften begründen frühere, brav geleistete Civil- oder Militärdienste einen Anspruch auf vorzugsweise Berücksichtigung.

§. 7.

Die Gerichtsvollzieher sollen in der Regel zugleich als Gerichtsboten verwendet werden, so weit nicht der Gerichtsbotendienst den Amts- und Kanzleidienern übertragen ist.

§. 8.

Die Bürgermeister oder ihre Stellvertreter besorgen auch fernerhin diejenigen zur Hilfsvollstreckung gehörigen Geschäfte, welche das Gesetz den Ortsvorstehern zuweist, namentlich:

1. die Bestellung der nach den §§. 950, 957, 976 der Prozeßordnung zur Pfändung be-
zugehörigen Personen;
2. die Aufbewahrung und Versiegelung gepfändeter Fahrnisse (§§. 955, 958) und der aus
einem liegenden Gute weggeräumten Gegenstände (§§. 942, 943);
3. die Beurkundung über Vornahme und Erfolg der Fahrnißpfändung oder über den Mangel
pfändbaren Eigenthums (§§. 959—961);
4. den Eintrag der Versteigerungsverfügung in's Pfandbuch (§. 997);
5. die Fertigung des Auszugs aus dem Grund- und Pfandbuch (§. 998) und Mittheilung
desselben an den mit der Versteigerung beauftragten Beamten;
6. die Eröffnung der ihnen von landesherrlichen Berrechnern so wie von jenen der unmittel-
baren und Bezirks-Stiftungen, ferner von Rentbeamten der Landes- und Grundherren
übersandten Forderungslisten an die Schuldner nach Maßgabe der §§. 2 bis 4 Unserer
Verordnung vom 13. Dezember 1827 (Regierungsblatt 1828, Nr. 11.).

§. 9.

Die Schätzer für Zwangsversteigerungen unbeweglicher Güter (§. 1006 der Prozeßord-
nung) werden auf Vorschlag des Bürgermeisters vom Bezirksamt aufgestellt und eidlich
verpflichtet.

§. 10.

Zur Protokollführung bei Versteigerungen unbeweglicher Güter (§. 1016 der Pro-
zeßordnung) darf der Notar den Rathschreiber des Orts, einen Gemeinderath oder Waisenrichter
beiziehen. Für die Form der Protokolle gelten die Vorschriften über Staatschreibereurkunden.
Urkundspersonen oder Zeugen sind aber nicht erforderlich.

Zweiter Abschnitt.

Von den Gebühren der Vollstreckungsbeamten und der Gerichtsboten.

§. 11.

Die Vollstreckungsbeamten, welche die in §. 2 bezeichneten Geschäfte besorgen, erhalten

- a. für die Bekanntmachung von Versteigerungen eine Gebühr von 20 Kreuzern, wenn der
Werth des Versteigerungsgegenstandes unter 100 fl., von 30 Kreuzern, wenn er 100
bis 500 fl., von 45 Kreuzern, wenn er über 500 fl. beträgt;
- b. für Entwerfung der Versteigerungsbedingungen und die deshalb erforderlichen Verhand-
lungen nach gleicher Stufenfolge 45 Kreuzer, 1 fl. und 1 fl. 30 kr., welche Gebühr
jedoch nur bei Liegenschaftsversteigerungen angesetzt werden darf;
- c. für die Versteigerung und für die Verweisung eine Taggebühr, welche bei einem Erlös
oder, Mangels eines solchen — bei einem Schätzungswerth unter 5,000 fl. zwei Gulden,
von 5,000 bis 10,000 fl. drei Gulden, über 10,000 fl. vier Gulden beträgt;
- d. bei Ortsveränderungen zum Behuf der Vollstreckung neben der obigen Gebühr noch für
die Reisekosten eine Vergütung von dreißig Kreuzern für die Stunde der Ortsentfernung
(Hin- und Herweg zusammen genommen).

e. für Ausfertigung der Bekanntmachungen, der Verwelfungen und der fonftigen Mittheilungen eine Schreibgebühr von zehn Kreuzern für den Bogen.

§. 12.

Diefe Gebühren werden für Diftriktsnotare oder Amtsreviforatsaffiftenen wie die Rechtspolizeigebühren angefezt, erhoben und ausbezahlt.

§. 13.

Die Protokollführer bei Zwangsverfteigerungen, die Urkundspersonen und Schätzer erhalten eine Taggebühr, welche in Städten 4 fl. 20 fr., in Landgemeinden 48 fr. beträgt.

Bei einer Befchäftigung von vier Stunden oder weniger wird die Hälfte, und bei längerer Befchäftigung die volle Taggebühr bezahlt.

Für die zur Wegbringung gepfändeter Fahrniſſe nöthigen Handarbeiten oder Fuhrwerke darf der ortsübliche Lohn angerechnet werden.

§. 14.

Die Gebühr des Gerichtsvollziehers beträgt:

1. für die Vornahme einer Fahrniſſpfändung oder Wegnahme beweglicher Sachen (§§. 939, 950 und ff. der Prozeßordnung) je nach dem Schätzungswerth der gepfändeten Fahrniſſe:

| | | | |
|-----------------------|----------------------|-----------|--------------|
| bei einer Summe unter | 50 fl. | | — fl. 18 fr. |
| " " " | von 50 " bis 150 fl. | | — " 30 " |
| " " " | über 150 " " 500 " | | 1 " — " |
| " " " | 500 " " 1,000 " | | 2 " — " |
| " " " | 1,000 " " 3,000 " | | 3 " — " |
| " " " | 3,000 " " 6,000 " | | 4 " — " |
| " " " | 6,000 " " | | 5 " — " |

2. für die Vornahme der Pfändung von Früchten auf dem Halm und von Vollftredungen anderer Art 1 " — "

3. für den Vollzug des perfönllichen Verhaftes (§. 949 Abf. 6 der Prozeßordnung) 2 " — "

4. außerdem für jede zurückgelegte Wegftunde — " 7½ "

§. 15.

Wird mit der Vornahme oder Fortfezung der Vollftredung eingehalten (§§. 924, 925, 929 der Prozeßordnung), fo hat der Gerichtsvollzieher, wenn er ſich bereits in die Wohnung des Schuldners begeben, die Pfändung ſelbſt aber noch nicht begonnen hat, die Ganggebühr, oder in ſeinem Wohnorte eine Gebühr von 8 Kreuzern, wenn aber mit der Pfändung ſchon begonnen war, außerdem die Hälfte der Pfändungsgebühr anzusprechen. In den Fällen des Abſatz 1 des vorigen Paragraphen wird dieſe Gebühr nach dem Schätzungswerth der im Augenblick des Einhalts gepfändeten Fahrniſſe bemeffen und beträgt niemals weniger als 12 Kreuzer.

Findet sich nichts Pfändbares vor, so erhält der Gerichtsvollzieher außer der Ganggebühr 12 Kreuzer.

§. 16.

Gleiche Gebühren (§§. 14 und 15) sind auch für Beschlagnahme von beweglichen Sachen oder für Verhaftungen zur Sicherung einer Forderung (§§. 653 u. 654 der Prozeßordnung) zu entrichten.

§. 17.

Die in den §§. 14 bis 16 erwähnten Gebühren enthalten die Belohnung für alle mit dem betreffenden Geschäfte verbundenen Gänge und Verrichtungen, insbesondere auch für die Ausstellung der vorgeschriebenen Beurkundungen und Anzeigen, für Fertigung der Pfändungsprotokolle (§§. 953 und 958 der Prozeßordnung) und der Versteigerungsaus schreiben.

§. 18.

Für die Vornahme von Fahrnißversteigerungen erhält der Gerichtsvollzieher eine Taggebühr von 1 fl. 20 kr., welche nach den Bestimmungen des §. 13 bemessen und bloß für die Dauer des Versteigerungsgeschäfts bezahlt wird. Bei gleichzeitiger Versteigerung der Fahrnisse mehrerer Schuldner wird die Gebühr nach Verhältniß der Zahl der Gegenstände auf die Schuldner vertheilt. Geschieht die Versteigerung außerhalb des Gerichtssitzes, so findet außerdem für den Hin- und Herweg noch die gewöhnliche Ganggebühr (§. 14 Nr. 4) statt.

§. 19.

Wenn in den Fällen der §§. 14—18 die Entfernung vom Gerichtssitze eine Viertelstunde oder weniger beträgt, so darf keine Ganggebühr angesetzt werden.

Entfernungen, welche keine volle, aber über eine Viertelstunde ausmachen, werden als eine volle Stunde, und Entfernungen, welche eine volle Stunde überschreiten, ohne eine weitere zu erreichen, gleichfalls als ganze Stunden berechnet.

§. 20.

Werden von dem Gerichtsvollzieher auf einem Gange in einer oder mehreren Gemeinden mehrere Geschäfte vorgenommen, so wird die Ganggebühr auf alle diese Geschäfte gleichmäßig vertheilt. Würde jedoch nach dieser Vertheilung auf den Einzelnen weniger als 2 Kreuzer kommen, so wird von jedem der Betrag von 2 Kreuzer erhoben.

§. 21.

Die Kosten der Pfändung (§. 14) werden, wo sie nicht bei der Vollstreckung sogleich von dem Beflagten erhoben werden können, so wie die übrigen Vollstreckungskosten aus dem Erlös der gepfändeten Gegenstände berichtigt. Konnte nichts gepfändet werden, so sind sämtliche Vollstreckungskosten von dem Kläger vorzuschießen.

Diesen Vorschuß hat der Kläger auch bei Liegenschaftsversteigerungen, wenn kein endlicher Zuschlag erfolgte, zu leisten.

§. 22.

Der Gerichtsbote hat für jede Zustellung und Eröffnung — einschließlich der darüber auszustellenden Beurkundung — eine Gebühr von vier Kreuzern anzusprechen.

Ebenso für die unmittelbare Uebersendung von Zustellungsscheinen.

§. 23.

Wenn dem Gerichtsboten aufgetragen war, die Zustellung oder Eröffnung nur an die bestimmte Person selbst zu machen und dieselbe, so fern er sie nicht zu Hause antrifft, im Orte aufzusuchen oder ihre Rückkehr abzuwarten, so hat er, wenn er deshalb einen Aufenthalt von mehr als einer Stunde machen muß, für jede weitere Stunde eine Versäumnißgebühr von 12 Kreuzern anzusprechen. Dieses Abwarten darf aber nicht über vier Stunden dauern, wenn nicht das Gericht etwas Anderes bestimmt hat.

§. 24.

Wenn der Gerichtsbote vermöge besonderen schriftlichen Auftrags des Gerichts oder einer Partei eine Zustellung oder Eröffnung wegen Dringlichkeit des Falls außer seinem gewöhnlichen Rundgang besorgen muß, so hat er ferner eine *G a n g g e b ü h r* anzusprechen, welche für jede zurückgelegte Wegstunde $7\frac{1}{2}$ kr. beträgt. Die Bestimmungen der §§. 19 und 20 dieser Verordnung sind auch auf diese Ganggebühr anwendbar.

§. 25.

Die Gebühr für Zustellung bedingter Zahlungsbefehle schießt der Kläger vor, die Gebühren für Zustellung des Liquiderkenntnisses und der späteren Verfügungen in diesem Verfahren werden von dem Beklagten erhoben.

Im Uebrigen wird die Zustellungsgebühr von der Partei oder dem Anwalt, welcher die Zustellung erhält, entrichtet. Bei Zusendungen durch die Post geschieht die Erhebung durch Postnachnahme.

Von Zeugen, Sachverständigen oder andern Personen, welche nicht Parteien sind, darf die Gebühr nicht gefordert werden; sie ist von der Partei, welche die Zustellung an diese Personen veranlaßt, zu entrichten.

§. 26.

Wenn eine Partei die Zahlung der schuldigen Gebühren verweigert, so hat der Gerichtsbote davon dem Gerichte die Anzeige zu machen, welches dieselbe auf dem Weg der Vollstreckung erheben läßt.

§. 27.

In Strafsachen werden die Gebühren der Gerichtsboten nach der bei Zeugengebühren bestehenden Vorschrift von dem Gericht auf den Ortsheber angewiesen. Ist indeß ein Privatankläger aufgetreten, so hat dieser den Vorschuß zu leisten.

§. 28.

Für Zustellungen in reinen Dienstsachen hat der Gerichtsbote keine Gebühr anzusprechen. Solche Schreiben werden auf der Adresse mit D. S. bezeichnet.

§. 29.

Die Gebühren der Vollstreckungsbeamten und Gerichtsboten sind auch von solchen Parteien, welche von Bezahlung der Gerichtsporteln und Rechtspolizeigebühren befreit sind, zu entrichten, ebenso von Armenparteien, außer wenn dieselben nach Beurkundung des Gemeinderaths nicht einmal zur Zahlung dieser Gebühren im Stande sind. Im letzteren Fall bleibt dem Beamten seine Forderung bis dahin vorbehalten, da der Arme zu hinreichendem Vermögen kommt.

Dritter Abschnitt.**Von der Dienstaufsicht über die Vollstreckungsbeamten.**

§. 30.

Bezüglich der Dienstaufsicht über Notare und Amtsrevisoratsassistenten bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

Halten die Aemter wegen Dienstwidrigkeiten in deren Verrichtungen als Vollstreckungsbeamten ein dienstpolizeiliches Einschreiten für nothwendig, so erstatten sie darüber Anzeige an die Kreisregierung.

§. 31.

Das dienstliche und außerdienstliche Verhalten der Gerichtsvollzieher und der nach §. 3 Absatz 2 aufgestellten Vollstreckungsbeamten überwachen die Justizbeamten, unter mehreren der dienstälteste. Sie können wegen Dienstwidrigkeiten oder unmordentlichem Lebenswandel der Gerichtsvollzieher, je nach der Größe oder Wiederholung des Fehlers, Verweise, Geldstrafen bis zu 15 fl., Gefängniß bis zu acht Tagen und Androhung der Entlassung aussprechen, oder auch den Antrag auf Entlassung an das Justizministerium stellen und damit die einstweilige Dienstenthebung verbinden.

Die Beschwerdeführung wegen der vom Amt erkannten Strafen findet binnen acht Tagen an das Hofgericht statt, welches in Versammlung dreier Richter endgiltig darüber entscheidet.

§. 32.

Das Justizministerium kann die Gerichtsvollzieher versetzen und zur Strafe oder wegen Unbrauchbarkeit entlassen.

Im ersteren Falle ist wegen der Zugskosten die Verordnung vom 25. November 1837, Regierungsblatt Nr. XLVII. maßgebend.

§. 33.

Das Justizministerium ist mit dem Vollzuge gegenwärtiger Verordnung beauftragt.

Es wird den Tag, an welchem dieselbe in Wirksamkeit tritt, bekannt machen.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 2. Juli 1851.

Leopold.

Stabel.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunzger.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Freitag den 11. Juli 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Ordensverleihungen. Medaillenverleihungen. Dienstaufträge.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachungen des großherzoglichen Justizministeriums: die Ernennung der Präsidenten der Schwurgerichte betreffend; das Ergebnis der Prüfung der Notariatskandidaten betreffend; das Ergebnis der Prüfung der Rechtskandidaten betreffend. Bekanntmachungen des großherzoglichen Ministeriums des Innern: die Trinkschulden betreffend; Uebersicht der Studierenden auf den Universitäten Heidelberg und Freiburg betreffend; die Staatsprüfung der Candidaten der Medicin, Chirurgie und Geburtshilfe betreffend; die Staatsgenehmigung der Schenkung einer Ungenannten an den Orden der barmherzigen Schwestern betreffend; die Staatsgenehmigung der Präsentation auf die evangelische Pfarrei Sennfeld betreffend. Bekanntmachung des großherzoglichen Finanzministeriums: die Zuteilung der Gemeinden Eubigheim und Reibelsbach zu der Obergemeinde Krautheim betreffend.

Dienstverordnungen. Todesfall.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Ordensverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben allergnädigst geruht:

unter dem 20. Juni d. J.

dem Minister-Residenten, Legationsrath Freiherrn von Schweizer in Paris das Commandeurkreuz, und

unter dem 22. Juni d. J.

dem Hofrath Schmidt dahier das Ritterkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Medaillenverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich allergnädigst bewogen gefunden,

unter dem 26. und 28. Juni d. J.

den Untererhebern Joseph Dienger in Hausen, Bezirksamts Breisach, und Schäfer in Rheinblühshausen in Anerkennung ihrer langjährigen treu geleisteten Dienste die silberne Civilverdienstmedaille, und

unter dem 3. Juli d. J.

dem Bürgermeister und Ortssteuererheber Ferdinand Sohn von Bizenhausen, in Anerkennung seiner mehrjährigen guten und treuen Dienste in den genannten beiden Eigenschaften die silberne Civilverdienstmedaille huldreichst zu verleihen.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben

unter dem 14. Juni und 11. November v. J.

die in Folge allerhöchsten Befehls vom 15. Januar v. J., Nr. 20, mit Abschied aus dem Armeecorps entlassenen

Hauptmann Schweißart vom früheren dritten Infanterie-Regiment,

„ Rudolph von Schilling vom früheren dritten Infanterie-Regiment,

„ Greiner vom früheren ersten Infanterie-Regiment, und den

Oberleutnant Karl von Stetten vom früheren dritten Infanterie-Regiment in den Pensionsstand zu versetzen geruht.

Allerhöchstdieselben haben Sich

unter dem 2. Juni d. J.

allergnädigst bewogen gefunden:

den Geheimenrath Freiherrn August von Marschall in Folge seiner Ernennung zum großherzoglichen Bundestagsgesandten von dem ihm bisher übertragen gewesenen Posten eines großherzoglichen Minister-Residenten bei der Schweiz abzurufen und an dessen Stelle den Legationsrath Christian Freiherrn von Berckheim in gleicher Eigenschaft zu Höchstihrem Minister-Residenten bei der schweizerischen Eidgenossenschaft zu ernennen;

unter dem 9. Juni d. J.

die Entlassung des Galleriedirectors Gödenberger in Mannheim aus dem Hofdienste auszusprechen, und

unter dem 25. Juni d. J.

die Functionen eines rechtsgelehrten Rathes bei Höchstihrem Oberhofverwaltungsrathe dem großh. Ministerialrath Fieser zu übertragen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich

unter dem 2. Juli d. J.

gnädigst bewogen gefunden:

den Rechtspraktikanten Ludwig Turban zum Ministerialsecretär bei dem Ministerium des Innern zu ernennen;

Die Bezirksforstrei Wendlingen, mit dem Wohnsitz in Freiburg, dem Forstmeister Ignaz von Rothberg in Randern,

die Bezirksforstrei Bretten dem Bezirksförster Carl Wilhelm Friedrich Mezger in Stein,

die Bezirksforstrei Stein dem Bezirksförster Carl Mezger in Sulzburg,

die Bezirksforstrei Randern dem Bezirksförster Georg von Davans in Huchensfeld,

die Bezirksforstrei Adelsheim dem Bezirksförster Johann Stiefert in Zell am Harmersbach,

die Bezirksforstrei Bonndorf dem Bezirksförster Lorenz Gerber zu Blumberg,

die Bezirksforstrei Zell am Harmersbach dem Bezirksförster Franz Ignaz Seyfried in Adelsheim, sodann

die Bezirksforstrei Sulzburg dem Forstpraktikanten Sebastian Harlfinger, gegenwärtig gräflich langensteinischer Bezirksförster in Münchhof,

die Bezirksforstrei Blumberg dem Forstpraktikanten Jakob Groß, Gemeindebezirksförster zu Schönaue im Wiesenthal,

die Bezirksforstrei Huchensfeld dem Forstpraktikanten Julius Bezel von Zwingenberg,

die Bezirksforstrei Zell im Wiesenthal dem Forstpraktikanten Gustav Bleibmayer, derzeit Dienstverweser daselbst,

die Bezirksforstrei Petersthal dem Forstpraktikanten Carl Bajer, derzeit Dienstverweser daselbst,

die Bezirksforstrei Stodach dem Forstpraktikanten Albert Kitzinger, derzeit Dienstverweser in Bonndorf,

die Bezirksforstrei Geislingen dem Forstpraktikanten Eugen Kettner, städtischer Bezirksförster in Durlach

zu übertragen, unter Ernennung der sieben letztgenannten zu wirklichen Bezirksförstern;

den Cameralpraktikanten Bernhard Eisenmann, bisherigen provisorischen Buchhalter bei der Amortisationskasse, definitiv zum Buchhalter bei dieser Kasse zu ernennen;

dem erzbischöflichen Dekan und Pfarrer Franz Sales Ries zu Ebersweiler, in Anerkennung seines langjährigen segensreichen Wirkens, den Charakter als Geistlicher Rath zu verleihen;

dem außerordentlichen Professor Dr. Wilhelm Deurer zu Heidelberg die unterthänigst nachgesuchte Entlassung aus dem großh. Staatsdienste zu ertheilen;

die evangelische Pfarrei Adelsheim dem Pfarrer Leonhard Deeken in Rohrbach,

die katholische Pfarrei Mochen, Amts Bonndorf, dem Pfarrer Carl Ludwig in Lehen,

die katholische Pfarrei Rohrbach, Oberamts Heidelberg, dem Benefiziaten und Vorstand der höheren Bürgerschule in Buchen, Dominik Birnstill,

die katholische Pfarrei Neckargerach, Amts Eberbach, dem Pfarrer Franz Joseph Hartmann zu Wieblingen zu übertragen;

den Verzicht des Pfarrers Franz Joseph Kuhn auf die katholische Pfarrei Stupferich zu genehmigen und demselben die katholische Pfarrei Mingsolshausen, Oberamts Bruchsal, zu verleihen;

unter dem 4. Juli d. J.

das Amtspophysikat Salem dem praktischen Arzte Gais zu Ehlingen unter Ernennung zum Amtspophysikus zu übertragen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Ernennung der Präsidenten der Schwurgerichte betreffend.

Auf den Grund des §. 45 des Gesetzes vom 5. Februar d. J. wurden zu Präsidenten der Schwurgerichte des ersten Quartals ernannt:

1. für den Unterheinkreis: Hofgerichtsdirector Woll in Mannheim und für den Fall seiner Verhinderung Oberhofgerichtsrath Freiherr von Wechmar daselbst;
2. für den Mittelhheinkreis: Hofgerichtsrath Prestinari und für den Fall seiner Verhinderung Hofgerichtsrath Benkiser in Bruchsal;
3. für den Oberheinkreis: Hofgerichtsrath Feyer und für den Fall seiner Verhinderung Hofgerichtsrath Lang in Freiburg;
4. für den Seekreis: Hofgerichtsrath Wedekind und für den Fall seiner Verhinderung Hofgerichtsrath Faller in Konstanz.

Carlsruhe, den 1. Juli 1851.

Großherzogliches Justizministerium.

Stabel.

Vdt. Ullmann.

Das Ergebnis der Prüfung der Notariatskandidaten betreffend.

Von zwei Notariatskandidaten, welche sich der letzten Prüfung unterzogen haben, ist durch Beschluß vom Heutigen, Nr. 6270

Gottlieb Schupp von Billingen

unter die Zahl der Notariatspraktikanten aufgenommen worden.

Carlsruhe, den 21. Juni 1851:

Großherzogliches Justizministerium.

Stabel.

Vdt. Ullmann.

Das Ergebnis der Frühjahrsprüfung der Rechtskandidaten betreffend.

Von dreizehn Rechtskandidaten, welche sich der letzten Prüfung unterzogen haben, sind durch Beschluß vom Heutigen, Nr. 6679, folgende sieben unter die Zahl der Rechtspraktikanten aufgenommen worden:

Ferdinand Hirschhorn von Mannheim,
Friedrich von Bechtold von Carlsruhe,
Karl August Koch von Mannheim,
Georg Heres von Amorbach,
Max Wertheimer von Bühl,

Friedrich Elfner von Konstanz,
Ludwig Eichrodt von Karlsruhe.

Karlsruhe, den 3. Juli 1851.

Großherzogliches Justizministerium.
Stabel.

Vdt. Ullmann.

Die Trinkschulden betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach höchster Entschliessung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 2. d. M., Nr. 1027—28, auszusprechen geruht, daß die mit allerhöchster Ermächtigung vom 20. August 1811 erlassene, im Regierungsblatt von 1811, Nr. XXIX, verkündete, die Trinkschulden betreffende Verordnung vom 3. Oktober 1811 aufgehoben sei.

Indem man dieß zur öffentlichen Kenntniß bringt, werden die großherzoglichen Polizeibehörden auf die Bestimmungen der landesherrlichen Verordnung vom 4. April 1851, Regierungsblatt Nr. XXV., die Abänderung der Wirthschaftsordnung betreffend, und zugleich auch auf den §. 30 des sechsten Constitutionsedicts vom 4. Juni 1808, Regierungsblatt Nr. XIX, hingewiesen, welche denselben die Mittel an die Hand geben, dem verderblichen Gange zur Trunksucht durch angemessenes rechtzeitiges Einschreiten entgegen zu treten.

Karlsruhe, den 5. Juni 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Duiffon.

Uebersicht der Studirenden auf den Universitäten Heidelberg und Freiburg betreffend.

Im Sommerhalbjahr 1851 studiren:

A. Auf der Universität Heidelberg:

| | Wadener. | Nichtwadener. | Im Ganzen |
|--|----------|---------------|-----------|
| 1. Theologen, immatriculirte, und Seminaristen . . . | 40 | 7 | 47 |
| 2. Juristen | 58 | 343 | 401 |
| 3. Mediziner, Chirurgen und Pharmazeuten | 37 | 59 | 96 |
| 4. Cameralisten | 15 | 8 | 23 |
| 5. Philosophen und Philologen | 20 | 16 | 36 |
| zusammen . | 170 | 433 | 603 |
| Außerdem besuchen die akademischen Vorlesungen noch | | | |
| Personen reiferen Alters | 3 | 5 | 8 |
| Conditiontrende Chirurgen und Pharmazeuten | 7 | 6 | 13 |
| Gesamtzahl . | — | — | 624 |

B. Auf der Universität Freiburg:

| | Babener. | Nichtbabener. | Im Ganzen. |
|---|----------|---------------|------------|
| 1. Theologen | 117 | 52 | 169 |
| 2. Juristen und Notariatskandidaten | 63 | 2 | 65 |
| 3. Mediziner, Pharmazeuten und höhere Chirurgen | 59 | 14 | 73 |
| 4. Cameralisten, Philosophen und Philologen | 33 | 15 | 48 |
| zusammen | 272 | 83 | 355 |
| Hiezu kommen noch | | | |
| Hospitanten | — | — | 31 |
| Niedere Chirurgen | — | — | 17 |
| Gesamtzahl | — | — | 403 |

Dieses wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 25. Juni 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Bultsien.

Die Staatsprüfung der Candidaten der Medicin, Chirurgie und Geburtshülfe betreffend.

Nach der im Frühjahr l. J. vorgenommenen Staatsprüfung in der Medicin, Chirurgie und Geburtshülfe haben Nachbenannte von großherzoglicher Sanitätscommission Lizenz erhalten, und zwar:

A. Zur Ausübung der innern Heilkunde:

Wilhelm Schuberg von Carlsruhe,
Gottlieb Dischinger, Wund- und Hebarzt von Kirchhofen,
Gustav Bopp, Wund- und Hebarzt von Bruchsal,
Leopold Krumm, Militärwundarzt und Hebarzt in Carlsruhe,
Franz Stephant von Mannheim,
Adolph Troß von Mannheim,
Miois Wolf, Wund- und Hebarzt von Münzingen,
Friedrich Solwey, Wund- und Hebarzt von Carlsruhe.

B. Zur Ausübung der Chirurgie:

Carl Bader von Freiburg,
Herrmann Kast von Ueberlingen,
Wilhelm Müller von Ettenhelm,
Wilhelm Schuberg von Carlsruhe,
Raphael von Weinzlerl von Säckingen,
Ludwig Wild von Menzenschwand.

C. Zur Ausübung der Geburtshülfe:

Wilhelm Schuberg von Carlsruhe,
 Carl Bader von Freiburg,
 Raphael von Weinzierl von Säckingen,
 Andreas Weydung, praktischer Arzt in Heidelberg,
 Wilhelm Müller von Eitenheim,
 Ludwig Wild von Menzenschwand,
 August Braun, Militärarzt in Konstanz.

Carlsruhe, den 5. Juli 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
 von Marshall.

Vdt. Sachs.

Die Staatsgenehmigung der Schenkung einer Ungenannten an den Orden der barmherzigen Schwestern betreffend.

Die Schenkung einer Ungenannten zu Freiburg an den Orden der barmherzigen Schwestern im Betrage von fünfzig Gulden hat durch den katholischen Oberkirchenrath die Staatsgenehmigung erhalten, und wird diese Stiftung hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 5. Juli 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
 von Marshall.

Vdt. Sachs.

Die Staatsgenehmigung der Präsentation auf die evangelische Pfarrei Sennfeld betreffend.

Das großherzogliche Ministerium des Innern hat
 unter dem 30. Juni d. J.

der von Seiten der Freiherren Rüdert von Collenberg-Wöbdingheim und Freiherren von Adelsheim, Sennfelder Linie, erfolgten Präsentation des Pfarrverweisers Carl Rötter zu Eichersheim auf die erledigte evangelische Pfarrei Sennfeld die Staatsgenehmigung erteilt.

Die Zuthellung der Gemeinden Eubigheim und Reibelsbach zu der Obereinnahme Krautheim betreffend.

Mit Bezugnahme auf die Bekanntmachung des großherzoglichen Ministeriums des Innern vom 6. Februar l. J., Regierungsblatt Seite 141, wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß in Folge der von Seiner Königl. Hoheit dem Großherzog gnädigst genehmigten Einteilung der Gemeinden Eubigheim und Reibelsbach in den Amtsbezirk Dorberg

dieselben von dem Bezirk der Obereinnehmeri Buchen, wozu sie seither gehörten, getrennt und der Obereinnehmeri Krautheim zugetheilt werden.

Diese Aenderung tritt mit dem 1. Januar künftigen Jahrs in Wirksamkeit.

Carlsruhe, den 26. Juni 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Probst.

Diensterledigungen.

Die katholische Pfarrei Wingenhofen ist mit einem beiläufigen Jahresertragniß von 700 fl., worauf die Verbindlichkeit ruht, bis zum Jahre 1859 incl. jährlich etwa 8 fl. zur Tilgung von Provisorien für Zehntablösungskosten zu bezahlen, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem fürstlichen Gesammthause zu Löwenstein nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Dilsberg, Amts Neckargemünd, ist mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 1,000 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe vorschriftsmäßig zu melden.

Man sieht sich veranlaßt, das Kaplaneibenefizium ad St. Corpus Christi zu Willingen mit einem beiläufigen Einkommen von 500 fl., womit die erste Lehrstelle an der höheren Bürgerschule mit einem Gehalt von 200 fl. verbunden ist, zur Bewerbung wiederholt auszusprechen. Die Bewerber um diese Stelle haben sich sowohl bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe als bei dem erzbischöflichen Ordinariate innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Zu dem Ausschreiben der Pfarrei Scherzen (Regierungsblatt vom 21. Mai d. J. Nr. XXXIII.) wird nachträglich bemerkt, daß der künftige Pfarrer sich die etwaige Ausparrung des Filials Horheim und den Wegzug der von da kommenden Einkommenstheile gefallen zu lassen hat.

Die katholische Pfarrei Großschöndach, Amts Pfullendorf, ist mit einem beiläufigen Einkommen von 600 fl., worauf die Verbindlichkeit ruht, 122 fl. 22 kr. Zehntablösungskosten in noch zu bestimmenden Jahresterminen heimzuzahlen, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

Todesfall.

Gestorben ist:

Am 26. Juni d. J. der Oberleutnant vom ersten Reller-Regiment Ernst von Stillmann zu Baden.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Dienstag den 15. Juli 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsseungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Dienstnachrichten.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachungen des großherzoglichen Ministeriums des Innern: Staatsgenehmigung von Stiftungen im Unterrheinkreise betreffend; das Ergebniß der Frühlingsprüfung der evangelischen Theologen betreffend. Bekanntmachung des großherzoglichen Finanzministeriums: die diesjährige zweite Gewinnziehung des Anlehens der Eisenbahnschuldentilgungskasse zu 14 Millionen Gulden vom Jahr 1845 betreffend.

Dienstverledigungen. Todesfälle.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsseungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden:

unter dem 1. Juli d. J.

den Obersten und Flügeladjutanten von Krieg zu Höchstihrem Bevollmächtigten in der Bundesmilitär-Commission zu ernennen;

unter dem 8. Juli d. J.

den wegen Theilnahme an dem im Jahre 1849 stattgehabten Aufruhr zu peinlicher Strafe rechtskräftig verurtheilten Pfarrer Lehlbach in Heiligkreuzsteinach auf den Grund des §. 83 der Kirchenrathsinstruktion von 1797 aus dem Dienste der evangelischen Kirche zu entlassen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Staatsgenehmigung von Stiftungen im Unterrheinkreise betreffend.

Nachstehende Stiftungen haben von der Regierung des Unterrheinkreises die Staatsgenehmigung erhalten, und werden hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 24. Juni 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Es haben gestiftet:

Jakob Krug von Eiersheim 200 fl. in die Kirche daselbst zur Unterhaltung des ewigen Lichtes;
die Erben des zu Neckargemünd verstorbenen pensionirten Oberforstmeisters Freiherrn von
Truchseß, 300 fl. in die dortige Armenkasse;

Kaufmann Johann Christoph Faber zu Wertheim in die evangelische Kirche daselbst einen
Laußwein im Werthe von 125 fl.;

ein Ungenannter in die Kirche zu Fahrenbach ein weißseidenes Messgewand im Anschlag von 40 fl.;

Knopfmacher Johann Jakob Högner zu Regensburg 1000 fl. in das evangelische Kranken-
spital in Mannheim;

Valentin Englert von Rülshelm 15 fl. in die Kirche daselbst zur Verwendung an den Mutter-
gottesaltar;

zwei Ungenannte in die Kirche zu Dertingen 20 fl. zur Verschönerung des Altars und der
Kanzel und 10 fl. 18 fr. zur Wiebervergoldung des Krucifixes auf dem Altar;

ein Ungenannter in die Kirche zu Schriesheim:

a. einen Traghimmel im Werthe von 100 fl. 28 fr.;

b. eine Albe nebst Cingulum 9 fl. 40 fr., und

c. zwei zinnerne Messkännchen mit Teller 3 fl. 20 fr.;

mehrere katholische Einwohner zu Schriesheim in die Kirche daselbst zwei Standarten im Werth
von 21 fl. 11 fr.;

Rath Schlosser auf dem Stift Neuburg in die katholische Kirche zu Ziegelhausen 50 fl.
zur Anschaffung eines Speisefelchs;

Anna Maria Schüssler von Rülshelm in die Kirche daselbst 30 fl. zur Anschaffung von
Paramenten;

Peter Trabolds Eheleute zu Rinsheim in die Kirche daselbst einen Acker im Werth von 12 fl.;

Anton Göbel Wittwe in Eiersheim 50 fl. in den Armenfond daselbst, und

Michael Wollenschlägers Eheleute von Walldürn 25 fl. in den dortigen Almosensond.

Das Ergebniß der Frühjahrsprüfung der evangelischen Theologen betreffend.

Nach erstandener ordnungsmäßiger Prüfung sind von 11 Candidaten folgende 7 unter die
Zahl der evangelischen Pfarramtsandidaten aufgenommen worden:

Martin Lohrer von Oberbaldingen,

Karl Heinrich Ebert von Mosbach,

Ernst Philipp von Spöck,

Heinrich Spath von Eppenheim,

Wilhelm Eccard von Almansweiler,

Conrad Eßfel von Hemsbach,

Johann Georg Rißhaupt von Wiesloch.

Carlsruhe, den 5. Juli 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Sachs.

Die diesjährige zweite Gewinnziehung des Anlehens der Eisenbahnschuldentilgungskasse zu vierzehn Millionen Gulden vom Jahr 1845 betreffend.

Das Resultat der heute stattgehabten zweiten diesjährigen Gewinnziehung des vorbemerkten Anlehens wird durch die beifolgende Liste zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Die Gewinne werden planmäßig auf den 1. October d. J. durch die Eisenbahnschuldentilgungskasse bezahlt werden, wenn es die Inhaber der Loose nicht vorziehen, ihre Gewinne früher bei dieser Kasse gegen einen Diskont von einem halben Kreuzer auf den Gulden zu erheben.

Carlsruhe, den 30. Juni 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Riegenauer.

Vdt. Probst.

Liste

Der zu dem Lotterieanlehen der großherzoglichen Eisenbahnschuldentilgungskasse vom Jahr 1845 von vierzehn Millionen Gulden

gehörigen 1000 Stück Loose mit den darauf gefallenen Gewinnsten, welche bei der

Zweindzwanzigsten Ziehung

am 30. Juni 1851 unter Aufsicht der großherzoglichen Kommission und in Gegenwart der Anlehens-Unternehmer gezogen wurden.

(Nach der Nummernfolge geordnet.)

Nummern der am 31. Mai 1851 gezogenen 20 Serien.

451. 639. 683. 875. 1000. 1043. 1451. 1708. 2465. 3159. 3514. 4842. 4712. 5148. 5308. 5438. 6091. 6798. 6808. 7553.

| Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. |
|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|
| 22501 | 42 | 22517 | 70 | 22533 | 42 | 22549 | 70 | 31915 | 70 | 31931 | 70 |
| 22502 | 42 | 22518 | 42 | 22534 | 70 | 22550 | 70 | 31916 | 42 | 31932 | 42 |
| 22503 | 42 | 22519 | 70 | 22535 | 70 | 31901 | 42 | 31917 | 42 | 31933 | 42 |
| 22504 | 42 | 22520 | 42 | 22536 | 42 | 31902 | 42 | 31918 | 70 | 31934 | 70 |
| 22505 | 42 | 22521 | 42 | 22537 | 42 | 31903 | 70 | 31919 | 70 | 31935 | 42 |
| 22506 | 70 | 22522 | 42 | 22538 | 42 | 31904 | 70 | 31920 | 70 | 31936 | 70 |
| 22507 | 70 | 22523 | 42 | 22539 | 70 | 31905 | 42 | 31921 | 42 | 31937 | 42 |
| 22508 | 42 | 22524 | 42 | 22540 | 42 | 31906 | 70 | 31922 | 42 | 31938 | 42 |
| 22509 | 70 | 22525 | 42 | 22541 | 70 | 31907 | 70 | 31923 | 42 | 31939 | 70 |
| 22510 | 42 | 22526 | 70 | 22542 | 70 | 31908 | 42 | 31924 | 42 | 31940 | 42 |
| 22511 | 70 | 22527 | 70 | 22543 | 70 | 31909 | 42 | 31925 | 70 | 31941 | 42 |
| 22512 | 70 | 22528 | 70 | 22544 | 42 | 31910 | 1000 | 31926 | 42 | 31942 | 70 |
| 22513 | 42 | 22529 | 70 | 22545 | 70 | 31911 | 70 | 31927 | 70 | 31943 | 70 |
| 22514 | 70 | 22530 | 70 | 22546 | 70 | 31912 | 42 | 31928 | 42 | 31944 | 70 |
| 22515 | 1000 | 22531 | 42 | 22547 | 70 | 31913 | 70 | 31929 | 70 | 31945 | 70 |
| 22516 | 42 | 22532 | 42 | 22548 | 70 | 31914 | 42 | 31930 | 70 | 31946 | 42 |

| Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. |
|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|
| 31947 | 42 | 43701 | 42 | 49955 | 42 | 52109 | 70 | 72513 | 70 | 85367 | 70 |
| 31948 | 70 | 43702 | 70 | 49956 | 70 | 52110 | 42 | 72514 | 70 | 85368 | 70 |
| 31949 | 70 | 43703 | 70 | 49957 | 70 | 52111 | 42 | 72515 | 70 | 85369 | 42 |
| 31950 | 70 | 43704 | 70 | 49958 | 70 | 52112 | 1000 | 72516 | 42 | 85370 | 70 |
| 34101 | 42 | 43705 | 70 | 49959 | 42 | 52113 | 70 | 72517 | 42 | 85371 | 70 |
| 34102 | 70 | 43706 | 70 | 49960 | 70 | 52114 | 42 | 72518 | 42 | 85372 | 42 |
| 34103 | 70 | 43707 | 42 | 49961 | 42 | 52115 | 42 | 72519 | 70 | 85373 | 70 |
| 34104 | 70 | 43708 | 42 | 49962 | 70 | 52116 | 70 | 72520 | 42 | 85374 | 70 |
| 34105 | 42 | 43709 | 1000 | 49963 | 42 | 52117 | 42 | 72521 | 42 | 85375 | 70 |
| 34106 | 42 | 43710 | 70 | 49964 | 70 | 52118 | 1000 | 72522 | 42 | 85376 | 70 |
| 34107 | 70 | 43711 | 42 | 49965 | 42 | 52119 | 70 | 72523 | 70 | 85377 | 42 |
| 34108 | 70 | 43712 | 42 | 49966 | 42 | 52120 | 70 | 72524 | 70 | 85378 | 42 |
| 34109 | 70 | 43713 | 42 | 49967 | 42 | 52121 | 42 | 72525 | 42 | 85379 | 42 |
| 34110 | 42 | 43714 | 70 | 49968 | 70 | 52122 | 42 | 72526 | 70 | 85380 | 42 |
| 34111 | 42 | 43715 | 42 | 49969 | 1000 | 52123 | 1000 | 72527 | 42 | 85381 | 1000 |
| 34112 | 70 | 43716 | 70 | 49970 | 42 | 52124 | 70 | 72528 | 1000 | 85382 | 70 |
| 34113 | 70 | 43717 | 42 | 49971 | 42 | 52125 | 42 | 72529 | 70 | 85383 | 42 |
| 34114 | 70 | 43718 | 42 | 49972 | 42 | 52126 | 70 | 72530 | 70 | 85384 | 70 |
| 34115 | 70 | 43719 | 42 | 49973 | 42 | 52127 | 70 | 72531 | 70 | 85385 | 1000 |
| 34116 | 70 | 43720 | 70 | 49974 | 42 | 52128 | 42 | 72532 | 42 | 85386 | 70 |
| 34117 | 70 | 43721 | 42 | 49975 | 1000 | 52129 | 42 | 72533 | 70 | 85387 | 42 |
| 34118 | 70 | 43722 | 42 | 49976 | 70 | 52130 | 42 | 72534 | 42 | 85388 | 42 |
| 34119 | 70 | 43723 | 70 | 49977 | 70 | 52131 | 70 | 72535 | 42 | 85389 | 1000 |
| 34120 | 70 | 43724 | 70 | 49978 | 70 | 52132 | 42 | 72536 | 70 | 85390 | 42 |
| 34121 | 70 | 43725 | 70 | 49979 | 42 | 52133 | 70 | 72537 | 70 | 85391 | 42 |
| 34122 | 42 | 43726 | 42 | 49980 | 42 | 52134 | 42 | 72538 | 42 | 85392 | 42 |
| 34123 | 42 | 43727 | 70 | 49981 | 70 | 52135 | 42 | 72539 | 42 | 85393 | 70 |
| 34124 | 42 | 43728 | 42 | 49982 | 70 | 52136 | 42 | 72540 | 70 | 85394 | 42 |
| 34125 | 70 | 43729 | 70 | 49983 | 70 | 52137 | 42 | 72541 | 70 | 85395 | 42 |
| 34126 | 1000 | 43730 | 70 | 49984 | 1000 | 52138 | 42 | 72542 | 70 | 85396 | 70 |
| 34127 | 70 | 43731 | 42 | 49985 | 42 | 52139 | 70 | 72543 | 42 | 85397 | 70 |
| 34128 | 42 | 43732 | 42 | 49986 | 42 | 52140 | 70 | 72544 | 70 | 85398 | 42 |
| 34129 | 42 | 43733 | 42 | 49987 | 70 | 52141 | 70 | 72545 | 70 | 85399 | 42 |
| 34130 | 42 | 43734 | 42 | 49988 | 70 | 52142 | 70 | 72546 | 70 | 85400 | 42 |
| 34131 | 70 | 43735 | 42 | 49989 | 70 | 52143 | 42 | 72547 | 42 | 123201 | 70 |
| 34132 | 70 | 43736 | 42 | 49990 | 42 | 52144 | 70 | 72548 | 70 | 123202 | 70 |
| 34133 | 70 | 43737 | 42 | 49991 | 42 | 52145 | 42 | 72549 | 70 | 123203 | 70 |
| 34134 | 42 | 43738 | 42 | 49992 | 42 | 52146 | 42 | 72550 | 42 | 123204 | 70 |
| 34135 | 70 | 43739 | 42 | 49993 | 70 | 52147 | 42 | 85351 | 42 | 123205 | 42 |
| 34136 | 42 | 43740 | 70 | 49994 | 42 | 52148 | 70 | 85352 | 42 | 123206 | 70 |
| 34137 | 42 | 43741 | 42 | 49995 | 70 | 52149 | 42 | 85353 | 42 | 123207 | 42 |
| 34138 | 42 | 43742 | 70 | 49996 | 70 | 52150 | 42 | 85354 | 42 | 123208 | 42 |
| 34139 | 70 | 43743 | 42 | 49997 | 70 | 72501 | 70 | 85355 | 70 | 123209 | 42 |
| 34140 | 70 | 43744 | 42 | 49998 | 42 | 72502 | 70 | 85356 | 70 | 123210 | 70 |
| 34141 | 70 | 43745 | 70 | 49999 | 42 | 72503 | 42 | 85357 | 42 | 123211 | 70 |
| 34142 | 70 | + 43746 + | 70 | 50000 | 42 | 72504 | 42 | 85358 | 70 | 123212 | 42 |
| 34143 | 42 | 43747 | 42 | 52101 | 42 | 72505 | 42 | 85359 | 70 | 123213 | 42 |
| 34144 | 42 | 43748 | 70 | 52102 | 70 | 72506 | 42 | 85360 | 42 | 123214 | 70 |
| 34145 | 42 | 43749 | 42 | 52103 | 70 | 72507 | 70 | 85361 | 70 | 123215 | 70 |
| 34146 | 42 | 43750 | 42 | 52104 | 42 | 72508 | 70 | 85362 | 42 | 123216 | 70 |
| 34147 | 42 | 49951 | 42 | 52105 | 70 | 72509 | 42 | 85363 | 70 | 123217 | 70 |
| 34148 | 42 | 49952 | 70 | 52106 | 70 | 72510 | 70 | 85364 | 42 | 123218 | 42 |
| 34149 | 70 | 49953 | 42 | 52107 | 70 | 72511 | 70 | 85365 | 70 | 123219 | 42 |
| 34150 | 42 | 49954 | 70 | 52108 | 42 | 72512 | 70 | 85366 | 42 | 123220 | 70 |

NB. Das mit + bezeichnete Loos Nr. 43746 ist mit Zahlungssperre belegt.

| Nummer
der Loose. | Gewinn
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn
fl. |
|----------------------|---------------|----------------------|---------------|------------------------|---------------|----------------------|---------------|------------------------|---------------|------------------------|---------------|
| 123221 | 70 | 157925 | 70 | 175679 | 70 | 232083 | 70 | 235587 | 70 | 257391 | 42 |
| 123222 | 42 | 157926 | 42 | 175680 | 70 | 232084 | 42 | 235588 | 70 | 257392 | 42 |
| 123223 | 70 | 157927 | 42 | 175681 | 42 | 232085 | 70 | 235589 | 42 | 257393 | 42 |
| 123224 | 70 | 157928 | 42 | 175682 | 70 | 232086 | 42 | 235590 | 70 | 257394 | 42 |
| 123225 | 42 | 157929 | 42 | 175683 | 42 | 232087 | 70 | 235591 | 70 | 257395 | 70 |
| 123226 | 70 | 157930 | 70 | 175684 | 70 | 232088 | 70 | 235592 | 42 | 257396 | 70 |
| 123227 | 70 | 157931 | 42 | 175685 | 42 | 232089 | 42 | 235593 | 42 | 257397 | 70 |
| 123228 | 70 | 157932 | 70 | 175686 | 42 | 232090 | 70 | 235594 | 70 | 257398 | 42 |
| 123229 | 42 | 157933 | 70 | 175687 | 42 | 232091 | 70 | 235595 | 70 | 257399 | 42 |
| 123230 | 70 | 157934 | 70 | 175688 | 70 | 232092 | 42 | 235596 | 70 | 257400 | 42 |
| 123231 | 70 | 157935 | 42 | 175689 | 42 | 232093 | 42 | 235597 | 42 | 265351 | 42 |
| 123232 | 42 | 157936 | 42 | 175690 | 42 | 232094 | 70 | 235598 | 70 | 265352 | 42 |
| 123233 | 70 | 157937 | 42 | 175691 | 70 | 232095 | 42 | 235599 | 42 | 265353 | 42 |
| 123234 | 70 | 157938 | 42 | 175692 | 42 | 232096 | 70 | 235600 | 42 | 265354 | 70 |
| 123235 | 42 | 157939 | 42 | 175693 | 42 | 232097 | 42 | 257351 | 42 | 265355 | 42 |
| 123236 | 70 | 157940 | 42 | 175694 | 70 | 232098 | 70 | 257352 | 70 | 265356 | 42 |
| 123237 | 42 | 157941 | 42 | 175695 | 70 | 232099 | 42 | 257353 | 42 | 265357 | 70 |
| 123238 | 42 | 157942 | 42 | 175696 | 70 | 232100 | 70 | 257354 1000 | 1000 | 265358 | 70 |
| 123239 | 70 | 157943 | 42 | 175697 | 42 | 235551 | 42 | 257355 | 70 | 265359 | 42 |
| 123240 | 42 | 157944 | 70 | 175698 | 70 | 235552 | 42 | 257356 | 70 | 265360 | 70 |
| 123241 | 70 | 157945 | 70 | 175699 | 42 | 235553 | 70 | 257357 | 42 | 265361 | 70 |
| 123242 | 42 | 157946 | 42 | 175700 | 42 | 235554 | 70 | 257358 | 70 | 265362 | 70 |
| 123243 | 70 | 157947 | 70 | 232051 1000 | 1000 | 235555 | 42 | 257359 | 42 | 265363 | 42 |
| 123244 | 42 | 157948 | 42 | 232052 | 42 | 235556 | 42 | 257360 | 70 | 265364 | 42 |
| 123245 | 70 | 157949 | 42 | 232053 | 42 | 235557 | 42 | 257361 | 42 | 265365 | 42 |
| 123246 | 42 | 157950 | 70 | 232054 | 42 | 235558 | 70 | 257362 | 42 | 265366 | 42 |
| 123247 | 42 | 175651 | 70 | 232055 | 42 | 235559 | 42 | 257363 | 70 | 265367 | 70 |
| 123248 | 70 | 175652 | 70 | 232056 | 42 | 235560 | 70 | 257364 | 42 | 265368 | 70 |
| 123249 | 42 | 175653 | 70 | 232057 | 70 | 235561 | 42 | 257365 | 70 | 265369 | 42 |
| 123250 | 42 | 175654 | 70 | 232058 | 70 | 235562 | 42 | 257366 | 42 | 265370 | 42 |
| 157901 | 70 | 175655 | 70 | 232059 | 70 | 235563 | 42 | 257367 | 42 | 265371 | 42 |
| 157902 | 70 | 175656 | 42 | 232060 | 70 | 235564 | 70 | 257368 | 70 | 265372 | 42 |
| 157903 | 70 | 175657 | 42 | 232061 | 70 | 235565 | 70 | 257369 | 42 | 265373 | 42 |
| 157904 | 70 | 175658 | 70 | 232062 | 70 | 235566 | 70 | 257370 | 70 | 265374 1000 | 1000 |
| 157905 | 42 | 175659 | 42 | 232063 | 70 | 235567 | 42 | 257371 | 42 | 265375 | 42 |
| 157906 | 70 | 175660 | 70 | 232064 | 70 | 235568 | 42 | 257372 | 70 | 265376 | 42 |
| 157907 | 70 | 175661 | 70 | 232065 | 42 | 235569 | 70 | 257373 | 70 | 265377 | 42 |
| 157908 | 70 | 175662 | 42 | 232066 | 42 | 235570 | 70 | 257374 | 42 | 265378 | 42 |
| 157909 | 42 | 175663 | 70 | 232067 | 42 | 235571 | 42 | 257375 | 42 | 265379 | 42 |
| 157910 | 70 | 175664 | 70 | 232068 | 70 | 235572 | 42 | 257376 | 70 | 265380 | 70 |
| 157911 | 70 | 175665 | 42 | 232069 | 70 | 235573 | 42 | 257377 | 70 | 265381 | 42 |
| 157912 | 42 | 175666 | 42 | 232070 | 42 | 235574 | 70 | 257378 | 42 | 265382 | 70 |
| 157913 | 42 | 175667 | 42 | 232071 | 42 | 235575 | 70 | 257379 | 70 | 265383 | 70 |
| 157914 | 70 | 175668 | 42 | 232072 | 70 | 235576 | 42 | 257380 | 70 | 265384 | 70 |
| 157915 | 42 | 175669 | 70 | 232073 | 70 | 235577 | 70 | 257381 | 70 | 265385 | 42 |
| 157916 | 42 | 175670 | 70 | 232074 | 70 | 235578 | 42 | 257382 | 70 | 265386 | 70 |
| 157917 | 42 | 175671 | 70 | 232075 | 70 | 235579 | 42 | 257383 | 42 | 265387 | 70 |
| 157918 | 42 | 175672 | 70 | 232076 | 42 | 235580 | 42 | 257384 | 70 | 265388 | 42 |
| 157919 | 42 | 175673 | 70 | 232077 | 70 | 235581 | 70 | 257385 | 42 | 265389 | 42 |
| 157920 | 70 | 175674 | 42 | 232078 | 42 | 235582 | 42 | 257386 | 70 | 265390 | 70 |
| 157921 | 42 | 175675 | 42 | 232079 | 70 | 235583 | 70 | 257387 | 42 | 265391 | 42 |
| 157922 | 70 | 175676 | 42 | 232080 | 42 | 235584 | 70 | 257388 | 42 | 265392 | 70 |
| 157923 | 70 | 175677 | 42 | 232081 | 70 | 235585 | 70 | 257389 | 42 | 265393 1000 | 1000 |
| 157924 | 70 | 175678 | 42 | 232082 | 42 | 235586 | 70 | 257390 | 70 | 265394 | 70 |

| Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. |
|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|
| 265395 | 42 | 271888 | 70 | 304531 | 70 | 339874 | 42 | 340267 | 42 | 377609 | 70 |
| 265396 | 70 | 271889 | 70 | 304532 | 70 | 339875 | 42 | 340268 | 42 | 377610 | 42 |
| 265397 | 70 | 271890 | 70 | 304533 | 42 | 339876 | 70 | 340269 | 42 | 377611 | 70 |
| 265398 | 70 | 271891 | 70 | 304534 | 70 | 339877 | 42 | 340270 | 42 | 377612 | 42 |
| 265399 | 42 | 271892 | 70 | 304535 | 70 | 339878 | 70 | 340271 | 42 | 377613 | 42 |
| 265400 | 70 | 271893 | 42 | 304536 | 70 | 339879 | 70 | 340272 | 42 | 377614 | 42 |
| 271851 | 70 | 271894 | 42 | 304537 | 70 | 339880 | 70 | 340273 | 70 | 377615 | 42 |
| 271852 | 70 | 271895 | 70 | 304538 | 42 | 339881 | 70 | 340274 | 42 | 377616 | 42 |
| 271853 | 70 | 271896 | 42 | 304539 | 70 | 339882 | 42 | 340275 | 42 | 377617 | 42 |
| 271854 | 42 | 271897 | 42 | 304540 | 1000 | 339883 | 42 | 340276 | 42 | 377618 | 42 |
| 271855 | 70 | 271898 | 70 | 304541 | 70 | 339884 | 42 | 340277 | 70 | 377619 | 70 |
| 271856 | 42 | 271899 | 70 | 304542 | 70 | 339885 | 42 | 340278 | 42 | 377620 | 42 |
| 271857 | 42 | 271900 | 70 | 304543 | 42 | 339886 | 70 | 340279 | 70 | 377621 | 42 |
| 271858 | 42 | 304501 | 70 | 304544 | 42 | 339887 | 70 | 340280 | 42 | 377622 | 70 |
| 271859 | 42 | 304502 | 70 | 304545 | 70 | 339888 | 70 | 340281 | 42 | 377623 | 42 |
| 271860 | 42 | 304503 | 70 | 304546 | 70 | 339889 | 42 | 340282 | 42 | 377624 | 70 |
| 271861 | 42 | 304504 | 42 | 304547 | 70 | 339890 | 42 | 340283 | 42 | 377625 | 70 |
| 271862 | 42 | 304505 | 70 | 304548 | 42 | 339891 | 42 | 340284 | 70 | 377626 | 42 |
| 271863 | 70 | 304506 | 70 | 304549 | 42 | 339892 | 70 | 340285 | 42 | 377627 | 42 |
| 271864 | 70 | 304507 | 70 | 304550 | 42 | 339893 | 42 | 340286 | 70 | 377628 | 70 |
| 271865 | 42 | 304508 | 70 | 339851 | 42 | 339894 | 42 | 340287 | 70 | 377629 | 42 |
| 271866 | 70 | 304509 | 70 | 339852 | 42 | 339895 | 70 | 340288 | 70 | 377630 | 42 |
| 271867 | 70 | 304510 | 1000 | 339853 | 70 | 339896 | 70 | 340289 | 70 | 377631 | 70 |
| 271868 | 42 | 304511 | 42 | 339854 | 70 | 339897 | 70 | 340290 | 70 | 377632 | 70 |
| 271869 | 42 | 304512 | 42 | 339855 | 42 | 339898 | 70 | 340291 | 42 | 377633 | 42 |
| 271870 | 42 | 304513 | 70 | 339856 | 70 | 339899 | 70 | 340292 | 42 | 377634 | 42 |
| 271871 | 42 | 304514 | 42 | 339857 | 70 | 339900 | 42 | 340293 | 70 | 377635 | 70 |
| 271872 | 70 | 304515 | 70 | 339858 | 42 | 340251 | 70 | 340294 | 42 | 377636 | 42 |
| 271873 | 70 | 304516 | 42 | 339859 | 42 | 340252 | 70 | 340295 | 42 | 377637 | 42 |
| 271874 | 42 | 304517 | 42 | 339860 | 42 | 340253 | 42 | 340296 | 70 | 377638 | 70 |
| 271875 | 42 | 304518 | 70 | 339861 | 42 | 340254 | 42 | 340297 | 42 | 377639 | 70 |
| 271876 | 42 | 304519 | 70 | 339862 | 70 | 340255 | 42 | 340298 | 70 | 377640 | 42 |
| 271877 | 42 | 304520 | 70 | 339863 | 70 | 340256 | 42 | 340299 | 42 | 377641 | 70 |
| 271878 | 42 | 304521 | 42 | 339864 | 42 | 340257 | 70 | 340300 | 42 | 377642 | 70 |
| 271879 | 70 | 304522 | 70 | 339865 | 42 | 340258 | 70 | 377601 | 70 | 377643 | 42 |
| 271880 | 70 | 304523 | 70 | 339866 | 42 | 340259 | 70 | 377602 | 70 | 377644 | 70 |
| 271881 | 70 | 304524 | 42 | 339867 | 70 | 340260 | 42 | 377603 | 42 | 377645 | 42 |
| 271882 | 42 | 304525 | 70 | 339868 | 70 | 340261 | 70 | 377604 | 42 | 377646 | 70 |
| 271883 | 42 | 304526 | 70 | 339869 | 70 | 340262 | 42 | 377605 | 70 | 377647 | 42 |
| 271884 | 70 | 304527 | 42 | 339870 | 42 | 340263 | 42 | 377606 | 70 | 377648 | 42 |
| 271885 | 42 | 304528 | 42 | 339871 | 70 | 340264 | 70 | 377607 | 42 | 377649 | 70 |
| 271886 | 42 | 304529 | 42 | 339872 | 70 | 340265 | 70 | 377608 | 42 | 377650 | 42 |
| 271887 | 42 | 304530 | 42 | 339873 | 70 | 340266 | 42 | | | | |

Liste

der aus den früheren

zwanzig Ziehungen

nach uneingelösten großherzoglich badischen Fünfunddreißig-Gulden-Loose

des Anlebens vom Jahre 1845,

deren Besitzer zur Erhebung der Gewinne hierdurch aufgefördert werden.

| Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. |
|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|
| 30 | 1463 | XIX. | fl. 42 | 215 | 10703 | X. | 42 | 515 | 25730 | XIX. | 42 | 573 | 28634 | VI. | 42 |
| " | 1470 | " | 50 | 313 | 15601 | IV. | 70 | " | 25731 | " | 42 | 616 | 30761 | XVIII. | 42 |
| " | 1471 | " | 42 | " | 15602 | " | 42 | " | 25732 | " | 50 | 623 | 31111 | XVII. | 42 |
| " | 1472 | " | 42 | " | 15626 | " | 70 | " | 25733 | " | 42 | " | 31113 | " | 50 |
| 36 | 1754 | " | 42 | " | 15632 | " | 42 | " | 25734 | " | 50 | " | 31117 | " | 42 |
| " | 1755 | " | 42 | 334 | 16657 | XVII. | 42 | " | 25735 | " | 42 | " | 31118 | " | 50 |
| " | 1756 | " | 42 | " | 16658 | " | 42 | " | 25736 | " | 1000 | " | 31122 | " | 42 |
| " | 1759 | " | 42 | " | 16661 | " | 42 | " | 25738 | " | 42 | " | 31125 | " | 42 |
| " | 1762 | " | 42 | 374 | 18656 | " | 42 | " | 25741 | " | 42 | " | 31126 | " | 42 |
| " | 1773 | " | 42 | " | 18658 | " | 42 | 519 | 25908 | XVI. | 42 | " | 31132 | " | 42 |
| " | 1780 | " | 42 | " | 18664 | " | 42 | 520 | 25993 | X. | 42 | 659 | 32908 | V. | 42 |
| " | 1784 | " | 42 | " | 18666 | " | 42 | 546 | 27263 | XVI. | 42 | 678 | 33858 | XVI. | 70 |
| " | 1785 | " | 42 | " | 18667 | " | 42 | " | 27264 | " | 70 | " | 33859 | " | 70 |
| " | 1786 | " | 42 | " | 18668 | " | 42 | " | 27265 | " | 70 | " | 33865 | " | 70 |
| " | 1787 | " | 42 | " | 18671 | " | 42 | " | 27266 | " | 70 | " | 33868 | " | 42 |
| " | 1788 | " | 42 | " | 18697 | " | 42 | " | 27267 | " | 70 | " | 33872 | " | 70 |
| 68 | 3358 | XIII. | 42 | 402 | 20056 | " | 50 | " | 27268 | " | 42 | " | 33876 | " | 42 |
| " | 3359 | " | 42 | 403 | 20129 | III. | 42 | " | 27269 | " | 42 | " | 33885 | " | 1000 |
| " | 3364 | " | 42 | " | 20130 | " | 42 | " | 27270 | " | 70 | " | 33900 | " | 42 |
| " | 3365 | " | 50 | 450 | 22462 | XII. | 70 | " | 27271 | " | 42 | 687 | 34312 | XIV. | + 70 |
| " | 3369 | " | 42 | " | 22500 | " | 42 | " | 27272 | " | 42 | " | 34324 | " | 42 |
| " | 3370 | " | 42 | 469 | 23406 | IV. | 42 | " | 27284 | " | 42 | 699 | 34950 | VII. | 42 |
| " | 3372 | " | 42 | 492 | 24558 | XVIII. | 70 | 548 | 27351 | XIX. | 50 | 755 | 37708 | VI. | 42 |
| " | 3374 | " | 42 | " | 24579 | " | 70 | " | 27380 | " | 42 | 771 | 38501 | XVII. | 42 |
| " | 3397 | " | 50 | 515 | 25706 | XIX. | 42 | " | 27384 | " | 42 | " | 38502 | " | 42 |
| 91 | 4503 | XI. | 50 | " | 25719 | " | 42 | 573 | 28608 | VI. | 42 | " | 38503 | " | 50 |
| " | 4504 | " | 42 | " | 25720 | " | 42 | " | 28609 | " | 42 | " | 38504 | " | 42 |
| " | 4505 | " | 42 | " | 25721 | " | 42 | " | 28610 | " | 42 | 773 | 38624 | VI. | 42 |
| " | 4506 | " | 42 | " | 25722 | " | 42 | " | 28611 | " | 42 | 796 | 39775 | XI. | 50 |
| " | 4539 | " | 42 | " | 25723 | " | 42 | " | 28612 | " | 70 | " | 39776 | " | 42 |
| " | 4540 | " | 42 | " | 25724 | " | 42 | " | 28627 | " | 70 | " | 39777 | " | 42 |
| 128 | 6860 | I. | 42 | " | 25725 | " | 42 | " | 28630 | " | 70 | " | 39778 | " | 42 |
| 199 | 9926 | XV. | 42 | " | 25726 | " | 42 | " | 28631 | " | 42 | " | 39784 | " | 42 |
| " | 9941 | " | 42 | " | 25727 | " | 42 | " | 28632 | " | 70 | " | 39785 | " | 42 |
| 209 | 10425 | XX. | 70 | " | 25728 | " | 42 | " | 28633 | " | 42 | " | 39786 | " | 50 |
| " | 10448 | " | 42 | " | 25729 | " | 50 | " | " | " | " | 797 | 39809 | V. | 42 |

| Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. |
|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|
| 797 | 39811 | V. | fl. 42 | 1314 | 65681 | IX. | 42 | 1686 | 84296 | XV. | 42 | 2479 | 123929 | XIV. | fl. 70 |
| " | 39816 | " | 42 | " | 65700 | " | 42 | 1745 | 87201 | " | 42 | " | 123930 | " | 42 |
| " | 39817 | " | 42 | 1315 | 65705 | XVII. | 42 | " | 87216 | " | 42 | " | 123931 | " | 70 |
| 831 | 41534 | XII. | 42 | " | 65718 | " | 42 | " | 87224 | " | 42 | " | 123935 | " | 70 |
| " | 41535 | " | 70 | 1339 | 66903 | II. | 42 | " | 87234 | " | 42 | " | 123940 | " | 70 |
| " | 41536 | " | 70 | 1361 | 68019 | XI. | 42 | " | 87241 | " | 42 | " | 123941 | " | 70 |
| " | 41537 | " | 70 | " | 68025 | " | 42 | " | 87250 | " | 50 | " | 123942 | " | 70 |
| " | 41538 | " | 70 | " | 68031 | " | 50 | 1755 | 87709 | VII. | 42 | " | 123947 | " | 42 |
| " | 41539 | " | 42 | " | 68042 | " | 42 | " | 87710 | " | 42 | 2486 | 124293 | XIII. | 42 |
| " | 41540 | " | 42 | " | 68044 | " | 42 | " | 87711 | " | 42 | " | 124299 | " | 42 |
| 924 | 46182 | X. | 42 | 1378 | 68859 | XIV. | 70 | 1799 | 89901 | XV. | 42 | 2494 | 124695 | III. | 42 |
| 925 | 46216 | III. | 42 | " | 68862 | " | 70 | " | 89912 | " | 42 | 2496 | 124773 | XIII. | 42 |
| 935 | 46701 | XV. | 50 | " | 68871 | " | 42 | " | +89913 | " | + | 2528 | 126380 | XI. | 42 |
| " | 46702 | " | 42 | 1385 | 69228 | " | 42 | " | +89914 | " | + | " | 126381 | " | 42 |
| " | 46703 | " | 42 | " | 69229 | " | 1000 | " | +89915 | " | + | " | 126382 | " | 42 |
| " | 46705 | " | 42 | " | 69230 | " | 70 | " | +89916 | " | + | " | 126383 | " | 42 |
| " | 46743 | " | 50 | " | 69248 | " | 70 | 1800 | 89997 | " | 42 | 2585 | 129242 | II. | 42 |
| 944 | 47151 | XIII. | 50 | " | 69249 | " | 70 | " | 89998 | " | 42 | " | 129243 | " | 42 |
| " | 47152 | " | 50 | " | 69250 | " | 70 | " | 89999 | " | 42 | " | 129244 | " | 70 |
| " | 47153 | " | 42 | 1406 | 70274 | IX. | 42 | " | 90000 | " | 42 | " | 129245 | " | 70 |
| " | 47154 | " | 42 | 1409 | 70414 | III. | 250 | 1820 | 90951 | VIII. | 70 | " | 129246 | " | 42 |
| " | 47155 | " | 42 | 1454 | 72673 | XIII. | 42 | 1896 | 94759 | XVIII. | 42 | " | 129247 | " | 70 |
| " | 47156 | " | 42 | 1474 | 73671 | XVII. | 42 | 2013 | 100624 | X. | 42 | " | 129248 | " | 70 |
| " | 47157 | " | 42 | " | 73672 | " | 42 | 2054 | 102652 | XVIII. | 42 | " | 129249 | " | 70 |
| " | 47158 | " | 42 | " | 73682 | " | 42 | " | 102653 | " | 42 | " | 129250 | " | 42 |
| " | 47183 | " | 42 | " | 73683 | " | 42 | " | 102658 | " | 70 | 2587 | 129321 | XI. | 50 |
| 1036 | 51751 | X. | 42 | " | 73684 | " | 42 | " | 102666 | " | 42 | " | 129322 | " | 42 |
| 1047 | 52307 | V. | 42 | " | 73690 | " | 42 | " | 102667 | " | 42 | " | 129323 | " | 42 |
| 1086 | 54274 | XV. | 50 | " | 73691 | " | 42 | " | 102668 | " | 70 | " | 129324 | " | 42 |
| " | 54283 | " | 42 | " | 73692 | " | 42 | " | 102697 | " | 70 | " | 129325 | " | 42 |
| 1136 | 56772 | X. | 42 | 1482 | 74051 | IX. | 42 | 2188 | 109355 | VII. | 42 | " | 129326 | " | 42 |
| " | 56786 | " | 42 | " | 74057 | " | 42 | 2232 | 111578 | III. | 42 | " | 129327 | " | 42 |
| " | 56787 | " | 70 | " | 74074 | " | 50 | " | 111579 | " | 42 | " | 129328 | " | 42 |
| " | 56788 | " | 70 | " | 74088 | " | 50 | " | 111580 | " | 42 | " | 129329 | " | 42 |
| " | 56789 | " | 70 | " | 74091 | " | 42 | 2261 | 113003 | IX. | 42 | " | 129330 | " | 50 |
| " | 56793 | " | 42 | " | 74099 | " | 42 | " | 113036 | " | 42 | " | 129331 | " | 42 |
| " | 56794 | " | 70 | 1559 | 77909 | XVII. | 42 | 2345 | 117201 | XV. | 42 | " | 129332 | " | 42 |
| " | 56795 | " | 42 | " | 77917 | " | 42 | " | 117235 | " | 42 | " | 129333 | " | 42 |
| 1161 | 58023 | XIV. | 70 | " | 77936 | " | 42 | " | 117236 | " | 50 | " | 129334 | " | 42 |
| " | 58031 | " | 70 | " | 77940 | " | 5000 | " | 117250 | " | 42 | " | 129335 | " | 42 |
| " | 58032 | " | 42 | " | 77942 | " | 42 | 2411 | 120537 | XIII. | 42 | " | 129336 | " | 42 |
| 1234 | 61655 | IX. | 42 | 1567 | 78312 | VII. | 42 | 2424 | 121158 | XIX. | 42 | " | 129337 | " | 42 |
| " | 61673 | " | 50 | 1570 | 78475 | XV. | 50 | " | 121159 | " | 42 | " | 129338 | " | 42 |
| " | 61678 | " | 42 | " | 78476 | " | 42 | " | 121160 | " | 42 | " | 129339 | " | 42 |
| " | 61679 | " | 42 | 1600 | 79965 | XIX. | 42 | " | 121161 | " | 42 | " | 129340 | " | 50 |
| " | 61680 | " | 42 | " | 79972 | " | 42 | " | 121162 | " | 42 | " | 129348 | " | 42 |
| 1255 | 62704 | " | 42 | " | 79975 | " | 42 | " | 121163 | " | 42 | " | 129349 | " | 42 |
| " | 62739 | " | 50 | 1638 | 81851 | XX. | 70 | " | 121164 | " | 42 | 2599 | 129901 | XVI. | 42 |
| " | 62740 | " | 50 | " | 81852 | " | 42 | " | 121199 | " | 50 | " | 129902 | " | 70 |
| " | 62741 | " | 42 | " | 81853 | " | 70 | " | 121200 | " | 42 | " | 129909 | " | 42 |
| " | 62748 | " | 250 | " | 81854 | " | 70 | 2479 | 123911 | XIV. | 42 | 2643 | 132117 | " | 70 |
| 1262 | 63098 | XII. | 42 | " | 81880 | " | 42 | " | 123924 | " | 42 | " | 132137 | " | 42 |

| Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. |
|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|
| 2643 | 132138 | XVI. | fl. 70 | 2848 | 142390 | XIX | fl. 50 | 3367 | 168350 | XVIII. | fl. 42 | 3766 | 188285 | XX. | fl. 42 |
| " | 132149 | " | 42 | 2878 | 143897 | VI. | 42 | 3409 | 170404 | XVII. | 42 | " | 188292 | " | 70 |
| " | 132150 | " | 70 | 2883 | 144124 | XV. | 42 | 3450 | 172462 | XIX. | 50 | " | 188293 | " | 70 |
| 2667 | 133334 | VII. | 42 | " | 144131 | " | 42 | " | 172470 | " | 42 | " | 188294 | " | 70 |
| 2701 | 135008 | III. | 42 | " | 144139 | " | 42 | " | 172471 | " | 42 | " | 188299 | " | 70 |
| " | 135015 | " | 42 | 2988 | 149387 | III. | 42 | " | 172472 | " | 42 | " | 188300 | " | 70 |
| " | 135023 | " | 42 | " | 149388 | " | 42 | " | 172473 | " | 42 | 3776 | 188751 | XVI. | 42 |
| " | 135024 | " | 42 | " | 149389 | " | 42 | " | 172474 | " | 42 | " | 188790 | " | 70 |
| " | 135025 | " | 42 | " | 149390 | " | 42 | " | 172475 | " | 42 | " | 188791 | " | 70 |
| " | 135026 | " | 42 | " | 149391 | " | 50 | " | 172476 | " | 42 | 3824 | 191191 | XIII. | 42 |
| " | 135027 | " | 42 | " | 149392 | " | 42 | " | 172477 | " | 42 | " | 191192 | " | 42 |
| " | 135028 | " | 42 | " | 149393 | " | 42 | " | 172478 | " | 42 | 3827 | 191301 | XVII. | 42 |
| " | 135029 | " | 42 | " | 149394 | " | 42 | " | 172479 | " | 42 | 3889 | 191403 | XIX. | 42 |
| " | 135030 | " | 50 | " | 149395 | " | 42 | " | 172485 | " | 42 | " | 194410 | " | 42 |
| 2740 | 136970 | XVI. | 70 | " | 149396 | " | 50 | " | 172486 | " | 42 | " | 194412 | " | 50 |
| " | 136971 | " | 70 | 3023 | 151102 | XVII. | 42 | " | 172487 | " | 42 | " | 194413 | " | 42 |
| " | 136973 | " | 42 | " | 151116 | " | 42 | " | 172488 | " | 42 | " | 194414 | " | 42 |
| " | 136974 | " | 42 | 3108 | 155369 | VII. | 42 | " | 172489 | " | 42 | " | 194417 | " | 42 |
| " | 136976 | " | 70 | 3143 | 157101 | XVII. | 42 | " | 172490 | " | 50 | " | 194418 | " | 42 |
| 2743 | 137131 | IX. | 42 | " | 157102 | " | 42 | " | 172491 | " | 42 | " | 194420 | " | 50 |
| " | 137133 | " | 50 | " | 157141 | " | 42 | " | 172492 | " | 42 | " | 194423 | " | 42 |
| 2752 | 137565 | XIX. | 42 | " | 157144 | " | 50 | " | 172493 | " | 42 | " | 194430 | " | 42 |
| " | 137574 | " | 42 | 3145 | 157202 | XIX. | 42 | " | 172494 | " | 42 | " | 194437 | " | 42 |
| " | 137587 | " | 250 | " | 157207 | " | 42 | " | 172495 | " | 42 | " | 194439 | " | 42 |
| " | 137590 | " | 42 | " | 157211 | " | 42 | " | 172496 | " | 42 | " | 194440 | " | 42 |
| " | 137594 | " | 42 | " | 157214 | " | 42 | " | 172497 | " | 42 | " | 194449 | " | 42 |
| 2772 | 138551 | " | 42 | " | 157250 | " | 42 | " | 172498 | " | 42 | 3948 | 197378 | XX. | 70 |
| " | 138552 | " | 42 | 3181 | 159017 | XII. | 42 | " | 172499 | " | 42 | " | 197386 | " | 42 |
| " | 138554 | " | 42 | " | 159023 | " | 70 | 3456 | 172794 | XVII. † | 50 | " | 197387 | " | 42 |
| " | 138557 | " | 50 | " | 159039 | " | 70 | 3457 | 172803 | XVIII. | 70 | " | 197388 | " | 70 |
| " | 138560 | " | 42 | " | 159040 | " | 70 | " | 172807 | " | 42 | " | 197389 | " | 1000 |
| " | 138561 | " | 42 | 3205 | 160209 | X. | 42 | " | 172808 | " | 70 | " | 197396 | " | 70 |
| " | 138562 | " | 50 | 3207 | 160349 | XIII. | 42 | " | 172816 | " | 70 | " | 197397 | " | 70 |
| " | 138563 | " | 42 | 3215 | 160719 | XX. | 42 | " | 172817 | " | 70 | " | 197399 | " | 42 |
| " | 138572 | " | 42 | " | 160724 | " | 42 | " | 172818 | " | 70 | 3989 | 199437 | VII. | 42 |
| " | 138574 | " | 42 | " | 160732 | " | 70 | " | 172839 | " | 42 | " | 199443 | " | 42 |
| " | 138575 | " | 50 | " | 160733 | " | 70 | 3473 | 173601 | VII. | 42 | 3997 | 199804 | XIX. | 42 |
| " | 138576 | " | 50 | " | 160741 | " | 42 | " | 173648 | " | 42 | " | 199805 | " | 42 |
| " | 138580 | " | 42 | " | 160743 | " | 42 | 3494 | 174694 | XIX. | 42 | " | 199807 | " | 42 |
| " | 138590 | " | 42 | " | 160745 | " | 70 | 3569 | 178418 | XVII. | 42 | " | 199808 | " | 42 |
| " | 138592 | " | 42 | " | 160746 | " | 70 | " | 178420 | " | 42 | " | 199810 | " | 42 |
| " | 138596 | " | 42 | " | 160749 | " | 42 | 3573 | 178609 | XX. | 42 | " | 199823 | " | 42 |
| " | 138600 | " | 42 | 3231 | 161522 | XIV. | 42 | " | 178610 | " | 70 | " | 199825 | " | 250 |
| 2801 | 140024 | VIII. | 42 | " | 161528 | " | 1000 | " | 178622 | " | 42 | " | 199826 | " | 42 |
| 2841 | 142004 | " | 1000 | " | 161529 | " | 70 | " | 178634 | " | 42 | " | 199827 | " | 42 |
| 2848 | 142370 | XIX. | 50 | " | 161530 | " | 42 | " | 178643 | " | 42 | " | 199839 | " | 42 |
| " | 142374 | " | 42 | " | 161531 | " | 42 | 3640 | 181970 | XV. | 42 | " | 199842 | " | 42 |
| " | 142378 | " | 42 | " | 161532 | " | 42 | " | 181971 | " | 42 | " | 199848 | " | 42 |
| " | 142382 | " | 42 | " | 161536 | " | 70 | 3709 | 185430 | " | 42 | " | 199849 | " | 42 |
| " | 142383 | " | 42 | 3367 | 168317 | XVIII. | 42 | 3766 | 188251 | XX. | 42 | " | 199850 | " | 42 |
| " | 142389 | " | 42 | " | 168345 | " | 70 | " | 188258 | " | 42 | 4081 | 204034 | XVII. | 50 |

| Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. |
|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|
| 4102 | 205052 | XIX. | fl. 50 | 4538 | 226864 | XIX. | fl. 50 | 4800 | 239951 | XIX. | fl. 42 | 4989 | 249412 | XX. | fl. 70 |
| " | 205087 | " | 42 | " | 226865 | " | 42 | " | 239952 | " | 42 | " | 249414 | " | 42 |
| " | 205088 | " | 42 | " | 226866 | " | 42 | " | 239987 | " | 42 | " | 249418 | " | 42 |
| " | 205098 | " | 42 | " | 226867 | " | 42 | " | 240000 | " | 42 | " | 249419 | " | 42 |
| 4157 | 207846 | V. | 42 | " | 226868 | " | 42 | 4839 | 241944 | XVI. | 42 | " | 249420 | " | 42 |
| 4197 | 209818 | XVII. | 42 | " | 226869 | " | 42 | 4849 | 242408 | III | 42 | " | 249424 | " | 70 |
| " | 209821 | " | 42 | " | 226870 | " | 42 | 4864 | 243151 | XIII | 42 | " | 249426 | " | 42 |
| " | 209827 | " | 50 | " | 226871 | " | 42 | " | 243152 | " | 42 | " | 249432 | " | 42 |
| " | 209830 | " | 42 | " | 226872 | " | 42 | " | 243153 | " | 42 | " | 249437 | " | 70 |
| " | 209831 | " | 42 | " | 226873 | " | 42 | " | 243154 | " | 42 | " | 249438 | " | 70 |
| " | 209832 | " | 42 | " | 226874 | " | 42 | " | 243155 | " | 42 | " | 249440 | " | 42 |
| 4238 | 211851 | XIX. | 50 | " | 226875 | " | 50 | " | 243156 | " | 42 | " | 249441 | " | 70 |
| " | 211857 | " | 42 | " | 226876 | " | 42 | " | 243157 | " | 42 | " | 249445 | " | 70 |
| " | 211866 | " | 42 | " | 226877 | " | 42 | " | 243158 | " | 50 | 5015 | 250711 | XVI. | 42 |
| " | 211867 | " | 42 | " | 226878 | " | 42 | " | 243159 | " | 42 | " | 250712 | " | 42 |
| " | 211872 | " | 42 | " | 226879 | " | 42 | " | 243160 | " | 42 | " | 250713 | " | 42 |
| " | 211873 | " | 42 | 4549 | 227435 | XX. | 70 | " | 243161 | " | 42 | " | 250714 | " | 42 |
| " | 211874 | " | 42 | 4562 | 228057 | XVII. | 42 | " | 243162 | " | 42 | " | 250715 | " | 70 |
| " | 211876 | " | 42 | " | 228086 | " | 42 | " | 243163 | " | 42 | " | 250716 | " | 42 |
| " | 211882 | " | 42 | 4583 | 229107 | IX. | 42 | " | 243164 | " | 42 | " | 250717 | " | 70 |
| " | 211890 | " | 42 | " | 229108 | " | 42 | " | 243165 | " | 42 | " | 250718 | " | 70 |
| 4245 | 212206 | " | 42 | 4617 | 230845 | XV. | 50 | " | 243166 | " | 42 | " | 250719 | " | 70 |
| " | 212209 | " | 42 | " | 230846 | " | 42 | " | 243167 | " | 42 | " | 250720 | " | 70 |
| " | 212213 | " | 50 | " | 230847 | " | 42 | " | 243168 | " | 42 | " | 250724 | " | 42 |
| " | 212214 | " | 42 | " | 230848 | " | 42 | " | 243169 | " | 42 | 5053 | 252611 | XIX. | 42 |
| " | 212234 | " | 42 | " | 230849 | " | 42 | " | 243170 | " | 42 | 5075 | 253704 | " | 42 |
| " | 212239 | " | 42 | " | 230850 | " | 250 | " | 243171 | " | 250 | " | 253709 | " | 42 |
| " | 212240 | " | 42 | 4638 | 231851 | XIX. | 42 | " | 243172 | " | 42 | " | 253713 | " | 42 |
| 4285 | 214245 | XIII. | 42 | " | 231852 | " | 42 | " | 243173 | " | 42 | " | 253714 | " | 42 |
| 4313 | 215619 | XIX. | 50 | " | 231869 | " | 42 | " | 243174 | " | 42 | " | 253715 | " | 42 |
| 4366 | 218277 | XX. | 42 | " | 231870 | " | 42 | " | 243175 | " | 42 | " | 253716 | " | 50 |
| " | 218289 | " | 42 | " | 231871 | " | 42 | " | 243176 | " | 42 | " | 253718 | " | 42 |
| 4429 | 221402 | IX. | 42 | " | 231875 | " | 42 | " | 243177 | " | 42 | " | 253721 | " | 50 |
| " | 221411 | " | 42 | " | 231883 | " | 42 | " | 243178 | " | 42 | " | 253722 | " | 42 |
| 4433 | 221649 | XIV. | 70 | " | 231884 | " | 42 | " | 243200 | " | 42 | " | 253726 | " | 42 |
| " | 221650 | " | 70 | " | 231895 | " | 42 | 4878 | 243877 | XVII. | 42 | " | 253727 | " | 42 |
| 4494 | 224673 | XV. | 50 | " | 231896 | " | 42 | 4981 | 249014 | XV. | 42 | " | 253728 | " | 50 |
| " | 224689 | " | 42 | 4653 | 232611 | XIII. | 42 | " | 249030 | " | 42 | " | 253731 | " | 42 |
| " | 224690 | " | 42 | " | 232617 | " | 42 | 4985 | 249201 | XIX. | 42 | " | 253738 | " | 50 |
| " | 224691 | " | 42 | " | 232641 | " | 42 | " | 249213 | " | 42 | " | 253742 | " | 42 |
| 4500 | 224951 | XII. | 70 | 4743 | 237108 | XI. | 50 | " | 249215 | " | 42 | " | 253743 | " | 42 |
| " | 224952 | " | 42 | 4748 | 237385 | V. | 42 | " | 249225 | " | 42 | 5081 | 254015 | XVIII. | 42 |
| " | 224953 | " | 42 | 4749 | 237414 | XVII. | 42 | " | 249229 | " | 42 | " | 254016 | " | 70 |
| " | 224973 | " | 70 | " | 237415 | " | 42 | " | 249236 | " | 42 | 5083 | 254118 | XIX. | 42 |
| " | 224974 | " | 70 | " | 237432 | " | 50 | " | 249242 | " | 42 | " | 254120 | " | 42 |
| " | 224975 | " | 70 | " | 237441 | " | 42 | " | 249246 | " | 42 | " | 254124 | " | 42 |
| 4538 | 226860 | XIX. | 42 | " | 237442 | " | 42 | " | 249249 | " | 42 | " | 254136 | " | 50 |
| " | 226861 | " | 50 | " | 237443 | " | 42 | 4989 | 249405 | XX. | 42 | " | 254139 | " | 42 |
| " | 226862 | " | 42 | 4766 | 238275 | XIX. | 42 | " | 249406 | " | 70 | " | 254140 | " | 42 |
| " | 226863 | " | 42 | " | 238291 | " | 42 | " | 249409 | " | 42 | 5097 | 254801 | XVI. | 70 |
| " | " | " | " | 4786 | 239287 | XII. | 42 | " | 249410 | " | 70 | " | 254802 | " | 70 |

| Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. |
|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|
| 5097 | 254805 | XVI. | fl. 70 | 5657 | 282817 | XX. | fl. 70 | 6395 | 319741 | XIII. | 42 | 7249 | 362437 | XI. | 42 |
| " | 254810 | " | 70 | " | 282819 | " | 70 | 6421 | 321017 | XVII. | 42 | " | 362438 | " | 42 |
| " | 254812 | " | 70 | " | 282822 | " | 42 | " | 321029 | " | 42 | 7281 | 364003 | VI. | 42 |
| " | 254816 | " | 42 | " | 282824 | " | 70 | " | 321033 | " | 42 | " | 364007 | " | 70 |
| 5259 | 262932 | XV. | 42 | " | 282842 | " | 42 | " | 321042 | " | 42 | " | 364014 | " | 70 |
| 5423 | 271128 | XIX | 42 | " | 282849 | " | 42 | 6422 | 321072 | XV. | 50 | " | 364019 | " | 42 |
| " | 271130 | " | 42 | " | 282850 | " | 42 | " | 321097 | " | 42 | " | 364048 | " | 42 |
| " | 271133 | " | 42 | 5670 | 283495 | VII. | 42 | " | 321098 | " | 50 | 7291 | 364506 | XVI. | 70 |
| " | 271134 | " | 42 | 5697 | 284803 | XIII. | 42 | " | 321099 | " | 42 | " | 364507 | " | 70 |
| 5429 | 271401 | XVIII. | 42 | " | 284840 | " | 42 | 6542 | 327055 | VII. | 50 | " | 364508 | " | 70 |
| " | 271406 | " | 42 | " | 284842 | " | 42 | 6770 | 338458 | XVI. | 42 | " | 364509 | " | 70 |
| " | 271413 | " | 70 | " | 284843 | " | 42 | " | 338459 | " | 70 | " | 364510 | " | 70 |
| " | 271414 | " | 70 | " | 284849 | " | 42 | 6898 | 344872 | IX. | 42 | " | 364511 | " | 42 |
| " | 271415 | " | 70 | 5780 | 288971 | XX. | 70 | 6930 | 346477 | XIX. | 42 | " | 364512 | " | 70 |
| " | 271416 | " | 42 | " | 288974 | " | 42 | " | 346482 | " | 42 | " | 364513 | " | 42 |
| " | 271417 | " | 70 | " | 288979 | " | 42 | " | 346483 | " | 42 | " | 364514 | " | 42 |
| " | 271434 | " | 70 | 5782 | 289051 | I. | 42 | " | 346484 | " | 42 | " | 364528 | " | 70 |
| " | 271437 | " | 70 | " | 289052 | " | 42 | " | 346485 | " | 42 | 7304 | 365188 | XV. | 42 |
| " | 271438 | " | 70 | " | 289053 | " | 42 | " | 346487 | " | 42 | " | 365198 | " | 42 |
| 5436 | 271779 | XV. | 42 | " | 289054 | " | 42 | " | 346488 | " | 42 | 7307 | 365309 | " | 42 |
| 5444 | 272153 | XVII. | 42 | " | 289055 | " | 42 | " | 346489 | " | 42 | " | 365317 | " | 42 |
| " | 272156 | " | 42 | " | 289056 | " | 42 | " | 346490 | " | 50 | 7313 | 365604 | XVII. | 42 |
| " | 272172 | " | 42 | " | 289057 | " | 42 | " | 346500 | " | 42 | " | 365642 | " | 42 |
| 5476 | 273751 | XIX. | 42 | " | 289058 | " | 1000 | 6979 | 348944 | " | 42 | " | 365650 | " | 50 |
| " | 273752 | " | 42 | " | 289059 | " | 50 | " | 348949 | " | 42 | 7314 | 365653 | XVIII. | 70 |
| " | 273753 | " | 42 | 6015 | 300707 | XIII. | 50 | 7009 | 350404 | XII. | 42 | " | 365654 | " | 70 |
| " | 273754 | " | 42 | " | 300709 | " | 42 | " | 350408 | " | 42 | " | 365656 | " | 70 |
| " | 273755 | " | 42 | " | 300721 | " | 50 | " | 350416 | " | 42 | " | 365670 | " | 42 |
| " | 273756 | " | 42 | " | 300722 | " | 42 | " | 350417 | " | 70 | " | 365692 | " | 42 |
| " | 273784 | " | 42 | " | 300724 | " | 42 | " | 350418 | " | 70 | 7345 | 367232 | IX. | 42 |
| 5488 | 274354 | XI. | 42 | 6074 | 303662 | XV. | 42 | " | 350419 | " | 42 | 7363 | 368117 | XI. | 42 |
| 5489 | 274401 | XIII. | 42 | " | 303699 | " | 42 | 7073 | 353602 | XIV. | 70 | " | 368118 | " | 42 |
| " | 274402 | " | 42 | 6090 | 304465 | XVII. | 42 | " | 353617 | " | 42 | 7384 | 369170 | IX. | 42 |
| " | 274427 | " | 42 | " | 304466 | " | 42 | " | 353618 | " | 42 | " | 369192 | " | 42 |
| " | 274429 | " | 42 | " | 304467 | " | 42 | " | 353619 | " | 42 | 7394 | 369654 | XVIII. | 42 |
| 5544 | 277161 | XI. | 42 | " | 304482 | " | 42 | " | 353620 | " | 42 | " | 369655 | " | 42 |
| " | 277188 | " | 42 | " | 304483 | " | 42 | " | 353642 | " | 70 | " | 369687 | " | 42 |
| 5608 | 280375 | " | 42 | " | 304489 | " | 42 | " | 353643 | " | 42 | 7402 | 370064 | XIII. | 42 |
| " | 280376 | " | 42 | " | 304500 | " | 42 | 7104 | 355190 | IV. | 42 | " | 370065 | " | 42 |
| " | 280377 | " | 50 | 6116 | 305768 | VII. | 42 | 7139 | 356918 | XVIII. | 42 | 7407 | 370317 | " | 42 |
| " | 280378 | " | 42 | 6165 | 308226 | XV. | 42 | " | 356932 | " | 42 | " | 370341 | " | 42 |
| " | 280379 | " | 42 | " | 308232 | " | 42 | " | 356933 | " | 42 | 7438 | 371898 | V. | 42 |
| " | 280380 | " | 42 | " | 308233 | " | 250 | " | 356935 | " | 70 | 7447 | 372339 | XV. | 42 |
| " | 280381 | " | 42 | " | 308234 | " | 42 | " | 356939 | " | 70 | 7451 | 372501 | XX. | 70 |
| " | 280382 | " | 42 | " | 308235 | " | 42 | 7231 | 361526 | XV. | 42 | " | 372512 | " | 42 |
| " | 280383 | " | 50 | " | 308239 | " | 42 | " | 361532 | " | 42 | " | 372532 | " | 70 |
| " | 280384 | " | 42 | 6371 | 318502 | XII | 42 | " | 361549 | " | 42 | " | 372538 | " | 70 |
| " | 280388 | " | 42 | " | 318503 | " | 42 | 7249 | 362433 | XI. | 42 | " | 372540 | " | 42 |
| " | 280390 | " | 42 | " | 318527 | " | 70 | " | 362434 | " | 42 | 7493 | 374601 | XIX. | 42 |
| 5657 | 282810 | XX. | 70 | " | 318541 | " | 70 | " | 362435 | " | 50 | " | 374606 | " | 42 |
| " | 282815 | " | 70 | " | 318543 | " | 70 | " | 362436 | " | 42 | " | 374616 | " | 42 |

| Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. |
|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|
| 7522 | 376059 | XIV. | fl. 42 | 7578 | 378870 | XX. | fl. 42 | 7588 | 379367 | XVII. | fl. 42 | 7730 | † 386481 | VIII. | † 70 |
| " | 376060 | " | 42 | " | 378881 | " | 70 | " | 379380 | " | 50 | " | 386491 | " | 42 |
| " | 376068 | " | 42 | " | 378896 | " | 42 | " | 379388 | " | 42 | 7811 | 390547 | " | 70 |
| " | 376075 | " | 70 | 7588 | 379351 | XVII. | 42 | " | 379395 | " | 42 | " | 390548 | " | 42 |
| " | 376094 | " | 42 | " | 379357 | " | 42 | " | 379396 | " | 42 | " | 390549 | " | 70 |
| " | 376095 | " | 70 | " | 379358 | " | 42 | " | 379400 | " | 42 | 7828 | 391392 | V. | 42 |
| 7525 | 376211 | XIII. | 42 | " | 379359 | " | 42 | 7602 | 380077 | XVIII. | 42 | " | 391393 | " | 50 |
| 7578 | 378855 | XX. | 70 | " | 379360 | " | 42 | 7641 | 382017 | XV. | 42 | " | 391394 | " | 42 |
| " | 378856 | " | 42 | " | 379366 | " | 42 | " | 382033 | " | 42 | 7830 | 391499 | XI. | 42 |
| " | 378858 | " | 1000 | | | | | | | | | | | | |

NB. Die mit † bezeichneten Loose Nr. 34312, 89913, 89914, 89915, 89916, 172794, 231883, 237441, 237442, 237443, 386481 sind mit Zahlungssperre belegt.

Carlsruhe, den 30. Juni 1851.

Großherzoglich Badische Eisenbahnschuldentilgungs-Kasse.

Diensterledigungen.

Die katholische Pfarrei Oberschefflenz, Amts Mosbach, ist mit einem Einkommen von 600 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großh. katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Dettingen, Amts Constanx, mit einem Einkommen von 600 fl., ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Gurtweil, Amts Waldbhut, ist durch das Ableben des Pfarrers Lay mit einem Jahreseinkommen von 800 fl. erledigt worden. Die Bewerber um dieselbe haben sich sowohl bei dem großh. katholischen Oberkirchenrath als dem erzbischöflichen Ordinariat innerhalb sechs Wochen vorschriftsmäßig zu melden.

Die evangelische Pfarrei Münchweiler, Dekanats Hornberg, ist mit einem Competenzanschlag von 588 fl. 41 kr., worauf jedoch eine vom neu zu ernennenden Pfarrer zu übernehmende, und so weit die Zwischengefälle hiezu nicht reichen, zu verzinsende und abzutragende Schuld von circa 50 fl. ruht, in Erledigung gekommen. Die Bewerber haben sich binnen sechs Wochen nach Vorschrift bei dem großh. evangelischen Oberkirchenrath zu melden.

Todesfälle.

Gestorben sind:

Am 5. Juni d. J.: der evangelische Pfarrer Fesenbeckh in Kürnbach.

" 5. Juli " " der Kreisoberhebarzt für den Unterrheinkreis und außerordentliche Professor der Medizin an der Universität Heidelberg, Dr. Hermann Franz Nägele.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Freitag den 18. Juli 1851.

Inhalt.

Verordnung des Ministeriums des Innern: die Leichenschau-Ordnung betreffend.

Leichenschau-Ordnung.

Nachdem die Leichenschau-Ordnung vom Jahre 1822 mehrfache Abänderungen erlitten hat und neuerdings einer Revision unterworfen worden ist, bringen wir dieselbe mit Genehmigung des großh. Staatsministeriums in der neuen Fassung zur öffentlichen Kenntniß und verordnen, unter Aufhebung der früheren Bestimmungen, wie folgt:

§. 1.

Für eine jede Gemeinde ist ein eigener Leichenschauer zu bestellen. In Städten, deren Bevölkerung 6000 Seelen übersteigt, wird das Leichenschaugeschäft unter zwei oder mehr Personen getheilt. In zerstreuten Dörfern und langen Thälern sind je nach Bedürfniß zwei und mehr Leichenschauer zu ernennen.

In Militär- und Civilspitälern kann die vorgesetzte Behörde auch einem Angestellten der Anstalt die Leichenschau übertragen, welchem sodann alle dem Leichenschauer obliegenden Pflichten, auch die Ausfertigung der Sterb- und Leichenschau Scheine, obliegen.

§. 2.

Zum Leichenschauer kann jeder unbescholtene, des Lesens und Schreibens kundige Mann bestellt werden.

Wo eine Stelle frei wird, haben die geistlichen und weltlichen Ortsvorgesetzten eine geeignete Person vorzuschlagen, welche, wenn sie für tauglich befunden wird, von dem Amt und Physikat bestätigt wird.

Schullehrer können nicht Leichenschauer sein.

§. 3.

Dem angehenden Leichenschauer ist, ehe er sein Amt antritt, durch das Physikat ein schriftlicher mündlicher Unterricht über Dasjenige zu ertheilen, was ihm nach Maassgabe der Instruktion

zu wissen nothwendig ist. Derselbe ist sofort zu prüfen, und das Prüfungsergebniss zu den Akten zu nehmen.

Der Leichenschauer erhält sodann die gedruckte Instruktion, welche ihm seine Pflichten und Obliegenheiten im Allgemeinen bezeichnet und insbesondere sein Benehmen bei Vornahme der Leichenschau vorschreibt.

Auf diese Instruktion ist er durch das Amt handgeleiblich zu verpflichten.

§. 4.

Von dem erfolgten Tode eines Menschen ist der Leichenschauer durch die Angehörigen ungesäumt zu benachrichtigen. Ehe derselbe eingetroffen ist, darf der Leichnam weder in seiner Lage und Bedeckung, oder in seinem Anzuge verändert, noch gewaschen, mithin auch nicht, wo dies üblich ist, in ein Leichenhaus gebracht werden.

Auch die Frühgeburten hat der Leichenschauer zu besichtigen und ist er von solchen stets in Kenntniß zu setzen.

§. 5.

Der Leichenschauer begibt sich nach erhaltener Anzeige, sei es bei Tag oder Nacht, sogleich in das Sterbhaus und erkundigt sich nach der Krankheit, welche dem Tode vorausgieng, nach der Dauer derselben, nach den Personen, welche den Gestorbenen ärztlich behandelten, oder die ihm den Gebrauch der Arzneien anriethen, so wie auch noch etwa vorhandenen besonderen Umständen, welche sich vor und während der Krankheit und bei dem Tode ereigneten. Er besichtigt sofort den Leichnam genau und wenn er nichts bemerkt, was an dem vorhandenen Tode zweifeln lassen könnte, ordnet er an, wann der Todte aus dem Sterbebette genommen und was hinsichtlich der Behandlung desselben bis zur Beerdigung überhaupt beachtet werden soll.

Ist eine Person plötzlich, ohne vorhergegangene sichtliche Krankheit oder nach ungewöhnlich kurzer Dauer derselben verschieden, so ist die Aufmerksamkeit bei Untersuchung des Leichnams zu verdoppeln. Findet der Leichenschauer Spuren von Vergiftung oder Verwundung, überhaupt Zeichen eines gewaltsam erfolgten Todes, so hat derselbe seine Beobachtung dem Ortsvorgesetzten mitzutheilen, welcher sofort die weiteren, von dem Gesetze vorgeschriebenen Wege einzuschlagen hat. Beides ist jedoch unter Wahrung des Geheimnisses zu vollziehen.

Ist auch nur der geringste Grund vorhanden, die Gewißheit des vorhandenen Todes zu bezweifeln, so sind anhaltende Versuche mit den zur Wiederbelebung dienenden, in der Instruktion näher angegebenen Hülfsmitteln zu machen und ist Alles hinwegzuräumen, was in irgend einer Weise entgegen wirken könnte. Zugleich ist in kürzester Frist ein Arzt herbeizurufen.

§. 6.

Bei diesem ersten Besuche beantwortet der Leichenschauer schriftlich die auf dem Sterbschein (Tabelle Nr. I.) befindlichen Fragen und bestimmt die muthmaassliche Beerdigungszeit des besichtigten Leichnams.

Dieser Sterbschein wird sofort dem Pfarramte übergeben.

In Orten, wo der behandelnde Arzt wohnt, ist der Sterbschein zuvor demselben einzuhändigen, welcher sofort die Art der Krankheit und seinen Namen in die betreffenden Rubriken einträgt. Diese Angaben benützt der Leichenschauer bei dem Eintrag in sein Register.

§. 7.

Die Beerdigungszeit wird von dem Leichenschauer auf 48 Stunden nach erfolgtem Hinscheiden festgesetzt. Wenn das Ende der 48stündigen Frist zur späten Nachtzeit eintritt, so findet die Beerdigung erst am kommenden Morgen statt.

Diese Frist ist zu verlängern:

- a. Wenn der eingetretene wirkliche Tod noch zweifelhaft ist. In diesem Falle muß ein Arzt herbeigerufen werden.
- b. Wenn die Angehörigen ein Hinausschieben der Beerdigungszeit wünschen. Dieses Hinausschieben ist indessen nur dann zu gestatten, wenn weder der Tod durch ein ansteckendes Uebel herbeigeführt wurde, noch an dem Leichnam erhebliche Fortschritte der Verwesung zu bemerken sind.

Umgekehrt kann die Beerdigungsfrist abgekürzt werden:

- a. Wenn ein Kind mit den Zeichen der Fäulniß zur Welt gelangt. Die Beerdigung kann in diesem Falle schon nach Ablauf von 12 Stunden stattfinden, wenn ein bestätigendes Zeugniß des Arztes oder der Hebamme beigebracht wird.
- b. Wenn der Raum, in welchem der Todte aufbewahrt wird, der Familie unentbehrlich ist, zumal wenn noch andere Kranke vorhanden sind. Ein ärztliches und im Fall der Noth ein pfarramtliches Zeugniß muß dieß bestätigen.
- c. Wenn der Tod durch Blattern oder eine andere ansteckende Krankheit herbeigeführt ist, falls ein ärztliches Zeugniß dieß bestätigt.
- d. Wenn die Fäulniß ungewöhnliche Fortschritte macht und dieser Umstand von ärztlicher oder pfarramtlicher Seite bezeugt wird.

In den unter b., c. und d. angeführten Fällen darf die Beerdigung nicht vor der dreißigsten Stunde nach erfolgtem Hinscheiden geschehen.

- e. Wenn der Leichnam geöffnet worden ist, steht der sofortigen Beerdigung kein weiteres Hinderniß entgegen. Der Leichenschauer hat, daß dieß geschehen ist, in dem Leichenschauschein und dem Leichenschauregister zu bemerken.
- f. Dem Leichenschauer ist gestattet, dann die Beerdigungszeit, jedoch höchstens um zwei Stunden früher anzusetzen, wenn der Ablauf der 48stündigen Frist in den Anfang der Nacht fällt oder sonstige Umstände diese Abkürzung wünschenswerth machen.

§. 8.

Drei bis vier Stunden vor der zur Beerdigung anberaumten Zeit begibt sich der Leichenschauer zum zweiten Male in das Sterbhaus, sieht nach, ob seine Anordnungen pünktlich befolgt worden sind und untersucht sodann den Todten nochmals genau.

Sind die bestimmten Zeichen des wirklichen Todes vorhanden, so stellt derselbe den Leichenschauschein (Tabelle Nr. II.) aus, welcher sogleich dem betreffenden Pfarramte zugesandt wird.

Ist der erfolgte Tod immer noch zweifelhaft, so ist die Beerdigung auf längere oder kürzere Zeit zu verschieben, das Pfarramt zu benachrichtigen und ein Arzt zu rufen.

§. 9.

Das Öffnen des Sarges vor der Einsenkung in die Erde ist nur dann zu gestatten, wenn die Anverwandten dies wünschen und unter jeder Bedingung zu versagen, wenn der Gestorbene an einer ansteckenden Krankheit gelitten hat, oder erkrankt ist, oder die Fäulniß bereits große Fortschritte gemacht hat.

Der Leichenschauer hat darauf zu sehen, daß die Särge der Israeliten in ihren Fugen gut verkittet sind und wenn dieses zur Erreichung des Zwecks nicht genügt, zu bestimmen, daß der Sarg mit einem gut schließenden Ueberfarge versehen wird.

§. 10.

Bei Israeliten sind die betreffenden Leichenschauscheinne der Ortspolizeibehörde zuzustellen, welche darüber zu wachen hat, daß die Anordnungen des Leichenschauers hinsichtlich der Beerdigungszeit pünktlich befolgt werden.

§. 11.

Der Leichenschauer trägt sämtliche ihm vorgekommenen Leichenbesichtigungen in das von ihm geführte Register (Tabelle III.) ein und übersendet eine Abschrift hiervon am Schlusse eines jeden Monats dem Physikate.

§. 12.

Ohne die vorschriftsmäßig ausgefertigten Sterb- und Leichenschauscheinne erhalten zu haben, ist dem Geistlichen nicht gestattet, einen Gestorbenen zu beerdigen. Auch darf derselbe ohne Bewilligung des Leichenschauers die festgesetzte Beerdigungsstunde nicht abändern.

§. 13.

Das Pfarramt übersendet dem Physikate am Ende eines jeden Monats ein nach Tabelle IV. ausgefertigtes Verzeichniß der Gestorbenen.

§. 14.

Die monatlich einkommenden Register der Leichenschauer und Pfarrämter sind von dem Physikate genau zu durchgehen und die darin befindlichen Ordnungswidrigkeiten zu beseitigen.

Von allem, was in dieser Beziehung zur Belehrung und Zurechtweisung oder durch Benehmen mit dem Amte geschah, ist jährlich, vor Ende Februars, ein umfassender Bericht an die Sanitätscommission zu erstatten. Diesem Berichte sind insbesondere spezielle Verzeichnisse beizulegen:

- a. Ueber diejenigen Fälle, in welchen die Beerdigungsfrist abgekürzt worden ist. Hierbei ist anzugeben, um wie viel die Beerdigung früher stattgefunden hat. Auch sind die ärztlichen u. Erlaubnißscheinne beizulegen.
- b. Ueber die Fälle, in welchen die Leichenschau in anderer Beziehung für mangelhaft befunden worden ist, mit Anführung des Grundes.

c. Ueber die Fälle, in welchen Gestorbene durch unberechtigte Personen arzneilich behandelt worden sind, mit Angabe, was gegen letztere von Seiten des Physikats geschehen ist.

In diesen speziellen Verzeichnissen sind der Ort und die Nummer des pfarramtlichen Verzeichnisses der Gestorbenen jeweils anzugeben.

§. 15.

Das Physikat übersendet der Sanitätscommission ferner jährlich eine aus den Leichenschauregistern (Tabelle III.) und den pfarramtlichen Tabellen (Nr. IV.) zusammengestellte, dem Formular V. entsprechende, das ganze Jahr umfassende Liste, welche nach Ortschaften getrennt und nach der Zeitfolge des erfolgten Todes geordnet ist.

Be diese Liste angelegt wird, haben die in dem Leichenschauregister genannten Aerzte, sofern dies nicht schon auf dem Sterbschein geschehen ist, die Art der Krankheit, welche den Tod herbeigeführt hat, eigenhändig einzuzichnen.

Die Leichenschauregister sind diesem Berichte beizulegen. Nach genommener Einsicht werden dieselben an das Physikat zurückgesendet und von diesem nach dreijährigem Aufbewahren vernichtet.

§. 16.

Aus diesem speziellen Register der Gestorbenen und aus den pfarramtlichen Notizen werden von dem Physikate zuletzt die nach dem Formular VI. und VII. eingerichteten Tabellen ortswelse ausgefüllt und dem Leichenschauberichte beigelegt.

§. 17.

Dem Leichenschauer gebührt für die zweimalige Untersuchung des Leichnams und für Ausstellung des Sterb- und Leichenschauscheins eine Vergütung von 24 Kreuzern.

Die nämliche Kasse, welche bei Armen u. s. w. die Anschaffung des Sarges und die übrigen Beerdigungskosten bestreitet, hat auch die Leichenschaugebühr zu bezahlen.

§. 18.

Die Ausstellung des Erlaubnisscheines zu einer früheren Beerdigung hat unentgeltlich zu geschehen. Geschieht jedoch behufs dieser zu ertheilenden Erlaubniß die Besichtigung des Leichnams auf Verlangen der Angehörigen außerhalb des Wohnorts des Arztes, so hat dieser nach der Medizinaltaxordnung seine Diäten und Gebühren anzurechnen.

§. 19.

Die Kreisregierungen, Bezirksämter, Pfarrämter, Physikate und Ortsvorgesetzten haben über den pünktlichen Vollzug der Leichenschau strenge zu wachen.

Uebertretungen sind nach Umständen mit Verweis, oder mit Geld- und Gefängnißstrafen ernstlich zu ahnden.

Carlsruhe, den 10. Juli 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behagel.

Tabelle I.

Sterbschein.

Amt

Gemeinde

1. Taufname, Geschlechtsname, Alter des Gestorbenen.

2. Stand und Gewerbe des Verstorbenen.

3. Ob ledig, verheirathet oder im Wittwenstand.

4. Monat, Tag und Stunde des Todes.

5. Tag und Stunde der ersten Leichenschau.

6. Muthmaßliche Beerdigungszeit.

7. Art der Krankheit oder sonstige Todesart.

8. Name des behandelnden Arztes.

9. Besondere Bemerkungen.

Unterschrift des Leichenschauers.

Tabelle II.

Leichenschauschein.

Amt

Gemeinde

1. Laufname, Geschlechtsname und Alter des Gestorbenen.
2. Stand, Gewerbe oder Nahrungszweig des Verstorbenen.
3. Ob ledig, verheirathet oder im Wittwenstand.
4. Tag und Stunde des Todes.
5. Tag und Stunde der ersten Leichenschau.
6. Tag und Stunde der zweiten Leichenschau.
7. Gesehene Zeichen des wirklichen Todes.
8. Tag und Stunde der Beerdigung.
9. Art der Krankheit oder sonstige Todesart. Ob nach Angabe des Arztes oder anderer Personen.
10. Dauer der Krankheit.
11. Name und Wohnort des Arztes, welcher den Kranken behandelt hat.
12. Besondere Bemerkungen.

Unterschrift des Leichenschauers.

Table III.

Zeichenschauregister.

Amt

• Gemeinde

| | |
|---|--|
| Nr. | |
| Tauf- und
Taufschlesienname
des
Verstorbten. | |
| Stand oder Gewerbe. | |
| Alter. | |
| Religion. | |
| Lebige, verheirathet
oder verwittwet. | |
| Tag, Monat und
Stunde des Todes. | |
| Tag und Stunde der
ersten Leichenschau. | |
| Tag und Stunde der
zweiten Leichenschau. | |
| Tag und Stunde
der Beerdigung. | |
| Art der Krankheit oder
sonstige Todesart, ob
nach Angabe des Arztes
oder der Verwandten. | |
| Dauer der Krankheit. | |
| Name und Wohnort des
Arztes, welcher den Ver-
storbenen behandelt hat. | |
| Wahrgenommene Zeichen
des wirklichen Todes. | |
| Besondere
Bemerkungen. | |

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Samstag den 19. Juli 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsseungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Dienstnachricht.
Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachungen des großherzoglichen Ministeriums des Innern: die Vorarbeiten zu der Conscription für das Jahr 1852 betreffend; die Schenkung der Erben der Johanna Gottschall zu Schopfheim in den dortigen Spitalfond betreffend.
Dienst erledigungen. Todesfall.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsseungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Dienstnachricht.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden:

unter dem 7. Juli d. J.

den Major Schuler vom 1. Reiterregiment zu höchst Ihrem Flügeladjutanten zu ernennen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Vorarbeiten zu der Conscription für das Jahr 1852 betreffend.

Da nunmehr die Vorarbeiten zur Conscription für das Jahr 1852 beginnen, so werden in Gemäßheit des §. 17 des Conscriptionsgesetzes von 1825 alle Badner, welche vom 1. Januar bis 31. Dezember 1851 einschließlich das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt haben, oder zurücklegen, hiermit aufgefordert, sich bei dem Gemeinderath ihres Ortes zu melden oder anmelden zu lassen, sofort am 15. August d. J. sich zu Hause einzufinden, um auf Vorladung vor der Aushebungsbehörde persönlich erscheinen zu können, oder aber bei Zeiten die Erklärung abzugeben, daß sie, wenn sie durch das Loos zum Dienste gerufen werden, einen Mann einstellen, widrigenfalls in Ermangelung eines nach §. 22 des Conscriptionsgesetzes untauglich machenden Gebrechens dieselben als tauglich angesehen, und im Falle sie das Loos zum Militär-

dienste trifft, nach Vorschrift des §. 4 des Gesetzes vom 5. October 1820 als Ungehorsame behandelt werden sollen.

Die großherzoglichen Kreisregierungen werden beauftragt, für die Bekanntmachung vorstehender Aufforderung auch durch die Localblätter und auf die für Verkündigungen in den einzelnen Gemeinden vorgeschriebene Weise Sorge zu tragen.

Carlsruhe, den 17. Juli 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Duißon.

Die Schenkung der Erben der verstorbenen Johanna Gottschalk zu Schoppsheim in den dortigen Spitalfond betreffend.

Die Erben der verstorbenen Johanna Gottschalk von Schoppsheim haben aus deren Hinterlassenschaft dem Spitalfond daselbst die Summe von 2,285 fl. 37 kr. geschenkt. Diese Schenkung hat die Staatsgenehmigung erhalten und wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 30. Juni 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Sachs.

Dienst erledigungen.

Die fürstlich fürstenbergische Hofkaplanei zu Heiligenberg mit einem beiläufigen Erträgniß von 600 fl. wird zur Wiederbesetzung ausgeschrieben. Die Dienstobliegenheiten des Hofkaplans sind: Beforgung des Gottesdienstes in der Schloßkapelle, Aushülfe in der Seelsorge im Orte Heiligenberg, jedoch nur im Nothfalle und auf Ersuchen des Pfarrers in Röhrenbach, Besuch der Ortschule und Unterricht in Sprachen auf besonderes Verlangen der Eltern und gegen ein angemessenes Honorar. Die Competenten haben sich bei der fürstlich fürstenbergischen Standesherrschaft, als Patron, innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Durch die Beförderung des Pfarrers und Dekans Joseph Kürzel ist die katholische Pfarrei Bettmaringen, Amts Bonndorf, mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 1,300 fl., worauf die Verbindlichkeit ruht, einen Vikar zu halten, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Man sieht sich veranlaßt, die katholische Pfarrei Bretten mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 900 fl. nochmals zur Bewerbung auszuscheiden. Die Bewerber um dieselbe haben sich bei dem großh. katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen vorschriftsmäßig zu melden.

Todesfall.

Gestorben ist:

Am 2. Juli laufenden Jahrs der pensionirte Hauptmann Bez in Baden.

Tabelle IV.

Sterberegister.

Pfarramt

Monat

| Nr. | Geschlechtsname und
Taufname.
Bei Kindern, Angabe des
Vaters oder bei unehelichen
der Mutter. | Stand
und
Gewerbe. | Alter. | Reli-
gion. | Ledig,
verheirathet
oder
verwitwet. | Tag und
Stunde
des Todes. | Tag und
Stunde
des Em-
pfangs
des
Sterb-
scheins. | Tag und
Stunde
des Em-
pfangs
des Lei-
chenschau-
scheins. | Bei
Kindern
bis zu 14
Jahren
obehelich
oder un-
ehelich. | Hat der
Verstor-
bene eine
Armenun-
terstützung
von der
Gemeinde
genossen. |
|-----|---|--------------------------|--------|----------------|--|---------------------------------|---|--|--|---|
| | | | | | | | | | | |

Tabelle V.

Verzeichniß der Gestorbenen.

Amt

18 . . .

Gemeinde

| Nr. | Zu- und Vorname des Gestorbenen. | Ledig, verheirathet, Wittw.-stand. | Erwerbszweig, Stand (bei Kindern ehelich oder unehelich). | Alter. | Tag und Stunde des erfolgten Todes. | Krankheit. | Dauer der Krankheit. | Name des Arztes. |
|-----|---|------------------------------------|---|----------|-------------------------------------|---|----------------------|-----------------------------------|
| 1. | Vogel, Karl Wilhelm. | Verheir. | Schneider. | 62 Jahr. | 3. Jan. Morgens 10. | Pneumonie. | 6 Tage. | Müller in Z. |
| 2. | Blum, Ferdinand. Mutter: Dorothea Blum. | — | Unehelich. | 5 Jahre. | 5. Jan. Abends 4. | wurde überfahr. u. starb an Verletzung der Leber. | — | Geriathliche Obduct. und Section. |
| 3. | Zimmermann, Emma. | Wittwe. | Deren + Ehemann Schuster. | 34 Jahr. | 6. Jan. Mittags 12. | Typhus. | 17 Tage. | Müller in Z. |
| 4. | Walz, Louise. | — | Tochter d. Wagners Peter Walz. | 8 Jahre. | 10. Jan. Nachts 2. | Masern, | 9 Tage. | Derselbe. |
| 5. | Todtgeborener Knabe. | — | Vater Zimmermann Eberle. | — | 10. Jan. Mittags 6. | Brustentz. | 5 Mt. alte | — |
| 6. | Müller, Karoline. | — | Vater Blechner Karl Müller. | 5 Monat | 12. Jan. Morgens 5. | Keuchhusten Brustentz. | 5 Wochen | Müller in Z. |

Tabelle über die Bewegung der Bevölkerung im Physkate.

| Gemeinde. | Einwohnerzahl.
(Zählung von 18..) | Geboren. | | | | | | Summe der Geborenen. | Zodtgeboren. | | | | | | Summe d. Zodtgeboren. | Gestorben. | | | Vertraute Paare. | Anzahl der Familien. |
|-----------|--------------------------------------|----------|--------|--------|------------|--------|--------|----------------------|--------------|--------|--------|------------|--------|--------|-----------------------|------------|-----------|--------|------------------|----------------------|
| | | Ehelich. | | | Unehelich. | | | | Ehelich. | | | Unehelich. | | | | Männlich. | Weiblich. | Summe. | | |
| | | Männl. | Weibl. | Summe. | Männl. | Weibl. | Summe. | | Männl. | Weibl. | Summe. | Männl. | Weibl. | Summe. | | | | | | |
| Summe . | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

Table VII.

Medizinische Tabelle des Physikates

[illegible]

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Dienstag den 22. Juli 1851.

Inhalt.

Verordnung des großh. Finanzministeriums zum Vollzuge des Gesetzes vom 13. Februar d. J., die Entschädigung für aufgehobene Besitzveränderungsabgaben betreffend. Bekanntmachung des großh. Finanzministeriums, die Bestellung einer Ministerialcommission zur Ermittlung der Entschädigung für aufgehobene Besitzveränderungsabgaben betreffend.

Verordnung

zum Vollzuge des Gesetzes vom 13. Februar d. J., die Entschädigung für aufgehobene Besitzveränderungsabgaben betreffend.

Zum Vollzuge des Gesetzes vom 13. Februar d. J. (Regierungsblatt, Seite 169), die Entschädigung für aufgehobene Besitzveränderungsabgaben betreffend, wird mit höchster, auf den gemeinschaftlichen Antrag der Ministerien des Innern und der Finanzen erfolgter, Genehmigung Seiner Königlich Hochheit des Großherzogs aus großherzoglichem Staatsministerium vom 2. dieses Monats Nr. 1177 verordnet, was folgt:

I. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Wer in Folge des Gesetzes vom 10. April 1848 über Aufhebung der Feudalrechte aus dem Bezuge von Besitzveränderungsabgaben, als

1. Drittel, Stoddrittel, Ehrschag, Pfennig, dritter Pfennig, zehnter Pfennig, Gütersfall, Zehnter,
 2. Rauffall, Kaufgeld, Handlohn, Kaufhandlohn, Währschaft, Kreuzergeld,
 3. Herdreht, Herdgeld, Fallrecht, Fallgeld, Besthaupt, Hauptrecht, Sterbhandlohn,
- gekommen ist, hat hiefür nach Maßgabe des Gesetzes vom 13. Februar d. J. Entschädigung anzusprechen, falls die Abgabe zur Zeit der Aufhebung in unbestrittener Uebung bestanden hat oder im Falle eines Rechtsstreites hierüber seitdem durch Urtheil oder Vergleich dem Berechtigten zugestanden worden ist oder noch zugestanden wird.

Für Besitzveränderungsabgaben, welche durch freiwilligen Verzicht des Berechtigten erloschen sind, kann eine Entschädigung nicht verlangt werden.

§. 2.

Die Forderung des Entschädigungsbetrags muß in der Regel auf die Rechnungen, Rechnungsurkunden und Kassenbücher des Berechtigten gegründet werden. Ausnahmsweise finden

andere Beweismittel statt, in so weit nachgewiesen wird, daß jene ordnungsmäßigen Befehle mangeln.

Gefällbeträge, welche wegen Illiquidität oder Unbebringlichkeit unerhoben geblieben, sind von der Liquidation ausgeschlossen, gleichgültig, ob die Verzichtleistung durch einfache Abgangsverrechnung oder in der Form von Nachlässen erfolgt ist. Nicht ausgeschlossen sind dagegen wirkliche aus Gründen der Milde oder Billigkeit erfolgte Nachlässe liquider und bebringlicher Beträge, in so fern diese Eigenschaft gehörig nachgewiesen werden kann.

§. 3.

Alle Nachweisungen durch Rechnungsauszüge, so wie durch Auszüge aus Grundbüchern, Kauf- und Gewährprotokollen, Theilungsakten und dergleichen unterliegen der Prüfung und Bestätigung durch das einschlagende Amtsrevisorat.

Ist eine großherzogliche Domänenverwaltung berechtigt, so tritt bei Rechnungsauszügen statt der Prüfung und Bestätigung durch das Amtsrevisorat eine Prüfung und Bestätigung durch die großherzogl. Hofdomänenkammer ein.

§. 4.

Die Ermittlung der Entschädigung geschieht im Einzelnen:

1. bei allen geschlossenen Hofgütern, sei es, daß ein solches Hofgut für sich allein oder mit andern Hofgütern zusammen eine eigene Gemarkung bildet, oder daß es zu einer im Uebrigen aus parzellirten Besitzungen bestehenden Gemarkung gehört;
2. bei parzellirten Liegenschaften, in so fern die Anzahl der Besitzer in einer und derselben Gemarkung die Zahl 30 nicht erreicht.

Die Ermittlung gemarkungsweise im Ganzen kommt nur bei parzellirten Besitzungen vor; sie tritt ein, wenn entweder alle Liegenschaften einer Gemarkung fallpflichtig waren, oder, wo nur ein Theil dieser Last unterworfen war, wenn die Anzahl der Besitzer jenes Theils 30 und mehr beträgt.

II. Anmeldung und Begründung der Entschädigung.

§. 5.

Der Berechtigte meldet seine Entschädigungsansprüche bei der einschlägigen großherzogl. Kreisregierung an. Dies geschieht für jede Gemarkung, in welcher er Besitzveränderungsabgaben bezog, in abgesonderter Eingabe.

§. 6.

Die Anmeldung des Berechtigten umfaßt folgende Vorlagen:

1. eine kurze Beschreibung des Gefälls mit der Angabe, ob dasselbe in Geld oder in Fahrnißstücken gereicht und nach welchem Maßstab es bemessen wurde; ferner, ob sich seit der Zeit, aus welcher die verzeichneten Gefällbeträge herrühren, die Fallpflicht geändert hat, d. h. eine

Änderung in der Ausdehnung oder im Tarif der Abgabe oder in beiden Beziehungen eingetreten ist, und welche;

2. die vorhandenen Urkunden über die Abgabe, als Veraine, gerichtliche Urtheile, Vergleiche u.;
3. da, wo bei der Liquidation im Ganzen keine über die fallpflichtigen Liegenschaften nach ihrem gegenwärtigen Besitzstand Auskunft gebende Urkunden (Ziffer 2) vorgelegt werden können, ein Verzeichniß dieser Liegenschaften, geordnet nach ihren gegenwärtigen Besitzern; es sei denn, daß sich die Fallpflicht über die ganze Gemarkung oder, bei ehemals getheilter Ortsherrschaft, über den ganzen Gemarkungstheil eines Theilherrn erstreckt, wo es dieses Verzeichnisses nicht bedarf;
4. die Berechnung und Nachweisung des Entschädigungsanspruches.

1. Im Fall die Entschädigung gemarkungsweise im Ganzen zu ermitteln ist.

§. 7.

Ist die Entschädigung gemarkungsweise im Ganzen zu ermitteln, so besteht die Berechnung der Entschädigung (§. 6, Satz 4) in der Darstellung

1. der Einnahme an Besitzveränderungsabgaben, welche der Berechtigte von den in den Kalenderjahren 1827 bis mit 1836 vorgekommenen Besitzveränderungen wirklich bezogen hat oder hätte beziehen können;
2. wo zur Anerkennung der Fallpflicht (§. 7 des Gesetzes) jährliche Leistungen zu entrichten waren, des an solchen in denselben Jahren gefallenen Betrags. Bestand die jährliche Leistung in Naturalien, so ist der durchschnittlich jährliche Naturalbetrag nach den örtlichen Zehntablosungspreisen in Geld zu berechnen.

§. 8.

Hat sich seit 1827 die Fallpflicht nicht geändert, so bildet die Summe aller dieser Bezüge, durch 10 getheilt, die Entschädigungsrente und der zwölfwache Betrag der letzteren das Entschädigungskapital.

Hat sich dagegen die Fallpflicht seit 1827 geändert, so ist zwar die Darstellung des wirklichen Gefällbezugs ganz ebenso, wie wenn keine Änderung stattgefunden hätte, zu fertigen, am Schlusse derselben aber und vor Berechnung der Entschädigungsrente die nöthige Berichtigung beizufügen.

Ganz einfache Fälle ausgenommen, hat diese Berichtigung in der Art zu geschehen, daß die derselben unterworfenen Gefällbeträge zusammengestellt und an der Summe der Darstellung abgezogen, dagegen die an deren Stelle tretenden richtig gestellten Beträge zugeschlagen werden.

§. 9.

Die Nachweisung der Berechnung bezieht sich theils auf die Größe der aufgeführten Einnahmen, theils auf die Thatfache, daß letztere von Besitzveränderungen herrühren, welche in den Normaljahren vorgegangen sind. Zur Erleichterung der Prüfung ist dieselbe mit vollständigen Nachweisungen auf die betreffenden Rechnungen oder sonstigen Belege zu versehen.

§. 10.

Wo der Berechtigte vollständige und klare Rechnungen, Rechnungsbelege und Kassenbücher besitzt und der Gefällbezug regelmäßig stattgefunden hatte, mithin die Entstehungszeit der verrechneten Besitzveränderungsabgaben genügend erhellt und zugleich angenommen werden darf, daß erhebliche Nachholungen von Einnahmen aus älterer Zeit in der Normalperiode nicht vorgekommen sind, soll der vorhandene Inhalt der Rechnungen aus der Normalperiode, nach Ausschcheidung der Abgangsposten, der Regel nach genügen.

In diesem Falle hat daher die Nachweisung in Rechnungsauszügen aus der Normalperiode zu bestehen.

§. 11.

Fehlt es zwar nicht an vollständigen und klaren Rechnungen, war aber der Gefällbezug dergestalt unregelmäßig, daß die Rechnungen der Normalperiode auch Einnahmen von früheren Besitzveränderungen enthalten, während solche von Besitzveränderungen in der Normalperiode mitunter erst in späteren Rechnungen erscheinen, so müssen in den Rechnungsauszügen der Normaljahre die nicht zugehörigen Einnahmen älteren Ursprungs ausgeschieden und durch Auszüge aus den späteren Rechnungen über die in die Normaljahre gehörigen Einnahmen ergänzt werden.

§. 12.

Wo die Rechnungen die Entstehungszeit der vorgekommenen Einnahmen gar nicht oder nicht genügend bezeichnen, ist den Rechnungsauszügen, weil sie die Herkunft der Besitzveränderungen aus der Normalperiode nicht hinlänglich darthun, ein Auszug aus den öffentlichen Büchern des Orts über die vom 1. Januar 1827 bis letzten Dezember 1836 eingetragenen Besitzveränderungen beizufügen, in der Art, daß die einzelnen Posten der Rechnungsauszüge mit Rückweisungen auf die entsprechenden Stellen jenes Auszugs versehen werden.

Derselbe muß enthalten:

1. den Zeitpunkt des geschehenen Eintrags,
2. die Bezeichnung der betreffenden Liegenschaften,
3. den Namen des abgetretenen und des dafür neu eingetretenen Besitzers,
4. den stipulirten Kaufpreis oder Werthsanschlag.

§. 13.

Fehlen einzelne Jahresrechnungen, so bildet in so weit der eben (§. 12) erwähnte Auszug die Grundlage der Liquidation. Dem Berechtigten bleibt überlassen, diejenigen weiteren Behelfe beizubringen, mit welchen er die Bezüge nachweisen zu können glaubt, welche ihm von den im Auszug bezeichneten Besitzveränderungen wirklich zugeflossen sind. Haben aber im Falle des zweiten Absatzes des §. 3 des Gesetzes gar keine Gefällbezüge stattgefunden, so sind die in die Liquidation aufzunehmenden Beträge nach Vorschrift des §. 19 zu ermitteln.

2. Im Fall die Entschädigung im Einzelnen zu ermitteln ist.

§. 14.

Bei der Ermittlung im Einzelnen ist für jede in der betreffenden Gemarkung vorhandene fallpflichtige Besizung (geschlossene Hofgüter, Gebäude, Garten-, Acker-, Wiesen-, Reben- oder Waldstücke) die Entschädigung abgesondert zu berechnen. Sie zerfällt in so viele Abtheilungen, als Besitzer vorhanden sind, und unter jeder Abtheilung erscheinen so viele Entschädigungsberechnungen, als der Besitzer fallpflichtige Güter inne hat.

Wenn vermöge des §. 6 Ziffer 2 ein den gegenwärtigen Besitzstand vollständig darstellendes Verain über die fallpflichtigen Güter übergeben wird, so muß sich die Liquidation bei jedem Entschädigungsposten auf die entsprechende Nummer des Verains beziehen. Erfolgt die Vorlage eines solchen Verains nicht, so muß in der Entschädigungsberechnung eine kurze Beschreibung der Besizung nach Lage, Flächengröße und Angrenzern gegeben werden.

Alle Abtheilungen der Liquidation zusammen bilden mit den dazu gehörigen Belegen die im §. 6 Ziffer 4 bezeichnete Berechnung und Nachweisung.

§. 15.

Da eine Entschädigung für die Besitzveränderungsabgabe nur dann statt findet, wenn die Fallgebühr bei der dem 10. April 1848 zuletzt vorausgegangenen Besitzveränderung wirklich entrichtet wurde, oder damals wegen eines anhängig gewesenen und später zu Gunsten des Berechtigten erledigten Rechtsstreites über die Pflichtigkeit selbst nicht erhoben werden konnte, so muß der Beweis der ersten Thatsache durch einen Auszug aus der Rechnung, beziehungsweise aus den Rechnungsbelegen, der Beweis der anderen durch Vorlage des Urtheils oder Vergleichs, wodurch die Erledigung erfolgt ist, geführt werden.

Weist die Rechnung zwar den wirklichen Bezug einer Besitzveränderungsabgabe nach, aber nicht die Besitzveränderung, beziehungsweise die Besizung, auf welche sich dieselbe bezieht, so hat der Berechtigte den Beweis durch andere Hülfsmittel, etwa durch das Anerkenntniß des Pflichtigen, durch einen Auszug aus dem Grund- und Gewärbuch oder durch andere Urkunden zu ergänzen.

Weist die Rechnung von der letzten Besitzveränderung keinen Bezug nach oder ist der verrechnete Betrag ein eigentlicher Abgangsposten, so kann von dem betreffenden Grundstück keine Entschädigung verlangt werden.

§. 16.

Der Rechnungsauszug (§. 15) ist für alle Besizungen der nämlichen Gemarkung zusammen zu bearbeiten. Er muß auch die aus den Rechnungen nachweisbaren Bezüge je von der vorletzten Besitzveränderung aufnehmen. Die Einträge sind nach der Reihenfolge der Rechnungen geordnet, von der neuesten anfangend und zu den älteren zurückgehend zu bewerkstelligen, so daß alle in derselben Rechnung vereinnahmten Fallgebühren beisammen vorkommen. War die Fallgebühr zwar in Fahrnißstücken (Früchten, Vieh, Kleidungsstücken u.) zu entrichten, ist aber statt derselben ein

Geldbetrag bezogen und verrechnet worden, so muß letzterer als das Maßgebende in den Auszug aufgenommen werden. Die Einträge sind mit Ordnungsnummern zu versehen, auf welche die Entschädigungsberechnung zurückweist. Ähnliches ist bei den übrigen Belegen der Entschädigungsberechnung zu beobachten.

§. 17.

Die Fallgebühr, aus welcher nach der Vorschrift des §. 4 des Gesetzes die Entschädigungsrente und durch Vervielfachung der letzteren mit 12 das Entschädigungskapital zu bilden ist, besteht, wo nicht der Bezug auf eine feste Summe ein für alle Mal bestimmt war, im Durchschnitt des bei der letzten und vorletzten Besitzveränderung entrichteten, beziehungsweise im Falle eines obgewalteten Rechtsstreits zu entrichten gewesenen Betrags.

Hat sich seit dem Eintritte eines oder der beiden in Betracht kommenden Bezüge die Fallpflicht geändert, so wird der betreffende Betrag berichtigt, d. h. es wird statt des wirklich bezogenen derjenige Betrag in den Durchschnitt aufgenommen, welcher hätte gereicht werden müssen, wenn zur Zeit der eingetretenen Besitzveränderung die Aenderung der Fallpflicht schon bestanden hätte.

§. 18.

Ist die in Fahrnißstücken zu reichen gewesene Fallgebühr nicht in Geld, sondern in Natur bezogen und verrechnet worden, so ist der entsprechende Gelbbetrag bei Früchten nach den Zehntablösungspreisen der Ortsgemarkung, bei anderen Fahrnißstücken nach den zur Zeit der eingetretenen Besitzveränderung bestandenen Preisen, welche entweder aus den auf letztere speziell bezüglichen Akten (über Erbtheilungen, Vermögensübergaben etc.) zu erheben oder mit Rücksicht auf solche gleichzeitige Werthsanschläge durch Schätzung zu ermitteln sind, in Geld zu berechnen.

§. 19.

Konnte die Fallgebühr bei der letzten Besitzveränderung wegen eines inzwischen zu Gunsten des Berechtigten erlebigen Rechtsstreits nicht erhoben werden, so ist zu untersuchen, welcher Betrag oder Werth zu erheben gewesen wäre, wenn jenes Hinderniß nicht bestanden hätte. Wo daher die Abgabe nicht in einer festen Summe besteht, ist

1. wenn sie in einem bestimmten Theil des Kaufpreises oder Werthsanschlags des fallpflichtigen Gegenstands zu reichen war, der wirkliche bei jener Besitzveränderung eingetretene Kaufpreis, oder der wirkliche Werthsanschlag durch Auszüge aus dem Grund- und Gewährbuch, beziehungsweise durch Auszüge aus den betreffenden Erbtheilungs- oder Vermögensübergabsakten nachzuweisen oder wo solche fehlen, nach den im Allgemeinen zur Zeit der Besitzveränderung bestandenen Preisen zu ermitteln und hiernach die Gebühr zu bemessen;
2. wenn sie zwar in Geld zu entrichten, der Gelbbetrag aber nach einem bestimmten Herkommen festzusetzen war, sind die nach letzterem maßgebenden Anhaltspunkte zu erheben und die Gebühr durch Abschätzung zu ermitteln;

3. wenn sie in gleicher Weise, jedoch in Früchten oder Fahrnißstücken zu entrichten war, so ist bei Früchten zwar das Quantum durch Schätzung festzusetzen, der Geldbetrag aber nach den örtlichen Zehntablösungspreisen zu berechnen, bei anderen Fahrnissen dagegen ist der dafür anzunehmende Werth, wenn er sich nicht aus den über die Besitzveränderung selbst vorhandenen Akten entnehmen läßt, nach den im Zeitpunkt derselben bestandenen Preisen durch Abschätzung zu bestimmen.

§. 20.

Ist die im vorletzten Fall entrichtete Fallgebühr zwar aus Rechnungen bekannt, aber das fallspflichtige Objekt in der Zwischenzeit in zwei oder mehr Theile zerschlagen worden, so ist das auf jede Parzelle kommende Betreffniß nach Verhältniß der Steuerkapitalien der einzelnen Parzellen zur Summe derselben zu bestimmen.

§. 21.

Läßt sich der bei der vorletzten Besitzveränderung bezogene Betrag aus den Rechnungen nicht mehr nachweisen, ist aber der Zeitpunkt jener Besitzveränderung bekannt, so richtet sich die Ermittlung der Fallgebühr nach den Vorschriften des §. 19; jedoch sind, so weit die für den besonderen Fall maßgebend gewesenen Kaufpreise, Werthansschläge oder andere Anhaltspunkte sich nicht mehr nachweisen lassen, diese durch Schätzung, welche sich nach den Preis- und Werthverhältnissen jenes Zeitpunktes im Allgemeinen zu bemessen hat, festzusetzen und ist hiernach die Fallgebühr zu bestimmen.

§. 22.

Ist auch der Zeitpunkt der vorletzten Besitzveränderung unbekannt, so wird derselbe dadurch festgestellt, daß man von dem bekannten Zeitpunkt des letzten Falls,

1. wenn die Fallpflicht bei jedem Wechsel des Eigenthümers eintrat, um 30 Jahre,
 2. wenn sie nur bei dem Wechsel durch Erbgang oder Vermögensübergabe eintrat, um 45 Jahre,
 3. wenn sie nur bei dem Wechsel durch Veräußerung unter Lebenden eintrat, um 90 Jahre
- zurückzählt. Im Uebrigen richtet sich das Verfahren nach §. 21.

§. 23.

Wo nach §. 18, 19 oder 21 Schätzung eintreten muß, hat der Berechtigte in seiner Vorlage an die großh. Kreisregierung (§. 6) lediglich hierauf hinzuweisen und die Anordnung der Schätzung der Behörde anheim zu geben.

§. 24.

Kommen bei Besitzveränderungsabgaben, für welche die Entschädigung im Einzelnen zu ermitteln ist, jährlich zur Anerkennung der Abgabe entrichtete Leistungen vor, so ist der durchschnittliche Jahresbetrag dieser Leistungen nach §. 7, Satz 2, und die Entschädigung hiefür im zwölffachen Betrage zu berechnen.

2. Verfahren, falls die Entschädigung nicht im Laufe des Jahres 1851 angemeldet werden kann.

§. 25.

Ist ein Berechtigter außer Stand, seine Entschädigung nach Maßgabe der §§. 5 bis 24 im Laufe des Jahres 1851 geltend zu machen, so hat er sich bei Vermeidung des im §. 16 des Gesetzes angedrohten Nachtheils noch im Laufe dieses Jahres an die großh. Kreisregierung zu wenden und die eintretende Verzögerung zu rechtfertigen. Die Kreisregierung gibt über diese vorläufige Anmeldungen Bescheinigung, trägt dieselben in ein besonderes Register ein und theilt letzteres im Januar 1852 der über die Entschädigungsforderungen in erster Instanz entscheidenden Ministerialcommission mit.

III. Prüfung der Entschädigungsforderungen.

§. 26.

Die großh. Kreisregierung unterwirft die Vorlage des Berechtigten einer vorläufigen Durchsicht, läßt sie, falls dies nothwendig scheint, durch denselben ergänzen und fertigt sie dann mit den Belegen dem großh. Bezirksamte zu, damit es

1. das großh. Amtsrevisorat zur Prüfung nach §. 3 veranlasse,
2. über die Entschädigungsforderung die Pflichten vernehme, auch
3. da, wo eine Schätzung nöthig ist, diese anordne.

§. 27.

Das Amtsrevisorat hat bei der Mittheilung der Nachweisung des Berechtigten die Rechnungsauszüge u. nach den ihm von letzterem vorzulegenden Originalrechnungen, Rechnungsbeilagen, Kassenbüchern und weiteren Urkunden zu prüfen und, wie geschehen, unterschriftlich zu bestätigen. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, daß

1. keine Abgangsposten unterlaufen,
2. im Falle des §. 13, daß nicht der nämliche Posten doppelt in Aufrechnung kommt, einmal mit dem Grund- und Gewärbuchsauszug über die Jahre, von welchen die Rechnungen mangeln und dann etwa wieder mit dem Rechnungsauszug eines vorhergehenden oder nachfolgenden Jahres; ferner
3. ob die Voraussetzungen der §§. 10 und 11 stattfinden.

§. 28.

Ist die Entschädigung im Ganzen zu ermitteln, so handelt nach §. 13 des Gesetzes für die Pflichten ein von ihnen gewählter Ausschuß.

Zur Wahl dieses Ausschusses übergibt der Berechtigte dem Bezirksamt das namentliche Verzeichniß der Besitzer der ehemals fallpflichtigen Liegenschaften der betreffenden Gemarkung.

Das Bezirksamt läßt das Verzeichniß vor Anordnung der Wahl durch den Gemeinderath prüfen und nöthigenfalls unter Benehmen mit dem Berechtigten richtig stellen.

Das Bezirksamt ordnet hierauf die Wahl an, wozu die Betheiligten mit dem Präjudiz einzuladen sind, daß die Ausbleibenden so angesehen werden, als stimmten sie den Beschlüssen der Mehrzahl der Erscheinenden bei.

Der Wahlakt wird durch den Bürgermeister geleitet. Der Rathschreiber führt das Protokoll.

Die Erscheinenden haben sowohl über die zu wählende Anzahl der Ausschußpersonen als über die Ernennung der Letzteren durch Stimmenmehrheit zu entscheiden. Der erwählte Ausschuß ernannt aus seiner Mitte in gleicher Weise einen Obmann, welcher seine Berathungen zu leiten und bei Stimmengleichheit zu entscheiden hat.

Das Bezirksamt läßt das Wahlergebniß in der Gemeinde verkündigen und eröffnet dasselbe zugleich dem Berechtigten.

§. 29.

Sind die vom Berechtigten übergebenen Rechnungsnachweisungen nach §. 27 vom Amtsrath geprüft und ist, falls ein Ausschuß der Pflichtigen für diese zu handeln hat, der Ausschuß nach §. 28 bestellt, so hat das großh. Bezirksamt die Pflichtigen, beziehungsweise deren Ausschuß, über die Entschädigungsforderung nach §. 13 des Gesetzes mit ihrer Erklärung zu Protokoll zu vernehmen, sodann auch die dem Amtssitze nächst gelegene großh. Domänenverwaltung als Vertreterin der Staatskasse zu hören.

§. 30.

Sind Schätzungen nöthig, so verfährt das großh. Bezirksamt nach §. 14 des Gesetzes.

Die Ergebnisse derselben werden dem Berechtigten zur Ergänzung seiner Entschädigungsforderung mitgetheilt und werden hierüber sowohl die Pflichtigen als die Vertreterin der Staatskasse (§. 29) mit ihrer schließlichen Erklärung vernommen.

Die Vernehmlassungen der großh. Domänenverwaltung geschehen schriftlich, je unter Anberaumung einer unerstreßlichen Frist von drei Wochen.

§. 31.

Ist die Erklärung der Pflichtigen, beziehungsweise ihres Ausschusses, so wie jene der großh. Domänenverwaltung zustimmend, so hat das großh. Bezirksamt die geschlossenen Verhandlungen der großh. Kreisregierung vorzulegen.

Ist die Erklärung der Pflichtigen, beziehungsweise ihres Ausschusses oder jene der großh. Domänenverwaltung nicht zustimmend, so ist vorderst noch der Berechtigte zu hören und ist — wo möglich — eine Verständigung unter den Betheiligten zu erzielen. Dem Bezirksamt bleibt überlassen, zu diesen Verhandlungen einen Rechnungsverständigen beizuziehen.

§. 32.

Die großh. Kreisregierung prüft das einkommende Liquidationsoperat, läßt dasselbe, wo nöthig, ergänzen und theilt solches der Ministerialcommission mit ihren Anträgen zur Entscheidung mit.

IV. Entscheidung über die Entschädigungsforderung und Befriedigung derselben.

§. 33.

Die Ministerialcommission, die nach §. 12 des Gesetzes darüber — ob und in welcher Größe Entschädigung zu leisten sei — in erster Instanz zu entscheiden hat, läßt die Theiligten von ihrer Entscheidung sammt Entscheidungsgründen durch die Kreisregierung in Kenntniß setzen.

Im Falle eines Rekurses an das großh. Staatsministerium kommen die Bestimmungen der Rekursordnung vom 14. März 1833 zur Anwendung.

Ist ein Rekurs innerhalb der hiernach anberaumten Frist nicht ausgeführt oder ist auf einen solchen die Entscheidung des großh. Staatsministeriums erfolgt und sonach das Erkenntniß in der Sache vollzugsreif, so wird die Ministerialcommission das Finanzministerium zum Zwecke der Anweisung der dem Berechtigten zuerkannten Entschädigung benachrichtigen.

Hat sich im Laufe der Verhandlungen die Gewißheit oder doch überwiegende Wahrscheinlichkeit ergeben, daß ein privatrechtlicher Entstehungsgrund der Abgabe vorliege, so hat die Ministerialcommission das Finanzministerium gleichzeitig und unter Mittheilung der bezüglichen Aktenstücke hierauf aufmerksam zu machen.

§. 34.

Das Finanzministerium weist die dem Berechtigten zuerkannte Entschädigung auf die Amortisationskasse an. Dieselbe wird, so weit sie Rundsummen von hundert Gulden enthält, in fünfprozentigen, auf Seite des Gläubigers unaufkündbaren Schuldscheinen, sonst aber baar geleistet.

§. 35.

Das Finanzministerium wird ferner, falls nach der Mittheilung der Ministerialcommission ein privatrechtlicher Entstehungsgrund vorliegt oder vorzuliegen scheint, die Frage des Rückgriffs auf die Pflichten in Erwägung ziehen und nach Befund hierwegen das Geeignete einleiten.

Carlsruhe, den 12. Juli 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Pfeilsilder.

Die Bestellung einer Ministerialcommission zur Ermittlung der Entschädigung für aufgehobene Besitzveränderungsabgaben betreffend.

Durch höchste Entschlieſung Seiner Königlichcn Hoheit des Großherzogs aus großherzoglichem Staatsministerium vom 2. d. M., Nr. 1177, sind für die nach §. 12 des Gesetzes vom 13. Februar dieses Jahrs, die Entschädigung für aufgehobene Besitzveränderungsabgaben betreffend, zu bestellende Ministerialcommission

Ministerialrath Maier zum Vorstand,
Geheimer Finanzrath Gloßner,
Domänenrath Händel und
Oberkirchenrath Müller

zu Mitgliedern ernannt worden, was andurch mit dem Anfügen zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, daß diese Commission alsbald in Thätigkeit tritt.

Carlsruhe, den 12. Juli 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Pfeilschider.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Samstag den 26. Juli 1851.

Inhalt.

Allerhöchstlandesherrliche Verordnung: den zwischen der Großherzoglich Badischen und der Königlich Württembergischen Regierung abgeschlossenen Staatsvertrag über die Verbindung der beiderseitigen Eisenbahnen betreffend.

Allerhöchstlandesherrliche Verordnung, den zwischen der Großherzoglich Badischen und der Königlich Württembergischen Regierung abgeschlossenen Staatsvertrag über die Verbindung der beiderseitigen Eisenbahnen betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nachdem der von Unserem Bevollmächtigten und den Bevollmächtigten Seiner Majestät des Königs von Württemberg über die Verbindung der beiderseitigen Eisenbahnen unterm 4. Dezember 1850 abgeschlossene Staatsvertrag die beiderseitige allerhöchste Ratifikation erhalten hat, und die hierüber ausgefertigten Urkunden gegenseitig ausgewechselt worden sind, auch die vorbehaltene ständische Zustimmung in beiden Staaten erfolgt ist, so befehlen Wir andurch, daß dieser Staatsvertrag zur Nachachtung öffentlich verkündet werde.

Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 19. Juli 1851.

Leopold.

Ichr. Rädt.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Bauschlischer.

Staatsvertrag.

Die Großherzoglich Badische und die Königlich Württembergische Regierung, in der Absicht, ihre beiderseitigen Staatseisenbahnen in angemessene Verbindung zu bringen, haben zu diesem Zweck Bevollmächtigte ernannt, welche, vorbehaltlich der Allerhöchsten Ratifikation, sich über folgenden Vertrag vereinigt haben:

Art. 1.

Zur Vervollständigung des süddeutschen Eisenbahnnetzes und insbesondere zur Verbindung der Badischen Rheinthalbahn mit der Württembergischen Staats-Eisenbahn soll eine Eisenbahn von Bruchsal aus über Bretten und die Württembergische Grenze geführt und an der schicklichsten Stelle in die Dietigheim-Ludwigsburger Bahnstrecke eingemündet werden.

Ueber die Bestimmung der Bahnlinie, welche in der für den Bau und Betrieb günstigsten Richtung zu wählen und bei welcher auf die Abzweigung einer Seitenbahn nach Pforzheim Rücksicht zu nehmen ist, werden sich die contrahirenden Regierungen in kürzester Frist verständigen.

Die Spurweite dieser Verbindungsbahn wird auf 4' 8 1/2" englisches Maas festgesetzt.

Art. 2.

Das Großherzogthum Baden überläßt, unter ausdrücklicher Wahrung aller seiner Hoheitsrechte, den Bau und Betrieb der Bahn, nebst sämmtlichen damit verbundenen Lasten und Vortheilen, auch innerhalb seines Territoriums der Königlich Württembergischen Regierung, damit die gesammte Bahn zwischen Bruchsal und Friedrichshafen in ihrer ganzen Ausdehnung als eine einzige, ununterbrochene Hauptbahn betrieben werde.

Uebrigens behält sich die Großherzoglich Badische Regierung das Recht vor, das Eigenthum und den Selbstbetrieb der Bahnstrecke zwischen Bruchsal und der Badisch-Württembergischen Grenze nach vorausgegangener einjähriger Kündigung an sich zu ziehen, gegen Rückvergütung der von Württemberg auf jene Bahnstrecke aufgewendeten sämmtlichen Anlagelkosten, nach alleinigem Abzug des Minderwerths der einer Abnutzung und der Fäulniß unterworfenen Theile.

Falls eine Verständigung über diesen Abzug nicht stattfinden sollte, entscheidet hierüber ein Schiedsgericht, zu welchem beiderseits je zwei Schiedsrichter berufen werden, die zusammen einen Obmann wählen.

Art. 3.

Der allgemeine Plan über die Ausführung des Baues innerhalb Badischen Gebiets und die dabei zu beachtenden Grundsätze unterliegen der Genehmigung der Großherzoglich Badischen Regierung.

Die Detailpläne für die Brücken, Wegübergänge, Wasserdurchlässe, Stationsgebäude und Einrichtungen werden nach erfolgter Bearbeitung durch Württembergische Techniker mit den hiezu bezeichnet werdenden Badischen technischen Beamten berathen und gemeinschaftlich festgestellt.

Diese Mitwirkung von Seite Badens soll übrigens nicht in der Art ausgedehnt werden, daß Baugrundsätze, welche die Königl. Regierung innerhalb Württemberg durchführt, in Baden ausgeschrieben werden sollten.

Art. 4.

Der Badischen Regierung steht es zu, die Bauausführung des auf Badischem Gebiete gelegenen Theils der Bahn, in sicherheitspolizeilicher Beziehung und hinsichtlich der Einhaltung der vereinbarten Grundsätze und Pläne, beaufsichtigen zu lassen.

Art. 5.

Wo die Bahn auf Großherzoglich Badischem Gebiete bestehende Staats-, Vicinal- oder Gemarkungsstraßen kreuzt, wird die Königlich Württembergische Bauverwaltung alle diejenigen Maafregeln treffen, welche erforderlich sind, um den Verkehr gegen jede Unterbrechung durch die Arbeiten an der Bahn sicher zu stellen und die desfalligen Kosten gleich allen andern, welche durch den Bahnbau veranlaßt werden, übernehmen.

Bevor die Verkehrslinien unterbrochen werden können, hat die Badische technische Behörde zu untersuchen, ob die provisorischen Bauten für den Verkehr die erforderliche Sicherheit gewähren.

Art. 6.

Die Vergebung der Materiallieferungen und der Bauarbeiten wird öffentlich in einer Weise geschehen, daß Badische Staatsangehörige eben so gut wie Württembergische daran Theil nehmen können.

Zwischen den Angehörigen beider Staaten soll überhaupt in dieser Beziehung kein Unterschied gemacht werden.

Art. 7.

Hinsichtlich der Erwerbung des zum Bau der Verbindungsbahn und der Stationsplätze auf Badischem Gebiete erforderlichen Grundbesitzes finden die Badischen Gesetze vom 28. August 1835 und vom 29. März 1838 Anwendung.

Die Württembergische Bauverwaltung übernimmt dabei die Functionen, welche in diesen Gesetzen der Verwaltungsbehörde zugewiesen sind.

Zu der im Artikel 3 des letztgenannten Gesetzes bezeichneten Commission wird die Königlich Württembergische Regierung einen oder mehrere Bevollmächtigte ernennen.

Art. 8.

Dem Bahnkörper, einschließlich der Ueberbrückungen, ist alsdann beim ursprünglichen Baue die für ein doppeltes Schienengeleise nöthige Kronenbreite zu geben.

Wird sodann ein zweites Schienengeleise auf dem Württembergischen Bahntheil gelegt, so ist es von der Königlich Württembergischen Regierung und auf deren Kosten gleichzeitig auch auf dem Badischen Bahntheil aufzuführen.

Art. 9.

Der in Bruchsal für die Verbindungsbahn herzustellende Bahnhof soll in einer Weise ausgeführt werden, welche die Verbindung des Betriebs der beiden dort zusammentreffenden Bahnen so vollkommen herstellt, als dies nur immer geschehen kann.

So weit eine Mitbenutzung der Zubehörenden des Bruchsaler Bahnhofs und der auf demselben bereits bestehenden Gebäude und Einrichtungen für den Betrieb der Verbindungsbahn, ohne Beeinträchtigung des Betriebs der Badischen Bahn und ohne anderweite Erweiterungsbauten für diese herbeizuführen, zulässig ist, wird dieselbe von der Großherzoglich Badischen Regierung unentgeltlich gestattet.

Einrichtungen und Gebäude, die für die gemeinschaftliche Benützung beider Bahnverwaltungen auf diesem Bahnhofe noch erforderlich werden, sind von beiden Theilen auf gemeinschaftliche Kosten herzustellen und zu unterhalten.

Die Ausführung der Einrichtungen und Gebäude dieser Art, so wie aller innerhalb der Grundfläche des Badischen Bahnhofes nöthig werdenden Anordnungen wird die Großherzoglich Badische Regierung nach gemeinschaftlich aufzustellenden Plänen durch ihre technischen Beamten besorgen lassen.

Art. 10.

Die Vorarbeiten zur Ausführung des Bahnbaues sollen sogleich nach Genehmigung dieses Vertrags begonnen und der Bau selbst soll, wenn nicht außerordentliche Hindernisse eintreten, binnen zwei Jahren vollendet werden.

Wenn bis zum Monat Juli 1852 nicht mit dem Baue auf Badischem Gebiete begonnen sein sollte, so ist die Großherzoglich Badische Regierung nicht mehr an diesen Vertrag gebunden.

Art. 11.

Nach vollendetem Bau wird die Königlich Württembergische Regierung der Großherzoglich Badischen Regierung eine detaillirte rechnungsmäßige Nachweisung über die innerhalb ihres Gebietes aufgewendeten Baukosten nebst einem vollständigen, das vermarkte Bahneigenthum und seine Zubehörden nachweisenden Plane übergeben, welche Urkunden in dem Großherzoglichen General-landesarchiv deponirt werden sollen.

Art. 12.

Die Königlich Württembergische Regierung verpflichtet sich, ihre Behörden anzuhalten, daß die auf Großherzoglich Badischem Gebiete liegende Bahnstrecke nebst sämtlichen Beiwerken mit gleicher Sorgfalt gebaut, fortwährend unterhalten und betrieben werde, wie die Bahn im Königlich Württembergischen Gebiet.

Ohne Zustimmung der Großherzoglich Badischen Regierung wird die Königlich Württembergische Regierung diese Bahnstrecke weder veräußern, noch in irgend einer Weise belasten, noch den Betrieb der Gesamtbahn einem Dritten überlassen.

Art. 13.

Die contrahirenden hohen Regierungen werden bei Feststellung der Fahrtenpläne für die Mannheim-Basler und Bruchsal-Friedrichshafener Bahn darauf Bedacht nehmen, daß die Fahrten auf denselben in Bruchsal gehörig ineinander greifen.

Der Betrieb auf der zuletzt bezeichneten Bahn wird in der Art eingerichtet werden, daß die von Bruchsal kommenden und dahin gehenden Personen- und Güterzüge nicht auf der Einmündungsstation der Verbindungsbahn abstoßen, sondern als Hauptzüge durchfahren.

Im Sommer sollen wenigstens vier, im Winter wenigstens drei Fahrten täglich in beiden Richtungen zwischen Stuttgart und Bruchsal stattfinden, und ebenso auf der Badischen Staatseisenbahn die Station Bruchsal passieren.

Art. 14.

Württembergischer Seite dürfen die Fahrpreise (für Personen, Thiere und Güter aller Art), so wie die Lagergebühren auf der nach Bruchsal führenden Verbindungsbahn nicht höher gestellt werden, als jene auf der Heilbronn-Friedrichshafener Bahn im Allgemeinen und soll der Verkehrsrichtung von und nach Heilbronn keine Begünstigung eingeräumt werden, die nicht auch jener von und nach Bruchsal eingeräumt wird.

Art. 15.

Gegenstände, welche nach den im Großherzogthum Baden bestehenden oder künftig ergehenden Verordnungen dem Postzwange unterliegen, wird die Königlich Württembergische Betriebsverwaltung innerhalb Badischen Gebiets nicht auf eigene Rechnung zur Beförderung übernehmen; sie verpflichtet sich vielmehr zu Gunsten der Badischen Postverwaltung, die Beförderung von Briefpaketen und Zeitungen, wenn deren Gesamtgewicht an einem Tag einen Zollzentner nicht übersteigt, auf der Strecke von Bruchsal bis auf die Landesgrenze und umgekehrt von da bis Bruchsal unentgeltlich zu besorgen, und die gleiche Frachtbefreiung auch für die postdienstlichen Pakete zu gestatten.

Für alle auf der Verbindungsbahn über die Badische Grenze gehenden und kommenden Brief- und Zeitungspakete, welche an einem Tag zusammen einen Zentner übersteigen, so wie für sämtliche Pakereien, einschließlich von Geld- und Werthpapieren aber, wird der Badischen Postverwaltung von der Württembergischen Eisenbahnverwaltung, ohne Rücksicht auf den Inhalt, die Fracht unter Zugrundlegung des am Schlusse jeden Monats sich ergebenden Gesamtgewichts aller in diesem erfolgten Sendungen in dem Betrag der zweiten (zweithöchsten) Frachtklasse des Württembergischen Gütertarifs berechnet.

Der Königlich Württembergischen Eisenbahnverwaltung steht das Recht zu, durch Abwägen der Sendungen das in den offen mitzugebenden Postkarten verzeichnete Gewicht zu verifiziren.

Im Uebrigen sind für diese Sendungen die Bestimmungen der bei der Württembergischen Eisenbahnverwaltung bestehenden Transportordnung, namentlich in Beziehung auf Gewährleistung und Versicherung des Werths der Sendungen maßgebend.

Sollte jedoch zur Zeit des Vollzugs dieses Vertrags die fürstlich Thurn und Taxis'sche Postverwaltung noch im Besitze des Betriebs der Württembergischen Posten sich befinden, so soll, in so lange dies der Fall sein wird, der Badischen Postverwaltung die Befugniß zustehen, die Postsendungen, für welche sodann die Königlich Württembergische Verwaltung keinerlei Haftbarkeit übernimmt, zwischen Bruchsal und der Württembergischen Postgrenze durch einen eigenen Condukteur begleiten zu lassen, welcher auf der Eisenbahn unentgeltlich zu befördern ist.

Art. 16.

Will die Großherzoglich Badische Militärverwaltung zur Beförderung von Truppen nebst deren Material und Effecten im Dienste von der Eisenbahn innerhalb des Großherzogthums Gebrauch machen, so ist die Königlich Württembergische Betriebsverwaltung verpflichtet, nöthigenfalls auch außerordentliche Fahrten einzurichten. Die badische Militärverwaltung vergütet für solche

Transporte die Hälfte der im Tarif bestimmten Taxe. Einzelne Militärpersonen dagegen, auch wenn sie im Dienste reisen, so wie Militäreffekten ohne Begleitung von Truppen, zahlen die volle Taxe.

Anderer Militärtransporte dürfen auf der im Großherzogthum befindlichen Eisenbahnstrecke ohne Erlaubniß der Großherzoglichen Regierung nicht stattfinden.

Art. 17.

Die Württembergische Eisenbahnverwaltung wird bei Besetzung der Eisenbahnstellen (Stationsämter) für die auf Badischem Gebiet gelegene Bahnstrecke auch auf Anstellung Badischer Staatsangehöriger Bedacht nehmen, und bei Bestellung niederer Diener (Bahnwärter, Packer, Arbeiter u.) für den Bahnbetrieb auf Badischem Territorium vorzugsweise Badener (insbesondere frühere Angehörige des Militärs) berücksichtigen.

Art. 18.

Für alle innerhalb des Badischen Gebiets auf der Verbindungsbahn und ihren Zubehörenden vorkommenden, so wie für die, die Sicherheit des Betriebs auf derselben gefährdenden Vergehen und Verbrechen gelten die Badischen Gesetze und Verordnungen, so wie diese überhaupt, auch so weit sie sicherheitspolizeiliche Vorkehrungen betreffen, auf der Verbindungsbahn innerhalb des Badischen Gebiets überall Anwendung finden.

Die von der Württembergischen Regierung auf der fraglichen Bahnstrecke angestellten Beamten und Diener sind für die Handhabung der Bahnpolizei innerhalb ihres Bezirks verantwortlich. Sie werden deshalb für die ihnen in dieser Beziehung obliegenden Verrichtungen von Seiten der Großherzoglich Badischen Regierung verpflichtet und instruiert. Auch haben die Anzeigen derselben die gleiche Glaubwürdigkeit, wie diejenigen der Angestellten der Großherzoglich Badischen Eisenbahn.

Art. 19.

In Beziehung auf die Untersuchung und Bestrafung von Uebertretungen der Bahnpolizeivorschriften stehen den in Baden angestellten Württembergischen Stationsvorständen dieselben Befugnisse zu, welche durch die betreffenden Verordnungen den Badischen Stationsvorständen eingeräumt sind, und treten die Badischen Polizeibehörden erst in denjenigen Fällen ein, welche in jenen Verordnungen bezeichnet sind.

Die von denselben erkannten polizeilichen Geldstrafen fallen in die Badische Staatskasse.

Für alle übrigen an oder auf der fraglichen Bahnstrecke begangenen Verbrechen und Vergehen sind die ordentlichen Badischen Gerichte und Polizeibehörden zuständig.

Wird die Verhaftung eines auf der Verbindungsbahn innerhalb des Badischen Gebiets angestellten Eisenbahndieners wegen Verbrechen oder Vergehen von Badischen Behörden verfügt, so wird hiebei von denselben auf die Erfordernisse des Eisenbahndienstes gehörige Rücksicht genommen und die nächst vorgesetzte Eisenbahnbehörde sogleich von der Verhaftung in Kenntniß gesetzt werden.

Art. 20.

In Rücksicht auf den inneren Dienst der Bahn, namentlich die Unterhaltung derselben, den

Abfertigungsdienst, die Verwaltung des Bahneigenthums, so wie die Signalordnung haben die von der Württembergischen Eisenbahnverwaltung angestellten Beamten und Diener auch auf Badischem Gebiet die bei jener Verwaltung bestehenden allgemeinen Vorschriften zu beobachten.

Für auf vorstehende Obliegenheiten sich beziehende Disziplinarvergehen der von der Württembergischen Eisenbahnverwaltung auf Badischem Gebiet angestellten Beamten und Diener, sind die Württembergischen Behörden allein zuständig.

Die wegen solcher Vergehen erkannten Geldstrafen werden der Unterstützungskasse für Württembergische Eisenbahndiener zugewiesen.

Art. 21.

Wegen der Entschädigungs- oder sonstigen privatrechtlichen Ansprüche, welche aus Anlaß des Baues und des Betriebs der im Großherzogthum gelegenen Bahnstrecke an die Königlich Württembergische Bauverwaltung oder Betriebsverwaltung erhoben werden könnten, wird dieselbe einen Ort im Großherzogthum als Wohnsitz innerhalb drei Monaten nach Ratifikation dieses Vertrages bezeichnen.

Art. 22.

Jedem der contrahirenden Staaten bleibt es vorbehalten, innerhalb seines Gebietes Zweigbahnen anzulegen, oder anlegen zu lassen, und sie mit der hier vereinbarten Bahn in unmittelbare Verbindung zu setzen.

Auch wird die Königlich Württembergische Regierung der Erbauung und Einmündung einer zur Verbindung mit Pforzheim auszuführenden Seitenbahn auf Württembergischem Gebiet kein Hinderniß entgegensetzen, vielmehr Vorseege treffen, daß auf diese Bahn die in Württemberg bestehenden Geseze in Betreff der Enteignung des für Staatszwecke erforderlichen Grundeigenthums vollkommene Anwendung finden.

Ueberhaupt sollen — so fern etwas Anderes nicht vereinbart wird — der Großherzoglich Badischen Regierung oder einer von ihr bestellten Gesellschaft rücksichtlich des Baues und Betriebs dieser Seitenbahn auf Königlich Württembergischem Gebiet ganz die gleichen Befugnisse eingeräumt werden, welche der Königlich Württembergischen Regierung vermöge des gegenwärtigen Vertrages in Beziehung auf die im Artikel 1 bezeichnete Verbindungsbahn zustehen.

Art. 23.

Sollte die Großherzoglich Badische Staatsregierung die Anlage von Staats- oder Vizinalstraßen, Kanälen oder Eisenbahnen anordnen oder genehmigen, welche die projektirte Eisenbahn kreuzen, so kann die Königlich Württembergische Regierung dagegen keine Einsprache erheben; es sollen aber alle erforderlichen Maßregeln genommen werden, damit durch solche Anlagen weder der Betrieb der Eisenbahn gehindert werde, noch ein Aufwand der Betriebsverwaltung daraus erwachse.

Die für neue Uebergänge erforderlichen Wärter hat jedoch die Königlich Württembergische Regierung auf ihre Kosten aufzustellen.

Art. 24.

Die Württembergische Eisenbahnverwaltung hat an den Großherzoglich Badischen Staat

weder aus dem zur Bahn verwendeten Grundeigenthum, noch aus den übrigen Zugehörden derselben, noch aus dem Bahnbetrieb irgend eine Staatssteuer zu entrichten, so wie sie auch von der Beitragspflicht zu Gemeindeumlagen, in gleicher Weise wie die Badische Eisenbahnverwaltung, befreit bleibt.

Die im Großherzogthum wohnenden Angestellten der Betriebsverwaltung haben dieselben Steuern zu entrichten, welche von den Angestellten bei der Großherzoglich Badischen Staatseisenbahn erhoben werden.

Art. 25.

Die Badische Eisenbahnverwaltung macht sich verbindlich, bei der Einrichtung des elektromagnetischen Telegraphen längs ihrer Eisenbahn in Bruchsal oder durch Weiterleitung mittelst eines besonderen Drahts, an einem anderen schicklichen Orte eine Telegraphenstation anzulegen, durch welche es möglich wird, eine unmittelbare Verbindung mit der von Württemberg auf der Verbindungsbahn bis Bruchsal zu errichtenden Telegraphenleitung herzustellen und telegraphische Depeschen, welche von dem Osten kommen, in beiden Richtungen der Badischen Leitung weiter zu befördern, wogegen die Württembergische Eisenbahnverwaltung ebenso die Weiterbeförderung der auf der Badischen Leitung eintreffenden telegraphischen Depeschen zusichert.

Das Nähere über die gegenseitige Benützung der Telegraphen wird späterer besonderer Verständigung vorbehalten, wobei übrigens gegenseitig als Grundsatz anerkannt wird, daß Regierungsdepeschen den Vorrang vor Privatdepeschen haben sollen.

Art. 26.

Dieser Vertrag soll in dem Falle als ungültig und wirkungslos betrachtet werden, wenn derselbe die hiermit vorbehaltene Zustimmung der beiderseitigen Stände nicht erhält.

Art. 27.

Der gegenwärtige Vertrag soll beiderseits zur allerhöchsten Genehmigung vorgelegt und die Auswechslung der Ratifikationsurkunden zu Karlsruhe so bald als möglich — längstens binnen vier Wochen — vorgenommen werden.

Der Vollzug desselben soll beginnen, sobald die ständische Zustimmung in beiden Staaten erfolgt sein wird.

Dessen zur Urkunde haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den Vertrag in zwei gleichlautenden Ausfertigungen unter Beidrückung ihrer Insiegel eigenhändig unterzeichnet.

Karlsruhe, den 4. Dezember 1850.

(L.S.) von Marschall, Groß. Bad.
Staatsrath und Präsident des
Ministeriums des Innern.

(L.S.) G. von Knapp, R. Württemb. Staats-
rath, Chef des Finanzdepartements.

(L.S.) Otto Freiherr von Thum-Neuburg,
Königl. Württemb. Kammerherr.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Mittwoch den 30. Juli 1851.

Inhalt.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: die Frachttaren auf der großherzoglichen Eisenbahn betreffend.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Frachttaren auf der großherzoglichen Eisenbahn betreffend.

In Folge allerhöchster Entschließung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 19. d. M. Nr. 1266 haben Seine Königl. Hoheit der Großherzog zu genehmigen geruht, daß die mit allerhöchster Ermächtigung

- a. vom 27. Februar 1849 Nr. 568 erlassene Verordnung vom 1. März 1849, Regierungsblatt Nr. XIII.,
- b. vom 3. April 1849 Nr. 916 erlassene Verordnung vom 18. April 1849, Regierungsblatt Nr. XXIV.,
- c. vom 20. Juli 1850 Nr. 1441 erlassene Verordnung vom 25. Juli 1850, Regierungsblatt Nr. XXXVI.,
- d. vom 22. Januar 1851 Nr. 161—62 erlassene Verordnung vom 28. Januar 1851, Regierungsblatt Nr. VIII.,
- e. vom 6. Februar 1851 Nr. 222 erlassene Verordnung vom 10. Februar 1851, Regierungsblatt Nr. VIII.

aufgehoben und an deren Stelle vom 1. August dieses Jahres an nachstehende Bestimmungen in Wirksamkeit gesetzt werden:

1. Für die direkten Güterversendungen auf den großherzoglichen Eisenbahnen nach und von Basel sind die Transporttaren durch den anliegenden Tarif bestimmt.

2. Nachgenannte Güter, wenn sie die Eigenschaft von Durch- oder Ausgangsgut haben, in Mannheim oder Heidelberg auf der Bergfahrt zu Wasser angelangt sind und im Bahnhof daselbst zum Transport auf der Eisenbahn bis Haltingen mit der Bestimmung zum Ausgang über Leopoldshöhe oder über Fahrhaus oder über eine zwischen beiden gelegene Zollstelle bestimmt sind, sind nur den beigefügten ermäßigten Taren unterworfen und zwar:

| | 1. Beim Ausgang über Leopoldshöhe. | | 2. Beim Ausgang über eine östlich von Leopoldshöhe gelegene Zollstelle, Fahrhaus eingeschlossen. |
|---|------------------------------------|-------------------------------------|--|
| | Für den Transport bis Haltingen. | Für den Transport direct bis Basel. | Für den Transport bis Haltingen. |
| | Vom Zollzentner. | Vom Zollzentner. | Vom Zollzentner. |
| a. Rassein | 24 Kreuzer. | 30 Kreuzer. | 26 Kreuzer. |
| b. Zucker aller Art, Kaffe, Fischthran, rohe Baumwolle in □ Ballen, Eisen (geschmiedet, gewalzt), Blei, Zinn, Bleche aller Art, Harz, (gemeines amerikanisches) | 32 Kreuzer. | 40 Kreuzer. | 34 Kreuzer. |

3. Güter der II., III., IV. und V. Tarifklasse, welche über Leopoldshöhe oder eine östlich davon gelegene Zollstelle bis Fahrhaus einschließlich eingehen, mittelst der großherzoglichen Eisenbahn von Haltingen nach Heidelberg oder Mannheim transportirt werden und von einem dieser Häfen zu Wasser thalabwärts weiter versendet werden, sind nur den nachstehenden ermäßigten Taxen unterworfen, und zwar:

| | 1. Beim Eingang über Leopoldshöhe. | | 2. Beim Eingange über eine östlich von Leopoldshöhe gelegene Zollstelle, Fahrhaus eingeschlossen. |
|----------------------------|--|--|---|
| | Für den Transport von Haltingen nach Heidelberg oder Mannheim. | Für den Transport von Basel nach Heidelberg oder Mannheim. | Für den Transport von Haltingen nach Heidelberg oder Mannheim. |
| | Vom Zollzentner. | Vom Zollzentner. | Vom Zollzentner. |
| Güter II. Klasse | 32 Kreuzer. | 40 Kreuzer. | 34 Kreuzer. |
| Güter III. " | 40 " | 48 " | 42 " |
| Güter IV. " | 58 " | 66 " | 60 " |
| Güter V. " | 82 " | 90 " | 84 " |

4. Durch- und Ausgangsgüter, welche in Mannheim zum unmittelbaren Ausgang über Ludwigshafen am See, Constanz oder Ulmberg der Eisenbahn nach Offenburg übergeben, so wie Güter, welche über die genannten Zollstellen eingegangen sind, und mit Begleitschein von daher versehen in Offenburg der Eisenbahn zur Beförderung nach Mannheim übergeben werden, haben ohne Unterschied der Classen eine Taxe von 15 Kreuzern vom Zollzentner zu entrichten.

Vorstehende allerhöchste Verfügung, mit deren Vollzug die großherzogliche Direction der Posten und Eisenbahnen beauftragt ist, wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 26. Juli 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

J. M. v. M.

von Rettner.

Vdt. F. v. Dusch.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Donnerstag den 31. Juli 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: die Fortdauer des Kriegszustandes betreffend. Dienstaufsichten.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachungen des großherzoglichen Ministeriums des Innern: Staatsgenehmigung von Stiftungen im Oberrheinkreis betreffend. Die Ertheilung der Staatsgenehmigung zu verschiedenen Schenkungen an die Waisen- und Kleinkinderbewahranstalt in Pforzheim betreffend. Ertheilung eines Patents an James Blair von Edinburgh betreffend. Besetzung eines Freiplazes in dem weiblichen Lehr- und Erziehungsinstitut in Offenburg betreffend. Staatsgenehmigung einer Präsentation auf die evangelische Pfarrei Rembach betreffend.

Dienstentlassungen. Todesfälle.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Die Fortdauer des Kriegszustandes betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nach Anhörung Unseres Staatsministeriums haben Wir Uns bewogen gefunden, zu bestimmen, daß der Kriegszustand nach Maßgabe des Gesetzes vom 29. Januar d. J. noch fortzudauern hat.

Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 19. Juli 1851.

Leopold.

A. von Roggenbach. von Marschall.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Bauchlicher.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich allergnädigst bewogen gefunden
unter dem 12. Juli d. J.

nachstehende Portepeefähnriche und Wachmeister zu Lieutenanten zu befördern:

Portepeefähnrich Guido Frey im 6. Infanteriebataillon;
" Friedrich Graumann im 5. Infanteriebataillon;
" Carl Friedrich Willharz im 3. Infanteriebataillon;
" Ravan von Göler im 7. Infanteriebataillon;
" Julius Deißler im 7. Infanteriebataillon;
" Franz Braunwarth im 8. Infanteriebataillon;
" Rudolph Engler im Artillerieregiment;
" Friedrich Thome im 7. Infanteriebataillon;
" Wilhelm Werner im 1. Infanteriebataillon;
" Gustav Koch im 3. Infanteriebataillon;
" Carl von Weinzierl im 6. Infanteriebataillon;
" Theodor Hilpert im 5. Infanteriebataillon;
" Froben Rehm im 8. Infanteriebataillon;
" Rudolph Frei im 6. Infanteriebataillon;
Wachmeister Constantin von Rotberg im 1. Reiterregiment;
" Adrian van der Höven im 3. Reiterregiment;
" Alexander von Schilling im 1. Reiterregiment;
" Hermann von Landenberg im 1. Reiterregiment.

Allerhöchstdieselben haben Sich ferner

unter demselben Tage

gnädigst bewogen gefunden in Höchstihrem Armeecorps nachstehende Beförderungen und Versetzungen eintreten zu lassen:

a. im Generalstab:

den Oberlieutenant Heißler zum Hauptmann zu befördern;

b. in der Infanterie:

den Hauptmann von Beck vom 3. Infanteriebataillon zum Major und Bataillonscommandanten zu ernennen;

die Oberlieutenante Asbrand im 10. Infanteriebataillon,

Schneßler im 6. Infanteriebataillon,

von Renz im 9. Infanteriebataillon, und

Ludwig von Göler im 3. Infanteriebataillon zu Hauptmännern,

die Lieutenante Jacobi im 10. Infanteriebataillon,
 Kilian im 7. Infanteriebataillon,
 Wolff im 3. Infanteriebataillon,
 Bleibtreu im 6. Infanteriebataillon,
 Palm im 4. Infanteriebataillon,
 von Friedeburg im 6. Infanteriebataillon,
 Anton Weber im 5. Infanteriebataillon,
 Bannwarth im 6. mit Versetzung zum 8. Infanteriebataillon,
 Kayle im 7. Infanteriebataillon,
 von Laßberg im 2. Infanteriebataillon,
 von Glossmann im 4. mit Versetzung zum 2. Infanteriebataillon, und
 Roth im 9. Infanteriebataillon zu Oberlieutenanten zu befördern;
 die Lieutenante Kühn vom 7. zum 9. Infanteriebataillon,
 Lemaitre vom 5. zum 2. Infanteriebataillon,
 von Vogel vom 8. zum 4. Infanteriebataillon, und
 Schäffer vom 3. zum 10. Infanteriebataillon zu versetzen;

c. in der Reiterei:

den Major Bär vom 2. zum 1. Reiterregiment zu versetzen;
 den Rittmeister von Freystedt im 2. Reiterregiment zum Major zu befördern;
 den Rittmeister Edmund von Degenfeld vom 3. zum 2. Reiterregiment zu versetzen;
 die Lieutenanten von Fabert im 2. Reiterregiment und Knittel im 3. Reiterregiment zu
 Oberlieutenanten zu befördern, und
 den Oberlieutenant von Lürckheim vom 1. zum 2. Reiterregiment zu versetzen.

Ferner geruhten Seine Königliche Hoheit der Großherzog

ebenfalls unter dem 12. Juli d. J.

den Oberst und Rekrutirungsoffizier des Bezirks Mannheim, Asbrand, unter Bezeugung
 Allerhöchstherr besondern Zufriedenheit mit dessen langjährigen und treuen Diensten, der Stelle
 als Rekrutirungsoffizier zu entheben und in die nicht aktive Suite übertreten zu lassen;

den Major der aktiven Suite Mayer mit dem Charakter als Oberstlieutenant in Ruhe-
 stand zu versetzen und zum Rekrutirungsoffizier des Bezirks Mannheim zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich

unter dem 17. Juli d. J.

gnädigst bewogen gefunden:

dem Eisenbahnamtshauptmann BURG in Mannheim den Charakter und Rang eines Post-
 meisters zu verleihen;

die in provisorischer Eigenschaft angestellten Eisenbahnamtstassiere RIES in Heidelberg und
 CHAVON in Freiburg definitiv zu Eisenbahnamtstassieren zu ernennen;

die katholische Pfarrei Rauenberg, Amts Wiesloch, dem Pfarrer Baron in Oberbachheim,
 die katholische Pfarrei Münchwiler, Amts Ettenheim, dem Pfarrer Alois Ebsch in Buchholz,
 die katholische Pfarrei Brenden, Amts Bonndorf, dem Pfarrverweser Franz Kaver Klier
 in Gurtweil,

die katholische Stadtpfarrei Durlach dem Pfarrverweser Albert Kamm in Forbach zu
 übertragen;

unter dem 19. Juli d. J.

den Legationssekretär Hermann von Roggenbach bis zur Wiederherstellung seiner Ge-
 sundheit in den Ruhestand zu versetzen;

der auf den Forstrath und Vorstand der Forstschule Dr. Klauprecht gefallenen Wahl
 zum Direktor der polytechnischen Schule für das Studienjahr 1851/52 die höchste Bestätigung
 zu ertheilen;

den Zeichenlehrer Epple am Lyceum zu Karlsruhe in den Ruhestand zu versetzen;

die evangelische Pfarrei Durlach dem provisorischen Hausgeistlichen an der Strafanstalt zu
 Bruchsal, Friedrich Bechtel,

die katholische Pfarrei Wellersbach, Amts Bellingen, dem Pfarrer Fidel Hugel in Eienheim,

das erledigte Physikst Bretten dem praktischen Arzte Thoman in Schliengen,

das erledigte Amtschirurgat Birkendorf dem praktischen Arzte Bürkel in Lichtenau, und

das erledigte Amtschirurgat Achern dem praktischen Arzte Ged daselbst zu übertragen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Staatsgenehmigung von Stiftungen im Oberrheinkreise betreffend.

Nachstehende Stiftungen haben von der Regierung des Oberrheinkreises die Staatsgenehmigung
 erhalten und werden hiermit zum ehrenden Andenken der Stifter zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Karlsruhe, den 24. Juni 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
 von Marschall.

Vdt. Behagel.

Es haben nämlich gestiftet:

ein Ungenannter in den Armenfond zu St. Peter mit der Verbindlichkeit zu Abhaltung
 einer Gedächtnismesse 50 fl.;

die Andreas Schweizer'sche Ehefrau von Schliengen in den dortigen Kapellenfond mit der
 obigen Verbindlichkeit 50 fl.;

Altbürgermeister Michael Maier von Rogel in den Schul- und Armenfond daselbst 2½ Jauchert Wald im Werthe von 75 fl. zur Verwendung des künftig schlagbaren Holzes in die Schule und das Armenhaus;

der verstorbene pensionirte Pfarrer Lay zu Gurtweil für die Armen in Thingen, Amts Waldbhut, 100 fl., für den Spitalfond daselbst 100 fl., in den Armenfond zu Gurtweil 100 fl., in den Kirchenfond zu Oberbergen mit der Verbindlichkeit zu Abhaltung einer Gedächtnismesse 100 fl., und in den dortigen Armenfond 1,200 fl., mit der Bedingung, daß alle drei Jahre aus den Zinsen für einen armen Knaben die Kosten für Erlernung eines Handwerks bestritten werden sollen;

die Wittwe Katharina Steinmann, geborne Boffert von Bischoffingen, in den dortigen Almosenfond zur Vertheilung der Zinsen unter die ärmsten Wittwen 200 fl.;

Freiherr Heinrich von Andlaw zu Freiburg in den dortigen Krankenspitalfond 500 fl., mit der Bedingung, daß diese Stiftung mit der frühern seines verstorbenen Vaters vom gleichen Betrage unter der Bezeichnung „Konrad-Antonia-Stiftung“ vereinigt und die Zinsen davon zur Verpflegung kranker Armen von Hugstetten in der Krankenanstalt verwendet werden sollen;

der verstorbene Pfarrer Ortlieb zu Thunsel in den Armenfond zu Obermünsterthal 200 fl. und in jenen zu Untermünsterthal 200 fl.;

die Einwohner zu Gerspach zwei Abendmahlkelche im Werthe von 140 fl. in die dortige Pfarrkirche;

die Baptist Thomä'sche Wittwe, Katharina Maier von Rohmatt in den Pfarrei-Armenfond zu Hdg zur Verwendung der Zinsen für arme zu Ehrsbarg 100 fl.;

die Vorsteher der vormaligen Krankenkasse für die Maurer und Zimmerleute zu Lörrach in die städtische Armen- und Krankenanstalt daselbst 90 fl.;

die Krämerin Maria Scherer von Waldbau in den dortigen Schul- und Armenfond zur Verwendung der Zinsen für Ortsarme 20 fl.;

Löwenwirth Fr. Anton Michel von Thunsel in den dortigen Schulfond zur Verwendung der Zinsen zu Schulbedürfnissen armer Schüler 300 fl. und in den Armenfond daselbst 100 fl.;

Friedolin Steinebrunner von Thunau in den dortigen Schulfond mit der Verbindlichkeit zu Abhaltung zweier Gedächtnismessen und Vertheilung des Zinsrestes unter die armen Schulkinder 200 fl.

Die Ertheilung der Staatsgenehmigung zu verschiedenen Schenkungen an die Waisen- und Kleinkinderbewahranstalt zu Pforzheim betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst allerhöchster Entschließung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 2. d. M. Nr. 1164 den Schenkungen verschiedener Einwohner von Pforzheim im Gesamtbetrage von 8,116 fl. 3 kr. an die Waisen- und Kleinkinderbewahranstalt in Pforzheim die Staatsgenehmigung allergnädigst zu ertheilen geruht.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 5. Juli 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Dehaghel.

Die Ertheilung eines Patents an James Blaf von Weinburg betreffend.

Dem James Blaf von Weinburg wird auf sein Ansuchen ein Patent für die von ihm erfundene Maschine zum Falten von Papier, Tuch und anderen Stoffen auf 10 Jahre hiermit ertheilt, jedoch unter Vorbehalt der Rechte Dritter, welche die Priorität der Erfindung nachzuweisen vermögen, oder letztere künftig verbessern werden, und unter Festsetzung einer Strafe von Einhundert fünfzig Gulden nebst Confiscation des nachgefertigten Gegenstandes auf den Fall der Verletzung des Privilegiums.

Carlsruhe, den 16. Juli 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Besehung eines Freiplazes in dem weiblichen Lehr- und Erziehungsinstitute in Offenburg betreffend.

In dem weiblichen Lehr- und Erziehungsinstitute in Offenburg ist ein von der erzbischöflichen Verleihung abhängiger und für ein Mädchen aus den vormalig österreichischen Landestheilen bestimmter Freiplatz offen. Die deßfalligen Bewerber haben sich mit ihren Gesuchen unter Vorlage der erforderlichen Zeugnisse über Alter, Herkommen, Vermögensverhältnisse und Aufführung binnen vier Wochen an das erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg zu wenden.

Carlsruhe, den 19. Juli 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Staatsgenehmigung einer Präsentation auf die evangelische Pfarrei Rembach betreffend.

Das Großherzogliche Ministerium des Innern hat

unter dem 9. Juli 1851

der von Seiten der fürstlich Löwenstein-Wertheim-Rosenberg'schen und der fürstlich Löwenstein-Wertheim-Freudenberg'schen Standesherrschaften erfolgten Präsentationen des Pfarrvikars Georg Bach von Wertheim auf die erledigte evangelische Pfarrei Rembach die Staatsgenehmigung ertheilt.

D i e n s t e r l e d i g u n g e n .

Die katholische Stadtpfarrei Triberg, mit der man das landesherrliche Dekanat und die Bezirkschulvisitation zu verbinden gedenkt, ist mit einem beiläufigen Jahresertragniß von 1,200 fl.,

worauf die Verbindlichkeit ruht, jährlich 18 fl. 38 fr. zur Tilgung eines Provisoriums, 1856 letztmals, zu bezahlen und gegen eine Vergütung von 350 fl. einen Vikar zu halten und zu salariren, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich sowohl beim erzbischöflichen Ordinariate, als bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrath innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Man sieht sich veranlaßt, die katholische Pfarrei Böhrenbach, Amts Villingen, mit einem Einkommen von 1,300 fl., auf welchem für die Jahre 1851 und 1852 je eine Abgabe von 82 fl. für Baukosten, so wie die Heimzahlung eines verzinslichen Vorschusses von etwa 220 fl. für Bau- und Zehntablösungskosten in angemessenen Terminen ruht, wiederholt zur Wiederbesetzung auszuscheiden. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich nach Vorschrift bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen zu melden.

Man sieht sich veranlaßt, die katholische Pfarrei Lippertsreuth, Amts Ueberlingen, mit einem Jahreseinkommen von 600 fl. nochmals zur Bewerbung auszuscheiden. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen vor schriftsmäßig zu melden.

Die katholische Pfarrei Elzach, Amts Waldfisch, ist mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 1,800 fl., worauf jedoch die Verbindlichkeit ruht, einen Vikar zu halten, ein Provisorium von 219 fl. 43 fr. Zehntablösungskosten in noch zu bestimmenden Terminen heimzubezahlen, so wie bis zur Wiederbesetzung der dortigen Kaplanei gegen eine Vergütung von jährlich 100 fl. auch die Obliegenheiten des Kaplans zu erfüllen, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich sowohl bei dem katholischen Oberkirchenrathe als dem erzbischöflichen Ordinariate innerhalb sechs Wochen vorschriftsmäßig zu melden.

Durch die Verzichtleistung des Pfarrers Joseph Kraft ist die katholische Pfarrei Weiher, Oberamts Bruchsal, mit einem beiläufigen Jahresertragniß von 1,000 fl. in Erledigung gekommen. Auf derselben ruht jedoch die Verbindlichkeit, dem Pfarrer Kraft bis zu dessen Wiederanstellung jährlich 200 fl. zu verabfolgen, zur Abtragung einer Kriegsschuld jährlich 31 fl. 48 fr., 1856 letztmals, zu bezahlen, so wie die Kosten wegen Ablösung der Zehntlasten der Pfarrei im Betrag von 23 fl. 49 fr. in noch zu bestimmenden Terminen heimzuzahlen. Die Bewerber um diese Pfarrei haben sich bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Hoppetenzell, Amts Stodach, ist mit einem Jahreseinkommen von 600 fl. erledigt worden. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich sowohl bei dem katholischen Oberkirchenrathe als dem erzbischöflichen Ordinariate innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Die evangelische Pfarrei Neckargerach, Dekanats Mosbach, mit welcher das Filial Gattenbach verbunden, wogegen das frühere Filial Schollbrunn von Neckargerach getrennt worden ist, soll wieder besetzt werden. Das Einkommen beträgt nach der neu aufgestellten Competenz-

beschreibung 842 fl. 22 kr., wovon jedoch in so lange alljährlich 100 fl. abzugeben sind, bis die auf dieser Pfarrei haftende Schuld von 947 fl. 16 kr. getilgt sein wird. Die Bewerber haben sich binnen sechs Wochen vorschriftsgemäß bei dem großherzoglichen evangelischen Oberkirchenrath zu melden.

Todesfälle.

Gestorben sind:

- am 22. Mai d. J.: der Pfarrer Michael Stiefvater zu Elzach;
 am 24. Juni d. J.: der pensionirte katholische Pfarrer Georg Stemmele in Miegel; und
 am 30. Juni d. J.: der katholische Pfarrer Valentin Faulhaber zu Blühbald.
-

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Freitag den 1. August 1851.

Inhalt.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Verordnung des großherzoglichen Finanzministeriums die Aufhebung der mit der Schweiz seither bestehenden Zollbegünstigungen betreffend.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Verordnung, die Aufhebung der im Verkehr mit der Schweiz seither bestehenden Zollbegünstigungen betreffend.

Nach Ansicht der mit den übrigen Zollvereinsstaaten getroffenen Verabredungen über die der Schweiz durch die Verordnungen vom 10. Dezember 1835 und vom 25. Januar 1838 eingeräumten Zollbegünstigungen;

in Betracht, daß die Voraussetzung, von welcher bei Gewährung dieser Zollbegünstigungen ausgegangen wurde, seit Einführung des dormaligen eidgenössischen Zollsystems nicht mehr besteht und daß es bis jetzt nicht gelungen ist, von der Eidgenossenschaft entsprechende Gegenleistungen zu erlangen;

wird nach höchster Ermächtigung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs und im Einverständnisse mit den Regierungen von Bayern und Württemberg verordnet, wie folgt:

Art. 1.

Die der Schweiz in ihrem Verkehr mit den Vereinststaaten durch die Verordnungen vom 10. Dezember 1835 (Regierungsblatt 1835, Seite 465) und vom 25. Januar 1838 (Regierungsblatt 1838, Seite 57) eingeräumten nachbemerkten Zollbegünstigungen, als

1. der zollfreien Ein- und Ausfuhr von Getreide, Holz, rohen Farbekräutern, Honig, Wurzeln, gedörrtem Obst und ungebleichtem Wachs,
2. der Einfuhr des schweizerischen weißen Bodenseeweihs in Fässern zum ermäßigten Eingangszoll von 50 Kreuzer für den Zentner,
3. der Einfuhr des schweizerischen Obstmostes (Cider) und des schweizerischen Essigs zu dem gleichen ermäßigten Zollsatz,
4. der Einfuhr von Schweizer-Käse zum geminderten Zollsatz von 2 fl. 30 kr. für den Zentner,

5. der Einfuhr von Uhrenbestandtheilen (Uhrfedern, Uhrädern u.), ferner von **Extrait d'Absynthe** (Wermuthgeist), von Schweizer Kirschengeist und von Schweizer Strohgesechten gegen die Hälfte der betreffenden allgemeinen Tariffätze werden zurückgezogen und es treten von nun an rücksichtlich der genannten Waaren lediglich die einschlägigen allgemeinen Bestimmungen des Vereinszolltariffs in Kraft.

Bei der schon durch die Verordnung vom 3. September 1850 (Regierungsblatt 1850, Seite 287) erfolgten Aufhebung der Zollbegünstigung für die aus der Schweiz eingehende gemeine Wapferwaare hat es auch ferner zu verbleiben.

Art. 2.

Sämmtliche Zollstellen haben sich hiernach zu achten. Die großherzogliche Zolldirection ist mit dem Vollzuge beauftragt.

Carlsruhe, den 1. August 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Megenauer.

Vdt. Pfeilsider.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Dienstag den 5. August 1851.

Inhalt.

Provisorisches Gesetz, die Abänderung verschiedener Bestimmungen im Vereinszolltarife betreffend.
Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: Uebereinkunft der deutschen Rheinuferstaaten, den ermäßigten Rheinzolltarif betreffend.

Provisorisches Gesetz,

die Abänderung verschiedener Bestimmungen im Vereinszolltarife betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nach Ansicht des Gesetzes vom 4. November 1848 (Regierungsblatt 1848, Seite 419), wodurch der Vereinszolltarif für 1846, 1847 und 1848 bis auf Weiteres in Kraft erhalten wurde; nach Ansicht der auf der jüngsten Generalconferenz von den Zollvereinsregierungen getroffenen, auf den Vereinszolltarif bezüglichen Vereinbarung

haben Wir nach Anhörung Unseres Staatsministeriums beschloffen und verordnen provisorisch, wie folgt:

Art. 1.

Der Vereinszolltarif, wie er durch das Gesetz vom 4. November 1848 (Regierungsblatt 1848, Seite 419) aufrecht erhalten wurde, bleibt mit den im Gesetze vom 14. Juni laufenden Jahres (Regierungsblatt Seite 445) ausgesprochenen Aenderungen auch fernerhin in Kraft, vorbehaltlich jedoch der im Art. 2 gegebenen Bestimmungen.

Art. 2.

Vom 1. Oktober gegenwärtigen Jahres an kommen folgende Bestimmungen in Wirksamkeit:

Erste Abtheilung des Tarifes.

Den Gegenständen, welche keiner Abgabe unterworfen sind, treten folgende, bisher in dem Tarife nicht namentlich aufgeführte Artikel hinzu:

Eisentrofwasser, Moos, Erdnüsse (Erdpistazien), Kupferasche, Streulaub und Kleie.

Außerdem werden folgende, dermaßen in der zweiten Abtheilung des Tarifes stehende Artikel der ersten Abtheilung zugewiesen, mithin von jeder Abgabe befreit:

- aus II. Pos. 5 lit. f. Gelbe, grüne, rothe Farbenerde, Braunroth, rohe Kreide, Oker, Rothstein, Umbra, roher Flußspath in Stücken;
 " " " 5 " g. 3. Flechten;
 " " " 5 " h. Weinstein;
 " " " 16 Gebrannter Kalk und Gips;
 " " " 33 " a. Bruchsteine und behauene Steine aller Art, Mühlsteine (mit Ausschluß der mit eisernen Rössen versehenen), grobe Schleif- und Weßsteine, Luffsteine, Traß, Ziegel- und Backsteine aller Art, beim Transporte zu Wasser, auch beim Landtransporte, wenn die Steine nach einer Ablage zum Verschiffen bestimmt sind.

Zweite Abtheilung des Tarifes.

Bei den Gegenständen, welche bei der Einfuhr oder bei der Ausfuhr einer Abgabe unterworfen sind, treten folgende Aenderungen ein:

A. In den Zollsätzen.

I. Vom Ausgangszolle bleiben frei:

Knochen, seawärts von der russischen bis zur mecklenburgischen Grenze ausgehend (Pos. 1 Abfälle u.).

II. Von folgenden, bisher in dem Tarife nicht namentlich aufgeführten Artikeln sind die beigefügten Ein- oder Ausgangszollsätze zu erheben, und zwar von:

- 1) Grünspan, raffinirtem (destillirtem, krystallisirtem) oder gemahlenem, beim Eingange 1 Rthlr. oder 1 fl. 45 fr. vom Zentner (Pos. 5 Droguerie u. Waaren);
- 2) Alcanna, Alkermes, Avignonbeeren, Berberisholz, Berberiswurzeln; Gatchu (japanische Erde); Citronensaft in Fässern; Cochenille, Derbyspath, Elephanten- und anderen Thierzähnen, Färberginster; Farbe- und Gerbewurzeln, nicht besonders genannten; Flohsamen; Fraueneis (Gipsspath); Gummi arabicum; Gummi senegal; Gutta percha, rohem ungereinigtem; Hornplatten, Indigo, Kino; Knochenplatten, rohen bloß geschnittenen; Kokosnüssen, Lac dye; Meerschäum, rohem; Muschelschalen; Orlean, Perlmutterchalen; Rohr, spanischem, ostindischem, marseiller; Pfefferrohr, Stuhlrohr; Salep; Schildkrötenchalen, rohen; Tragant; Wallfischbarden (rohes Fischbein), nur beim Ausgange 5 Sgr. oder 17½ fr. vom Zentner (Pos. 5 Droguerie u. Waaren);
- 3) Gutta percha, mehr oder weniger gereinigtem, beim Eingange 6 Rthlr. oder 10 fl. 30 fr. vom Zentner (Pos. 21 Leder u.).

III. Von nachfolgenden Artikeln sind, anstatt der bisherigen Ein- oder Ausgangszollsätze oder anstatt beider, die beigefügten Sätze zu erheben, und zwar von:

- 1) Roher Baumwolle, beim Ausgange 5 Sgr. oder 17½ fr. vom Zentner (Pos. 2. Baumwolle u.);

- 2) Mennige, zur Weißglasfabrikation auf Erlaubnißscheine eingehend, ein Viertel der tarifmäßigen Eingangsabgabe (Pos. 5 Droguerie = 11. Waaren);
- 3) Krapp, beim Eingange $2\frac{1}{2}$ Sgr. oder $8\frac{3}{4}$ fr. vom Zentner (Pos. 5. Droguerie = 11. Waaren);
- 4) Pott = (Waid =) Asche, beim Eingange 5 Sgr. oder $17\frac{1}{2}$ fr. vom Zentner (Pos. 5 Droguerie = 11. Waaren);
- 5) Farbholzern:
 1. in Blöcken, beim Ausgange $2\frac{1}{2}$ Sgr. oder $8\frac{3}{4}$ fr. vom Zentner,
 2. gemahlen oder geraspelt, beim Eingange 5 Sgr. oder $17\frac{1}{2}$ fr. vom Zentner (Pos. 5. Droguerie = 11. Waaren);
- 6) Aoe, Galläpfeln; Harzen aller Gattung, europäischen und außereuropäischen, roh oder gereinigt; Kreuzbeeren, Kurfume, Quercitron, Saflor; Salpeter, gereinigtem und unge-reinigtem; salpetersaurem Natron; Sumach, Terpentin, Waid, Wau, beim Ausgange $2\frac{1}{2}$ Sgr. oder $8\frac{3}{4}$ fr. vom Zentner (Pos. 5. Droguerie = 11. Waaren);
- 7) Buchsbaum, Cedernholz, Korkholz, Pockholz; Gummi elasticum in der ursprünglichen Form von Schuhen, Flaschen u. s. w.; Hölzern, außereuropäischen, für Drechsler, Tischler 11. in Blöcken und Bohlen, beim Ausgange 5 Sgr. oder $17\frac{1}{2}$ fr. vom Zentner (Pos. 5. Droguerie = 11. Waaren);
- 8) Getreide und Hülsenfrüchten auf der sächsisch-böhmischen Grenze bei dem Transporte zu Lande eingehend,
 - a. links der Elbe, diese ausgeschlossen:
 1. von Weizen, Spelz oder Dinkel 2 Sgr. vom Dresdener Scheffel.
 2. „ Roggen, Gerste, Hafer, Bohnen, Erbsen,
Gerste, Linsen, Heidekorn und Wicken . $\frac{1}{2}$ „ „ „ „
 - b. rechts der Elbe, diese ausgeschlossen:
 1. von Weizen, Spelz oder Dinkel 2 „ „ „ „
 2. „ Roggen, Gerste, Bohnen, Erbsen, Gerste,
Linsen und Wicken 1 „ „ „ „
 3. „ Hafer und Heidekorn $\frac{1}{2}$ „ „ „ „

(Pos. 9. Getreide 11., Anmerkung 2);
- 9) Holz in geschnittenen Fournieren, ohne Unterschied des Ursprungs, sowohl beim Wasser- als beim Landtransporte, beim Eingange 1 Rthlr. oder 1 fl. 45 fr. vom Zentner (Pos. 12. Holz 11.);
- 10) Feiner Korb- und Holzflechterarbeit ohne Unterschied, und von Fournieren mit einge-legter Arbeit, beim Eingange 10 Rthlr. oder 17 fl. 30 fr. vom Zentner (Pos. 12. Holz 11.);
- 11) Waaren aus Schildpatt; metallenen Häkelnadeln (ohne Griffe) und gefassten Brillen aller Art, beim Eingange 50 Rthlr. oder 87 fl. 30 fr. vom Zentner (Pos. 20. Kurze Waaren 11.);

- 2) Von Heringen sind als Durchgangsabgabe nicht mehr als 3 Sgr. 9 Pfg. oder 13 fr. für die Tonne zu erheben.
- 3) Die Bestimmungen des I. Abschnittes unter 10 und 11 gelten auch bei dem Eingange des Getreides auf der Warthe und bei dem Ausgange über den Hafen von Stettin.
- 4) Die im I. und II. Abschnitte für die Straße über Neu-Verun getroffenen Bestimmungen werden auf die durch die Eisenbahn über Myslowitz gebildete Straße ausgedehnt.
- 5) Die im Abschnitt II. aufgeführten Durchgangs-Abgabensätze werden ermäßigt, wie folgt:
 unter A. auf 5 Sgr. oder 17½ fr. vom Zentner;
 unter B. 1, 2 und 4 auf 2½ Sgr. oder 8¼ fr. vom Zentner;
 unter B. 3 auf 1¼ Sgr. oder 4½ fr. vom Zentner.

Fünfte Abtheilung des Tarifes.

Die allgemeinen Bestimmungen werden vervollständigt:

a. durch den Zusatz:

„Der Ein-, Aus- und Durchgangszoll wird nach denjenigen Tariffätzen und Vorschriften entrichtet, welche an dem Tage gültig sind, an welchem:

1. die zum Eingange bestimmten Waaren bei der kompetenten Zollstelle zur Verzollung oder zur Abfertigung auf Begleitschein II.,
2. die zum Ausgange bestimmten ausgangszollpflichtigen Waaren bei einer zur Erhebung des Ausgangszolles befugten Abfertigungsstelle,
3. die zum Durchgange bestimmten Waaren:
 - a. im Falle der unmittelbaren Durchfuhr, bei dem Grenzeingangsamte zur Durchfuhr,
 - b. im Falle der mittelbaren Durchfuhr, bei dem Niederlageamte zur Versendung nach dem Auslande
 angemeldet und zur Abfertigung gestellt werden“;

b. durch die Abänderung der Bestimmung unter III. d. „Bei Ballen von einem Bruttogewichte“ u. s. w. in folgender Weise:

„Bei Waaren, für welche der Tarif eine 4 Pfund übersteigende Tara für Ballen vorschreibt, ist es, wenn Ballen von einem Bruttogewichte über 8 Zentner zur Verzollung angemeldet werden, der Wahl des Zollpflichtigen überlassen, entweder sich mit der Tarabergütung für 8 Zentner zu begnügen, oder auf Ermittlung des Nettogewichtes durch Verwiegung anzutragen.

Bei baumwollenen und wollenen Geweben (Tarif. Abth. II. 2. c. und 41. c.) findet diese Bestimmung schon Anwendung, wenn Ballen von einem Bruttogewicht über 6 Zentner angemeldet werden, dergestalt, daß dabei nur von 6 Zentnern eine Tara bewilligt wird.“

Art. 3.

Das Finanzministerium hat für den Vollzug zu sorgen und den hiernach vom 1. Oktober dieses Jahres an geltenden Tarif zu veröffentlichen.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 19. Juli 1851.

Leopold.

Regenaut.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Bauflicher.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Uebereinkunft der deutschen Rheinuferstaaten, den ermäßigten Rheinzolltarif betreffend.

Nachdem die Regierungen der deutschen Rheinuferstaaten bei Gelegenheit der jüngsten Zollconferenz über einen ermäßigten Rheinzolltarif für die Rheinstraße von der Lauter bis Emmerich übereingekommen sind und Seine Königliche Hoheit der Großherzog diese Uebereinkunft gnädigst genehmigt haben, so wird der vereinbarte ermäßigte Rheinzolltarif in der Anlage mit dem Anfügen verkündet, daß er vom 1. Oktober dieses Jahres an in Kraft trete und vorläufig bis zum 31. Dezember 1853 gelte.

Karlsruhe, den 29. Juli 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

J. H. v. M.
von Aktner.

Vdt. F. v. Dusch.

Besonderer Tarif

zur Erhebung der Rheinzölle auf der Rheinstraße von der **Lauter** bis **Emmerich** von denjenigen Gütern, welche unter der Flagge eines deutschen Rheinuferstaates oder unter einer anderen, den Flaggen der deutschen Rheinuferstaaten gleichgestellten Flagge verschifft werden.

| Ordnungs-Nummer. | Für die Rheinstraße | | Bei der Fahrt | | | | | |
|---|---------------------|--|---------------------------------|--------------------|-------|----------------------------------|--------------------|-------|
| | von | bis | abwärts an der
Zollstelle zu | Erhe-
bungssatz | | aufwärts an der
Zollstelle zu | Erhe-
bungssatz | |
| | | | | cent. | mill. | | cent. | mill. |
| A. Von allen Gütern, welche der ganzen Gebühr unterliegen. | | | | | | | | |
| 1 | der Lauter | Neuburg | Neuburg | — | 23 | Neuburg | — | 35 |
| 2 | Neuburg | Mannheim | Neuburg | 11 | 76 | Mannheim | 17 | 68 |
| 3 | Mannheim | Mainz | Mannheim | 16 | 67 | Mainz | 17 | 50 |
| 4 | Mainz | Caub | Mainz | 10 | — | Caub | 10 | 02 |
| 5 | Caub | Coblenz | Caub | 6 | 83 | Coblenz | 8 | 12 |
| 6 | Coblenz | Andernach | Coblenz | 2 | 23 | Andernach | 3 | 35 |
| 7 | Andernach | Linz | Andernach | 1 | 76 | Linz | 2 | 63 |
| 8 | Linz | Cöln | Linz | 6 | 02 | Cöln | 9 | 06 |
| 9 | Cöln | Düsseldorf | Cöln | 5 | 82 | Düsseldorf | 8 | 75 |
| 10 | Düsseldorf | Ruhrort | Düsseldorf | 3 | 76 | Ruhrort | 5 | 65 |
| 11 | Ruhrort | Wesel | Ruhrort | 3 | 52 | Wesel | 5 | 30 |
| 12 | Wesel | zur niederländisch-
preussischen Grenze bei
Schentenschanz | Wesel | 5 | 37 | Emmerich | 8 | 07 |
| B. Von den Gütern zur ganzen Gebühr, welche den Rhein verlassen und
in die Bahn einlaufen. | | | | | | | | |
| 13 | Caub | zur Bahn | Caub | 6 | 08 | — | — | — |
| 14 | der Bahn | Coblenz | — | — | — | Coblenz | 1 | 03 |

C. Ausnahmen.

Diejenigen Artikel, welche nach dem conventionmäßigen Rheinzolltarife mit einer geringeren Gebühr belegt sind, werden auch fernerhin nur von dieser geringeren, jedoch fortwährend nach den conventionmäßigen Tariffätzen zu bemessenden Gebühr betroffen. Es treten aber diesen Ausnahme-Klassen, wenn die Verschiffung unter der Flagge eines deutschen Rheinuferstaates oder unter einer anderen gleichgestellten Flagge Statt findet, folgende Artikel hinzu:

a. der Classe zur Viertelgebühr:

Kreuzbeeren, Quercitron, Saffor, Aloe, Galläpfel, Sumach, Farbehölzer in Blöcken, Weinstein, Salpeter;

b. der Classe zur Zwanzigstelgebühr:

Geringe.

D. Bau- und Nutzholz.

Die unter A. und B. aufgeführten Tariffätze finden auch Anwendung auf Bau- und Nutzholz, welches unter der Flagge eines deutschen Rheinuferstaates oder unter einer anderen gleichgestellten Flagge verschifft oder verflößt wird.

Vereins-Zolltarif

vom 1. Oktober 1851 an gültig.



Carlsruhe,

Druck und Verlag des Comptoirs des großherzoglichen Regierungsblattes.

Malsch und Vogel.

1851.

Erste Abtheilung.

Gegenstände, welche gar keiner Abgabe unterworfen sind.

1. Bäume, Sträucher und Reben zum Verpflanzen, ingleichen lebende Gewächse in Töpfen oder Kübeln;
2. Bienenstöcke mit lebenden Bienen;
3. Branntweinspülig, Eisenrostwasser;
4. Dünger, thierischer; desgleichen andere Düngungsmittel, als: ausgelaugte Asche, Kalkäcker, Knochenschäum oder Zuckererde, Düngesalz, letzteres nur auf besondere Erlaubnißscheine und unter Kontrolle der Verwendung;
5. Eier;
6. Erden und Erze, die nicht mit einem Zollsaße namentlich betroffen sind, als: Bolus, Bimsstein, Blutstein, Braunroth, Braunstein; gelbe, grüne, rothe Farbenerde; roher Flußpath in Stücken, roher Gips, gebrannter Gips und Kalk, rohe Kreide, Lehm, Mergel, Oker, Rothstein, Sand, Schmirgel, Schwerspath (in krystallisirten Stücken), gewöhnlicher Lösserthon und Pfeisenerde, Tripel, Umbra, Walkererde u. a.;
7. Erzeugnisse des Ackerbaues und der Viehzucht eines einzelnen von der Zollgrenze durchschnittenen Landgutes, dessen Wohn- oder Wirthschaftsgebäude innerhalb dieser Grenze belegen sind;
8. Fische, frische, und Krebse (Flußkrebse); desgleichen frische, unausgeschälte Muscheln;
9. Feldfrüchte und Getreide in Garben, wie dergleichen unmittelbar vom Felde eingeführt werden; Flachs und Hanf, geröstet oder ungeröstet, in Stengeln und Bündeln; ferner Gras, Futterkräuter und Heu, auch Heusaamen;
10. Gartengewächse, frische, als: Blumen, Gemüse und Krautarten, Kartoffeln und Rüben, eßbare Wurzeln u., auch frische Krappwurzeln, ingleichen Feuerschwamm, roher; ungetrocknete Cichorien; Flechten, Moos und Erdnüsse (Erdpistazien);
11. Geflügel und kleines Wildpret aller Art;
12. Glasur- und Hafnererz (Alquifoux);
13. Gold und Silber, gemünzt, in Barren und Bruch, mit Ausschluß der fremden silberhaltigen Scheidemünze; auch Kupferasche;
14. Hausgeräthe und Effekten, gebrauchte, getragene Kleider und Wäsche, gebrauchte Fabrikgeräthschaften und gebrauchtes Handwerkszeug, von Anziehenden zur eigenen Benutzung; auch auf besondere Erlaubniß neue Kleider, Wäsche und Effekten, in so fern sie Ausstattungsgegenstände von Ausländern sind, welche sich aus Veranlassung ihrer Verheirathung im Lande niederlassen;
15. Holz: Brennholz beim Landtransporte, auch Reisig und Besen daraus, ferner Bau- und Nutzholz (einschließlich Flechtweiden), welches zu Lande verfahren wird und nicht nach einer Holzablage zum Verschiffen bestimmt ist;

Anmerkung. Dem Landtransporte wird das Verflößen in losen Stücken auf Floßplanken und Floßbächen gleichgesetzt.

16. Kleidungsstücke und Wäsche, welche Reisende, Fuhrleute und Schiffer zu ihrem Gebrauche, auch

Handwerkzeug, welches reisende Handwerker, so wie Gertze und Instrumente, welche reisende Künstler zur Ausübung ihres Berufs mit sich führen; ingleichen Musterkarten und Muster in Abschnitten oder Proben, die nur zum Gebrauch als solche geeignet sind; dann die Wagen der Reisenden; ferner die beim Eingange über die Grenze zum Personen- oder Waarentransporte dienenden und nur deshalb eingehenden Wagen und Wasserfahrzeuge, letztere mit Einschluß der darauf befindlichen gebrauchten Inventariestcke, in so fern die Schiffe Ausländern gehören, oder in so fern inländische Schiffe die nämlichen oder gleichartige Inventariestcke einführen, als sie beim Ausgange an Bord hatten; Reisegerthe, auch Verzehrungsgegenstnde zum Reiseverbrauch;

17. Kunstsachen, welche zu Kunstausstellungen oder für landesherrliche Kunstinstitute und Sammlungen, auch andere Gegenstände, welche für Bibliotheken und andere wissenschaftliche, besonders naturhistorische Sammlungen öffentlicher Anstalten eingehen;
18. Lohkuchen (ausgelaugte Loh als Brennmaterial);
19. Milch;
20. Obst, frisches;
21. Papier, beschriebenes (Akten und Manuscripte);
22. Saamen von Baldhlzern;
23. Schachtelhalm, Schilf- und Dachrohr;
24. Scheerwolle (Abfälle beim Tuchsheeren); Flockwolle (Abfälle von der Spinnerei); Tuchtrmmer (Abfälle von der Weberei), und die aus Lumpen gewonnene Zupfwolle (Shuddywolle);
25. Seidencocons;
26. Steine, alle behauene und unbehauene, Bruch-, Kalk-, Schiefer-, Ziegel- und Mauersteine; Mühlsteine ohne eiserne Reifen; grobe Schleif- und Wegsteine; Tuffsteine und Traß;
27. Stroh, Spreu, Hckerling, Streulaub, Kleie;
28. Thiere, alle lebenden, für welche kein Tariffa ausgeworfen ist;
29. Torf und Braunkohlen, auch Steinkohlensafte;
30. Treber und Trester;
31. Weinstein.

Zweite Abtheilung.

Gegenstände, welche bei der Einfuhr oder bei der Ausfuhr einer Abgabe unterworfen sind.

Fünfzehn Silbergrroschen oder ein halber Thaler Preussisch, oder zwei und fünfzig und ein halber Kreuzer im 24 1/2-Guldenfuß vom Zentner Brutto-Gewicht wird in der Regel bei dem Eingange, und weiter keine Abgabe bei dem Verbrauch im Lande, noch auch dann erhoben, wenn Waaren ausgeführt werden.

Ausnahmen hiervon treten bei allen Gegenständen ein, welche entweder nach dem Vorhergehenden (Erste Abtheilung) ganz frei, oder nach dem Folgenden namentlich:

- a. einer geringeren oder höheren Eingangsabgabe, als einem halben Thaler oder zwei und fünfzig und einem halben Kreuzer vom Zentner, unterworfen,

oder

- b. bei der Ausfuhr mit einer Abgabe belegt sind.

Es sind dieses folgende Gegenstände, von welchen die beigesetzten Gefälle erhoben werden:

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgabensätze | | | | | | | | für
Tare
wird vergütet vom
Zentner Brutto-
Gewicht:

Pfund. |
|-----|--|-------------------------------|--|----------------|----------|-------------------|-------------------------------------|-----|----------|-----|---|
| | | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Eintheilung
des Thalers
in 30Stk und 24Stk),
beim | | | | nach dem
24½-Gulden-Fuß,
beim | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | |
| | | | Rtblr. | Ggr.
(gGr.) | Rtblr. | Ggr.
(gGr.) | fl. | kr. | fl. | kr. | |
| 1 | Abfälle
von Glashütten, desgleichen Scherben und
Bruch von Glas und Porzellan; von
der Bleigewinnung (Bleigeträg, Blei-
Abzug oder Abstrich und Bleiasche); von
der Gold- und Silberbearbeitung (Münz-
gräße); von Seifensiedereien die Unter-
lauge; von Gerbereien das Leimleder;
ferner Blut von geschlachtetem Vieh, so-
wohl flüssiges als eingetrocknetes; Thier-
fleichen, Abfälle und Theile von rohen
Häuten und Fellen, abgenutzte alte Leder-
stücke, Hörner, Hornspitzen, Hornspäne,
Klauen und Knochen, letztere mögen ganz
oder zerkleinert sein

Anmerk. Knochen, fernwärts von der Russischen
bis zur Mecklenburgischen Grenze aus-
gehend, zollfrei. | 1 Zentr. | frei. | — | — | 15
(12)
(*) | frei. | — | — | 52½ | |
| 2 | Baumwolle und Baumwollenwaaren:

a. Rohe Baumwolle

b. Baumwollengarn, ungemischt oder ge-
mischt mit Wolle oder Leinen:
1. ungebleichtes ein- und zweidrähtiges,
und Batten
2. ungebleichtes drei- und mehrdrähtiges,
ungleichen alles gewirnte, gebleichte
oder gefärbte Garn

c. Baumwollene, desgleichen aus Baum-
wolle und Leinen, ohne Beimischung von
Seide, Wolle und anderen Thierhaaren
gefertigte Zeuge und Strumpfwaren,
Epigen (Tüll), Posamentier-, Knopf-
macher-, Sticker- und Fußwaren; auch | 1 Zentr. | frei. | — | — | 5
(4) | frei. | — | — | 17½ | |
| | | 1 Zentr. | 3 | — | — | — | 5 | 15 | — | — | 18 in Häften und
Rissen.
13 in Körben.
7 in Ballen. |
| | | 1 Zentr. | 8 | — | — | — | 14 | — | — | — | |

*) Die unter den Silbergroschen stehenden Ziffern bezeichnen 24 Stk des Thalers.

[illegible]

[illegible]

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgabenätze | | | | | | | | Für
Tara
wird vergütet vom
Zentner Brutto-
Gewicht:

Pfund. |
|--|--|-------------------------------|--|----------------|------------------|----------------|------------------------------------|-----|----------|-----|---|
| | | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Eintheilung
des Thalers
in 30stel und 24stel),
beim | | | | nach dem
24½-Gulden-Fuß
beim | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | |
| | | | Rthlr.
(gGr.) | Sgr.
(gGr.) | Rthlr.
(gGr.) | Sgr.
(gGr.) | fl. | kr. | fl. | kr. | |
| | berginster; Härde- und Verbeurwurzeln, nicht besonders genannte; Flohsamen, Frauenels (GipsSPATH); Gummi arabicum; Gummi elasticum in der ursprünglichen Form von Schuben, Flaschen etc.; Gummi senegal; Gutta percha, rohe ungereinigte; Hölzer, außereuropäische für Drechsler, Tischler u. s. w., in Blöcken und Bohlen; Hornplatten, Indigo, Kino; Knochenplatten, rohe bloß geschnittene; Kokosnüsse, Lacdye; Meerschaum, roher; Muschelschalen, Orlean, Perlmutter-schalen; Rohr, spanisches, ostindisches, marseiller; Pfeiferrohr, Stuhlrrohr; Salep; Schildkröten-schalen, rohe; Tragant, Wallfischbarden (rohes Fischbein) . . . | 1 Zentr. | — | — | — | 5
(4) | — | — | — | 17½ | |
| Anmerk. zu e. Die allgemeine Eingangsabgabe tragen: | | | | | | | | | | | |
| 1. rohe Erzeugnisse des Mineral-, Thier- und Pflanzenreichs zum Gewerbe- und Medicinalgebrauch, die nicht besonders höher oder niedriger besteuert sind; | | | | | | | | | | | |
| 2. ungereinigtes schwefelsaures Natron. | | | | | | | | | | | |
| f. Farbehölzer: | | | | | | | | | | | |
| 1. in Blöcken | 1 Zentr. | — | — | — | 2½
(2) | — | — | — | — | 8¾ | |
| 2. gemahlen oder geraspelt | 1 Zentr. | — | 5
(4) | — | — | — | 17½ | — | — | — | |
| g. Mennige, Schmalze, ungereinigte und gereinigte Soda (Mineral-Alkali), Kupfer-vitriol, gemischter Kupfer- und Eisen-vitriol, weißer Vitriol, Wasserglas; Grünspan, raffinirter (destillirter, krystallisirter) oder gemahlener | 1 Zentr. | 1 | — | — | — | 1 | 45 | — | — | — | |
| Anmerk. zu g. Mennige kann zur Weißglas- | | | | | | | | | | | |

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgabenätze | | | | | | | | Für
Tara
wird vergütet von
Zentner Brutto-
Gewicht: |
|-----|--|-------------------------------|--|----------------|----------|----------------|-------------------------------------|-----|----------|-----|---|
| | | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Eintheilung
des Thalers
in 30stel und 24stel),
beim | | | | nach dem
24½-Gulden-Fuß,
beim | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | |
| | | | Rthlr. | Sgr.
(gGr.) | Rthlr. | Sgr.
(gGr.) | fl. | kr. | fl. | kr. | |
| | fabrikation auf Erlaubnißscheine
zu einem Vierteltheile der tarif-
mäßigen Eingangs-Abgabe ein-
geführt werden. | | | | | | | | | | |
| | h. Mineralwasser, natürliches in Flaschen
und Krügen | 1 Zentr. | — | 7½
(6) | — | — | — | 26¼ | — | — | 23 in Kisten.
9 in Körben. |
| | i. Pott- (Waib-) Asche; gemahlene Kreide | 1 Zentr. | — | 5
(4) | — | — | — | 17½ | — | — | |
| | k. Salzsäure und Schwefelsäure | 1 Zentr. | 1 | 10
(8) | — | — | 2 | 20 | — | — | |
| | l. Schwefelsaures und salzsaures Kali; alle
Abfälle von der Fabrikation der Salpe-
tersäure | 1 Zentr. | — | 5
(4) | — | — | — | 17½ | — | — | |
| | m. Terpentinöl (Kiendöl) | 1 Zentr. | — | 10
(8) | — | — | — | 35 | — | — | |
| 6 | Eisen und Stahl: | | | | | | | | | | |
| | a. Roheisen aller Art; altes Brucheseisen,
Eisenfeile, Hammerschlag | 1 Zentr. | — | 10
(8) | — | 7½
(6) | — | 35 | — | 26¼ | 10 in Kässern und
Kisten.
6 in Körben.
4 in Ballen. |
| | b. Geschmiedetes und gewalztes Eisen (mit
Ausnahme des faconnirten) in Stäben
von ½ Quadrat Zoll Preussisch im Quer-
schnitt und darüber; dergleichen Luppen-
eisen, Eisenbahnschienen, auch Roh- und
Cementstahl, Guß- und raffinirter Stahl | 1 Zentr. | 1 | 15
(12) | — | — | 2 | 37½ | — | — | |
| | c. Geschmiedetes und gewalztes Eisen (mit
Ausnahme des faconnirten) in Stäben
von weniger als ½ Quadrat Zoll Preussisch
im Querschnitt | 1 Zentr. | 2 | 15
(12) | — | — | 4 | 22½ | — | — | |
| | d. Faconnirtes Eisen in Stäben; dergleichen
Eisen, welches zu groben Bestandtheilen
von Maschinen und Wagen (Kurbeln,
Achsen u. dgl.) roh vorgeschmiedet ist, | | | | | | | | | | |

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgabensätze | | | | | | | | Für
Tara
wird vergütet vom
Zentner Brutto-
Gewicht:

Pfund. |
|-----|---|-------------------------------|--|----------------|----------|----------------|------------------------------------|-----|----------|-----|---|
| | | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Eintheilung
des Thalers
in 30stel und 24stel),
beim | | | | nach dem
21½-Gulden-Fuß
beim | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | |
| | | | Rthlr. | Ggr.
(gGr.) | Rthlr. | Ggr.
(gGr.) | fl. | kr. | fl. | kr. | |
| | insofern vergleichen Bestandtheile einzeln einen Zentner und darüber wiegen, auch Pflugschareneisen; schwarzes Eisenblech, rohes Stahlblech, rohe (unpolirte) Eisen- und Stahlplatten; Anker, so wie Anker- und Schiffsketten | 1 Zentr. | 3 | — | — | — | 5 | 15 | — | — | 10 in Kässern und
Kisten.
6 in Körben.
4 in Ballen. |
| e. | Weißblech, gefirnissetes Eisenblech, polirtes Stahlblech, polirte Eisen- und Stahlplatten, Eisen- und Stahlbraht . . . | 1 Zentr. | 4 | — | — | — | 7 | — | — | — | |
| | Anmerk. 1. An den Zollgrenzen der Preussischen westlichen Provinzen, desgleichen von Bayern, Württemberg, Baden, Kurhessen und Luxemburg sind die unter Pos. a. genannten Gegenstände beim Ausgange zollfrei.
2. Von Rohestahl, soewärts von der Russischen Grenze bis zur Weichselmündung einschließlich eingehend, wird nur die allgemeine Eingangsabgabe erhoben.
3. Geklopptes Zaineisen kann in Bayern auf der Grenze von Pindelang bis zur Donau einschließlich zu dem Zollsatz von 1½ Rthlr. (2 fl. 37½ kr.) vom Zentner eingehen.
4. Radfranzseisen zu Eisenbahnwagen wird nach Pos d. verzollt. | | | | | | | | | | |
| f. | Eisen- und Stahlwaaren:
1. Ganz grobe Gußwaaren in Defsen, Platten, Gittern etc.
2. Grobe, die aus geschmiedetem Eisen oder Eisenguß, aus Eisen und Stahl, Eisenblech, Stahl- und Eisendraht, auch in Verbindung mit Holz gefertigt; ingleichen Waaren dieser Art, die gefirnisset, verkupfert oder verzinkt, jedoch nicht polirt sind, als: Aerte, Degenslingen, Feilen, Hämmer, Hecheln, | 1 Zentr. | 1 | — | — | — | 1 | 45 | — | — | |

[illegible]

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgabensätze | | | | | | | | Für
Tara
wird vergütet vom
Zentner Brutto-
Gewicht: |
|-----|---|---|--|---|----------|----------------|------------------------------------|-----|----------|-----|---|
| | | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Eintheilung
des Thalers
in 30stel und 24stel),
beim | | | | nach dem
24½-Gulden-Fuß
beim | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | |
| | | | Rthlr. | Sgr.
(gGr.) | Rthlr. | Sgr.
(gGr.) | fl. | kr. | fl. | kr. | |
| | Spelz oder Dinkel, Gerste (auch gemälzte),
Hafer, Heidekorn oder Buchweizen, Roggen,
Bohnen, Erbsen, Hirse, Linsen und Wicken
Anmerk. 1. In Bayern an der Grenze von
Versteesgaben
2. Auf der Sächsisch-Böhmischen Grenze
gehen die unter a. genannten Ge-
treidearten und Hülsenfrüchte beim
Landtransporte zu folgenden er-
mäßigten Sätzen ein:
a. links der Elbe, diese ausgeschlossen:
1. Weizen, Spelz oder Dinkel
2. Roggen, Gerste, Hafer, Bohnen,
Erbsen, Hirse, Linsen, Heidekorn
und Wicken
b. rechts der Elbe, diese ausgeschlossen:
1. Weizen, Spelz oder Dinkel
2. Roggen, Gerste, Bohnen, Erbsen,
Hirse, Linsen und Wicken
3. Hafer und Heidekorn
Anmerk. 3. Hafer in Quantitäten unter einem
Preussischen Scheffel oder beziehungs-
weise unter 2 Bayerischen Mäßen
und andere Getreidearten, so wie
Hülsenfrüchte unter einem halben
Preussischen Scheffel oder unter einem
Bayerischen Mäßen frei.
b. Sämereien und Beeren:
1. Anis und Kümmel
2. Delsaat, als: Hanfsaat, Leinsaat und
Leindotter oder Oder, Mohnsamen,
Raps, Rübesaat
3. Kleesaat und alle nicht namentlich im
Tarif genannten Sämereien; ingleichen
Wachholderbeeren
Anmerk. Ein Preussischer-Scheffel Kleesaat wird
mit Einschluß des Sackes zu 89 Pfund,
ein Bayerischer Scheffel desgleichen zu
360 Pfund gerechnet. | 1 Scheffel.
1 Bayerischer
Scheffel.
1 Bayerischer
Scheffel.

1 Dresdener
Scheffel.

1 ditto.

1 ditto.

1 ditto.
1 ditto.

1 Zentr.

1 Zentr.

1 Zentr. | —
5
(4)
(16)
—

2

½
2
1
½

1
—
1¼
(1)
5
(4) | —
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
—
— | | | | | | | |

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgabensätze | | | | | | | | für
Tara
wird vergütet vom
Zentner Brutto-
Gewicht:

Pfund. |
|-----|--|--|--|--------------------------|------------|------------|------------------------------------|------------|----------|--|---|
| | | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Eintheilung
des Thalers
in 30stel und 24stel),
beim | | | | nach dem
24½-Gulden-Fuß
beim | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | |
| | | | Rthlr.
Ggr.
(gGr.) | Rthlr.
Ggr.
(gGr.) | fl.
kr. | fl.
kr. | fl.
kr. | fl.
kr. | | | |
| 10 | Glas und Glaswaaren:
a. Grünes Hohlglas (Glasgeschirr) . . .

Anmerk. Bei loser Verpackung werden zu 1 Zent-
ner veranschlagt
5½ Preussische
6½ Altbayerische
oder
4½ Rheinbayerische
Rubikfuß.

b. Weißes Hohlglas, ungemustertes, unge-
schliffenes; ingleichen Fenster- und Tafel-
glas in seiner natürlichen Farbe (grün,
halb- und ganz weiß)
Anmerk. Borgedachtes Hohlglas nur mit abge-
schliffenen Stöpseln, Böden oder Rändern

c. Gepreßtes, geschliffenes, abgeriebenes,
geschnittenes, gemustertes weißes Glas;
auch Behänge zu Kronleuchtern von Glas,
Glasknöpfe, Glasperlen und Glasknöpfe
d. Spiegelglas:
1. wenn das Stück nicht über 288 Preussische
oder 333 Altbayerische oder 255 Rhein-
bayerische □ Zoll mißt:
α. gegoffenes, belegtes oder unbelegtes,
aa. wenn das Stück nicht über 144 Preussi-
sche □ Zoll mißt
bb. wenn das Stück über 144 und bis
288 Preussische □ Zoll mißt . . .
β. geblasenes, belegtes oder unbelegtes,
2. belegtes und unbelegtes, gegoffenes
und geblasenes, wenn das Stück mißt:
über 288 □ Zoll bis 576 □ Zoll Preuß
oder bis 666 Altbayerische oder 511
Rheinbayerische □ Zoll
über 576 □ Zoll bis 1000 □ Zoll
Preussisch oder bis 1156 Altbayerische
oder 886 Rheinbayerische □ Zoll . | 1 Zentr.

 | | | | | | | | | |

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgabensätze | | | | | | | | Für
Tara
wird vergütet vom
Zentner Brutto-
Gewicht:

Pfund. |
|-----|---|-------------------------------|--|----------------|----------|----------------|---------------------------------------|-----|----------|--------|---|
| | | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Eintheilung
des Thalers
in 30 Stk. und 24 Stk.),
beim | | | | nach dem
24 1/2-Gulden-Fuß
beim | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | |
| | | | Rthlr. | Sgr.
(gGr.) | Rthlr. | Sgr.
(gGr.) | fl. | kr. | fl. | kr. | |
| | über 1000 □ Zoll bis 1400 □ Zoll Preuß.
oder bis 1618 Altbayerische oder 1241
Rheinbayerische □ Zoll | 1 Stüd. | 8 | — | — | — | 14 | — | — | — | |
| | über 1400 □ Zoll bis 1900 □ Zoll
Preussisch oder bis 2196 Altbayerische
oder 1684 Rheinbayerische □ Zoll . . | 1 Stüd. | 20 | — | — | — | 35 | — | — | — | |
| | über 1900 □ Zoll Preussisch | 1 Stüd. | 30 | — | — | — | 52 | 30 | — | — | |
| | Anmerl. Rohes ungeschliffenes Spiegelglas wird gegen die allgemeine Eingangs-Abgabe eingelassen. | | | | | | | | | | |
| | a. Farbiges, bemaltes oder vergoldetes Glas ohne Unterschied der Form, auch Glaswaaren in Verbindung mit unedlen Metallen und anderen nicht zu den Gespinnsten gehörigen Urstoffen; desgleichen Spiegel, deren Glas tafeln nicht über 288 Preussische □ Zoll das Stück messen . . | 1 Zentr. | 10 | — | — | — | 17 | 30 | — | — | 20 in Kässern u. Kisten.
13 in Körben. |
| | Anmerl. Spiegel von größeren Dimensionen des Glases zahlen, ohne Rücksicht auf die Rahmen, den Eingangs Zoll nach obigen Stückätzen für Spiegelglas, den Dimensionen des Glases gemäß; falls sich der Eingangs Zoll danach aber geringer als 10 Rthlr. oder 17 fl. 30 kr. vom Zentner berechnet, diesen Satz. | | | | | | | | | | |
| 11 | Häute, Felle und Haare: | | | | | | | | | | |
| | a. Rohe (grüne, gesalzene, trockene) Häute und Felle zur Lederbereitung; rohe behaarte Schaf-, Lamm- und Ziegenfelle; rohe Pferdehaare | 1 Zentr. | frei. | — | 1 | 20
(16) | frei. | — | 2 | 55 | 13 in Kässern u. Kisten.
6 in Ballen. |
| | b. Felle zu Pelzwerk (Rauchwaaren) Bereitung | 1 Zentr. | — | 20
(16) | — | — | 1 | 10 | — | — | |
| | c. Hasen- und Kaninchenfelle, rohe, und Haare | 1 Zentr. | frei. | — | — | 15
(12) | frei. | — | — | 52 1/2 | |

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgabensätze | | | | | | | | Für
Lore
wird vergütet vom
Zentner Brutto-
Gewicht:

Pfund. |
|-----|--|---|--|----------------|------------------|----------------|------------------------------------|-----|----------|-----|---|
| | | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Eintheilung
des Thalers
in 30stel und 24stel),
beim | | | | nach dem
24½-Gulden-Fuß
beim | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | |
| | | | Rehlr.
(gGr.) | Egr.
(gGr.) | Rehlr.
(gGr.) | Egr.
(gGr.) | fl. | kr. | fl. | kr. | |
| | d. Haare von Rindvieh | 1 Zentr. | frei. | — | — | 5
(4) | frei. | — | — | 17½ | |
| 12 | Holz, Holzwaaren ic. | | | | | | | | | | |
| | a. Brennholz beim Wassertransport . . . | 1 Preussisches
Klafter. | — | 2½
(2) | — | — | — | — | — | — | |
| | | 1 Bayerisches
Klafter. | — | — | — | — | — | 8 | — | — | |
| | b. Bau- und Nutzholz beim Wassertrans-
port, oder beim Landtransport zur Ver-
schiffungsablage: | | | | | | | | | | |
| | 1. Eichen-, Ulmen-, Eschen-, Ahorn-,
Kirsch-, Birn-, Apfel-, Pflaumen-,
Kornel- und Nußbaumholz | 1 Schiffslast
(37½ Zentner)
od. beim Ablösen
75 Preussische
Kubikfuß. | 1 | — | — | — | 1 | 45 | — | — | |
| | 2. Buchen-, auch Fichten-, Tannen-, Ler-
chen-, Pappeln-, Erlen- und anderes
weiche Holz; ferner Wandstöcke, Stan-
gen, Faschinen, Pfahlholz, Flechtwei-
den ic. | 1 Schiffslast
od. beim Ablösen
90 Kubikfuß. | — | 10
(8) | — | — | — | 35 | — | — | |
| | 3. Sägwaaren, Fagholz (Dauben) und
alles andere vorgearbeitete Nutzholz: | | | | | | | | | | |
| | α. aus den unter 1. genannten Holzarten | 1 Schiffslast | 1 | 10
(8) | — | — | 2 | 20 | — | — | |
| | β. aus den unter 2. genannten Holzarten | 1 dito | — | 20
(16) | — | — | 1 | 10 | — | — | |
| | Anmerk. 1. Holz in geschnittenen Fournieren ohne
Unterschied des Ursprungs, sowohl
beim Wasser- als beim Landtransporte | 1 Zentr. | 1 | — | — | — | 1 | 45 | — | — | |
| | 2. In den östlichen Provinzen des Preu-
ßischen Staates wird erhoben für | | | | | | | | | | |
| | aa. Blöcke oder Balken von hartem
Holze | 5 Stück. | 1 | — | — | — | | | | | |
| | bb. Blöcke oder Balken von weichem
Holze | 25 dito. | 1 | — | — | — | | | | | |
| | cc. Bohlen, Bretter, Latten, Fagholz
(Dauben), Wandstöcke, Stangen,
Faschinen, Pfahlholz, Flechtwei-
den ic. | 1 Schiffslast. | — | 15
(12) | — | — | | | | | |

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgabensätze | | | | | | | | Für
Lara
wird vergütet vom
Zentner Brutto-
Gewicht: |
|--|--|-------------------------------|--|-----------------|----------|-----------------|-------------------------------------|-----|----------|-----|---|
| | | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Eintheilung
des Thalers
in 30stel und 24stel),
beim | | | | nach dem
24½-Gulden-Fuß,
beim | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | |
| | | | Rehr. | Egr.
(g Gr.) | Rehr. | Egr.
(g Gr.) | fl. | kr. | fl. | kr. | |
| c. | Holzborke oder Gerberlohe, desgleichen
Holzkohlen | 1 Zentr. | frei. | — | — | 2½ | frei. | — | — | 8¾ | |
| d. | Holzasche | 1 Zentr. | frei. | — | — | 10
(8) | frei. | — | — | 35 | |
| e. | Hölzerne Hausgeräthe (Meubels) und
andere Tischler-, Drechsler- und Wöttcher-
waaren, welche gefärbt, gebeizt, lackirt,
polirt, oder auch in einzelnen Theilen in
Verbindung mit Eisen, Messing oder loth-
garem Leder verarbeitet sind; auch gerisse-
nes Fischbein | 1 Zentr. | 3 | — | — | — | 5 | 15 | — | — | 16 in Fässern u. Kisten.
6 in Ballen. |
| f. | Feine Holzwaaren (ausgelegte Arbeit),
sogenannte Nürnberger Waaren aller Art,
Spielzeug, feine Drechsler-, Schnitz- und
Kammacherwaaren, auch Meerscham-
arbeit, ferner dergleichen Waaren, in
Verbindung mit anderen Materialien
(mit Ausschluß von edlen Metallen, fei-
nen Metallgemischen, echt vergoldetem oder
versilbertem Metall, Schildpatt, Perlmutter,
echten Perlen, Korallen oder Stei-
nen), ingleichen Holzbronce, hölzerne
Hängeuhren, feine Korb- und Holzflechter-
arbeit ohne Unterschied, Fourniere mit
eingelegter Arbeit und geschnittenen Fisch-
bein, auch Blei- und Rothziste . . . | 1 Zentr. | 10 | — | — | — | 17 | 30 | — | — | 20 in Fässern u. Kisten.
13 in Körben.
9 in Ballen. |
| g. | Gepolsterte Meubels, wie grobe Sattler-
waaren. | | | | | | | | | | |
| h. | Grobe Wöttcherwaaren, gebrauchte . . | 1 Zentr. | — | 5
(4) | — | — | — | 17½ | — | — | |
| <p>Anmerk. zu f. und h. Grobe, rohe, ungefärbte
Wöttcher-, Drechsler-, Tisch-
ler- und bloß gehobelte Holz-
waaren und Wagnerarbei-
ten, grobe Maschinen von
Holz und grobe Korbflech-
terwaaren tragen die allge-
meine Eingangsabgabe.</p> | | | | | | | | | | | |

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgabensätze | | | | | | | | Für
Tara
wird vergütet vom
Zentner Brutto-
Gewicht: |
|-----|----------------------------|-------------------------------|--|----------------|------------------|----------------|-------------------------------------|-----|----------|-----|--|
| | | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Eintheilung
des Thalers
in 30stel und 24stel),
beim | | | | nach dem
24½-Gulden-Fuß,
beim | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | |
| | | | Rthlr.
(gGr.) | Sgr.
(gGr.) | Rthlr.
(gGr.) | Sgr.
(gGr.) | fl. | kr. | fl. | kr. | |
| 13 | Hopfen | 1 Zentr. | 2 | 15
(12) | — | — | 4 | 22½ | — | — | Pfund.

 |

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgabensätze | | | | | | | | Für
Tara
wird vergütet vom
Zentner Brutto-
Gewicht:

Pfund. |
|-----|--|-------------------------------|--|-----------------|---------------|-----------------|---------------------------------------|-----|----------|-----|---|
| | | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Eintheilung
des Thalers
in 30Stel und 24Stel),
beim | | | | nach dem
24 1/2-Gulden-Fuß
beim | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | |
| | | | Rthlr.
fl. | Sgr.
(30Kr.) | Rthlr.
fl. | Sgr.
(30Kr.) | fl. | kr. | fl. | kr. | |
| | Verbindung mit edlen Metallen; inglei-
chen lackirte Kupfer- und Messingwaaren | 1 Zentr. | 10 | — | — | — | 17 | 30 | — | — | 13 in Fässern u. Kisten.
6 in Körben.
4 in Ballen. |
| 20 | Kurze Waaren, Quincaillerien zc.:
Waaren, ganz oder theilweise aus edlen
Metallen, aus feinen Metallgemischen;
aus Metall, echt vergoldet oder versilbert;
aus Schildpatt, Perlmutter, echten Perlen,
Korallen oder Steinen gefertigt, oder mit
edlen Metallen belegt; ferner Waaren aus
vorgenannten Stoffen in Verbindung mit
Alabaster, Bernstein, Elfenbein, Fischbein,
Gips, Glas, Holz, Horn, Knochen, Kork,
Lack, Leder, Marmor, Meerschäum, uned-
len Metallen, Perlmutter, Schildpatt, un-
edten Steinen u. dgl.; feine Galanterie-
und Quincaillerie-Waaren (Herren- und
Frauensmuck, Toiletten- und sogenannte
Rippestisch-Sachen u. s. w.) aus unedlen
Metallen, jedoch fein gearbeitet, und ent-
weder mehr oder weniger vergoldet oder
versilbert oder auch vernirt, oder in Ver-
bindung mit Alabaster, Elfenbein, Email,
Korallen, Lava, Perlmutter, Schildpatt,
feinen Steinarten, unedten Steinen oder
auch mit Schnitzarbeiten, Pasten, Rameen,
Ornamenten in Metallguss u. dgl.; feine
Parfümerien, wie solche in kleinen Gläsern,
Krusen zc. im Galanteriehandel und als | | | | | | | | | | |

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgaben s ä ß e | | | | | | | | Für
Tare
wird vergütet vom
Zentner Brutto-
Gewicht:

P f u n d. | | |
|-----|---|-------------------------------|---|----------------|----------|----------------|-------------------------------------|------|----------|-----|---|--|--|
| | | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Einteilung
des Thalers
in 30stel und 24stel),
beim | | | | nach dem
24½-Gulden-Fuß,
beim | | | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | | | |
| | | | Rehr. | Egr.
(gGr.) | Rehr. | Egr.
(gGr.) | fl. | kr. | fl. | kr. | | | |
| | Galanteriewaaren geführt werden; Taschenuhren, Stug- und Wanduhren, letztere mit Ausnahme der hölzernen Hängeuhren; Kronleuchter in Verbindung mit echt vergoldetem oder versilbertem Metall; Gold- und Silberblatt (echt oder unecht); Näh- nadeln, metallene Stricknadeln, metallene Häkelnadeln (ohne Griffe); gefasste Brillen aller Art; feine lackirte Waaren von Metall oder Pappmasse (papier maché), feine bossirte Wachswaaren, Regen- und Sonnen- schirme, Fächer, Blumen, zugerichtete Schmuckfedern, Wachsperlen, Perücken- macherarbeit u. s. w.; überhaupt alle zur Gattung der Kurzen-, Quincaillerie- oder Galanteriewaaren gehörigen unter den Num- mern 2. 3. 4. 5. 6. 10. 12. 19. 21. 22. 27. 30. 31. 33. 35. 38. 40. 41. 42 und 43. der zweiten Abtheilung dieses Tarifes nicht mit inbegriffenen Gegenstände; ingleichen Waaren aus Gespinnsten von Baumwolle, Leinen, Seide, Wolle, welche mit Eisen, Glas, Holz, Leder, Messing, Papier, Pappe oder Stahl verbunden sind, z. B. Tuch- oder Zeugmützen in Verbindung mit Leder, Knöpfe auf Holzformen, Klin- gelschnüre u. dgl. mehr | | | | | | | | | | | | |
| 21 | Leder, Lederwaaren und ähnliche Fa-
brikate:
a. Lohgare oder nur lothroth gearbeitete
Häute, Fahlleder, Sohlleder, Kalbleder, | 1 Zentr. | 50 | — | — | — | 87 | 30*) | — | — | 20 in Käffern u. Kisten.
13 in Körben.
9 in Ballen. | | |

*) Nach dem provisorischen Gesetze vom 19. Juli 1851 unterliegen Waaren aus Gold oder Silber, feinen Metallgemischen, Metallbronce (echt vergoldet), echten Perlen, Korallen oder Steinen gefertigt, oder mit Gold oder Silber belegt; ferner Waaren aus vorgenannten Stoffen in Verbindung mit Alabaster, Bernstein, Eisenbein, Perlmutter, Schildpatt und unechten Steinen; feine Parfümerien, wie solche in kleinen Gläsern, Krufen etc. im Galanteriehandel und als Galanteriewaaren geführt werden; Stapsuhren mit Ausnahme derer in hölzernen Gehäusen; Kronleuchter mit Bronze; Gold- oder Silberblatt; Fächer; künstliche Blumen und zugerichtete Schmuckfedern bis auf weitere Bestimmung einem Eingangsölle von 100 Reichsthalern (175 fl.) pro Zentner.

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgabensätze | | | | | | | | für
Lara
wird vergütet vom
Zentner Brutto-
Gewicht: |
|-----|---|-------------------------------|---|----------------|----------|----------------|-------------------------------------|------|----------|-----|---|
| | | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Einteilung
des Thalers
in 30fl und 24fl),
beim | | | | nach dem
24½-Gulden-Fuß,
beim | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | |
| | | | Rthlr. | Sgr.
(gGr.) | Rthlr. | Sgr.
(gGr.) | fl. | kr. | fl. | kr. | |
| | Sattlerleder, Stiefelschäfte, auch Fuchten;
ingeleichen sämisch- und weißgares Leder,
auch Pergament, Gummipplatten und mehr
oder weniger gereinigte Gutta percha . . . | 1 Zentr. | 6 | — | — | — | 10 | 30 | — | — | 16 in Kässern u. Kisten.
13 in Körben.
6 in Ballen. |
| b. | Brüsseler- und Dänisches Handschuhleder,
auch Korduan, Marokin, Cassian und
alles gefärbte und lackirte Leder; des-
gleichen Gummifäden außer Verbindung
mit anderen Materialien | 1 Zentr. | 8 | — | — | — | 14 | — | — | — | |
| | Anmerk. Halbgarb Ziegen- und Schafelle für
inländische Cassian- und Leder-Fabri-
kanten werden unter Controle gegen
die allgemeine Eingangsabgabe ein-
gelassen. | | | | | | | | | | |
| | c. Grobe Schuhmacher-, Sattler- und
Taschner-Waaren aus Leder oder Gummi;
Blasebälge, auch Wagen, woran Leder-
oder Polsterarbeiten; desgleichen andere
nicht lackirte Gummifabrikate außer Ver-
bindung mit anderen Materialien . . . | 1 Zentr. | 10 | — | — | — | 17 | 30 | — | — | 16 in Kässern u. Kisten.
13 in Körben.
6 in Ballen. |
| d. | Feine Lederwaaren von Korduan, Cas-
sian, Marokin, Brüsseler- und Däni-
schem Leder, von sämisch- und weiß-
garem Leder, von lackirtem Leder, lackir-
tem Gummi und Pergament; Sattel-
und Reitzeuge und Geschirre mit Schnallen
und Ringen, ganz oder theilweise von
feinen Metallen und Metallgemischen,
Handschuhe von Leder und feine Schuhe
aller Art | 1 Zentr. | 22 | — | — | — | 38 | 30*) | — | — | |
| 22 | Leinengarn, Leinwand und andere Lei-
nenwaaren: | | | | | | | | | | |
| | a. Rohes Garn: | | | | | | | | | | |
| | 1. Maschinengepinnst | 1 Zentr. | 2 | — | — | — | 3 | 30 | — | — | 13 in Kisten-
6 in Ballen. |
| | 2. Handgepinnst | 1 Zentr. | — | 5 | — | — | — | 17½ | — | — | |
| | | | | (4) | | | | | | | |

*) Nach dem provisorischen Gesetze vom 19. Juli 1851 unterliegen Lederne Handschuhe bis auf weitere Bestimmung einem Eingangsoll von 44 Reichsthalern (77 fl.) pro Zentner.

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgabensätze | | | | | | | | Für
Tara
wird vergütet vom
Zemmer Brutto-
Gewicht:

Pfund e. | |
|-----|--|-------------------------------|--|----------------|----------|----------------|------------------------------------|-----|----------|-----|--|---|
| | | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Eintheilung
des Thalers
in 30stel und 24stel),
beim | | | | nach dem
24½-Gulden-Fuß
beim | | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | | |
| | | | Rthlr. | Sgr.
(gGr.) | Rthlr. | Sgr.
(gGr.) | fl. | kr. | fl. | kr. | | |
| | b. Gebleichtes, dergleichen bloß abgekochtes
oder gebühtes (geäschertes) Garn, ferner
gefärbtes Garn | 1 Zentr. | 3 | — | — | — | 5 | 15 | — | — | 13 in Risten.
6 in Ballen. | |
| | c. Zwirn | 1 Zentr. | 4 | — | — | — | 7 | — | — | — | | |
| | d. Graue Pgdleinwand und Segeltuch . . | 1 Zentr. | — | 20
(16) | — | — | 1 | 10 | — | — | | |
| | e. Rohe Leinwand, roher Zwillisch und
Drillisch | 1 Zentr. | 4 | — | — | — | 7 | — | — | — | 13 in Risten.
6 in Ballen. | |
| | Ausnahme. Rohe, ungebleichte Lein-
wand geht frei ein:
aa. in Preußen:
auf den Grenzlinien von Leobschütz bis
Seidenberg in der Ober-Lausitz, von Hei-
ligenstadt bis Nordhausen und von Her-
stelle bis Anholt, nach Bleichereien oder
Leinwandmärkten;
bb. in Sachsen:
auf der Grenzlinie von Ostitz bis Schan-
dau, auf Erlaubnißscheine;
cc. in Kurhessen:
auf Erlaubnißscheine nach Bleichereien
oder Märkten. | | | | | | | | | | | |
| | f. Gebleichte, gefärbte, gedruckte oder in
anderer Art zugerichtete, auch aus ge-
bleichtem Garn gewebte Leinwand; ge-
bleichter oder in anderer Art zugerichteter
Zwillisch und Drillisch; rohes und ge-
bleichtes, auch verarbeitetes Tisch-, Bett-
und Handtuchzeug, leinene Kittel, auch
neue Leibwäsche | 1 Zentr. | 20 | — | — | — | 35 | — | — | — | | 13 in Risten.
9 in Körben:
6 in Ballen. |
| | g. Bänder, Batist, Vorten, Franssen, Gaze,
Kammertuch, gewebte Ranten, Schnüre,
Strumpfswaren, Gespinnste und Treßens-
waren aus Metallsäden und Leinen,
jedoch außer Verbindung mit Eisen, Glas,
Holz, Leder, Messing und Stahl . . | 1 Zentr. | 30 | — | — | — | 52 | 30 | — | — | 18 in Risten.
13 in Körben.
6 in Ballen.

23 in Risten.
11 in Ballen. | |
| | h. Zwirnsitzen | 1 Zentr. | 60 | — | — | — | 105 | — | — | — | | |

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgaben sätze | | | | | | | | Für
Tara
wird vergütet vom
Zentner Brutto-
Gewicht: |
|-----|--|--|--|--|---|--|--|---|---|--|--|
| | | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Eintheilung
des Thalers
in 30 Stk und 24 Stk),
beim | | | | nach dem
24½-Gulden-Fuß
beim | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | |
| | | | Rthlr. | Ggr.
(gGr.) | Rthlr. | Ggr.
(gGr.) | fl. | kr. | fl. | kr. | |
| 23 | Lichte, (Talg-, Wachs-, Wallrath- und Stearin-) | 1 Zentr. | 6 | — | — | — | 10 | 30 | — | — | 16 in Kisten. |
| 24 | Lumpen und andere Abfälle zur Papierfabrikation:
leinen, baumwollene und wollene Lumpen, auch macerirte Lumpen (Halbzeug); Papierspäne, Makulatur (beschriebene und bedruckte), desgleichen alte Fischerneze, altes Tauwerk und Stride.
Anmerk. Alte Fischerneze, altes Tauwerk und Stride beim Ausgange über Preussische Seehäfen | 1 Zentr.

1 Zentr. | frei.

frei. | —

— | 3

10
(8) | —

— | frei.

— | —

— | 5

— | 15

— | |
| 25 | Material- und Specerei-, auch Conditor-Waaren und andere Consumtibilien:
a. Bier aller Art in Fässern, auch Meth in Fässern
b. Branntwein aller Art, auch Arrack, Rum, Franzbranntwein und versetzte Branntweine, desgleichen Hefe aller Art mit Ausnahme der Bier- und Weinhefe . .
c. Essig aller Art in Fässern
d. Bier und Essig, in Flaschen oder Krügen eingehend
e. Del, in Flaschen oder Krügen eingehend
f. Wein und Most, auch Cider
g. Butter
Anmerk. 1. Frische, ungesalzene Butter auf der Linie von Lindau bis Memmenhofen eingehend | 1 Zentr.

1 Zentr.

1 Zentr.

1 Zentr.

1 Zentr.

1 Zentr. | 2

8

1

8

8

8

3

— | 15
(12)

10
(8)

20
(16)

— | —

—

—

—

—

—

— | —

—

—

—

—

— | 4

14

2

14

14

14

6

1 | 22½

—*)

20

—

—

—

45 | —

—

—

—

—

—

— | 11 in Ueberfässern.

24 in Kisten, } für
16 in Körben, } Brannt-
} wein re.
} nur beim Eingange in
} Flaschen.
11 in Ueberfässern.

24 in Kisten.
16 in Körben.

24 in Kisten, } nur beim
16 in Körben, } Eingange in
} Flaschen.
11 in Ueberfässern.
16 in Fässern und
Töpfen. | |

*) Nach dem provisorischen Gesetze vom 19. Juli 1851 unterliegt Franzbranntwein bis auf weitere Bestimmung einem Eingangssteuern von 16 Rthlr. (28 fl.) pro Zentner.

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgabensätze | | | | | | | | Für
Tara
wird vergütet vom
Zentner Brutto-
Gewicht: | | | | |
|-----|--|-------------------------------|---|----------------|----------|----------------|------------------------------------|-----|----------|-----|---|--|--|--|---|
| | | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Einteilung
des Thalers
in 30stel und 24stel),
beim | | | | nach dem
24½-Gulden-Fuß
beim | | | | | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | | | | | |
| | | | Rthlr. | Ggr.
(gGr.) | Rthlr. | Ggr.
(gGr.) | fl. | kr. | fl. | kr. | | | | | |
| | Anmerkl. 2. Einzelne Stücke in Mengen von nicht mehr als 3 Pfd. werden zollfrei eingelassen, vorbehaltlich der im Falle eines Mißbrauchs drüßlich anzuordnenden Aufhebung oder Beschränkung dieser Begünstigung. | | | | | | | | | | | | | | Pfund. |
| | h. Fleisch, ausgeschlachtetes: frisches und zubereitetes; auch ungeschmolzenes Fett, Schinken, Speck, Würste; desgleichen großes Wild | 1 Zentr. | 2 | — | — | — | 3 | 30 | — | — | | | | | 16 in Fässern u. Risten.
9 in Körben.
6 in Ballen. |
| | i. Früchte (Südfrüchte), auch Blätter:
α. Frische Apfelsinen, Citronen, Limonen, Pommeranzen, Granaten und dergl.
Verlangt der Steuerpflichtige die Auszahlung, so zahlt er für 100 Stück ²⁰ / ₁₆ gGr. oder 1 fl. 10 kr.
Im Falle der Auszahlung bleiben verdorbene unversteuert, wenn sie in Gegenwart von Beamten weggeworfen werden.
β. Trockene und getrocknete Datteln, Feigen, Kastanien, Korinthen, Mandeln, Pfirsichkerne, Rosinen, Lorbeerblätter, Pommeranzen, Pommeranzenschalen u. dergleichen | 1 Zentr. | 2 | — | — | — | 3 | 30 | — | — | | | | | 20 in Fässern u. Risten.
13 in Körben.
6 in Ballen. |
| | β. Trockene und getrocknete Datteln, Feigen, Kastanien, Korinthen, Mandeln, Pfirsichkerne, Rosinen, Lorbeerblätter, Pommeranzen, Pommeranzenschalen u. dergleichen | 1 Zentr. | 4 | — | — | — | 7 | — | — | — | | | | | 13 in Fässern.
16 in Risten.
13 in Körben.
6 in Ballen. |
| | k. Gewürze, nämlich: Galgant, Ingber, Cardamomen, Cubeben, Muskatnüsse und Blumen (Nacis), Nelken, Pfeffer, Pfefferment, Safran, Sternanis, Vanille, Zimmt und Zimmt-Cassia, Zimmtblüthe | 1 Zentr. | 6 | 15
(12) | — | — | 11 | 22½ | — | — | | | | | 18 in Risten.
16 in Fässern.
13 in Körben.
4 in Ballen. |
| | l. Seringe | 1 Tonne. | 1 | — | — | — | 1 | 45 | — | — | | | | | |
| | m. Kaffee, roher, und Kaffee-Surrogate, in gleichen Kakao in Bohnen und Kakao-schalen | 1 Zentr. | 6 | 15 | — | — | 11 | 22½ | — | — | | | | | 13 in Fässern mit Datteln von Eichen- und anderem harten Holz und in Risten.
10 in anderen Fässern.
9 in Körben.
3 in Ballen od. Säcken. |

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgabenfüße | | | | | | | | Für
Tara
wird vergütet vom
Zentner Brutto-
Gewicht:

Pfund. | |
|-----|---|-------------------------------|---|--------------------------|------------|------------|-------------------------------------|------------|----------|---|--|--|
| | | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Einteilung
des Thalers
in 30stel und 24stel),
beim | | | | nach dem
24½-Gulden-Fuß,
beim | | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | | |
| | | | Rtbl.
Sgr.
(g Gr.) | Rtbl.
Sgr.
(g Gr.) | fl.
kr. | fl.
kr. | fl.
kr. | fl.
kr. | | | | |
| | n. Gebrannter Kaffee, ingleichen Kakaomasse, gemahlener Kakao, Chokolade und Chokolade-Surrogate | 1 Zentr. | 11 | — | — | — | 19 | 15 | — | — | 20 in Fässern u. Kisten.
13 in Körben.
6 in Ballen.
20 in Kisten von 1 Ztr. und darüber.
16 in Kisten unter 1 Zentner.
11 in Fässern u. Kübeln.
8 in Körben.
6 in Ballen. | |
| | o. Käse aller Art | 1 Zentr. | 3 | 20
(16) | — | — | 6 | 25 | — | — | | |
| | p. Konfituren, Zuckerwerk, Kuchenwerk aller Art; mit Zucker, Essig, Del oder sonst, namentlich alle in Flaschen, Büchsen und dergleichen eingemachte, eingedämpfte oder auch eingesalzene Früchte, Gewürze, Gemüse und andere Consumtibillen (Pilze, Trüffeln, Geflügel, Seethiere und dergl.); ferner Kaviar, Sago und Surrogate dieser Artikel, Sardellen in Del, Oliven, Kapern, Pasteten, zubereiteter Senf, Tafelbouillon, Saucen und andere ähnliche Gegenstände des feineren Tafelgenusses | 1 Zentr. | 11 | — | — | — | 19 | 15 | — | — | | 20 in Fässern u. Kisten.
13 in Körben.
6 in Ballen.

13 in Fässern, Kisten und Körben.
6 in Ballen. |
| | q. Kraftmehl, worunter Rubeln, Puder, Stärke mitbegriffen, desgleichen Mühlenfabrikate aus Getreide und Hülsenfrüchten, nämlich: geschrotete oder geschälte Körner, Graupe, Gries, Grüge, Mehl . . . | 1 Zentr. | 2 | — | — | — | 3 | 30 | — | — | | |
| | Anmerk. 1. Gewöhnliches Roggenmehl (Schwarz-
mehl) bei dem Eingange zu Lande
auf der sächsischen Grenzlinie gegen
Böhmen | 1 Zentr. | — | 7½
(6) | — | — | — | — | — | — | | |
| | 2. Gewöhnliches Roggenbrot bei dem
Eingange zu Lande auf derselben
Grenzlinie | 1 Zentr. | — | 5
(4) | — | — | — | — | — | — | | |
| | r. Muschel- oder Schalthiere aus der See, als: Austern, Hummern, ausgeschälte Muscheln, Schildkröten und dergleichen . | 1 Zentr. | 4 | — | — | — | 7 | — | — | — | | |

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgaben s ä t z e | | | | | | | | Für
Tara
wird vergütet vom
Zentner Brutto-
Gewicht: | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|----------|----------------------------|-------------------------------|--|----------------|------------------|----------------|-------------------------------------|------------|------------|------------|---|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|----|
| | | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Eintheilung
des Thalers
in 30stel und 24stel),
beim | | | | nach dem
24½-Gulden-Fuß,
beim | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | Rthlr.
(gGr.) | Egr.
(gGr.) | Rthlr.
(gGr.) | Egr.
(gGr.) | fl.
kr. | fl.
kr. | fl.
kr. | fl.
kr. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| s. Reis: | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | </ |

*) Die Zollsätze für Zucker und Syrup sind bis zum 1. September 1853 durch das provisorische Gesetz vom 28. Juni 1850 (Regierungsblatt Nr. XXXII.) bestimmt und betragen bis dahin vom

1. Zucker:

a. Brod- und Put-, Kandis-, Bruch- oder Lumpen- und weißer
gehoßener Zucker

b. Rohzucker und Farin (Zuckermehl)

c. Rohzucker für inländische Siedereien zum Raffiniren unter den
besonders vorzuschreibenden Bedingungen und Kontrollen .

2. Syrup

| Maßstab
der
Verzollung. | Eingangsabgabe. | | | |
|-------------------------------|-----------------|----------------|-----|-----|
| | Rthlr. | Egr.
(gGr.) | fl. | kr. |
| 1 Zentner. | 10 | — | 17 | 30 |
| 1 " | 8 | — | 14 | — |
| 1 " | 5 | — | 8 | 45 |
| 1 " | 4 | — | 7 | — |

14 in Fässern mit Dauben von Eichen-
und anderem harten Holze.
10 in anderen Fässern.
13 in Kisten.
7 in Körben.

13 in Fässern mit Dauben von Eichen-
und anderem harten Holze.
10 in anderen Fässern.
16 in Kisten von 8 Ztr. und darüber.
13 in Kisten unter 8 Zentner.
10 in außereuropäischen Rohrgestellen
(Cannasero, Cranjano).
7 in anderen Körben.
6 in Ballen.

11 in Fässern.

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgaben sätze | | | | | | | | Für
Tara
wird vergütet vom
Zentner Brutto-
Gewicht: |
|-----|--|-------------------------------|---|-----------------|--------------------|-----------------|------------------------------------|------|----------|-----|---|
| | | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Einteilung
des Thalers
in 30fl und 24fl),
beim | | | | nach dem
24½-Gulden-Fuß
beim | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | |
| | | | Rthlr.
(30 Gr.) | Ggr.
(8 Gr.) | Rthlr.
(30 Gr.) | Ggr.
(8 Gr.) | fl. | fr. | fl. | fr. | |
| 26 | Del, in Fässern eingehend | 1 Zentr. | 1 | 10
(8) | — | — | 2 | 20 | — | — | Pfund. |
| | Anmerl. 1. Baumöl, in Fässern eingehend, wenn
bei der Abfertigung auf den Zentner
ein Pfund Terpentinöl zugesetzt worden | 1 Zentr. | frei. | — | — | 5
(4) | frei. | — | — | 17½ | |
| | 2. Kokosnuß-, Palm-, Wallrath-Del trägt
die allgemeine Eingangsabgabe. | | | | | | | | | | |
| | 3. Sogenannte Delfischen, als Rück-
stände beim Delschlagen aus Lein,
Raps, Rübsamen u. s. w., ingleichen
Mehl aus solchen Kuchen und Rück-
ständen | 1 Zentr. | — | 1
(4/5) | — | — | — | 3½ | — | — | |
| 27 | Papier- und Pappwaaren: | | | | | | | | | | |
| | a. ungeleimtes ordinäres (grobes graues und
halbweißes) Druckpapier, auch grobes
(weißes und gefärbtes) Packpapier und
Pappdeckel | 1 Zentr. | 1 | — | — | — | 1 | 45 | — | — | |
| | b. geleimtes Papier; ungeleimtes feines;
buntes (mit Ausnahme der unter c. ge-
nannten Papiergattungen); lithographir-
tes, bedrucktes oder liniirtes, zu Rech-
nungen, Etiketten, Frachtbriefen, Devisen
u. s. w. vorgerichtetes Papier; ordinäre
Bilderbogen, dergleichen Malerpappe | 1 Zentr. | 5 | — | — | — | 8 | 45 | — | — | |
| | c. Gold- und Silberpapier; Papier mit
Gold- oder Silbermuster; durchgeschlage-
nes Papier; ingleichen Streifen von diesen
Papiergattungen | 1 Zentr. | 10 | — | — | — | 17 | 30 | — | — | 16 in Kisten.
6 in Ballen. |
| | Anmerl. Vom grauen Lösch- und Packpapier wird
die allgemeine Eingangsabgabe erhoben. | | | | | | | | | | |
| | d. Papiertapeten | 1 Zentr. | 10 | — | — | — | 17 | 30*) | — | — | |
| | e. Buchbinderarbeiten aus Papier und Pappe;
grobe lackirte Waaren aus diesen Stoffen,
auch Formerarbeit aus Steinpappe, Asphalt
oder ähnlichen Stoffen | 1 Zentr. | 10 | — | — | — | 17 | 30 | — | — | 16 in Kisten.
13 in Körben.
6 in Ballen. |

*) Nach dem provisorischen Gesetze vom 19. Juli 1851 unterliegen Papiertapeten bis auf weitere Bestimmung einem Eingangszolle von 20 Rthlr. (36 fl.) pro Zentner.

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgaben sätze | | | | | | | | Für
Tara
wird vergütet vom
Zentner Brutto-
Gewicht:

Pfund. |
|-----|---|-------------------------------|---|---------------|----------|---------------|------------------------------------|-----|----------|-----|--|
| | | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Einteilung
des Thalers
in 30stel und 24stel),
beim | | | | nach dem
24½-Gulden-Fuß
beim | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | |
| | | | Rthlr. | Sgr.
(gr.) | Rthlr. | Sgr.
(gr.) | fl. | kr. | fl. | kr. | |
| 28 | Pelzwerk (fertige Kürschnerarbeiten):

a. Ueberzogene Pelze, Mützen, Handschuhe;
gefütterte Decken, Pelzfutter und Besätze;
und dergleichen

b. Fertige, nicht überzogene Schafpelze, des-
gleichen weißgemachte und gefärbte, nicht
gefütterte Angora- und Schaffelle; un-
gefütterte Decken, Pelzfutter und Besätze | 1 Zentr. | 22 | — | — | — | 38 | 30 | — | — | 16 in Kässern.
20 in Kisten.
6 in Ballen. |
| | | 1 Zentr. | 6 | — | — | — | 10 | 30 | — | — | 13 in Kässern u. Kisten.
6 in Ballen. |
| 29 | Schießpulver | 1 Zentr. | 2 | — | — | — | 3 | 30 | — | — | 13 in Kässern. |
| 30 | Seide und Seidewaaren:

a. Gefärbte, auch weißgemachte Seide und
Floretseide:

1. Ungezwirnt
2. Gezwirnt; auch Zwirn aus roher
Seide, (Nähseide, Knopflochseide u. s. w.)

b. Seidene Zeug- und Strumpfwaren,
Tücher (Shawls), Blonden, Spitzen,
Petinet, Flor (Gaze), Posamentier-,
Knopfmacher-, Sticker- und Bugwaren,
Gespinnste und Treffenwaaren aus Me-
tallsäden und Seide, außer Verbindung
mit Eisen, Glas, Holz, Leder, Messing
und Stahl; ferner Gold- und Silber-
stoffe (echt oder unecht); Bänder, ganz
oder theilweise aus Seide; endlich obige
Waaren aus Floretseide (bourre de soie),
oder Seide und Floretseide

c. Alle obigen Waaren, in welchen außer
Seide und Floretseide auch andere Spinn-
materialien: Wolle oder andere Thier-
haare, Baumwolle, Leinen, einzeln oder
verbunden enthalten sind, mit Aus-
schluß der Gold- und Silberstoffe, so wie der
Bänder | 1 Zentr. | 8 | — | — | — | 14 | — | — | — | 16 in Kässern u. Kisten.
9 in Ballen. |
| | | 1 Zentr. | 11 | — | — | — | 19 | 15 | — | — | |
| | | 1 Zentr. | 110 | — | — | — | 192 | 30 | — | — | 22 in Kisten.
13 in Ballen. |
| | | 1 Zentr. | 55 | — | — | — | 96 | 15 | — | — | 20 in Kisten.
11 in Ballen. |

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgaben sätze | | | | | | | | Für
Tara
wird vergütet vom
Zentner Brutto-
Gewicht:

Pfund. | |
|-----|--|-------------------------------|--|----------------|------------------|----------------|------------------------------------|-----|----------|-----|---|---------------|
| | | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Eintheilung
des Thalers
in 30stel und 24stel),
beim | | | | nach dem
21½-Gulden-Fuß
beim | | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | | |
| | | | Rtblr.
(gGr.) | Sgr.
(gGr.) | Rtblr.
(gGr.) | Sgr.
(gGr.) | fl. | kr. | fl. | kr. | | |
| 31 | Seife: | | | | | | | | | | | |
| | a. Grüne, schwarze und andere Schmierseife | 1 Zentr. | 1 | — | — | — | 1 | 45 | — | — | 13 in Kisten.
6 in Ballen. | |
| | b. Gemeine weiße | 1 Zentr. | 3 | 10
(8) | — | — | 5 | 50 | — | — | | |
| | c. Feine in Täfeln, Kugeln, Büchsen,
Krügen, Töpfen u. f. w. | 1 Zentr. | 10 | — | — | — | 17 | 30 | — | — | | 16 in Kisten. |
| 32 | Spielfarten von jeder Gestalt und Größe,
in so fern sie in einzelnen Vereinsstaaten
zum Gebrauche im Lande eingeführt wer-
den dürfen, und unter Berücksichtigung
der besonderen Stempel- und Control-
vorschriften | 1 Zentr. | 10 | — | — | — | 17 | 30 | — | — | | |
| | Anmerk. Werden dergleichen zum Durchgange
angemeldet, so wird die Durchgangs-
abgabe erhoben. | | | | | | | | | | | |
| 33 | Steine: | | | | | | | | | | | |
| | a. Mühlsteine mit eisernen Reisen . . . | 1 Stück. | 3 | — | — | — | 5 | 15 | — | — | | |
| | b. Waaren aus Alabaster, Marmor und
Spießstein; ferner geschliffene echte und
unechte Steine, Perlen und Korallen
ohne Fassung | 1 Zentr. | 10 | — | — | — | 17 | 30 | — | — | 16 in Fässern u. Kisten. | |
| | Anmerk. Große Marmorarbeiten (Statuen,
Büsten und dergleichen), Flinten-
steine; feine Schleif- und Beßsteine;
auch Waaren aus Serpentinsteine
zahlen die allgemeine Eingangs-
abgabe. | | | | | | | | | | | |
| 34 | Steinkohlen | 1 Zentr. | — | 1¼
(1) | — | — | — | 4¼ | — | — | | |
| | Anmerk. 1. An der preussischen Seegränze und
auf der Elbe, dergleichen auf be-
sondere Erlaubnißscheine auf der
Besser oder Werra eingehend . . | 1 Zentr. | — | ⅓
(⅔) | — | — | — | — | — | — | | |
| | 2. An der badischen Grenze oberhalb
Rehl, dergleichen an der württem-
bergischen Grenze und an der
bayerischen Grenze rechts des Rheins
eingehend | 1 Zentr. | — | — | — | — | — | 1 | — | — | | |
| 35 | Stroh-, Rohr- und Bastwaaren: | | | | | | | | | | | |
| | a. Matten und Fußdecken von Bast, Stroh
und Schilf, ordinäre: | | | | | | | | | | | |

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgabensätze | | | | | | | | Für
Tara
wird vergütet vom
Zentner Brutto-
Gewicht :

Pfund. |
|-----|---|-------------------------------|---|----------------|----------|----------------|-------------------------------------|-----|----------|-----|---|
| | | | nach dem
14-Thaler Fuß
(mit der Einteilung
des Thalers
in 30stel und 24stel),
beim | | | | nach dem
24½-Gulden-Fuß,
beim | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | |
| | | | Rthlr. | Sgr.
(gGr.) | Rthlr. | Sgr.
(gGr.) | fl. | kr. | fl. | kr. | |
| | 1. ungefärbt | 1 Zentr. | — | 5
(4) | — | — | — | 17½ | — | — | 16 in Fässern u. Kisten.
6 in Ballen. |
| | 2. gefärbt | 1 Zentr. | 3 | — | — | — | 5 | 15 | — | — | |
| | b. Stroh- und Bastgeflechte, Decken von
ungespaltene Stroh, Span- und Rohr-
hüte ohne Garnitur | 1 Zentr. | 10 | — | — | — | 17 | 30 | — | — | 20 in Kisten.
9 in Ballen. |
| | c. Bast- und Stroh Hüte ohne Unterschied | 1 Zentr. | 50 | — | — | — | 87 | 30 | — | — | |
| 36 | Talg (eingeschmolzenes Thierfett) und
Stearin | 1 Zentr. | 3 | — | — | — | 5 | 15 | — | — | 13 in Fässern u. Kisten. |
| 37 | Theer (Mineraltheer und anderer), Dag-
gert, Pech | 1 Zentr. | — | 5
(4) | — | — | — | 17½ | — | — | |
| 38 | Töpferthon und Töpferwaaren :
a. Töpferthon für Porzellanfabriken (Por-
zellanerde) | 1 Zentr. | frei | — | — | 15
(12) | frei. | — | — | 52½ | |
| | Anmerk. An der bayerischen Grenze bei Passau
ist Porzellanerde auch beim Ausgange
frei. | | | | | | | | | | |
| | b. Gemeine Töpferwaaren, Fliesen, Schmelz-
ziegel | 1 Zentr. | — | 10
(8) | — | — | — | 35 | — | — | |
| | c. Einfarbiges oder weißes Fayence oder
Steingut, irdene Pfeifen | 1 Zentr. | 5 | — | — | — | 8 | 45 | — | — | |
| | d. Bemaltes, bedrucktes, vergoldetes oder
versilbertes Fayence oder Steingut | 1 Zentr. | 10 | — | — | — | 17 | 30 | — | — | |
| | e. Porzellan, weißes | 1 Zentr. | 10 | — | — | — | 17 | 30 | — | — | |
| | f. Porzellan, farbiges, und weißes mit
farbigen Streifen, auch dergleichen mit
Malerei oder Vergoldung | 1 Zentr. | 25 | — | — | — | 43 | 45 | — | — | 22 in Kisten.
13 in Körben. |
| | g. Fayence, Steingut und anderes Erd-
geschirr, auch weißes Porzellan und Email
in Verbindung mit unedlen Metallen | 1 Zentr. | 10 | — | — | — | 17 | 30 | — | — | |
| | h. Dergleichen in Verbindung mit Gold,
Silber, Platina, Semilor und anderen
feinen Metallgemischen, ingleichen alles
übrige Porzellan in Verbindung mit edlen
oder unedlen Metallen | 1 Zentr. | 50 | — | — | — | 87 | 30 | — | — | |

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgabensätze | | | | | | | | für
Tara
wird vergütet vom
Zentner Brutto-
Gewicht:

Pfund. | |
|-----|---|-------------------------------|--|----------------|----------|----------------|------------------------------------|-----|----------|-----|---|--|
| | | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Eintheilung
des Thalers
in 30stel und 24stel),
beim | | | | nach dem
24½-Gulden-Fuß
beim | | | | | |
| | | | Eingang. | | Ausgang. | | Eingang. | | Ausgang. | | | |
| | | | Rthlr. | Ggr.
(gGr.) | Rthlr. | Ggr.
(gGr.) | fl. | fr. | fl. | fr. | | |
| 39 | Vieh: | | | | | | | | | | | |
| | a. Pferde, Maulesel, Maulthiere, Esel . . . | 1 Stück. | 1 | 10
(8) | — | — | 2 | 20 | — | — | | |
| | b. Rindvieh: | | | | | | | | | | | |
| | 1. Ochsen und Zuchstiere | 1 Stück. | 5 | — | — | — | 8 | 45 | — | — | | |
| | 2. Kühe | 1 Stück. | 3 | — | — | — | 5 | 15 | — | — | | |
| | 3. Jungvieh | 1 Stück. | 2 | — | — | — | 3 | 30 | — | — | | |
| | 4. Kälber | 1 Stück. | — | 5
(4) | — | — | — | 17½ | — | — | | |
| | c. Schweine: | | | | | | | | | | | |
| | 1. gemästete | 1 Stück. | 1 | — | — | — | 1 | 45 | — | — | | |
| | 2. magere | 1 Stück. | — | 20
(16) | — | — | 1 | 10 | — | — | | |
| | 3. Spanferkel | 1 Stück. | — | 5
(4) | — | — | — | 17½ | — | — | | |
| | d. Hammel | 1 Stück. | — | 15
(12) | — | — | — | 52½ | — | — | | |
| | e. Anderes Schafvieh und Ziegen . . . | 1 Stück. | — | 5
(4) | — | — | — | 17½ | — | — | | |
| | Anmerk. 1. Pferde und andere vorgenannte Thiere sind zollfrei, wenn aus dem Gebrauche, der von ihnen beim Eingange gemacht wird, überzeugend hervorgeht, daß sie als Zug- oder Lastthiere zum Angespänn eines Reise- oder Frachtwagens gehören, oder zum Waarentragen dienen, oder die Pferde von Reisenden zu ihrem Fortkommen geritten werden müssen.
Fohlen, welche der Mutter folgen, gehen frei ein. | | | | | | | | | | | |
| | 2. Auf der Grenzlinie von Oberwiesenthal in Sachsen bis Schusterinsel in Baden werden zu folgenden ermäßigten Sätzen eingelassen: | | | | | | | | | | | |
| | a. magere Ochsen | 1 Stück. | 1 | 10
(8) | — | — | 2 | 20 | — | — | | |
| | b. Zuchstiere und Kühe | 1 Stück. | 1 | — | — | — | 1 | 45 | — | — | | |
| | c. Jungvieh | 1 Stück. | — | 20
(16) | — | — | 1 | 10 | — | — | | |

| Benennung der Gegenstände. | Maßstab
der
Verzollung. | Abgabensätze | | | | | | | | Für
Tara
wird vergütet vom
Zentner Brutto-
Gewicht:

Pfund. |
|---|-------------------------------|--|----------------|---------|----------------|---|-----|---------|-----|---|
| | | nach dem
14-Thaler-Fuß
(mit der Eintheilung
des Thalers
in 30stel und 24stel),
beim | | | | nach dem
24½-Gulden-Fuß,

beim | | | | |
| | | Eingang. | | Ausgang | | Eingang. | | Ausgang | | |
| | | Rthlr. | Sgr.
(gGr.) | Rthlr. | Sgr.
(gGr.) | fl. | kr. | fl. | kr. | |
| Wachsleinwand, Wachsmouffelin, Wachstafft: | | | | | | | | | | |
| a. Grobe unbedruckte Wachsleinwand . . . | 1 Zentr. | 2 | — | — | — | 3 | 30 | — | — | 13 in Rissen.
9 in Körben.
6 in Ballen. |
| b. Alle anderen Gattungen, ingleichen Wachsmouffelin und Malertuch | 1 Zentr. | 5 | — | — | — | 8 | 45 | — | — | |
| c. Wachstafft | 1 Zentr. | 11 | — | — | — | 19 | 15 | — | — | |
| Wolle und Wollenwaaren: | | | | | | | | | | |
| a. Schafwolle, rohe und gekämmte . . . | 1 Zentr. | frei. | — | 2 | — | frei. | — | 3 | 30 | |
| b. Weißes drei- oder mehrfach gezwirntes wollenes und Kameelgarn, auch Garn aus Wolle und Seide; desgleichen alles gefärbte Garn | 1 Zentr. | 8 | — | — | — | 14 | — | — | — | 16 in Fässern u. Rissen.
6 in Ballen. |
| c. Waaren aus Wolle (einschließlich anderer Thierhaare) allein oder in Verbindung mit anderen, nicht seidenen Spinnmaterialien gefertigt: | | | | | | | | | | |
| 1. bedruckte Waaren aller Art; ungewalkte Waaren (ganz oder theilweise aus Kammgarn), wenn sie gemustert (d. h. faconnirt gewebt, gestickt oder brochirt) sind; Umschlagetücher mit angenähten gemusterten Ranten; Posamentier-, Knopfmacher- und Stickereywaaren, außer Verbindung mit Eisen, Glas, Holz, Leder, Messing und Stahl . . | 1 Zentr. | 50 | — | — | — | 87 | 30 | — | — | 20 in Rissen.
7 in Ballen. |
| 2. gewalkte unbedruckte Tuch-, Zeug- und Filzwaaren; Strumpfsaaren aller Art; so wie alle ungewalkte ungemusterte Waaren | 1 Zentr. | 30 | — | — | — | 52 | 30 | — | — | |
| 3. Fußteppiche | 1 Zentr. | 20 | — | — | — | 35 | — | — | — | |
| Anmerk. 1. Gerberwolle kann von Gewerbetreibenden, welche die Felle gebrauchen, auf besondere Erlaubniß und unter Kontrolle gegen den Zollsaß von ½ Rthlr. (52½ kr.) ausgeführt werden.
2. Einfaches und doubirtes ungefärbtes Wollengarn, so wie Deltücher aus | | | | | | | | | | |

Dritte Abtheilung.

Von den Abgaben, welche zu entrichten sind, wenn Gegenstände zur Durchfuhr
• angemeldet werden.

1. Die in der ersten Abtheilung des Tarifes benannten Gegenstände bleiben auch bei der Durchfuhr in der Regel abgabenfrei.
2. Von Gegenständen, welche nach der zweiten Abtheilung des Tarifes beim Eingange oder Ausgange, oder in beiden Fällen zusammen genommen, mit weniger als 10 Sgr. oder 35 Kreuzer vom Zentner, oder nach Maß oder Stückzahl belegt sind, ist in der Regel als Durchgangsabgabe der Betrag jener Eingangs- und Ausgangsabgaben zu entrichten.
3. Für Gegenstände, bei welchen die Eingangs- oder Ausgangsabgabe, oder beide zusammen, 10 Sgr. oder 35 fr. vom Zentner erreichen oder übersteigen, wird in der Regel nur jener Satz von 10 Sgr. oder 35 Kreuzer vom Zentner, sodann:

| | | | |
|---|-----------------------|-----|--------|
| a) von Pferden, Maulseeln, Maulthieren, Eseln vom Stück | 1 ½ Rthlr. oder 2 fl. | 20 | fr. |
| b) „ Ochsen und Zuchtstieren | „ „ 1 | „ 1 | „ 45 |
| c) „ Kühen und Jungvieh | „ „ ½ | „ — | „ 52 ½ |
| d) „ Schweinen und Schafvieh | „ „ ¼ | „ — | „ 17 ½ |
| e) „ Heringen für die Lonne, auch beim Durch- | | | |
| gange auf den im II. Abschnitt genannten | | | |
| Straßen | 3 Sgr. 9 Pf. | „ — | „ 13 |

 als Durchgangsabgabe entrichtet.
4. Für den Transit auf gewissen Straßen oder für gewisse Gegenstände sind ausnahmsweise höhere oder geringere Sätze festgestellt.
Diese Ausnahmen sind folgende:

I. A b s c h n i t t.

Bei der Durchfuhr von Waaren, welche

- A. rechts der Oder seewärts oder landwärts über die Grenzlinien von Memel bis Myslowitz (die Eisenbahnstraße über Myslowitz ausgeschlossen) ein- und über irgend welchen Theil der Vereinszollgränze wieder ausgehen; desgleichen welche
- B. durch die Odermündungen oder links der Oder eingehen, und rechts der Oder seewärts oder landwärts über die Grenzlinien von Memel bis Myslowitz (die Eisenbahnstraße über Myslowitz ausgeschlossen) wieder ausgehen; und endlich, welche
- C. auf der Eisenbahn über Myslowitz ein- und rechts der Oder wieder ausgehen, ist zu erheben:

| | Vom Zentner. | | | |
|--|--------------|----------------|-----|----------|
| | Rthlr. | Sgr.
(Sgr.) | fl. | kr. |
| 1. Von baumwollenen Stuhlwaaren (zweite Abtheilung Art. 2. c.); feinen Blei-, Bürstenbinder-, Eisen-, Glas- und Holzwaaren (3. c.) (4. b.) (6. f. 3.) (10. e.) (12. f.); ferner von Pappwaaren, feiner Seife, feinen Steinwaaren, feinen Strohgeflechten, Porzellanwaaren und feinen Zinnwaaren (27. e.) (31. c.) (33. b.) (35 b. und c.) (38. g. und h.) (43. b.); neuen Kleidern (18.); kurzen Waaren (20); gebleichter, gefärbter oder gedruckter Leinwand und andern leinenen Stuhlwaaren (22. f. g. und h.); Seide, seidenen und halbselbener Waaren (30.); wollenen Zeug- und Strumpf-, Luch- und Filzwaaren (41. a.): | | | | |
| a) in so fern die Ausfuhr durch die Ostseehäfen geschieht | 4 | — | 7 | — |
| b) auf anderem Wege | 2 | — | 3 | 30 |
| 2. Von Baumwollengarn (2. b.) und gefärbtem Wollengarn (41. b.) . . . | 2 | — | 3 | 30 |
| 3. Von raffinirtem Zucker | 1 | 10
(8) | 2 | 20 |
| 4. Von Kupfer und Messing und daraus gefertigten Waaren (19.); Gewürzen (25. k.); Kaffee (25. m. und n.); Tabacksfabrikaten (25. v. 2.); Schafwolle (41. a.) | 1 | — | 1 | 45 |
| 5. Von rohem Zucker und Farin | — | 20
(16) | 1 | 10 |
| 6. Von Kolophonium (5. e. 2.); außereuropäischen Tischlerhölzern (5. e. 3.); Schmalte, Soda (Mineral-Alkali) (5 g.); Schwefelsäure (5. k.); Muschel- oder Schalthieren aus der See (25. r.); getrockneten, geräucherten oder gesalzenen Fischen, Seringe ausgenommen; Salmiak, Spießglanz (Antimonium), Thran | — | 10
(8) | — | 35 |
| 7. Von grünem Eisenvitriol (5. d.); Mennige (5. g.); natürlichem Mineralwasser in Flaschen und Krügen (5. h.); Thalg (36); rohem Agatstein und großen Marmorarbeiten, als: Statuen, Büsten, Kaminen | — | 5
(4) | — | 17½ |
| 8. Von Salz (25. t.); wenn solches durch die Häfen von Danzig, Memel und über Pillau eingeführt wird, zum Bedarf der Königlich Polnischen Salzadministration unter Kontrolle der Königlich Preussischen Salzadministration, von der Preussischen Last | | | | 3 Rthlr. |
| 9. Von Weizen und andern unter Nr. 10 nicht besonders genannten Getreidearten, desgleichen von Hülsenfrüchten, als: Bohnen, Erbsen, Linsen, Wicken, auf der Weichsel, dem Niemen und der Warthe eingehend und durch die Häfen von Danzig und Memel, auch über Elbing und Königsberg über Pillau, so wie über Stettin ausgehend, vom Preussischen Scheffel | | | | 2 Sgr. |
| 10. Von Roggen, Gerste und Hafer, auf denselben Strömen ein- und über die vorgenannten Häfen ausgehend, vom Preussischen Scheffel | | | | ½ Sgr. |

II. Abschnitt.

Bei der Durchfuhr durch nachgenannte Theile des Vereinsgebietes oder auf nachgenannten Straßen wird von den beim Ein- und Ausgange höher belegten Gegenständen an Durchgangsabgabe nur erhoben:

A. Von Waaren, welche durch die Odermündungen oder links der Oder, oder auf der Straße über Neu-Berun, oder endlich auf der Eisenbahn über Myslowitz ein- und links der Oder oder auf der

Straße über Neu-Berun, oder auf der Eisenbahn über Myslowitz, oder endlich durch die Odermündungen wieder ausgehen (mit Ausschluß der Durchfuhr auf den nachstehend unter B und C bezeichneten Straßenzügen), vom Zentner 5 Sgr. oder 17½ fr.

B. Von Waaren, welche

1. über die südliche Grenzlinie von Saarbrücken bis zur Donau (beide eingeschlossen) ein- und wieder ausgehen; ingleichen, welche
2. rheinwärts eingeführt, aus den Häfen zu Mainz und Biebrich oder oberhalb gelegenen Rheinhäfen, aus Mainhäfen oder aus Neckarhäfen über die Grenzlinie von Mittenwald bis zur Donau (diese eingeschlossen) wieder ausgehen, und umgekehrt; ferner, welche
3. über die Grenzlinie von Schusterinsel in Baden bis Waidhaus in Bayern (beide Orte eingeschlossen) ein- und wieder ausgehen, vom Zentner 2½ Sgr. oder 8¼ fr.

C. Von Waaren, welche rheinwärts eingeführt, aus den Häfen zu Mainz und Biebrich oder aus oberhalb gelegenen Rheinhäfen über die Grenzlinie von Saarbrücken bis Neuburg a. R. (beide Orte eingeschlossen) wieder ausgehen, oder umgekehrt, vom Zentner . . . 1¼ Sgr. oder 4¼ fr.

D. Von Vieh, welches auf den vorstehend unter B und C bezeichneten Straßen durchgeführt wird, so wie von demjenigen, welches

1. auf der linken Rheinseite ein- und wieder ausgeht, und
2. auf der linken Rheinseite nördlich von Saarbrücken eingeht und über die südliche Grenzlinie zwischen Neuburg am Rhein und Mittenwald in Bayern (diesen Ort eingeschlossen) wieder ausgeht, oder umgekehrt,

und zwar:

| | |
|---|--|
| von Pferden, Maulthieren, Eseln, Ochsen und Zuchstieren, Kühen und Jungvieh | ^{vom Stück} ¾ Sgr. oder 3 fr. |
| von Säugefüllen, Schweinen und Schafvieh | ½ Sgr. oder 1 fr. |

III. Abschnitt.

Bei der Durchfuhr auf Straßen, welche das Vereinsgebiet auf kurzen Strecken durchschneiden und für welche die örtlichen Verhältnisse eine weitere Ermäßigung der Durchgangsgebühren oder deren Verwandelung in eine nach Pferdebeladungen zu entrichtende Kontrol-Gebühr erfordern, werden die obersten Finanzbehörden der theilhaftigen Regierungen solche Ermäßigungen anordnen und zur allgemeinen Kunde bringen lassen.

Vierte Abtheilung.

Hinsichts der Schifffahrtsabgaben bei dem Transport von Waaren auf der Elbe, der Weser, dem Rhein und dessen Nebenflüssen (Mosel, Main und Neckar), bewendet es im Allgemeinen bei den in der Wiener Kongreß-Akte enthaltenen Bestimmungen, oder den, auf den Grund derselben über die Schifffahrt auf einzelnen dieser Ströme bereits abgeschlossenen Uebereinkünften.

Fünfte Abtheilung.

Allgemeine Bestimmungen.

I. Der Ein-, Aus- und Durchgangszoll wird nach denjenigen Tariffätzen und Vorschriften entrichtet, welche an dem Tage gültig sind, an welchem:

1. die zum Eingange bestimmten Waaren bei der kompetenten Zollstelle zur Verzollung oder zur Abfertigung auf Begleitschein II.,
2. die zum Ausgange bestimmten ausgangszollpflichtigen Waaren bei einer zur Erhebung des Ausgangszolles befugten Abfertigungsstelle,
3. die zum Durchgange bestimmten Waaren:
 - a) im Falle der unmittelbaren Durchfuhr, bei dem Grenzeingangsamte zur Durchfuhr,
 - b) im Falle der mittelbaren Durchfuhr, bei dem Niederlageamte zur Versendung nach dem Auslande

angemeldet und zur Abfertigung gestellt werden.

II. Der dem Tarife zu Grunde liegende, mit den in den Großherzogthümern Baden und Hessen allgemein eingeführten Gewichten übereinstimmende Zentner, der Zoll-Zentner, ist in hundert Pfunde getheilt, und es sind von diesen

Zoll-Pfunden:

- $935^{422}_{1000} = 1000$ Preussischen (Kurheffischen) Pfunden,
 $1120 = 1000$ Bayerischen Pfunden,
 $2000 = 1000$ Rheinbayerischen Kilogrammen,
 $935^{422}_{1000} = 1000$ Württembergischen Pfunden,
 $933^{773}_{1000} = 1000$ Sächsischen (Dresdener) Pfunden.

Demnach sind gleich zu achten:

Zoll-Pfunde:

- $14 = 15$ Preussischen (Kurheffischen) Pfunden,
 $28 = 25$ Bayerischen Pfunden,
 $2 = 1$ Rheinbayerischen Kilogramm,
 $14 = 15$ Württembergischen Pfunden,
 $14 = 15$ Sächsischen (Dresdener) Pfunden;

und

Zoll-Zentner:

- $36 = 35$ Preussischen (Kurheffischen) Zentnern zu 110 Pfunden,
 $28 = 25$ Bayerischen Zentnern zu 100 Pfunden,
 $2 = 1$ Rheinbayerischen Quintal zu 100 Kilogrammen,
 $36 = 37$ Württembergischen Zentnern zu 104 Pfunden,
 $36 = 35$ Sächsischen (Dresdener) Zentnern zu 110 Pfunden.

III. Werden Waaren unter Begleitschein-Kontrolle versandt, oder bedarf es zum Waarenverschlusse der Anlegung von Bleien, so wird erhoben:

für einen Begleitschein 2 Sgr. ($1\frac{1}{2}$ gGr.) oder 7 fr.

für ein angelegtes Blei 1 Sgr. ($\frac{3}{4}$ gGr.) oder $3\frac{1}{2}$ fr.

Wegen der Meßgebühren (Meßunkosten) ist das Nöthige in den Meßordnungen enthalten. Andere Nebenerhebungen sind unzulässig.

IV. a) Die Zölle werden entweder nach dem Brutto-Gewichte, oder nach dem Netto-Gewichte erhoben.

Unter Brutto-Gewicht wird das Gewicht der Waare in völlig verpacktem Zustande, mithin in ihrer gewöhnlichen Umgebung für die Aufbewahrung und mit ihrer besonderen für den Transport verstanden.

Das Gewicht der für den Transport nöthigen besondern äußern Umgebung wird Tara genannt.

Ist die Umgebung für den Transport und für die Aufbewahrung nothwendig ein und dieselbe, wie es z. B. bei Syrup u. s. w. die gewöhnlichen Fässer sind, so ist das Gewicht dieser Umgebung die Tara.

Das Netto-Gewicht ist das Gewicht nach Abzug der Tara. Die kleineren, zur unmittelbaren Sicherung der Waaren nöthigen Umschließungen (Flaschen, Papier, Pappen, Bindfaden und dergl.) werden bei Ermittlung des Netto-Gewichtes nicht in Abzug gebracht; eben so wenig Unreinigkeiten und fremde Bestandtheile, welche der Waare beigemischt sein möchten.

b) Die Zölle werden vom Brutto-Gewichte erhoben:

1. von allen verpackt transitirenden Gegenständen;
2. von den im Lande verbleibenden, wenn die Abgabe einen Thaler oder einen Gulden und fünf und vierzig Kreuzer vom Zentner nicht übersteigt;
3. von andern Waaren, wenn nicht eine Vergütung für Tara im Tarife ausdrücklich festgesetzt ist.

c) Von allen Gegenständen, von welchen nach vorstehender Bestimmung der Zoll nicht nach dem Brutto-Gewichte zu erheben ist, wird das Netto-Gewicht der Verzollung zu Grunde gelegt.

d) Bei Bestimmung dieses Netto-Gewichtes ist Folgendes zu beobachten:

1. In der Regel wird die Vergütung für Tara nach den im Zolltarife bestimmten Sätzen berechnet.
2. Gehen Waaren, für welche eine Tara-Vergütung zugestanden ist, bloß in einfache Säcke von Pack- oder Sackleinen, in Schilf- oder Strohmatte oder ähnlichem Material gepackt ein, so können 4 Pfund vom Zoll-Zentner für Tara gerechnet werden.

Unter den im Tarife mit einem höheren Tarifsatz als 4 Pfund aufgeführten Ballen wird in der Regel eine doppelte Umschließung von dem für einfache Säcke bezeichneten Material verstanden. Auf einfache Emballage ist diese höhere Tara für Ballen nur dann anwendbar, wenn das dazu verwandte Material nach dem Ermessen der Zollbehörde erheblich schwerer als bei Säcken ins Gewicht fällt.

Bei Waaren, für welche der Tarif eine 4 Pfund übersteigende Tara für Ballen vorschreibt, ist es, wenn Ballen von einem Brutto-Gewichte über 8 Zentner zur Verzollung angemeldet werden, der Wahl des Zollpflichtigen überlassen, entweder sich mit der Tara-vergütung für 8 Zentner zu begnügen, oder auf Ermittlung des Netto-Gewichtes durch Verwiegung anzutragen.

Bei baumwollenen und wollenen Geweben (Tarif, Abth. II. 2. c. und 41. c.) findet diese Bestimmung schon Anwendung, wenn Ballen von einem Brutto-Gewichte

über 6 Zentner angemeldet werden, dergestalt, daß dabei nur von 6 Zentnern eine Tara bewilligt wird.

3. Es ist der Wahl des Zollpflichtigen überlassen, ob er bei Gegenständen, deren Verzollung nach dem Netto-Gewichte Statt findet, den Tara-Tarif gelten, oder das Netto-Gewicht entweder durch Verwiegung der Waaren ohne die Tara, oder der letzteren allein, ermitteln lassen will.

Bei Flüssigkeiten und andern Gegenständen, deren Netto-Gewicht nicht ohne Unbequemlichkeit ermittelt werden kann, weil ihre Umgebung für den Transport und die Aufbewahrung dieselbe ist, wird die Tara nach dem Tarife berechnet, und der Zollpflichtige hat kein Widerspruchs-Recht gegen Anwendung desselben.

4. In Fällen, wo eine von der gewöhnlichen abweichende Verpackungsart der Waare und eine erhebliche Entfernung von dem in dem Tarife angenommenen Tarafaze bemerkbar wird, ist auch die Zollbehörde befugt, die Netto-Verwiegung eintreten zu lassen.

- e) Wo bei der Waarendurchfuhr auf kurzen Straßenstrecken (Dritte Abtheilung, Abschnitt III.) geringere Zollsätze stattfinden, kann, auch wenn sonst die Abschätzung des Gewichts nachgelassen wird, mit Vorbehalt der speziellen Verwiegung, im Ganzen berechnet werden:

die Traglast eines Lastthieres zu drei Zentner,

die Ladung eines Schubkarrens zu zwei Zentner,

„ „ „ einspännigen Fuhrwerks zu fünfzehn Zentner,

„ „ „ zweispännigen „ zu vier und zwanzig Zentner,

und für jedes weiter vorgespannte Stück Zugvieh zwölf Zentner mehr.

- V. Bei den aus gemischten nicht seidenhaltigen Gespinnsten gefertigten Waaren muß bei der Deklaration auf das darin vorhandene Material, in so fern dasselbe zu der eigentlichen Waare gehört, Rücksicht genommen und es müssen aus Baumwolle und Leinen u., ohne Beimischung von Wolle, gefertigte Waaren nach ihren Urstoffen oder als baumwollene Waaren deklarirt werden. Besteht eine Waare aus Seide oder Floretseide in Verbindung mit andern Gespinnsten aus Baumwolle, Leinen oder Wolle, so genügt die Deklaration als halbseidene Waare. Die gewöhnlichen Weberkanten (Anschroten, Saumleisten, Saalband, Lisière) an den Zeugwaaren bleiben dabei und bei der Zollklassifikation außer Betracht.

- VI. Sind in einem und demselben Kollo Waaren zusammengepackt, welche verschiedenen Zollsätzen unterliegen, so muß bei der Deklaration zugleich die Menge einer jeden Waarengattung nach ihrem Netto-Gewichte angegeben werden.

Geschieht dies nicht, so muß entweder der Inhaber der Waaren dieselben Behufs der speziellen Revision beim Grenzzollamte auspacken, oder es wird, Falls er das letztere, ungeachtet der ihm über die Folgen der Unterlassung gemachten Eröffnung, ablehnt und seine diesfällige Erklärung in den Begleitschein amtlich aufgenommen worden, im Bestimmungsorte von dem ganzen Gewichte des Kollo der Abgabensatz erhoben, welcher von der am höchsten besteuerten Waare, die darin enthalten, zu erlegen ist. Ausgenommen hiervon sind: Glas, Glaswaaren, Instrumente, Porzellan, Steingut und kurze Waaren, so wie alle sprachgebräuchlich zu den kurzen Waaren (Mercerie) gehörigen, im Tarife nicht als solche bezeichneten, sondern unter andern Nummern aufgeführten Gegenstände, wenn die Beschaffenheit der Emballage solcher Waaren einen ganz zuverlässigen Verschuß gestattet.

VII. Die Deklaration der sprachgebräuchlich zu den kurzen Waaren (Mercerie) gehörigen, Tarife nicht als solche bezeichneten, sondern unter andern Nummern aufgeführten Gegenstände „Kurze Waaren“ (Tarif, Abtheilung II. Nr. 20) soll nicht die Verzollung derselben nach der höheren Tariffaze für kurze Waaren zur Folge haben, sondern es soll die Abgaben-Entrichtung nach dem Revisionsbefunde zulässig bleiben, wenn der Zollpflichtige vor der Revision auf specielle Ermittelung anträgt.

VIII. a) Von Waaren, welche zum Durchgange bestimmt sind, wird:

1. sofern dieselben zu einer Niederlage (Pachhof, Hallamt) deklarirt werden, die Durchgangsabgabe erst bei dem weitem Transport von der Niederlage erhoben;
2. sofern dieselben zum unmittelbaren Durchgang deklarirt werden, erfolgt die Entrichtung der Durchgangsabgabe in der Regel gleich beim Eingangsamte, wo nicht aus örtlichen Rücksichten Ausnahmen angeordnet, oder, bei veränderter Richtung des Waarenzugs Nacherhebungen beim Ausgangs- oder Pachhofsamte nöthig werden.

b) Von Waaren, welche keine höhere Abgabe beim Eingange tragen, als die allgemeine Eingangsabgabe ($\frac{1}{2}$ Thaler oder $52\frac{1}{2}$ Kreuzer vom Zentner), und nach der dritten Abtheilung beim Durchgange nicht mit einer geringern Abgabe belegt sind, als an Eingangsabgabe oder Ausgangsabgabe, oder an beiden zusammen genommen davon zu entrichten sein würde, müssen die Gefälle gleich beim Eingangsamte erlegt werden, vorbehaltlich örtlicher Ausnahmen wie bei a. 2.

c) Waaren dagegen, welche höher belegt, oder nicht unter vorstehender Ausnahme begriffen und nach einem Orte, wo sich ein Haupt-Zoll- oder Haupt-Steueramt oder eine andere kompetente Hebestelle befindet, adressirt sind, können unter Begleitschein-Kontrolle von den Grenzämtern dorthin abgelassen und es können daselbst die Gefälle davon entrichtet werden. An solchen Orten, wo Niederlagen befindlich sind, erfolgt sodann die Gefälle-Entrichtung erst, wenn die Waaren aus der Niederlage entnommen werden sollen.

IX. a) Bei Nebenzollämtern erster Klasse können Gegenstände, von welchen die Gefälle nicht über fünf Thaler oder $8\frac{3}{4}$ Gulden vom Zentner betragen, in unbeschränkter Menge eingehen. Höher belegte Gegenstände dürfen nur dann über solche Ämter eingeführt werden, wenn die Gefälle von dergleichen auf einmal eingehenden Waaren den Betrag von fünfzig Thalern oder $87\frac{1}{2}$ Gulden nicht übersteigen.

Den Ausgangszoll können Nebenzollämter erster Klasse ohne Beschränkung hinsichtlich des Betrags erheben.

b) Bei Nebenzollämtern zweiter Klasse kann Getreide in unbeschränkter Menge eingehen.

Waaren, welche mit geringeren Sätzen als sechs Thalern oder $10\frac{1}{2}$ Gulden vom Zentner belegt sind, und Vieh dürfen über Nebenzollämter zweiter Klasse in Mengen eingeführt werden, von welchen die Gefälle für die ganze Waarenladung oder den ganzen Vieh-Transport den Betrag von zehn Thalern oder $17\frac{1}{2}$ Gulden nicht übersteigen.

Der Eingang von höher belegten Gegenständen ist aber nur in Mengen von höchstens zehn Pfund im Einzelnen über solche Nebenzollämter zulässig, mit der Maßgabe, daß auch die Gefälle von den in einem Transport eingehenden Waaren solcher Art den Betrag von zehn Thalern oder $17\frac{1}{2}$ Gulden nicht übersteigen dürfen.

Den Ausgangszoll können Nebenzollämter zweiter Klasse bis zum Betrage von zehn Thalern oder 17 1/2 Gulden erheben.

- c) In so weit Nebenzollämter von der betreffenden obersten Finanzbehörde erweiterte Abfertigungs-Befugnisse erhalten, werden darüber geeignete Bekanntmachungen ergehen.

Die Gefälle müssen bei den Nebenzollämtern sogleich erlegt werden, in so fern dieselben nicht ausnahmsweise zur Ertheilung von Begleitscheinen ermächtigt werden.

X. Es bleiben bei der Abgabenerhebung außer Betracht und werden nicht versteuert: alle Waaren-Quantitäten unter 1/1000 des Zentners. — Gefällbeträge von weniger als sechs Silberpfennigen oder einem Kreuzer werden überhaupt nicht erhoben. In beiderlei Beziehungen bleiben im Falle des Mißbrauchs örtliche Beschränkungen vorbehalten.

XI. Hinsichtlich des Verhältnisses, nach welchem die Gold- und Silbermünzen der sämtlichen Vereinsstaaten — mit Ausnahme der Scheidemünze — bei Entrichtung der Eingangszoll-, Ausgangszoll- und Durchgangszoll-Abgaben anzunehmen sind, wird auf die besonderen Kundmachungen verwiesen.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Freitag den 8. August 1851.

Inhalt.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Verordnung des großherzoglichen Justizministeriums:
Die gerichtliche Wund- und Leichenschau-Ordnung betreffend.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die gerichtliche Wund- und Leichenschau-Ordnung betreffend.

Nachdem Seine Königliche Hoheit der Großherzog mit höchstem Erlasse aus großherzoglichem Staatsministerium vom 2. d. M. Nr. 1180 die nachfolgende gerichtliche Wund- und Leichenschau-Ordnung zum Vollzuge gnädigst zu genehmigen geruht haben, wird dieselbe zur allgemeinen Nachachtung hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 5. Juli 1851.

Großherzogliches Justizministerium.

Stabel.

Vdt. Ullmann.

Gerichtliche Wund- und Leichenschau-Ordnung.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Die gerichtliche Wund- und Leichenschau wird von dem zuständigen Untersuchungsrichter angeordnet und in der Regel auch geleitet. Er zieht diejenigen Personen bei, deren Mitwirkung nach Maaßgabe der Bestimmungen der §§. 76, 77, 86, 88, 90, 91, 99, 100, 104, 106 bis 108 der Strafprozeßordnung erforderlich ist —, mithin, wo nichts Anderes verordnet ist, den Gerichtsarzt und den Gerichtswundarzt.

§. 2.

Die Untersuchung an menschlichen Körpern, so wie die Vornahme von Leichenöffnungen

geschieht in der Regel durch den Gerichtswundarzt. Der Gerichtsarzt leitet die technische Ausführung, er kann aber auch selbstthätig dabei mitwirken.

§. 3.

Ueber den gerichtlichen Augenschein ist entweder sogleich, oder wo dieß nicht thunlich ist, unmittelbar nachher ein nach den gesetzlichen Erfordernissen (§§. 79, 80, 82, 87 der Strafprozeßordnung) geführtes Protokoll aufzunehmen und nach §. 83 der Strafprozeßordnung von den amtlich mitwirkenden Personen zu unterzeichnen.

§. 4.

Der Erfund ist von dem Gerichtsärzte, beziehungsweise von dem beigezogenen Sachverständigen zu Protokoll zu dictiren.

§. 5.

In gleicher Weise wird in der Regel auch das Gutachten sofort zu den Akten gegeben, wenn nicht vorgezogen wird, solches in angemessener vom Gericht zu bestimmender Frist schriftlich nachzuliefern. (Strafprozeßordnung §. 96.)

§. 6.

Die Erfundsangaben sind im Protokolle in angemessene Abtheilungen zu bringen und mit Ziffern in fortlaufender Zahl zu bezeichnen.

Die Beschreibung soll bei möglichster Kürze klar und bündig gegeben werden, und sind dabei wo thunlich, alle fremden Kunstausdrücke zu vermeiden, und diese nur da, wo es der größeren Bestimmtheit oder Deutlichkeit wegen etwa nöthig wäre, in Einklammerung beizufügen.

§. 7.

Wo Rücksichten des sittlichen Anstandes die Entfernung Anderer fordern, oder wo die erforderlichen Wahrnehmungen, wie bei Untersuchung von Giften, nur durch fortgesetzte Beobachtung oder durch länger dauernde Versuche gemacht werden können, wird die Untersuchung von Sachverständigen allein vorgenommen. (§. 92 der Strafprozeßordnung.)

§. 8.

Werden die zu untersuchenden Gegenstände durch die Untersuchung zerstört oder verändert, so ist den Gerichtsärzten oder den Sachverständigen nur ein Theil dieser Gegenstände zu ihren Versuchen zu überlassen. Ist dieß aber nicht thunlich, so werden in allen Fällen wenigstens zwei Sachverständige beigezogen. (§. 95 der Strafprozeßordnung.)

§. 9.

Auf den Grund der gerichtsarztlichen Untersuchung ist ein Gutachten abzugeben, worin die von dem Richter oder durch das Gesetz vorgezeichneten Fragen möglichst bestimmt beantwortet und überhaupt alle den Sachverständigen erheblich scheinenden, in den Bereich ihrer Angabe gehörenden

und aus der Beschaffenheit des Falles selbst hervorgehenden Punkte genau erörtert werden müssen.

Dasfelbe wird von den Sachverständigen gemeinschaftlich oder von jedem besonders abgegeben, je nachdem sie sich in ihrer Ansicht vereinigen können oder nicht.

§. 10.

Ueber die subjective Thatbeschaffenheit haben sich die Gerichtsärzte jedes Urtheils zu enthalten, in so fern es sich nicht um den zweifelhaften Geisteszustand und die davon abhängige Zurechnungsfähigkeit des Angeeschuldigten handelt.

§. 11.

Zur Ausarbeitung des Gutachtens werden den Gerichtsärzten die über den Augenschein aufgenommenen Protokolle nebst den bezüglichlichen Werkzeugen und, wo es dem Richter nöthig scheint, auch die weitem Untersuchungsakten und andere Beweisstücke zur Einsicht mitgetheilt.

§. 12.

Der Inhalt des Protokolls über die Befichtigung beziehungsweise den Augenschein und das ärztliche Tagebuch, so wie die in den Untersuchungsakten enthaltenen Angaben über die thatsächlichen Verhältnisse, sofern ihm jene mitgetheilt wurden, bilden die Grundlage des gerichtsarztlichen Gutachtens, und es soll in diesem Nichts vorkommen, was sich nicht darauf zurückführen ließe oder damit im Widerspruch stünde.

Auch soll dasselbe den Theil des Augenscheinprotokolls, oder der Untersuchungsakten, aus welchem die thatsächlichen Angaben geschöpft sind, überall genau angeben.

§. 13.

Die Gerichtsärzte oder Sachverständigen können zu jeder Zeit darauf antragen, daß ihnen auf die geeignete Weise, namentlich durch Vernehmung von Zeugen über gewisse, für das abzugebende Gutachten erhebliche, und von ihnen näher zu bezeichnende Punkte weitere Aufklärungen gegeben werden. (§. 94 der Strafprozeßordnung.)

§. 14.

Erfährt der Gerichtsarzt Umstände, welche auf die Beurtheilung des Falles wichtigen Einfluß haben können, auf außergerichtlichem Wege, so hat er den Untersuchungsrichter davon in Kenntniß zu setzen.

§. 15.

Im Eingang des Gutachtens ist jedesmal anzugeben, von welcher Gerichtsbehörde, und wann die Untersuchung des Falles angeordnet, und welche Aktenstücke oder sonstige darauf bezügliche Gegenstände zur Beurtheilung desselben mitgetheilt worden sind.

Hierauf ist ein die wesentlichsten Thatfachen enthaltender, genauer, aber gedrängter Auszug aus dem Augenscheinprotokoll und dem ärztlichen Tagebuch zu geben, und dann der Gegenstand selbst

nach seiner gerichtsarztlichen Bedeutung zu beurtheilen, und am Schluß das Gesamtergebniß in kurzen Sätzen als technisches Urtheil auszusprechen.

§. 16.

Den Erfund von Beobachtungen und Untersuchungen, die nicht im Beisein des Gerichts vorgenommen wurden, so wie alle Gutachten und deren Begründung haben die Gerichtsärzte und sonstigen Sachverständigen schriftlich zu den Akten oder in der Gerichtskanzlei mündlich zu Protokoll zu geben.

Die Unterschrift aller dabei mitwirkenden Personen ist erforderlich. (Straßprozeßordnung §. 96.)

§. 17.

Handelt es sich von einer gerichtsarztlichen Besichtigung, so ist solche von Demjenigen, der sie vorgenommen hat, zu begutachten. Haben dabei der Gerichtsarzt und der Gerichtswundarzt zusammengewirkt, so erstattet der erstere das Gutachten, nachdem er sich vorher mit dem letztern unter Mittheilung der ihm zur Hand gestellten Akten darüber berathen hat.

Im Fall der Meinungsverschiedenheit ist nach der Vorschrift des §. 9 zu verfahren.

§. 18.

Auch die bei einzelnen Vorgängen beigezogenen Stellvertreter der Gerichtsärzte können in wichtigen Fällen unter Mittheilung der Akten mit ihren Gutachten gehört werden.

II. Besondere Bestimmungen.

1. Bei Körperverletzungen.

§. 19.

Bei Körperverletzungen ist sogleich die Besichtigung des Verletzten durch den gerichtlichen Arzt oder Wundarzt vorzunehmen. Es findet jedoch bei solchen Körperverletzungen, welche weder einen bleibenden Schaden, noch Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit zur Folge haben, oder welche aus Fahrlässigkeit begangen wurden, eine gerichtliche Verfolgung nur unter der Voraussetzung des §. 238 des Strafgesetzbuchs statt.

§. 20.

Bei der Besichtigung eines Verletzten haben die Gerichtsärzte vorerst das Alter und die Körperbeschaffenheit und das Allgemeinbefinden desselben anzugeben, und sodann die Beschaffenheit der vorhandenen Verletzungen nebst ihren Zufällen, so wie etwaige anderweite Zeichen von erlittenen Gewaltthätigkeiten oder von Krankheitserscheinungen des Verletzten zu erheben und genau zu beschreiben.

§. 21.

Wenn die Gerichtsärzte mit Zuverlässigkeit oder Wahrscheinlichkeit angeben vermögen, mit

welchem Werkzeuge die vorliegende Verletzung u. bewirkt worden sei, so hat dies gleichfalls in dem Protokoll oder Befundsbericht zu geschehen.

§. 22.

Die Untersuchung und Beschreibung beginnt in der Regel zunächst mit der wichtigeren der vorhandenen Verletzungen oder Krankheitserscheinungen, worauf dann die übrigen in anatomischer Ordnung folgen.

§. 23.

Bei der Untersuchung der Verletzungen selbst ist stets mit größter Schonung und Umsicht zu verfahren, und sind dabei, wo möglich, außer einem Zollstabe und einer einfachen gekrümmten Sonde keine anderen Werkzeuge zu gebrauchen. Die Beschaffenheit der Verletzungen ist nach feststehenden anatomischen Punkten, so wie nach Tiefe, Länge, Breite, Richtung und Umfang genau zu erheben und zu beschreiben.

§. 24.

Ferner ist die Beschreibung der Kleidungsstücke, welche der zu Untersuchende bei erlittener Mißhandlung oder Verletzung getragen hat, aufzunehmen, falls sie dabei beschädigt, mit Blut besetzt oder sonst erheblich verändert worden sind, oder falls sie auf die Art und Beschaffenheit der Verletzung Einfluß haben konnten.

§. 25.

Ebenso sind die auf die That bezüglichen Werkzeuge und andere äußere Umstände, welche auf den Zustand des Verletzten Einfluß gehabt haben können, zu beschreiben. Die Werkzeuge, womit die That verübt worden sein soll, sind, so weit nöthig, um die Uebereinstimmung derselben mit der Verletzung als ihrer muthmaßlichen Wirkung beurtheilen zu können, mit dieser selbst vorsichtig zu vergleichen, und ist das Ergebniß hiervon in den Erfundsbericht aufzunehmen.

§. 26.

Ueber den Verlauf der Verletzung oder des Krankheitszustandes sowohl, als über das eingeschlagene Heilverfahren haben die behandelnden Gerichtsärzte ein genaues und vollständiges Tagebuch (Diarium) zu führen, in welches sie bei jedem Besuche die wahrgenommenen Krankheitszufälle und Erscheinungen, so wie die dagegen angeordneten Mittel, etwa vorgenommenen chirurgischen Operationen, und den Erfolg derselben, wo möglich an Ort und Stelle sogleich eintragen. Beim Abschluß unterschreiben sie dasselbe und legen es mit dem Endgutachten der Gerichtsbehörde in Urschrift vor.

§. 27.

Zieht es der Verletzte oder Erkrankte vor, statt durch den gerichtlichen Arzt oder Wundarzt sich durch einen andern Arzt oder Wundarzt behandeln zu lassen, so kann ihm dieß nicht verweigert werden. Es gelten alsdann folgende Vorschriften:

- 1) Der behandelnde Arzt hat in diesen Fällen gleichfalls ein Tagebuch zu führen und dem

gerichtlichen Arzte von drei zu drei Tagen zuzustellen, wenn nicht besondere Umstände dies früher erfordern;

2) der gerichtliche Arzt oder Wundarzt hat auch in diesen Fällen, so oft er es nothwendig findet, den Verletzten zu besuchen, über den Verlauf der Verletzung selbstständige Aufzeichnungen zu machen, dem behandelnden Arzte, wenn er mit der angeordneten Behandlung nicht einverstanden ist, seine Bemerkungen zu machen, und wenn jener ihm nicht beipflichtet, seine abweichende Ansicht über die Behandlung in einem besondern Protokolle niederzulegen, welches von dem behandelnden Arzte mit zu unterzeichnen ist;

3) der gerichtliche Arzt darf an dem Verletzten Nichts vornehmen, was nach dem Urtheile des behandelnden Arztes die Heilung stören könnte. (§. 109 der Strafprozeßordnung.)

§. 28.

Gegen den Willen des Verletzten, oder, wenn er seinen Willen zu äußern unfähig ist, gegen den Willen seiner nächsten Angehörigen oder Pfleger, dürfen an ihm keine chirurgischen Operationen vorgenommen werden.

Wenn diese Einwilligung gegeben ist, unter den behandelnden Gerichtsärzten jedoch über die Nothwendigkeit oder Zulässigkeit einer vorzunehmenden chirurgischen Operation verschiedene Meinung besteht, so ist, wo es ohne nachtheiligen Verzug geschehen kann, der nächstwohnende Gerichtsarzt, oder wenn dieser keine chirurgische Lizenz hat, der nächstwohnende Gerichtswundarzt zur Entscheidung beizuziehen.

Ist ein solcher Verzug nach Ansicht desjenigen, der auf die Vornahme der Operation bringt, nicht zulässig, so entscheidet die Stimme des Gerichtsarztes, wenn dieser zugleich chirurgische Lizenz hat, andernfalls jene des Gerichtswundarztes.

Die Verhandlungen, welche in solchen Fällen hierüber unter den Ärzten statt haben, sind in die Tagebücher derselben ausführlich einzutragen.

§. 29.

Stirbt ein Verletzter oder Erkrankter, so hat der behandelnde Arzt oder der Gerichtsarzt, welcher zuerst Kenntniß davon erhielt, oder der Ortsvorstand, der betreffenden Gerichtsbehörde sogleich schriftliche Anzeige davon zu machen, welche sodann nach vorläufiger Rücksprache mit dem Gerichtsarzte die Vornahme der gerichtlichen Leichenuntersuchung anzuordnen hat.

Der Verstorbene ist bis zur Vornahme der Leichenuntersuchung in unverändertem Zustande zu erhalten, und zu diesem Zwecke entweder zu bewachen, oder in einem verschlossenen Raume zu bewahren.

§. 30.

Gleich nach der ersten Besichtigung eines Verletzten oder Erkrankten ist von den Gerichtsärzten ein vorläufiges Gutachten abzugeben, worin sie sich über den Grad der Verletzung, beziehungsweise der Gesundheitsbeschädigung und zwar insbesondere darüber aussprechen, ob

solche als lebensgefährlich zu betrachten sei oder nicht, und ob dadurch eine Krankheit, Arbeitsunfähigkeit oder bleibender Schaden bewirkt worden sei oder zu befürchten stehe.

§. 31.

Als eine lebensgefährliche Verletzung ist diejenige zu betrachten, welche Zufälle oder Functionstörungen im Gefolge hat, durch die das Leben des Verletzten entschieden bedroht erscheint.

§. 32.

Unter Krankheit ist im Sinne des Strafgesetzes eine erhebliche Störung der normalen, körperlichen oder geistigen, Functionen zu verstehen.

Sie muß aus vorhandenen und anzugebenden Zeichen oder anderweiten Umständen gefolgert werden können.

§. 33.

Bei der Arbeitsunfähigkeit ist zu unterscheiden, ob sie eine Unfähigkeit zu jeder Erwerbsthätigkeit, oder nur zur Fortsetzung der Berufs- oder Gewerbsgeschäfte des Verletzten oder Erkrankten enthält.

§. 34.

Bleibender Schaden besteht entweder in einer Verunstaltung oder Verstümmelung des Körpers, oder in nicht zu beseitigender Beeinträchtigung der Gesundheit.

§. 35.

Auf Verlangen der Gerichtsbehörde haben die Gerichtsärzte auch während der Untersuchung über den Zustand des Verletzten oder Erkrankten, so wie über den Erfolg der Behandlung und den wahrscheinlichen Ausgang des Falles selbst Bericht zu erstatten.

§. 36.

In dem Schlußgutachten über Körperverletzungen haben die Gerichtsärzte wesentlich auf folgende gesetzliche Merkmale des Thatbestandes Rücksicht zu nehmen;

A. 1) ob durch die Verletzung eine bleibende Arbeitsunfähigkeit verursacht wurde, oder eine Geisteszerrüttung, bei der keine Wahrscheinlichkeit der Wiederherstellung vorhanden ist; oder

2) ob die Verletzung eine sich als unheilbar darstellende Krankheit, ohne bleibende Arbeitsunfähigkeit, oder eine Geisteszerrüttung verursachte, bei der eine Wiederherstellung nicht unwahrscheinlich ist, oder ob der Verletzte durch die Verletzung eines Sinnes, einer Hand, eines Fußes, des Gebrauchs der Sprache oder der Zeugungsfähigkeit beraubt wurde; oder

3) ob der Verletzte in anderer Weise an einem Theile seines Körpers verstümmelt, oder auffallend verunstaltet, des Gebrauchs eines seiner Glieder oder Sinneswerkzeuge beraubt, oder zu seinen Berufsarbeiten bleibend unfähig gemacht wurde; oder

4) ob er durch die Verletzung in den Zustand einer zwar nicht bleibenden, jedoch über zwei Monate andauernden Krankheit oder Unfähigkeit zu seinen Berufsarbeiten versetzt wurde; oder

5) ob die dem Verletzten dadurch verursachte Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit von kürzerer Dauer gewesen, oder die Verunstaltung eine weniger auffallende ist, oder der Gebrauch eines seiner Glieder oder Sinneswerkzeuge bloß eine Beschränkung erlitten hat. (§. 225 Strafgesetzbuch.)

ferner:

B. ob die unter Nr. 4 und 5 beschriebenen Verletzungen von der Art gewesen sind, daß sie ohne Kunsthülfe, oder die Dazwischenkunft von besondern der Heilung günstigen Umständen wahrscheinlich den Tod des Verletzten zu Folge gehabt haben würden (§. 226 Strafgesetzbuch); oder

C. ob durch die Verletzung weder ein bleibender Schaden, noch Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit verursacht wurden (§. 227 Strafgesetzbuch);

D. ob die eingetretene Körperverletzung als leicht mögliche Folge der Mißhandlung vorauszu sehen war oder nicht (§. 234 des Strafgesetzbuches).

E. Ist eine Schwangere körperlich mißhandelt worden und darauf mit einem todtten oder einem unreifen, nicht lebensfähigen Kinde niedergekommen, oder das Kind, mit dem sie niedergekommen, nach der Geburt gestorben, so ist zu untersuchen und zu begutachten, ob dies die Folge der erlittenen Mißhandlung war (§. 230 Strafgesetzbuch).

2) Bei Tödtungen.

§. 37.

Wenn sich bei einem verstorbenen Menschen Anzeichen des gewaltsamen Todes ergeben, und nicht sofort erhellt, daß ein reiner Unglücksfall vorliegt, so muß vor der Beerdigung desselben die Leichenschau und Leichenöffnung vorgenommen werden.

Ist die Leiche bereits beerdigt, so muß sie wieder ausgegraben, und die Leichenöffnung veranstaltet werden, in so ferne nach den Umständen noch ein erhebliches Ergebniß davon erwartet werden kann, und die Rücksicht auf die Gefahr für die Gesundheit der dazu berufenen Personen es nicht widerräth. In letzterem Falle sind die Gründe, aus welchen die Leichenöffnung unterlassen wurde, zu Protokoll anzugeben. (Strafprozeßordnung §. 100.)

§. 38.

Zur Leichenschau und Leichenöffnung soll, wenn ein anderer Arzt oder Wundarzt, als die Gerichtsarzte den Verstorbenen in der durch die Verletzung entstandenen Krankheit behandelt hat, auch dieser dazu eingeladen werden, sofern es ohne Verzögerung geschehen kann.

Ist der Verstorbene von beiden Gerichtsarzten zugleich behandelt worden, so muß, und wenn er von dem einen oder dem andern allein behandelt wurde, so kann noch ein anderer Arzt beigezogen werden, wozu einer der zunächst wohnenden Gerichtsarzte, bei deren Verhinderung aber oder im Falle der Dringlichkeit ein, wo möglich in allen Fächern der Heilkunde lizenzirt, praktischer Arzt zu verwenden ist. (§§. 103 und 104 der Strafprozeßordnung.)

§. 39.

Die Gerichtsärzte haben zu bestimmen, ob die Leichenöffnung unmittelbar nach der Leichenschau vorgenommen werden kann, oder welcher Zeitraum nachher noch bis zur Leichenöffnung abzuwarten ist.

§. 40.

Sollte die Vornahme der Leichenöffnung an dem Orte, wo der Leichnam gefunden wurde, nicht thunlich sein, und der Leichnam deshalb an einen andern dazu geeigneten Ort verbracht werden müssen, so ist, wo immer möglich, wenigstens die äußere Besichtigung des Leichnams zuvor vorzunehmen, und es haben sodann die Gerichtsärzte hierbei die bestimmteste Anleitung zu geben, wie die Fortbringung des Leichnams stattfinden soll, und dafür zu sorgen, daß dieß nur unter gehöriger Aufsicht und Begleitung geschehe, so wie daß dabei an dem Leichnam keine Veränderung bewirkt werde.

Die Gründe warum, und die Art und Weise, wie dieß geschehen, müssen im Protokoll angegeben werden.

§. 41.

Zuerst ist das Ergebniß der äußern Besichtigung des Leichnams, mit besonderer Rücksicht auf etwa vorhandene Verletzungen oder andere krankhafte Veränderungen und Regelwidrigkeiten im Protokoll zu beschreiben.

§. 42.

Dabei soll immer angegeben werden: Das Geschlecht, das anscheinende Alter, die Gestalt und die Bekleidung des Verstorbenen, sodann die sonstige Beschaffenheit desselben im Allgemeinen und in allen einzelnen Theilen, wie auch die etwa vorhandenen oder mangelnden Zeichen eingetretener Fäulniß des Leichnams; eben so ist jede wahrnehmbare Regelwidrigkeit, Verletzung oder sonstige krankhafte Veränderung des Leichnams sorgfältig zu untersuchen und zu beschreiben.

Handelt es sich um die Untersuchung des Leichnams eines unbekannten Menschen, so sind insbesondere noch die Farbe der Kopfs Haare, der Augen, die Beschaffenheit der Zähne, die Länge des Körpers, und etwa besondere Abzeichen genau zu bezeichnen.

§. 43.

Ist der Leichnam etwa mit Blut oder sonst irgend wie verunreinigt, so soll er durch vorsichtiges Abwaschen mit Wasser gereinigt werden, damit die ganze Oberfläche desselben gehörig besichtigt und untersucht werden könne; das Abwaschen muß, wo es geschieht, zu Protokoll bemerkt werden.

§. 44.

Ehe zur Leichenöffnung geschritten wird, ist die Leiche Personen, welche den Verstorbenen gekannt haben, und wenn ein Verdächtiger bereits in Untersuchung gezogen ist, auch diesem zur Anerkennung vorzuzeigen.

Ist der Getödtete ein Unbekannter, so wird eine Beschreibung der Leiche durch öffentliche Blätter bekannt gemacht. (Strafprozeßordnung §. 101 und 102.)

§. 45.

Bei jeder gerichtlichen Leichenöffnung sind ohne Ausnahme immer die drei Haupthöhlen des menschlichen Körpers, nämlich des Kopfes, der Brust, und des Unterleibs zu öffnen, und die darin enthaltenen Theile genau zu untersuchen, damit die Ursache des eingetretenen Todes möglichst genau erhoben, die krankhafte oder regelwidrige Körperbeschaffenheit des Verstorbenen gehörig erkannt und nachgewiesen werden könne.

Ie nach Umständen müssen zum Behufe nähern Aufschlusses über die Todesursache auch der Kanal der Wirbelsäule, so wie die innern Gebilde des Halses, die Augen, die Ohren, die Nasen-, Mund- und Rachenhöhle, die Geschlechtstheile, der After oder andere Theile geöffnet und genau untersucht werden.

§. 46.

Die Untersuchung und Deffnung des Leichnams soll in der Regel zunächst mit denjenigen Theilen beginnen, in welchen die wichtigste Verletzung oder anderweite krankhafte Veränderung vorhanden, und in denen daher wahrscheinlich auch die Todesursache aufzufinden ist. Kann dies aber nicht im Voraus bestimmt werden, so beginnt man mit der Deffnung des Kopfes, nimmt hierauf die der Brust, und nachher des Unterleibes vor.

§. 47.

Mit besonderer Sorgfalt sind die sich zeigenden Regelwidrigkeiten, Verletzungen, oder sonstige krankhafte Veränderungen, wie auch etwa vorgefundene fremde Körper, Ansammlung von Blut, Eiter, Wasser u. dgl. nach Menge und Beschaffenheit mit Bezugnahme auf dergleichen schon bei der äußern Besichtigung gemachte Wahrnehmungen (§. 38) zu untersuchen und zu beschreiben.

§. 48.

Vorgefundene Werkzeuge, oder sonstige Gegenstände, womit die Verletzungen bewirkt worden sein könnten, sind nach vorheriger Vergleichung mit letzteren, worüber das Nöthige in das Protokoll aufgenommen wird, dem Gerichte zur Verwahrung zu übergeben.

§. 49.

Bei Vornahme der Leichenöffnung ist mit größter Behutsamkeit und Umsicht zu verfahren, damit durch dieselbe die Beschaffenheit vorhandener Verletzungen, so wie der Zustand der Gebilde in den verschiedenen Höhlen des Körpers noch vor ihrer Untersuchung nicht wesentlich verändert werde.

§. 50.

Alles in den §§. 41 und 48 Gesagte soll, so weit möglich auch dann geschehen, wenn nach §. 100 der Strafprozeßordnung eine Leichenöffnung nicht mehr vorgenommen werden kann. (Vergleiche §. 37.)

§. 51.

Der Erfund der Leichenschau und der Leichenöffnung ist von den Gerichtsarzten genauestens zu Protokoll anzugeben.

Das Wesentlichste davon ist, so weit thunlich, den anwesenden Gerichtspersonen vorzuzeigen und zu erläutern.

§. 52.

Die Gerichtsarzte dürfen sich bei ihren Erfundungsangaben nicht darauf beschränken, die vorgefundenen krankhaften Zustände bloß durch allgemeine Ausdrücke zu bezeichnen, wie z. B.: — „die Schädelknochen sind regelwidrig dünn, dick oder brüchig, der Herzbeutel oder das Rippenfell etc. ist entzündet, oder dieser oder jener Theil des Darmes ist brandig“; — sondern es müssen solche krankhafte Veränderungen oder Regelwidrigkeiten jeweils auf das genaueste beschrieben werden, so daß der Leser ein objectives Bild in der Beschreibung finden kann, aus dem er den vorhandenen Zustand selbst zu erkennen vermag.

§. 53.

Jedesmal ist im Protokoll auch der Ort und die Lage, wo und in welcher der Verstorbene angetroffen, zu beschreiben; so wie etwa eingetretene Veränderungen des Leichnams seit der ersten Besichtigung, falls eine solche statt gehabt, zu bezeichnen sind. Auch ist die Temperatur des Ortes, wo der Leichnam seit dem Absterben gelegen, nach möglichst genauer Abschätzung anzugeben.

§. 54.

Der Akt der gerichtlichen Leichenöffnung ist, wie der der äußerlichen Körperbesichtigung, wo möglich, jeweils ununterbrochen bis zur Beendigung fortzusetzen. Sollte jedoch eine Unterbrechung derselben unvermeidlich sein, so ist diese mit ihrer Ursache und Dauer im Protokolle anzugeben und der Leichnam unterdessen bis zur Fortsetzung der Leichenöffnung gehörig zu bewachen oder einzuschließen, und vor jeder Veränderung durch äußere Einflüsse sicher zu stellen.

§. 55.

Bei gerichtsarztlicher Begutachtung tödtlich gewordener Körperverletzungen oder Krankheiten ist zu berücksichtigen, daß als tödtlich jede Beschädigung betrachtet wird, welche im einzelnen Falle als wirkende Ursache den Tod des Beschädigten herbeigeführt hat, ohne Unterschied, ob ihr tödtlicher Erfolg in andern Fällen durch Hülfe der Kunst etwa schon abgewendet wurde, oder nicht; ob in dem gegenwärtigen Falle durch zeitige Hülfe derselbe hätte verhindert werden können; ob die Beschädigung unmittelbar, oder durch andere, jedoch aus ihr entstandene Zwischenursachen den Tod bewirkt habe, ob dieselbe allgemein tödtlich sei, oder nur wegen der eigenthümlichen Leibesbeschaffenheit des Beschädigten, oder wegen der zufälligen Umstände, unter welchen sie ihm zugefügt wurde, den Tod herbeigeführt hat. (§. 204 des Strafgesetzbuches.)

§. 56.

Bei Beurtheilung eines Falles, in welchem der Tod eines Menschen nach einer Verletzung oder Mißhandlung erfolgt ist, haben die Gerichtsarzte in ihrem Gutachten zu erörtern:

I. welches die wirkende Ursache des Todes des Verstorbenen sei, und sich sodann namentlich darüber auszusprechen:

1) ob der Verstorbene eines gewaltsamen Todes gestorben sei, und zwar: ob an den wahrgenommenen Verletzungen, oder Mißhandlungen, und an welchen?

2) oder, ob aus besondern Umständen als gewiß oder wahrscheinlich anzunehmen sei:

a. entweder, daß der Verstorbene schon vor jenen Verletzungen todt gewesen,

b. oder, daß er in Folge einer zu der nicht gefährlichen Verletzung hinzugekommenen und von ihr unabhängigen Ursache gestorben sei;

II. Im Falle die wahrgenommenen Verletzungen oder Mißhandlungen als die Todesursache erkannt werden, ist im Gutachten anzugeben:

1) ob und mit welchem Grade von Wahrscheinlichkeit der tödtliche Erfolg bei der Handlung des Thäters vorauszusehen war? und

2) ob die dem Angeeschuldigten zur Last gelegte Handlung schon ihrer allgemeinen Natur nach, oder nur wegen der eigenthümlichen Leibesbeschaffenheit, oder wegen eines besondern Zustandes des Verletzten, oder wegen zufälliger äußerer Umstände die tödtliche Verletzung verursacht habe.

Dem Richter bleibt unbenommen, dem gerichtlichen Arzt und Wundarzt im einzelnen Falle weitere Fragen, deren Beantwortung für die Beurtheilung desfalls erheblich erscheint, zum Gutachten vorzulegen. (§. 105 der Strafprozeßordnung.)

3) Bei Vergiftungen.

§. 57.

Bei gerichtlicher Untersuchung muthmaßlich vergifteter, noch lebender oder verstorbener Personen sind die in dem Vorhergehenden enthaltenen Bestimmungen bezüglich auf äußerliche Besichtigung und Leichenöffnung im Allgemeinen genau zu befolgen.

§. 58.

Bei noch lebenden Personen sind, so weit thunlich, vorerst alle jene Krankheitserscheinungen und Zufälle, welche als Folge muthmaßlicher oder wirklich stattgehabter Vergiftung eingetreten sein können, genau zu erheben und zu beschreiben, da sie nicht selten über die Art der Vergiftung und die Natur des Giftes selbst wichtige Aufschlüsse zu geben vermögen.

Zu diesem Behufe sind auch, wo möglich, von dem Erkrankten sowohl die erforderlichen Angaben zu erheben, und von den Angehörigen desselben die genauest möglichen Erkundigungen einzuziehen, um auszumitteln, welches Gift angewendet, auf welche Art und Weise dasselbe beigebracht, und was unmittelbar nachher noch genossen worden und sonst geschehen ist.

Auch ist genau nachzusehen, ob in der Nähe oder Umgebung des Erkrankten sich nicht noch etwas von einer giftigen Substanz vorfindet, was sodann versiegelt in gerichtliche Verwahrung zu nehmen wäre.

§. 59.

So oft bei muthmaßlicher Vergiftung Erbrechen stattgefunden hat, ist das Erbrochene, wo thunlich, sorgfältig zu sammeln, in gerichtliche Verwahrung zu nehmen, und durch angemessene physikalisch-chemische Untersuchung auszumitteln, ob und welches Gift darin enthalten ist.

Auf gleiche Weise sind etwa noch vorhandene Reste verdächtiger Speisen und Getränke, von welchen der Vergiftete genossen, so wie etwa vorgefundene anderweitige verdächtige Stoffe in Verwahrung zu nehmen, und auf Giftgehalt genau zu untersuchen.

§. 60.

Wenn Jemand in Folge muthmaßlicher oder wirklicher Vergiftung gestorben ist, so ist durch die gerichtliche Einvernahme vorerst zu erheben und zu Protokoll anzugeben, welche Zufälle und Erscheinungen dem Tode des Verstorbenen vorangegangen, so wie ob, und welche Mittel dagegen angewendet worden sind. Den Gerichtsärzten steht es zu, hiebei den Untersuchungsrichter auf das ihnen erforderlich Scheinende aufmerksam zu machen.

§. 61.

Bei der äußern Körperbesichtigung und der Leichenöffnung eines solchen Verstorbenen sind, außer den allgemeinen Angaben, insbesondere alle an dem Leichnam wahrnehmbare äußere und innere Zeichen und Merkmale einer stattgehabten Vergiftung genau zu erheben und zu beschreiben.

§. 62.

Auf die Ausmittlung und Darstellung von Giften ist von Seiten der Gerichtsärzte und Chemiker vorkommenden Falls die größte Aufmerksamkeit zu verwenden.

Zu diesem Behufe sollen daher die, bei der Leichenöffnung im Magen und Darmkanale oder sonst irgendwo im Körper des Verstorbenen, so wie in dessen nächster Umgebung sich etwa vorfindenden Giftstoffe, von welcher Art und Form sie auch sein mögen, sorgfältig aufgesucht und gesammelt, nach ihrer äußern Beschaffenheit im Protokoll beschrieben und sodann zu Gerichtshanden gegeben werden.

Ebenso sind auch der ganze Inhalt des Magens, so wie die im Dünn-Darm enthaltenen Flüssigkeiten, in welchen Gifte aufgelöst oder beigemischt sein könnten, heraus zu nehmen, und nebst dem etwa aufgesammelten Erbrochenen die noch vorfindlichen Ueberreste der Stoffe u., womit das Gift muthmaßlich beigebracht oder genossen worden, nach Farbe, Geruch und sonstiger äußern Beschaffenheit im Protokoll zu beschreiben.

Hierauf ist alles dieses in abge sonderte reine Gefäße zu bringen, versiegelt und bezeichnet in gerichtliche Verwahrung zu nehmen, und sofort in thunlicher Bälde nach ihrem chemischen Verhalten kunstgemäß zu untersuchen.

Erforderlichen Falles ist hiebei die Leiche unter gerichtlicher Obhut aufzubewahren, und es darf dieselbe nicht eher beerdigt werden, bis die Gerichtsärzte oder Chemiker erklärt haben, daß sie ihrer zur Untersuchung nicht weiter bedürfen.

§. 63.

Die nähere Untersuchung dieser Giftstoffe ist unter Aufsicht und Mitwirkung der Gerichtsarzte durch Chemiker vorzunehmen. Ueber die Art und Weise, wie diese gepflogen worden, haben sie fortlaufende Aufzeichnungen zu machen, welche sodann mit den gerichtsarztlichen Gutachten zu den Untersuchungsakten kommen.

Wenn es mehrere Methoden zur Ermittlung eines Giftes gibt, so ist sich nicht auf eine derselben zu beschränken, sondern sind zur gegenseitigen Controle wenigstens zwei derselben in Anwendung zu bringen.

§. 64.

Im Falle die Vergiftung durch metallische Substanzen bewirkt worden ist, so sind diese, wo möglich, in metallischer Form auszuscheiden, und der Gerichtsbehörde vorzulegen.

Ebenso sind auch alle andern Arten von Giften, wenn sie bei der Untersuchung noch in Substanz vorgefunden werden, in dieser Gestalt der Gerichtsbehörde zu überliefern.

§. 65.

Bei Beurtheilung einer Vergiftung haben sich die Gerichtsarzte gemeinschaftlich mit den untersuchenden Chemikern in ihrem Gutachten darüber auszusprechen:—

1. ob und welche Vergiftung wirklich stattgefunden hat, und
2. bei hierauf eingetretenem Tode: ob und wie dieser mit der Vergiftung selbst im Zusammenhange steht, und daraus erfolgt ist, und wenn kein Gift vorgefunden worden, wie die Erscheinungen, welche auf stattgehabte Vergiftung hindeuten, zu erklären seien. (§. 107 der Strafprozeßordnung.)

4. Bei Nothzucht und Unzucht.

§. 66.

Bei Untersuchungen wegen Nothzucht oder wegen Mißbrauchs zur Unzucht ist die erforderliche gerichtsarztliche Besichtigung der betreffenden Personen wo möglich gleich nach geschehener That vorzunehmen. Hierbei ist zu ermitteln: ob sich irgendwo am Körper, namentlich aber an den Geschlechtstheilen derselben Zeichen oder Folgen erlittener Gewalt vorfinden.

Außerdem ist noch zu untersuchen ob sich an den Geschlechtstheilen, oder im Umfange dieser, so wie an den Kleidern, besonders am Hemde solcher Personen, Spuren von Blut- oder Saamen-ergießung vorfinden. Muthmaßliche Schleim-, Saamen- oder Blutflecken sind nicht bloß nach ihrer Größe und Lage an dieser oder jener Stelle der Kleidungsstücke, sondern auch nach ihrer sonstigen Beschaffenheit genau zu untersuchen und zu beschreiben, und erforderlichen Falles einer physikalisch-chemischen Untersuchung zu unterwerfen. (Strafgesetz Tit. XXI. und §. 360.)

§. 67.

Gleiche Untersuchung findet unter Umständen auch bei dem der Nothzucht oder Unzucht Angeeschuldigten statt. (Vergleiche Strafgesetz §. 371.)

§. 68.

Sind durch die Nothzucht Körperverletzungen, oder der Tod der Genothzücktigten erfolgt, so richtet sich die gerichtsarztliche Untersuchung und Begutachtung nach den §§. 36, 56.

5. Bei Untersuchungen über Schwangerschaft.**§. 69.**

Bei Untersuchung von Personen wegen vorgeschützter oder verheimlichter Schwangerschaft haben die Gerichtsärzte zu ermitteln, ob diejenigen Zeichen und Merkmale an denselben vorhanden sind, aus welchen sich das Bestehen einer Schwangerschaft erkennen läßt.

Zu diesem Behufe ist namentlich der Zustand der Geschlechtstheile, des Unterleibes, und der Brüste genau zu erheben und anzugeben. Erforderlichen Falles sind diese Untersuchungen während längerer Zeit wiederholt vorzunehmen, und es ist dabei insbesondere auch über das Eintreten oder Ausbleiben der monatlichen Reinigung Gewißheit herzustellen.

§. 70.

In ihren deßfalligen Gutachten haben sich die Gerichtsärzte darüber auszusprechen: ob überhaupt Schwangerschaft vorhanden sei, oder nicht, und ersteren Falles wie lange dieselbe schon bestche?

6. Bei Untersuchungen über stattgehabte Geburt.**§. 71.**

Bei der gerichtsarztlichen Untersuchung von Personen wegen angeschuldigter heimlicher Niederkunft soll ermittelt werden: ob Zeichen und Merkmale einer stattgehabten Niederkunft überhaupt vorhanden sind, oder nicht, und ersteren Falles, ob diese erst kürzlich, oder schon vor längerer Zeit stattgefunden habe.

Zu diesem Behufe ist insbesondere eine genaue Untersuchung und Angabe der Beschaffenheit der innern und äußern Geschlechtstheile, des Unterleibes und der Brüste, so wie auch der Gestalt des Beckens erforderlich.

§. 72.

Namentlich bei Personen, welche wegen Kindsmords in Untersuchung stehen, haben die Gerichtsärzte zu ermitteln: ob sich an denselben die Zeichen einer erst kürzlich, oder schon vor längerer Zeit stattgehabten Geburt vorfinden.

Zu diesem Zwecke sind die näheren Verhältnisse, der Verlauf der Schwangerschaft, der Hergang der Geburt, wie auch die Umstände zu erheben, welche dabei möglicher Weise den Tod des Kindes herbeigeführt oder mit bewirkt haben könnten.

7) Bei Untersuchungen an todtgefundenen neugeborenen Kindern.

§. 73.

Ist die Mutter eines todtgefundenen neugeborenen Kindes bekannt und gegenwärtig, so ist ihr dasselbe, ehe noch dessen Leichenöffnung vorgenommen wird, zur Anerkennung vorzuzeigen.

§. 74.

Bei der äußern Besichtigung und der Leichenöffnung todtter, neugeborner Kinder sind die in dem Vorhergehenden über gerichtliche Leichenuntersuchung im Allgemeinen vorgeschriebenen Bestimmungen zu befolgen.

Insbefondere aber ist (bei äußerer Besichtigung eines solchen Leichnams) zu erheben und genau zu Protokoll anzugeben: wo derselbe aufgefunden worden, ob er mit irgend etwas bekleidet oder eingewickelt, und womit er etwa verunreinigt gewesen; ob der Mutterkuchen mit aufgefunden, wie dieser — und der etwa noch daran befindliche Theil der Nabelschnur beschaffen gewesen.

Hierauf ist das Geschlecht des Kindes, so wie die Länge, das Gewicht und die sonstige äußere Körperbeschaffenheit desselben in allen seinen Theilen genau anzugeben; insbesondere aber sind die Zeichen des Grades seiner Entwicklung und Reife, so wie die seiner Lebensfähigkeit sorgfältig zu erheben und zu beschreiben.

Zeigen sich äußerlich an der Kindisleiche irgendwo Spuren erlittener Gewaltthätigkeit, krankhafte Veränderungen, oder Abnormitäten, so sind sie ebenfalls im Protokoll genau zu beschreiben.

§. 75.

Wenn sich bei der äußerlichen Besichtigung eines todtgefundenen, neugeborenen Kindes auch äußere Verletzungen vorfinden, aus denen die Nothwendigkeit des erfolgten Todes desselben unzweifelhaft hervorgeht, so muß dennoch in allen Fällen die gerichtliche Leichenöffnung vorgenommen werden, so ferne hiezu der Leichnam noch geeignet ist.

§. 76.

Die Leichenöffnung eines solchen Kindes hat in der Regel mit der Eröffnung der Brusthöhle zu beginnen, worauf die der Kopfhöhle, dann die Untersuchung der Mund- und Rachenhöhle und die des Halses, endlich aber die Eröffnung des Unterleibes und erforderlichen Falles auch die des Wirbelskanals folgen soll, wenn nicht besondere Umstände ein anderes Verfahren erheischen.

§. 77.

Im Uebrigen ist bei der Section eines solchen Kindes nach den über Leicheneröffnungen überhaupt gegebenen Vorschriften (§§. 45 — 50), unter steter Berücksichtigung der den Neugeborenen eigenthümlichen Körperverhältnisse, zu verfahren.

Auf die Zeichen und Grade der Entwicklung, Reife und Lebensfähigkeit des Kindes ist auch hier wieder vorzüglich zu achten; so wie ferner die Merkmale zu erforschen sind, aus denen zu entnehmen ist: ob das Kind etwa schon vor der Geburt gestorben, oder aber während, oder nach der Geburt gelebt und geathmet habe, und woraus die Art und Weise seines erfolgten Todes erkannt werden kann.

§. 78.

Zu diesem Behufe ist namentlich auch die sogenannte Lungen- und Athemproube jedesmal mit aller Sorgfalt vorzunehmen, und ihr Ergebniß genau anzugeben, wenn anders die Lungen nicht durch eingetretene Fäulniß, oder besondere krankhafte Zustände, durch welche das specifische und relative Gewicht derselben regelwidrig vermehrt oder vermindert wird, zu dieser Untersuchung untauglich geworden sind, was sodann im Protokoll bemerkt werden mußte.

§. 79.

In ihren Gutachten über todtgefundene neugeborne Kinder haben sich die Gerichtsärzte auszusprechen:

- 1) ob das Kind todt oder lebendig geboren, und zwar: ob es nur noch während der Geburt oder auch nach dieser noch gelebt, im letztern Falle aber auch geathmet hat;
- 2) ob dasselbe ein reifes und lebensfähiges, oder ein unreifes, nicht lebensfähiges gewesen;
- 3) ob dasselbe, wenn es lebend geboren, eines zufälligen oder gewaltsamen Todes gestorben sei;
- 4) ob bei gewaltsamer Todesart anzunehmen, daß demselben von der Mutter oder Andern eine Gewaltthätigkeit zugefügt worden sei, wodurch dessen Tod verursacht worden, oder ob der Tod desselben möglicherweise von dem Vorgange der Geburt selbst herrühren kann;
- 5) ob anzunehmen, daß dasselbe innerhalb der ersten vier und zwanzig Stunden nach seiner Geburt getödtet worden sei. (§. 215 des Strafgesetzbuches.)

§. 80.

In Betreff der Mutter eines solchen Kindes haben sich die Gerichtsärzte darüber zu erklären:

1. ob, wenn die Tödtung des Kindes erst nach Ablauf von 24 Stunden nach der Geburt verübt worden, anzunehmen, daß der besondere geistige und körperliche, die Zurechnung bei diesem Verbrechen vermindernde Zustand der Mutter desselben noch fortgedauert habe (§. 216 des Strafgesetzbuches);

2. ob, wenn die Mutter sich in eine Lage versetzt, in welcher sie bei der Niederkunft der erforderlichen Hilfe entbehrte,

a. der Tod des Kindes in Folge der Hilflosigkeit bei der Niederkunft ohne Mitwirkung anderer Handlungen oder Unterlassungen der Mutter eingetreten sei,

oder, wenn in einem solchen Falle der Tod des Kindes nicht erfolgte,

b. ob derselbe durch andere dazwischen getretene, von dem Willen der Mutter unabhängige Umstände abgewendet worden sei. (§. 218 des Strafgesetzbuches.)

8. Bei Tödtung im Mutterleibe und Abtreibung der Leibesfrucht.

§. 81.

Bei Untersuchung über Tödtung im Mutterleibe haben die Gerichtsarzte genau zu erforschen und anzugeben: ob an der betreffenden Person Zeichen vorhanden sind, aus welchen zu entnehmen ist, ob und wann bei ihr eine Geburt stattgefunden habe, und in welchem Zeitraume der Schwangerschaft diese erfolgt sei, wie auch, ob sich Merkmale wahrnehmen lassen, aus denen etwa eine gewaltsame Tödtung des Kindes im Mutterleibe gefolgert werden könnte. —

Hiebei sind insbesondere etwaige Verletzungen an den Geschlechtstheilen und am Unterleibe der Mutter, so wie auch am Körper des Kindes sorgfältig zu untersuchen und genau zu beschreiben. Eben so sind die zu gedachtem Zwecke etwa angewendeten Gegenstände genau zu bezeichnen.

§. 82.

In gleicher Weise ist auch bei Untersuchung von Personen wegen Abtreibung der Leibesfrucht zu verfahren, so weit sich dieser Vorgang etwa aus äußerlich wahrnehmbaren Zeichen ermitteln läßt; und sind dabei namentlich auch die, muthmaßlich oder gewiß, angewendeten inneren oder äußeren Mittel genau zu beschreiben. (Strafgesetz §§. 251 bis 254.)

9. Bei Untersuchungen an Ertrunkenen, Erhängten, Erwürgten und Ersticken.

§. 83.

Wenn der Leichnam eines Menschen im Wasser oder in einer andern Flüssigkeit gefunden wird, so ist, wenn gleich die dabei obwaltenden Umstände dafür sprechen sollten, daß er wirklich ertrunken sei, dennoch die Leichenöffnung desselben vorzunehmen, um ermitteln zu können, ob sich die Merkmale des Todes durch Ertrinken bei ihm vorfinden, oder ob er nicht etwa eines andern Todes gestorben sei.

Hiebei sind außer der äußern und innern Körperbeschaffenheit eines solchen Leichnams im Allgemeinen, insbesondere aber die Zeichen des Todes durch Stic- und Schlagfluß, welche sich bei Ertrunkenen vorzufinden pflegen, genau zu erheben und anzugeben.

§. 84.

Bei der Leichenuntersuchung Erhängter ist vorerst die Art des Aufhängens, der Befestigung und Beschaffenheit des Stranges, der Zuschnürung des Halses, und die Entfernung der Füße des Erhängten vom Boden genau zu beschreiben.

Auch hier sind außer der Angabe der Körperbeschaffenheit im Allgemeinen die Zeichen des Stic- und Schlagflusses zu erforschen, insbesondere aber die äußeren Spuren des durch den Strang verursachten Eindrucks an denjenigen Stellen, auf welche dieser eingewirkt hat, genau zu beschreiben, wie auch anzugeben, ob sich an den innern Theilen des Halses Verletzungen, und welche, vorfinden.

§. 85.

Bei der Untersuchung der Leichen von Menschen, welche anscheinend durch auf den Hals angebrachten Druck erwürgt, oder durch Verschließung des Mundes und der Nase, so wie durch Zusammenpressen der Brust, oder auf andere gewaltsame Weise erstickt worden sind, ist gleichfalls auf die allgemeinen Merkmale des Todes durch Stick- und Schlagfluß Bedacht zu nehmen, und es sind außer diesen noch die etwa vorhandenen Zeichen erlittener Gewaltthätigkeit oder Beschädigung zu erforschen und zu beschreiben.

Auf gleiche Weise ist bei der Leichenuntersuchung anscheinend in nicht athembarer Luft Erstickter zu verfahren.

§. 86.

Wenn darüber Zweifel obwaltet, ob Jemand durch eigene Hand oder durch Einwirkung Anderer den Tod erlitten, d. h. ob ein wirklicher Selbstmord stattgefunden habe oder nicht, so ist zur möglichen Entscheidung dieser Ungewißheit nicht blos bei der gerichtlichen Leichenschau auf die Art und Weise der etwa vorliegenden Verletzung darauf Bedacht zu nehmen, in wie ferne der Getödtete sich diese habe selbst beibringen können oder nicht, oder dieselbe durch Zufall entstanden sein könnte, sondern es sind dabei insbesondere auch etwa vorhandene Zeichen von Gegenwehr und anderweite Nebenumstände wohl zu berücksichtigen.

Namentlich ist zu untersuchen und anzugeben, ob die eigenthümlichen Merkmale und Zeichen derjenigen Todesart vorhanden sind, welche die vorgefundene Körperverletzung oder stattgehabte anderweite äußere Gewalteinwirkung zur Folge haben mußte, oder ob sich nicht noch sonstige krankhafte Veränderungen oder Regelwidrigkeiten in den innern Gebilden des Verstorbenen vorgefunden haben, denen etwa der Tod desselben zugeschrieben werden könnte.

Außerdem sind noch über die früheren Lebensverhältnisse, die Lebensweise und dem Geisteszustand des Verstorbenen zuverlässige Erkundigungen einzuziehen.

10) Bei Untersuchung über Körper- und Geistesbeschaffenheit im Allgemeinen.

§. 87.

Alle im Laufe einer gerichtlichen oder polizeilichen Untersuchung als nothwendig sich darstellenden ärztlichen Besichtigungen und Begutachtungen, welche nicht auf Feststellung des Thatbestandes eines Verbrechens oder Vergehens, sondern auf den Körper oder Seelenzustand verhafteter oder solcher Personen sich beziehen, welche einer Strafanstalt zum Strafvollzug zu übergeben sind, wie z. B. die Untersuchung über das Vorhandensein oder den Stand einer Schwangerschaft, über das Vorhandensein vorgeblicher oder muthmaßlicher Krankheiten und Gebrechen u. dgl., sind zunächst Sache des Gerichtsarztes, vorbehaltlich der Aushülfe des Gerichtswundarztes in Verhinderungsfällen.

§. 88.

Bei Begutachtung zweifelhafter Geisteszustände, haben sich die Gerichtsärzte jeweils über die Art, die Ursachen, die Entwicklung und den Grad der fraglichen krankhaften Zustände im Allgemeinen auszusprechen, und insbesondere anzugeben, in wie ferne durch dieselben die Willensfreiheit und Zurechnungsfähigkeit nur beschränkt, oder völlig aufgehoben worden sei.

Zu den Zuständen, in welchen das Bewußtsein der Strafbarkeit der Handlung oder die Willkür des Handelnden fehlt, und somit auch die Zurechnung ausgeschlossen ist, gehört namentlich Raserei, Wahnsinn, Verrücktheit, völliger Blödsinn und vorübergehende gänzliche Verwirrung der Sinne und des Verstandes.

Hiebei sind insbesondere noch zu berücksichtigen: die Fallsucht, die Taubstummheit, das jugendliche Alter und diejenigen vorübergehend krankhaften Geisteszustände, welche durch heftige Affecte, durch Trunkenheit und Trunkfälligkeit, durch Säuferwahnsinn (*delirium tremens*), durch thierische Begierden und Naturtriebe und durch regelwidrige Körperentwicklung herbeigeführt worden. (§§. 71, 75, 76, 77 und 79 des Strafgesetzbuches).

§. 89.

Bei Untersuchungen über Geschlechtsreife haben die Gerichtsärzte zu ermitteln und anzugeben, ob der Körper der zu Untersuchenden im Allgemeinen, und besonders die Geschlechtstheile, die dem Alter derselben angemessene Entwicklung erlangt, und ob deren Functionen in dieser Beziehung bereits stattgefunden haben.

§. 90.

Bei Untersuchung über das Zeugungsvermögen ist, außer dem im vorhergehenden Paragraphen Angegebenen, noch weiter zu erheben:

ob an dem Körper der betreffenden Person überhaupt, namentlich aber an den Geschlechtstheilen derselben, den Zeugungsact hindernde Bildungsfehler, oder krankhafte Zustände bestehen, welche vorkommenden Falles genau zu beschreiben sind.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Mittwoch den 13. August 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsseungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Diensta-
nachrichten.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachungen des großherzoglichen Ministeriums des Innern: das Verbot der Verbreitung des Krauer Tagblattes betreffend. Staatsgenehmigung von Stiftungen im Gekreife betreffend. Die Collecte für die durch das Hochwasser beschädigten hülfbedürftigen Personen betreffend. Bekanntmachung des großherzoglichen Finanzministeriums: die zweite Serienziehung für die fünfzehnte Gewinnziehung von dem Ansehen zu fünf Millionen Gulden vom Jahr 1840 betreffend.

Dienstverlethigungen. Todesfall.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsseungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Diensta n a c h r i c h t e n.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich
unter dem 24. Juni d. J.

allergnädigst bewogen gefunden,

den Legationsrath Freiherrn Wilhelm von Meyßenburg zu Höchstihrem außerordentlichen
Gesandten und Bevollmächtigten Minister am königlich preußischen Hofe zu ernennen.

Durch allerhöchste Ordre vom 19. Juli Nr. 65 wurde der Rechtspraktikant Wilhelm Beniz
von Gengenbach zum Auditor ernannt und ihm das Garnisonsauditorat Rastatt übertragen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Das Verbot der Verbreitung des Krauer Tagblattes betreffend.

Der Verleger des Krauer Tagblattes, S. Landolt zu Krau wurde durch Urtheil des
großherzoglichen Hofgerichts des Oberrheinkreises vom 8. April d. J. Nr. 1886—87 III. Senat,
der durch die Presse verübten Ehrenkränkung der großherzoglichen Gendarmerie für schuldig erklärt
und dafür zu einer Gefängnißstrafe von vier Monaten und zu Tragung der Untersuchungs- und

Straferstehungskosten verurtheilt. Da derselbe diesem Urtheile bis jetzt nicht genügt hat, so wird die Verbreitung des von ihm verlegten Arauer Tagblatts bis dies geschehen, auf den Grund des §. 26 des Preßgesetzes, hiermit unter dem Anfügen verboten, daß die Uebertreter dieses Verbotes der im §. 14 daselbst bestimmten Strafe unterliegen.

Carlsruhe, den 6. August 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Staatsgenehmigung von Stiftungen im Seekreise betreffend.

Nachstehende Stiftungen haben von der Regierung des Seekreises die Staatsgenehmigung erhalten und werden hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 21. Juli 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Es haben gestiftet:

Georg Wiedmann zu Hammereisenbach in die dortige Kirche zur Abhaltung eines Jahrtags für den Stifter und Maria Beha 100 fl.;

Petronella Maier zu Böhrenbach in den dortigen Armenfond 100 fl.;

ein Ungenannter in den Armenfond zu Bärenthal 200 fl.;

Balthasar Walser von Markdorf in den dortigen Spitalkirchenfond 100 fl. zur Abhaltung eines Jahrtags für seine verstorbene Ehefrau;

ein Ungenannter in die Pfarrkirche zu Markdorf ein rothsamntenes Messgewand im Betrag von 4 fl. 36 fr.;

viele Bürger von Gottmadingen in den dortigen Armenfond den Betrag von 138 fl. 37 fr.,

Defan Müller von Randegg und andere Geistliche 4 fl. 24 fr.,

mehrere Ortseinwohner von Gottmadingen in die Kirche allda eine schwarze Fahne im Betrage von 35 fl.,

Maria Anna Dekret von da in die Kirche eine weiße Fahne und ein Ciborenmäntelchen im Werthe von 42 fl.;

Jakob Markquart zu Unterglashütten in den dortigen Kapellenfond 25 fl.;

ein Ungenannter zu Blumenfeld in die dortige Kirche 100 fl.;

von Seethal, Pfarrer zu Burgweil, in die dortige Kirche drei silberne Delgefäße und in die Schule Dr. Ewalds Bibel, im Anschlage zu 75 fl.;

ein Ungenannter in die Kirche zu Nebelshofen zwei Blumenkränze im Werthe von 15 fl.;

mehrere Ungenannte in die Kirche zu Hochemmingen drei Altartücher, eine Festtags-

albe und eine schwarze Fahne, taxirt zu 42 fl.;

Maria Kleiser von Böhrenbach in den dortigen Armenfond 25 fl.;

Maria Riedmüller von Niedereschach in den dortigen Kirchenfond 100 fl.;
der Verwaltungsrath der aufgelösten Viehleihekasse zu Sipplingen in den dortigen Armen-
fond 10 fl., mit der Bedingung des unverzinslichen Rückersatzes für den Fall, daß sich wieder
eine solche Viehleihekasse in Sipplingen bilden sollte.

Die Collecte für die durch das Hochwasser beschädigten hilfsbedürftigen Personen betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst befohlen, daß zur Linder-
ung der Noth derjenigen hilfsbedürftigen Bewohner des Großherzogthums, welche durch die
letzten Hochgewässer an ihrem Eigenthum beschädigt wurden, eine allgemeine Hauscollecte ange-
ordnet werde.

Indem wir diese höchste Entschließung unter dem Anfügen zur öffentlichen Kenntniß bringen,
daß die Vertheilung der eingehenden Beiträge auf die betroffenen Amtsbezirke von dem unter-
zeichneten Ministerium, die Zuweisung der Unterstützungssummen an die einzelnen hilfsbedürftigen
Personen von besonderen Bezirksunterstützungskommissionen (landesherrliche Verordnung vom
21. Januar 1847, Regierungsblatt Nr. III.) geschehen wird, vertrauen wir, daß der oft bewährte
Wohlthätigkeitsinn der Bewohner des Landes auch jetzt den vielen hartbedrängten Mitbürgern
hülfebringend entgegenkommen werde, und daß alle öffentlichen Behörden und mitwirkenden
Staatsbürger es sich zur besonderen Aufgabe machen werden, die zum Vollzuge der höchsten Ent-
schließung erlassenen Anordnungen rasch und mit allem Nachdruck zu vollziehen.

Carlsruhe, den 11. August 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Die zweite Serienziehung für die fünfzehnte Gewinnziehung von dem Anlehen zu fünf Millionen Gulden
vom Jahr 1840 betreffend.

Bei der heute stattgehabten zweiten Serienziehung für die fünfzehnte Gewinnziehung von dem
Anlehen der Amortisationskasse von 1840 zu fünf Millionen Gulden sind die

| | | | | |
|---------------|------------|----------------|-----|----------------|
| Serie-Nr. 429 | enthaltend | Loos-Nr. 42801 | — | 42900. |
| " " | 453 | " " | " " | 45201 — 45300. |
| " " | 569 | " " | " " | 56801 — 56900. |
| " " | 585 | " " | " " | 58401 — 58500. |
| " " | 741 | " " | " " | 74001 — 74100. |
| " " | 812 | " " | " " | 81101 — 81200. |
| " " | 866 | " " | " " | 86501 — 86600. |

herausgekommen, was andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Carlsruhe, den 1. August 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Probst.

U. O. P.

Diensterledigungen.

Die evangelische Pfarrei Oberdöwisheim, Dekanats Bretten, mit einem Competenzanschlag von 702 fl. 11 fr., einschließlich einer neuen widerruflichen Dotationserhöhung von 100 fl., ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen sechs Wochen vorschriftsgemäß bei dem großherzoglichen evangelischen Oberkirchenrath zu melden.

Die katholische Pfarrei Lehen, Stadtamts Freiburg, ist mit einem jährlichen Einkommen von beiläufig 1,000 fl., worauf jedoch die Verbindlichkeit ruht, zur Tilgung eines Provisoriums jährlich 13 fl., auf Martini 1852 letztmals zu bezahlen, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich sowohl bei dem erzbischöflichen Ordinariate als bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Messelhausen, Amts Gerlachsheim, ist mit einem Jahreseinkommen von 600 fl. erledigt worden. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich bei der freiherrlich von Zobel'schen Grundherrschaft zu Messelhausen, als Patron, innerhalb sechs Wochen vorschriftsmäßig zu melden.

Die zur Ausfülle in der Seelsorge bestimmte St. Ulrichs- oder Frühmehrpfründe zu Steißlingen, Amts Stöckach, wird mit einem beiläufigen Jahresertrag von 600 fl., worauf jedoch ein jährliches Provisorium von 13 fl. 20 fr. bis zum Jahre 1867 ruht, zur Wiederbesetzung ausgeschrieben. Die Bewerber um dieselbe haben sich bei der freiherrlich von Stöckingen'schen Grundherrschaft zu Steißlingen, welcher das Präsentationsrecht zusteht, nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Malsch, Amts Ettlingen, mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 2,200 fl., worauf jedoch außer der Verbindlichkeit zur Haltung eines Vikars, ein Provisorium von jährlichen 150 fl., 1863 letztmals, von noch restlichen 100 fl. 22 fr. für Kriegskosten ruht, ist erledigt worden. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen vorschriftsmäßig zu melden.

Die katholische Pfarrei Mühlhausen, Oberamts Pforzheim, mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 700 fl. soll wieder besetzt werden. Die Bewerber haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrathe vorschriftsmäßig zu melden.

Die katholische Pfarrei Wiehlungen, Oberamts Heidelberg, mit einem Jahreseinkommen von 600 fl., worauf die Verbindlichkeit ruht, jährlich 10 fl. nebst Zins zur Abzahlung eines Provisoriums bis zum Jahre 1859 einschließlich zu entrichten, ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Todesfall.

Gestorben ist:

am 10. Mai d. J.: der pensionirte Physikus Ketterer in Triberg.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Donnerstag den 28. August 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsse Seine Königl. Hoheit des Großherzogs: Erlaubniß zur Annahme fremder Orden. Dienstaufträge.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: die diesjährige Versammlung der Centralcommission für die Rheinschiffahrt in Mainz betreffend. Bekanntmachungen des großherzoglichen Ministeriums des Innern: die Stiftung des Johann Niedmüller von Unterbadlingen betreffend. Die Bürgermeisterwahlen betreffend. Die Vornahme der Lehramtskandidatenprüfung betreffend. Bekanntmachungen des großherzoglichen Finanzministeriums: den Vollzug des provisorischen Gesetzes vom 19. Juli d. J. über die Abänderung verschiedener Bestimmungen im Vereinszolltarife betreffend. Die Wasserzölle von Gegenständen des freien Verkehrs betreffend. Die Ermäßigung der Mainzölle betreffend.

Dienstverordnungen. Todesfälle.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsse Seine Königl. Hoheit des Großherzogs.

Erlaubniß zur Annahme fremder Orden.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben
unter dem 5. August d. J.

dem Bürgermeister Reiß in Mannheim und dem Handelsmann Lauer von da die allergnädigste Erlaubniß erteilt, daß ihnen von Seiner Majestät dem Könige der Niederlande verliehene Ritterkreuz des Löwenordens anzunehmen und zu tragen.

Dienstaufträge.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben Sich
unter dem 11. August d. J.

allergnädigst bewogen gefunden,

der von dem Herrn Erzbischof in Freiburg erfolgten Ernennung des Stiftungsrevisors Fridolin Winkert in Carlsruhe zum Sekretär bei der erzbischöflichen Ordinariatskanzlei in Freiburg die höchstlandesherrliche Genehmigung zu erteilen;

die katholische Pfarrei Kürzell, Oberamts Lahr, dem Pfarrer Johann Weber in Welschensteinach, und

die katholische Pfarrei Zell im Wiesenthal dem Pfarrer Franz Joseph Haas, zur Zeit Pfarrverweser in Rappelsroed, zu übertragen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich ferner
unter dem 19. August d. J.

allergnädigst bewogen gefunden:

den Ingenieur bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, Robert Gerwig, zum Assessor bei dieser Stelle zu ernennen;

dem Amtsvorstande, Amtmann Ludwig Schauble in Constanz, den Charakter als Oberamtmann zu verleihen;

dem Universitätsgärtner Mayer in Freiburg die Staatsdienerereignenschaft zu erteilen;

dem praktischen Arzte Dr. Wiggenghauser zu Bodmann, in Anerkennung seiner vieljährigen ausgezeichneten Wirksamkeit den Charakter als Medizinalrath zu verleihen;

die erledigte Stelle eines Assistenz- und Badearztes zu Langenbrücken dem praktischen Arzte, Wund- und Hebarzte Dr. Gimer in Lahr zu übertragen;

dem evangelischen Pfarrverweser Christian Friedrich Gruner in Barga den Titel und Rang eines Pfarrers zu verleihen;

die evangelische Pfarrei Hochstetten, Landamts Karlsruhe, dem Pfarrverweser Carl Braun in Langenalb,

die katholische Pfarrei Honningen, Bezirksamts Donaueschingen, dem Kaplan Carl Heisler von Horheim, und

die katholische Pfarrei Mosbach dem Pfarrer Johann Hofmeister in Dallau zu übertragen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die diesjährige Versammlung der Centralcommission für die Rheinschiffahrt in Mainz betreffend.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Centralcommission für die Rheinschiffahrt in diesem Jahre vom 15. d. M. bis zur Mitte September in Mainz versammelt sein wird.

Carlsruhe, den 12. August 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Schr. Mädt.

Vdt. Warbiche.

Die Stiftung des Johann Riedmüller von Unterbaldingen betreffend.

Der verstorbene Johann Riedmüller von Unterbaldingen hat zur Gründung eines Schulfonds für diese Gemeinde die Summe von 300 fl. mit dem Bemerken gestiftet, daß die Zinsen hieraus zur Anschaffung von Bedürfnissen für katholische arme Schulkinder von Unterbaldingen verwendet werden sollen.

Diese Stiftung hat die Staatsgenehmigung erhalten und wird zum ehrenden Andenken des Stifters hierdurch bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 6. August 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Die Bürgermeisterwahlen betreffend.

Zum Vollzuge des §. 27 des Gesetzes über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden wird mit allerhöchster Ermächtigung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs aus großherzoglichem Staatsministerium vom 11. I. M. Nr. 1336 verordnet, wie folgt:

§. 1.

Sind gegen eine vorgenommene Bürgermeisterwahl innerhalb der im §. 101 der Gemeindewahlordnung festgesetzten Frist von acht Tagen keine Beschwerden oder Anfechtungen erfolgt, so werden die Wahllisten alsbald, andernfalls nach geschlossener Verhandlung über die erhobenen Beschwerden oder Anfechtungen vom Bezirksamt der Mittelbehörde vorgelegt.

§. 2.

Erkennt die Mittelbehörde die Wahl als zu Recht bestehend, so erteilt oder versagt sie die Bestätigung und verfügt darnach die Einweisung des Gewählten in den Dienst oder die Vornahme einer neuen Wahl.

§. 3.

Die Ernennung des Bürgermeisters im Falle des §. 27 Absatz 8 des Gesetzes über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden erfolgt ebenfalls durch die Mittelbehörde.

§. 4.

Die Verfügungen der Mittelbehörde, wodurch die Bestätigung eines Bürgermeisters erteilt oder versagt oder die Ernennung eines solchen ausgesprochen wird, sind endgültig.

Carlsruhe, den 16. August 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Buiffon.

Die Vornahme der Lehramtskandidatenprüfung betreffend.

Die Vornahme der Lehramtskandidatenprüfung ist auf Dienstag den 7. Oktober d. J. Morgens 8 Uhr und die folgenden Tage bestimmt.

Diejenigen Candidaten, welche sich dieser Prüfung unterziehen wollen, werden aufgefordert, unter Vorlage ihrer Studien- und Sittenzugnisse und eines lateinisch abgefaßten curriculum vitae bei dem großherzoglichen Oberstudienrath sich zu melden.

Carlsruhe, den 22. August 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. von Freybof.

Verordnung, den Vollzug des provisorischen Gesetzes vom 19. Juli d. J. über die Abänderung verschiedener Bestimmungen im Vereinszolltarife betreffend.

Unter Hinweisung auf das im Regierungsblatt vom 5. d. M., Seite 541 verkündete provisorische Gesetz vom 19. v. M., die Abänderung des Vereinszolltarifs betreffend, wird zu dessen Vollzug verordnet, was folgt:

§. 1.

Alle besonderen Bestimmungen, wodurch verschiedene Gegenstände im Verkehr mit einzelnen fremden Staaten oder an einzelnen Grenzstrecken anderen als den tarifmäßigen Zöllen unterliegen, bleiben, in so weit sie nicht inzwischen außer Wirksamkeit gesetzt worden sind, wie dieß namentlich bezüglich verschiedener, seither im Verkehr mit der Schweiz bestandener Zollbegünstigungen durch die Verordnung vom 1. d. M., Regierungsblatt Seite 538, geschehen ist, forthin und bis auf Weiteres in Wirksamkeit.

§. 2.

Alle vom 1. Oktober d. J. an stattfindenden Zollabfertigungen, bei welchen entweder der tarifmäßige Zoll, oder nach den unter §. 1 erwähnten besonderen Bestimmungen ein gewisser Theil des tarifmäßigen Zolles zu entrichten ist, geschehen auf den Grund des provisorischen Gesetzes vom 19. v. M. Die zu Folge dieses Gesetzes in Anwendung kommenden Tarifbestimmungen enthält der anliegende Tarif.

§. 3.

Zu den im dritten Abschnitt der dritten Tarifsabtheilung bezeichneten Straßen, für welche eine weitere Ermäßigung des Durchgangszolles zugestanden ist, gehören auch ferner

1. die Straßen, welche öflich des Straßenzugs von Waldsassen nach Pfronten, diesen eingeschlossen, ein- und austreten;

2. die Straßen, welche das Vereinsgebiet auf der Linie von Rehl bis Mittenwald einschließlich oder südlich dieser Linie berühren;
 3. die Straßen von den Rheinhäfen zu Mainz und Biebrich, von den am linken oder rechten Rheinufer oberhalb Mainz gelegenen Häfen, so wie von den Main- und Neckarhäfen über die Grenzlinie von Neuburg a. Rh. bis Mittenwald (diesen Ort eingeschlossen);
 4. die Straßen, welche von Mainz und Biebrich, oder von einem Rheinhafen oberhalb Mainz nach einem höher gelegenen Rheinhafen führen;
 5. die Straßen, welche auf der südlichen Grenzlinie von Schusterinsel einschließlich bis zur Donau (diese eingeschlossen) ein- und ausmünden;
- und es beträgt auf allen diesen Straßen die Durchgangsabgabe einen halben Kreuzer vom Zentner.

§. 4.

Das nach §. 14 des Zollgesetzes zur richtigen Anwendung des Zolltarifs dienende amtliche Waarenverzeichnis ist durchgesehen und nach den beschlossenen Tarifsänderungen berichtigt. Es wird den Zollbehörden demnächst zur Nachachtung zugestellt, und kann alsdann auch von jedem Dritten im Wege des Buchhandels erworben werden.

§. 5.

Die großherzogliche Zolldirection ist angewiesen, hiernach die Zollbehörden zu instruiren und den Vollzug zu überwachen.

Carlsruhe, den 7. August 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Probst.

Die Wasserzölle von Gegenständen des freien Verkehrs betreffend.

Im Zusammenhange mit der Ermäßigung der Rheinzölle, welche nach der Bekanntmachung großherzoglichen Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 29. v. M. (Regierungsblatt Seite 547) durch Uebereinkunft zwischen den Regierungen der deutschen Rheinuferstaaten gewährt ist, wurden der nassauischen Schifffahrt und den nassauischen Erzeugnissen dieselben Wasserzollbegünstigungen bezüglich der im freien Verkehre befindlichen Gegenstände nicht notorisch außerdeutschen Ursprungs zugestanden, wie solche die Schifffahrt und die Erzeugnisse von Baden, Preußen, Bayern, Württemberg, Großherzogthum Hessen und Frankfurt genießen.

In Folge dessen sind vom 1. Oktober dieses Jahres an und vorläufig bis zum 31. Dezember 1853 alle Gegenstände des freien Verkehrs mit Ausnahme der notorisch außerdeutschen Erzeugnisse, wenn sie aus Häfen des Herzogthums Nassau auf den Theilen des Rheins oder Neckars, von welchen Baden Rhein-, beziehungsweise Neckarzoll zu erheben hat, verführt werden, hinsichtlich des Nachlasses oder der Ermäßigung dieses Zolles ganz eben so zu behandeln, wie

gleichartige aus den Häfen von Baden, Preußen, Bayern, Württemberg, Großherzogthum Hessen und Frankfurt verschiffte Gegenstände.

Dies wird zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 9. August 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Probst.

Die Ermäßigung der Mainzölle betreffend.

Da vom 1. Oktober dieses Jahres an eine Ermäßigung des Rheinzolles für Gegenstände der vollen Gebühr eintreten wird und für diesen Fall nach zwischen Baden und Bayern bestehender Uebereinkunft auch eine Ermäßigung des badischen Mainzolles statt zu finden hat, so wird hiermit zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht, daß von gedachtem Tag an bis auf Weiteres der Wertheimer Mainzoll zur vollen Gebühr von 3 fr. auf 2½ fr. vom Zentner ermäßigt werde, während es bei den übrigen Sätzen der gedachten Mainzollstätte, wie sie durch die Bekanntmachung großherzoglichen Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 22. Mai 1846 (Regierungsblatt 1846, Seite 108) verkündet worden sind, auch ferner sein Verbleiben hat.

Carlsruhe, den 9. August 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Probst.

D i e n s t e r l e d i g u n g e n .

Die katholische Pfarrei Neckargemünd mit einem Einkommen von 700 fl. ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Buchholz, Amts Waldbirch, mit einem Einkommen von 600 fl. ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei der freiherrlich Karl von Gleichenstein'schen Grundherrschaft zu Freiburg als Patron nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Sandweiler, Amts Baden, ist mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 600 fl., worauf bis zum Jahre 1855 eine jährliche Abgabe von etwa 4 fl. ruht, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrath innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Die evangelische Pfarrei Eutingen, Dekanats Pforzheim, mit einem Competenzanschlag von 930 fl. 36 kr. und einem wirklichen Ertrage von ungefähr 1,200 fl. ist in Erledigung gekommen. Auf derselben haftet eine Schuld von 218 fl. 3 kr., welche vom ernannt werdenden Pfarrer zu verzinsen und in fünf Jahresterminen zu tilgen ist. Die Bewerber haben sich binnen sechs Wochen vorschriftsgemäß bei dem großherzoglichen evangelischen Oberkirchenrath zu melden.

Die katholische Pfarrei Oberdöwisheim, Oberamts Bruchsal, mit einem jährlichen Einkommen von 600 fl., ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Man sieht sich veranlaßt, die katholische Pfarrecuratie Stetten, Amts Engen, mit einem jährlichen Einkommen von 600 fl. zur Wiederbesetzung nochmals auszuscheiden. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich bei dem katholischen Oberkirchenrathe binnen sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Man sieht sich veranlaßt die katholische Pfarrei Gündelwangen, Amts Bonndorf, mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 800 fl. zur Wiederbesetzung nochmals auszuscheiden. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich binnen sechs Wochen bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

Man sieht sich veranlaßt, die katholische Pfarrei Lhannheim, Amts Donaueschingen, mit einem Einkommen von 600 fl. zur Wiederbesetzung nochmals auszuscheiden. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich binnen sechs Wochen bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Kiechel, Amts Kenzingen, ist mit einem Jahreseinkommen von beiläufig 2,200 fl. erledigt. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen vorschriftsmäßig zu melden.

Man findet sich veranlaßt, die katholische Pfarrei Blumberg, Amts Donaueschingen, mit einem beiläufigen Jahresertragniß von 900 fl. zur Besetzung nochmals auszuscheiden. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen sechs Wochen bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

Man sieht sich veranlaßt, die Kaplanei ad St. Catharinam zu Mößkirch mit einem beiläufigen Einkommen von 600 fl., worauf jedoch von der Gemeinde beanspruchte Kriegskosten haften, nochmals zur Bewerbung auszuscheiden. Die Competenten haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

Das Pbyssikat Gengenbach ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dasselbe haben sich binnen vier Wochen bei der großherzoglichen Sanitätscommission vorschriftsmäßig zu melden.

Todesfälle.**Gestorben sind:**

- am 3. Juni d. J.: der pensionirte Oberzollinspektor Diehl in Mannheim;
am 14. Juli d. J.: der pensionirte Zeichner Heiß in Baden;
am 1. August d. J.: der katholische Pfarrer Andreas Zehnder in Sandweiler;
am 6. August d. J.: der pensionirte Geheime Regierungsrath Mors in Freiburg.
am 10. August d. J.: der pensionirte Geheime Kirchenrath Professor Dr. Heinrich Eberhard
Gottlieb Paulus in Heidelberg.
am 13. August d. J.: der großherzogliche Physikus Merklin zu Gengenbach.
-

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Freitag den 29. August 1851.

Inhalt.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: den Eintritt von Württemberg in den deutsch-österreichischen Postverein betreffend.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Den Eintritt von Württemberg in den deutsch-österreichischen Postverein betreffend.

Da der Anschluß der königlich württembergischen Postverwaltung an den deutsch-österreichischen Postverein mit dem 1. k. M. September in Vollzug gesetzt werden wird, so treten von diesem Tage an die in der diesseitigen Verordnung vom 12. April d. J. — den Anschluß des Großherzogthums an den deutsch-österreichischen Postverein betreffend — Regierungsblatt Seite 279 u. f. im Abschnitte I. §§. 4 bis 10 enthaltenen Vorschriften auch beim Postverkehr zwischen Baden und Württemberg in Wirksamkeit, wogegen gleichzeitig die im Abschnitt II. jener Verordnung enthaltenen Vorschriften bezüglich dieses Verkehrs außer Anwendung gesetzt werden.

Dies wird mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß im unmittelbaren Fahrpostverkehr zwischen Baden und Württemberg, d. h. wenn die Versendung ohne Vermittelung einer dritten Postverwaltung erfolgt, das Porto von Fahrpostsendungen zwischen Postanstalten des beiderseitigen Gebiets nur nach der Entfernung in gerader Linie bemessen wird, in der Art jedoch

1. daß bei einer Entfernung bis zu 10 Meilen einschließlich für jede der beiden Postverwaltungen der erste Progressionsfuß (1 bis 5 Meilen),
2. bei einer Entfernung zwischen 10 und 20 Meilen (2. Rayon) für jede der beiden Postverwaltungen der zweite Progressionsfuß (5 bis 10 Meilen),
3. bei einer Entfernung über 20 bis 30 Meilen (3. Rayon) für jeden Theil der dritte Progressionsfuß (10 bis 15 Meilen),
4. bei einer Entfernung über 30 Meilen (4. Rayon) ebenso der vierte Progressionsfuß (15 bis 20 Meilen),

5. bei unmittelbar gegenüberliegenden Grenzstationen einschließend der dazwischen liegenden Postexpeditionen ohne Pferdewechsel aber nur der erste Progressionsfuß (1 bis 5 Meilen) und zwar zu Gunsten der absendenden Postverwaltung, in Ansatz kommt.

Carlsruhe, den 27. August 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.
 Frhr. Rdt.

Vdt. von Dusch.

Erst
 2. 1. 1852
 3. 1. 1852
 4. 1. 1852
 5. 1. 1852
 6. 1. 1852
 7. 1. 1852
 8. 1. 1852
 9. 1. 1852
 10. 1. 1852
 11. 1. 1852
 12. 1. 1852
 13. 1. 1852
 14. 1. 1852
 15. 1. 1852
 16. 1. 1852
 17. 1. 1852
 18. 1. 1852
 19. 1. 1852
 20. 1. 1852
 21. 1. 1852
 22. 1. 1852
 23. 1. 1852
 24. 1. 1852
 25. 1. 1852
 26. 1. 1852
 27. 1. 1852
 28. 1. 1852
 29. 1. 1852
 30. 1. 1852
 31. 1. 1852
 32. 1. 1852
 33. 1. 1852
 34. 1. 1852
 35. 1. 1852
 36. 1. 1852
 37. 1. 1852
 38. 1. 1852
 39. 1. 1852
 40. 1. 1852
 41. 1. 1852
 42. 1. 1852
 43. 1. 1852
 44. 1. 1852
 45. 1. 1852
 46. 1. 1852
 47. 1. 1852
 48. 1. 1852
 49. 1. 1852
 50. 1. 1852
 51. 1. 1852
 52. 1. 1852
 53. 1. 1852
 54. 1. 1852
 55. 1. 1852
 56. 1. 1852
 57. 1. 1852
 58. 1. 1852
 59. 1. 1852
 60. 1. 1852
 61. 1. 1852
 62. 1. 1852
 63. 1. 1852
 64. 1. 1852
 65. 1. 1852
 66. 1. 1852
 67. 1. 1852
 68. 1. 1852
 69. 1. 1852
 70. 1. 1852
 71. 1. 1852
 72. 1. 1852
 73. 1. 1852
 74. 1. 1852
 75. 1. 1852
 76. 1. 1852
 77. 1. 1852
 78. 1. 1852
 79. 1. 1852
 80. 1. 1852
 81. 1. 1852
 82. 1. 1852
 83. 1. 1852
 84. 1. 1852
 85. 1. 1852
 86. 1. 1852
 87. 1. 1852
 88. 1. 1852
 89. 1. 1852
 90. 1. 1852
 91. 1. 1852
 92. 1. 1852
 93. 1. 1852
 94. 1. 1852
 95. 1. 1852
 96. 1. 1852
 97. 1. 1852
 98. 1. 1852
 99. 1. 1852
 100. 1. 1852

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Dienstag den 9. September 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsseungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Ordensverleihungen. Erlaubniß zur Annahme fremder Orden. Medaillenverleihungen. Dienstaachrichten.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachungen des großherzoglichen Finanzministeriums: die Serienziehung für die dritte diesjährige Gewinnziehung des Anlehens zu vierzehn Millionen Gulden vom Jahr 1845 betreffend. Die fünfzehnte Gewinnziehung für das Anlehen der Amortisationsklasse vom Jahr 1840 zu fünf Millionen Gulden betreffend.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsseungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Ordensverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben
unter dem 24. Juli d. J.

allergnädigst zu verleihen geruht:

das Ritterkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen: dem Bürgermeister Nieder in Freiburg; ferner
unter dem 12. August d. J.

das Commandeurkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen: dem Regierungsdirektor From-
herz in Constan;

das Ritterkreuz desselben Ordens:

dem Oberamtmann Bausch in Carlsruhe,
dem Oberamtmann von Faber in Offenburg,
dem Stadtdirektor Freiherrn von Neubronn in Lahr,
dem Oberamtmann Fingado in Emmendingen,
dem Stadtdirektor von Uria in Freiburg,
dem Oberamtmann Winter in Lörrach,
dem Dekan und Stadtpfarrer Roth in Müllheim,
dem erzbischöflichen Dekan und Pfarrer Eschbach in Hochsal,
dem Kammerherrn und Oberforstmeister Freiherrn Drais von Sauerbronn in Freiburg,
dem Ohereinnehmer Kläiber in Constan; ,
dem Oberzollinspektor Kengler in Rehl und
dem Oberzollinspektor Mader in Ludwigshafen.

Erlaubniß zur Annahme fremder Orden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben

unter dem 21. August d. J.

dem großherzoglichen Staatsminister Freiherrn Rüdert von Collenberg allergnädigst die Erlaubniß erteilt, den ihm von Seiner Majestät dem Könige von Preußen verliehenen rothen Adlerorden erster Classe anzunehmen und zu tragen.

Die gleiche allerhöchste Erlaubniß erhielt

unter dem 21. August d. J.

der großherzogliche Geheime Kabinettssekretär Hacker für den ihm von Seiner Majestät dem König von Preußen verliehenen rothen Adlerorden vierter Classe, und

unter dem 27. August d. J.

der großherzogliche Direktor der Posten und Eisenbahnen, Freiherr von Reizenstein für den ihm von Seiner Majestät dem Könige von Preußen verliehenen rothen Adlerorden zweiter Classe.

Medaillenverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben

im Juli d. J.

allergnädigst zu verleihen geruht:

die große goldene Civilverdienstmedaille:

dem Bürgermeister Steiner in Constanz,

dem Bürgermeister Wiedemer in Offenburg;

die kleine goldene Civilverdienstmedaille:

dem Dampfschiffahrtskapitän Bruder in Constanz;

die silberne Civilverdienstmedaille:

dem Bürgermeister Schwab in Kollmarsreuth,

dem Bürgermeister Maier in Wasenweiler,

dem Bürgermeister Koch in St. Georgen,

dem Bürgermeister Brüttsch in Randegg,

dem Bürgermeister von Briel in Orsingen,

dem Gendarmeriebrigadier Steigert in Donaueschingen, und

dem Gendarmen Hollweger in Constanz; ferner

unter dem 12. August d. J.

die große goldene Civilverdienstmedaille:

dem Hauptzollverwalter Schmied in Constanz;

die silberne Civilverdienstmedaille:

dem Bürgermeister Schwehr in Heuweiler, und

dem Gendarmeriebrigadier Schätzle in Freiburg.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich

unter dem 27. August d. J.

allergnädigst bewogen gefunden:

den Expeditor Friedrich Wilhelm Bauschlacher zum Staatsministerialregistrator zu ernennen;
den zweiten Verwalter der polizeilichen Verwahrungsanstalt und der Siechenanstalt zu Pforzheim, Anton Hölzlin als Revisor zur Regierung des Oberrheinkreises zu versetzen und den Regierungsrevisor Heinrich Brettle in Freiburg zum Verwalter der Siechenanstalt und zum Verrechner der polizeilichen Verwahrungsanstalt in Pforzheim zu ernennen;

das erledigte Physikat Blumenfeld dem Amtschirurgen Gustav Schmidt daselbst, unter Ernennung desselben zum Physikus, und

das erledigte Physikat Stühlingen dem praktischen Arzte Casimir Seeger in Schönaue, unter Ernennung desselben zum Physikus zu übertragen;

den Oberrechnungs Rath Friedrich Freyberg bei der Oberrechnungskammer in den Ruhestand zu versetzen;

die katholische Pfarrei Steinach, Amts Haslach, dem Pfarrer Johann Nepomuk Moser zu Plittersdorf, und

das erledigte Frühmessbenefizium ad Sanctum Sebastianum in Mößkirch dem bisherigen Verweser dieser Pfründe, Priester Carl Will zu übertragen;

unter dem 29. August d. J.

dem Dr. Johann Baptist Bader in Zigenhausen den Charakter und Rang eines Geheimen Rathes dritter Classe zu verleihen;

unter dem 1. September d. J.

die evangelische Pfarrei Bauschlott, Oberamts Pforzheim, dem Pfarrer Martini in Legernau,
die evangelische Pfarrei Weingarten, Oberamts Durlach, dem Pfarrverweser August Krumholz in Nußloch,

die katholische Pfarrei Bräunlingen, Bezirksamts Donaueschingen, dem Pfarrer Springer in Oberharmersbach,

die katholische Pfarrei Engen dem gegenwärtigen Pfarrverweser daselbst, Benedikt Höferlin,

die katholische Pfarrei Göttingen, Bezirksamts Constanz, dem Benefiziumsverweser Johann Nepomuk Will in Pfullendorf, und

die erledigte Nachpräbikaturpfründe zu Pfullendorf dem Pfarrverweser Carl Dieffenhofer in Rippingen zu übertragen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Serienzziehung für die dritte diesjährige Gewinnziehung des Anlehens zu vierzehn Millionen Gulden vom Jahr 1845 betreffend.

Bei der heute stattgehabten Serienzziehung des Anlehens der Eisenbahnschuldentilgungskasse von 1845 zu vierzehn Millionen Gulden sind die

| Serie Nr. | enthaltend Loos-Nr. | Serie Nr. | enthaltend Loos-Nr. |
|-----------|---------------------|-----------|---------------------|
| 115 | 5701 — 5750. | 3872 | 193551 — 193600. |
| 293 | 14601 — 14650. | 3966 | 198251 — 198300. |
| 557 | 27801 — 27850. | 4109 | 205401 — 205450. |
| 642 | 32051 — 32100. | 4419 | 220901 — 220950. |
| 846 | 42251 — 42300. | 4677 | 233801 — 233850. |
| 1101 | 55001 — 55050. | 4768 | 238351 — 238400. |
| 1257 | 62801 — 62850. | 4828 | 241351 — 241400. |
| 1327 | 66301 — 66350. | 4829 | 241401 — 241450. |
| 1761 | 88001 — 88050. | 4953 | 247601 — 247650. |
| 1843 | 92101 — 92150. | 5105 | 255201 — 255250. |
| 2152 | 107551 — 107600. | 5536 | 276751 — 276800. |
| 2467 | 123301 — 123350. | 5615 | 280701 — 280750. |
| 2487 | 124301 — 124350. | 6118 | 305851 — 305900. |
| 2656 | 132751 — 132800. | 6202 | 310051 — 310100. |
| 2783 | 139101 — 139150. | 6633 | 331601 — 331650. |
| 2963 | 148101 — 148150. | 6826 | 341251 — 341300. |
| 3009 | 150401 — 150450. | 7244 | 362151 — 362200. |
| 3067 | 153301 — 153350. | 7349 | 367401 — 367450. |
| 3088 | 154351 — 154400. | 7393 | 369601 — 369650. |
| 3401 | 170001 — 170050. | 7933 | 396601 — 396650. |

Herausgegeben, was andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Carlsruhe, den 30. August 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.

Regenauer.

Vdt. Probst.

Die fünfzehnte Gewinnziehung für das Anlehen der Amortisationskasse vom Jahr 1840 zu fünf Millionen Gulden betreffend.

Das Resultat der heute stattgehabten fünfzehnten Gewinnziehung von dem vorbemerkten Anlehen wird durch die beifolgende Liste zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Die Gewinne werden planmäßig auf den 1. Februar 1852 durch die Amortisationskasse bezahlt werden, wenn es die Inhaber der Loose nicht vorziehen, ihre Gewinne früher bei dieser Kasse gegen Abzug von einem Kreuzer vom Gulden in den Monaten September und Oktober, und von einem halben Kreuzer vom Gulden in den Monaten November, Dezember und Januar zu erheben.

Carlsruhe, den 1. September 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Probst.

Liste

der zu dem Lotterielehen der großherzoglichen Amortisationskasse
vom Jahr 1840 von fünf Millionen Gulden

gehörigen 1300 Stück Loose mit den darauf gefallen Gewinnsten, welche bei der

Fünfzehnten Ziehung

am 1. September 1851 unter Aufsicht der großherzoglichen Kommission und in Gegenwart der
Anlehens-Unternehmer gezogen wurden.

(Nach der Nummernfolge geordnet.)

Nummern der am 1. Februar und 1. August 1851 gezogenen 13 Serien.

311. 429. 453. 557. 569. 574. 585. 741. 747. 802. 812. 866. 970.

| Loos-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos-Nr. | Gewinn.
fl. |
|----------|----------------|----------|----------------|----------|----------------|----------|----------------|----------|----------------|----------|----------------|
| 31001 | 65 | 31019 | 65 | 31037 | 65 | 31055 | 65 | 31073 | 65 | 31091 | 65 |
| 31002 | 65 | 31020 | 65 | 31038 | 65 | 31056 | 65 | 31074 | 100 | 31092 | 65 |
| 31003 | 65 | 31021 | 100 | 31039 | 65 | 31057 | 65 | 31075 | 65 | 31093 | 65 |
| 31004 | 65 | 31022 | 250 | 31040 | 65 | 31058 | 65 | 31076 | 65 | 31094 | 65 |
| 31005 | 65 | 31023 | 65 | 31041 | 65 | 31059 | 65 | 31077 | 65 | 31095 | 65 |
| 31006 | 65 | 31024 | 125 | 31042 | 65 | 31060 | 65 | 31078 | 65 | 31096 | 65 |
| 31007 | 65 | 31025 | 65 | 31043 | 65 | 31061 | 65 | 31079 | 65 | 31097 | 65 |
| 31008 | 65 | 31026 | 65 | 31044 | 65 | 31062 | 65 | 31080 | 65 | 31098 | 65 |
| 31009 | 65 | 31027 | 65 | 31045 | 65 | 31063 | 65 | 31081 | 65 | 31099 | 65 |
| 31010 | 65 | 31028 | 65 | 31046 | 65 | 31064 | 65 | 31082 | 65 | 31100 | 65 |
| 31011 | 65 | 31029 | 65 | 31047 | 65 | 31065 | 65 | 31083 | 65 | 42801 | 65 |
| 31012 | 65 | 31030 | 65 | 31048 | 65 | 31066 | 65 | 31084 | 65 | 42802 | 65 |
| 31013 | 65 | 31031 | 65 | 31049 | 65 | 31067 | 65 | 31085 | 65 | 42803 | 65 |
| 31014 | 65 | 31032 | 65 | 31050 | 100 | 31068 | 65 | 31086 | 65 | 42804 | 65 |
| 31015 | 65 | 31033 | 65 | 31051 | 65 | 31069 | 65 | 31087 | 65 | 42805 | 65 |
| 31016 | 65 | 31034 | 65 | 31052 | 65 | 31070 | 125 | 31088 | 65 | 42806 | 65 |
| 31017 | 65 | 31035 | 65 | 31053 | 65 | 31071 | 65 | 31089 | 65 | 42807 | 65 |
| 31018 | 65 | 31036 | 65 | 31054 | 65 | 31072 | 65 | 31090 | 65 | 42808 | 65 |

| Loos-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos-Nr. | Gewinn.
fl. |
|----------|----------------|-------------------|----------------|----------|----------------|----------|----------------|----------|----------------|--------------------|----------------|
| 42809 | 65 | 42863 | 65 | 45217 | 100 | 45271 | 65 | 55625 | 65 | 55679 | 65 |
| 42810 | 65 | 42864 | 65 | 45218 | 65 | 45272 | 65 | 55626 | 65 | 55680 | 65 |
| 42811 | 65 | 42865 | 65 | 45219 | 65 | 45273 | 65 | 55627 | 65 | 55681 | 65 |
| 42812 | 65 | 42866 | 65 | 45220 | 65 | 45274 | 65 | 55628 | 65 | 55682 | 100 |
| 42813 | 65 | 42867 | 65 | 45221 | 65 | 45275 | 65 | 55629 | 65 | 55683 | 65 |
| 42814 | 65 | 42868 | 65 | 45222 | 65 | 45276 | 65 | 55630 | 65 | 55684 | 65 |
| 42815 | 65 | 42869 | 65 | 45223 | 65 | 45277 | 65 | 55631 | 65 | 55685 | 65 |
| 42816 | 65 | 42870 | 65 | 45224 | 65 | 45278 | 65 | 55632 | 65 | 55686 | 65 |
| 42817 | 65 | 42871 | 65 | 45225 | 65 | 45279 | 65 | 55633 | 250 | 55687 | 100 |
| 42818 | 65 | 42872 | 65 | 45226 | 65 | 45280 | 65 | 55634 | 65 | 55688 | 65 |
| 42819 | 125 | 42873 | 65 | 45227 | 65 | 45281 | 125 | 55635 | 65 | 55689 | 65 |
| 42820 | 65 | 42874 | 100 | 45228 | 65 | 45282 | 65 | 55636 | 65 | 55690 | 65 |
| 42821 | 65 | 42875 | 65 | 45229 | 65 | 45283 | 65 | 55637 | 65 | 55691 | 65 |
| 42822 | 100 | 42876 | 65 | 45230 | 65 | 45284 | 65 | 55638 | 65 | 55692 | 65 |
| 42823 | 65 | 42877 3000 | | 45231 | 65 | 45285 | 65 | 55639 | 65 | 55693 | 65 |
| 42824 | 65 | 42878 | 65 | 45232 | 65 | 45286 | 65 | 55640 | 65 | 55694 | 65 |
| 42825 | 65 | 42879 | 65 | 45233 | 65 | 45287 | 65 | 55641 | 65 | 55695 | 65 |
| 42826 | 100 | 42880 | 65 | 45234 | 65 | 45288 | 65 | 55642 | 65 | 55696 | 65 |
| 42827 | 65 | 42881 | 65 | 45235 | 65 | 45289 | 65 | 55643 | 65 | 55697 | 65 |
| 42828 | 100 | 42882 | 65 | 45236 | 65 | 45290 | 65 | 55644 | 65 | 55698 | 65 |
| 42829 | 100 | 42883 | 65 | 45237 | 65 | 45291 | 65 | 55645 | 65 | 55699 | 65 |
| 42830 | 65 | 42884 | 65 | 45238 | 100 | 45292 | 65 | 55646 | 65 | 55700 | 65 |
| 42831 | 65 | 42885 | 65 | 45239 | 65 | 45293 | 65 | 55647 | 65 | 55801 | 100 |
| 42832 | 65 | 42886 | 65 | 45240 | 65 | 45294 | 125 | 55648 | 65 | 55802 | 65 |
| 42833 | 65 | 42887 | 65 | 45241 | 65 | 45295 | 100 | 55649 | 65 | 55803 | 65 |
| 42834 | 65 | 42888 | 65 | 45242 | 65 | 45296 | 65 | 55650 | 65 | 55804 | 65 |
| 42835 | 65 | 42889 | 65 | 45243 | 65 | 45297 | 65 | 55651 | 65 | 55805 | 65 |
| 42836 | 65 | 42890 | 65 | 45244 | 65 | 45298 | 65 | 55652 | 100 | 55806 | 65 |
| 42837 | 65 | 42891 | 65 | 45245 | 100 | 45299 | 65 | 55653 | 65 | 55807 | 65 |
| 42838 | 65 | 42892 | 65 | 45246 | 65 | 45300 | 65 | 55654 | 65 | 55808 | 65 |
| 42839 | 65 | 42893 | 65 | 45247 | 65 | 55601 | 65 | 55655 | 65 | 55809 | 65 |
| 42840 | 65 | 42894 | 65 | 45248 | 65 | 55602 | 65 | 55656 | 65 | 55810 | 65 |
| 42841 | 65 | 42895 | 65 | 45249 | 65 | 55603 | 65 | 55657 | 65 | 55811 | 65 |
| 42842 | 65 | 42896 | 65 | 45250 | 65 | 55604 | 65 | 55658 | 65 | 55812 | 65 |
| 42843 | 65 | 42897 | 65 | 45251 | 125 | 55605 | 65 | 55659 | 65 | 55813 | 65 |
| 42844 | 65 | 42898 | 65 | 45252 | 65 | 55606 | 65 | 55660 | 65 | 55814 | 65 |
| 42845 | 65 | 42899 | 65 | 45253 | 65 | 55607 | 65 | 55661 | 65 | 55815 | 65 |
| 42846 | 65 | 42900 | 65 | 45254 | 65 | 55608 | 65 | 55662 | 65 | 55816 | 65 |
| 42847 | 65 | 45201 | 65 | 45255 | 65 | 55609 | 65 | 55663 | 65 | 55817 | 65 |
| 42848 | 65 | 45202 | 65 | 45256 | 65 | 55610 | 65 | 55664 | 65 | 55818 | 65 |
| 42849 | 65 | 45203 | 65 | 45257 | 65 | 55611 | 65 | 55665 | 65 | 55819 | 65 |
| 42850 | 65 | 45204 | 65 | 45258 | 65 | 55612 | 65 | 55666 | 100 | 55820 | 65 |
| 42851 | 65 | 45205 | 65 | 45259 | 100 | 55613 | 65 | 55667 | 65 | 55821 | 65 |
| 42852 | 65 | 45206 | 65 | 45260 | 65 | 55614 | 65 | 55668 | 65 | 55822 | 65 |
| 42853 | 65 | 45207 | 65 | 45261 | 65 | 55615 | 65 | 55669 | 65 | 55823 | 65 |
| 42854 | 65 | 45208 | 65 | 45262 | 125 | 55616 | 65 | 55670 | 65 | 55824 | 65 |
| 42855 | 125 | 45209 | 65 | 45263 | 65 | 55617 | 65 | 55671 | 65 | 55825 | 65 |
| 42856 | 65 | 45210 | 65 | 45264 | 65 | 55618 | 125 | 55672 | 100 | 55826 | 65 |
| 42857 | 65 | 45211 | 65 | 45265 | 65 | 55619 | 65 | 55673 | 65 | 55827 35000 | |
| 42858 | 65 | 45212 | 125 | 45266 | 65 | 55620 | 65 | 55674 | 65 | 55828 | 65 |
| 42859 | 65 | 45213 | 100 | 45267 | 65 | 55621 | 65 | 55675 | 65 | 55829 | 65 |
| 42860 | 65 | 45214 | 100 | 45268 | 65 | 55622 | 65 | 55676 | 65 | 55830 | 65 |
| 42861 | 65 | 45215 | 65 | 45269 | 65 | 55623 | 65 | 55677 | 65 | 55831 | 65 |
| 42862 | 65 | 45216 | 65 | 45270 | 65 | 55624 | 65 | 55678 | 65 | 55832 | 65 |

| Loos-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos-Nr. | Gewinn.
fl. |
|--------------|----------------|----------|----------------|----------|----------------|--------------|----------------|----------|----------------|--------------|----------------|
| 56833 | 100 | 56887 | 65 | 57341 | 65 | 57395 | 65 | 58449 | 65 | 74003 | 65 |
| 56834 | 65 | 56888 | 65 | 57342 | 65 | 57396 | 65 | 58450 | 65 | 74004 | 65 |
| 56835 | 65 | 56889 | 65 | 57343 | 100 | 57397 | 65 | 58451 | 65 | 74005 | 65 |
| 56836 | 1000 | 56890 | 65 | 57344 | 65 | 57398 | 65 | 58452 | 65 | 74006 | 65 |
| 56837 | 65 | 56891 | 65 | 57345 | 65 | 57399 | 65 | 58453 | 65 | 74007 | 65 |
| 56838 | 65 | 56892 | 65 | 57346 | 100 | 57400 | 65 | 58454 | 65 | 74008 | 65 |
| 56839 | 65 | 56893 | 65 | 57347 | 65 | 58401 | 65 | 58455 | 65 | 74009 | 65 |
| 56840 | 65 | 56894 | 65 | 57348 | 65 | 58402 | 65 | 58456 | 65 | 74010 | 65 |
| 56841 | 65 | 56895 | 65 | 57349 | 65 | 58403 | 65 | 58457 | 65 | 74011 | 65 |
| 56842 | 65 | 56896 | 65 | 57350 | 100 | 58404 | 65 | 58458 | 65 | 74012 | 65 |
| 56843 | 65 | 56897 | 65 | 57351 | 100 | 58405 | 65 | 58459 | 65 | 74013 | 65 |
| 56844 | 65 | 56898 | 65 | 57352 | 65 | 58406 | 65 | 58460 | 65 | 74014 | 65 |
| 56845 | 65 | 56899 | 65 | 57353 | 65 | 58407 | 1500 | 58461 | 65 | 74015 | 65 |
| 56846 | 65 | 56900 | 65 | 57354 | 65 | 58408 | 100 | 58462 | 100 | 74016 | 65 |
| 56847 | 65 | 57301 | 100 | 57355 | 65 | 58409 | 65 | 58463 | 100 | 74017 | 65 |
| 56848 | 65 | 57302 | 65 | 57356 | 65 | 58410 | 65 | 58464 | 65 | 74018 | 100 |
| 56849 | 65 | 57303 | 125 | 57357 | 65 | 58411 | 65 | 58465 | 65 | 74019 | 65 |
| 56850 | 250 | 57304 | 125 | 57358 | 65 | 58412 | 65 | 58466 | 65 | 74020 | 65 |
| 56851 | 65 | 57305 | 65 | 57359 | 65 | 58413 | 65 | 58467 | 65 | 74021 | 65 |
| 56852 | 100 | 57306 | 65 | 57360 | 65 | 58414 | 65 | 58468 | 65 | 74022 | 65 |
| 56853 | 65 | 57307 | 65 | 57361 | 65 | 58415 | 100 | 58469 | 65 | 74023 | 65 |
| 56854 | 65 | 57308 | 65 | 57362 | 65 | 58416 | 65 | 58470 | 65 | 74024 | 65 |
| 56855 | 65 | 57309 | 65 | 57363 | 65 | 58417 | 65 | 58471 | 65 | 74025 | 65 |
| 56856 | 65 | 57310 | 65 | 57364 | 65 | 58418 | 125 | 58472 | 65 | 74026 | 65 |
| 56857 | 65 | 57311 | 65 | 57365 | 65 | 58419 | 65 | 58473 | 65 | 74027 | 250 |
| 56858 | 65 | 57312 | 125 | 57366 | 65 | 58420 | 65 | 58474 | 65 | 74028 | 65 |
| 56859 | 65 | 57313 | 65 | 57367 | 65 | 58421 | 65 | 58475 | 65 | 74029 | 65 |
| 56860 | 65 | 57314 | 65 | 57368 | 65 | 58422 | 65 | 58476 | 65 | 74030 | 65 |
| 56861 | 65 | 57315 | 65 | 57369 | 65 | 58423 | 65 | 58477 | 100 | 74031 | 65 |
| 56862 | 65 | 57316 | 65 | 57370 | 65 | 58424 | 65 | 58478 | 65 | 74032 | 65 |
| 56863 | 65 | 57317 | 65 | 57371 | 65 | 58425 | 65 | 58479 | 65 | 74033 | 65 |
| 56864 | 65 | 57318 | 65 | 57372 | 65 | 58426 | 65 | 58480 | 65 | 74034 | 65 |
| 56865 | 100 | 57319 | 65 | 57373 | 65 | 58427 | 65 | 58481 | 65 | 74035 | 65 |
| 56866 | 65 | 57320 | 65 | 57374 | 65 | 58428 | 65 | 58482 | 100 | 74036 | 65 |
| 56867 | 65 | 57321 | 65 | 57375 | 65 | 58429 | 65 | 58483 | 65 | 74037 | 65 |
| 56868 | 65 | 57322 | 65 | 57376 | 125 | 58430 | 65 | 58484 | 65 | 74038 | 65 |
| 56869 | 65 | 57323 | 65 | 57377 | 65 | 58431 | 100 | 58485 | 65 | 74039 | 65 |
| 56870 | 65 | 57324 | 65 | 57378 | 65 | 58432 | 65 | 58486 | 125 | 74040 | 65 |
| 56871 | 65 | 57325 | 65 | 57379 | 65 | 58433 | 65 | 58487 | 65 | 74041 | 65 |
| 56872 | 65 | 57326 | 65 | 57380 | 65 | 58434 | 65 | 58488 | 65 | 74042 | 65 |
| 56873 | 65 | 57327 | 100 | 57381 | 100 | 58435 | 65 | 58489 | 65 | 74043 | 65 |
| 56874 | 65 | 57328 | 65 | 57382 | 65 | 58436 | 65 | 58490 | 65 | 74044 | 65 |
| 56875 | 100 | 57329 | 65 | 57383 | 65 | 58437 | 65 | 58491 | 65 | 74045 | 65 |
| 56876 | 100 | 57330 | 65 | 57384 | 65 | 58438 | 65 | 58492 | 65 | 74046 | 65 |
| 56877 | 65 | 57331 | 65 | 57385 | 65 | 58439 | 65 | 58493 | 65 | 74047 | 65 |
| 56878 | 65 | 57332 | 65 | 57386 | 100 | 58440 | 65 | 58494 | 65 | 74048 | 65 |
| 56879 | 65 | 57333 | 100 | 57387 | 65 | 58441 | 65 | 58495 | 65 | 74049 | 10000 |
| 56880 | 65 | 57334 | 65 | 57388 | 65 | 58442 | 65 | 58496 | 65 | 74050 | 65 |
| 56881 | 65 | 57335 | 65 | 57389 | 65 | 58443 | 65 | 58497 | 65 | 74051 | 65 |
| 56882 | 65 | 57336 | 65 | 57390 | 65 | 58444 | 65 | 58498 | 65 | 74052 | 65 |
| 56883 | 65 | 57337 | 65 | 57391 | 65 | 58445 | 65 | 58499 | 65 | 74053 | 65 |
| 56884 | 65 | 57338 | 65 | 57392 | 65 | 58446 | 65 | 58500 | 65 | 74054 | 100 |
| 56885 | 65 | 57339 | 65 | 57393 | 65 | 58447 | 65 | 74001 | 65 | 74055 | 65 |
| 56886 | 65 | 57340 | 65 | 57394 | 65 | 58448 | 65 | 74002 | 65 | 74056 | 65 |

| Loos-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos-Nr. | Gewinn.
fl. |
|----------|----------------|----------|----------------|--------------|----------------|--------------|----------------|--------------|----------------|--------------|----------------|
| 74057 | 65 | 74611 | 65 | 74665 | 100 | 80119 | 65 | 80173 | 65 | 81127 | 65 |
| 74058 | 65 | 74612 | 65 | 74666 | 65 | 80120 | 65 | 80174 | 65 | 81128 | 65 |
| 74059 | 65 | 74613 | 65 | 74667 | 65 | 80121 | 65 | 80175 | 100 | 81129 | 65 |
| 74060 | 65 | 74614 | 65 | 74668 | 65 | 80122 | 65 | 80176 | 65 | 81130 | 65 |
| 74061 | 65 | 74615 | 65 | 74669 | 65 | 80123 | 65 | 80177 | 250 | 81131 | 65 |
| 74062 | 65 | 74616 | 100 | 74670 | 65 | 80124 | 65 | 80178 | 65 | 81132 | 65 |
| 74063 | 65 | 74617 | 100 | 74671 | 65 | 80125 | 65 | 80179 | 65 | 81133 | 65 |
| 74064 | 65 | 74618 | 65 | 74672 | 65 | 80126 | 65 | 80180 | 65 | 81134 | 65 |
| 74065 | 65 | 74619 | 65 | 74673 | 65 | 80127 | 65 | 80181 | 65 | 81135 | 65 |
| 74066 | 65 | 74620 | 65 | 74674 | 65 | 80128 | 65 | 80182 | 65 | 81136 | 65 |
| 74067 | 65 | 74621 | 65 | 74675 | 65 | 80129 | 65 | 80183 | 65 | 81137 | 65 |
| 74068 | 65 | 74622 | 65 | 74676 | 65 | 80130 | 65 | 80184 | 65 | 81138 | 65 |
| 74069 | 65 | 74623 | 65 | 74677 | 65 | 80131 | 65 | 80185 | 65 | 81139 | 100 |
| 74070 | 65 | 74624 | 65 | 74678 | 65 | 80132 | 65 | 80186 | 65 | 81140 | 65 |
| 74071 | 65 | 74625 | 65 | 74679 | 100 | 80133 | 65 | 80187 | 65 | 81141 | 65 |
| 74072 | 65 | 74626 | 65 | 74680 | 65 | 80134 | 65 | 80188 | 65 | 81142 | 65 |
| 74073 | 65 | 74627 | 65 | 74681 | 100 | 80135 | 65 | 80189 | 65 | 81143 | 65 |
| 74074 | 65 | 74628 | 65 | 74682 | 65 | 80136 | 65 | 80190 | 65 | 81144 | 65 |
| 74075 | 65 | 74629 | 65 | 74683 | 65 | 80137 | 65 | 80191 | 65 | 81145 | 65 |
| 74076 | 65 | 74630 | 65 | 74684 | 65 | 80138 | 65 | 80192 | 65 | 81146 | 65 |
| 74077 | 65 | 74631 | 65 | 74685 | 65 | 80139 | 65 | 80193 | 65 | 81147 | 65 |
| 74078 | 65 | 74632 | 65 | 74686 | 65 | 80140 | 100 | 80194 | 65 | 81148 | 65 |
| 74079 | 65 | 74633 | 65 | 74687 | 65 | 80141 | 65 | 80195 | 65 | 81149 | 65 |
| 74080 | 65 | 74634 | 65 | 74688 | 65 | 80142 | 65 | 80196 | 65 | 81150 | 65 |
| 74081 | 65 | 74635 | 65 | 74689 | 65 | 80143 | 65 | 80197 | 65 | 81151 | 65 |
| 74082 | 125 | 74636 | 65 | 74690 | 65 | 80144 | 5000 | 80198 | 65 | 81152 | 65 |
| 74083 | 65 | 74637 | 65 | 74691 | 65 | 80145 | 65 | 80199 | 65 | 81153 | 65 |
| 74084 | 65 | 74638 | 65 | 74692 | 65 | 80146 | 100 | 80200 | 65 | 81154 | 65 |
| 74085 | 100 | 74639 | 65 | 74693 | 65 | 80147 | 65 | 81101 | 65 | 81155 | 65 |
| 74086 | 65 | 74640 | 65 | 74694 | 65 | 80148 | 65 | 81102 | 65 | 81156 | 65 |
| 74087 | 65 | 74641 | 100 | 74695 | 65 | 80149 | 65 | 81103 | 65 | 81157 | 65 |
| 74088 | 65 | 74642 | 65 | 74696 | 65 | 80150 | 65 | 81104 | 65 | 81158 | 65 |
| 74089 | 65 | 74643 | 65 | 74697 | 65 | 80151 | 65 | 81105 | 1000 | 81159 | 65 |
| 74090 | 250 | 74644 | 65 | 74698 | 65 | 80152 | 65 | 81106 | 65 | 81160 | 65 |
| 74091 | 65 | 74645 | 65 | 74699 | 65 | 80153 | 65 | 81107 | 1000 | 81161 | 65 |
| 74092 | 65 | 74646 | 65 | 74700 | 65 | 80154 | 65 | 81108 | 65 | 81162 | 65 |
| 74093 | 65 | 74647 | 100 | 80101 | 65 | 80155 | 65 | 81109 | 65 | 81163 | 65 |
| 74094 | 65 | 74648 | 65 | 80102 | 65 | 80156 | 65 | 81110 | 65 | 81164 | 65 |
| 74095 | 65 | 74649 | 65 | 80103 | 65 | 80157 | 65 | 81111 | 65 | 81165 | 65 |
| 74096 | 65 | 74650 | 65 | 80104 | 65 | 80158 | 65 | 81112 | 65 | 81166 | 100 |
| 74097 | 65 | 74651 | 65 | 80105 | 125 | 80159 | 65 | 81113 | 65 | 81167 | 65 |
| 74098 | 65 | 74652 | 65 | 80106 | 65 | 80160 | 65 | 81114 | 65 | 81168 | 65 |
| 74099 | 65 | 74653 | 65 | 80107 | 65 | 80161 | 65 | 81115 | 65 | 81169 | 65 |
| 74100 | 65 | 74654 | 65 | 80108 | 125 | 80162 | 65 | 81116 | 65 | 81170 | 65 |
| 74601 | 100 | 74655 | 65 | 80109 | 65 | 80163 | 65 | 81117 | 65 | 81171 | 65 |
| 74602 | 65 | 74656 | 65 | 80110 | 100 | 80164 | 65 | 81118 | 65 | 81172 | 65 |
| 74603 | 65 | 74657 | 65 | 80111 | 65 | 80165 | 65 | 81119 | 100 | 81173 | 125 |
| 74604 | 65 | 74658 | 65 | 80112 | 250 | 80166 | 125 | 81120 | 65 | 81174 | 65 |
| 74605 | 65 | 74659 | 65 | 80113 | 100 | 80167 | 65 | 81121 | 100 | 81175 | 1000 |
| 74606 | 65 | 74660 | 65 | 80114 | 1500 | 80168 | 65 | 81122 | 65 | 81176 | 65 |
| 74607 | 65 | 74661 | 65 | 80115 | 65 | 80169 | 65 | 81123 | 65 | 81177 | 65 |
| 74608 | 65 | 74662 | 65 | 80116 | 65 | 80170 | 65 | 81124 | 65 | 81178 | 65 |
| 74609 | 65 | 74663 | 65 | 80117 | 65 | 80171 | 100 | 81125 | 65 | 81179 | 65 |
| 74610 | 65 | 74664 | 100 | 80118 | 65 | 80172 | 65 | 81126 | 65 | 81180 | 65 |

| Loos.-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos.-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos.-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos.-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos.-Nr. | Gewinn.
fl. | Loos.-Nr. | Gewinn.
fl. |
|-----------|----------------|-----------|----------------|-----------|----------------|-----------|----------------|-----------|----------------|-----------|----------------|
| 81181 | 65 | 86518 | 65 | 86555 | 65 | 86592 | 65 | 96929 | 65 | 96965 | 65 |
| 81182 | 65 | 86519 | 65 | 86556 | 65 | 86593 | 65 | 96930 | 65 | 96966 | 65 |
| 81183 | 65 | 86520 | 65 | 86557 | 65 | 86594 | 65 | 96931 | 65 | 96967 | 65 |
| 81184 | 65 | 86521 | 100 | 86558 | 65 | 86595 | 65 | 96932 | 65 | 96968 | 65 |
| 81185 | 65 | 86522 | 65 | 86559 | 65 | 86596 | 65 | 96933 | 65 | 96969 | 65 |
| 81186 | 65 | 86523 | 65 | 86560 | 100 | 86597 | 65 | 96934 | 250 | 96970 | 65 |
| 81187 | 65 | 86524 | 65 | 86561 | 100 | 86598 | 65 | 96935 | 65 | 96971 | 65 |
| 81188 | 65 | 86525 | 100 | 86562 | 65 | 86599 | 250 | 96936 | 65 | 96972 | 65 |
| 81189 | 65 | 86526 | 65 | 86563 | 65 | 86600 | 65 | 96937 | 65 | 96973 | 65 |
| 81190 | 65 | 86527 | 65 | 86564 | 65 | 96901 | 65 | 96938 | 65 | 96974 | 65 |
| 81191 | 65 | 86528 | 65 | 86565 | 65 | 96902 | 65 | 96939 | 65 | 96975 | 65 |
| 81192 | 65 | 86529 | 65 | 86566 | 65 | 96903 | 65 | 96940 | 65 | 96976 | 65 |
| 81193 | 65 | 86530 | 65 | 86567 | 65 | 96904 | 65 | 96941 | 100 | 96977 | 65 |
| 81194 | 100 | 86531 | 65 | 86568 | 65 | 96905 | 65 | 96942 | 65 | 96978 | 65 |
| 81195 | 65 | 86532 | 65 | 86569 | 65 | 96906 | 125 | 96943 | 65 | 96979 | 65 |
| 81196 | 65 | 86533 | 65 | 86570 | 65 | 96907 | 65 | 96944 | 65 | 96980 | 65 |
| 81197 | 65 | 86534 | 65 | 86571 | 100 | 96908 | 65 | 96945 | 65 | 96981 | 65 |
| 81198 | 65 | 86535 | 65 | 86572 | 65 | 96909 | 65 | 96946 | 65 | 96982 | 65 |
| 81199 | 65 | 86536 | 65 | 86573 | 65 | 96910 | 65 | 96947 | 65 | 96983 | 65 |
| 81200 | 65 | 86537 | 65 | 86574 | 65 | 96911 | 65 | 96948 | 100 | 96984 | 65 |
| 86501 | 65 | 86538 | 65 | 86575 | 65 | 96912 | 65 | 96949 | 125 | 96985 | 65 |
| 86502 | 65 | 86539 | 65 | 86576 | 65 | 96913 | 65 | 96950 | 65 | 96986 | 65 |
| 86503 | 65 | 86540 | 65 | 86577 | 65 | 96914 | 65 | 96951 | 65 | 96987 | 100 |
| 86504 | 65 | 86541 | 100 | 86578 | 65 | 96915 | 65 | 96952 | 250 | 96988 | 65 |
| 86505 | 65 | 86542 | 65 | 86579 | 65 | 96916 | 65 | 96953 | 65 | 96989 | 65 |
| 86506 | 65 | 86543 | 65 | 86580 | 65 | 96917 | 65 | 96954 | 65 | 96990 | 65 |
| 86507 | 65 | 86544 | 65 | 86581 | 125 | 96918 | 65 | 96955 | 65 | 96991 | 100 |
| 86508 | 65 | 86545 | 65 | 86582 | 65 | 96919 | 65 | 96956 | 65 | 96992 | 65 |
| 86509 | 65 | 86546 | 65 | 86583 | 65 | 96920 | 65 | 96957 | 65 | 96993 | 65 |
| 86510 | 65 | 86547 | 65 | 86584 | 65 | 96921 | 65 | 96958 | 65 | 96994 | 65 |
| 86511 | 65 | 86548 | 65 | 86585 | 65 | 96922 | 65 | 96959 | 65 | 96995 | 65 |
| 86512 | 65 | 86549 | 65 | 86586 | 65 | 96923 | 65 | 96960 | 100 | 96996 | 65 |
| 86513 | 65 | 86550 | 100 | 86587 | 65 | 96924 | 100 | 96961 | 65 | 96997 | 65 |
| 86514 | 100 | 86551 | 125 | 86588 | 65 | 96925 | 65 | 96962 | 65 | 96998 | 65 |
| 86515 | 65 | 86552 | 65 | 86589 | 65 | 96926 | 65 | 96963 | 65 | 96999 | 65 |
| 86516 | 65 | 86553 | 65 | 86590 | 100 | 96927 | 65 | 96964 | 65 | 97000 | 65 |
| 86517 | 65 | 86554 | 65 | 86591 | 65 | 96928 | 65 | | | | |

5. bei unmittelbar gegenüberliegenden Grenzstationen einschließlich der dazwischen liegenden Postexpeditionen ohne Pferdewechsel aber nur der erste Progressionsatz (1 bis 5 Meilen) und zwar zu Gunsten der absendenden Postverwaltung, in Ansatz kommt.

Carlsruhe, den 27. August 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Krhr. Kadt.

Vdt. von Dusch.

1851
1852
1853
1854
1855
1856
1857
1858
1859
1860
1861
1862
1863
1864
1865
1866
1867
1868
1869
1870
1871
1872
1873
1874
1875
1876
1877
1878
1879
1880
1881
1882
1883
1884
1885
1886
1887
1888
1889
1890
1891
1892
1893
1894
1895
1896
1897
1898
1899
1900
1901
1902
1903
1904
1905
1906
1907
1908
1909
1910
1911
1912
1913
1914
1915
1916
1917
1918
1919
1920
1921
1922
1923
1924
1925
1926
1927
1928
1929
1930
1931
1932
1933
1934
1935
1936
1937
1938
1939
1940
1941
1942
1943
1944
1945
1946
1947
1948
1949
1950
1951
1952
1953
1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025
2026
2027
2028
2029
2030
2031
2032
2033
2034
2035
2036
2037
2038
2039
2040
2041
2042
2043
2044
2045
2046
2047
2048
2049
2050
2051
2052
2053
2054
2055
2056
2057
2058
2059
2060
2061
2062
2063
2064
2065
2066
2067
2068
2069
2070
2071
2072
2073
2074
2075
2076
2077
2078
2079
2080
2081
2082
2083
2084
2085
2086
2087
2088
2089
2090
2091
2092
2093
2094
2095
2096
2097
2098
2099
2100

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Dienstag den 9. September 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsseungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Ordensverleihungen. Erlaubniß zur Annahme fremder Orden. Medaillenverleihungen. Dienstaufsichten.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachungen des großherzoglichen Finanzministeriums: die Serienziehung für die dritte diesjährige Gewinnziehung des Anlehens zu vierzehn Millionen Gulden vom Jahr 1845 betreffend. Die fünfzehnte Gewinnziehung für das Anlehen der Amortisationsklasse vom Jahr 1840 zu fünf Millionen Gulden betreffend.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsseungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Ordensverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben
unter dem 24. Juli d. J.

allergnädigst zu verleihen geruht:

das Ritterkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen: dem Bürgermeister Nieder in Freiburg; ferner
unter dem 12. August d. J.

das Commandeurkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen: dem Regierungsdirektor From-
herz in Constan; ;

das Ritterkreuz desselben Ordens:

dem Oberamtmann Bausch in Carlsruhe,
dem Oberamtmann von Faber in Offenburg,
dem Stadtdirektor Freiherrn von Neubronn in Lahr,
dem Oberamtmann Fingado in Emmendingen,
dem Stadtdirektor von Uria in Freiburg,
dem Oberamtmann Winter in Lörrach,
dem Dekan und Stadtpfarrer Roth in Müllheim,
dem erzbischöflichen Dekan und Pfarrer Eschbach in Hochsal,
dem Kammerherrn und Oberforstmeister Freiherrn Drais von Sauerbronn in Freiburg,
dem Obereinnehmer Kläiber in Constan; ,
dem Oberzollinspektor KENZLER in Kehl und
dem Oberzollinspektor Mader in Ludwigshafen.

| Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. | Serie
Nr. | Nr.
der
Loose. | Ziehung. | Gewinn. |
|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|--------------|----------------------|----------|---------|
| 674 | 67391 | XIV. | fl. 100 | 755 | 75446 | X. | 65 | 831 | 83049 | XIV. | 65 | 902 | 90194 | X. | 65 |
| " | 67392 | " | 65 | " | 75451 | " | 125 | " | 83050 | " | 100 | 912 | 91110 | XII. | 65 |
| " | 67394 | " | 65 | " | 75453 | " | 65 | " | 83051 | " | 100 | " | 91113 | " | 250 |
| " | 67398 | " | 1000 | " | 75455 | " | 65 | " | 83052 | " | 65 | " | 91140 | " | 65 |
| 683 | 68223 | XII. | 65 | 777 | 77615 | XIV. | 65 | " | 83053 | " | 65 | " | 91164 | " | 65 |
| " | 68227 | " | 65 | " | 77617 | " | 65 | " | 83066 | " | 65 | " | 91167 | " | 65 |
| " | 68237 | " | 100 | " | 77622 | " | 65 | " | 83070 | " | 65 | " | 91169 | " | 65 |
| " | 68238 | " | 65 | " | 77686 | " | 65 | " | 83090 | " | 65 | " | 91170 | " | 65 |
| " | 68242 | " | 1000 | " | 77691 | " | 65 | " | 83100 | " | 65 | " | 91171 | " | 65 |
| " | 68243 | " | 65 | 783 | 78282 | XI. | 65 | 848 | 84701 | XIII. | 65 | " | 91175 | " | 65 |
| " | 68250 | " | 65 | 805 | 80422 | X. | 65 | " | 84702 | " | 65 | " | 91183 | " | 65 |
| 685 | 68467 | XIII. | 65 | " | 80423 | " | 65 | " | 84703 | " | 65 | 935 | 93402 | XIII. | 65 |
| " | 68473 | " | 65 | " | 80437 | " | 65 | " | 84704 | " | 65 | " | 93462 | " | 65 |
| " | 68474 | " | 65 | " | 80500 | " | 65 | " | 84711 | " | 65 | " | 93475 | " | 65 |
| " | 68490 | " | 65 | 831 | 83006 | XIV. | 65 | " | 84712 | " | 65 | " | 93476 | " | 65 |
| 738 | 73704 | XIV. | 100 | " | 83008 | " | 65 | " | 84717 | " | 65 | " | 93483 | " | 65 |
| " | 73705 | " | 65 | " | 83009 | " | 65 | " | 84718 | " | 65 | " | 93484 | " | 65 |
| " | 73709 | " | 65 | " | 83014 | " | 125 | " | 84719 | " | 65 | 943 | 94253 | V. | 65 |
| " | 73761 | " | 65 | " | 83029 | " | 65 | " | 84720 | " | 65 | 981 | 98006 | XIII. | 65 |
| " | 73767 | " | 65 | " | 83030 | " | 65 | " | 84722 | " | 65 | " | 98007 | " | 65 |
| " | 73768 | " | 65 | " | 83031 | " | 65 | " | 84726 | " | 65 | " | 98028 | " | 65 |
| 748 | 74701 | X. | 65 | " | 83036 | " | 100 | " | 84729 | " | 65 | " | 98029 | " | 65 |
| " | 74705 | " | 65 | " | 83037 | " | 65 | " | 84732 | " | 65 | " | 98043 | " | 65 |
| " | 74706 | " | 65 | " | 83041 | " | 65 | " | 84733 | " | 100 | " | 98065 | " | 65 |
| " | 74720 | " | 65 | " | 83042 | " | 65 | " | 84738 | " | 65 | " | 98080 | " | 65 |
| " | 74743 | " | 65 | " | 83043 | " | 65 | 881 | 88017 | XI. | 65 | " | 98083 | " | 65 |
| " | 74773 | " | 65 | " | 83046 | " | 65 | " | 88095 | " | 65 | " | 98098 | " | 65 |
| " | 74785 | " | 65 | " | | | | " | | | | " | | | |

NB. Die mit † bezeichneten Loose Nr. 13713, 13714, 13715, 16390, 16391, 33662, 33663, 34468, 59140 sind mit Zahlungssperre belegt.

Carlsruhe, den 1. September 1851.

Großherzoglich Badische Amortisationskasse.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Mittwoch den 17. September 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Erlaubniß zur Annahme fremder Orden.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachungen des großherzoglichen Ministeriums des Innern: Die Errichtung eines Waisenhauses in Heidelberg betreffend. Die Stiftung des Geistlichen Raths Professor Grieshaber zu Rastatt zu Gunsten des Bürgerhospitals daselbst betreffend. Die Gründung eines Armenfonds in Gutenstein betreffend. Die Zuteilung der Gemeinde Buch am Horn zu dem Bezirksamt Laubertschopfheim und der Gemeinde Jmspan zu dem Bezirksamt Gerlachsheim betreffend. Die Lizenzirung des Nikolaus Schöninger von Mühlhausen als Zahnarzt betreffend. Die Uebersicht über den Stand der allgemeinen Gebäude-Brandversicherungsanstalt im Jahr 1850 betreffend. **Bekanntmachungen des großherzoglichen Finanzministeriums:** Die Staatsprüfung der Cameralcandidaten betreffend. Den Zustand der Wittwenkasse für die Angestellten der Elbstaatsverwaltung im Jahr 1850 betreffend.

Dienstereledigungen. Todesfälle. Berichtigung.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Erlaubniß zur Annahme fremder Orden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben

unter dem 21. August d. J.

dem großherzoglichen Hofmarschall Freiherrn Röder von Diersburg die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem König von Preußen verliehenen Johanniter-Ordens gnädigst zu ertheilen geruht.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden

unter dem 31. August d. J.

dem Hauptmann Heisler vom Generalstab die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zu ertheilen, den demselben von Seiner Majestät dem Könige von Preußen verliehenen Rothen-Adlerorden vierter Classe anzunehmen und zu tragen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst allerhöchster Entschliessung

vom 4. September d. J.

dem Amtsassessor Cheltus in Baden die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem König von Preußen verliehenen Rothen-Adlerordens vierter Classe allergnädigst zu ertheilen geruht.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden
unter dem 5. d. M.

dem Oberlieutenant Sachs vom Generalstab die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zu
ertheilen, den ihm von Seiner Majestät dem König von Preußen verliehenen Rothen-Adlerorden
vierter Classe anzunehmen und zu tragen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Errichtung eines Waisenhauses in Heidelberg betreffend.

Zur Gründung eines Waisenhauses in Heidelberg wurden gestiftet von:

| | |
|--|--------------------|
| David Zimmern in Heidelberg | 1,000 fl. — fr. |
| Jffland in Heidelberg | 152 " — " |
| Th. Gättschenberger in Heidelberg | 600 " — " |
| einem Ungenannten | 50 " — " |
| der Harmoniegesellschaft in Heidelberg | 63 " 17 " |
| den Spezereihändlern daselbst | 143 " 2 " |
| aus einem Sparkassenbüchlein | 119 " 5 " |
| Banquier Klingelhöfer in Riffabon | 8,000 " — " |
| deren Zinsen inzwischen zu | 1,736 " 40 " |
| aufgelaufen sind; und | |
| Maria Gabriele Justinart, Wittwe | |
| des C. Thomas zu Heidelberg | 200 " — " |
| | • 12,064 fl. 4 fr. |

Diese Stiftungen haben die Staatsgenehmigung erhalten, und werden zum ehrenden An-
denken der Stifter hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 28. August 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Die Stiftung des Geistlichen Rathes Professor Grieshaber zu Rastatt zu Gunsten des Bürgerhospitals
daselbst betreffend.

Der großherzogliche Geistliche Rath und Professor Grieshaber zu Rastatt hat in den
Hospitalfond daselbst die Summe von 2,000 fl. gestiftet.

Diese Stiftung hat die Staatsgenehmigung erhalten, und wird zum ehrenden Andenken
des Stifters hierdurch bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 5. September 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Die Gründung eines Armenfonds in Gutenstein betreffend.

Die gräflich Langensteinische Grundherrschaft hat die Entschädigungssumme für die ihr auf Gutensteiner Gemarkung zugestandene Jagd im Betrage von 116 fl. 20 kr. nebst den auf die Staatskasse fallenden Zinsen hieraus vom 10. April 1848 bis 1. Februar d. J. zur Gründung eines Armenfonds in Gutenstein bestimmt.

Diese Stiftung hat die Staatsgenehmigung erhalten, und wird hierdurch zum ehrenden Andenken der Stifterin bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 5. September 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Die Zuthellung der Gemeinde Buch am Horn zu dem Bezirksamt Laubersbischofsheim und der Gemeinde Ilmspan zu dem Bezirksamt Gerlachsheim betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben allergnädigst auszusprechen geruht, daß die Gemeinde Buch am Horn von dem Bezirksamte Wallbörn zu trennen und dem Bezirksamte Laubersbischofsheim zuzuthellen, dagegen die Gemeinde Ilmspan aus dem Verbande des letzteren Amtes auszuscheiden und dem Bezirksamt Gerlachsheim zuzuweisen sei.

Carlsruhe, den 4. September 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Sachs.

Die Licenzirung des Nikolaus Schöninger von Mühlhausen als Zahnarzt betreffend.

Dem Nikolaus Schöninger, gebürtig von Mühlhausen, wohnhaft in Freiburg, wurde nach erstandener Staatsprüfung von großherzoglicher Sanitätscommission die Licenz als Zahnarzt ertheilt.

Carlsruhe, den 9. September 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Die Uebersicht über den Stand der allgemeinen Gebäude-Brandversicherungsanstalt im Jahr 1850 betr.

Die von dem Verwaltungsrath der Generalwittwen- und Brandkasse vorgelegte Uebersicht über den Stand der Generalbrandkasse im Jahr 1850 wird in der Anlage *) zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 19. Juli 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Die Staatsprüfung der Cameralcandidaten betreffend.

Für die Cameralcandidaten, welche der allerhöchsten Verordnung vom 16. Mai 1838 (Regierungsblatt Nr. XXII.) gemäß ihre Studien vollendet haben, wird hiermit eine den 20. October dieses Jahres beginnende Staatsprüfung angeordnet.

Wer hieran Theil nehmen will, hat die, durch die §§. 8 und 15 der Verordnung vorgeschriebene Eingabe, sofern Dies noch nicht geschehen ist, einzureichen, und sich den Tag vor Anfang der Prüfung dahier einzufinden.

Auf denselben Termin haben auch die Rechtscandidaten einzutreffen, welche sich in Gemäßheit der Bekanntmachung großherzoglichen Justizministeriums vom 18. Februar 1834 der Prüfung in der Nationalökonomie und Finanzwissenschaft unterziehen wollen.

Carlsruhe, den 8. September 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Probst.

Den Zustand der Wittwenkasse für die Angestellten der Civilstaatsverwaltung im Jahr 1850 betreffend.

In Gemäßheit des §. 33 der Statuten der Wittwenkasse für die Angestellten der Civilstaatsverwaltung wird die summarische Uebersicht über den Zustand dieser Kasse im Jahr 1850 durch die Anlage zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 9. September 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Probst.

*) Folgt nach.

Summarische Uebersicht

über den Zustand der Wittwenkasse für die Angestellten der Civilstaatsverwaltung im Jahr 1850
(dem neunten ihres Bestehens).

| Soll. | | I. Stand der Rechnung. | Haben. | | Rest. | |
|---------|-----|---|--------|-----|---------|-----|
| fl. | fr. | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| | | Einnahme. | | | | |
| 1,826 | 49 | Rückstandsrechnung. | 1,007 | — | 819 | 49 |
| | | Etatsrechnung vom laufenden Jahr: | | | | |
| 39,966 | 32 | Beiträge der Mitglieder | 39,966 | 32 | — | — |
| 12,101 | 35 | Capitalzinsen | 7,909 | 55 | 4,191 | 40 |
| 52,068 | 7 | Summe | 47,876 | 27 | 4,191 | 40 |
| | | Rechnung der uneigentlichen Einnahmen: | | | | |
| | | Für das Capitalvermögen | | | | |
| 48,698 | 5 | a. Contocorrent bei der Amortisationskasse | 33,642 | 59 | 15,055 | 6 |
| 255,273 | 38 | b. Capitalrückzahlung von andern Schuldnern | 175 | — | 255,098 | 38 |
| 1,206 | 40 | Von und für Privatpersonen | 1,009 | 17 | 197 | 23 |
| 305,178 | 23 | Summe | 34,827 | 16 | 270,351 | 7 |
| 359,073 | 19 | Summe der Einnahme | 83,710 | 43 | 275,362 | 36 |
| | | Ausgabe. | | | | |
| 32 | — | Rückstandsrechnung | 19 | 12 | 12 | 48 |
| | | Etatsrechnung vom laufenden Jahr: | | | | |
| 10,595 | 56 | Subventionen | 10,482 | 52 | 113 | 4 |
| 23 | 18 | Verwaltungskosten und Lasten | 23 | 18 | — | — |
| 35 | 47 | Außerordentliche Ausgaben | 35 | 47 | — | — |
| 229 | 36 | Ersatz | 229 | 36 | — | — |
| 10,884 | 37 | Summe | 10,771 | 33 | 113 | 4 |
| | | Rechnung der uneigentlichen Ausgaben. | | | | |
| | | Für das Capitalstockvermögen | | | | |
| 38,790 | 5 | Capitalanlagen bei der Amortisationskasse | 38,790 | 5 | — | — |
| 33,293 | — | Sonstige Capitalanlagen | 33,293 | — | — | — |
| 1,636 | 53 | An und für Privatpersonen | 836 | 53 | 800 | — |
| 73,719 | 58 | Summe | 72,919 | 58 | 800 | — |
| 81,636 | 35 | Summe der Ausgaben | 83,710 | 43 | 925 | 52 |
| | | Abschluß. | | | | |
| | | Einnahme 83,710 fl. 43 fr. | | | | |
| | | Ausgabe 83,710 „ 43 „ | | | | |
| | | Rest — fl. — fr. | | | | |

II. Vermögensstand.

| | fl. | fr. | fl. | fr. |
|--|---------|-----|---------|-----|
| Das Gesamtvermögen betrug auf 1. Januar 1850 | 233,253 | 14 | | |
| Dazu kommen noch als Gewinn beim Ankauf von Staatspapieren | 1,831 | 15 | 235,084 | 29 |
| Die verzinslichen Capitalanlagen betrugen auf 1. Januar 1851 . . | 270,153 | 44 | | |
| Der Gewinn beim Ankauf von Staatspapieren | 7,138 | 15 | | |
| Die Activaufstände betrugen | 5,208 | 52 | | |
| zusammen | 282,500 | 51 | | |
| nach Abzug der Passivreste mit | 925 | 52 | | |
| berechnet sich das Vermögen der Anstalt am 1. Januar 1851 auf . | | | 281,574 | 59 |
| es hat sich also im Jahr 1850 vermehrt um | | | 46,490 | 30 |

III. Sustentationen.

Auf 1. November 1849 waren angewiesen 200 Sustentationen mit . . .

Zugang:

| | Jahres-
betrag. | | Ratum
für 1850. | |
|---|--------------------|-----|--------------------|-----|
| | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Auf 1. November 1849 waren angewiesen 200 Sustentationen mit . . . | 9,728 | — | 9,728 | — |
| Zugang: | | | | |
| 201. Böckel, Gränzaufsehers Relikten | 38 | 24 | 38 | 24 |
| 202. Semer, Notars Relikten | 76 | 48 | 70 | 24 |
| 203. Kiefer, Oberaufsehers Relikten | 64 | — | 58 | 40 |
| 204. Reiss, Gränzaufsehers Relikten | 38 | 24 | 48 | — |
| 205. Lang, Amtsdieners und Gefangenwärters Wittwe | 38 | 24 | 32 | — |
| 206. Boger, Gränzaufsehers Wittwe | 38 | 24 | 38 | 24 |
| 207. Müller, Notars Relikten | 76 | 48 | 115 | 12 |
| 208. Anselm, Postbureaudiener's Relikten | 38 | 24 | 28 | 48 |
| 209. Roth, Steuerperäquators Wittwe | 76 | 48 | 70 | 24 |
| 210. Stäbele, Gränzaufsehers Relikten | 38 | 24 | 48 | — |
| 211. Baier, Zugmeisters Relikten | 76 | 48 | 51 | 12 |
| 212. Kopp, Straßenmeisters Wittwe | 57 | 36 | 33 | 36 |
| 213. v. Stetten, Untererhebers Wittwe | 51 | 12 | 25 | 36 |
| 214. Steinbrenner, Amtsdieners und Gefangenwärters Relikten | 38 | 24 | 32 | — |
| 215. Schnatter, Notars Relikten | 76 | 48 | 44 | 48 |
| 216. Linkenheld, Dammmeisters Relikten | 57 | 36 | 38 | 24 |
| 217. Nachold, Zollamtsdieners Wittwe | 38 | 24 | 16 | — |
| 218. Kümmerle, Werkmeisters Wittwe | 51 | 12 | 17 | 4 |
| 219. Müller, Gefangenwärters Wittwe | 38 | 24 | 16 | — |
| 220. Speigler, Polizeidiener's Wittwe | 38 | 24 | 12 | 48 |
| 221. Kemm, Postconducteurs Relikten | 51 | 12 | 21 | 20 |
| 222. Bielmaier, Gendarmen Relikten | 38 | 24 | 9 | 36 |
| Uebertrag | 10,867 | 12 | 10,594 | 40 |

| | | Jahres-
betrag. | | Ratum
für 1850. | |
|--|--|--------------------|-----|--------------------|-----|
| | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Uebertrag | | 10,867 | 12 | 10,594 | 40 |
| 223. Bed, Bureaudieners Relikten | | 51 | 12 | 8 | 32 |
| 224. Anfert, Brückenmeisters Wittwe | | 76 | 48 | 19 | 12 |
| 225. Förderer, Bureaudieners Wittwe | | 38 | 24 | 6 | 24 |
| 226. Wafmer, Steuerfergeanten Wittwe | | 51 | 12 | 4 | 16 |
| 227. Andreas, Schuldieners Wittwe | | 64 | — | 42 | 40 |
| 228. Hauer, Waldauffsehers Wittwe | | 38 | 24 | 3 | 12 |
| 229. Zeitvogel, Amtsdieners Relikten | | 64 | — | 5 | 20 |
| 230. Bürges, Wasserzoll-Amtsgehilfen Relikten | | 51 | 12 | 4 | 16 |
| 231. Kern, Postenfürhers Relikten | | 38 | 24 | 12 | 48 |
| 232. Schäfer, Gränzauffsehers Wittwe | | 51 | 12 | 29 | 52 |
| 233. Grim, Zolleinnehmers Relikten | | 51 | 12 | 4 | 16 |
| 234. Uhrmann, Zuchtthausauffsehers Wittwe | | 38 | 24 | 9 | 36 |
| 235. Kraus, Gränzauffsehers Wittwe | | 38 | 24 | 28 | 48 |
| Summe | | 11,520 | — | 10,773 | 52 |
| Abgang: | | | | | |
| 1. Ziegler, Amtsdieners Wittwe | | 38 | 24 | 38 | 18 |
| 2. Geiser, Postbureau dieners Wittwe | | 38 | 24 | 34 | 34 |
| 3. Wambser, Amtsdieners Wittwe | | 38 | 24 | 29 | 52 |
| 4. Schaub, Amtsdieners Wittwe | | 38 | 24 | 24 | 58 |
| 5. Wagner, Gränzauffsehers Wittwe | | 38 | 24 | 28 | 22 |
| 6. Nees, Steuerauffsehers Wittwe | | 38 | 24 | 21 | 52 |
| Summe | | 230 | 24 | 177 | 56 |
| Somit Stand auf 1. November 1850: 229 Sustentationen mit | | 11,289 | 36 | 10,595 | 36 |

IV. Zahl der Mitglieder der Anstalt.

Stand auf 1. Januar 1850 3,145 Mitglieder,
 Stand auf 1. Januar 1851 3,254
 Die Zahl der Mitglieder hat sich also vermehrt um 109 Mitglieder.

Carlsruhe, den 13. August 1851.

Verwaltungsrath der Wittwenkasse für die Angestellten der Civilstaatsverwaltung.
 Kirchgessner.

Vdt. Rebel.

Diensterledigungen.

Man sieht sich veranlaßt, die katholische Pfarrei Unterschüpf, Amts Vorberg, mit einem Jahreseinkommen von 600 fl. nochmals zur Bewerbung auszuscheiden. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich binnen sechs Wochen bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrath vorschriftsmäßig zu melden.

Die katholische Pfarrei Gerichtstetten, Amts Walldürn, mit einem heiläufigen Jahresertragniß von 1,100 fl., worauf die Verbindlichkeit ruht, jährlich 100 fl. zur Vesserstellung der Pfarrei Windischbuch abzugeben, und mehrere Provisorien, im Gesamtbetrag von etwa 530 fl., zu verzinsen, und in noch zu bestimmenden Terminen heimzuzahlen, ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfarrei haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Forbach, Amts Gernsbach, mit einem Einkommen von 1,300 fl., worauf die Verbindlichkeit ruht, einen Vikar zu halten, und jährlich 7 fl. 30 fr., im Jahr 1855 letztmals, zur Tilgung eines Provisoriums zu zahlen, ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

Durch Ableben des Kirchenraths, Pfarrers Fecht, ist die evangelische Pfarrei Rork, Dekanats Rork, mit einem Competenzanschlag von 1,200 fl. 23 fr., worauf jedoch eine vom neu ernannt werden den Pfarrer zu übernehmende und in zehn Jahresterminen zu bezahlende Schuld von ungefähr 400 fl. haftet, in Erledigung gekommen. Die Bewerber haben sich nach Vorschrift binnen sechs Wochen beim großherzoglichen evangelischen Oberkirchenrath zu melden.

Das Ausschreiben der katholischen Pfarrei Buchholz im Regierungsblatt vom 28. August d. J., Nr. LI., wird dahin berichtigt, daß sich die Bewerber um diese Pfarrei durch das erzbischöfliche Ordinariat an den Grundherrn Oskar Freiherrn von Gleichenstein in Freiburg als Patron zu wenden haben.

Todesfälle.

Gestorben sind:

- am 2. August d. J.: der pensionirte Geheime Regierungsrath Mors in Freiburg;
- am 13. August d. J.: der pensionirte Geheimerath Baumüller dahier;
- am 20. August d. J.: der Kirchenrath Pfarrer Fecht in Rork;
- am 28. August d. J.: der Medizinalrath und Landphysikus Dr. Franz Joseph Hergt dahier;
- am 29. August d. J.: der pensionirte Generalleutnant von Freystedt zu Karlsruhe;
- am 30. August d. J.: der pensionirte Major von Lammerz zu Bruchsal.

Beilage zum Regierungsblatt Nr. LIV. vom Jahr 1851.

Auszug aus der Rechnung der Feuerversicherungs-Anstalt für Gebäude
im Großherzogthum Baden
vom 1. Januar bis zum letzten Dezember 1850.

| Soll. | | Einnahme. | Hat. | | Rest. | |
|---|------------|--|-----------|-----|---------|-----|
| fl. | fr. | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| I. Rückstandsrechnung: | | | | | | |
| 1. Einnahmsreste aus voriger Rechnung: | | | | | | |
| 17,743 | 44 | a. Beitragsreste | 17,743 | 44 | | |
| 4,681 | 28 | b. andere Einnahmsreste | 1 | 30 | 4,679 | 58 |
| — | — | 2. Abgang an Ausgabe-resten | — | — | — | — |
| — | — | II. Rechnung von früheren Jahren | — | — | — | — |
| III. Rechnung vom laufenden Jahr: | | | | | | |
| 1. Beiträge fürs Jahr 1849 von vierzehn Kreuzer ordentlicher Umlage auf 100 fl. Brandversicherungsanschlag der Gebäude: | | | | | | |
| Ertrag | | von | Anschlag | | | |
| 157,296 | fl. 57 fr. | im Neckreis | 67,408 | 700 | fl. | |
| 212,545 | " 52 " | im Oberrheinkreis | 91,087 | 700 | " | |
| 244,357 | " 5 " | im Mittelrheinkreis | 104,724 | 100 | " | |
| 179,826 | " 55 " | im Unterheinkreis | 77,059 | 550 | " | |
| 794,026 | 49 | | 777,554 | 22 | 16,472 | 27 |
| | | zusammen auf 10. Januar 1849 | 340,280 | 050 | fl. | |
| | | vom vorgehenden Jahr | 338,000 | 800 | " | |
| | | Bermehrung | 2,279 | 250 | fl. | |
| 150,000 | — | 2. aufgenommene Kapitalien (Passiva) | 150,000 | — | — | — |
| 121,876 | 30 | 3. ausgeliehene Kapitalien (Activa) | — | — | 121,876 | 30 |
| 2,136 | 15 | Zinse hieraus | 238 | — | 1,898 | 15 |
| 56 | 14 | 4. Ersatz | 26 | 44 | 29 | 30 |
| 337 | 30 | 5. Ertrag vom Diensthaus zur Hälfte | 337 | 30 | — | — |
| — | — | 6. Geldstrafen | — | — | — | — |
| IV. Rechnung der uneigentlichen Einnahmen: | | | | | | |
| 54,623 | 52 | 1. Kassenrest aus voriger Rechnung | 54,623 | 52 | — | — |
| 2. von und für fremde Kassen: | | | | | | |
| 7 | — | a. aus voriger Rechnung | 7 | — | — | — |
| 602,958 | 23 | b. vom laufenden Jahr | 602,958 | 23 | — | — |
| 3. von und für Privatpersonen: | | | | | | |
| 719 | 56 | a. aus voriger Rechnung | 231 | 7 | 488 | 49 |
| 12 | — | b. vom laufenden Jahr | 12 | — | — | — |
| 1,749,179 | 41 | Summe | 1,603,734 | 12 | 145,445 | 29 |

| Soll. | | Ausgabe. | | Hat. | | Rest. | |
|-----------|-----|--|-----------------|-----------|-----|---------|-----|
| fl. | fr. | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| 1,492,501 | 3 | Uebertrag | | 841,971 | 35 | 650,529 | 28 |
| | | 9. fürs Diensthaus zur Hälfte: | | | | | |
| | | fl. fr. | fl. fr. fl. fr. | | | | |
| | | 50 53 für bauliche Unterhaltung und Reinigung | 50 53 — — | | | | |
| | | 66 37 Staats- und andere Steuern | 66 37 — — | | | | |
| 117 | 30 | zusammen | | 117 | 30 | — | — |
| 167 | 48 | 10. Ersatz | | 167 | 48 | — | — |
| 249 | 39 | 11. Abgang | | 249 | 23 | — | 16 |
| — | — | 12. außerordentlich | | — | — | — | — |
| | | IV. Rechnung der uneigentlichen Ausgaben: | | | | | |
| 158,260 | 6 | 1. Kassenrest an künftige Rechnung | | 158,260 | 6 | — | — |
| 6 | 42 | 2. an und für fremde Kassen: | | 6 | 28 | — | 14 |
| 602,973 | 47 | a. aus voriger Rechnung | | 602,949 | 22 | 24 | 25 |
| — | — | b. vom laufenden Jahr | | — | — | — | — |
| 12 | — | 3. an und für Privatpersonen: | | 12 | — | — | — |
| | | a. aus voriger Rechnung | | | | — | — |
| | | b. vom laufenden Jahr | | | | — | — |
| 2,254,288 | 35 | Summe | | 1,603,734 | 12 | 650,554 | 23 |
| 1,749,179 | 41 | Betrag der Einnahme | | 1,603,734 | 12 | 145,445 | 29 |
| 505,108 | 54 | bleiben | | | | 505,108 | 54 |
| | | Wovon an Kassenrest abgehen | | | | 158,260 | 6 |
| | | bleiben an Mehrausgabe | | | | 346,848 | 48 |
| | | Ohne Abzug des hälftigen Antheils am Diensthaus ad | | 15,900 | — | | |
| | | und Anschlag der Mobilien im Bureau der Kasse | | 169 | 52 | | |
| | | | | 16,069 | 52 | | |
| | | Durch nächste Umlage sind einzubringen: | | | | | |
| | | Brandentschädigungen vom Jahr 1850 | | | | 419,005 | 14 |
| | | allgemeine Kosten, Ein- und Abschätzungsgebühren | | | | 11,800 | 20 |
| | | Passivzinsen | | | | 7,000 | 18 |
| | | Administrationskosten, einschließlich Ausgaben fürs Diensthaus | | | | 4,463 | 20 |
| | | Ersatz und Abgang | | | | 417 | 27 |
| | | zusammen | | | | 442,686 | 39 |
| | | Hierauf folgen die Brandentschädigungen. | | | | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--|----------|-----|--------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Seefreis. Ueberlingen. | A. Aus früheren Jahren. | | | | |
| | Für die Pfarrscheuer in Bonndorf | — | — | 700 | — |
| Konstanz. | Für die Bierbrauerei des Frhrn. von Bodmann zu
Ueberlingen | — | — | 176 | 19 |
| | Georg Schellhammer zu Seelfingen | 1,750 | — | — | — |
| | Franz Schrott Wittwe zu Allmannsdorf | — | — | 50 | — |
| | Ulrich Meerhard zu Konstanz | — | — | 8 | 53 |
| | Matthias Junstmeister zu Möggingen | — | — | 16 | 55 |
| | Wendelin Vogelbacher zu Liggeringen | 400 | — | — | — |
| | Sebastian Deggelmann zu Wollmatingen | 741 | — | — | — |
| | Klemen; Amann zu Konstanz | — | — | 66 | 37 |
| | Markgräfl. badische Standesherrschaft für's Schloß
zu Petershausen | — | — | 21,077 | — |
| | Diese ferner | — | — | 55 | 45 |
| Stodach. | Johann Nepomuk Wahlbacher zu Allensbach | 500 | — | 500 | — |
| | Urban Waidele allda | 525 | — | 525 | — |
| | Kaspar Müller zu Oberschwandorf | — | — | 50 | — |
| | Für die Pfarrscheuer zu Nach | — | — | 200 | — |
| | Senes Mathes und Kaver Ragg zu Ludwigshafen | — | — | 5531 | 42 |
| | Karl Schaffhäuße zu Nellenburg | — | — | 101 | 33 |
| | Johann Münch zu Münchbühl | — | — | 650 | — |
| | Gräfl. langenscheinsche Grundherrschaft für die
Papierfabrik zu Volkartshausen | 131 | 18 | 16,925 | — |
| | Wilhelm Bauers Ehefrau allda | 111 | 11 | — | — |
| | Wolfgang Gollrad zu Schlatt | 333 | 20 | — | — |
| | Johann Rehmann allda | 336 | 20 | — | — |
| | Johann Hofmann Lochmüller zu Eigeltingen | 200 | — | — | — |
| | Georg Döser zu Zigenhausen | 250 | — | — | — |
| | Franz Blas allda | 200 | — | 200 | — |
| | Joseph Deper der jüngere allda | 125 | — | 125 | — |
| | Beit Dolbs Wittwe, jetzt Johann Baumeister zu
Bräunlingen | — | — | 300 | — |
| Donau-
eschingen. | Der Castellan zu Neuenburg für die St. Anton-
Kapelle | — | — | 200 | — |
| | Mathä Hölberle zu Unabingen | — | — | 3 | — |
| | Rosenwirth Rupert Held Wittwe zu Bräunlingen,
jetzt Kronenwirth Bauer zu Donaueschingen | 672 | — | — | — |
| | Martin Fuhrer Hirschwirth zu Riedbüdingen | — | — | 1,416 | — |
| | Bartholmā Simon zu Bräunlingen 400 fl. u. 500 fl. | — | — | 900 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|---|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Seckreis. Donau-
eschingen. | Stadtgemeinde allda für die Ziegelhütte . . . | — | — | 750 | — |
| | Joseph Hogg zu Löffingen | — | — | 480 | — |
| | Fürstlich fürstenbergische Standesherrschaft fürs
Pfarrhaus zu Fürstenberg | — | — | 2,800 | — |
| | Die Kirchenfabrik allda | — | — | 3,100 | — |
| | Johann Heizmann zu Donaueschingen . . . | — | — | 12 | 53 |
| | Augustin Hölzle zu Tannheim | 1,100 | — | 250 | — |
| | Johann Zimmermann allda | 1,050 | — | — | — |
| | Martin Heizmann, Schmied zu Hüfingen . . | 650 | 56 | — | — |
| | Franz Joseph Albert Glaser allda | 109 | 15 | — | — |
| | Johann Riegger Sattler allda | 150 | — | — | — |
| | Joseph Herrmann Schreiner allda | 597 | — | — | — |
| | Johann Fürst allda | 448 | — | — | — |
| | Johann Reichlin Bäcker allda | 910 | 30 | — | — |
| | Thomas Faller allda | 57 | — | — | — |
| | Thomas Kramer allda | 116 | 32 | — | — |
| | Barbara Haller allda | 57 | — | — | — |
| | Karl Revellio allda | 140 | 26 | — | — |
| | Anton Rosenfiel zu Bräunlingen | 2,990 | — | — | — |
| | Johann Georg Engesser zu Honningen . . . | 375 | — | — | — |
| | Mathias Schalk allda | 200 | — | — | — |
| | Martin Binninger allda | 350 | — | — | — |
| | Blasius Straub allda | 350 | — | — | — |
| | Joseph Rothermund allda | 485 | — | — | — |
| | Johann Laufer zu Sumpfohren | 597 | — | — | — |
| | Baptist Merz allda | 745 | — | — | — |
| | Johann Stark Wittwe allda | — | — | 118 | 10 |
| | Ferdinand Engesser zu Hüfingen | 840 | — | — | — |
| | Karl Faller allda | 787 | 30 | — | — |
| | Joseph Grieshaber allda | 787 | 30 | — | — |
| | Kaver Götz Gerber allda | 169 | 46 | — | — |
| | Johann Hirth zu Donaueschingen | 650 | — | — | — |
| | Georg Hauser, jetzt Johann Hirth allda . . . | 650 | — | — | — |
| | Joseph Romer, jetzt Joseph Reser Wittwe allda | 725 | — | — | — |
| | Joseph Reser Wittwe allda | 700 | — | — | — |
| | Johann Baier Schreiner allda | 600 | — | — | — |
| | Jakob Müller Wittwe, jetzt der obige | 300 | — | — | — |
| | Stephan Buri allda | 712 | — | — | — |
| | Mathias Rothweiler allda | 850 | — | — | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Seckreis. Donau-
eschingen. | Remigius Badler zu Donaueschingen | — | — | 500 | — |
| | Kaver Schneider allda | — | — | 1,050 | — |
| | Nepomuk Faller zu Hüfingen | 346 | — | | |
| | Joseph Spiegelhalter allda | 608 | — | 84 | — |
| | Joseph Hafner allda | 346 | — | | |
| | Fürstliche Standesherrschaft allda | 150 | 18 | | |
| | Binzeng Bächle zu Blumberg | 311 | 30 | | |
| | Stadtgemeinde Geislingen | — | — | 3,150 | — |
| | Mildöwenwirth Bächle allda | — | — | 2,850 | — |
| | Karl Brunner allda | — | — | 1,200 | — |
| | Joseph Mäler allda | 590 | — | | |
| | Heinrich Münzer allda | — | — | 40 | — |
| | Valentin Fuhrer zu Aufen | 800 | — | | |
| | Martin Benz, Joseph Sorg und Joseph Schmied
zu Bräunlingen | 750 | — | | |
| | Christian Kleinhans zu Oberbaldingen | 700 | — | | |
| | Johann Kleinhans, jetzt Philipp Gög und Chri-
stian Kleinhans allda | 700 | — | | |
| | Johann Martin Wangler allda | 700 | — | | |
| | Philipp Gög allda | 700 | — | | |
| | Martin Hengstler, jetzt Christian Gög und Jo-
hann Gög der jüngere allda | 600 | — | | |
| | Ursula Schnedenburger, jetzt Konrad Lohrer
Schreiner allda | 1,500 | — | | |
| | Johann Jakob Lohrer allda | 1,150 | — | | |
| | Johann Martin Kleinhans allda | 850 | — | | |
| | Christian Kienzle Schweinhändler allda | 1,450 | — | | |
| | Anna Kienzle, jetzt dieser | 550 | — | | |
| | Christian Kienzle Altvogt allda | 500 | — | | |
| | Johann Kienzle allda | 500 | — | | |
| | Andreas Kienzle, jetzt Christian Kienzle, Jakobs
und Johann Kienzle, Jakobs allda | 650 | — | | |
| | Konrad Lohrer Schreiner allda | 1,000 | — | | |
| | Johann Jakob Hengstle allda | 800 | — | | |
| | Lehrer Straßer allda | 100 | — | | |
| | Johann Martin Hengstler Wagner allda | 1,350 | — | | |
| | Jakob Lohrer allda | 1,900 | — | | |
| | Konrad Lohrer allda | 1,900 | — | | |
| | Jakob Hengstler allda | 50 | — | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Seckreis. Donau-
eschingen. | Konrad Lohrer Schreiner zu Oberbaldingen . . . | 53 | 20 | | |
| | Johann Michael Büche zu Mundelfingen . . . | 700 | — | 700 | — |
| | Rupert Rauch zu Fürstenberg | — | — | 2,210 | — |
| | Baptist Happle zu Hüfingen | 568 | — | | |
| | Schreiner Johann Kutruf Wittwe zu Donau-
eschingen | 1,876 | | | |
| | Dieselbe ferner | 12 | 30 | | |
| | Stadtrechner Kutruf allda | 12 | 30 | | |
| | Konrad Bächler allda | 7 | 30 | | |
| | Benedikt Geiser zu Hüfingen | 1,012 | 53 | | |
| | Urban Maier zu Blumberg | 1,450 | — | 185 | — |
| | Stephan Federle allda | 1,410 | — | | |
| | Peter Rothmund allda | 15 | — | | |
| | Bonaventura Bader allda | 10 | — | | |
| | Andreas Tritschler allda | 30 | — | | |
| | Ignaz Murr allda | 8 | — | | |
| | Johann Hinterkirch allda | 5 | — | | |
| | Benedikt Martis allda | 10 | — | | |
| | Johann Bregger, jetzt Joseph Thoma zu Kappel | — | — | 132 | 18 |
| | Anton Dirchold, jetzt Zimmermeister Gregor Rabold
zu Unterlenzkirch | 950 | — | 950 | — |
| | Mathä Tritschler zu Dittishausen | — | — | 2,885 | 33 |
| Neustadt. | Johann und Joseph Roth allda | — | — | 2,255 | — |
| | Johann Roth allda | — | — | 705 | — |
| | Johann Bürrmann zu Urach | 525 | — | | |
| | Kaspar Schwörer zu Sindelsbach | 100 | — | | |
| | Anton Schlegel zu Neustadt | 1,025 | — | 50 | — |
| | Joseph Lachenmaier allda | 825 | — | | |
| | Wendel Vogt, jetzt Joseph Kohler allda . . . | 74 | — | | |
| | Konrad Hofmaier zu Böfingen | 88 | 29 | | |
| | Jakob Münzer auf der Schwand, Gem. Fischbach | — | — | 901 | 30 |
| | Lorenz Spiegelhalter zu Altglashütte | 1,500 | — | | |
| | Anton Heilmann zu Neustadt, jetzt Johann Kett-
ner zu Riefelzingen | 2,350 | — | | |
| | Baptist Bernauer Schuster zu Neustadt . . . | 975 | — | 975 | — |
| | Mathä Schwörer Wittwe allda | — | — | 1,642 | 13 |
| | Joseph Kamberer zu Dittishausen | — | — | 900 | — |
| | Gidel Wehrle allda | 1,000 | — | | |
| | Johann Hasenfranz allda | 850 | — | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|---|----------|-----|--------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Seckreis. Neustadt
Bonndorf | Michael Hofmann zu Dittishausen | 13 | — | | |
| | Für die Kirche sammt Thurm zu Bonndorf . . | 5,000 | — | | |
| | Für das Pfarrhaus allda | 6,200 | — | 388 | 15 |
| | Konrad Ragg auf der Glashütte | — | — | 650 | — |
| | Joseph Birke zu Bonndorf | 908 | 20 | | |
| | Joseph Beck Notar allda, jetzt Birmin Glätkorn
zu Brunnabern | 3,150 | — | | |
| | Mathä Merk zu Gpfenhofen | 490 | — | | |
| | Joseph Kösch der jüngere allda | 300 | — | | |
| | Andreas Iseler zu Eberbach, Gem. Grafenhausen | 1,100 | — | | |
| | Anselm Morat zu Gwatingen | 1,175 | — | | |
| | Johann Welte zu Boll | 100 | — | | |
| | Johann Kaiser zu Blumegg | 1,450 | — | 330 | — |
| | Johann Probst zu Wellendingen | 1,435 | — | | |
| | Willibald Fectig zu Buggenried | 931 | — | 1,088 | — |
| | Franz Werner zu Bonndorf | 50 | — | | |
| | Alois Nügler zu Horben, Gem. Birkendorf, jetzt
Joseph Hügel zu Bonndorf | 1,050 | — | 265 | — |
| Billingen | Verwaltung Rothweil | — | — | 1,000 | — |
| | Joseph Grieser, Jakob Kirchenfels und Ferdinand
Schaaf zu Kappel, jetzt Mathias Gminger zu
Dauchingen | 1,435 | — | | |
| | Repomus Hemmerle zu Billingen | — | — | 300 | — |
| | Fidel Kehl zu Dürnheim, jetzt Joseph Kehl, Kiefer
zu Walzen, Bezirksamts Stühlingen . . . | 700 | — | | |
| | Michel Schleicher zu Dürnheim | 1,100 | — | | |
| | Gemeinde Burgberg | — | — | 290 | — |
| | Fidel Weeber Schreiner zu Billingen | | | 30 | 40 |
| | Kaspar Baumann allda | — | — | 49 | 27 |
| | Heinrich Pfander allda | 54 | — | | |
| | Karl Berger Falkenwirth allda | — | — | 10,598 | — |
| | Woran an Notar Bezold zu Dypenau dessen
Vertreter Notar Hamelter zu Billingen 6460 fl.
8 fr. zu zahlen. | | | | |
| | Joseph Hässler allda | 3,650 | — | | |
| | Bürgermeister Stern allda | — | — | 500 | — |
| | Benedikt Meier Wittwe allda und Andreas
Eisenmann zu Nordstetten | 1,350 | — | | |
| | Jakob Fischer Sattler allda | — | — | 375 | — |

| Namen
des
Ortes, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|-------------------------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Seckreis. Billingen. | Andreas Reichert, Bäcker zu Nordstetten . . . | 93 | — | | |
| | Johann Peter Schrank zu Niederesbach . . . | 940 | 7 | 1,159 | 53 |
| | Motz Kottler Wittwe allda | — | — | 425 | — |
| | Joseph Keller allda | — | — | 175 | — |
| | Margdalena Kottler, jetzt Wolfgang Kiebling allda | — | — | 150 | — |
| | Franz Maier, Kiefer allda, nun Accisor Kornel | | | | |
| | Meier in Kappel | — | — | 275 | — |
| | Franz Simon zu Niederesbach | — | — | 1,300 | — |
| | Johann Georg Rapp zu Schabenhäusen . . . | 1,395 | — | | |
| | Felix Käfer zu Wellerbach | 1,349 | 12 | | |
| | Gemeinde Kappel für's Armenhaus | 66 | 52 | | |
| | Christian Storz zu Fischbach | 392 | 30 | 65 | — |
| | Ignaz Emminger allda | 300 | — | 300 | — |
| | Elestin Beha zu Unterkirnach | 5,396 | — | | |
| | Die Pfarrgemeinde allda | 54 | — | | |
| | Müller Johann Scherzinger zu Billingen . . | 7,999 | 30 | | |
| | Matheus Heini, Schreiner allda | 247 | 3 | | |
| | Johann Singer, Hafner allda | 575 | — | 575 | — |
| | Martin Ummenhofer allda | 975 | — | 975 | — |
| | Michael Storz, Gerber allda | 99 | — | | |
| | Joseph Reber, Fuhrmann allda | 28 | — | | |
| | Franz Joseph Kieger allda | 6 | — | | |
| Radolphyell. | Joseph Sauter zu Singen | — | — | 12 | 30 |
| | Konrad Auer Schwemwirth zu Gailingen . . | 4,450 | — | | |
| | Johann Hany Weber allda | 1,800 | — | | |
| | Franz Welte von Dehningen | 1,800 | — | | |
| | Derselbe | 25 | — | | |
| Engen. | Kasper Berger zu Inyang | 500 | — | 500 | — |
| | Fidel Wieder allda | 150 | — | | |
| | Gemeinde Emmingen | — | — | 100 | — |
| | Johann Sauter zu Engen | — | — | 1,000 | — |
| | Anton Roth, Postexpeditor allda | — | — | 1,210 | 12 |
| | Joseph Bilger zu Diebingen | — | — | 150 | — |
| | Salomon Neuburger zu Gailingen | — | — | 300 | — |
| | Stadtgemeinde Engen | 90 | — | | |
| | Bernhard Schellhammer und Jakob Gut, Sailer | | | | |
| | zu Mähringen : | 700 | — | | |
| | Joseph Röhrenbach und Karl Eitenbenz allda . | 425 | — | | |
| | Davon 200 fl. an die Braunschweigische Stiftung allda. | | | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--|---|------|-------|-------|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Ober-
rhein-
kreis. | Baldshut. | Peter Konrad, Anna Maria Hug und Wittve | | | |
| | | Gäng zu Hauenstein | 50 | 26 | |
| | | Joseph Hoggenmüller zu Ay | 400 | — | |
| | | Fridolin Eschbach zu Hochsal | — | — | 400 |
| | | Mathias Gersbach allda | 63 | — | |
| | | Johann Scheuble zu Unteralspfen | 350 | — | |
| | | Joseph Kunzelmann allda | — | — | 600 |
| | | Katharina Fromberg, jetzt Joh. Scheuble allda | 200 | — | |
| | | Fridolin Ebner allda | 250 | — | |
| | | Felix Strittmatter zu Albert | 1000 | — | |
| | | Franz Rünze allda | 1000 | — | |
| | | Fridolin Strittmatter zu Buch | 794 | 3 | |
| | | Lorenz Meier zu Unteralspfen | 400 | — | |
| | | Jakob Strittmatter zu Tiefenstein | 350 | — | |
| | | Mathä Hierholzer zu Hochsal | — | — | 26 49 |
| | | Friedrich Kleis, Bäcker und Bierbrauer zu Eichen | — | — | 100 |
| | | Friedrich Strütt zu Entenstein | — | — | 740 |
| | | Johann Jakob Trescher, jetzt Joh. Jakob Kuttler, | | | |
| | | Schlosser allda | — | — | 600 |
| | | Johann Friedrich Leuter allda | — | — | 700 |
| | | Jakob Dertlins Erben zu Hausen | — | — | 81 55 |
| Schöpfheim. | Schöpfheim. | Waisenrichter Bartlin Jost allda | — | — | 1239 |
| | | Joseph Bärenbach zu Nordschwaben | 350 | — | |
| | | Meier Maier zu Müllheim | — | — | 1100 |
| | | Kaver Bannwart und Georg Schlageter zu Nord- | | | |
| | | schwaben | 287 | 30 | |
| | | Franz Joseph Bannwart allda | 100 | — | |
| | | Philipp Reinhard und Johann Obwald zu Wam- | | | |
| | | bach, Gemeinde Wies | 450 | — | |
| | | Friedrich Forsthuber zu Raich | 300 | — | |
| | | Johann Echin zu Wies | 1800 | — | |
| | | Fritz Grether allda | 450 | — | |
| | | Adam Asal, jetzt Fritz Grether allda | 550 | — | |
| Schönaue. | Schönaue. | Johann Graf Wittve und Johann Georg Ham- | | | |
| | | berger allda | 1000 | — | |
| | | Johann Steinbrenner und Johann Mathis Ruch | | | |
| | | zu Windbollen | — | — | 150 |
| | | Bartholomä Maier allda | — | — | 150 |
| | | Ignaz Schlageter zu Schönenberg | — | — | 100 |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | | |
|---------------------------------|--|--------------------------------------|-----|------|-----|---|
| | | Zahlung. | | Ref. | | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. | |
| Ober-
rheinkreis. | Schönau. | Bonaventura Kunz zu Lobtau | 425 | — | 425 | — |
| | Johann Steinbrenner, jetzt B. Kunz allda . . | 275 | — | 275 | — | |
| | Bernhard Hügelmann allda | — | — | 800 | — | |
| | Franz Anton Maier, jetzt Konrad Hsal allda . | 800 | — | — | — | |
| | Martin Klingele allda | — | — | 650 | — | |
| | Lorenz Sommer allda | — | — | 300 | — | |
| | Jakob Fäger allda | — | — | 400 | — | |
| | Gemeinde Afersteg für die Sägmühle . . . | 500 | — | — | — | |
| | Bernhard Maier, Weber zu Zell | 800 | — | — | — | |
| | Sebastian Albrechts Erben, jetzt Adolph Stritt
allda | 250 | — | — | — | |
| | Kaver Spalch allda | 897 | — | — | — | |
| | Joseph Anton Hammer allda | 897 | — | — | — | |
| | Johann Kiefer Sohn allda, jetzt Lorenz Vogel
zu Ahenbach | 1197 | — | — | — | |
| | Jakob Maier allda | — | — | 399 | — | |
| | Michel Rümlele allda | 748 | — | — | — | |
| | Franz Joseph Lederer allda | 698 | — | — | — | |
| | Jakob Fris allda | 646 | — | — | — | |
| | Johann Kiefer, jetzt Jakob Fris allda . . . | 646 | — | — | — | |
| | Kaspar Bittin allda | 600 | — | — | — | |
| | Anton Rümlele allda | 692 | — | — | — | |
| Müllheim. | Wassenschmied Eberhart zu Niederweiler . . | — | — | 100 | — | |
| | Augustin Schweizer, jetzt Jacob Friedrich Gdert
zu Schweighof | — | — | 380 | — | |
| | Anton Fräulein zu Damlach | 200 | — | — | — | |
| | Johann Friedrich Pfänder Wittwe zu Nuggen . | 4135 | — | — | — | |
| | Rebstockwirth Grether Wittwe zu Sulzburg . | 2009 | — | 2287 | — | |
| Staufen. | Johann Jakob Grether allda | 15 | — | — | — | |
| | Gemeinde Münsterthal für die Kapelle aufm Belchen | — | — | 200 | — | |
| | Joseph Stoll zu Staufen | 323 | 19 | — | — | |
| | Jakob Kreib allda | 316 | 18 | — | — | |
| | Sebastian Gastiger aufm Kappelhof, Gemeinde
Dottingen | 300 | — | — | — | |
| Freiburg
Landamt. | Kaver Thoma zu Griesheim | 557 | 39 | — | — | |
| | Stabhalter Bässin Relikten zu Mengen . . . | — | — | 190 | — | |
| | Martin Schorp, nun das Mörchische Kind in
Opfingen | — | — | 200 | — | |
| | Nathias Schlegel zu Unteribenthal | — | — | 150 | — | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|-----------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Oberrhein-
kreis. | Freiburg | Joseph Tritschler zu Unteribenthal | — | — | 600 | — |
| | Landamt | Joseph Hemle zu Werbstein | — | — | 100 | — |
| | | Andreas Klingele zu St. Wilhelm | — | — | 50 | — |
| | | Georg Gremelsbacher Wittwe zu Fahrenberg | 275 | — | — | — |
| | | Johann Georg Böhrenbach zu Neustadt für Brand
in Hintergarten | — | — | 50 | — |
| | | Joseph Meh zu Unteribenthal | 675 | — | — | — |
| | | Johann Kabis zu Wolfenweiler | 384 | 34 | — | — |
| | Säckingen | Hammerschmid Maier zu Murg | — | — | 115 | — |
| | | Anton Mutter zu Gersbach | — | — | 3 | 39 |
| | | Ignaz Reiman zu Herrschried, jetzt Theres Gott-
stein, Frau des Blasius Zumkeller | 300 | — | — | — |
| | | Fridolin und Johann Köhle zu Säckingen | — | — | 450 | — |
| | | Johann Baumle allda | — | — | 1107 | — |
| | | Wittwe Kühle | — | — | 300 | — |
| | | Karl Böhle | — | — | 250 | — |
| | | Augustin Albiez zu Lochmatt | — | — | 400 | — |
| | | Margdalena und Theres Albiez allda | — | — | 150 | — |
| | | Alcis Brogle zu Säckingen | — | — | 150 | — |
| | | Joseph Bollmer allda | — | — | 38 | — |
| | | Theres Berger in Redenbach | — | — | 774 | — |
| | | Fidel Hüber zu Hornberg | 1450 | — | 950 | — |
| | | Fridolin Probst, Schuhmacher zu Ditzgen | 575 | — | — | — |
| | | Martin Dietsche zu Herrschried | 700 | — | — | — |
| | | Martin Stark allda | 1100 | — | — | — |
| | | Clemenz Edert und Lorenz Siebold allda | 900 | — | — | — |
| | | Xaver Blum Kinder | 1124 | — | — | — |
| | | Ochsenwirth Strittmatter, jetzt Johann Albiez allda | 2700 | — | 1230 | — |
| | | Fridolin Hofmann allda | — | — | 1100 | — |
| | | Rudolph Edert der jüngere allda | 1150 | — | 1150 | — |
| | | Marzel Merkle, Ferdinand Hosp, Fridolin Ste-
bold und Mathias Gottstein allda | 2100 | — | 550 | — |
| | | Rudolph Edert allda | 2350 | — | — | — |
| | | Franz Zehle Frau, Dominik Gottstein und Peter
Scheuble allda | 2850 | — | — | — |
| | | Wilibald Huber und Joseph Scheuble allda | 1778 | — | — | — |
| | | Xaver Hosp allda | — | — | 2154 | — |
| | | Adlerwirth Blasius Zumkeller allda | 2800 | — | 70 | — |
| | | Herrmann Hottinger allda | — | — | 1420 | — |

| Namen
des
Kreis, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|-------------------------------|--|----------|-----|--------|-----|
| | | Zahlung. | | Ref. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Obernhein-
kreis. | Dittila Blum zu Herrischried | 718 | — | | |
| | Augustin, jetzt Jakob Kohlbrenner allda . . . | 1,600 | — | | |
| | Faver Kohlbrenner allda | 1,130 | — | | |
| | Jakob Siebold, Simon Bernauer und Peter
Bernauer allda | 700 | — | 700 | — |
| | Die Pfarrgemeinde allda | — | — | 10,100 | — |
| | Johann Kaiser und Gemeinde Bieladingen . . | — | — | 900 | — |
| | Johann Senger zu Kollingen | 300 | — | | |
| | Fridolin Konrad allda | 300 | — | | |
| | St. Blasien Joseph Tritschler zu Todtmoos | — | — | 100 | — |
| | Bernhard Köpfer zu Bernaudorf | — | — | 250 | — |
| St. Blasien | Die Spinneret zu St. Blasien wegen Kohlscheuer | — | — | 64 | — |
| | Johann Schloffer, jetzt Liberata Scheuble zu
Amrischwand | — | — | 200 | — |
| | Fabrikant Fridolin Tritschler zu Unteribach . . | — | — | 550 | — |
| | Joseph Wild zu Unterfischbach | — | — | 180 | 37 |
| | Fridolin Freudig zu Wilsingen | — | — | 850 | — |
| | Fidel Baumeister zu Schwarzhalden, Gemeinde
Häusern | 50 | — | | |
| | Johann Zehle zu Elmeneg | 350 | — | | |
| | Joseph Malzacher und Joseph Burger zu Finken-
lingen | 375 | — | 375 | — |
| | Brettsach Bankraz Mader zu Burgheim | — | — | 50 | — |
| | Georg Flubuch im Mühlenhof, Gem. Thringen | 550 | | | |
| Brettsach | Joseph Blaile zu Hausen | 1,357 | 46 | | |
| | Mathias Weischel zu Gottenheim | 600 | — | | |
| | Lörrach Johann Jakob Krainer Waldbüter zu Hertingen | — | — | 50 | — |
| | Friedrich Eisenreich, Schwarznagler zu Harden . | — | — | 78 | — |
| | Johann Jakob Kiefer Wittwe zu Bingen . . . | — | — | 50 | — |
| | Anton Kuni, jetzt Alois Winkler zu Schwör-
reiten, Joseph Uiberlins Erben zu Wormbach | — | — | 600 | — |
| | Johann Karlin zu Tüllingen | 39 | 23 | | |
| | Johann Georg Enkenstein, nun Kiefer Johann
Jakob Brehm allda | 404 | 30 | | |
| | Johann Vertsch zu Weil | 64 | 30 | | |
| | Hornberg Die Gemeinde St. Georgen für Waschküche . . | — | — | 25 | — |
| Hornberg | Mathias Schandemeier, Wagner, jetzt Andreas
Rosensfelder, Maurer allda | 275 | 48 | | |
| | Georg Staiger, Weber zu Reichenbach | 500 | — | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes.. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | | |
|----------------------------------|--|--|--|-------|-------|----|
| | | Zahlung. | | Rest. | | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. | |
| Ober-
rheinkreis. | Hornberg. | Karl Eduard Armbruster zu Schiltach | 6,407 | — | | |
| | | Kronenwirth Friedrich Trautwein allda | 64 | — | | |
| | | Derselbe | 72 | — | | |
| | | Johann Wolber allda | 169 | 6 | | |
| | | Die Gemeinde allda | — | — | 66 | — |
| | | Jakob Friedrich Baumanns Frau zu Hornberg | 2,324 | 7 | | |
| | | Friedrich Aberle, Müller allda | 241 | 17 | | |
| | | Friedrich Obergfell allda | 86 | 31 | | |
| | | Christoph Schweickert, Schmied allda | 3 | — | | |
| | | Triberg. | Für's Scharfrichterhaus zu Triberg | — | — | 2 |
| | | Für's Amthaus über die bezahlten Reparations-
kosten erkannt | — | — | 28 | 56 |
| | | Franz Joseph Schägler zu Schonach | — | — | 350 | — |
| | | Joseph Ruhn, jetzt Schwanenwirth Haberstroh
allda | — | — | 1,825 | — |
| | | Sebastian Rienzler zu Gremelsbach | 950 | — | | |
| | | Edlestin Vogel zu Triberg | 1,100 | — | | |
| | | Anton Fehrenbach, jetzt Baptist Haberstroh allda | — | — | 600 | — |
| | | Karl Scherer allda | 450 | — | | |
| | Walbkirch. | Edlestin Dold, jetzt Ochsenwirth Wehrle allda | 808 | — | | |
| | | Für die Kirche zu Wiehre | — | — | 36 | — |
| | | Joseph Anton Bruder, Gemeinderath Trenkle,
Granatschleifer Tschan und Kaufmann Hobapp
zu Walbkirch | — | — | 194 | — |
| | | Georg Schägler zu Bieberbach | 1,086 | — | | |
| | | Leonhard Fahreländer zu Siegelau | 2,583 | — | | |
| | | Nikolaus Kammerer zu Ragenmoos | 190 | 30 | | |
| | Freiburg
Stadtamt. | Zuchthausverwaltung Freiburg | — | — | 13 | 20 |
| | | Lorenz Falk zu Wiehre | 403 | 22 | | |
| | | Jeremias Rösler Fabrikant allda | 395 | — | | |
| | | Alexander Höhrenbach, Hafner zu Freiburg | 148 | 30 | | |
| | Zeettingen. | Joseph Weissenberger, Gabelmacher zu Weisweil | 250 | — | | |
| | | Johann Georg Gäntert zu Hohenthengen, jetzt
Fridolin Albrecht zu Stetten | 422 | — | 422 | — |
| | | Johann Baumgartner, Weber zu Hohenthengen | 372 | 30 | | |
| | | Großherzogliche Militärwitwenkasse für Altbür-
germeister Maier zu Stetten | — | — | 787 | — |
| | Emmen-
dingen. | Gottlieb Bucherer zu Allmendsberg | — | — | 250 | — |
| | | Andreas und Gottlieb Holzer zu Sexau | 1,750 | — | — | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--|--|-------|-------|-------|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Obernhein-
kreis. | Emmen-
dingen | Johann Georg Hößlin zu Theningen an Pfleger | | | |
| | | Jakob Martin Manton zu Sexau | 65 | 7 | |
| | | Johann Jakob Bollweider zu Gischketten | 469 | 18 | |
| | | Mathias Bühler auf dem Glasig, Gemeinde
Freiamt | 700 | — | |
| | | Johann Georg Rad allda | 500 | — | |
| | | Salomon Levi Bornheimer zu Gischketten | 556 | — | |
| | Ettlenheim | Franz Anton Kopf, Weber und Anton Ding
Weber, zu Rahlberg | 331 | 20 | |
| | | Joseph Herbkreit zu Drschweiler | 1,029 | 37 | |
| | | Landolin Baumann zu Ruß | 700 | — | |
| | | Joseph Baumann, Jakobs Sohn, jetzt Mathias
Uß allda | 7 | 18 | |
| Mittel-
rheinkreis. | Wolsach | Franz Armbruster Wittve zu Staab Kaltenbrunn | — | — | 500 |
| | | Philipp Leiz Rüfer zu Wolsach | 810 | — | 308 |
| | | Jakob Gähle allda | 55 | — | 30 |
| | | Jakob Armbruster, Zähringerhofwirth allda | 2,600 | — | 650 |
| | | Philipp Widdum und Landolin Deha allda | 729 | 30 | — |
| | | Edmund Hobapp, jetzt Gantmasse Bürgermeister
Bührer allda | 1,800 | — | — |
| | | Appollonia Sandhaas und Franz Meier allda | 1,373 | — | 37 |
| | | Adlerwirth Karl Seiter allda | 1,892 | — | — |
| | | Joseph Anton Rasper, Joseph Moser und Wen-
delin Armbruster allda | 978 | 30 | 693 |
| | | Joseph Moser und Wendelin Armbruster allda | 740 | — | — |
| | | Anton Pfeiffer zu Wolsach | 100 | — | — |
| | | Johanna Wehrstein Wittve und Roman Pfeiffer
allda | 601 | — | — |
| | | Moriz Armbruster allda | — | — | 1,950 |
| | | Karl Valer und Joseph Armbruster allda | 2,487 | — | — |
| | | Engelwirth Georg Keller allda | 1,728 | — | — |
| | | Rechus Baumann Erben allda | 575 | — | — |
| | | Joseph Armbruster allda | 450 | — | — |
| | | Georg Pfeiffer allda | 1,025 | — | — |
| | | Edmund Hobapp allda | — | — | 3,250 |
| | | Ludwig Reef allda | 1,300 | — | — |
| | | Philipp Schuler allda | — | — | 1,650 |
| | | Albert Leicht zu Schiltach | — | — | 920 |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Mittel-
rheinkreis. | Wolsach | Johann Christian Armbruster und Compagnie zu Schiltach, Alois Harter zu Kaltbrunn und Johann Waldele zu Scharbach für Brand auf dem Schmidtberger Hof zu Schappach . . . | — | — | 4,315 | — |
| | | Franz Joseph Waldele zu Schappach . . . | 36 | — | — | — |
| | Gengenbach | Andreas Rühle zu Ernßbach . . . | — | — | 50 | — |
| | | Franz Anton Dam zu Flaggén . . . | — | — | 100 | — |
| | | Paul Späth zu Reichenbach . . . | — | — | 800 | — |
| | | Ludwig Dehler, Kilian Hügler, Georg Müller und Jakob Ficht zu Nordrach . . . | — | — | 4,300 | — |
| | Bühl | Augustin Rothmann zu Entersbach . . . | 2,200 | — | — | — |
| | | Gemeinde Schwarzach für Hansblaul . . . | — | — | 50 | — |
| | | Xaver Eberle zu Bühl . . . | — | — | 280 | — |
| | | Anton Eckert allda . . . | — | — | 145 | — |
| | | Bonifaz Gallert zu Lauf . . . | — | — | 494 | — |
| | | Michael Herrmann zu Herrenwies . . . | — | — | 750 | — |
| | | Leopold Maier allda . . . | — | — | 600 | — |
| | | Lukas Herrmann allda . . . | — | — | 550 | — |
| | Gernsbach | Dionis Bäuerle allda . . . | — | — | 600 | — |
| | | Joseph Gumppe zu Lautenbach . . . | — | — | 100 | — |
| | | Joseph Anton Gerstner allda . . . | — | — | 200 | — |
| | | Friedrich Hasenpflug zu Gernsbach . . . | — | — | 550 | — |
| | | Die Stadtgemeinde allda . . . | 74 | 25 | — | — |
| | Bretten | David Rübenacker zu Flehingen . . . | — | — | 2 | 45 |
| | | Abraham Flehinger, jetzt Michael Hausler allda . . . | 150 | — | — | — |
| | | Das katholische Kirchenrath zu Bretten . . . | — | — | 100 | — |
| | | Friedrich Willet zu Sickingen . . . | 359 | 23 | — | — |
| | | Heinrich Weigel und Christoph Keller zu Gockenheim . . . | 825 | — | — | — |
| | | Wilhelm Dehns Kinder und Ludwig Semel zu Kirnbach . . . | 500 | — | — | — |
| | | Johann Kerer allda . . . | 9 | — | — | — |
| | | Samuel Schmid allda . . . | 1 | 15 | — | — |
| | | Samuel Weiß allda . . . | 2 | 30 | — | — |
| | Bruchsal | Georg Feßler zu Unteröwisheim . . . | — | — | 250 | — |
| | | Verwaltung allda für Zehntscheuer . . . | — | — | 10 | — |
| | | Philipp Wagner und Valentin Gramlich Wittve zu Destrungen . . . | 359 | 55 | — | — |
| | | Gemeinderath Ferdinand Böß zu Untergrombach . . . | 762 | 11 | — | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|-----------|---|----------|-----|--------|-----|
| | | | Zahlung. | | Ref. | |
| | | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Mittel-
rheinkreis. | Bruchsal | Johann Stephan Hoz zu Destrigen | 300 | — | | |
| | | Mathes Hoz allda | 150 | — | | |
| | | Franz Joseph Effert allda | 153 | 30 | | |
| | | Franz Joseph Destrich allda | 173 | 30 | | |
| | Ettlingen | Adolph Lauinger und Ignaz Förderer zu Schöll-
brunn | — | — | 25 | — |
| | | Simon Stebler zu Malsch | 233 | 27 | | |
| | | Johann Ziegler zu Mörsch | 24 | — | | |
| | Carlsruhe | Kaufmann Knecht zu Carlsruhe | — | — | 1 | 30 |
| | | Großherzogliche Hoftheateradministration für das
Hoftheater etc. | — | — | 61,450 | — |
| | Halslach | Andreas Bürger zu Hofketten | — | — | 100 | — |
| | | Mathias Lebig allda | — | — | 100 | — |
| | | Pfarrer Wiffert als Stiftungsvorstand für den
Kirchenfond zu Hausach | — | — | 50 | — |
| | | Joseph Spielmann zu Steinach | 100 | — | | |
| | | Joseph Meller zu Welschensteinach | 450 | — | | |
| | Oberkirch | Joseph Brauer Wittwe zu Döttelbach | 350 | — | | |
| | | Großherzoglicher Domänenfiskus für's Pfarrhaus
zu Oppenau | — | — | 1,000 | — |
| | | Franz Feger, Kronenwirth allda | — | — | 6,346 | — |
| | | Georg Lehmann Schuster allda | 590 | — | | |
| | | Georg Huber, Weber im Grund zu Freierbach | 642 | 24 | | |
| | | Johann Wilhelm der zweite zu Mösbach | 1,991 | 34 | | |
| | | Georg Wiegele zu Oppenau | — | — | 100 | — |
| | | Lorenz Roth, Wagner allda | 254 | 5 | 254 | 4 |
| | | Mathias Bohnert allda | 827 | 32 | | |
| | Achern | Bernhard Strenk zu Esbachried | — | — | 65 | 32 |
| | | Xaver Deibelbohrer zu Großweier | — | — | 100 | — |
| | | Anton Schöck zu Heltenbach, Gemeinde Ottenhöfen | 600 | — | | |
| | | Sebastian Schmid, Küfer zu Kappel | 595 | — | | |
| | | Erhard Schnurr zu Ottenhöfen | 350 | — | | |
| | | Joseph Huber, Bierbrauer zu Achern | 59 | — | | |
| | | Karl Schneider zu Furschenbach | — | — | 100 | — |
| | | Joseph Kösch zu Esbachwalden | 342 | — | | |
| | | Georg Schneider zu Ottenhöfen | 47 | — | | |
| | | Marr Huber zu Oberachern | 392 | — | | |
| | | Michael Schöck zu Ottenhöfen | 350 | — | | |
| | | Mathias Schöck und Johann Bluß allda | — | — | 400 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|---------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Mittel-
rheinfreis. | Durlach | Moses Bachmann und Esaiä Stengel zu Weingarten | — | — | 150 | — |
| | | Johann Dehm zu Wöschbach | 537 | 33 | | |
| | | Elias Bär zu Weingarten | 1,137 | 15 | | |
| | | Johann Adam und Lorenz Nikolaus allda . . | 1,317 | 1 | | |
| | | Karl Ranzler Wittwe allda | 635 | 55 | | |
| | | Johann Martin Siegrist allda | 360 | 14 | | |
| | | Johann Bögele und Johann Nikolaus allda . | 71 | 8 | | |
| | | Friedrich Schaufelberger allda | 36 | — | | |
| | | Joseph Frider und Andreas Baumgartner allda | 49 | 15 | | |
| | | Friedrich Gablenz allda | 39 | 11 | | |
| | | Fabrikant Engler und Compagnie zu Durlach . | 507 | 27 | | |
| | Lahr | Michael Koch zu Dinglingen | 245 | — | | |
| | | Joseph Bisler zu Schutterthal | 100 | — | 450 | — |
| | | Anton Schaubrenner zu Oberschoppsheim . . | 500 | — | | |
| | | Johann Kopf allda | 2 | 57 | | |
| | | Anton Schaubrenner allda | 5 | 30 | | |
| | | Johann Frist Wittwe allda | 3 | — | | |
| | | Andreas Hänle zu Lahr | 135 | 48 | | |
| | | Friedrich Müller, Kaufmann allda | 882 | 12 | | |
| | Kort | Joseph Friedrich Rösch zu Sundheim | — | — | 1,375 | — |
| | | Georg Friedrich Liebig zu Stadt Rehl | 362 | 30 | 275 | — |
| | | Johann Mehne, Waldbüter zu Edartsweiler . | 445 | — | | |
| | Rastatt | Ferdinand Kühne zu Waldprechtsweiler . . . | 1,514 | 21 | | |
| | | Nikolaus Mos zu Dietigheim | 755 | 34 | | |
| | | Georg Kalkbrenner Wittwe zu Dietigheim . . | 589 | 30 | | |
| | | Sonnenwirth Kasimir Schäfer zu Iffezheim . | 653 | — | | |
| | | Carl Gräß allda | 613 | 57 | | |
| | | Valentin Gräß allda | 10 | — | | |
| | | Ladeus Lorenz allda | 4 | — | | |
| | | Kasimir Schäfer allda | 10 | — | | |
| | | Benedikt Weiler zu Ruppenheim | 675 | — | | |
| | | Joseph Vogel, Kaufmann zu Rastatt | 197 | 1 | | |
| | | Christian Sauter, Tagelöhner allda | 40 | — | | |
| | | Meier Bodenheimer Wittwe allda | 255 | — | | |
| | | Nikolaus Rausch Wittwe allda | 87 | 20 | | |
| | | Daniel Edelschild allda | 86 | 5 | | |
| | | Philipp Ragenberger allda | 2 | 30 | | |
| | | Bartholmā Schaaf zu Winterdorf | 294 | — | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|-----------------------|---|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Mittel-
rheinkreis. | Offenburg | Simon Bürt zu Durbach | — | — | 700 | — |
| | | Julius Gäßler zu Käfersberg, Gem. Ortenberg | 4,790 | — | — | — |
| | | Gemeinde Marlen für's Pfarrhaus | 1,324 | 36 | 1,304 | 36 |
| | | Heinrich Weilhauer zu Eppingen | — | — | 1,217 | 53 |
| | Eppingen | Michel Leinz und Franz Joseph Geiger zu Rohrbach | 200 | — | — | — |
| | | Franz Joseph Fischer, Jakob Giermann und Valentin Leinz allda | 350 | 52 | — | — |
| | | Franz Joseph Fischer allda | 250 | — | — | — |
| | | Jakob Giermann allda | 150 | — | 50 | — |
| | Baden
Pforzheim | Joseph Meier zu Gerolsau | 50 | — | — | — |
| | | Bernhard Schwahl Wittve und Wilhelm Leicht zu Neuhausen | 239 | — | — | — |
| | | Die erstere | 100 | — | — | — |
| | | Stadtgemeinde Pforzheim wegen Holzgarten . . | — | — | 650 | — |
| | Unter-
rheinkreis. | Heinrich Henz allda | 988 | 39 | — | — |
| | | Georg Rah, Conditor allda | 94 | — | — | — |
| | | Friedrich Scharle, Sattler allda | 20 | — | — | — |
| | | Melchior Blas zu Heddesheim | — | — | 1 | — |
| | | Georg Scheffelmeyer zu Neckarhausen | — | — | 50 | — |
| | | Johann Wiederhold zu Ladenburg | 786 | 36 | — | — |
| | | Johann Lösch allda | 1,316 | 42 | — | — |
| | | Freiherr von Babo allda | 50 | 17 | — | — |
| | | Jakob Müller Wittve zu Schriesheim | 504 | 20 | — | — |
| | | Peter Wilhelm Bauer allda | 1,434 | 52 | — | — |
| | Ladenburg | Friedrich Spannagel zu Heddesheim | 335 | — | — | — |
| | | Johann Benzinger Wittve zu Heubenheim . . | 402 | 45 | — | — |
| | | Philipp Ludwig Ueberrhein allda | 5 | — | — | — |
| | | Georg Fleck zu Neckarhausen | 3 | — | — | — |
| | | Daniel Heuchelt zu Wallstadt | 924 | — | — | — |
| | | Friedrich Hecker allda | 8 | — | — | — |
| | | Joseph Luz zu Rosenberg | — | — | 16 | 40 |
| | | Für die Hofgemeinde Wemmersbach | 400 | — | — | — |
| | | Fuhrmann Panzer zu Heidelberg | — | — | 6 | 13 |
| | | Michael Hertel zu Handschuchsheim | — | — | 50 | — |
| | Heidelberg | Leonhard Bruder zu Wilhelmsfeld | — | — | 11 | — |
| | | Nikolaus Bauber, jetzt Nikolaus Breitsch zu Vorderheubach | 542 | — | 49 | — |
| | | Heinrich Ziegler, jetzt Ludwig Kocher allda . . | — | — | 26 | 20 |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|----------------------------------|---|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Unter-Heidelberg.
rheinkreis. | Nikolaus Figer Wittwe auf'm Hof Ringer, Ge-
meinde Altenbach | — | — | 627 | — |
| | Johann Georg Daub zu Heddesbach | 176 | 30 | 176 | 30 |
| | Georg Adam Münch zu Wilhelmsfeld | 218 | — | | |
| | Johann Goll zu Kirchheim | 410 | — | | |
| | Georg Peter Dauber zu Altenbach : | 410 | — | | |
| | Leonhard und Nikolaus Sommer zu Helligkreuz-
steinach | 658 | 42 | | |
| | Johann Wagner Rarher zu Heidelberg | 824 | 17 | | |
| | Jakob Gutt allda | 55 | 34 | | |
| | Gemeinde Rusloch für's Armenhaus | 371 | 33 | | |
| | Nikolaus Schork zu Wilhelmsfeld | 191 | — | | |
| | Sebastian Reinhard allda | — | — | 146 | — |
| | Michael Gwaid zu Altheudorf | 1,004 | — | 21 | — |
| | Michael Leyer allda | 12 | 48 | | |
| | Adam Schäfer zu Altenbach | 208 | — | | |
| | Andreas Engelof zu Großscholzheim | — | — | 50 | — |
| | Heinrich Schifferdecker zu Unterschefflenz | — | — | 2 | — |
| | Andreas Ernst allda | — | — | 4 | 24 |
| | Johann Georg Frei und Sebastian Kühne allda | — | — | 50 | — |
| | Christoph Brodbeck Wittwe zu Sattelbach | — | — | 300 | — |
| | Georg Heinrich und Jakob Riebel zu Mosbach | — | — | 830 | — |
| Mosbach. | Peter Holzschu allda | 454 | 50 | | |
| | Bonifaz Walter zu Mudensthal | 467 | 30 | | |
| | Martin Klingmann zu Unterschefflenz | 950 | — | | |
| | Andreas Bender Wittwe allda | 83 | 40 | | |
| | Johann Georg Ernst der jüngere zu Dbrigheim | 525 | — | | |
| | Johann Herrmann Wittwe zu Hochhausen | 48 | — | | |
| | Für's Pfarrhaus zu Königshofen | — | — | 9 | — |
| | Für die Kirche zu Gerlachsheim | 622 | 11 | | |
| | Die israelitische Gemeinde zu Impfingen | — | — | 295 | — |
| | Valentin Gängel zu Grünsfeld | 1,125 | — | | |
| Gerlachs-
heim. | Nikolaus Hammer und Franz Hehn allda | 89 | 35 | | |
| | Der erstere ferner | 56 | — | | |
| | Nikolaus Bamberger und Martin Lang allda | 55 | 30 | | |
| | Alois Blank zu Rinschheim | — | — | 2,050 | — |
| | Valentin Grimmer zu Zimmern | — | — | 50 | — |
| Duchen. | Fürstliche Standesherrschaft Leiningen wegen Do-
mäne Marienhof, Gemeinde Oßerbirken | 7,372 | 23 | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag. | | | |
|---------------------------------|---------|--|----------|-----|-------|-----|
| Unter-
rheinfreis. | Buchen. | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| | | Andreas Schneider zu Raifenbach | 100 | — | | |
| | | Fürstliche Standesherrschaft für Brand zu Mudau | 966 | — | | |
| | | Michael Link zu Mudau | — | — | 500 | — |
| | | Konrad Nonn allda | 450 | — | | |
| | | Georg Joseph Göß allda | 700 | — | 100 | — |
| | | Anton Schmidt und Joseph Hertert allda . . | — | — | 1,200 | — |
| | | Joseph Ehrmann allda | 500 | — | | |
| | | Karl Stalf allda | 750 | — | 1,250 | — |
| | | Johann Joseph Schnorr allda | 550 | — | 200 | — |
| | | Kaspar Scheuermann allda | 550 | — | 200 | — |
| | | Valentin Kehl allda | 1,300 | — | 2,550 | — |
| | | Kosina Englert allda | — | — | 700 | — |
| | | Oswald Sachs allda | 2,500 | — | 650 | — |
| | | Alois Heilig allda | 900 | — | 250 | — |
| | | Adam Hörst allda | 700 | — | | |
| | | Franz Sachs allda | 2,100 | — | 250 | — |
| | | Johann Rapp allda | 4,550 | — | | |
| | | Joseph Link allda | 4,000 | — | 153 | — |
| | | Franz Pfeifenberger Wittwe, jetzt Valentin Kahl
allda | 1,250 | — | | |
| | | Karl Walter allda | — | — | 1,250 | — |
| | | Franz Peter Hauf und Joh. Michael Ziegler allda | 1,150 | — | | |
| | | Johann Deber, jetzt Joseph Amos Link allda . | 1,250 | — | | |
| | | Karl Deber allda | 1,100 | — | | |
| | | Mathias Bingler allda | 1,300 | — | | |
| | | Franz Peter Hauf allda | 1,300 | — | 200 | — |
| | | Franz Joseph Deber allda | — | — | 550 | — |
| | | Pankraz Link allda | — | — | 500 | — |
| | | Franz Aug allda | 750 | — | | |
| | | Johann Joseph Bucher allda | 1,500* | — | | |
| | | Franz Mathes Böhnig allda | 800 | — | | |
| | | Franz Bucher allda | 1,100 | — | | |
| | | Andreas Köhler allda | 1,200 | — | 100 | — |
| | | Johann Georg Huberthal allda | — | — | 300 | — |
| | | Michael Anton Göß allda | — | — | 500 | — |
| | | Michael Schäfer allda | — | — | 650 | — |
| | | Peter Elter allda | — | — | 1,200 | — |
| | | Johann Joseph Pfaff allda | 1,089 | — | 544 | — |
| | | Franz Wolfgang Büchler allda | — | — | 1,000 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Desjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|---|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Unter-
rheinkreis. | Buchen. | | | | |
| | Franz Schnorr zu Mudau | — | — | 400 | — |
| | Joseph Andreas Pfaff allda | — | — | 1,100 | — |
| | Martin Henn allda | — | — | 750 | — |
| | Joseph Maier allda | — | — | 300 | — |
| | Johann, jetzt Johann Joseph Schwarz allda . | 1,250 | — | 100 | — |
| | Die Kirche zu Eicholzheim, jetzt Bürgermeister
Grimm allda | 250 | — | | |
| | Anselm Edelmann Wittwe allda | 500 | — | | |
| | Michael Schwab allda | 500 | — | | |
| | Sebastian Roe allda | — | — | 1,000 | — |
| | Kaspar Adam Schlär allda | 450 | — | | |
| | Johann Zink allda | 400 | — | 400 | — |
| | Michael Schwarz allda | 350 | — | | |
| | Joseph Anton Göß allda | 450 | — | | |
| | Sebastian Körber allda | 660 | — | 390 | — |
| | Martin Münch allda | 400 | — | | |
| | Karl Rottermann allda | — | — | 1,700 | — |
| | Sebastian Roe allda | 850 | — | | |
| | Georg Barthel Grünwald allda | — | — | 1,400 | — |
| | Franz Göß allda | 500 | — | | |
| | Adam Roe allda | 350 | — | | |
| | Die Kirche Walldürren, jetzt Franz Kaiser allda . | 200 | — | | |
| | Wendelin Kiefer allda | 350 | — | | |
| | Karl Berberich allda | 11 | — | 95 | — |
| | Joseph Berberich allda | — | — | 100 | — |
| | Michael und Joseph Ott allda | 106 | — | | |
| | Simon Schreier und Joseph Wittmann allda . | 500 | — | | |
| | Isaak Hofmann von Hainstadt allda | — | — | 650 | — |
| | Franz Paul Glachs allda | 450 | — | | |
| | Michael, jetzt Heinrich Ehrmann allda | 400 | — | | |
| | Franz Würst allda | — | — | 450 | — |
| | Johann Roth allda | 750 | — | 50 | — |
| | Franz Anton Bleg allda | 850 | — | 350 | — |
| | Michael Auß allda | 57 | — | | |
| | Franz Kaiser allda | 581 | 37 | | |
| | Franz Scheuermann allda | 190 | 56 | | |
| | Michael Körber allda | 302 | 16 | | |
| | Simon Schwab allda | 160 | — | 504 | 5 |
| | Franz Joseph Pfaff allda | 1,100 | — | 67 | 27 |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|-----------------------|---|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Reß. | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Unter-
rheinfreis. | Buchen | Michael Link der jüngere zu Mubau | 3,533 | 28 | | |
| | | Karl Walz zu Mubau | 2,225 | 28 | | |
| | | Karl Pfeiffenberger allda | 798 | 24 | | |
| | | Andreas Sod allda | 28 | 45 | | |
| | | Balentin Schmag allda | 10 | — | | |
| | | Franz Schnorr allda | 18 | — | | |
| | | Balentin Dietrich allda | 7 | — | | |
| | | M. A. Herfs Wittwe allda | 5 | — | | |
| | | Karl Ziegler und Silvester Blaut allda | 18 | — | | |
| | | Karl Seier, Kaspar Pfaff und Augustin Ziegler
allda | 13 | 20 | | |
| | Dorberg | Die katholische Gemeinde Ueffingen | — | — | 375 | — |
| | | Philipp Gerner, Hirschwirth allda | — | — | 1,500 | — |
| | | Valtes Michelbach zu Königshofen | 175 | — | | |
| | | Veit Kammerer allda | 50 | — | | |
| | Krauthelm
Weinheim | Martin Sad Erben allda | 50 | — | | |
| | | Fürstlich Krauthelm'sche Standesherrschaft . . | — | — | 25 | — |
| | | Adam Laib zu Hemsbach | — | — | 13 | 20 |
| | | Peter Salbinger zu Grossachsen, jetzt Philipp
Peter Krauth und Peter Schuhmann allda . . | 450 | — | | |
| | | Friedrich Knell zu Weinheim | 247 | — | | |
| | Eberbach | Georg Gaffeln zu Laudenbach | 93 | 45 | | |
| | | Konrad Karl allda | 245 | — | | |
| | | Nikolaus Jhrig zu Eberbach | — | — | 475 | — |
| | | Johann Emig, jetzt Peter Kessler, Daniel Raab,
Hioh Müller und Johann Nonn allda . . | — | — | 190 | — |
| | | Johann Georg Leiz allda | — | — | 194 | — |
| | | Hioh Fehle, jetzt Peter Kessler, Daniel Raab,
Hioh Müller und Johann Nonn allda . . | — | — | 194 | — |
| | | Franz Joseph Brauch zu Wagenschwand . . . | — | — | 420 | — |
| | | Jakob Waldenberger allda | 7 | — | | |
| | | Amalie Klose zu Heidelberg und Adam Gramlich
Erben zu Wagenschwand | 16 | 4 | | |
| | | Pfarrer Ables Wittwe zu Heidelberg | 200 | — | | |
| | Redarge-
münd | Georg Jakob Wallenweinder, Accisor zu Gaißberg | 238 | — | | |
| | | Georg Sauter, jetzt Georg Schneider allda, Nach-
folger von beiden | 330 | — | | |
| | | Zacharias Morsch zu Kleingemünd | 115 | — | | |
| | | Georg Eppe allda | 300 | — | | |

| Namen
des
Ortes, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|-------------------------------|--|----------|-----|------|-----|
| | | Zahlung. | | Ref. | |
| | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Unter-
rheinfreis. | Gemeinde Hoffsheim fürs Rathhaus | — | — | 2165 | — |
| | Friedrich Schuchmann zu Juzenhausen | — | — | 1257 | 30 |
| | Dietrich Gramlich allda | 961 | — | — | — |
| | Philipp Jakob Schmid und Jakob Weßlein allda | — | — | 172 | — |
| | Gemeinde Grombach | — | — | 650 | — |
| | Ludwig Huber zu Eschelbrunn | 376 | — | — | — |
| | Georg Aliebach jetzt Martin Ebler allda | 188 | — | — | — |
| | Franz Leier zu Diefheim | — | — | 416 | 53 |
| | Baruch und Abraham Lang zu Michelsfeld | — | — | 94 | — |
| | Johann Stang zu Mühlhausen | 613 | 6 | — | — |
| Reckar-
bischofsheim. | Sebastian Hop allda | 125 | — | — | — |
| | Constantin Bachmann zu Rauenberg | — | — | 100 | — |
| | Christoph Köpfle allda | — | — | 100 | — |
| | Der katholische Kirchenfond zu Waibstadt | — | — | 500 | 16 |
| | Tobias Berg zu Siegelbach | 440 | 55 | — | — |
| | Rosina Prior zu Untergimpfern | 150 | — | — | — |
| | Joseph Singer allda | 150 | — | — | — |
| | Joseph Felix und Bernhard Hollenbach zu Harb-
heim | — | — | 104 | — |
| | Johann Baumann zu Gerichsfelden | 106 | 41 | — | — |
| | Schuhmacher Irshlinger | — | — | 69 | — |
| Mannheim. | Das allgemeine Krankenhaus | — | — | 68 | 42 |
| | Rathschreiber Robert Pfeiffer | — | — | 932 | 9 |
| | Stabsarzt Dr. Voß | 112 | 29 | — | — |
| | Silberarbeiter Mathias Öhring | 87 | — | — | — |
| | Die Stadtgemeinde wegen Amthaus zu Tauber-
bischofsheim | 131 | — | — | — |
| | Schmied Franz Spannagel zu Seidenheim | 804 | 35 | — | — |
| | Peter Bobis zu Ostersheim | 18 | — | — | — |
| | Peter Oster zu Reilingen | 602 | — | — | — |
| | B. Vom laufenden Jahr. | | | | |
| | Michael Bühler zu Krumbach | 500 | — | — | — |
| Seckreis. Möckkirch. | Andreas Schuehler allda | 225 | — | 225 | — |
| | Georg Müller allda | 800 | — | — | — |
| | Konrad Fischer zu Heuborf | 601 | — | — | — |
| | Jakob Schwingert allda | 459 | — | — | — |
| | Konrad Schroff allda | 25 | — | — | — |
| | Peter Marquard zu Kreenheinfelden | 750 | — | — | — |

| Namen
des
Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|------------------------|---|----------|-----|--------|-----|
| | | Zahlung. | | Rück. | |
| | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Sekretär. Stadtkirch. | Ulrich Herzog zu Kreenheinstetten | 15 | — | | |
| | Nikolaus Kießer zu Helsenstetten | 350 | — | | |
| | Augustin Schludi allda | 1148 | — | | |
| | Franz Marquard zu Kreenheinstetten | 1370 | — | | |
| | Johann Mägele zu Boll | — | — | 300 | — |
| | Georg Fütterer allda | — | — | 150 | — |
| | Stephan Rebholz allda | — | — | 150 | — |
| | Joseph Bader, Müller zu Gailingen | 525 | — | 525 | — |
| | Weber Anton Amann allda | 125 | — | 125 | — |
| | Philipp Veit allda | 19 | — | | |
| Rathsherr. | Fabrikant Tenbrink für Baumwollenspinneret in
Arlen | 24,650 | — | 24,650 | — |
| | Joseph Moosmann, Schreiner zu Randegg | 885 | — | | |
| | Kaspar Beeger zu Ihnang | 17 | 30 | | |
| | Fidel Wieder allda | 7 | 30 | | |
| | Franz Beeber zu Singen | — | — | 150 | — |
| | Johann Moll zu Unterbühl, Gemeinde Schönen
Andreas Schmid zu Dehnungen | — | — | 167 | — |
| | Anton Fehrenbach zu Böhrenbach | — | — | 1162 | 30 |
| | Georg Kuhry allda | 475 | — | 1000 | — |
| | Lorenz Baumann zu Kappel | 14 | — | 475 | — |
| | Xaver Käfer Wittve allda | 16 | — | | |
| Büdingen. | Andreas Baumann und Sebastian Herbst zu
Dauchingen | 322 | 30 | 322 | 30 |
| | Hironimus Flaig, Bierwirth zu Dürcheim | 1400 | — | 1400 | — |
| | Michael Baumann allda | 10 | — | | |
| | Mathias Frey zu Ueberauchen | 825 | — | 825 | — |
| | Johann Schütz, Hufschmied zu Kappel | 707 | 6 | 707 | 6 |
| | Fidel Ruf, Weber allda | 25 | — | | |
| | Jakob Schütz im Vogelgesang Gemeinde Nieder-
eschach | 750 | — | 750 | — |
| | Bernhard Welte zu Ueberlingen | 1618 | — | | |
| | Mezger Felder allda | 5 | — | | |
| | Bernhard Welte allda | 2 | — | | |
| Donau-
eschingen. | Andreas Müller allda | 1 | 30 | | |
| | Johann Fischer zu Allmendshofen | 1000 | — | | |
| | Johann Hall allda | 600 | — | | |
| | Johann Bader allda | 30 | — | | |
| | Joseph Bauer allda | 30 | — | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Gemeinde.
Donau-
esingen. | Joseph Höfler zu Blumberg | 50 | — | — | — |
| | Ignaz Dörflinger, Mechanikus allda | 740 | — | 740 | — |
| | Johann Hensler alt zu Fürstenberg | 1300 | — | 1368 | — |
| | Johann Stöhr zu Bräunlingen | 25 | — | — | — |
| | Johann Held auf dem Jämenhof Gemeinde
Pföhren | 1150 | — | 1450 | — |
| | Maximilian Reigard zu Läntheim | 1446 | — | — | — |
| | Sebastian Krausbeck zu Hüfingen | 1219 | — | 1219 | — |
| | Magnus Friedrich Wittwe allda | 398 | — | 398 | — |
| | Gemeinde Hüfingen | — | — | 276 | 26 |
| | Kaplaneiort allda | 259 | — | — | — |
| | Joseph Mesmer zu Gessingen | — | — | 2209 | 26 |
| | Kasimir Inholz, Selter allda | 133 | 20 | — | — |
| | Simon Merk allda | 61 | — | — | — |
| | Leopold Gut zu Fürstenberg | 850 | — | 480 | — |
| | Rehardus Stierle zu Hasen | 1100 | — | — | — |
| | Marr Fesemeler zu Ristelbrunn | 850 | — | — | — |
| | Joseph Meier allda | 1300 | — | — | — |
| | Johann Martin zu Sumpfhöhen | 800 | — | — | — |
| | Anton Fuhrer allda | 10 | 30 | — | — |
| | Philipp Hünerwadel zu Zimmerholz | 1200 | — | — | — |
| Eugen. | Martin Gebhard Wittwe allda | 900 | — | 300 | — |
| | Michael Baier allda | 1550 | — | — | — |
| | Georg Dorn allda | 12 | — | — | — |
| | Mainrad Biedenmeyer zu Göttingen | 10 | — | — | — |
| | Anton Müller zu Wöhringen | — | — | 1400 | — |
| | Joseph Liebermann allda | — | — | 1200 | — |
| | Jakob Schmutz, Bäcker allda | 1200 | — | 1200 | — |
| | Mathias Eitenberg allda | 350 | — | 350 | — |
| | Celsius Schellhammet allda | 350 | — | 350 | — |
| | Rudolph Höpfer und Johann Lang, Hafner allda | 502 | 17 | — | — |
| | Jakob Kunz, Schlosser allda | 27 | — | — | — |
| | Dr. Bischof allda | 1 | 6 | — | — |
| | Therese Kunz allda | — | 50 | — | — |
| | Jakob Schmutz ferner | 1 | 45 | — | — |
| | Blasius Lay zu Bargetz | 380 | — | 380 | — |
| | Hedwirth Martin zu Wöhringen | 5 | — | — | — |
| | Anton Holzmann zu Zimmer | — | — | 3168 | — |
| | Thimotheus Engesser allda | — | — | 480 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Seckreis. Engen. | Margdalena Dreier Wittwe zu Zimmern | — | — | 400 | — |
| | Mathias Mayer allda | — | — | 200 | — |
| | Adlerwirth Felix Böhm zu Ehingen | 591 | — | 2709 | — |
| | Mathias Weidenmayer allda | 1809 | — | — | — |
| | Joseph Schach allda | 6 | — | — | — |
| | Joseph Walz zu Kirchen | 15 | — | — | — |
| | Anselm Buschle allda | 15 | — | — | — |
| | Johann Gsfäßer allda | 6 | — | — | — |
| | Mathä Krauß zu Ansfelingen | — | — | 950 | — |
| | Johann Rigling allda | — | — | 1000 | — |
| | Johann Springer, Schmied allda | — | — | 1230 | — |
| | Raimund Kaiser allda | 4 | — | — | — |
| | Johann Straub allda | 2 | — | — | — |
| | Moriz Hensler zu Einsendorf | — | — | 250 | — |
| | Johann Klaus allda | — | — | 150 | — |
| | Lukas Müller zu Mauenheim | — | — | 750 | — |
| | Jakob Beller, Schuster zu Möhringen | — | — | 1350 | — |
| | Johann Repomus Ved, Handelsmann allda | — | — | 156 | — |
| | Leo Furter allda | 20 | — | — | — |
| | Johann Gasse, Hafner zu Allensbach | 10 | 15 | — | — |
| Konstanz.
Pfullendorf. | Joseph Schuhmacher, Mohrenwirth zu Pfullendorf | 193 | 43 | — | — |
| | Baptist Rauch zu Engelsbreuthe, Gemeinde Rutschweiler | 650 | — | 650 | — |
| | Bernhard Schwelling zu Neubrunn, Gemeinde Rutschweiler | — | — | 3050 | — |
| | Adam Reuther allda | 15 | — | — | — |
| | Georg Rauch zu Krauchen, Gemeinde Deggenhausen | — | — | 1050 | — |
| Blumensfeld. | Konrad Vogler zu Gopenweiler | — | — | 1550 | — |
| | Glazinth Sauter zu Rommingen | 750 | — | 750 | — |
| | Mathias Weiser allda | 31 | — | — | — |
| | Ferdinand Straub zu Leipsferdingen | 25 | — | — | — |
| Stodach. | Barnabas Schwegler allda | 314 | — | — | — |
| | Fidel Braun zu Glashütte | 586 | — | — | — |
| | Karl Gut zu Schlatt | 450 | — | 450 | — |
| | Ottmar Steuble allda | 38 | 10 | — | — |
| | Martin Blank zu Stodach | — | — | 1800 | — |
| | Ignaz Straub, Schuster zu Stodach | — | — | 500 | — |
| | Johann Kellingner, Wagner allda | — | — | 900 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag. | | | |
|---------------------------------|---|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Ref. | |
| | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Seestreis. Stodach. | Konrad Märthe, Schneider zu Stodach | — | — | 1,080 | — |
| | Joseph Gauger allda | — | — | 500 | — |
| | Konrad Stehle, Glaser allda | — | — | 1,020 | — |
| | Joseph Harrer Wittwe allda | — | — | 460 | — |
| | Der Pfarrfond allda | — | — | 231 | 33 |
| | Kaver Weh, Brauer allda | 30 | — | — | — |
| | Oswald Reiser, Schmied allda | 15 | — | — | — |
| | Johann Nepomuk Bader allda | 27 | 40 | — | — |
| | Forstpraktikant Joseph von Merhard zu Konstanz | — | — | 1,500 | — |
| | Lorenz Geiser zu Mühlingen, Gemeinde Saig | 1,275 | — | 1,275 | — |
| Neustadt. | Georg Laufer zu Böfingen | 21 | — | — | — |
| | Johann Sorg zu Unterlenzkirch | 675 | — | 675 | — |
| | Georg Brander allda | — | — | 1,400 | — |
| | Felix Stoll allda | — | — | 1,650 | — |
| | Gregor Keller zu Epsenhofen | 1,125 | 30 | 1,125 | 30 |
| | Anton Doma zu Lausheim | 3,375 | — | 3,375 | — |
| | Anton Fink allda | 2,345 | — | 345 | — |
| | Benedikt Frei allda | 1,415 | — | 1,415 | — |
| | Johann Wiedemann allda | 500 | — | 500 | — |
| | Johann Wengert allda | 500 | — | 500 | — |
| Bonndorf. | Johann Müller allda | 1,015 | — | 1,035 | — |
| | Hieronymus Hochstetter allda | 1,082 | 30 | 1,082 | 30 |
| | Joseph Meister, Müller allda | 56 | — | — | — |
| | Mathä Steinert allda | 36 | — | — | — |
| | Kaver Koch allda | 18 | — | — | — |
| | Anton Keller allda | 12 | — | — | — |
| | Anton Brugger allda | 13 | — | — | — |
| | Der unirte Kirchenfond zu Bonndorf | 134 | 32 | — | — |
| | Anton Nägele zu Grafenhausen | — | — | 3,750 | — |
| | Kaver Dapp Wittwe zu Berau | 718 | — | 718 | — |
| Neersburg. | Gränzaufseher Karl Kruse zu Unterbach, Gemeinde Blumegg | 700 | — | 700 | — |
| | Bartholomä Baumeier zu Mattenberg | — | — | 500 | — |
| | Georg Vogt zu Stausen | 1,200 | — | 1,645 | — |
| | Engelbert Siebler zu Holzschläg | — | — | 450 | — |
| | Fürstlich Wolfegg-Waldenburgische Verwaltung zu Neersburg | — | — | 500 | — |
| | Jacob Storz, Werkmeister zu Neersburg | — | — | 900 | — |
| | Joseph Pfeiffer, Hafner allda | — | — | 350 | — |
| | | | | | |
| | | | | | |
| | | | | | |

| Namen
des
Rechts, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|--------------------------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Gerichts. Neerburg. | Jakob Storz, Werkmeister zu Neerburg, (erner | 17 | — | | |
| | Kaspar Bestermann, Hafner allda | 19 | — | | |
| | Sebastian Brummer, Bürgermeister allda | 12 | — | | |
| | Repomut Girgi allda | 12 | — | | |
| | Joseph Strai, Rehmann allda | 13 | — | | |
| | Baptist Bachmann | 14 | 4 | | |
| | Kreßens Vogt allda | 5 | — | | |
| | Maria Anna Seisfried allda | 7 | — | | |
| | Stadtgemeinde allda, wegen Grethaus | 17 | — | | |
| | Joseph Lang zu Marktes | 18 | — | | |
| | Amtsrevisor Federle Wittwe, Gregor Wehenberger
und Alois Grüniger zu Stühlingen | 1,305 | — | | |
| | Johann Böckle zu Eberdingen | — | — | 3,400 | — |
| | Blasius Schwarter zu Unteregglingen | — | — | 1,000 | — |
| Ober-
rheinfreis. | Hornberg. Johann Georg Wolber zu Reichenbach | 650 | — | | |
| | Jakob Brustle allda | 650 | — | | |
| | Lorenz Lehmann zu St. Georgen | 12 | 30 | | |
| | Emmen- Johann Hildwein zu Waltherdingen | 910 | — | | |
| | dingen. Johann Bachmann allda | 29 | 40 | | |
| | Johann Kepsman und Wendelin Niedinger zu
Nimburg | 120 | — | 120 | — |
| | Georg Jakob Kern allda | 7 | — | | |
| | Johann Georg Mößinger, der jüngere, zu Landeck,
Gemeinde Rönningen | 40 | 4 | | |
| | Georg Schinzinger, Wittwe zu Holzhausen | 297 | 30 | | |
| | Joseph Gutmann allda | — | — | 683 | 13 |
| | Matthias Herr zu Thennenbach | — | — | 938 | 46 |
| | Freiburg, Schmied Johann Rann zu Jarten | 575 | — | 575 | — |
| | Landamt. Adlerswirth Johann Georg Händler, Wittwe zu
Kirchjarten | — | — | 147 | — |
| Ehndau. | Karl Heister und Compagnie auf dem Schwenzer-
hof zu Zäfler | — | — | 778 | 31 |
| | Karl Genswein zu Ebringen | 550 | — | | |
| | Joseph Stiegeler's Gantmasse zu Ebdon | — | — | 343 | 28 |
| | Großh. Forstamännlicher wegen Jägerhaus zu
St. Wilhelm | — | — | 57 | 18 |
| | Johann Hartmann zu Ebringen | 15 | 2 | | |
| | Konrad Ritter zu Haffenberg | 1,000 | — | | |
| | Anton Schmid allda | 525 | — | 575 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | | |
|---------------------------------|--|---|---------------------------------|-------|-------|----|
| | | Zahlung. | | Rest. | | |
| | | fl. | kr. | fl. | kr. | |
| Ober-
rheinkreis. | Schönau. | Franz Joseph Kiefer zu Pfaffenberg | — | — | 650 | — |
| | | Johann Berger, der jüngere allda | — | — | 500 | — |
| | | Joseph Seeger allda | 525 | — | 525 | — |
| | | Jakob Seeger allda | 530 | — | 550 | — |
| | | Konrad Motsch allda | 375 | — | 375 | — |
| | | Anton Frei allda | 650 | — | 650 | — |
| | | Wolfgang Dietsche allda | 375 | — | 375 | — |
| | | Johann Wintel allda | 575 | — | 575 | — |
| | | Jakob, jetzt Johann Schmid allda | 525 | — | 525 | — |
| | | Johann Ruf allda | 550 | — | 550 | — |
| | | Christian Herzog allda | 350 | — | 350 | — |
| | | Thomas Fris allda | 350 | — | 350 | — |
| | | Joseph Wiesel allda | 900 | — | 900 | — |
| | | Johann Fris allda | 550 | — | 550 | — |
| | | Gregor Federer allda | 525 | — | 525 | — |
| | | Michael Kiefer allda | 550 | — | 550 | — |
| | | Jakob Böhler allda | 650 | — | 650 | — |
| | | Joseph Lederer, der jüngere, zu Hög | — | — | 1,985 | — |
| | | Andreas Matt von Egg zu Göttingen | — | — | 1,250 | — |
| | Säckingen. | | Fridolin Kaiser allda | 10 | — | — |
| | | Dalthasar Wasmer allda | 17 | 30 | — | — |
| | | Paul Eschbach allda | 17 | 30 | — | — |
| | | Posthalter Heinrich Böhler zu Kleinlausenburg | 23 | — | — | — |
| | | Jakob Baumgartner, Müller zu Oberhof | 905 | — | — | — |
| | | Hibel Lauber, Wirth allda | 692 | — | — | — |
| | | Simon Gottstein, Schmied allda | 635 | — | — | — |
| | | Stephan Huber allda | 800 | — | — | — |
| | | Konrad Böhler allda | 3 | — | — | — |
| | | Benedikt Schauble allda | 6 | — | — | — |
| | | Michael Gersbach allda | 6 | — | — | — |
| | | Johann Gallmann allda | 26 | — | — | — |
| | | Magnus Zimmermann allda | 12 | — | — | — |
| | | Joseph Zimmermann allda | 12 | — | — | — |
| | | Franz Thoma in Widerismühle, Gemeinde Willa-
ringen | — | — | 1,600 | — |
| | | Joseph Leber und Marx Fröhle, jetzt Johann
Andreas Weissenborn zu Wehr | 13,00 | — | — | — |
| | | Wierwirth Blasius Zunkeller zu Herrischried | — | — | 568 | 25 |
| | Dominik Frank zu Högshür | 300 | — | 300 | — | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag. | | | | |
|---------------------------------|--|--|-----|------|-----|---|
| | | Zahlung. | | Ref. | | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. | |
| Ober- Säckingen.
rheinkreis. | Agatha Dannenberger zu Hogschär | 300 | — | 300 | — | |
| | Sebastian Harfch allda | 5 | — | | | |
| | Dominik Wasmer allda | 5 | — | | | |
| | Dorothea Booz allda | 5 | — | | | |
| | Mois Sibold zu Kleinherrischwand | 1325 | — | 1325 | — | |
| | Ferdinand Sibold allda | 8 | — | | | |
| | Karl Joseph Brentano, Gemeinderath zu Klein-
laufenburg | — | — | 80 | 9 | |
| | Joseph Oswald zu Waldfisch | 12 | — | | | |
| | Barbara Bolt zu Oberwinden | 31 | — | | | |
| | Joseph Bauer zu Waldfisch | 1876 | 12 | | | |
| Waldfisch. | Joseph Hausmann und Joseph Weiss allda | 20 | — | | | |
| | Anton Gähring zu Ragenmoos | 656 | — | | | |
| | Anton Blattmann zu Buchholz | 681 | — | 675 | — | |
| | Mathias Bahl allda | 310 | 30 | 306 | 29 | |
| | Mathias Thoma allda | 22 | — | | | |
| | Mathias Fehrenbach allda | 24 | — | | | |
| | Joseph Kienle allda | 30 | — | | | |
| | Joseph Kienle allda | 2 | — | | | |
| | Jakob Dörner zu Biederbach | 1733 | 20 | 1733 | 20 | |
| | Kenzingen. | Michael Schaubt zu Wagenstadt | 800 | — | 170 | — |
| | Michael Hegler, Bürgermeister allda | 11 | — | | | |
| | Die Gemeinde allda | 1 | 45 | | | |
| | Maurer Bernhard Kaiser zu Kenzingen | 590 | 44 | | | |
| | Gerber Marx Henninger allda | 1753 | 21 | | | |
| | Kaspar Bleile allda | 65 | 28 | | | |
| | Mathias Dörsner allda | 39 | — | | | |
| | Müllheim. | Johann Jakob Escherter, Bürgermeister zu Nieber-
egggenen | 549 | 30 | | |
| | Johann Georg Dreher allda | 16 | 30 | | | |
| | Jakob Friedrich Oswald zu Malsburg | 500 | — | | | |
| | Friedrich Maier allda | 1000 | — | | | |
| | Felix Hünsgeld zu Seeselden | 37 | 50 | | | |
| | Karl Feder zu Laufen | 371 | 8 | | | |
| | Johann Herrmann, Schneider zu Sulzburg | 17 | — | | | |
| | Mois Rud zu Reuenburg | 1038 | — | | | |
| | Sebastian Ruchhaumer, Metzger zu Müllheim | 332 | — | 332 | — | |
| | Derselbe | 485 | — | 485 | — | |
| | Johan Müllin allda | — | — | 186 | — | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Ober- Müllheim.
rheinkreis. | Johann Stecher, Glaser zu Müllheim | 6 | — | | |
| | Marr Maier der jüngere allda | 5 | — | | |
| Schopfheim. | Sebastian Ruffbaumer ferner | 1 | — | | |
| | Johann Wulle, Wagner allda | — | — | 5 | — |
| | Martin Seen der jüngere auf dem Sägmättle,
Gemeinde Neuenweg | 900 | — | | |
| | Johann Bürger zu Wies | 275 | — | 275 | — |
| | Andreas Schlaith zu Langenau | 54 | 26 | | |
| | Michael Gutmann zu Stockmatt | 250 | — | 270 | 15 |
| | Johann Friedrich Schneider, Ragler zu Lehnacker,
Gemeinde Endenburg | 250 | — | 150 | |
| | Johann Hüglin zu Röhlenbrunn, Gemeinde Wies | — | — | 241 | 39 |
| | Johann Jakob Weiß zu Demberg, Gemeinde
Wies | 198 | — | 198 | — |
| | Johann Georg Hauser allda | 350 | — | 850 | |
| | Bartlin Schleith zu Hausen | 492 | 8 | 492 | 8 |
| | Theodor Herbstler allda | 9 | — | | |
| | Mathias Freiner zu Ruhof, Gemeinde Endenburg | 12 | — | | |
| | Fritz Andreas Schmid zu Doffenbach | 8 | — | 1,936 | — |
| Ettenheim. | Johann Jakob Göbel und Johann Georg Keller
allda | 2 | 30 | 90 | 36 |
| | Alois Weeber zu Ettenheimweiler | 500 | — | | |
| | Kaver Weeber allda | 13 | 8 | | |
| | Wolf Maier zu Altdorf | 382 | — | | |
| | Lorenz Etschmann zu Ettenheim | 25 | — | | |
| | Anton Litterst allda | 14 | — | | |
| | Benedikt Binz zu Rahlberg | 280 | — | 280 | — |
| | Jakob Stutz allda | 405 | — | 405 | — |
| | Anton Günther allda | 125 | — | 125 | — |
| | Ignaz Schwende allda | — | — | 200 | — |
| | Friedrich Schäggle Wittwe allda | 187 | 52 | | |
| | Randolin Störk's Wittwe allda | 7 | 24 | | |
| | Friedrich Stutz allda | 12 | 2 | | |
| | Jakob Mutschler allda | 1 | 42 | | |
| | Christian Hafs Wittwe allda | 6 | 24 | | |
| | Anton Baumann zu Ruff | 275 | — | 275 | — |
| Waldbhut. | Michael Knab zu Rogel | 650 | — | | |
| | Jakob Maier allda | 550 | — | | |
| | David Gäng allda | 400 | — | | |
| | | | | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Ober- Waldbhut.
rheinkreis. | Kaspar Maier zu Roxel | 1,275 | — | 1,275 | — |
| | Kaspar Federle allda | 875 | — | 875 | — |
| | Joseph Pfeiffer allda | 20 | — | | |
| | Lukas Knab allda | 44 | — | | |
| | Vincenz Biehler allda | 10 | — | | |
| | Joseph Tröndle allda | 15 | — | | |
| | Bartholomä Hilpert zu Röggerswiel | 750 | — | 750 | — |
| | Benedikt Baldenschweiler allda | 650 | — | 650 | — |
| | Anton Hilpert | 15 | — | | |
| | Schreiner Johann Blum zu Waldbhut | 169 | 17 | | |
| | Fridolin Banholzer zu Gdrwihl | 2,000 | — | | |
| | Johann Oberst zu Weilheim | 700 | — | 700 | — |
| | Fidel Ebner zu Wellendingen für Sägmühle im
Kirchspiel Zell, Gemeinde Röggingen | 190 | — | | |
| | Xaver Mutter zu Gdrwihl | 4,938 | 32 | | |
| | Jakob Eschbach zu Strittmatt | — | — | 1,100 | — |
| | Dominik Scheuble allda | — | — | 1,100 | — |
| | Johann Ruch, Adlerwirth zu Hauenstein | — | — | 4,967 | — |
| | Ursula Bögle allda | — | — | 750 | — |
| | Johann Schneider allda | — | — | 900 | — |
| | Ferdinand Schneider allda | — | — | 1,900 | — |
| | Simon Lauber allda | — | — | 900 | — |
| | Gregor Schneider allda | — | — | 800 | — |
| | Johann Adam Heilig allda | — | — | 1,100 | — |
| | Moriz Rögginger allda | — | — | 900 | — |
| | Urban Schneider, Wittwe allda | — | — | 109 | 51 |
| | Leopold Bögle allda | — | — | 52 | — |
| | Philipp Bögle allda | 25 | 52 | | |
| | Fabian Schindler allda | 15 | — | | |
| | Friedrich Stäble's Ehefrau auf'm Rüßenberg, Ge-
meinde Rüßnach | — | — | 2,194 | 27 |
| | Nikolaus Rübe zu Albert | — | — | 600 | — |
| | Fridolin Hüber allda | — | — | 700 | — |
| | Konrad Rübe allda | — | — | 1,050 | — |
| | Jakob Rübe allda | — | — | 800 | — |
| Eriberg. | Blasius Köffler zu Rusbach | 103 | 32 | | |
| | Johann Laufer zu Niederwasser | — | — | 4,470 | — |
| | Physikus Dr. Ketterer zu Eriberg | — | — | 3 | — |
| | Sonnenwirth Röß allda | — | — | 12 | 30 |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|-----------------------------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Ref. | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Ober-
rheinkreis. | Triberg.
Lörrach. | Eblestin Dold allda | — | — | 6 | — |
| | | Johann Bandle zu Blansingen | 459 | 24 | 459 | 24 |
| | | Großherzogliche Eisenbahnverwaltung für das
Eisenbahn-Warthauss zu Istein | — | — | 388 | — |
| | St. Blasien. | Gemeinde Hauingen | 40 | 7 | — | — |
| | | Kirchenbaufond allda | 17 | 30 | — | — |
| | | Großherzoglicher Domänenfiskus allda | 12 | — | — | — |
| | | Ablerwirth Gersbacher zu Todtmooß | 198 | 45 | — | — |
| | | Franz Joseph Burthard und Konrad Edert zu
Heppenschwand | — | — | 1,400 | — |
| | | Fridolin Rogg allda | 15 | — | — | — |
| | | Joseph Mutter allda | 36 | — | — | — |
| | | Jakob Kaiser zu Niedermühl | — | — | 1,242 | 18 |
| | | Amand Wasmer zu Höfenschwand | — | — | 100 | — |
| | | Joseph Scheuble zu Happingen | — | — | 1,100 | — |
| | | Joseph Ebner allda | — | — | 800 | — |
| | | Joseph Albiez allda | — | — | 800 | — |
| | Staufen. | Fidel Baumeister zu Schwarzhäls, Gemeinde
Häusern | — | — | 150 | — |
| | | Die Universitätskaffe Freiburg für den Weinstädter
Hof, Gemeinde Eschbach | 4,684 | 12 | — | — |
| | Dreisbach. | Georg Pfeil zu Wasenweiler | 925 | — | — | — |
| | | Gervas Briem allda | 815 | — | — | — |
| | | Marr Maier allda | 700 | — | — | — |
| | | Stephan Keller allda | 350 | — | — | — |
| | | Joseph Maier, Gemeinberechner allda | 1,355 | — | — | — |
| | Freiburg, Stadtamt.
Jestetten. | Stephan Fischer zu Gottenheim | 275 | — | 275 | — |
| | | Joseph Schmidle allda | 27 | — | — | — |
| | | Nikolaus Ruf, Hafner zu Freiburg | — | — | 60 | — |
| | | Thomas Kappler's Gantmasse zu Niedere | — | — | 3,105 | — |
| | | Kaver Zimmermann zu Erzingen | 827 | — | 827 | 2 |
| Mittel-
rheinkreis. | Wolfach. | Bernhard Reumeier zu Kniebis | — | — | 650 | — |
| | | Johann Georg Welte allda | — | — | 300 | — |
| | | Ignaz Kessler zu Oberwolfach | — | — | 900 | — |
| | | Venedikt Pfeiffer zu Klingigthal | 4,000 | — | — | — |
| | | Johann Harter allda | 4 | — | — | — |
| | Achern. | Johann Walz zu Seebach | 444 | — | — | — |
| | | Bernhard Fischer allda | 25 | — | — | — |
| | | Sebastian Schmid zu Kappel | 2 | 30 | — | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Mittel-
rheinkreis. | Achern. | Andreas Eieffermann zu Heitenbach, Gemeinde Ottenhöfen | 6 | — | | |
| | | Mathias Hils im Grimmerwald, Gemeinde Seebach | 50 | — | | |
| | | Bernhard Bürk zu Seebach | 49 | — | | |
| | Bruchsal. | Nikolaus Schauer zu Ottenhöfen | — | — | 50 | — |
| | | Johann Vanscher zu Untergrombach | 259 | 10 | | |
| | | Sebastian Wolf allda | 206 | 37 | | |
| | | Wendelin Heim zu Destrigen | 175 | — | | |
| | Rastatt | Johann Vogel, Kiefer zu Bruchsal | 28 | 2 | | |
| | | Christoph Wörter, Köhlewirth zu Edlingen | 27 | — | | |
| | | Nikolaus und Stephan Braun zu Rauenthal | — | — | 700 | — |
| | | Karpfenwirth Bernhard Hitzertich zu Rastatt | 31 | 56 | | |
| | | Maurer Wilhelm Brauer allda | 190 | — | 34 | 24 |
| | | Theodor Hag, Hauderer allda | 2 | 30 | 823 | — |
| | | Joseph Werner, Schreiner allda | 2 | 30 | 102 | — |
| | | Friedrich Sauter, Sädler allda | 9 | — | | |
| | | Anton Fleischmann, Gürtler allda | 31 | — | | |
| | | Karl Lang, Vater, Blechner allda | 5 | — | | |
| | | Friedrich Sauter, Sädler allda | 5 | — | | |
| | | Engelhard Reinacher allda | 2 | — | | |
| | Offenburg. | Lorenz Densfuß zu Weyer | 29 | — | | |
| | | Georg Pfähler zu Offenburg | 900 | — | 613 | 13 |
| | | Michael Weinkauff allda | 650 | — | | |
| | | Alois Weissburger allda | 1 | 30 | | |
| | | Alois Vogt allda | 3 | — | | |
| | | Johann Felder allda | 30 | — | | |
| | | Johann Kerlinger allda | 15 | — | | |
| | | Johann Bühler zu Durbach | 370 | — | 370 | — |
| | | Johann Litterst's Wittwe zu Bolsbach | 28 | — | | |
| | | Joseph Burk der dritte allda | 14 | — | | |
| | Eppingen. | Sebastian Boß zu Adelshofen | 22 | — | | |
| | | Samuel und Hirsch Wimpfheimer zu Ittlingen | 41 | 40 | | |
| | Gengenbach | Johann Hermann Müller zu Nordrach | 7 | — | | |
| | | Joseph Andreas Schmid zu Gengenbach | 8 | — | | |
| | | Jakob Huber zu Nordrach | — | — | 750 | — |
| | | Arbogast Brüberle allda | 425 | — | 425 | — |
| | | Jakob Armbruster allda | 335 | — | 335 | — |
| | | Franz Schwarz zu Oberharmersbach | 47 | — | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag. | | | |
|------------------------------------|---|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Mittel- Gengenbach.
rheinkreis. | Nathias Spitzmüller zu Nordrach | 1,192 | 30 | 1,192 | 30 |
| | Karl Hader zu Dieberach | 4 | 30 | | |
| | Marquard Nathias allda | 4 | — | | |
| Haslach.
Lahr. | Christian Armbruster allda | 13 | — | | |
| | Joseph Meller zu Welschsteinach | — | — | 312 | — |
| | Gränzaufseher Georg Reichert zu Langenwinkel | 413 | 33 | 413 | 33 |
| | Sebastian Moser, Schreiner zu Oberweiler | — | — | 955 | — |
| | Andreas Häuße zu Lahr | 15 | — | | |
| | Kaufmann Friedrich Müller allda | 13 | 30 | | |
| | Dreher Streißguth allda | 58 | — | | |
| | Johann Seraus zu Ottenhofen | — | — | 400 | — |
| | Philipp Spraul zu Haslach | 764 | 29 | | |
| Oberkirch. | Joseph Bigall, Mattenmüller zu Zusenhofen | 32 | 12 | | |
| | Georg Müller zu Röcherberg | 22 | — | | |
| | Georg Germann zu Gaisbach | 450 | — | 450 | — |
| | Reinhold Amrein zu Dypenau | — | — | 1,235 | — |
| | Joseph Börsig zu Petersthal | — | — | 2,000 | — |
| | Anton Roth, der zweite, zu Wahlholz, Gemeinde
Lierbach | — | — | 450 | — |
| | Georg Huber zu Wilseneck, Gemeinde Malsach | — | — | 950 | — |
| | Sebastian Schiller zu Lierbach | — | — | 340 | 29 |
| | Bernhard Fischer zu Lauf | 43 | 4 | | |
| Bühl. | Nathias Kraus zu Bühlertal | 306 | 57 | 306 | 57 |
| | Bernhard Wimmer zu Ottersweiler | — | — | 562 | — |
| | Stephan Hasel zu Barnhalb | — | — | 63 | 46 |
| | Viktoria Gries allda | — | — | 596 | — |
| | Christostomus Trapp allda | — | — | 693 | — |
| | Matern Keller allda | 7 | 20 | | |
| | Stephan Lorenz allda | — | — | 645 | 52 |
| | Karl Zachmann, Bäckermeister zu Durlach | 105 | 13 | | |
| | Jakob Stolz, Maurer allda | 33 | — | | |
| Durlach. | Die Stadtgemeinde allda | — | — | 750 | — |
| | Jakob Friedrich Breiß allda | 95 | 43 | | |
| | Gottfried Horst allda | 372 | 43 | | |
| | Christian Kindler allda | 699 | 19 | | |
| | Wilhelm Dümas allda | 600 | — | 674 | — |
| | Derselbe ferner | 500 | — | | |
| | Jakob Friedrich Delder allda | — | — | 1,100 | — |
| | Karl Sagger, Bäcker allda | 4,045 | — | 455 | — |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|---------------------------------------|--|----------|-----|-------|-----|
| | | | Zahlung. | | Reß. | |
| | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Mittel-
rheinkreis. | Durlach. | Johann Heidt und Friedrich Kaucher Wittwe zu Durlach | 1,121 | 41 | | |
| | | Johann Adam Ruf und Leonhard Rittershofer allda | 315 | 31 | | |
| | | Friedrich Bartenbach allda | 75 | 16 | | |
| | | Jakob Rittershofer allda | 18 | — | | |
| | | Adam Gabriel Heidt, Fuhrmann allda. | 18 | — | | |
| | | Wilhelm Jung, Schumacher allda | 16 | — | | |
| | | Katharina Hübsch allda | 12 | — | | |
| | | Kutscher Hany allda | 4 | — | | |
| | | Jakob Stengel und Jakob Ramerer allda | 7 | — | | |
| | | Johann Heinrich Deber allda | 4 | — | | |
| | | Geheimer Hofrath Bär's Erben allda | 8 | — | | |
| | | Karl Deller, Bierbrauer allda | 5 | — | | |
| | | Jung Wilhelm Klenert und Friedrich Ras allda | 27 | — | | |
| | | Schreiner Karl Theurer allda | 6 | — | | |
| | | Jakob Geiger, Sattler allda | 6 | — | | |
| | | Friedrich Hochschild, Weber allda | 6 | — | | |
| | | Stadtgemeinde allda, ferner | — | — | 50 | 15 |
| | | Gabriel Heib allda | 11 | — | | |
| | | Jakob Raunser zu Aue | 370 | — | | |
| | | Jakob Backof, Schmied zu Böhligen | 27 | — | | |
| | | Kraft Ried zu Langensteinbach | 324 | — | | |
| | | Gottlieb und Georg Rühle allda | 55 | — | | |
| | | Michael Müller allda | 15 | — | | |
| | | Alt Ludwig Luz zu Weingarten | 17 | — | | |
| | Dretten. | Gottlieb Falkenstein zu Ruitz | 302 | 17 | | |
| | | Gottlieb Wolf allda | 363 | 29 | | |
| | Ettlingen. | Ignaz Becker und Ignaz Spöck zu Ettlingen | 3,146 | 57 | | |
| | | Johann Greß und Johann Valentin Spöck allda | — | — | 88 | 33 |
| | | Martin Musler und Jakob Höpfner allda | 3 | — | | |
| | | Anton Rall allda | 4 | — | | |
| | | Ignaz Emlisch allda | 2 | — | | |
| | Baden. | Ignaz Heiler's Wittwe allda | 5 | — | | |
| | | Schreiner Wendelin Jabler zu Baden | 1,025 | — | 1,025 | — |
| | | Hauptmann Greiner allda | 59 | — | | |
| | | Karl Zerr und Albert Weiß allda | 15 | — | | |
| | | Anton Stein, Wittwe allda | 82 | — | | |
| Albert Weiß, ferner | | 9 | — | | | |
| | Friedrich Wollenmeier allda | 46 | — | | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--|--|-------|-------|-------|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | kr. | fl. | kr. |
| Mittel-
rheinkreis. | Baden. | | | | |
| | Pforzheim. | Joseph Zeller zu Baden | 800 | — | |
| | | Bahnwart Hilr. Huch zu Singheim | — | — | 65 |
| | | Johann Georg Heinz zu Büchenbrunn | 81 | 23 | |
| | | Johann Gräßle, Nagelschmied zu Niefern | 268 | 30 | 268 |
| | | Derselbe ferner | 4 | — | 30 |
| | | Michael Hehl allda | 8 | — | |
| | | Jakob Bauß allda | 4 | — | |
| | | Karl Bollmer allda | 15 | — | |
| | | Philipp Merkle zu Huchensfeld | — | — | 397 |
| | | Philipp von Aue allda | 8 | — | |
| | | Philipp Merkle allda | 3 | 30 | |
| | | Turmmeister Karl Wassermannsdorf's Ehefrau zu
Heidelberg | 26 | — | |
| | | Valentin Beisel zu Brombach | 119 | 12 | |
| Unter-
rheinkreis. | Heidelberg. | Jakob Reinhard auf'm Schaafhof, Gemeinde
Lampenhain | 618 | 49 | |
| | | Johann Bierheller's Gantmasse zu Heidelberg | 686 | 48 | 30 |
| | | Gürtler Karl Müller's Wittve allda | 33 | — | |
| | | Julie Fuchschr allda | 8 | — | |
| | | Christoph Vogt, Knopfmacher allda | 20 | — | |
| | | Jakob Stichling allda | 3 | — | |
| | | Baptist Bey allda | 10 | — | |
| | | Friedrich Hornmuth, Rittewirthe allda | 22 | — | |
| | | Johann Loh, Mehlgändler allda | 12 | — | |
| | | Georg Steigleider zu Altnendorf | — | — | 50 |
| | | Jakob Sauer allda | 50 | — | |
| | | Nikolaus Reiffig zu Lampenhain | — | — | 200 |
| | | Elisabeth Schmid allda | — | — | 250 |
| | | Georg Adam Pfahl zu Heiligkreuzsteinach | — | — | 250 |
| | | Johann Georg Haas zu Heddesbach | — | — | 600 |
| | | Valentin Beisel, Wittve zu Schönnau | — | — | 283 |
| | | Johann Jörder, Weber zu Wilhelmsfeld | 644 | 51 | 48 |
| | | Jakob und Peter Eifner zu Eiterbach | — | — | 1,475 |
| | | Adam Arnold zu Heidelberg | 3,011 | — | |
| | | Zimmermann Friedrich Heiser allda | 11 | — | |
| | | Seller Friedrich Mesner allda | 12 | 30 | |
| | | Die Stadtgemeinde allda | 5 | — | |
| | | Martin Siefert und Georg Leonhard Schmitt zu
Wilhelmsfeld | — | — | 166 |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|--------------------------------------|---|----------|-----|-------|-----|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Unter: Schwepin-
rheinkreis. gen. | Erasmus Träutlein zu Hockenheim | 745 | — | | |
| | Andreas Heim zu Brühl | 650 | — | | |
| | Adam Eichler zu Sedenheim | — | — | 420 | — |
| | Johann Gruber allda | — | — | 717 | — |
| | Philipp Jakob Seiß allda | — | — | 103 | — |
| | Martin Bolz allda | 39 | 19 | | |
| | Johann Adam Ehrhard zu Schwepingen | — | — | 1,596 | — |
| | Franz Schwab allda | 2,731 | 30 | | |
| | Raphael Trauermann allda | 750 | — | 89 | 32 |
| | Heinrich Montag allda | 118 | 48 | | |
| | Anton Wilhelmi allda | 62 | — | | |
| | Franz Freitag allda | 6 | — | | |
| | Joseph Brandenburger zu Hockenheim | — | — | 19 | — |
| | Gemeinde Hettlingenbeuern | — | — | 325 | — |
| | Jakob Edelmann und Franz Berberich allda | 363 | — | | |
| Buchen. | Johann Joseph Göß zu Ruda | — | — | 263 | 23 |
| | Johann Joseph Rottermann allda | 138 | 19 | | |
| | Johann Michael Göß, Wittwe allda | — | — | 300 | — |
| | Die Kirche Limbach, jetzt Johann Joseph Blaut
allda | 350 | — | | |
| | Kaspar Scheuermann allda | — | — | 50 | — |
| | Chirurg Heilig allda | 1 | 30 | | |
| | Franz Mackmüll und Peter Gert zu Limbach | 200 | — | | |
| | Adam Walter allda | 500 | — | | |
| | Johann Stein zu Sinsheim | 714 | — | | |
| | Schaffnei Lobensfeld allda | 50 | 15 | | |
| | Joseph Pellissier allda | 6 | 30 | | |
| | Isaak Roland allda | 29 | 51 | | |
| | Jakob Jüngert und Franz Flür allda | 61 | 28 | | |
| | Johann Hartmann Schick allda | 12 | 15 | | |
| | Jakob Rothschild allda | 15 | 39 | | |
| Sinsheim. | Christian Binkle, Isaak Sohn auf'm Immel-
häuser Hof | 2,143 | 57 | | |
| | Jakob Binkle allda | 1,051 | 15 | | |
| | Abraham Binkle und jung Christian Binkle allda | 3,351 | 4 | | |
| | Abraham Binkle und Heinrich Binkle allda | 7 | — | | |
| | Christian Binkle junior | 1 | 30 | | |
| | Lorenz Denk, der ältere und jüngere zu Dühren | — | — | 2,490 | — |
| | Peter Spieß, Bäcker allda | 375 | — | 375 | — |
| | | | | | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Derjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | |
|---------------------------------|--|---|-------|-------|----------|
| | | Zahlung. | | Rest. | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| Unter-
rheinkreis. | Unter-
Sinsheim. | Marr und Judith Medesheimer zu Dühren | 6 | — | |
| | | Ludwig Herborn allda | 12 | — | |
| | | Aron Straßburger allda | 9 | — | |
| | | Johann Schäffler und Georg Michael Harter
allda | 15 | — | |
| Rannheim. | | Jakob und Heinrich Steidel allda | 21 | — | |
| | | Kaufmann Karl Wader zu Sinsheim | 39 | 40 | |
| | | Joseph Hildebrand's Erben zu Rannheim | 27 | — | |
| | | Die Gesellschaft Harmonie allda | 80 | — | |
| Weinheim. | | Philipp Irtschlinger, Uhrmacher allda | 245 | 9 | |
| | | Wilhelm Dunschuh, Konditor allda | 3 | 30 | |
| | | Wilhelm Stoll, Handelsmann allda | 9 | — | |
| | | Georg Michael Hütther allda | — | — | 1,602 46 |
| | | Johann Eich zu Hochsachsen | 2 | — | |
| | | Franz Staudenheimer und Hartmann Will zu
Hemsbach | — | — | 388 |
| | | Konrad Fuhr allda | 19 | — | |
| | | Philipp Dontemps allda | 6 | — | |
| | | Tobias Linnebach zu Laudenbach | 1,005 | — | |
| | | Michael Krämer allda | 6 | — | |
| | | Peter Ehlig allda | — | — | 285 49 |
| | | Jakob Hohrein allda | 19 | 44 | |
| | | Christian Eckstein allda | 10 | — | |
| | | Georg Franz Brauch zu Hemsbach | — | — | 456 — |
| | | Michael Staudenheimer's Erben allda | — | — | 244 59 |
| | | Gemeinde Hemsbach | 24 | 54 | |
| Verlachs-
heim. | | Valentin Reinhard zu Hochsachsen | — | — | 315 — |
| | | Georg Jochin allda | — | — | 450 21 |
| | | Michael Konrad, der jüngere, zu Oberwittig-
hausen | 26 | — | |
| | | Michael Endres zu Unterbalbach | 11 | — | |
| Wiesloch. | | Balthasar Größer zu Wiesloch | 112 | — | |
| | | Johann Ranuff, der ältere, zu Rettigheim | — | — | 517 — |
| Lauter-
bischofsheim. | | Andreas Maier, jetzt Johann Söllner zu Dittig-
heim | 373 | — | |
| | | Joseph Hofmann und Franz Dominik Hellmuth,
jetzt Johann Glaser allda | 870 | — | |
| | | Franz Dominik Hellmuth allda | 50 | — | |

| Namen
des
Kreises, Amtes. | Desjenigen,
der die Entschädigung zu fordern hat. | Betrag | | | | |
|---------------------------------|--|---|-----|-------|-------|----|
| | | Zahlung. | | Rest. | | |
| | | fl. | kr. | fl. | kr. | |
| Unter-
rheinfreis. | Nedar-
gemünd. | Heinrich Seufert zu Dilsberg | — | — | 385 | — |
| | | Joseph Bror allda | 20 | — | — | — |
| | | Friedrich Leist zu Nedar-
gemünd | — | — | 2,000 | — |
| | | Eberhard Albrecht Krebell allda | 74 | 24 | — | — |
| | | Derselbe ferner | 442 | 30 | 355 | 30 |
| | | Georg Adam Leonhard Wittwe allda | 41 | — | — | — |
| | | Peter Iffinger allda | — | — | 600 | — |
| | | Jakob Schmid, Müller allda | — | — | 292 | — |
| | Eberbach. | Franz Koch zu Friedrichsdorf | — | — | 960 | — |
| | Dorberg. | Anna Maria Wirsching zu Gpplingen | — | — | 22 | — |

Carlsruhe, im April 1851.

Durch den Generalkassier
C. S. Eisenlohr.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Samstag den 27. September 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Die Fortdauer des Kriegszustandes betreffend. Ordensverleihungen. Erlaubniß zur Annahme eines fremden Ordens. Dienstaufträge.
Befehle und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: den Eintritt des Kurfürstenthums Hessen, des Großherzogthums Hessen und des Herzogthums Nassau in den deutsch-österreichischen Postverein betreffend. Bekanntmachungen des großherzoglichen Ministeriums des Innern: die Ertheilung eines Patents an E. F. Göniffleur in Lyon für ein neues System von Schleppdampfschiffen betreffend. Die Stiftung der Barbara Rufer von Rugen zur Gründung eines Armenfonds daselbst betreffend. Bekanntmachung des großherzoglichen Finanzministeriums: die Ermäßigung der Redaktionsgebühren betreffend.
Dienstverordnungen.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Die Fortdauer des Kriegszustandes betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nach Anhörung Unseres Staatsministeriums haben Wir Uns bewogen gefunden, zu bestimmen, daß der Kriegszustand nach Maafgabe des Gesetzes vom 29. Januar d. J. noch fortzudauern hat.

Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 26. September 1851.

Leopold.

A. von Höggenbach. von Marschall.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Ordensverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben
unter dem 29. August d. J.
dem großherzoglichen Staatsminister Freiherrn Rüdert von Collenberg und
dem großherzoglichen Präsidenten des Finanzministeriums Staatsrath Regenauer, das
Großkreuz Höchstihres Ordens vom Jähringer Löwen allergnädigst zu verleihen geruht.

Erlaubniß zur Annahme eines fremden Ordens.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst höchster Entschließung
vom 15. d. M. dem Stadtpfarrer Defan Dr. Müller in Ueberlingen die unterthänigst nach-
gesuchte Erlaubniß zu erteilen geruht, den ihm von Seiner Majestät dem König von Preußen
verliehenen Rothen Adlerorden vierter Classe anzunehmen und zu tragen.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden:
unter dem 11. d. M.
den Oberstlieutenant und Commandanten des ersten Infanteriebataillons von Porbeck und
den Oberstlieutenant und Commandanten des fünften Infanteriebataillons Dreyer, zu
Obersten; ferner
den Major und Commandanten des dritten Reiterregiments von Glaubitz zum Oberst-
lieutenant zu ernennen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Den Eintritt des Kurfürstenthums Hessen, des Großherzogthums Hessen und des Herzogthums Nassau in den
deutsch-österreichischen Postverein betreffend.

Da der Eintritt des Kurfürstenthums Hessen, des Großherzogthums Hessen und des Her-
zogthums Nassau in den deutsch-österreichischen Postverein mit dem 1. October d. J. statt finden
wird, so treten von diesem Tage an die in der diesseitigen Verordnung vom 12. April d. J. —
den Anschluß des Großherzogthums an den deutsch-österreichischen Postverein betreffend — Re-
gierungsblatt Seite 279 und ff. im Abschnitte I. §§. 4 bis 10 enthaltenen Vorschriften auch
beim Postverkehr zwischen Baden und den genannten drei Staaten in Wirksamkeit, wogegen
gleichzeitig die im Abschnitt II. jener Verordnung enthaltenen Vorschriften bezüglich dieses Verkehrs
außer Anwendung gesetzt werden.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Mittwoch den 8. October 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Erlaubniß zur Annahme fremder Orden. Dienstaachrichten.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des großherzoglichen Ministeriums des Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: das Exequatur für den zum Consul von Bremen ernannten Handelsmann J. Stüber dahier betreffend. Bekanntmachung des großherzoglichen Ministeriums des Innern: die Wahlen zur ersten Kammer der Ständeversammlung betreffend. Bekanntmachung des großherzoglichen Finanzministeriums: die Zuteilung der Gemeinde Buch am Horn zu der Obereinnahme Tauberbischofsheim betreffend.

Diensterledigungen. Todesfall.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Erlaubniß zur Annahme fremder Orden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben

unter dem 17. September d. J.

dem Postmeister Bosch zu Constanz zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem Könige von Preußen verliehenen rothen Adlerordens vierter Classe, und

unter dem 25. September d. J.

dem Oberleutnant Lebeau vom siebenten Infanteriebataillon zur Annahme und zum Tragen des demselben von Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich verliehenen Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens, die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß gnädigst zu ertheilen geruht.

Dienstaachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben allergnädigst geruht:

unter dem 5. October d. J.

den Hofgerichtspräsidenten Obkircher seinem Ansuchen gemäß und unter Anerkennung seiner langjährigen pflichttreuen und ausgezeichneten Dienste in den Ruhestand zu versetzen und

Die Ermäßigung der Acciszölle betreffend.

Nach höchster Entschliessung Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs aus großherzoglichem Staatsministerium vom 10. d. M. wird im Hinblick auf die über die Acciszölle bestehende Uebereinkunft unter den Accisstaaten und mit Rücksicht auf die mit dem Ersten künftigen Monats eintretende Ermäßigung des Rheinzolles für Gegenstände zur ganzen Gebühr von dem eben genannten Termine an der Acciszoll von Gegenständen, welche der ganzen Gebühr unterliegen,

zu Berg von sechs Kreuzern auf vier Kreuzer,
zu Thal von vier Kreuzern auf drei Kreuzer

für den Zentner herabgesetzt.

Rücksichtlich der Gegenstände, welche nicht der ganzen, sondern ausnahmsweise nur der Viertels- oder Zwanzigstels-Gebühr unterworfen sind, hat es bei den bisherigen Tariffätzen auch ferner sein Bewenden.

Dies wird zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 15. September 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.

Regenauer.

Vdt. Probst.

Diensterledigungen.

Die katholische Pfarrei **Merzhäusen**, Landamts Freiburg, mit einem beiläufigen Jahreserträgniß von 1,800 fl., welches sich jedoch je nach der Größe des Antheils an dem noch zu bestimmenden Zehntbaulastenablösungskapital verringern mag, und mit der Verbindlichkeit, jährlich 100 fl. zur Besserstellung anderer Pfarreien abzugeben und den Rest eines Provisoriums für Baukosten im Betrage von 72 fl. 19 fr. bis zum Jahre 1855 heimzubezahlen, ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfarrei haben sich innerhalb sechs Wochen durch das erzbischöfliche Ordinariat bei der freiherrlich Friß von Wittenbach'schen Grundherrschaft als Patron nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei **Munzingen**, Landamts Freiburg, mit einem beiläufigen Jahreserträgniß von 2,000 fl., welches sich je nach der Größe des Antheils an dem noch zu bestimmenden Zehntbaulastenablösungskapital verringern mag, ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich innerhalb sechs Wochen durch das erzbischöfliche Ordinariat bei der gräflich Heinrich von Ragenet'schen Grundherrschaft als Patron zu melden.

Man sieht sich veranlaßt, die katholische Pfarrei **Ueberlingen am Ried**, Amts Radolfzell, mit einem Jahreseinkommen von 700 fl., worauf die Verbindlichkeit ruht, eine Schuld für Zehntablösungskosten mit 45 fl. 10 fr. in noch zu bestimmenden Terminen heimzuzahlen, nochmals zur Wiederbesetzung auszusprechen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich bei dem großh. katholischen Oberkirchenrath binnen sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Mittwoch den 1. October 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsse Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Allerhöchst-landesherliche Verordnungen, die Ersatzwahlen zur ersten Kammer der Ständeversammlung betreffend. Die theilweise Erneuerung der zweiten Kammer betreffend. Dienstinrichtungen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachungen des großherzoglichen Ministeriums des Innern: Staatsgenehmigung der Präsentation auf die katholische Pfarrei Perolzheim betreffend. Die Stiftung des Dekans und Pfarrers Wäppling zu Pandolzhofen betreffend.

Dienstentlassungen. Todesfälle.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsse Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

~~Allerhöchst-landesherliche~~ Verordnungen, die Ersatzwahlen zur ersten Kammer der Ständeversammlung betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Da nach der in der dreihunddreißigsten öffentlichen Sitzung der ersten Kammer vom 16. September 1846 auf den Grund des Gesetzes vom 5. August 1841 vorgenommenen Loosziehung keiner der Abgeordneten des grundherrlichen Adels durch das Loos auszutreten, die Freiherren Franz von Rind und Heinrich von Andlau in Freiburg aber ihre Stelle als Abgeordnete des grundherrlichen Adels in dem Wahlbezirk oberhalb der Murg freiwillig niedergelegt haben, so verordnen Wir, daß an deren Stelle in diesem Wahlbezirk nach Maßgabe der Wahlordnung vom 23. Dezember 1818 eine neue Wahl zur ersten Kammer der Ständeversammlung durch den von Uns hiermit allergnädigst ernannten Wahlcommissär, Geheimen Rath und Regierungsdirector Schaaff in Freiburg vorgenommen werde.

Unser Ministerium des Innern ist mit dem Vollzuge beauftragt.

Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 26. September 1851.

Leopold.

von Marschall.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schungart.

Allerhöchstlandesherrliche Verordnung, die Ersatzwahlen zur ersten Kammer der Ständeverammlung betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Da nach der in der dreiunddreißigsten öffentlichen Sitzung der ersten Kammer vom 16. September 1846 auf den Grund des Gesetzes vom 5. August 1841 vorgenommenen Loosziehung keiner der Abgeordneten der beiden Landesuniversitäten durch das Loos auszutreten, der Geheimrath und Dombekan Professor Dr. von Hirschner aber seine Stelle als Abgeordneter der Universität Freiburg freiwillig niedergelegt hat, so verordnen Wir, daß nach Maaßgabe der Wahlordnung vom 23. Dezember 1818 durch den Senat der Universität Freiburg eine neue Wahl ihres Abgeordneten zur ersten Kammer der Ständeverammlung vorgenommen werde.

Unser Ministerium des Innern wird mit dem Vollzuge beauftragt.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 26. September 1851.

Leopold.

von Marschall.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Allerhöchstlandesherrliche Verordnung, die theilweise Erneuerung der zweiten Kammer betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nach Ansicht des Gesetzes vom 5. August 1841, die theilweise Erneuerung der beiden Kammern betreffend;

in Anbetracht, daß in der vierundsiebzigsten Sitzung der zweiten Kammer vom 11. September 1846 die Abgeordneten der in der Anlage verzeichneten sechszehn Städte- und Aemterwahlbezirke durch das Loos zum Austritt im Laufe dieses Jahres bestimmt worden sind und daß der Abgeordnete des ersten Städtewahlbezirks gestorben, der des neunten Aemterwahlbezirks aber freiwillig ausgetreten ist;

haben Wir beschloffen und verordnen, wie folgt:

In den im anliegenden Verzeichnisse aufgeführten sechszehn Städte- und Aemterwahlbezirken sind die Erneuerungswahlen, in dem ersten Städte- und dem neunten Aemterwahlbezirk aber die Ersatzwahlen nach Vorschrift der Wahlordnung ungesäumt vorzubereiten und nach

vollendeter Vorbereitung durch die von Uns allergnädigst ernannten, gleichfalls in der Anlage bezeichneten Wahlcommissäre zu vollziehen.

Unser Ministerium des Innern ist mit dem weiteren Vollzuge beauftragt.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 26. September 1851.

Leopold.

von Marshall.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Verzeichniß

der für die zweite Kammer der Ständeversammlung des Jahres 1851 erforderlichen
Erneuerungs- und Ersatzwahlen.

| Ord.-Zahl der aus-
getret. Abgeordneten. | Ordnungs-
Zahl der | | Wahlbezirke. | Ausgetretene Abgeordnete. | Wahlcommissäre. |
|---|-----------------------|--------|--|---|--|
| | Städte | Nemter | | | |
| | | | | | |
| | | | I. Seckreis. | | |
| | | | Durch Tod abgegangen: | | |
| 1 | 1 | | Stadt Ueberlingen | Medicinalrath Dr. Hergt
in Karlsruhe. | Regierungsdirector From-
herz. |
| | | | II. Oberrheinkreis. | | |
| | | | Freiwillig ausgetreten: | | |
| 2 | 9 | | Amt Lörrach | Praktischer Arzt Dr. Eduard
Kaiser in Lörrach. | Geheimer Regierungsrath
Kombide. |
| | | | III. Mittelrheinkreis. | | |
| | | | Durch das Loos ausgetreten: | | |
| 3 | 4 | | Stadt Lahr | Gymnasiumslehrer Wagner. | Geheimerrath und Regie-
rungsdirector Rettig. |
| 4 | 6 | | Stadt Rastatt | Kaufmann Oster. | Oberpostdirector, Freiherr
von Reizenstein. |
| 5 | 8 | | Stadt Karlsruhe | Oberbürgermeister Malsch. | Oberkirchenrathsdirector, Frh.
von Wöllwarth. |
| 6 | 8 | | Stadt Karlsruhe | Geheimerrath Stöffer in
Wittenthal bei Freiburg. | |
| 7 | 9 | | Stadt Durlach | Stadtpfarrer Zittel in Hei-
delberg. | Hofgerichtsrath Prestinari. |
| 8 | 11 | | Stadt Bruchsal | Hofgerichtsrath Prestinari. | Staatsrath Brunner. |
| 9 | 22 | | Nemter Rork und Rhein-
bischofsheim | Kaufmann Dör in Rhein-
bischofsheim. | Finanzrath Solb. |
| 10 | 23 | | Nemter Achern und Bühl | Apotheker Stolz in Bühl. | Ministerialrath Rüßwieder. |
| 11 | 26 | | Landamt Karlsruhe | Oberhofgerichtsrath v. Stock-
horn in Mannheim. | Hofdomänenkammerdirector
Beger. |
| 12 | 29 | | Oberamt Bruchsal | Bürgermeister Speyerer
in Heidelberg. | Hofgerichtspräsident Ob-
kircher. |

| Ordnungs-
Zahl der aus-
getret. Abgeordneten. | Ordnungs-
Zahl der | | Wahlbezirke. | Ausgetretene Abgeordnete. | Wahlcommissäre. |
|---|-----------------------|--------|--|--|--------------------------------------|
| | Städte | Nemter | | | |
| | | | | | |
| 13 | | 30 | Amt Bretten mit Stadt Ep-
pingen und Mühlbach, aus-
schließlich der übrigen Ep-
pinger Amtsorte | Geheimrath Dr. Welter
in Heidelberg. | Regierungsrath Burger. |
| IV. Unterhelnkreis. | | | | | |
| Durch das Loos ausgetreten. | | | | | |
| 14 | | 32 | Nemter Wiesloch und Neckar-
gemünd | Geheimer Referendar Jung-
hans in Karlsruhe. | Hofgerichtsdirector Boll. |
| 15 | | 33 | Amt Sinsheim mit einigen
Amtsorten von Eppingen | Kaufmann D. Baffermann
in Mannheim. | Regierungsdirector Böhme. |
| 16 | | 35 | Nemter Ladenburg und Wein-
heim | Posthalter Hübsch in Wein-
heim. | Oberhofgerichtskanzler Tre-
furt. |
| 17 | | 37 | Amt Eberbach mit einigen
Amtsorten von Mosbach | Geheimrath und Regie-
rungsdirector Schaaff in
Freiburg. | Oberhofgerichts-Vicetanzler
Kirn. |
| 18 | | 41 | Nemter Wertheim und Wall-
dürn, ausschließlich der
Stadt Wertheim | Bürgermeister Kiefer in
Walldürn. | Oberhofgerichtsrath Müh-
ling. |

Die Stiftung des Dekans und Pfarrers Mühling in Handschuchshelm betreffend.

Dekan und Pfarrer Mühling zu Handschuchshelm hat der von dem verstorbenen Dekan und Pfarrer Brunner daselbst der dortigen Pfarrei vermachten Bibliothek die seinige im Werthanschlage von 200 fl. 6 fr. beigelegt und der Pfarrei zu Eigenthum überlassen. Diese Stiftung hat von Seiten des großherzoglichen katholischen Oberkirchenraths die Staatsgenehmigung erhalten.

Carlsruhe, den 23. September 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Sachs.

Diensterledigungen.

Das Amtschirurgat Blumenfeld wird zur Wiederbesetzung ausgeschrieben. Die Bewerber um diese Stelle haben sich binnen drei Wochen bei der großherzoglichen Sanitätscommission vorschriftsgemäß zu melden.

Man sieht sich veranlaßt das Amtschirurgat Rork wiederholt zur Bewerbung auszuscheiden. Die Bewerber haben sich binnen drei Wochen vorschriftsgemäß bei der großherzoglichen Sanitätscommission zu melden.

Die evangelische Pfarrei Tegernau, Dekanats Schoppsheim, mit einem Competenzanschlag von 1,085 fl. 23 fr. ist in Erledigung gekommen. Auf derselben lastet eine Schuld von circa 670 fl., welche, so weit es nicht aus Intercallargefällen geschehen kann, vom ernannt werdenden Pfarrer in angemessenen Jahrestermen zu tilgen ist. Auch wird eine neue Regulirung des Genusses vom Pfarrwald eintreten. Die Bewerber haben sich innerhalb sechs Wochen vorschriftsgemäß bei dem großh. evangelischen Oberkirchenrath zu melden.

Die katholische Pfarrei Dallau, Amts Mosbach, mit einem beiläufigen Jahresertragniß von 750 fl. ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich bei dem großh. katholischen Oberkirchenrath innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Altheim, Amts Ueberlingen, mit einem beiläufigen Einkommen von 1,200 fl., worauf aber die Verbindlichkeit ruht, bis zum Jahr 1854 einschließlich jährlich 44 fl. 45 fr. zur Bezirksschuldentilgungskasse beizutragen und verschiedene Provisorien im Betrage von etwa 450 fl. zu verzinsen und in noch zu bestimmenden Terminen heimzuzahlen, ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

Man sieht sich veranlaßt folgende Pfarreien zur Wiederbesetzung nochmals auszuscheiden:

1. die katholische Pfarrei Bankholzen, Amts Radolphzell, mit einem Einkommen von 600 fl.;

2. die katholische Pfarrei Mauer, Amts Neckargemünd, mit einem Einkommen von 600 fl.;

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich
unter dem 10. September d. J.

allergnädigst bewogen gefunden:

die katholische Pfarrei Friedlingen, Bezirksamts Pfullendorf, dem Pfarrer Johann Baptist Leibinger in Eiggerringen zu übertragen;

unter dem 20. September d. J.

das erledigte Physikats Meersburg dem Amtschirurgen Stark in Salem unter Ernennung desselben zum Physikus,

die evangelische Pfarrei Baden dem Pfarrer Stolz, Direktor der höheren Töchterschule in Carlsruhe,

die evangelische Pfarrei Breitenbronn, Dekanats Neckargemünd, dem Pfarrer Pfisterer zu Großscholtsheim, und

die katholische Pfarrei Döggingen, Amts Donaueschingen, dem Pfarrverweser Franz Pichler in Kronau zu übertragen;

den Verzicht des Pfarrers Ziegler auf die Pfarrei Sandhofen zu genehmigen, so wie der vom Gemeinderath zu Durlach erfolgten Ernennung des entlassenen Bezirksförsters von Lindenberg zum städtischen Bezirksförster in Durlach die höchste Genehmigung zu ertheilen;

unter dem 26. September d. J.

das erledigte Physikats Ueberlingen dem Physikus Dilger in Engen, und

die katholische Pfarrei Haueneberstein, Amts Baden, dem Dekan und Pfarrer Hopfenstock zu Neuhausen zu übertragen; endlich

den Verzicht des Pfarrverwesers Joseph Leo Hollinger von Hofgrund auf die Kaplanei Endingen zu genehmigen, auch

der von den Gemeinderäthen der bei der Gemeindebezirksförsteri Schönau beteiligten Gemeinden geschehenen Ernennung des vormaligen von der Leyen'schen Bezirksförsters, Forstpraktikanten Hopf, zum Gemeindebezirksförster zu Schönau, die Staatsgenehmigung zu ertheilen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Staatsgenehmigung der Präsentation auf die katholische Pfarrei Herbolzheim betreffend.

Das großherzogliche Ministerium des Innern hat

unter dem 5. September d. J.

der von dem Herrn Grafen von Leiningen-Neudau ausgegangenen Präsentation des Pfarrverwesers Cornel Graß zu Walldürn auf die katholische Pfarrei Herbolzheim die Staatsgenehmigung ertheilt.

Die Stiftung des Dekans und Pfarrers Mühling in Handschuchshelm betreffend.

Dekan und Pfarrer Mühling zu Handschuchshelm hat der von dem verstorbenen Dekan und Pfarrer Brunner daselbst der dortigen Pfarrei vermachten Bibliothek die seinige im Werthanschlage von 200 fl. 6 fr. beigelegt und der Pfarrei zu Eigenthum überlassen. Diese Stiftung hat von Seiten des großherzoglichen katholischen Oberkirchenraths die Staatsgenehmigung erhalten.

Carlsruhe, den 23. September 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Sachs.

Diensterledigungen.

Das Amtschirurgat Blumenfeld wird zur Wiederbesetzung ausgeschrieben. Die Bewerber um diese Stelle haben sich binnen drei Wochen bei der großherzoglichen Sanitätscommission vorschriftsgemäß zu melden.

Man sieht sich veranlaßt das Amtschirurgat Rork wiederholt zur Bewerbung auszuscheiden. Die Bewerber haben sich binnen drei Wochen vorschriftsgemäß bei der großherzoglichen Sanitätscommission zu melden.

Die evangelische Pfarrei Tegernau, Dekanats Schoppsheim, mit einem Competenzanschlag von 1,085 fl. 23 fr. ist in Erledigung gekommen. Auf derselben lastet eine Schuld von circa 670 fl., welche, so weit es nicht aus Intercallargefällen geschehen kann, vom ernannt werdenden Pfarrer in angemessenen Jahresterminen zu tilgen ist. Auch wird eine neue Regulirung des Genusses vom Pfarrwald eintreten. Die Bewerber haben sich innerhalb sechs Wochen vorschriftsgemäß bei dem großh. evangelischen Oberkirchenrath zu melden.

Die katholische Pfarrei Dallau, Amts Mosbach, mit einem beiläufigen Jahreserträgniß von 750 fl. ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich bei dem großh. katholischen Oberkirchenrath innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Altheim, Amts Ueberlingen, mit einem beiläufigen Einkommen von 1,200 fl., worauf aber die Verbindlichkeit ruht, bis zum Jahr 1854 einschließlich jährlich 44 fl. 45 fr. zur Bezirksschuldentilgungskasse beizutragen und verschiedene Provisorien im Betrage von etwa 450 fl. zu verzinsen und in noch zu bestimmenden Terminen heimzuzahlen, ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

Man sieht sich veranlaßt folgende Pfarreien zur Wiederbesetzung nochmals auszuscheiden:

1. die katholische Pfarrei Bantsholzen, Amts Radolphzell, mit einem Einkommen von 600 fl.;

2. die katholische Pfarrei Mauer, Amts Neckargemünd, mit einem Einkommen von 600 fl.;

dem früheren Präsidenten des Ministeriums des Innern, Staatsrath Beck, unter Vorbehalt seines Ranges und Charakters als Staatsrath, die Stelle des Präsidenten beim Hofgerichte des Mittelrheins zu übertragen; sodann

den Kanzler des Oberhofgerichts, Staatsrath Trefurt, unter Vorbehalt seines Ranges und Charakters als Staatsrath, zum Präsidenten der Oberrechnungskammer zu ernennen und den Geheimen Finanzrath Reinhard bei der Oberrechnungskammer unter Anerkennung seiner vieljährigen treuen und ersprießlichen Dienstleistung in den Ruhestand zu versetzen.

Allerhöchst dieselben haben ferner allergnädigst geruht:

unter dem 7. October d. J.

den Präsidenten Allerhöchst Ihres Justizministeriums, Staatsrath Stabel, zum Oberhofrichter und Geheimenrath erster Classe zu ernennen und

den Oberhofgerichtsrath Freiherrn von Wechmar zum Staatsrath und Präsidenten Allerhöchst Ihres Justizministeriums zu befördern.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Das Exequatur für den zum Consul von Bremen ernannten Handelsmann J. Stüber dahier betreffend.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben durch höchste Staatsministerial-Entschließung vom 20. d. M. Nr. 1533 der Ernennung des Handelsmannes Jacob Stüber dahier zum Consul der freien Hansestadt Bremen das landesherrliche Exequatur zu erteilen geruht.

Carlsruhe, den 27. September 1851.

Großherzogliches Ministerium des Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Ihr. Rdt.

Vdt. F. von Dusch.

Die Wahlen zur ersten Kammer der Ständeversammlung für das Jahr 1852 betreffend.

Unter Bezug auf die höchste Entschließung Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs vom 26. September d. J. (Regierungsblatt Nr. LVI., Seite 610), wornach für die freiwillig ausgetretenen Freiherren Franz von Rind und Heinrich von Andlaw in Freiburg von dem grundherrlichen Adel in dem Wahlbezirk oberhalb der Murg Ersatzwahlen vorgenommen werden sollen, und unter Bezug auf §. 3 der Wahlordnung vom 23. Dezember 1818, wird hiermit auf die durch dieseitige Verfügung vom 15. Januar 1850 (Regierungsblatt Nr. II. Seite 11—16)

verkümbete Liste der stimmfähigen und wählbaren Grundherren dieses Wahlbezirks mit dem Bemerkten verwiesen, daß:

a. von den daselbst aufgeführten Mitgliedern inzwischen mit Tod abgegangen sind:

Freiherr Friedrich von Wangen in Freiburg, und
Freiherr Friedrich von Wittenbach in Merzhausen,

wogegen

b. Freiherr Leopold von Girardi von Sasbach und Freiherr Emil Franz von Schauenburg in Gaisbach in die Reihe der stimmberechtigten und wählbaren Mitglieder des grundherrlichen Adels eintreten.

Sämmtliche in der Liste vom 15. Januar 1850 und oben etwa nicht benannte Grundherren werden hiermit in Beziehung auf die §§. 2 und 3 der Wahlordnung aufgefordert, ihre Ansprüche, welche sie wegen ihres Bezuges zur Wahl der grundherrlichen Abgeordneten zur nächsten Ständeversammlung zu machen haben, längstens innerhalb vierzehn Tagen bei der diesseitigen Stelle zu begründen, widrigenfalls sie bei dieser Wahl nicht mitwirken können.

Carlsruhe, den 3. October 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Buiffon.

Die Zutheilung der Gemeinde Buch am Horn zu der Obergemeinde Tauberbischofsheim betreffend.

Unter Bezugnahme auf die im Regierungsblatt Nr. LIV. enthaltene Bekanntmachung des großherzoglichen Ministeriums des Innern vom 4. I. M. wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß in Folge der von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog gnädigst genehmigten Zutheilung der Gemeinde Buch am Horn zu dem Bezirksamt Tauberbischofsheim der genannte Ort, welcher bisher zu dem Bezirk des Hauptsteueramts Wertheim gehörte, vom 1. Januar künftigen Jahres an der Obergemeinde Tauberbischofsheim zugewiesen werde.

Carlsruhe, den 27. September 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Probst.

Dienst erledigungen.

Das Physikat Engen ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Stelle haben sich binnen vier Wochen bei der großherzoglichen Sanitätscommission nach Vorschrift zu melden.

Das Amtschirurgat Salem wird zur Wiederbesetzung ausgeschrieben. Die Bewerber um diese Stelle haben sich binnen drei Wochen bei der großherzoglichen Sanitätscommission vor- schriftsgemäß zu melden.

Todesfall.

Gestorben ist:

am 20. September d. J.: der Dekan und Stadtpfarrer Michael Bohlinger zu Mannheim.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Donnerstag den 16. October 1851.

Inhalt.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des großherzoglichen Kriegsministeriums: Neue Bestimmungen über die Ergänzung des Offizierscorps betreffend.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Neue Bestimmungen über die Ergänzung des Offizierscorps betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit allerhöchster Entschließung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 26. d. M., Nr. 1586, die nachstehenden neuen Bestimmungen über die Ergänzung des Offizierscorps allergnädigst zu genehmigen und dabei zu befehlen geruht, daß dieselben zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

Carlsruhe, den 30. September 1851.

Großherzogliches Kriegsministerium.
von Roggenbach.

Vdt. von Stetten.

Bestimmungen

über die Ergänzung des Offiziers-Corps.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

1. Die Beförderung zum Offizier in der Linie kann von jedem Badener in nach- Wie die Beförderung zum Offizier erreicht werden kann.
genannter Weise erreicht werden:
 - a. mit Eintritt in die Kriegsschule;
 - b. ohne Eintritt in die Kriegsschule;
in beiden Fällen mit Ablegung der Portepeeführer- und Offiziers-Prüfung;
 - c. durch Ernennung vom Unteroffizier ohne Prüfung wegen Tapferkeit im Felde, oder ausgezeichneten Dienstleistung im Frieden.

2. Von der Portepesführungs-Prüfung sind auch diejenigen befreit, welche die Universität ganz oder größtentheils absolviert haben oder auch nur das Zeugniß der Reife zur Universität besitzen, unter den in den §§. 22 und 29 näher bezeichneten Bedingungen.

3. Außerdem können die Offiziers-Laufbahn nur mit besonderer Genehmigung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs betreten.

§. 2.

Verhältniß, in dem die Bewerber der verschiedenen Kategorien zu den Offiziersstellen concurren.

1. Von den zu besetzenden Offiziersstellen fallen zwei Drittheile auf die Bewerber der im §. 1 unter a. bezeichneten Kategorie und ein Drittheil auf die Bewerber der Kategorien b. und c.

2. Wenn keine hinreichende Anzahl Bewerber in einer dieser beiden Classen vorhanden ist, um aus derselben die nach obigem Verhältniß auf sie fallende Quote der zu besetzenden Offiziersstellen entnehmen zu können, so werden diese mit Bewerbern der andern Classe besetzt.

II. Vorbildung zum Offiziersstand durch Besuch der Kriegsschule.

§. 3.

Bedingungen der Aufnahme in die Kriegsschule.

Die Aufnahme in die Kriegsschule ist an folgende Bedingungen geknüpft:

- a. Alter zwischen 15 und 18 Jahren am Tage des Eintritts (1. November). Das Alter ist durch den Laufschein zu erweisen.
- b. Ein gesunder fehlerfreier Körper, insbesondere gutes Gesicht und Gehör, worüber eine Untersuchung durch Militär-Aerzte entscheidet. Die gesetzliche Militär-Größe wird nicht erfordert, wenn das Zeugniß sich dahin ausspricht, daß, der Körperbeschaffenheit nach, mit vollendetem Wachsthum jene Größe erreicht werden dürfte.
- c. Tadellose Aufführung, welche durch beglaubigte Zeugnisse der Behörden des während der zwei der Anmeldung vorangegangenen Jahre bewohnten Ortes und der Vorstände der besuchten Lehr-Anstalten oder der Privat-Lehrer nachzuweisen ist.
- d. Besitz der Kenntnisse, welche an den gelehrten Mittelschulen des Großherzogthums bis zur vierten Classe (Oberquarta) einschließlich gelehrt werden und in der Beilage 1 näher verzeichnet sind, ohne daß jedoch der wirkliche Besuch einer solchen Lehr-Anstalt verlangt würde.

Beilage 1.

Der Besitz dieser Kenntnisse ist durch beglaubigte Zeugnisse nachzuweisen, welche sich über Fleiß und Anlagen, so wie möglichst genau über den in den einzelnen Zweigen des Wissens erhaltenen Unterricht nach Umfang, Dauer und Erfolg, über Temperaments- und Charakter-Eigenschaften, und endlich darüber auszusprechen haben, ob der Bewerber munteren und aufgeweckten Geistes ist.

Uebrigens sind diese Kenntnisse in einer Prüfung (Ausnahme-Prüfung) nachzuweisen.

- e. Die elterliche, bezüglich vormundschaftliche Einwilligung zum Eintritt in beglaubigter Urkunde.
- f. Eine Nachweisung über den Besitz hinreichender Mittel zur ersten Equipirung mit mindestens 100 fl.; für den Lebens-Unterhalt bis zur Beförderung zum Offizier mit mindestens 300 fl. jährlich; zur Offiziers-Equipirung mit mindestens 300 fl. bei den unberittenen Waffen, 1,000 fl. bei der Reiterei und reitenden Artillerie und 800 fl. bei der Fuß-Artillerie, so wie für einen Zuschuß von 200 fl. jährlich für die Reiterei und reitende Artillerie und 100 fl. jährlich für die Fuß-Artillerie bis zur Ernennung zum Hauptmann (Rittmeister) oder bis zur Erreichung der Alterszulage.

§. 4.

1. Das Kriegs-Ministerium wird im Laufe des Monats April jeden Jahres bekannt machen, wie viel junge Leute in diesem Jahre in die Kriegsschule aufgenommen werden können. Anmeldung in die Kriegsschule.
2. Die Anmeldung zum Eintritt in die Kriegsschule hat bei dem Vorstande derselben zu geschehen, unter gleichzeitiger Einsendung der in §. 3 geforderten Zeugnisse und Urkunden.
3. Junge Leute, die schon im Armee-Corps dienen, haben ihre Anmeldung auf dem Dienstwege an den Vorstand der Kriegsschule gelangen zu lassen. Die Commando's der betreffenden Truppentheile haben dieser Mittheilung ihr Gutachten über das Gesuch beizulegen.
4. Die Anmeldung muß längstens bis 1. September des betreffenden Jahres erfolgt sein. Mit dem 15. September schließt der Vorstand der Kriegsschule die Liste der Anmeldungen und weist spätere Anmeldungen für dieses Jahr zurück. Die Liste ist dem Kriegsministerium einzureichen.

§. 5.

1. Die Kriegsschul-Commission prüft als Aufnahms-Commission, in wie weit die vorgedachten Aufnahms-Bedingungen von den Angemeldeten erfüllt sind. Diese Commission wird vom Kriegs-Ministerium ernannt und besteht, unter dem Vorsitz des Vorstandes der Kriegsschule, aus einem Stabs-Offizier oder Hauptmann jeder Waffe als stimmführendes Mitglied, worunter der Commandant der Kriegsschule, und einem weiteren Offizier als Schriftführer, so wie zwei Militär-Arzten zur Begutachtung der Frage der Tauglichkeit der Angemeldeten, welche jedoch nur in dieser Beziehung bei der Commission fungiren. Aufnahms-Commission.
2. Der Vorstand der Commission ruft die Angemeldeten in der Art ein, daß vor ihrem Eintreffen die Durchsicht der schriftlichen Nachweisungen durch die Commission bereits stattgefunden hat.
3. Die Entscheidung wird mit Angabe der Gründe zu Protokoll gegeben und dieses sammt Beilagen mit Bericht über das Gesamt-Ergebniß dem Kriegs-Ministerium eingereicht.

§. 6.

Entscheidung
über die Zu-
lassung zur
Aufnahme-
Prüfung.

1. Auf Grund dieser Vorlage entscheidet das Kriegs-Ministerium über die Zulassung zur Aufnahme-Prüfung oder die Abweisung der Angemeldeten.

2. Die zur Aufnahme-Prüfung nicht zugelassenen sind definitiv von der Aufnahme in die Kriegsschule zurückgewiesen, es müßte denn die Abweisung ausdrücklich wegen eines vorübergehenden Grundes, z. B. zu geringer körperlicher Entwicklung geschehen sein, in welchem Falle der Betreffende sich später, jedoch nur in den Grenzen des vorgeschriebenen Alters (§. 3) nochmals zum Eintritt melden kann.

§. 7.

Prüfungs-
Commission u.
Aufnahme-
Prüfung.

1. Die Aufnahme-Prüfung geschieht unter Leitung der im §. 5 gedachten Commission als Prüfungs-Commission und in Gegenwart wenigstens zweier Mitglieder derselben.

2. Gegenstand derselben sind die in Beilage 1 näher bezeichneten Kenntnisse.

3. Die Prüfung theilt sich in eine schriftliche und eine mündliche.

4. Um für „Bestanden“ erklärt zu werden, muß in zwei Dritttheilen der Fächer wenigstens das Prädikat „ziemlich gut“ erlangt werden, und muß unter diesen Fächern deutsche Sprache und Mathematik begriffen sein.

§. 8.

Entscheidung
über die
Aufnahme.

Nachdem die Aufnahme-Commission die Examinatoren darüber vernommen hat, in wie fern die Geprüften befähigt erscheinen, mit Erfolg in den normalmäßigen Kurs der Kriegsschule einzutreten, berathet und beschließt dieselbe über den Antrag auf Annahme oder Abweisung der Geprüften, so wie darüber, ob einer oder der andere sich zur Aufnahme in eine höhere Classe eignet, und reicht diesen mit Angabe der Lokation und mit den Prüfungs-Akten an das Kriegs-Ministerium ein, welches die Aufnahme in die Kriegsschule oder Abweisung ausspricht.

2. Sind mehr Bewerber bestanden, als in die Kriegsschule aufgenommen werden können, so geschieht die Aufnahme nach der Lokations-Nummer.

3. Der Vorstand der Kriegsschule eröffnet die Entscheidung des Kriegs-Ministeriums den Betreffenden, und reicht von den Aufgenommenen Grundlisten an das Kriegs-Ministerium ein.

§. 9.

Nichtbestehen
in der Auf-
nahme-Prü-
fung.

1. Die Nichtbestandenen können sich nach Jahresfrist wieder zur Prüfung melden, wenn sie bis dahin das vorgeschriebene Alter nicht überschritten haben.

2. Wiederholtes Nichtbestehen hat die definitive Zurückweisung vom Eintritt in die Kriegsschule zur Folge.

3. Die Bestandenen aber nicht Aufgenommenen erhalten das Recht des Eintritts im nächsten Jahre oder bei früher eintretender Vakatur, vorausgesetzt, daß sie bis dahin günstige Zeugnisse über ihre Aufführung in der Zwischenzeit vorzulegen vermögen, auch wenn sie das achtzehnte Lebensjahr inzwischen überschritten hätten.

§. 10.

Die Aufnahme in die Kriegsschule gibt keinen Anspruch auf Ernennung zum Offizier und wird die in dieser zugebrachte Zeit nicht als Dienstzeit im Sinne des Conscripttions-Gesetzes gerechnet.

Anspruch der
Aufgenom-
menen und
Kriegs-Dienst-
pflicht der-
selben.

§. 11.

1. Der Eintritt in die Kriegsschule findet am 1. November statt.
2. Von diesem Zeitpunkte an stehen die Kriegsschüler unter militärischer Disziplin und Gerichtsbarkeit.

Eintritt in die
Kriegsschule.

§. 12.

Die Kriegsschüler stehen unter dem Befehl und der Aufsicht des Vorstandes der Kriegsschule und der sonstigen Vorgesetzten derselben.

Vorgesetzte der
Kriegsschule.

§. 13.

1. Die Kriegsschüler erhalten eine besondere Uniform und Ausrüstung.
2. Den Kriegsschülern werden die Monturstücke auf ihre Kosten beschafft.
3. Die Waffen und Rüstforten werden den Kriegsschülern aus den Vorräthen der Kriegsschule gestellt.

Uniformirung
und Aus-
rüstung der
Kriegsschüler.

§. 14.

Die Kriegsschüler erhalten sonst keine Gebühren; ihre Unterkunft und Verpflegung findet auf ihre Kosten statt.

Gebühren der
Kriegsschüler.

§. 15.

1. Ein in die Kriegsschule Aufgenommener kann wegen anhaltenden Unfleißes, geringer Fortschritte, oder schlechter Aufführung jederzeit aus derselben entlassen werden. Auch wird die nachgesuchte Entlassung aus derselben nicht verweigert. In beiden Fällen ist aber die Erfüllung der Kriegsdienstplicht vorbehalten.

Entlassung aus
der Kriegs-
schule.

2. In den in Ziffer 1 bezeichneten Fällen beruft der Vorstand der Kriegsschule die Kriegsschul-Commission (§. 5) als Disziplinarrath. Dieselbe berathet und beschließt nöthigenfalls nach Vernehmung der Lehrer, über den Antrag auf Entlassung, welcher dem Kriegs-Ministerium zur Entscheidung eingereicht wird.

§. 16.

Der Unterricht in der Kriegsschule ist unentgeltlich, jedoch hat der Kriegsschüler die Bücher und Materialien für denselben aus eigenen Mitteln zu stellen, und die Kosten für kleinere Reisen zu tragen, die zum Zwecke des Unterrichts stattfinden.

Unterricht
in der
Kriegsschule.

§. 17.

Der Unterricht begreift die Fächer, welche zur allgemeinen und Fachbildung eines

Beilage II. Leutenants gehören, so wie die hierzu erforderlichen praktischen Fertigkeiten, worüber der Normal-Lehrplan das Nähere enthält (Beilage II).

§. 18.

1. Der Unterricht dauert drei Jahre und die Kriegsschüler bilden für denselben drei Classen, welche von oben nach unten mit den Nummern I., II., III. bezeichnet sind.

2. Die Beförderung in eine höhere Classe geschieht auf Grund einer am Schlusse des Jahres-Curses bestandenen Classen-Prüfung.

3. Wer die Classen-Prüfung nicht besteht, bleibt noch ein Jahr in der Classe, wiederholtes Nichtbestehen in der Classen-Prüfung hat den Ausschluß zur Folge.

4. Ausgezeichnete Kriegsschüler können von dem Kriegs-Ministerium zur Classen-Prüfung einer höheren Classe zugelassen werden, und wenn sie diese bestehen, diese nächst höhere Classe überspringen.

5. Die Classen-Prüfungen finden in Gegenwart wenigstens zweier Mitglieder, außer dem Vorstande der Kriegsschul-Commission, statt.

6. Die Festsetzung der Lokation, die Entscheidung über das Vorrücken in die höheren Classen, so wie der Antrag auf Ueberspringen einer Classe wird von der Kriegsschul-Commission als Prüfungs-Commission berathen und beschlossen, nach Vernehmung der Lehrer darüber, in wie fern die Betreffenden befähigt erscheinen, in den normalmäßigen Course der höheren Classe einzutreten.

§. 19.

Formation der Kriegsschüler.

1. Die Kriegsschüler bilden eine Compagnie, deren Commandant der Commandant der Kriegsschule, deren Offiziere die Aufsichts-Offiziere der Anstalt sind.

2. Die Kriegsschüler-Compagnie erhält gemeinschaftliche Casernirung und Verpflegung, die Kosten dieser Einrichtung werden durch Beiträge der Kriegsschüler gedeckt, welche nicht über 300 fl. jährlich betragen sollen.

§. 20.

Verweisung auf die Dienstordnung der Kriegsschule.

Alles hier nicht näher Bestimmte über den Dienst und den Unterricht der Kriegsschule findet sich in der Dienst-Ordnung für die Kriegsschule.

III. Beförderung zum Portepesführer.

§. 21.

Zulassung zur Portepesführer-Prüfung.

1. Nach Vollendung des Lehr-Curses der Kriegsschule werden die Kriegsschüler zur Portepesführer-Prüfung zugelassen, wenn sie nach dem Zeugniß des Vorstandes und der Offiziere der Anstalt rücksichtlich ihrer Aufführung, dienstlichen Befähigung, so wie ihrer geistigen Eigenschaften sich zur Beförderung eignen.

2. Die körperliche Tauglichkeit muß durch eine Commission, bestehend aus einem Offizier und zwei Militärärzten, ermittelt und durch ein Zeugniß derselben bestätigt werden.

§. 22.

1. Ferner werden zu dieser Prüfung zugelassen:

Unteroffiziere und Soldaten zwischen 18 und 23 Jahren, die den im §. 3 unter c., e. und f. enthaltenen Bedingungen entsprechen, beim Beginn der Prüfung mindestens sechs Monate in einem großherzoglichen Truppenkörper gedient haben und das in §. 21 geforderte Zeugniß, von den Offizieren ihrer Compagnie (Schwadron, Batterie) und dem Commandanten des Bataillons (Regiments) ausgestellt, und das dort bestimmte Zeugniß über ihre körperliche Tauglichkeit beibringen.

2. Die Gesuche um Zulassung zur Portepeefähnrichs-Prüfung solcher Unteroffiziere und Soldaten müssen mit den erforderlichen Urkunden und Zeugnissen und einer Grundliste auf dem Dienstwege am 5. August beim Kriegs-Ministerium eingereicht sein.

3. Das Kriegs-Ministerium übergibt diese Gesuche der Kriegsschul-Commission zur Prüfung in Betreff der Bedingung des §. 3 c., e. und f. und Antragstellung über die Zulassung zur Portepeefähnrichs-Prüfung.

§. 23.

Das Kriegs-Ministerium ruft die Betreffenden zur Prüfung ein und ordnet diese auf Antrag des Vorstandes der Kriegsschule an.

Einberufung
zur Portepeefähnrichs-
Prüfung.

§. 24.

1. Die Kriegsschul-Commission leitet und beaufsichtigt die Prüfung, welche von Lehrern der Kriegsschule vorgenommen wird.

Prüfungs-
Commission
und Abhaltung
der Prüfung.

2. Die Gegenstände der Portepeefähnrichs-Prüfung sind die in der Kriegsschule vorgetragenen.

3. Um als „Bestanden“ erklärt zu werden, muß in zwei Dritttheilen der Fächer wenigstens das Prädikat „ziemlich gut“ erlangt werden, worunter die Dienst- und Exercier-Vorschriften und deutsche Sprache enthalten sein müssen.

4. Für die Artillerie muß überdies in den Fächern Mathematik, Waffenlehre, Fortification und Zeichnen das Prädikat „gut“ erlangt werden.

§. 25.

1. Die Commission hat, nach Vernehmung der Examinatoren über die Befähigung der Geprüften, durch den Vorstand über das Ergebniß der Prüfung Bericht an das Kriegs-Ministerium zu erstatten, unter Angabe der Bestandenen und Nichtbestandenen, so wie der Lokation und Anschluß der Prüfungs-Akten.

Auch sind unter Berücksichtigung der Wünsche der Kriegsschüler und der Bestimmungen des §. 24 Anträge über die Eintheilung derselben in die Waffen beizufügen.

2. Das Kriegs-Ministerium erstattet über die Prüfung Vortrag an Seine Königliche Hoheit den Großherzog.

§. 26.

Ernennung
zum Portepeer-
fähnrich.

Die in der Prüfung Bestandenen werden durch höchsten Befehl zu Portepeerfähnrichen in den Truppentheilen ernannt im Rang der Lokation.

§. 27.

Nichtbestehen
in der
Portepeerfähr-
richs-Prüfung.

1. Die in der Prüfung nicht bestandenen Kriegsschüler können in die Kriegsschule zurücktreten; dergleichen die Kriegsschüler, welche in die Artillerie einzutreten wünschen, die Prüfung für die andern Waffen bestanden, aber nicht der Anforderung für diese Spezial-Waffe entsprochen haben, wenn sie nicht vorziehen, in einer andern Waffe Portepeerfähnrich zu werden, was von der Prüfungs-Commission in ihrem Bericht zu erwähnen ist.

2. Unteroffiziere und Soldaten, die in der Fähnrichs-Prüfung nicht bestanden sind, treten in ihr früheres Verhältniß zurück. Befinden sie sich in dem unter 1 für die Spezial-Waffen angegebenen Verhältniß, so findet das dort hinsichtlich der Ernennung zum Fähnrich in einer andern Waffe Gesagte auch auf sie Anwendung.

§. 28.

1. Die in der Fähnrichs-Prüfung nicht Bestandenen können zur nächsten wieder zugelassen werden.

2. Wer zum zweiten Male nicht besteht, wird auf immer abgewiesen und erhält, vorbehaltlich der Erfüllung der Conscriptiionspflicht, seine Entlassung.

Unteroffiziere und Soldaten können mit Zustimmung ihrer Commando's fortdienen.

§. 29.

Unteroffiziere und Soldaten, welche neben Erfüllung der Bedingungen des §. 22 ein Zeugniß einer großherzoglichen Mittelschule vorlegen, welches ihre Reise zur Universität, d. h. die abgelegte Maturitäts-Prüfung bestätigt, oder nachweisen, daß sie die Universität nach vorhergegangener Maturitäts-Prüfung besucht haben, werden auf Ansuchen ohne Ablegung der Portepeerfähnrichs-Prüfung zu Portepeerfähnrichen ernannt.

Solche Gesuche sind im Uebrigen zu behandeln wie die Gesuche um Zulassung zur Portepeerfähnrichs-Prüfung.

§. 30.

Dienstliche
Stellung der
Portepeer-
fähnrichs.

1. Die Rangverhältnisse, die dienstliche Stellung und Verwendung der Portepeerfähnrichs, so wie ihre Auszeichnung sind in den Dienstvorschriften enthalten.

2. Die Portepeerfähnrichs haben sich auf eigene Kosten zu kleiden, die Ausrüstung, mit Ausnahme des Portepees, wird denselben von ihrem Truppentheile gestellt.

§. 31.

Entlassung der
Portepeer-
fähnrichs.

Die für die Entlassung der Unteroffiziere und Soldaten bestehenden Bestimmungen haben auch auf die Portepeerfähnrichs Anwendung, mit der Ausnahme, daß die Entlassung nur durch höchsten Befehl erteilt wird.

IV. Beförderung zum Offizier.

§. 32.

1. Um zur Offiziers-Prüfung zugelassen zu werden, muß der Portepeefähnrich wenigstens neun Monate als solcher gedient haben und von seinen Vorgesetzten hierzu für reif erachtet werden, was von denselben in einem vorzulegenden Zeugniß bestätigt werden muß. Zulassung zur Offiziers-Prüfung.

2. Eine Ausnahme hinsichtlich der Dienstzeit als Portepeefähnrich tritt für diejenigen jungen Leute ein, welche nachgewiesen haben, daß sie die Universität ganz oder größtentheils absolvirt haben (§. 29), indem diese zur nächsten Offiziers-Prüfung nach ihrer Ernennung zum Portepeefähnrich zugelassen werden.

§. 33.

1. Die Offiziers-Prüfungen finden am 1. Juli und 1. Januar statt, in so fern Einberufung zur Offiziers-Prüfung.
Candidaten dazu vorhanden sind.

2. Die Anmeldungen müssen am 5. Dezember und 5. Juni auf dem Dienstwege beim Kriegs-Ministerium eingelangt sein.

3. Die Einberufung zur Offiziers-Prüfung geschieht durch das Kriegs-Ministerium.

§. 34.

1. Gegenstand der Offiziers-Prüfung sind neben den in der Kriegsschule gelehrteten Abhaltung der Offiziers-Prüfung.
Fachwissenschaften, deutsche Sprache und Mathematik, so wie alle Zweige des Dienstes bis zu den Obliegenheiten eines Leutenants einschließlich.

2. Die Bestimmungen für die Portepeefähnrichs-Prüfung (§. 24, 1, 3, 4) und der Bericht über dieselbe (§. 25, 1, 2) sind auch hier maßgebend.

Den Bestanden ist vom Kriegs-Ministerium ein Zeugniß hierüber mit Angabe der Lokations-Nummer auszustellen.

§. 35.

1. Portepeefähnriche, welche von ihren Vorgesetzten zur Zulassung zur Offiziers-Prüfung Nichtzulassen zur Offiziers-Prüfung und Nichtbestehen in derselben.
nicht für reif erachtet wurden, und solche, welche nicht bestanden sind, können sich zur nächsten Offiziers-Prüfung melden.

2. Wer zum zweiten Male wegen ungünstiger Zeugnisse nicht zur Offiziers-Prüfung zugelassen wird oder zum zweiten Male in dieser Prüfung nicht besteht, verliert allen Anspruch auf Beförderung zum Offizier, und ist, vorbehaltlich seiner Conscriptionspflicht, zu entlassen, wenn er nicht im Range eines Feldwebels (Wachmeisters) unter Zustimmung seiner Vorgesetzten fortbienen will.

3. Portepeefähnriche der Artillerie, welche zwar in der Prüfung für die andern Waffen bestanden sind, aber den Anforderungen für die Artillerie nicht entsprochen haben, können sich entweder zur nächsten Prüfung wieder melden oder um Versetzung zu einer andern Waffe nachsuchen, in welch' letzterem Falle ihnen das §. 34 gedachte Zeugniß auszustellen ist.

Portepeefähnriche der Artillerie, welche auch die zweite Offiziers-Prüfung zwar für die andern Waffen aber nicht für ihre Spezial-Waffe bestanden haben, werden zu einer andern Waffe versetzt.

§. 36.

Vorschlag von Unteroffizieren ohne vorhergegangene Prüfung. Unverheirathete Unteroffiziere, welche wenigstens zwei Jahre gedient haben, können zur Beförderung zum Offizier ohne Prüfung, wegen Tapferkeit im Felde oder auszeichneter Dienstleistung im Frieden, vorgeschlagen werden.

§. 37.

Vorschlag zur Ernennung zum Offizier. Sollen Offiziers-Ernennungen stattfinden, so fordert das Kriegs-Ministerium die betreffenden Waffen-Commandos auf, die erforderliche Anzahl von Portepeefähnrichen, welche die Offiziers-Prüfung bestanden haben, oder Unteroffiziere, welche sich (§. 36) hierzu eignen, zur Beförderung vorzuschlagen.

Von den Vorgeschlagenen jeder Waffe müssen stets zwei Drittheile aus der Kriegsschule hervorgegangen sein und ein Drittheil aus sonstigen Portepeefähnrichen und Unteroffizieren (§. 36) zusammen bestehen, in so weit die in jeder Kategorie vorhandene Anzahl die Einhaltung dieses Verhältnisses gestattet (§. 2, 2.).

§. 38.

1. Das Dienst-Alter als Portepeefähnrich gibt in den oben erwähnten Kategorien nur dann einen Anspruch vorgeschlagen zu werden, wenn der mit dem Zeugniß der bestandenen Offiziers-Prüfung versehene Portepeefähnrich von seinen Vorgesetzten zur Beförderung würdig erachtet wird.

2. Das in 1 geforderte Zeugniß der Vorgesetzten über die Würdigkeit ist auch für den Vorschlag von Unteroffizieren erforderlich.

§. 39.

Uebergehen beim Vorschlag zur Ernennung zum Offizier. Portepeefähnriche, welche bei dem Vorschlag zum Offizier wegen nicht erlangten Zeugnisses der Würdigkeit zweimal übergangen werden mußten, haben den Anspruch auf Beförderung zum Offizier verloren und sind nach §. 35, 2 zu behandeln.

§. 40.

Ernennung zum Offizier. 1. Die Ernennung zum Offizier erfolgt durch höchsten Befehl unter Ertheilung des Dienststranges als solcher und eines Patents.

2. Der Dienstrang als Offizier erfolgt für die unter gleichem Datum hierzu Ernannten nach der Lokation in der Offiziers-Prüfung.

3. Unteroffiziere, welche ohne Offiziers-Prüfung (§. 36) zum Offizier befördert werden, erhalten den Dienstrang nach den vom Portepeefähnrich ernannten Offizieren.

Unter sich erhalten die vom Unteroffizier ohne Offiziers-Prüfung ernannten Offiziere den Dienstrang nach ihrem Grad und Dienstalter als Unteroffizier.

Vorkenntnisse,

welche nach §. 2 der allgemeinen Bestimmungen über die Kriegsschule erforderlich sind.

1. Deutsche Sprache: Richtiges Sprechen und Schreiben, Aufsätze erzählender und beschreibender Art.
 2. Lateinische Sprache: Uebersetzen der lateinischen Autoren, welche bis zur obern Abtheilung der vierten Classe der gelehrten Schulen einschließlich gelesen werden, namentlich: Cornelius Nepos, Phädrus, Julius Cäsar, Ovidius. — Uebersetzen aus dem Deutschen in's Lateinische.
 3. Griechische Sprache: Lesen, Anfangs-Gründe der Grammatik.
 4. Französische Sprache; Lesen, Verstehen der leichtern französischen Prosaiter, leichte Uebersetzungen aus dem Deutschen in's Französische.
 5. Mathematik: die vier Rechnungs-Arten mit unbenannten, benannten und gebrochenen Zahlen, Kopfrechnen, Verhältnisse und Proportionen, die vier Rechnungs-Arten mit Buchstaben; Anfangs-Gründe der Geometrie.
 6. Geographie: die allgemeinen Begriffe der mathematischen und physikalischen Geographie, allgemeine physische und politische Geographie, spezielle Geographie von Deutschland und Mittel-Europa.
 7. Naturwissenschaften: Anfangsgründe der Natur-Geschichte, populäre Naturlehre mit Erklärung der merkwürdigsten Natur-Erscheinungen.
 8. Geschichte: Eintheilung und allgemeine Uebersicht der weltgeschichtlichen Begebenheiten, Geschichte der Griechen und Römer mit Berücksichtigung der alten Geographie.
 9. Zeichnen: Freihandzeichnen, Begriffe von geometrischem Zeichnen.
-

Normal-Lehrplan
für die großherzogliche Kriegsschule.

Uebersicht.

A. Theoretische Course.

1. Deutsche Sprache,
2. Mathematik,
3. Dienst-Vorschriften,
4. Militär-Recht,
5. Exercier-Vorschriften,
6. Taktik,
7. Waffenlehre,
8. Fortification,
9. Geschichte,
10. Erdbeschreibung,
11. Terrain-Zeichnungslehre,
12. Französische Sprache.

B. Practische Course.

1. Exercieren,
2. Waffenlehre,
3. Fortification,
4. Terrain-Bermessung,
5. Reconnoissance.

C. Gymnastik.

1. Fechten,
2. Turnen,
3. Reiten,
4. Schwimmen.

Bemerkung: Die Lehrgegenstände innerhalb der theoretischen, praktischen und gymnastischen Course sind in derselben Rangfolge aufgeführt, wie solche in den Prüfungs- und Lokations-Listen erscheinen.

Normal- Lehrplan

für die großherzogliche Kriegsschule.

A. Theoretische Kurse.

1. Deutsche Sprache in drei Jahreskursen.

- | | |
|---|--|
| 1. Jahreskurs.
(III. Classe.)
3 Stunden
wöchentlich. | Lehrbuch: für Stylistik G. F. Godel, Lehrbuch der deutschen Schriftsprache
1. Abtheilung, für Logik eigene Hefte des Lehrers. |
| 2. Jahreskurs.
(II. Classe.)
2 Stunden
wöchentlich. | 1. Die allgemeinen Stylregeln mit schriftlichen Uebungen.
2. Nachbildungen vorgelegter Muster.
3. Kleinere Aufsätze in der erzählenden und beschreibenden Schreibart. |
| 3. Jahreskurs.
(I. Classe.)
3 Stunden
wöchentlich. | 4. Die Regeln von besondern Styl-Arten.
5. Aufsätze über allgemeine Themata von verschiedenen Formen; Abhandlungen.
6. Fortgesetzte Uebungen in Aufsätzen über gegebene Themata;
7. Praktische Logik als Grundlage rhetorischer Uebungen, insbesondere von Dispositionen. |

2. Mathematik in drei Jahreskursen.

Lehrbücher: Nummer, die Buchstaben-Rechnung 1. Theil.
 Nummer, Lehrbuch der Elementar-Geometrie 1. und 2. Theil.
 Nummer, Lehrbuch der ebenen Trigonometrie für darstellende Geometrie; Curven-
 lehre und Statik, eigene Hefte des Lehrers.

a. Algebra.

- | | |
|---|---|
| 1. Jahreskurs.
(III. Classe.)
6 Stunden
wöchentlich. | 1. Buchstaben-Rechnung.
2. Rechnungen mit Potenzen und Wurzeln.
3. Proportionen.
4. Logarithmen.
5. Reihen. |
|---|---|

b. Geometrie.

- | | |
|---|--|
| 1. Jahreskurs.
(III. Classe.)
6 Stunden
wöchentlich. | 1. Von den Linien und Winkeln (Longimetrie).
2. Von den Figuren, Dreiecken, Vier- und Vielecken und vom Kreise (Planimetrie). |
|---|--|

a. Algebra, Fortsetzung.

2. Jahreskurs.
(II. Classe.)
4 Stunden
wöchentlich.

1. Von den Gleichungen im Allgemeinen.
2. Gleichungen ersten Grades mit einer und mehreren unbekannten Größen.
3. Gleichungen vom zweiten Grade.
4. Unbestimmte Gleichungen.

b. Geometrie. Fortsetzung.

3. Die Lehre von den Körpern (Stereometrie).

c. Darstellende Geometrie.

1. Projektion und Darstellung gerader Linien.
2. Projektion und Darstellung der Ebenen und ihrer Durchschnitte.
3. Projektion und Darstellung der Körper.

d. Trigonometrie.

3. Jahreskurs.
(I. Classe.)
4 Stunden
wöchentlich.

1. Von den Kreisfunktionen.
2. Auflösung der rechtwinklichen Dreiecke.
3. Auflösung der schiefwinklichen Dreiecke.

e. Curvenlehre.

Die Kegelschnittslinien, ihre Eigenschaften und Constructionen.

f. Statik und Hydrostatik.

3. Jahreskurs.
(I. Classe.)
4 Stunden
wöchentlich.

1. Die Sätze vom Schwerpunkt, vom Gleichgewicht und von der Bewegung der festen und flüssigen Körper.
2. Von den einfachen Maschinen, Hebel, Rolle, schiefe Ebene, Keil und Schraube.

3. Dienst-Vorschriften.

in drei Jahreskursen.

Lehrbücher: die Kriegs-Dienstvorschriften für die großherzoglichen Truppen.

a. Allgemeine Dienst-Ordnung.

1. Jahreskurs.
(III. Classe.)
1 Stunde
wöchentlich.

Zunächst diejenigen Kapitel und Paragraphen, welche sich auf die allgemeinen militärischen Dienstpflichten und auf die besondern Pflichten und Dienstverhältnisse der Untergebenen beziehen.

b. Specielle Dienst-Ordnung.

Die Dienst-Einrichtung und der tägliche Dienst im Innern der Truppenkörper. Die Pflichten und Obliegenheiten des Soldaten und Gefreiten (Carabinieri, Oberkanoniers).

a. Allgemeine Dienstordnung. Fortsetzung.

Vervollständigung durch diejenigen Kapitel, welche die Dienst-Verhältnisse der Compagnie- (Schwadron- , Batterie-) Vorgesetzten, d. i. der Unteroffiziere und Subaltern-Offiziere berühren. Fertigung von Dienstschreiben in den vorschriftsmäßigen Formen.

2. Jahreskurs.

(II. Classe.)

1 Stunde
wöchentlich.

b. Specielle Dienst-Ordnung. Fortsetzung.

Die Pflichten und Obliegenheiten der Unteroffiziere im Allgemeinen und der Corporale.

c. Caserndienst-Vorschriften.

So weit sie die Dienstverhältnisse der Soldaten, der Unteroffiziere und Subaltern-Offiziere berühren.

b. Specielle Dienstordnung. Fortsetzung.

Die Pflichten und Obliegenheiten des Zug-, Compagnie- und Oberfeldwebels und der Offiziere im Allgemeinen.

Die Dienstverwaltung im Innern der Truppenkörper: in der Compagnie (Schwadron, Batterie), im Bataillon und Regiment.

3. Jahreskurs.

(I. Classe.)

2 Stunden
wöchentlich.

d. Militär-Deconomie.

Uebersicht des Kriegshaushalts. Umfang und allgemeine Einteilung des Budgets. Die verschiedenen Kriegs-Verwaltungsstellen und deren Funktionen. Inhalt, Form und Zweck der hauptsächlichsten im Verwaltungswesen vorkommenden Acte als: Rechnungen, Inventarien, Ausweise, Bedarfs-Etats, Bescheinigungen, Gegenschätze u. s. f.

Instruktion für die Verwaltungs-Räthe.

4. Militär-Recht.

Lehrbuch: Brauer. Das badische Militärstrafrecht und Militärstrafverfahren.

3. Jahreskurs.

(I. Classe.)

2 Stunden
wöchentlich.

1. Die allgemeinen Grundsätze über den Umfang der Militärgerichtsbarkeit.

2. Die allgemeinen Lehren über den Thatbestand des Verbrechens, Zurechnung, Versuch, Vollenbung, Theilnahme am Verbrechen und die Strafarten.

3. Die Erörterung der gemeinen und der besondern Militär-Verbrechen und Disciplinar-Vergehen.

4. Die Darstellung der Militärgerichts-Verfassung und des Militärstrafverfahrens.

5. Exercier-Vorschriften

in drei Jahreskursen.

Lehrbücher: die Exercier-, Garnisons- und Felddienstvorschriften für die großherzoglichen Truppen.

a. Exercier-Vorschriften.

1. Jahreskurs.
(III. Classe.)
4 Stunden
wöchentlich.

1. Soldaten-, Zug- und Compagnie-Unterricht der Infanterie.
2. Zug-Unterricht der Reiterei.
3. Zug-Unterricht der Artillerie.

b. Garnisons-Dienst.

1. Vom Garnisons-Stab.
2. Vom Verhalten der Truppen in der Garnison.
3. Vom Sicherheitsdienst in der Garnison.

a. Exercier-Vorschriften. Fortsetzung.

2. Jahreskurs.
(II. Classe.)
4 Stunden
wöchentlich.

4. Bataillons-Unterricht der Infanterie.
5. Schwadrons-Unterricht der Reiterei.
6. Batterie-Unterricht der Artillerie.

b. Felddienst (im Auszug).

1. Vom Sicherheitsdienst während des Marsches.
2. Vom Sicherheitsdienst in der Stellung.

a. Exercier-Vorschriften. Fortsetzung.

3. Jahreskurs.
(I. Classe.)
2 Stunden
wöchentlich.

7. Brigade-Unterricht der Infanterie.
8. Regiments-Unterricht der Reiterei.

6. Taktik

in einem Jahreskurs.

Lehrbuch: Decker, Taktik für alle Waffen, 1. und 2. Theil.

3. Jahreskurs.
(I. Classe.)
4 Stunden
wöchentlich.

1. Geschichtlicher Abriss der Taktik.
2. Taktik der einzelnen Waffen.
3. Taktik der verbundenen Waffen (einer Division).
4. Taktik in Bezug auf die Terrain-Verhältnisse.

7. Waffenlehre

in zwei Jahreskursen.

Lehrbuch: Rylander's Waffenlehre, 3. Auflage von Schedel; das großherzoglich badische Material, nach eigenen Hefen des Lehrers.

2. Jahreskurs.
(II. Classe.)
2 Stunden
wöchentlich.

1. Geschichtliche Rückblicke.
2. Technologischer Theil (Materialienkunde).
3. Nahewaffen.
4. Fernwaffen: vom Schießpulver und von den Feuerwaffen im Allgemeinen.
5. Feuergewehre:
 - a. mit glatten Läusen,

3. Jahreskurs.
(I. Classe.)
2 Stunden
wöchentlich.
- b. mit gezogenen Läufen.
6. Die Geschütze:
a. die Kanonen,
b. die Mörser,
c. die Haubitzen und andere Kammergeschütze,
d. die Kriegs-Raketen und andere Feuerwerkskörper.
7. Vertheidigungs- oder Schutz Waffen.
(Vergleiche den praktischen Kurs in der Waffenlehre.)

8. Fortifikation

in zwei Jahreskursen.

Lehrbuch: Hackewitz, Handbuch der Fortifikation.

a. Feldfortifikation.

2. Jahreskurs.
(II. Classe.)
2 Stunden
wöchentlich.
1. Von den Schuß- und Wurfwehren, mit ihren Vertheidigungs-Einrichtungen.
2. Von den Werken der Feldfortifikation im Allgemeinen und der Form ihres Grundrisses insbesondere.
3. Von den Verstärkungsmitteln zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit.
4. Einfluß des Terrains auf Gestalt der Schanzen und Höhe der Brustwehren.
5. Vom Bau der Verschanzungen.

b. Festungs-Fortifikation.

3. Jahreskurs.
(I. Classe.)
2 Stunden
wöchentlich.
1. Allgemeine Begriffe und Betrachtungen der Grundrisse und Profile und der besondern Verstärkungs-Mittel.
2. Allgemeine Betrachtung der verschiedenen Befestigungs-Systeme.
3. Von dem Angriff und der Vertheidigung der Festungen.

c. Fortifikatorisches Zeichnen.

Im 2. Jahreskurs (I. Classe) 2 Nachmittagsstunden wöchentlich.

9. Geschichte

in zwei Jahreskursen.

Lehrbuch: Weber, die Weltgeschichte in übersichtlicher Darstellung.

a. Geschichte des Mittel-Alters.

1. Jahreskurs.
(III. Classe.)
3 Stunden
wöchentlich.
1. Das Zeit-Alter der Karolinger.
2. Die Herrschaft des deutsch-römischen Kaiserthums.
3. Die Geschichte der Kreuzzüge.
4. Die Geschichte des Interregnums und der Gründung der Habsburgischen Macht.

b. Geschichte der neuern Zeit.

5. Die Entdeckung von Amerika und die Reformation als Vorboten der neuern Zeit.
6. Die Kriege Karl's V.
7. Der dreißigjährige Krieg.

2. Jahreskurs.
(II. Classe.)
3 Stunden
wöchentlich.
- 8. Das Zeitalter Ludwig's XIV.
 - 9. Der spanische Erbfolgekrieg.
 - 10. Der nordische Krieg.
 - 11. Der Oesterreichische Erbfolge- und die schlesischen Kriege.
 - c. Geschichte der neuesten Zeit.
 - 12. Die französische Revolution und die Revolutionskriege.
 - 13. Die Geschichte des Consulats und des Kaiserreichs, Napoleons und dessen Kriege.
 - 14. Die deutschen Befreiungskriege.
 - 15. Die wichtigsten Ereignisse seit dem zweiten Pariser Frieden.

10. Erd-Beschreibung
in zwei Jahreskursen.

Lehrbücher: D'Ohels Terrainlehre.
Roons Anfangsgründe der Erd-, Völker- und Staatenkunde.

a. Die Erdoberfläche.

1. Jahreskurs.
(III. Classe.)
3 Stunden
wöchentlich.
- 1. Allgemeine Erdkunde oder Betrachtung der Erdoberfläche und ihrer Formen in orographischer, hydrographischer und topographischer Beziehung (Terrainlehre).
 - 2. Specielle Erdkunde oder Betrachtung der Erdoberfläche im Einzelnen (topische und physische Geographie), die außereuropäischen Länder in allgemeinen Umrissen.
 - 3. Völker- und Staatenkunde (politische Geographie). Die Eintheilung des Menschengeschlechts nach Rassen und Nationalitäten. Die Staatenkunde mit besonderer Rücksicht auf die deutschen Bundesstaaten.

b. Erdrinde.

(Geognosie und Geologie.)

2. Jahreskurs.
(II. Classe.)
3 Stunden
wöchentlich.
- 1. Vorbereitende Notizen.
 - 2. Allgemeine Geognosie.
 - 3. Specielle Geognosie.
 - 4. Entstehung der Unebenheiten auf der Erdoberfläche oder Schlüsse von der Geognosie auf die Geologie.

c. Der Erdkörper.

(Mathematische Geographie.)

- 1. Gestalt, Ausdehnung und Masse des Erdkörpers.
- 2. Bewegung des Erdkörpers.
- 3. Verhältnisse zum Sonnensystem.
- 4. Die Zeitrechnung.

(Physikalische Geographie.)

- | | |
|--|--|
| 2. Jahreskurs.
(II. Classe.)
3 Stunden
wöchentlich. | 1. Stoffe als Bestandtheile des Erdkörpers.
2. Bewegende Kräfte.
3. Beleuchtung.
4. Wärme und Elektricität.
5. Temperatur und Klima. |
|--|--|

11. Terrain=Zeichnungslehre

in drei Jahreskursen.

Lehrbuch: Anleitung zum Terrain-Zeichnen mit 18 Unterrichts-Musterblättern.

- | | |
|------------------------------------|--|
| Im 1. Jahreskurs
(III. Classe.) | 1. Das Situationszeichnen. |
| Im 2. Jahreskurs
(II. Classe.) | 2. Theorie und Elemente des Bergzeichnens. |
| Im 3. Jahreskurs
(I. Classe.) | 3. Das Terrain- und Kartenzeichnen. |

In sämtlichen Classen 4—6 Stunden wöchentlich praktisch geübt durch Copiren der Musterblätter.

12. Französische Sprache.

in drei Jahreskursen.

Lehrbücher: Girzel's französische Grammatik.
Gruner und Wilbermuth, französische Chrestomathie in zwei Abtheilungen.

- | | |
|---|---|
| 1. Jahreskurs.
(III. Classe.)
4 Stunden
wöchentlich. | 1. Leseübungen.
2. Schriftliche Uebungen in der Orthographie.
3. Die Regeln der Grammatik.
4. Uebersetzen aus dem Französischen in's Deutsche.
5. Uebersetzungen aus dem Deutschen in's Französische. |
| 2. Jahreskurs.
(II. Classe.)
3 Stunden
wöchentlich. | 6. Wiederholung der Grammatik.
7. Die Regeln der Syntax.
8. Weitere Uebungen im Uebersetzen.
9. Leichte Aufsätze über gegebene Themata.
10. Uebungen im Sprechen. |
| 3. Jahreskurs.
(I. Classe.)
3 Stunden
wöchentlich. | 11. Wiederholung der Syntax.
12. Weitere Uebungen im Uebersetzen, besonders von Feldzugs- und Schlachtberichten u. mit Erklärung der militärisch-technischen Ausdrücke.
13. Stylübungen und weitere Aufsätze besonders über militärische Themata.
14. Hörtgeübte Uebungen im Sprechen. |

B. Praktische Kurse.**1. Exercieren.**

(Taktisch-praktischer Kurs.)

- | | | |
|-----------------------|---|---|
| In allen Jahres- | { | 1. Soldaten-Unterricht der Infanterie. |
| cursen 2 mal wöchent- | | 2. Zug-Unterricht. |
| lich Nachmittags. | | 3. Compagnie-Unterricht mit Schützendienst. |
| | | 4. Bataillons-Unterricht en squelette. |
| | | 5. Felddienst-Übungen. |

Während des Soldaten-Unterrichts dienen die Kriegsschüler der ersten Classe als Instructoren für die der dritten Classe und die Kriegsschüler der zweiten Classe exercieren in einem Zug vereinigt.

2. Waffenlehre

in zwei Jahreskursen.

Lehrbuch: Rylander's Waffenlehre, 3. Auflage von Schedel.

- | | | |
|--|---|--|
| Im 2. Jahreskurs | { | 1. Handhabung und Gebrauch der Feuegewehre mit glatten Läusen, verbunden mit Schießübungen aus den Ordonnanz-Gewehren. |
| (II. Classe.) | | |
| Im 3. Jahreskurs | { | 2. Handhabung und Gebrauch der Feuegewehre mit gezogenen Läusen, abermals verbunden mit Schießübungen. |
| (I. Classe.) | | |
| In dem 2. und 3. Jahreskurs (I. und II. Classe.) | { | 3. Besuch des Zeug- und Gießhauses, der Laboratorien und Werkstätten und der Pulvermühle. |
| | | |

3. Fortifikation

in zwei Jahreskursen.

Lehrbuch: Hackewitz, Handbuch der Fortifikation.

- | | | |
|------------------|---|--|
| Im 2. Jahreskurs | { | 1. Praktischer Unterricht im Fertigen der Bekleidungs-Materialien. |
| (II. Classe.) | | 2. Modellbau eines Feldwerks in verkleinertem Maaßstab. |
| Im 3. Jahreskurs | { | 3. Besuch einer Festung. |
| (I. Classe.) | | |

4. Terrain=Vermessung

in drei Jahreskursen.

Lehrbuch: Rummer, Elementar-Geometrie 2. Theil (praktische Geometrie).

- | | | |
|----------------------------------|---|--|
| 1. Jahreskurs.
(III. Classe.) | { | 1. Erklärung der Meß-Instrumente. |
| | | 2. Unmittelbare und mittelbare Messung von Linien, Winkeln und Flächen mit Längemesser und Kreuzscheibe. |
| | | 3. Terrain=Aufnahmen mit Längemesser und Kreuzscheibe. |
| | | 4. Unmittelbare und mittelbare Messungen von Linien, Winkeln und Flächen mit Meßtisch und Rippregel. |
| | | 5. Kleine Terrain=Aufnahmen mit Meßtisch und Rippregel. |

2. Jahreskurs. { 6. Aufgaben mit Meßtisch und Distanzmesser.
(II. Classe.) { 7. Terrain-Aufnahmen im $\frac{1}{5000}$ d. w. G. mit Meßtisch und Distanzmesser.
8. Terrain-Aufnahmen im $\frac{1}{5000}$ d. w. G. mit Meßtisch und Distanzmesser
und mit Anwendung der Orientir-Bouffole.
3. Jahreskurs. { 9. Aufgaben mit Meßtisch und Distanzmesser als Wiederholung und mit der
(I. Classe.) { Stativ-Bouffole.
10. Aufnahme von Sektionen im $\frac{1}{10000}$ nach aufgetragenen Signal-Punkten
mit Distanzmesser und mit Stativ-Bouffole.
11. Die Curvenlegung im gebirgigen Terrain.
12. Nivelliren und Profiliren.
13. Notizen über Ländervermessungen.

5. Recognoscirung.

Lehrbuch: D'Egels Terrainlehre 5. und 6. Abschnitt.

Praktisch wird geübt:-

3. Jahreskurs. { 1. Das Croquieren (Aufnahme à la vue) im ebenen Terrain.
(I. Classe.) { 2. Das Croquieren im gebirgigen Terrain.
3. Das Beschreiben einzelner recognoscirter Terrain-Gegenstände und Terrain-
Theile, und
4. das Beschreiben größerer Terrain-Strecken (Fertigung von Recognoscirungs-Berichten).

C. Gymnastik.

Gleichlaufend, theils mit den theoretischen, theils mit den praktischen Kursen.

1. Fechten.

- In allen Jahreskursen 1—2 Mal wöchentlich. { 1. Fechten auf den Stoß.
2. Fechten auf den Hieb.
3. Fechten mit dem Infanterie-Gewehr (Bajonetfechten).

In der dritten Classe soll zunächst nur das Fechten auf den Stoß geübt werden.

2. Turnen.

In allen Jahreskursen 1—2 Mal wöchentlich. { Nach den Vorschriften für den gymnastischen Unterricht im großherzoglichen Armee-Corps.

3. Reiten.

Im 3. Jahreskurs (I. Classe) { Nach Anleitung des Landstallmeisters bei großherzoglichem Landesgestüt.
2 Mal wöchentl. in Abtheilungen.

4. Schwimmen.

In allen Jahreskursen. { In der Militär-Schwimmshule nach besonderem Befehl.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Montag, den 13. October 1851.

Inhalt.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Verordnung, die Benützung der großherzoglichen Telegraphenanstalt betreffend.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Verordnung, die Benützung der großherzoglichen Telegraphenanstalt betreffend.

Nachdem die Ausführung der längs der großherzoglichen Eisenbahnen herzustellenden electromagnetischen Telegraphenanstalt so weit vorangeschritten ist, daß mit dem 15. d. M. der telegraphische Verkehr auf den wichtigsten Stationen eröffnet werden kann, so wird mit allerhöchster Genehmigung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 3. d. M., Nr. 1,597, hiermit verordnet, wie folgt:

§. 1.

Telegraphenbehörden.

Die obere Leitung und Verwaltung des Telegraphendienstes ist der Direction der Posten und Eisenbahnen übertragen.

Telegraphenstationen bestehen dormalen in Mannheim, Heidelberg, Bruchsal, Carlsruhe, Rastatt, Baden, Kehl, Offenburg, Freiburg und Hellingen.

§. 2.

Berechtigung zur Benützung des Telegraphen.

Die Benützung des Telegraphen steht Jedermann ohne Ausnahme zu.

Die Aufgabe von Depeschen behufs der Telegraphirung kann vorerst nur unmittelbar bei einer der im §. 1 genannten Telegraphenstationen erfolgen.

§. 3.

Telegraphirung nach Stations- und andern Orten.

Die Telegraphenstationen des Großherzogthums sind zur Annahme telegraphischer Depeschen nach jeder andern Telegraphenstation des Landes befugt. Auch kann die Annahme telegraphischer

Depeschen zur Beförderung über die Endpunkte der Telegraphenlinie hinaus, oder nach seitwärts derselben gelegenen Orten stattfinden, in welchem Falle die Weiterbeförderung von der letzten Telegraphenstation nach Bestimmung des Absenders entweder durch die Post in recommandirten Briefen, oder mittelst Glafette, oder bei geringen Entfernungen mittelst Boten erfolgt.

§. 4.

Dienststunden der Stationen.

Die Telegraphenbureaux sind täglich, mit Einschluß der Sonn- und Festtage

a. vom 1. April bis Ende September jeden Jahres von 7 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends, und

b. vom 1. Oktober bis Ende März jeden Jahres von 8 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends für den Dienstbetrieb offen.

Depeschen, welche außerhalb jener Stunden abgesendet werden sollen, müssen vor 9 Uhr Abends unter Erlegung des Minimalbetrags für die nächtliche Beförderung auf der betreffenden Strecke angemeldet werden, in welchem Fall die betheiligte Station den übrigen Stationen von dem zu erwartenden spätern Eingange der Depeschen sogleich Nachricht zu geben hat.

In jedem andern Fall werden Vorausbestellungen nicht berücksichtigt.

Geht die angemeldete Depesche bei Nacht zu der angegebenen Zeit nicht ab, so verfällt der eingezahlte Minimalbetrag der großherzoglichen Telegraphenverwaltung.

§. 5.

Ausgleichung der Zeitdifferenzen.

Um Unregelmäßigkeiten vorzubeugen, welche aus den Abweichungen der mittleren Zeiten an den verschiedenen Stationsorten entstehen können, werden die Uhren aller Telegraphenstationen nach der mittleren Zeit der Hauptstadt gerichtet werden.

In wie weit für die nach dem Ausland zu befördernden Depeschen die Aufgabe der letzteren vor Schluß der Dienststunden eintreten muß, wird durch die betreffenden Telegraphenbureaux bekannt gemacht werden.

§. 6.

Formelle Erfordernisse der Depeschen.

Eine jede zu befördernde Depesche muß im Texte ohne Wortabkürzungen und deutlich geschrieben sein, auch die genügende Adresse sowohl des Absenders, als des Empfängers enthalten.

Zum Niederschreiben der aufzugebenden Depeschen darf Seitens der Absender nur ein unverwischbares Schreibmaterial verwandt werden. Auch dürfen in den Depeschen Radirungen nicht vorkommen.

Bei denjenigen Depeschen, welche durch andere Mittel weiter befördert werden sollen (§. 3), hat der Absender die Art der gewünschten Weiterbeförderung schriftlich anzugeben.

Bei allen Privatdepeschen ist vorläufig die Fassung in deutscher Sprache ohne Anwendung von Chifferschrift Bedingung.

§. 7.

Länge der Depeschen.

Eine telegraphische Depesche soll in der Regel aus nicht mehr als 100 Worten bestehen.

Die Beförderung mehrerer Depeschen eines und desselben Absenders hinter einander ist nur in dem Falle zulässig, daß die Apparate der Linie nicht anderweit in Anspruch genommen werden.

§. 8.

Verzögerung in der Absendung.

Sollte die Beförderung einer Depesche aus irgend einem Grunde nicht sogleich bei ihrer Aufgabe stattfinden können, so wird der Aufgeber hiervon in Kenntniß gesetzt und die Depesche nur dann angenommen, wenn der Erstere die Absendung dennoch ausdrücklich verlangt.

§. 9.

Materielle Erfordernisse der Privatdepeschen.

Von der Annahme und Weiterbeförderung sind solche Privatdepeschen ausgeschlossen, deren Inhalt gegen die Gesetze verstößt, oder aus Rücksichten des öffentlichen Wohles und der Sittlichkeit nicht zur Mittheilung für geeignet erachtet wird.

Die Entschließung liegt in solchen Fällen dem Vorsteher der Telegraphenstation oder dessen Stellvertreter ob. Die gegen derartige Entscheidungen etwa zu erhebenden Beschwerden sind an die der Telegraphenstation zunächst vorgesetzte Behörde, die Direction der Posten und Eisenbahnen, zu richten.

§. 10.

Reihenfolge der Beförderung.

Die Beförderung der telegraphischen Depeschen von jeder Station aus geschieht der Regel nach in der Reihenfolge, in welcher sie entweder bei der Station aufgeliefert werden, oder mittelst des Telegraphen zu derselben gelangen; den Vorrang hiebei haben jedoch jederzeit die Staatsdepeschen, und unter diesen wiederum diejenigen, welche von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog oder von den Ministerien abgesendet werden, ohne daß aber (mit Ausnahme von Fällen, wo Gefahr im Verzuge ist) durch das Dazwischentreten solcher Depeschen die bereits begonnene Telegraphirung anderer Depeschen unterbrochen werden darf. Ferner haben die Eisenbahndepeschen, falls sie dringend sind, ebenfalls den Vorrang vor den Privatdepeschen.

§. 11.

Richtungswechsel.

Daß im vorstehenden Paragraphen erwähnte Rangverhältniß der Depeschengattungen findet auch beim gleichzeitigen Vorhandensein mehrerer Depeschen an verschiedenen Stationen einer und derselben Linie in der Weise Anwendung, daß ein Richtungswechsel zunächst von jenem Rangverhältniß abhängig ist.

Depeschen gleicher Kategorie, welche auf derselben Linie zur Absendung in entgegengesetzten Richtungen vorhanden sind, sollen in der Beförderung alterniren.

§. 12.

Unterbrechung der Verbindung

Wird die Telegraphenverbindung nach erfolgter Annahme einer Depesche unterbrochen, so

ist diejenige Station, von welcher ab die Weiterbeförderung auf telegraphischem Wege unthunlich ist; verpflichtet, die Depesche sofort in einem recommandirten Briefe an die nächste Station, welche zur Weiterbeförderung im Stande ist, eventuell an die Endstation oder direkt an den Adressaten als portofreie Dienstsache zur Post zu geben.

Nach erfolgter Wiederherstellung der telegraphischen Verbindung wird die Depesche noch nachträglich durch den Telegraphen weiter gesendet.

§. 13.

Collationirung.

Jedem Absender einer Depesche steht das Recht zu, dieselbe collationiren, d. h. sich von der Adressstation zurücktelegraphiren zu lassen (§. 18).

§. 14.

Absetzung und Vervielfältigung.

Jede zur Beförderung bestimmte Depesche kann auf Verlangen des Absenders an mehrere Adressaten gerichtet und in Folge dessen sowohl auf Zwischenstationen abgesetzt, als auch bei diesen oder der letzten Station vervielfältigt werden (§. 19 und 20).

§. 15.

Bestellung.

Jede Depesche wird nach ihrer Ankunft auf der letzten Telegraphenstation oder auf solchen Zwischenstationen, wo dieselbe abgesetzt worden ist (§. 14), sogleich niedergeschrieben und unter dem Amtssiegel der Telegraphenstation an den oder die Adressaten abgesandt, und zwar in so fern der Adressat am Stationsorte selbst wohnt, durch einen verpflichteten Boten der Telegraphenverwaltung, im andern Falle aber nach Maassgabe der vom Absender deshalb getroffenen Bestimmung (§. 3).

§. 16.

Tarife.

Für die Beförderung der telegraphischen Depeschen wird eine nach der Gesamtlänge der zu durchlaufenden Telegraphenlinien und nach der Zahl der Worte bemessene Gebühr erhoben, zu welcher in dem Falle, daß die Depesche von einer Telegraphenstation durch Post oder expresse Boten nach einem andern Ort weiter zu befördern ist, die dießfällige Transportvergütung hinzugerechnet wird.

Die Gebühr beträgt für eine Depesche auf eine Entfernung bis einschließlich 10 Meilen für 20 Worte 1 fl. 12 kr. rheinisch.

Diese Gebühr steigt jedesmal um denselben Betrag für je weitere 15, 20, 25, 30, 35 Meilen.

Wenn die Depesche über 20 bis einschließlich 50 Worte enthält, so wird das Doppelte und, wenn solche über 50 bis einschließlich 100 Worte enthält, das Dreifache erhoben.

Der nach Maassgabe des Obigen aufgestellte Tarif für die Telegraphengebühr ist folgender:

Für eine Depesche

| auf Meilen: | betragen die Gebühren für Worte | | | | | |
|------------------------|---------------------------------|-----|----------------------------|-----|-----------------------------|-----|
| | bis 20 einschließlich. | | von 21 bis 50 einschließl. | | von 51 bis 100 einschließl. | |
| | fl. | fr. | fl. | fr. | fl. | fr. |
| bis einschließlich 10. | 1 | 12 | 2 | 24 | 3 | 36 |
| über 10 bis 25. | 2 | 24 | 4 | 48 | 7 | 12 |
| über 25 bis 45 | 3 | 36 | 7 | 12 | 10 | 48 |

u. f. w.

Ausnahmsweise kommt für den innern Verkehr des Großherzogthums der beigefügte ermäßigte Tarif in Anwendung.

Als zum innern Verkehr gehörig werden nur solche Depeschen angesehen, welche nach Maassgabe ihres Inhalts so wie ihrer Herkunft und Bestimmung innerhalb der Gränzen des Großherzogthums sich bewegen.

§. 17.

Specielle Tarbestimmungen.

Bei Ermittlung der Gebühren nach der Wortzahl werden folgende Grundsätze beobachtet:

- 1) Zusammengesetzte Worte, welche mit Bindstrichen verbunden zu werden pflegen, werden in der Regel als ein Wort gerechnet; als Maximalgränze eines Wortes werden jedoch sieben Silben angenommen, so daß der Ueberschuß von sieben zu sieben Silben wiederum als ein Wort gerechnet wird.
- 2) Interpunktionszeichen im Texte werden nicht mitgerechnet, dagegen sind alle durch den Telegraphen nicht wiederzugebende Zeichen, welche daher als Worte dargestellt werden müssen, nur als solche zu berechnen.
- 3) Einzelne Buchstaben oder Zahlen, letztere bis zu fünf Ziffern, werden ebenfalls als ein Wort gerechnet.

Bei Zahlen von mehr Zifferstellen werden je fünf Ziffern und ebenso der etwaige Ueberschuß als ein Wort angenommen, wobei Striche, Kommata und andere darstellbare Zeichen als Ziffern mitgezählt werden.

- 4) Adresse und Unterschrift werden bei Auszählung der Worte mitgerechnet; dagegen werden
- 5) Die etwaigen Notizen, in welcher Weise die Depesche von der letzten Telegraphenstation weiter befördert werden soll, ferner sämtliche Zeichen und Worte, welche die Telegraphenverwaltung selbst der Depesche zum Zwecke des Dienstes hinzufügt, nicht mitgezählt.

§. 18.

Collationirungsgebühr.

Für das Collationiren einer Depesche (§. 13) ist die Hälfte der für den Hinweg entfallenden Telegraphengebühr zu entrichten.

§. 19.

Taxirung abzufehender Depeschen.

Depeschen, welche an Zwischenorten abgesetzt werden sollen (§. 14), werden in der Art taxirt, daß die Gesamtgebühr sich aus den einzelnen Beträgen der für die Beförderung vom Abgangsorte bis zum nächsten Absetzungspunkte und so fort von einem zum andern Absetzungspunkte respective bis zum Bestimmungsorte entfallenden Gebühren zusammensetzt.

§. 20.

Vervielfältigungsgebühr.

Bei Depeschen, welche an einer Station zu vervielfältigen sind (§. 14), ist für die Ausfertigung des zweiten und jedes folgenden Exemplars eine Gebühr von 24 fr. rheinisch zu erlegen.

§. 21.

Gebühren für Nachtdepeschen.

Für Nachtdepeschen (§. 4) sind sämtliche Telegraphirungsgebühren mit dem doppelten Betrage zu entrichten.

§. 22.

Vergütung für Weitertransport.

Die Vergütung für den Transport der von einer Telegraphenstation nach einem andern Orte weiter zu sendenden Depeschen ist vom Absender mit dem durch jenen Transport wirklich entstehenden Betrage zu zahlen. Kann die Höhe dieses Betrages im Voraus nicht bestimmt übersehen werden, so ist von dem Aufgeber eine den ersteren jedenfalls deckende Summe (siehe unten) zu deponiren, von welcher der Ueberrest binnen drei Tagen zurückgefordert werden kann. Die Telegraphenstation, bei welcher die Depesche den Telegraphen verläßt und welche die fraglichen Kosten sonach auslegt, wird der Abgangstation die Höhe des Betrages möglichst schnell auf telegraphischem Wege mittheilen. Ist die Auslage jener Kosten in anderer Währung geschehen, als solche vom Absender der Depesche nach der üblichen Landesmünze zu zahlen sind, so ist die Reduction nach dem Verhältniß von 20 fl. Conventionsmünze = 24½ fl. rheinisch = 14 Thaler preussisch zu bewirken. Das erwähnte Depositum soll bei jeder Depesche mindestens betragen:

- a. für Beförderung mittelst ordinärer Post oder expresser Boten 1½ fl. rheinisch,
- b. für Etsafetten-Beförderung eben so viel für je eine Meile.

§. 23.

Vorauszahlung.

Sämmtliche Gebühren sind bei Aufgabe der Depesche im Voraus zu bezahlen. Ueber die Bezahlung der Gebühren wird Quittung ertheilt.

§. 24.

Rückerstattung der Gebühren.

Wird eine zur Absendung angenommene Privatdepesche von einer weiterhin belegenen Station des Landes auf Grund des §. 9 zurückgewiesen, so steht dem Absender ein Anspruch auf Rückerstattung der gesamten erlegten Gebühren zu. Erfolgt die Zurückweisung hingegen in einem andern Lande, so hat der Absender nur den Betrag für diejenige Strecke zurück zu erhalten, auf welcher die Beförderung noch nicht stattgefunden hat.

Im Uebrigen findet eine Rückerstattung der Gebühren für telegraphische Depeschen in der Regel nur dann statt, wenn solche am Bestimmungsorte in einer Weise verstümmelt angekommen sind, daß dieselben ihren Zweck nicht erfüllen können, eine rechtzeitige Berichtigung aber nicht zu ermöglichen gewesen ist.

§. 25.

Bewahrung des Telegraphengeheimnisses.

Sämmtliche Telegraphenbeamte sind auf strengste lebenslängliche Geheimhaltung der telegraphischen Depeschen vereidigt. Fremden Personen ist der Zutritt zu den Apparaten = Zimmern der Telegraphenstationen während des Telegraphirens nicht gestattet.

§. 26.

Haftung.

Die Telegraphenverwaltung übernimmt weder für die richtige Ueberkunft einer Depesche überhaupt, noch für deren Ueberkunft in einer gewissen Zeit irgend eine Garantie.

§. 27.

Sperrung der Linien.

Der Telegraphenverwaltung verbleibt die Befugniß, nach Gutbefinden einzelne Linien für alle oder für gewisse Arten der Correspondenz zeitweise außer Betrieb zu setzen.

Carlruhe, den 6. Oktober 1851.

Großherzogliches Ministerium des Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Ihr. Rkdt.

Vdt. F. von Dusch.

T a r i f

für telegraphische Depeschen.

| Nach und von: | | Freiberg. | Bruchsal. | Carlsruhe. | Naßau. | Baden. | Rehl. | Offenburg. | Greiburg. | Saltingen. | Nach und von: |
|---------------|--------------------------------------|--------------------------------------|--------------------------------------|--------------------------------------|--------------------------------------|--------------------------------------|--------------------------------------|--------------------------------------|--------------------------------------|--------------------------------------|---------------|
| | Rate für Depeschen bis zu 20 Worten. | Rate für Depeschen bis zu 20 Worten. | Rate für Depeschen bis zu 20 Worten. | Rate für Depeschen bis zu 20 Worten. | Rate für Depeschen bis zu 20 Worten. | Rate für Depeschen bis zu 20 Worten. | Rate für Depeschen bis zu 20 Worten. | Rate für Depeschen bis zu 20 Worten. | Rate für Depeschen bis zu 20 Worten. | Rate für Depeschen bis zu 20 Worten. | |
| Mannheim. | Freiberg. | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 48 | Mannheim. |
| | | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 30 | Freiberg. |
| | | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 30 | Bruchsal. |
| | | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 30 | Carlsruhe. |
| | | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 30 | Naßau. |
| | | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 30 | Baden. |
| | Bruchsal. | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 30 | Rehl. |
| | | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 30 | Mannheim. |
| | | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 30 | Freiberg. |
| | | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 30 | Bruchsal. |
| | | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 30 | Carlsruhe. |
| | | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 30 | Naßau. |
| Freiburg. | Freiburg. | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 36 | Rehl. |
| | | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 30 | Mannheim. |
| | | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 30 | Freiberg. |
| | | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 30 | Bruchsal. |
| | | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 30 | Carlsruhe. |
| | | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 30 | Naßau. |
| Saltingen. | Saltingen. | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 36 | Rehl. |
| | | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 30 | Mannheim. |
| | | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 30 | Freiberg. |
| | | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 30 | Bruchsal. |
| | | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 30 | Carlsruhe. |
| | | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 36 | fl. —
fr. 48 | fl. —
fr. 48 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 12 | fl. 1
fr. 30 | fl. 1
fr. 30 | Naßau. |

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Mittwoch den 22. Otktober 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschlielungen Seiner Königliden Hoheit des Großherzogs: Allerhöchst-Landesherrliche Verordnang, die Abänderang der Verordnang über das Volksschulwesen vom 15. Mai 1834 betreffend. Medaillen-verleihungen. Dienstaachrichten.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: Additional-Convention zu dem Handels- und Schifffahrtsvertrag des Zoll- und Handelsvereins mit Savdinien betreffend. Eisenbahnlare für Kartoffeltransporte betreffend. Bekanntmachung des großherzoglichen Finanzministeriums: die diesjährige dritte Gewinnziehung des Anlehens der Eisenbahnschuldentilgungslasse zu vierzehn Millionen Gulden vom Jahr 1845 betreffend.

Dienstentledigungen.

Unmittelbare allerhöchste Entschlielungen Seiner Königliden Hoheit des Großherzogs.

Allerhöchst-Landesherrliche Verordnang, die Abänderang der Verordnang über das Volksschulwesen vom 15. Mai 1834 betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Wir sehen Uns veranlaßt, auf den Vortrag Unseres Ministeriums des Innern an der Verordnang über das Volksschulwesen vom 15. Mai 1834, Regierungsblatt Nr. XXV., nachstehende Abänderungen zu treffen:

Art. I.

Das IV. Capitel des zweiten Titels: „Prüfungen der Schulen“ wird abgeändert, wie folgt:

§. 16.

In jeder Classe finden unter der Leitung des Ortschaftsinspectors jährlich zwei Prüfungen statt; die eine ist am Ende des Sommerhalbjahres unter Anwohnung des Schulvorstandes, die andere am Ende des Winterhalbjahres öffentlich abzuhalten. Zu letzterer sind außer den Mitgliedern des Schulvorstandes noch jene des Gemeinderaths besonders einzuladen.

§. 17.

Der Bezirkschulvisitator hat jede Schule seines Bezirks wenigstens alle zwei Jahre einer gründlichen Untersuchung zu unterziehen.

Bei Schulen, deren Zustand eine strengere Beaufsichtigung rathslich oder nothwendig macht, kann oder muß diese Untersuchung schon in kürzerer Zwischenzeit geschehen.

Zu der hierbei vorzunehmenden Schulprüfung sind ebenfalls die Mitglieder des Schulvorstandes und Gemeinderaths einzuladen.

Unabhängig hievon hat der Bezirksschulinspector die Schulen seines Bezirkes von Zeit zu Zeit zu besuchen, um sich über die dienstliche Wirksamkeit und die sonstigen Verhältnisse der Ortsschulinspectoren sowohl als der Lehrer fortwährend in Kenntniß zu erhalten.

§. 17 a.

Außerdem ist jeder Schulbezirk in der Regel alle vier Jahre von einem Mitgliede der Oberschulbehörde zu besuchen, welches von dem religiös-sittlichen, intellektuellen und ökonomischen Zustande der einzelnen Schulen, von der Thätigkeit und Persönlichkeit der Lehrer und Schulaufsichtsbeamten, so wie dem Vollzuge der für das Volksschulwesen ergangenen Verordnungen und Vorschriften genaue Kenntniß zu nehmen und hierüber der Oberschulbehörde zu berichten hat.

Diese kann einzelne Bezirke je nach Bedürfniß auch schon in kürzerer Zwischenzeit visitiren lassen. Auch kann sie die Directoren der Schullehrerseminarien oder andere bewährte Schulmänner mit den Visitationen beauftragen.

§. 17 b.

In Privatschulen werden die nämlichen Prüfungen und Visitationen wie in den öffentlichen Volksschulen vorgenommen.

Die Prüfungen finden in Gegenwart des Schulvorstandes und derjenigen Personen statt, welchen sonst noch der Schulvisitator oder der Vorstand der Anstalt den Eintritt gestattet.

§. 17 c.

Ueber die Art der Vornahme der Prüfungen und der verschiedenen Visitationen wird die Oberschulbehörde mit Genehmigung des Ministeriums des Innern besondere Instructionen erlassen.

Art. II.

Der §. 26 im II. Kapitel des vierten Titels: „Anstellung u. der Schullehrer betreffend“ wird aufgehoben und an seine Stelle treten folgende Bestimmungen:

§. 26.

Die Vorbereitung Derjenigen, welche sich dem Berufe eines Schullehrers widmen wollen, hat in der Regel in einem der bestehenden öffentlichen Schullehrerseminarien zu geschehen.

Die Oberschulbehörde kann jedoch zur Ertheilung dieser Vorbereitung auch einzelne hiefür befähigte Geistliche oder Schullehrer ermächtigen.

Dieselben haben sich hiebei in allen wesentlichen Beziehungen nach den gleichen Bestimmungen zu richten, welche für die Vorbereitung in den öffentlichen Schullehrerseminarien maassgebend sind und unterstehen der nämlichen Beaufsichtigung wie diese.

§. 26 a.

Die Oberschulbehörde verfügt über die Aufnahme unter die Zahl der Volksschulkandidaten.

Als solche können nur Diejenigen aufgenommen werden, welche in einer Prüfung als hinlänglich befähigt befunden wurden.

§. 28 b.

Um die Fähigkeit zur Anstellung als Hauptlehrer zu erlangen, haben sich die Schulcandidaten nach ihrer Aufnahme wenigstens drei Jahre lang in Ertheilung des Unterrichtes als Unter-, Hilfs- oder Privatlehrer zu üben, und nach Umfluß dieser Zeit an einem der öffentlichen Schullehrerseminarien noch eine vorzugsweise ihre praktische Ausbildung in's Auge fassende Prüfung zu bestehen, zu welcher sie nur bei dem Nachweis eines sittlich-religiösen, gesetzlichen, dienstbefähigten und diensttreuen Wandels zugelassen werden dürfen.

Die Anforderungen in dieser Prüfung sind nach Maassgabe einer von der Oberschulconferenz mit Genehmigung des Ministeriums des Innern zu erlassenden Prüfungsordnung höher oder niederer zu stellen, je nachdem der Schulcandidat nur auf Land- oder auch auf Stadtschulstellen Anspruch machen will.

Art. III.

Der §. 32 im III. Kapitel des vierten Titels: „die Anstellung der Hilfslehrer betreffend,“ erhält folgenden Zusatz:

Der Hilfslehrer wie der Unterlehrer untersteht rücksichtlich seiner Dienstführung und seines Wandels der Aufsicht des an der Schule angestellten Hauptlehrers. Sind mehrere Hauptlehrer vorhanden, so entscheidet der Bezirkschulvisitator im Benehmen mit dem Ortschulinspector, welcher derselben diese besondere Beaufsichtigung zu übernehmen hat.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 3. Oktober 1851.

Leopold.

von Marschall.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Medaillenverleihungen.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben vermöge allerhöchster Entschliessung vom 1. Oktober 1851

dem Feldwebel und Schwimmschulaufseher Joseph Bronner dahier, und eben so dem Wachmeister Andreas Glos im Artillerie-Regiment, die silberne Carl-Friedrich-Militär-Verdienst-Medaille allergnädigst zu verleihen geruht.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht:

unter dem 20. September d. J.

den Professor Dr. Lange in Prag zum ordentlichen Professor der Geburtshilfe an der Universität Heidelberg zu ernennen, ihm das Directorium der Entbindungsanstalt und die Stelle eines Hebammenlehrers daselbst, so wie diejenige des Kreisoberhebarztes für den Unterhainkreis zu übertragen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht:

unter dem 6. Oktober d. J.

den Amtsrevisor Provence von Mößkirch auf das erledigte Amtsrevisorat Gengenbach zu versetzen;

die erledigte Stelle eines Hausarztes in dem neuen Männerzuchthause zu Bruchsal dem praktischen Arzte Dr. Gutsch daselbst einstweilen in provisorischer Eigenschaft zu übertragen;

unter dem 13. Oktober d. J.

den Domänenverwalter, Oekonomierath Dr. Herrmann zu Carlsruhe in den Ruhestand zu versetzen, und

die Domänenverwaltung Carlsruhe dem bisherigen Finanzinspector, Domänenrath Maler zu übertragen;

dem Revisor Clausing bei der Oberrechnungskammer den Charakter eines Rechnungsrathes und

dem Registrator Bauer bei dem Ministerium des Innern den Charakter als Kanzleirath zu ertheilen;

den Vorstand der Wasser- und Straßenbauinspektion Freiburg, Oberingenieur Morat, und den Vorstand der Wasser- und Straßenbauinspektion Stodach, Bezirksingenieur Rau, ihrem unterthänigsten Ansuchen entsprechend, wegen vorgerückten Alters unter Bezeugung der allerhöchsten Zufriedenheit mit ihren vieljährigen, treuen und eifrigen Dienstleistungen in den Ruhestand,

den Oberingenieur Durban in Emmendingen auf die Wasser- und Straßenbauinspektion Freiburg und den Bezirksingenieur v. Delaiti in Wertheim auf die Wasser- und Straßenbauinspektion Emmendingen zu versetzen;

die Ingenieure Bayhinger in Lahr und Stimm in Stodach zu Bezirksingenieuren zu ernennen und dem Ersteren die Wasser- und Straßenbauinspektion Wertheim, dem Letzteren jene zu Stodach zu übertragen;

den früheren Bahningenieur Günther in Haltingen und den Bauconducteur Gerlach in Mosbach zu Ingenieuren zu ernennen und den Ersteren der Wasser- und Straßenbauinspektion Lorrach, den Letzteren jener in Mosbach zuzutheilen;

dem Architekten Johann Greiff in Heidelberg in seiner Eigenschaft als Bauinspector für das katholische Kirchendrar die Rechte eines Staatsdieners zu verleihen;

association de douanes et de commerces Allemande s'engage :

- 1) à réduire les droits actuellement établis sur les riz Sardes à leur entrée dans les Etats du Zollverein, savoir :
 - a. pour les riz pelés de 2 écus à 1 écu de Prusse le quintal,
 - b. pour les riz non pelés de 2 écus à $\frac{1}{2}$ d'écu ou 20 silbergroschen le quintal;
- 2) à supprimer les droits qui étaient perçus jusqu'à présent sur l'huile d'olive provenant en tonneaux des Etats Sardes et destinée à subir à son entrée dans les Etats du Zollverein un mélange d'huile de Térébenthine.

Article II.

Sa Majesté le Roi de Sardaigne consent à étendre aux Etats du Zollverein à partir du 1. Juin 1851 les réductions de douane accordées par la Sardaigne à la France, à la Belgique et à l'Angleterre par les traités conclus avec ces Puissances sous la date des 5. Novembre 1850, le 24. Janvier et le 27. Février 1851.

Article III.

Les deux Hautes Parties contractantes se réservent de prendre de concert des mesures propres à favoriser l'établissement d'une ligne de chemins de fer destinée à relier ceux de l'Union douanière Allemande avec celui qui est en voie de construction entre Gènes et les frontières de la Suisses.

Article IV.

La présente Convention aura la force et la valeur du traité du 23. Juin 1845 dont elle formera désormais l'annexe et l'un et

Mitglieder des deutschen Zoll- und Handelsvereins, verpflichtet sich:

- 1) die gegenwärtig für sardinischen Reis bei seinem Eingange in die Staaten des Zollvereins bestehenden Zölle
 - a. für geschälten Reis von 2 Rthlr. auf 1 Rthlr. pro Zentner,
 - b. für ungeschälten Reis von 2 Rthlrn. auf $\frac{1}{2}$ Rthlr. oder 20 Sgr. pro Zentner zu ermäßigen;
- 2) die Zölle aufzuheben, welche bisher von dem Baumöl erhoben wurden, das in Fässern aus den sardinischen Staaten eingeführt wird und beim Eingange in die Staaten des Zollvereins einen Zusatz von Terpentinöl erhält.

Artikel II.

Seine Majestät der König von Sardinien willigt darin, die sardinischerseits Frankreich, Belgien und Großbritannien mittelst der mit diesen Mächten abgeschlossenen Verträge vom 5. November 1850, 24. Januar und 27. Februar 1851 gewährten Zoll-Ermäßigungen vom 1. Juni 1851 an auch auf die Staaten des Zollvereins auszu dehnen.

Artikel III.

Die beiden hohen vertragenden Theile behalten sich vor, gemeinschaftlich Maßregeln zu ergreifen, welche geeignet sind, die Herstellung einer Eisenbahnlinie zur Verbindung der Schienenwege des deutschen Zollvereins mit der von Genua nach der Grenze der Schweiz im Bau begriffenen Bahn zu fördern.

Artikel IV.

Die gegenwärtige Uebereinkunft soll gleiche Kraft und Gültigkeit mit dem Vertrage vom 23. Juni 1845 haben, dessen Anhang sie fortan

l'autre resteront en vigueur jusqu'au 1. Janvier 1858. A partir de cette époque ils ne cesseront d'être en vigueur que douze mois après que l'une des Hautes Parties contractantes aura déclaré à l'autre son intention de ne plus vouloir les maintenir.

Article V.

La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Berlin dans le plus court délai.

En foi de quoi l'Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi de Prusse, et Monsieur le Ministre de la Marine, de l'Agriculture et du Commerce, chargé du Portefeuille des Finances de Sa Majesté Sarde, munis à cet effet de plein-pouvoirs trouvés en bonne et due forme, ont signé la présente Convention, et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Turin en double original le 20^{ème} jour du mois de Mai de l'an mil-huit-cent-cinquante et un.

H. Redern.
(L. S.)

C. de Cavour.
(L. S.)

bildet, und beide sollen bis zum 1. Januar 1858 in Wirksamkeit bleiben. Von diesem Zeitpunkte an wird ihre Wirksamkeit erst zwölf Monate nach dem Zeitpunkte aufhören, wo einer der hohen vertragenden Theile dem anderen seine Absicht, dieselben nicht länger aufrechtzuerhalten zu wollen, erklärt haben wird.

Artikel V.

Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratifizirt und die Ratifikationen sollen so bald als möglich in Berlin ausgetauscht werden.

Zu Urkund dessen haben der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Seiner Majestät des Königs von Preußen und der Königlich sardinische Minister für Marine, Ackerbau und Handel, auch betraut mit dem Ministerium der Finanzen, auf Grund der ihnen zu diesem Behuf erteilten, in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten die gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und ihr die Siegel ihrer Wappen beigesetzt.

Geschehen zu Turin in doppeltem Original, den 20. Mai 1851.

H. Redern.
(L. S.)

C. de Cavour.
(L. S.)

Eisenbahntaxe für Kartoffeltransporte betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben zufolge höchster Entschlieſung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 13. d. M. Nr. 1644 gnädigst zu bestimmen geruht, daß die mit höchster Entschlieſung vom 6. Februar d. J. Nr. 223, Regierungsblatt Nr. VIII. Seite 67, für die Versendung von landaufwärts gehenden Kartoffeln mittelst der Eisenbahn bis zum 30. v. M. bewilligte Taxermäßigung, bis zum 30. September 1852 verlängert und auch auf landabwärts gerichtete Kartoffelversendungen ausgedehnt werde.

Vorstehende höchste Verfügung, mit deren Vollzug die großherzogliche Direktion der Posten und Eisenbahnen beauftragt ist, wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 14. Oktober 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Schr. Rüd.

Vdt. Fr. von Dusch.

Die diesjährige dritte Gewinnziehung des Anlehens der Eisenbahnschuldentilgungskasse zu vierzehn Millionen Gulden vom Jahr 1845 betreffend.

Das Resultat der heute stattgehabten dritten diesjährigen Gewinnziehung des vorbemerkten Anlehens wird durch die beifolgende Liste zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Die Gewinne werden planmäßig auf den 1. April 1852 durch die Eisenbahnschuldentilgungskasse bezahlt werden. Die Erhebung derselben kann aber auch früher geschehen gegen einen Abzug von einem Kreuzer am Gulden in den Monaten Oktober, November und Dezember 1851 und von einem halben Kreuzer am Gulden in den Monaten Januar, Februar und März 1852.

Carlsruhe, den 30. September 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Probst.

Liste

Der zu dem Lotterieranlehen der großherzoglichen Eisenbahnschuldentilgungskasse vom Jahr 1845 von vierzehn Millionen Gulden gehörigen 2000 Stück Loose mit den darauf gefallen Gewinnsten, welche bei der **Dreißundzwanzigsten Ziehung** am **30. September 1851** unter Aufsicht der großherzoglichen Kommission und in Gegenwart der Anlehens-Unternehmer gezogen wurden.
(Nach der Nummernfolge geordnet.)

Nummern der am 30. August 1851 gezogenen 40 Serien.

115. 293. 557. 642. 848. 1101. 1257. 1327. 1761. 1843. 2152. 2467. 2487. 2856. 2783. 2963. 3009. 3067. 3088. 3401.
3872. 3968. 4109. 4419. 4677. 4768. 4828. 4829. 4953. 5105. 5536. 5615. 6118. 6202. 6633. 6826. 7244. 7349. 7393. 7931.

| Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. |
|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|
| 5701 | 42 | 5717 | 42 | 5733 | 50 | 5749 | 50 | 14615 | 42 | 14631 | 42 |
| 5702 | 42 | 5718 | 50 | 5734 | 50 | 5750 | 42 | 14616 | 42 | 14632 | 42 |
| 5703 | 42 | 5719 | 42 | 5735 | 42 | 14601 | 42 | 14617 | 42 | 14633 | 42 |
| 5704 | 5000 | 5720 | 42 | 5736 | 42 | 14602 | 42 | 14618 | 42 | 14634 | 42 |
| 5705 | 42 | 5721 | 42 | 5737 | 42 | 14603 | 42 | 14619 | 42 | 14635 | 42 |
| 5706 | 42 | 5722 | 42 | 5738 | 42 | 14604 | 42 | 14620 | 42 | 14636 | 42 |
| 5707 | 42 | 5723 | 42 | 5739 | 42 | 14605 | 50 | 14621 | 42 | 14637 | 42 |
| 5708 | 42 | 5724 | 50 | 5740 | 42 | 14606 | 50 | 14622 | 42 | 14638 | 42 |
| 5709 | 42 | 5725 | 42 | 5741 | 42 | 14607 | 42 | 14623 | 42 | 14639 | 50 |
| 5710 | 50 | 5726 | 42 | 5742 | 42 | 14608 | 42 | 14624 | 50 | 14640 | 42 |
| 5711 | 42 | 5727 | 42 | 5743 | 42 | 14609 | 50 | 14625 | 42 | 14641 | 42 |
| 5712 | 42 | 5728 | 42 | 5744 | 42 | 14610 | 42 | 14626 | 42 | 14642 | 42 |
| 5713 | 42 | 5729 | 42 | 5745 | 42 | 14611 | 42 | 14627 | 42 | 14643 | 50 |
| 5714 | 42 | 5730 | 42 | 5746 | 42 | 14612 | 42 | 14628 | 42 | 14644 | 42 |
| 5715 | 42 | 5731 | 42 | 5747 | 50 | 14613 | 42 | 14629 | 42 | 14645 | 42 |
| 5716 | 42 | 5732 | 42 | 5748 | 50 | 14614 | 50 | 14630 | 42 | 14646 | 42 |

| Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. |
|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|
| 14647 | 42 | 32051 | 42 | 42255 | 42 | 55009 | 42 | 62813 | 42 | 66317 | 42 |
| 14648 | 42 | 32052 | 50 | 42256 | 42 | 55010 | 42 | 62814 | 42 | 66318 | 42 |
| 14649 | 42 | 32053 | 42 | 42257 | 42 | 55011 | 50 | 62815 | 42 | 66319 | 42 |
| 14650 | 42 | 32054 | 42 | 42258 | 42 | 55012 | 42 | 62816 | 50 | 66320 | 42 |
| 27801 | 42 | 32055 | 42 | 42259 | 42 | 55013 | 42 | 62817 | 42 | 66321 | 42 |
| 27802 | 42 | 32056 | 42 | 42260 | 42 | 55014 | 42 | 62818 | 42 | 66322 | 42 |
| 27803 | 42 | 32057 | 42 | 42261 | 42 | 55015 | 42 | 62819 | 42 | 66323 | 1000 |
| 27804 | 42 | 32058 | 42 | 42262 | 42 | 55016 | 42 | 62820 | 50 | 66324 | 42 |
| 27805 | 42 | 32059 | 2 50 | 42263 | 42 | 55017 | 42 | 62821 | 42 | 66325 | 42 |
| 27806 | 42 | 32060 | 42 | 42264 | 50 | 55018 | 42 | 62822 | 42 | 66326 | 50 |
| 27807 | 42 | 32061 | 42 | 42265 | 42 | 55019 | 42 | 62823 | 42 | 66327 | 50 |
| 27808 | 42 | 32062 | 42 | 42266 | 42 | 55020 | 42 | 62824 | 42 | 66328 | 42 |
| 27809 | 42 | 32063 | 50 | 42267 | 42 | 55021 | 50 | 62825 | 50 | 66329 | 42 |
| 27810 | 42 | 32064 | 42 | 42268 | 42 | 55022 | 42 | 62826 | 42 | 66330 | 42 |
| 27811 | 42 | 32065 | 42 | 42269 | 42 | 55023 | 42 | 62827 | 42 | 66331 | 42 |
| 27812 | 42 | 32066 | 42 | 42270 | 42 | 55024 | 42 | 62828 | 42 | 66332 | 42 |
| 27813 | 42 | 32067 | 42 | 42271 | 42 | 55025 | 42 | 62829 | 42 | 66333 | 42 |
| 27814 | 42 | 32068 | 42 | 42272 | 42 | 55026 | 42 | 62830 | 42 | 66334 | 42 |
| 27815 | 42 | 32069 | 42 | 42273 | 42 | 55027 | 42 | 62831 | 2000 | 66335 | 2000 |
| 27816 | 50 | 32070 | 50 | 42274 | 42 | 55028 | 50 | 62832 | 42 | 66336 | 42 |
| 27817 | 42 | 32071 | 42 | 42275 | 42 | 55029 | 42 | 62833 | 42 | 66337 | 42 |
| 27818 | 42 | 32072 | 42 | 42276 | 42 | 55030 | 42 | 62834 | 42 | 66338 | 42 |
| 27819 | 42 | 32073 | 42 | 42277 | 42 | 55031 | 42 | 62835 | 42 | 66339 | 42 |
| 27820 | 42 | 32074 | 50 | 42278 | 42 | 55032 | 42 | 62836 | 42 | 66340 | 42 |
| 27821 | 42 | 32075 | 42 | 42279 | 42 | 55033 | 42 | 62837 | 50 | 66341 | 42 |
| 27822 | 42 | 32076 | 42 | 42280 | 50 | 55034 | 42 | 62838 | 42 | 66342 | 42 |
| 27823 | 50 | 32077 | 42 | 42281 | 42 | 55035 | 42 | 62839 | 50 | 66343 | 42 |
| 27824 | 42 | 32078 | 42 | 42282 | 42 | 55036 | 42 | 62840 | 42 | 66344 | 42 |
| 27825 | 42 | 32079 | 42 | 42283 | 42 | 55037 | 42 | 62841 | 42 | 66345 | 42 |
| 27826 | 42 | 32080 | 42 | 42284 | 42 | 55038 | 42 | 62842 | 42 | 66346 | 42 |
| 27827 | 42 | 32081 | 50 | 42285 | 42 | 55039 | 50 | 62843 | 42 | 66347 | 42 |
| 27828 | 42 | 32082 | 42 | 42286 | 42 | 55040 | 42 | 62844 | 42 | 66348 | 42 |
| 27829 | 42 | 32083 | 42 | 42287 | 42 | 55041 | 42 | 62845 | 42 | 66349 | 42 |
| 27830 | 42 | 32084 | 42 | 42288 | 42 | 55042 | 42 | 62846 | 42 | 66350 | 42 |
| 27831 | 50 | 32085 | 42 | 42289 | 42 | 55043 | 42 | 62847 | 42 | 88001 | 42 |
| 27832 | 42 | 32086 | 42 | 42290 | 42 | 55044 | 42 | 62848 | 42 | 88002 | 50 |
| 27833 | 42 | 32087 | 42 | 42291 | 50 | 55045 | 42 | 62849 | 42 | 88003 | 42 |
| 27834 | 42 | 32088 | 42 | 42292 | 42 | 55046 | 42 | 62850 | 42 | 88004 | 42 |
| 27835 | 42 | 32089 | 42 | 42293 | 42 | 55047 | 42 | 66301 | 42 | 88005 | 42 |
| 27836 | 42 | 32090 | 42 | 42294 | 42 | 55048 | 42 | 66302 | 42 | 88006 | 50 |
| 27837 | 42 | 32091 | 42 | 42295 | 42 | 55049 | 42 | 66303 | 42 | 88007 | 42 |
| 27838 | 42 | 32092 | 42 | 42296 | 42 | 55050 | 42 | 66304 | 42 | 88008 | 42 |
| 27839 | 42 | 32093 | 42 | 42297 | 42 | 62801 | 42 | 66305 | 42 | 88009 | 42 |
| 27840 | 42 | 32094 | 50 | 42298 | 42 | 62802 | 42 | 66306 | 42 | 88010 | 42 |
| 27841 | 42 | 32095 | 2 50 | 42299 | 42 | 62803 | 50 | 66307 | 42 | 88011 | 42 |
| 27842 | 42 | 32096 | 42 | 42300 | 42 | 62804 | 42 | 66308 | 50 | 88012 | 50 |
| 27843 | 50 | 32097 | 42 | 55001 | 42 | 62805 | 50 | 66309 | 42 | 88013 | 42 |
| 27844 | 42 | 32098 | 42 | 55002 | 42 | 62806 | 42 | 66310 | 42 | 88014 | 42 |
| 27845 | 42 | 32099 | 42 | 55003 | 42 | 62807 | 42 | 66311 | 42 | 88015 | 42 |
| 27846 | 42 | 32100 | 42 | 55004 | 42 | 62808 | 42 | 66312 | 42 | 88016 | 42 |
| 27847 | 42 | 42251 | 42 | 55005 | 42 | 62809 | 42 | 66313 | 42 | 88017 | 42 |
| 27848 | 50 | 42252 | 42 | 55006 | 42 | 62810 | 50 | 66314 | 42 | 88018 | 42 |
| 27849 | 42 | 42253 | 42 | 55007 | 42 | 62811 | 42 | 66315 | 42 | 88019 | 50 |
| 27850 | 42 | 42254 | 50 | 55008 | 42 | 62812 | 50 | 66316 | 42 | 88020 | 50 |

| Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. |
|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|
| 88021 | 42 | 92125 | 50 | 107579 | 42 | 123333 | 42 | 124337 | 42 | 132791 | 42 |
| 88022 | 50 | 92126 | 50 | 107580 | 42 | 123334 | 42 | 124338 | 42 | 132792 | 42 |
| 88023 | 42 | 92127 | 42 | 107581 | 42 | 123335 | 42 | 124339 | 50 | 132793 | 42 |
| 88024 | 42 | 92128 | 42 | 107582 | 50 | 123336 | 50 | 124340 | 50 | 132794 | 42 |
| 88025 | 50 | 92129 | 42 | 107583 | 42 | 123337 | 42 | 124341 | 42 | 132795 | 50 |
| 88026 | 42 | 92130 | 42 | 107584 | 42 | 123338 | 42 | 124342 | 42 | 132796 | 42 |
| 88027 | 42 | 92131 | 42 | 107585 | 42 | 123339 | 42 | 124343 | 42 | 132797 | 42 |
| 88028 | 42 | 92132 | 42 | 107586 1000 | | 123340 | 42 | 124344 | 50 | 132798 | 42 |
| 88029 | 50 | 92133 | 42 | 107587 | 50 | 123341 | 42 | 124345 | 42 | 132799 | 42 |
| 88030 | 42 | 92134 | 42 | 107588 | 42 | 123342 | 42 | 124346 | 42 | 132800 | 42 |
| 88031 | 42 | 92135 | 42 | 107589 | 42 | 123343 | 42 | 124347 | 42 | 139101 | 42 |
| 88032 | 42 | 92136 | 42 | 107590 | 42 | 123344 | 42 | 124348 | 42 | 139102 | 42 |
| 88033 | 42 | 92137 | 42 | 107591 | 42 | 123345 | 42 | 124349 | 42 | 139103 | 42 |
| 88034 | 42 | 92138 | 50 | 107592 | 42 | 123346 | 42 | 124350 | 42 | 139104 | 42 |
| 88035 | 42 | 92139 | 42 | 107593 | 42 | 123347 | 42 | 132751 | 42 | 139105 | 50 |
| 88036 | 42 | 92140 | 42 | 107594 | 42 | 123348 | 42 | 132752 | 42 | 139106 | 42 |
| 88037 | 42 | 92141 | 42 | 107595 | 42 | 123349 | 42 | 132753 | 50 | 139107 | 50 |
| 88038 | 42 | 92142 | 42 | 107596 | 42 | 123350 | 42 | 132754 | 42 | 139108 | 42 |
| 88039 | 42 | 92143 | 42 | 107597 | 42 | 124301 | 42 | 132755 | 42 | 139109 | 50 |
| 88040 | 42 | 92144 | 42 | 107598 | 42 | 124302 | 42 | 132756 | 42 | 139110 | 42 |
| 88041 | 42 | 92145 | 42 | 107599 | 42 | 124303 | 42 | 132757 | 42 | 139111 | 2 50 |
| 88042 | 42 | 92146 | 42 | 107600 | 42 | 124304 | 42 | 132758 | 50 | 139112 | 42 |
| 88043 | 42 | 92147 | 42 | 123301 | 42 | 124305 | 42 | 132759 | 42 | 139113 | 42 |
| 88044 | 42 | 92148 | 50 | 123302 | 50 | 124306 | 42 | 132760 | 42 | 139114 | 42 |
| 88045 | 42 | 92149 | 42 | 123303 | 42 | 124307 | 42 | 132761 | 42 | 139115 | 42 |
| 88046 | 42 | 92150 | 50 | 123304 | 42 | 124308 | 42 | 132762 | 42 | 139116 | 42 |
| 88047 | 42 | 107551 1000 | | 123305 | 42 | 124309 | 42 | 132763 | 42 | 139117 | 42 |
| 88048 | 42 | 107552 | 42 | 123306 | 42 | 124310 | 42 | 132764 | 42 | 139118 | 42 |
| 88049 | 42 | 107553 | 42 | 123307 | 42 | 124311 | 42 | 132765 | 50 | 139119 | 42 |
| 88050 | 42 | 107554 | 42 | 123308 | 42 | 124312 | 42 | 132766 | 50 | 139120 | 42 |
| 92101 | 42 | 107555 | 42 | 123309 | 50 | 124313 | 42 | 132767 | 42 | 139121 | 42 |
| 92102 | 42 | 107556 | 42 | 123310 | 42 | 124314 | 50 | 132768 | 42 | 139122 | 42 |
| 92103 | 42 | 107557 | 42 | 123311 | 42 | 124315 | 50 | 132769 | 42 | 139123 | 42 |
| 92104 | 42 | 107558 | 42 | 123312 | 42 | 124316 | 2 50 | 132770 | 42 | 139124 | 42 |
| 92105 | 42 | 107559 | 50 | 123313 | 42 | 124317 | 42 | 132771 | 42 | 139125 | 42 |
| 92106 | 42 | 107560 | 42 | 123314 | 42 | 124318 | 42 | 132772 | 42 | 139126 | 42 |
| 92107 | 2 50 | 107561 | 42 | 123315 | 42 | 124319 | 42 | 132773 | 42 | 139127 | 42 |
| 92108 | 42 | 107562 | 42 | 123316 | 42 | 124320 | 42 | 132774 | 42 | 139128 | 42 |
| 92109 | 42 | 107563 | 42 | 123317 | 42 | 124321 | 42 | 132775 | 42 | 139129 | 42 |
| 92110 | 42 | 107564 | 42 | 123318 | 42 | 124322 | 42 | 132776 | 42 | 139130 | 42 |
| 92111 | 42 | 107565 | 42 | 123319 | 42 | 124323 | 42 | 132777 | 42 | 139131 | 42 |
| 92112 | 42 | 107566 | 42 | 123320 | 42 | 124324 | 42 | 132778 | 42 | 139132 | 42 |
| 92113 | 42 | 107567 | 42 | 123321 | 42 | 124325 | 42 | 132779 | 42 | 139133 | 42 |
| 92114 | 42 | 107568 | 50 | 123322 | 42 | 124326 | 42 | 132780 | 42 | 139134 | 42 |
| 92115 | 42 | 107569 | 42 | 123323 15000 | | 124327 | 50 | 132781 | 42 | 139135 | 42 |
| 92116 | 42 | 107570 | 42 | 123324 | 42 | 124328 | 42 | 132782 | 50 | 139136 | 42 |
| 92117 | 42 | 107571 | 42 | 123325 | 42 | 124329 | 42 | 132783 | 42 | 139137 | 42 |
| 92118 | 42 | 107572 | 42 | 123326 | 42 | 124330 | 42 | 132784 | 42 | 139138 | 42 |
| 92119 | 42 | 107573 | 42 | 123327 | 42 | 124331 | 42 | 132785 | 42 | 139139 | 42 |
| 92120 | 42 | 107574 | 42 | 123328 | 42 | 124332 | 42 | 132786 | 42 | 139140 | 42 |
| 92121 | 42 | 107575 | 42 | 123329 | 42 | 124333 | 42 | 132787 | 50 | 139141 | 42 |
| 92122 | 42 | 107576 | 42 | 123330 | 42 | 124334 | 42 | 132788 | 42 | 139142 | 42 |
| 92123 | 42 | 107577 | 42 | 123331 | 50 | 124335 | 42 | 132789 | 42 | 139143 | 42 |
| 92124 | 42 | 107578 | 42 | 123332 | 42 | 124336 | 50 | 132790 | 42 | 139144 | 42 |

| Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. |
|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|
| 139145 | 50 | 148149 | 50 | 153303 | 42 | 154357 | 42 | 170011 | 42 | 193565 | 42 |
| 139146 | 42 | 148150 | 42 | 153304 | 42 | 154358 | 42 | 170012 | 42 | 193566 | 42 |
| 139147 | 42 | 150401 | 50 | 153305 | 42 | 154359 | 42 | 170013 | 42 | 193567 | 42 |
| 139148 | 50000 | 150402 | 42 | 153306 | 42 | 154360 | 42 | 170014 | 50 | 193568 | 42 |
| 139149 | 50 | 150403 | 42 | 153307 | 42 | 154361 | 42 | 170015 | 42 | 193569 | 42 |
| 139150 | 42 | 150404 | 42 | 153308 | 42 | 154362 | 42 | 170016 | 42 | 193570 | 50 |
| 148101 | 42 | 150405 | 42 | 153309 | 42 | 154363 | 42 | 170017 | 42 | 193571 | 42 |
| 148102 | 42 | 150406 | 42 | 153310 | 2 50 | 154364 | 42 | 170018 | 42 | 193572 | 42 |
| 148103 | 42 | 150407 | 42 | 153311 | 42 | 154365 | 42 | 170019 | 42 | 193573 | 42 |
| 148104 | 42 | 150408 | 42 | 153312 | 50 | 154366 | 42 | 170020 | 42 | 193574 | 42 |
| 148105 | 2 50 | 150409 | 42 | 153313 | 42 | 154367 | 50 | 170021 | 42 | 193575 | 42 |
| 148106 | 42 | 150410 | 42 | 153314 | 50 | 154368 | 42 | 170022 | 50 | 193576 | 42 |
| 148107 | 42 | 150411 | 42 | 153315 | 42 | 154369 | 42 | 170023 | 2 50 | 193577 | 42 |
| 148108 | 42 | 150412 | 42 | 153316 | 42 | 154370 | 42 | 170024 | 42 | 193578 | 42 |
| 148109 | 50 | 150413 | 42 | 153317 | 42 | 154371 | 42 | 170025 | 50 | 193579 | 42 |
| 148110 | 1000 | 150414 | 2 50 | 153318 | 42 | 154372 | 42 | 170026 | 42 | 193580 | 50 |
| 148111 | 42 | 150415 | 42 | 153319 | 42 | 154373 | 42 | 170027 | 50 | 193581 | 42 |
| 148112 | 50 | 150416 | 42 | 153320 | 42 | 154374 | 42 | 170028 | 42 | 193582 | 42 |
| 148113 | 42 | 150417 | 42 | 153321 | 42 | 154375 | 42 | 170029 | 50 | 193583 | 42 |
| 148114 | 42 | 150418 | 42 | 153322 | 42 | 154376 | 42 | 170030 | 42 | 193584 | 42 |
| 148115 | 42 | 150419 | 1000 | 153323 | 42 | 154377 | 42 | 170031 | 42 | 193585 | 42 |
| 148116 | 42 | 150420 | 42 | 153324 | 42 | 154378 | 42 | 170032 | 42 | 193586 | 42 |
| 148117 | 42 | 150421 | 42 | 153325 | 42 | 154379 | 42 | 170033 | 42 | 193587 | 42 |
| 148118 | 50 | 150422 | 50 | 153326 | 42 | 154380 | 42 | 170034 | 42 | 193588 | 42 |
| 148119 | 42 | 150423 | 42 | 153327 | 42 | 154381 | 42 | 170035 | 50 | 193589 | 42 |
| 148120 | 42 | 150424 | 50 | 153328 | 42 | 154382 | 50 | 170036 | 42 | 193590 | 42 |
| 148121 | 42 | 150425 | 42 | 153329 | 42 | 154383 | 42 | 170037 | 50 | 193591 | 42 |
| 148122 | 42 | 150426 | 42 | 153330 | 42 | 154384 | 42 | 170038 | 42 | 193592 | 42 |
| 148123 | 42 | 150427 | 42 | 153331 | 42 | 154385 | 42 | 170039 | 42 | 193593 | 42 |
| 148124 | 42 | 150428 | 42 | 153332 | 42 | 154386 | 42 | 170040 | 42 | 193594 | 42 |
| 148125 | 50 | 150429 | 42 | 153333 | 42 | 154387 | 50 | 170041 | 42 | 193595 | 42 |
| 148126 | 50 | 150430 | 42 | 153334 | 42 | 154388 | 42 | 170042 | 42 | 193596 | 42 |
| 148127 | 42 | 150431 | 42 | 153335 | 42 | 154389 | 42 | 170043 | 42 | 193597 | 42 |
| 148128 | 50 | 150432 | 42 | 153336 | 50 | 154390 | 42 | 170044 | 42 | 193598 | 42 |
| 148129 | 42 | 150433 | 42 | 153337 | 42 | 154391 | 42 | 170045 | 42 | 193599 | 42 |
| 148130 | 42 | 150434 | 42 | 153338 | 42 | 154392 | 42 | 170046 | 42 | 193600 | 42 |
| 148131 | 42 | 150435 | 42 | 153339 | 42 | 154393 | 42 | 170047 | 42 | 198251 | 42 |
| 148132 | 42 | 150436 | 42 | 153340 | 42 | 154394 | 42 | 170048 | 42 | 198252 | 42 |
| 148133 | 42 | 150437 | 42 | 153341 | 42 | 154395 | 42 | 170049 | 42 | 198253 | 42 |
| 148134 | 42 | 150438 | 42 | 153342 | 42 | 154396 | 42 | 170050 | 42 | 198254 | 42 |
| 148135 | 42 | 150439 | 42 | 153343 | 42 | 154397 | 42 | 193551 | 50 | 198255 | 42 |
| 148136 | 42 | 150440 | 42 | 153344 | 42 | 154398 | 42 | 193552 | 42 | 198256 | 42 |
| 148137 | 42 | 150441 | 42 | 153345 | 42 | 154399 | 42 | 193553 | 42 | 198257 | 50 |
| 148138 | 50 | 150442 | 50 | 153346 | 42 | 154400 | 2 50 | 193554 | 42 | 198258 | 42 |
| 148139 | 42 | 150443 | 42 | 153347 | 50 | 170001 | 42 | 193555 | 42 | 198259 | 42 |
| 148140 | 50 | 150444 | 42 | 153348 | 42 | 170002 | 42 | 193556 | 42 | 198260 | 50 |
| 148141 | 42 | 150445 | 42 | 153349 | 42 | 170003 | 42 | 193557 | 42 | 198261 | 42 |
| 148142 | 42 | 150446 | 42 | 153350 | 42 | 170004 | 50 | 193558 | 42 | 198262 | 42 |
| 148143 | 42 | 150447 | 50 | 154351 | 42 | 170005 | 42 | 193559 | 42 | 198263 | 42 |
| 148144 | 42 | 150448 | 42 | 154352 | 42 | 170006 | 42 | 193560 | 42 | 198264 | 50 |
| 148145 | 42 | 150449 | 42 | 154353 | 50 | 170007 | 42 | 193561 | 50 | 198265 | 42 |
| 148146 | 42 | 150450 | 42 | 154354 | 42 | 170008 | 42 | 193562 | 42 | 198266 | 42 |
| 148147 | 42 | 153301 | 50 | 154355 | 50 | 170009 | 42 | 193563 | 42 | 198267 | 42 |
| 148148 | 50 | 153302 | 42 | 154356 | 42 | 170010 | 42 | 193564 | 42 | 198268 | 42 |

| Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. |
|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|
| 198269 | 42 | 205423 | 42 | 220927 | 5 0 | 238331 | 42 | 238385 | 42 | 241389 | 42 |
| 198270 | 42 | 205424 | 42 | 220928 | 42 | 238332 | 42 | 238386 | 42 | 241390 | 42 |
| 198271 | 42 | 205425 | 42 | 220929 | 42 | 238333 | 5 0 | 238387 | 42 | 241391 | 5 0 |
| 198272 | 42 | 205426 | 42 | 220930 | 42 | 238334 | 42 | 238388 | 42 | 241392 | 42 |
| 198273 | 42 | 205427 | 42 | 220931 | 42 | 238335 | 42 | 238389 | 42 | 241393 | 42 |
| 198274 | 42 | 205428 | 42 | 220932 | 2 5 0 | 238336 | 42 | 238390 | 42 | 241394 | 42 |
| 198275 | 42 | 205429 | 42 | 220933 | 42 | 238337 | 5 0 | 238391 | 42 | 241395 | 42 |
| 198276 | 42 | 205430 | 42 | 220934 | 5 0 | 238338 | 42 | 238392 | 42 | 241396 | 42 |
| 198277 | 2 5 0 | 205431 | 42 | 220935 | 5 0 | 238339 | 42 | 238393 | 42 | 241397 | 42 |
| 198278 | 42 | 205432 | 42 | 220936 | 42 | 238340 | 42 | 238394 | 42 | 241398 | 42 |
| 198279 | 42 | 205433 | 42 | 220937 | 42 | 238341 | 5 0 | 238395 | 42 | 241399 | 42 |
| 198280 | 42 | 205434 | 42 | 220938 | 42 | 238342 | 42 | 238396 | 42 | 241400 | 42 |
| 198281 | 42 | 205435 | 42 | 220939 | 42 | 238343 | 42 | 238397 | 42 | 241401 | 42 |
| 198282 | 42 | 205436 | 42 | 220940 | 42 | 238344 | 42 | 238398 | 42 | 241402 | 42 |
| 198283 | 42 | 205437 | 42 | 220941 | 5 0 | 238345 | 42 | 238399 | 42 | 241403 | 42 |
| 198284 | 42 | 205438 | 42 | 220942 | 5 0 | 238346 | 5 0 | 238400 | 42 | 241404 | 42 |
| 198285 | 5 0 | 205439 | 42 | 220943 | 42 | 238347 | 2 5 0 | 241351 | 5 0 | 241405 | 42 |
| 198286 | 42 | 205440 | 42 | 220944 | 42 | 238348 | 42 | 241352 | 42 | 241406 | 42 |
| 198287 | 42 | 205441 | 42 | 220945 | 42 | 238349 | 42 | 241353 | 42 | 241407 | 5 0 |
| 198288 | 42 | 205442 | 5 0 | 220946 | 1000 | 238350 | 42 | 241354 | 42 | 241408 | 42 |
| 198289 | 42 | 205443 | 42 | 220947 | 42 | 238351 | 42 | 241355 | 42 | 241409 | 42 |
| 198290 | 42 | 205444 | 5 0 | 220948 | 50 | 238352 | 42 | 241356 | 42 | 241410 | 42 |
| 198291 | 42 | 205445 | 42 | 220949 | 42 | 238353 | 42 | 241357 | 42 | 241411 | 42 |
| 198292 | 42 | 205446 | 42 | 220950 | 5 0 | 238354 | 42 | 241358 | 42 | 241412 | 42 |
| 198293 | 42 | 205447 | 5 0 | 233801 | 42 | 238355 | 5 0 | 241359 | 42 | 241413 | 42 |
| 198294 | 42 | 205448 | 5 0 | 233802 | 42 | 238356 | 42 | 241360 | 42 | 241414 | 42 |
| 198295 | 42 | 205449 | 42 | 233803 | 42 | 238357 | 42 | 241361 | 42 | 241415 | 42 |
| 198296 | 42 | 205450 | 42 | 233804 | 42 | 238358 | 42 | 241362 | 42 | 241416 | 42 |
| 198297 | 42 | 220901 | 42 | 233805 | 42 | 238359 | 42 | 241363 | 42 | 241417 | 42 |
| 198298 | 42 | 220902 | 42 | 233806 | 42 | 238360 | 42 | 241364 | 42 | 241418 | 42 |
| 198299 | 42 | 220903 | 42 | 233807 | 42 | 238361 | 42 | 241365 | 5 0 | 241419 | 42 |
| 198300 | 42 | 220904 | 42 | 233808 | 42 | 238362 | 5 0 | 241366 | 5 0 | 241420 | 42 |
| 205401 | 42 | 220905 | 5 0 | 233809 | 5 0 | 238363 | 42 | 241367 | 42 | 241421 | 42 |
| 205402 | 5 0 | 220906 | 42 | 233810 | 42 | 238364 | 42 | 241368 | 42 | 241422 | 5 0 |
| 205403 | 42 | 220907 | 42 | 233811 | 42 | 238365 | 42 | 241369 | 42 | 241423 | 5 0 |
| 205404 | 1000 | 220908 | 42 | 233812 | 42 | 238366 | 42 | 241370 | 42 | 241424 | 42 |
| 205405 | 42 | 220909 | 42 | 233813 | 42 | 238367 | 42 | 241371 | 42 | 241425 | 42 |
| 205406 | 42 | 220910 | 5 0 | 233814 | 42 | 238368 | 42 | 241372 | 42 | 241426 | 42 |
| 205407 | 42 | 220911 | 42 | 233815 | 5 0 | 238369 | 42 | 241373 | 42 | 241427 | 42 |
| 205408 | 42 | 220912 | 5 0 | 233816 | 42 | 238370 | 42 | 241374 | 42 | 241428 | 42 |
| 205409 | 42 | 220913 | 42 | 233817 | 42 | 238371 | 42 | 241375 | 42 | 241429 | 42 |
| 205410 | 42 | 220914 | 42 | 233818 | 42 | 238372 | 42 | 241376 | 2 5 0 | 241430 | 42 |
| 205411 | 42 | 220915 | 42 | 233819 | 42 | 238373 | 42 | 241377 | 42 | 241431 | 42 |
| 205412 | 42 | 220916 | 42 | 233820 | 42 | 238374 | 42 | 241378 | 42 | 241432 | 5 0 |
| 205413 | 5 0 | 220917 | 42 | 233821 | 42 | 238375 | 42 | 241379 | 42 | 241433 | 42 |
| 205414 | 5 0 | 220918 | 42 | 233822 | 42 | 238376 | 42 | 241380 | 42 | 241434 | 42 |
| 205415 | 42 | 220919 | 42 | 233823 | 42 | 238377 | 42 | 241381 | 42 | 241435 | 42 |
| 205416 | 42 | 220920 | 42 | 233824 | 42 | 238378 | 42 | 241382 | 42 | 241436 | 5 0 |
| 205417 | 5 0 | 220921 | 42 | 233825 | 42 | 238379 | 42 | 241383 | 42 | 241437 | 5 0 |
| 205418 | 42 | 220922 | 42 | 233826 | 2 5 0 | 238380 | 42 | 241384 | 5 0 | 241438 | 42 |
| 205419 | 42 | 220923 | 42 | 233827 | 42 | 238381 | 5 0 | 241385 | 42 | 241439 | 42 |
| 205420 | 42 | 220924 | 42 | 233828 | 42 | 238382 | 42 | 241386 | 42 | 241440 | 42 |
| 205421 | 42 | 220925 | 42 | 233829 | 42 | 238383 | 42 | 241387 | 42 | 241441 | 42 |
| 205422 | 42 | 220926 | 42 | 233830 | 42 | 238384 | 42 | 241388 | 42 | 241442 | 42 |

| Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. |
|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|
| 241443 | 42 | 247647 | 42 | 276751 | 50 | 280705 | 42 | 305859 | 50 | 310063 | 42 |
| 241444 | 1000 | 247648 | 50 | 276752 | 42 | 280706 | 42 | 305860 | 42 | 310064 | 50 |
| 241445 | 42 | 247649 | 42 | 276753 | 42 | 280707 | 42 | 305861 | 42 | 310065 | 50 |
| 241446 | 42 | 247650 | 42 | 276754 | 42 | 280708 | 42 | 305862 | 42 | 310066 | 42 |
| 241447 | 42 | 255201 | 42 | 276755 | 42 | 280709 | 42 | 305863 | 42 | 310067 | 42 |
| 241448 | 42 | 255202 | 42 | 276756 | 42 | 280710 | 42 | 305864 | 42 | 310068 | 42 |
| 241449 | 42 | 255203 | 42 | 276757 | 42 | 280711 | 42 | 305865 | 50 | 310069 | 42 |
| 241450 | 42 | 255204 | 42 | 276758 | 42 | 280712 | 42 | 305866 | 42 | 310070 | 42 |
| 247601 | 42 | 255205 | 42 | 276759 | 42 | 280713 | 42 | 305867 | 42 | 310071 | 42 |
| 247602 | 42 | 255206 | 42 | 276760 | 42 | 280714 | 42 | 305868 | 42 | 310072 | 42 |
| 247603 | 42 | 255207 | 42 | 276761 | 50 | 280715 | 42 | 305869 | 42 | 310073 | 42 |
| 247604 | 42 | 255208 | 42 | 276762 | 50 | 280716 | 42 | 305870 | 42 | 310074 | 42 |
| 247605 | 42 | 255209 | 42 | 276763 | 42 | 280717 | 50 | 305871 | 42 | 310075 | 50 |
| 247606 | 42 | 255210 | 42 | 276764 | 42 | 280718 | 42 | 305872 | 42 | 310076 | 42 |
| 247607 | 42 | 255211 | 42 | 276765 | 42 | 280719 | 42 | 305873 | 50 | 310077 | 42 |
| 247608 | 50 | 255212 | 42 | 276766 | 42 | 280720 | 42 | 305874 | 42 | 310078 | 42 |
| 247609 | 42 | 255213 | 42 | 276767 | 42 | 280721 | 42 | 305875 | 42 | 310079 | 42 |
| 247610 | 42 | 255214 | 42 | 276768 | 42 | 280722 | 42 | 305876 | 42 | 310080 | 42 |
| 247611 | 42 | 255215 | 50 | 276769 | 42 | 280723 | 42 | 305877 | 42 | 310081 | 42 |
| 247612 | 42 | 255216 | 50 | 276770 | 42 | 280724 | 42 | 305878 | 42 | 310082 | 42 |
| 247613 | 42 | 255217 | 42 | 276771 | 50 | 280725 | 42 | 305879 | 42 | 310083 | 42 |
| 247614 | 42 | 255218 | 50 | 276772 | 50 | 280726 | 42 | 305880 | 42 | 310084 | 42 |
| 247615 | 42 | 255219 | 42 | 276773 | 42 | 280727 | 42 | 305881 | 42 | 310085 | 42 |
| 247616 | 50 | 255220 | 42 | 276774 | 250 | 280728 | 42 | 305882 | 50 | 310086 | 50 |
| 247617 | 42 | 255221 | 42 | 276775 | 42 | 280729 | 42 | 305883 | 42 | 310087 | 42 |
| 247618 | 42 | 255222 | 42 | 276776 | 50 | 280730 | 42 | 305884 | 42 | 310088 | 42 |
| 247619 | 42 | 255223 | 42 | 276777 | 42 | 280731 | 50 | 305885 | 42 | 310089 | 42 |
| 247620 | 250 | 255224 | 42 | 276778 | 42 | 280732 | 42 | 305886 | 42 | 310090 | 42 |
| 247621 | 42 | 255225 | 42 | 276779 | 42 | 280733 | 42 | 305887 | 42 | 310091 | 42 |
| 247622 | 42 | 255226 | 50 | 276780 | 42 | 280734 | 42 | 305888 | 42 | 310092 | 42 |
| 247623 | 42 | 255227 | 42 | 276781 | 42 | 280735 | 1000 | 305889 | 50 | 310093 | 42 |
| 247624 | 42 | 255228 | 42 | 276782 | 42 | 280736 | 42 | 305890 | 42 | 310094 | 42 |
| 247625 | 42 | 255229 | 42 | 276783 | 50 | 280737 | 50 | 305891 | 42 | 310095 | 42 |
| 247626 | 42 | 255230 | 42 | 276784 | 42 | 280738 | 42 | 305892 | 42 | 310096 | 42 |
| 247627 | 42 | 255231 | 42 | 276785 | 50 | 280739 | 42 | 305893 | 42 | 310097 | 42 |
| 247628 | 42 | 255232 | 42 | 276786 | 42 | 280740 | 42 | 305894 | 42 | 310098 | 42 |
| 247629 | 42 | 255233 | 42 | 276787 | 42 | 280741 | 42 | 305895 | 42 | 310099 | 42 |
| 247630 | 50 | 255234 | 42 | 276788 | 1000 | 280742 | 42 | 305896 | 42 | 310100 | 42 |
| 247631 | 42 | 255235 | 42 | 276789 | 42 | 280743 | 42 | 305897 | 42 | 331601 | 250 |
| 247632 | 42 | 255236 | 42 | 276790 | 42 | 280744 | 50 | 305898 | 42 | 331602 | 42 |
| 247633 | 42 | 255237 | 42 | 276791 | 42 | 280745 | 42 | 305899 | 42 | 331603 | 42 |
| 247634 | 50 | 255238 | 42 | 276792 | 50 | 280746 | 42 | 305900 | 42 | 331604 | 42 |
| 247635 | 42 | 255239 | 42 | 276793 | 42 | 280747 | 42 | 310051 | 50 | 331605 | 42 |
| 247636 | 42 | 255240 | 42 | 276794 | 42 | 280748 | 42 | 310052 | 42 | 331606 | 42 |
| 247637 | 42 | 255241 | 42 | 276795 | 42 | 280749 | 42 | 310053 | 42 | 331607 | 50 |
| 247638 | 42 | 255242 | 50 | 276796 | 42 | 280750 | 50 | 310054 | 42 | 331608 | 42 |
| 247639 | 42 | 255243 | 42 | 276797 | 42 | 305851 | 42 | 310055 | 50 | 331609 | 42 |
| 247640 | 42 | 255244 | 42 | 276798 | 42 | 305852 | 42 | 310056 | 42 | 331610 | 50 |
| 247641 | 50 | 255245 | 50 | 276799 | 42 | 305853 | 42 | 310057 | 42 | 331611 | 42 |
| 247642 | 42 | 255246 | 42 | 276800 | 42 | 305854 | 42 | 310058 | 42 | 331612 | 42 |
| 247643 | 42 | 255247 | 42 | 280701 | 50 | 305855 | 42 | 310059 | 50 | 331613 | 50 |
| 247644 | 42 | 255248 | 42 | 280702 | 42 | 305856 | 42 | 310060 | 42 | 331614 | 42 |
| 247645 | 42 | 255249 | 42 | 280703 | 42 | 305857 | 50 | 310061 | 42 | 331615 | 42 |
| 247646 | 50 | 255250 | 42 | 280704 | 42 | 305858 | 42 | 310062 | 42 | 331616 | 42 |

| Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. | Nummer
der Loose. | Gewinn.
fl. |
|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|----------------------|----------------|
| 331617 | 42 | 341265 | 42 | 362163 | 42 | 367410 | 42 | 369607 | 42 | 396604 | 42 |
| 331618 | 42 | 341266 | 42 | 362164 | 42 | 367411 | 42 | 369608 | 42 | 396605 | 42 |
| 331619 | 42 | 341267 | 42 | 362165 | 42 | 367412 | 42 | 369609 | 42 | 396606 | 42 |
| 331620 | 42 | 341268 | 42 | 362166 | 42 | 367413 | 42 | 369610 | 42 | 396607 | 50 |
| 331621 | 50 | 341269 | 42 | 362167 | 42 | 367414 | 50 | 369611 | 42 | 396608 | 50 |
| 331622 | 50 | 341270 | 42 | 362168 | 42 | 367415 | 50 | 369612 | 42 | 396609 | 42 |
| 331623 | 42 | 341271 | 42 | 362169 | 50 | 367416 | 42 | 369613 | 42 | 396610 | 42 |
| 331624 | 42 | 341272 | 42 | 362170 | 42 | 367417 | 42 | 369614 | 50 | 396611 | 50 |
| 331625 | 42 | 341273 | 42 | 362171 | 42 | 367418 | 42 | 369615 | 42 | 396612 | 42 |
| 331626 | 2000 | 341274 | 42 | 362172 | 42 | 367419 | 42 | 369616 | 42 | 396613 | 42 |
| 331627 | 42 | 341275 | 42 | 362173 | 42 | 367420 | 42 | 369617 | 42 | 396614 | 42 |
| 331628 | 42 | 341276 | 42 | 362174 | 1000 | 367421 | 42 | 369618 | 42 | 396615 | 42 |
| 331629 | 50 | 341277 | 42 | 362175 | 42 | 367422 | 42 | 369619 | 50 | 396616 | 42 |
| 331630 | 42 | 341278 | 42 | 362176 | 42 | 367423 | 42 | 369620 | 42 | 396617 | 250 |
| 331631 | 50 | 341279 | 42 | 362177 | 42 | 367424 | 42 | 369621 | 42 | 396618 | 42 |
| 331632 | 50 | 341280 | 1000 | 362178 | 42 | 367425 | 42 | 369622 | 50 | 396619 | 42 |
| 331633 | 42 | 341281 | 42 | 362179 | 42 | 367426 | 42 | 369623 | 42 | 396620 | 50 |
| 331634 | 42 | 341282 | 42 | 362180 | 42 | 367427 | 42 | 369624 | 50 | 396621 | 50 |
| 331635 | 42 | 341283 | 42 | 362181 | 42 | 367428 | 42 | 369625 | 42 | 396622 | 42 |
| 331636 | 42 | 341284 | 42 | 362182 | 42 | 367429 | 42 | 369626 | 50 | 396623 | 42 |
| 331637 | 42 | 341285 | 42 | 362183 | 50 | 367430 | 50 | 369627 | 42 | 396624 | 50 |
| 331638 | 42 | 341286 | 42 | 362184 | 42 | 367431 | 50 | 369628 | 42 | 396625 | 42 |
| 331639 | 42 | 341287 | 50 | 362185 | 42 | 367432 | 42 | 369629 | 42 | 396626 | 42 |
| 331640 | 42 | 341288 | 42 | 362186 | 42 | 367433 | 42 | 369630 | 42 | 396627 | 42 |
| 331641 | 50 | 341289 | 42 | 362187 | 42 | 367434 | 42 | 369631 | 42 | 396628 | 42 |
| 331642 | 42 | 341290 | 42 | 362188 | 42 | 367435 | 42 | 369632 | 42 | 396629 | 42 |
| 331643 | 2000 | 341291 | 50 | 362189 | 42 | 367436 | 250 | 369633 | 42 | 396630 | 42 |
| 331644 | 50 | 341292 | 42 | 362190 | 42 | 367437 | 42 | 369634 | 42 | 396631 | 42 |
| 331645 | 42 | 341293 | 42 | 362191 | 42 | 367438 | 42 | 369635 | 42 | 396632 | 50 |
| 331646 | 42 | 341294 | 50 | 362192 | 42 | 367439 | 42 | 369636 | 42 | 396633 | 50 |
| 331647 | 42 | 341295 | 42 | 362193 | 42 | 367440 | 42 | 369637 | 42 | 396634 | 42 |
| 331648 | 42 | 341296 | 42 | 362194 | 42 | 367441 | 50 | 369638 | 42 | 396635 | 42 |
| 331649 | 42 | 341297 | 42 | 362195 | 42 | 367442 | 42 | 369639 | 42 | 396636 | 42 |
| 331650 | 42 | 341298 | 42 | 362196 | 50 | 367443 | 42 | 369640 | 42 | 396637 | 42 |
| 341251 | 42 | 341299 | 42 | 362197 | 42 | 367444 | 42 | 369641 | 42 | 396638 | 50 |
| 341252 | 42 | 341300 | 42 | 362198 | 42 | 367445 | 42 | 369642 | 42 | 396639 | 42 |
| 341253 | 42 | 362151 | 42 | 362199 | 42 | 367446 | 50 | 369643 | 42 | 396640 | 42 |
| 341254 | 42 | 362152 | 50 | 362200 | 42 | 367447 | 42 | 369644 | 42 | 396641 | 42 |
| 341255 | 42 | 362153 | 42 | 367401 | 42 | 367448 | 42 | 369645 | 50 | 396642 | 42 |
| 341256 | 42 | 362154 | 42 | 367402 | 42 | 367449 | 42 | 369646 | 42 | 396643 | 42 |
| 341257 | 50 | 362155 | 42 | 367403 | 50 | 367450 | 42 | 369647 | 42 | 396644 | 42 |
| 341258 | 42 | 362156 | 42 | 367404 | 42 | 369601 | 42 | 369648 | 42 | 396645 | 42 |
| 341259 | 42 | 362157 | 42 | 367405 | 42 | 369602 | 42 | 369649 | 42 | 396646 | 50 |
| 341260 | 50 | 362158 | 50 | 367406 | 42 | 369603 | 42 | 369650 | 42 | 396647 | 42 |
| 341261 | 42 | 362159 | 42 | 367407 | 42 | 369604 | 1000 | 396601 | 42 | 396648 | 42 |
| 341262 | 42 | 362160 | 42 | 367408 | 42 | 369605 | 42 | 396602 | 42 | 396649 | 42 |
| 341263 | 42 | 362161 | 42 | 367409 | 50 | 369606 | 42 | 396603 | 42 | 396650 | 42 |
| 341264 | 42 | 362162 | 42 | | | | | | | | |

Diensterledigungen.

Die evangelische Pfarrei Großscholzhelm, Decanats Mosbach, mit einem Competenzanschlage von 893 fl. 43 fr. und einem wirklichen Ertrag von ungefähr 1300 fl., worauf jedoch eine jährliche Abgabe von 375 fl. haftet, ist in Erledigung gekommen; die Bewerber haben sich binnen sechs Wochen durch ihre Decanate nach Vorschrift bei dem großherzoglichen evangelischen Oberkirchenrath zu melden.

Man sieht sich veranlaßt, die katholische Pfarrei Dettingen, Amts Constanz, mit einem Einkommen von 600 fl. nochmals zur Wiederbesetzung auszuscheiden. Die Bewerber um dieselbe haben sich bei großherzoglichem katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Man sieht sich veranlaßt, die katholische Pfarrei Hoppetenzell, Amts Stodach, mit einem Jahreseinkommen von 600 fl. nochmals zur Bewerbung auszuscheiden. Die Bewerber haben sich sowohl bei großherzoglichem katholischen Oberkirchenrath als dem erzbischöflichen Ordinariate innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Man sieht sich veranlaßt, die katholische Pfarrei Oberschefflenz, Amts Mosbach, mit einem Einkommen von 600 fl. nochmals zur Bewerbung auszuscheiden. Die Competenten haben sich bei großherzoglichem katholischen Oberkirchenrath innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Oberharmersbach, Amts Gengenbach, ist mit einem beiläufigen Jahresertragniß von 1000 fl., worauf jedoch Zehntablösungskosten kommen können, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich bei großherzoglichem katholischen Oberkirchenrath innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Wittnau, Landamts Freiburg, mit einem Einkommen von beiläufig 1400 fl., worauf eine, an Martini 1852, 1853 und 1854 mit je 22 fl. 33 fr. abzutragende Schuld für Zehntablösungskosten ruht, ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich bei der Grundherrschaft Wittnau, Freiherrn Adrian v. Berstett als Patron, innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Todesfall.

Gestorben ist:

am 10. Juni d. J.

der großherzogliche Oberlieutenant von der Suite der Infanterie Ignaz von Hornstein zu Weiterdingen.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Mittwoch den 29. October 1851.

Inhalt.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des großherzoglichen Justizministeriums: den Staatsvertrag zwischen Baden und Frankreich über die wechselseitige Zustellung gerichtlicher Acte und Ersuchsschreiben betreffend. Bekanntmachungen des Ministeriums des Innern: die durch Ausführung des Reichersheimer Rheindurchschnitts an das Großherzogthum Baden gefallen vormalig königlich bayerischen Gebietsheile betreffend. Die Ertheilung der Apothekerlicenz an Adolph Mödner von Steinbach betreffend. Die Stiftung des verstorbenen Geheimen Kirchenraths Dr. Paulus in Heidelberg betreffend. Die Gründung eines allgemeinen Armenfonds in Heidelberg betreffend. Die Uebersicht über den Zustand der Generalwittwenkasse im Jahre 1850 betreffend. Staatsgenehmigung von Stiftungen im Mittelrheinkreise und im Oberrheinkreise betreffend. Staatsgenehmigung der Präsentation auf die katholische Pfarrei Messelhausen betreffend.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Den Staatsvertrag zwischen Baden und Frankreich über die wechselseitige Zustellung gerichtlicher Acte und Ersuchsschreiben betreffend.

Die Regierungen von Baden und Frankreich haben zur Erleichterung des Geschäftsverkehrs beschloffen, von der Vorschrift in Art. 5 des Staatsvertrags vom 16. April 1846 (Regierungsblatt Nr. XXIV.), wonach die Ersuchsschreiben zwischen den beiderseitigen Gerichtsbehörden auf diplomatischem Wege befördert werden müssen, versuchsweise die Ausnahme eintreten zu lassen, daß der unmittelbare Schriftenwechsel zwischen den Behörden des Großherzogthums und jenen der beiden französischen Departemente des Ober- und Niederrheins gestattet werde.

Dieser Schriftenwechsel findet statt zwischen den großherzoglichen Hofgerichten, für sich und die ihnen untergebenen Gerichtsbehörden, so wie dem großherzoglichen Oberhofgerichte für die bei ihm anhängigen Rechtsfachen, einerseits, und dem Generalprocurator zu Colmar anderseits. Demgemäß sind alle von großherzoglichen Gerichtsbehörden ausgehenden Actenstücke, welche einer Person in einem der genannten Departemente behändigt werden sollen, so wie alle Ersuchsschreiben an Gerichtsbehörden in einem dieser Departemente durch die großherzoglichen Hofgerichte an den Generalprocurator in Colmar und umgekehrt von letzterm an das betreffende großherzogliche Hofgericht beziehungsweise das großherzogliche Oberhofgericht zu senden.

Die großherzoglichen Aemter haben nur diejenigen Ersuchsschreiben zu vollziehen, welche ihnen von dem vorgesetzten Gerichtshofe zum Vollzuge übersendet werden, vorbehaltlich der in

eilenden Fällen etwa nothwendig werdenden fürsorglichen Maasregeln, welche auf unmittelbares Ansuchen der betreffenden französischen Gerichtsbehörden getroffen werden dürfen.

Hierbei wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Vollzug der von badischen Gerichten in bürgerlichen Rechtsfachen erlassenen Urtheile in Frankreich (und umgekehrt) nicht durch Vermittelung der diesseitigen Behörden bewirkt werden kann, sondern daß den Parteien überlassen ist, den Vollzug nach Art. 3 des Staatsvertrags durch einen Bevollmächtigten an Ort und Stelle zu betreiben.

Carlsruhe, den 10. Oktober 1851.

Großherzogliches Justizministerium.

B. B. v. P.

Jungmanns.

Vdt. v. Göler.

Die durch Ausführung des Reichersheimer Rheindurchschnitts an das Großherzogthum Baden gefallenene vormals königlich bayerischen Gebietstheile betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst allerhöchster Entschließung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 26. d. M. Nr. 1584 gnädigst zu bestimmen geruht, daß die durch Ausführung des Reichersheimer Rheindurchschnitts unter großherzoglich badische Landeshoheit gefallenene vormals königlich bayerischen Gebietstheile, nämlich das Gelände welches den Namen Rheinschanzinsel und jenes, welches den Namen Insel Gorkka führt, nebst dem dasselbe umgebenden Altrhein dem Bezirksamte Philippsburg zugetheilt werden.

Carlsruhe, den 29. September 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

von Marschall.

Vdt. Sachs.

Die Ertheilung der Apothekerlicenz an Adolph Mößner von Steinbach betreffend.

Dem Adolph Mößner von Steinbach wurde nach erstandener Prüfung von großherzoglicher Sanitäts-Commission die Licenz als Apotheker ertheilt.

Carlsruhe, den 1. Oktober 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

von Marschall.

Vdt. Sachs.

Die Stiftung des verstorbenen Geheimen Kirchenraths Dr. Paulus in Heidelberg betreffend.

Der zu Heidelberg verstorbene Geheimne Kirchenrath Dr. Paulus hat mittelst letztwilliger Verfügung der dortigen höheren Bürgerschule 3000 fl. hinterlassen.

Diese Stiftung hat die Staatsgenehmigung erhalten und wird zu Ehren des Stifter's andurch öffentlich bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 2. Oktober 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

von Marschall.

Vdt. Lurban.

Gründung eines allgemeinen Armenfonds in Heidelberg betreffend.

Die Wittwe des Johann Baierle, Anna Maria, geborne Brand in Heidelberg hat mittelst letzten Willens der Stadtgemeinde Heidelberg zur Gründung eines allgemeinen Armenfonds daselbst 200 fl. hinterlassen.

Diese Stiftung hat die Staatsgenehmigung erhalten und wird andurch zum ehrenden Andenken der Stifterin bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 7. Oktober 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Marschall.

Vdt. Lurban.

Die Uebersicht über den Zustand der Generalwittwenkasse im Jahre 1850 betreffend.

Die von dem Verwaltungsrathe der General-Wittwen- und Brandkasse vorgelegte Uebersicht über den Stand der Generalwittwenkasse im Jahre 1850 wird in der Anlage zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 6. Oktober 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Marschall.

Vdt. Behaghel.

Allgemeine Uebersicht

des

Zustandes der großherzoglichen General-Wittwencasse für die weltlichen Civilbiener

vom ersten Januar bis letzten December 1850.

I. Stand der Rechnung.

| Coll. | | Einnahme. | Hat. | | Ref. | |
|-----------|-----|---|---------|-----|-----------|-----|
| fl. | fr. | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| 73,367 | 19 | I. Rückstandsrechnung. | | | | |
| | | 1. Einnahmefeste aus voriger Rechnung: | | | | |
| | | fl. fr. fl. fr. fl. fr. | | | | |
| | | 57,444 58 a. Zinsreste . . . 39,075 11 18,369 47 | | | | |
| | | 15,922 21 b. andere Einnahmefeste 15,911 9 11 12 | | | | |
| | | zusammen | 54,986 | 20 | 18,380 | 59 |
| | | 2. Abgang an Ausgabeesten: | | | | |
| | | II. Rechnung von früheren Jahren. | | | | |
| | | III. Rechnung vom laufenden Jahre. | | | | |
| | | 1. Capitalzinsen: | | | | |
| | | fl. fr. fl. fr. fl. fr. | | | | |
| | | 78,016 56 a. von ausgeliehenen | | | | |
| | | Capitalien . . . 44,835 43 33,181 13 | | | | |
| | | 1,060 34 b. von verwiesenen Posten 851 38 208 56 | | | | |
| | | 2,466 5 c. von der Styrum'schen | | | | |
| | | Stiftung 2,466 5 — — | | | | |
| | | zusammen | 46,153 | 26 | 33,390 | 9 |
| 81,543 | 35 | 2. Capitalien: | | | | |
| | | fl. fr. fl. fr. fl. fr. | | | | |
| | | 1,825,514 56 a. an ausgeliehenen | | | | |
| | | Capitalien . . . 55,819 4 1,769,695 52 | | | | |
| | | 23,031 34 b. an verwiesenen Posten 7,447 47 15,583 47 | | | | |
| | | 68,012 33 c. an der Styrum'schen | | | | |
| | | Stiftung — — 68,012 33 | | | | |
| | | zusammen | 63,266 | 51 | 1,853,292 | 12 |
| 1,916,559 | 3 | | | | | |
| 2,071,469 | 57 | Uebertrag | 166,406 | 37 | 1,905,063 | 20 |

| Soll. | | Einnahme. | | | | Hat. | | Rest. | |
|-----------|-----|--|-----|----------------------------|-----------|---------|-----|-----------|-----|
| fl. | fr. | | | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| 2,071,469 | 57 | Uebertrag | | | | 166,406 | 37 | 1,905,063 | 20 |
| | | 3. Beiträge von Mitgliedern: | | | | | | | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. | | | | |
| | | 39,616 | 33 | a. ordentliche Beiträge | | | | | |
| | | | | und Eintrittsgelder | 38,495 47 | 1,120 | 46 | | |
| | | 6,460 | 13 | b. Rezeptions- und | | | | | |
| | | | | Korrelationsstaren . | 4,953 36 | 1,506 | 37 | | |
| 46,076 | 46 | zusammen | | | | 43,449 | 23 | 2,627 | 23 |
| 30,400 | 26 | 4. Gratualquartalien | | | | 29,424 | 56 | 975 | 30 |
| 51,306 | 43 | 5. Zuschuß aus der Staatskasse | | | | — | — | 51,306 | 43 |
| 337 | 30 | 6. Ertrag vom Diensthause | | | | 337 | 30 | — | — |
| 225 | 2 | 7. Ertrag | | | | 163 | 36 | 61 | 26 |
| — | — | 8. außerordentlich | | | | — | — | — | — |
| 68,838 | 57 | IV. Rechnung der uneigentlichen Einnahmen: | | | | 68,838 | 57 | | |
| | | 1. Kassentest aus voriger Rechnung | | | | | | | |
| | | 2. Bon und für fremde Kassen: | | | | | | | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. | | | | |
| | | 612 | 13 | a. aus voriger Rechnung | 612 13 | — | — | | |
| | | 30,983 | 54 | b. vom laufenden Jahre | 30,143 34 | 840 | 20 | | |
| 31,595 | 57 | zusammen | | | | 30,755 | 37 | 840 | 20 |
| | | 3. Bon und für Privatpersonen: | | | | | | | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. | | | | |
| | | 75 | 7 | a. aus voriger Rechnung | 74 37 | — | 30 | | |
| | | 58 | 41 | b. vom laufenden Jahre | 58 41 | — | — | | |
| 133 | 48 | zusammen | | | | 133 | 18 | — | 30 |
| 2,300,385 | 6 | Summe | | | | 339,509 | 54 | 1,960,875 | 12 |
| | | Ausgabe. | | | | | | | |
| | | I. Rückstandsrechnung. | | | | | | | |
| 324 | 56 | 1. Ausgabestest aus voriger Rechnung | | | | 220 | 16 | 104 | 40 |
| 235 | 14 | 2. Abgang an Einnahmestesten | | | | 235 | 14 | — | — |
| — | — | II. Rechnung von früheren Jahren | | | | — | — | — | — |
| 128,820 | 41 | III. Rechnung vom laufenden Jahre: | | | | 128,820 | 41 | — | — |
| 696 | 52 | 1. angelegte Capitalien | | | | 696 | 52 | — | — |
| 167,388 | 8 | 2. Lasten und Gebühren | | | | 166,994 | 28 | 393 | 40 |
| 316 | — | 3. Beneficien | | | | 316 | — | — | — |
| | | 4. Pension | | | | | | | |
| | | 5. Verwaltungskosten: | | | | | | | |
| | | fl. | fr. | fl. | fr. | | | | |
| | | 1,274 | — | a. für Gr. Verwaltungsrath | 1,274 — | — | — | | |
| | | 3,106 | 21 | b. für Kasseverwaltung . | 3,106 21 | — | — | | |
| 4,380 | 21 | zusammen | | | | 4,380 | 21 | — | — |
| 302,162 | 12 | Uebertrag | | | | 301,663 | 52 | 498 | 20 |

| Goll. | | Ausgabe. | Hat. | | Rest. | |
|---------|-----|--|---------|-----|-------|-----|
| fl. | fr. | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| 302,162 | 12 | Uebertrag | 301,663 | 52 | 498 | 20 |
| | | 6. Aufwand fürs Diensthaus: | | | | |
| | | fl. fr. fl. fr. fl. fr. | | | | |
| | | 50 52 a. für bauliche Unterhaltung und | | | | |
| | | Reinigung | 50 | 52 | — | — |
| | | 66 35 b. Steuern und andere Lasten | 66 | 35 | — | — |
| 117 | 27 | zusammen | 117 | 27 | — | — |
| 349 | 36 | 7. Rücksatz | 346 | 26 | 3 | 10 |
| 863 | 45 | 8. Abgang | 863 | 45 | — | — |
| 42 | 40 | 9. Außerordentlich | 42 | 40 | — | — |
| | | IV. Rechnung der uneigentlichen Ausgaben: | | | | |
| 5,668 | 8 | 1. Cassenrest an künftige Rechnung | 5,668 | 8 | | |
| | | 2. An und für fremde Cassen: | | | | |
| | | fl. fr. fl. fr. fl. fr. | | | | |
| | | — a. aus voriger Rechnung | — | — | — | — |
| 30,983 | 54 | 30,983 54 b. vom laufenden Jahre | 30,982 | 39 | 1 | 15 |
| | | zusammen | 30,982 | 39 | | |
| | | 3. An und für Privatpersonen: | | | | |
| | | fl. fr. fl. fr. fl. fr. | | | | |
| | | 292 45 a. aus voriger Rechnung | 270 | — | 22 | 45 |
| | | 75 7 b. vom laufenden Jahre | 54 | 67 | 20 | 10 |
| 367 | 52 | zusammen | 324 | 57 | 42 | 55 |
| 340,055 | 34 | Summe | 339,509 | 54 | 545 | 40 |

II. Vermögensstand.

| | | |
|---|----------------------|----------------------|
| Die Einnahmestreife bestehen in | 1,960,875 fl. 12 fr. | |
| Davon die Ausgabestreife | 545 „ 40 „ | |
| Worüber bleiben | | 1,960,329 fl. 32 fr. |
| Dazu Cassenvorrath | 5,668 fl. 8 fr. | |
| und der hälftige Antheil am Diensthaus und Werth der Mobili-
en im Bureau der Cassenverwaltung | 16,116 „ 33 „ | 21,784 „ 41 „ |
| Zusammen auf letzten Dezember 1850 | | 1,982,114 fl. 13 fr. |
| Am letzten Dezember 1849 hatte das Vermögen betragen | | 1,945,697 „ 56 „ |
| Zunahme im Jahre 1850 | | 36,416 fl. 17 fr. |

III. Berechnung des Aufschusses der Staatscasse zur Beneficienzahlung.

Nach §. 31 des Wittwencassenstatuts vom 28. Juni 1810 soll aus der Staatscasse zur Beneficienzahlung derjenige Betrag zugeschoffen werden, welcher durch die dafür nach §§. 44 und 45 bestimmten Einnahmen des Instituts nicht gedeckt erscheint.

Es wird folgende Berechnung angestellt:

| | fl. | fr. | fl. | fr. |
|---|----------|-----|---------|-----|
| Das Soll der Beneficienzahlung beträgt | 167,388 | 8 | | |
| Dazu unter Rechnungsabtheilung III. Rubrik 7, Ersatz | — | — | | |
| ergibt | 167,388 | 8 | | |
|
Hieron in Abzug: | | | | |
| Einnahme Abtheilung I., Rubrik 2, Abgang fl. — fr. | | | | |
| „ „ III. „ 7, Ersatz 121 „ 48 „ | 121 | 48 | | |
| verbleiben | 167,266 | 20 | | |
| Das Soll der Actozinse beträgt | 81,543 | 35 | | |
| hiez u Einnahme Abtheilung III., Rubrik 7, Ersatz | 99 | — | | |
| ergibt | 81,642 | 35 | | |
|
Hieron in Abzug: | | | | |
| Ausgabe Abth. I., Rubrik 2, Abgang an Rückständen . 172 fl. — fr. | | | | |
| „ „ III. „ 2, Lasten 696 „ 52 „ | | | | |
| „ „ III. „ 7, Ersatz 3 „ 10 „ | | | | |
| „ „ III. „ 8, Abgang — „ — „ | | | | |
| „ „ III. „ 9, Außerordentlich 42 „ 40 „ | 914 | 42 | | |
| erübrigen zur Beneficienzahlung | 80,727 | 53 | | |
| Das Soll der Beiträge beträgt | 39,616 | 33 | | |
| hiez u Einnahme Abtheilung III., Rubrik 7, Ersatz | — | — | | |
| ergibt | 39,616 | 33 | | |
|
Hieron in Abzug: | | | | |
| Ausgabe Abth. I., Rubrik 2, Abgang an Rückständen . — fl. — fr. | | | | |
| „ „ III. „ 7, Ersatz 346 „ 26 „ | | | | |
| „ „ III. „ 8, Abgang 123 „ 45 „ | 470 | 11 | | |
| verbleiben | 39,146 | 22 | | |
| Wovon $\frac{1}{10}$ dem Fond verbleibt mit | 3,914 | 38 | | |
| und $\frac{1}{10}$ zur Beneficienzahlung erübrigen | 85,231 | 44 | | |
|
Vergleichung. | | | | |
| Der Bedarf zur Beneficienzahlung ist | | | 167,266 | 20 |
| Die hierauf zu verwendenden Einnahmen des Instituts betragen: | | | | |
| a. die Actozinse | 80,727 | 53 | | |
| b. die $\frac{1}{10}$ Beiträge | 25,231 | 44 | | |
| Zusammen | | | 115,958 | 37 |
| welche die Staatscasse zuzuschießen hat. | Abmangel | | 51,308 | 43 |

V. Beneficien - Liste.

| Betrag des jährlichen Benefiziums. | | Zugang
an Wittwen- und Waisenfamilien im Rechnungsjahre 1850. | | Betrag im Jahr 1850. | |
|------------------------------------|-----|--|------------------|----------------------|-----|
| | | Namen der Wittwen und Waisen. | Tag des Zugangs. | | |
| fl. | fr. | a. bei der General-Wittwen-Casse: | | fl. | fr. |
| 62 | 42 | 1. Stallbediente Lerz Wittwe, statt vom 27. Oktober schon
Einschließlich 15 fl. 41 fr. Nachtrag von 1849. | 1. August 1849 | 78 | 23 |
| 99 | — | 2. Kanzlist Liebig Kinder statt der fernb abgeschrieben
Liebig Wittwe einschließlich 24 fl. 45 fr. Nachtrag vom
vorigen Jahr | 25. September " | 123 | 45 |
| 189 | 45 | 3. Amtsrevisor Nau Wittwe. | 1. November " | 189 | 45 |
| 231 | — | 4. Hofgerichtsrath Uhl Kinder | 2. " " | 230 | 21 |
| 247 | 30 | 5. Postmeister Martin Wittwe | 9. " " | 242 | — |
| 57 | 45 | 6. Laqual Sched | 15. " " | 55 | 30 |
| 148 | 30 | 7. Professor Weeber | 25. " " | 138 | 36 |
| 206 | 15 | 8. Amtsrevisor Reutti | 29. " " | 190 | 12 |
| 108 | 54 | 9. Landirurg Eisinger Kinder | 1. Dezember " | 99 | 49 |
| 77 | 33 | 10. Beisitzer Bretthaupt Wittwe | 14. " " | 68 | 17 |
| 92 | 24 | 11. Hofgärtner Weit Wittwe | 27. " " | 78 | 2 |
| 66 | — | 12. Rheinbaumeister Hübers Wittwe | 29. " " | 55 | 22 |
| 264 | — | 13. Baurath Bos Wittwe | 5. Januar 1850 | 217 | 4 |
| 108 | 54 | 14. Amtswundarzt Frisch Wittwe | 26. " " | 83 | 11 |
| 189 | 45 | 15. Amtsrevisor Oeyer Wittwe | 29. " " | 143 | 22 |
| 108 | 54 | 16. Amtswundarzt Roth Kinder | 29. " " | 82 | 17 |
| 198 | — | 17. Revisor Sonntag Wittwe | 4. Februar " | 146 | 51 |
| 330 | — | 18. Hofgerichtsrath Bollmann Wittwe | 21. " " | 229 | 10 |
| 232 | 39 | 19. Professor Hofrath Ammann Wittwe | 24. " " | 159 | 37 |
| 214 | 30 | 20. Oberrevisor Silbereisen Wittwe | 3. März " | 141 | 48 |
| 330 | — | 21. Regierungsrath Henzler Wittwe | 16. " " | 206 | 15 |
| 495 | — | 22. Geheimrath v. Bauer Wittwe | 17. " " | 308 | — |
| 156 | 45 | 23. Amtsrevisor Seiz Wittwe | 19. " " | 96 | 39 |
| 102 | 18 | 24. Amtswundarzt Lange Wittwe | 3 April " | 59 | 6 |
| 49 | 30 | 25. Amtsdactuar Luz Wittwe statt vom 8. April | 1. Februar " | 37 | 7 |
| 231 | — | 26. Professor Morstadt Wittwe | 11. April " | 128 | 20 |
| 90 | 45 | 27. Kanzleidiener Schüz Wittwe | 15. " " | 49 | 25 |
| 330 | — | 28. Bizeoberstkammerherr v. Göler Wittwe | 18. " " | 176 | 55 |
| 264 | — | 29. Oberamtmann Felleisen Wittwe | 21. " " | 139 | 20 |
| 85 | 48 | 30. Erzbischöflicher Bedell Becherer Wittwe | 2. Mai " | 42 | 39 |

| Betrag des
jährlichen
Benefiziums | | Zugang
an Wittwen- und Waisenfamilien im Rechnungsjahr 1850. | | Betrag
im Jahr
1850. | |
|---|-----|--|------------------|----------------------------|-----|
| | | Namen der Wittwen und Waisen. | Tag des Zugangs. | | |
| fl. | fr. | | | fl. | fr. |
| 90 | 45 | 31. Känzleidiener Reher Wittwe | 3. Mai 1850. | 44 | 52 |
| 165 | — | 32. Physikus Dr. Luz Wittwe | 18. " " | 74 | 42 |
| 363 | — | 33. Geheimer Finanzrath Mayer Wittwe | 17. Juni " | 135 | 7 |
| 363 | — | 34. Hofgerichtsath Ziegenfuß Wittwe | 25. " " | 127 | 3 |
| 198 | — | 35. Zuchthausverwalter Lang Wittwe | 30. " " | 66 | 33 |
| 297 | — | 36. Oberamtmann Lichtenauer Wittwe | 1. Juli " | 99 | — |
| 135 | 18 | 37. Kammerrath v. Delaiti Wittwe | 4. " " | 43 | 58 |
| 135 | 18 | 38. Fohlenmeister Erhard Wittwe | 18. " " | 38 | 42 |
| 82 | 30 | 39. Kammerlaquai Burkhard Wittwe | 27. August " | 14 | 40 |
| 94 | 3 | 40. Förster Wilhelm Wittwe | 1. September " | 15 | 41 |
| 82 | 30 | 41. Känzleidiener Rauf Wittwe | 2. " " | 13 | 31 |
| 140 | 15 | 42. Revisor Gerwig Wittwe | 10. " " | 19 | 52 |
| 328 | 21 | 43. Stadtschreiber Leers Wittwe | 12. " " | 44 | 42 |
| 214 | 30 | 44. Postoffizial Schmutz Wittwe und Sohn erster Ehe | 29. " " | 19 | 4 |
| 247 | 30 | 45. Zuchthausvorstand Speigler Wittwe und Sohn erster Ehe | 1. Oktober " | 20 | 38 |
| 198 | — | 46. Registrator Engler Wittwe | 5. " " | 14 | 18 |
| 214 | 30 | 47. Physikus Dr. Ruzmaul Sohn | 9. " " | 13 | 7 |
| 67 | 39 | 48. Hofbibliothekdiener Herrmann Kinder | 10. " " | 3 | 57 |
| | | b. Bei der vormaligen Gruchsaler Livreedieners Wittwen-
Casse:
Nichts. | | | |
| | | c. Bei der vormaligen Aleggauer Wittwen-Pensions-Casse:
Außerordentlich: | | | |
| 50 | — | 1. Sprachmeister Marschall Wittwe stets widerruflich retro
vom 27. Januar 1847 an mithin einschließlich 138 fl. 3 fr.
Nachtrag von früheren Jahren | | 188 | 3 |

Unter Hinweisung auf die zuletzt bekannt gemachte vollständige Liste bei der Uebersicht von 1835, Regierungsblatt 1837, Stück XVII., Beilage, und die späteren Listen werden folgende Veränderungen angezeigt.

| Betrag
des Benefiziums
im | | Abgang
an Wittwen und Waisen im Jahr vom 1. November
1849/50. | | Zeit der
Entstehung
des
Benefiziums. | Betrag
im Jahre
1850. | |
|---------------------------------|---------|---|------------------|---|-----------------------------|----|
| | | Namen. | Tag des Abgangs. | | | |
| Jahr 1835. | fl. fr. | a. Bei der General-Wittwencasse. | | | fl. fr. | |
| 199 | 39 | 1. Hofrath Nebelius Wittwe . . | 6. August 1850. | vor 1803. | 153 | 4 |
| 53 | 32 | 2. Doctor Schneid Wittwe . . | 3. Dezbr. 1849. | " | 7 | 53 |
| 285 | 27 | 3. Hofrath Eisenlohr Wittwe . . | 31. Mai 1850. | 1810. | 166 | 31 |
| 66 | — | 4. Inspector Abend Wittwe . . | 2. Mai " | 1815. | 33 | 22 |
| 145 | 12 | 5. Amtsdirektor Klein Wittwe . . | 14. April " | " | 66 | 8 |
| 89 | 6 | 6. Hausmeister Schmid Wittwe . | 21. Oktober " | 1817. | 86 | 52 |
| 412 | 30 | 7. Staatsrath Giugnard Wittwe . | 4. Februar " | " | 107 | 42 |
| 115 | 30 | 8. Kanzlist Reff Wittwe | 11. Mai " | 1818. | 61 | 17 |
| 173 | 15 | 9. Landbaumeister Frommel Wittwe | 14. April " | 1819. | 78 | 55 |
| 123 | 45 | 10. Hofkonditor Seig Wittwe . . | 23. Februar " | 1821. | 38 | 51 |
| 165 | — | 11. Registrator Wollschläger Wittwe | 4. Februar " | 1823. | 43 | 5 |
| 16 | 30 | 12. Kanzlist Diez Wittwe | 10. Novbr. 1849. | 1824. | — | 28 |
| 148 | 30 | 13. Bergmeister Hoppenack Wittwe | 1. April 1850. | " | 62 | 17 |
| 49 | 30 | 14. Förster Siefert Wittwe | 28. Januar " | 1825. | 12 | 6 |
| | | die mehr bezahlten 18 fr. sind
wieder zurückgegeben. | | | | |
| 165 | — | 15. Kreisrath Meerwein Wittwe . | 7. Mai " | 1826. | 85 | 42 |
| 495 | — | 16. Staatsrath Holz Wittwe . . | 23. Septbr. " | 1827. | 444 | 15 |
| 59 | 24 | 17. Hausmeister Runz Wittwe . . | 2. Mai " | 1828. | 30 | 2 |
| 21 | 27 | 18. Landchirurg Bopppele Wittwe . | 13. Februar " | 1829. | 6 | 8 |
| | | ausschließlich 48 fl. 16 fr. von
früheren Jahren. | | | | |
| 221 | 6 | 19. Forstmeister v. Blittersdorf Sohn
20 Jahr alt | 11. Dezbr. 1849. | " | 24 | 34 |
| 198 | — | 20. Kreisaffessor Blenker Wittwe . | 24. Mai 1850. | " | 112 | 12 |
| | | zu viel eingetragene 99 fl. sind
wieder in Einnahme. | | | | |
| 75 | 54 | 21. Förster Bronn Wittwe | 6. Juli " | " | 51 | 52 |
| 57 | 45 | 22. Laquai Haas Wittwe | 16. März " | 1831. | 21 | 46 |
| 219 | 27 | 23. Kammerherr v. Benningen Wtw. | 8. Oktober " | 1832. | 206 | 2 |
| 95 | 42 | 24. Förster Harlsinger Sohn 20 Jahr
alt | 29. Januar " | " | 23 | 23 |
| 84 | 9 | 25. Hofmusikus Helmlé Wittwe . | 31. März " | 1833. | 35 | 4 |

| Betrag
des Benefiziums
im | | | Abgang
an Wittwen und Waisen im Jahr vom 1. November
1849/50. | | Zeit der
Entstehung
des
Benefiziums. | Betrag
im Jahr
1850. | |
|---------------------------------|-----|-----|---|------------------|---|----------------------------|-----|
| | | | Namen. | Tag des Abgangs. | | fl. | fr. |
| Jahr 1835. | fl. | fr. | | | | | |
| | 132 | — | 26. Kanzlist Sachs Sohn 20 Jahre alt | 26. Febr. 1850. | 1833. | 42 | 10 |
| | 115 | 30 | 27. Secretär Poffelt Wittwe . . . | 21. Mai " | " | 64 | 29 |
| | 429 | — | 28. Generalstaatskassier Waag Wtw. | 8. April " | " | 188 | 17 |
| | 163 | 9 | 29. Medicinalrath Schridel Sohn 20
Jahre alt | 15. Decbr. 1849. | 1834. | 22 | 23 |
| | 181 | 30 | 30. Ohereinnehmer Rheinberger Wtw. | 19. März 1850. | 1835. | 70 | 4 |
| 1836. | 123 | 45 | 31. Revisor Manz Wittwe . . . | 19. August " | " | 99 | 21 |
| | 249 | 9 | 32. Rechnungsrath Heydel Wittwe | 30. Juli " | 1836. | 186 | 52 |
| 1837. | 112 | 12 | 33. Verwalter Limberger Wittwe . | 30. Juli " | 1837. | 82 | 17 |
| | 66 | — | 34. Inspector Albrecht Wittwe . . | 14. März " | " | 24 | 34 |
| | 214 | 30 | 35. Kanzleirath Meßger Wittwe . | 24. Juni " | " | 139 | 25 |
| 1839. | 156 | 45 | 36. Amtsrevisor Köchlin Sohn 20
Jahre alt | 27. Januar " | 1839. | 37 | 27 |
| | 82 | 30 | 37. Beisitzer Gaibel Wittwe . . | 14. August " | " | 65 | 5 |
| | 82 | 30 | 38. Beisitzer Mader Wittwe . . | 5. Juni " | " | 49 | 16 |
| 1841/42. | 430 | 39 | 39. Geheime Rath Duttlinger Wtw. | 27. Dibr. 1849. | 1841/42. | 68 | 11 |
| | 189 | 45 | 40. Amtsrevisor Herrmann Wittwe | 30. Sept. 1850. | " | 173 | 56 |
| | 132 | — | 41. Kanzlist Müller Wittwe . . . | 7. Juni " | " | 79 | 34 |
| 1843. | 99 | — | 42. Bauaufseher Soder Wittwe . | 8. Septbr. " | 1843. | 84 | 42 |
| | 198 | — | 43. Expeditior Korn Wittwe . . . | 6. Dibr. 1849. | " | 19 | 48 |
| | 42 | 54 | 44. Schlossknecht Metterle Wittwe . | 25. Juni 1850. | " | 28 | — |
| | 297 | — | 45. Postrath Tribant Tochter 18 Jahre
alt | 9. Febr. " | " | 80 | 51 |
| 1846. | 330 | — | 46. Hofrath Nicolai Wittwe . . . | 14. April " | 1846. | 150 | 20 |
| 1848. | 231 | — | 47. Secretär Stemmler Wittwe . . | 21. März " | 1848. | 90 | 28 |
| 1849. | 123 | 45 | 48. Collector Meßger Wittwe . . . | 14. März " | " | 46 | 4 |
| | 115 | 30 | 49. Kanzlist Ritter Tochter 18 Jahre
alt | 20. Juli " | 1849. | 83 | 6 |
| | 247 | 30 | 50. Ohereinnehmer Erhardt Wittwe | 13. Oktober " | " | 235 | 48 |
| | | | B. Bei der vormaligen Bruchsaler
Civildieners Wittwencasse in dritter
Classe: | | | | |
| 1835. | 90 | — | 1. Heibud Zoller Wittwe . . . | 30. August 1850. | 1833. | 75 | — |
| | | | C. Bei der vormaligen Alggauer
Wittwenpensionscasse in achter
Classe: | | | | |
| 1835. | 40 | — | 1. Amtsdieners Kaiser Wittwe . . | 3. Febr. 1850. | vor 1823. | 10 | 20 |

IV. Stand der Bruchsaler Fivreedieners-Wittwencasse.

| Soll. | | Einnahme. | | Hat. | | Rest. | |
|-------|-----|---|--|------|-----|-------|-----|
| fl. | fr. | | | fl. | fr. | fl. | fr. |
| 173 | 17 | I. Rückstandsrechnung: | | 89 | — | 84 | 17 |
| — | — | 1. Zinsreste | | — | — | — | — |
| — | — | 2. andere Einnahmsreste | | — | — | — | — |
| — | — | 3. Abgang an Ausgabresten | | — | — | — | — |
| — | — | II. Rechnung von früheren Jahren | | — | — | — | — |
| 174 | 14 | III. Rechnung fürs laufende Jahr: | | 66 | 58 | 107 | 16 |
| 3,830 | 3 | 1. Zinse | | 334 | 52 | 3,495 | 11 |
| 4 | 54 | 2. Capitalien | | 4 | 54 | — | — |
| — | — | 3. Erfaß | | — | — | — | — |
| 81 | 43 | IV. Rechnung der uneigentlichen Einnahmen: | | 81 | 43 | — | — |
| — | — | 1. Cassenrest aus voriger Rechnung | | — | — | — | — |
| 10 | 14 | 2. Von und für fremde Cassen: | | 10 | 14 | — | — |
| — | 15 | — fl. — fr. a. aus voriger Rechnung — fl. — fr. — fl. — fr. | | — | 15 | — | — |
| 4,274 | 40 | 10 „ 14 „ b. vom laufenden Jahre 10 „ 14 „ — „ — „ | | 587 | 56 | 3,686 | 44 |
| | | zusammen | | | | | |
| | | 3. Von und für Privatpersonen: | | | | | |
| | | — fl. — fr. a. aus voriger Rechnung — fl. — fr. — fl. — fr. | | | | | |
| | | — „ 15 „ b. vom laufenden Jahre — „ 15 „ — „ — „ | | | | | |
| | | zusammen | | | | | |
| | | Summe | | | | | |
| | | Ausgabe. | | | | | |
| — | — | I. Rückstandsrechnung: | | — | — | — | — |
| — | — | 1. Ausgabreste aus voriger Rechnung | | — | — | — | — |
| — | — | 2. Abgang an Einnahmsresten | | — | — | — | — |
| — | — | II. Rechnung von früheren Jahren | | — | — | — | — |
| 300 | — | III. Rechnung vom laufenden Jahr: | | 300 | — | — | — |
| 182 | 5 | 1. Angelegte Capitalien | | 182 | 5 | — | — |
| — | — | 2. Beneficien an sechs Wittwen, wovon eine starb . | | — | — | — | — |
| — | — | 3. Lasten und Erfaß | | — | — | — | — |
| 95 | 22 | IV. Rechnung der uneigentlichen Ausgaben: | | 95 | 22 | — | — |
| — | — | 1. Cassenrest an künftige Rechnung | | — | — | — | — |
| 10 | 14 | 2. An und für fremde Cassen: | | 10 | 14 | — | — |
| — | 15 | — fl. — fr. a. aus voriger Rechnung — fl. — fr. — fl. — fr. | | — | 15 | — | — |
| 587 | 56 | 10 „ 14 „ b. vom laufenden Jahre 10 „ 14 „ — „ — „ | | 587 | 56 | — | — |
| | | zusammen | | | | | |
| | | 3. An und für Privatpersonen: | | | | | |
| | | — fl. — fr. a. aus voriger Rechnung — fl. — fr. — fl. — fr. | | | | | |
| | | — „ 15 „ b. vom laufenden Jahre — „ 15 „ — „ — „ | | | | | |
| | | zusammen | | | | | |
| | | Summe | | | | | |

Vermögensstand.

| | |
|--|------------------|
| Die Einnahmsreste betragen | 3,686 fl. 44 fr. |
| Davon die Ausgabreste | — „ — „ |
| | <hr/> |
| bleiben | 3,686 fl. 44 fr. |
| hiez u Kassenrest | 95 „ 22 „ |
| | <hr/> |
| Zusammen auf letzten Dezember 1850 . . | 3,782 fl. 6 fr. |
| Im vorigen Jahre hatte das Vermögen betragen . . | 3,785 „ 3 „ |
| | <hr/> |
| mithin Abnahme . . | 2 fl. 57 fr. |

Carlsruhe, im August 1851.

Durch den Generalkassier
C. S. Eisenlohr.

Staatsgenehmigung von Stiftungen im Mittelrheinkreise betreffend.

Nachstehende Stiftungen haben von der Regierung des Mittelrheinkreises die Staatsgenehmigung erhalten, und werden hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 1. Oktober 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Marschall.

Vdt. Turban.

Es haben gestiftet:

die verstorbene Theresia Ell von Rehl, in die katholische Kirche der Stadt Rehl zur Verzierung 22 fl.;

Handelsmann Christian Stuffer von Beuern in den Armenfond daselbst 100 fl.;

ein Ungenannter in die Pfarrkirche zu Reichenbach, Amts Ettlingen, eine vergoldete Statue, die Madonna mit dem Kinde vorstellend, im Werth von 80 fl.;

Tobias Boppel von Eichelberg in den Kirchenfond Eichelberg eine rothe Fahne im Werth von 38 fl.;

ein Ungenannter in die katholische Pfarrkirche in Lahr zwei Seitenaltartücher im Werth von 16 fl.;

die Familie v. Schmitt in die katholische Pfarrkirche in Lahr ein Hauptaltartuch zu 10 fl.;

die Familie C. B. in Lahr in die katholische Kirche zu Lahr ein Hauptaltartuch zu 30 fl., vier Altarsträuße mit Vasen zu 80 fl., zwei Altarsträuße zu 8 fl.;

Franz Kah Wittwe zu Baden, in den dortigen Armenfond 500 fl.;

Dieselbe in das Krankenhaus daselbst 1000 fl.:

Jakob Lörz von Berwangen in den evangelischen Almosenfond daselbst 45 fl. mit der Bestimmung, daß die Zinse hieraus jährlich unter die Armen vertheilt werden;

Pfarrer W. Halm in Bruchsal in die evangelische Kirche zu Memprechtshofen ein Altartuch zu 8 fl.;

ein Ungenannter der evangelischen Kirchengemeinde in Offenburg ein Tauf Tuch mit Spitzen zu 5 fl. 24 fr.;

die verstorbene Andreas Sohn Wittwe von Lahr dem Hospital und Armenfond daselbst 100 fl.;

mehrere Wohlthäter zu Gengenbach in den Kirchenfond daselbst 183 fl. 56 fr., zur Reparation und Vergoldung des Hochaltars;

Pfarrer Binz in Rothenfels in die dortige Pfarrkirche ein neues Festtags-Belum zu 55 fl.;

die verstorbene ledige Therese Zwiebelhofer in Rastatt in den katholischen Ortsarmenfond daselbst 100 fl., in den Spitalfond daselbst 200 fl.;

Math. Röß von Bohmen, bei Lehengericht, dem Armenfond in Schiltach 5 fl., die Zinse hieraus sollen auf das Almosenbrod verwendet werden;

Henriette, geborne Böhm, Wittwe des Ochsenwirths Trautwein zu Schiltach, in denselben, und zu gleichem Zweck 5 fl.;

Handelsmann Wilhelm Haas Wittwe, Margarethe, geborne Trautwein, von Schiltach in den Armenfond daselbst, zum nämlichen Zwecke 5 fl.;

Georg Trautwein von Schiltach, in denselben und zu gleichem Zweck 5 fl.;

der ledige Christian Friedrich Vulpfus von Pforzheim der Anstalt für sittlich verwahrloste Kinder im Großherzogthum Baden — zu Durlach — 200 fl.;

Andreas Sohn's Wittwe in Lahr, dem Armenfond in Heiligenzell 200 fl.;

Franziska Neumaier in Hochstetten in den Armenfond daselbst 25 fl.;

Dieselbe in den Kirchenfond daselbst 25 fl. zur Ausbesserung eines Heiligenbildes;

Sophie Mallert in Haslach dem Armenfond daselbst 100 fl.

Staatsgenehmigung von Stiftungen im Oberheinkreise betreffend.

Nachstehende Stiftungen haben von der Regierung des Oberheinkreises die Staatsgenehmigung erhalten, und werden hiemit zum ehrenden Andenken der Stifter zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 11. Oktober 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Marschall.

Vdt. Sachs.

Es haben nämlich gestiftet:

Die verstorbene Wittwe des Andreas Sohn von Lahr in den Stulz'schen Spitalfond zu Rippenheim 250 fl.;

die verstorbene Wittwe des Joh. Bapt. Thoma von Rohmatt in den Armenfond zu Mambach 100 fl.;

dieselbe in den Kapellenfond zu Mambach mit der Verbindlichkeit zur Abhaltung einer Gedächtnismesse 50 fl.;

der verstorbene Pfarrer Maures Ortlieb zu Thunsel in den Armenfond zu Grunern 200 fl.;

der ledig verstorbene Jakob Fischer zu Nach in den dortigen Kirchenfond mit der Verbindlichkeit zur Abhaltung einer Gedächtnismesse 50 fl.;

Hirschwirth Lorenz Lober von Unteralpsen in den dortigen Kirchenfond ebenso 54 fl.;

der ledig verstorbene Jakob Fischer von Nach in den Armenfond daselbst 50 fl.;

der verstorbene Pfarrer Peter Rudmann zu Wasenweiler in den dortigen Kirchenfond mit der Verbindlichkeit zur Abhaltung einer Gedächtnismesse 50 fl.;

der verstorbene Pfarrer Aman zu Istein in den Armenfond daselbst 500 fl.;

Jakob Schilling von Griesen in den dortigen Armenfond 50 fl.;

eine Ungenannte in den Heiliggeistspitalfond zu Freiburg 600 fl.;

ein Ungenannter in die St. Pantaleons-Kapelle zu Rothweil ein Messgewand sammt Zugehör;

der Pfarrer Nikolaus Wörz zu Deuggen in den dortigen Armenfond 400 fl.;

die Georg Ruf'schen Kinder von St. Peter in den Armenfond daselbst mit der Verbindlichkeit zur Abhaltung eines Seelenamtes 91 fl. 10 fr.;

die verstorbene Ehefrau des Handelsmanns Nathan Reutlinger von Lörrach in die dortige Synagoge zur Verwendung der Zinse zum Ankauf von Kerzen-Lichtern in die Synagoge 400 fl.;

die Wittwe Christine Wiedmann von Gischetten in den dortigen Almosenfond zu einer neuen Bekleidung des Altars, der Kanzel und des Taufsteins 50 fl.;

der verstorbene Altvogt Johann Kübler von Hüfingen in den dortigen Schulfond zu allgemeinen Schulzwecken 50 fl.;

die Michael Witt'schen Eheleute von Wyhl in den dortigen Armenfond 50 fl.;

die ledige Katharina Schwer von Zarten in den dortigen Kapellenfond ein Altartuch im Werthe von 5 fl. 30 fr., und künstliche Blumen sammt Vasen, geschätzt zu 7 fl. 30 fr.

Jakob Imhof von Basel zur Gründung einer Spar- und Leihkasse in der Gemeinde Grenzach 100 fl.

Staatsgenehmigung der Präsentation auf die katholische Pfarrei Messelhausen betreffend.

Das großherzogliche Ministerium des Innern hat

unter dem 27. September d. J.

der von Seiten der Freiherrlich von Zobel'schen Grundherrschaft vollzogenen Präsentation des Pfarrverwalters Holler in Strümpfelbronn auf die erledigte katholische Pfarrei Messelhausen, Bezirksamts Gerlachshheim, die Staatsgenehmigung erteilt.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Freitag den 31. Oktober 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Medaillenverleihungen. Dienstaufsichten.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des großherzoglichen Justizministeriums: die Ernennung von Assisenpräsidenten für die nächste Schwurgerichtssitzung betreffend. Bekanntmachungen des großherzoglichen Ministeriums des Innern: die theilweise Erneuerung der zweiten Kammer der Ständeversammlung betreffend. Das Stipendium aus der Friedrich-Christiane-Louisen-Stiftung für katholische Studierende des höheren Lehrfaches betreffend. Die Wahl von Abgeordneten zur zweiten Kammer der Ständeversammlung betreffend. Die Staatsprüfung im Forstfache für das Jahr 1851 betreffend. Die Ausweisung katholischer Priester betreffend. Die Staatsgenehmigung von Stiftungen im Unterrichtsfache betreffend. Staatsgenehmigung von Stiftungen im Seefache betreffend.

Dienstereignisse. Todesfall.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Medaillenverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, folgende Medaillen zu verleihen:

a. die silberne Carl-Friedrich-Militär-Verdienst-Medaille:

dem Oberfeldwebel Carl Friedrich Christian Glaßer im 8. Infanteriebataillon,
dem Soldat Johann Leute von Nach, früher im Leibinfanterieregiment;

b. die silberne Civilverdienst-Medaille:

dem Wachmeister Carl Lamp von der Pioniercompagnie,
dem Oberfeldwebel Andreas Dörrschuck im 5. Infanteriebataillon,
dem Feldwebel Joseph Braun im 7. Infanteriebataillon,
dem Corporal Martin Welschinger im 10. Infanteriebataillon,
dem Oberwachmeister Balthasar Gnam im 3. Reiterregiment,
dem Wachmeister Georg Spath im 3. Reiterregiment,
dem Corporal Friedrich Schwander im 3. Reiterregiment,
dem Regimentsfourier Carl Friedrich Hedmann im Artillerieregiment,

dem Wachmeister Johann Peter Weber vom Artillerieregiment,
 dem Wachmeister Carl Batschari vom Artillerieregiment,
 dem Gendarmen (früher Feldwebel im 2. Infanterieregiment) Johann Solweger,
 dem Grenzaufseher Anton Vogt (früher Fourlier im 2. Infanterieregiment),
 dem Grenzaufseher Jacob Friedrich Becker (früher Feldwebel im 2. Infanterieregiment).

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich
 unter dem 22. Oktober d. J.

allergnädigst bewogen gefunden:

den Professor Koller am Lyceum zu Mannheim auf sein Ansuchen, bis zu Wiederherstellung seiner Gesundheit, in den Pensionsstand zu versetzen;

dem Pfarrer Wilhelm Bühler in Wilferdingen die erledigte evangelische Pfarrei der Altstadt Weinheim zu übertragen, und

die Verzichtleistung des Benefiziaten Ferdinand Walter auf die Heferei-Caplanei zu Neuenburg zu genehmigen.

Allerhöchst dieselben haben Sich ferner

unter dem 23. Oktober d. J.

gnädigst bewogen gefunden:

dem Geheimen Hofrathe Professor Dr. Schweins an der Universität Heidelberg den Charakter als Geheimer Rath zweiter Classe zu verleihen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Ernennung von Assisenpräsidenten für die nächste Schwurgerichtssitzung betreffend.

Auf den Grund des §. 45 des Gesetzes vom 5. Februar d. J. werden zu Präsidenten für das letzte Quartal d. J. ernannt;

1. für den Unterhainkreis Hofgerichtsdirektor Woll in Mannheim, und für den Fall seiner Verhinderung Oberhofgerichtsrath Mühlhling daselbst;

2. für den Mittelrheinkreis Hofgerichtsrath Prestinari und für den Fall seiner Verhinderung Hofgerichtsrath Benkiser in Bruchsal;

3. für den Oberrheinkreis Hofgerichtsrath Feyer, und für den Fall seiner Verhinderung Hofgerichtsrath Lang in Freiburg;

4. für den Seckreis Hofgerichtsrath Wedekind, und für den Fall seiner Verhinderung Hofgerichtsrath Faller in Conflanz.

Carlsruhe, den 25. October 1851.

Großherzogliches Justizministerium.

Wedmar.

Vdt. Ullmann.

Die theilweise Erneuerung der zweiten Kammer der Ständeversammlung betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach höchster Entschliessung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 13. d. M. Nr. 1670 wegen dienstlicher Verhinderung des großherzoglichen Oberpostdirectors, Freiherrn von Reizenstein, an dessen Stelle den großherzoglichen Forstdirector Ziegler zu Carlsruhe als landesherrlichen Commissär zur Vor- nahme der Ersatzwahl im sechsten Städtewahlbezirk (Stadt Rastatt) für den durch das Loos aus der zweiten Kammer der Landstände ausgetretenen Abgeordneten, Kaufmann Oker, allergnädigst zu ernennen geruht.

Carlsruhe, den 16. October 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Marschall.

Vdt. Buiffon.

Das Stipendium aus der Friedrich-Christiane-Luisen-Stiftung für katholische Studirende des höheren Lehrfaches betreffend.

Aus der Friedrich-Christiane-Louisen-Stiftung in Carlsruhe sind vom 1. October 1851 an zwei Stipendien mit jährlich je 144 fl. in vierteljährlichen Raten zahlbar, an katholische Studirende, welche sich dem höhern Schulfache widmen, zu vergeben.

Die Bewerber, von welchen die aus den Standesherrschaften Salem und Petershausen gebürtigen vorzüglich zu berücksichtigen, und die dem höhern Schulfache sich widmenden katholischen Theologen nicht ausgeschlossen sind, haben sich mit legalen Ausweisen über Herkunft, wissenschaftliche Fortschritte, Sitten und Vermögen bei dem katholischen Oberkirchenrath binnen sechs Wochen zu melden.

Carlsruhe, den 16. October 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Marschall.

Vdt. Buiffon.

Die Wahl von Abgeordneten zur zweiten Kammer der Ständeversammlung betr.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach höchstem Erlaß aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 22. d. M., Nr. 1708 — 10, allergnädigst zu beschließen geruht, daß in Folge des freiwilligen Austritts der unten bezeichneten Abgeordneten aus der zweiten Kammer der Ständeversammlung Ersatzwahlen in den betreffenden Städte- und Aemterwahlbezirken angeordnet und mit der Vornahme derselben nachbenannte landesherrliche Commissäre beauftragt werden:

| Wahlbezirke. | Ausgetretene Abgeordnete. | Landesherrliche Wahlcommissäre. |
|--|---|-------------------------------------|
| 13. Städtewahlbezirk:
(Stadt Heidelberg.) | Staatsminister von Dusch. | Hofgerichtsrath Schmidt. |
| 1. Aemterwahlbezirk:
(Aemter Meersburg, Salem,
Pfullendorf, Ueberlingen, aus-
schließlich Stadt Ueberlingen.) | Hofgerichtspräsident, Staatsrath
Bett. | Hofgerichtspräsident Kieffer. |
| 4. Aemterwahlbezirk:
(vormalige Aemter Blumberg,
Stühlingen, Bonndorf, Böfingen,
Neustadt.) | Hofrath Anton Mayer. | Hofgerichtsrath Webekind. |
| 14. Aemterwahlbezirk:
(Orte des vormaligen II. Land-
amts Freiburg, des Amts Walb-
kirch und des vormaligen Amtes
Elzach.) | Regierungsdirector Fromherz. | Hofgerichtspräsident Litschgi. |
| 34. Aemterwahlbezirk:
(Ländorte des Oberamts Heidel-
berg.) | Deconom Helmreich. | Geheimer Regierungsrath
Schmitt. |

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 25. October 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Marschall.

Vdt. Sachs.

Die Staatsprüfung im Forstfach für das Jahr 1851 betreffend.

Der Anfang der diesjährigen Staatsprüfung im Forstfache ist auf Dienstag den 9. Dezember d. J. festgesetzt.

Die Anmeldungen zu dieser Prüfung haben spätestens drei Wochen vor dem Beginne derselben unter Vorlage der Zeugnisse über Vor- und Berufsbildung, Wohlverhalten und körperliche Tüchtigkeit zum Forstdienste bei der Großherzoglichen Direction der Forste, Berg- und Hüttenwerke zu geschehen.

Carlsruhe, den 17. Oktober 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Marschall.

Vdt. Buiffon.

Die Ausweihung katholischer Priester betreffend.

Nachbenannte Großherzoglich badische Tischtitularen sind am 20. August und 2. Oktober d. J. zu Priestern geweiht und hierauf als Gehilfen in der Seelsorge angestellt worden:

A mann, Gabriel, von Eslingen,
Behrle, Rudolf, von Herbolzheim,
Burger, Theodor, von Lauberbischofsheim,
Bührle, August, von Raftatt,
Dahl, Vincenz, von Eiersheim,
Dorsch, Johann, von Freiburg,
Falk, Benedikt, von Offenburg,
Friedrich, Willibald, von Lauberbischofsheim,
Graß, Alexander, von Freiburg,
Hauser, Gustav, von Eschbach,
Kästle, Ludwig, von Carlsruhe,
Köhler, Leo, von Reicholzheim,
Maier, Joseph, von Baden,
Mehmer, Georg, von Buchholz,
Sartori, Carl, von Wiesloch,
Wehrle, Stephan, von Bräunlingen,
Weiß, Wilhelm, von Ettenheim,
Zineisen, Hermann, von St. Georgen.

Carlsruhe, den 17. Oktober 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Marschall.

Vdt. Sachs.

Staatsgenehmigung von Stiftungen im Unterrheinkreise betreffend.

Die nachgenannten Stiftungen haben von der Regierung des Unterrheinkreises die Staatsgenehmigung erhalten, und werden hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 21. Oktober 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Marschall.

Vdt. Behaghel.

Es haben gestiftet:

ein Ungenannter in die Kirche zu Gundheim zwei Altarleuchter im Werthe von 16 fl.;
in die evangelische Kirche zu Hirschlanden:

a. Gemeinderath Lorenz Seyfried einen überfilberten Abendmahlskelch im Werthe von 16 fl., und

b. der evangelische Schullehrer Albrecht Assum ein Tuch zur Deckung des Taufsteins im Anschlage zu 7 fl.;

Frau von Lucher zu Nürnberg in die evangelische Kirche zu Wertheim eine Kanzelpultbede im Werthe von 22 fl.;

Anton Dittmann's Wittwe von Tauberbischofsheim 11 fl. in den kleinen Stadtalmosenfond daselbst;

die Wittwe Antonie Delant von Mannheim 25 fl. in die dortige Armenanstalt;

ein Ungenannter in die evangelische Kirche zu Neunstetten eine Bibel im Werthe von 8 fl. 48 kr.;

eine ungenannte Familie in die evangelische Kirche zu Unterkessach ein Taufstuch im Anschlage zu 2 fl.;

42 fl. 18 kr. für den evangelischen Almosenfond zu Reibstadt durch freiwillige Beiträge;

eine ungenannte Wittwe in die evangelische Kirche zu Reibstadt ein Altar- und Taufstuch zusammen im Werthe von 6 fl.;

die Wittwe Elisabetha Freihaut von Mannheim

a. in das städtische Hospital daselbst 200 fl.,

b. in das evangelische Hospital allda 200 fl., und

c. in das katholische Bürgerhospital daselbst 200 fl.;

der in Bamberg verstorbene königlich bayerische Oberpostamtssekretär Valentin Reim 150 fl. in den Almosenfond zu Grünsfeld;

eine Ungenante in die katholische Kirche zu Schriesheim einen silbernen, innen vergoldeten Kelch, eine silberne Patene und ein silbernes Eßfeldchen im Gesammtwerthe von 80 fl. und ein Futteral dazu im Anschlage zu 7 fl.;

Michael Weinmann von Rheinsheim 100 fl. in den dortigen Armenfond;

in die evangelische Kirche zu Neulussheim

a. Schmiedmeister Kemmle daselbst ein Crucifix auf den Altar im Werthe von 13 fl.,

b. Gottlieb Gund von da für den Anstrich der Kanzel und des Pfarrstuhls 12 fl.,

c. Bäckermeister Peter Rupp von Hockenheim für den Anstrich des Altars 2 fl., und

d. Adlerwirth Isack Hofmann's Ehefrau und Tochter ein Abendmahlstuch mit Spitzen im Werthe von 8 fl.;

Organist Franz Wilhelm Schulz zu Mannheim 169 fl. 28 kr. in das evangelische Hospital daselbst;

die Wittwe Franziska Auguste Weisenburger in Mannheim

a. 100 fl. an die dortige evangelische Kirchengemeinde, und

b. 100 fl. in die Armenanstalt daselbst;

Domcapitular Dr. Carl Kiefer in Freiburg 500 fl. in die katholische Kirchenalmosen-Spendungskasse zu Mannheim;

mehrere Ungenannte in die katholische Kirche zu Bremen zwei Chorfahnen im Werthe von 30 fl.;

Freisräulein Marie von Späth aus Würzburg z. B. in Distelhausen in die Kirche daselbst ein Velum im Werthe von 40 fl., und

mehrere Einwohner zu Distelhausen in die Kirche daselbst ein sogenanntes Bombardon zur Vervollständigung der Kirchenmusik im Werthe von 33 fl.

Staatsgenehmigung von Stiftungen im Seekreise betreffend.

Nachstehende Stiftungen haben von der Regierung des Seekreises die Staatsgenehmigung erhalten und werden hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 28. Oktober 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Sachs.

Es haben gestiftet:

Nikolaus Ilmensee, Pfarrer zu Deuggen, in den Kirchenfond zu Gemmenhofen zur Vergoldung eines Christusbildes auf dem neuen Gottesacker, zur Anschaffung von vier Leuchtern, zu Rauchfaß und Schiffchen oder auch zu nöthigen Paramenten 81 fl. 56 fr.;

Alexander Haslach, Pfarrer zu Langenrain 200 fl., die Zinsen hievon sind für den Berechner der vom Pfarrer Haslach gestifteten Stipendien bestimmt;

derselbe in den Armenfond zu Freudenthal 1,239 fl. 4 fr.;

die Kinder der Johann Maier'schen Eheleute zu Falkau in den dortigen Kirchenfond für Abhaltung eines Jahrtags 100 fl.;

Magdalena Vogt Wittwe zu Grafenhausen in den dortigen Schulfond zu Schulzwecken 50 fl.;

Agatha Führer Wittwe zu Neubingen in den dortigen Armenfond, mit dem Beifügen, daß die Zinsen für arme Kranke verwendet werden sollen 50 fl.;

Dekan und Stadtpfarrer Waldbart zu Pfullendorf in den dortigen Schulfond 200 fl.;

die Ehefrau des Johann Häßler, geborne Mäder zu Donaueschingen, in das dortige Armen- und Arbeitshaus 300 fl.;

ein Ungenannter in den Kirchenfond zu Markdorf, Behufs der Unterhaltung des heiligen Grabes 50 fl.;

Johann Riedmüller zu Unterbaldingen in den dortigen Armenfond 600 fl.;

ein Ungenannter zu Riebern zur Gründung eines Armenfonds allda 725 fl.;

von den Kirchspielsgenossen zu Denkingen in die dortige Kirche:

a. eine neue Pfarrfahne im Werthe von 33 fl.,

b. eine neue Todtenfahne im Werthe von 28 fl.,

c. ein neues Lumbatuch im Werthe von 10 fl.;

von einer Ungenannten zu Ochsenbach zwei kupferne im Feuer vergoldete Kronen für ein Christus- und Marienbild im Werth von 12 fl.;

Adlerwirth Rauch von Denklingen ein neues Velum im Werth von 22 fl.;

Jacob Müller, Spitalgenosse zu Markdorf, in das Spital allda 75 fl.;

eine Ungenannte von Unterkirnach in die dasige Kirche einen Beitrag zu einer neuen Konstranz 64 fl.;

Mathä Schmidt zu Rohrdorf in den Kirchenfond allda 200 fl. Die Zinsen hiervon sind zur Abhaltung eines Jahrtags und der Rest für die dürftigsten Ortsarmen bestimmt.

Dienst erledigungen.

Die erste Lehr- und Vorstandsstelle an der höheren Bürgerschule in Mosbach, die mit einem evangelisch-protestantischen Theologen zu besetzen ist, soll definitiv wieder besetzt werden, weshalb dieselbe mit einer Besoldung von 800 bis 1000 fl. zur Bewerbung ausgeschrieben wird. Die Competenten um dieselbe haben sich binnen sechs Wochen bei dem Großherzoglichen Oberstudienrath zu melden.

Durch das Ableben des Dekans und Stadtpfarrers Bohlinger ist die untere Stadtpfarrei Mannheim mit einem beiläufigen Jahreseinkommen von 2200 fl., worauf jedoch die Verbindlichkeit ruht, zwei Vikare zu unterhalten, und mit je 150 fl. zu salariren, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich binnen sechs Wochen bei dem Großherzoglichen katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

Das Amtschirurgat Stühlingen wird wiederholt zur Bewerbung ausgeschrieben. Die Bewerber haben sich binnen 3 Wochen vorschriftsgemäß bei Großherzoglicher Sanitätscommission zu melden.

Todesfall.

Gestorben ist:

am 16. Oktober d. J.: der pensionirte Hauptmann Petermann in Carlsruhe.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Donnerstag den 13. November 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsseungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Medaillenverleihungen. Dienstaufsichten.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachungen des großherzoglichen Justizministeriums: das Schriftverfassungsrecht der Rechtspraktikanten Gustav Mayer von Kaffatt, J. B. Öhring von Ettlingen und Ph. Jutt von Bruchsal betreffend. Bekanntmachungen des großherzoglichen Ministeriums des Innern: Verordnung, die Fortbildung der Volksschullehrer betreffend. Das Ergebnis der Prüfung der Lehramtskandidaten betreffend. Die Ersatzwahlen zur zweiten Kammer der Ständeversammlung im dritten Städte- und im fünfundzwanzigsten und neunundzwanzigsten Kreiswahlbezirk betreffend. Staatsgenehmigung der Präsentation auf die katholische Pfarrei Wingenhofen betreffend. Bekanntmachung des großherzoglichen Finanzministeriums: Verordnung, die Ertheilung der Weinhandlungspatente betreffend.

Dienstentlassungen. Todesfall.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsseungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Medaillenverleihungen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich

unter dem 23. October d. J.

allergnädigst bewogen gefunden, die silberne Civilverdienstmedaille zu verleihen:

den beiden Bürgern und Fischern Johann Schwarz und Johann Schilling von Rheinweiler, in ehrender Anerkennung der mit eigener großer Lebensgefahr verbundenen muthvollen Errettung der Bürger Friedrich Häberlin und Friedrich Eichacker von Kleinkems aus dem Rheine;

dem ledigen Zimmermeister Richard Leopold von Ruppenheim, in Anerkennung der bei dem Hochwasser am 1. August d. J. mit eigener großer Lebensgefahr von ihm geleisteten Hülfe zur Erhaltung der Ruppenheimer Murgbrücke und Beförderung des Wasserabflusses, und

dem Bürgermeister König von Hohnhurst, in Anerkennung seiner — während dreißigjähriger Dienstzeit — erprobten pflichtgetreuen und erfolgreichen Amtsführung.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich
unter dem 27. October d. J.

allergnädigst bewogen gefunden:

den Postmeister Adelmann in Mannheim, unter Bezeugung der allerhöchsten Zufriedenheit mit dessen langjährigen, treu geleisteten Diensten, wegen anhaltender Kränklichkeit in den Ruhestand zu versetzen, und dem bisherigen Vorstande des Post- und Eisenbahnamtes Rehl, Postmeister Harveng, die hierdurch erledigte Stelle eines Vorstandes des Postamtes Mannheim zu verleihen;

dem Domänenverwalter Grimm in Stockach die Finanzinspektion provisorisch zu übertragen;

den Grenzcontroleur Holz in Altbreisach zum Obergrenzcontroleur zu ernennen;

dem Stadtvikar Carl Mühlhäuser das erledigte Hof- und Stadtvikariat Karlsruhe definitiv zu verleihen und demselben den Titel als Diakonus zu erteilen;

die evangelische Pfarrei Brombach, Dekanats Lörrach, dem Pfarrer Carl Friedrich Ledderhose in St. Georgen,

die evangelische Pfarrei Neckargerach, Dekanats Mosbach, dem Pfarrer Ebert in Ruchsee, und das erledigte Amtschirurgat Herrischried dem praktischen Arzte, Wund- und Hebarzte Peter Schmid in Hilzingen zu übertragen; sodann

unter dem 28. October d. J.

den Rittmeister Kieffer vom dritten Reiterregiment auf den Grund des Ausspruches der Superarbitrationscommission für Offiziere und Kriegsbeamte in den Ruhestand zu versetzen;

dem pensionirten Rittmeister Bauer den Charakter als Major in der Suite der Reiterei zu erteilen;

den Oberleutnant von Laroche vom ersten Reiterregiment, unter Versetzung zum dritten Reiterregiment, zum Rittmeister zweiter Classe,

den Lieutenant von Gilmann im dritten Reiterregiment zum Oberleutnant zu befördern, und

den Oberleutnant Knittel vom dritten zum ersten Reiterregiment zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben ferner mittelst höchster Geheimer Kabinettsentschließung

vom 28. October d. J.

den Erbgrafen Karl Wenzel von Leiningen-Billigheim zu Neuburg, den Grafen Wilhelm von Wiser, Grundherr zu Leutershausen, und den Freiherrn Rodrich von Storzling, Grundherr zu Steißlingen, zu Kammerherren gnädigst zu ernennen geruht, und Sich

unter dem 31. October d. J.

gnädigst bewogen gefunden:

den Professor Fickler am Lyceum zu Rastatt an das Lyceum zu Mannheim, und

den Revisor Langenbacher von der Zolldirection in gleicher Eigenschaft zur Revision der Oberrechnungskammer zu versehen;
 den Revidenten Franz Carl Bott bei der Regierung des Mittelrheinkreises zum Stiftungsrevisor bei dieser Regierung, und
 den Cameralpraktikanten Johann Bernhard Schneider, Revidenten bei dem katholischen Oberkirchenrath, zum Stiftungsrevisor bei der Regierung des Saarkreises zu ernennen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Das Schriftverfassungsrecht des Rechtspraktikanten Gustav Mayer von Rastatt betreffend.

Durch dieseitigen Beschluß vom Heutigen Nr. 11139 wurde dem Rechtspraktikanten Gustav Mayer von Rastatt gestattet, zur Ausübung des Schriftverfassungsrechts seinen Wohnsitz in Bruchsal zu nehmen.

Carlsruhe, den 31. October 1851.

Großherzogliches Justizministerium.
 Wechmar.

Vdt. Ullmann.

Das Schriftverfassungsrecht des Rechtspraktikanten Johann Baptist Ööring von Ettlingen betreffend.

Durch dieseitigen Beschluß vom Heutigen Nr. 11140 wurde dem Rechtspraktikanten Johann Baptist Ööring von Ettlingen gestattet, zur Ausübung des Schriftverfassungsrechts seinen Wohnsitz in Bühl zu nehmen.

Carlsruhe, den 31. October 1851.

Großherzogliches Justizministerium.
 Wechmar.

Vdt. Ullmann.

Das Schriftverfassungsrecht des Rechtspraktikanten Philipp Zutt von Bruchsal betreffend.

Durch dieseitigen Beschluß vom Heutigen Nr. 11141 wurde dem Rechtspraktikanten Philipp Zutt aus Bruchsal das ihm mit Verfügung vom 8. November 1849 Nr. 10989 entzogene Schriftverfassungsrecht in gerichtlichen Angelegenheiten wieder verliehen und ihm gestattet, zur Ausübung desselben, seinen Wohnsitz in Wertheim zu nehmen.

Carlsruhe, den 31. October 1851.

Großherzogliches Justizministerium.
 Wechmar.

Vdt. Ullmann.

Verordnung, die Fortbildung der Volksschullehrer betreffend.

Auf den Vortrag der Oberschulconferenz findet man sich veranlaßt, die Verordnung über die Schullehrerconvente und Lesezirkel vom 30. October 1837 (Regierungsblatt Nr. XLV.) hiermit aufzuheben und an deren Stelle zur Beförderung der Weiterbildung der Schullehrer in ihrem Berufe zu verordnen, wie folgt:

§. 1.

Jeder Schullehrer, welcher noch nicht zehn Jahre im Dienste ist, hat bis zum Ablauf dieser Zeit vierteljährlich eine schriftliche Arbeit über einen auf seinen Beruf bezüglichen, vom Bezirksschulvisitator besonders zu bezeichnenden Gegenstand zu fertigen. Die Arbeit ist dem Bezirksschulvisitator vorzulegen, welcher dieselbe zu durchgehen und dem betreffenden Lehrer eine kurze schriftliche Beurtheilung hierüber zuzufertigen hat. Ueber den von den Lehrern dabei bewiesenen Fleiß und Fortschritt hat der Bezirksschulvisitator jährlich Bericht an die Oberschulbehörde zu erstatten.

§. 2.

Diejenigen Lehrer, welche weder in ihrem Berufe noch in ihrer Fortbildung den gehörigen Fleiß zeigen, können auch noch nach zurückgelegtem zehnten Dienstjahr von dem Bezirksschulvisitator zur Fertigung der im §. 1 erwähnten schriftlichen Arbeiten angehalten werden.

§. 3.

Der Bezirksschulvisitator ist befugt, die Lehrer des Bezirks nach Maaßgabe der nachstehenden Bestimmungen zu Conferenzen zu berufen.

§. 4.

Die Conferenzen haben in kleineren Abtheilungen der Lehrer und zwar so zu geschehen, daß im Jahre in der Regel nicht über die Hälfte der im Bezirke befindlichen Lehrer berufen werden.

§. 5.

Die Bestimmung der Zeit und des Orts der Abhaltung einer Lehrerconferenz ist jeweils dem Ermessen des Bezirksschulvisitators überlassen.

§. 6.

Der Zweck dieser Conferenzen ist:

Anleitung der Lehrer zu geüblicher Erfüllung ihrer Amtspflichten, Weckung und Hebung des Interesses für ihren Beruf und Anseiferung zur Fortbildung in demselben. Gegenstand der Besprechung hiebei ist daher alles, was zur Erreichung dieses Zweckes dienlich ist.

§. 7.

Ueber die Abhaltung einer jeden Lehrerconferenz ist ein Protokoll aufzunehmen, und solches vom Bezirksschulvisitator mit Bericht an die Oberschulbehörde einzusenden.

§. 8.

Die zu einer Conferenz berufenen Lehrer erhalten ohne Rücksicht auf die Entfernung ihres Wohnsitzes vom Orte der Conferenz eine Gebühr von je 1 fl. 12 kr. aus der Staatscasse. Der Bezirksschulvisitator erhält daraus, wenn die Conferenz außerhalb seines Wohnsitzes stattfindet, die gesetzliche Diät nebst Vergütung seiner etwaigen Reisekosten.

§. 9.

Für jeden Schulbezirk hat ein Leseverein zu bestehen, an welchem alle Lehrer, und zwar die Unter- und Hilfslehrer gegen den hälftigen Beitrag Theil zu nehmen haben.

Die anzuschaffenden Schriften, welche sich nur auf den Schulunterricht und die Erziehung der Jugend beziehen dürfen, sind von einem durch die Mitglieder des Vereins zu bestellenden Ausschuss dem Bezirksschulvisitator vorzuschlagen, welcher, wenn er keinen Anstand dabei findet, die Anschaffung genehmigt, andernfalls aber die Entscheidung der Oberschulbehörde hierüber einholt.

Carlsruhe, den 22. October 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Marschall.

Vdt. Duiffon.

Das Ergebnis der vom 7. bis 15. d. M. abgehaltenen Prüfung der Lehramtsandidaten betreffend.

Von den fünfzehn zu der Prüfung zugelassenen Candidaten sind folgende zwölf unter die Lehramtspraktikanten aufgenommen worden:

Paul Müller von Lipbach,
Jakob Köhler von Zaisenhäusen,
Immanuel Forster von Konstanz,
Leopold Stephan von Lauberbischofsheim,
Carl Roth von Ladenburg,
Cornel Maier von Gispel,
Ludwig Schindler von Rastatt,
Friedegar Mone von Löwen,
Franz Xaver Herrmann von Tiefenbronn,
Herrmann Winand von Bruchsal,
Balthasar Schmidt von Hüfingen, und
Cosmas Weber von Griesheim.

Carlsruhe, den 29. October 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Marschall.

Vdt. Duiffon.

Die Ersatzwahl im dritten Städtewahlbezirk zur zweiten Kammer der Ständeversammlung betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach höchstem Erlass aus großherzoglichem Staatsministerium vom 31. v. M. Nr. 1781 allergnädigst zu beschließen geruht, daß in Folge des freiwilligen Austritts des Abgeordneten Maier-Kapferer von Freiburg aus der zweiten Kammer der Ständeversammlung eine Ersatzwahl im dritten Städtewahlbezirk (Stadt Freiburg) angeordnet, und mit deren Vornahme der großherzogliche Hofgerichts-rath Feyer in Freiburg als landesherrlicher Wahlcommissär beauftragt werde.

Carlsruhe, den 8. November 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marshall.

Vdt. Behagel.

Die Ersatzwahl im fünfundzwanzigsten Aemterwahlbezirk zur zweiten Kammer der Ständeversammlung betr.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach höchstem Erlasse aus großherzoglichem Staatsministerium vom 8. d. M. Nr. 1809 allergnädigst zu beschließen geruht, daß in Folge des Austritts des Abgeordneten Vogelmann aus der zweiten Kammer der Ständeversammlung eine Ersatzwahl im fünfundzwanzigsten Aemterwahlbezirk (Amt Baden, ausschließlich der Stadt, und Gernsbach mit den Orten des ehemaligen Amtes Steinbach) angeordnet, und mit deren Vornahme der großherzogliche Steuerdirector Selzam zu Carlsruhe als landesherrlicher Commissär beauftragt werde.

Carlsruhe, den 10. November 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marshall.

Vdt. Sachs.

Die Ersatzwahl eines Abgeordneten im neunundzwanzigsten Aemterwahlbezirk zur zweiten Kammer der Ständeversammlung betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst allerhöchster Entschließung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 8. d. M. Nr. 1817 allergnädigst zu beschließen geruht, daß mit der Vornahme der im neunundzwanzigsten Aemterwahlbezirk stattfindenden Wahl eines Abgeordneten zur zweiten Kammer der Ständeversammlung, wegen Verhinderung des Hofgerichtspräsidenten Obkircher, der Hofgerichtspräsident, Staatsrath Beck in Bruchsal als landesherrlicher Wahlcommissär beauftragt werde.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 10. November 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marshall.

Vdt. Sachs.

Staatsgenehmigung der Präsentation auf die katholische Pfarrei Wingenhofen betreffend.

Das großherzogliche Ministerium des Innern hat
unter dem 23. October d. J.

der von Seiten der fürstlich Löwensteinischen Standesherrschaft erfolgten Präsentation des Pfarrverweisers Jakob Anton Hoffmann auf die erledigte katholische Pfarrei Wingenhofen, Bezirksamts Krautheim, die Staatsgenehmigung erteilt.

Verordnung, die Ertheilung der Weinhandlungspatente betreffend.

In Betracht, daß die Ertheilung der Weinhandlungspatente durch die Bürgermeister diese mit einem ihrem Wirkungskreis an und für sich fremden Geschäfte belastet, auch mit Mißständen verbunden ist, welche durch Ueberweisung dieses Geschäftes an die Steuerbehörden beseitigt werden können, sieht man sich zu folgender Anordnung veranlaßt:

§. 1.

Die Nachsuchung um ein Weinhandlungspatent hat nicht mehr bei dem Bürgermeister, sondern bei dem Steuererheber des Orts, wo der Weinhandel betrieben werden will, zu geschehen.

Der Steuererheber hat für seine Bemühungen die bisher den Bürgermeistern ausgeworfene Gebühr von sechs Kreuzern von dem Weinhändler zu beziehen.

Die Ausfertigung des Patents besorgt die Obereinnehmerei oder das Hauptsteueramt des Bezirks. Eine Gebühr hiefür ist nicht zu entrichten.

§. 2.

Der §. 17 der Verordnung vom 18. März 1816, wornach, falls die Erklärung für Fortsetzung des Weinhandels erst nach dem hiezu verordneten ordentlichen Termine erfolgt, diese Verspätung mit einer Geldstrafe von zwei, beziehungsweise fünf Reichsthalern zu ahnden ist, wird aufgehoben.

Erfolgt die Erklärung erst, nachdem der Wein wegen Aufgabe des Patents aufgenommen werden wollte, so hat der Weinhändler die hierwegen erwachsenen Kosten zu ersetzen.

§. 3.

Die großherzogliche Steuerdirection ist mit dem Vollzug der vorstehenden Bestimmungen, welche vom 1. Dezember dieses Jahres an in Kraft treten, beauftragt.

Carlsruhe, den 26. October 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Probst.

Dienstverlebigungen.

Man steht sich veranlaßt, die katholische Pfarrei Neudorf, Amts Philippsburg, mit einem jährlichen Ertrag von 600 bis 700 fl. nochmals zur Bewerbung auszuscheiden. Die Competenten haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem katholischen Oberkirchenrath vorschriftsmäßig zu melden.

Durch das Ableben des Dekans und Pfarrers Hirt ist die katholische Stadtpfarrei Stockach mit einem Einkommen von beiläufig 2,600 fl. in Verlebigung gekommen. Auf derselben ruht die Verbindlichkeit einen Vikar zu halten und folgende Provisorien zu zahlen:

1. jährlich 140 fl. 25 fr. Kosten für den Kirchenthurmbau, auf 19. Januar 1860 letztmals;
2. jährlich 116 fl. 14 fr. für Reparaturen am Pfarrhaus, auf 19. Januar 1853 letztmals;
3. einen zu vier Procent verzinslichen Betrag von 218 fl. 20 fr. für Reparaturen an der Kirche, auf 19. Januar 1854 und 1855 mit je 109 fl. 10 fr.;
4. jährlich 12 fl. 26 fr. Zehntablösungskosten auf 2. September 1857 letztmals;
5. einen zu vier Procent verzinslichen Betrag von 81 fl. 53 fr. für Güterverbesserung in noch zu bestimmenden Terminen.

Die Bewerber um diese Pfründe, mit der man das landesherrliche Dekanat und die Bezirks-schulvisitatur zu verbinden gedenkt, haben sich bei dem erzbischöflichen Ordinariat und bei dem katholischen Oberkirchenrath innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Todesfall.

Gestorben ist:

am 22. September d. J.: der pensionirte Finanzrath Diez in Karlsruhe.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Mittwoch den 19. November 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs: Medaillenverleihungen. Dienstaufsichten.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: die Organisation der großherzoglichen Eisenbahnbetriebsverwaltung betreffend. Bekanntmachungen des großherzoglichen Ministeriums des Innern: die Wahlen zur ersten Kammer der Ständeversammlung für das Jahr 1852 betreffend. Die Wahl eines Abgeordneten im dritten Städtewahlbezirk betreffend. Die Staatsgenehmigung der von Ollmann'schen Stiftung betreffend.

Dienstverordnungen.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs.

Medaillenverleihungen.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben allergnädigst geruht,
unter dem 30. October d. J.

dem Untererheber Joseph Heizmann zu Langenbach in der Gemeinde Kinzigthal in Anerkennung seiner fünfundfünfzigjährigen ersprießlichen Dienstleistungen als Lehrer und Steuererheber, desgleichen dem Untererheber Gerber in Emdingen, in Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste, die silberne Civilverdienstmedaille zu verleihen.

Dienstaufsichten.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben Sich
unter dem 8. November d. J.

allergnädigst bewogen gefunden:

die Stelle eines Inspectors des Transportdienstes dem dermaligen Vorstand des Post- und Eisenbahnamtes Mannheim, Postmeister Burg,

die Stelle eines Bahninspectors in Freiburg dem Bahningenieur Bischoff in Offenburg,

die Stelle eines Bahninspectors in Carlsruhe dem Bahningenieur Bürklin in Heidelberg,

die Stelle eines Inspectors der Magazine und Werkstätten dem bisherigen Vorstand des Hauptmagazins und der Hauptwerkstätte, Ingenieur Klingel in Carlsruhe zu verleihen; ferner

den Obergemeinderath Zipperlin in Mannheim, unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste, in den Ruhestand zu versetzen;

den Hauptzollamtsverwalter Schmidt in Randegg zum Obergemeinderath in Donaueschingen und den Hauptzollamtscontroleur Wind in Randegg zum Revisor bei der Zolldirection zu ernennen;

den Hauptzollamtsverwalter Rost bei Rheinfelden nach Randegg und den Hauptzollamtsverwalter Groß von Thiengen zum Hauptzollamte bei Rheinfelden, beide in gleicher Eigenschaft, zu versetzen;

den Hauptzollamtscontroleur Dlinger in Thiengen zum Hauptzollamtsverwalter daselbst, den Hauptzollamtsverwalter Sold in Karlsruhe zum Obergemeinderath in Mannheim, und den Hauptzollamtscontroleur Wolff in Karlsruhe zum Hauptzollamtsverwalter daselbst zu befördern;

den Hauptzollamtscontroleur Heyland in Ludwigshafen in gleicher Eigenschaft zum Hauptsteueramte Karlsruhe zu versetzen;

den provisorischen Hauptzollamtscontroleur Dettinger in Freiburg als Hauptzollamtscontroleur in Freiburg,

den Cameralpraktikanten Carl Gangloff als Hauptzollamtscontroleur in Randegg, und den Cameralpraktikanten Eugen Blödt als Hauptzollamtscontroleur in Ludwigshafen anzustellen;

den Oberhofgerichtssekretär, Kanzleirath Heddäus in Mannheim in den Ruhestand zu versetzen;

den Professor Schreiber bei der polytechnischen Schule aus dem Staatsdienste zu entlassen;

die evangelische Pfarrei Gutingen, Oberamts Pforzheim, dem Pfarrer Isaak Riehm in Pforzheim,

die evangelische Pfarrei Lieboldsheim, Landamts Karlsruhe, dem Pfarrer Stemmermann in Röttingen;

die evangelische Pfarrei Deutschneureuth, Landamts Karlsruhe, dem Vikar Theodor Schellenberg in Rork,

die evangelische Pfarrei Welschneureuth, Landamts Karlsruhe, dem Pfarrverweser Friedrich Gscheidl in Daisbach, und

dem für die Pfarrei Lieboldsheim designirten Pfarrer Johann Hornuth zu Leutershausen die erledigte evangelische Pfarrei Wilferdingen, Oberamts Durlach, zu übertragen;

den evangelischen Pfarrer Münzel in Dainbach in den Pensionsstand zu versetzen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Organisation der großherzoglichen Eisenbahnbetriebsverwaltung betreffend.

Mit allerhöchster Entschließung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 8. d. M. Nr. 1800 haben nachstehende Anordnungen die Genehmigung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs erhalten:

1. Die Unterhaltung und technische Beaufsichtigung der Eisenbahnen mit ihren Beiwerken, so wie der Bahnhöfe und Gebäude, desgleichen die Leitung und Verwaltung des Magazins- und Werkstättendienstes wird von den Eisenbahnämtern getrennt. Die Verwaltung des Hauptmagazins und der Hauptwerkstätte ist aufgehoben.

2. Für die Unterhaltung und technische Beaufsichtigung der Eisenbahnen und ihrer Beiwerke, so wie der Bahnhöfe und der Gebäude des Eisenbahndienstes, werden zwei Bahninspektionen, die eine mit dem Sitz in Karlsruhe, die andere mit dem Sitz in Freiburg errichtet.

Der Bezirk der Bahninspektion Karlsruhe begreift die Eisenbahnstrecke von Mannheim bis mit Appenweiler, die Verbindungsbahn nach der Main-Neckar-Eisenbahn von Mannheim nach Friedrichsfeld und die Seitenbahnen von Doss nach Baden und von Appenweiler nach Rehl, sämtliche auf diesen Linien vorhandenen Beiwerke, Bahnhöfe und Gebäude eingeschlossen.

Der Bezirk der Bahninspektion Freiburg umfaßt in gleicher Weise die Eisenbahnstrecke von Appenweiler — den Bahnhof daselbst ausgeschlossen — bis zur südlichen Endstation, diese inbegriffen.

3. Für die unmittelbare Leitung und Verwaltung des Magazins- und Werkstättendienstes in sämtlichen Bahnhöfen wird eine Inspection der Magazine und Werkstätten errichtet, welche ihren Sitz in Karlsruhe hat. Derselben ist auch der technische Theil des Fahrdienstes übertragen.

4. Für die Beaufsichtigung und Controlirung des Transport- und Fahrdienstes wird eine Inspection des Transportdienstes errichtet. Derselben ist auch die Controle der Billete, so wie der Gepäc- und Güterbeförderung übertragen.

5. Sowohl die beiden Bahninspektionen, als die Inspection der Magazine und Werkstätten und die Inspection des Transportdienstes sind der Direction der Posten und Eisenbahnen unmittelbar untergeben und den Eisenbahnämtern gleichgeordnet.

Diese Bestimmungen, mit deren Vollzug das unterzeichnete Ministerium beauftragt ist, werden hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Karlsruhe, den 11. November 1851.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Frhr. Rüdlt.

Vdt. Barbiche.

Die Wahlen zur ersten Kammer der Ständeversammlung für das Jahr 1852 betreffend.

Unter Bezug auf das dießseitige Ausschreiben vom 3. October d. J. (Regierungsblatt Nr. LVII. Seite 618 und 619) wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Freiherr Ignaz von Hornstein zu Weiterdingen und Freiherr Franz von Girardi der ältere zu Sasbach mit Tod abgegangen sind, und daß der großherzogliche Bezirksförster Freiherr Franz von Girardi in Bruchsal hiermit in die Liste der stimmberechtigten und wählbaren Mitglieder des grundherrlichen Adels oberhalb der Murg aufgenommen wird.

Karlsruhe, den 11. November 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

von Marschal.

Vdt. Buiffon.

Die Wahl eines Abgeordneten im dritten Städtewahlbezirk betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst allerhöchster Entschlieſung aus großherzoglichem Staatsministerium vom, 17. d. M. Nr. 1836 für die im dritten Städtewahlbezirk vorzunehmende Wahl eines Abgeordneten zu der zweiten Kammer, statt des durch dienstliche Verhältnisse verhinderten Hofgerichtsraths Feyer, den Geheimen Regierungsrath Föhrenbach zu Freiburg als Wahlcommissär allergnädigst zu ernennen geruht.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 17. November 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Sachs.

Die Staatsgenehmigung der von Gilmann'schen Stiftung betreffend.

Die verstorbene Frau Kanzleirath von Gilmann zu Freiburg hat dem dortigen Blindenbeschäftigungs- und Versorgungs-Institut den Betrag von 3,000 fl. vermacht.

Diese Stiftung hat die Staatsgenehmigung erhalten und wird zum ehrenden Andenken der Stifterin hierdurch bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 4. November 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Schagel.

Die n.berledigungen.

Die katholische Pfarrei Neuhausen, Oberamts Pforzheim, ist mit einem beiläufigen Jahresertragniß von 1,500 fl. in Erledigung gekommen. Auf derselben ruht jedoch die Verbindlichkeit einen Vikar zu halten, eine Provisoriumsabgabe von jährlich 18 fl. 16 fr., im Jahr 1856 letztmals, eine solche von jährlich 20 fl. bis zur Abtragung von 128 fl. 37 fr. Zehntablösungskosten, vom 11. November v. J. laufend, zu leisten, und 66 fl. 26 fr. Gütervermeßkosten bis zur Abtragung bemerkter Provisorien zu verzinſen und dann ebenfalls in noch zu bestimmenden Terminen rückzuzahlen. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrathe innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Man sieht sich veranlaßt die katholische Pfarrei Schöllbronn, Oberamts Pforzheim, mit einem jährlichen Einkommen von 700 fl., worauf jedoch 10 fl. Zehntablösungskosten ruhen, nochmals zur Bewerbung auszuscheiden. Die Bewerber haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrathe nach Vorschrift zu melden.

Man sieht sich veranlaßt die evangelische Stadtpfarrkirche Weinheim mit einem Competenzanschlage von 999 fl. 32 fr. wiederholt zur Bewerbung auszukündigen. Die Bewerber haben sich binnen sechs Wochen nach Vorschrift bei dem großherzoglichen evangelischen Oberkirchenrathe zu melden.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Dienstag den 25. November 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Höchstlandesherrliche Verordnung: die Conscription für das Jahr 1852 betreffend. Erlaubniß zur Annahme eines fremden Ordens.
Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des großherzoglichen Justizministeriums: das Ergebniß der Prüfung der Notariatscandidaten betreffend. Bekanntmachung des großherzoglichen Ministeriums des Innern: die Stiftung der Frau Kanzleirath von Gilmann für den evangelischen Kirchenalmosenfond in Freiburg betreffend. Bekanntmachungen des großherzoglichen Finanzministeriums: den Handelsvertrag mit der Ottomantischen Pforte betreffend. Die Erhebung der Fleischsteuer betreffend.
Dienstereignissen. Todesfälle.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Höchstlandesherrliche Verordnung, die Conscription für das Jahr 1852 betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nach Ansicht des Art. 1 des Gesetzes vom 13. Februar 1851, wornach Unsere Heeresmacht nach Maßgabe des Conscriptionsgesetzes vom 14. Mai 1825, unter Berücksichtigung der Bestimmungen jenes Gesetzes sich ergänzen soll,

in Erwägung, daß die Linie jedenfalls auf dem Stande erhalten werden muß, welcher der Contingentsstärke von ein und ein halb vom Hundert der Bevölkerung entspricht,

unter Bezugnahme auf Unsere Verordnung vom 4. Dezember 1833 (Regierungsblatt Nr. XLVII.), und

auf den Vortrag Unseres Kriegsministeriums und den Beivortrag Unseres Ministeriums des Innern

haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

§ 1.

Die für das Jahr 1852 zur Ergänzung der Linie erforderliche Rekrutenquote wird auf zweitausend achthundert ein und sechzig Mann aus der betreffenden Altersklasse festgesetzt.

§. 2.

Die im §. 1 festgesetzte Ergänzungsquote ist von dem Ministerium des Innern auf die Bezirke gesetzmäßig zu vertheilen und die Vertheilung durch das Regierungsblatt bekannt zu machen. Das Kriegsministerium aber hat sich am Schlusse des Jahres 1852 über die Verwendung der zur Linke berufenen Mannschaft Unserem Staatsministerium auszuweisen.

§. 3.

Unsere Ministerien des Innern und des Krieges sind mit dem Vollzuge der gegenwärtigen Verordnung beauftragt.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 22. November 1851.

Leopold.

A. von Roggenbach. von Marschall.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlich Hohelt des Großherzogs:
Schunggart.

Erlaubniß zur Annahme eines fremden Ordens.

Seine Königl. Hohelt der Großherzog haben

unter dem 12. November d. J.

dem Hauptmann von Laroche vom 10. Infanteriebataillon die Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem Könige von Preußen verliehenen rothen Adlerordens vierter Classe gnädigst zu erteilen geruht.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Das Ergebnis der Prüfung der Notariatscandidaten betreffend.

Von sechs Notariatscandidaten, welche sich der letzten Prüfung unterzogen haben, sind durch Beschluß vom Heutigen Nr. 11669, 11670

Rudolph Schilling von Waldbhut,

Valentin Schlerath von Bruchsal,

Franz Goubiaire von Lauberbischofsheim,

Otto von Baumbach von Rheinweiler, und

Albert Harsch von Rheinbischofsheim

unter die Zahl der Notariatspraktikanten aufgenommen worden.

In Gemäßheit Beschlusses vom 15. September d. J. Nr. 9415 wurde auch

Julius Gisinger von Bruchsal,
welcher sich einer Prüfung bei großherzoglicher Regierung des Mittelrheinkreises unterzogen hat,
unter die Zahl der Notariatspraktikanten aufgenommen.

Carlsruhe, den 15. November 1851.

Großherzogliches Justizministerium.

Wegmar.

Vdt. von Göler.

Die Stiftung der Frau Kanzleirath von Gilmann für den evangelischen Kirchenalmosenfond in Freiburg betr.

Die verstorbene Margaretha von Gilmann, geborne Merian zu Freiburg, hat durch
testwillige Verfügung dem evangelischen Almosenfond daselbst die Summe von 4,000 fl. vermacht.

Diese Stiftung hat die Staatsgenehmigung erhalten und wird zum ehrenden Andenken der
Stifterin hiermit zur öffentlichen Kenntniß gemacht.

Carlsruhe, den 11. November 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

von Marschall.

Vdt. Sachs.

Den von Preußen Namens des Zollvereins mit der Ottomanischen Pforte unter dem 10. und 22. October 1840
abgeschlossenen Handelsvertrag betreffend.

Nachdem mit Rücksicht auf die Abrede im Artikel X. des vorbemerkten Handelsvertrags
(Regierungsblatt von 1841, Seite 265. ff.) die beiderseits ernannten Commissarien neuerdings
einen anderweiten Tarif der türkischen Ein- und Ausgangszölle vereinbart haben, wird hiermit
bekannt gemacht, daß dieser Tarif auf der Kanzlei jedes Hauptzoll- und Hauptsteueramts nieder-
gelegt sei und daselbst von solchem Einsicht genommen werden könne.

Carlsruhe, den 15. November 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.

Regenauer.

Vdt. Nebel.

Die Erhebung der Fleischaccise für die laufende Budgetperiode betreffend.

In der Vollzugsverordnung vom 18. April v. J. (Regierungsblatt vom vorigen Jahr,
Seite 184) zu dem Gesetze vom 30. März v. J., die Wiedereinführung der Fleischaccise für die

laufende Budgetperiode betreffend, Art. 1.) aus Versehen der Schlußtermin der Wirksamkeit des Gesetzes auf den letzten des gegenwärtigen Monats angegeben. Dieses Versehen wird mit dem Hinzufügen berichtigt, daß die laufende Budgetperiode erst mit dem letzten Dezember dieses Jahres schließe, somit die Fleischaccise auf den Grund des bestehenden Gesetzes bis zum Schlusse des gegenwärtigen Kalenderjahrs fort zu erheben sei.

Carlsruhe, den 19. November 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.

Regenauer.

Vdt. Pfeiffner.

Dienst erledigungen.

Die katholische Pfarrei Ubstadt, Oberamts Bruchsal, ist mit einem beiläufigen Jahresertragniß von 1,300 bis 1,400 fl., worauf jedoch die Verbindlichkeit ruht auf acht Jahre jährlich 400 fl. in den mittelhheinischen Pfarrinterims-Revenüen-Hauptfond abzugeben, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dieselbe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei Biengen, Amts Staufen, ist mit einem beiläufigen Jahresertragniß von 1,200 bis 1,300 fl., worauf jedoch 97 fl. 30 kr. Zehntablösungskosten vorbehaltlich weiterer derartiger Kosten, welche der künftige Pfründnießer in noch zu bestimmenden Terminen abzutragen hat, ruhen, in Erledigung gekommen. Die Bewerber um diese Pfarrei haben sich innerhalb sechs Wochen sowohl bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrathe als bei dem erzbischöflichen Ordinariate nach Vorschrift zu melden.

Die evangelische Pfarrei St. Georgen, Dekanats Hornberg, mit einem Competenzanschlage von 717 fl. 41 kr. ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber haben sich binnen sechs Wochen nach Vorschrift bei dem großherzoglichen evangelischen Oberkirchenrathe zu melden.

Todesfälle.

Gestorben sind:

- am 16. October 1851: der pensionirte Oberamtmann Gerber in Wiesloch;
- am 27. October 1851: Amtsassessor B. Bölle in Emmendingen;
- am 10. November 1851: der pensionirte Stabsquide Pfeiffer in Carlsruhe; und
- am 16. November 1851: der pensionirte Major Frech in Baden.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Donnerstag den 27. November 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs: Die Fortdauer des Kriegszustandes betreffend.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: die Organisation der großherzoglichen Eisenbahnbetriebsverwaltung betreffend. Bekanntmachungen des großherzoglichen Ministeriums des Innern: Verordnung, die Verfeinerung von Rauschmanntwaaren betreffend. Die Beiträge zu den Kosten für die Unterhaltung der Kranken in der Heil- und Pflegeanstalt Mienau betreffend. Die Apothekerlicenz des Wilhelm Müller von Schönaue betreffend.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs.

Die Fortdauer des Kriegszustandes betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Nach Anhörung Unseres Staatsministeriums haben Wir Uns bewogen gefunden zu bestimmen, daß der Kriegszustand nach Maßgabe des Gesetzes vom 29. Januar d. J. noch fortzubauern hat.

Ergeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 27. November 1851,

Leopold.

A. von Roggenbach. von Marschall. von Wechmar.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Organisation der großherzoglichen Eisenbahnbetriebsverwaltung betreffend.

Nachträglich zu der unter dem 11. d. M. — Regierungsblatt Nr. LXIV. Seite 700 — ergangenen Bekanntmachung, Absatz 4, wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Inspection des Transportdienstes ihren Sitz in Karlsruhe zu nehmen hat.

Karlsruhe, den 22. November 1851.

Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Frhr. Rüd. v.

Vdt. Barbiche.

Verordnung, die Versteigerung von Kaufmannswaaren betreffend.

Zur Verhütung der Mißbräuche bei Versteigerung von Kaufmannswaaren und zur Verminderung der mit dieser Verkaufsweise für den Handelsstand und die Käufer verbundenen Nachtheile wird verordnet, wie folgt:

§. 1.

Wer Kaufmannswaaren versteigern will, hat die Erlaubniß hierzu bei der Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk die Versteigerung stattfinden soll, nachzusuchen, unter genauer Bezeichnung der zu versteigernden Waaren, rücksichtlich der Art, der Menge, des Gewichtes u., unter Nachweisung des Eigenthümers der Waaren, ferner unter Angabe des Ortes und der Zeit der beabsichtigten Versteigerung und des Grundes, aus welchem dieser Weg der Veräußerung eingeschlagen werden will.

§. 2.

In Städten, wo eine Handelskammer besteht, ist diese von der Verwaltungsbehörde über jedes derartige Gesuch mit ihrem Gutachten zu hören, auch von jeder erteilten Erlaubniß in Kenntniß zu setzen.

§. 3.

Die Erlaubniß zur Versteigerung von Kaufmannswaaren wird nur für genau zu bezeichnende Gegenstände, einen bestimmten Ort und eine bestimmte Zeit erteilt.

Diese Bestimmung ist so zu treffen, daß dadurch der ordnungsmäßige Geschäftsbetrieb des Handelsstandes so wenig als möglich benachtheiligt wird.

§. 4.

Wenn die Versteigerung von Kaufmannswaaren auf Anordnung eines Gerichtes oder einer

andern Staatsbehörde geschieht, ist die Einholung der besondern obrigkeitlichen Erlaubniß (§. 1) nicht nöthig.

§. 5.

Wer Kaufmannswaren ohne obrigkeitliche Erlaubniß versteigert oder an einem andern Orte oder zu einer andern Zeit versteigert, als in der obrigkeitlichen Erlaubniß, beziehungsweise der Anordnung der Staatsbehörde angegeben ist, wird in jedem einzelnen Falle in eine Strafe bis zu 50 fl. verurtheilt.

Carlsruhe, den 18. November 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Sachs.

Die Beiträge zu den Kosten für die Unterhaltung der Kranken in der Heil- und Pflegeanstalt Illenau betr.

Mit höchster Genehmigung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs aus großherzoglichem Staatsministerium vom 22. d. M. Nr. 1867 werden hiermit, unter Aufhebung der dieseitigen Verfügung vom 19. Dezember 1845 und unter Modification der §§. 31 und 32 des Statuts für die Heil- und Pflegeanstalt Illenau vom 18. October 1843, die Kostenbeiträge, welche für die Unterhaltung vermöglicher Kranken in dieser Anstalt zu bezahlen sind, vom 1. Dezember l. J. an festgesetzt, wie folgt:

1. für die Verpflegung in der 1. Classe für Ausländer auf jährlich 750 fl.,
für Inländer auf jährlich 540 fl.;
2. für die Verpflegung in der 2. Classe auf 300 fl.;
3. für die Verpflegung in der 3. Classe auf 160 fl.

In Fällen, wo ein Kranker im Besiz eines den Uebersalbetrag der bezüglichen Classe übersteigenden Einkommens ist, hat derselbe aus diesem Einkommen — so weit nicht etwa zur Erhaltung von Familienangehörigen darauf gegründeter Anspruch gemacht wird — außerdem einen angemessenen Beitrag zu dem Aufwand zu leisten, welcher dem Staate für die Administration dieser Anstalt und wegen ihres stehenden und umlaufenden Betriebsfonds zur Last fällt und zwar:

- bei der Verpflegung in der 1. oder 2. Classe bis zu 150 fl. jährlich,
bei der Verpflegung in der 3. Classe bis zu 100 fl. jährlich.

Innerhalb dieser Grenzen bestimmt diejenige Kreisregierung, welche die Aufnahme des Kranken in die Anstalt genehmigt, die Größe des Beitrags nach den Verhältnissen des einzelnen Falles.

Rücksichtlich der Vergütung für den Unterhalt der Pensionäre wird die Direction der Anstalt jeweils mit den Angehörigen der Kranken ein Uebereinkommen abschließen, welches für Inländer der Genehmigung der bezüglichen Kreisregierung, für Ausländer der dieseitigen Genehmigung unterliegt. Unter die Summe von 700 fl. jährlich für einen Inländer und 1,000 fl. für einen Ausländer soll jedoch hierbei nicht herabgegangen werden.

Werden für einen Kranken einzelne Bequemlichkeiten oder Genüsse verlangt, welche nach den bestehenden Bestimmungen in der Verpflegungscasse, in welche er aufgenommen ist, nicht gewährt werden, so wird, in so fern die Bewilligung der Hausordnung nicht widerspricht, die Regierung des Mittelrheinkreises die dafür zu leistende Zahlung festsetzen.

Carlsruhe, den 24. November 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Quisson.

Die Apothekerlizenz des Wilhelm Müller von Schönau betreffend.

Dem Wilhelm Müller von Schönau wurde nach erstandener vorschriftsmäßiger Prüfung von großherzoglicher Sanitätscommission die Lizenz als Apotheker ertheilt.

Carlsruhe, den 25. November 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Marschall.

Vdt. Sachl.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Mittwoch den 3. Dezember 1851.

Inhalt.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des großherzogl. Justizministeriums: die Verordnung über den Dienst der Gerichtsboten und Vollstreckungsbeamten betreffend.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Verordnung

über den Dienst der Gerichtsboten und Vollstreckungsbeamten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst allerhöchster Entschließung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 19. d. M., Nr. 1853, folgender Verordnung über den Dienst der Gerichtsboten und Vollstreckungsbeamten die allerhöchste Genehmigung zu erteilen, und das Justizministerium zur Bekanntmachung derselben gnädigst zu ermächtigen geruht.

Erstes Kapitel.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Der Dienst der Gerichtsboten wird von dem Justizministerium in der Regel den Gerichtsvollziehern, ausnahmsweise den Amts- oder Kanzleidienern oder besondern Gerichtsboten übertragen.

§. 2.

Die Gerichtsboten, die Gerichtsvollzieher und ihre Stellvertreter werden von dem Bezirksamte in den Dienst eingewiesen und eidlich in Pflichten genommen.

§. 3.

Der Gerichtsbote und der Gerichtsvollzieher muß alle ihm obliegenden Geschäfte persönlich vornehmen, er darf dazu weder Angehörige seiner Familie noch fremde Personen verwenden. Die Verwendung von Hilfspersonen zu schriftlichen Arbeiten, mit Ausnahme der eigentlichen Beurkundung, und zu den bei Hilfspollstreckungen nöthigen Handdiensten, ist jedoch gestattet.

§. 4.

Der Stellvertreter wird vom Bezirksamt zur Dienstleistung berufen, wenn der Gerichtsbote oder Gerichtsvollzieher einer Aushilfe bedarf oder wenn er durch Krankheit oder andere Gründe von Versetzung seines Dienstes abgehalten ist. Auch kann er jeder Zeit mit Besorgung eilender Geschäfte beauftragt werden.

§. 5.

Der Gerichtsbote, der Gerichtsvollzieher oder Vollstreckungsbeamte darf keine Dienstverrichtung vornehmen, wenn

1. er selbst,
2. seine wirkliche oder geschiedene Ehefrau,
3. eines seiner Eltern oder Großeltern, seiner Kinder oder Enkel, einschließlich der Adoptiveltern oder Adoptivkinder,
4. sein Bruder, seine Schwester,
5. sein Schwager, seine Schwägerin,
6. ein Verwandter oder Verschwägerter seiner wirklichen oder geschiedenen Ehefrau in einem der unter Ziffer 3 bis 5 bezeichneten Grade,
7. sein Pflegebefohlener

in einer bürgerlichen Streitfache oder Verwaltungsfache als Partei, in einer Straffache als Angeklagter, Ankläger oder Beschädigter theilhaft ist.

Kommt ihm ein Auftrag in einer solchen Sache zu, so hat er ihn unverzüglich der Behörde, welche ihn erteilte, wieder vorzulegen, und ihr das bestehende Verhältniß der Verwandtschaft oder Theilhaftigkeit anzuzeigen.

§. 6.

Den Gerichtsboten, den Gerichtsvollziehern und Vollstreckungsbeamten ist untersagt, von einer Partei — sei es unmittelbar oder durch Mittelspersonen, vor oder nach Erledigung eines ihnen obliegenden Geschäfts — irgend ein Geschenk an Geld oder andern Vermögensvorteilen anzunehmen.

Es ist ihnen ebenso verboten, sich die erkannten Geldstrafen von einer Partei ersetzen zu lassen.

Die Uebertretung dieses Verbots wird, auch wenn sie nicht ein gerichtlich strafbares Vergehen enthält (§§. 663 u. folg. des Strafgesetzbuchs), nach Maßgabe der Verordnung vom 2. Juli l. J. (Regierungsblatt Nr. XXXVIII.) §. 31 auf's Strengste bestraft.

§. 7.

Der Gerichtsbote und der Gerichtsvollzieher hat bei allen Dienstverrichtungen sein Dienstkleid zu tragen.

§. 8.

Der Gerichtsbote und der Gerichtsvollzieher hat über alle ihm übertragenen Geschäfte und deren Vollzug ein genaues Tagebuch zu führen.

Dieses Lagebuch muß mit fortlaufenden Seitenzahlen versehen, und auf der ersten und letzten Seite, unter Angabe der Seitenzahl, vom Bezirksamte beglaubigt werden.

§. 9.

Die Bezirksämter können sich diese Lagebücher jederzeit zur Einsicht vorlegen lassen. Mindestens alle vier Wochen haben sie dieselben genau durchzusehen, die geeigneten Verfügungen wegen der vorgefundenen Mängel zu erlassen und die geschehene Durchsicht im Lagebuch selbst vorzumerken.

§. 10.

Die Lagebücher werden, wenn sie vollgeschrieben sind oder der Gerichtsbote (Gerichtsvollzieher) aus dem Dienste tritt, von ihm unterzeichnet und in die Amtsregistratur, zur Aufbewahrung während fünf Jahren, gegeben.

§. 11.

Die Beurkundungen der Gerichtsboten, der Gerichtsvollzieher und Vollstreckungsbeamten werden auf ungestempeltes Papier geschrieben.

Zweites Kapitel.

Besondere Bestimmungen über die Beforgung der Zustellungen und Eröffnungen.

§. 12.

Den Gerichtsboten liegt ob, die Verfügungen der Gerichte oder anderer Behörden nach Maßgabe der folgenden Vorschriften zur Kenntniß der Betheiligten zu bringen.

§. 13.

Der Gerichtsbote ist verpflichtet, alle Erlasse und Verfügungen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Strafsachen, welche ihm von einem inländischen Gerichte, Vollstreckungsbeamten oder Staatsanwälte zugehen, innerhalb seines Distrikts denjenigen Personen, an welche sie gerichtet sind, zuzustellen oder zu eröffnen und Beurkundung hierüber auszustellen.

Auch die Verwaltungsbehörden können den Gerichtsboten mit Zustellungen oder Eröffnungen beauftragen, wenn eine Beurkundung hierüber nothwendig ist.

§. 14.

In dringenden Fällen kann der Gerichtsbote auch mit Zustellungen und Eröffnungen außerhalb seines Distrikts beauftragt werden.

Den Untersuchungsrichtern und Staatsanwälten ist gestattet, in dringenden Fällen und wenn weder der Gerichtsbote noch sein Stellvertreter im Orte anwesend sind, namentlich bei Untersuchungsgeschäften außerhalb des Gerichtssizes, sich auch anderer öffentlicher Bediensteten zur Beforgung von Eröffnungen oder Zustellungen zu bedienen.

Eröffnungen oder Zustellungen, welche nach besonderer gesetzlicher Vorschrift immer an die bestimmte Person selbst geschehen müssen (wie namentlich Vorladungen in Strafsachen unter dem Rechtsnachtheil des Zugeständnisses, §§. 135, 170, 171 der Strafprozeßordnung, §. 42 des Pressgesetzes), sind stets durch Gerichtsboten vorzunehmen.

§. 15.

Den Gerichten ist gestattet, Zustellungen oder Eröffnungen an Personen, welche in einem andern Amtsbezirke ihren Wohnsitz oder Aufenthalt haben, unmittelbar dem Gerichtsboten des betreffenden Distrikts aufzutragen, wenn sie nicht aus besondern Gründen die Vermittelung des dortigen Gerichts (§. 256 der Prozeßordnung) für nöthig halten.

Die Obergerichte werden regelmäßig durch unmittelbare Anweisung des betreffenden Gerichtsboten die Zustellung ihrer Verfügungen und Urtheile besorgen lassen.

Auf gleiche Weise haben die Vollstreckungsbeamten die Zustellung ihrer Ankündigungen und Eröffnungen zu veranlassen.

§. 16.

Der Gerichtsbote ist verpflichtet, Verfügungen inländischer Gerichte in bürgerlichen Rechts-sachen, welche ihm von einer Partei oder deren Bevollmächtigten zur Behändigung an eine andere in Urschrift übergeben werden, vorschriftsmäßig zuzustellen und jener Partei Beurkundung hierüber auszufertigen (§§. 252, 257 der Prozeßordnung).

§. 17.

Er ist ferner verpflichtet, Appellationsanzeigen oder andere Prozeßschriften in bürgerlichen Rechts-sachen auf Verlangen einer Partei oder ihres Bevollmächtigten der andern zu behändigen und der erstern eine Beurkundung hierüber auszustellen (§§. 222, 1142 der Prozeßordnung).

§. 18.

Außer diesen Fällen (§§. 16 und 17) darf sich der Gerichtsbote mit Zustellungen auf Betreiben von Privatpersonen nicht befassen.

§. 19.

Der Gerichtsbote muß wenigstens zwei Mal in der Woche, an den vom Bezirksamte bestimmten Tagen, einen Rundgang durch alle diejenigen Orte seines Distrikts machen, in welchen er Dienstverrichtungen vorzunehmen hat.

Er muß auf diesem Rundgange alle ihm seit dem letzten Gange aufgetragenen Zustellungen und Eröffnungen vornehmen.

Wenn es ihm von der Behörde aufgegeben wird, so hat er die Zustellung unverzüglich, ohne den nächsten Rundgang abzuwarten, zu besorgen.

In Städten müssen die Gerichtsboten die ihnen überwiesenen Geschäfte Tag für Tag, wie sie ihnen zukommen, erledigen.

§. 20.

Wenn eine Eröffnung oder Zustellung nicht auf dem ersten Rundgang nach Empfang des Auftrags geschah, so hat der Gerichtsbote den Grund der Verspätung dem Gerichte bei Vorlage des Scheins anzuzeigen. Wird dies unterlassen oder erscheint die Rechtfertigung ungenügend, so wird der Gerichtsbote hierwegen zur Verantwortung gezogen und ist für allen durch ordnungswidrige Verzögerung etwa verursachten Schaden haftbar.

§. 21.

Wenn eine Zustellung an die Staatscasse, an eine öffentliche Behörde, eine Corporation, Gesellschaft oder Firma zu besorgen ist, so hat das Gericht diejenige Person, welche die Zustellung empfangen soll, namentlich zu bezeichnen.

§. 22.

Zustellungen an Stiftungen sind an den Stiftungsvorstand oder bei dessen Abwesenheit an ein anderes Mitglied der Stiftungsbehörde zu bewirken.

§. 23.

Zustellungen an eine Gemeinde sind dem Bürgermeister oder in dessen Abwesenheit dem ihn vertretenden Gemeinderath zu behändigen.

§. 24.

Ist dem Gerichtsboten eine Zustellung aufgetragen, so begiebt er sich in die Wohnung oder an den Aufenthaltsort der Person, an welche sie zu geschehen hat, und übergibt ihr die schriftliche Ausfertigung der Verfügung. Ist nur eine mündliche Eröffnung verlangt, so hat er die ihm zugestellte Verfügung der betreffenden Person wörtlich vorzulesen.

§. 25.

Findet er die Person, an welche die Eröffnung oder Zustellung geschehen soll, nicht zu Hause, so gibt er die Verfügung an eine erwachsene Person ab, die zu deren Familie oder Gesinde gehört, vorbehaltlich der im §. 28 bezeichneten Ausnahmen. Niemals darf die Zustellung an Kinder, bloße Hausgenossen oder gar an ganz fremde Personen geschehen. Der Empfänger ist aufzufordern, die Verfügung Demjenigen, für den sie bestimmt ist, sogleich bei seiner Heimkunft zu übergeben.

§. 26.

Findet der Gerichtsbote weder Denjenigen, dem er die Verfügung zustellen soll, selbst, noch eine erwachsene Person, die sich als zu dessen Familie oder Gesinde gehörig darstellt und an die er die Einhändigung bewirken kann, so geschieht sie durch Abgebung an den Vorsteher der Gemeinde, damit dieser die Einhändigung besorge und die Bescheinigung hierüber dem Gerichte vorlege.

§. 27.

Ist die Person, welcher die Zustellung geschehen soll, gestorben, oder hat sie an dem bezeichneten Orte nicht ihren Wohnsitz oder Aufenthalt, oder ist sie daselbst ganz unbekannt, so hat der Gerichtsbote eine Bescheinigung hierüber von dem Ortsvorsteher zu erheben und dem Gerichte vorzulegen.

§. 28.

War dem Gerichtsboten besonders aufgetragen, die Zustellung oder Eröffnung nur an die bestimmte Person selbst zu machen, so darf er sie nicht an eine zu deren Familie oder Gesinde gehörige Person abgeben, er muß vielmehr die bezeichnete Person im Orte aufsuchen oder ihre Rückkunft abwarten, oder, wenn dies seine übrigen Dienstgeschäfte nicht erlauben, sich seines Auftrags beim nächsten Rundgang entledigen.

§. 29.

Erhält der Gerichtsbote eine Verfügung zum öffentlichen Anschlag, so hat er sie an dem dafür bestimmten Plage anzuhängen, nachdem er den Tag, wann dies geschehen, darauf beurkundet hat. Nach Ablauf der für den Anschlag bestimmten Zeit hat er die Verfügung wieder abzunehmen, den Tag der Wegnahme auf derselben zu beurkunden und sie sofort der betreffenden Behörde vorzulegen.

§. 30.

Das Tagebuch des Gerichtsboten ist nach Muster I. einzurichten.

In dasselbe sind alle Verfügungen oder Urkunden, deren Zustellung oder Eröffnung dem Gerichtsboten aufgetragen wird, sogleich nach dem Empfange einzutragen. Zur Ausfüllung der vier ersten Felder, welche vor Antretung des Rundgangs geschehen muß, darf er sich eines Gehilfen bedienen (§. 3), den Eintrag in die drei letzten Felder hat er unmittelbar nach Erledigung der Geschäfte eigenhändig zu vollziehen.

Die Ordnungszahlen sind mit jedem Jahre neu zu beginnen.

Sind mehrere Urkunden mit einander verbunden, z. B. Klagschrift und darauf gesetzte Ladungsverfügung, so ist dies in dem dritten Felde zu erwähnen.

Die Person, welcher die Zustellung gemacht wurde, ist immer mit Vor- und Zunamen, Stand und Wohnort, niemals bloß mit ihrer Parteirolle (z. B. Kläger, Beklagter, Appellant), zu bezeichnen.

§. 31.

Die Bescheinigung, welche auf das zugestellte Aktenstück selbst geschrieben wird, muß enthalten:

1. die Person, welcher die Zustellung oder Eröffnung geschah, mit Vor- und Zunamen, Stand und Wohnort,

2. Ort, Tag und Jahr der Zustellung oder Eröffnung,
 3. die Gebühr,
 4. die Unterschrift des Gerichtsboten,
- nach Muster II.

Auf gleiche Weise wird die Bescheinigung abgefaßt, welche auf das Concept des zugestellten Aktenstücks geschrieben wird.

§. 32.

Ist ein besonderer Zustellungsschein auszufertigen, so muß derselbe außer dem, was in §. 31 vorgeschrieben ist, auch noch

1. die Bezeichnung der Behörde oder Person, von welcher die Urkunde herrührt, mit Datum und Geschäftsnummer der Letztern,
 2. die Bezeichnung der Urkunde nach ihrer Rubrik
- enthalten. Es sind hierzu gedruckte Scheine nach Muster III. zu benützen.

§. 33.

Hat der Gerichtsbote mehrere Ausfertigungen einer Verfügung erhalten, wovon eine der einen Partei zu behändigen, die andere aber der Gegenpartei zur Nachricht mitzutheilen ist, so nimmt er zuerst die Behändigung an die ersterwähnte Partei vor, und beurkundet sowohl auf die zugestellte als auf die zweite Fertigung die geschehene Behändigung. Diese zweite Fertigung hat er sofort der Partei, für welche sie bestimmt ist, wenn sie im nämlichen Distrikt wohnt, selbst zuzustellen, wenn sie in einem andern inländischen Distrikte wohnt, dem dortigen Gerichtsvollzieher zur Behändigung mitzutheilen, wenn sie endlich im Auslande wohnt, unmittelbar auf der Post zu übersenden.

§. 34.

Wenn bei Zustellung eines bedingten Zahlungsbefehls der Beklagte erklärt, daß er die gerichtliche Verhandlung der Sache verlange, so ist diese Erklärung der Zustellungsbesccheinigung beizusetzen, welche auf die dem Beklagten zugestellte, so wie auf die dem Kläger nach §. 33 zu übermachende Ausfertigung, und auf das bei Gericht bleibende Concept geschrieben wird.

§. 35.

Muß eine Zustellung oder Eröffnung wegen dabei vorgekommener Ordnungswidrigkeiten nochmals vorgenommen werden, so hat der betreffende Gerichtsbote die Kosten derselben zu tragen, vorbehaltlich dienstpolizeilicher Ahndung.

Unrichtige Beurkundungen werden auf das Strengste dienstpolizeilich bestraft, unbeschadet der etwa verurtheilten gerichtlichen Strafe und der Haftbarkeit für den verursachten Schaden.

Drittes Kapitel.**Von Beforgung der Hilfsvollstreckungen.****Erster Abschnitt.****Allgemeine Bestimmungen.****§. 36.**

Die Vollstreckungsbeamten jeder Art dürfen eine Hilfsvollstreckung nur dann vornehmen, wenn sie ihnen von dem vorgesetzten Gericht aufgetragen ist.

Das Gericht, welches eine Vollstreckung außerhalb seines Bezirks vornehmen lassen will, hat sich deshalb an das Gericht des betreffenden Bezirks zu wenden (§. 916 der Prozeßordnung).

§. 37.

Auch die Verwaltungsbehörden können sich zum Vollzug ihrer Erkenntnisse, und die Bürgermeister in Städten können sich zum Vollzug ihrer Bescheide in bürgerlichen Rechtsfachen der Gerichtsvollzieher bedienen.

§. 38.

Die Gerichtsvollzieher haben ferner die Fahrnißpfändung vorzunehmen, wenn sie ihnen nach Maßgabe der landesherrlichen Verordnung vom 13. Dezember 1827 (Regierungsblatt 1828, Nr. II.) von

einem landesherrlichen Verrechner,

oder dem Verrechner einer unmittelbaren oder Bezirksstiftung,

oder von dem Rentbeamten eines Standes- oder Grundherrn

zur Beitreibung ihrer Gefälle aufgetragen wird. (§. 938 der Prozeßordnung).

§. 39.

Der Vollstreckungsbeamte hat die ihm aufgetragene Vollstreckung unverzüglich zu beginnen, ohne weiteres Anrufen des Gläubigers bis zu Ende durchzuführen und sich über den Vollzug seines Auftrags bei dem Richter auszuweisen (§. 914 der Prozeßordnung).

§. 40.

Alle Arten der Hilfsvollstreckung, welche dem Gerichtsvollzieher obliegen, sind unmittelbar nach Zustellung des Vollstreckungsbefehls vorzunehmen. Er hat zunächst den Schuldner zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit aufzufordern, und wenn diese nicht unverzüglich stattfindet, sogleich zur Ausführung der Hilfsvollstreckung zu schreiten.

§. 41.

Der Vollstreckungsbeamte darf sich weder durch Bitten des Schuldners, noch durch unbescheinigte Angaben desselben, daß er Zahlung geleistet oder weitere Frist erhalten habe, noch durch andere Rücksichten zu einem eigenmächtigen Aufschube bewegen lassen.

Nur in folgenden Fällen hat er mit der Vornahme oder Fortsetzung der Vollstreckung einzuhalten:

1. wenn der Schuldner die erst nach dem Urtheil erfolgte Tilgung der Schuld, wegen der vollstreckt werden soll, oder
2. wenn derselbe die Einwilligung des Gläubigers in den Einhalt urkundlich nachweist, oder
3. wenn der Richter Einhalt gebietet (§. 924 der Prozeßordnung).

§. 42.

Alle Vollstreckungshandlungen sind so einzurichten, wie sie, so weit es ohne Nachtheil für den Zweck des Vollstreckungsverfahrens geschehen kann, für den Schuldner am wenigsten drückend sind (§. 936 der Prozeßordnung).

§. 43.

Keine Art der Vollstreckung gegen die Person des Schuldners oder in dessen Wohnung darf zur Nachtzeit (§. 921 der Prozeßordnung) oder an Sonn- und Feiertagen vorgenommen werden. Der Gerichtsvollzieher hat jedoch, wenn zu besorgen ist, daß der Schuldner die Vermögensstücke, auf deren Wegnahme der gerichtliche Befehl lautet, beseitigen oder der angeordneten Verhaftung sich durch die Flucht entziehen werde, für angemessene Bewachung zu sorgen.

§. 44.

Ist der Schuldner, dessen Ehegatte oder ein anderes bei ihm wohnendes Familienglied gefährlich krank, so hat der Gerichtsvollzieher die Vollstreckung auszusetzen, dem Gerichte Anzeige zu machen, und dessen weiteren Befehl zu gewärtigen.

§. 45.

Ist der Schuldner gestorben, so ist die Vollstreckung gleichfalls zu unterlassen und dem Gerichte Anzeige zu machen.

§. 46.

Wenn der Schuldner, seine Angehörigen oder dritte Personen die Vornahme der Vollstreckung nicht dulden wollen, so hat der Vollstreckungsbeamte sie zu ermahnen und vor den auf Widerseßlichkeit gegen die Vollziehung obrigkeitlicher Verfügungen gedrohten Strafen zu warnen.

Wird ihm aber wirklicher Widerstand durch Drohung oder Anwendung von Gewalt geleistet, so hat er die Polizeibehörde oder die Gendarmerie um Beistand anzufragen, seinen Auftrag nöthigenfalls zwangsweise auszuführen und sodann dem Gerichte Anzeige von dem Vorgange zu erstatten.

§. 47.

Den Vollstreckungsbeamten ist verboten, den Geldeinzug, sei es aus Auftrag des Gläubigers oder des Schuldners, zu besorgen.

Wenn der Schuldner zur Abwendung der Hilfsvollstreckung den Betrag seiner Schuld baar

zu begreifen besteht ist, oder wenn bei der Pfändung kassiertes Geld vorgefunden wird, so hat der Vollstreckungsbeamte zu veranlassen und sich darüber Gewißheit zu verschaffen, daß dasselbe sofort dem Gläubiger zugestellt oder durch die Post übersendet wird. Hieron ist sowohl dem Gläubiger als dem Gerichte Anzeige zu machen.

§. 48.

Alle Zwangsversteigerungen sind an Werktagen und im Gemeindehause vorzunehmen.

§. 49.

Der Vollstreckungsbeamte darf auf die zu versteigernden Stücke weder selbst, noch durch Andere mitbieten, und muß überhaupt bei dem Ausbieten und dem Zuschlage mit strenger Unparteilichkeit verfahren, auch den Zuschlag zu Gunsten eines oder des andern Bietenden nicht übereilen.

§. 50.

Die Gerichtsvollzieher haben als Vollstreckungsbeamte ein Tagebuch nach Muster IV., und die übrigen Vollstreckungsbeamten haben ein solches nach Muster V., beide nach den in §. 8 und §. 30 enthaltenen Vorschriften, zu führen.

Hinsichtlich der Prüfung dieser Tagebücher gilt die Vorschrift des §. 9.

§. 51.

Nach Beendigung des Vollstreckungsverfahrens ist über dessen Vornahme und Ergebnisse der Behörde, welche dasselbe angeordnet hat, Anzeige zu erstatten.

§. 52.

Die Versteigerungen in Ganten werden durch die Vollstreckungsbeamten und nach den Vorschriften über das Vollstreckungsverfahren vorgenommen (Prozeßordnung §. 806).

§. 53.

Die Gerichte haben von Amtswegen und auf das Strengste darüber zu wachen, daß die von ihnen verfügten Vollstreckungen in den gesetzlichen Fristen und in der vorgeschriebenen Weise vollzogen werden.

Zweiter Abschnitt.

Besondere Bestimmungen über einzelne Arten der Hilfsvollstreckung.

I. Von der Vollstreckung auf Herausgabe beweglicher Sachen.

§. 54.

Ist der Schuldner verurtheilt, eine bestimmte bewegliche Sache herauszugeben (z. B. ein bestimmtes Pferd, bestimmte Hausgeräthschaften), so begibt sich der Gerichtsvollzieher in Be-

gleitung eines Gemeinderathsmitglieds oder eines andern vom Ortsvorstand bestimmten Commissärs zu dem Schuldner, behändigt ihm den Vollstreckungsbefehl und fordert ihn zur Herausgabe der Sache auf; wenn dieser sich weigert, so sucht er sie selbst auf, und überbringt oder übersendet sie dem Gläubiger.

§. 55.

Im Fall sich die wegzunehmende Sache im Besitze eines Dritten befindet, oder wenn Streit darüber entsteht, ob die vorgefundene Sache diejenige ist, welche weggenommen werden sollte, hat der Gerichtsvollzieher deren Hinterlegung in dem Pfandlocale (§. 69) zu bewirken und dem Gerichte Anzeige zu erstatten.

§. 56.

Ist der Schuldner zur Herausgabe unbestimmter beweglicher Sachen verurtheilt (z. B. eines gewissen Quantums Wein, Getraide und dergleichen), so verfährt der Gerichtsvollzieher gleichfalls nach §. 54.

§. 57.

Ueber die Vornahme der Vollstreckung wird ein Protokoll, wie über eine Fahrnißpfändung aufgenommen.

II. Von der Vollstreckung auf Räumung liegender Güter.

§. 58.

Wenn dem Gerichtsvollzieher die Ausweisung einer Person aus einem liegenden Gute aufgetragen ist, so hat er sich hierbei zunächst nach der ihm etwa erteilten besondern Anweisung des Richters zu benehmen.

In Ermangelung einer solchen verfährt er in folgender Weise.

§. 59.

Betrifft die Vollstreckung die Ausweisung aus einem Wohnhause oder aus einem andern Gebäude, so werden alle darin befindlichen, nicht zum Hause gehörigen, Sachen ausgeräumt und dem Auszuweisenden, oder wenn er nicht anwesend ist, den gegenwärtigen Familienangehörigen oder Dienstleuten desselben übergeben, und wenn auch keine solche anwesend sind, dem Ortsvorsteher, welcher in solchem Falle für deren einstweilige Unterbringung und Verwahrung gehörig zu sorgen hat. Nur wenn die Uebergabe an den Ortsvorsteher geschehen muß, wird ein Verzeichniß derselben gefertigt.

Uebrigens wird nach den Regeln verfahren, die für die Vornahme der Pfändungen vorgeschrieben sind (§. 942 der Prozeßordnung).

§. 60.

Bei der Ausweisung aus andern Liegenschaften wird die Räumung von etwa vorhandenen, nicht zum Grundstück gehörigen, Sachen wie bei Gebäuden vollzogen (§. 943 der Prozeßordnung).

III. Von der Fahrnißpfändung.

§. 61.

Der Gerichtsvollzieher erhält den Vollstreckungsbefehl vom Gerichte in drei Ausfertigungen. Mit der einen begibt er sich, in Begleitung eines Schätzers, zu dem Schuldner und stellt sie ihm zu. Die zweite überbringt oder übersendet er nach Vornahme der Pfändung, mit Bericht über dieselbe, dem Gläubiger, die dritte legt er mit gleichem Berichte dem Gerichte vor.

§. 62.

Unmittelbar nach erfolgter Zustellung des Pfändungsbefehls hat der Gerichtsvollzieher, wenn der Schuldner nicht den ganzen Betrag seiner Schuld sogleich baar bezahlt, ohne allen Verzug die Pfändung vorzunehmen.

§. 63.

Findet der Gerichtsvollzieher die Haus- oder Zimmerthüre verschlossen, oder sind Schränke oder Behälter zu öffnen, so wird ein Werkverständiger herbeigerufen, und die Oeffnung mit möglichster Schonung bewirkt. Ist weder der Schuldner noch ein Bevollmächtigter oder Familienangehöriger desselben in seiner Wohnung oder im Orte anwesend, so hat der Gerichtsvollzieher außer dem Schätzer noch einen weiteren Ortseinwohner beizuziehen, welcher der Pfändung beizuhelfen und das darüber aufzunehmende Protokoll mit unterzeichnet.

§. 64.

Der Gerichtsvollzieher nimmt so viele Fahrnißstücke in Beschlag, als zur Befriedigung des Gläubigers und zur Berichtigung der Kosten erforderlich sind. Jedes Stück wird mit dem vom Schätzer bezeichneten Werthanschlag in ein Pfändungsprotokoll eingetragen.

§. 65.

Dieserigen Stücke, welche der Schuldner zu behalten wünscht, werden nicht gepfändet, wenn andere pfändbare Stücke in hinreichendem Werthe vorhanden sind.

Erfolgt keine Erklärung von Seite des Schuldners, so ist das zuerst zu nehmen, was nach dem Urtheile des mitwirkenden Gemeinderathsmitglieds dem Schuldner am entbehrlichsten ist.

In keinem Falle dürfen die in Beilage VI. verzeichneten zugriffsfreien Fahrnisse gepfändet werden.

§. 66.

Der Gläubiger darf nicht persönlich, wohl aber durch einen Bevollmächtigten, bei dem Akte der Pfändung anwesend sein. Der Gerichtsvollzieher hat auf dessen Bemerkungen und Anträge, so weit sie nicht gegen das Gesetz oder die Dienstordnung verstoßen, geeignete Rücksicht zu nehmen.

§. 67.

Wenn bei der Pfändung baares Geld gefunden wird, so hat der Gerichtsvollzieher damit nach §. 47 zu verfahren.

Staatspapiere oder Papiere auf Inhaber hat er dem Gerichte vorzulegen. Sie werden, wenn sich ein Käufer findet, der sie um den Tageskurs über Abzug der üblichen Provision gegen baare Zahlung übernehmen will, auf richterliche Verfügung an diesen abgegeben. Andernfalls werden sie nach den Regeln über Fahrnißversteigerung durch einen Notar versteigert.

§. 68.

Sind andere Gegenstände, als Geld und Werthpapiere (§. 62), gepfändet worden, so werden sie unmittelbar nach der Pfändung dem Bürgermeister zur Aufbewahrung übergeben. Edle Metalle, Edelsteine und andere besonders werthvolle Gegenstände werden in die Gemeindepfandkiste oder beim Mangel einer solchen in die Gemeindecasse gelegt. Auf Antrag eines Betheiligten kann die Hinterlegung auch an einem andern sichern Orte geschehen.

§. 69.

In jeder Gemeinde hat der Bürgermeister für Einrichtung eines wohlverwahrten Locals zu sorgen, in welchem gepfändete Fahrnisse bis zur Versteigerung aufzubewahren sind.

Ist kein solches Local vorhanden, so werden die Fahrnisse auf Kosten des Schuldners in das zu ihrer sichern Verwahrung geeignete Pfandlocal einer andern Gemeinde oder an den Amtssitz gebracht und dort auch versteigert.

§. 70.

Ist die Wegbringung der gepfändeten Gegenstände wegen ihres Umfangs (z. B. bei ganzen Waarenlagern) oder wegen anderer Eigenschaften (z. B. bei Wein- oder Biervorräthen) nicht thunlich, so sind solche auf Antrag des Gerichtsvollziehers durch den Bürgermeister unter Gemeindefiegel zu legen (Prozeßordnung §. 955).

§. 71.

Wenn auch die Verriegelung nicht geschehen kann, wie bei Pferden, andern Thieren, Wagen, Holzvorräthen und dergleichen, so wird dem Schuldner aufgegeben, für ihre unversehrte Erhaltung bei Strafe persönlichen Verhaftes zu sorgen (§. 955 der Prozeßordnung).

Es ist in diesem Falle am Schlusse des Pfändungsprotokolls zu bemerken:

„Die oben verzeichneten Gegenstände wurden dem Schuldner zur Verwahrung und mit der Auflage überlassen, für deren unversehrte Erhaltung zu sorgen, widrigenfalls er eine Gefängnißstrafe bis zu zwei Monaten zu gewärtigen habe.“

Diese Erklärung hat der Schuldner oder bei dessen Abwesenheit ein Angehöriger seiner Familie oder der in Gemäßheit des §. 63 beigezogene Ortsbewohner zu unterschreiben. Wenn er die Unterschrift verweigert, so ist dieß im Protokoll zu bemerken.

§. 72.

Dem Gläubiger ist im Falle des vorigen Paragraphen erlaubt, einen andern Bewahrungsort, als die Wohnung des Schuldners, oder eine andere Person in der Gemeinde, als den Schuldner zum Hüter vorzuschlagen, und es muß nach dessen Antrage verfahren werden, so lange nicht

Hinreichende Sicherheit dafür gestellt ist, daß die verpfändeten Gegenstände nicht verschleppt oder in ihrem Werthe nicht verringert werden (§. 956 der Prozeßordnung).

§. 73.

Sollen Fahrnißstücke, welche als Eigenthum des Schuldners bezeichnet sind, sich jedoch im Besitze eines Dritten befinden, gepfändet werden, so hat der Gerichtsvollzieher zunächst diesen Dritten zu befragen, ob er die bezeichneten Stücke wirklich besitze, ob er das Eigenthum des Schuldners an denselben anerkenne und zur Herausgabe derselben bereit sei. Bejaht er diese Fragen, so wird sofort zur Pfändung geschritten. Erhebt er aber Widerspruch, so wird ihm zu Protokoll eröffnet, daß ihm bis auf weitere gerichtliche Verfügung die Veräußerung oder Ausfolgung der Sachen bei Vermeidung eigenen Haftens untersagt sei. Dem Gerichte ist hiervon alsbald Anzeige zu machen.

§. 74.

Meldet sich bei oder nach der Auspfändung Jemand, welcher behauptet, daß die gepfändeten Sachen ihm und nicht dem Schuldner gehören, so muß der Gerichtsvollzieher, wenn der Schuldner das Eigenthum des Dritten anerkennt und sich noch andere angreifbare Gegenstände vorfinden, die letztern weg nehmen. Sind aber solche andere Gegenstände nicht mehr vorhanden, so hat der Gerichtsvollzieher mit der Pfändung fortzufahren und dem Dritten zu bedeuten, daß er seine Eigenthumsansprüche bei Gericht geltend machen möge.

Ebenso wird verfahren, wenn der Schuldner das Eigenthum des Dritten nicht anerkennt, oder wenn er die zur Pfändung bestimmten Gegenstände für Eigenthum eines Dritten ausgibt, ohne dies sogleich beweisen zu können. In dem Pfändungsprotokoll ist hiervon Erwähnung zu thun.

§. 75.

Wenn eine hinreichende Zahl von Stücken (§. 64) gepfändet ist, so wird das Pfändungsprotokoll am Orte der Pfändung geschlossen und von dem Gerichtsvollzieher so wie dem Gemeinderathsmitglied unterschrieben.

Konnte nicht so viel gepfändet werden, als erforderlich war, so ist im Protokoll zu bemerken, daß keine weitem zugriffbaren Fahrnisse vorgefunden wurden. In diesem Falle so wie dann, wenn gar keine zugriffbaren Fahrnisse vorhanden sind, hat der Gerichtsvollzieher sich zu erkundigen, ob der Schuldner andere Zahlungsmittel (z. B. ausstehende Forderungen, Liegenschaften) oder Fahrnisse in andern Gerichtsbezirken besitzt, und darüber dem Gläubiger Mittheilung zu machen.

§. 76.

Unmittelbar nach dem Schluß der Pfändung müssen die gepfändeten Fahrnisse, mit Ausnahme der Stücke, welche unter Siegel gelegt oder dem Schuldner zur Bewahrung überlassen wurden, nebst dem Protokoll dem Ortsvorsteher abgeliefert werden. Der Gerichtsvollzieher und der Schätzer bleiben bis zur wirklichen Ablieferung für sämtliche gepfändeten Gegenstände verantwortlich (§. 958 der Prozeßordnung).

§. 77.

Der Ortsvorsteher gibt das Protokoll, nach vorgenommener Vergleichung mit den ihm überlieferten Gegenständen, zuhat und beurkundet darauf den Empfang der letztern, so wie die etwa vorgenommene Verriegelung (§. 958 der Prozeßordnung).

Konnte nicht so viel gepfändet werden, als erforderlich war, so hat der Ortsvorsteher die Erklärung beizufügen, daß ihm nicht bekannt sei, daß der Schuldner weiteres pfändbares Fahrnißvermögen im Orte besitze (§. 960 der Prozeßordnung).

Konnte nichts gepfändet werden, so setzt der Ortsvorsteher dem Protokoll die Erklärung bei, daß ihm kein pfändbares Fahrnißvermögen des Schuldners im Orte bekannt sei (§. 961 der Prozeßordnung).

Der Ortsvorsteher ist dem Gläubiger verantwortlich, wenn er diese Beurkundung wider besseres Wissen erteilt.

§. 78.

Innerhalb acht Tagen nach vollzogener Pfändung bestimmt der Gerichtsvollzieher den Tag der Versteigerung, welcher nicht über drei Wochen hinausgesetzt werden darf, wenn nicht der Richter die spätere Vornahme bewilligt (§§. 963, 964 der Prozeßordnung).

Der Gerichtsvollzieher wird den Versteigerungstag mit Rücksicht auf den Werth der gepfändeten Gegenstände und die nach Ort und Zeit günstigste Verkaufsgelegenheit bestimmen. Er wird mehrere Versteigerungen mit einander vereinigen, wenn dies zur Erlangung besserer Preise oder zur Kostenersparung dienlich erscheint; nur hat er in diesem Falle jede Vermischung der Gegenstände sorgfältig zu vermeiden und getrennte Protokolle zu führen.

§. 79.

Dem Schuldner ist gestattet, durch Einleitung eines Privatverkaufs der gepfändeten Stücke oder durch Begebung derselben zu Faustpfand die Versteigerung abzuwenden, wenn dadurch die zur Befriedigung des Gläubigers und Berichtigung der Kosten erforderliche Summe erlangt und sogleich haar vorgelegt wird.

§. 80.

Die öffentliche Bekanntmachung der Versteigerung geschieht nach den unten (§§. 134 bis 144) folgenden Bestimmungen.

Dem Gläubiger und dem Schuldner ist der Versteigerungstag, ersterem unter Mittheilung einer Abschrift des Pfändungsprotokolls, ungesäumt anzuzeigen.

§. 81.

Sind Gegenstände zu versteigern, die dem Verderben ausgesetzt sind, oder deren Erhaltung oder Aufbewahrung unverhältnißmäßige Kosten verursachen würde, für deren Bestreitung der Schuldner nicht selbst gesorgt hat, so kann der Gerichtsvollzieher 24 Stunden nach der Pfändung die Versteigerung, selbst mit einer einzigen Verändung vornehmen (§. 964 der Prozeßordnung).

§. 82.

Der Gerichtsvollzieher darf die Versteigerung an einem andern Orte, als dem der Pfändung, nur dann vornehmen, wenn hier kein Pfandlokal vorhanden ist (§. 69) oder wenn eine erste Versteigerung vergeblich war (§. 88). Außerdem kann die Vornahme an einem andern Orte nur vom Richter verfügt werden.

§. 83.

Am Tage der Versteigerung erfolgt eine nochmalige Verkündung.

Die Versteigerung geschieht durch den Gerichtsvollzieher unter Zuzug eines Mitglieds des Gemeinderaths, welches den Erlös erhebt. Die versteigerten Gegenstände sind den Steigern nur gegen baare Zahlung zu übergeben.

Wird bei einem Fahrnißstücke, dessen Schätzungswerth 100 fl. übersteigt, nicht wenigstens die Hälfte desselben erlöst, so hat der Gerichtsvollzieher, wenn der anwesende Schuldner oder Gläubiger es verlangt, den Zuschlag zu versagen, und den Gegenstand zu einer zweiten und letzten, sogleich zu bestimmenden Versteigerung zu bringen (§. 967 der Prozeßordnung).

§. 84.

Erfolgt die Zahlung nicht bei der Uebergabe, so wird die Versteigerung sogleich wieder vorgenommen. Der frühere Steigerer bleibt für den Mindererlös verhaftet. Auf den Mehrerlös hat er keinen Anspruch (§. 968 der Prozeßordnung).

§. 85.

Der Schuldner kann die Reihenfolge angeben, in welcher die Versteigerung der einzelnen Stücke vorgenommen werden soll. Sobald eine hinreichende Summe erlöst ist, um nach Berücksichtigung der Kosten diejenigen Gläubiger vollständig zu befriedigen, die auf den Erlös Anspruch haben, wird die Versteigerung ausgesetzt (§. 969 der Prozeßordnung).

§. 86.

Während der Versteigerung hat der Gerichtsvollzieher ein Protokoll über dieselbe aufzunehmen. In demselben wird jedes ausgebotene Stück und das letzte Gebot, um welches der Zuschlag erfolgte, so wie der Name des Steigerers verzeichnet.

Der Zuschlagpreis muß mit Buchstaben geschrieben und vom Steigerer unterzeichnet werden, wenn er 75 fl. übersteigt.

§. 87.

Am Schlusse der Versteigerung wird der ganze Erlös berechnet, mit Buchstaben im Protokoll aufgezeichnet und dieses von dem anwesenden Gemeinderathsmitglied, so wie dem Gerichtsvollzieher beurkundet. Dasselbe geschieht am Schlusse jeder Tagfahrt, wenn die Versteigerung nicht in einer einzigen beendigt wird.

§. 88.

Finden sich bei einer Versteigerung keine Kaufliebhaber, so kann der Gerichtsvollzieher je nach

Umständen entweder am nämlichen Orte eine neue Versteigerung vornehmen oder die Gegenstände zu diesem Behuf auf Kosten des Schuldners an einen andern Ort bringen lassen.

§. 89.

Das Gemeinderathsmitglied, welches der Versteigerung beigewohnt hat, liefert längstens acht Tage nach derselben den Erlös, in so weit es nöthig, nach Abzug der Steigerungskosten an die Gläubiger aus, zieht bei vollständiger Befriedigung die Urkunden derselben ein, und stellt sie dem Schuldner mit der Beurkundung der Gläubiger über die an sie geschehene Zahlung nebst dem etwaigen Reste des Erlöses zu.

Konnte die Befriedigung nicht vollständig geschehen, so gibt das Gemeinderathsmitglied dem Schuldner Beurkundung über den Erlös und die hievon abgezogenen Kosten, so wie die Bescheinigung der Gläubiger über die an sie geleisteten Zahlungen.

In diesem letzten Falle pfändet der Vollstreckungsbeamte, wenn nicht in dem Verzeichnisse der gepfändeten Gegenstände angemerkt ist, daß sonst keine vorhanden seien, ohne Anrufen, weiter erforderliche Fahrnisse aus, und es wird sofort wieder wie nach der ersten Auspfändung, jedoch unter Herabsetzung der Fristen auf die Hälfte der oben §. 78 bestimmten, verfahren (§. 971 der Prozeßordnung).

§. 90.

Im Falle einer Einsprache gegen die Auszahlung nimmt das Gemeinderathsmitglied den ganzen Erlös, und wenn nur ein Theil desselben bestritten ist, diesen Theil in Verwahrung, und der Gerichtsvollzieher sendet das Protokoll in den nächsten drei Tagen an den Richter (§. 972 der Prozeßordnung).

§. 91.

Binnen 14 Tagen nach der Versteigerung hat das Gemeinderathsmitglied, welches derselben beigewohnt hat, Rechnung über die Verwendung des eingezogenen Erlöses zu stellen und dem Richter vorzulegen. Dem Schuldner ist Abschrift hievon mit den Originalbescheinigungen der Gläubiger über die empfangenen Zahlungen zuzustellen.

IV. Von Pfändung der Früchte auf dem Halme.

§. 92.

Sobald die Früchte abgemäht oder abgenommen sind, auch wenn sie noch auf dem Felde liegen, gehören sie zu den Gegenständen der Fahrnißpfändung. So lange sie aber noch auf dem Halme stehen, d. h. noch mit dem Boden, dem Baume oder Stock, auf dem sie wachsen, verbunden sind, gelten sie als Bestandtheile des Bodens, und sind deshalb unter der verfügbaren Pfändung der beweglichen Habe nicht mitbegriffen, vielmehr bedarf es zu deren Pfändung eines besondern richterlichen Befehls.

§. 93.

Die befohlene Pfändung erstreckt sich nur auf die Früchte derjenigen Grundstücke, welche

in dem Vollstreckungsbefehl einzeln oder doch ihrer Benutzungsart nach (z. B. Acker, Wiesen, Weinberge) bezeichnet sind. Im letzten Fall erstreckt sich der Befehl auf alle dem Schuldner gehörigen Grundstücke der bezeichneten Art, welche sich in der Gemarkung des in dem Befehl genannten Orts befinden.

§. 94.

Der Gerichtsvollzieher nimmt die Pfändung unter Zuziehung eines Mitglieds des Gemeinderaths vor, indem er die Lage, den beiläufigen Flächeninhalt jedes einzelnen Grundstücks und die Gattung der darauf wachsenden Früchte aufzeichnet.

Er eröffnet dem Schuldner zu Protokoll, daß er sich der eigenmächtigen Einräumung bei Vermeidung einer bis auf zwei Monate steigenden Gefängnißstrafe zu enthalten habe. Diese Eröffnung hat der Schuldner zu unterschreiben. Weigert er sich, so ist dessen im Protokoll Erwähnung zu thun.

Sind Früchte innerhalb geschlossener Grundstücke aufzuzeichnen, so hat der Gerichtsvollzieher deren Deffnung nach der Bestimmung des §. 63 zu bewirken (§. 976 der Prozeßordnung).

§. 95.

Der Gerichtsvollzieher setzt den Tag der Versteigerung so an, daß dieselbe kurz vor der Aernte vorzunehmen ist. Er kann jedoch bei verschiedenen Zeitpunkten der Aeise die Versteigerung der Aernte sämtlicher Grundstücke entweder zusammen vornehmen, oder mehrere Versteigerungen anordnen. Die Versteigerung ist nach den Regeln vorzunehmen, die für die Versteigerung beweglicher Güter vorgeschrieben sind, der Erlös jedoch dem Gläubiger vor der Aernte nie auszuliefern (§. 977 der Prozeßordnung).

§. 96.

Der Gläubiger kann statt der Versteigerung auf dem Halm begehren, daß der Gerichtsvollzieher einen Bürger aus der Gemeinde bestellt, unter dessen Aufsicht der Schuldner die Einräumung zu besorgen, demnächst auch die Veräußerung vorzunehmen, die Einziehung des Erlöses aber dem bestellten Aufseher zu überlassen hat (§. 978 der Prozeßordnung).

§. 97.

Kann nach vorgenommener Pfändung der Früchte auf dem Halm die erforderliche Verkündung nicht mehr vor der Aernte geschehen, so läßt der Gerichtsvollzieher die Früchte entweder in die Verwahrung des Schuldners, oder in die eines Dritten bringen. Werden sie dem Schuldner zur Verwahrung überlassen, so treten die Bestimmungen des §. 71 ein (§. 980 der Prozeßordnung).

§. 98.

Dem Schuldner sind, wenn seine ganze Aernte gepfändet wird, und er sonst kein Vermögen besitzt, die nöthigen Lebensmittel und das Futter für die zugriffsfreien Thiere für einen Monat aus dem Erlös der Aernte oder durch Naturalabgabe auszufolgen (§. 981 der Prozeßordnung).

V. Vom persönlichen Verhaft.

§. 99.

Wenn gegen einen Schuldner der persönliche Verhaft als Vollstreckungsmittel erkannt ist, so hat ihn der Gerichtsvollzieher aufzusuchen und ihn nach Behändigung des Verhaftsbefehls zu verhaften.

Der Schuldner kann jedoch in diesem Falle nicht verhaftet werden:

1. zur Nachtzeit,
2. in den Kirchen, während des Gottesdienstes oder einer andern kirchlichen Feier,
3. in den Versammlungsorten, Sälen oder Kanzleien öffentlicher Behörden, Korporationen oder beratender Versammlungen während der Sitzungen oder Amtshandlungen,
4. während er, zum öffentlichen Dienste aufgefordert, mit Waffen erscheint,
5. während er, als Zeuge oder Kunstverständiger zum persönlichen Erscheinen vor Gericht aufgefordert, ein freies Geleit hat.

Dieses freie Geleit wird von dem Richter der Hauptsache, in welcher er als Zeuge oder Sachverständiger erscheinen soll, ausfertigt, und enthält die Bestimmung der Lage, während welcher es dauert, so wie die Bezeichnung der Sache, in welcher, und des Grundes, aus welchem es ertheilt worden ist.

6. während er irgend einer kirchlichen Feierlichkeit, einem Leichenbegängnisse, oder einem politischen, von einer öffentlichen Behörde angeordneten oder erlaubten Aufzuge beizuwohnt.
7. in seiner Wohnung oder in einem fremden Hause, wenn nicht der Verhaftbefehl dieß ausdrücklich erlaubt, in welchem Falle der Verhaft überdieß nur vollzogen werden kann in Anwesenheit des Ortsvorstandes oder eines von demselben dazu beauftragten Mitglieds des Gemeinderaths (§. 1045 der Prozeßordnung).

§. 100.

Der Verhaftete ist sofort in das für bürgerlichen Arrest bestimmte Gefängniß zu bringen. Auf sein Verlangen wird er jedoch vorher vor den Vorstand des Gerichts, welches die Verhaftung beschlossen hat, geführt (§. 1048 der Prozeßordnung).

§. 101.

Ist die Verhaftung außerhalb der Wohnung des Schuldners geschehen, so muß sie der Gerichtsvollzieher sofort oder längstens innerhalb der nächsten vierundzwanzig Stunden dort anzeigen. Ist die Wohnung nicht an dem Orte, wo die Verhaftung vorgenommen wurde, so wird für je sechs Stunden Entfernung ein weiterer Tag beigerechnet.

Kann die Bekanntmachung der Verhaftung in der Wohnung des Schuldners selbst nicht erfolgen, so wird sie dem Vorstand des Orts eingehändigt, in welchem der Verhaftete seine Wohnung hat. Hat derselbe keine Wohnung, oder ist sie unbekannt, so erläßt der Richter die Bekanntmachung an denjenigen Ortsvorstand oder diejenigen Personen, welche der Verhaftete bezeichnet (§. 1054 der Prozeßordnung).

§. 102.

Findet der Gerichtsvollzieher beim Vollzug der Verhaftung Widerstand, so hat er sich nach §. 46 zu benehmen.

VI. Von der Zwangsversteigerung unbeweglicher Güter.

§. 103.

Ueber die Eröffnung des Versteigerungsbefehls an den Schuldner, den betreibenden Gläubiger, den Bürgermeister und den Vollstreckungsbeamten hat der Gerichtsbote Bescheinigung zu den Akten zu bringen. Die dem letztern zugehende Ausfertigung muß die Bemerkung enthalten, wann die Zustellung der übrigen geschehen ist.

§. 104.

Bezeichnet der Versteigerungsbefehl die zu versteigernden Güter nicht einzeln, so sind zunächst die dem Kläger verpfändeten Liegenschaften zur Versteigerung zu bringen.

Genügen diese zu seiner Befriedigung nicht, oder hat er kein Vorrecht auf Liegenschaften, so sind alle unbeweglichen Güter des Schuldners auf der Gemarkung des im Versteigerungsbefehl genannten Ortes dem Zugriffe, so weit nöthig, unterworfen.

In jedem Fall dürfen jedoch diejenigen Güter, auf welche dritte Gläubiger ein dem Kläger vorgehendes Recht haben, erst dann angegriffen werden, wenn seine Befriedigung durch den Verkauf anderer nicht möglich ist.

§. 105.

Untheilbare Güter sind als ein Ganzes zur Versteigerung zu bringen.

Auf Antrag des Schuldners geschieht dieses auch bei Liegenschaften, welche zu einer und derselben Bewirthschaftung gehören (R.R.G. 2211).

§. 106.

Kommen Güter verschiedener Gemarkungen desselben Gerichtsbezirks zur Versteigerung, so geschieht diese durch einen und denselben Vollstreckungsbeamten. Sie geschieht auch, sofern es zweckmäßig ist, in einer und derselben Handlung an dem hiezu am besten geeigneten Orte.

Liegen aber die Güter in verschiedenen Gerichtsbezirken, so findet der Zugriff nur nach einander statt, ausgenommen in den Fällen des §. 105, oder wenn die gleichzeitige Versteigerung zur Befriedigung des Gläubigers entweder in Betrachtung des Werths der Güter an sich oder wegen der auf diesen Gütern haftenden vorgehenden Unterpfandsrechte nothwendig ist (R.R.G. 2210, Prozeßordnung §. 934).

§. 107.

Der Bürgermeister hat innerhalb der nächsten vierundzwanzig Stunden nach dem Empfang der Versteigerungsverfügung dieselbe durch einen Eintrag in das Pfandbuch für Gläubiger, die sich später zu einer Eintragung melden, offenkundig zu machen (§. 997 der Prozeßordnung).

Die Eintragung geschieht durch wörtliches Abschreiben der Verfügung unter Hinzufügung des Tags, an welchem der Eintrag gemacht wird, und der gewöhnlichen Beurkundung.

§. 108.

Der Auszug, welchen nach §. 998 der Prozeßordnung der Ortsvorgesetzte binnen weiterer vierzehn Tage dem Vollstreckungsbeamten zu übersenden hat, muß von dem Gemeinderath unterzeichnet sein, welcher für dessen Richtigkeit und Vollständigkeit verantwortlich ist.

§. 109.

Wenn der Vollstreckungsbeamte den Auszug nicht innerhalb der erwähnten vierzehn Tage erhält, so hat er bei Vermeidung eigener Verantwortlichkeit und Strafe innerhalb drei Tagen dem Gerichte die Anzeige zu machen, welches gegen den Ortsvorgesetzten sogleich eine Strafe von 1 bis 5 Gulden ausspricht und ihn unter weiterer Strafandrohung zur ungesäumten Mittheilung des Auszugs anweist.

§. 110.

Sogleich nach Empfang des Auszugs hat der Vollstreckungsbeamte diejenigen Liegenschaften, welche zur Versteigerung auszusetzen sind, zu bestimmen, und deren Schätzung, wenn solche nicht etwa schon ordnungsmäßig vorgenommen und dem Auszuge beigelegt ist, zu veranlassen.

§. 111.

Nach Einkunft der Schätzung bestimmt er den Tag zur Vornahme der ersten Versteigerung, welcher auf wenigstens einen und höchstens zwei Monate hinaus zu setzen ist (§. 1000 der Prozeßordnung), und erläßt sogleich die vorgeschriebenen Ankündigungen, namentlich an die Betheiligten (§. 113). Das Schätzungsprotokoll sendet er hierauf an den Gemeinderath zurück, bei welchem es spätestens vierzehn Tage vor dem ersten Versteigerungstage zur Einsicht jedes Betheiligten zu hinterlegen ist (§. 1007 der Prozeßordnung).

§. 112.

Die erwähnten Ankündigungen, so wie alle weiteren, während des Vollstreckungsverfahrens vorkommenden Ausfertigungen werden von dem Vollstreckungsbeamten und unter seiner Unterschrift besorgt, außer bei Assistenten, für welche dieß durch das Amtsrevisorat geschieht.

Die Ankündigungen geschehen nach den im folgenden Kapitel (§§. 134 bis 144) enthaltenen Vorschriften.

§. 113.

Die Ankündigung ist dem betreibenden Gläubiger, dem Schuldner und jedem in dem Pfandbuchsauszuge bemerkten eingetragenen oder mit uneingetragen wirklichen Vorzugs- und Unterpfandrechten versehenen Gläubiger mindestens acht Tage vor der Versteigerung durch den Gerichtsboten zuzustellen.

Hinsichtlich der unter des Schuldners Vormundschaft stehenden Minderjährigen oder Mündlosen geschieht die Zustellung an den Waisenrichter der Gemeinde, in welcher der Schuldner

seinen Wohnsitz hat. Dasselbe geschieht, wenn die zur Sicherheit eines Abwesenden von seinem Pfleger als Unterpfand bestellten oder die seinen Erben in fürsorglichen Besitz gegebenen Liegenschaften versteigert werden sollen.

Wohnt eine oder die andere dieser Personen außerhalb des Distrikts, in welchem die Versteigerung vorzunehmen ist, so wird die Ankündigung dem betreffenden Gerichtsboten zur Beihandigung übersendet. Den im Auslande Wohnenden, wenn sie keinen Bevollmächtigten im Inlande bestellt haben, wird die Ankündigung auf der Post gegen eine Empfangsbcheinigung (s. g. Erga recepisse), oder, sofern dieß nicht thunlich ist, durch Vermittlung der betreffenden Behörde ihres Wohnorts übersendet.

§. 114.

Die Ankündigung für die Unterpfands- und Vorzugsgläubiger enthält die Aufforderung an dieselben, den Betrag ihrer Forderungen spätestens in der Versteigerungstagfahrt bei dem Vollstreckungsbeamten anzumelden, damit sie bei Verweisung des Erlöses berücksichtigt werden können.

Sie sind hiebei ausdrücklich auf die Bestimmung des §. 1023 der Prozeßordnung aufmerksam zu machen, wonach die auf den Grund der Verweisung geschehende Zahlung des Steigerungspreises die Wirkung hat, daß die versteigerten Güter von der Unterpfandslast befreit werden.

Den Gläubigern, welche sich anmelden, ist auf Verlangen Bescheinigung hierüber zu geben.

§. 115.

Ueber die in Folge der erlassenen Aufforderung (§. 114) angemeldeten Forderungen vernimmt der Vollstreckungsbeamte den Schuldner. Werden von diesem oder einem dritten Gläubiger Anstände gegen eine Forderung oder das ausgesprochene Vorzugs- oder Unterpfandsrecht erhoben, deren gütliche Beseitigung nicht gelingt, so verweist er die Betheiligten an den Richter. Auf Verlangen nimmt er das gegenseitige Vorbringen sogleich zu Protokoll und legt dieses mit den betreffenden Akten dem Gerichte zur Entscheidung vor (§. 222 der Prozeßordnung). Im Uebrigen ist aber mit dem Vollstreckungsverfahren so lange vorzuschreiten, bis das Gericht Einhalt gebietet.

§. 116.

Die Belege über die Einrückungen in öffentliche Blätter, die Beurkundungen der Gerichtsboten über Vornahme der Zustellungen, die Postscheine und die Beurkundungen der Gemeindeviener über den öffentlichen Anschlag und Ausruf sind zu den Akten zu bringen und in dem Versteigerungsprotokoll zu verzeichnen.

§. 117.

Die Versteigerungsbedingungen werden von dem Vollstreckungsbeamten entworfen. Anstände gegen die entworfenen Bedingungen und Anträge auf weitere Bedingungen müssen so frühzeitig vorgebracht werden, daß dadurch die Vornahme der Versteigerung nicht aufgehalten wird.

Die Versteigerung auf Zahlungszieler kann, wenn nicht der Gläubiger dazu einwilligt, nur von dem Richter verfügt werden (§§. 1035 bis 1037 der Prozeßordnung), ein beschlüssiges

Gesuch findet aber in den letzten acht Tagen vor der Versteigerung nicht mehr Statt. Eben so wenig ist in dieser Zeit das Begehren eines Gläubigers mehr bei dem Richter zulässig, die Versteigerung ohne Abtheilung oder in andern Abtheilungen anzuordnen (§. 1009 Prozeßordnung).

Unter die Bedingungen ist jedesmal aufzunehmen, daß die Zahlung des Steigerungspreises bei Vermeidung nochmaliger Zahlung nur nach Maßgabe der dem Steigerer zukommenden Verweisung geschehen dürfe.

Jedem Gläubiger wird auf sein Verlangen und auf seine Kosten Abschrift der Bedingungen vor der Versteigerung mitgetheilt.

§. 118.

Dem betreibenden Gläubiger und den mit Vorzugs- oder Unterpfandsrecht versehenen Gläubigern ist gestattet, ein schriftliches Gebot an den Vollstreckungsbeamten einzusenden, welches jedoch von einem Notar oder dem Bürgermeister beglaubigt sein muß, sofern der Gläubiger nicht selbst eine öffentliche Behörde, eine Körperschaft oder eine standes- oder grundherrliche Verwaltung ist.

§. 119.

Bei der Versteigerung werden die Stücke nach Gutfinden auch unter dem Schätzungswerthe ausgebaut. Das erste Gebot, wenn auch geringer als das Ausgebot, wird eingetragen, sofort jedes folgende, welches bis zum Niederschreiben nicht überboten wird. Das Gebot, welches den Zuschlag erhält, wird mit Buchstaben geschrieben und von dem Steigerer unterzeichnet.

§. 120.

Bei der ersten Versteigerung wird jedes Stück, auf welches der Schätzungswerth geboten wird, zugeschlagen. Es darf kein Stück unter dem Schätzungswerth zugeschlagen werden, wenn auch aus andern Stücken mehr, als der Anschlag, erlöst worden ist.

§. 121.

Wenn durch einen bedeutenden Mehrerlös eines Stücks über den Schätzungswerth sich die Möglichkeit darbietet, daß dem Schuldner ein Theil des zur Versteigerung Ausgesetzten erhalten werden kann, so darf der Vollstreckungsbeamte die von den Schätzern bestimmte Reihenfolge der zu versteigernden Stücke nach dem Antrage des Schuldners abändern.

§. 122.

Wenn so viel erlöst ist, als der betreibende Gläubiger und alle Andern, welche aus dem Erlöse zu befriedigen sind, einschließlich der Kosten, zu fordern haben, so wird die Versteigerung geschlossen.

§. 123.

Werden Liegenschaften auf Betreiben eines Gläubigers versteigert, der ein Vorzugs- oder Unterpfandsrecht auf dieselben hat, und sind durch den Erlös im Einzelnen oder in Abtheilungen die Forderungen des betreibenden Gläubigers und der ihm etwa noch vorgehenden Gläubiger nicht

gebedt, so werden auf Verlangen eines Betheiligten sämtliche Liegenschaften noch im Ganzen ausgedoten.

Erfolgt dann ein Gebot, welches dem beim Einzelverkauf gewonnenen Erlöse (und, so fern es sich um die erste Versteigerung handelt, nebstdem noch dem Schätzungswerthe der unverkauft gebliebenen Stücke) mindestens gleich steht, so wird darauf der Zuschlag ertbeilt, und der ertbeilte Zuschlag ist damit aufgehoben.

Der Mehrerlös vom Ganzen vertheilt sich, so weit er zur Deckung der einzelnen Gläubiger nöthig, nach Verhältniß des Erlöses im Einzelnen, beziehungsweise des Schätzungswertthes, der ihnen besonders verhafteten Stücke.

Erfolgt kein solches Gebot, so bleibt es bei dem vorher ertbeilten Zuschlage.

§. 124.

Kommen unbelastete Liegenschaften zugleich mit belasteten zur Versteigerung, und reicht der beim Verkauf im Einzelnen oder in Abtheilungen gewonnene Erlös nicht zur Deckung der Forderungen hin, welche daraus getilgt werden sollen, so wird auf Verlangen eines Betheiligten gleichfalls ein Verkauf im Ganzen oder in schicklichen Abtheilungen versucht.

Bei solchen Abtheilungen sind die zum nämlichen Spezialunterpfand gehörigen Güter möglichst ungetrennt zu lassen.

Die Bestimmung des §. 123 oder des §. 124 ist jedesmal, je nachdem der Fall des einen oder des andern Paragraphen vorliegt, in die Versteigerungsbedingungen aufzunehmen.

§. 125.

Wird eine zweite Versteigerung notwendig, so hat sich der Vollstreckungsbeamte genau nach den in den §§. 1017 — 1019 der Prozeßordnung enthaltenen Vorschriften zu achten.

§. 126.

Nach beendigter Versteigerung gibt der Vollstreckungsbeamte den nicht anwesenden Gläubigern (§. 113) Nachricht vom Ergebnisse derselben und übersendet Auszug aus dem Protokoll den Gemeinderäthen der Orte, in deren Gemarkung die versteigerten Güter liegen. Dieser Auszug muß Alles enthalten, was auf die Eigenthumserwerbung der Steigerer Bezug hat, namentlich die Beschreibung der versteigerten Güter mit den darauf ruhenden Lasten und die darauf bezüglichen Bedingungen.

Die Gemeinderäthe besorgen den Eintrag in das Grundbuch und legen dem Amtsrevisorat einen Auszug zur Fertigung der Steigerungsurkunden d. h. Kaufbriefe vor. In den Kaufbriefen ist zu bemerken, daß die Zahlung des Steigerungspreises nach Maßgabe der dem Steigerer zukommenden Verweisung zu geschehen habe. Auch sind darin die Unterpfands- und Vorzugsrechte anzugeben, welche noch auf dem Gute lasten.

§. 127.

Das Amtsrevisorat hat die Ausfertigung der Kaufbriefe alsdann zu verweigern, wenn es aus den vorgelegten Grundbuchsausügen wesentliche und unverbesserliche Fehler in dem Ver-

fahren erkennt, welche Eigenthums- oder Nutznießungsrechte dritter Personen betreffen, die nicht gehört worden sind; es weist alsdann die Theiligten an den Richter. Dasselbe kann die Verbesserung wesentlicher Fehler, wenn sie möglich ist, von den Parteien verlangen, und wenn die vorgelegten Auszüge nicht alles Erforderliche enthalten, deren Ergänzung anordnen.

§. 128.

Vier Wochen nach der Versteigerung fertigt der Vollstreckungsbeamte die Verweisung des Erlöses an

1. den oder die betreibenden Gläubiger,
2. diejenigen Gläubiger, deren Vorzugs- oder Unterpfandsrechte auf die versteigerten Güter vor dem Vollstreckungsbeamten angemeldet und richtig gestellt, oder die von dem Richter zu ihrer Befriedigung auf den Erlös verwiesen sind.

§. 129.

Hierauf ladet er diese Gläubiger so wie den Schuldner zur Eröffnung der Verweisung vor. Entfernt wohnenden Gläubigern wird ein Auszug der Verweisung, so weit er sie interessiert, mit der Aufforderung übersendet, ihre etwaigen Erinnerungen in der Tagfahrt oder schriftlich vor derselben vorzubringen.

Die Tagfahrt ist so anzusetzen, daß jedem Gläubiger die Ladung 14 Tage vor derselben zukommt. In der Zwischenzeit ist ihnen die Einsicht der Verweisung gestattet.

§. 130.

Erscheinen die Vorgeladenen nicht oder werden keine Erinnerungen von ihnen vorgebracht, so fertigt der Vollstreckungsbeamte die Verweisung aus. Die von Assistenten entworfenen Verweisungen sind dagegen schon vor der Vorladung zur Eröffnung dem Amtsrevisorat zur Prüfung und nach der Tagfahrt zur Ausfertigung vorzulegen.

§. 131.

Werden aber Erinnerungen gegen den Verweisungsentwurf vorgetragen, so hat der Vollstreckungsbeamte zuerst die Erledigung derselben in gütlichem Wege zu versuchen und, wenn diese nicht gelingt, die Parteien an den Richter zu weisen. Im letztern Falle hat er, wenn es verlangt wird, das gegenseitige Vorbringen der Parteien zu Protokoll zu nehmen und dieses mit den Acten dem Gerichte zur Entscheidung vorzulegen (§. 222 der Prozeßordnung).

§. 132.

Nach vollständiger Erledigung des Vollstreckungsverfahrens hat der Vollstreckungsbeamte dem Gerichte Anzeige zu erstatten. Die Acten bleiben in Verwahrung des Amtsrevisorats.

§. 133.

Auf Antrag des Steigerers und auf gehörige Nachweisung der nach Maßgabe der Verweisung geschehenen Zahlung des Steigerungspreises, so wie nach Einsicht der Versteigerungs-

acten, verfügt das Gericht die Streichung des Eintrags der Versteigerungsverfügung, der etwaigen späteren Einträge von Vorzugs- oder Unterpfandrechten (§§. 997, 1024 der Prozeßordnung) und der ältern Einträge der von der Versteigerung benachrichtigten Gläubiger, es mögen diese ihre Befriedigung erhalten haben oder nicht (§. 1023 der Prozeßordnung, R.R.G. 2160).

Viertes Kapitel.

Von der öffentlichen Bekanntmachung obrigkeitlicher Versteigerungen.

§. 134.

Alle Versteigerungen beweglicher oder unbeweglicher Güter, bei welchen Minderjährige (Entmündigte, Abwesende) theilhaftig sind, alle obrigkeitlichen Versteigerungen, die zum Zweck einer Erbtheilung oder einer andern Gemeinschaftstheilung, ferner alle Versteigerungen, die im Gantverfahren oder im Wege der Hilfsvollstreckung vorgenommen werden, müssen am Orte ihrer Vornahme durch öffentlichen Anschlag am Gemeindehause und durch Ausruf mit der Schelle (oder einem andern ortsüblichen Zeichen) bekannt gemacht werden.

Hat der Ort weniger als 500 Einwohner, so ist die Versteigerung auch in einer oder zwei der nächsten Gemeinden in gleicher Weise bekannt zu machen.

§. 135.

Erscheint am Orte der Versteigerung ein amtliches Verkündungsblatt, so muß die Versteigerung auch durch dieses bekannt gemacht werden, ausgenommen wenn in Fällen des §. 964 der Prozeßordnung der Versteigerungstag so nahe angesetzt werden muß, daß eine vorherige Einrückung nicht möglich ist.

§. 136.

Die Verkündung mit der Schelle geschieht durch den Ortsdiener. Von demselben wird ferner der öffentliche Anschlag am Gemeindehause angeheftet und erst am Versteigerungstage wird er abgenommen. Der Tag der geschehenen Anheftung und Abnahme ist auf dem Anschlage zu beurfunden (R.R.G. 459).

Wird der Anschlag beschädigt oder abgerissen, so ist er alsbald neuerdings auszufertigen und wieder anzuhängen, und es ist der Tag der früheren wie der neuen Anheftung darauf zu beurfunden.

Die Unterbrechung kommt, wenn das Verfahren sonst in Ordnung ist, nicht in Betracht.

§. 137.

Die Bekanntmachung durch die Schelle und durch das Verkündungsblatt, wo ein solches erscheint, hat in der Regel nur einmal zu geschehen.

Eigenschaftsversteigerungen, bei welchen Minderjährige (Entmündigte, Abwesende) theilhaftig sind, und solche, die im Zwangswege geschehen, müssen dreimal, und zwar erstere in den durch R.R.G. 459 bestimmten Zwischenräumen, durch die Schelle bekannt gemacht werden. Dagegen genügt auch bei ihnen in der Regel eine einmalige Einrückung in das Verkündungsblatt.

Außerdem ist am Tage der Versteigerung, vor deren Beginn, eine nochmalige Verkündung durch die Schelle vorzunehmen.

§. 138.

Wenn am Versteigerungsorte kein Verkündungsblatt erscheint, so soll eine einmalige Bekanntmachung in dem für den Bezirk bestehenden Verkündungsblatt, oder wenn ein solches nicht besteht, in einem daselbst stark verbreiteten Tageblatt dann von Amtswegen vorgenommen werden, wenn unter den Versteigerungsgegenständen sich solche befinden, von denen sich annehmen läßt, daß sich dazu am Orte keine hinreichende Zahl von Kauflustigen findet, oder zu denen sich voraussichtlich auch auswärtige Kauf Liebhaber einfinden werden, also z. B.

unter den Fahrnissen:

größere Vorräthe von Vieh oder landwirthschaftlichen Erzeugnissen, werthvollere häusliche Einrichtungen, Kunstgegenstände, Bücher- und Waffensammlungen, Pretiosen, Gold- und Silbergeräthe, Staatspapiere, Einrichtungen für höhere Gewerbe, Maschinen, Fabrik-erzeugnisse, Kaufmannswaaren und dergleichen;

unter den Liegenschaften:

größere Gütercomplexe, Hofgüter, Waldungen, Luxusgebäude, Häuser mit Gewerbeeinrichtungen und Realgerechtigkeiten, wie Mühlen, Wirthschaften, Apotheken, Fabriken und dergleichen.

§. 139.

Wenn die Versteigerungsgegenstände einen Schätzungswerth von mehr als 500 fl. haben, so kann die Behörde (§. 141) die in den §§. 134, 135, 137, 138 vorgeschriebenen Bekanntmachungen nach eigenem Ermessen noch ein weiteres Mal vornehmen lassen, wenn Minderjährige u. theilhaftig sind.

§. 140.

Großjährige und vollberechtigte Theilhaftige, so wie die Vertreter Minderjähriger u. können außer den in den §§. 134, 135, 137, 138 vorgeschriebenen Arten der Veröffentlichung noch weitere verlangen, namentlich die öftere Einrückung in die dort bezeichneten oder in andere, von ihnen gewählte Blätter.

Können sie sich hierüber nicht vereinigen, so kann die Behörde (§. 141) auf Antrag eines oder mehrerer von ihnen, eine weitere Veröffentlichung, wenn sie nach den in §. 138 erwähnten Rücksichten im Interesse aller Theilhaftigen zu liegen scheint, auf Kosten der Gemeinschaft eintreten lassen.

Wird ein solcher Antrag verworfen, so bleibt es einzelnen Theilhaftigen überlassen, auf eigene Kosten die weitere Veröffentlichung zu begehren. Von dem Ermessen der Behörde (§. 141) hängt es ab, den Ersatz dieser Kosten ganz oder theilweise alsdann zuzuerkennen, wenn die Verwendung ganz oder theilweise als nützlich erkannt wird.

Gegen Entscheidungen über Anträge der gedachten Art findet Beschwerdeführung, jedoch ohne aufschiebende Wirkung statt.

§ 141.

Die Behörde, welcher die in §§. 139, 140 erwähnten Entscheidungen zustehen, ist:

1. bei Versteigerungen, bei welchen Minderjährige ic. theilhaftig sind, das Amtsrevisorat;
2. bei Erbschafts- oder Gemeinschaftstheilungen ohne minderjährige Theilhaftige, der Notar, wenn ein solcher die Theilung besorgt, andernfalls das Amtsrevisorat;
3. bei Versteigerungen im Gantverfahren, der Gantrichter;
4. bei Zwangsversteigerungen, der Vollstreckungsbeamte.

Die Beschwerdeführung geht an die zunächst vorgesezte Behörde, welche darüber endgültig entscheidet.

§. 142.

Die für den Druck bestimmten öffentlichen Bekanntmachungen sollen kurz und gemeinverständlich abgefaßt werden. Insbesondere sollen die zur Versteigerung bestimmten Fahrnisse nur den verschiedenen Gattungen nach bezeichnet, und es sollen nur werthvollere Gegenstände (vergl. §. 138) besonders erwähnt werden.

Bei Liegenschaften genügt die Angabe der Gesamtzahl der Güterstücke nach ihrer verschiedenen Kulturart mit dem gesammten Flächengehalt und Schätzungswerth jeder einzelnen Art, ohne Aufzählung und Beschreibung der einzelnen Stücke, ferner die Angabe, ob dieselben zerstreut liegen, oder größere zusammenhängende Complexe bilden. Nur Liegenschaften der im §. 138 bezeichneten Art sind einzeln aufzuführen und genauer, jedoch auch wieder mit Beschränkung auf das Wesentliche, zu beschreiben.

§. 143.

Dagegen muß diejenige Ankündigung, welche bei der Zwangsversteigerung von Liegenschaften nach §. 1003 der Prozeßordnung den Theilhaftigen zuzustellen, so wie diejenige, welche durch Aufschlag am Gemeindehause und durch Ausruf mit der Schelle bekannt zu machen ist, folgende Beschreibung der zu versteigernden Grundstücke enthalten:

1. bei Gebäuden: die Straße und Nummer, oder, wo dieß nicht geschehen kann, zwei Angrenzer, den genauen oder ungefähren Flächeninhalt, den Zweck zu dem sie benützt werden oder zu benützen sind (z. B. Wohnhaus, Gasthaus, Brauhaus u. s. w.), ihre Beschaffenheit, Zahl der Stockwerke;
2. bei Gärten: die Gewinn, das bestimmte oder ungefähre Flächenmaaß, zwei Angrenzer, die Beschaffenheit im Allgemeinen;
3. bei andern Grundstücken die Gewinn, die Art der Benützung (Acker, Wiese, Weinberg u. s. w.), den bestimmten oder ungefähren Flächeninhalt und wenigstens zwei Angrenzer;
4. bei jedem Grundstück ist zugleich der Schätzungswerth anzugeben.

§. 144.

Bei Ankündigung von Zwangsversteigerungen ist der Anlaß derselben nur mit den Worten „in Folge richterlicher Verfügung“ zu erwähnen, ohne nähere Bezeichnung der letztern oder der Prozeßrubrik.

Fünftes Kapitel.

Von der Schätzung bei öffentlichen Versteigerungen.

I Schätzung beweglicher Gegenstände.

§. 145.

Der Schätzer bestimmt den Schätzungswerth nach dem wahrscheinlichen Verkaufspreis, den der Gegenstand bei hinreichender Concurrenz von Steiglustigen erreichen kann.

§. 146.

Derselbe hat, wo er es für gut findet, den Vollstreckungsbeamten auf die Zweckmäßigkeit noch weiterer als der oben (Kapitel 4) vorgeschriebenen Verkündungen aufmerksam zu machen.

§. 147.

Befinden sich Gegenstände unter den zu schätzenden, deren Werth er nicht kennt, so hat der Schätzer dem Vollstreckungsbeamten hiervon die Anzeige zu machen.

§. 148.

Zu solchen Schätzungen, so wie zu Schätzungen größerer Vorräthe von Waaren, als Weinlager u. s. w., oder von Bibliotheken, Gemäldesammlungen und dergleichen, werden eigene Sachverständige als Schätzer bestellt.

§. 149.

Wenn Gegenstände, welche einen festen Preis haben, zu versteigern sind, als Gold, Silber, andere Metalle, oder ähnliche Gegenstände, und wenn diese sich in erheblicher Quantität vorfinden, zugleich aber zu fürchten ist, daß keine hinreichende Concurrenz vorhanden sein möge, so hat der Vollstreckungsbeamte auf die Bemerkung des Schätzers den Gläubiger und Schuldner von jener Besorgniß zur Wahrung ihres Interesse in Kenntniß zu setzen.

II. Schätzung unbeweglicher Güter.

§. 150.

Die Schätzer haben den Grundsteueranschlag der zu schätzenden Güter und den aus dem Grund- und Pfandbuch gemachten Auszug über die auf dem Gute haftenden Lasten und Schulden einzusehen.

§. 151.

Sie sind befugt, von allen auf den Werth des zu schätzenden Guts bezüglichen Aktenstücken, als Pachtbriefe, Ertragsberechnungen und dergleichen, welche der Schuldner oder Andere für ihn in Verwahrung haben, Einsicht zu nehmen.

§. 152.

Die Schätzer haben untheilbare Güter als Ganzes zu schätzen. Güter, die nicht ein untheilbares Ganze bilden, sind zunächst im Einzelnen zu schätzen; sie dürfen aber auch in Abtheilungen (Loose) zusammengestellt und eben so dürfen größere, aber theilbare Güter in Loose zerlegt werden, wenn dieß zur Erreichung eines höhern Kaufpreises zweckmäßig erscheint. Der Schuldner ist zur Schätzung und zur Bildung der Abtheilungen jedesmal beizuziehen und mit seinen Bemerkungen hierüber zu hören (§. 1006 der Prozeßordnung), und es ist, daß solches geschehen, im Schätzungsprotokoll zu bemerken. Auch auf etwaige Bemerkungen und Anträge des betreibenden oder eines andern Gläubigers über die Versteigerung in Abtheilungen ist gebührende Rücksicht zu nehmen (§. 1009 der Prozeßordnung).

§. 153.

Erfolgt ein Widerspruch gegen die Abtheilung, so werden die Betheiligten an den Richter gewiesen.

§. 154.

Die Schätzung geschieht nach dem Kaufwerth des Gegenstandes, dieser bestimmt sich nach dem, was Güter von gleicher Lage und Beschaffenheit während des letzten Jahres in gewöhnlichen Verkäufen gegolten haben.

§. 155.

Sind keine oder nur wenige Verkäufe vorgekommen, welche auf das zu versteigernde Gut angewendet werden können, so wird der Nachwerth nach Abzug der Steuer bestimmt, und alsdann nach Umständen zwanzig- bis fünfundzwanzigmal zur Festsetzung des Geldwerths angenommen.

§. 156.

Bei der Schätzung von Gebäuden ist der Zustand, in so weit Haupttheile einer Ausbesserung bedürfen, ausdrücklich und im Einzelnen zu bemerken, und eine Schätzung der Kosten derselben allgemein beizufügen.

Es kann nach den Umständen beigelegt werden, was das schadhafte Gebäude auf den Abbruch werth sei.

§. 157.

Lasten, die auf einem Gute haften, sind zu schätzen und in Abzug zu bringen. Eine gesetzlich für ablösbar erklärte Last, wenn sie auch streitig ist, hindert den Fortgang der Versteigerung nicht.

§. 158.

Streitige unablösbare Lasten haben die Schätzer sogleich dem Vollstreckungsbeamten anzuzeigen, damit dieser die Betheiligten mit ihren Anträgen vernehmen kann.

§. 159.

Eben so ist zu verfahren, wenn Nutznießungsrechte auf dem Gute haften, oder dasselbe in Pacht gegeben ist, oder der Besitz aus einem andern Grunde nicht sogleich eingeräumt werden könnte.

§. 160.

Die Schätzung von Gütern und andern Grundrechten, so wie die von Nutznießungen und Nutzungen wird nach den Regeln der §§. 155 bis 157 vorgenommen.

III. Schätzung von Forderungen.

§. 161.

Zur Schätzung solcher Forderungen, welche nach den Regeln der Versteigerung unbeweglicher Güter veräußert werden (§. 987 der Prozeßordnung), ernennt der Richter besondere Schätzer, welche darauf Rücksicht zu nehmen haben, ob die Forderung eine Bedenklichkeit hat, und ob dieselbe wegen späterer Rückzahlung und wegen des Zinsfußes unter dem Nennwerth anzuschlagen sei.

Schlußbestimmungen.

§. 162.

Der Tag, an welchem gegenwärtige Verordnung in Vollzug tritt, wird von dem Justizministerium bekannt gemacht werden.

An demselben Tage tritt die Verordnung vom 29. Juli 1827 (Regierungsblatt Nr. XVII.), über die Aufstellung von Amtsberechtigten, die dazu gehörige Instruktion vom 28. September 1827 (Regierungsblatt Nr. XXII.), die Verordnung vom 12. October 1830 (Regierungsblatt Nr. XVI.) über die Fertigung der Verweisungen, die Vollstreckungsordnung vom 29. März 1832 nebst der Instruktion für Schätzer vom 10. April 1832 (Regierungsblatt Nr. XXI.), und endlich die Verordnung vom 22. Februar 1850 (Regierungsblatt Nr. XI.) über die öffentliche Bekanntmachung obrigkeitlicher Versteigerungen, außer Wirksamkeit.

Carlsruhe, den 21. November 1851.

Großherzogliches Justizministerium.
von Wechmar.

Vdt. von Göler.

Tagebuch
des
Gericbtsboten Ernst Müller zu Karlsruhe.

| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | 7. |
|--------------------|---|---|--|----------------------|---|---------|
| Ordnungs-
zahl. | Zustellung
an den
Gerichts-
boten. | Behörde. | Betreff. | Behänd-
lung. | Empfänger. | Gebühr. |
| | 1851 | | | 1851 | | fl. fr. |
| 1. | August
1. | Stadtamt Karls-
ruhe, 27. Juli
Nr. 10729. | In Sachen Daniel Ro-
senthal von Speyer gegen
Moriz Aron in Karls-
ruhe, Waarenforderung
von 800 fl. betreffend. | 1851
August
1. | Verfügung zugestellt dem
Moriz Aron in Person.
Nachricht dem Anwalt
des Klägers, Advokat
Meyer, zugestellt. | — 4 |
| 2. | 1. | Dasselbe, 30. Juli
Nr. 12306. | In Sachen Karl Mayer
in Freiburg gegen Alois
Bayer in Karlsruhe, Erb-
theilung betreffend. | 1. | Verfügung zugestellt in
Abwesenheit des Alois
Bayer, dessen Ehefrau
Maria, geb. Moser.
Nachricht dem Karl
Mayer auf der Post zu-
gesendet. | — 4 |
| 3. | 2. | Hofgericht des
Mittelrheinkreises,
24. Juli Nr. 8614. | J. u. S. gegen Michael
Werner von Lahr wegen
Brandstiftung. | 2. | Vorladung zugestellt
dem Verteidiger, Advokat
Mayer.
Desgleichen den Zeugen
Philipp Bauer und Peter
Stähle.
Der Sachverständige
Maurermeister Adam ist
krank. | — 4 |
| 4. | 2. | Notar Vogel in
Durlach, 29. Juli. | Liegenschafts-Versteige-
rung bei Adam Schöple
in Grözingen. | 3. | Der Zeuge Bernhard
Oberle ist hier unbekannt.
Versteigerungsankündi-
gung zugestellt dem Vor-
stand der Versorgungs-
anstalt, Finanzrath Huber
dem Advokat Mayer.
und der Hofrath Her-
ders Wittve. | — 4 |
| 5. | 3. | Friedrich Kammerer
dahier, 2. August. | Appellationsanzeige:
In Sachen des Max Gug-
gendorf in Karlsruhe ge-
gen Friedrich Kammerer
daselbst, Darlehensfor-
derung von 500 fl. nebst
fünf Prozent Zins vom
1. September 1849 be-
treffend. | 3. | zugestellt in Abwesen-
heit des Max Guggen-
dorf dessen großjährigem
Sohn Emanuel.
Bescheinigung zugestellt
dem Fr. Kammerer. | — 4 |

Zustellungsschein,

welcher auf die Ausfertigung oder auf das Concept der Verfügung gesetzt wird.

(§. 31 der Dienstordnung.)

Vorstehende Verfügung habe ich dem hiesigen Landwirth Moriz Heinrich (habe ich wegen Abwesenheit des Moriz Heinrich dessen Ehefrau Katharina geborne Schnelder, oder dessen erwachsener Tochter Susanna) heute in seiner Wohnung dahier zugestellt.

Mühlburg, den 3. August 1851.

Konrad Weiß,
verpflichteter Gerichtsbote.

Gebühr 4 fr.

Besonderer Zustellungsschein.

(§. 32 der Dienstordnung.)

| | |
|--------------------------|--|
| Betreff. | In Sachen des Kaufmanns Felix Dürr in Köln gegen den Papierfabrikanten Christian Hölzer in Schönau, Forderung von 1,500 fl. und Arrest betreffend. |
| Bezeichnung der Urkunde. | Klagschrift des Advokaten Nagel in Heidelberg vom 30. Juli, mit Verfügung großherzogl. Oheramts Heidelberg vom 1. August, Nr. 18450. |
| Empfänger. | Christian Hölzer in Person, in seiner Wohnung. |

Daß vorbezeichnete Urkunde der genannten Person heute ordnungsmäßig von mir zugestellt wurde, beurfunde ich hiermit.

Heidelberg, den 2. August 1851.

Ernst Mader,
verpflichteter Gerichtsbote.

Gebühr:

für die Zustellung 4 fr.
für den befohlenen Extragang 4 Stunden 30 „

Tagebuch

des

Gerichtsvollziehers Konrad Joachim von Heidelberg.

(§. 50 der Dienstordnung.)

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8.

| Ordnungszahl. | Zustellung
an den
Gerichtsvollzieher. | Behörde, Datum
und Nummer des
Beschlusses. | Betreff. | Tag der
Voll-
streckung. | Tag der
Versteige-
rung. | Gebüh-
ren. | | Bemerkungen. |
|---------------|---|---|---|--------------------------------|--------------------------------|----------------|-----|---|
| 1. | 1851.
August
1. | Oberamt Heidel-
berg, 24. Juli,
Nr. 15600, Fahrniß-
pfändungsbefehl. | In Sachen der
Schulfondsverwal-
tung Heidelberg geg.
Adrian Münch in
Altneudorf, Darle-
hensforderung von
700 fl. nebst 5 Proc.
Zins vom 1. Februar
1850 und 6 fl. 42 fr.
Kosten betr. | 1851.
August
3. | 1851.
August
17. | fl | fr. | Der Erlös aus den
versteigerten Fahr-
nissen, nach Abzug
von 6 fl. Kosten, mit
470 fl. 48 fr. ist dem
Gemeinderath Karl
Hornig zugestellt.
Drei badische 35 fl.
Loose sind Großh.
Oberamt übergeben. |
| | | | Gebühren:
für Vornahme der
Pfändung wobei für
560 fl. Fahrnisse ge-
pfändet wurden . !
Ganggebühr 3 Stb.
hin und zurück . . .
Versteigerung
1/2 Tag
Ganggebühr wie
oben | | | 2 | — | |
| | | | | | | — | 45 | |
| | | | | | | — | 40 | |
| | | | | | | — | 45 | |

LXVM.

747

Drucker V.

Tagebuch

des

Notars Friedrich Geller, als Vollstreckungsbeamten.

(§. 50 der Dienstordnung.)

Verzeichniß der zugriffsfreien Stücke.

(Landrechtssatz 2217 b.)

Der Beschlag zur Begründung eines Zugriffs ist nicht erlaubt:

1. auf die Bettung und Kleidung, deren der Schuldner und dessen Kinder zum täglichen Gebrauche bedürfen;
2. auf Bücher, Schriften, Werkzeuge, Wehr und Waffen, die dem Schuldner zur Vetreibung seines Gewerbs oder Lebensberufs nöthig sind;
3. auf die für einen Monat dem Schuldner und seiner Familie nöthigen Lebensmittel;
4. auf eine Melkkuh oder statt solcher auf zwei Geisen und die für solche auf einen Monat nöthige Streu und Fütterung bei dem Landmann;
5. auf solche Fahrniß, die Zugehörde einer Liegenschaft ist, und ohne diese dem Zugriff unterworfen werden sollte.

(Landrechtssatz 2217 c.)

Nur die in dem ersten der vorgedachten Absätze genannte Fahrniß ist durchaus und allezeit frei, auf die in den folgenden vier Absätzen genannten Stücke kann ausnahmsweise der Zugriff geschehen:

1. für Forderungen, welche vorige Eigenthümer oder Verfertiger der Fahrnißstücke noch darauf ausstehen haben;
2. für Anleihen, die zu deren Anschaffung, Erhaltung oder Verbesserung darauf gemacht worden sind;
3. für Miethzins, Pachtzins oder Aerntheertrag der Güter, deren Zugehörden die Fahrnißstücke sind, oder für welche sie behußt werden;
4. für Vorschüsse zum Unterhalt des Schuldners;
5. für Miethzins von der Wohnung desselben.

(Landrechtssatz 2217 d.)

Keine Fahrniß, die einem Gläubiger den Gesetzen nach besonders verhaftet ist, kann für andere Gläubiger in Beschlag gezogen werden, sobald jener dawider Einsprache macht, und noch andere angreifliche Fahrniß vorhanden ist.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Donnerstag den 4. Dezember 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschlüsse Seine Königl. Hoheit des Großherzogs: Die Einberufung der Landstände betreffend. Die Ernennung des Präsidenten und der Vicepräsidenten für die erste Kammer der Ständeversammlung betreffend. Die Ernennung von acht Mitgliedern in die erste Kammer der Ständeversammlung betreffend.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des großherzoglichen Ministeriums des Innern: die ordentliche Conscription für das Jahr 1852 betreffend.

Die Einberufung der Landstände betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Wir haben beschlossen, Unsere getreuen Stände auf den 12. dieses Monats um Uns zu versammeln und laden daher sämtliche Abgeordnete zu beiden Kammern ein, sich an gedachtem Tage dahier einzufinden.

Gegeben zu Carlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 3. Dezember 1851.

Leopold.

von Marshall..

Auf allerhöchsten Befehl Seine Königl. Hoheit des Großherzogs:
Schungart.

Die Ernennung des Präsidenten und der Vicepräsidenten für die erste Kammer der Ständeversammlung betr.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Wir ernennen zum Präsidenten der ersten Kammer Unserer Ständeversammlung für die Dauer des nächsten Landtages Unseres geliebten Herrn Bruders, des Markgrafen Wilhelm Großherzogliche Hoheit und Liebden, sodann zum ersten Vicepräsidenten Unseres

Herrn Betters und Schwagers, des Fürsten von Fürstenberg Durchlaucht und Lieben, und zum zweiten Vicepräsidenten Unseren Staatsrath Freiherrn Rüdert von Collenberg-Eberstadt.

Wir beauftragen den Präsidenten Unseres Ministeriums des Innern, diese Ernennungen seiner Zeit zur Kenntniß der ersten Kammer zu bringen.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 3. Dezember 1851.

Leopold.

von Marshall.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Die Ernennung von acht Mitgliedern in die erste Kammer der Ständeversammlung betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Wir haben Uns in Gemäßheit der §§. 27 und 32 der Verfassungsurkunde allergnädigst bewogen gefunden, für die bevorstehende Ständeversammlung zu Mitgliedern der ersten Kammer von Unserer Seite zu ernennen:

1. Unseren Staatsrath, Freiherrn Rüdert von Collenberg-Eberstadt,
2. Unseren Staatsrath, Freiherrn von Stengel,
3. Unseren Hofgerichtspräsidenten Obkircher,
4. Unseren Geheimen Rath und Domcapitular Staudenmaier,
5. Unseren Kammerherren und Oberforstrath, Freiherrn von Gemmingen,
6. Unseren Oberlieutenant Ludwig, Commandeur der Artillerie,
7. den Fabrikhaber Friedrich Lauer, Vorstand der Handelskammer in Mannheim,
8. den Fabrikhaber Xaver von Hofer in Constanz.

Wir beauftragen Unseren Präsidenten des Ministeriums des Innern, diese Unsere höchste Entschließung vorstehend benannten Personen und seiner Zeit der ersten Kammer zu eröffnen.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 3. Dezember 1851.

Leopold.

von Marshall.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die ordentliche Conscription für das Jahr 1852 betreffend.

Auf Vorlage der Auszüge aus den Ziehungslisten sämtlicher Conscriptionsämter, in Gemäßheit der §§. 7 und 21 des Conscriptionsgesetzes und der höchsten Verordnung vom 22. d. M., Regierungsblatt Nr. LXV., wird nachstehende Uebersicht der Vertheilung der für das Jahr 1852 zur Ergänzung der Linie einzuberufenden Mannschaft für die Conscriptionsbezirke des Landes hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 29. November 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Sachs.

Uebersicht

der Vertheilung der für das Jahr 1852 auszuhebenden Ergänzungsmannschaft, bestehend nach allerhöchster Verordnung vom 22. November 1851 (Regierungsblatt Nr. LXV. von 1851, Seite 703) in 2861 Mann.

| Conscriptions-
Bezirke. | Zahl der
conscrip-
tionspflich-
tigen Mann-
schaft. | Hat zu stellen | | Conscriptions-
Bezirke. | Zahl der
conscrip-
tionspflich-
tigen Mann-
schaft. | Hat zu stellen | |
|----------------------------|---|---|-------------------|----------------------------|---|---|-------------------|
| | | in Bruch-
theilen. | in Rund-
zahl. | | | in Bruch-
theilen. | in Rund-
zahl. |
| Seckreis. | | | | Oberhaukreis. | | | |
| Blumenfeld . . . | 92 | 21 ¹¹⁶¹¹ / ₁₁₉₈₁ | 22 | Breisach . . . | 209 | 49 ¹⁰⁸⁸⁰ / ₁₁₉₈₁ | 50 |
| Bonnndorf . . . | 120 | 28 ⁷⁸⁵² / ₁₁₉₈₁ | 29 | Emmendingen . . | 262 | 62 ⁶⁷⁶⁰ / ₁₁₉₈₁ | 63 |
| Constanz . . . | 91 | 21 ⁸⁷⁵⁰ / ₁₁₉₈₁ | 22 | Ettenheim . . . | 185 | 44 ²¹²¹ / ₁₁₉₈₁ | 44 |
| Donaueschingen . | 195 | 46 ⁶⁷⁶⁹ / ₁₁₉₈₁ | 47 | Freiburg, Stadtamt | 123 | 29 ⁴⁴⁵⁴ / ₁₁₉₈₁ | 29 |
| Eugen . . . | 106 | 25 ⁵⁷⁴¹ / ₁₁₉₈₁ | 25 | „ Landamt | 269 | 64 ²⁸²⁵ / ₁₁₉₈₁ | 64 |
| Meersburg . . . | 63 | 15 ⁵²⁸ / ₁₁₉₈₁ | 15 | Hornberg . . . | 94 | 22 ⁵⁸⁵² / ₁₁₉₈₁ | 22 |
| Möskirch . . . | 124 | 29 ⁷³¹⁵ / ₁₁₉₈₁ | 30 | Jesetten . . . | 85 | 20 ³⁵⁶⁵ / ₁₁₉₈₁ | 20 |
| Neustadt . . . | 142 | 33 ¹⁰⁸⁸⁹ / ₁₁₉₈₁ | 34 | Kenzingen . . . | 224 | 53 ⁵⁸⁷¹ / ₁₁₉₈₁ | 53 |
| Pfullendorf . . . | 77 | 18 ⁴⁶³⁹ / ₁₁₉₈₁ | 18 | Lörrach . . . | 214 | 51 ¹²²³ / ₁₁₉₈₁ | 51 |
| Radolfzell . . . | 121 | 28 ¹⁰⁷¹³ / ₁₁₉₈₁ | 29 | Müllheim . . . | 178 | 42 ⁶⁰⁵⁸ / ₁₁₉₈₁ | 43 |
| Salem . . . | 69 | 16 ⁵⁷¹³ / ₁₁₉₈₁ | 16 | Säckingen . . . | 176 | 42 ⁵³⁴ / ₁₁₉₈₁ | 42 |
| Stoßach . . . | 172 | 41 ⁸⁷¹ / ₁₁₉₈₁ | 41 | St. Blasien . . . | 127 | 30 ³⁹¹⁷ / ₁₁₉₈₁ | 30 |
| Stühlingen . . . | 60 | 14 ³⁹²⁶ / ₁₁₉₈₁ | 14 | Schnau . . . | 141 | 33 ⁸⁰²⁸ / ₁₁₉₈₁ | 34 |
| Ueberlingen . . . | 69 | 16 ⁵⁷¹³ / ₁₁₉₈₁ | 16 | Schopfheim . . . | 147 | 35 ¹²³² / ₁₁₉₈₁ | 35 |
| Willingen . . . | 151 | 36 ⁶⁸⁵ / ₁₁₉₈₁ | 36 | Staufen . . . | 173 | 41 ³⁷³² / ₁₁₉₈₁ | 41 |
| S u m m e . | 1652 | 394 ⁹⁸⁵⁸/₁₁₉₈₁ | 394 | Liriberg . . . | 120 | 28 ⁷⁸⁵² / ₁₁₉₈₁ | 29 |
| | | | | Waldkirch . . . | 199 | 47 ⁶²⁵² / ₁₁₉₈₁ | 48 |
| | | | | Waldshut . . . | 281 | 67 ¹²¹⁴ / ₁₁₉₈₁ | 67 |
| | | | | S u m m e . | 3207 | 765 ⁹⁷⁶²/₁₁₉₈₁ | 765 |

| Conscriptions-
Bezirke. | Zahl der
conscripti-
onenpflichti-
gen Mann-
schaft. | Hat zu stellen | | Conscriptions-
Bezirke. | Zahl der
conscripti-
onenpflichti-
gen Mann-
schaft. | Hat zu stellen | |
|----------------------------|--|--|----------------------|----------------------------|--|--|----------------------|
| | | in Bruch-
theilen. | in
Rund-
zahl. | | | in Bruch-
theilen. | in
Rund-
zahl. |
| Mittelrheinkreis. | | | | Unterrheinkreis. | | | |
| Achern | 207 | 49 ⁵¹⁵⁸ / ₁₁₉₈₁ | 49 | Adelsheim | 125 | 29 ¹⁰¹⁷⁶ / ₁₁₉₈₁ | 30 |
| Baden | 116 | 27 ⁸³⁶⁹ / ₁₁₉₈₁ | 28 | Borberg | 94 | 22 ⁵³³² / ₁₁₉₈₁ | 22 |
| Bretten | 235 | 56 ¹³⁹⁹ / ₁₁₁₈₁ | 56 | Buchen | 141 | 33 ⁸⁰²⁸ / ₁₁₉₈₁ | 34 |
| Bruchsal | 340 | 81 ²²⁷⁹ / ₁₁₉₈₁ | 81 | Eberbach | 75 | 17 ¹⁰⁸⁹⁸ / ₁₁₉₈₁ | 18 |
| Bühl | 270 | 64 ⁵⁶⁸⁶ / ₁₁₉₈₁ | 64 | Gerlachsheim . . | 98 | 23 ⁴⁸¹⁵ / ₁₁₉₈₁ | 23 |
| Durlach | 246 | 58 ⁸⁹⁰⁴ / ₁₁₉₈₁ | 59 | Heidelberg . . . | 322 | 76 ¹⁰⁶⁹⁶ / ₁₁₉₈₁ | 77 |
| Eppingen | 150 | 35 ⁹⁸¹⁵ / ₁₁₉₈₁ | 36 | Krautheim | 48 | 11 ⁵³³⁷ / ₁₁₉₈₁ | 11 |
| Ettlingen | 150 | 35 ⁹⁸¹⁵ / ₁₁₉₈₁ | 36 | Ladenburg | 137 | 32 ⁸⁸⁸² / ₁₁₉₈₁ | 33 |
| Gengenbach . . . | 163 | 38 ¹¹⁰⁶⁵ / ₁₁₉₈₁ | 39 | Mannheim | 132 | 31 ⁶²⁴¹ / ₁₁₉₈₁ | 32 |
| Gernsbach | 149 | 35 ⁶⁸⁵⁴ / ₁₁₉₈₁ | 36 | Mosbach | 280 | 66 ¹⁰³³⁴ / ₁₁₉₈₁ | 67 |
| Haslach | 95 | 22 ⁸²¹³ / ₁₁₉₈₁ | 23 | Neckarbischofsheim | 142 | 33 ¹⁰⁸⁹⁸ / ₁₁₉₈₁ | 34 |
| Karlsruhe, St. Amt | 153 | 36 ⁶⁴¹⁷ / ₁₁₉₈₁ | 37 | Neckargemünd . . | 155 | 37 ¹⁵⁷ / ₁₁₉₈₁ | 37 |
| " Landamt | 234 | 55 ¹⁰⁵¹⁹ / ₁₁₉₈₁ | 56 | Philippshurg . . . | 140 | 33 ⁵¹⁶⁷ / ₁₁₉₈₁ | 33 |
| Karl | 104 | 24 ¹⁰⁰⁰⁰ / ₁₁₉₈₁ | 25 | Schwezingen . . . | 213 | 50 ¹⁰⁸⁴³ / ₁₁₉₈₁ | 51 |
| Lahr | 242 | 57 ⁸⁴⁴⁵ / ₁₁₉₈₁ | 58 | Sinsheim | 233 | 55 ⁷⁶³⁶ / ₁₁₉₈₁ | 56 |
| Oberkirch | 181 | 43 ²⁶³⁸ / ₁₁₉₈₁ | 43 | Tauberbischofsheim | 161 | 38 ⁵⁸⁴³ / ₁₁₉₈₁ | 38 |
| Offenburg | 247 | 58 ¹¹⁷⁶⁹ / ₁₁₉₈₁ | 59 | Wallbüren | 133 | 31 ⁹¹⁰² / ₁₁₉₈₁ | 32 |
| Pforzheim | 268 | 63 ¹¹⁹⁴⁵ / ₁₁₉₈₁ | 64 | Weinheim | 131 | 31 ³³⁸⁰ / ₁₁₉₈₁ | 31 |
| Rastatt | 265 | 63 ⁸³⁸² / ₁₁₉₈₁ | 63 | Wertheim | 152 | 36 ³⁵⁵⁶ / ₁₁₉₈₁ | 36 |
| Rheinbischofsheim | 125 | 29 ¹⁰¹⁷⁶ / ₁₁₉₈₁ | 30 | Wiesloch | 154 | 36 ⁹²⁷⁸ / ₁₁₉₈₁ | 37 |
| Wolfach | 116 | 27 ⁸³⁶⁹ / ₁₁₉₈₁ | 28 | | | | |
| Summe . | 4056 | 968 ⁶⁶⁰⁸ / ₁₁₉₈₁ | 970 | Summe . | 3066 | 732 ¹⁷³⁴ / ₁₁₉₈₁ | 732 |

Zusammenstellung.

| | | | |
|----------------------|--------------|--|-------------|
| Seckreis | 1652 | 394 ⁵⁸⁸⁸ / ₁₁₉₈₁ | 394 |
| Oberrheinkreis . . | 3207 | 765 ⁹⁷⁶² / ₁₁₉₈₁ | 765 |
| Mittelrheinkreis . . | 4056 | 968 ⁶⁶⁰⁸ / ₁₁₉₈₁ | 970 |
| Unterrheinkreis . . | 3066 | 732 ¹⁷³⁴ / ₁₁₉₈₁ | 732 |
| im Ganzen . | 11981 | 2861 | 2861 |

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Freitag den 12. Dezember 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Erlaubniß zur Annahme eines fremden Ordens. Dienstaufsichten.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: die Additionalconvention vom 20. Mai d. J. zwischen dem Zollverein und dem Königreich Eadinten betreffend. Bekanntmachung des großherzoglichen Justizministeriums: die Ernennung von Assisenpräsidenten und deren Stellvertreter für die nächste Schwurgerichtssitzung betreffend. Bekanntmachungen des großherzoglichen Ministeriums des Innern: die Bornaahme einer Ersatzwahl im siebenzehnten Kemterwahlbezirk betreffend. Die Bornaahme einer Ersatzwahl im vierten Städtewahlbezirk (Lahr) für den Landtag von 1852 betreffend. Den Verzicht des Kaplans Jeller auf die katholische Kaplanenpfünde in Reudingen betreffend. Bekanntmachungen des großherzoglichen Finanzministeriums: die Tilgung des auf Obligationen aufgenommenen Eisenbahnanlehens betreffend. Die Serienziehung für die vierze diesjährige Gewinnziehung des Anlehens zu vierzehn Millionen Gulden vom Jahr 1845 betreffend.

Diensterledigungen. Todesfälle. Berichtigung.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Erlaubniß zur Annahme eines fremden Ordens.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben
unter dem 18. November d. J.

dem Oberleutenant Leopold von Seldeneck im ersten Reiterregiment zur Annahme und zum Tragen des demselben von Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich verliehenen Ordens der eisernen Krone dritter Classe die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß gnädigst zu ertheilen geruht.

Dienstaufsichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich
unter dem 17. November d. J.

allergnädigst bewogen gefunden:

das erledigte Physikats Gengenbach dem Physikus Joseph Schaible in Hornberg,

die evangelische Pfarrei Oberwiesheim, Dekanats Bretten, dem Pfarrer Leutwein in Erlenheim zu übertragen, und
mittels geheimen Kabinettsentschließung den Gartenaufseher Eytz in Baden zum Hofgärtner zu ernennen.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben Sich

unter dem 18. November d. J.

gnädigst bewogen gefunden:

in Folge der Aufstellung der Schützenabtheilung nachstehende Beförderungen und Versetzungen bei der Infanterie eintreten zu lassen, und zwar:

den Hauptmann zweiter Classe von Stern im neunten Infanteriebataillon in die erste Classe seiner Charge,

die Oberleutnants von Lannstein vom vierten Infanteriebataillon und Kamm vom zweiten Infanteriebataillon zu Hauptmännern zweiter Classe zu befördern;

zu der Schützenabtheilung den Hauptmann von Rind vom zweiten Infanteriebataillon als Abtheilungscommandant,

die Hauptmänner Reßler vom fünften Infanteriebataillon und Kamm vom zweiten Infanteriebataillon als Compagniecommandanten,

den Hauptmann Sautier vom dritten zum zweiten Infanteriebataillon,

den Hauptmann von Horadam vom neunten zum fünften Infanteriebataillon, und

den Hauptmann von Lannstein vom vierten zum dritten Infanteriebataillon zu versetzen;

unter dem 22. November d. J.

die katholische Stadtpfarrei Sinshelm dem Pfarrer Joseph Anton Schmidt in Flehingen,

die katholische Pfarrei Bretten dem Pfarrer Richard Zimmermann in Neckarelz,

die katholische Pfarrei Mühlhausen, Oberamts Pforzheim, dem Pfarrverweser Ignaz Gehr in Ubstadt zu verleihen.

Allerhöchstdieselben haben

unter dem 1. Dezember d. J.

gnädigst geruht:

den Director des katholischen Oberkirchenrathes, Staatsrath Brunner, zum Kanzler des Oberhofgerichts zu ernennen;

den Ingenieur Ernst Ludwig in Bruchsal aus dem Staatsdienste zu entlassen;

den Ingenieur Gerlach von Mosbach zu der Wasser- und Straßenbauinspektion Stodach und den Ingenieur Sexauer von Lörrach zu jener in Lahr zu versetzen;

den Verzicht des praktischen Arztes Schmid in Hilzingen auf das Amtschirurgat Herrischried zu genehmigen;

unter dem 8. Dezember d. J.

dem Hüttenverwalter Holzmann zu Albrud die unterthänigst nachgesuchte Entlassung aus dem großherzoglichen Staatsdienste zu ertheilen und an dessen Stelle den Hüttenverwalter Dollettsch in Wehr zum Hüttenverwalter in Albrud zu ernennen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Additionalconvention vom 20. Mai d. J. zwischen dem Zollverein und dem Königreich Sardinien betreffend.

Nachträglich zu Artikel II. der Additionalconvention zwischen den Staaten des deutschen Zollvereins und dem Königreich Sardinien vom 20. Mai d. J. (Regierungsblatt Nr. LX. vom 22. October d. J.) wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Begünstigungen, welche Sardinien durch die Convention mit Frankreich vom 20. Mai d. J. diesem für die Einfuhr von Seiden- gewebe und Büchern bewilligt hat, vom 1. August d. J. an auch den Staaten des Zollvereins eingeräumt worden sind.

Carlsruhe, den 25. November 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Frhr. Rüd..

Vdt. F. von Dusch.

Die Ernennung von Assisenpräsidenten und deren Stellvertreter für die nächste Schwurgerichtssitzung betreffend.

Hofgerichtsrath Lang in Freiburg wurde auf sein Ansuchen der ihm durch dieesseltige Verfügung vom 25. October d. J. Nr. 10923—24 übertragenen Function des Stellvertreters des Assisenpräsidenten für den Oberrheinkreis entzogen und für ihn Hofgerichtsrath Waidele zum Stellvertreter des Assisenpräsidenten für den Oberrheinkreis ernannt.

Carlsruhe, den 3. Dezember 1851.

Großherzogliches Justizministerium.

Wechmar.

Vdt. Ullmann.

Die Vornahme einer Ersatzwahl in dem siebenzehnten Aemterwahlbezirk betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach höchstem Erlaß aus großherzoglichem Staatsministerium vom heutigen Nr. 1905 allergnädigst zu beschließen geruht, daß in Folge des freiwilligen Austritts des Oberhofgerichtsrathes Dr. Zentner zu Mannheim aus der zweiten Kammer der Ständeversammlung, in dem siebenzehnten Aemterwahlbezirk (Aemter Triberg, Hornberg, Wolfach und Haslach) eine Ersatzwahl angeordnet und mit deren Vornahme der Oberamtmann Bausch in Carlsruhe beauftragt werde.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 1. Dezember 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

von Marschall.

Vdt. Lurban.

Die Vornahme einer Ersatzwahl im vierten Städtewahlbezirk (Lahr) für den Landtag von 1852 betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben nach allerhöchstem Erlaß aus großherzoglichem Staatsministerium vom heutigen Nr. 1903 allergnädigst zu beschließen geruht, daß in Folge des freiwilligen Austritts des Obergerichtsadwokaten von Solron aus der zweiten Kammer der Ständerversammlung eine Ersatzwahl im vierten Städtewahlbezirk (Lahr) angeordnet und mit deren alsbaldiger Vornahme der Regierungsdirector, Geheime Rath Rettig dahier als landesherrlicher Wahlcommissär beauftragt werde.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 1. Dezember 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Sachs.

Den Verzicht des Kaplans Zeller auf die katholische Kaplaneipfründe in Reudingen betreffend.

Das großherzogliche Ministerium des Innern hat
unter dem 22. November d. J.

den Verzicht des Kaplans Joseph Anton Zeller auf die fürstlich fürstenbergische Kaplaneipfründe in Reudingen genehmigt.

Die Tilgung des auf Obligationen aufgenommenen Eisenbahnanlehens betreffend.

Der Fond zur Tilgung der von der Eisenbahnschuldentilgungsscaffc nach Maafsgabe des Gesetzes vom 10. September 1842 (Regierungsblatt von 1842, Seite 243) ausgegebenen Eisenbahnobligationen im Betrage von 12,987,300 Gulden wird für das Jahr 1851 nach Artikel 3 dieses Gesetzes auf 101,300 Gulden festgesetzt und nach der diesseitigen Bekanntmachung vom 12. September 1842, Satz 19, zur Einlösung von

| | | | | | | |
|-------|-------|---------------|------------|-------------|---|------------|
| 40 | Stück | Obligationen | zu | 1,000 fl. | = | 40,000 fl. |
| 93 | " | " | " | 500 " | = | 46,500 " |
| 148 | " | " | " | 100 " | = | 14,800 " |
| <hr/> | | | | | | |
| 281 | Stück | Obligationen. | Zusammen . | 101,300 fl. | | |

bestimmt.

Die Ziehung der einzulösenden Obligationen wird gegen Ende dieses Monats, und die Heimzahlung der gezogenen Obligationen auf den 1. Juli f. J. stattfinden.

Dies wird mit dem Anfügen zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Eisenbahnschuldentilgungsscaffc zum Vollzuge angewiesen ist.

Carlsruhe, den 2. Dezember 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. Rebel.

Die Sortenziehung für die vierte diesjährige Gewinnziehung des Anlehens zu vierzehn Millionen Gulden vom Jahre 1845 betreffend.

Bei der heute stattgehabten Sortenziehung des Anlehens der Eisenbahnschuldentilgungsscheine von 1845 zu vierzehn Millionen Gulden sind die

| Serie Nr. | 316 | enthaltend | Loos Nr. | 15751 bis | 15800. |
|-----------|------|------------|----------|-----------|---------|
| " " | 999 | " | " " | 49901 — | 49950. |
| " " | 1006 | " | " " | 50251 — | 50300. |
| " " | 1081 | " | " " | 54001 — | 54050. |
| " " | 1173 | " | " " | 58601 — | 58650. |
| " " | 2099 | " | " " | 104901 — | 104950. |
| " " | 2101 | " | " " | 105001 — | 105050. |
| " " | 2378 | " | " " | 118851 — | 118900. |
| " " | 2557 | " | " " | 127801 — | 127850. |
| " " | 2566 | " | " " | 128251 — | 128300. |
| " " | 2826 | " | " " | 141251 — | 141300. |
| " " | 3105 | " | " " | 155201 — | 155250. |
| " " | 4682 | " | " " | 234051 — | 234100. |
| " " | 4852 | " | " " | 242551 — | 242600. |
| " " | 4900 | " | " " | 244951 — | 245000. |
| " " | 4942 | " | " " | 247051 — | 247100. |
| " " | 4944 | " | " " | 247151 — | 247200. |
| " " | 5917 | " | " " | 295801 — | 295850. |
| " " | 7141 | " | " " | 357001 — | 357050. |
| " " | 7380 | " | " " | 368951 — | 369000. |

herausgekommen, was andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Carlsruhe, den 29. November 1851.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
Regenauer.

Vdt. E. Regenauer.

Dienstverledigungen.

Die fürstlich fürstbergische Hofkaplanei zu Heiligenberg mit einem beiläufigen Erträgniß von 600 fl. wird nochmals zur Bewerbung ausgeschrieben. Die Dienstobliegenheiten des Hofkaplans sind: Beforgung des Gottesdienstes in der Schlosskapelle, Aushilfe in der Seelsorge im Orte Heiligenberg, jedoch nur im Nothfalle und auf Ersuchen des Pfarrers in Röhrenbach,

Besuch der Ortschule und Unterricht in Sprachen auf besonderes Verlangen der Eltern und gegen ein angemessenes Honorar. Die Competenten haben sich bei der fürstlich fürstenbergischen Standesherrschaft als Patron innerhalb 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.

Die katholische Pfarrei L o d t n a u b e r g, Amts Schödnau, mit einem Einkommen von beiläufig 650 fl. wird wiederholt zur Bewerbung ausgeschrieben. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich sowohl bei dem erzbischöflichen Ordinariate, als dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrath innerhalb sechs Wochen nach Vorschrift zu melden.

Die evangelische Pfarrei R ö t t i n g e n, Decanats Pforzheim, ist mit einem Competenzanschlag von 923 fl. 21 kr. und einem wirklichen Ertrage von ungefähr 1,100 fl. in Erledigung gekommen. Die Bewerber haben sich binnen sechs Wochen bei dem großherzogl. evangelischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

Man sieht sich veranlaßt die katholische Pfarrei U n t e r s c h ü p f, Amts Borberg, mit einem jährlichen Einkommen von 600 fl. nochmals auszuscheiden. Die Bewerber um diese Pfründe haben sich innerhalb sechs Wochen bei dem großherzoglichen katholischen Oberkirchenrath nach Vorschrift zu melden.

Das Physikat H o r n b e r g ist in Erledigung gekommen. Die Bewerber um dasselbe haben sich binnen vier Wochen bei der großherzoglichen Sanitätscommission vorschriftsmäßig zu melden.

Das Amtschirurgat M ö s s i r c h wird zur Wiederbesetzung ausgeschrieben. Die Bewerber um diese Stelle haben sich binnen drei Wochen bei der Sanitätscommission zu melden.

Todesfälle.

Gestorben sind:

- am 15. September d. J.: der pensionirte Kanzleirath v o n G i l l m a n n in Freiburg; und
am 11. November d. J.: der großherzogliche Hofmusik- und Theaterintendant Freiherr v o n T s c h u d y in Karlsruhe.

Berichtigung.

Im Regierungsblatt Seite 652 Zeile 5 von oben ist zu lesen: „Bezirkschulvisitator“ statt „Bezirkschulinspector“.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Mittwoch den 24. Dezember 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlich Hoheit des Großherzogs: Gesetz, die Steuererhebung in den Monaten Dezember dieses Jahres, und Januar, Februar und März künftigen Jahres betreffend. Erlaß zur Annahme eines fremden Ordens. Dienstaufsichten.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des großherzoglichen Staatsministeriums: die Aufhebung des Staatsrathes, insbesondere die Beiziehung von Mitgliedern der Gerichtshöfe bei Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten betreffend. Bekanntmachung des großherzoglichen Justizministeriums: das Ergebnis der Spätsjahrsprüfung der Rechts Candidaten betreffend. Bekanntmachungen des großherzoglichen Ministeriums des Innern: den Sportelansatz bei Betreibung von Forderungen im Verwaltungswege betreffend. Die Ertheilung der Staatsgenehmigung zu der Stiftung des Christian Friedrich Serauer zu Sulzburg zur Bekleidung armer Confirmanden betreffend. Die Ertheilung eines Patents an die Maschinenfabrikanten Rusemann und Bollersdorf in Sudenburg bei Magdeburg auf eine neue Construction von Reibmaschinen für Kunkelrübenzuckerfabriken betreffend. Die Ertheilung eines Patents an den Maschinenmeister Kirchweyer von Hannover für eine von ihm erfundene Vorrichtung an Locomotiven zur Ersparung von Brennmaterial und Wasser betreffend. Das Ergebnis der Prüfung der Candidaten der Medicin, Chirurgie und Geburtshülfe betreffend. Bekanntmachung des großherzoglichen Finanzministeriums: das Ergebnis der im Oktober d. J. stattgehabten Prüfung der Cameralcandidaten betreffend.

Dienstereledigungen. Todesfälle.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlich Hoheit des Großherzogs.

Gesetz, die Steuererhebung in den Monaten Dezember dieses Jahres, und Januar, Februar und März künftigen Jahres betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschloffen und verordnen, wie folgt:

Einziger Artikel.

Die directen und indirecten Steuern, welche in den Monaten Dezember dieses Jahres, und Januar, Februar und März künftigen Jahres zum Einzuge kommen, sind nach dem bisherigen Umlagefuß und nach den bestehenden Gesetzen und Tarifen zu erheben, so weit nicht durch neue Gesetze Abänderungen verfügt werden.

Diese Bestimmung findet auch Anwendung auf die Schlachtviehaccise, die Kauf- und Laufbriestaxe und die Kaufaccise nach den für das Jahr 1851 bestehenden Tarifen.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 23. Dezember 1851.

Leopold.

Regenauer.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Erlaubniß zur Annahme eines fremden Ordens.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben
unter dem 11. Dezember d. J.

dem Oberpostrath von Kleudgen die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß gnädigst zu ertheilen geruht, den ihm von Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland verliehenen St. Anna-Orden zweiter Classe anzunehmen und zu tragen.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben
unter dem 18. November d. J.

den Hospitalchirurgen, praktischen Arzt Leopold Krumm zum Militäroberarzt allergnädigst zu ernennen und dem ersten Infanteriebataillon zuzutheilen geruht, und
unter dem 9. Dezember d. J.

allergnädigst genehmigt, daß dem Kriegscommissär Fesenbech die Stelle eines öconomischen Referenten bei dem Stab der Bundesfestung Rastatt übertragen werde.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich
unter dem 12. Dezember d. J.

allergnädigst bewogen gefunden:

den Professor Dr. Lange in Heidelberg zum Hofrath zu ernennen;
das erledigte Landamtsphysikat Karlsruhe dem Medicinalrath Dr. Wolz daselbst, unter Enthebung von seinen bisherigen Funktionen, zu übertragen und denselben zum Mitgliede der Sanitätscommission zu ernennen;

unter Aufhebung der besonderen Assistenzarztstelle bei dem Stadtamtsphysikate Karlsruhe, die Funktionen des bisherigen Assistenzarztes dem Stadtamtschirurgen Dr. Seubert dahier unter Verleihung des Titels als Physikus zu übertragen;

unter dem 13. Dezember d. J.

das erledigte Physikate Engen dem Physikus Dr. Ischeppe in Waldbühl;

die katholische Pfarrei Böhrenbach, Amts Billingen, dem Pfarrer Wilhelm Baumann in Horben;

die katholische Pfarrei Dillendorf, Amts Bonndorf, dem Kaplaneiverweser Fidel Huggle in Billingen,

die katholische Pfarrei Gündelwangen, Amts Bonndorf, dem Pfarrer Albert Kürzel in Eschach,

die katholische Pfarrei Blumberg, Amts Donaueschingen, dem Curaten Carl Waldbogel in Steinen,

die katholische Pfarrei Schweighausen, Amts Ettenheim, dem Pfarrverweser Carl Litterst in Böhrenbach,

die katholische Pfarrei Sandweiler, Amts Baden, dem Pfarrverweser Joseph Schleyer in Dietigheim,

die katholische Pfarrei Oberweiler, Oberamts Rastatt, dem Pfarrer Franz Xaver Lederle in Schwellingen,

die katholische Pfarrei Hardheim, Amts Wallbörn, dem Pfarrer Simon Pfreundschuh in Schweinberg, und

die katholische Pfarrei Gerichtstetten, Amts Wallbörn, dem Pfarrer Joseph May in Göttingen zu verleihen.

Nach Allerhöchster Entschliessung vom 10. Mai d. J. ist der pensionirte Oberamtmannt Stehle, und

nach Allerhöchster Entschliessung vom 8. Dezember d. J. der pensionirte Oberamtmannt Sigel als aus dem Dienstverbande ausgetreten anzusehen.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Die Aufhebung des Staatsrathes, insbesondere die Beiziehung von Mitgliedern der Gerichtshöfe bei Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden:

den Hofgerichtspräsidenten, Staatsrath Beck,
den Oberhofgerichtskanzler, Staatsrath Brunner,
den Hofgerichtspräsidenten Ritschi,
den Oberhofgerichtsvizekanzler Kirn,

den Hofgerichtsdirektor Woll, und
den Oberhofgerichtsrath Lauchhard

als diejenigen Mitglieder der Gerichtshöfe zu bezeichnen, welche bei Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten während der gegenwärtigen Landtagsperiode im großherzoglichen Staatsministerium beizuziehen sind, was in Bezug auf die höchste Verordnung vom 20. Oktober 1849, Regierungsblatt Nr. LXVIII. hierdurch bekannt gemacht wird.

Carlsruhe, den 12. Dezember 1851.

Großherzogliches Staatsministerium.
von Stengel.

Vdt. Schunggart.

Das Ergebniß der Spätjahrsprüfung der Rechtsandidaten betreffend.

Von zehn Rechtsandidaten, welche sich der letzten Prüfung unterzogen haben, sind durch Beschluß vom heutigen, Nr. 12524, folgende sieben unter die Zahl der Rechtspraktikanten aufgenommen worden:

Joseph Geißmar von Sinsheim,
Carl Fischer von Mößkirch,
Wilhelm Schupp von Obergimperm,
Leopold von Stetten von Randern,
Julius Süpfle von Carlsruhe,
Franz Mallebrein von Carlsruhe,
Carl Dorner von Lahr.

Carlsruhe, den 13. Dezember 1851.

Großherzogliches Justizministerium.
Wechmar.

Vdt. Ullmann.

Den Sportelansatz bei Betreibung von Forderungen im Verwaltungswege betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mittelst höchster Entschließung aus großherzoglichem Staatsministerium vom 22. November d. J. Nr. 1868 allergnädigst auszusprechen geruht, daß der Ansatz der Sporteln für Betreibungen von Forderungen im Administrativwege künftig nach Maafgabe des Art. 5 des Gesetzes vom 13. Oktober 1840 über die

Gerichtssporteln in bürgerlichen Rechtsfachen zu geschehen und ein besonderer Ansat für Stempel und Benachrichtigungen dabei zu unterbleiben habe.

Dies wird hiermit zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht.

Carlsruhe, den 1. Dezember 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Buiffon.

Die Ertheilung der Staatsgenehmigung zu der Stiftung des Christian Friedrich Sexauer zu Sulzburg zur Bekleidung armer Confirmanden betreffend.

Der Weinhändler Christian Friedrich Sexauer zu Sulzburg hat zur Bekleidung armer Confirmanden von da die Summe von 500 fl. gestiftet.

Diese Stiftung hat die Staatsgenehmigung erhalten und wird zum ehrenden Andenken des Stifters hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 2. Dezember 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Sachs.

Die Ertheilung eines Patents an die Maschinenfabrikanten Klusmann und Woltersdorf in Sudenburg bei Magdeburg auf eine neue Construction von Reibmaschinen für Runkelrübenzuckerfabriken betreffend.

Den Maschinenfabrikanten Klusmann und Woltersdorf in Sudenburg wird auf ihr Ansuchen auf eine neue Construction von Reibmaschinen für Runkelrübenzuckerfabriken ein Erfindungspatent auf die Dauer von fünf Jahren hiermit ertheilt, unter Vorbehalt der Rechte Dritter, welche die Priorität der Erfindung nachzuweisen vermögen oder letztere künftig verbessern werden, und unter Festsetzung einer Strafe von 150 fl. nebst Confiskation des ungebührlich angefertigten oder verkauften Gegenstandes für den Fall der Verletzung dieses Patents.

Carlsruhe, den 3. Dezember 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Sachs.

Die Ertheilung eines Patents an den Maschinenmeister Kirchweger von Hannover für eine von ihm erfundene Vorrichtung an Locomotiven zur Ersparung von Brennmaterial und Wasser betreffend.

Dem Maschinenmeister Kirchweger von Hannover wird auf sein Ansuchen ein Patent für die von ihm erfundene Vorrichtung an Locomotiven zur Ersparung von Brennmaterial und Wasser auf die Dauer von fünf Jahren hiermit ertheilt, unter Vorbehalt der Rechte Dritter, welche die Priorität der Erfindung nachzuweisen vermögen oder letztere künftig verbessern werden,

und unter Festsetzung einer Strafe von 150 fl. und Confiskation des nachgefertigten Gegenstandes für den Fall der Verletzung des Privilegiums.

Carlsruhe, den 3. Dezember 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Sachs.

Das Ergebniß der Prüfung der Candidaten der Medicin, Chirurgie und Geburtshülfe betreffend.

Nach der im Spätjahr l. J. vorgenommenen Staatsprüfung in der Medicin, Chirurgie und Geburtshülfe haben Nachbenannte von großherzoglicher Sanitätscommission Lizenz erhalten, und zwar:

a. zur Ausübung der inneren Heilkunde:

Haberer, Albert, von Gellingen,
Klein, Heinrich, von Wertheim,
Kaiser, August, Wund- und Gebarzt in Bühl,
Gramm, Joseph, Wundarzt von Freiburg,
Fug, Carl, von Randern,
Willibald, Richard, von Donaueschingen,
Oster, Carl, von Rastatt,
Müller, Wilhelm, Wund- und Gebarzt von Ettenheim,
Becker, Johann, von Steinmauern,
Wolfsberger, Johann Georg, Militärchirurg und Gebarzt in Rastatt.

b. Zur Ausübung der Chirurgie:

Klein, Heinrich, von Wertheim,
Fischer, Emil, von Mannheim,
Zipff, Adolph, von Laubersbischofsheim,
Stephani, Franz, praktischer Arzt von Mannheim,
Bogt, Carl, vom Hof Horn,
Becker, Johann, von Steinmauern.

c. Zur Ausübung der Geburtshülfe:

Klein, Heinrich, von Weinheim,
Fischer, Emil, von Mannheim,
Kirner, Xaver, praktischer Arzt von Waldfisch,
Trosch, Adolph, praktischer Arzt in Gondelsheim,
Stephani, Franz, praktischer Arzt von Mannheim,

Vogt, Carl, vom Hof Horn,
 Becker, Johann, von Steinmauern.
 Karlsruhe, den 10. Dezember 1851.
 Großherzogliches Ministerium des Innern.
 von Marschall.

Vdt. Sachs.

Das Ergebnis der im Oktober d. J. stattgehabten Prüfung der Cameralcandidaten betreffend.

Von den Cameralcandidaten, welche sich im Oktober d. J. der Staatsprüfung unterzogen haben, sind nachstehende sechs unter die Zahl der Cameralpraktikanten aufgenommen worden:

Theodor Rothermel zu Bruchsal,
 Michael Geißer von Hochemmingen,
 Ludwig Benz von Limpach,
 Johann Scherer zu Riedböhringen,
 Adolph Haagen zu Waghäusel,
 Emil Fischeinger zu Freiburg.

Karlsruhe, den 6. Dezember 1851.
 Großherzogliches Ministerium der Finanzen.
 Regenerauer.

Vdt. Pfeilschider.

Diensterledigungen.

Bei dem großherzoglichen Armeecorps ist eine Oberarztstelle zu besetzen. Die Bewerber haben sich binnen vier Wochen bei dem Kriegsministerium zu melden.

Die evangelische Pfarrei Littenheim, Landdekanats Karlsruhe, ist mit einem Competenzanschlag von 561 fl. 32 kr. in Erledigung gekommen. Die Bewerber haben sich binnen sechs Wochen nach Vorschrift bei dem großherzoglichen evangelischen Oberkirchenrathe zu melden.

Das Amtschirurgat Herrischried wird mit einer Besoldung von 280 fl. und 120 fl. Pferdefourageaversum zur Wiederbesetzung ausgeschrieben. Die Bewerber um dasselbe haben sich innerhalb vier Wochen bei der großherzoglichen Sanitätscommission zu melden.

Todesfälle.

Gestorben sind:

- am 2. Dezember d. J.: der pensionirte Kriegscassier Wucherer in Karlsruhe,
 - am 7. Dezember d. J.: der pensionirte Regierungskanzlist Eschger in Freiburg.
-
-

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Dienstag den 30. Dezember 1851.

Inhalt.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs: Allerhöchst-landesherrliche Verordnung: die dienstliche Stellung des Präsidenten des Kriegsministeriums und des Commandanten des Großherzoglichen Armeecorps betreffend. Ordensverleihungen. Dienstinachrichten.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachungen des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: den Beitritt von Braunschweig zu dem deutsch-österreichischen Postverein betreffend. Den Eintritt des Herzogthums Oldenburg in den deutsch-österreichischen Postverein betreffend. Bekanntmachung des Justizministeriums: die Namensänderung des Reinhard Pirth von Pfaffenroth betreffend. Bekanntmachung des Ministeriums des Innern: den Wieslocher Bergbau betreffend.

Diensterledigung. Todesfall.

Unmittelbare allerhöchste Entschliessungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.

Allerhöchstlandesherrliche Verordnung, die dienstliche Stellung des Präsidenten des Kriegsministeriums und des Commandanten des Großherzoglichen Armeecorps betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden
Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen.

Wir haben beschloffen und verordnen wie folgt:

§. 1.

Die Verordnung vom 13. April 1848 (Regierungsblatt Nr. XXV.) ist aufgehoben.

§. 2.

Der Präsident des Kriegsministeriums hat die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit für alle Militärsachen.

§. 3.

Behufs der Leitung der dienstlichen und taktischen Ausbildung Meiner Truppen, so wie für die Erhaltung der Kriegszucht besteht ein Armeecorps-Commando, welches auch alle militärischen Operationen leitet.

§. 4.

Die Festsetzung der Pflichten und Obliegenheiten des Commandanten Meines Armeecorps,

so wie dessen dienstlicher Stellung zu dem Kriegsministerium wird näheren Bestimmungen vorbehalten.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 24. Dezember 1851.

Erpold.

A. von Roggenbach.

Auf allerhöchsten Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs:
Schunggart.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich
unter dem 20. Dezember d. J.

gnädigst bewogen gefunden:

dem Herrn Erzbischof Hermann von Vicari in Freiburg die erbetene Erlaubniß zu ertheilen, den ihm von Seiner Heiligkeit dem Papste Pius IX. mittelst Breve d. d. Rom, 3. Oktober d. J., verliehenen Ehrentitel und Würden als Præsul domesticus, als solio Pontificio assistens und als comes romanus anzunehmen und zu führen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden,
unter dem 24. d. M.

das Commando des Armeecorps an Höchstihren geliebten Herrn Bruder, des Markgrafen Maximilian, Großherzogliche Hoheit und Lieben, zu übertragen.

Die näheren Bestimmungen über die Obliegenheiten und Befugnisse, so wie über die dienstliche Stellung des Armeecorps-Commandos werden Allerhöchstdie selben demnächst erlassen; bis dahin bleibt der Dienst- und Geschäftsverkehr in Höchstihrem Armeecorps der bisherige.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Den Beitritt von Braunschweig zum deutsch-österreichischen Postverein betreffend.

Nachdem die herzoglich braunschweigische Postverwaltung dem deutsch-österreichischen Postverein beigetreten ist, treten vom 1. künftigen Monats Januar an für den Postverkehr zwischen Baden und dem Bezirk der herzoglich braunschweigischen Postverwaltung die im Abschnitt I. der *Verordnung vom 12. April d. J.* — den Beitritt des Großherzogthums zum deutsch-österreichischen

sehen Postverein betreffend — Regierungsblatt Seite 279 und folgende, §§. 4—11 enthaltenen Bestimmungen in Wirksamkeit, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Carlsruhe, den 28. Dezember 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Schr. Rdt.

Vdt. F. von Dusch.

Den Eintritt des Herzogthums Oldenburg in den deutsch-österreichischen Postverein betreffend.

Nachdem die großherzoglich oldenburgische Postverwaltung den Vollzug des Beitritts des Herzogthums Oldenburg zu dem deutsch-österreichischen Postverein auf den 1. k. M. festgesetzt hat, wird von diesem Tage an der Postverkehr zwischen Baden und dem Herzogthum Oldenburg nach den im Abschnitt I. der Verordnung vom 12. April d. J. — den Anschluß des Großherzogthums an den deutsch-österreichischen Postverein betreffend — Regierungsblatt Seite 279 und folgende, §. 4—11 enthaltenen Vorschriften behandelt werden, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Carlsruhe, den 27. Dezember 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Schr. Rdt.

Vdt. Barbiche.

Die Namensänderung des Reinhard Hirth von Pfaffenroth betreffend.

Reinhard Hirth von Pfaffenroth hat gebeten, seinen Familiennamen in den Namen „Goldschmidt“ umändern zu dürfen. Dieß wird unter Bezug auf die Verordnung vom 18. Januar 1838, Regierungsblatt Nr. V., mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß Diejenigen, welche gegen Ertheilung der erbetenen Erlaubniß Einsprache machen wollen, solche

innerhalb drei Monaten

bei dem unterzeichneten Ministerium auszuführen haben, widrigenfalls der Bitte stattgegeben wird.

Carlsruhe, den 22. Dezember 1851.

Großherzogliches Justizministerium.

von Wechmar.

Vdt. von Göler.

Den Wieslocher Bergbau betreffend.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit höchster Entschlieſung aus Großherzoglichem Staatsministerium vom 13. d. M., Nr. 1989, allergnädigst zu genehmigen geruht, daß die polizeiliche Aufsicht über den theils auf Rußlocher, theils auf Wieslocher Gemarkung betriebenen Bau der sogenannten Wieslocher Bergwerke und über die dabei beschäftigten Personen dem Bezirksamt Wiesloch übertragen werde.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Carlsruhe, den 17. Dezember 1851.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
von Marschall.

Vdt. Behaghel.

Diensterledigung.

Die katholische Pfarrei Buchholz, Amts Waldkirch, mit einem Einkommen von 600 fl. wird wiederholt zur Bewerbung ausgeschrieben. Die Bewerber haben sich durch das erzbischöfliche Ordinariat bei dem Grundherrn Oscar Freiherr von Gleichenstein in Freiburg als Patron innerhalb 6 Wochen nach Vorschrift zu melden.

Todesfall.

Gestorben ist:

Am 19. November d. J.: der pensionirte Oberleutnant von Reichert zu Baden.

Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Carlsruhe, Mittwoch den 31. Dezember 1851.

Inhalt.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachungen des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: den Beitritt der freien Hansestadt Lübeck zum deutsch-österreichischen Postverein betreffend; den Gütertransport auf der großherzoglichen Eisenbahn betreffend.

Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien.

Den Beitritt der freien Hansestadt Lübeck zum deutsch-österreichischen Postverein betreffend.

Nachdem die freie Hansestadt Lübeck für den Umfang des von derselben verwalteten Stadt-Postwesens vom 1. f. M. an dem deutsch-österreichischen Postverein angehören wird, so wird von diesem Tage an der Postverkehr zwischen Baden und dem Postbezirke der freien Hansestadt Lübeck nach den im Abschnitt I. der Verordnung vom 12. April d. J. — den Anschluß des Großherzogthums an den deutsch-österreichischen Postverein betreffend — Regierungsblatt Seite 279 und ff. — §§. 4 bis 11 — enthaltenen Bestimmungen behandelt werden, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Carlsruhe, den 30. Dezember 1851.

Ministerium des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Frhr. Müdt.

Vdt. F. v. Dusch.

Den Gütertransport auf der großherzoglichen Eisenbahn betreffend.

Mit dem 1. f. M. Januar erleiden die unter dem 8. Juni 1847 (großh. Regierungsblatt Nr. XXIV.) bekannt gegebenen Vorschriften für die Güterversendung auf der großherzoglichen Eisenbahn nachstehende Abänderungen:

I. Der dritte Absatz des §. 4, welcher lautet:

„Für Eilgüter, d. h. solche Güter, welche mit den zunächst abgehenden Personenzügen befördert werden sollen, sind 50 Prozent über die gewöhnliche Taxe zu bezahlen.“